Odenwaldkreis

Nachhaltig. Innovativ.



Kreisentwicklungskonzept des Odenwaldkreises 2021

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

Inhaltsverzeichnis 2
Vorwort 7
Grundsätzliches 8
Rechtliche Einordnung der Kreisentwicklungsstrategie 8
Ziele und Prinzipien des Kreisentwicklungskonzepts 2021 9
Zielsetzungen und Anforderungen der neuen Kreisentwicklungsstrategie 9
Prinzipien der Kreisentwicklungsplanung 11
Megatrends und Gesamtanalysen 13
Demographischer Wandel 13
Chancen für mehr Zuzug 16
Gegentrend zur Urbanisierung – Renaissance des Ländlichen 16
Bewusster leben im ländlichen Raum 22
Work-Life-Balance 23
Entschleunigt, aber nicht langsam 23
Progressive Provinz 24
Progressiver Odenwaldkreis 24
Renaissance des ländlichen Raums im Allgemeinen 25
Mobilität der Zukunft 25
Wanderungsbewegungen 25
Wahrnehmung der Region in der Bürgerschaftsbeteiligung 28
Sicht der Jugendbeteiligung 29
Regionalranking 30
Vorgeschichte und Anlass der Neuauflage des KEK 32
Kreisreport 2007: „Die Kreisverwaltung als Dienstleistungskonzern“ 32
Kreisentwicklungsplan 2009 32
Kreisentwicklungsplanung 2012/2013: Leitbildprozess 2012 und Kreisentwicklungskonzept 2013 . 33
Kreisentwicklungsplanung 2014-2018 34
Reflektion der Kreisentwicklungsplanung bis 2018 34
Prozessplanung, Verlauf und Methoden der Kreisentwicklungsplanung ab 2019 35
Vision 2030 38
Anforderungen an eine Vision 2030 38
Reflektion zur „Vision und Konkretisierung einzelner Handlungsfelder“ von 2013 39
Weiterentwicklung zur Vision 2030 für die künftige Kreisentwicklung 40
Zusammenfassung und Erläuterung 42
Teilstrategien 43
Erläuterung des Aufbaus 43

Wirtschaft und Fachkräftesicherung 45
Analyse 45
Horizont 2030 58
Zielbereiche Wirtschaft und Fachkräftesicherung 62
Oberziele und Prinzipien der regionalen Wirtschaftspolitik 64
1. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Fachkräftesicherung 65
2. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Wirtschaftsstruktur 84
3. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Vernetzung 107
4. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Starke Zentren, Wirtschaftswachstum und Landschaftsschutz verbinden 110
5. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Work-Life-Balance 119
6. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Standortqualität, Service und Standortmarketing (mit Zielgruppe Unternehmen) 135
Digitalisierung und digitale Infrastruktur 138
Analyse 138
Horizont 2030 153
Zielbereiche Digitalisierung 154
7. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich digitale Infrastruktur 155
8. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Smart-Region 156
9. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Smart City 156
10. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich digitale Teilhabe 158
11. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Kultur der Digitalität 159
Stadt- und Ortsentwicklung 160
Analyse 160
Horizont 2030 185
Zielbereiche Stadt- und Ortsentwicklung 186
12. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich nachhaltige Siedlungsentwicklung 187
13. Ziele und Handlungsmöglichkeiten Integrative Siedlungsplanung und Treffpunkte 189
14. Ziele und Handlungsmöglichkeiten Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie 191
15. Ziele und Handlungsmöglichkeiten Förderpolitik 192
Mobilität 194
Analyse 194
Horizont 2030 220
Zielbereiche Mobilität 222
16. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich Verkehrswende und ÖPNV im Odenwaldkreis 222
17. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich Straßenverkehr 225
Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander 231
Analyse 231
Horizont 2030 290

Zielbereiche Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander 291
18. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Freizeitangebote und regionale Bindung Jugendlicher 294
19. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Kunst, Kultur und Kulturmarke im Odenwaldkreis 296
20. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Vereinsförderung und Ehrenamt 297
21. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Kommunalpolitik 298
22. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Neubürger*innenintegration und starke Gemeinschaft 299
23. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Bedarfsgerechte Kinderbetreuung auch zu Randzeiten 300
24. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich Sozialplanung des Odenwaldkreises 301
25. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung 302
26. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich niedrige Arbeitslosigkeit 304
27. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Sicherheit 305
28. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Prävention und Abmilderung der Folgen von psychischen Belastungen und Berufsunfähigkeit 306
29. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Barrierefreiheit, ältere Menschen und Personen mit Behinderung 307
30. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Gleichstellung 307
Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz 309
Analyse 309
Horizont 2030 347
Zielbereiche Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft und Landschaftsschutz 349
31. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Strategische Ausrichtung und Erfolgssicherung für Naturschutz, Landwirtschaft und Landschaftspflege 351
32. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Artenschutz, Biodiversität und Gewässerschutz 352
33. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Umweltpädagogik und Ehrenamt 354
34. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Landschaftspflege 356
35. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Landwirtschaft 357
36. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Naturschutz, Bauen und effiziente Verwaltung 359
Verwaltung und Bürgerservice 360
Analyse 360
Horizont 2030 381
Zielbereiche Verwaltung und Bürgerservice 383
37. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Leitbild und Servicequalität 384
38. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Digitalisierung 385
39. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Finanzen 386
40. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Bürgerschaftsbeteiligung und Kommunikation 386

41. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Fachkräftesicherung und interkommunale Zusammenarbeit ... 387
42. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Strategische Steuerbarkeit und Kreisentwicklungsplanung ... 388
43. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Krisensicherheit und Krisenmanagement ... 390
Regionalmarketing und Tourismus ... 391
Analyse ... 391
Horizont 2030 ... 407
Zielbereiche Regionalmarketing und Tourismus ... 408
44. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Regionalmarketing ... 409
45. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Tourismus ... 410
Bildung ... 413
Analyse ... 413
Horizont 2030 ... 413
Zielbereiche für die Teilstrategie Bildung ... 415
46. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung ... 415
47. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Allgemeinbildende Schulen ... 418
48. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Berufliche Bildung ... 423
49. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Erwachsenenbildung und non-formale Bildung ... 425
50. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement ... 429
Klimaschutz ... 432
Analyse ... 432
Horizont 2030 ... 436
Zielbereiche für die Teilstrategie Klimaschutz ... 439
51. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich CO_2-neutrale Kreisverwaltung ... 439
52. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich CO_2-neutrale Verwaltungen der Kreiskommunen ... 444
53. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Senkung der Treibhausgas-Emissionen im gewerblichen Sektor ... 446
54. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Senkung der Treibhausgas-Emissionen in Privathaushalten ... 448
Gesundheitsversorgung ... 453
Analyse ... 453
Horizont 2030 ... 470
Zielbereiche für die Teilstrategie Gesundheitsversorgung ... 471
55. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Ärztliche Versorgung ... 472
56. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Pflege ... 473
57. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Apotheken ... 475
58. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Soziales und Gesundheitswesen ... 475

59. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst 476
Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen 479
Ausblick, fortlaufende Kreisentwicklungsplanung und Fortschreibung 487
Anhang 488
Gesprächspartner 488
Literatur- und Quellenverweise 489
Abbildungsverzeichnis 499
Tabellenverzeichnis 507

Vorwort



Liebe Odenwälderinnen,
liebe Odenwälder,

der Odenwaldkreis ist unsere Heimat. Bei den einen reicht die Odenwälder Familiengeschichte schon lange zurück, andere leben erst seit kurzem in dieser reizvollen Region. Ganz gleich, ob alteingesessen oder zugezogen, ob alt oder jung, ob die familiären Wurzeln in diesem Land oder woanders in der Welt liegen: Jede und jeder soll sich in unserem Kreis heimisch fühlen, sein Leben verwirklichen können und Teil einer großen Odenwälder Gemeinschaft sein. „Wir sin die Ourewälder", mit diesem bekannten Titel bringen die Erbacher Lustgartenspatzen das Odenwälder Lebensgefühl auf den Punkt.

Ich bin davon überzeugt: Der Odenwaldkreis hat als ländlich geprägte, zwischen den Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar gelegene Region enorme Zukunftschancen. Allerdings kommen diese nicht von selbst, sondern müssen angesichts von Herausforderungen wie etwa dem demografischen Wandel oder der Digitalisierung erarbeitet werden.

Dazu dient dieses fundierte Kreisentwicklungskonzept.

In elf für die Zukunft unserer Region zentralen Feldern werden die Ausgangslage, Ziele und Handlungsvorschläge detailliert beschrieben. Zudem werden gesellschaftliche Megatrends erläutert, die auch im Odenwaldkreis greifen. Nun ist die Kreispolitik gefragt, um sich auf konkrete Schritte zu verständigen. Dieses Konzept bietet dafür das nötige „Werkzeug".

Ich danke meinem Mitarbeiter Valentin Kuffer, der das Papier verfasst hat, dafür etliche Studien zu Rate zog und intensiv mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern des öffentlichen Lebens im Odenwaldkreis sowie der Kreisverwaltung sprach. In zwei Umfragen und in Workshops wurden auch Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, in die Entwicklung dieses Papiers einbezogen. Mein Dank geht somit auch an alle, die sich bis heute an diesem wichtigen Prozess beteiligt haben! Ich hoffe, Sie alle begleiten den Weg auch weiter mit Interesse und Tatkraft, denn die vor uns liegenden Herausforderungen können wir nur gemeinsam meistern.

Die Europäische Kommission hat Ende Juni 2021 ihre Vorstellungen über eine Vision für die ländlichen Gebiete der Europäischen Union bis 2040 veröffentlicht. Regionale und lokale Gebietskörperschaften, „die noch keine Strategie und keinen Aktionsplan zur Bewältigung der Herausforderungen für die ländlichen Gebiete entworfen haben", werden aufgefordert dies nachzuholen.

Der Odenwaldkreis hat sich 2018 auf den Weg gemacht, genau das zu tun. So präsentiert das vorliegende Konzept beides: eine Strategie und einen Aktionsplan – basierend auf einer Vision für das Jahre 2030 als „Leitstern". Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche und anregende Lektüre.

Herzliche Grüße,

Ihr

Frank Matiaske, Landrat

Grundsätzliches

Rechtliche Einordnung der Kreisentwicklungsstrategie

Das Kreisentwicklungskonzept ist kein staatliches verordnetes Programm für den Odenwaldkreis, sondern geht auf die eigene Initiative der Verwaltungsleitung und des Kreistags zurück. Es ist rechtlich in keinem Gesetz und keiner Vorschrift vorgesehen, daher ist auch nicht vorgegeben, wie es genau auszusehen hat. Eine rechtlich bindende Wirkung entfaltet es also nicht. Wissenschaftlich gesehen, gilt es als „weiches" Planungs- bzw. Regierungsinstrument eingeordnet, das mit guten Argumenten überzeugen will.

Es steht damit in der Tradition von seit dem Ende der 1970er Jahre immer präsenter werdenden partizipativen Planung, die die Belange von Interessensgruppen und Betroffenen schon in der Planerstellung berücksichtigt und die Aufgabe der Raumplanung somit primär als eine Aufgabe der Koordination versteht. Das Kreisentwicklungskonzept legt die fachliche, koordinierende Grundlage für weitere Schritte, die dann konkrete Wirkung entfalten – z.B. in Form von Beschlüssen des Kreistags zur Umsetzung verschiedener Maßnahmen.

Das Kreisentwicklungskonzept stärkt den Austausch zwischen Verwaltung, Politik und Interessensgruppen, wirkt also auch durch Vermittlung und die Herstellung von Öffentlichkeit. Es kann Kreis- und Kommunalpolitiker*innen wichtige Anhaltspunkte im Sinne einer Wissensquelle bieten, sodass diesen eine Hilfestellung zur Entscheidungsfindung gegeben ist.

Es ist also letztlich „nur" eine Sammlung von Beschlussvorschlägen der Verwaltung an den Kreistag – in übergreifenden Problemanalysen und der integrierten Erarbeitung von Lösungswegen ergibt sich jedoch ein entscheidender Mehrwert im Unterschied zur fortlaufenden Zusammenarbeit von Verwaltung und Politik. Anders ist auch die systematische Betrachtung verschiedener Planungshorizonte: während im Alltagsgeschäft meist vorrangig konkrete, kurzfristige Probleme im Kern der Aufmerksamkeit stehen, bietet die Kreisentwicklungsplanung die Chance, „einen Schritt zurück zu machen", langfristige Herausforderungen Strukturen und Problem-Ursachen statt Einzelfällen zu betrachten. Alltags-Beobachtungen und Schlüsse, die auf subjektiven Beobachtungen von Entscheidungsträger*innen, Expert*innen und aus der Bürgerschaft beruhen, werden nach bester Möglichkeit einer kritischen, datenbasierten Überprüfung unterzogen. Insbesondere werden auch wissenschaftliche Erkenntnisse reflektiert, um die bisherigen Problemanalysen für den Odenwaldkreis zu hinterfragen. Auch Praxisbeispiele von außerhalb der Region werden betrachtet, um Lösungsvorschläge zu konkretisieren.

Weil das Feld der regionalen Entwicklung ein grundsätzlich politisches ist, ist es von größter Wichtigkeit, auch widersprüchliche Ansichten aufzunehmen und Arbeitshypothesen einer möglichst neutralen fachlichen Untersuchung zu unterziehen. Trotzdem kann das Ergebnis dieser Überlegungen – insbesondere die Handlungs- und Priorisierungsvorschläge – naturgemäß niemals gänzlich unpolitisch sein. Beitrag des Kreisentwicklungskonzepts ist, die politische Diskussion mit fachlichen Grundlagen zu stärken und Ideen zu präsentieren, wie Lösungen aussehen *könnten.*

Die Kreisentwicklungsplanung kann auch den Kommunen des Odenwaldkreises bei der strategischen Planung helfen, wirkt aber nicht als rechtlich bindendes übergeordnetes Instrument.

Es besteht auch kein rechtlich verbindlicher Zusammenhang zu der „harten" Planung in Form von Landesentwicklungsplänen, Regionalplänen oder Verkehrsplanung. Die Kreisentwicklungsplanung kann aber die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Odenwaldkreis bei der Aufstellung solcher Pläne fachlich begründete, qualitative Stellungnahmen einbringen kann, weil umfassende, reflektierte Erkenntnisse vorliegen. Somit kann auch klarer formuliert werden, wo Kreis und Kommunen an strukturelle Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit stoßen und wie Rahmenbedingungen höherer staatlicher Ebenen aussehen müssten, um die regionale Entwicklung des Odenwaldkreises zu begünstigen.

Weil es keine rechtlichen Vorgaben dazu gibt, welche Eigenschaft ein Kreisentwicklungskonzept zu erfüllen hat, ist die Orientierung an Fachliteratur und die Einhaltung wissenschaftlicher Standards zwingend erforderlich, um die Sinnhaftigkeit des gesamten Unterfangens zu gewährleisten.

„Die Planerarbeitungsverfahren [zeichnen sich] auch heute noch vielfach dadurch aus, dass sie darauf verzichten, der steuerungsrelevanten Frage nachzugehen, was, wo und wie gesteuert werden soll. […] Dadurch bedingt, entstehen umfangreiche Planwerke, aber meist ohne substanziellen Beitrag zur Verwirklichung des materiellen Koordinationsauftrages. So sind insbesondere Defizite zu konstatieren bei der Bestimmung des Steuerungsbedarfs, der Wahl der Steuerungskategorien [und] der Formulierung von rechtlich bindenden Zielen (Steuerungsmitteln).“
*(*WEICK 2013 S. 26).

Derartige Mängel sollen beim Kreisentwicklungskonzept möglichst vermieden werden.

Über den einmaligen Moment der integrierten Betrachtung im Rahmen des Kreisentwicklungskonzepts hinaus wird auch gezeigt, wie man vom Kreisentwicklungskonzept hin zur effektiven strategischen Kreisentwicklungsplanung kommen könnte, die den Informationsfluss nachhaltig und fortlaufend aufrechterhält.

Ziele und Prinzipien des Kreisentwicklungskonzepts 2021

Zielsetzungen und Anforderungen der neuen Kreisentwicklungsstrategie

Im Kreistagsbeschluss zum Prozessdesign der Kreisentwicklungsplanungvom 17.06.2019 heißt es:

„Zielsetzung ist, auf Herausforderungen der zukünftigen Entwicklungen im Odenwaldkreis strategisch vorbereitet eingehen zu können. Lebensqualität und Wirtschaftskraft sollen langfristig sichergestellt werden. Ergebnis des Prozesses der Fortschreibung des Kreisentwicklungskonzepts (KEK) soll ein Dokument sein, das nicht nur laufende Projekte beschreibt, sondern außerdem neue Maßnahmen und Projekte sowie strategische Handlungsempfehlungen darstellt. Zusätzlich soll es eine Vision der Kreisentwicklung enthalten, die für die Zukunft Grundsätze, Prioritäten und überprüfbare Ziele mit entsprechenden Meilensteinen definieren soll.“

Das grundlegende Ziel des Kreisentwicklungskonzepts ist, wie es bereits im Namen steckt, dass es sich um ein **langfristiges, strategisches Entwicklungskonzept** handelt. Damit dieser Anspruch erfüllt und das Konzept auch umgesetzt werden kann, müssen einige Anforderungen erfüllt sein.

- Es müssen möglichst genaue Vorhersagen getroffen werden, dementsprechend steht eine möglichst genaue **Untersuchung immer an erster Stelle**. Hierzu werden Erkenntnisse und Ideen aus der Expert*innen- und Bürger*innenbeteiligung zusammengeführt und um Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis ergänzt. Geäußerte Vermutungen und Problemdefinitionen werden, wo möglich, durch statistische Auswertungen überprüft.
- Im Sinne einer strategischen Planung müssen vorhandene Ressourcen optimal eingesetzt werden. Aus diesem Grund muss das Kreisentwicklungskonzept Ansätze liefern, wie verschiedene Handlungsfelder, Teilstrategien und Projekte zu **priorisieren** sind. Dabei stellen sich die Fragen: „Welche Probleme sind wie drängend?“, „Wie können deren Auswirkungen eingeschätzt werden?“, „Welche möglichen Maßnahmen existieren?“ „Was sind deren Ressourcenanforderungen und Voraussetzungen?“, „Wie erfolgsversprechend sind diese Maßnahmenvorschläge?“. Diese Priorisierung bietet Entscheidungsträger*innen in Politik und Verwaltung eine übersichtliche Entscheidungsgrundlage. Die Priorisierung liefert darüberhinausgehend Anhaltspunkte zum Einsatz von Ressourcen. Neben Finanzmitteln sind auch politische Arbeit oder der Einsatz von Personal als Ressourcen zu verstehen.
- Es muss klar dargelegt werden, welche Voraussetzungen und Hindernisse bewältigt werden müssen, von wem und auf welcher Ebene (Kommune, Kreis, Regierungsbezirk, Land, Bund, EU).
- Eine Strategie ist nichts Statisches, sondern bedarf der ständigen Anpassung und Weiterentwicklung. Anspruch ist also nicht mit einer großen, allumfassenden Strategie zu versuchen, alles durchzuplanen. Entwicklungen können anders ablaufen als vorhergesehen; auch völlig Unerwartetes kann eintreten. Eine Strategie muss sich daher anpassen können – die „**strategische Flexibilität**“ wird mindestens so wichtig wie die Strategie selbst (WIECHMANN 2006: S. 266). Voraussetzung für strategische Flexibilität ist, dass strategische Planung strukturell in Abläufen verankert wird. Mit Problemen, die auf Ebene der Umsetzung oder der Strategiebildung entdeckt werden, muss notfalls auch kurzfristig umgegangen werden können.
- Das wiederum gelingt, wenn klar ist, wo der Odenwaldkreis langfristig hinmöchte und wie neu auftretende Probleme in bisherige Strategien und Entwicklungen integriert werden können. Das Kreisentwicklungskonzept schreibt **solche langfristigen Ziele** in einer „**Vision2050**“ fest und stimmt

diese mit den politischen Gremien ab – sodass die Macher in der Umsetzung sich daran orientieren können. Diese langfristigen Ziele dürfen aber die Flexibilität und die Kreativität der Umsetzer nicht unnötig einschränken. Wichtig ist daher, dass zwar die Leitlinien der Strategie vorgeben – wo der Landkreis hinwill – den „Fahrern" aber überlässt, wie man am besten dort hinkommt. Das ist unverzichtbar, weil viele Hindernisse erst auftreten, wenn man auf dem Weg weiterfortgeschritten ist. Das Kreisentwicklungskonzept muss also vorsichtig damit umgehen, wie abstrakt oder konkret es wird und beides sorgfältig voneinander getrennt betrachten.

Der Odenwaldkreis bietet eine Heimat für derzeit rund 97.000 Menschen. Deren Heimatregion ist der Gegenstand dieses Kreisentwicklungskonzeptes. Die Einwohner*innen sind oft auch Akteur*innen der regionalen Entwicklung, wenn sie sich in Vereinen, der Politik, der Verwaltung oder der Wirtschaft einbringen. Gleichzeitig sind sie Nutznießer einer positiven Regionalentwicklung.

Die Perspektive der Kreisentwicklungsplanung ist zunächst die des Nutznießers, bzw. des „Kunden". Der „Kunde" ist zunächst einmal der „Bestandskunde". Was als eine „gute" oder „schlechte" Entwicklung für den Odenwaldkreis gilt, muss in erster Linie an dessen Bedürfnissen ausgerichtet werden. Mit Blick darauf, dass die „Bestandskunden" weniger werden (könnten), muss man sich auch auf potentielle Neukunden konzentrieren. Denn verliert der Odenwaldkreis zu viele „Kunden", wird er schlechter dazu in der Lage sein, für die Verbleibenden attraktiv zu sein. Grundsatz der Kreisentwicklungsplanung ist also die **Problemorientierung** bzw. „Kundenorientierung" – **mit den Bürgerinnen Bürgern im Mittelpunkt**; **unabhängig bestehender Fachbereiche**.

Insbesondere bei komplexen Problemen, wie dem demographischen Wandel oder dem Fachkräftemangel ist diese Perspektive notwendig, weil viele Fachbereiche der Verwaltung und verwaltungsexterne Akteur*innen daran beteiligt sind. Der Kreisentwicklungsplanung kommt daher die Aufgabe der Koordination von Fachplanungen zu. Manchmal muss eine solche Fachplanung auch erst noch erarbeitet werden. Dieses Konzept dient dazu, vorhandene Handlungsmuster und Arbeitsweisen zu reflektieren und sie so zu verbessern.

Wichtiger Bestandteil von Koordination ist häufig **Konfliktmanagement** – also die Vermeidung offener Konflikte und die offene Diskussion widerstrebender Interessen. Langfristig relevant und produktiv kann auch das Kreisentwicklungskonzept nur sein, wenn darin beschriebene Ziele, Strategien und Maßnahmen offen ausdiskutiert und anschließend umgesetzt werden. Grundsätzliche Prinzipien und Leitlinien sollten möglichst selten abgeändert oder ersetzt werden. Voraussetzung dafür ist ein möglichst **breiter politischer und gesellschaftlicher Konsens.**

Aus diesem Grund ist **Transparenz** eine weitere wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Kreisentwicklungsplanung. In diesem Sinne wurden bereits im Juni 2019 wichtige, obenstehende Grundsätze vom Kreistag beschlossen. Im Rahmen der Umfrage und den „Bürger-Workshops" haben alle interessierten Kreisbürger*innen Gelegenheit erhalten, seine Sichtweise auf zentrale Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten einzubringen. Auch im Internet, in den sozialen Medien, der Presse und in Form eines Mailing-Rundschreibens wurde die interessierte Öffentlichkeit über Verlauf und Ergebnisse der Kreisentwicklungsplanung informiert.

Transparenz gilt auch beim Verfassen des vorliegenden Kreisentwicklungskonzepts, bei dem möglichst alle Entscheidungen über dessen Inhalte und Rahmenbedingungen explizit dargelegt werden sollen. Sollte beim Lesen etwas unklar, widersinnig, nicht richtig oder nicht optimal erscheinen, so sei an dieser Stelle der Hinweis angebracht, dass Kreisentwicklungsplanung kein abgeschlossener Prozess ist und daher für konstruktive Kritik stets offen ist. Ansprechpartner am Landratsamt ist Herr Valentin Kuffer, der unter kreisentwicklung@odenwaldkreis.de oder der Telefonnummer 06062 70-213 erreichbar ist.

Zieldefinitionen des Kreisentwicklungskonzepts und der Teilstrategien

Zunächst werden in der „**Vision 2030**" langfristige, abstrakte Ziele definiert, die wiederum Grundlage für konkretere zu erreichende Meilensteine in den Handlungsfeldern bietet. Diese Meilensteine sind **mittelfristige, überprüfbare Ziele**, die für jedes Handlungsfeld formuliert werden.

Im Allgemeinen wird heutzutage im Projektmanagement die „**SMART**"-Formel zur Formulierung von Zielen angewendet. SMART steht hier für: spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch, terminierbar.

Dieser Anspruch kann, je nachdem wie viel über einen Problembereich bereits bekannt ist, mehr oder weniger Anwendung finden. Denn die Formulierung eines Ziels setzt voraus, dass die Analyse eines Bereiches bereits so weit fortgeschritten ist, dass tatsächliche Problemursachen bekannt sind. Nur dann kann man sagen, welcher konkrete künftige Zustand kurz- und mittelfristig wünschenswert wäre. Das ist leider nicht immer gegeben. **Ziele werden daher so konkret wie möglich, und so abstrakt wie nötig formuliert**. Das heiß, dass eine messbare Zielgröße z.B. auch die „Vorlage einer konkreteren Handlungsstrategie bis 2023“ sein kann. Zusätzlich kann bspw. festgelegt werden, welche Anforderungen diese Teilstrategie erfüllen muss, welche Akteur*innen und Bürgergruppen beteiligt werden müssen und welche Kennzahlen erhoben werden müssen.

Was für die strategische, langfristige Ebene gilt, muss auch für die kurzfristige Arbeit gelten: „strategische Flexibilität“. Im Verlauf können neuere Erkenntnisse oder unvorhergesehene Entwicklungen dafür sorgen, dass Ziele angepasst werden müssen.

Prinzipien der Kreisentwicklungsplanung

1. Unvoreingenommene Analyse

Aus den aufgeführten Zielen der Kreisentwicklungsplanung folgt, dass zunächst eine ergebnisoffene und ausführliche Analyse durchgeführt werden muss. Nur so kann festgestellt werden, welche Themen im Hinblick auf die Verwirklichung der Vision 2030 wichtig sind und welche Probleme die Entwicklung des Kreises in diesem Sinne maßgeblich behindern.

2. „Interne Beratung“ des Odenwaldkreises, insbesondere des Landratsamtes und der Politik.

Die Kreisentwicklungsplanung versteht sich nicht als „Oberaufsicht“ von Abteilungen der Kreisverwaltung oder als Kontrollinstrument. Sie richtet den analytischen Blick zunächst auf Fakten. Zwangsläufig können bei der Ursachenforschung aber auch bestehende Strukturen in den Blick geraten, insbesondere, wenn es Hinweise auf deren Dysfunktionalität gibt. In erster Linie wird auf die Qualität und Eigenständigkeit der Arbeit in den Abteilungen und Beteiligungen des Landratsamtes vertraut. Sie sind – ebenso wie verwaltungsfremde Akteur*innen – wichtige Expert*innen ihres jeweiligen Arbeitsgebiets.

Auf ihr Wissen und ihr Mitwirken ist die Kreisentwicklungsplanung angewiesen, denn nur mit deren Hilfe kann das Erreichen von Zielen und das Umsetzen von Projekten gelingen. Darauf setzt dieses Konzept und nicht auf eine Anordnung bestimmter Maßnahmen „von oben“. Qualitativere und nachhaltigere Ergebnisse sind zu erwarten, wenn die Sinnhaftigkeit eines Beitrags für die Mitwirkenden ersichtlich ist.

Die Betrachtung einzelner Handlungsfelder soll möglichst nicht isoliert, sondern in der Gesamtschau geschehen. Dies ist Voraussetzung für echtes Mitwirkungsrecht der Mandatsträger – auf diese Weise ist gewährleistet, dass alle notwendigen Informationen verfügbar und einfach (also übersichtlich) zugänglich sind. Das vorliegende Kreisentwicklungskonzept stellt bezüglich seiner Handlungsempfehlungen, Ziele und Priorisierungen jeweils einen Beschlussvorschlag der Verwaltung dar, wie er in allen anderen Bereichen ebenfalls gebräuchlich ist.

3. Transparenz und eigenmotivierte Beteiligung – Kreisentwicklung als Gemeinschaftsaufgabe

Kreisentwicklung gelingt nur gemeinsam. Deswegen ist es auch falsch, den für dieses Konzept verantwortlichen Mitarbeiter im Landratsamt „Kreisentwickler“ zu nennen. Erstens liegt die Führung der Kreisverwaltung und damit auch der Kreisentwicklung beim Landrat und zweitens kann ein „Kreisentwickler“ allein praktisch gar nichts erreichen. Denn eine Strategie ist wertlos, wenn sie nicht umgesetzt wird. Dementsprechend ist im vorliegenden Kreisentwicklungskonzept nicht vom „Kreisentwickler“ als Entscheidungsträger zu lesen, sondern von der „Kreisentwicklungsplanung“ – an der ein großer Personenkreis beteiligt ist.

4. Was nicht kaputt ist, wird nicht repariert!

Themen- und Verwaltungsbereiche sowie Systeme und Netzwerke, die „geräuscharm“ funktionieren und ihre Aufgaben adäquat erfüllen werden von der Kreisentwicklungsplanung nicht ausführlich untersucht. Vielmehr konzentriert sie ihre Ressourcen auf die strategischen Herausforderungen, die im Zuge der grundlegenden Analysen, Gespräche und Bürgerschaftsbeteiligungen identifiziert wurden.

5. Strategiebildung hat Vorrang vor einzelnen konkreten Lösungen

Auch die Ressourcen der Kreisentwicklungsplanung müssen effizient eingesetzt werden. Während die Analyse also zunächst umfassend erfolgt, muss die Unterstützung bei der Suche und Konkretisierung von Handlungsmöglichkeiten auf priorisierte Bereiche beschränkt werden. Insbesondere muss sehr vorsichtig mit der längerfristigen Bindung von Personalressourcen der Kreisentwicklungsplanung für Projekte umgegangen werden. Dies ist insbesondere dann rechtfertigt, wenn es sich um ein Projekt handelt, für das (noch) niemand anderes zuständig ist. Auch für die Initiierung von Projekten darf aber kein unverhältnismäßiger Anteil der (Zeit-)Ressourcen verwendet werden.

Megatrends und Gesamtanalysen

Demographischer Wandel

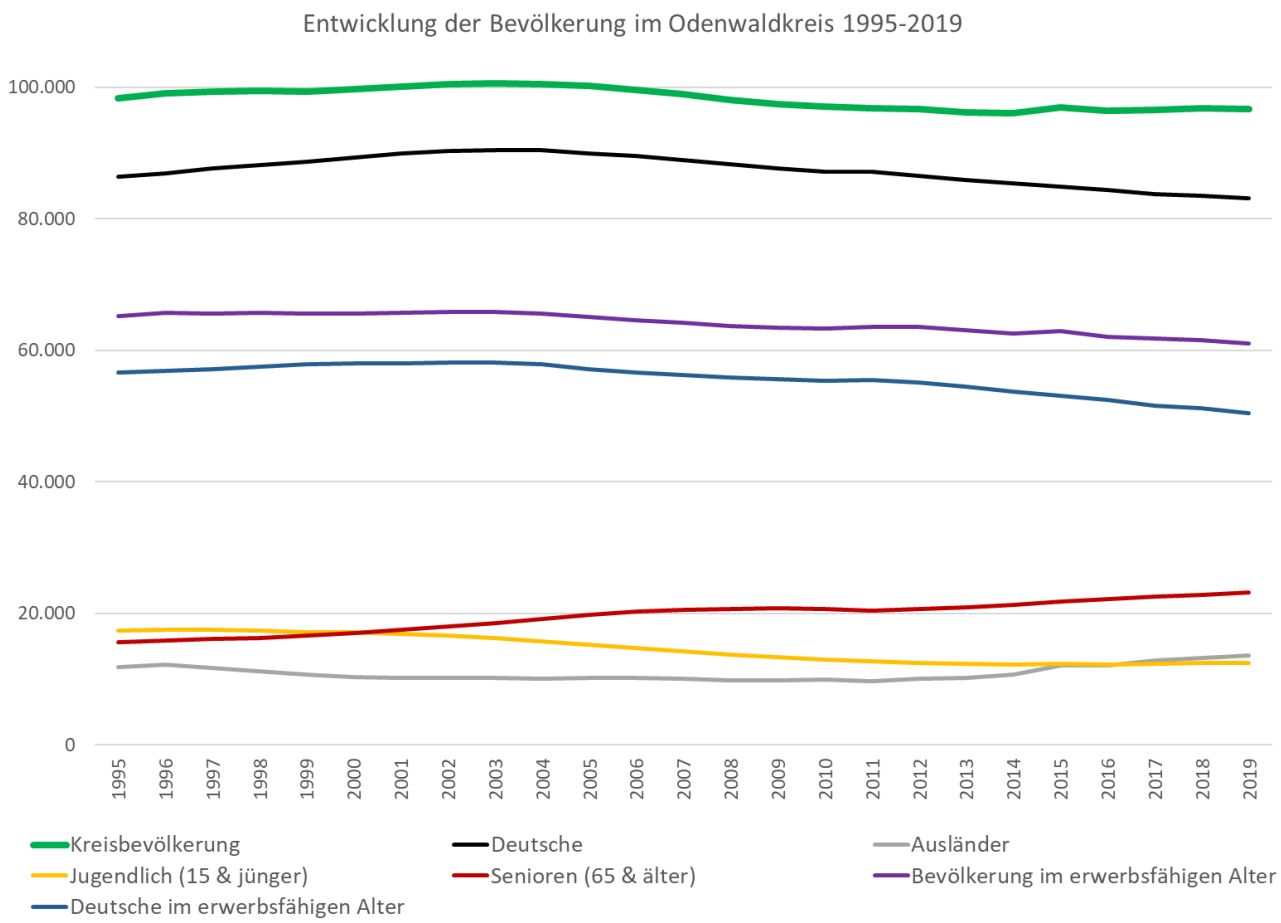


*Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung Odenwaldkreis 1995-2019; Jugendliche, Senioren, Ausländer*innen (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de)*

Nachdem der Bevölkerungsstand in den 90er- und 00er-Jahren zeitweise die 100.000er-Marke überschritten hatte, zeichnete sich schnell wieder ein gegenläufiger Trend mit einem deutlichen Rückgang zwischen 2005 und 2014 ab. Während die Zahl der Einwohner*innen mit deutschem Pass bis 2019 einen fortgesetzt negativen Trend zeigte, setzte die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung dem eine gegenläufige Tendenz entgegen – mit einem konsequenten Anstieg seit 2011. Zu erkennen ist in Abbildung 1 auch bereits die Entwicklung der Altersgruppen. Der in den Industrieländern im Allgemeinen und im ländlichen Raum im Besondren typische Trend der älterwerdenden Gesellschaft ist im Odenwaldkreis deutlich zu erkennen (siehe auch Abbildung 2). Die Zahl der Jugendlichen hat im selben Zeitraum konsequent abgenommen. Die hier violette Kurve der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) zeigt im Unterschied zur blauen Kurve mit den deutlich sinkenden Zahlen der Deutschen in diesem Alter eine leicht negative Stagnation.

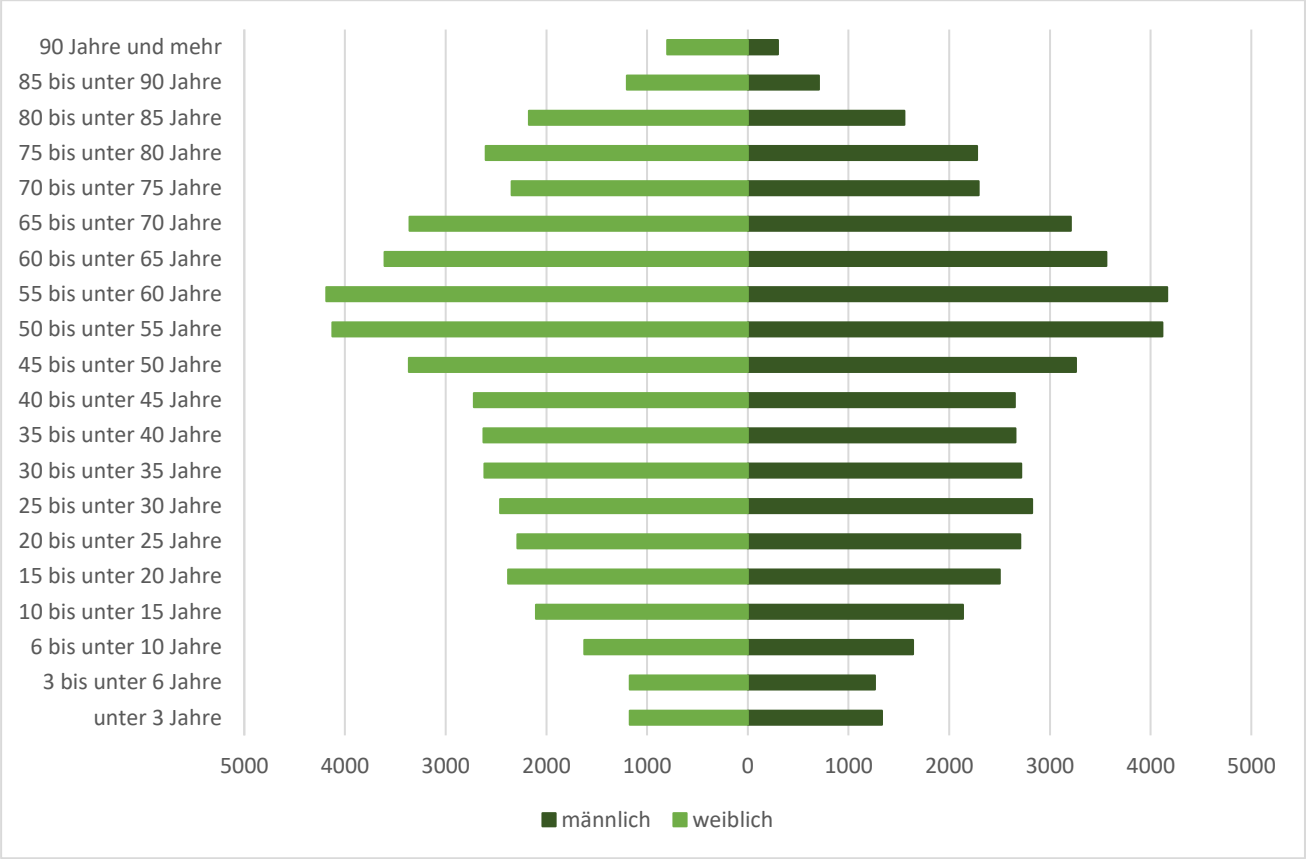


Abbildung 2: Bevölkerung im Odenwaldkreis 2018. Alterspyramide. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder.

Die „Bevölkerungspyramide“ für den Odenwaldkreis (Abbildung 2) zeigt eine für Industriestaaten typische Urnenform. Bemerkenswert ist insbesondere der starke Ausschlag der Altersgruppen zwischen 50 und 70. Schreibt man die Daten dieser Grafik für die nächsten Jahrzehnte fort ist davon auszugehen, dass die natürliche Bevölkerungsentwicklung zu einer im Schnitt älter werdenden Gesellschaft und einem merklichen Rückgang der Zahlen führen wird. Diese Entwicklung verdeutlichen auch die Abbildungen 3 und 4. Im Falle eines Eintretens solcher Vorhersagen wäre die Region vor vielfältige Herausforderungen gestellt. So geht ein Rückgang der erwerbstätigen Bevölkerung mit übersteigertem Fachkräftemangel einher und führt somit zu geringerer Wirtschaftsleistung. Das wiederum führt zu sinkenden Steuereinnahmen, sodass es schwieriger wird, kommunale Infrastrukturen zu finanzieren und aufrechtzuerhalten. Das erstreckt sich z.B. auf die Bereiche Bildung, ÖPNV, Gesundheit, Wasser und Abwasser, Straßen, usw. Auch die ehrenamtlichen Angebote sind gefährdet aufgrund des Mangels an Mitgliedern, Helfern und Führungspersonal. Eine Region, die derart an Infrastruktur verloren hat, ist wiederum für Menschen von außerhalb kein attraktiver Ort zum Leben und Arbeiten – somit wird eine Trendumkehr zunehmend schwierig. Diese sich gegenseitig verstärkenden Effekte werden oft als Negativspirale bezeichnet. Aus Sicht einer strategischen Kreisentwicklungsplanung gilt es daher,

- Maßnahmen anzustoßen, die einerseits bestehende Infrastrukturen und Angebote erhält und verbessert,
- für eine positive Wahrnehmung dieses Vorhandenen innerhalb und außerhalb der Region zu sorgen,
- andererseits aber auch zu überlegen, wie Strukturen verändert werden müssen, um der veränderten Demographie Rechnung zu tragen.

Die Aufmerksamkeit muss also auf das Positive, die Chancen und die Freiräume gelenkt werden. Die Diskussion muss über das Erkennen von Defiziten hinausgehen – hin zu dem was möglich, umsetzbar und vorhanden ist.

Strategische Ansätze, um Menschen in die Region zu locken sind:

- **für Menschen, Familien, Fachkräfte attraktiv zu werden** (*siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräfte, Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, Teilstrategie Mobilität,*

Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Teilstrategie Bildung, Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, Teilstrategie Verwaltung)

- sich mit den **regionalen und jeweiligen lokalen Stärken präsentieren** (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing*)
- die Schaffung von **Lock-Angeboten** (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing*).
- Darüber hinaus gilt es, **Neubürger*innen** nicht nur in die Region zu locken, sondern sie dann auch in die lokalen Gemeinschaften, Netzwerke und die regionalen Gesellschaftsstrukturen zu **integrieren** (*siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander*)

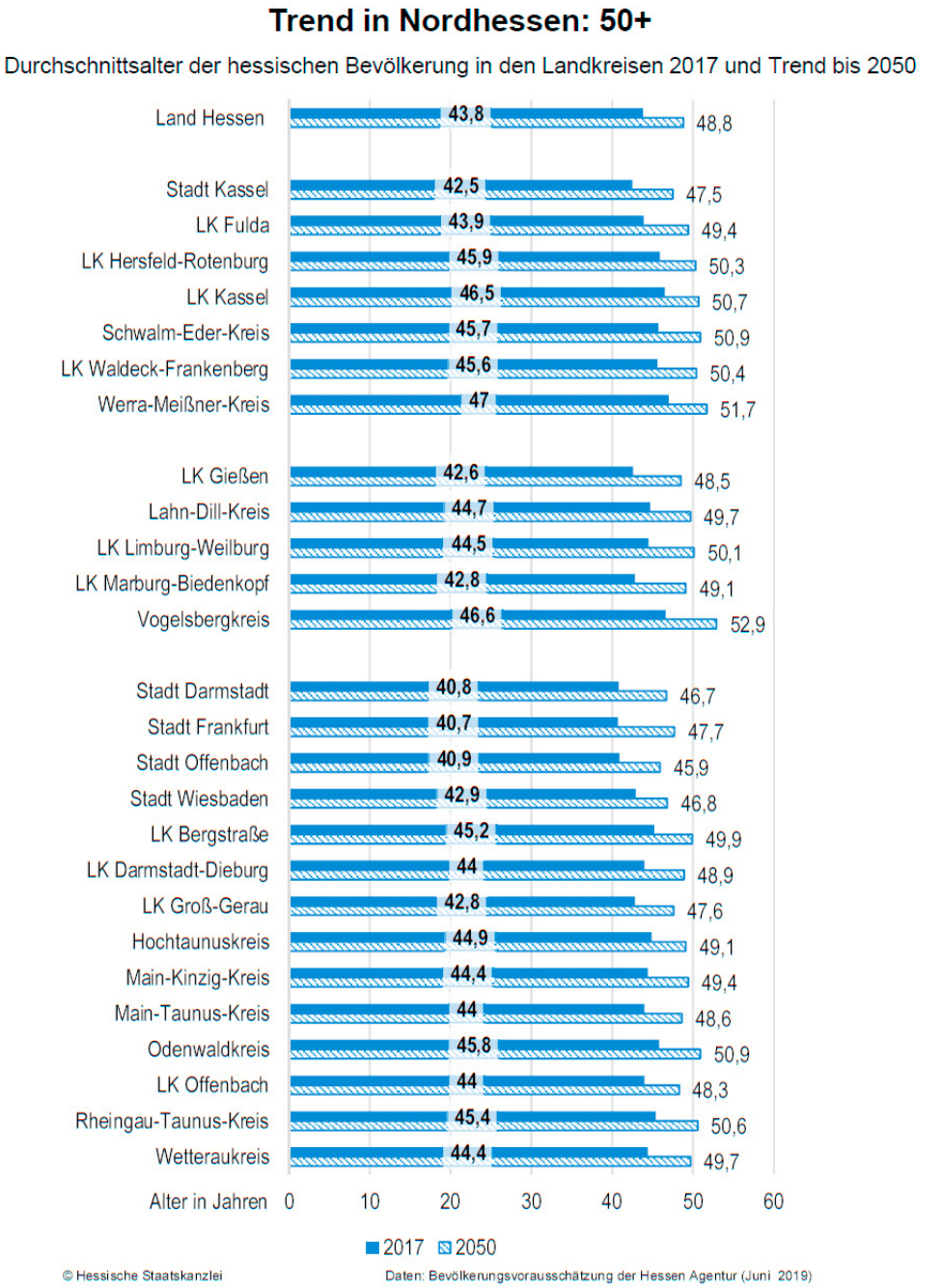


Abbildung 3: Bevölkerungsprognose für Kreise in Hessen 2050. Quelle: Hessische Staatskanzlei 2020

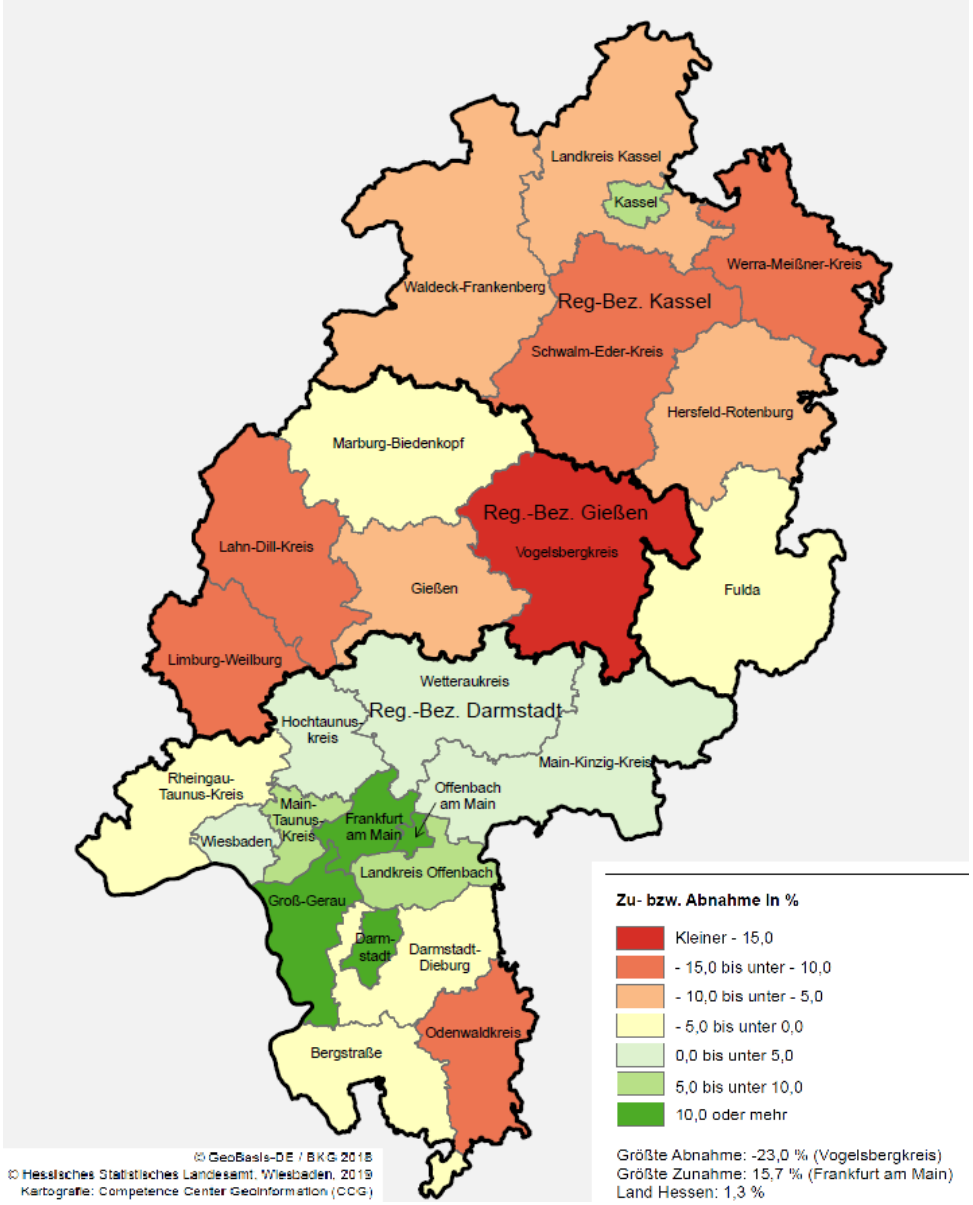


Abbildung 4: Bevölkerungsprognose 2018 bis 2040. Hessisches Statistisches Landesamt 2019. Odenwaldkreis: Abnahme von 11,8 %

Chancen für mehr Zuzug

Gegentrend zur Urbanisierung – Renaissance des Ländlichen

Neben der Verringerung der Fortzüge ist die Steigerung der Zuzüge, insbesondere von Erwachsenen und Familien, eine wichtige Strategie um die demographische Entwicklung der Region positiv zu gestalten und eine Überalterung zu verhindern. Studien zeigen, dass die Altersgruppe der Familiengründer-*innen ein gesteigertes Interesse am Leben im ländlichen Raum haben (Abbildung 5, Bundesstiftung Baukultur 2017; S. 37). Auch eine Untersuchung der Hessischen Staatskanzlei (Abbildung 6) zeigte, dass die Altersgruppe der 35-44-Jährigen vermehrt in den ländlichen Raum zieht, so auch in den Odenwaldkreis (siehe auch Abbildung 1, S. 13).

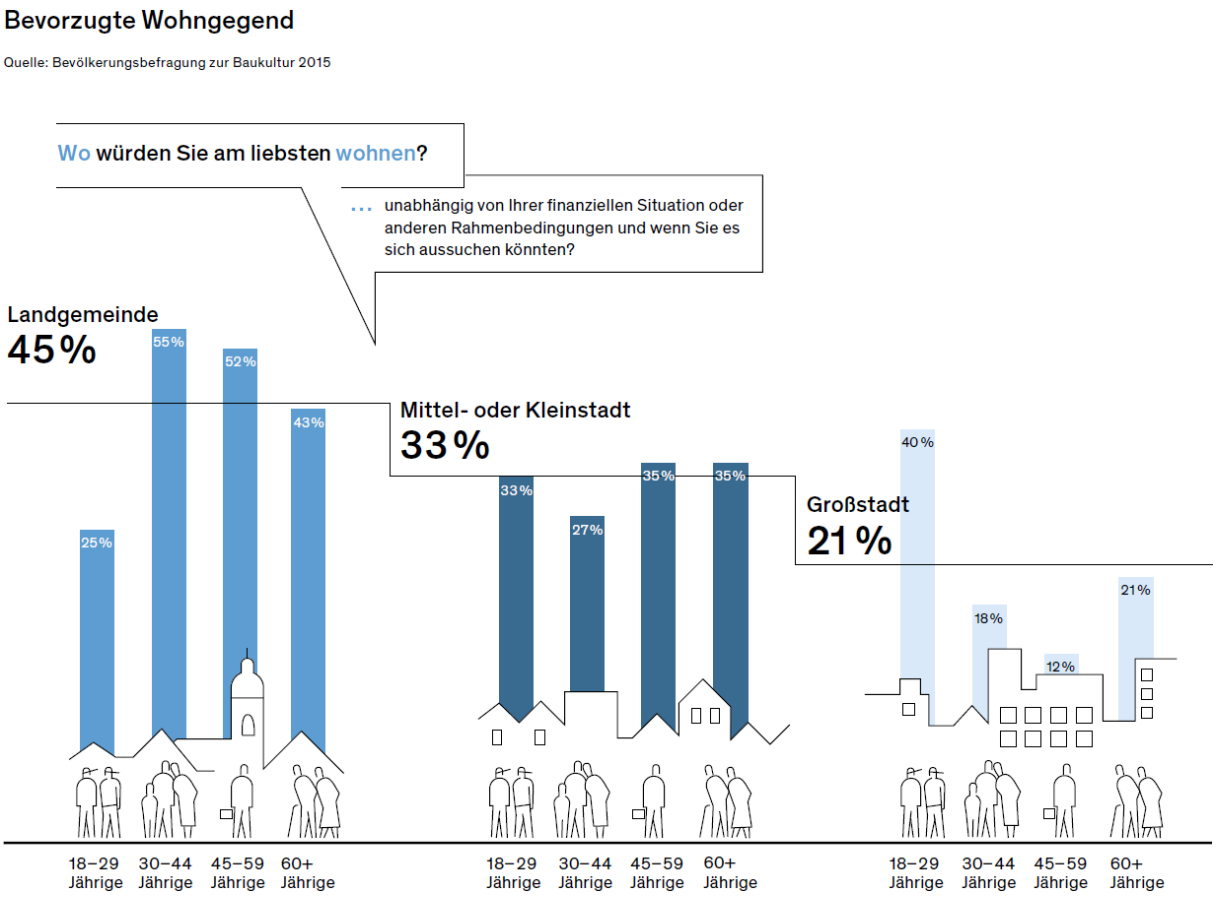


Abbildung 5: Bevorzugte Wohngegend laut Bevölkerungsbefragung zur Baukultur 2015. Quelle: Bundesstiftung Baukultur 2017

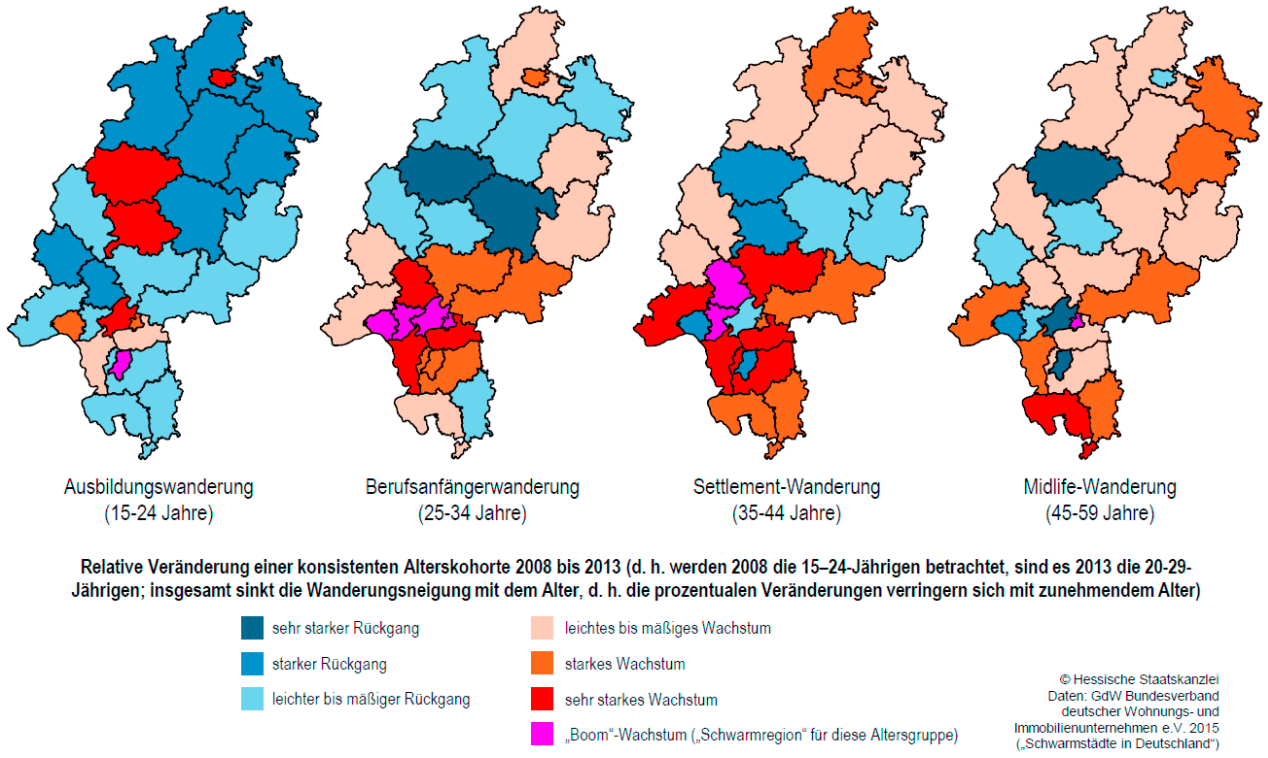


Abbildung 6: Zuwanderung in Hessen nach Kreisen und Alterskohorten. Relative Änderung von 2008-2013. Quelle: Hessische Staatskanzlei 2020: S. 15

Auch das Institut der deutschen Wirtschaft (HENGER & OBERST 2019) stellte fest, dass die letzte Konzentrationsphase Deutschlands, in der die Städte überproportional wachsen, vorübergegangen ist. Somit befinden wir uns aktuell in einer Dekonzentrationsphase, wie zuletzt bis 2002. Der Boom der Städte erfährt also aktuell verstärkt einen Gegentrend. Betrachtet man die deutsche Bevölkerung und lässt internationalen Zuzug außer Acht, verlieren die deutschen Großstädte aktuell an Bevölkerung – zugunsten des Umlands und ländlicher Räume. „Der Hauptgrund hierfür ist, dass zwar die Großstädte weiterhin eine hohe Attraktivität ausstrahlen, jedoch die Wohnkosten mittlerweile so hoch sind und das Wohnungsangebot deutlich knapper ist, dass sich die Bevölkerung nach Alternativen im Umland umschaut." (ebd., S. 2, vgl. Abbildungen 5, 6 und 7). Insbesondere während der Corona-Lockdowns ist der Wunsch nach größerem Wohnen in Deutschland messbar gewachsen (vgl. z.B. iwd 2020). Gleichzeitig wurde im Zuge des vermehrt eingesetzten Home-Office die Nähe zum Büro im Zentrum der Großstädte weniger bedeutsam. Die Abbildungen 8 und 9 zeigen, dass der Odenwaldkreis im Bereich preiswertes Wohnen durchaus mit einem guten Standortfaktor aufwarten kann.

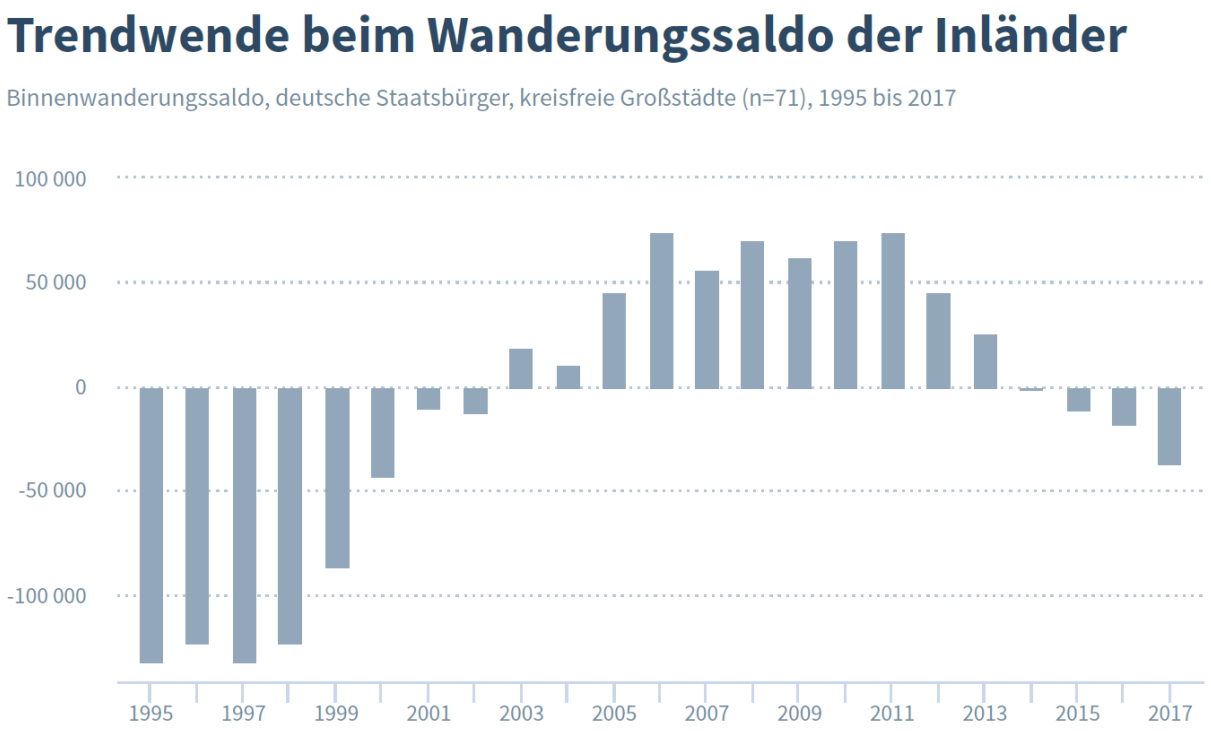


*Abbildung 7: Binnenwanderungssaldo deutscher Staatsbürger*innen in den deutschen Großstädten. Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft; HENGER & OBERST 2019 (S. 2)*

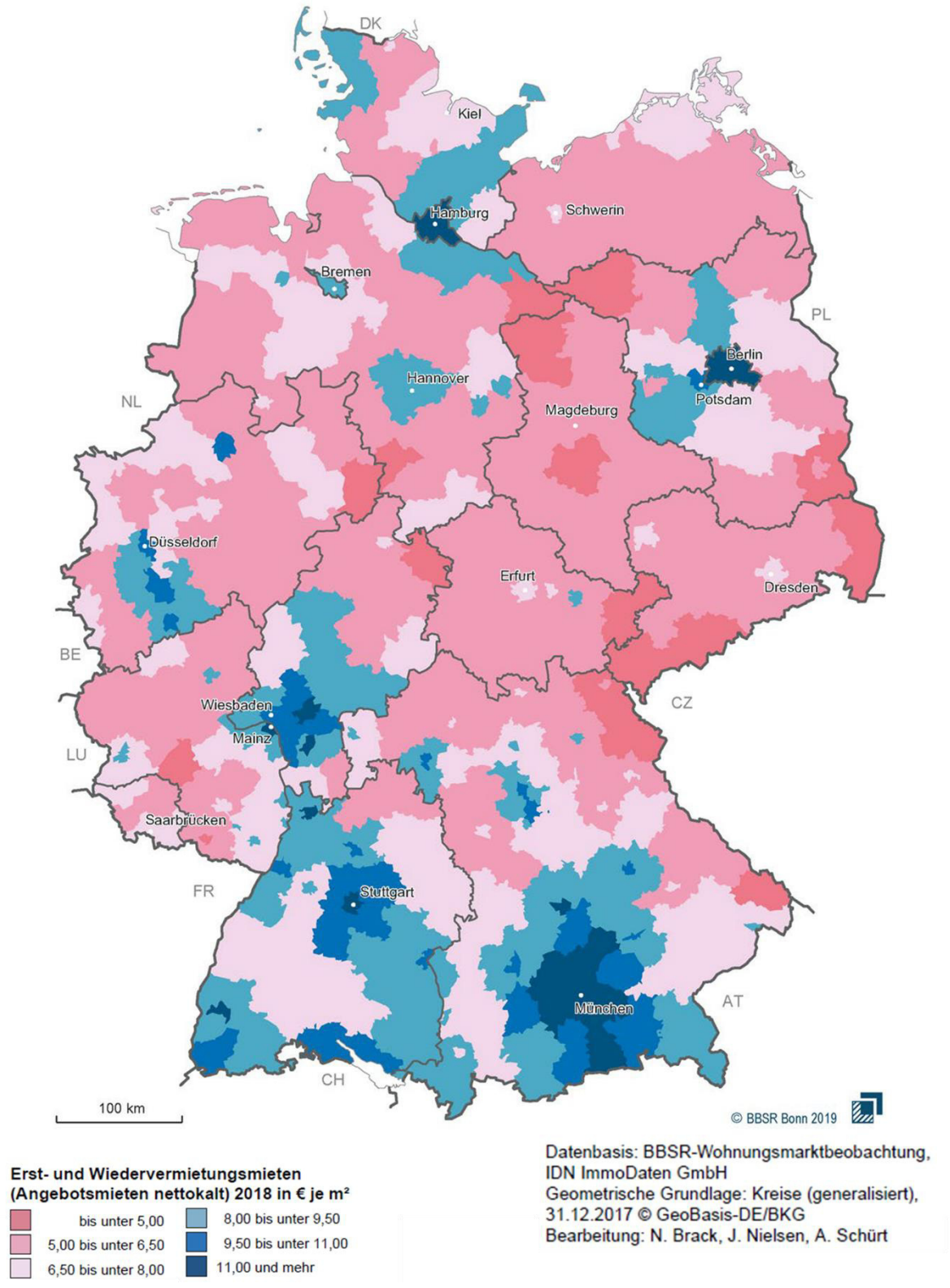


Abbildung 8: Mietpreise in Deutschland. Quelle: BBSR-Deutschland-Atlas 2019.

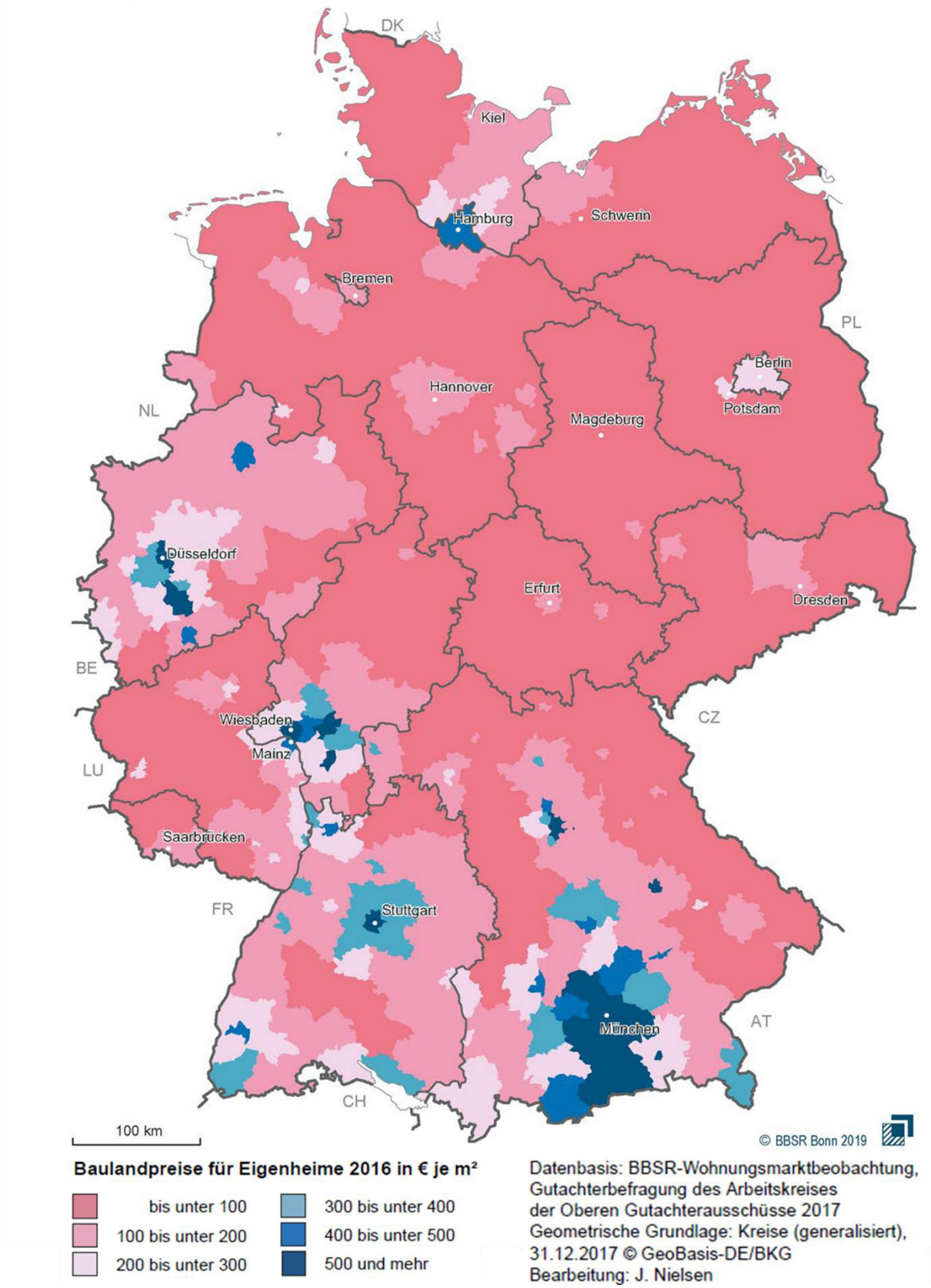


Abbildung 9: Baulandpreise für Eigenheime. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019.

Um von dieser Trendumkehr profitieren zu können, gilt es aber außerdem, einige wichtige Voraussetzungen zu erfüllen. Zunächst zu nennen sind hierbei natürlich die harten Standortfaktoren. Es braucht funktionierende Gesundheits-, Verkehrs- Bildungs- und sonstige Infrastrukturen, um wirklich attraktiv zu sein, sowie ein ansprechendes Angebot an Wohnmöglichkeiten und (erreichbaren) Arbeitsplätzen.

Zum anderen ist es aber auch hier von höchster Wichtigkeit, dass die Wahrnehmung des ländlichen Raumes im Allgemeinen und die des Odenwaldkreises im Besonderen stimmt.

In jüngster Vergangenheit besteht in dieser Hinsicht „Rückenwind" für den ländlichen Raum in den öffentlichen Debatten. Bereits 2017 beschrieb beispielsweise der Zukunftsforscher MATTHIAS HORX eine Renaissance des ländlichen Raumes, die ihm zufolge allein schon als Gegentrend der immer maßloser wachsenden Städte zu erwarten war. Immer weiter steigende Immobilienpreise und die Überlastung der Verkehrsinfrastruktur machen das großstädtische Leben unattraktiver. Die gleichzeitig immer stärker Fuß fassenden Trends zu Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Digitalisierung hingegen bieten Möglichkeiten und Attraktivität für den ländlichen Raum. Immer mehr Menschen schätzen es zu wissen, wo genau ihre Nahrungsmittel herkommen und wer ihre Nachbarn sind. Ebenso geschätzt werden frische Luft, angenehmeres Klima und Erholungsmöglichkeit im Grünen „vor der Haustür".

> „*Eine Umfrage unter 18 000 Menschen in urbanen, suburbanen und ruralen Gebieten zeigt, dass knapp* ***13% der Befragten aus den deutschen Großstädten plant, diese innerhalb der kommenden zwölf Monate zu verlassen****. Dabei handelt es sich überproportional häufig um Menschen im jungen und mittleren Alter und um Haushalte mit Kindern. Die Umzugsbereitschaft der Befragten aus suburbanen oder ruralen Räumen ist signifikant geringer ausgeprägt als in der Gruppe der Großstadtbewohner*innen. Rund 46% der Befragten mit kurzfristigen Umzugsplänen gibt an, dass ihre Umzugspläne durch die Corona-Pandemie beeinflusst wurden. Meistgenannte Umzugsziele der befragten Großstadtbewohner*innen mit kurzfristigen Umzugsplänen sind kleinere Großstädte mit 100 000–500 000 Einwohnern (38%) und suburbane Räume im Speckgürtel einer Großstadt (30%),* ***der ländliche Raum spielt dagegen nur eine untergeordnete Rolle (11%).***"
> (DOLLS & MEHLES 2021: S.1)

Demnach möchten die meisten der Umzugswilligen Großstädter*innen eher von der Großstadt in kleine Großstädte mit 100.000 bis 500.000 Einwohner*innen umziehen. In der Folge ist aber z.B. in Darmstadt von einer weiteren Verschärfung der Immobiliennachfrage (und den Preisen) auszugehen, sodass im Zuge auch mit einem weiteren Anstieg von Nachfrage und Preisen im Odenwaldkreis zu rechnen ist. Besonders hoch ist das Interesse am ländlichen Raum der Großstädter*innen in den Altersklassen über 50:

*Tabelle 1: Interesse der Großstadtbewohner*innen an einem Umzug in den ländlichen Raum (Quelle: Dolls & Mehles 2021: S. 5)*

Altersgruppen:	18-29	30-39	40-49	50-59	60-69	≥ 70
Anteil (in %):	8,5	8,8	11,5	23,2	18,5	50,0

DOLLS & MEHLES zeigten außerdem, dass u.a. der Wunsch nach einer größeren Nähe zur Natur ein wichtiger Grund für die Umzugspläne von Großstädter*innen ist – ein Pfund, mit dem der Odenwaldkries auf jeden Fall aufwarten kann.

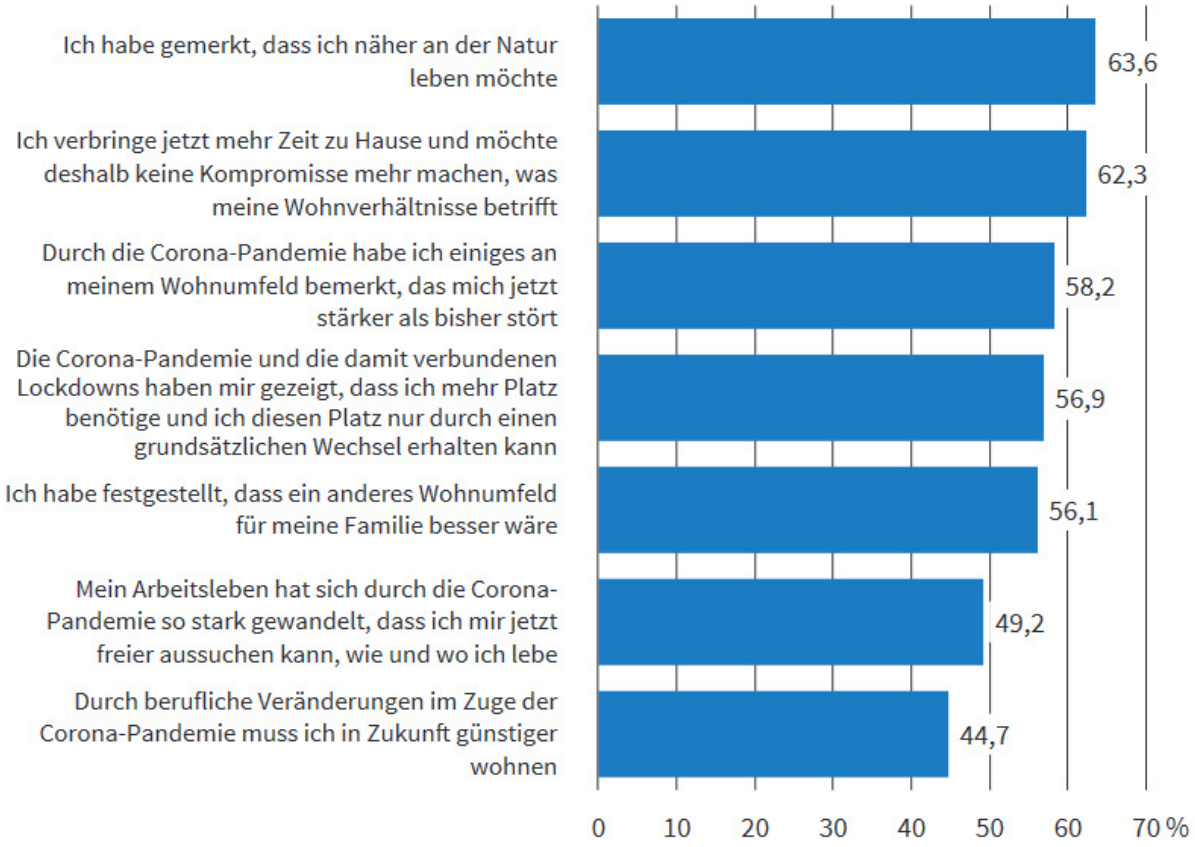


Abbildung 10: Einfluss der Corona-Pandemie auf die Umzugspläne der Gruppe "Urban" (entspricht Großstädte <500.000 EW; Quelle: DOLLS & MEHLES 2021: S. 6)

Bewusster leben im ländlichen Raum

Ein zentrales Element für die Renaissance des ländlichen Raums ist der Nachhaltigkeits-Gedanke. Klimakrise, Mobilitätswende, Lebensmittel-Skandale im Hinblick auf Tierwohl, Krankheiten und Medikamenteneinsatz führen zu einem stärkeren Wunsch nach bewussterem Konsum. Menschen möchten wissen, wie sie ihren CO_2-Fußabdruck verringern können, wo ihre Energie herkommt, was mit ihrem Abfall geschieht, wo ihre Lebensmittel herkommen und welche Umweltfolgen diese nach sich ziehen. Auch Konsumgüter werden von vielen Menschen bewusster ausgewählt, weil auch die Folgen auf das Klima, die Umwelt und die Ausbeutung von Menschen in anderen Teilen der Welt zunehmend wahrgenommen und von den Konsumenten berücksichtigt werden.

Was daraus folgt, sind zweierlei Entwicklungen: einerseits der bereits erwähnte, bewusstere Konsum, bei dem beispielsweise auf Fair-Trade oder Bio-Siegel vertraut wird – oder aber es wird auf einen direkten Draht zum Produzenten gesetzt. Zum Beispiel erleben in Deutschland produzierte Sportschuhe oder beim Bauern in der Region produzierte Lebensmittel daher eine gute Nachfrage. Die zweite Entwicklung geht sogar so weit, dass Menschen versuchen, autonomer zu werden und mit Grundgütern verschiedene Produkte ihres Bedarfs selbst herzustellen. Ein gutes Beispiel dafür war der Trend im Corona-Lockdown, als plötzlich scheinbar ganz Deutschland dazu überging, selbst Brot zu backen. Bereits seit längerem gibt es aber z.B. Trends für „Urban Gardening“ – also das oft gemeinschaftliche Anbauen von Lebensmitteln in städtischen Quartieren, auf Dächern und Balkonen. Der Brot-Back-Trend hatte in großem Teil auch damit zu tun, dass die Menschen plötzlich sehr viel Zeit hatten, weil nicht mehr Bars, Cafés, Restaurants, Sportstätten oder sonstige Freizeiteinrichtungen besucht werden konnten.

Dieser Faktor der (Frei-)Zeit ist ebenfalls sehr zentral für eine wieder steigende Wertschätzung des Landlebens. Nicht nur die Urbanisierung erzeugte ihren Gegentrend – auch der steigende Druck der Leistungsgesellschaft führte zu mehr und mehr Aussteigern und dazu, dass mehr Menschen

hinterfragen, ob eine grenzenlose Steigerung des Wohlstands überhaupt gut ist. Auch die Frage nach einer erfüllenden Arbeit wurde bedeutsamer.

Hierbei ist auch die Wirkung der Digitalisierung auf die Gesellschaft zu betrachten: im Internet prasseln jeden Tag ein Übermaß an Informationen auf die Menschen ein – soziale Medien, Werbung, versteckte Werbung, Nachrichten, Studien, Meinungen zahlloser, teils selbsternannter Expert*innen, endlose Falschmeldungen, Gegendarstellungen, Selbstdarstellungen, Betrugsmaschen, moralische Selbstdarstellung von Unternehmen und nicht zuletzt natürlich Verschwörungstheorien und Schmierkampagnen. Das Wichtige und Wahre herauszufiltern kann enorm anstrengend und zeitaufwendig sein.

Im ländlichen Raum ist „digitales Fasten" sehr gut möglich. Der digitalen Nachrichten und Arbeitsflut ist zu entkommen, indem man sich in den eigenen Garten oder die Natur zurückzieht oder indem man sich in der Gemeinschaft vor Ort einbringt.

Überdies ist vielen Menschen klar, dass mit einem „Like" auf Facebook noch kein nachhaltiger Beitrag für die Lösung von Problemen geleistet ist. Aufgrund von Skandalen, Betrugsmaschen und fehlender Transparenz ist das Vertrauen in staatliche Institutionen und Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) gesunken. In diesem Kontext besinnen sich viele Menschen wieder auf das Reale, Konkrete vor Ort. Die Devise „Global denken, lokal handeln" erlebte wieder stärkere Präsenz. Die Lösung globaler Probleme wird somit zur Verantwortung und Möglichkeit jedes einzelnen. In einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft hat dies auch für viele den persönlichen Vorteil, (freiwillige) Arbeit zu leisten, die einen konkret sichtbaren Nutzen hat.

Work-Life-Balance

Unter dem Stichwort „Work-Life-Balance" wird der Wert persönlicher Freizeit nicht nur mit einem gesteigerten Wert aus Sicht der Arbeitnehmer*innen diskutiert. Auch Arbeitgeber*innen erkennen zunehmend den Wert von Mitarbeiter*innen, die erholt und ausgeglichen höhere Kreativität, Engagement und Produktivität in das Unternehmen einbringen können. (*siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Bereich Work-Life-Balance*). Eine gute Möglichkeit, mehr Zeit zu haben, ohne weniger arbeiten zu müssen ist, Fahrtzeiten einzusparen. Auch deshalb wird das Arbeiten im Homeoffice immer beliebter. Insbesondere während der Corona-Krise konnten viele Unternehmen und Beschäftigte die Erfahrungen mit entsprechenden Modellen ausweiten und sind sich nun der Umsetzbarkeit sowie der Vor- und Nachteile bewusst.

Entscheidend ist an dieser Stelle jedoch, dass das Arbeiten in einer immer prägenderen digitalen Wissens- und Dienstleistungswirtschaft prinzipiell von überall aus möglich ist, vorausgesetzt es besteht ausreichender Internetanschluss. Das derzeitig noch sehr präsente Problem – das auch in den Bürgerworkshops der Kreisentwicklungsplanung immer wieder angesprochen wurde – dass es zu wenig Arbeitsplätze für Hochqualifizierte in der Region gibt – wird damit weniger relevant. Der Odenwaldkreis profitiert in dieser Hinsicht davon, dass er noch vergleichsweise preiswertes Wohnen bietet, ohne allzu weit vom Ballungsraum entfernt zu sein. Man kann also gezielt Wohnraum in der ländlichen Idylle finden, bei Bedarf aber doch mit akzeptablem Zeitaufwand vor Ort an der Arbeitsstelle in der Großstadt präsent sein.

Entschleunigt, aber nicht langsam

Auch der Begriff „Entschleunigung" wird in Verbindung mit dem ländlichen Raum genannt – prominent genutzt von der „Citta-Slow"-Initiative. Wichtig ist aus Sicht ländlicher Regionen bei der Verwendung solcher Diskurs-Stränge, dass damit nicht negative Bilder des langsamen, vielleicht auch rückständigen Landlebens gestärkt werden. „Entschleunigung" darf also nicht in der Ablehung der hektischen Elemente der Moderne verharren – sondern muss einen innovativen Gegenentwurf darstellen. Aufzuzeigen ist, wie Wirtschafts- und Lebensformen jenseits endlosen Wachstums möglich sind, die außerdem zu höherer Lebensqualität für alle beitragen können.

Der ländliche Raum bietet Platz zur Entfaltung solcher, vor allem wenn dankbar auf innovative Ideen und Macher eingegangen wird. Vorteil gegenüber den Metropolen ist also, dass der Kampf um einen „Platz an der Sonne" im lokalen Wettbewerb weniger scharf geführt werden muss. Die Konkurrenz um öffentliche Aufmerksamkeit ist weniger vorhanden, weil die Zahl derjenigen, die sich darum bemühen weniger groß ist. Auch Platz im eigentlichen Sinne ist mit leerstehenden Gewerbe- und Wohnimmobilien vorhanden.

Ebenso wie geringere Anonymität viele junge Erwachsene antreibt, ländliche Regionen zu verlassen, um sich ohne soziale Kontrolle ausleben zu können, kann ein Wunsch nach Nicht-Anonymität auch wieder anziehend wirken. Insbesondere in der Phase der Familiengründung, aber auch später im Leben, werden die Vorteile verlässlicher lokaler Netzwerke deutlich. Wichtig ist daher, dass ein lebendiges Miteinander erkennbar ist, dass Vereine, Dorfgemeinschaften, Unternehmen und Kommunen für einen gefüllten Veranstaltungskalender und lebenswerte Ortschaften sorgen.

Ein wichtiges Hindernis für die Stadtflucht ist in der Regel die Befürchtung, dass damit Verzicht auf besondere oder hochwertige Angebote der Kultur und der Gastronomie (auch Bars und Kneipen) einhergeht. Daher gilt es, dies zu relativieren und präsente Gegenargumente gegen die angebliche Provinzialität anzuführen. Kreative Impulse und einzelne kulturelle Highlights, die Strahlkraft bis in die Großstädte entfalten, vermögen es, solche Vorurteile der Provinzialität zu relativieren und den ländlichen Raum als Raum der Möglichkeiten zu positionieren – verbunden mit einer Andersartigkeit gegenüber dem großstädtischen Rhythmus.

Progressive Provinz

Besonders gute Zukunftschancen schreibt der Zukunftsforscher HORX „progressiven Provinzen“ zu. Gemeint sind damit solche ländlichen Räume, bei denen Positivität und Opfermentalität abgelegt wurden und stattdessen ein Klima der Offenheit und des Wandels herrschen (HORX, 2017: S. 102). Dann besteht die Chance, eine kulturelle Urbanisierung zu bewerkstelligen, die aber die „chaotisierenden Nachteile der Großstadt“ ausspart, so HORX weiter.

Insofern kann also der ländliche Raum wieder attraktiv werden für urbane Milieus, für kreative Menschen, die sich bislang in den Großstädten konzentrierten. Als besonderen Vorteil ländlicher Räume macht HORX die „kooperative Empathie“ aus – eine dynamische soziale Nähe, die in der Stadt so nicht zu finden ist. Ländliche Gemeinden sollten daher aufhören, mit Industrialisierung, Urbanität herstellen zu wollen. Stattdessen sollte man sich auf die eigenen Stärken konzentrieren, diese offen und kreativ weiterentwickeln und somit einen eigenen Entwurf einer progressiven Provinz zu wagen – die urbane Lebens- und Arbeitsweisen mit ländlicher sozialer Nähe, Ruhe, Nachhaltigkeit und Natur verbinden. „Die Progressive Provinz versöhnt das Regionale mit dem Kosmopolitischen und die Tradition mit der Hypermoderne“ (HORX 2017: S. 108). Besonderen Wert für den ländlichen Raum haben demnach insbesondere Heimkehrer und Kreative, die hier als Querdenker frischen Wind mitbringen können – und auch eine andere Wertschätzung erfahren als in der Großstadt, wo man im Wettbewerb der Ideen steht.

Progressiver Odenwaldkreis

Zahlreiche Beispiele anderer Regionen zeigen, wie das Bild des ländlichen Raumes nicht in erster Linie durch Marketing-Kampagnen verändert wird. „Taten sprechen lauter als Worte“: wirksam sind vor allem Projekte und Strategien, die den Bürger*innen in der Region und in den Städten zeigen, dass die Region lebenswert ist und konkrete Verbesserungen erreichen kann. Mit sichtbaren Maßnahmen, die sowohl Mut zum Experimentellen, als auch Maß und ländliche Bodenständigkeit beweisen, lässt sich vermitteln, dass die Region nicht nur über Veränderung und Aufbruch spricht, sondern tatsächlich offen für kreative Ideen und Menschen ist – gleichzeitig aber auch eine echte, selbstbewusste Alternative zum großstädtischen Lebensentwurf darstellt.

In diesem Hinblick sind auch viele der Maßnahmenvorschläge des vorliegenden Kreisentwicklungskonzepts zu verstehen. Einige davon mögen auf den ersten Blick noch etwas abstrakt wirken, andere hingegen vielleicht sehr konkret oder gar radikal. Für ein erfolgreiches Umdenken in der Selbst- und Fremdwahrnehmung hin zu einer zukunftsgewandten, chancenreichen Region ist es aber erforderlich, auch Prozesse zu starten, deren genaues Ergebnis sich nicht am Anfang absehen lässt, sondern noch kreative Energie und einen langen Atem verlangen. Ebenso ist es teils nötig, trotz der ländlichen Ruhe und Gemütlichkeit insgesamt agiler zu werden, Chancen zu ergreifen und stringent umzusetzen, was aufgrund vorliegender Daten empfohlen werden muss (*siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice, Bereich Ausbau der strategischen Handlungsfähigkeit*).

Renaissance des ländlichen Raums im Allgemeinen

BÄTZING (2020) analysierte in seinem letzten Buch „Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform.“, wie sich Stadt und Land historisch entwickelt haben. Insbesondere beschreibt er dabei, wie im Zuge der Industrialisierung die Verbindung dieser beiden Lebenswelten verloren ging und der ländliche Raum zunehmend als einerseits rückständig galt und andererseits als idyllisch verklärt wurde. Die Idee des Gegensatzes von „ländliche[r] Engstirnigkeit und Rückständigkeit versus städtische Weltoffenheit und Zukunftsorientierung“ muss überwunden werden.

Für den Odenwaldkreis und alle ländlichen Regionen bietet sich also ein gemeinsames Interesse, die Wahrnehmung des ländlichen Raums positiv zu beeinflussen und bestehende Vorurteile zu bekämpfen. Die Idee des Regionalmarketings kann hierzu erweitert werden: Konkurrenz um junge Menschen und Fachkräfte ist für den ländlichen Raum v.a. das Städtische, es sind nicht andere ländliche Regionen. Es gilt also, die Kräfte zu bündeln und so eine größere Reichweite zu erzielen. Auf diese Weise könnte die „Renaissance des ländlichen Raums“ stärker propagiert werden und ein landesweites Umdenken erreicht werden.

Mobilität der Zukunft

Mobilität heißt im Odenwaldkreis sowohl in der Freizeit als auch im Beruflichen bislang zumeist die Fahrt mit dem Pkw. Wagt man einen optimistischen Blick in die Zukunft – mit neuen Formen des ÖPNV und des autonomen Fahrens, ergeben sich für den ländlichen Raum geradezu revolutionäre Attraktivitätssteigerungen. Nicht für bislang nicht selbstständig motorisierte Bevölkerungsgruppen würde sich damit eine höhere Lebensqualität und eine gesteigerte Attraktivität der Region insgesamt bieten. Wenn Fahrt-(oder Flug-)Zeiten der Entspannung oder der Arbeit gewidmet werden können, spielt die Distanz z.B. von Schöllenbach nach Frankfurt eine um ein Vielfaches geringere Rolle. Somit werden solche bislang als abgelegen geltende Standorte näher an die Zentren „herangerückt“ und entsprechend anders von Beschäftigten und Arbeitgeber*innen wahrgenommen.

Selbstfahrende Autos und Flugtaxis sind derzeit noch nicht abschätzbare Zukunftschancen. Bei der Etablierung solcher neuartigen, revolutionären Infrastrukturen bietet sich eine Chance, „First-Mover“ zu werden, sich an die Spitze der Entwicklung zu setzen und somit als Erster davon zu profitieren. Mit einer Glasfaser-Infrastruktur und einem Mobilfunknetz auf der Höhe der Zeit wären wichtige Voraussetzungen für das autonome Fahren zu schaffen. Mit dem Flugplatz in Michelstadt und einer geeigneten Distanz, bzw. Nähe zu den Metropolen bestehen womöglich passende Voraussetzungen.

Wanderungsbewegungen

Wie in Abbildung 11 erkennbar ist, verzeichnete der Odenwaldkreis innerhalb der letzten 20 Jahre vor allem in den Altersgruppen der 18-30-Jährigen Netto-Wanderungsverluste. Sowohl bei den Kindern als auch bei den Altersgruppen der Familiengründung sind teils starke Zuzüge zu verzeichnen. Bemerkenswert ist auch die zuletzt gestiegene Zuwanderung der ab 50-Jährigen.

In verschiedenen Studien wurde festgestellt, dass die Bedeutung der Rückwanderung für Landkreise stark variiert. MEISTER et al. (2020) stellten einen Anteil der Rückwanderungen an den gesamten Zuwanderungen von 45 % fest für den Landkreis Eichsfeld und eine Quote von 19 % für den Stadtkreis Potsdam. FUCHS et al. (2017) ermittelten Anteile zwischen 14 % (Frankfurt/Oder) und 32 % (Lkr. Eichsfeld).

Für die Arbeitskräfte in Deutschland wurde festgestellt, dass von den Wohnortverlegungen über Kreisgrenzen im Zeitraum 2014 bis 2017 mindestens 27 Prozent eine Rückwanderung darstellten. Die Bedeutung des Rückwanderungsgeschehens für das Wanderungsaufkommen ist auch unterschiedlich unter verschiedenen Personengruppen. Einen unterdurchschnittlichen Anteil an Rückwanderungen weisen insbesondere Hochqualifizierte auf (25 Prozent). Der höchste Wert ergibt sich bei einer Differenzierung nach dem Alter für die 30- bis 34-Jährigen (32 Prozent). (MEISTER et al. 2020: S. i). Für ländliche Regionen macht die Rückwanderung mit 31 % der gesamten Zuwanderung einen wichtigen Teil aus. Überdurchschnittlich hoch ist die Rückwanderung vom nicht-ländlichen in den ländlichen Raum (MEISTER et al. 2020: S. 14).

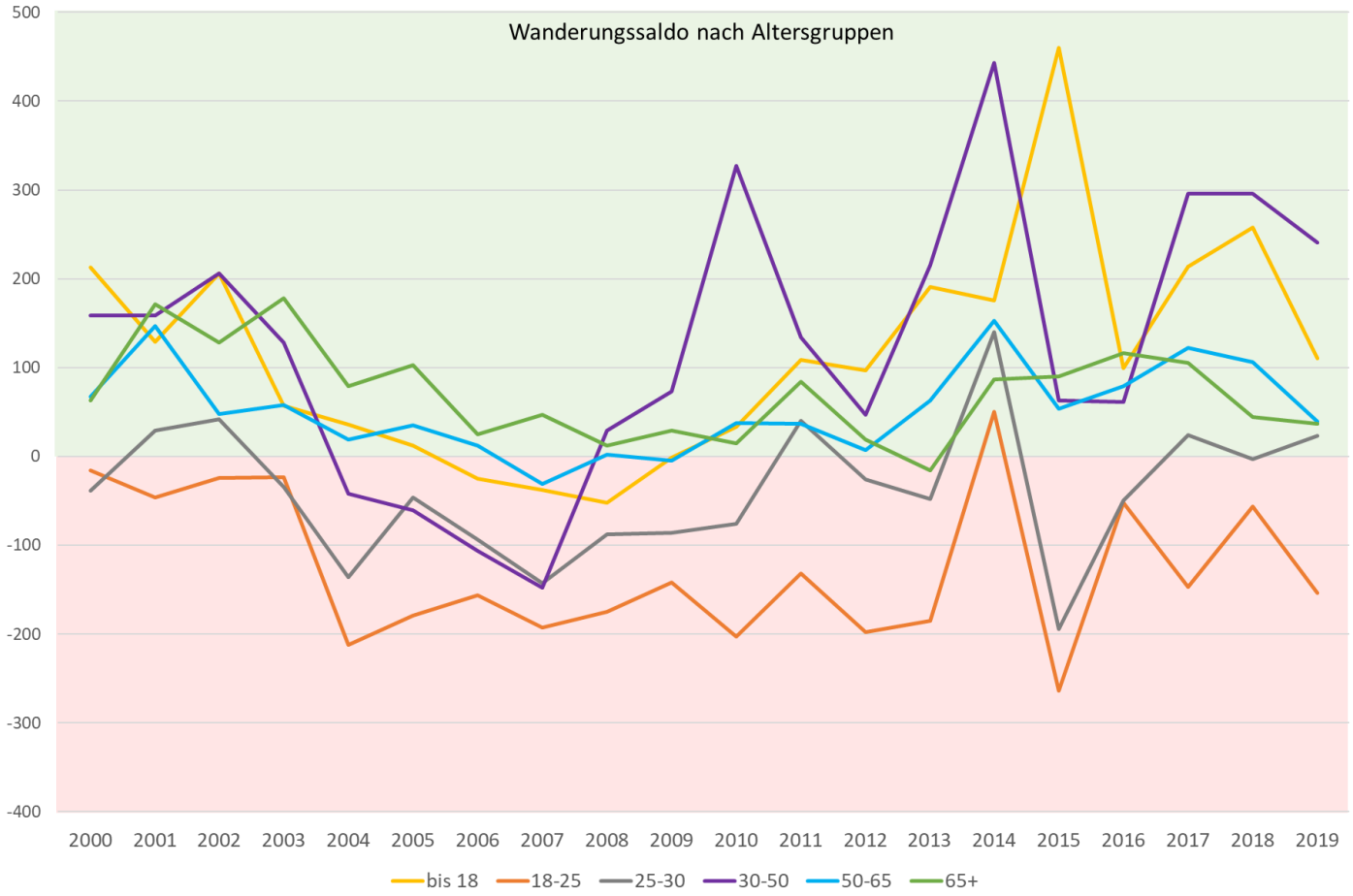


Abbildung 11: Zu- und Fortzüge (über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebiets) nach Altersgruppen. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de)

Wie Abbildung 12 zeigt, machte die Rückwanderung im Odenwaldkreis zwischen 2014 und 2017 etwa ein Drittel an der gesamten Zuwanderung aus. Rückwanderung ist also für die demographische Entwicklung des Odenwaldkreises ein wichtiges Thema. Insbesondere in der Phase der Familiengründung zwischen 30 und 34 Jahren ist eine Rückwanderung wahrscheinlich – bzw. innerhalb der ersten sieben Jahre nach erfolgtem Berufs- oder Studienabschluss (TEICHERT et al. 2018). Der Blick in die Wanderungssalden des Odenwaldkreises zeigt, dass gerade die Altersgruppen ab 30 vermehrt in die Region ziehen.

Wie Abbildung 13 zeigt, kann die Stabilisierung der Bevölkerungszahlen des Odenwaldkreises in den letzten 20 Jahren zu einem gewichtigen Teil auf Zuwanderung aus dem Ausland zurückgeführt werden, auch wenn der Wanderungssaldo der Deutschen zuletzt einen positiven Trend zeigte.

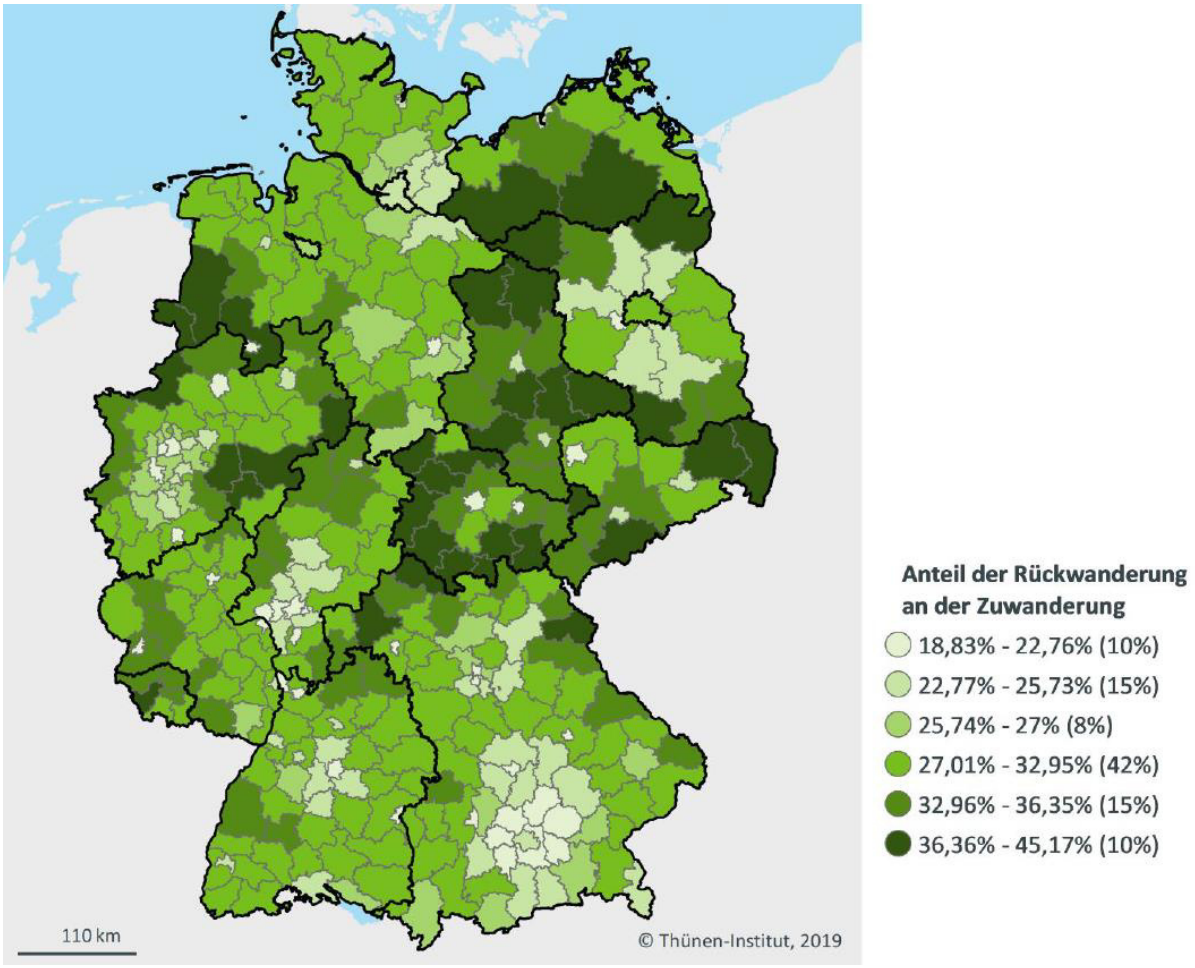


Abbildung 12: Anteil der Rückwanderung an der Zuwanderung 2014-2017. Quelle: MEISTER et al. 2020

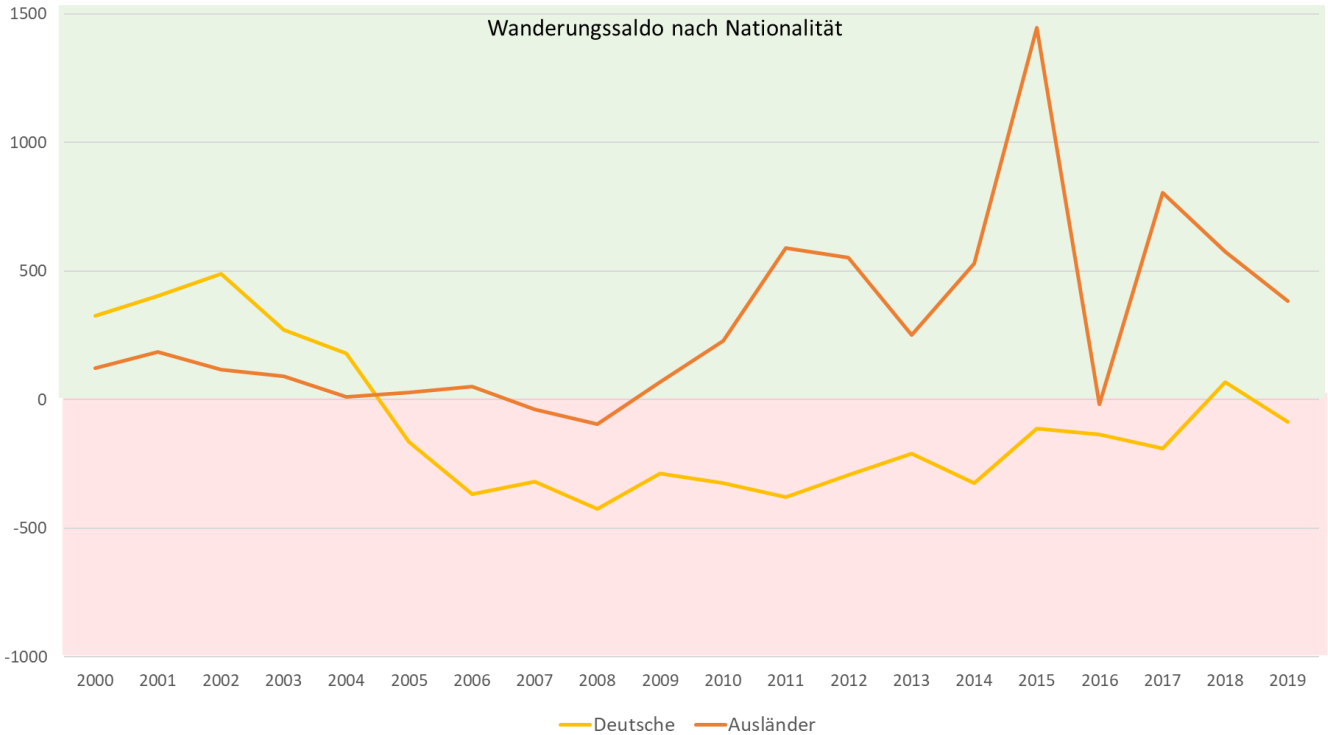


Abbildung 13: Zu- und Fortzüge des Odenwaldkreises (über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebiets), nach Nationalität; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de)

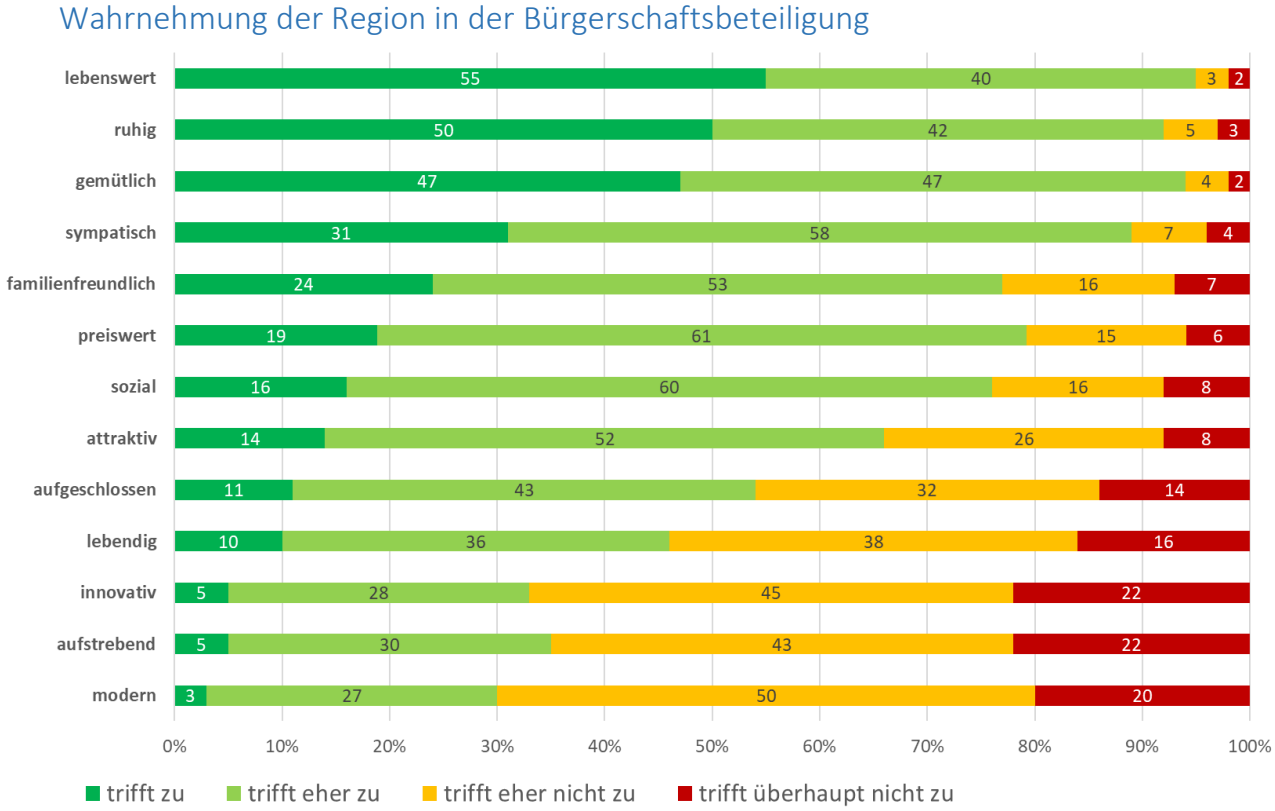


Abbildung 14: Ergebnisse der Bürgerschaftsbeteiligung zur Frage "welche Eigenschaften treffen aus Ihrer Sicht auf den Odenwaldkreis zu?". Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019 CIMA GmbH

In der Bürgerbefragung 2019 zeigte sich, dass eine große Mehrheit die Region als attraktiven Ort zum Leben empfindet. Insbesondere im Bereich Landschaft und Natur, sowie in den Bereichen Soziales, Sicherheit, Familienfreundlichkeit, Preiswertigkeit, Gemütlichkeit und Ruhe wurden in der Bürgerschaftsbefragung 2019 sehr gute Werte erzielt.

Schaut man sich die Bewertung der Adjektive für den Odenwald an, zeigt sich aber, dass der Kreis ein Imageproblem hat. Schlagworte wie „modern“, „aufstreben“, „innovativ“, „lebendig“ und „aufgeschlossen“ treffen der Beurteilung der Teilnehmer*innen somit eher weniger zu. Das mit der Durchführung der Umfrage beauftragte Unternehmen CIMA empfahl im Abschlussbericht zur Umfrage, „aus den Stärken auch authentische Profilierungsfelder für das Standort- und Regionalmarketing [abzuleiten]. Zu nennen sind Naturraum und Landschaft als besonderer Wert. Aber auch das Wohnraumangebot und das von den Bürgerinnen und Bürgern gut befundene Wohnumfeld sind als Pluspunkte der Region – auch im Vergleich zu anderen Wohnregionen – einzuordnen.“ Weiter heißt es von der CIMA: „Einen weiteren besonderen Wert stellt das soziale Miteinander [dar]. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Identifikation mit dem Raum sowie das gesellschaftliche Miteinander sind hoch ausgeprägt und werden von den Bürgerinnen und Bürgern auch als besonderer Wert eingeordnet.“

In den Bürger-Workshops bestätigte sich dieser Eindruck und das Thema Image, bzw. Regionalmarketing war an jedem der vier Termine ein intensiv diskutiertes Thema. Insbesondere ging es darum, für Fachkräfte und Familien attraktiver zu werden – also aus der Außenwahrnehmung. Außerdem wurde aber festgestellt, dass die Wahrnehmung vieler junger Kreisbürger*innen eher so ist, dass man die Region fast zwingend verlassen muss, um „etwas zu werden“. Auch die als gering wahrgenommene Modernität, Innovativität und Aufgeschlossenheit der Region sind Schwächen in der Selbstwahrnehmung der Kreisbürger*innen, die vermutlich auch vielfach ein Grund für das dauerhafte Verlassen des Odenwaldkreises sind.

Die Ergebnisse der Bürgerbefragung, der Jugendbefragung und der Bürgerworkshops können im Internet unter www.odenwaldkreis.de unter dem Bereich Kreisentwicklung abgerufen werden.

Sicht der Jugendbeteiligung

Auch in der Jugendbeteiligung zur Kreisentwicklung wurden als Stärken der Region Natur, Landschaft, Erholung und Ruhe genannt, aber auch die Bereiche Freizeit, Kultur, Veranstaltungen, Vereinsleben, Gemeinschaft und sozialer Zusammenhalt. Als wichtigste Herausforderung der Region wurde nach „ÖPNV und Verkehr“ der Bereich „Freizeit/Kultur“ bewertet.

Aus Sicht der Teilnehmer der Jugendbefragung ist die Region für junge Familien besonders attraktiv. Auch das Vereinsleben der Region ist ein wichtiger Faktor für hohe Lebensqualität. Schlechtere Bewertungen hingegen gab es bezüglich der Integration von Neubürgern. Besonders negativ bewertet wurden die Fragen, ob der Odenwaldkreis ein guter Standort für Unternehmen ist und ob die Region zukunftsorientiert und auf die Digitalisierung vorbereitet ist. Auch für Weltoffenheit und Toleranz bietet sich ein eher durchwachsenes Bild. Möglicherweise gäbe es ein differenzierteres Bild, wenn man sich anschauen könnte, wie die Teilnehmer mit Wohnort in den Städten, Kerngemeinden und Ortsteilen jeweils unterschiedlich bewerteten. Beispielsweise wäre es denkbar, dass Zusammenhalt und Zukunftsorientiertheit in den Mittelzentren anders bewertet werden, als in eher abgelegenen Ortsteilen.

Bei der 4. Frage der Umfrage wurden mehrere Elemente, die entscheidend für einen Verbleib in der Region sind, überwiegend negativ bewertet: insbesondere Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten, aber auch Arbeitsplätze, Freizeitangebote, Treffpunkte, Einkaufsmöglichkeiten, das Wohnraumangebot und das kulturelle Angebot sind demnach ausbaufähig.

Um den Wegzug junger Erwachsener zu bremsen gilt es einerseits, Fakten zu schaffen und konkrete Verbesserungen in diesen Bereichen zu erzielen. Dazu soll auch das vorliegende Kreisentwicklungskonzept dienen (*siehe u.a. Teilstrategien Wirtschaft und Fachkräftesicherung, Digitalisierung, Bildung, Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, Stadt- und Ortsentwicklung)*. Andererseits ist die Bewertung durch die Teilnehmer einer Umfrage nicht rein fakten-basiert, sondern hängt auch stark davon ab, wie die Wahrnehmung dieser Faktoren ist. Insbesondere junge Menschen, die tendenziell eher begrenzt eigene Erfahrungen in anderen Regionen gemacht haben sind geprägt dadurch, wie ihr soziales Umfeld – insbesondere ihre Vertrauenspersonen – das Lebensumfeld und dessen Chancen für die individuelle Lebensplanung wahrnehmen und wie sie darüber sprechen.

In den Workshops zur Kreisentwicklung im November 2019 wurde auch angesprochen, dass gerade solche Vertrauenspersonen, Eltern oder Lehrer zum Beispiel, eher das Bild vermitteln, dass ein Fortzug unabdingbar ist, um „etwas zu werden“ und die städtische Lebensqualität zu finden, die für viele junge Erwachsene so attraktiv erscheint. Auch Vereinsleitungen, Prominente oder sonstige besonders vertrauenserweckende Persönlichkeiten könnten als effektive Botschafter*innen fungieren. Mit dem Satz „Die Stimmung ist schlechter als die Lage“ wurde dieser Handlungsbereich in der Bürgerschaftsbeteiligung treffend beschrieben.

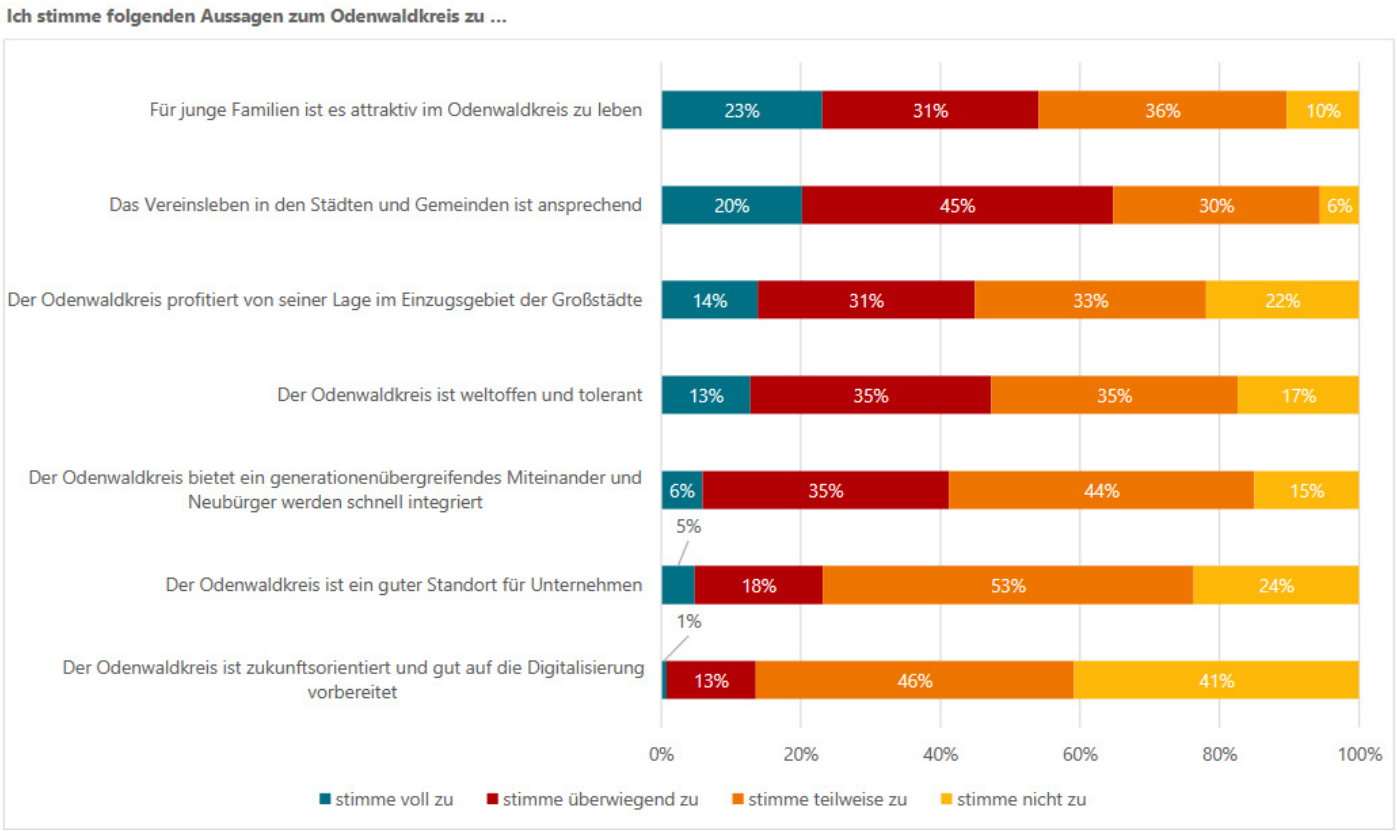


Abbildung 15: Aussagen zum Odenwaldkreis in der Jugendbefragung zur Kreisentwicklung 2020. Quelle: CIMA 2020

Regionalranking

Verschiedene Institute und Beratungsfirmen in Deutschland veröffentlichen in regelmäßigen Abständen statistische Auswertungen, die die Zukunftschancen der deutschen Stadt- und Landkreise umfassend bewerten und in eine Rangliste bringen. Insbesondere für (Immobilien-)Investoren sind solche Rankings interessant, zeigen sie doch auf, in welchen Regionen und Städten Investitionen besonders lohnend sein könnten. Aus Sicht der Kreisentwicklungsplanung sind derartige Untersuchungen jedoch mit äußerster Vorsicht zu genießen, weil eine derartige Vermengung von Indikatoren – noch dazu mit einem derart „prophetischen“ Anspruch – natürlich mit einer gewissen Verkürzung und Vermengung von verschiedenen Entwicklungen einhergehend zu erstellen ist.

Als methodisch sinnvoll und nachvollziehbar erwies sich in der näheren Betrachtung insbesondere das Regionalranking der IW-Consult (Abbildung 16)

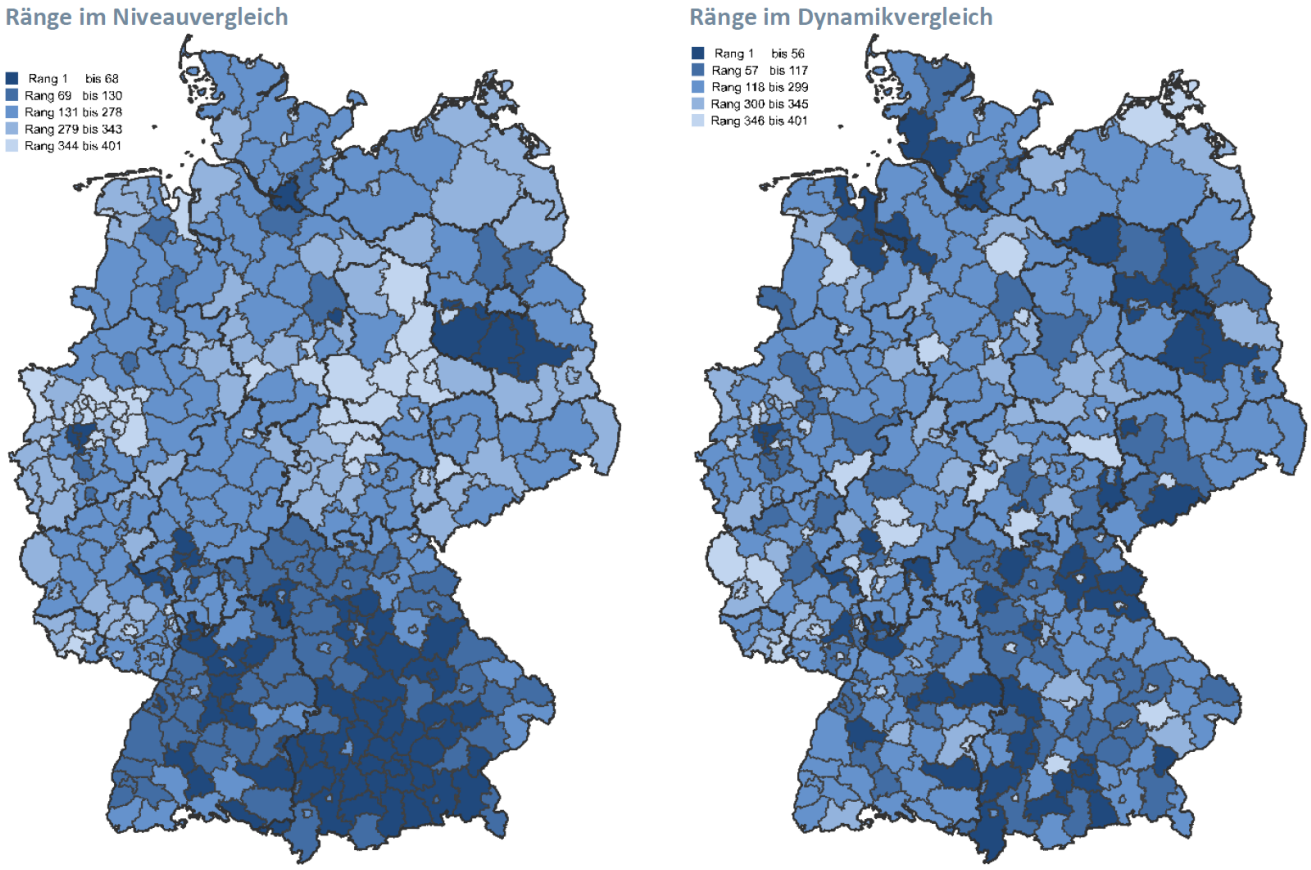


Abbildung 16: Zukunftsranking der IW-Consult GmbH.

In der Gesamtbewertung, bei der sowohl das Ausgangsniveau verschiedener Indikatoren, als auch deren Veränderungen (der letzten drei Jahre) einfließen, landete der Odenwaldkreis in der Kategorie Aufsteiger (=geringes Niveau, gute Entwicklung). Zwar sieht die Studie den Odenwaldkreis insgesamt – bezogen auf das Jahr 2018 – nur im hinteren Mittelfeld, bescheinigt ihm aber in den drei Jahren davor eine „starke Dynamik“, so dass er unter dem Strich zu den Aufsteigern zählt. Im Dynamik-Ranking steht der Odenwaldkreis beim Gewerbesaldo (Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen je 1.000 gemeldete Personen) besonders gut da, aber auch beim Indikator „Naturnahe Fläche“. Eher schlecht schneidet der Kreis beim Wanderungssaldo der 25- bis 30-Jährigen ab.

Maßgebend für das Ranking waren die Ergebnisse in den Feldern Wirtschaftsstruktur, Arbeitsmarkt und Lebensqualität. In jedem Feld wurden mehrere Indikatoren gemessen, aus denen das Gesamtergebnis ermittelt wurde – sowohl für den Ist-Stand im Jahr 2018 als auch für die davor liegende dynamische Entwicklung. Zum Beispiel flossen bei „Wirtschaftsstruktur“ der Gewerbesaldo ein, bei „Arbeitsmarkt“ der Anteil hochqualifizierter Beschäftigter und bei „Lebensqualität“ der Wanderungssaldo der 25- bis 30-Jährigen. Beim Ist-Stand kommt der Odenwaldkreis unter den 401 Städten und Landkreisen auf Platz 261. Im Dynamikvergleich belegt er Platz 148 und liegt damit vor den Nachbarkreisen Neckar-Odenwald (Platz 151), Darmstadt-Dieburg (190), Miltenberg (227) und Bergstraße (246).

Die positive Ausstrahlung einer florierenden Großstadt auf ihr Umland sind im Großraum Frankfurt am Main nicht so groß wie bei München und erstrecken sich v.a. auf den Main-Taunus-Kreis und den Hochtaunuskreis. Somit ist dort die zweitstärkste Wirtschaftsregion in Deutschland zu finden. Auf den Odenwaldkreis hat dies hingegen leider nur begrenzt Auswirkungen.

Florierende Regionen in Ostdeutschland sind z.B. der Landkreis Dahme-Spreewald, wo man hohe Lebensqualität („Wohnen im Grünen“), geringe Gewerbesteuerhebesätze und einen positiven „Gewerbesaldo“ vorfindet. Somit konnte dort auch eine gute gemeindliche Steuerkraft zustande kommen. Auf diese Weise konnte dort der geringe Anteil wissensintensiver Dienstleistungen ausgeglichen werden. Im Ranking der Baugenehmigungen ist diese Region auf dem 2. Platz insgesamt, woran man sieht, dass hier zunehmend eine Entlastungsfunktion für den Berliner Wohnungsmarkt

übernommen wird. Die letzten 10 Ränge werden bemerkenswerter Weise ausschließlich von kreisfreien Städten belegt

Abwanderung
Selbst in den 10 stärksten ländlichen Regionen wurde eine Abwanderung der 25-30-Jährigen von 0,3 je 1000 gemeldete Personen zu verzeichnet. Als Bindefaktoren an die Heimatregion konnten vor allem (Aus-)Bildungs- und Berufsmöglichkeiten identifiziert werden. Ländliche Regionen mit hohen Einkommensmöglichkeiten und hoher Lebensqualität sind attraktiv für Personen zwischen 30 und 50 Jahren. Für diese Altersgruppe konnten die Top 10 der erfolgreichen ländlichen Regionen Zuzüge von durchschnittlich 8,8 je 1000 gemeldete Personen verzeichnen. Bei den 10 schwächsten Regionen liegt der Wert bei +0,7

Vorgeschichte und Anlass der Neuauflage des KEK

Kreisreport 2007: „Die Kreisverwaltung als Dienstleistungskonzern“

Folgendermaßen wird der Zweck und Inhalt des „Kreisreports“ von 2007 im Vorwort vom damaligen Landrat Horst Schnur beschrieben:

> *„Das nunmehr vorliegende Nachschlagewerk verdeutlicht, dass sich die Kreisverwaltung von der ursprünglich eher ordnungsrechtlichen Aufgabenwahrnehmung zu einem zukunftsgerichteten und für die nachhaltige Entwicklung unserer ländlich geprägten Region notwendigen Dienstleistungskonzern entwickelt hat. Der „OdenwaldKREISREPORT“ stellt vor diesem Hintergrund ein aktuelles und ausführliches Nachschlagewerk für alle Interessierten dar. Der OdenwaldKREISREPORT ist aber gleichzeitig auch Ausgangspunkt für die Kreisentwicklungsplanung des Odenwaldkreises, die der Kreistag am 23. April 2007 beschlossen hat. Ziel der Kreisentwicklungsplanung ist es, den starken Einflüssen der raumbedeutsamen Planungen des Landes Hessen eine eigene Entwicklungsperspektive gegenüberzustellen, da kreisspezifische Belange in den übergeordneten Konzeptionen bislang nur unzureichend berücksichtigt wurden. Eine Kreisentwicklungsplanung ist notwendig, um einerseits in die übergeordneten Planungen besser einzugreifen und andererseits die vielfältigen gemeindlichen Belange gemeinsam und nachhaltig zu vertreten. Darüber hinaus wächst in unserer Region das Bewusstsein, dass dem Odenwaldkreis als ländlichem Raum mit seiner verbindenden Funktion zwischen den Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar auch im Hinblick auf seine nachhaltige und zukunftsgerichtete Entwicklung eine besondere Bedeutung zukommt.*“

Die Ansprüche an die Kreisentwicklungsplanung wurden also bereits 2007 recht umfangreich gesetzt.

Kreisentwicklungsplan 2009

Der erste Kreisentwicklungsplan erschien 2009 und beruhte auf mehreren Workshops mit Interessensgruppen. Er war konzeptioniert als Arbeitsfassung, die von der Politik reflektiert und dann in Arbeitskreisen weiterbearbeitet werden sollte. Auch die Einarbeitung neuer Arbeitsergebnisse in den Kreisentwicklungsplan war vorgesehen.

> *„Die* Kreisentwicklungsplanung *ist mit Leben zu füllen. Fortlaufend sind wichtige Ziele zu formulieren, die Zielerreichung ist zu erfassen und auf dieser Grundlage kann die Entwicklung aktiv gesteuert werden.*“ (S. 8.)

Nach einem Abriss zum Hintergrund, einer rechtlichen Einordnung, einer Einordnung in die Landesentwicklungsplanung und einem kurzen Blick in Demographie- und Wirtschaftsdaten folgte die Abarbeitung von mehreren Handlungsfeldern. In den Bereichen Verkehr, Versorgung, Entsorgung, Informations- und Kommunikationstechnologie, Hochwasserschutz, Schulen, Sport, Soziales, Katastrophenschutz, Natur- und Umweltschutz, Landwirtschaft und Forsten, Interkommunale und interregionale Zusammenarbeit. In diesen Handlungsfeldern wurden teils untergeordnete Handlungsfelder aufgefächert. Im Bereich Verkehr beispielsweise Straßenverkehr, Radwegenetz, ÖPNV. Es wurden jeweils rechtliche Grundlagen, Anforderungen, Ist-Zustand, eine Entwicklungsstrategie und Ziele dargelegt. Die Definition der Ziele stand allerdings nicht im Zusammenhang mit einer

übergreifenden Vision. Außerdem gab es weder ein einheitliches Abstraktionslevel noch eine näher definierte zeitliche Perspektive zu den Zielen und potentiellen Entwicklungen.

Der Aufbau orientierte sich im Allgemeinen an den Zuständigkeiten des Landratsamtes und dessen Abteilungen, ebenso wie an deren Perspektiven auf künftige Herausforderungen. Dadurch war die Entdeckung von tiefer liegenden Problemen, die gegenseitige Beeinflussung von Entwicklungen unterschiedlicher Bereiche sowie die Fantasie für entsprechende Handlungsmöglichkeiten in solchen Querschnittsbereichen schlecht möglich.

Schlussfolgerung für das aktuelle Kreisentwicklungskonzept war, dass möglichst viele Perspektiven hinzugezogen wurden – in Form der Bürgerschaftsbeteiligung und den ausführlichen Gesprächen mit Abteilungen des Landratsamtes, mit den Kommunen, mit Politiker*innen verschiedener Couleur und selbstverständlich auch mit nicht-öffentlichen Akteur*innen, die oft eine unverzichtbare Rolle spielen. Handlungsfelder wurden also dieses Mal nicht nach Abteilungen kategorisiert, sondern konzeptionell.

Kreisentwicklungsplanung 2012/2013: Leitbildprozess 2012 und Kreisentwicklungskonzept 2013

Die Überlegungen gingen nach 2009 weiter. Der Arbeitsplan für die Kreisentwicklung in den Jahren 2012 und 2013 sah so aus:

27.09.2012:	Entwicklung einer Vision für den Odenwaldkreis unter Einbindung der Hauptabteilungsleiter*innen und Geschäftsführer/innen der Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften des Odenwaldkreises sowie der kreisangehörigen Bürgermeister.
31.10.2012:	Formulierungen der Leitbilder zu den einzelnen Handlungsfeldern in einem Arbeitstreffen (Themen: Verwaltung, Tourismus, „Wirtschaft, Energie und Verkehr“
10/11-2012:	Entwurfserarbeitung einer Geschäftsordnung für die Steuerungsgruppe „Kreisentwicklung“ sowie die Lenkungs- und Arbeitsgruppen
11-2012:	Kreisausschussvorlage der Vision, Mission und des Leitbildes
11/12-2012:	Erarbeitung und Festlegung der Kennzahlen
01-2013:	Abfrage der Kennzahlen für das Jahr 2012 und Bewertung. Einarbeitung der Ergebnisse in das Kreisentwicklungskonzept
15.1.2013:	Konstituierende Sitzung der Steuerungsgruppe „Kreisentwicklung“
01-2013:	Vorlage der Geschäftsordnung für die Steuerungsgruppe „Kreisentwicklung“ an den Kreisausschuss
02-2013:	Fortschreibung des Kreisentwicklungskonzeptes
03/04-2013:	Vorlage Kreisentwicklungskonzept an den Kreisausschuss
07-2013:	Abfrage der Kennzahlen – erstes Halbjahr 2013 und Bewertung. Einarbeitung der Ergebnisse in das Kreisentwicklungskonzept – Anpassung
08-2013:	Zwischenbericht an den Kreisausschuss

Auf die Ergebnisse der „Vision für den Odenwaldkreis“ wird weiter unten, im Kapitel „Vision2050“ eingegangen. Neben einer kurz gefassten „Vision“ enthält dieses Papier auch einen Satz zu „Unserer Mission“, Grundaussagen zu den Themen Natur, Ökologie, Nachhaltigkeit und Innovation und schließlich Ausführungen zu den Handlungsfeldern Verwaltung, Tourismus, „Wirtschaft, Verkehr und Energie“, „Umwelt und Natur“, „Gesundheit und Senioren“. Die Einteilung dieser Handlungsfelder folgt denen, für die auch jeweils ein Arbeitskreis gebildet wurde.

Die Formierung dieser sechs Arbeitskreise wurde unter dem Motto „Umstrukturierung Gremienarbeit“ durchgeführt. Ziel war, eine „effizientere Gremienarbeit“ zu erreichen. In diesem Bereich verzeichnete man das Problem, dass es zu viele Besprechungsgremien gab und nicht transparent war, was von wem wo und warum besprochen wird. Diese effizientere Gremienarbeit sollte verknüpft werden mit der Kreisentwicklung. Die Arbeitskreise sollten also eine beratende Funktion für die Entscheidungsträger*innen der Kreisentwicklung einnehmen. Effizienter sollte dies deshalb sein, weil sich alle bestehenden Beratungsgremien diesen offiziellen Arbeitskreisen unter- und zuordnen sollten.

Die Lenkungsgruppen fungierten als Bindeglied zwischen den in den Arbeitsgruppen versammelten Akteur*innen und der „Steuerungsgruppe Kreisentwicklung“. Vorsitzende der Lenkungsgruppen waren die jeweils zum Handlungsfeld zuständigen Hauptabteilungsleiter des Landratsamtes. Jede selbstständige und meist selbst-organisierte Arbeitsgruppe konnte einen Vertreter in die Lenkungsgruppe entsenden. In der Steuerungsgruppe waren der Landrat, der Erste Kreisbeigeordnete, drei Mitglieder des Kreisausschusses sowie die Vorsitzenden der Lenkungsgruppen vertreten.

Das im Juli 2013 veröffentlichte Kreisentwicklungskonzept enthielt direkt nach dem Vorwort die im Vorfeld formulierte „Vision und Konkretisierung zu Handlungsfeldern“. Anschließend wurden zu jedem Handlungsfeld laufende Maßnahmen und Projekte aufgeführt. Die Maßnahmen und Projekte wurden nach einer tabellarischen Vorlage aufgeführt. Hierbei wurden Ziele, eine Kurzbeschreibung, Kennzahlen (die oft nicht aufgeführt werden konnten, weil nicht alle Ziele in Zahlen gemessen werden können) und Kosten aufgeführt wurden. Außerdem erfolgte eine „Beurteilung der Zielerreichung“ nach drei möglichen Kategorien:

- Rot (Daumen nach unten): „Die Zielerreichung ist gefährdet.“
- Gelb (Daumen zur Seite): „Es sind Probleme aufgetreten. Die Zielerreichung wird verzögert, ist jedoch grundsätzlich (noch) möglich.“
- Grün (Daumen nach oben): „Alles im ‚Grünen Bereich‘“

Kreisentwicklungsplanung 2014-2018

Von 2014 bis 2018 wurde zunächst noch versucht, die neue Gremienstruktur mit Leben zu füllen. Der Steuerkreis stand vor der Herausforderung, elf vielbeschäftigte Funktionsträger zusammenzubringen. 2015 wurden angesetzte Sitzungen des Steuerkreises wiederholt verschoben und schließlich abgesagt. Updates zu den Handlungsfeldern der Lenkungsgruppen wurden stattdessen schriftlich angefragt.

Während dieses Zeitraums wurde auch das Regionale Entwicklungskonzept Odenwald (REKO) der Interessensgemeinschaft Odenwald (IGO) aufgestellt, bei dem ebenfalls strategische Fragestellungen aufgeworfen wurden. Es sollte sichergestellt werden, dass zu strategischen Herausforderungen der Handlungsfelder Fördermöglichkeiten aus LEADER und anderen Programmen erschlossen werden konnten.

Ebenfalls zu dieser Zeit fand der Prozess „OREG 2.0“ statt. Dabei wurde das Aufgabenspektrum und die rechtlichen Verhältnisse der OREG überarbeitet. Es wurde unter anderem diskutiert, wie die IGO mit der OREG kooperiert, wie und von wem Standortmarketing betrieben werden soll und wie die Kooperation mit dem Bereich Kreisentwicklung des Landratsamtes zukünftig geschehen soll. „Der Kreisausschuss des Odenwaldkreises steht vor der Herausforderung die Bereiche Kreisentwicklungsplanung, strategische und operative Wirtschaftsförderung sowie das Controlling neu zu strukturieren“, formulierte ein Mitglied der Verwaltung diese Herausforderung.

Rückblickend betrachtet stellt es sich in den Jahren 2014 bis 2018 also dar, dass zunächst die neuen Strukturen umgesetzt werden sollten, dies nur schwerlich gelang und schließlich eine neue Konzeption für die Kreisentwicklung gesucht wurde. Hinzu kamen die parallel zu bewältigenden Prozesse in der IGO und der OREG. 2018 entschloss man sich zur Ausschreibung einer vollen Stelle für Kreisentwicklung. Parallel wurde eine erneute schriftliche Abfrage zu den Handlungsfeldern und deren Projekte durchgeführt.

Reflektion der Kreisentwicklungsplanung bis 2018

Der Prozess der Kreisentwicklungsplanung bis 2018 hat eine Basis mit vielen wichtigen Anhaltspunkten und Überlegungen geschaffen. Sie flossen auch das hier vorliegende Konzept ein.

Dennoch wurde die Arbeit an diesem Papier strukturell anders angegangen. Damit wurde versucht, gewisse Hindernisse, die der Prozess bis 2018 hatte, zu vermeiden. Es gab vor allem diese fünf „Hemmschuhe“:

1. Der erste Kreisentwicklungsplan erschien nach und nach, aufgeteilt auf einzelne Handlungsfelder. Dadurch wurde die Perspektive auf das Ganze eingeengt. Außerdem führte dies schlussendlich dazu, dass nur noch über einzelne Projekte und Vorhaben berichtet wurde, ohne dass ausreichend Zeit da war, über die Erreichung oder Relevanz von Zeilen zu sprechen.
2. Trotz klar abgegrenzter Zuständigkeiten verschiedener mit dem Konzept befasster Gruppen gab es die Gefahr von Parallelstrukturen. Zudem waren die jeweiligen Themen zu eng gesetzt, so dass es mitunter an Flexibilität fehlte. Insbesondere Problemstellungen, deren Ursachen quer zu verschiedenen Themenbereichen liegen, konnten daher nicht ausreichend erfasst werden.
3. Die Struktur des Prozesses hat eine reibungslose Weitergabe von Informationen nicht immer gefördert. So bestand die Gefahr von Intransparenz. Zudem mussten nicht zuletzt die Hauptabteilungsleiter eine zusätzliche Arbeitsbelastung tragen.
4. Aus all diesen Gründen konnte eine intensive Auseinandersetzung mit tieferliegenden Problemen kaum stattfinden. Auch deswegen, weil im Kreisentwicklungsplan von 2013 eine grundlegende Analyse nicht vorgesehen war.
5. Es gab keinen klaren Zusammenhang zwischen Vision, Ausführungen zu Handlungsfeldern und den darin relevanten Zielen, Handlungsbedarfen und Projekten.

Ziel des jetzt vorliegenden Konzepts ist es, alle relevanten Felder gemeinsam darzulegen, damit die Kreispolitik Prioritäten festlegen und deren Umsetzung nachprüfen kann – nicht nur einmal, sondern auf Dauer. Erforderliche Nachsteuerungen sind nicht nur möglich, sondern auch gewollt.

Es gibt nach wie vor eine gewisse und auch notwendige thematische Abgrenzung, aber keine Engführung mehr. Das macht die Beratungen offener. Zu dieser Offenheit gehörte neben der Einbeziehung von Know-how aus der Kreisverwaltung die bewusste Einbeziehung von Bürger*innen in zwei Umfragen und vier Workshops sowie von Expert*innen außerhalb der Verwaltung.

Auf die Erstellung des vorliegenden Konzepts konnte sich ein eigens dafür eingestellter Mitarbeiter konzentrieren, was dem Informationsfluss und damit der Transparenz diente und andere Mitarbeiter*innen.

Das vorliegende Konzept hat den Anspruch, Problemlagen fundiert zu beschreiben und daraus eine strategisch-langfristige Perspektive zu erarbeiten.

Das vorliegende Papier leitet die einzelnen Teilstrategien und die in ihnen formulierten Ziele klar aus der Vision 2030 ab (siehe unten). Sie greift inhaltlich auf die Vision von 2013 zurück und ist streng genommen nicht neu, sondern wurde nur überarbeitet.

Prozessplanung, Verlauf und Methoden der Kreisentwicklungsplanung ab 2019

Die Arbeit an einem neuen Kreisentwicklungskonzept startete im Dezember 2018 Zunächst wurden bestehende Strukturen und Entwicklungen untersucht. Statistische Grundlagen und Gespräche mit den Bürgermeistern des Odenwaldkreises vermittelten einen ersten Eindruck über die Herausforderungen und Ansprüche an das Konzept. Im Mai konnte das „Konzept zum Konzept“ vorgelegt werden, welches Überlegungen zur Beteiligung von Bürgerschaft und Akteur*innen enthielt und im Juni 2019 durch den Kreistag beschlossen wurde.

Konzeptionierungs- und Analysephase		
17.06.2019 Kreistag	▪ KEK-Konzept ▪ Gesprächsleitfäden für Abfragen ▪ Liste zu befragender Akteur*innen ▪ Fertige Ausschreibungsunterlagen für die Beauftragung einer schriftlichen Befragung mit Onlineoption ▪ Beschluss über etwaige Finanzmittel	

12.08.2019	▪ Beginn der Bürgerbefragung durch das beauftragte Unternehmen	€
31.08.2019	▪ Abschluss erster Abfragen bei priorisierten Akteur*innen o Akteur*innen, die in den Bereichen Digitalisierung und Demographie von primärer Relevanz sind o Gegenstand: Ist-Zustand im Fachbereich, vorhandene strategische Elemente o Neben der Abfrage findet auch ein Anbringen von Ideen bei den Akteur*innen statt, Start fortwährender Kommunikation und Koordination	
09.09.2019	▪ Fristende der Bürgerbefragung, Start der Auswertung	
Auswertungs- und Verwertungsphase		
31.09.2019	▪ Ergebnisse der Befragung liegen vor ▪ Abschluss der restlichen Erst-Gespräche und schriftlichen Abfragen	
30.11.2019	▪ Status-Quo-Szenario wird durch die Kreisentwicklung fertiggestellt	
Beteiligungsphase		
XX.12.2019	▪ Start der Bürgerschaftsbeteiligung mit externer Begleitung/Moderation	€
31.03.2020	▪ Abschluss der Bürgerschaftsbeteiligung	
XX.06.2020	▪ Präsentation von Analysen, Handlungsfeldern, festgelegten Prioritäten, Handlungsstrategien und Projekten	
Umsetzungsphase		
XX.06.2020	▪ Start des Arbeitskreises zur Ausarbeitung der Vision Odenwald 2050 und des Zielhorizonts 2030 ▪ Start der Arbeitskreise mit relevanten Akteur*innen der Handlungsfelder, Erarbeitung von konkreten Zielsetzungen und Umsetzungsmaßnahmen	
Bis 15.12.2020	▪ Fertigstellung des Kreisentwicklungskonzepts und Kenntnisnahme durch den Kreistag	
Verstetigung / Fortschreibung		
	▪ Periodische Aktualisierung der Daten-Grundlagen – Statistik + Abfragen zu Fachbereichen und Teilstrategien ▪ Monitoring	€
	▪ Überprüfung der Erreichung von Zwischenzielen	
	▪ Nachsteuerung zur Erreichung von Zwischenzielen, erneute Einberufung von Arbeitskreisen nach Bedarf	

Wie bereits weiter oben erläutert wurde, müssen Strategien flexibel auf neue Erkenntnisse und externe Einflüsse flexibel eingehen können. Dies gilt auch für diesen Zeit- und Ablaufplan.

So musste beispielsweise die Zahl der angestrebten Expertiseinterviews reduziert werden. Das liegt zum einen am Zeitaufwand der Vorbereitung auf Gespräche, zum andern an der Kapazität, Gesprächsinhalte zu verarbeiten, ohne zu sehr in Umsetzungsprojekte und aktives Konfliktmanagement verwickelt zu werden. Ziel blieb jedoch, in jedem als relevant erscheinenden Handlungsfeld einen Einblick zu erhalten. Auf diese Weise sollte gewährleistet werden, dass grundlegende Zusammenhänge zwischen Handlungsfeldern verstanden werden konnten und Ursachen für Probleme aus Bürger*innensicht kennengelernt wurden.

Vorgesehen war, nach der Bürgerumfrage und dem Abschluss der Expertiseinterviews (die sich tatsächlich bis weit ins Jahr 2020 hinzogen) zunächst Status-Quo-Szenarien für jedes Handlungsfeld

auszuarbeiten. Im Anschluss sollte zu jedem der vier anhand der Umfrageergebnisse ausgewählten Schwerpunkten jeweils zwei Workshops veranstaltet werden. Nach Absprache mit dem gewählten Beratungsinstitut CIMA wurde beschlossen, dieses Vorgehen zur Bürgerschaftsbeteiligung abzuändern. Die Ergebnisse der Umfrage deuteten darauf hin, dass wesentliche Herausforderungen den *fünf* Bereichen „Demographie, Wohnen und Wohnumfeld mit gesellschaftlichen Miteinander", „Wirtschaft und Arbeitsplätze mit IT-Infrastruktur und Kommunikation", „Natur und Landschaft mit Klima- und Artenschutz", „Handel und Versorgung mit ärztlicher und sozialer Infrastruktur", sowie „Verkehr und Mobilität mit Verkehrssicherheit und Erreichbarkeit" zugeordnet werden können.

Die Workshops wurden in Bad König, Erbach, Oberzent und Reichelsheim durchgeführt, sodass alle Kreisbürger*innen eine gute Möglichkeit hatten, bei einem davon teilzunehmen. Im Anschluss an Präsentationen von Landrat Matiaske, des Kreisentwicklungsplaners Kuffer und des Beratungsunternehmens CIMA konnten offene Dialoge zu den genannten fünf Bereichen geführt werden. Zu jedem Bereich gab es zwei Plakate, auf denen wichtige Punkte, Stärken und Schwächen des Odenwaldkreises dargestellt waren. Die Beiträge der Teilnehmer*innen wurde auf Zettel geschrieben, an die Plakate geheftet und im Nachgang ausgewertet. Bei den Workshops zeigte sich die Legitimität der Entscheidung für themenübergreifende Workshops, denn viele Redebeiträge hatten Ideen und Vorschläge zur Zukunft des Odenwaldkreises, die sich nicht unbedingt eindeutig zu einem der Themenfelder hätten zuordnen lassen. Das Format trug also dazu bei, dass die Teilnehmer nicht in Fachbereichen, Verwaltungsstrukturen oder ähnlichem dachten, sondern allgemein die Zukunft der Region vor Augen hatten.

Die Teilstrategien beruhen grundsätzlich auf Erkenntnissen der Bürgerschaftsbeteiligung, der Expertise-interviews, den statistischen Daten und der Mega-Trend-Analyse. Dies wurde meist um tiefergehende Internet- und Literatur-Recherchen ergänzt. Teils handelt es sich um die Konkretisierung bestehender Handlungsstrategien.

Die zunächst als „Vision2050" gedachte Vision wurde zunächst ohne die Beteiligung eines größeren Personenkreises erarbeitet. Wichtig ist hierbei zunächst, dass die Anforderungen erfüllt sind, die Vision also die ihr zugeschriebenen Funktionen erfüllt, eine Leitschnur für alle weiteren Überlegungen zu sein. Da sie inhaltlich auf die Vision von 2013 zurückgreift, ist sie streng genommen nicht neu, sondern wurde nur überarbeitet. Weil sich die Prognose auch mit Blick auf Megatrends für den Zeitraum bis 2050 als zu unsicher erwies, wurde diese zudem in eine „Vision 2030" umgewidmet. Eine gemeinschaftliche Erarbeitung der Vision mit Einbindung von Politik, Stakeholdern und Bürgerschaft wurde 2020 auch durch die Pandemie verhindert.

Für Vision und Teilstrategien wurde also im vorliegenden Kreisentwicklungskonzept zunächst eine möglichst nachvollziehbare, sachlich begründete Diskussionsgrundlage geschaffen. Durch die ausführ-liche Darlegung der Rahmenbedingungen und Vorüberlegungen zum Konzept kann die künftige Diskussion auch diese mit in Betracht nehmen und reflektieren, ob eine geänderte Strategie diese dann noch erfüllt.

Das Kreisentwicklungskonzept in seiner jetzigen Form stellt einen Beschlussvorschlag der Verwaltung dar und soll Grundlage sein für die Priorisierung und die anschließende, sachlich begründbare Ressour-cen-Entscheidungen zugunsten verschiedener Maßnahmen. Entscheidet beispielsweise der Kreistag, dass zur Vision 2030, einer Teilstrategie oder einem anderen Teil des Kreisentwicklungskonzeptes Redebedarf in irgendeiner Form besteht und ein Workshop oder ähnliches angebracht ist, ist dies natürlich weiterhin möglich.

Eigene Arbeitskreise zur Kreisentwicklung soll es auch künftig nicht geben. Der Austausch auf Arbeitsebene findet durch die in den einzelnen Abteilungen ohnehin agierenden Akteur*innen statt. Die Kreisentwicklungsplanung wird bei Informations¬bedarf selbst aktiv, fragt nach Informationen, lädt zu Gesprächen oder Workshops ein. Auf der anderen Seite ist sie auch Anlaufstelle für jeden, der Ideen einbringen möchte oder auf ein Problem hinweist.

Als Beispiel für solche Sonderformate können die Jugend-Befragung im April 2020, der Workshop zum Fachkräftemangel im November 2019 oder der Workshop zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung mit Mitarbeiter*innen kommunaler Bauämter aufgeführt werden. Die zusätzliche Beteiligungsmöglichkeit für junge Odenwälder*innen wurde durchgeführt, weil deren Quote unter den Teilnehmern an der Befragung und den Workshops 2019 sehr gering war – sie aber eine hervorgehobene Rolle für die

Zukunft des Kreises spielen. An einem weiteren Format wurde im Bereich Migration und Integration gearbeitet. Dieses konnte bislang noch nicht umgesetzt werden, da das Konzept dazu einen relativ langen Zeitraum vorsieht.

Aus diesen Gründen wurde das Kreisentwicklungskonzept in der vorliegenden Form verfasst. Es wurde entschieden, es als Ganzes zu veröffentlichen und der öffentlichen Diskussion zu stellen. Dadurch soll gefördert werden, dass in dieser Diskussion ebenfalls ein Gesamtblick auf die Zukunft des Odenwaldkreises den Rahmen bildet. Teilstrategien sollen nicht einzeln, sondern möglichst im Gesamtzusammenhang gesehen werde. So wird außerdem das Ineinandergreifen von Vision und Entwicklungskonzept gewährleistet.

Wie die Verstetigung und Fortschreibung zum Zeitpunkt der Veröffentlichung konzipiert ist, kann im Anschluss an die Teilstrategien im Kapitel *Ausblick, fortlaufende Kreisentwicklungsplanung und Fortschreibung* gelesen werden.

Vision 2030

Als Ergebnis der Analysen, Recherchen, Umfragen, Gespräche und Überlegungen zur Kreisentwicklung seit Dezember 2018 wird folgende Vision für den Odenwaldkreis im Jahr 2030 formuliert:

Der Odenwaldkreis ist eine naturnahe und zugleich wirtschaftlich erfolgreiche, digital vernetzte Region mit starkem Zusammenhalt und einer reizvollen Landschaft sowie einem kraftvollen urbanen Zentrum. Abseits von großstädtischer Anonymität und Konkurrenzdenken zählt im Odenwaldkreis jeder Mensch, der hier seine Heimat finden möchte.“

Im Folgenden wird diese Formulierung erläutert und hergeleitet.

Anforderungen an eine Vision 2030

Eine Vision, die einen Zweck für die langfristige Planung erfüllt muss einigen Anforderungen gerecht werden.

1. Eine Vision gilt für die gesamte Planung und, mit dem Ziel einer strategische Planung, für einen langen Zeitraum. Beschriebene (Mega-)Trends und Rahmenbedingungen können sich zwischenzeitlich verändern. Nachhaltigkeit ist also ein oberstes Gebot. Gleichzeitig ist eine „strategische Flexibilität“ unverzichtbar. Die Vision muss also auch ihre Gültigkeit behalten, wenn sich die Umstände ändern und sich die in z.B. 10 Jahren Handelnden zu heute vielleicht nicht vorstellbaren Optionen gezwungen sehen. Die Vision 2030 soll sich in solchen Situationen nicht als Denkschranke, sondern als Leitschnur erweisen. **Sie muss also bewusst abstrakt bleiben**.
2. Die Notwendigkeit, abstrakt zu formulieren und auf einen langen Zeitraum hin zu planen kann dazu verleiten, der Fantasie etwas freien Lauf zu lassen. Die Vision 2030 soll **visionär, aber nicht verträumt** sein. Man bewegt sich also im Spannungsfeld zwischen Unter- und Überambition. Daher baut sie auf **vorhandenen Potentialen** auf und zeigt, was gelingen könnte, wenn diese besser bekannt, genutzt und ausgebaut werden.
3. Sie darf daher nicht austauschbar auf jede andere Region anwendbar sein. Die Vision gibt Orientierung, **was den Odenwaldkreis speziell ausmacht und ausmachen wird**. Sie nennt also den Grund, warum Odenwälder*innen gern hier leben, Akteur*innen vor Ort sich gern für die Region einsetzen und warum die Region für Bürger*innen und Unternehmen von außerhalb interessant ist.
4. Das Formulieren einer Vision ergibt nur dann Sinn, wenn sie Anknüpfungspunkte zu Zwischenzielen und dann dem kurzfristigen strategisch reflektierten Handeln gibt. Sie soll als wertvolles Werkzeug und Richtschnur wahrgenommen werden, nicht als theoretisches, schön gedachtes aber unnützes Konstrukt, das man jedes Mal erst lesen und verstehen muss, wenn man etwas damit anfangen will. Zentral ist daher eine möglichst **kurze und prägnante Formulierung.**

Reflektion zur „Vision und Konkretisierung einzelner Handlungsfelder“ von 2013

Die Vision 2030 stellt eine Weiterverarbeitung des Papiers „Vision und Konkretisierung der einzelnen Handlungsfelder“ von 2013 dar (abrufbar unter odenwaldkreis.de im Bereich Kreisentwicklung / Kreisentwicklung bis 2018). Dieses Papier enthält eine „Vision des Odenwaldkreises“, sowie eine „Mission“, welche die Vision in den vier Bereichen „Natur“, „Ökologie“, „Nachhaltigkeit“ und „Innovation“ konkretisiert. Es folgen außerdem Ausführungen zu den Handlungsfeldern „Verwaltung“, „Tourismus“, „Wirtschaft, Verkehr und Energie“, „Umwelt und Natur“, „Gesundheit und Senioren“ sowie „Kinder, Jugend und Bildung“.

Als Vision wurde damals formuliert:

> *„Der Odenwaldkreis ist lebenswert, nachhaltig und innovativ. Hier finden weltoffene Menschen einen attraktiven Lebens- und Arbeitsort in einem reichen Natur- und Kulturraum.“*

Die „Mission“ lautete:

> *„Wir schaffen attraktive Wohn-, Lebens- und Arbeitsverhältnisse, dabei verbinden wir Ökonomie und Ökologie harmonisch miteinander“*

Gelungen ist, dass ein zentraler, beständiger **Interessenskonflikt** im Odenwaldkreis – **zwischen Natur und Wirtschaft** – **versöhnt** ist: Der Odenwaldkreis ist geprägt von einer hochwertigen Kultur- und Naturlandschaft, die Gäste wie Einheimische gern zur Erholung nutzen. Ebenso ist der Odenwaldkreis aber gezeichnet von modernen Lebens- und Wirtschaftsweisen. Die Vorurteile mancher Städter zum „rückständigen ländlichen Raum“, bei der es außerhalb der Landwirtschaft keine Arbeitsplätze gibt, treffen auf den Odenwaldkreis absolut nicht zu. Auch die vorhandenen Arbeitsplätze in der industriellen Produktion sind eine Stärke des Odenwaldkreises im Vergleich zu anderen ländlichen Regionen Deutschlands.

„Was in der „Vision des Odenwaldkreises“ aber fehlt, ist der Hinweis auf den **Kontext dieser Vision** und den weiteren Ausführungen. Wie ist es entstanden? Für wen gilt diese Vision, wer setzt sie um – und wie? Wie sind die Elemente dieser Vision zu verstehen? Was ist der Zweck einer zusätzlich formulierten „Mission“? Wie stehen die Grundaussagen im Verhältnis zu den Handlungsfeldern? Die Beantwortung dieser Fragen ist entscheidend dafür, ob die Vision Verknüpfungspunkte zur Kreisentwicklungsstrategie bietet oder nicht.

Der Odenwaldkreis hat manche Vorzüge gegenüber anderen (urbaneren) Räumen. Mit Blick auf die Zukunft sollte er sich darauf konzentrieren, Stärken auszubauen und sich damit einen **Wettbewerbsvorteil gegenüber anderen Regionen** zu erarbeiten. Wenn diese Vorteile dann auch bekannt werden, können bestimmte Zielgruppen für den Odenwaldkreis begeistert werden – zum Beispiel junge Familien und Fachkräfte.

Gleichzeitig muss natürlich in Bereichen, die nicht zu den Stärken der Region zählen, ein bestimmtes Grundlevel erhalten bleiben. Zu diesen Bereichen gehören beispielsweise Kinderbetreuung, Kultur, Freizeit, Treffpunkte, Infrastruktur und Bildungsangebote. Gelingt es nicht diese Rahmenbedingungen zu gewährleisten, wird das Fazit von Zuzug-Interessierten ein „es ist zwar schön dort, aber…“ bleiben.

Das kann sich der Odenwaldkreis im Hinblick auf die im späteren Teil präsentierte Bevölkerungsentwicklung nicht leisten. Die Vision des Odenwaldkreises ist die Basis für eine solche Strategie. Bereits hierin müssen zentrale Stärken der Region enthalten sein und die **Grundlage für ein Regionalmarketing** nach innen und außen gelegt werden.

Ein Problem der bisherigen Kreisentwicklungsplanung war, dass „Vision und Mission“ keinen ausreichenden Anschluss an Handlungsfelder und Projekte bot. Die Vision 2030 muss im Gegensatz zur Vision von 2013 so formuliert werden, dass ein **Bezug zu einer mittelfristigen Strategie** und in der Folge **zum alltäglichen Handeln** besteht. Die Teilstrategien im vorliegenden Kreisentwicklungskonzept beziehen sich konsequent auf die Vision 2030.

Weiterentwicklung zur Vision 2030 für die künftige Kreisentwicklung

Unter den beschriebenen Voraussetzungen und mit Blick auf die Verbesserungsbedarfe wurde die 2013 formulierte Vision des Odenwaldkreises weiterentwickelt und liegt hier als Vorschlag für den Kreistag vor. Eine Vision sollte möglichst kurz und prägnant formuliert sein. Das erleichtert die Anwendung auf Teilstrategien. Daher beginnt die Überarbeitung mit einer Kürzung der Vision von 2013.

„**Lebenswert**“ ist bereits implizit in „attraktiver Lebensort“ und **fällt** daher **weg**.

„Nachhaltigkeit“ ist als Begriff einerseits sehr nützlich, weil er vieles beschreibt, was für die Zukunft der Region wichtig ist. Auf der anderen Seite wurde der Begriff weltweit so breit diskutiert und ist derart im gesamtgesellschaftlichen Konsens angekommen, dass er einerseits selbstverständlich wird – andererseits ist er sehr wenig konkret. Heutzutage schreibt sich annähernd jedes große Industrieunternehmen diesen Begriff ebenfalls in den CSR-Leitfaden. Was unter dem Begriff jeweils verstanden wird, ist jedoch eine andere Frage. Der Begriff braucht also entweder einen präziseren Ersatz oder eine anschließende Präzisierung, um zu erklären, was genau wir darunter verstehen. Da „Nachhaltigkeit“ aber derart viele Facetten hat, würde eine genügende Definition sehr umfassend ausfallen, was wiederum schlecht für die Anwendbarkeit der Vision insgesamt ist. Eine prägnant formulierte Vision muss weitgehend selbsterklärend sein. Der **Ersatz des Begriffs** erscheint daher als die bessere Variante. Tatsächlich untertreibt der Odenwaldkreis ohnehin, wenn er von sich sagt, er ist nachhaltig – Nachhaltigkeit heißt schließlich, dass man nicht mehr verbraucht als was vorhanden ist. Zum Beispiel mit Blick auf die Natur haben wir aber ein ganz anderes Ausgangslevel als andere Regionen (v.a. im Vergleich zu städtischeren Regionen).

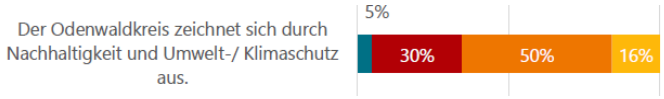


Abbildung 17: Bewertung der Nachhaltigkeit in der Bürgerschaftsbefragung 2019 zur Kreisentwicklung



Mit dem Wort **„Innovativ“** verhält es sich ähnlich. Innovativ will jeder sein. Tatsächlich darf man auch das innovative Potential der Odenwälder Unternehmen und der Verwaltung nicht unter Wert verkaufen. Insbesondere für eine ländliche Region ohne eigene Hochschule steht der Odenwaldkreis sicher nicht schlecht da. Innovation passiert aber auch sehr viel andernorts – z.B. in den Universitätsstädten, bei denen sich Start-Ups bilden und sich mit den zahlreichen (teils großen) Firmen vor Ort vernetzen. Innovation ist also keine außergewöhnliche Stärke der Region – auch wenn das ein erstrebenswertes Ziel ist. Das ist auch die Meinung, die die Teilnehmer*innen der Bürgerschaftsbefragung überwiegend vertraten (siehe Abbildung 18). Worauf wir in diesem Bereich stolz verweisen können – als Wettbewerbsvorteil – sind zum Beispiel der einfache Kontakt zu den Verwaltungsspitzen und die vielfältigen Unterstützungsangebote der OREG für Unternehmer und Gründer. Auch die allgemein bekannten „kurzen Wege“ in der Region, also die weitläufigen Netzwerke über Branchen hinweg und kurze Kommunikationswege sind typisch für die Region. Der Begriff „innovativ“ sollte also ebenfalls **ersetzt oder gestrichen** werden.

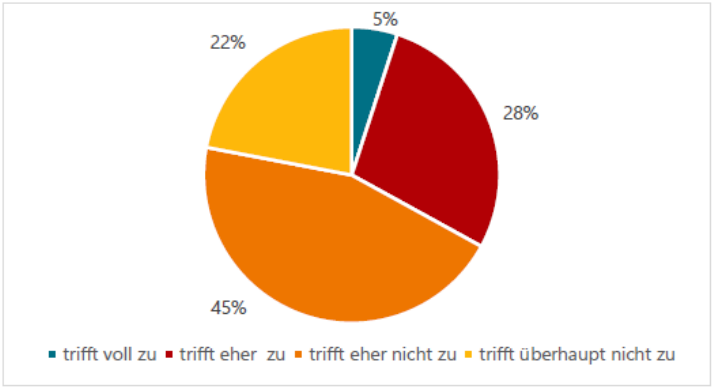


Abbildung 18: „Ist der Odenwaldkreis innovativ?“ in der Bürgerschaftsbefragung 2019 zur Kreisentwicklung

„**Weltoffenheit**“ ist ebenfalls eine sehr positive Eigenschaft für eine Region. Auch hier ist aber zu hinterfragen, ob der Odenwaldkreis sich durch diese Eigenschaft tatsächlich auszeichnet. Die Bürger*innenumfrage zur Kreisentwicklung lieferte hierzu leider ein eher negatives Bild:

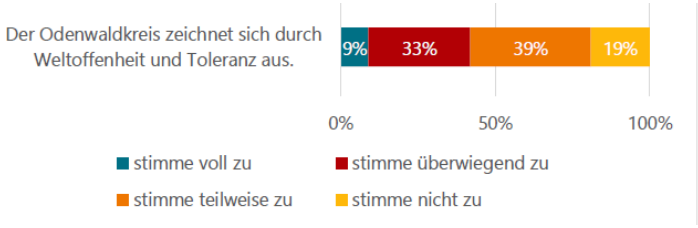


Abbildung 19: "Weltoffenheit und Toleranz" in der Bürgerschaftsbefragung 2019 zur Kreisentwicklung

Mit Rücksicht auf diese Ergebnisse lässt sich also konstatieren, dass sich für diese Selbstbeschreibung keine Mehrheit findet. Es empfiehlt sich daher die **Streichung** dieser Zuschreibung. Als ländliche Region in direkter Nachbarschaft zu Ballungsräumen wird der Odenwaldkreis im Vergleich kaum mithalten können. Ein Wettbewerbsvorteil für die Region lässt sich hieraus also nicht ableiten. Der Odenwaldkreis sollte seinen Charme als ländliche Region nicht scheuen. Hier kommen teils recht konservative, traditionelle Werte mit modernen Lebensentwürfen und ausländischen Kulturen zusammen. Die Chance auf eine echte Integration – statt einem bloßen Nebeneinander der gesellschaftlichen Gruppen – ist hier höher, als in der Großstadt. Dafür sorgt die Überschaubarkeit der Kommunen und der Angebote. Hier kommen Leute verschiedener Schichten viel eher zusammen, als in einer Großstadt, wo die Schluchten zwischen in sich recht homogenen Vierteln viel größer sind. Zum Beispiel mit dem Satz „ländliche Gemeinschaft statt Szene-Filterblase“ lässt sich diese Eigenschaft des Odenwaldkreises beschreiben.

„**Attraktiver Lebens- und Arbeitsort“** beschreibt zwar keine Wettbewerbsvorteile des Odenwaldkreises. Jedoch besteht hier der Bezug zu den oben beschriebenen, grundlegenden Rahmenbedingungen, die ebenfalls stimmen müssen.

„**Reicher Natur- und Kulturraum**“. Während die Reichhaltigkeit des Naturraums Odenwald in der Bürgerschaftsbefragung unhinterfragt blieb, tun sich beim Begriff „Kulturraum“ ein paar Probleme auf. Das beginnt bei der Definition dieses Begriffs. Ist damit die Kulturlandschaft gemeint, also die vom Menschen seit Jahrhunderten gestaltete Odenwälder Landschaft? Die typisch Odenwälder Traditionen, Mundarten, Feste und Trachten? Die markanten Fachwerkhäuser mit Holzschindeln und die bekannten Sehenswürdigkeiten? Oder lassen sich hierzu auch das regionale Angebot an Festivals, Theatern, Konzerten, Bars und Kneipen rechnen? Gehört die Odenwaldbahn zum Kulturraum?

Von einer prägnanten Formulierung kann man hier also nur schwerlich sprechen. Davon abgesehen darf der Odenwald sicher stolz sein auf all diese Kulturgüter. Erneut stellt sich aber die Frage, ob sich hierin ein Wettbewerbsvorteil für die Region erkennen lässt. In der Bürgerschaftsumfrage erlangte der Bereich „Freizeit und Kulturangebot“ bei den meistgenannten Stärken der Region Platz 7; unter den meistgenannten Schwächen aber Platz 4. Bewertet wurde das kulturelle Angebot mit 34 % als „befriedigend“ und mit 27 % als „gut“. Damit scheidet „Kultur“ als zentraler Wettbewerbsvorteil des Odenwaldkreises leider aus – trotz jeglicher Bemühungen wird eine ländliche Region wie der Odenwaldkreis in diesem Bereich nicht mit einer Stadt wie Darmstadt, Heidelberg oder Frankfurt mithalten können. Dass die Odenwälder Landschaft keine Natur- sondern eigentlich zum größten Teil eine vom Menschen gestaltete Kulturlandschaft ist, steht auf einem anderen Blatt. Zusammenfassend empfiehlt es sich daher, „**Natur- und Kulturraum“ durch Landschaft zu ersetzen**. Auch das zwar positive, aber nicht sehr aussagekräftige „**reiche**“ muss durch ein besseres Adjektiv **ausgetauscht** werden.

Die Odenwälder Landschaft hat einige prägende Eigenschaften, wovon im Folgenden einige davon aufgeführt sind, wenn auch in idealisierter Art. Sowohl die Vision 2050, als auch das Regionalmarketing sollen ein ideales Bild dieser regionalen Stärke präsentieren, weshalb dies an dieser Stelle auch angebracht ist. **Die Odenwälder Landschaft ist…**

- **durch Land- und Forstwirtschaft geprägt**, insbesondere mit einer starken Schäfer-Tradition und typischen Streu-Obst-Wiesen. Insgesamt ist der Anbau von Gemüse weniger prägend –

Landwirtschaftsflächen werden v.a. als Wiese oder zum Getreideanbau genutzt. Großflächige Gewächshäuser oder riesige, monotone Äcker sind hier nicht zu finden – durch seine Kleingliedrigkeit ist diese Landschaft besonders ästhetisch und **abwechslungsreich**.
- eine selten flache, ästhetisch geschwungene Erdoberfläche. Dadurch ist die immergrüne Landschaft fast überall und **fast immer präsent**, weil man, fast egal wo man ist, immer entweder den Wald oder weitläufige Hügel vor Augen hat. Es ist also „sehr viel Landschaft" und sie ist unverkennbar.
- durch zahlreiche Wander- und Fahrradrouten **erlebbar**, dabei ist sie oft auch sportlich anspruchsvoll, bietet aber für jedes Fitnesslevel und jedes Alter etwas und **motiviert zur Bewegung** an der frischen und hier auch äußerst sauberen Luft.
- von verwinkelten Tälern und Hügeln, schmalen Flüssen und teils naturnahen Bächen durchzogen. Auch dank des namensgebenden Waldes gibt es überall Wege und Orte, die „fernab der Zivilisation" sind – wo man also wenige Spuren von Siedlung, Verkehr oder Industrie bemerkt. Sie ist also ein **Rückzugsort.**
- auffällig häufig nebelverhangen und auf eine romantische Weise unheimlich. Auf dieses Element nahm der Vorgänger-Marken-Claim von „Nachhaltig. Innovativ." Bezug (damals „sagenhaft und zukunftsoffen").

Zusammenfassung und Erläuterung

Nun werden die festgestellten Verbesserungsbedarfe zusammengefasst und darauf aufbauend Gegenvorschläge für verschiedene der bestehenden einzelnen Elemente gemacht.

Aus diesen Bausteinen und unter den formulierten Anforderungen lässt sich folgende Vision des Odenwaldkreises 2030 formulieren:

Der Odenwaldkreis ist eine naturnahe und zugleich wirtschaftlich erfolgreiche, digital vernetzte Region mit starkem Zusammenhalt und einer reizvollen Landschaft sowie einem kraftvollen urbanen Zentrum. Abseits von großstädtischer Anonymität und Konkurrenzdenken zählt im Odenwaldkreis jeder Mensch, der hier seine Heimat finden möchte.

Diese Vision enthält mehrere abstrakt formulierte, voraussetzungsvolle aber erreichbare Ziele:

- Erhalt und Förderung der Landschaft hinsichtlich Natur und Ästhetik. Dies schließt sowohl Natur- und Landschaftsschutz, als auch die Funktion von Land- und Forstwirtschaft in diesem Bereich ein. Die Odenwälder Landschaft ist Quell von Ästhetik, Erholungsmöglichkeiten und sportiver Angebote, gesunder Luft und nicht zuletzt auch qualitativ hochwertiger Lebensmittel.
- Mit dem erwähnten wirtschaftlichen Erfolg wird das Ziel formuliert, nicht zur ausschließlichen Schlaf-Region für Menschen zu werden, die in der Umgebung arbeiten. Eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung gehört zum tiefsitzenden Selbstverständnis des Odenwaldkreises. Dabei muss ein Miteinander von Natur und Wirtschaft gelingen, denn die Natur ist eine zentrale Stärke der Region, die auch dazu beiträgt, Fachkräfte zu gewinnen. Die Odenwälder Umgangsformen sind selbst unter Konkurrenten fair und ehrlich, was zu einem starkem Netzwerk im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich führt. Bestehende Netzwerke werden auch durch digitale Kommunikationskanäle ergänzt und erweitert.
- „Das kraftvolle urbane Zentrum" des Odenwaldkreises sind natürlich zunächst Erbach und Michelstadt, die gemeinsam das Mittelzentrum mit Teilfunktion eines Oberzentrums für die Region darstellen. Von hier aus wird die Versorgung vielfältiger Bedarfe für Kommunen des ganzen Landkreises sichergestellt. Hochwertige und reichhaltige Angebote der Bildung, Kultur, Versorgung, Gesundheit und Arbeit sind Voraussetzung für die selbstbestimmte Entwicklung der Region. Außerdem sind sie Voraussetzung dafür, dass die Wahrnehmung des Odenwaldkreises sich positiv entwickelt – der jenseits seiner landschaftlichen Reize eben auch Ort zum Leben und Arbeiten ist. Zusätzlich zu diesem urbanen Zentrum muss die Nahversorgung in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung und Einkauf auch entlang der Entwicklungsachse B45/Odenwaldbahn und im Gersprenztal gewährleistet sein. Für die kleineren Ortsteile gilt es, die Mobilität zu gewährleisten und eine Grundversorgung zu sichern.

- Die Stärken des Odenwaldkreises in Abgrenzung zum großstädtischen Raum müssen erhalten, gefördert und besser kommuniziert werden. Die „kurzen Wege“ im Odenwaldkreis sorgen dafür, dass man sich beruflich und privat oft mehr als einmal begegnet. Dies prägt den Umgang mit den Mitmenschen. Selbst unter eigentlichen Konkurrenten herrscht daher gegenseitiger Respekt und oft sogar Zusammenarbeit. Dörfer, Städte, Kommunen, Vereine, Berufsgruppen und vielfältige andere Arten von Gruppen bilden Netzwerke und Gemeinschaften, bei denen sich jeder einbringen kann. Aufgrund der ländlichen Überschaubarkeit ist es für jeden, der sich engagiert, möglich, einen erkennbaren Beitrag zu leisten. Insofern ist es im Odenwaldkreis jedermann möglich, nicht nur einen „attraktiven Ort zum Leben und Arbeiten“, sondern eine echte Heimat zu finden. Die Kommunen des Kreises arbeiten vertrauensvoll zusammen und verstehen sich als eine Region, deren Konkurrenz nicht die Nachbargemeinde, sondern außerhalb des Landkreises, insbesondere in den Großstädten liegt.

Teilstrategien

Erläuterung des Aufbaus

Jede Teilstrategie ist nach einem geregelten Aufbau strukturiert. Dieser leitet sich aus den eingangs erwähnten Anforderungen an das Kreisentwicklungskonzept und seine Teilstrategien ab.

Analyse zum Handlungsfeld.
Hier wird auf Basis der Beiträge aus der Expert*innen- und Bürgerschaftsbeteiligung untersucht, wie die bisherige Entwicklung im jeweiligen Handlungsfeld aussieht, wie sich diese Entwicklung bei Fortsetzung des aktuellen Kurses entwickeln wird sowie worin mögliche Probleme und Handlungsbedarfe bestehen. Diese zumeist eher subjektiven Eindrücke werden, wo möglich, anhand von Statistiken belegt oder relativiert und durch Handlungsempfehlungen aus wissenschaftlichen Studien ergänzt. Auch Beispiele guter Praxis andernorts können dabei helfen, aufzuzeigen, wie eine Lösung der Probleme im Odenwaldkreis gelingen könnte. Im Unterkapitel Horizont 2030 werden die wichtigsten Risiken und Chancen zusammengefasst. Das verdeutlicht einerseits die Dringlichkeit des Handelns in besonders relevanten Bereichen, andererseits können besonders nützliche Zukunftsaussichten aufgezeigt werden. Letztere sollten entsprechend im Blick behalten und genutzt werden. Das ist besonders nützlich, um frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen, auch umfangreichere Projekte und Konzepte anzuschieben und so z.B. auch als Vorreiter in den Genuss von Fördermitteln für Modellprojekte zu gelangen.

Zielbereiche, die zusammenfassen, welche verschiedenen Handlungsbereiche anhand des Analyse-Kapitels identifiziert werden können.

In den **Unterkapiteln** zu den jeweiligen Zielbereichen werden diese Zielbereiche zunächst konkretisiert. Sie werden nach dem **SMART-Prinzip** ausformuliert, was auch mit möglichst messbaren Indikatoren unterlegt werden soll. „SMART“ steht für „spezifisch, messbar, akzeptiert, realistisch, terminierbar“. „Terminierbarkeit“ ist in der Regel mit dem allgemeinen Zielhorizont des Kreisentwicklungskonzepts von 2025 gegeben. Das Kriterium „Messbarkeit“ bedeutet entweder einen konkret bestimmbaren Indikator, der sich z.B. bis 2025 um 50 % verbessert haben soll. In anderen Bereichen ist eine solche Definition nicht möglich. In solchen Fällen kann die Erreichung eines bestimmten Zielzustands als Kriterium definiert werden. Teils kann es hierbei heißen „Erreichung einer spürbaren Verbesserung“. Impliziert wäre hierbei, dass im weiteren Verlauf eine Konkretisierung von Nöten ist. Zum Beispiel können wiederholte Bevölkerungsbefragungen dazu genutzt werden, die kollektive Wahrnehmung einer solchen Verbesserung zu messen. Bei Formulierungen wie „Unterstützung von…“ oder „Förderung von …“ kann festgestellt werden, ob tatsächlich zusätzliche unterstützende Maßnahmen ergriffen wurden, oder nicht.

Die Kriterien „akzeptiert“ und „realistisch“ sollten zum einen durch die Beteiligung von Bürgerschaft und Expert*innen und die ausführlichen vorangestellten Analysen gegeben sein. Zum anderen müssen diese Formulierungen natürlich noch durch die Politik bestätigt oder angepasst werden. Durch diese demokratische Legitimation sollte dann auch die Akzeptanz gegeben sein.

In einem anschließenden, **optionalen Teil zur Erläuterung** kann der Analyseteil vertieft werden, wo nötig. Dies kann dazu dienen, Handlungsmöglichkeiten herzuleiten oder die konkrete Wahl der Zielformulierungen zu begründen. Anschließend werden Handlungsmöglichkeiten für den jeweiligen Zielbereich aufgeführt. Diese bauen teils aufeinander auf, teils stellen sie verschiedene Optionen dar.

Zur besseren Einordnung und weiteren Unterstützung bei der Entscheidungsfindung darüber, welche Maßnahmen schließlich umgesetzt werden sollen, werden diese mit Aussagen zu deren Voraussetzungen und der Dringlichkeit versehen. Es gibt drei Kategorien:

- Umsetzbar – mit vorhandenen Mitteln und Maßnahmen voraussichtlich machbar, Umsetzung steht an oder ist im Gange. Erfolgskontrolle und Nachsteuerung kann es notwendig machen anders zu Kategorisieren
- Voraussetzungsvoll – mit finanziellem oder personellem Mehraufwand verbunden; von bundes- / landespolitischen Rahmenbedingungen abhängig
  1. Dringlichkeit
     - Dringend zu bearbeiten
     - Kontinuierlich umzusetzen – womöglich bereits bestehende Daueraufgabe, die fortzuführen ist
     - Bereits in Umsetzung befindlich – Umsetzung dieser Maßnahme heißt, den bisherigen Weg fortzusetzen
     - Perspektivisch zu bearbeiten
- 2.Voraussetzungen:
     - Politisches Engagement inner- oder außerhalb des Odenwaldkreises
     - Bereitstellung von Finanzmitteln
     - Bereitstellung von Personalressourcen
     - Konzeptionell – genaue Herangehensweise steht noch nicht fest
     - „umfassend voraussetzungsvoll“ bedeutet, dass in allen vier Dimensionen Voraussetzungen erfüllt werden müssen.
- Vorerst nicht umsetzbar – politisch, finanziell oder aus anderen Gründen unrealistisch / nicht gewollt

Priorisierung

Zunächst innerhalb des Zielbereichs, dann innerhalb der Teilstrategie und schließlich für das gesamte Kreisentwicklungskonzept wird von Seiten der Verwaltung ein Priorisierungsvorschlag angegeben. Dieser soll Entscheidungsträgern bei der Einordnung verschiedener Handlungsmöglichkeiten Hilfestellung sein. Die Gewichtung verschiedener Prioritäten bleibt letztlich ureigene Aufgabe der politischen Auseinandersetzung und der gesellschaftlichen Diskussion. Was zuerst umgesetzt wird, hängt in der Praxis vor allem auch damit zusammen, wie dringend ein Problem aktuell erscheint und ob die passenden Ressourcen für eine Maßnahme überhaupt mobilisiert werden können. Andererseits darf zur Bewältigung umfassender Herausforderungen auch nicht gezögert werden, das „große Rad zu drehen“ und umfassende Projekte mit evtl. unsicherem Ausgang in Angriff zu nehmen.

Priorisieren heißt, die verschiedenen Handlungsmöglichkeiten abzuwägen und zu ordnen. Solche Arbeitsschritte können am besten mit Tabellen-Programmen geleistet werden. Damit dabei nicht der Überblick verloren geht, wird jede Handlungsmöglichkeit mit einer Identifikationsnummer (ID) versehen.

Die Priorisierungsvorschläge der Handlungsvorschläge in den Teilstrategien beziehen sich zunächst auf einzelne Ziele, bzw. Zielbereiche und wurden darauf aufbauend innerhalb der jeweiligen Teilstrategien bewertet. Anhand der derart als am wichtigsten identifizierten Maßnahmenvorschläge wurde erneut gewichtet. 50 der Maßnahmen wurden mit einer „Gesamt-Priorisierung“ versehen. Diese Maßnahmen sind besonders vielversprechend hinsichtlich der Probleme, die sie lösen können, sind zentrale Bausteine für weitere Schritte und/oder sind besonders schlagkräftig für komplexe Probleme der Kreisentwicklung. So hilft beispielsweise ein Jugendhilfeteilplan Kinderbetreuung bei:

- der frühkindlichen Bildung, insbesondere auch der sprachlichen Fähigkeiten
- der Einbindung von Kindern und Eltern in die Gemeinschaft
- einer Verbesserung der Möglichkeit zur Berufstätigkeit der Eltern, dadurch ergeben sich Effekte für die Fachkräftesicherung und die Gleichstellung

Diese 50 Maßnahmen sind im Anschluss an die Teilstrategien gesammelt aufgeführt.

Wirtschaft und Fachkräftesicherung

Analyse

Grundlagen

Grundsätzlich entwickelte sich die Wirtschaft und die **Zahl der Beschäftigten** seit 2008 positiv. Im Vergleich mit Nachbar-Regionen und Gesamt-Hessen steht der Odenwaldkreis teils etwas unterdurchschnittlich, teils überraschend gut da. Bei den Kommunen des Kreises zeigen sich enorme Unterschiede: während Höchst eine Zunahme der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von +38,9 % in den Jahren von 2008 bis 2017 verzeichnete, erlebte Breuberg im selben Zeitraum einen Rückgang von -0,8 %. Die Arbeitslosenquote war 2019 mit 4,4 % exakt im hessischen Durchschnitt, außerdem konnte in den Jahren vor der Corona-Krise wiederholt ein Rückgang verzeichnet werden.

Das **Bruttoinlandsprodukt** ist im Odenwaldkreis etwas unterdurchschnittlich (79,8 % des hessischen Durchschnitts und 88,2 % des deutschen Durchschnitts) und wächst nur langsam (+0,1 % zwischen 2016 und 2017; IHK 2020).

Die **Wirtschaftsstruktur** des Odenwaldkreises ist gekennzeichnet von einem sehr starken Anteil produzierender Industrie, insbesondere der Kautschuk- und Kunststoffindustrie mit 4.300 Beschäftigten in diesem Bereich im Jahr 2014 (PROGNOS AG 2018). Der Dienstleistungssektor entwickelte sich in den Jahren seit 2005 hervorragend. Insbesondere in den Bereichen Sozialwesen, Erziehung und Unterricht, Zeitarbeit, Gesundheit, Altenpflege und Tourismus waren enorme Zuwächse zu verzeichnen. Die Anzahl der in der Forst- und Landwirtschaft Beschäftigten hingegen geht seit 2014 rapide zurück. Der Anteil der hochqualifizierten Beschäftigten lag 2017 bei 8,8 % und damit fast zehn Prozentpunkte unter dem hessischen Durchschnitt. Dabei gibt es natürlich Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Im Vergleich mit den Landkreisen Neckar-Odenwald und Miltenberg steht der Odenwaldkreis aber besser da. Außerdem konnte zwischen 2011 und 2017 ein Zuwachs verzeichnet werden von vormals 5,3 % auf einen Anteil von 8,8 % der Gesamtbeschäftigten 2017 (PROGNOS 2018 S. 26). Obwohl der Odenwaldkreis damit noch immer weit hinter dem hessischen Durchschnitt (18,3 %) liegt, hat er eine starke **Innovationskraft**, als deren Indiz die Patentintensität herangezogen werden kann (2014 waren es 84,4 Patente pro 100.000 gemeldete Personen vs. 37,1 in Hessen). Im „NUI-Indikator" des Instituts für Mittelstandsforschung belegte der Odenwaldkreis im Jahr 2018 erneut einen der vorderen Plätze mit Rang 54. Dieser Index misst die Zahl der Gründungen pro 10.000 gemeldete Personen. Auch der Anteil der in der Forschung und Entwicklung Beschäftigten ist mit 1,5 % (2013) für eine ländliche Region sehr hoch. Der Anteil der Beschäftigten mit einer anerkannten Berufsausbildung ist seit 2011 gestiegen. Die Qualifikationsstruktur aller Beschäftigten verschob sich von 2013 bis 2017 zugunsten von akademischen Abschlüssen. Die Anforderungsniveaus im Odenwaldkreis zeigen im Vergleich zu anderen Regionen einen Fokus auf „Fachkräfte". Zwischen 2013 und 2017 nahm darüber hinaus der Bedarf an „Experten" zu. Der Vergleich mit Gesamt-Hessen gibt einen Hinweis darauf, dass viele Arbeitsplätze für Expert*innen tendenziell weniger im Odenwaldkreis oder den Landkreisen Darmstadt-Dieburg oder Bergstraße liegen.

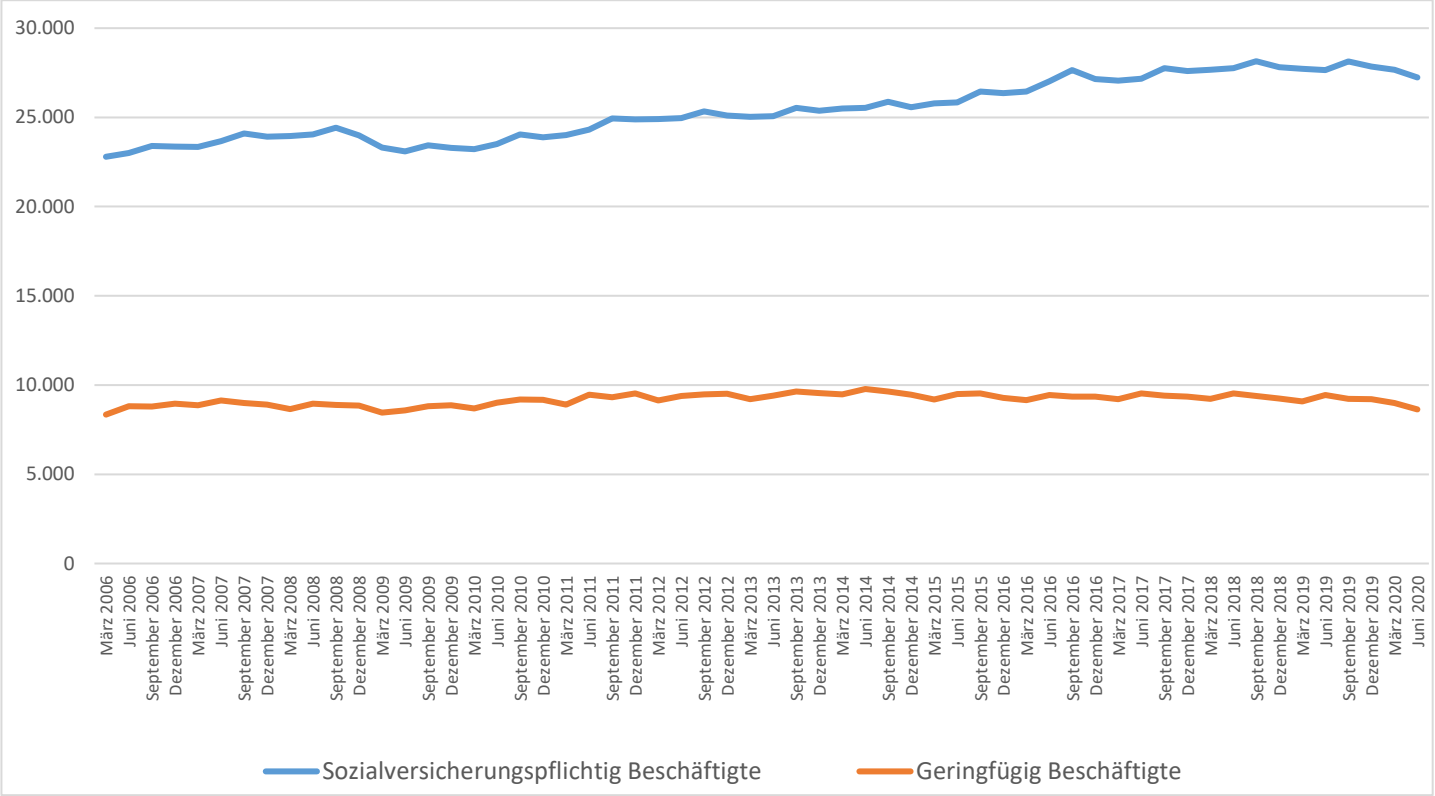
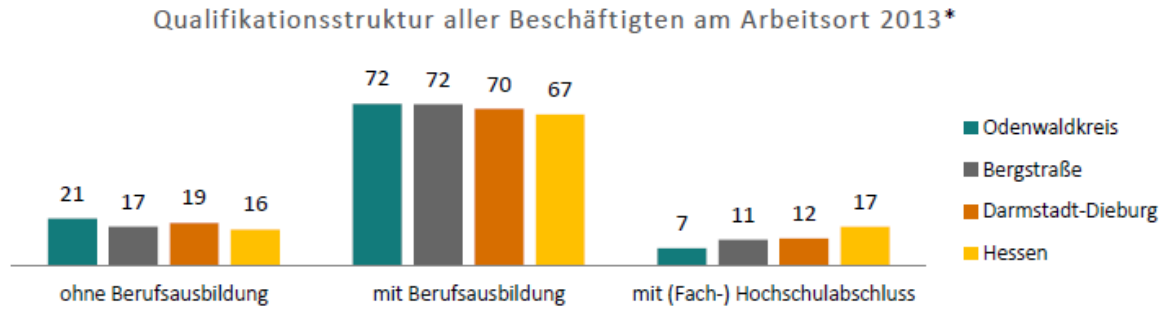


Abbildung 20:Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte im Odenwaldkreis. Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Beschäftigte nach dem Arbeitsort - Deutschland, Länder und Jobcenter (Zeitreihe Quartalszahlen)



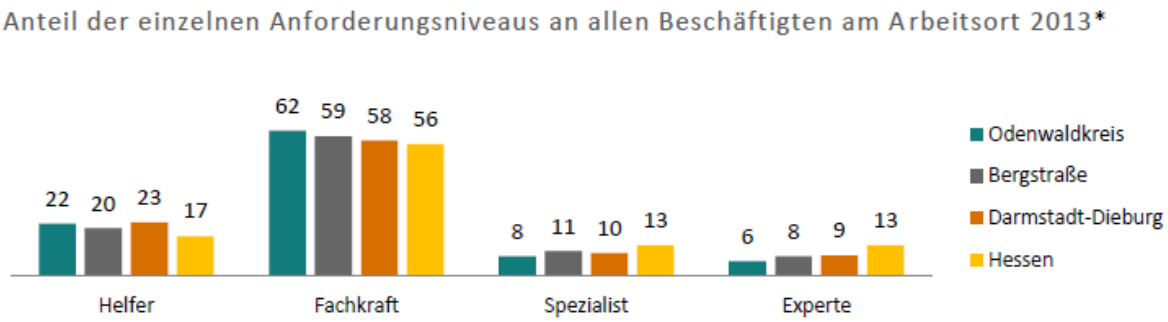


Abbildung 21: Qualifikationsstruktur und Anforderungsniveaus 2013 (IWAK 2015)

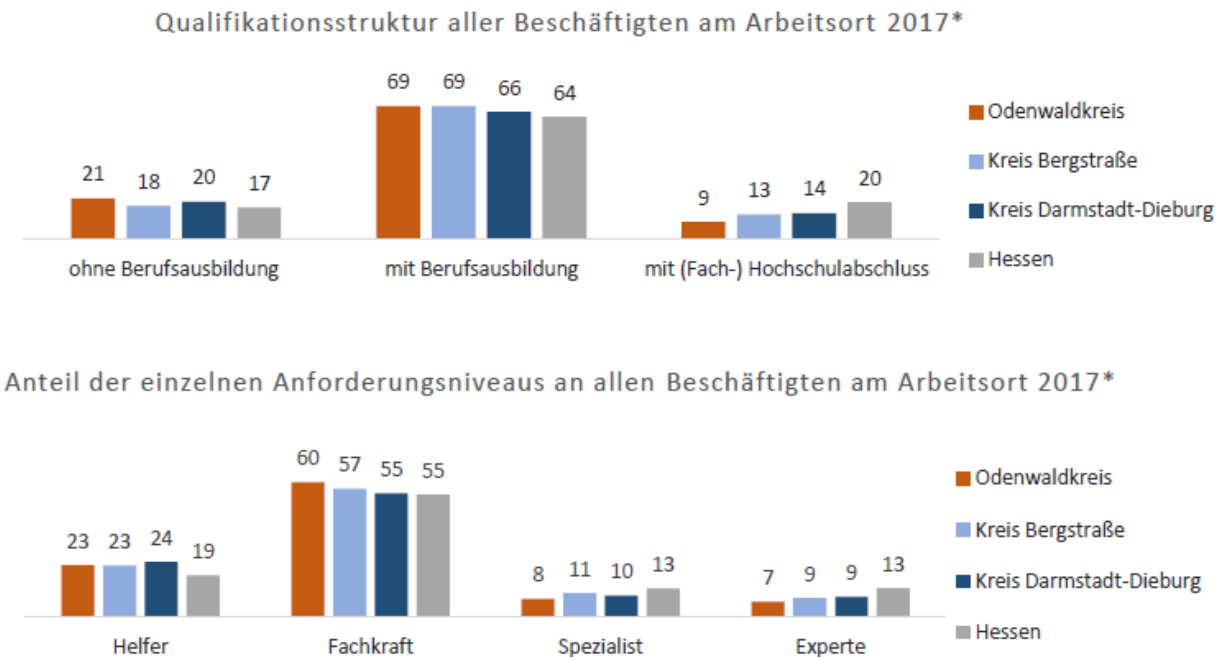


Abbildung 22: Qualifikationsstruktur und Anforderungsniveaus 2017 (IWAK 2019)

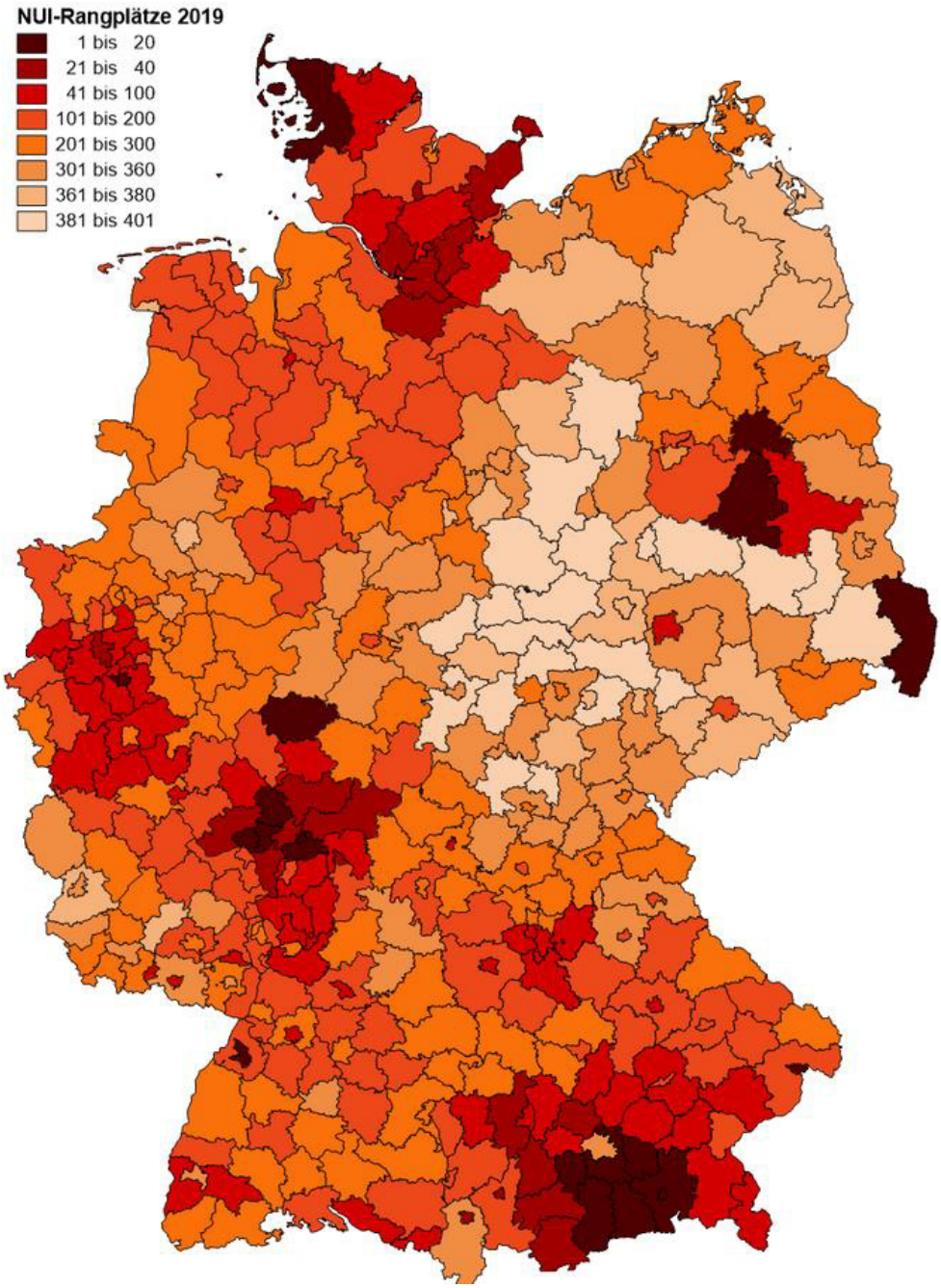


Abbildung 23: Gründungsaktivität - NUI-Rangplätze des Instituts für Mittelstandsforschung, 2019.

Bei der Besetzung vorhandener **Ausbildungsplätze** schnitt der Odenwaldkreis zuletzt gut ab: 2017 blieben nur 3,6 % der Bewerber*innen ohne Platz (IWAK 2019) – in Gesamt-Hessen waren es im selben Zeitraum 4,0 %; im Kreis Darmstadt-Dieburg sogar 5,1 %.

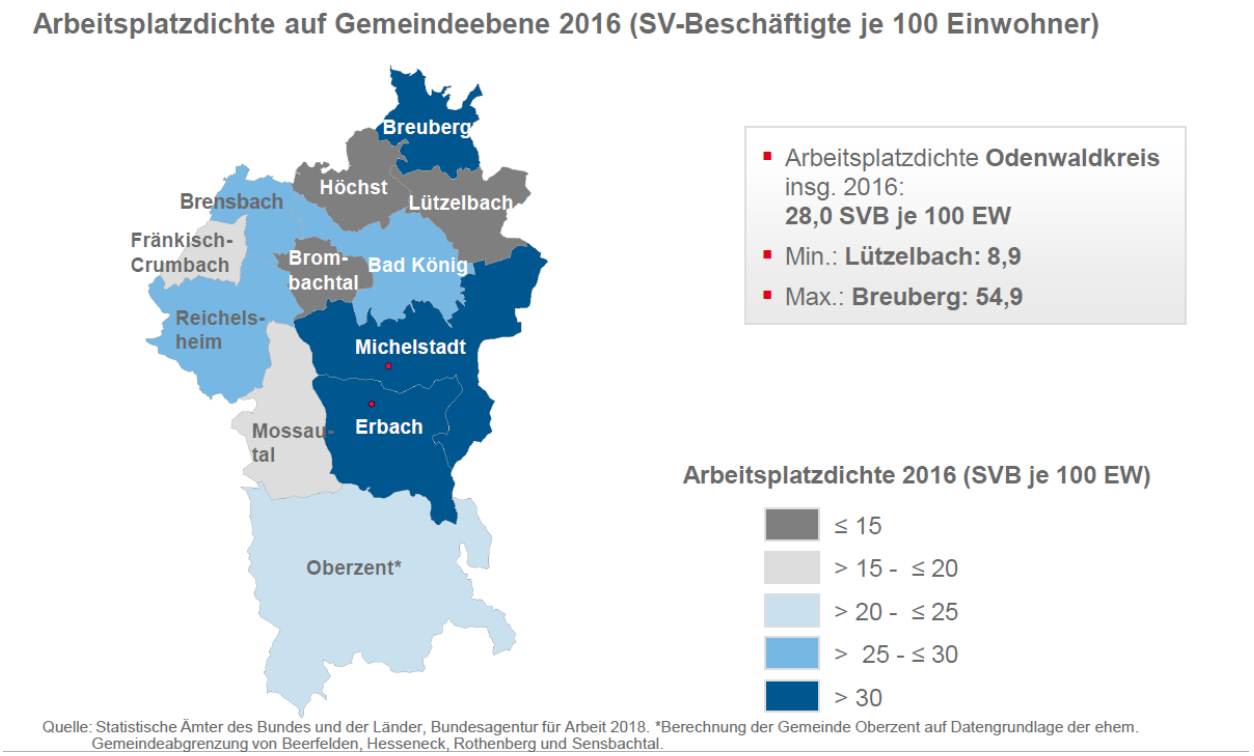


Abbildung 24: Arbeitsdichte in den Kommunen. PROGNOS AG 2018

Im Odenwaldkreis gibt es nur 41 Arbeitsplätze auf jede 100 gemeldete Personen, was auch im Vergleich zu den Landkreisen Miltenberg und Neckar-Odenwald wenig ist (46,6 und 46,3; PROGNOS AG 2018; Daten von 2016). Im Zusammenhang damit ist der starke Pendelverkehr zu sehen: von insgesamt 37.482 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die im Odenwaldkreis wohnen, arbeiten 15.729 außerhalb der Kreisgrenzen – das entspricht 43,0 %. Gleichzeitig pendeln 6.291 Beschäftige in den Odenwaldkreis, sodass sich ein Pendelsaldo von -9.839 ergibt. Der Odenwaldkreis bietet Arbeit für insgesamt 27.643 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Bundesagentur für Arbeit, 2020). Im Zeitraum von 2007 bis 2017 hat der in den Odenwaldkreis gerichtete Pendelverkehr um 1.800 Personen zugelegt, in die andere Richtung um 2.400.

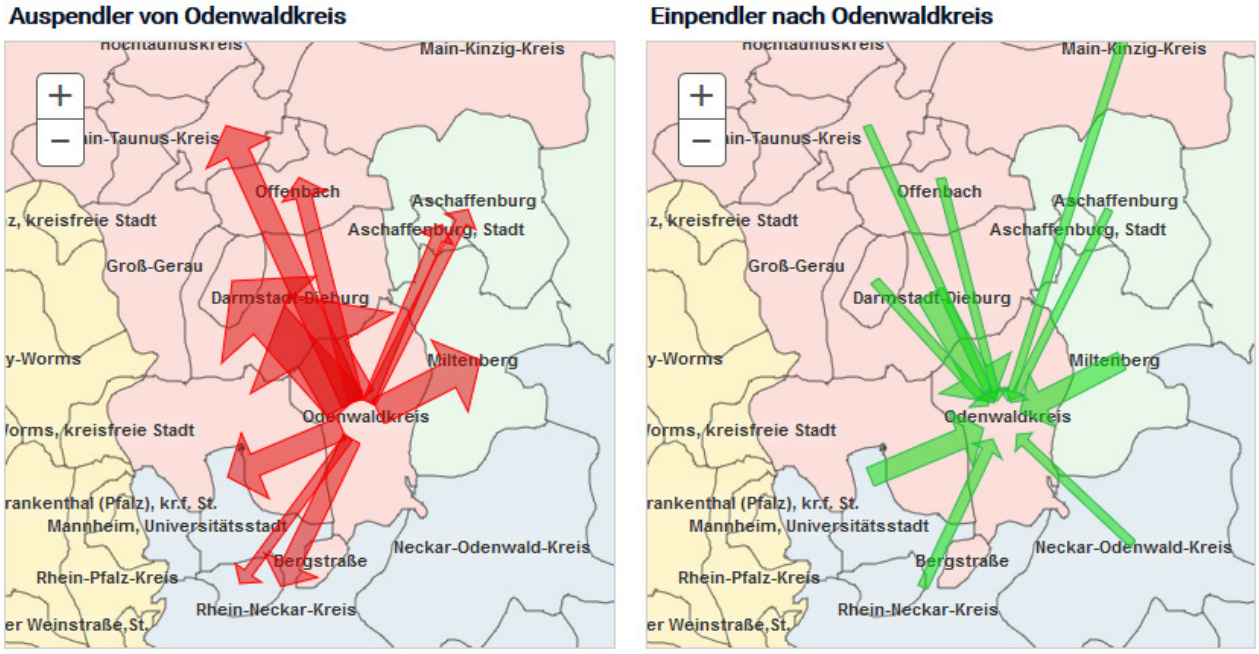


Abbildung 25: Pendleratlas der Agentur für Arbeit; Datengrundlage Juni 2019

Wichtigste Ziele der Auspendelnden sind folgende Landkreise und kreisfreie Städte:

- Darmstadt-Dieburg mit 3.647 Auspendelnden
- Darmstadt, Wissenschaftsstadt mit 2.752 Auspendelnden
- Miltenberg mit 1.525 Auspendelnden
- Frankfurt am Main, Stadt mit 1.289 Auspendelnden
- Bergstraße mit 1.278 Auspendelnden
- Rhein-Neckar-Kreis mit 958 Auspendelnden
- Offenbach mit 631 Auspendelnden
- Aschaffenburg, Stadt mit 363 Auspendelnden
- Aschaffenburg mit 347 Auspendelnden
- Heidelberg, Stadt mit 275 Auspendelnde

Betrachtet man die Arbeitsplatzdichte (Abbildung 24) und den Pendelsaldo auf Gemeindeebene (Abbildung 26) wird die Bedeutung der (industriellen) Zentren der Region deutlich – manche Kommunen haben sehr geringe wirtschaftliche Eigendynamik – mit Pendelsalden von bis zu -342 %.

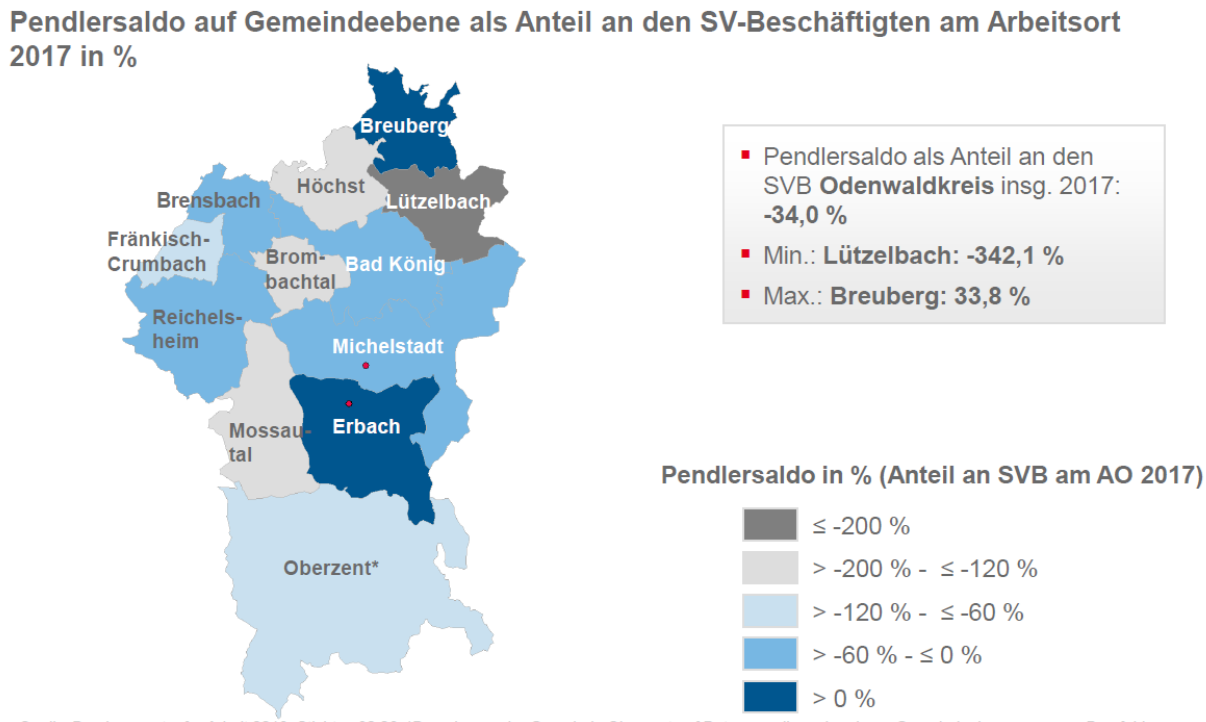


Abbildung 26: Pendelsaldo auf Gemeindeebene. PROGNOS 2018

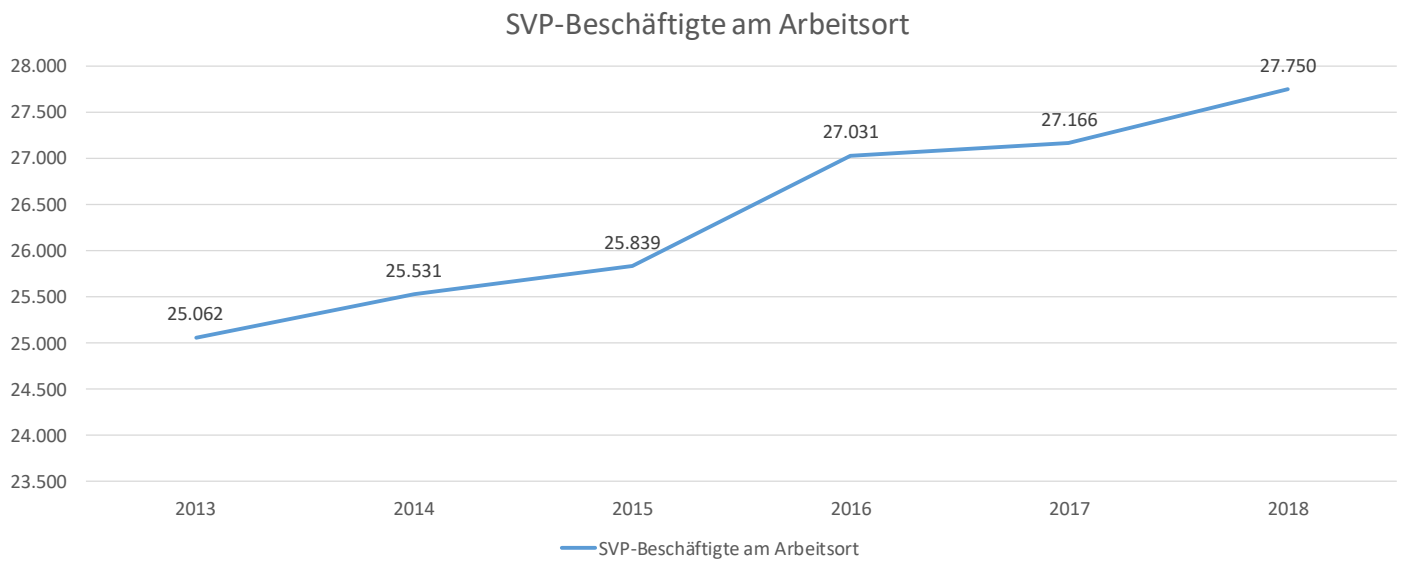


Abbildung 27: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Tabelle 2: Beschäftigte am Wohn- und Arbeitsort 2017. (Hessisches Landesamt für Statistik 2020)

	Darmstadt	Odenwaldkreis	Darmstadt-Dieburg
Bevölkerung	160.686	96.597	296.048
Beschäftigte am Wohnort	60.564	36.400	116.251
Beschäftigte am Wohnort pro 1000 gemeldete Personen	377	377	600
Beschäftigte am Arbeitsort	98.551	27.031	74.525
Beschäftigte am Arbeitsort pro 1000 gemeldete Personen	613	280	384

	Insgesamt			Ausländer(innen)		
	Geschlecht			Geschlecht		
	Insgesamt	männlich	weiblich	Insgesamt	männlich	weiblich
Odenwaldkreis	27.244	14.685	12.559	4.901	3.409	1.492
Bad König	2.574	1.055	1.519	404	179	225
Brensbach	1.140	689	451	134	108	26
Breuberg	3.930	3.090	840	1.148	1.036	112
Brombachtal	452	198	254	48	28	20
Erbach	6.529	2.862	3.667	872	495	377
Fränkisch-Crumbach	570	244	326	67	44	23
Höchst i. Odw.	1.464	653	811	224	117	107
Lützelbach	694	363	331	79	62	17
Michelstadt	5.348	2.982	2.366	1.119	795	324
Mossautal	479	345	134	181	161	20
Reichelsheim	2.266	1.207	1.059	341	204	137
Oberzent	1.798	997	801	284	180	104

Abbildung 28: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort im Odenwaldkreis und den Kommunen. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021 (regionalstatistik.de, Stichtag: 30.06.2020)

Zusammenfassend kann man dem Odenwaldkreis also eine Wirtschaft mit positiver Entwicklung bescheinigen. Damit sind gute Voraussetzungen gegeben, nicht allzu sehr unter der pandemie-bedingt womöglich anstehenden Rezession zu leiden. Eine Umfrage der Industrievereinigung Odenwald (IVO) zeigte, dass die meisten Industrieunternehmen die Krise bislang gut überstanden haben (vgl. Odenwälder Echo 08.08.2020).

Dennoch offenbaren sich in der Detailbetrachtung, insbesondere auch in Gesprächen mit Industrie- und Handwerksverbänden, Landwirt*innen, Politiker*innen, aber auch in der Bürgerschaftsbefragung einige Problembereiche für die künftige Entwicklung. Denn auch wenn man sich langsam positiv entwickelt und der Odenwaldkreis konkret benennbare Stärken aufweist, gilt man weiterhin als eher strukturschwacher, ländlicher Raum. Der hohe Anteil von Auspendelnden führt dazu, dass Bewohner des Odenwaldkreises andernorts Mehrwerte erwirtschaften, deren Steuern aber größtenteils in Gemeinden außerhalb des Kreises fließen. Außerdem entsteht so ein Bild einer Region mit geringer wirtschaftlicher Eigendynamik, die gerade für junge Menschen wenig attraktiv erscheint.

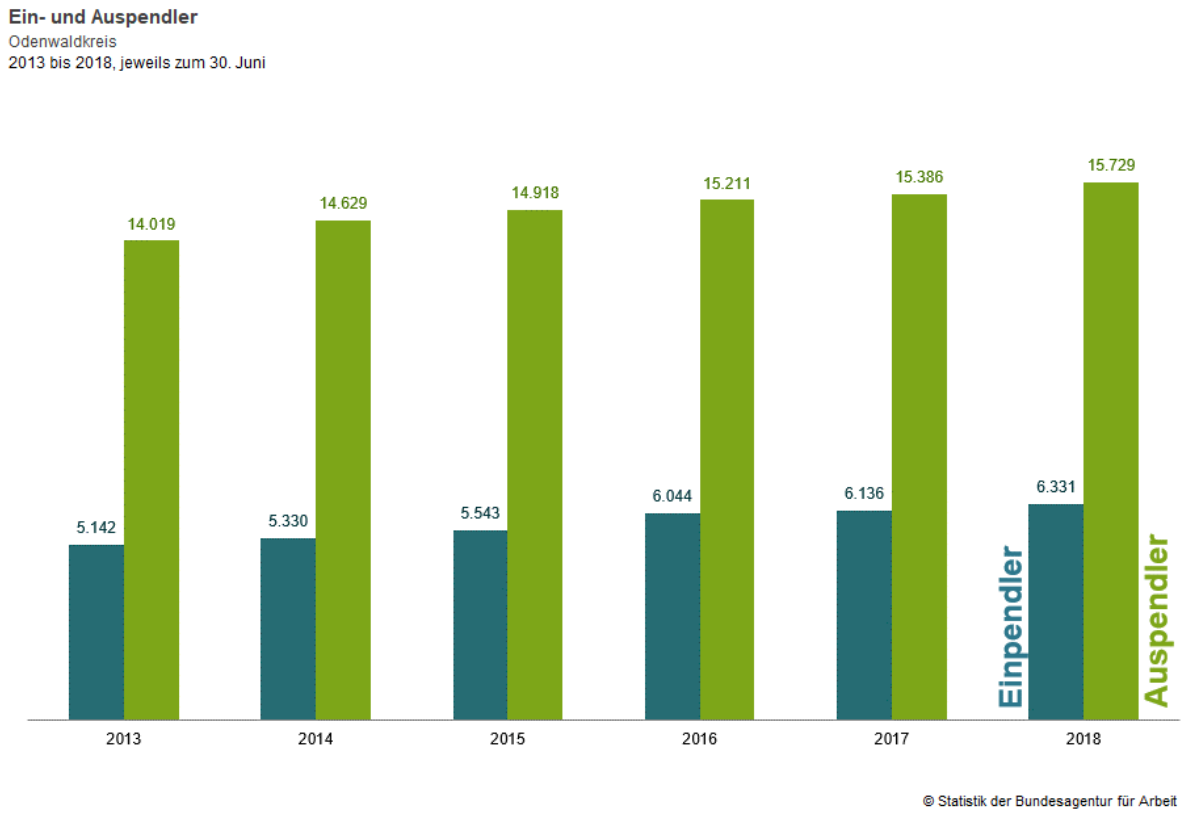


Abbildung 29: Entwicklung der Pendelströme seit 2013 (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Erfahrungen der Wirtschaftsförderung, bisherige Strategie der Wirtschaftsförderung

Nachdem die Odenwald-Regional-Gesellschaft mbH (OREG) 1994 als Gesellschaft für Wirtschaftsförderung und als Basis der lokalen Nahverkehrsgesellschaft des Odenwaldkreises gegründet worden war, entwickelte sie sich personell und hinsichtlich ihrer Aufgabenfelder flexibel weiter. 2014 wurde durch den Kreistag beschlossen, dass die Aufgaben der Wirtschaftsförderung hin zu einem besseren Kosten-Nutzen-Verhältnis restrukturiert werden sollte. Das Ergebnis dieses Prozesses wurde im Abschlussbericht der Projektgruppe „OREG 2.0“ festgehalten.

Unter anderem wurde hierbei festgestellt, dass man sich bislang auf zu viele Einzelaktivitäten konzentriert hatte und man sich künftig stärker auf die Kernaufgaben der tatsächlichen Wirtschaftsförderung beschränken sollte. Angegliederte Unternehmen und Bereiche wie Windpark oder Schlachthof wurden in der Folge stärker von der OREG getrennt.

Um eine künftige Umsetzung dieses Vorsatzes und ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis zu gewährleisten wurde außerdem beschlossen, ein effektives Controlling einzuführen. Dieses wurde zunächst über den Vergleich mit den Strukturen in anderen Landkreisen abgedeckt, welcher durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) durchgeführt wurde. Zuletzt ging man mit einer regelmäßig durchgeführten Unternehmensumfrage dazu über, selbstständig eine Rückmeldung der Wirtschaft einzuholen. Die Befragungen untersuchten die Zufriedenheit mit verschiedenen Standortfaktoren und bezüglich der Servicequalität der Kreisverwaltung sowie der OREG.

Um die Effektivität und Zielgerichtetheit der Aktivitäten im Bereich Wirtschafts-Service zu gewährleisten wurden klare Prioritäten festgelegt: Bestandspflege und Gründung vor Neuansiedlung.

Als Begründung hierfür ist dem Bericht zu entnehmen: „Die Neuansiedlung von Unternehmen, die von außerhalb kommen, ist in der Praxis schwer zu realisieren und steht in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis für den Kreis“ (OREG 2015: S. 9)

Seit dem Beschluss dieses Grundsatzes konnte der Geschäftsbereich Wirtschafts-Service erfolgreich weiterentwickelt werden, wobei auch immer wieder (Förder-)Projekte für innovative Ansätze für Bestandsentwicklung und Existenzgründung angestoßen werden konnten. Ausführliche Auskunft zu diesen Aktivitäten gibt der Geschäftsbericht der OREG (OREG 2019b; ab S. 56).

Kurz-Analyse zu den Auswirkungen der Covid-19 Pandemie ab 2020

Die meisten statistischen Daten zur regionalen Wirtschaftsentwicklung sind leider nur mit einem deutlichen zeitlichen Versatz erhältlich, weshalb sich zur Analyse der Auswirkungen der Corona-Krise vor allem Daten zur Beschäftigung anbieten, die von der Bundesagentur für Arbeit monatlich veröffentlicht werden.

Die Zahl der Arbeitslosen spiegelt – mit leichter Verzögerung – die vielfältigen Einschränkungen währen der Lockdowns wieder (vgl. Abbildung 30). Sowohl im Bereich des SGB II („Arbeitslosengeld II“) als auch im Bereich SGB III („Arbeitslosengeld I“) zeichnete sich dieser Anstieg ab. Im Bereich SGB II stellt dies eine Trendumkehr zu den in den letzten Jahren kontinuierlich rückläufigen Zahlen dar. Krisenbedingte Entlassungen bilden sich aber vor allem im SGB III ab, wobei diese zwischenzeitigen Hochs (mit dem Höchststand im Juli 2020) mit Stand Juni 2021 bereits wieder auf Vorkrisenniveau gesenkt werden konnten.

Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen, die sich zuvor lange Zeit kontinuierlich rückläufig entwickelt hatte (Halbierung zwischen 2011 und 2019, vgl. Abbildung 138) machte einen Trendwechsel und entwickelte sich steigend. Besonders deutlich war der Anstieg unter den Beschäftigten ohne qualifizierenden Berufsabschluss (siehe Abbildung 31).

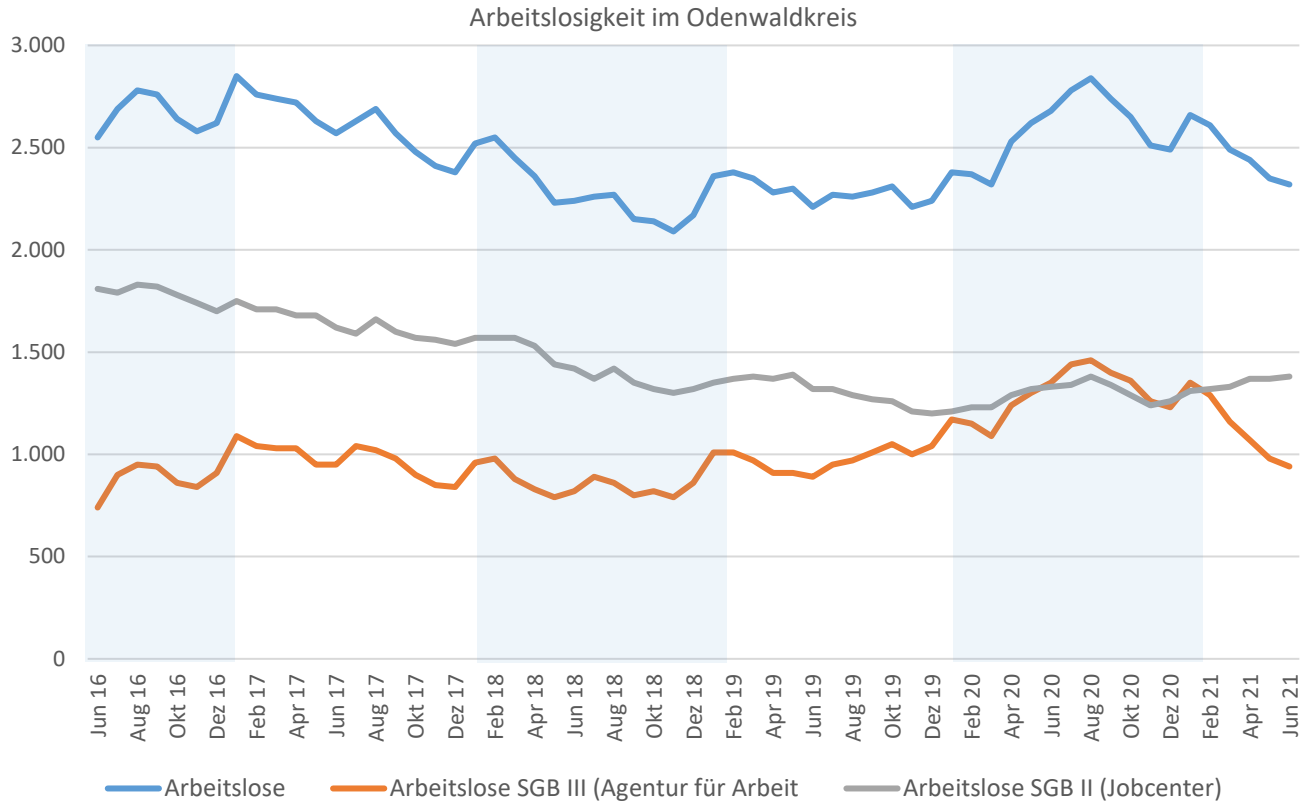


Abbildung 30: Arbeitslosigkeit im Odenwaldkreis - Rechtskreise SGB II & SGB III; Unterbeschäftigung. Quelle: Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Eckwerte Arbeitsmarkt - Stand Juni 2021. Eigene Darstellung

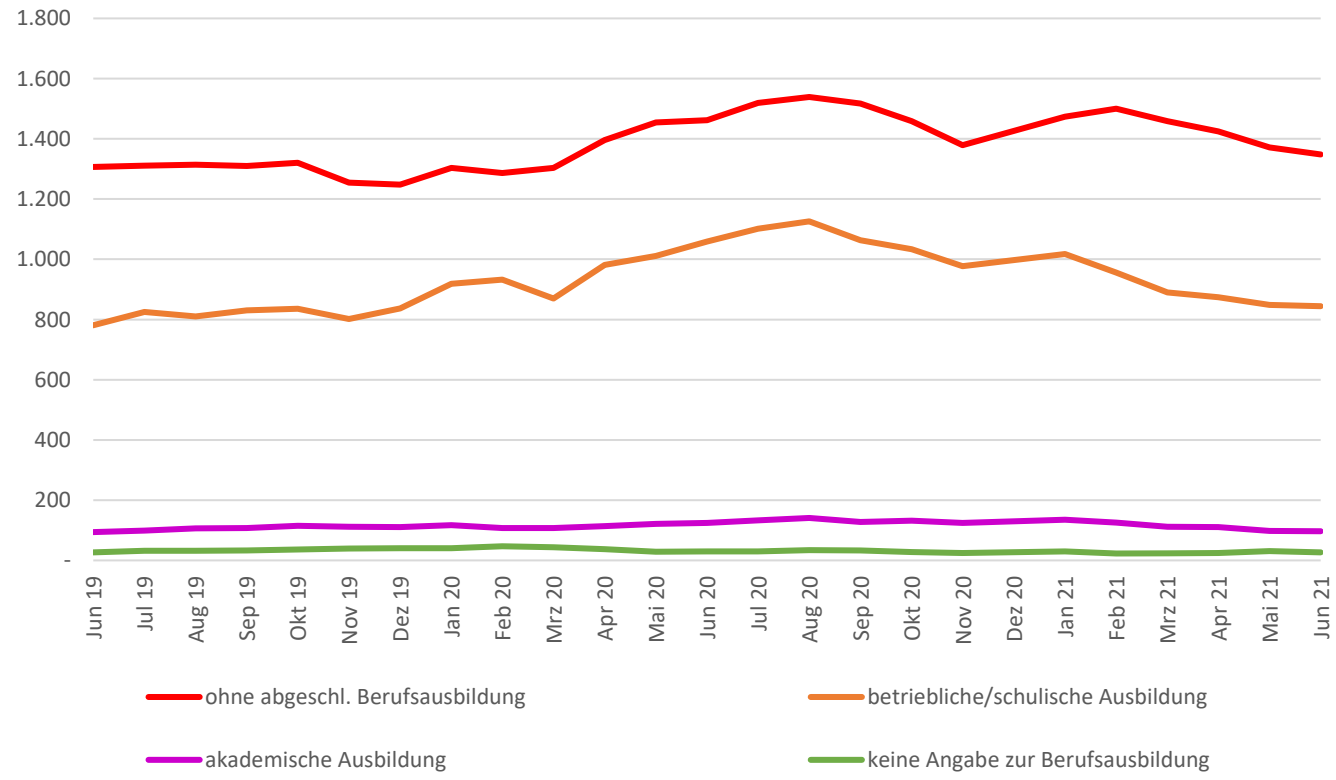


Abbildung 31: Arbeitslosigkeit im Odenwaldkreis; alle Rechtskreise; Nationalität und Qualifikationsniveaus. Quelle: Agentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021; eigene Darstellung

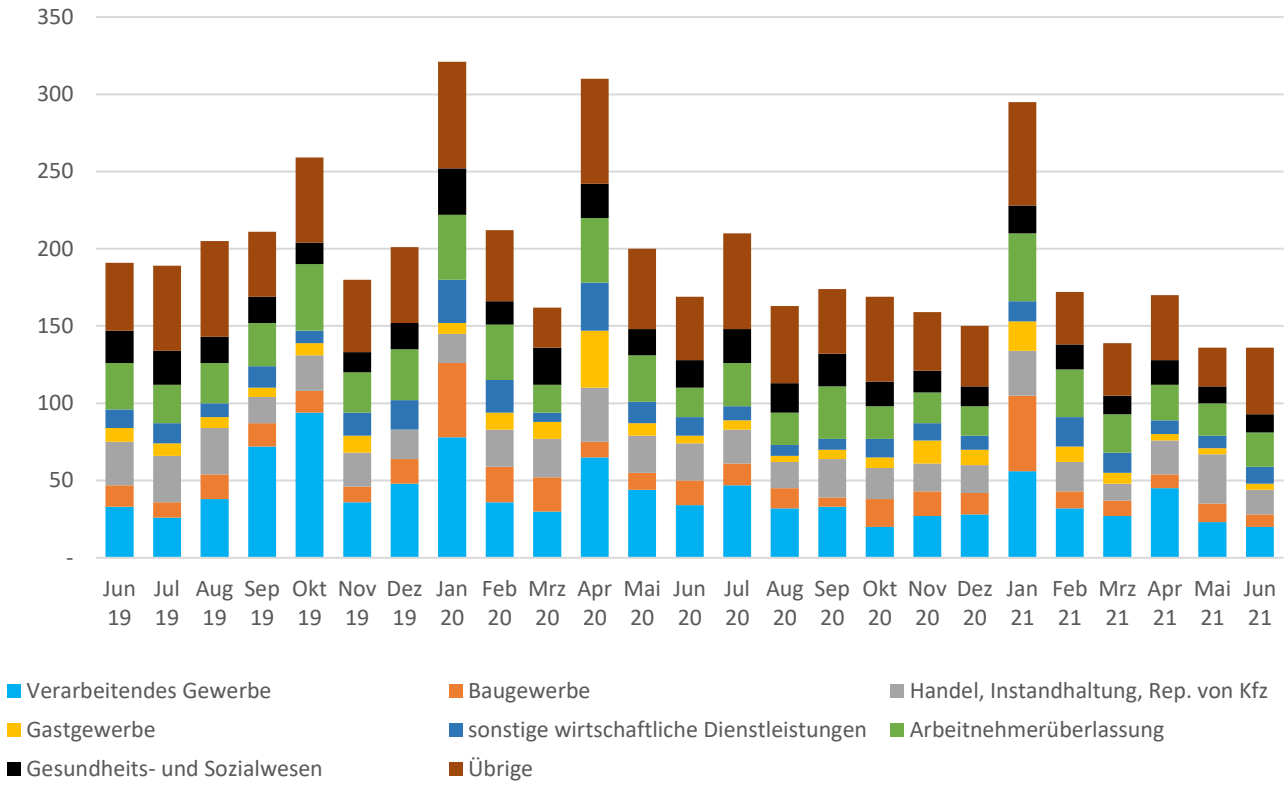


Abbildung 32: Zugang von Arbeitslosen aus abhängiger Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt nach Wirtschaftsabschnitten. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021; eigene Darstellung

Erwartungsgemäß wurden die Branchen unterschiedlich stark von der Krise und den verordneten Betriebsschließungen betroffen (Abbildung 32). Das zeigt sich zunächst in der deutlichen Entlassungswelle in der Gastronomie im April 2020 und erneut im Januar 2021. Im Vergleich zur regionalen Gesamtbeschäftigtenzahl in dieser Branche (694 im Dez. 2019) sind das empfindliche Einschnitte (37 im April 2020 und 19 im Januar 2021). Ähnliche Entwicklungen zeichneten sich in den Zeitarbeitsfirmen, im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe ab. Aus dem Gesundheits- und Sozialwesen gab es im Odenwaldkreis keinen erkennbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit, Peaks waren stattdessen im Januar und März 2020 erkennbar (30; 24).

Dass die Zahl der Arbeitslosen deutschlandweit nicht stärker anstieg wird im Allgemeinen auch dem Instrument Kurzarbeit zugeschrieben, welches auch in dieser Wirtschaftskrise extensive Verwendung fand (vgl. Abbildung 33). Insbesondere zu Beginn der Krise, im April 2020 stiegen die Zahlen hierzu rapide an. Die Wirkung des Instruments zeigt sich darin, dass erst zeitversetzt die Zahl der Arbeitslosen anstieg, und zwar um deutlich niedrigere Fallzahlen.

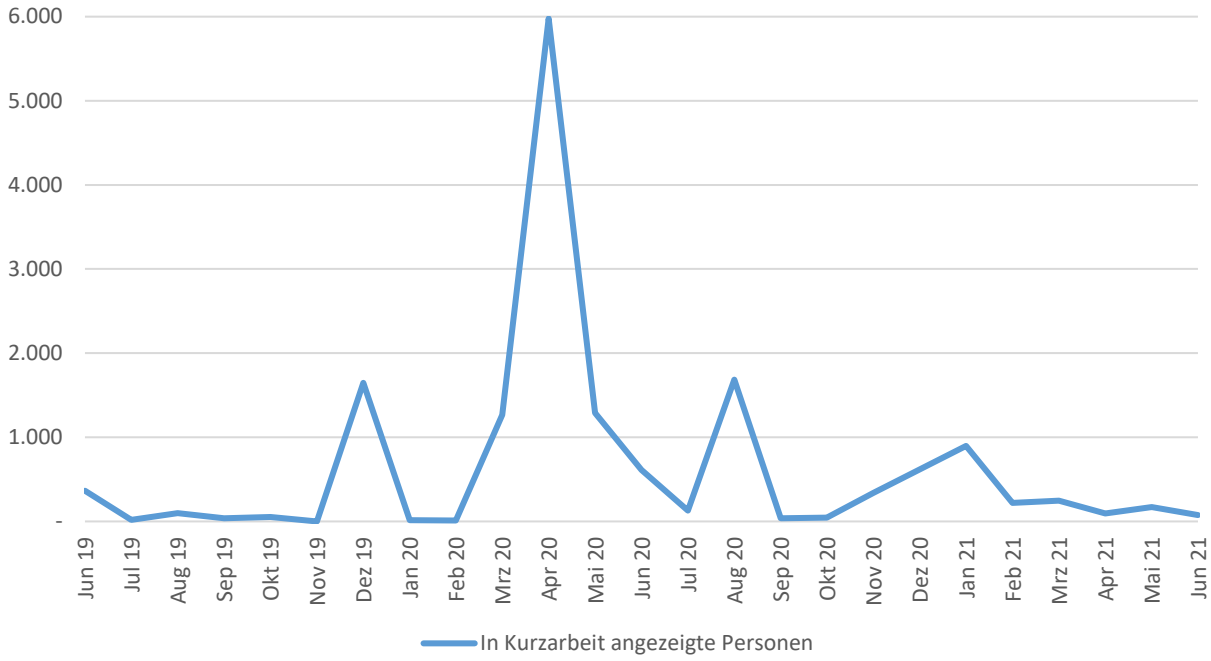


Abbildung 33: Kurzarbeit im Odenwaldkreis. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021; eigene Darstellung

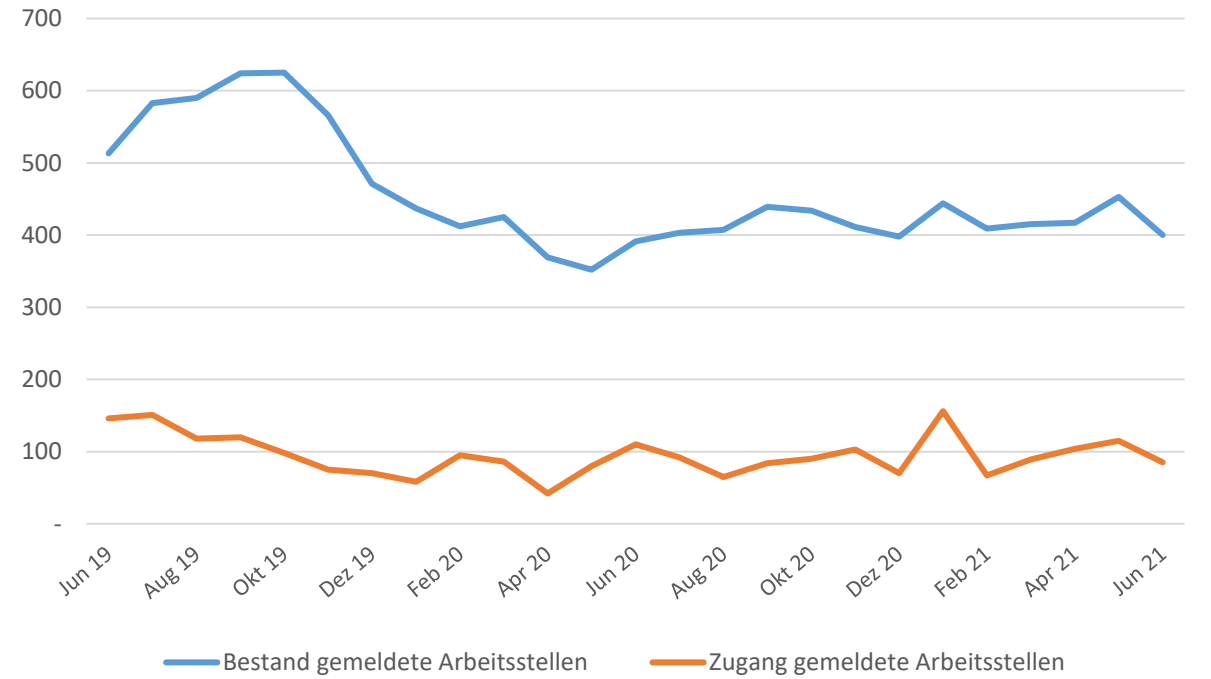


Abbildung 34: Gemeldete Arbeitsstellen im Odenwaldkreis. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021. Eigene Darstellung

Parallel zu den hohen Zahlen von neuen Arbeitslosen wurden v.a. im April 2020 kaum mehr Stellen ausgeschrieben (vgl. Abbildung 34). Von diesem Einschnitt erholte sich die Nachfrage nach Arbeitskräften im Juni 2020. Im Herbst 2020 blieb ein mit 2019 vergleichbarer Überhang an gemeldeten Arbeitsstellen jedoch aus. Parallel zu dem kleinen Peak der Arbeitslosenzahlen im Januar 2021 gab es auch wieder mehr offene Arbeitsstellen, sodass einige davon wohl schnell wieder besetzt werden konnten.

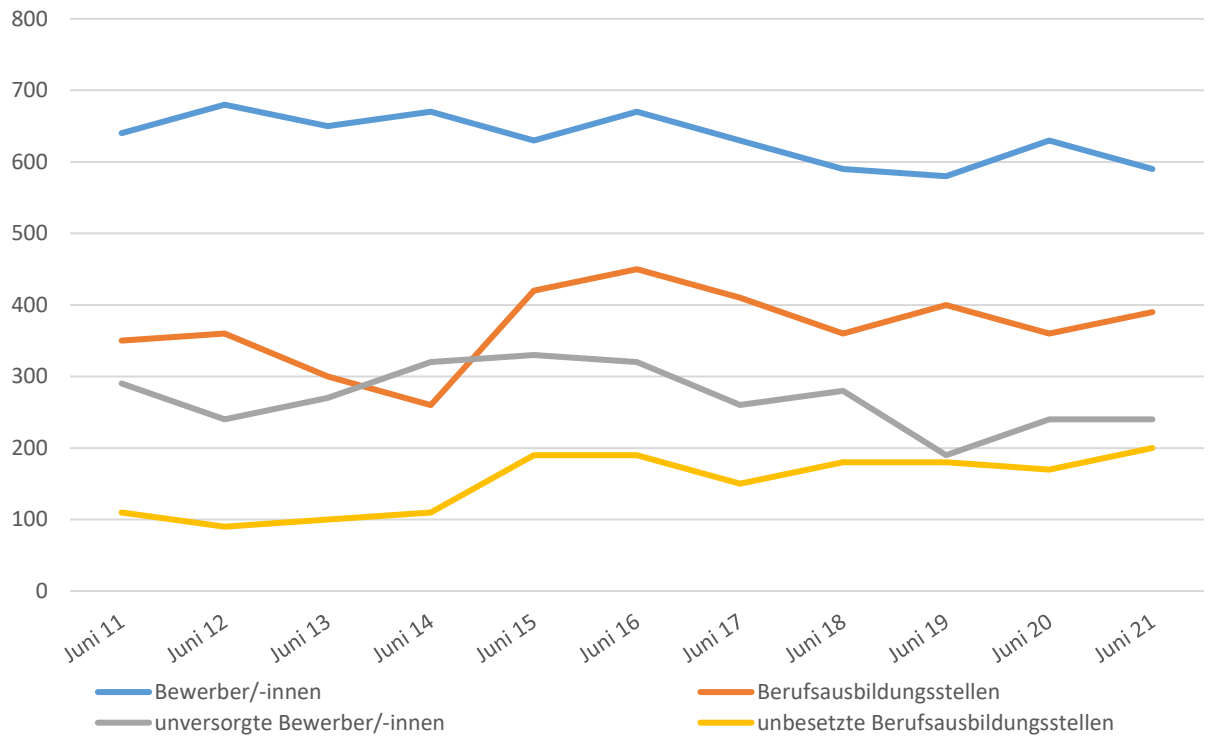


Abbildung 35: Ausbildungsmarkt: Bewerber/-innen und Berufsausbildungsstellen im Überblick. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Interaktive Angebote / Ausbildungsmarkt / Juni 2021. Eigene Darstellung

Im Odenwaldkreis zeigt sich in der Statistik ein fast durchgängiges Absinken der Bewerberzahlen für Berufsausbildungsstellen. Während diese Zahlen entgegen dieses Trends im Jahr 2020 anstiegen sank das Angebot an Berufsausbildungsstellen, im Juni 2021 zeigt sich das umgekehrte Bild mit einem gestiegenen Angebot und einer gesunkenen Nachfrage. Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen erreichte somit einen neuen Höchststand im Betrachtungszeitraum – ein schlechtes Zeichen für die Fachkräftesicherung. Eine abschließende Aussage zu den Auswirkungen der Pandemie in diesem Bereich lässt sich schwerlich aufzeigen. Faktoren wie Akademisierung und demographischer Wandel prägten die Entwicklung bereits vor der Pandemie und werden dies auch weiterhin tun. Andererseits konnten im Odenwaldkreis bestehende Angebote der Berufsorientierung in der gewohnten Form nicht stattfinden, da die erfolgreiche Umstellung auf Online-Formate erst zu 2021 gelingen konnte.

Aus der Perspektive der regionalen Wirtschaftsförderung durch die OREG konnte vor allem ein Anstieg der Nachfrage nach Gründungsberatungen beobachtet werden. So ergriffen beispielsweise bisherige Angestellte der Tourismusbranche die Gelegenheit, um ihr Erspartes für die Existenzgründung zu nutzen und mit dem Ende der Pandemie in die entstandenen Marktlücken vorzustoßen, die aufgrund der Insolvenz anderer Unternehmen bestehen. Die Statistik (Abbildung 36) legt nahe, dass zunächst auch im Odenwaldkreis die in der Krise laxeren Insolvenz-Regelungen dazu führten, dass es weniger Unternehmensaufgaben gab. In der Unsicherheit der Krise wurden zunächst auch weniger Unternehmen gegründet. Seit dem dritten Quartal 2020 zeigte sich aber ein Anstieg der Gründungen, insbesondere im ersten Quartal 2021 wurde ein hoher Wert erreicht.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass der Odenwaldkreis und seine Wirtschaft die Pandemie im Großen und Ganzen bislang relativ unbeschadet überstanden haben. Mit den staatlichen Hilfen scheinen auch Gastronomie und Kultur einigermaßen durch diese Krise gekommen zu sein. Für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt wird es entscheidend sein, wie sich die Pandemie im Herbst und Winter 2021 entwickelt, ob es erneut Schließungen und Probleme mit Lieferketten geben wird usw.

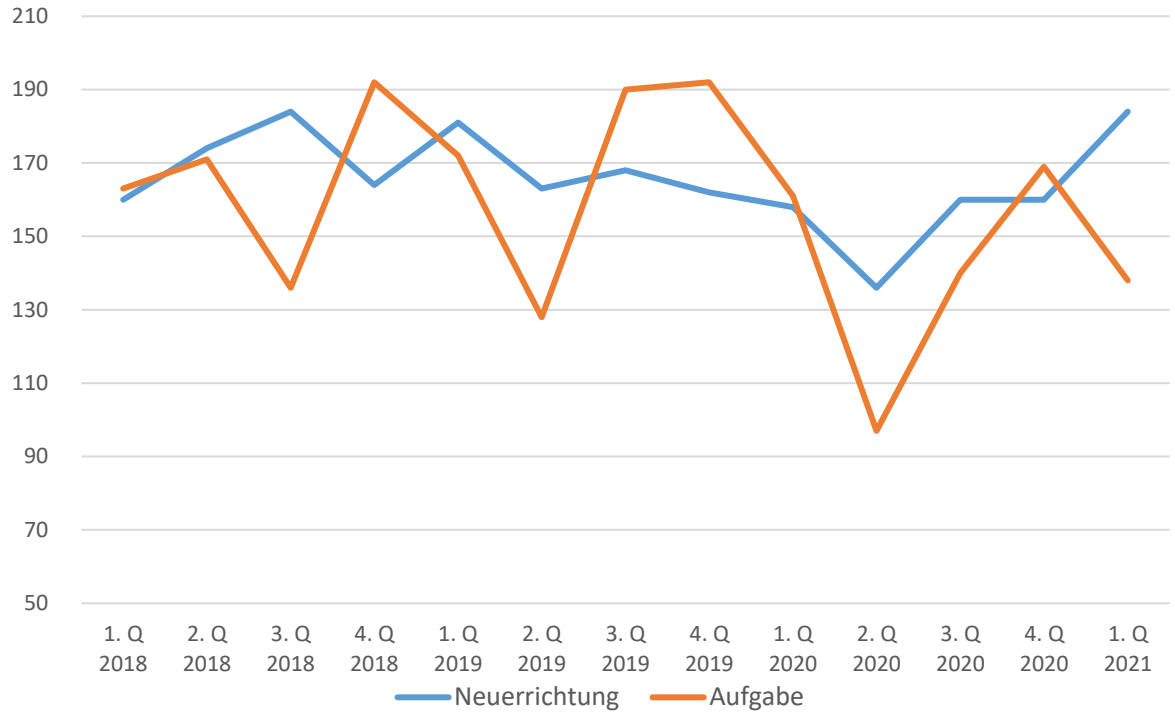


Abbildung 36: Gewerbeanzeigen vierteljährlich – Neuerrichtungen, Unternehmensaufgaben. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt - Statistische Berichte des Bereiches Gewerbeanzeigen; eigene Darstellung

Horizont 2030

Gefahren / „Murphy's Law"

Fachkräftemangel

Der bereits bestehende Fachkräftemangel wird sich mit fortschreitendem demographischem Wandel weiter verschärfen und sorgt somit langfristig auch für die Abwanderung und Auflösung von Unternehmen. Das wiederum führt zu geringeren Steuereinnahmen, der Auflösung von Berufsschulklassen, geringen Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und so zu einem umfassenden Verfall des Odenwaldkreises als attraktivem Standort zum Leben und Arbeiten. Verbleibende Odenwälder wären zunehmend auf Jobs in Nachbarregionen angewiesen. Im aktuellen Steuer-System profitieren die Odenwälder Kommunen aber nicht ausreichend von dieser Wertschöpfung und wären somit zunehmend auf Umverteilung angewiesen, um ihre Infrastruktur erhalten zu können.

Eine wichtige Grundlage für die Einschätzung dieses Problems bietet die Prognose des IWAK in Frankfurt, das regelmäßig im Auftrag der Landesregierung Vorhersagen zum Fachkräftemangel in den Landkreisen erarbeitet („Regiopro" – Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Hessen und seinen Regionen bis 2024 – Regionaldossier Odenwaldkreis). Wichtigste Kennzahl, die hier präsentiert wird ist der Mismatch. Dieser beschreibt, welche Fachkräfte künftig benötigt werden und welche, mit der entsprechenden Qualifikation, voraussichtlich vorhanden sein werden. Insgesamt beläuft sich diese Zahl für den Odenwaldkreis auf 15 % aller Arbeitsplätze, das heißt 4.950 benötigte Arbeitskräfte werden fehlen. Damit ist der Odenwaldkreis zusammen nur mit dem Vogelsbergkreis in der Kategorie „TYP 5: Sehr stark ausgeprägter demografischer Wandel" mit einem prognostiziertem „starken Defizit". Dieser Mismatch setzt sich zusammen aus einem Veränderungsbedarf von 700 (Strukturwandel oder Wachstum von Unternehmen – neue oder andere Arbeitsplätze entstehen), einem altersbedingten Ersatzbedarf von 6.220 und einem erwerbsminderungsbedingten Ersatzbedarf 670. Gesamt ergibt sich also ein Bedarf von 7.890. Dem gegenüber steht aber nur ein neues Angebot von 2.940 Arbeitskräften (durch Zuzug oder Eintritt ins Erwerbsleben, siehe auch Abbildung 37)

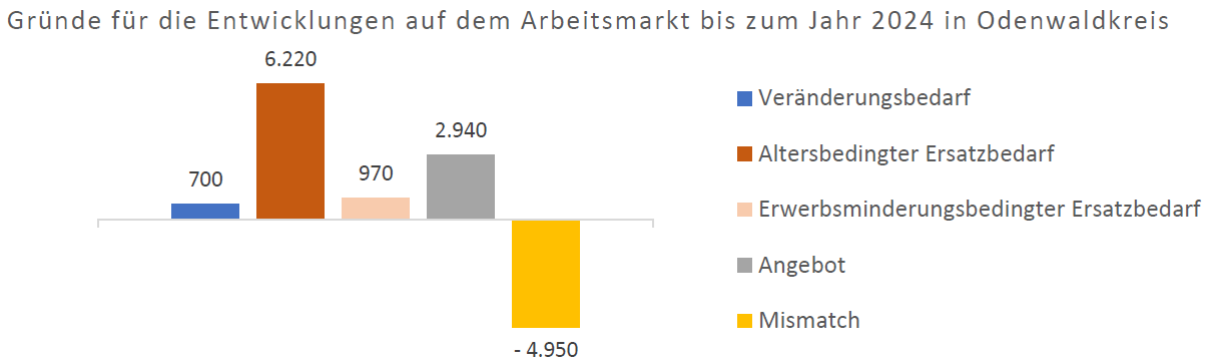


Abbildung 37: Gründe für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2024 im Odenwaldkreis. Quelle: Regionaldossier IWAK (2019)

Bei Arbeitsplätzen, die keine Berufsausbildung voraussetzen, wird mit einem Mismatch von 9 % gerechnet, während diese Zahl hessenweit bei -1 % steht. Während also hessenweit noch mit einem leichten Überangebot an geringqualifizierten Arbeitskräften gerechnet wird, das größer als die Nachfrage ist, werden im Odenwaldkreis selbst diese knapp. Im Bereich mit Berufsausbildung steht der Odenwaldkreis bei einem Fachkräftemangel von 17 % bis 2024 (hessenweit: 7 %), im Qualifikationsbereich mit (Fach-)Hochschulabschluss bei 14 % (Hessen: 7 %). In absoluten Zahlen sind das: 640 Kräfte ohne Ausbildung, 3.890 mit Berufsausbildung und 420 mit Hochschulabschluss.

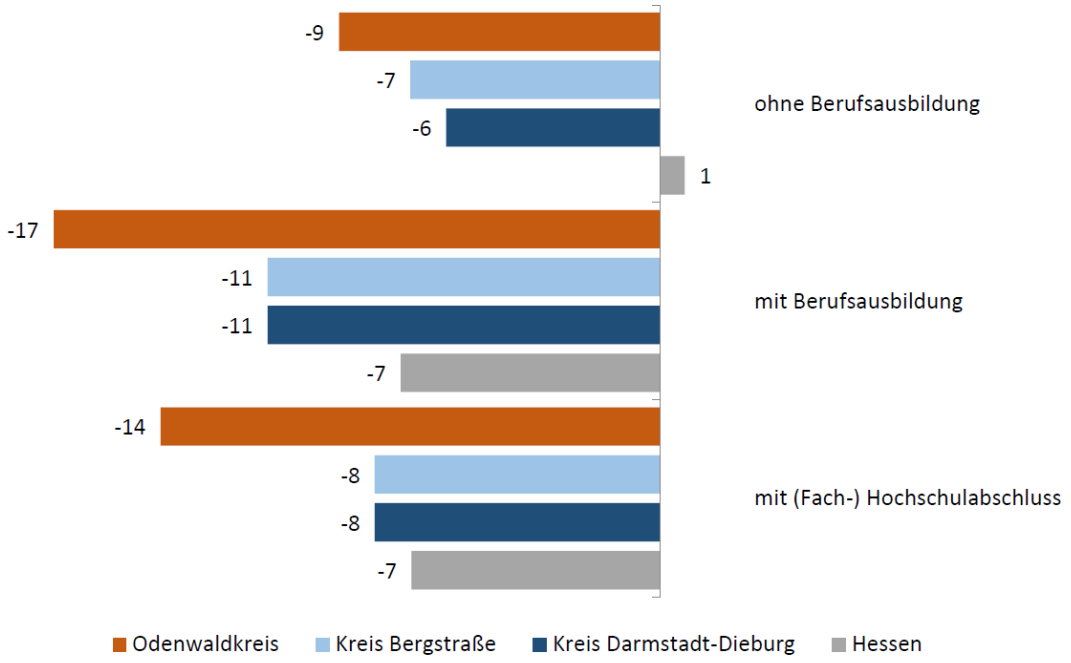


Abbildung 38: Relatives Mismatch (in Prozent) nach Anforderungsniveaus für den Odenwaldkreis und ausgewählte Vergleichsregionen bis 2024. Quelle: Regionaldossier IWAK (2019)

Dieser Fachkräftemangel greift nicht nur über alle Qualifikationsniveaus, sondern über fast alle Branchen (hier nur eine Auswahl):

- Kunststoff und Kautschuk: 390 (12 %)
- Gebäude und Versorgungstechnik: 200 (25 %)
- Fahrzeugführer im Straßenverkehr: 210 (25 %)
- Verkaufsberufe: 340 (14 %)
- Tourismus, Hotels und Gaststätten: 340 (21 %)
- Unternehmensorganisation und –strategie: 150 (15 %)
- Büro und Sekretariat: 370 (19 %)
- Verwaltung: 110 (13 %)
- Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst, Geburtshilfe: 230 (20 %)

- Altenpflege: 160 (17 %)
- Erziehung, Sozialarbeit, Heilerziehungspflege: 220 (15 %)

Im Rahmen der Expertiseinterviews für die Kreisentwicklungsplanung bestätigten viele diesen Vorgang bereits: Fachkräftemangel besteht schon heute in den Kommunalverwaltungen, den regional vertretenen Banken, als auch in den Handwerks- und Industriebetrieben. Auch die Landwirtschaft des Odenwaldkreises ist demzufolge in den kommenden zehn Jahren von flächenhaften Betriebsschließungen bedroht, da kaum Nachfolger gefunden werden können (Siehe Teilstrategie Kultur- und Naturlandschaft, Zielbereich Landwirtschaft).

Insbesondere der altersbedingte Ersatzbedarf macht vielen Führungskräften ernsthafte Sorgen: in den nächsten 10 Jahren wird ein erheblicher Anteil der vorhandenen Arbeitskräfte ins Rentenalter eintreten. Deutschlandweit und insbesondere im Odenwaldkreis wird perspektivisch also mit einer brisanten Verschärfung des Problems zu rechnen sein.

Globalisierung, Metropolisierung

Mit den geänderten Anforderungen des Arbeitsmarkts an das Bildungsniveau einher gehen Trends zur Akademisierung und der Bildungswanderung in die Großstädte. Ebenfalls dort befinden sich große Unternehmen, hochschulnahe Arbeitgeber*innen und Start-Ups. Folge ist, dass Arbeitsplätze der Wissensgesellschaft vermehrt in den städtischen Zentren finden und nach erfolgter Hochschulbildung häufig keine Rückwanderung in die Kleinstädte und den ländlichen Raum erfolgt. Ein weiterer Trend in der modernen Arbeitswelt ist die Flexibilisierung: anders als noch vor 50 Jahren ist es heute eher die Ausnahme, wenn ein/e Arbeitnehmer*in während seines gesamten Berufslebens bei derselben Organisation tätig ist. In den Metropolen ist nicht nur das Angebot der Arbeitskräfte höher, sondern auch jenes der Arbeitgeber*innen. Beide Seiten bevorzugen derartige Standorte. Auch aufgrund dieses Kreisbezugs hält der Boom der Metropolen an. Aufgrund dieser Überakkumulation von Arbeitsplätzen in den ist eine „Suburbanisierung des Ländlichen Raumes“ zu beobachten. Damit ist gemeint, dass Umlandgemeinden (vermehrt auch im weiteren Umkreis) zu reinen „Schlafstädten“ werden. Das bedeutet, dass Steuern und Kaufkraft, aber auch das kulturelle Leben in den Zentren konzentriert bleibt. Wie stark dieses Phänomen auftreten wird hängt stark davon ab, wie ernsthaft der Ausbau der Digital- und Verkehrsinfrastruktur vorangetrieben wird.

Arbeitsplätze für Geringqualifizierte hingegen entwickeln sich weniger dynamisch – viele davon fallen weg aufgrund von Automatisierung oder Verlagerung von Produktionen ins Ausland.

Alle Bemühungen für einen lebendigen Arbeitsmarkt und ein positives Image der Region können nicht zu einer Stabilisierung von Bevölkerungszahlen und Wirtschaft beitragen, wenn adäquater Wohnraum fehlt. Es braucht daher ein passendes Angebot für verschiedene Zielgruppen (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung)*

Arbeitsplatzmangel

In den Workshops der Bürgerschaftsbeteiligung wurde wiederholt bemängelt, dass es in der Region zu wenige Arbeitsplätze für Hochqualifizierte gibt. Ein Grund dafür ist sicher auch die oben beschriebene Konzentration von Unternehmen in den Ballungszentren. Auf der anderen Seite mussten auch Betriebe mit bedeutender Produktion vor Ort in den letzten Jahrzehnten im Odenwaldkreis vermehrt schließen. Damit fallen auch im Bereich der geringen bis mittleren Qualifikation Arbeitsplätze weg. Um die regionale Wirtschaft zu erhalten gilt es vor allem, bestehende Unternehmen in ihrer Existenz und möglichen Expansionsbestrebungen zu unterstützen sowie Neugründungen zu fördern. Ansiedlungen stellen einen weiteren möglichen Baustein dar, der aber im Odenwaldkreis von geringerer Bedeutung ist.

Wichtige Voraussetzung ist hierfür auch das Vorhandensein passender Gewerbeimmobilien. Die Nachfrage übersteigt hierbei bei weitem das Angebot. Daher gibt es im Kreis derzeit kaum verfügbare Flächen. Der Regionalplan weist außerdem nur noch wenige Möglichkeiten für neu erschließbare Flächen auf. Insbesondere Anfragen zu größeren Standorten, die die OREG über das System der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main erreichen können nicht bedient werden.

Image der Region

Wie bereits gezeigt wurde, hängen Demographie, Wirtschaft und Fachkräftemangel eng miteinander zusammen. Entscheidend für die Standortentscheidungen von Unternehmen und Fachkräften sind

allerdings nicht nur die harten Fakten, sondern auch wie die Region wahrgenommen wird. Nachteile der Region mit zentraler gelegenen Standorten können beispielsweise durch Vorteile in den Bereichen Lebensqualität, Sicherheit, Ökologie und Lebenshaltungskosten ausgeglichen werden. Wichtig ist, dass diese Faktoren wahrgenommen werden und Leben und Arbeiten im ländlichen Raum und im Odenwaldkreis im Besonderen als attraktiv und als gute Alternative wahrgenommen wird. In der Bürgerschaftsbeteiligung zur Kreisentwicklung konnte festgestellt werden, dass in diesem Bereich dringender Handlungsbedarf besteht. Insbesondere für junge Erwachsene, Familien und kreative Köpfe erscheint die Attraktivität der Region demzufolge mangelhaft (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*)

Digitalisierung

Digitale Infrastruktur wird für das Leben und Arbeiten immer wichtiger und immer selbstverständlicher. Kann der Ausbau der Infrastruktur, auch im Mobilfunk-Bereich, nicht mithalten, kann das Image als rückständigem ländlichen Raum nicht abgelegt werden. Der Odenwaldkreis kann es sich mit Blick auf seine Herausforderungen nicht leisten, in diesem Bereich abgeschlagen zu werden, denn ein großer Teil seiner Zukunfts-Chancen hängt davon ab.

Wissensgesellschaft und Industrie 4.0 könnten langfristig für geringeren Bedarf an geringqualifizierten Arbeitskräften sorgen. Die Beschäftigtenstruktur im Odenwaldkreis ist hierbei zu einem erheblichen Anteil gefährdet.

Mangelnde digitale Teilhabe von sozioökonomisch Schwachen und Senioren kann, in Verbindung mit Wanderungsbewegungen und dem natürlichen demographischen Wandel zu einer Verschärfung der Klüfte zwischen Stadt und Land sowie zwischen „Digital-Fähigen“ (viele davon „digital Natives“) und „Digital-Befremdeten“ führen. Viele mögliche Maßnahmen, die gerade benachteiligten Zielgruppen helfen könnten, dabei aber eben digitale Zugänge (technisch und Know-How) voraussetzen, würden verpuffen, wenn diese Barriere nicht mitgedacht wird.

Chancen

Chancen für den Fachkräftebedarf

Der Odenwaldkreis ist bereits seit längerem mit dem Problem vertraut und hat daher in vielen Bereichen bereits Maßnahmen eingeleitet, z.B. im Bereich Übergang Schule-Beruf. Verschiedene Strukturen und Ideen, die andernorts derzeit umgesetzt werden, sind im Odenwaldkreis teils bereits seit 10 Jahren vorhanden. Diese Vorreiterroller gilt es künftig stärker öffentlichkeitswirksam in Fachforen auf Bundes- und Landesebene einzubringen, um diese Innovationskraft besser darzustellen. Durch Kontakte zu Meinungsführern und Ministerien kann es künftig verstärkt gelingen, neue Ideen künftig stärker mit Fördermitteln umsetzen zu können.

> „*Teilweise kann der Arbeitskräfterückgang zwar abgefedert werden, zum Beispiel mit einer höheren Produktivität, aber solche Entwicklungen sind unsicher. Insofern wäre kein oder nur ein schwächerer Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials günstig*.“ (FUCHS et al. 2019, S. 18)

Damit beschreibt FUCHS die beiden grundlegenden Möglichkeiten, dem Fachkräftemangel beizukommen. Einerseits kann der Fachkräftebedarf durch Automatisierung verringert werden. Andererseits kann versucht werden, das vorhandene Potential an Erwerbspersonen besser einzusetzen. Ansatzpunkte bieten z.B. die Verringerung der Teilzeitquote zugunsten von Vollzeitbeschäftigung und die Erhöhung der Beteiligung am Erwerbsleben überhaupt, insbesondere bei Frauen. Geringqualifizierte können weitergebildet werden, sodass schwieriger abzudeckende Stellen durch sie besetzt werden können. Weil Menschen immer länger körperlich und geistig gesund bleiben könnten Erwerbstätige künftig auch häufiger noch in Altersteilzeit oder ähnlichen Modellen tätig bleiben.

Renaissance des Ländlichen Raumes und Digitalisierung

Als Gegentrend zur Metropolisierung gewinnen (neue) ländliche Lebens- und Arbeitsformen zuletzt wieder an Aufmerksamkeit und Beliebtheit. Digitalisierung, Klimabewusstsein und die Corona-Pandemie erhöhten die Akzeptanz von digitalem Ersatz für persönlichen Kontakt im nicht-privaten Bereich (Bildung und Arbeit). Dadurch wird „Vor-Ort-Sein“ im städtischen Zentrum weniger relevant, um diese Angebote wahrzunehmen. Die Standortwahl von Unternehmen und Privatmenschen wird damit zwar nicht völlig auf den Kopf gestellt – weil ein völliger Ersatz des Persönlichen durch das Digitale in

naher Zukunft nicht zu erwarten ist – aber die bisher geltenden Pendel-Distanzen, die ab 60 min einfacher Fahrtzeit derzeit stark gegen 0 geht, wird sich verändern. Damit wird auch das etwas abgelegenere Umfeld der Ballungszentren attraktiver (*siehe auch Megatrends und Gesamtanalysen)*.

Auch das zuletzt steigende Bewusstsein für Nachhaltigkeit, ethische Nahrungsmittel, Umwelt und Klimaschutz fördert die Attraktivität des Lebens im ländlichen Raum, wo man beispielsweise selbst Solarstrom produzieren kann, manche Lebensmittel selbst erzeugen kann und außerdem ein persönliches Verhältnis zu landwirtschaftlichen Erzeugern pflegen kann.

Homeoffice, Mobiles Arbeiten, Co-Working und Shared-Offices bieten Modelle, die Pendeldistanzen weniger relevant werden lassen und den Odenwaldkreis somit als Wohnort attraktiver werden lassen. Diese Arbeitskraft-Potentiale könnten auch in Unternehmensgründungen oder den Umstieg in hier ansässige Unternehmen münden.

Viele Projekte in Deutschland und weltweit zeigen, wie mit Konzepten wie „Co-Working“ und „Shared-Office“ Tele-Arbeit außerhalb der eigenen Wohnräume, in professioneller Arbeitsatmosphäre und im ländlichen Raum organisiert werden kann. Voraussetzung dafür, dass der Odenwaldkreis von dieser Trendumkehr profitieren kann ist, dass er eine hohe Lebensqualität, funktionierende Infrastruktur und lebendiges Ortsleben bietet.

Zielbereiche Wirtschaft und Fachkräftesicherung

Vision 2030

Der Odenwaldkreis ist eine naturnahe und zugleich wirtschaftlich erfolgreiche, digital vernetzte Region mit starkem Zusammenhalt und einer reizvollen Landschaft sowie einem kraftvollen urbanen Zentrum. Abseits von großstädtischer Anonymität und Konkurrenzdenken zählt im Odenwaldkreis jeder Mensch, der hier seine Heimat finden möchte.

1. Fachkräftesicherung

1.1. Erhaltung und Schaffung eines breiten Angebots an Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten

- Ausgezeichnet gute Aus- und Weiterbildungsangebote im Odenwaldkreis
- Verhinderung weiterer Verluste von Berufsschulklassen
- Ausbau der akademischen Bildungsangebote (Hochschulstandort, duales Studium, teil-digitales Studium an der BSO)
- *siehe Zielbereich 2 diversifizierte Wirtschaftsstruktur*

1.2. Hohe Lebensqualität

- durch ein hervorragendes Verhältnis aus Lohnniveau und Lebenshaltungskosten. Steigerung in beiden Bereichen und sehr gutes Abschneiden im Benchmarking
- *siehe dazu auch Zielbereich 5 Work-Life-Balance und in den Teilstrategien Lebensqualität und soziales Miteinander, Gesundheitsversorgung, Mobilität, Digitale Infrastruktur, Stadt- und Ortsentwicklung, Bildung, Natur und Kulturlandschaft*

1.3. Image der Region

- Odenwälder Bürger*innen, Unternehmen und andere Multiplikatoren als Botschafter*innen für die Standortqualität gewinnen.
- *Siehe auch in den Teilstrategien Regionalmarketing, Stadt- und Ortsentwicklung, Bildung und Jugend, Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, Mobilität, Natur- und Kulturlandschaft, Gesundheitsversorgung, Verwaltung und Bürgerservice sowie Digitalisierung*

1.4. Weitere und noch bessere Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf

- Gutes, realistisches Image von regional relevanten Branchen und Ausbildungs- und Karrierechancen bei allen Schulabgängern, unabhängig vom Schulabschluss.
- Verbesserter Zugang von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu Gesellschaft und Arbeitsmarkt und Ausbildungsmöglichkeiten. Sehr gutes Abschneiden im Benchmarking mit anderen ländlichen Regionen.

- Kleine und mittlere Unternehmen sind befähigt, sich gut als Arbeitgeber*innen und Ausbildungsbetriebe in einer attraktiven Region zu vermarkten
- *Siehe dazu auch in der Teilstrategie Regionalmarketing und in der Teilstrategie Bildung und Jugend.*

1.5. Erschließung von Arbeitskräfte-Potentialen

- Kleine und mittlere Unternehmen sind befähigt, sich gut als Arbeitgeber*innen und Ausbildungsbetriebe in einer attraktiven Region zu vermarkten
- Anwerbung von Arbeitskräften, die bereits in der Region wohnen (Pendlermarketing)
- Aus- und Weiterbildung von Geringqualifizierten
- Anwerbung von Fachkräften von außerhalb der Region. Dabei können Studienabbrecher und „Stadtfrustrierte“ als Zielgruppen bearbeitet werden. → *Siehe dazu auch in der Teilstrategie Regional-marketing*
- Förderung der Berufstätigkeit von Menschen im Rentenalter
- Planung des Wiedereinstiegs nach Elternzeiten zwischen Arbeitgeber*innen und Arbeitskräften etablieren
- Mehr Arbeit von qualifizierten Fachkräften möglich machen durch Heimarbeit, bessere Kinderbetreuung, bessere Mobilität, mehr Teilzeit-Möglichkeiten und flexible Arbeitszeiten → *siehe Zielbereich 5 Work-Life-Balance*
- Abmilderung des Ersatzbedarfs durch späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben *Siehe dazu auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander*

2. Wirtschaftsstruktur – diversifiziert und damit zukunftssicher

2.1 Lokale Spezialisierungsvorteile ausbauen, darunter Kunststoff und Kautschukindustrie, Tourismus, Gesundheit und Pflege

2.2 Bereitstellung der bestmöglichen Rahmenbedingungen für Wachstum, Veränderung und Anpassung von Bestandsunternehmen

2.3 Strukturwandel weitsichtig begleiten, wissensintensive Branchen und Zukunftsfelder ausbauen

- Innovationstätigkeit und Wissensökonomie in der Region steigern, Rückgriff auf Förder- und Forschungsprogramme
- Klimaneutrale Energien und Energieträger, Industrie 4.0, IT-Branche und andere Zukunftsfelder fördern
- Um- und Weiterschulungsangebote weiterführen und ausbauen, sodass sich Beschäftigte an künftige Anforderungen anpassen können

2.4 Fortbestand von Arbeitsplätzen nach altersbedingtem Ausscheiden von Geschäftsführer*innen sichern

3. Vernetzung

Digitale und persönliche Vernetzung innerhalb und außerhalb der Region

- Innerhalb: Zusammenhalt von Odenwälder Unternehmen und hier wohnenden Arbeitskräften fördern. Gemeinsame regionale Identität schaffen und schärfen; auch über Branchen hinweg (z.B. bessere Vernetzung von Industrie und Handwerk)
- Außerhalb:
  - stärkere Präsenz auf den Plattformen der Metropolregionen
  - Vernetzung und Interessensvertretung zusammen mit anderen ländlichen Regionen mit ähnlichen Problemen
  - Kooperation mit Unternehmen der Ballungsräume, deren Mitarbeiter*innen gehäuft im Odenwaldkreis wohnen, sodass Potentiale des ländlichen Raums als Work-Retreat, zur (gruppenmäßigen) Telearbeit oder auch zur völligen Auslagerung von Arbeitsgruppen in den Odenwaldkreis weiter erschlossen werden können.
  - Kooperation mit anderen ländlichen Regionen, um die „Renaissance des ländlichen Raums“ weiter anzutreiben.
- *Siehe Teilstrategie Digitalisierung*

4. Starke Zentren mit Wirtschaftswachstum und Landschaftsschutz verbinden

4.1 Flächenverbrauch für Siedlung und Gewerbe auf ein Minimum reduzieren

4.2 Konzentration von Industrie und Arbeitsplätzen auf Kernortschaften, trotzdem möglichst allen Kommunen ausreichendes Steueraufkommen sichern (z.B. durch interkommunale Gewerbegebiete, Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk und Tourismus)

4.3 Gewerbegebiete möglichst umwelt- und landschaftsfreundliche gestalten

4.4 Die kraftvollen Zentren des Odenwaldkreises müssen das Umland in vielerlei Hinsicht mitversorgen. Voraussetzung dafür wiederum ist Erreichbarkeit. → *Siehe daher dazu auch in der Teilstrategie Mobilität*

4.5 Vergabe von Gewerbeflächen nicht unter Wert und unter Berücksichtigung zu erwartender Gewerbesteuereinnahmen.

4.6 Zügige Nachnutzung leerstehender Gewerbeflächen sicherstellen.

4.7 Lebendige, attraktive urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität

Siehe außerdem: Teilstrategien Stadt- und Ortsentwicklung, Digitalisierung und digitale Infrastruktur, Mobilität, Lebensqualität und soziales Miteinander, Regionalmarketing und Tourismus, sowie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz

5. Work-Life-Balance

5.1 Bereitstellung ausreichender flexibler Kinderbetreuung, auch in den Randzeiten

5.2 Bereitstellung ausreichender Möglichkeiten in der Senioren- und Behinderten-Unterstützung, -Betreuung und -Pflege von der Generationenhilfe oder dem Mehrgenerationen-Wohnen bis hin zum Pflegeheim

5.3 Weitgehende Verfügbarkeit von Teilzeitmodellen und flexiblen Arbeitszeitmodellen.

5.4 Möglichkeiten des Arbeitens im Home-Office, Co-Working und Shared-Office bestmöglich nutzen

5.5 Gute Erreichbarkeit von Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Freizeit, Erholen, Kultur, Betreuung, Gesundheit und Pflege

Siehe Teilstrategien Mobilität, digitale Infrastruktur, Stadt- und Ortsentwicklung, Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander sowie Gesundheitsversorgung

6. Standortqualität, Service und Standortmarketing (mit Zielgruppe Unternehmen)

6.1 Verwaltung als Dienstleister – stetige Verbesserung der Servicequalität; Benchmarking mit anderen Kreisen und Städten

6.2 Möglichst geringe Gewerbesteuern, Vergleich mit Nachbarregionen

6.3 Unterstützung von Einzelhandel und Kleinbetrieben durch Kommunen und Kreis ausbauen

6.4 Weiterführung des Gewerbeflächenkatasters und Vermarktung zusammen mit der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main.

6.5 Schaffung von der Nachfrage entsprechenden Gewerbeflächen (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung und Zielbereich 4: Starke Zentren, Wirtschaftswachstum und Landschaftsschutz verbinden*)

6.6 Fortführung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsservice

Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung sowie Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus.

Oberziele und Prinzipien der regionalen Wirtschaftspolitik

Allen Überlegungen zu zusätzlichen Maßnahmen und Zwischenzielen müssen bezüglich ihres Kosten-Nutzen-Verhältnisses beurteilt werden. Um die Effektivität und Zielgerichtetheit der Aktivitäten im Bereich Wirtschafts-Service zu gewährleisten gelten die Prioritäten aus dem Prozess „OREG 2.0“ fort:

Bestandspflege vor Gründung, vor Neuansiedlung.

1. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Fachkräftesicherung

Ziel 1.1: Deckung des Fachkräftebedarfs durch Ausbildung und Weiterbildung

Bezug auf Zielbereiche
- 1.1 Erhaltung und Schaffung eines breiten Angebots an Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten
- 1.3 Image der Region
- 1.4 Weitere und noch bessere Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf

SMART-Formulierung:
- 33 % des heute für 2024 prognostizierten Mismatch der Qualifikationsstufen Fachkraft und Spezialist sollen bis 2030 durch die Aus- und Weiterbildung von Odenwälder Bürger*innen gedeckt werden können. Bis 2025 ist eine Deckung von 15 % anzustreben. Bei einem prognostizierten Mismatch von -3.890 im Bereich der Arbeitskräfte mit Berufsausbildung müssen also bis 2030 1.284 und bis 2025 584 Personen ausgebildet werden.
- Etablierung von mindestens einem Bachelor-Studiengang bis 2025, der thematisch zu einer der Schwerpunkt-Branchen des Odenwaldkreises passt – Kunststoff und Kautschuk, Pflege, KfZ oder Maschinenbau (vgl. Branchenportfolio der OREG 2020)

Erläuterung:
Aufbauend auf den unter Horizont 2030 geschilderten Erkenntnissen zur Fachkräftesicherung wurden diese Ziele definiert als Überlegung, welche Zwischenstände erreicht werden müssen, damit die langfristigen Auswirkungen des Fachkräftemangels in einem Rahmen bleiben, die nicht die gesamte regionale Wirtschaft erodieren. Wichtigste prognostische Kennzahl ist der Missmatch, also die Lücke zwischen den vorhandenen und den gebrauchten Fachkräften. Wichtig ist dabei nicht nur die Gesamtzahl von offenen Stellen und Arbeitssuchenden, sondern, die Passung der Anforderungen der Stellen und der Qualifikationen der Arbeitskräfte.

Bis zur Qualifikationsstufe „Helfer“ ist eher von „Bildung“ oder „Anlernen“ als von „Weiterbildung“ zu sprechen. Die in der Qualifikationsstufe Helfer Beschäftigen stellen zusätzlich zu Schulabgänger*innen ein Potential dar, Ausbildungsplätze zu besetzen und so zur Deckung des Fachkräftebedarfs beizutragen.

Tätigkeiten der Qualifikationsstufe „Fachkraft“ setzen eine zwei- bis dreijährige Berufsausbildung oder eine Qualifikation durch längere Berufsausbildung voraus. Sie setzen umfangreiches fachliches Wissen voraus und erstrecken sich nicht auf reine Routinetätigkeiten. Tätigkeiten des Niveaus „Spezialist“ setzen einen Bachelor-, Meister- oder Technikerabschluss voraus. Auch durch Berufserfahrung kann dies erreicht werden. Hinzukommen Planungs- und Kontrolltätigkeiten (s*iehe Ziel 2 Weiterbildung, Ziel 3 Hochschulstandort Odenwaldkreis und Teilstrategie Bildung*). Tätigkeiten des Qualifikationsniveaus „Experte“ setzen in der Regel mindestens ein Hochschulstudium voraus und werden hochkomplexen Tätigkeiten zugeordnet. Dazu zählen Führung, Entwicklung, Forschung, Diagnose und Wissensvermittlungsaufgaben. (BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2011)

Tabelle 3: Beschäftigte und Mismatch im Odenwaldkreis, nach Qualifikationsniveaus. Quelle: IWAK 2019

		Fachkraft	*Spezialist*	*Experte*
Beschäftigte gesamt:	*32.917*	*19.763*	*2.675*	*2.297*
Mismatch:		*16 %*	*15 %*	*1 %*
Mismatch absolut:		*3.162*	*401*	*253*
15 % des Mismatch:		*474*	*60*	*38*

Der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (27.166) betrug 2017 4,9 % (IWAK 2019), also gab es zu diesem Zeitpunkt etwa 1.331 Auszubildende, die in die Berechnungen der IWAK zum Fachkräftemangel bis Jahr 2024 bereits eingeflossen sind. Geht man davon aus, dass zwischen 2017 und 2020 noch keine Steigerung der Ausbildungszahlen erfolgt sind (worauf Gespräche mit Wirtschaftsvertreter*innen hinwiesen), müsste also in den Jahren 2021 bis 2024 ein jährliches Ansteigen um 118 erreicht werden. Beim Ziel für das Jahr 2030 stellt sich die Schwierigkeit, dass es noch keine detaillierten Prognosen gibt. Nach den Bevölkerungsprognosen kann

man davon ausgehen, dass die demographische Entwicklung den Fachkräftemangel auch nach 2024 verschärfen wird. Selbst wenn man das Ziel für 2024 erreicht, wird also auch danach eine weitere Steigerung der Auszubildendenzahlen nötig sein. Was die Schließung von 33 % des Mismatch bis 2030 in konkreten Zahlen bedeutet, muss man also abschätzen, wenn entsprechende Prognosen vorhanden sind. Nach derzeitiger Methodik der IWAK wird 2025 eine Prognose für das Jahr 2030 vorgestellt werden. In der Zwischenzeit gilt es, kontinuierlich nachzusteuern.

In den Expertiseinterviews zeigte sich, dass Unternehmen in Industrie und Handwerk sich zunehmend schwertun, geeignete Auszubildende finden. Zu sehen ist dies im Zusammenhang mit einer Entwicklung zunehmender Akademisierung – immer mehr junge Menschen machen eine Hochschulreife und viele davon wollen dann eher studieren. Den Einschätzungen der Expertiseinterviews zufolge beruht dies auch auf einer Selbstverständlichkeit, der zufolge Schüler*innen, Eltern und Lehrer*innen den Weg einer Ausbildung kaum als valide Möglichkeit in Betracht ziehen. Im Kreis gab es von OREG, Kreishandwerkerschaft und von Seiten der Industrie bereits Initiativen, um hier einen Image-Wandel herbeizuführen. Langfristig betrachtet ist zu erwarten, dass bei gleichbleibender Nachfrage nach handwerklichen Tätigkeiten und sinkendem Fachkräfteangebot die Löhne deutlich steigen werden. Damit würde sich auch das Image solcher Berufe in den Augen potentieller Auszubildender ändern.

Das Feld der beruflichen Weiterbildung ist von verschiedenen Akteur*innen, darunter den beruflichen Kammern und Initiativen des Landes Hessen besetzt worden. Im Ergebnis zeigte sich zumeist, dass die Nachfrage fehlte. Auf Ebene des Landkreises würde man sich daher wohl schwertun, spezialisierte Lehrgänge anzubieten, die dafür nötigen Ressourcen aufzubringen und Kurse mit genügend Teilnehmer*innen zustande zu bringen.

Handlungsmöglichkeiten*:*

- Nachhaltige Sicherung des Fortbestands des Beruflichen Schulzentrum Odenwaldkreis durch eine strategische Neuausrichtung (*siehe Teilstrategie Bildung*)
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll; Hauptverantwortlich: BSO, Kreis
  ID: 1; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Verankerung eines guten, realistischen Images von regional relevanten Ausbildungsmöglichkeiten und damit verbundenen Karrierechancen bei Schulabgänger*innen, Eltern, und Lehrer*innen aller Schularten. Im Rahmen der Weiterentwicklung von OBIT und OBIT-online gibt es hierzu bereits Ansätze.
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll; Hauptverantwortlich: Kreis, Unternehmen, OREG
  ID: 2; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Ausbau der Angebote für Aus- und Weiterbildung von Geringqualifizierten (Erreichen des Fachkräfte-Niveaus mit oder ohne formelle Berufsausbildung).
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Verbände und Bildungsakteur*innen
  ID: 3; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.1: 3; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Informations-Initiative, um Möglichkeiten der Nachqualifizierung für einen Berufsabschluss besser bekannt zu machen (vgl. Best-Practice-Projekt „Nachqualifizierung in der Pfalz“).
  Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, BSO, Unternehmen, OREG
  ID: 4; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.1: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Fortführung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung des vorhandenen Weiterbildungsangebots, auch mit dem Ziel der Qualifikation für höhere Karrierestufen
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, insb. VHS, BSO
  ID: 5; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.1: 3; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  Siehe hierzu auch: Teilstrategie Bildung-Zielereich 49: Erwachsenenbildung und non-formale Bildung

- Schaffung eines Bachelor-Studiengangs im Odenwaldkreis, der thematisch zu einer der Schwerpunkt-Branchen des Odenwaldkreises passt – Kunststoff und Kautschuk oder Pflege (vgl. Branchenportfolio der OREG 2020). Aktuell bereits neue Schritte dahingehend über den Umweg

eines Kunststoff- und Kautschuk-Clusters unter Federführung der Hochschule Darmstadt, wofür bereits Fördermittel beantragt wurden
Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, BSO, Unternehmen und Verbände, OREG
ID: 6; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Ziel 1.2: Höherer Lebensstandard im regionalen Vergleich

SMART-Formulierung:

- Erreichen eines guten Verhältnisses von Lohnniveau und Lebenshaltungskosten, und einer regional mindestens durchschnittlichen Kaufkraft. Im Vergleich mit den Landkreisen Miltenberg und Neckar-Odenwald-Kreis soll der Odenwaldkreis mindestens gleichauf sein. Im Vergleich zu den Landkreisen Bergstraße, Neckar-Odenwald und Darmstadt Dieburg soll bis 2030 die jetzige Differenz um mindestens 65 % verringert werden. Bis 2025 soll die jetzige Differenz um 35 % verringert werden.
- Durchführung einer genaueren Untersuchung bezüglich des Lohnniveaus unter Berücksichtigung der Tätigkeiten.

Erläuterung:

Trotz eines geringeren Preisniveaus, z.B. im Bereich Immobilien, besteht womöglich eine Lücke zwischen dem Lohnniveau, das im Odenwaldkreis erreicht werden kann und dem, das in umliegenden Ballungsräumen erzielt werden kann. Genauere statistischen Analysen hierzu stehen noch aus. Allgemein wird jemandem, der potentiell für eine Stelle in den Odenwaldkreis ziehen würde, nicht bewusst sein, dass manche Dinge hier günstiger sind. Somit ist im Umstand eines geringeren Lohnniveaus ein Nachteil im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte begründet. Insgesamt weist der Odenwaldkreis unterdurchschnittlich viele Stellen für höherqualifizierte, gut bezahlte Fachkräfte auf. Dies könnte beispielsweise die Statistik zum verfügbaren Einkommen verzerren. Somit könnte auch der Eindruck eines schlechteren Lebensstandards allgemein entstehen, auch wenn für dieselbe Arbeit derselbe Lohn wie andernorts gezahlt wird.

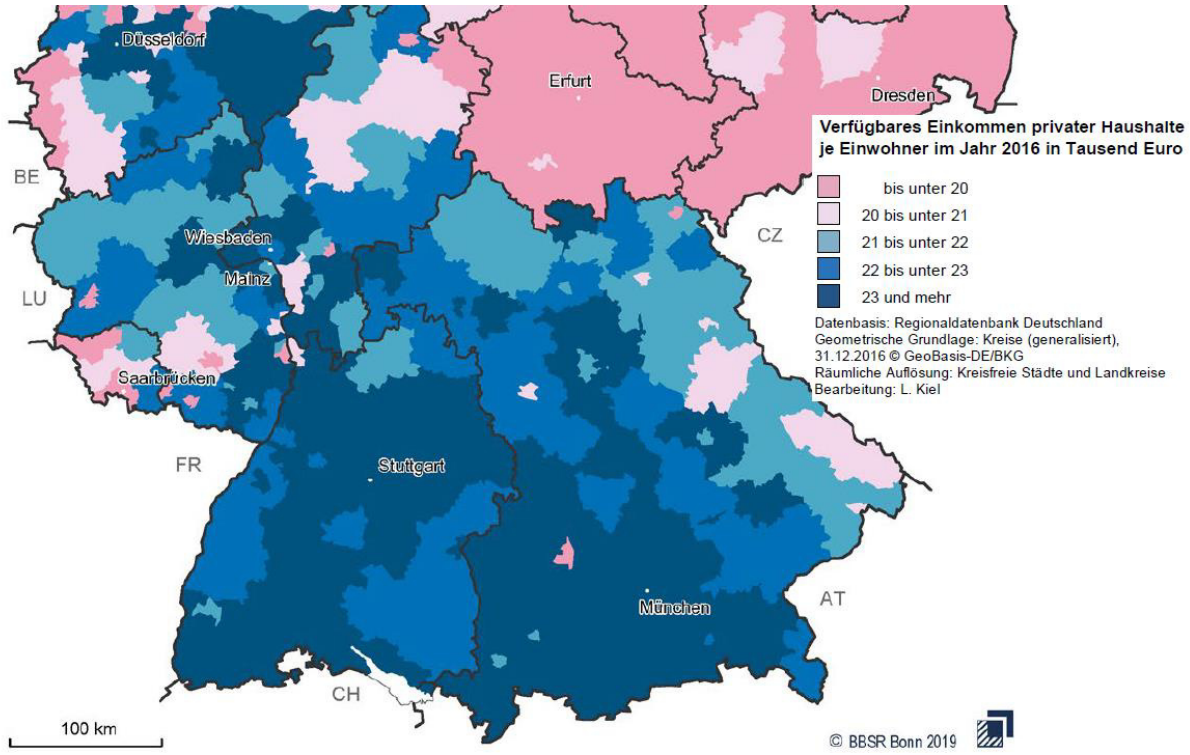


Abbildung 39: Verfügbares Einkommen. BBSR; Deutschlandatlas 2019

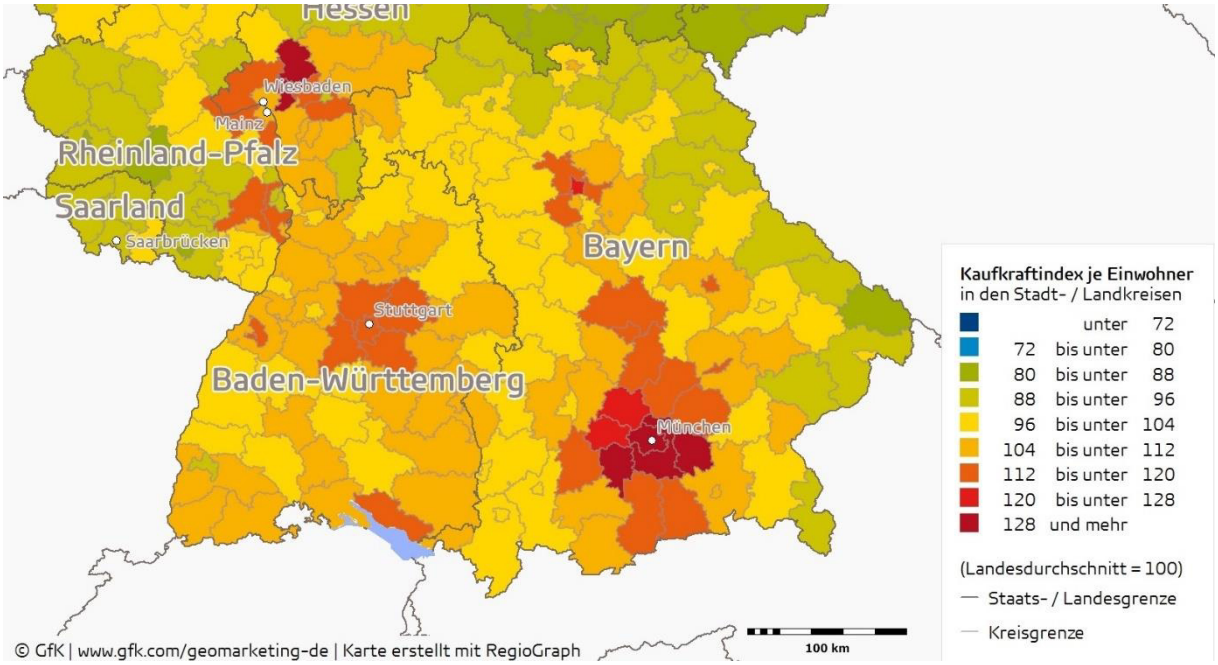


Abbildung 40: Kaufkraftindex. GfK, 2018

Handlungsmöglichkeiten

- Durchführung einer genaueren Untersuchung bezüglich des Lohnniveaus und der lokalen Lebenshaltungskosten im Vergleich zu anderen Regionen und mit Berücksichtigung verschiedener Tätigkeiten und Branchen. Verwendung der Ergebnisse: Grundlegende Information für die Fachkräftesicherungsstrategie. Entweder Unternehmen, Fachkräftewerbung, Regionalmarketing und Standortmarketing erhalten ein gutes Argument – oder ein zu niedriges Lohnniveau wird als grundlegende Herausforderung identifiziert. In letzterem Fall ist die Effizienz vieler anderer Handlungsmöglichkeiten stark beschränkt, solange die Arbeitgeber*innen dieses Problem nicht angehen. Insofern sind die Ergebnisse auch relevant für die Standortwerbung und das Regionalmarketing (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*)
  Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG, Forschungspartner
  ID: 7; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.2: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie:** ;1; **gesamt: 1**
- *Siehe auch Ziel 1.6: Unternehmens-Marketing für bessere Fachkräftewerbung und Ziel 2.3: Strukturwandel und Zukunftsfelder*

Ziel 1.3: Image der Region

Siehe Ziel 4.1: Kraftvolle Zentren sowie Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus, Zielbereich Regionalmarketing

Ziel 1.4: Regionale Strategie im Übergang Schule - Beruf für den Odenwaldkreis

Bezug auf Zielbereich 1.4 Weitere und noch bessere Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf

SMART-Formulierung:

Umsetzung der Regionalen Strategie im Übergang Schule - Beruf für den Odenwaldkreis 2020 – 2023 (abrufbar unter https://odenwaldkreis.de/fileadmin/odenwaldkreis/pdf/Netzwerk_UEbergang_Schule-Beruf/Finale_Strategie_UESB_Odenwaldkreis_mit_Unterschrift_13.01.2020.pdf) durch die unterzeichnenden Akteur*innen. Die Strategie wird zeitgerecht weiterentwickelt, es erfolgt eine interne Kontrolle zur Zielerreichung und eine entsprechende Nachsteuerung. Werden weitere Kooperationspartner oder weitere Mittel benötigt, oder entstehen Ideen, die den Projekterfolg verbessern könnten, setzen sich die Akteur*innen mit den entsprechenden öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen auf Kreisebene und

anderen Ebenen auseinander. Auch die Stelle der Kreisentwicklungsplanung des Landratsamtes stellt in diesem Fall einen möglichen Kommunikationskanal dar.

Erläuterung

Das Thema Übergang Schule-Beruf steht im Odenwaldkreis bereits seit 2007 im Rahmen des „Netzwerks Übergang Schule-Beruf des Odenwaldkreises“ im Interesse. Mit immer wieder aktualisierten Strategien organisieren die verschiedenen Netzwerkpartner gezielte Projekte und Strukturen, um Unternehmen bei der Fachkräfte- und Auszubildenden-Findung und Schüler*innen und Absolvent*innen im Kreis bei der Entdeckung geeigneter, regionaler Arbeitsplätze zu unterstützen. Vorbildlich für viele andere Handlungsbereiche verschriftlicht dieses „OloV-Netzwerk“ diese Strategie auch und schreibt sie für einen Zeitraum von drei Jahren jeweils fort. Abbildung 41 gibt einen Überblick über die Netzwerkpartner in der Steuerungsgruppe des Netzwerks.

Das Netzwerk Übergang Schule-Beruf im Odenwaldkreis wird gefördert von OloV – der landesweiten Strategie zur "Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule - Beruf". OloV wird gefördert von der Hessischen Landesregierung aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung, des Hessischen Kultusministeriums und der Europäischen Union - Europäischer Sozialfonds.



Abbildung 41: Steuerungsgruppe des Netzwerks Übergang Schule – Beruf im Odenwaldkreis

Von dieser hessenweiten Initiative Unterstützt wurde auch für den Odenwaldkreis eine Regionale Strategie im Übergang Schule-Beruf erarbeitet (ZEITLER 2019). Die aktuelle Version gilt für den Zeitraum 2020 bis 2023 und ist unter www.olov-hessen.de öffentlich einsehbar. Die Strategie zeigt bereits einen umfassenden Katalog an Zielen. Den im Kapitel „Ziele und Prinzipien des Kreisentwicklungskonzepts 2021“ dargelegten Festlegungen entsprechend erfolgt daher für diesen Bereich keine ausführlichere Darlegung oder „Überplanung“ im Kreisentwicklungskonzept.

Dieser Zielkatalog gliedert sich folgendermaßen:

1. Ziele für den Prozess Berufs- und Studienorientierung
1.1 Qualitative Ziele für den Prozess Berufs- und Studienorientierung
1.1.1 Förderung der individuellen Ausbildungs-/Studienreife
1.1.2 Regionale Berufsorientierungsveranstaltungen
1.1.3 Qualifizierung der schulischen Fachkräfte
1.1.4 Transparenz und Austausch über Netzwerktreffen
1.1.5 Beteiligung der Erziehungsberechtigten am Berufsorientierungsprozess
1.2 Quantitative Ziele für den Prozess Berufs- und Studienorientierung
1.2.1 Auswertung und Dokumentation

2. Ziele für den Prozess Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen
2.1 Qualitative Ziele für den Prozess Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen
2.1.1 Öffentlichkeitsarbeit für Ausbildungs- und Praktikumsplätze
2.2 Quantitative Ziele für den Prozess Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen
2.2.2.1 Abstimmung der Akquise von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen

3. Ziele für den Prozess Beratung, Matching und Vermittlung
3.1 Qualitative Ziele für den Prozess Beratung, Matching und Vermittlung

3.1.1 Transparenz über Angebote im Übergang Schule - Beruf
3.1.2 Ablauf des Beratungs- und Vermittlungsprozesses
3.1.3 Individuelle Beratung und Begleitung im Vermittlungsprozess
3.2 Quantitative Ziele für den Prozess Beratung, Matching und Vermittlung
3.2.1 Regionaler Bericht zum Übergang Schule - Beruf

Die Ausführung jedes Teilziels mit der Benennung von Indikatoren zur Messung von deren Erreichung, konkreten Umsetzungsschritten und der Definition von Zielgruppen ist mit den Ansprüchen des Kreisentwicklungskonzepts an eine strategische Planung weitgehend übereinstimmend. Eine größere Ausführung zu diesen Themen findet hier daher nicht statt. Die Strategie stimmt auch inhaltlich gut mit dem Kreisentwicklungskonzept überein – so wird z.B. an verschiedenen Stellen die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung betont und gefördert. Künftig noch stärker verknüpft könnte der Bereich mit dem Thema Regionalmarketing (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*), da sich z.B. mit den Ausbildungsplattformen OBIT (Odenwälder Berufsinformationstage) und OSBIT (Odenwälder Studien- und Berufsorientierungstage) wichtige Synergieeffekte ergeben. Letztendlich muss ein Gesamtpaket „verkauft" werden bestehend aus Bildungs- und Karrieremöglichkeiten sowie regionalen Freizeitaktivitäten, Lebensqualität und regionaler Identität. (*siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Analyse – Die Situation Jugendlicher*). Auch die als Multiplikatoren des Regionalmarketings wichtigen Lehrkräfte sind hier ansprechbar im Rahmen der Maßnahme „Qualifizierung der schulischen Fachkräfte im Bereich Berufsorientierung."

Handlungsmöglichkeiten

- Umsetzung der Maßnahmen der Strategie im Übergang Schule-Beruf und Fortschreibung der Strategie. *Siehe auch Teilstrategie Bildung-Ziel 47.3 Weiterführende Schulen*
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell, finanziell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Mitglieder der Steuerungsgruppe des Netzwerks Übergang Schule – Beruf im Odenwaldkreis
  ID: 8; Priorisierungsvorschlag: Ziel: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: **1**; gesamt: 1
- Prüfung von Synergieeffekten zwischen der Strategie im Übergang Schule - Beruf und Aktivitäten im Bereich Regionalmarketing.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreisentwicklungsplanung, Mitglieder der Steuerungsgruppe des Netzwerks Übergang Schule – Beruf im Odenwaldkreis
  ID: 9; Priorisierungsvorschlag: Ziel: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: 3; gesamt:

Ziel 1.5: Zugang zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt für Menschen mit Migrationshintergrund

Bezug v.a. auf Zielbereich 1.4 Weitere und noch bessere Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf

Siehe Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, insbesondere Integration im internationalen Migrationskontext

Ziel 1.6: Unternehmens-Marketing für bessere Fachkräfteanwerbung

Bezug v.a. auf Zielbereiche
- 1.4 Weitere und noch bessere Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf und
- 1.5 Erschließung von Arbeitskräfte-Potentialen

sowie
- 1.1 Erhaltung und Schaffung eines breiten Angebots an Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten
- 3 Vernetzung
- Ziel 1: Deckung von einem Drittel des Fachkräftebedarfs durch Ausbildung
- Ziel 4: höherer Lebensstandard im regionalen Vergleich

SMART-Formulierung:

- Kleine und mittlere Unternehmen des Odenwaldkreises werden in die Lage versetzt, sich selbst und ihren Standort positiv und in Übereinstimmung mit den Inhalten der Teilstrategie Regionalmarketing darzustellen.

- Steigerung des Erfolgs kleiner und mittlerer Unternehmen im Odenwaldkreis bei der Besetzung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und Beitrag zur Verringerung des Fachkräftemangels.
- Zielgröße: Verringerung der Mismatch-Prognose des IWAK für 2030 auf -1.000 (jüngste Prognose für 2024: -4.950)

Erläuterung:
Unabhängig davon, ob sich die Fachkräfte-Werbung der Unternehmen an Bewerber*innen von inner- oder außerhalb richtet und unabhängig vom Anforderungsniveau müssen wir im Odenwaldkreis bis 2024 mit einem gefährlichen Fachkräftemangel rechnen. Dieser Fachkräftemangel ist aber nicht nur auf den Landkreis beschränkt, sondern tritt deutschlandweit auf. Viele Fachkräfte sind auch international begehrt. Die Unternehmen des Odenwaldkreises müssen daher attraktive Arbeitsbedingungen bieten (siehe Zielbereich 1.2 und 5), zum anderen muss aber auch der Odenwaldkreis als eine attraktive Region bekannt sein (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing*). Letztlich muss natürlich auch das Unternehmen ein positives Image besitzen – wobei natürlich wiederum auch die Arbeitsbedingungen und die Attraktivität der Region eine Rolle spielt. Zusammen mit anderen Multiplikatoren sind Unternehmen wichtige Botschafter*innen des regionalen Images.

Handlungsmöglichkeiten:

- Gute Personal-Arbeit und Beitrag zum regionalen Image im Rahmen regionaler Wirtschaftspreise in die Bewertung einbeziehen. Aktuell bereits in Umsetzung im Rahmen einer Weiterentwicklung des Werner-Braun-Gedächtnis-Preises
  Kategorie*:* bereits in Umsetzung befindlich, konzeptionelle, personelle, finanzielle und politische Voraussetzungen
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG; evtl. Wirtschaftsakteur*innen, Wirtschaftsverbände oder Banken
  ID: 10; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.6: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Workshop(s) oder Seminare für Unternehmen und Personalverantwortliche zum Thema zukunftsorientierte Personal- und Lohnpolitik, bei denen auch regional verglichen wird.
  Vorbedingung: Maßnahme Untersuchung zum Lohnniveau (Ziel 1.2: Lebensstandard)
  Vorbedingung: Umsetzung der bereits geplanten Erweiterung der OBIT-Strategie hinsichtlich eines Netzwerks für Personalverantwortliche
  Kategorie*:* perspektivisch zu bearbeiten, konzeptionelle, personelle, finanzielle und politische Voraussetzungen
  Hauptverantwortlich:
  ID: 11; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.6: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Informationsangebot für kleine und mittlere Unternehmen des Odenwaldkreises mit Problemen bei der Personal- und Fachkräftesicherung zur zukunftsorientierten Personal- und Lohnpolitik
  Vorbedingung: Maßnahme Untersuchung zum Lohnniveau (Ziel 1.2: Lebensstandard)
  Kategorie*:* perspektivisch zu bearbeiten, konzeptionelle, personelle, finanzielle und politische Voraussetzungen
  Hauptverantwortlich: OREG in Abstimmung mit IVO und Kreishandwerkerschaft
  ID: 12; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.6: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

Siehe dazu auch Teilstrategie Regionalmarketing

Ziel 1.7: Potential pendelnder Arbeitskräfte für den Odenwälder Arbeitsmarkt gewinnen

Bezug zu den Zielbereichen
- 1 Fachkräftesicherung, insbesondere 1.5 Erschließung von Arbeitskräfte-Potentialen
- 3 Vernetzung
- 5 Work-Life-Balance

SMART-Formulierung:

- Das Arbeitskräftepotential der Auspendelnden des Odenwaldkreises ist enorm und beträgt mit 15.729 ganze 43 % der hier lebenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dieses Potential soll zur Deckung des Fachkräftebedarfs im Odenwaldkreis künftig genutzt werden.

- Bis 2025 soll der Anteil der Auspendelnden an der Gesamtzahl der hier wohnenden Arbeitskräfte auf 38 % reduziert werden. Gleichzeitig soll die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort im Odenwaldkreis bis 2030 auf 40.500 steigen (zuletzt 37.482 im Jahr 2019). Bis 2030 soll der Anteil der Auspendelnden auf -34 % reduziert werden und die Zahl der SVB auf 42.500 steigen.

Erläuterung:

Die Pendelverkehrsströme nahmen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten kontinuierlich zu. Sowohl öffentliche Verkehrsmittel als auch die Straßeninfrastruktur, die in die Ballungszentren – zu den meisten Arbeitsplätzen – führt, sind mittlerweile spürbar an der Belastungsgrenze. Die Strategie der hessischen Landesregierung zu diesem Problem lautet derzeit „Frankfurter Ring“, in dessen Rahmen Wohnungsbau im Umkreis einer Erreichbarkeit von 30 Minuten mit dem ÖPNV rund um Frankfurt gefördert wird. Diese Lösung lässt Regionen wie den Odenwaldkreis außen vor und vermindert das eigentliche Problem der Überakkumulation von Arbeitsplätzen in überlasteten Zentren nicht.

Die Differenz zwischen den Umfragen dazu, wo die Menschen am liebsten wohnen würden – unabhängig von der finanziellen Situation und den anderen Rahmenbedingungen (*vgl. Bundesstiftung Baukultur 2017)* und den tatsächlich stattfindenden Stadt-Land-Wanderungen zeigt, dass der Boom der Metropolen nicht daran liegt, dass im 21. Jahrhundert alle in den Großstädten leben möchten, sondern schlicht daran, dass in den anderen (ländlichen) Regionen Arbeitsplätze fehlen. Die zunehmende Konzentration von Arbeitsplätzen in den Großstädten, insbesondere im Bereich der Wissensökonomie, führt dort zu steigenden Problemen der übermäßigen Verdichtung und Flächenversiegelung. Immer weiter ansteigende Immobilienpreise, überlastete Infrastruktur usw. sind die Folge; in Abwanderungsregionen hingegen kommt es gleichzeitig zu Überalterung, Verfall von Infrastruktur und leerstehenden Immobilien. → *Siehe auch Mega-Trend-Kapitel Stadt-Land-Wanderungen*

Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine größer werdende Zahl von „Stadtfrustierten“, denen aktuell auch in der Phase des „Corona-Lockdowns“ die Enge des städtischen Umfelds und der eigenen Wohnung bewusst wurde und einer ebenfalls großen Zahl an auspendelnden Beschäftigten, die ebenfalls dank Home-Office (trotz der impliziten Nachteile) im Lockdown vielfach erleben durften, wie ein Leben ohne Pendeln ist. Daher ist mittelfristig zu erwarten, dass wieder mehr Menschen auf dem Land leben möchten; sofern sich dies mit dem Berufsleben vereinbaren lässt.

Zur Definition des Ziels: Die Senkung des Anteils der Auspendelnden alleine könnte auch erreicht werden, wenn diese umziehen, um näher am Arbeitsplatz zu wohnen – dem Odenwaldkreis also ganz abhandenkommen. Daher ist es notwendig, dieses Ziel im Zusammenhang mit einer mindestens gleichbleibenden Gesamtzahl der Arbeitsplätze im Odenwaldkreis zu definieren.

Realistischer Weise kann auch ein neutraler Pendelsaldo nicht das Ziel sein. Dieser wäre letztlich nur erreichbar, wenn der Odenwaldkreis stärker selbst Ziel von Pendelverkehrsströmen wird. Weniger Pendeln bedeutet höhere Lebensqualität aufgrund mehr verfügbarer Zeit, also einer besseren Work-Life-Balance. Dies wiederum trägt dazu bei, dass Menschen in ihrer Freizeit sich besser in Vereinen und im Ehrenamt engagieren können, was zu einer höheren Attraktivität von Kommunen, Ortsteilen und der Region beiträgt. Geringerer Pendelverkehr bedeutet außerdem eine Entlastung der Verkehrsachsen und ist schließlich auch ein positiver Beitrag zum Klimaschutz. Ziel muss also sein, Leben und Arbeiten im Kreis zu vereinen.

Selbstverständlich handelt es sich hierbei nur um ein Ziel, dass mit einem großen Bündel an Maßnahmen erreicht werden kann, die sich zu großen Teilen auch mit anderen Zielen und Teilstrategien überschneiden, daher können hier nicht alle explizit aufgeführt werden.

Handlungsmöglichkeiten:

- Befragung von Auspendelnden mit dem Ziel, zu erfahren, unter welchen Voraussetzungen diese für eine berufliche Tätigkeit innerhalb des Odenwaldkreises zu gewinnen wären. Erste Umsetzungsansätze gab es bereits gemeinsam zwischen BSO und OREG
  Vorbedingung: Maßnahme Untersuchung zum Lohnniveau (Ziel 1.2: Lebensstandard) – grundlegend für die Interpretation der Befragungsergebnisse

Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: OREG
ID: 13; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.7: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- Digitale Vernetzung von Pendelnden, Odenwälder Beschäftigten und Unternehmen unter Rückgriff auf bestehende digitale Plattformen, wie XING, Facebook, LinkedIn, sowie über Berufsverbände, etc.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis/OREG in Abstimmung mit Agentur für Arbeit, Unternehmensverbände
  ID: 14; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.7: 3; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Aktionen zum Pendlermarketing, wie z.B. Informationsstände an Bahnhöfen oder Messen, aber auch Werbe- und Image-Kampagnen (sowohl online als auch analog möglich). Zweck ist, bei Auspendelnden Interesse für das Arbeiten innerhalb des Kreises im Allgemeinen und für Jobs im Speziellen zu wecken. Voraussetzung ist eine durchdachte Regionalmarketing-Strategie.
  Vorbedingung: Maßnahme Untersuchung zum Lohnniveau (Ziel 1.2: Lebensstandard)
  Vorbedingung: Maßnahme Befragung von Auspendelnden
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; umfassend voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis/OREG
  ID: 15; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.7: 1; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Home-Office-Angebote, Co-Working-Spaces und Gemeinschaftsbüros etablieren.
  Kategorie: Dringend zu bearbeiten, Ressourcenbedarf hängt ab vom Erfolg des Förderantrags der Hochschule Darmstadt im Programm „Kommunen innovativ“, bei der der Odenwaldkreis Partner ist
  Hauptverantwortlich: private Anbieter und Unternehmen, Kreis/OREG
  ID: 16; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.7: 2; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Aufbau von Co-Working Spaces oder Gemeinschaftsbüros im Kontext anderer öffentlicher Angebote, wie z.B. Bibliotheken, Museen, Schulen, etc.
  Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten; finanziell, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Kreisentwicklungsplanung, OREG
  ID: 17; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.7: 2; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Aufbau einer Pendel-Plattform oder -App, mit folgenden Funktionen:
  - Pendelnde können sich schon vor dem Weg zur Arbeit informieren, welcher Weg und welches Verkehrsmittel für sie der bzw. das schnellste ist. Dabei werden Störungen und Unfälle auf ihrer Strecke in Echtzeit ebenso mit einberechnet, wie Witterungsbedingungen und die Verfügbarkeit von alternativen Verkehrsmitteln, inkl. der in der App integrierten Suche nach (Mit-)Fahrgelegenheiten und neu hinzukommenden Car-Sharing-Angeboten zum nächsten Bahnhof und von dort auch wieder zurück zum Wohnort.
  - Weiterhin ist die Plattform auch ein regionales, digitales, berufliches Netzwerk, bei der Unternehmen aus dem Odenwaldkreis auch Stellenangebote einstellen können, welche je nach Qualifikationsprofil des Nutzers angezeigt werden können. Die Vernetzung von Pendelnden kann auch dazu führen, dass das vorhandene regionale Arbeitskräftepotential der Auspendelnden sichtbarer wird. Somit wird der Odenwaldkreis attraktiv für Unternehmensansiedlungen, v.a. in wissensintensiven Branchen.

  Wichtigste Partner für dieses Projekt sind die Agentur für Arbeit und die Interessensvertretungen der regionalen Wirtschaft
  Alternativ kann auch eine reine „intelligenter-Pendeln App“ initiiert werden (siehe Teilstrategie Mobilität)
  Vorbedingung: Maßnahme Untersuchung zum Lohnniveau (Ziel 1.2: Lebensstandard)
  Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten, umfänglich finanziell und personell, aber auch konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG
  ID: 18; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.7: 3; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:

Siehe auch in den Teilstrategien Mobilität und Regionalmarketing

Ziel 1.8: Anwerbung von Fachkräften von außerhalb der Region

Bezug v.a. auf den Zielbereich
- 1.5 Erschließung von Arbeitskräfte-Potentialen

Außerdem zu den Zielbereichen
- 1.1 Erhaltung und Schaffung eines breiten Angebots an Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten

- 1.2 Hohe Lebensqualität
- 1.3 Image der Region
- 1.4 Weitere und noch bessere Gestaltung des Übergangs Schule-Beruf
- 3 Vernetzung
- 4 Starke Zentren, Wirtschaftswachstum und Landschaftsschutz verbinden.
- 5 Work-Life-Balance

Siehe auch Teilstrategie Regionalmarketing

SMART-Formulierung

- Mindestens 33 % des Fachkräftebedarfs-Mismatches soll 2024 durch gezielte Fachkräfteanwerbung gelingen. 33 % der in den Bereichen durch das IWAK Institut jeweils als Mismatch prognostizierten Stellenbedarfen soll also durch Menschen besetzt werden, die bisher nicht im Odenwaldkreis leben und die im Idealfall auch Ihren Wohnsitz in den Kreis verlagern.
- Als Indikator wird auch die Einwohner*innenzahl verwendet: bei steigendem Altersquotienten und damit einem zu erwartenden sinkenden Anteil Erwerbstätiger an der Gesamtbevölkerung muss die Einwohner*innenzahl von 2019 mindestens konstant gehalten werden, um den Fachkräftemangel langfristig decken zu können
- Der Odenwaldkreis unterstützt seine Unternehmen bei der Fachkräfteanwerbung aus dem In- und Ausland und befähigt insbesondere auch kleinere und mittlere Unternehmen dazu.

Erläuterung

Wie bereits Abbildung 1 (Bevölkerungsentwicklung Odenwaldkreis 1995-2019) entnommen werden kann, ist die Stagnation des Bevölkerungsniveaus im Odenwaldkreis seit 2005 praktisch vollständig ausländischer Einwanderung zu verdanken – während die Region bei den Deutschen einen negativen Wanderungssaldo verzeichnete. Ähnliches trifft auf den Fachkräftebedarf zu – in fast allen Wirtschaftszweigen wären die Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund längst nicht mehr wegzudenken. Um den Fachkräftebedarf zu decken wird der Odenwaldkreis auch weiterhin zu bedeutenden Teilen auf Zuwanderung angewiesen sein, denn auch mittelfristig ist kein dauerhaft positiver Geburten-/Sterbesaldo zu erwarten.

Mögliche Strategien hierzu sind:

1. Die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland. Aus Sicht des Landkreises würde das bedeuten, Firmen bei der Besetzung konkreter Arbeits- und Ausbildungsplätze zu unterstützen, oder sie dabei zu unterstützen, kooperative Strukturen für diesen Zweck zu errichten.
2. Bemühungen, Jugendliche und junge Erwachsene als Fachkräfte in der Region zu halten – indem emotionale, infrastrukturelle, finanzielle und soziale Bindungsfaktoren angesprochen werden.
3. Bildung, Aus- und Weiterbildung von geringqualifizierten Zuwanderern (*siehe Ziel 2 Weiterbildung sowie Teilstrategie Bildung sowie Teilstrategie Regionalmarketing*).

Zu errechnen, welche Gesamtpersonenzahl zuwandern müsste, um den Fachkräftebedarf zu decken ist schlecht möglich, da immer nur ein (variabler) Teil der Zugewanderten erwerbstätig wird. Die durchschnittliche Erwerbstätigenquote ist abhängig von kulturellem Hintergrund und demographischer Zusammensetzung der Zuwanderer. Insofern erscheint es nicht als sinnvoll, einen konkreten Zielwert für die Zuwanderung zu definieren. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass bei der jetzigen Erwerbstätigenquote mindestens eine Stagnation der Gesamtbevölkerung nötig wäre, um den Fachkräftebedarf der Region zu decken. Solange also ein weiterer Fachkräftemangel herrscht und keine unkontrollierbaren Schwierigkeiten bei der Integration in die Gemeinschaftsstrukturen entstehen, sollte sowohl der Zuzug aus dem Inland wie auch der aus dem Ausland gefördert werden mit Maßnahmen, die auch in den oben angegebenen anderen Teilstrategien und Zielbereichen aufgeführt werden. Unter diesem Blickpunkt sollte bei der Wahl der Zielgruppen darauf geachtet werden, dass die Zuwanderung möglichst mit dem spezifischen Fachkräftebedarf zusammenpassen. Die schnelle Integration in den Arbeitsmarkt ist letztlich auch ein wichtiger Schritt für die Integration in die lokalen Gemeinschaften.

FUCHS et al (2019) stellten Überlegungen und Berechnungen an zum Zuwanderungsbedarfs aus Drittstaaten in Deutschland:

„Damit das Erwerbspersonenpotenzial bis 2035 nicht unter die genannten 44,6 Millionen sinkt, müssten im Durchschnitt jedes Jahr 260.000 Personen mehr nach Deutschland zuziehen als fortziehen“ (ebd., S. 70)

Die Prognose für die EU-Einwanderung in diesem Zeitraum beträgt demnach 160.000 EU-Bürger*innen pro Jahr (+/- 10.000).

„*Die Ballungszentren bleiben zwar insbesondere für Studierende und Berufseinsteiger attraktiv.* ***Familien bevorzugen dagegen zunehmend das Umland der Großstädte****.* ***Bereits seit 2014 ziehen im Saldo mehr Inländer*innen aus den Großstädten heraus – Tendenz steigend*** *[…] Dabei verzeichnen fast alle (68 von 71) Großstädte mehr Zuzüge als Fortzüge aus dem Ausland.*“ (HENGER & OBERST 2019: S. 1)

Das hängt auch damit zusammen, dass **Migranten einen geringeren Wohnkonsum haben** (also Kopf / qm Wohnfläche) – bei Inländer*innen*innen beträgt er 2016 durchschnittlich 48,4qm bei Ausländer*innen hingegen nur 32,9 qm (HENGER & OBERST 2019: S. 1). Anders gesprochen haben Inländer*innen einen gesteigerten (in den letzten Jahrzehnten auch wachsenden) Anspruch an Wohnfläche, der in Großstädten schlicht zu teuer wird. Das bedeutet für den Odenwaldkreis grundsätzlich eine hohe Attraktivität als Wohnstandort für Deutsche – insbesondere in der Lebensphase kurz vor oder zu Beginn der Familiengründung. Dies muss aber aufgrund der guten Möglichkeiten zum Pendeln nicht zwingend der regionalen Fachkräftesicherung dienen. Im Umkehrschluss bedeutet diese Betrachtung aber auch, dass eine Voraussetzung für die Anwerbung von ausländischen Fachkräften die Bereitstellung geeigneter, günstiger Wohnungen ist.

An dieser Stelle ist es wichtig, eine Abgrenzung zu ziehen zwischen dem allgemeinen Regionalmarketing, welches sich auch an bereits hier Wohnende richtet, und dem Bereich „gezielte Fachkräfteanwerbung. So bestehen natürlich enge Wechselwirkungen zwischen den beiden Bereichen, insbesondere was Inländer*innen betrifft.

Es kann wohl außerdem davon ausgegangen werden, dass Gering- bis Mittelqualifizierte aus dem Ausland vor allem durch das Image der BRD angesprochen werden und man – bei ansprechender Unterstützung und angemessener Bezahlung – insbesondere aus Niedriglohnländern erfolgreich Fachkräfte anwerben können sollte. Bei Hochqualifizierten aus dem In- und Ausland sowie bei Gering- bis Mittelqualifizierten aus dem Inland wird Selbst- und Fremdwahrnehmung der Region eine unterschiedlich starke Rolle spielen – je nach beruflichen Rahmenbedingungen.

Während das Regionalmarketing sich unabhängig vom persönlichen Qualifizierungsprofil und konkreten Personalbedarf von Firmen an ausgewählte Zielgruppen richtet (inner- und außerhalb der Region) hat konkrete Fachkräfteanwerbung nach dem Prinzip eines „Headhunters“ einen konkreten Personalbedarf und damit Einzelpersonen im Blick.

Die „Brücke“ muss insofern geschlagen werden, als dass das Regionalmarketing bei der Wahl seiner Zielgruppen einen Blick darauf werfen sollte, welche Qualifizierungsstufen und Branchen besonders vom Fachkräftemangel betroffen sind und somit für die regionale Entwicklung besonders relevant sind.

Fachkräfte-Anwerbung kann also als Brückenbereich zwischen Regionalmarketing und Wirtschaftsförderung betrachtet werden müsste als solche aufgebaut werden. Dabei gilt es, die kritischen Bereiche des Fachkräftebedarfs (nach Branchen- und Qualifizierungsprofilen) in den Fokus zu stellen.

Handlungsmöglichkeiten

- Organisation und Durchführung von jeweils branchenspezifischen Workshops, um auszuarbeiten, wie durch Netzwerkarbeit, Coaching und überbetriebliche Zusammenarbeit aktive Fachkräftewerbung im In- und Ausland ermöglicht werden kann. Best-Practices (z.B. die Asklepios Klinik in Bad König) nutzen, um auch kleine und mittlere Unternehmen Ansatzpunkte zu geben, wie effektive Anwerbung betrieben werden könnte – z.B. in überbetrieblicher Zusammenarbeit
  Vorbedingung*: Umsetzung der bereits geplanten Erweiterung der OBIT-Strategie hinsichtlich eines Netzwerks für Personalverantwortliche*
  Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten, konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG
  ID: 19; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.8: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Etablierung eines Netzwerks zur Fachkräfteanwerbung im Kontext der OBIT-Strategie
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG
  ID: 20; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.8: 2; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Bessere Vernetzung von Odenwälder Ausbildungsbetrieben mit Studienabbrecher-Beratungen der umliegenden Hochschulen und stärkeres Einbringen in das „Netzwerk zur beruflichen Integration von Studienabbrechenden in Hessen" („N.I.S - 2.0").
  Vorbedingung: Umsetzung der bereits geplanten Erweiterung der OBIT-Strategie hinsichtlich eines Netzwerks für Personalverantwortliche
  Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG
  ID: 21; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.8: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Institutionalisierung einer regelmäßigen Abstimmung zwischen OREG, IHK, Handwerkskammer und der DEHOGA, um sicherzustellen, dass Odenwälder Betriebe ausreichend von deren Maßnahmen im Bereich Fachkräftegewinnung profitieren und um Kooperationsmöglichkeiten zu eruieren. Dabei ist besonderes Augenmerk zu legen auf aktuelle Zahlen zur Entwicklung von Wirtschaft und Fachkräften (i.d.R. auf Basis der IWAK-Analysen).
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis & OREG
  ID: 22; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.8: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Ziel 1.9: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gesteigerte wirtschaftliche Teilhabe von Eltern, insbesondere Frauen

Bezug v.a. auf den Zielbereich
- 1.5 Erschließung von Arbeitsnehmer-Potentialen
- 5. Work-Life-Balance

SMART-Formulierung

- Steigerung der Steigerung der Beschäftigungsquote von Frauen auf 96,5 % von der gesamten Beschäftigungsquote. 58,1 % der Odenwaldkreis-Bürger*innen waren 2017 erwerbstätig; 52,7 % der Frauen waren erwerbstätig. Derzeit steht das Verhältnis also bei 90,7 %. Dementsprechend wäre die Beschäftigungsquote von Frauen bis 2030 auf 56 % zu steigern.
- Das Frage-Item „Die Angebote der Betreuung von Kindern Berufstätiger im Odenwaldkreis sind gut zu bewerten." wird bei der nächsten Bürgerschaftsbefragung zu mehr als 50 % mit „stimme voll zu" oder „stimme überwiegend zu" bewertet (Umfrage 2019: 4 % + 30 %).
- Der Odenwaldkreis ist für sichtbare Aktionen zur Förderung der Berufstätigkeit von Frauen verantwortlich. Dabei stehen sowohl als arbeitslos Gemeldete im Fokus, ebenso aber auch versteckte Arbeitslosigkeit von Frauen, die aus wirtschaftlichen und persönlichen Gründen gern arbeiten würden, dies aber aus verschiedenen Gründen derzeit nicht können.

Erläuterung

> *„Frauenpolitik ist keine Minderheitenpolitik. Kaum ein Land wird es sich in Zukunft noch leisten können, auf 50 Prozent seiner Workforce zu verzichten. Besonders in Hinblick auf die immer höheren Bildungsabschlüsse von Frauen und den sich zugleich heute schon abzeichnenden Fachkräftemangel können die enormen Potenziale weiblicher Nachwuchskräfte nicht länger marginalisiert werden*". (ZUKUNFTSINSTITUT zum Thema „Womanomics" (o.J.; o.A.)).

Die bislang im Regionalvergleich mit 52,7 % unterdurchschnittliche Beschäftigungsquote von Frauen im Odenwaldkreis bedeutet enormes Potential für die Fachkräftesicherung. Insbesondere Frauen, die über eine Berufsausbildung verfügen bleiben somit überdurchschnittlich häufig hinter ihren wirtschaftlichen Potentialen zurück. Die Studie „Mitten im Leben. Wünsche und Lebenswirklichkeiten von Frauen zwischen 30 und 50 Jahren" (WIPPERMANN 2016), die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend veröffentlicht wurde, gibt einige wichtige Einblicke in die berufliche Gleichstellung von Männern und Frauen in Deutschland und deren berufliche Perspektiven. Zentrale Ergebnisse sind:

- 39 % der Frauen und 88 % der Männer sind vollzeiterwerbstätig
- 29 % der Frauen arbeiten in Teilzeit mehr als 20h/Woche, 9 % weniger, 7 % in Minijobs
- 16 % der Frauen und 1 % der Männer arbeiten in geringer Teilzeit oder geringfügiger Beschäftigung
- 11 % der Frauen, 1 % der Männer haben sich aus dem Arbeitsmarkt verabschiedet
- 10 % der Frauen und 42 % der Männer haben ein Nettoeinkommen von über 2.000€
- 77 % der Frauen und 29 % der Männer haben ein Einkommen unter 1.500€

Des Weiteren wurden die Gründe für Berufstätigkeit von Müttern untersucht. Demnach arbeiten 80 % davon sowohl aus materiellen als auch aus ideellen Gründen. Von 2008 bis 2015 wandelten sich die von den Befragten angegebenen Motivationen merklich: „Selbstwertgefühl" stieg an von 69 % auf 93 %, finanzielle Unabhängigkeit von 69 % auf 89 %, Altersvorsorge von 68 % auf 89 %, ebenso wie Existenzsicherung der Familie von 69 % auf 79 %. Die Sensibilität von Frauen bezüglich des Themas Altersvorsorge sinkt der Studie zufolge ab 30 und steigt erst wieder mit 50. Bei Männern nimmt sie hingegen mit Dauer der Berufstätigkeit stetig zu. Es wurde gezeigt, dass die Relevanz dieses Themas für Frauen vom Umfang der Erwerbstätigkeit und dem Alter der Kinder abhängig ist. Höhere Erwerbstätigkeit korreliert also mit der Sensibilität zum Thema Altersvorsorge. Unabhängig von der Erwerbstätigkeit wurde ein niedrigerer Wert für die Familienphase ermittelt, dieser steigt erst, wenn das jüngste Kind 15 ist.

Die durchschnittliche vertragliche Arbeitszeit von Frauen zwischen 30 und 50 beträgt 26 Stunden pro Woche, bei Männern sind es 36. Als *tatsächliche Arbeitszeit* wurden 31 Stunden pro Woche bzw. 42h ermittelt. 62 % der Männer würden gern weniger arbeiten, Frauen gern tendenziell eher mehr:

> *„Aus Sicht von Frauen wäre für sie der optimale Stundenumfang (im Durchschnitt) 31 Stunden pro Woche; Männer beziffern den für sie selbst optimalen Stundenumfang auf durchschnittlich 37 Stunden. […] In der Konsequenz bedeutet dies, dass Arbeitszeitarrangements für Männer und Frauen flexibler werden müssen. Das führt zu der gleichstellungspolitischen Norm, dass es für eine Veränderung des männlichen Erwerbshabitus weiterer und neuer Anreize bedarf.*" (WIPPERMANN 2016: S. 13 f.)

Auch die Verteilung Aufgaben für Haushalt und Kinder wurden untersucht. Demnach wünschen sich 31 % der Frauen eine Partnerschaft, in der Frau und Mann sich diese Arbeit hälftig teilen und ebenso auch das Einkommen erwirtschaften. Hingegen entspricht das nur bei 14 % der Realität (ebd. S. 15). 69 % der Frauen haben hingegen den Wunsch, in gleichem Maße wie der Partner zum Haushaltseinkommen beizutragen. Es klafft also eine enorme Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit und die meisten Frauen wollen mehr arbeiten.

Kinderbetreuungseinrichtungen sind meist aber unzureichend auf die Bedürfnisse von zwei vollerwerbstätigen Elternteile ausgerichtet. Neben zusätzlich nötigen Betreuungszeiten, die aufgrund von Pendel-Fahrtzeiten benötigt werden, können je nach Berufsbild auch Bedarfe am frühen Morgen, späten Abend oder Wochenende bestehen.

> „*Frauen und* Männer *unterschätzen in der Regel die zeitlichen Belastungen des Wiedereinstiegs und suchen sich im Vorfeld kaum (zeitliche) Entlastung bei ihren bisherigen Aufgaben, z. B. durch haushaltsnahe Dienstleistungen oder ihren Partner.*" […] *Vor allem nach längerer Unterbrechung (von mehr als drei Jahren) wählen Frauen oft die Strategie des Einstiegs mit geringer Stundenzahl in der Absicht, den Erwerbsumfang schrittweise zu steigern, um die Balance für Familie, Beruf und persönliche Zufriedenheit nicht zu gefährden. Dabei scheinen geringfügige Arbeitsverhältnisse wie Minijobs zunächst attraktiv, erweisen sich aber faktisch als Sackgasse, führen mehrheitlich nicht in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis, sondern in dauerhafte Abhängigkeit der Frau vom Einkommen ihres Partners oder von staatlicher Transferleistungen*" (WIPPERMANN 2016: S. 41; 43).

Hierbei werden Gesichtspunkte der Altersvorsorge häufig gänzlich vernachlässigt. Die Bleibeanreize im Minijob sind stark (z. B. beitragsfreie Krankenmitversicherung, Befreiung von Steuern und Sozialabgaben). Außerdem erscheint ein deutlich höherer Stundenumfang den bereits wiedereingestiegenen Frauen als ein zu hohes Risiko für ihre persönliche Belastbarkeit und familiäre Balance. So zeigte die Studie, dass der Partner nach den ersten Monaten oder dem ersten Jahr des Wiedereinstiegs seiner Frau meist nicht mehr bereit ist, den eigenen Erwerbsumfang zu reduzieren für eine Steigerung des Stundenumfangs der Frau (ebd. S. 43).

„*Ein zentraler Grund der Kritik von Vollzeitbeschäftigten an Wiedereinsteigerinnen liegt in der unverbindlichen Perspektive des von einigen Wiedereinsteigerinnen tentativ (abwartend, sich nicht festlegend) gehaltenen Prozesses, wenn es für diesen keinen Stufen- und Zeitplan gibt. In einem verbindlichen Stufen- und Zeitplan liegt möglicherweise ein Hebel für mehr Sicherheit von allen Beteiligten*“ (WIPPERMANN 2016: S. 46).

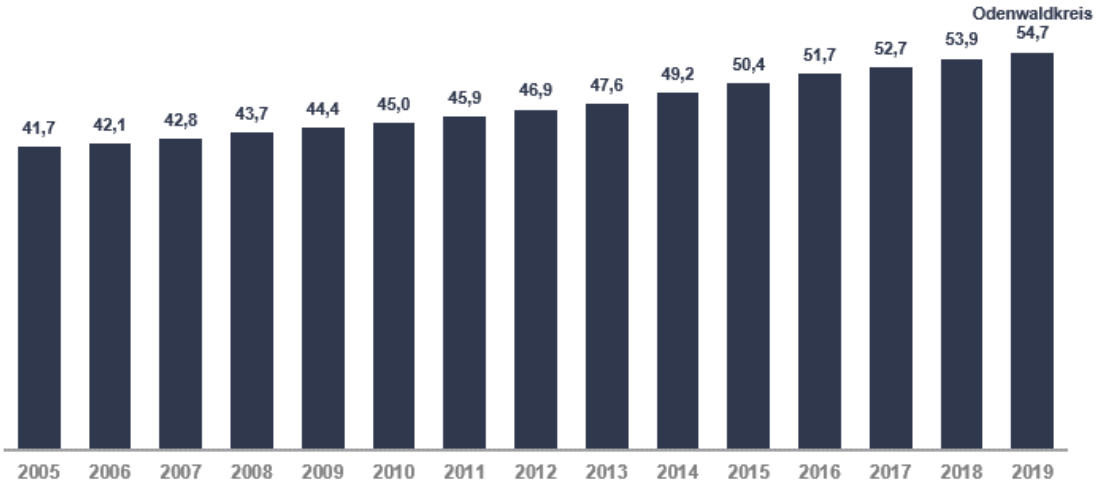
Einige Best-Practice-Beispiele für Projekte in Deutschland sind:

- IHK Ulm: „Café Startklar - Jetzt startklar. Wiedereinstieg intensiv“. Zwangloser Austausch für Frauen in Bewerbungsphasen.
- Agentur für Arbeit Bayreuth-Hof: „WieDerEinstieg gelingt – Stark (zurück) in den Beruf“ – ein Projekt mit eigens beschäftigter Wiedereinstiegsberaterin
- VHS Region Lüneburg und die Koordinierungsstelle „Frau & Wirtschaft Lüneburg.Uelzen“: „Mitten im Leben! Infobörse für Frauen mit Vortrag: Keine Angst vorm Scheitern - mutig handeln!“
- Agentur für Arbeit Frankfurt am Main, Berufsinformationszentrum (BiZ): Veranstaltung „Wiedereinstieg – Teilzeit – Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ am 22.01.2019
- ItF Institut Kassel: „Frauen für den Wiedereinstieg ertüchtigen: der KOMpetenzPASS Berufsrückkehr“. 20-stündiges Training, das auf einem angeleiteten Verfahren der Selbstevaluation basiert. Hier wird auf Fragen eingegangen wie „Über welche beruflich verwertbaren Qualifikationen verfüge ich noch?“ „Welche überfachlichen Kompetenzen habe ich während der Familienphase erworben?“ „War ich ehrenamtlich tätig?“. Das Projekt wurde auch in einer 28-stündigen Variante für Frauen mit Migrationshintergrund angeboten.
- ItF Kassel: „eSteps – Online-Qualifizierung für Berufsrückkehrerinnen“. Familienfreundliche Weiterbildung, die bereits während der Familienzeit einsetzt.
- Das „Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg“ versucht seit 2011, die Möglichkeit der Teilzeitausbildung bekannter zu machen. Für viele ist dies eine einzigartige Chance, eine fundierte Berufsausbildung mit familiären Verpflichtungen zu kombinieren. Leider sind derartige Projekte auf Ebene des Landkreises (im Odenwaldkreis) nicht zu stemmen, bzw. würden kaum in einem ausreichenden Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen.

Der Odenwaldkreis ist im Rahmen des Netzwerks Chancengleichheit Südhessen ebenfalls bereits in diesem Thema aktiv. Zuletzt beteiligte sich der Kreis über sein kommunales Jobcenter hierbei an einer digitalen Aktionswoche im Mai 2021, in dessen Rahmen auch eine Online-Veranstaltung für Kreis-Bürger*innen organisiert wurde. Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildeten die Themen Gleichstellung sowie der Wiedereinstieg in den Job, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch die nachhaltige Existenzsicherung. Hierzu wurde gezeigt, welche Unterstützungsmöglichkeiten es auf dem Weg in eine Beschäftigung im Zuge der Chancengleichheit gibt. Insbesondere verwiesen wurde auf den Wert sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und die Möglichkeiten zur Ausbildung, auch mit Teilzeitmodellen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass Unterstützung und Erleichterungen in diesem Bereich sind trotz einer positiven Entwicklung in den letzten Jahren auf jeden Fall weiterhin sinnvoll und noch Handlungsbedarf und Potential zur Fachkräftesicherung besteht.

Weitere wichtige Erkenntnisse in diesem Bereich liefert der Lohnatlas des IWAK Frankfurt von 2020, der die Situation in den Kreisen Hessens näher beleuchtet. Von Landesgeldern gefördert bietet das IWAK für das Jahr 2021 jedem Landkreis an, die Studie vor Ort vorzustellen und die Ergebnisse für die Region näher zu beleuchten. Hieraus könnten sich noch weitere Handlungsansätze und Projekte ergeben, vor allem wenn die ausschlaggebenden Akteur*innen bei einer solchen Veranstaltung zugegen sind.



Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der BA

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 42: Entwicklung der Frauenbeschäftigungsquote im Odenwaldkreis (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der BA)

Handlungsmöglichkeiten

- Verbesserung der **Ganztages-Kinderbetreuungsmöglichkeiten als Grundvoraussetzung für gleichberechtigte Chancen** auf Teilhabe am Arbeitsleben. *Siehe Ziel 5.1 Kinderbetreuung*
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell, politisch und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis / Gleichstellungsbeauftragte
  ID: 23; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.9: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Durchführung einer Veranstaltung im Kreis, bei der die IWAK die Ergebnisse des Lohnatlas näher beleuchtet und gemeinsam mit regionalen Multiplikatoren Projekte initiiert werden können, die die Chancen für Gleichberechtigung und Fachkräftebedarf ergreifen.
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich (geplant für 09.2021); konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / Gleichstellungsbeauftragte
  ID: 24; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.9: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Konzeption und Durchführung eines oder mehrerer Projekte, die von den (oben aufgeführten) Best-Practices inspiriert und für den Odenwaldkreis zugeschnitten sind. Hierzu wird zunächst ein Projekt-Team aus mitwirkungsbereiten Akteur*innen gebildet.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, die Beauftragte für Chancengleichheit im kommunalen Jobcenter, Gleich-stellungsbeauftragte, OREG
  ID: 25; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.9: 2; Zielbereich: 2; Teilstrategie: 2; gesamt:
  Priorisierung und Nutzen hängen von konkreter Ausgestaltung ab
- Werbung für verstärktes Angebot und Nutzung von Teilzeitausbildungen, um vermehrt z.B. Mütter und anderen möglichen Zielgruppen bessere Teilhabemöglichkeiten zu bieten. Zusammenarbeit mit Agentur für Arbeit, Kreishandwerkerschaft, Innungen, Verbände, Unternehmen der Region, Akteur *innen der Migrant*innen-Integration sowie dem BSO. Vergleiche „Netzwerk Teilzeitausbildung Baden-Württemberg“.
  Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Grundvoraussetzung: deutliche Fortschritte für eine ausreichende Kinderbetreuung; auch in den Rand- und Urlaubszeiten
  Hauptverantwortlich: Kreis, die Beauftragte für Chancengleichheit im kommunalen Jobcenter, Gleich-stellungsbeauftragte, OREG
  ID: 26; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.9: 5; Zielbereich: 5; Teilstrategie: 5; gesamt:

- Verbesserung der Möglichkeiten für zeitlich und räumlich flexibles Arbeiten (*siehe Ziel 5.3 Flexible Arbeitszeitmodelle und Ziel 5.4: Flexible Arbeitsorte*, *sowie Teilstrategie Mobilität und Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich Gleichstellung)*

Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander - Zielbereich Gleichstellung

Ziel 1.10: Abmilderung des Ersatzbedarfs durch späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben

Bezug auf Zielbereich 1.5

SMART-Formulierung

- Erhöhung der Über-65-Jährigen Erwerbstätigen auf 33 % – idealerweise in Fortsetzung der Beschäftigung vor Eintritt in das Rentenalter.
- 2025 sind 11,1 % der Über-65-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
- Implementierung von Strategien zur Flexi-Rente in 97,5 % der Unternehmen

Erläuterung:

Das Berlin Institut formulierte 2018 die These „Der Ruhestand der Babyboomer gefährdet den Wohlstand ihrer Heimatregionen“ (BERLIN INSTITUT & KÖRBER-STIFTUNG 2018: S. 9). Demnach besteht in vielen Betrieben, aber auch z.B. in Verwaltungen die Gefahr, dass ein großer Teil der Belegschaft in recht kurzer Zeit „wegbricht“ wenn im Laufe der Jahre (zwischen 2030 und 2040) die Generation der „Baby-Boomer“ das Renteneintrittsalter erreicht.

Unter dem Begriff „Downaging“ wird der Megatrend in westlichen Staaten beschrieben, dass Menschen immer länger körperlich und geistig über das Renteneintrittsalter hinaus aktiv bleiben. Insbesondere in Arbeitsfeldern, die körperlich nicht zu anspruchsvoll sind kann daher eine Altersteilzeit sowohl für Beschäftigte als auch für Arbeitgeber*innen sinnvoll sein. Die Folgen eines solchen radikalen Generationenwechsels könnten durch eine Übergangsphase abgemildert werden – auch im Hinblick auf die Weitergabe von Wissen. Auch den Arbeitnehmer*innen wird dadurch der Wechsel in die neue Lebensphase „auf Raten“ erleichtert. Neben dem zusätzlichen Einkommen besteht dadurch weiterhin die Möglichkeit, über Jahrzehnte angesammeltes Wissen weiter einbringen zu können und weiter „am Ball“ zu bleiben – also auch intellektuell weiterhin herausgefordert zu bleiben und weiter einen geschätzten Beitrag im sozialen System Unternehmen beizutragen. Insbesondere im Bereich der Unternehmensführung bieten sich solche Modelle an. Ehemalige Unternehmer können beispielsweise im ehemals eigenen Betrieb oder in anderen Unternehmen stundenweise als Berater auftreten. Das Wirtschafts-Mentoren-Programm der OREG ist ein gutes Vorbild dafür – zumal diese Beratungstätigkeit ehrenamtlich erbracht wird. Sowohl geringfügige Beschäftigung im Rentenalter, als auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ab 55 stieg in den letzten Jahren fortgesetzt an (siehe Tabelle 4, Abbildung 46, Abbildung 47).

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) führte 2018 eine Umfrage zu den Gründen für die Erwerbstätigkeit trotz Altersrente durch. Die Autor*innen (ANGER et al. 2018: S. 1) fassen ihre Ergebnisse „in aller Kürze“ folgendermaßen zusammen:

- „*In Deutschland ist weit mehr als ein Viertel aller Rentnerinnen und Rentner in den ersten drei Jahren nach Übergang in die Altersrente erwerbstätig.*
- *Unter den nicht erwerbstätigen Rentenbeziehern würden 13 Prozent aller Frauen und 20 Prozent der Männer gerne eine Erwerbsarbeit aufnehmen.*
- *Eine Beschäftigung bis zum Renteneintritt steigert die Wahrscheinlichkeit, auch nach dem Übergang erwerbstätig zu sein.*
- *Ebenso gehen höhere Haushaltseinkommen bei Frauen wie bei Männern mit einer höheren Erwerbstätigenquote im Rentenalter einher*

- *Als Grund für die Erwerbstätigkeit geben die Befragten überwiegend soziale und persönliche Motive an: Jeweils rund 90 Prozent der erwerbstätigen Rentner haben Spaß bei der Arbeit, brauchen den Kontakt zu anderen Menschen oder wünschen sich weiterhin eine Aufgabe*
- *Ein bedeutender Teil der Befragten führt allerdings auch finanzielle Gründe für die Erwerbsarbeit an. Das gilt insbesondere für Frauen [70 % der Befragten], die nach eigenen Angaben häufiger als Männer [53 % der Befragten] auf einen Hinzuverdienst zur Altersrente angewiesen sind.*
- *Politik und Betriebe sollten mit flexiblen Regelungen günstige Rahmenbedingungen schaffen, damit Erwerbswünsche im Rentenalter besser realisiert werden können"*

Weiter heißt es:

„31 Prozent aller Frauen und 28 Prozent aller Männer […] gehen in dem hier betrachteten Zeitraum von bis zu drei Jahren nach Renteneintritt einer Erwerbstätigkeit nach. Darüber hinaus haben viele dieser Altersrentner einen unerfüllten Beschäftigungswunsch: Unter den nicht erwerbstätigen Personen wären 13 Prozent der Frauen und 20 Prozent der Männer gerne erwerbstätig."

Mit der Schaffung der „Flexi-Rentengesetzgebung" hat der Bundesgesetzgeber bereits 2017 wichtige Voraussetzungen geschaffen, um einen späteren Renteneintritt zu ermöglichen. Versicherte der gesetzlichen Rentenversicherung können somit den Renteneintritt hinauszögern, ohne dass die Höhe der Rentenzahlungen beeinflusst wird. Bei Beamten kann der Hinzuverdienst in manchen Fällen auf die Pension angerechnet werden. hierbei müssen keine Beiträge zur Renten- oder Arbeitslosenversicherung bezahlt werden. Freiwillige Rentenbeiträge können geleistet werden, um die Rentenansprüche zu erhöhen. Tritt man in eine Frührente ein, hat man nun die Möglichkeit, bis zum Freibetrag von 6.300€ jährlich hinzuzuverdienen, ohne Abzüge. Ab Erlangung der Regelaltersgrenze müssen keine Beiträge der Arbeitgebenden mehr zur Arbeitslosenversicherung gezahlt werden. Weitere Beiträge der Arbeitgeber*innen zur Erhöhung der Rentenansprüche sind möglich. Auch die Übergangsmöglichkeiten in Altersteilzeit vor und nach Erreichen der Regelaltersgrenze wurden attraktiver und flexibler gestaltet.

Eine Bestandsaufnahme 2015 durch das IAB zeigte, dass Unternehmen rund ein Viertel der rentenberechtigten Beschäftigten halten wollen, was in 83 % der Fälle auch gelang. Bei steigendem Fachkräftemangel ist zu erwarten, dass Unternehmen ihre Anstrengungen künftig ausweiten (sollten) (ANGER et al. 2018: S. 2). Die Auswertung von Daten der Bundesagentur für Arbeit und von Eurostat zeigte, dass sich die Erwerbsquote der 65- bis unter 70-Jährigen zwischen 2005 und 2017 deutschlandweit von 6,3 % auf 16,3 % erhöhte, wobei nur jeder Vierte eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausführte. Die dominierende Form des Zuverdienstes nach Renteneintritt ist also die geringfügige Beschäftigung („Minijobs"). Leider gibt die Quellenlage v.a. zu geringfügiger Beschäftigung für 65-Jährige und Ältere Auskünfte; für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Odenwaldkreis ist die Datenverfügbarkeit derzeit leider nicht gegeben. Ein glücklicherweise parallellaufender Megatrend ist die Flexibilisierung von Arbeitsplätzen und Arbeitszeiten. Dadurch werden nicht nur familienfreundlichere Arbeitsmodelle, sondern auch flexible Altersteilzeit-Modelle begünstigt.

Tabelle 4:Geringfügig Beschäftigte ab 65 Jahren im Odenwaldkreis (Wohnort, je 1.000 Ew.) Quelle: wegweiser-kommune.de

2016	2017	2018
64,9	68,5	72,0

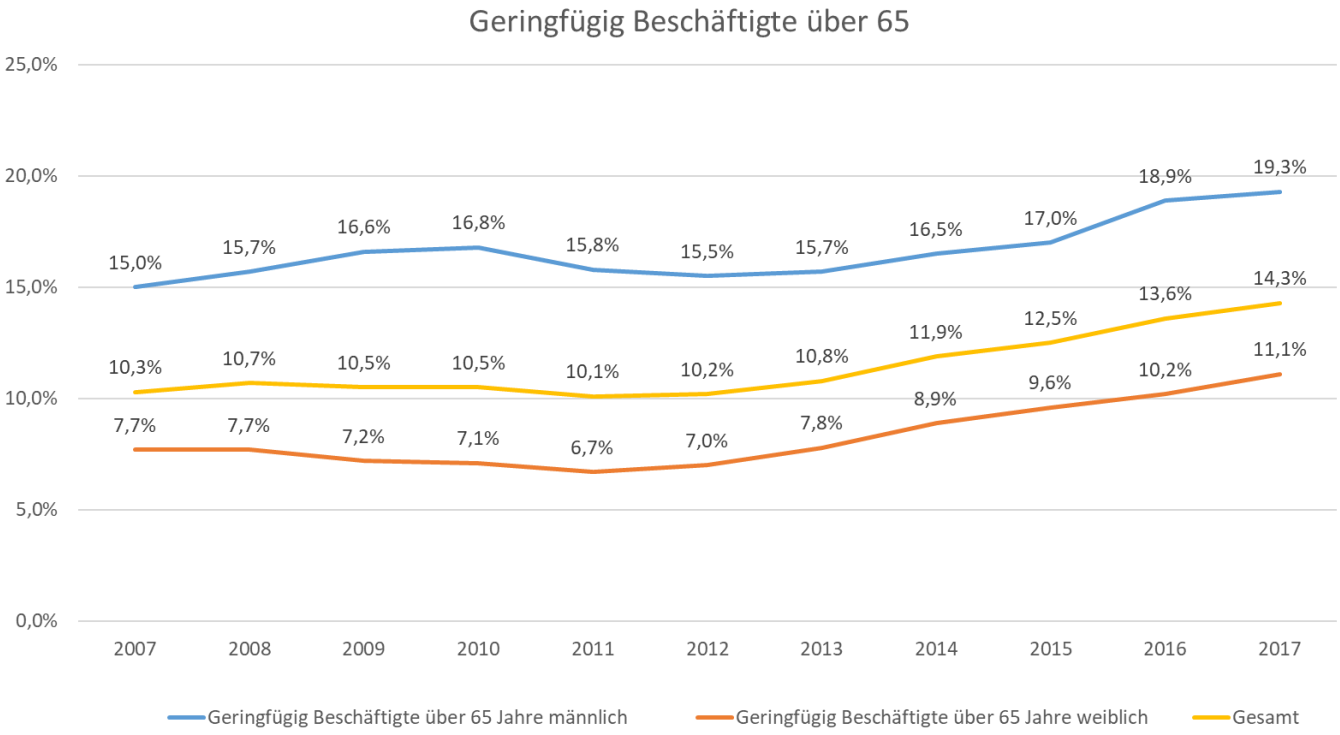


Abbildung 43: Anteil der geringfügig Beschäftigten im Odenwaldkreis (Quelle: www.inkar.de, Statistische Ämter des Bundes und der Länder)

	Geringfügig Beschäftigte über 65 Jahre	Quote geringfügig Beschäftigte über 65 Jahre	Geringfügig Beschäftigte über 65 Jahre männlich	Geringfügig Beschäftigte über 65 Jahre weiblich	Entwicklung geringfügig entlohnter Beschäftigte über 65 Jahre
	2017	2017	2017	2017	2012-2017
Darmstadt	9,5	10	10,1	9	30
Frankfurt am Main	10,5	10,2	13	8,8	25,6
Bergstraße	14,4	13,5	19,8	11,2	30
Lkr. Darmstadt-Dieburg	13,5	12	17,6	10,8	31,3
Lkr. Groß-Gerau	11,3	10,4	13,4	9,7	30
Odenwaldkreis	14,3	14	19,3	11,1	40,7
Wetteraukreis	15,1	13	20	12	29,9
Vogelsbergkreis	16,8	16,7	23,5	12,4	43,4

Abbildung 44: Geringfügig Beschäftigte im Vergleich (Quelle: www.inkar.de, Statistische Ämter des Bundes und der Länder)

Die SMART-Zielgröße von 33 % kommt zustande, indem man zunächst den derzeitigen Trend (also die Entwicklung zwischen 2007 und 2017) mit einer jährlichen Zunahme von 0,36-Prozenpunkten fortschreibt. Dann wird noch hinzugerechnet, dass im Odenwaldkreis, wie in Gesamt-Deutschland (für das die Studie der IAB repräsentativ ist) auf alle drei geringfügig Beschäftigte über 65-Jährige ein sozialversicherungspflichtig Beschäftigter kommt. Somit gehen wir von einer Beschäftigtenquote der über 65-Jährigen von etwa 19,1 % aus (2017). Da die Zahl der Beschäftigten bis zum Regeleintrittsalter

zunimmt (Abbildung 45, Abbildung 46) und dies laut ANGER et al. (2018: S. 5) als Faktor gilt, der die Beschäftigung jenseits des Renteneintrittsalter begünstigt, wird davon ausgegangen, dass dieser derzeitige Zuwachs (0,36 Prozentpunkte pro Jahr) sich mittelfristig auf 0,5 Prozentpunkte erhöhen wird.

Tabelle 5: Projizierter Anstieg der Erwerbstätigkeit der über 65-Jährigen im Odenwaldkreis

	Geschätzte und projizierte Beschäftigungsquote der über 65-Jährigen	jährlicher Anstieg
2017	19,1 %	
2018	19,43 %	0,36 %
2019	19,81 %	0,38 %
2020	20,21 %	0,40 %
2021	20,63 %	0,42 %
2022	21,07 %	0,44 %
2023	21,53 %	0,46 %
2024	22,01 %	0,48 %
2025	22,51 %	0,50 %

Der so ermittelte Zielwert wird nun von 22,51 % auf 33 % erhöht, da diese Entwicklung, wie beschrieben, nicht nur begrüßenswert ohnehin vonstattengeht, sondern darüber hinaus auch zu unterstützen ist. Insbesondere mit Hinblick darauf, dass die meisten nur geringfügig beschäftigt sind, ist hier eine erhöhte Beteiligung am Erwerbsleben notwendig, um den zu erwartenden Fachkräftemangel abzufedern. Berücksichtigt man weiterhin den Megatrend Downaging und den demographischen Wandel (2025 bis 2035 aufgrund der Baby-Boomer-Generation ein sehr hoher Anteil der „rüstigen Rentner“ an der Bevölkerung über 65) lässt sich weiterhin das Ziel formulieren, dass der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bis 2025 von einem Viertel auf ein Drittel gesteigert wird. Somit ergibt sich die Zielmarke von einem 11-prozentigen Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der Altersgruppe über 65.

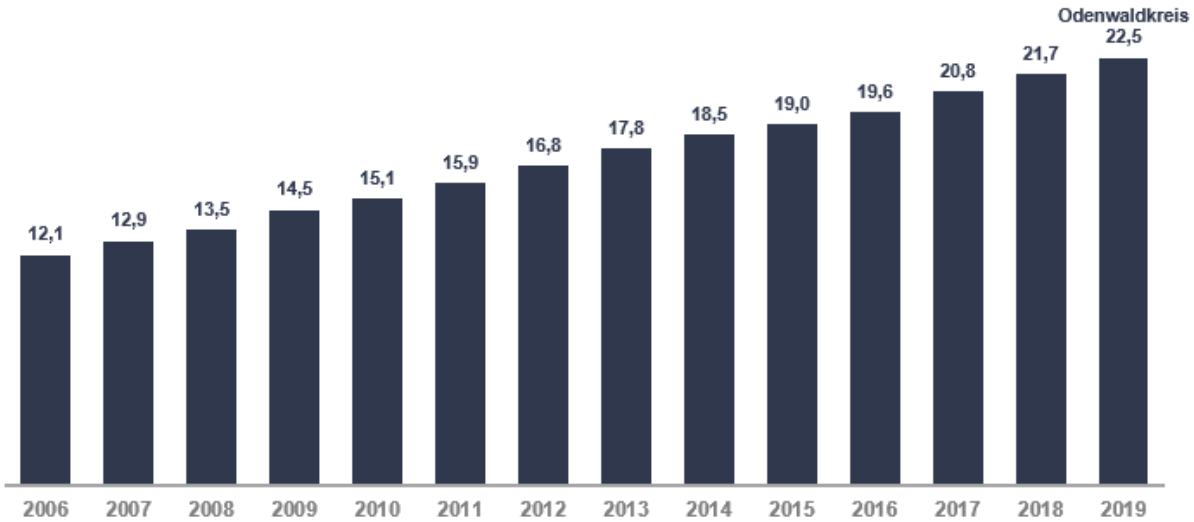


Abbildung 45: Anteil der 55-64 Jährigen an den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Prozent (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

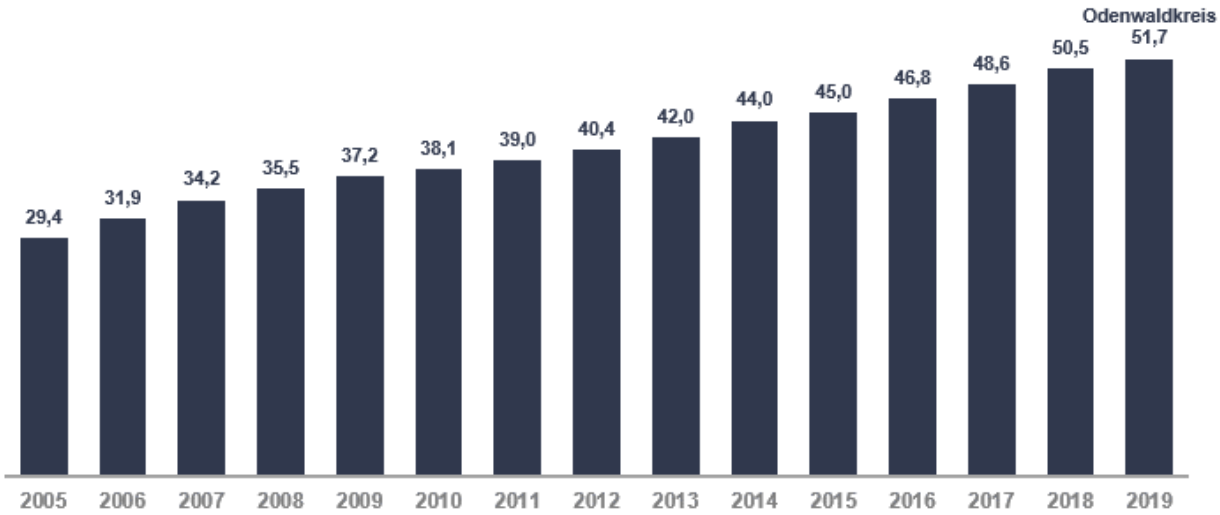


Abbildung 46: Beschäftigtenquote der 55-64-Jährigen im Odenwaldkreis (in Prozent; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Handlungsmöglichkeiten

- Sensibilisierung Odenwälder Unternehmen für Chancen und Möglichkeiten des Themas Erwerbstätigenpotentiale der Über-65-Jährigen – vorrangig in Kooperation mit den regionalen Wirtschaftsverbänden
  Kategorie: dringend zu bearbeiten, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG, Unternehmensverbände
  ID: 27; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.10: 1; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Dialog mit Odenwälder Unternehmer*innen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften, um Potenzial, Handlungsmöglichkeiten und Unterstützungsbedarfe von Seiten der Kreisverwaltung für den Bereich auszuarbeiten
  Kategorie: dringend zu bearbeiten, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG
  ID: 28; Priorisierungsvorschlag Ziel 1.10: 1; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

Ziel 1.11: erhöhte Fachkräfteverfügbarkeit durch flexible Arbeitsmodelle

Siehe Zielbereich 5 Work-Life-Balance

2. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Wirtschaftsstruktur

Ziel 2.1: Wachstums- und Anpassungsmöglichkeiten für Bestandsunternehmen

SMART-Formulierung:

- Bestmögliche Unterstützung existierender Unternehmen im Odenwaldkreis durch geeignete Maßnahmen.
- Fortgesetzt gute Beziehungen zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Politik – einfache Ansprechbarkeit untereinander *(Siehe auch Zielbereich 6 Standortqualität, Service und Standortmarketing).*

Erläuterung:

Die OREG unterstützt die Unternehmen des Odenwaldkreises bereits in einem für die Finanzkraft und Größe des Kreises (also im Vergleich zu anderen Landkreisen) beachtlichen Umfang. Zu den Leistungen des Wirtschaftsservice zählen unter anderem:

- Die Unterstützung von Unternehmen durch Sanierungs- bzw. Konsolidierungsberatungen im Rahmen des Wirtschafts-Mentoren-Programms
- Informationsangebote und Betreuung von Übergabeprojekten zur Sicherung des Generationenwechsels in der Unternehmensleitung
- Organisation von Unternehmensbesuchen, Netzwerkarbeit
- Unterstützung bei der Ansiedlung, Betriebsverlagerung und der Vergrößerung von Unternehmen durch die Vermittlung von Immobilien und durch Hilfe und Vermittlung zwischen Ämtern und Unternehmen bei Bau- und Nutzungsanträgen (Bauprojektmanagement)
- Finanzierungs- und Fördermittelberatung, die auch in der Corona-Krise enorm zu einem schnellen Geldfluss beitrug
- Unterstützung bei zusätzlichem Breitband-Leitungs-Bedarf mithilfe der Entega und der Brenergo GmbH
- Maßgeblicher Beitrag zum „Netzwerk Übergang Schule-Beruf im Odenwaldkreis“ im Rahmen der hessenweiten Strategie „OloV“ sowie Organisation der Odenwälder Berufsinformationstage (OBIT), des Informationsabends „Berufswahl – Mission Impossible?“ und die Verleihung des Hermann-Braun-Gedächtnispreises für ausbildende Unternehmen
- „So geht das…“-Veranstaltungsreihe mit Vorträgen, die für die Unternehmens-Praxis relevant sind, z.B. zu Themen wie Markenbildung, Online-Präsenz oder Kundenbindung
- Unternehmensdatenbank auf der OREG-Homepage, die Transparenz für die Unternehmer untereinander sowie für Kunden schafft.
- Gemeinschaftsstand des Odenwaldes und seiner Unternehmen bei der Messe „Land & Genuss“ in Frankfurt am Main
- Wirtschaftsförderung Oberzent und unter anderem Gewerbeflächen, auch im Bereich Einzelhandel vermittelt, regelmäßige Sprechtage vor Ort bietet und den Kontakt mit Metropolregion Rhein-Neckar intensivieren konnte.

Aufgrund der kleinteiligen kommunalen Strukturen sind die „kurzen Wege“ auch zwischen Politik, Verwaltung und Wirtschaft vorhanden. Diese Stärke der Region, der Umstand, dass jedes Unternehmen im Odenwaldkreis geschätzt wird, statt nur eines von vielen, wie im Verdichtungsraum, zu sein, muss erhalten, gestärkt und offensiv als Argument im Standortmarketing präsentiert werden.

Handlungsmöglichkeiten:

- Weiterführung und Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen der OREG zur Unterstützung des Wachstums und der Standortsicherung von Bestandsunternehmen; Bei identifizierten Handlungs-bedarfen Initiierung neuer Projekte (z.B. im Dialog mit Unternehmern, durch die interne Evaluation und Trendanalyse, aber auch im Rahmen der Kreisentwicklungsplanung)
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, finanziell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG, Wirtschaftsbeirat
  ID: 29; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.2: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Erhalt, Pflege und weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen Unternehmen, Politik, Verwaltung und OREG
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG, Wirtschaftsbeirat
  ID: 30; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.2: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Ziel 2.2: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel

SMART-Formulierung:

- Steuerung des Strukturwandels, sodass im Odenwaldkreis die vorhandenen Arbeitsplätze langfristig erhalten und vermehrt werden können. Die Beschäftigtenstruktur muss sich bis 2025 dahingehend verändern, dass der Anteil der stark durch die Digitalisierung bedrohten Arbeitsplätze unter dem Bundes- und Hessendurchschnitt liegt. Der Anteil der SVP-Beschäftigten in Berufen mit hohem

Substituierbarkeitspotential soll also auf einen Wert unterhalb des bundesweiten Durchschnittswerts (25 %) fallen (aktuell: Odenwaldkreis 30 %, Hessen 24 %)
- Aufbau eines Clusters Kautschuk und Kunststoff, mit besonderem Fokus auf Kunststoffe und Kautschuk aus nachhaltig produzierten Rohstoffen unter Einbindung extraregionaler Unternehmen und Forschungseinrichtungen
- Aufbau eines Anwenderentwicklerzentrums in Verbund mit dem Cluster Kautschuk und Kunststoff
- Aufbau einer örtlichen Konzentration von Anbietern unternehmensnaher, digitaler Dienstleistungen im Sinne eines Dienstleistungs-Zentrums oder Clusters – am besten in innenstadtnaher Lage
- Erhöhung der Wertschöpfung und Verlängerung der Wertschöpfungsketten im Bereich Tourismus und angrenzenden Branchen, wie der Unterhaltung, Freizeit, Gastronomie und Nahrungsmittelproduktion
- Steigerung des Anteils der Spezialisten und Expert*innen an den gesamten Beschäftigten im Odenwaldkreis bis 2025, relativ zum Vergleichsjahr 2017: von 8 % beim Anforderungsniveau Spezialist auf 11 % und von 7 % beim Anforderungsniveau Experte auf 9 %
- Durchführung eines Forschungsvorhabens zu den Möglichkeiten, die Wissensökonomie im Odenwaldkreis zu fördern und die Innovationstätigkeit zu steigern – mindestens aber eine ausführliche Beschäftigung durch die Kreisentwicklungsplanung oder eine Bachelor-/Master-Arbeit eines Werkstudenten – bis 2022.
- Akquirieren von Landes-, Bundes- oder EU-Fördermitteln, um die Wissensökonomie und die Innovationstätigkeit im Odenwaldkreis zu fördern – mindestens ein förderfähiges Projekt bis 2025
- Ausbau der regionalen Wettbewerbsvorteile um Fachkräfte in den Bereichen Pflege und Gesundheit durch Schaffung von Wohnungen für Auszubildende und angeworbene Fachkräfte spezialisierte Mobilitätsangebote (*siehe Teilstrategie Mobilität)* und hervorragende Ausbildungsmöglichkeiten (*siehe Teilstrategie Gesundheit; vgl. auch Idee des Auszubildenden-Campus aus Teilstrategie Bildung – Ziel 48.3 Verbesserung der infrastrukturellen Anbindung des BSO durch Angebote des Wohnens und des Verkehrs*)

Erläuterung:

Wirtschaftsstruktur

Während eine regionale Wirtschaftsstruktur grundsätzlich breit und damit krisensicher aufgestellt sein sollte, bringt eine gewisse Spezialisierung ebenfalls Vorzüge mit sich. Zu nennen wären die Möglichkeiten des Austauschs von Wissen, Know-How, Fachkräften, Produkten (insbesondere wenn Unternehmen nicht nur in Konkurrenz, sondern auch entlang einer Produktionskette arbeiten) und Ideen. Allgemein werden solche Vorteile Cluster genannt, insbesondere, wenn solche Unternehmen sich in einer gewissen räumlichen Nähe finden. Von einem solchen Cluster profitieren letztlich alle beteiligten Unternehmen und in der Folge auch die Region, bzw. Stadt.

Abbildung 47 zeigt die Spezialisierung der Wirtschaft des Odenwaldkreises und die Wachstumsraten der Branchen (beachten Sie auch die Erläuterung dazu bei Abbildung 48). Am eindrucksvollsten ist hier natürlich die prominente **Kautschuk- und Kunststoffindustrie** im Odenwaldkreis. Deutlich zeigt sich, dass der Odenwaldkreis trotz seiner landschaftlichen und kulturellen Attraktivität bislang im Bereich **Tourismus** hinsichtlich der Arbeitsplätze hinter dem Bundesdurchschnitt zurückbleibt (Lokalisationsgrad unter 1). Der zweite „typisch ländliche“ Wirtschaftsbereich der Land- und Forstwirtschaft taucht wohlgemerkt aufgrund seiner zahlenmäßigen geringen Bedeutung in dieser Grafik nicht auf.

An Arbeitsplätzen bedeutsam sind nach dem Bereich Kautschuk und Kunststoff die Branchen Maschinenbau (in der Praxis meist im Kontext der Kautschuk- und Kunststoff-Branche), Kfz-Handel- und Reparatur, Heime, Bau und unternehmensnahe Dienstleistungen.

Manche Bereiche zeigen zwar keinen Lokalisationsgrad größer eins, stellen aber für einen ländlichen Kreis wie den Odenwald trotzdem ganz gute Werte dar. Andere Branchen zeigen klare Spezialisierungsvorteile (mit einem Lokalisationsgrad über 1): so z.B. Heime und Bau. Hier ist wohl davon auszugehen, dass viele Handwerks- und Bauunternehmen auch von der guten Auftragslage in den Ballungsräumen profitieren. Ebenso wird die Spezialisierung im Bereich der Pflege auf eine Mitversorgung von älteren Menschen des Ballungsraumes darstellen, die hier wohl einen günstigeren oder schöner in der ländlichen Idylle gelegenen Platz in einem Pflegeheim im Odenwaldkreis bevorzugen. Die Betriebe profitieren hierbei auch von den günstigen Mieten für die Mitarbeiter*innen und können

womöglich geringere Löhne bezahlen. Die Fachkräftesicherung ist sowohl im Handwerk wie in der Pflege laut vorliegenden Informationen die Faktoren, die das Wachstum beschränken.

Wachstumsbranchen sind Logistik, Bau, unternehmensnahe Dienstleistungen (gute Entwicklung hinsichtlich des Strukturwandels), Heime (könnte im Hinblick auf den demographischen Wandel zur Spezialisierung werden – Zukunftsbranche), ebenso Gesundheit, Erziehung und Unterricht, sonstige Dienstleistungen, Tourismus, sowie Informations- und Kommunikationstechnologie (noch stark unterrepräsentiert im Odenwaldkreis). Leider sind von den Wachstumsbranchen nicht alle dazu geeignet, einen Spezialisierungsvorteil in dem Sinne aufzubauen, dass spezialisiertes Wissen, Know-How und – in der Folge – Innovation in der Region konzentriert würde. Ausnahmen könnten künftig folgende Branchen darstellen:

- **Unternehmensnahe Dienstleistungen** bieten unter anderem Arbeitsplätze für Wissensarbeiter; diese können, wenn sie vornehmlich digital arbeiten, künftig auch verstärkt im ländlichen Raum Arbeit finden, wo sie von den Vorzügen einer ländlichen Wohnumgebung profitieren können. Trotz des Trends ist dies eher als Symptom einer Übersättigung zu verstehen, weil in den Großstädten Wohnungen und Büros immer teurer werden. Dort findet also der Spezialisierungsvorteil in erster Linie statt. Eine Chance bestünde, einen Spezialisierungsvorteil aufzubauen für ländliche Dienstleistungen in ländlichem Umfeld – also einen Vorteil gegenüber anderen ländlichen Räumen, wenn auch nicht direkt gegenüber den Ballungsräumen. Der Vorteil bezieht sich dann auf den Wettbewerb um Fachkräfte, die im ländlichen Umfeld leben und arbeiten möchten
- In der **Pflegebranche** ist im Allgemeinen der Fachkräftebedarf der limitierende Faktor. Hierbei ist ein hoher Konkurrenzdruck, gute Gehälter zu bezahlen festzustellen. Insbesondere bei anhaltendem Wachstum der Branche (der aufgrund des demographischen Wandels zu erwarten ist) wird dies verschärfen. Es gibt aktuelle eine breite Auswahl an Ausbildungsgängen in der Pflege (Pflegefachkraft, Pflegehelfer, Pflegehilfskraft, usw.). Ein großes Problem stellen im Odenwaldkreis derzeit vor allem die Plätze für den klinischen Ausbildungsteil dar. Kooperation mit Krankenhäusern außerhalb des Kreises wären denkbar, sind aber ungeeignet aufgrund von zu langen Fahrzeiten (insb. mit ÖPNV). Daher wurden in Expert*inneninterviews Forderungen nach einem schnellen Ausbau der Kapazitäten am GZO laut (*siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung)*.
- Der **Tourismus** ist eine nicht unbedeutende Branche im Odenwaldkreis (und baut auf eine reichhaltige Tradition auf). Aktuell stellt sich die Frage, wie sich die Nachfrage nach Urlaub im Inland fortsetzen wird und wie die Corona-Pandemie dies langfristig prägen wird. Potential für ein Wachstum der Branche in Sachen Umsatz bietet eine Verlängerung der Wertschöpfungskette. Mit mehr Attraktionen wie den Bikepark Beerfelden, wie z.B. Sommerrodel-Bahnen, Kletterparks, usw. könnte dies geschafft werden. Die beliebteste Aktivität für Touristen – das Wandern bringt hingegen nur wenig direkte Einnahmen für die Region. Manche Hotels und Gaststätten könnten mit einer Anpassung von Öffnungszeiten, Angeboten und Dienstleistungen (z.B. Aufladeмöglichkeit für E-Bikes, persönliche Informationsangeboten) und einer gegenseitige Empfehlungs-Kultur evtl. noch besser vom Tourismus profitieren. Eine mögliche Marktlücke, um die Wertschöpfung bei Wanderern zu verbessern könnten z.B. Apfelwein-Heckenwirtschaften darstellen, die nebenbei auch wirtschaftlich zum Erhalt der Odenwälder landschaftlichen Attraktion der Streuobstbaumwiesen beitragen könnten (*siehe auch Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft; Zielbereich 33: Umweltpädagogik und Ehrenamt*). Auch die Verwendung anderer regionaler Lebensmittel (unter entsprechenden auffälligen Hinweisen auf den Erzeuger) greift einen aktuellen Trend auf, der u.a. in der Gastronomie angemessene Preise rechtfertigt und gleichzeitig die erwartete ländliche Idylle vermittelt. Im Rahmen der Bürgerschaftsbeteiligung wurde außerdem geäußert, dass es im Odenwaldkreis noch an hochwertigen Etablissements fehlt. (*siehe auch Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus – Zielbereich 45 Tourismus*).
- Nach dem Bereich Kunststoff und Kautschuk ist der Maschinenbau, bzw. die „Metall- und Elektroindustrie sowie Stahlindustrie“ im Odenwaldkreis die größte Branche der Produktion. Bei näherer Betrachtung stellt man aber fest, dass die meisten Arbeitsplätze dieses Bereichs in zuarbeitender oder zuliefernder Weise ebenfalls der Branche Kunststoff und Kautschuk zugerechnet werden können.

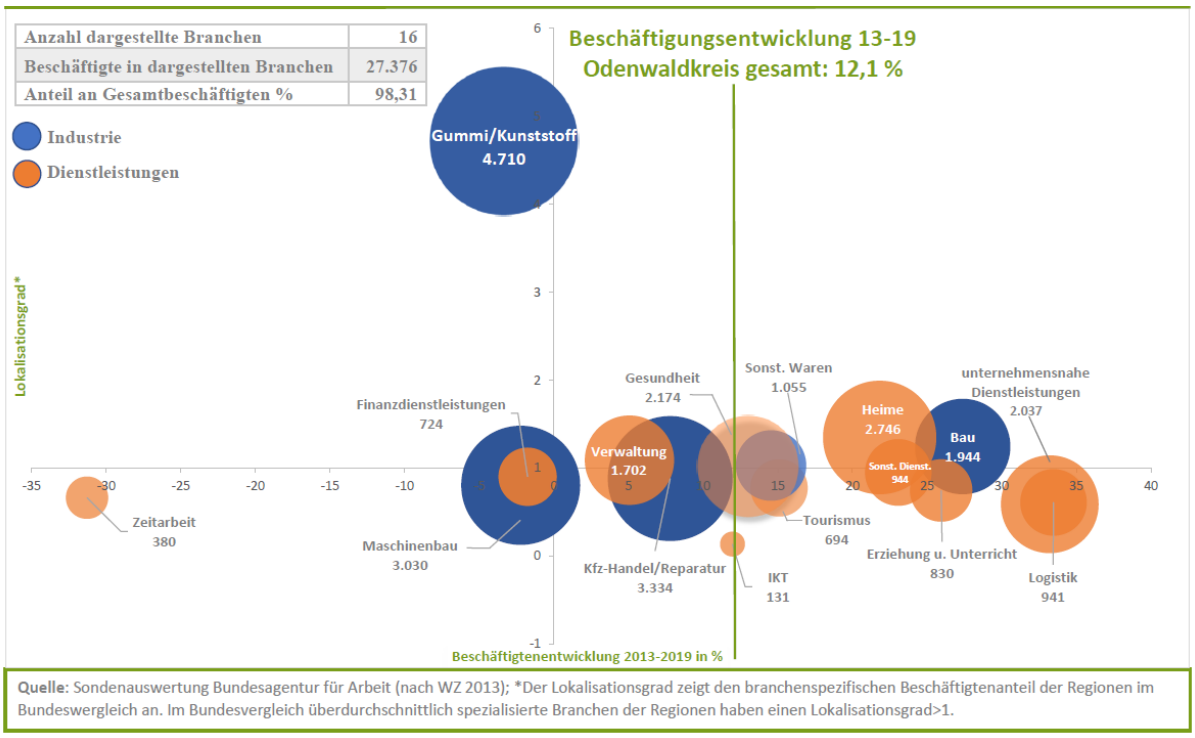


Abbildung 47: Branchenportfolio des Odenwaldkreises (OREG mbH 2020 auf Basis d. Bundesagentur für Arbeit für Dezember 2019)

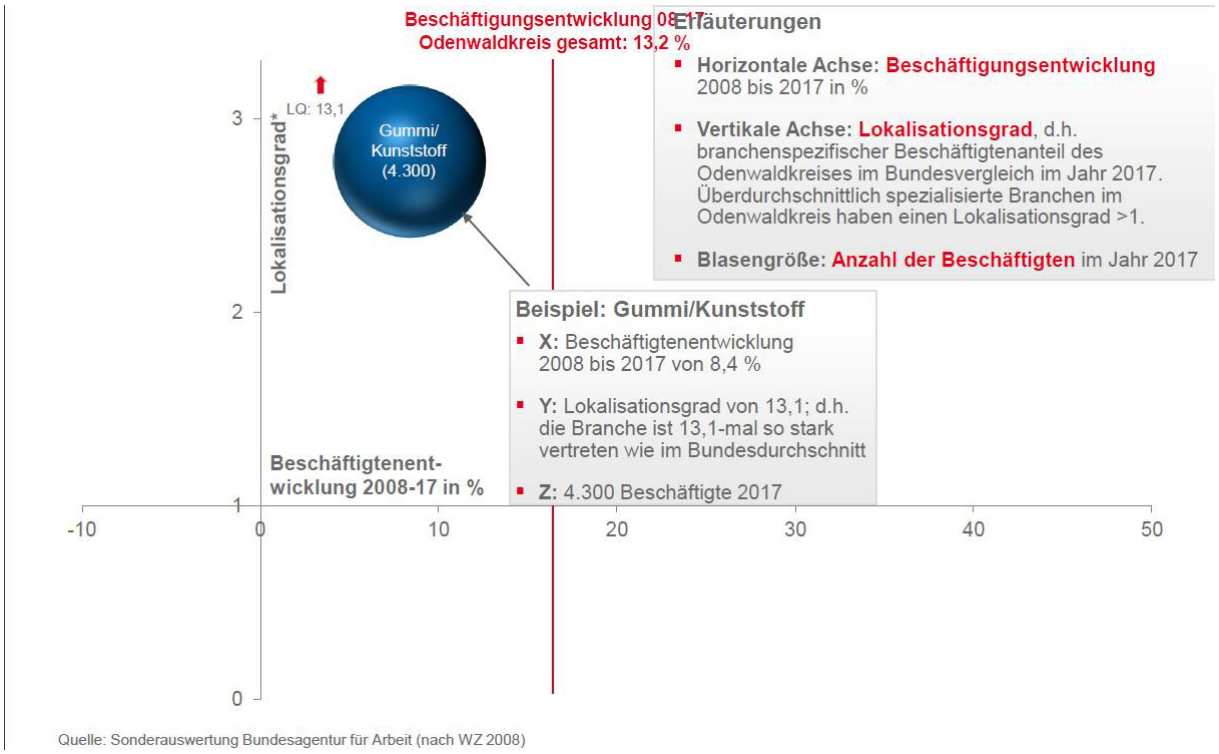


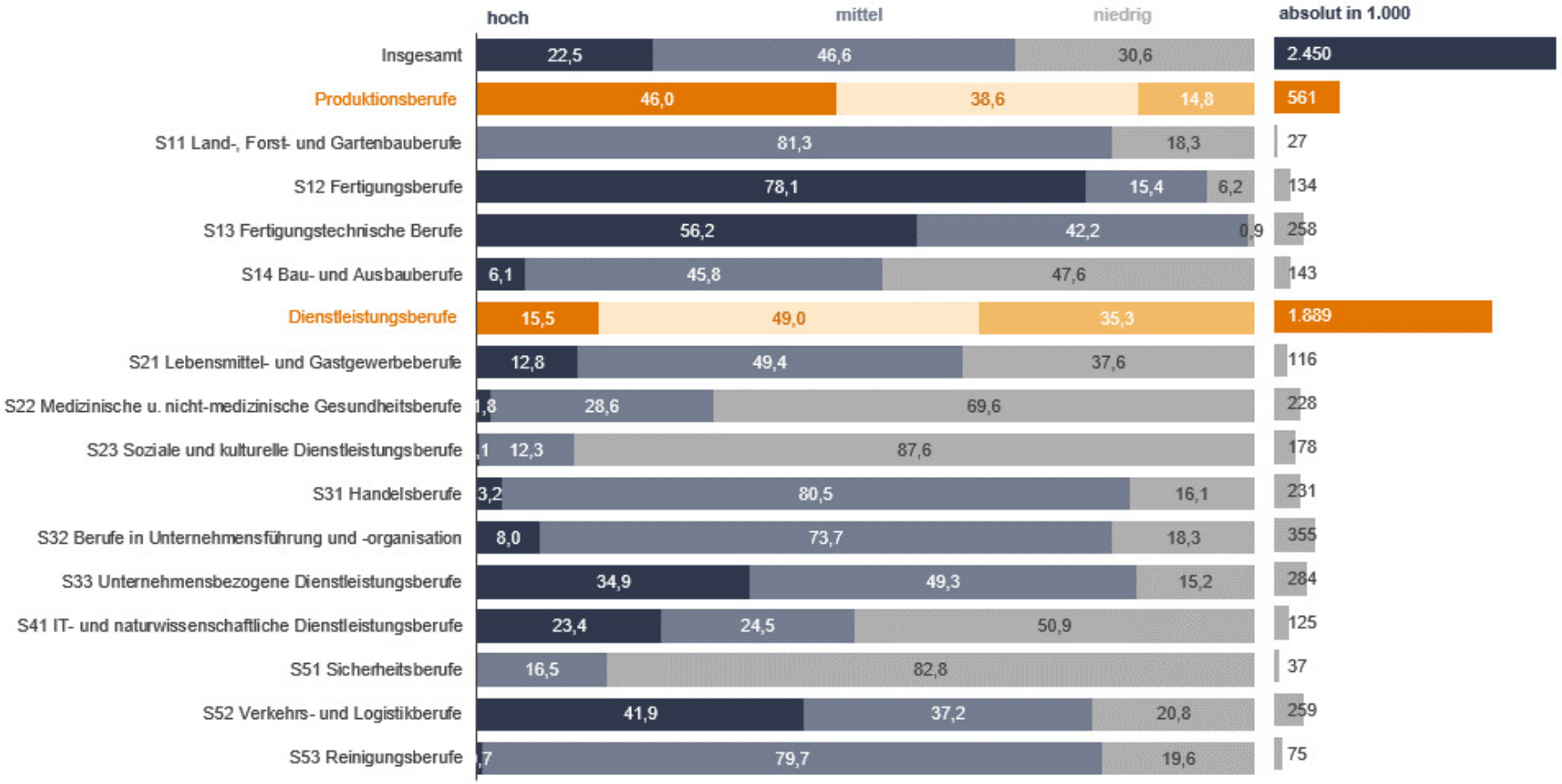
Abbildung 48: Erläuterung zur Darstellung des Branchenportfolios für den Odenwaldkreis (Prognos AG 2018 auf Basis d. Bundesagentur für Arbeit)

Strukturwandel

Der Odenwaldkreis profitiert derzeit von einer, für deutsche Verhältnisse, starken Präsenz der industriellen Fertigung, insbesondere in der Kautschuk- und Kunststoffbranche. Mit Blick auf langfristige Entwicklungen sollte eine Region sich aber immer auf mehreren, zukunftssicheren wirtschaftlichen Standbeinen aufstellen. Im Zuge von Digitalisierung und Globalisierung ist leider zweifelhaft, ob langfristig noch derart viele Geringqualifizierte in den Betrieben benötigt werden, wie dies kurz- und mittelfristig der Fall ist (vgl. IWAK 2019). Insbesondere Arbeitsplätze im Sektor der Produktion werden zu einem hohen Anteil im Zuge der Digitalisierung durch Maschinen ersetzt werden können. Allgemein gilt für die Auswirkungen der Megatrends Digitalisierung und Globalisierung: je komplexer und anspruchsvoller eine Tätigkeit ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie automatisiert oder verlagert wird.

> „*Das Substituierbarkeitspotenzial gibt an, in welchem Ausmaß Berufe gegenwärtig potenziell durch den Einsatz von Computern oder computergesteuerten Maschinen ersetzbar sind. Es entspricht dem Anteil an wesentlichen Tätigkeiten in einem Beruf, die schon heute durch den Einsatz moderner Technologien übernommen werden könnten. Welche Tätigkeiten für einen Beruf wesentlich sind, haben Berufsexperten im Auftrag der BA für die knapp 4.000 in Deutschland bekannten Berufe auf Basis von Ausbildungsordnungen oder Stellenausschreibungen herausgearbeitet. […] Bei der Einschätzung der Substituierbarkeitspotenziale geht es ausschließlich um die technische Machbarkeit. Wenn eine Tätigkeit als ersetzbar eingestuft wurde, heißt das nicht, dass sie tatsächlich in den nächsten Jahren ersetzt wird. Sofern die menschliche Arbeit wirtschaftlicher, flexibler oder von besserer Qualität ist oder rechtliche oder ethische Hürden einem Einsatz solcher Technologien entgegenstehen, werden auch ersetzbare Tätigkeiten eher nicht ersetzt*.“ (DENGLER 2019: S. 8)

Zwar bedeutet die Digitalisierung nicht zwangsläufig einen Wegfall von Arbeitsplätzen, in vielen Fällen aber verändert sich die Art der Tätigkeiten. Bei zwei Erhebungen durch das IAB für das Jahr 2013 und das Jahr 2016 wurde festgestellt, dass manche Tätigkeiten seltener anfallen, andere jedoch hinzukommen, z.B. die Arbeit mit neuer Software (u.a. für Simulationen, Geoinformation oder Entwicklungsumgebungen), neuen Technologien (wie 3D-Druck) und neuen gesetzlicher Vorschriften (DENGLER 2019: S. 7).



[1] Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ohne einzelne Personengruppen, darunter vor allem Auszubildende, Beschäftigte in anerkannten Behindertenwerkstätten und Beschäftigte in Einrichtungen der Jugendhilfe und in Freiwilligendiensten, siehe Glossar

Hinweis: Bitte beachten Sie, dass niedrige Fallzahlen zu Fehlinterpretationen führen können. Außerdem kann es rundungsbedingt zu Abweichungen bei den Insgesamtwerten kommen.

© Statistik der Bundesagentur für Arbei

Abbildung 49: Gefahr des Ersatzes von Arbeitsplätzen durch Digitalisierung („Substituierbarkeit") nach Berufssegmenten 2019 – Anteile in Prozent. Quelle Agentur für Arbeit 2020

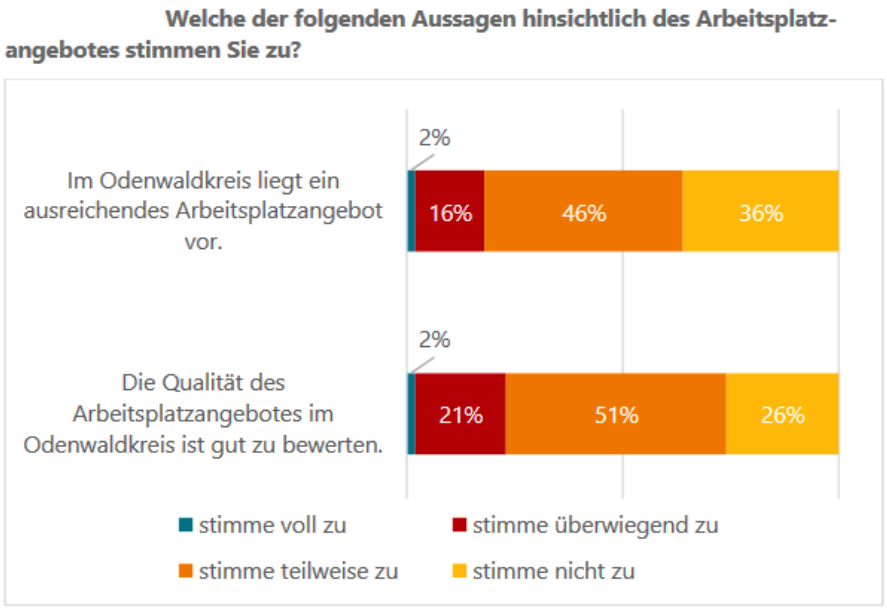


Abbildung 50: Bewertung des Arbeitsplatzangebot im Odenwaldkreis im Rahmen der Bürgerschaftsbefragung im Sept. 2019

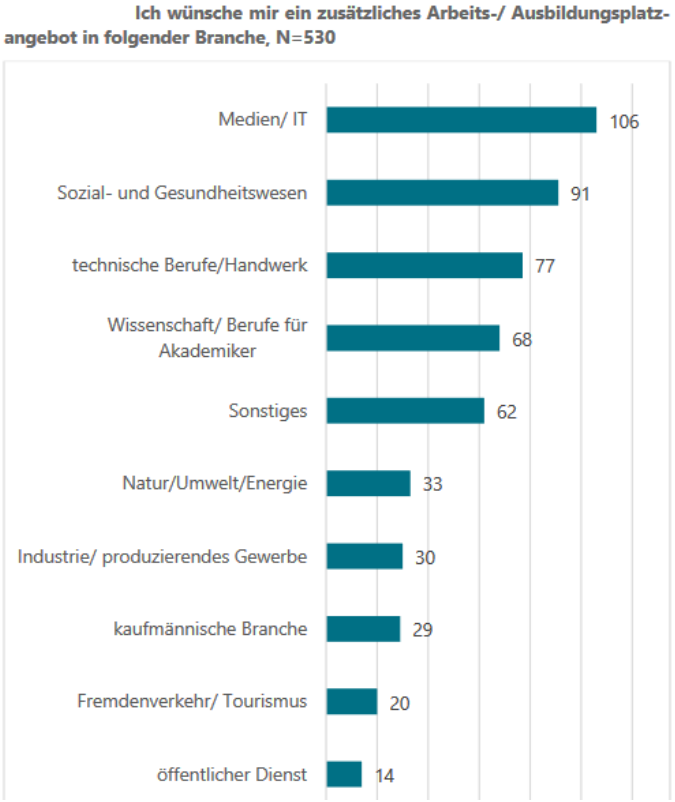


Abbildung 51: Ergebnis zum gewünschten Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot im Odenwaldkreis aus der Bürgerschaftsbefragung im Sept. 2019

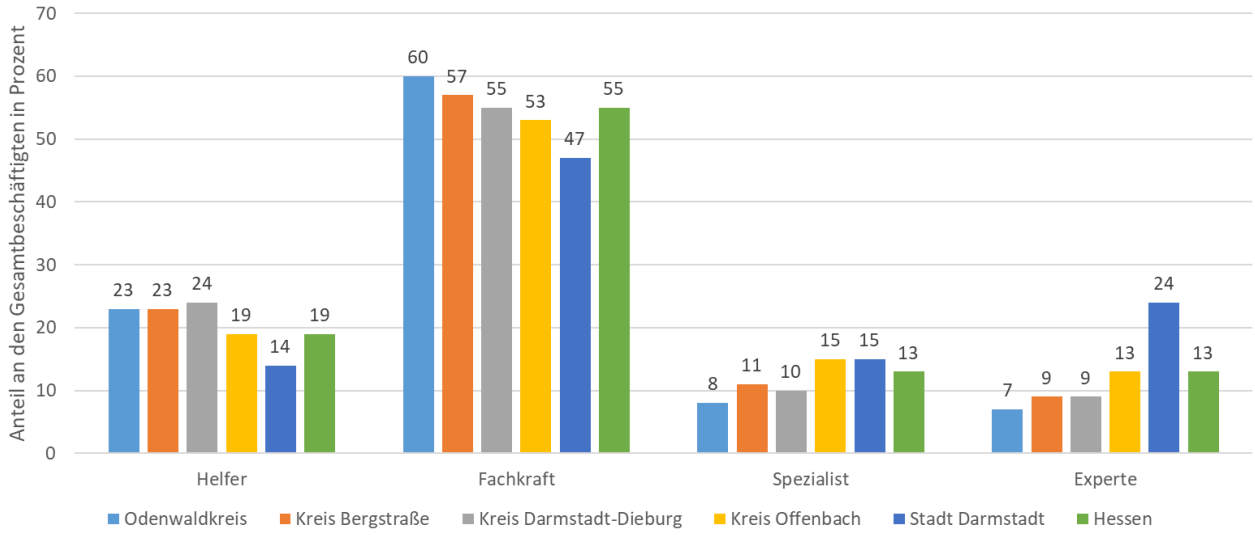


Abbildung 52: Anforderungsniveaus im Odenwaldkreis und Vergleichsregionen 2017 (Quelle: Regionaldossier 2024 des IWAK (2019))

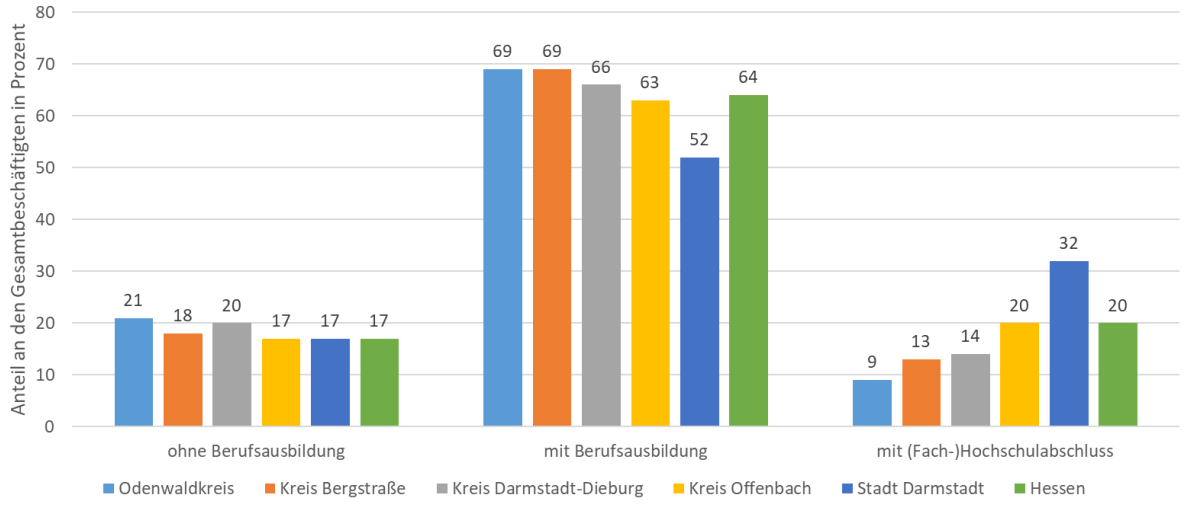


Abbildung 53: Qualifikationsstruktur aller Beschäftigten am Arbeitsort 2017 (Quelle: Regionaldossier 2024 des IWAK (2019))

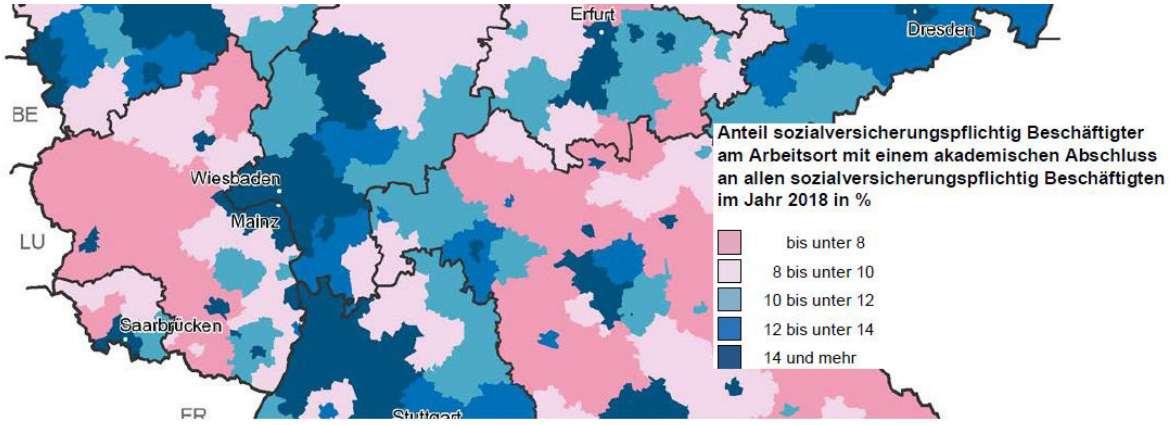


Abbildung 54: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort mit einem akademischen Abschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2018 in % (Quelle: Deutschlandatlas 2019 des BBSR)

Tabelle 6: Substituierbarkeit Odenwälder SVB im hessischen Vergleich (absolute Angaben in Tausend). Quelle: WEIßLER 2018.

	Hessen		Odenwaldkreis	
Gesamt	2482		27	
niedriges Substituier-barkeitspotenzial (0–30 %)	736	30 %	7	26 %
mittleres Substituier-barkeitspotenzial (über 30–70 %)	1162	47 %	12	44 %
hohes Substituierbarkeits-potenzial (über 70–100 %)	584	24 %	8	30 %

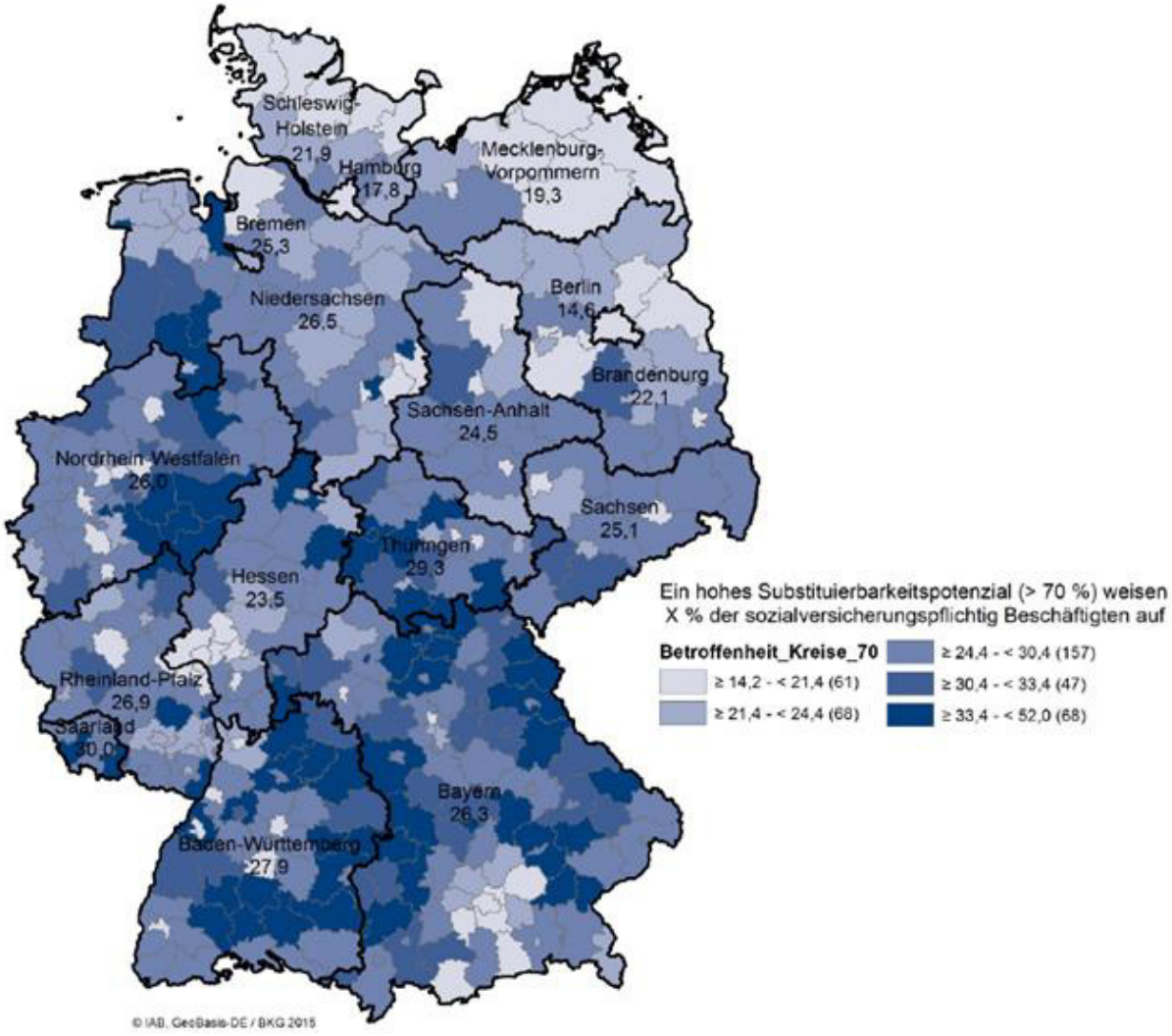


Abbildung 55: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berufen mit hohem Substituierbarkeitspotenzial, 2016, in Prozent. (Quelle: DENGLER 2019)

Der Odenwaldkreis sollte sich auf den Strukturwandel hin zu einer immer stärker betonten Wissensgesellschaft einstellen. Ein großer Teil der Teilnehmer der Bürgerschaftsbefragung war bereits 2019 mit dem Angebot von Arbeits- und Ausbildungsplätzen nicht zufrieden. Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem in Dienstleistungsberufen und für Höherqualifizierte mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze gewünscht werden (vgl. Abbildung 50 und 51), was auch in den Bürgerschafts-Workshops bekräftigt

wurde. Dieser kollektive Eindruck bezüglich einer niedrigen Zahl von Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte kann auch in der Statistik belegt werden (Abbildung 52-54). Der Arbeitsplatzmangel in manchen Branchen ist ein wichtiger Grund für den negativen Pendelsaldo des Odenwaldkreises. Im Rückschluss bedeutet das, dass viele Menschen, die heute in solchen Zukunftsfeldern beschäftigt sind, bereits im Odenwaldkreis wohnen, jedoch in umliegenden Kreisen und kreisfreien Städten arbeiten. Der Mangel an Ausbildungsplätzen in diesen Feldern verweist natürlich auch auf das Fehlen eines Bildungsangebotes auf Hochschulniveau im Kreis. Bei der Jugendbefragung 2020 wurde bei der Frage zu den größten Herausforderungen im Odenwaldkreis „Ausbildungs- / Arbeitsplatzangebot“ am fünfthäufigsten genannt (siehe Abbildungen 56-58). Im Vergleich mit anderen Landkreisen zeigt sich, dass der Odenwaldkreis im Vergleich zu anderen ländlichen Regionen bei Weitem nicht schlecht dasteht (siehe Abbildung 54). Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung wies für den Odenwaldkreis einen mittleren Wert von 25-30 % der Beschäftigten aus, deren Tätigkeiten zu „mehr als 70 Prozent […] von Computern oder computergesteuerten Maschinen erledigt werden könnten“ (DENGLER 2019: S. 19).

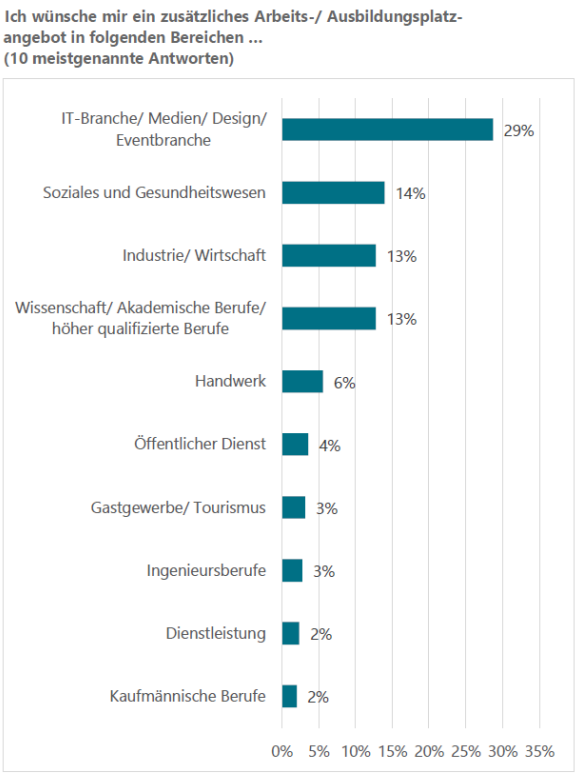


Abbildung 56: Wünsche nach zusätzlichen Arbeits-/Ausbildungsplätzen in verschiedenen Bereichen. Ergebnisse Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020, CIMA GmbH

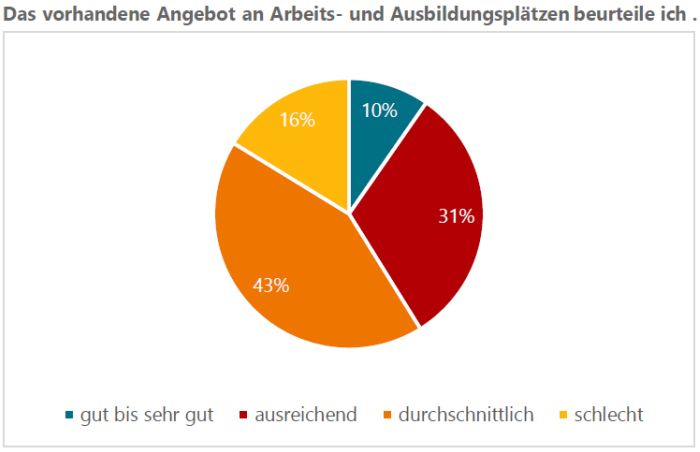


Abbildung 57: Beurteilung des vorhandenen Angebots an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020, CIMA GmbH

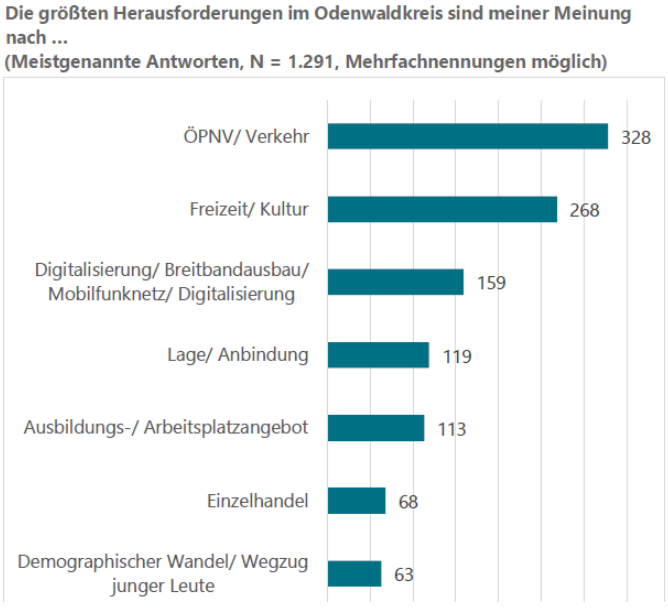


Abbildung 58: Größte Herausforderungen im Odenwaldkreis laut Meinung der Teilnehmenden an der Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020, CIMA GmbH

Der Strukturwandel wird die deutschen Regionen unterschiedlich hart treffen – je nach bisheriger Beschäftigtenstruktur. Digitalisierung, Automatisierung und Robotik machen immer weitere Fortschritte. Erreichen Produkte der Robotik die Marktreife, kann der Strukturwandel deutlich Fahrt aufnehmen und schnell auch den Odenwaldkreis erreichen. Die Region dementsprechend völlig unverwundbar zu machen wird nicht gelingen; man muss aber versuchen, die regionale Wirtschaft so aufzustellen, dass sie möglichst wenig davon betroffen ist. Vorbild hierfür liefern Regionen, denen eine solche Diversifizierung bereits gelungen ist, oder zumindest Fortschritte erreichen konnten.

> „*Mit der Programmfamilie „Innovation & Strukturwandel" fördert das Bundesforschungsministerium den Wandel in strukturschwachen Regionen. Die Förderprogramme unterstützen strategische Bündnisse dabei, regionale Innovationspotenziale weiterzuentwickeln*" (BMBF 2021).

Diese Förderung ist, wie verschiedene andere Programme, auf das Gebiet der Fördergebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) beschränkt, zu der der Odenwaldkreis dem aktuellen Stand (August 2021) zufolge ab 2022 erstmals angehören wird (*siehe hierzu auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Analyse -Bereich handlungsfähige Kommunen und Förderpolitik*). Außerdem finden sich auf den Webseiten des Programms Best-Practices. Bei der Nachahmung solcher Projekte aus Förderprogrammen besteht leider i.d.R. die große Problematik, dass dort Dinge mithilfe von Fördermitteln umgesetzt werden konnten, ohne die es für den Odenwaldkreis meist nicht möglich ist, diese nachzuahmen. Woran es ebenfalls nicht fehlt, sind Forschungsarbeiten zu theoretisch-praktischen Ansätzen zur Förderung der Wissensökonomie in ländlichen Regionen. Um ein umfassendes Bild von der Lage und den Potentialen zu erhalten, braucht man aber konkrete Untersuchungen, Zahlen und Lösungsansätze für den Kreis. Daher empfiehlt es sich zunächst eine solche tiefere Recherche durchzuführen, die im Rahmen des Kreisentwicklungskonzepts aufgrund der Vielzahl der Themen bislang leider noch nicht möglich war. Besonders gefördert werden meist solche Projekte, die besonders innovativ und vielversprechend sind. Voraussetzung für eine sinnvolle, innovative Idee ist aber, dass das Thema vollständig verstanden wird und die Region, ihre Potentiale sowie bisherige Versuche berücksichtigt werden. Für die Durchführung solcher regionalen Untersuchungen bieten sich insbesondere Kooperationen mit Hochschulen und Forschungspartnern der angrenzenden Metropolregionen an. Insbesondere WAGNER & GROWE (2021) publizieren aktuell zu solchen Themen. Im Anschluss an die Untersuchungen gilt es, ein möglichst zielgenaues, förderfähiges Projekt zur Clusterpolitik und Innovationsförderung im Odenwaldkreis zu initiieren.

Mit Blick auf die ländliche Struktur und die starke Prägung der regionalen Wirtschaft durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) könnte sich hierbei ein wichtiges Schwerpunkthema auf die Förderung und Innovationsförderung von KMU und Familienunternehmen abzeichnen. Auch eine noch stärkere Unterstützung von Odenwälder KMU bei der Beteiligung an bestehenden Förderprogrammen (die sich meist nicht auf die Kommunen richten, sondern direkt auf Unternehmen). Mit Blick auf den Strukturwandel wäre hierbei ein gezielter Fokus auf die Förderung von Forschung und Entwicklung sowie von Innovation anzuraten.

Clusterpolitik

Bisher wurden bereits verschiedene Ansätze verfolgt, um im Odenwaldkreis mit einer Clusterpolitik der regionalen Wirtschaft einen nachhaltigen Aufschwung zu verschaffen. Der naheliegendste Ansatz für die Bildung eines offiziellen Wirtschaftsclusters stellt im Odenwaldkreis die Branche Kautschuk und Kunststoff dar, daher ist auch die Idee, ein solches Kunststoff-Cluster im Odenwaldkreis zu etablieren und diese Spezialisierung auszuweiten bei weitem nicht neu. Im September 2018 unterzeichneten unter anderem die IHK Darmstadt, der Industrieverband Odenwald (IVO), der Landrat, den zuständigen MdLs, die OREG und die Firma Koziol ein „Memorandum of Understanding zur Zukunft des Odenwaldkreises als führender Standort für Kunststoff und Kautschuk in Produktion, angewandter Forschung und in der Fachkräftebildung". Dies ging zurück auf eine Initiative der IHK, im weiteren Verlauf wurde von manchen der Unterzeichnern jedoch eine konsequente Koordinierung vermisst. „Erste, konkrete Maßnahmen, zu deren Umsetzung sie [die Unterzeichnenden] sich freiwillig verpflichten" waren u.a. das mittlerweile umgesetzte MINT-Zentrum. Wichtigster Punkt war aber die Einrichtung eines Anwenderentwicklungszentrums (AEZ), welches im engen Zusammenhang mit dem Thema Hochschulstandort steht. Ein solches Zentrum wäre hauptsächlich mit Auftragsforschung, vorrangig für die Unternehmen im Odenwaldkreis zuständig, konnte aber trotz zwischenzeitlich in Aussicht stehender Fördermittel

aufgrund mangelnder Nachfrage bei den Unternehmen nicht realisiert werden. Nötig wären Aufträge zur Auftragsforschung im jährlichen Umfang von 400.000€.

Ein Problem der Idee des Kautschuk- und Kunststoff-Clusters ist, dass die Branche im Odenwaldkreis stark überrepräsentiert ist, in absoluten Zahlen aber deutlich weniger eindrucksvoll im Vergleich zu den Nachbar-Regionen dasteht (vgl. Tabelle 7).

Tabelle 7: Kautschuk und Kunststoff-Branche im Odenwaldkreis und seinen Nachbar-Regionen (März 2020; Quelle: Bundesagentur für Arbeit; sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort

	Odenwald-kreis	Rhein-Neckar-Kreis	Lkr. Bergstraße	Stadt Heidelberg	Stadt Darmstadt
SVB Gesamt	27.675	179.269	77.110	92.620	106.759
SVB Kautschuk und Kunststoff	4.673	9.212	3.989	2.240	2.747
Anteil KuK an Gesamt-SVB	16,9%	5,1%	2,4%	2,6%	2,6%

Neuen Schwung hat die Idee des Kunststoff- und Kautschuk-Clusters 2021 bekommen mit einem neuen Konzept und einem Förderantrag unter dem Titel „**Cluster4Synthetics**“. Dieses wurde unter Federführung der Hochschule Darmstadt erarbeitet, regionale Projektpartner sind OREG, das BSO und die IVO. In diesem Kontext scheinen die Chancen für eine Umsetzung aktuell gut zu sein. Damit einhergehend kann und wird auch die des Anwender-Entwickler-Zentrums neu aufgegriffen werden. Nachdem im ersten Schritt leider keine direkte Förderung aus Geldern des Bundes erzielt werden konnte, bestehen aktuell noch gute Aussichten auf eine Förderung durch das Land Hessen. Darüber hinaus wird seit längerem versucht, eine entsprechende Studienmöglichkeit im Kreis zu schaffen. Auch dies rückt mit dem neuen Ansatz gemeinsam mit der Hochschule Darmstadt in wohl greifbare Nähe.

Auch für den Bereich Gesundheit und Pflege standen bereits in der Vergangenheit Ideen für ein Cluster im Raum. Mit dem Gesundheitszentrum, den Pflegeheimen, den Gesundheits-Tourismus-Potentialen (gute Luft, Kurort Bad König, Wandermöglichkeiten) und der Asklepios-Klinik wurden hierzu Potentiale erkannt. 2012 beauftragte der Kreisausschuss die Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Entwicklung eines Gesundheitsclusters, die dann durch Prof. Dr. Bode erstellt wurde. Demnach konnten einige vorhandene Potentiale identifiziert werden – z.B. die überschaubaren Netzwerke. In der Praxis fallen hingegen Schwierigkeiten aufgrund persönlicher Vorgeschichten und Interessenskonflikten auf. Als Schwächen wurden der schon damals auffällige Nachwuchsmangel bei Hausärzten, eine mangelnde Einbindung von Krankenhäusern in die Netzwerkstrukturen und ein geringes Bewusstsein der Bevölkerung für die (wirtschaftliche) Bedeutung der Branche identifiziert. *Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung.*

Ein weiterer Ansatz zur Cluster-Bildung richtete sich auf den Bereich der Erneuerbaren Energien. Ein solches nahm 2008 in Form des „Cluster Erneuerbare Energien Odenwald“ (CLEO) seine Arbeit auf, was durch eine Förderung, bzw. einen Gewinn am Cluster-Wettbewerb des Hessischen Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung ermöglicht wurde. Das Clustermanagement nahm daraufhin mit insgesamt 2,4 Personalstellen bei der Brenergo GmbH als Tochtergesellschaft der OREG mbH seine Arbeit auf. Später wurde das Clustermanagement der Energiegenossenschaft Odenwald (EGO) angegliedert. Das Cluster operierte schon bald mit dem Auftrag, die Branche in ganz Südhessen zu vernetzen. Nach dem Ablauf von zwei dreijährigen Förderperioden konnte das Cluster leider nicht mehr weiter betrieben werden. Grund für die fehlende eigendynamische finanzielle Tragfähigkeit lag auch in der veränderten bundesweiten Förderkulisse für Erneuerbare Energien: von den damals zahlreichen Solarenergie-Unternehmen in der Region ist heute nur noch eines verblieben und auch der Bereich Windenergie bietet seitdem deutlich weniger Dynamik. Seit 2020 wurden Planungen für einige kleinere und mittlere Solarenergie-Parks im Odenwaldkreis bekannt, wobei erneut auch die EGO involviert ist. Auch zur Biogaserzeugung gibt aktuell neue Projekte. Dass sich dieser Bereich aber für

ein echtes Cluster mit nennenswerter wirtschaftlicher Bedeutung eignet, zeichnet sich aktuell aber nicht ab.

Als Fazit der bisherigen Ansätze lässt sich folgendes ziehen: Positiv ist, dass der Handlungsbedarf zur Gründung von Clustern und die strukturelle Stärkung der regionalen Wirtschaft von zahlreichen Akteur*innen über verschiedene Branchen hinweg erkannt wurde. Handlungsansätze wurden entwickelt; dabei hat man sich meist an dem vorherrschenden Paradigma der Cluster-Politik orientiert. Inwiefern solche Ansätze im ländlichen Odenwaldkreis umsetzbar sind, konnte bisher nur sehr begrenzt gezeigt werden. Ein Wissenstransfer und eine gegenseitige Belebung konnte bisher nicht die nötige Eigendynamik entfalten. Die größeren Distanzen im Odenwaldkreis und eine häufige Orientierung nach außerhalb des Kreises (Kunden sitzen in den Ballungsräumen) könnten limitierende Faktoren sein. Dem Odenwaldkreis ist es hingegen nicht gelungen, ein Cluster mit Anziehungskraft nach außen aufzubauen. **Daher muss ein neuartiger Ansatz für den Odenwaldkreis sorgfältig erdacht und umgesetzt werden.**

Wissenschaft, Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft

Wie bereits gezeigt wurde, prognostizierte das IWAK für den Odenwaldkreis im Jahr 2024 einen Fachkräftemangel von 14% der Arbeitsplätze im Segment der Fachkräfte mit (Fach-) Hochschulabschluss (IWAK 2019). Im Zuge des Strukturwandels ist zu erwarten, dass sich dieser Bedarf künftig noch weiter erhöhen wird. Ausschlaggebend für den Mangel an Hochqualifizierten ist wohl eher nicht, dass zu wenig junge Erwachsene aus dem Odenwaldkreis ein Studium aufnehmen, sondern dass viele davon die Region zu diesem Zweck verlassen und häufig anschließend nicht zurückkommen, sodass sie dann im Odenwaldkreis hinsichtlich des Fachkräftebedarfs fehlen. In der Bürgerschaftsbeteiligung wurde hingegen aus Arbeitnehmersicht bemängelt, es gäbe „zu wenige Jobs für Hochqualifizierte“. Dieser scheinbare Widerspruch könnte wiederum auf die jeweils gebotenen und nachgefragten Branchen zurückgehen – der Fachkräftemangel ist vor allem ein „Missmatch“ – also eine fehlende Passung. Eine Förderung wissensintensiver Branchen ist also sinnvoll.

Neben den an anderer Stelle benannten konkreten Verbesserungen um die Attraktivität für (hochqualifizierte) Fachkräfte zu verbessern gilt es auch, den Odenwaldkreis als Wissens-Region in der Wahrnehmung der Bürgerschaft innerhalb und außerhalb des Kreises zu etablieren. Zielgruppen sind hierbei alle Altersgruppen. Es handelt sich also um ein spezielles Thema des Regionalmarketings, das hier greift (hier als Methode zur Bewältigung des Strukturwandels – im Einklang mit der *Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*). Instanz für diese Aufgaben ist im Odenwaldkreis die Odenwald-Akademie. Sie hat die Förderung des akademischen Interesses und des Austauschs zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zum Ziel und besteht in diesem Sinne seit 1988. Die Odenwald-Akademie liefert verschiedene wichtige Beiträge für eine positive Entwicklung des Odenwaldkreises, seiner Wirtschaft, Gesellschaft und Bildung.

Die Rolle der Odenwald-Akademie besteht nicht offiziell im Regionalmarketing, für den Odenwaldkreis ist dies aber ein weiterer guter Grund, diese Kooperation und unsere Aktivitäten fortzuführen. Künftig könnte versucht werde, die Verknüpfung von Wissenschaft und der Region noch stärker in den Mittelpunkt zu stellen, um noch stärker die Botschaft zu vermitteln, dass der Odenwaldkreis keine Provinz ist, sondern auch Standort von Innovation, Forschung und Exzellenz. Seit 2019 wurde der Themenschwerpunkt „Land-Neu-Denken“ in den Mittelpunkt der Veranstaltungen der Odenwald-Akademie gestellt. In diesem Kontext wird nun aktiver an einem Bewusstseinswandel hin zu einem innovativen ländlichen Raum als Freiraum und Raum der Möglichkeiten gearbeitet. Wie in der Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus weiter ausgeführt wird, ist aber darauf zu achten, dass keine leeren Botschaften verkündet werden. Voraussetzung ist daher, dass zunächst, bzw. parallel Inhalte und Fakten geschaffen und schon Vorhandenes öffentlich noch bekannter gemacht wird – z.B. im Bereich Wissensökonomie und Innovation.

Wie bereits erläutert gilt es, alle Altersgruppen anzusprechen. Insofern ist das Arbeitsfeld der **Förderung des Interesses von Schülern an Wissenschaft als Beitrag zur künftigen Berufswahl** bereits ein zentraler und strategischer (langfristiger) Beitrag zur Fachkräftesicherung für das Qualifikationsniveau mit (Fach-)Hochschulabschluss und im Besonderen für den Bereich MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Zu diesen Zwecken gibt es seit 2020 das MINT-Zentrum

als feste Einrichtung an der BSO in Michelstadt. Mit dem Projekt Juniorlabor werden Schüler*innen von der Grundschule bis zur gymnasialen Oberstufe praxisnah für MINT begeistert. Auch dafür ist die Odenwald-Akademie das organisatorische Bindeglied zwischen der Region und der Wissenschaft.

Mit Blick auf andere Altersgruppen betreibt die Odenwald-Akademie Vortragsveranstaltungen und Podiumsdiskussionen, vorrangig mit Experten aus der Wissenschaft sowie – zu den Diskussionen – aus der Praxis und dem Odenwaldkreis. Die Bandbreite der Themen ist hierbei groß. Sie reicht von technologischen Fortschritten und naturwissenschaftliche Phänomenen, über deren (potentielle) gesellschaftlichen Auswirkungen bis hin gesellschaftswissenschaftlichen und politisch relevanten Themen. Eine solche MINT-Begeisterung könnte künftig noch stärker verwendet werden, um junge Menschen für eine Karriere im Odenwaldkreis zu gewinnen. Anknüpfungspunkte bieten Schülerpraktika, Duale Studienangebote und das Deutschland-Stipendium. Das Deutschlandstipendium bietet Unternehmen die Möglichkeit, unter eigenen Wunschkriterien ausgewählte Studierende zu fördern. Vorteile für das Unternehmen sind die Vernetzung und gute Chancen, die Stipendiat*innen für das Unternehmen zu gewinnen. Eine Studie hierzu zeigte, dass 31% der Unternehmen Stipendiat*innen bereits als Mitarbeiter gewinnen konnten, 50% für ein Praktikum und 44% für eine Abschlussarbeit im Unternehmen. Daneben entsteht und ein positiver Beitrag zum Image. Der finanzielle Aufwand von 1.800 Euro im Jahr ist hierbei als Spende voll steuerlich absetzbar. Nähere Auskunft gibt hierzu eine Beratungsstelle der TU Darmstadt.

Innovation und Unternehmensgründungen

Innovation und Dynamik in der Regionalen Wirtschaft können und müssen natürlich neu gegründete Unternehmen mit sich bringen. Der NUI-Indikator, der Unternehmensan- und abmeldungen in Relation zur Bevölkerung einschließt, zeigt für den Odenwaldkreis sehr gute Werte für eine ländliche Region ohne eigene Hochschule (vgl. Abbildung 23, S. 48). Auch der Vergleich mit anderen hessischen ländlichen Kreisen zeigt eine überdurchschnittliche Gründungsdynamik im Odenwaldkreis. Während viele dieser Gründungsvorhaben nicht über die Schwelle einer Selbstständigkeit ohne Mitarbeiter hinauskommen, viele auch nach kurzer Zeit wieder aufgelöst werden müssen, gibt es doch immer wieder auch echte Erfolgsgeschichten, die mit innovativen Ideen Kunden, Arbeitsplätze und Gelder in den Odenwaldkreis holen.

Bereits vielfach engagiert in der Gründerförderung ist die OREG. Im Rahmen deren Gründungsoffensive wird Interessierten eine kostenlose Beratungsmöglichkeit geboten. Dabei werden Business-Pläne optimiert, Erfolgschancen eruiert und falls nötig Kontakt zu den sogenannten Wirtschaftsmentoren vermittelt. Diese Personen sind ehemalige Unternehmer*innen, die die Zeit ihres Ruhestands ehrenamtlich der Beratung von Gründungsinteressierten und Bestandsunternehmen in Umbruchsphasen widmen. Auch zu dem Themenbereich Innovationsmanagement beraten die Mentoren. Seitens der OREG wird außerdem jährlich ein Gründerpreis vergeben, ebenso wie ein jährlich ein Wettbewerb für den besten Business-Plan gemeinsam mit den Schüler*innen des BSO durchgeführt wird. Einige dieser Business-Pläne wurden nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss realisiert und mündeten in einer Gründung. Die Gründungsoffensive der OREG wird seit 2009 aus Mitteln des Landes Hessen und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert.

Ein weiteres Angebot der Gründerförderung in der Region ist an der TU Darmstadt angesiedelt: das HIGHEST Innovations- und Gründungszentrum unterstützt Wissenschaftler*innen, Studierende und Unternehmen, bei Fragen des Transfers von Ideen und Know-how in Wirtschaft und Gesellschaft. Trotz bestehender Bestrebungen zur Kooperation zwischen OREG und HIGHEST gab es bislang in der Praxis noch keine Berührungspunkte in einzelnen Fällen. Mit Hinblick auf den wirtschaftlichen Strukturwandel wäre die Ansiedlung solcher Start-Ups aus dem Umfeld der TU besonders begrüßenswert, bleibt bislang wohl aber auf die räumliche Nähe der TU, bzw. den Ballungsraum beschränkt.

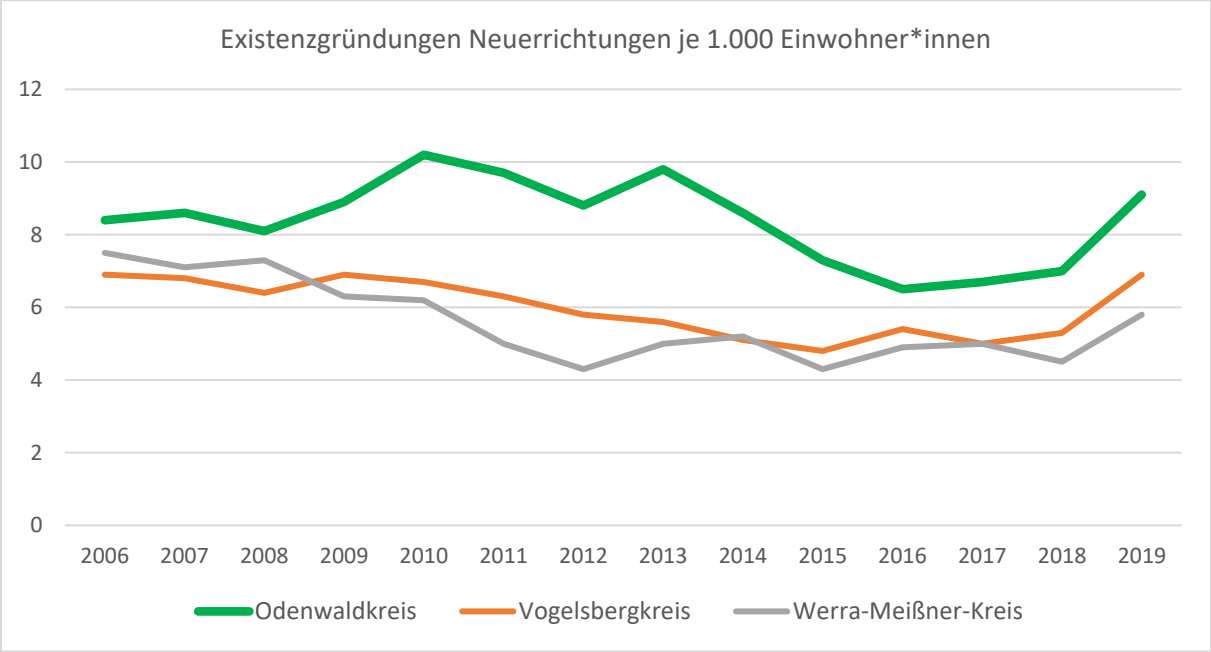


*Abbildung 59: Existenzgründungen Neuerrichtungen je 1.000 Einwohner*innen. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (wegweiser-kommune.de):*

Handlungsmöglichkeiten

- Aufarbeitung des theoretisch-praktischen Wissensschatz zur Förderung von Innovation in ländlichen Räumen, sodass Best-Practices eingeordnet, bisherige Odenwälder Projekte reflektiert und neue Strategien erstellt werden können.
  Kategorie: **dringend umzusetzen**, personell und/oder finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Forschungspartner
  ID: 31; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.3: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Cluster
  - Aufbau eines Kautschuk und Kunststoff Clusters, mit besonderem Fokus auf Kunststoffe und Kautschuk aus nachhaltig produzierten Rohstoffen unter enger Kooperation mit Forschungspartnern und Hochschulen
    Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: OREG, Kreispolitik
    ID: 32; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  - Etablierung eines Anwender-Entwickler-Zentrums für den Bereich Kunststoff und Kautschuk, evtl. in Kooperation mit interessierten Nachbar-Landkreisen, bzw. deren Unternehmen und Unternehmerverbänden für ein wirtschaftlich tragfähiges Modell
    Vorbedingung: Kunststoff- und Kautschuk-Cluster etablieren
    Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreisverwaltung, Kreispolitik, ausgewählte Standort-Kommune
    ID: 33; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.1: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- KMU-Kommunikationsstrategie, die die Odenwälder Unternehmen sowohl nach innen als auch nach außen als moderne KMU in lebenswerter Region zeigen, kombiniert mit typisch Odenwälder Umgang / Arbeitsklima und daher „flachen Hierarchien“ – „Landluft macht frei“.
  - Bieten Aufstiegschancen, geringe Bürokratie, mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten der Mitarbeitenden – Anpack-Mentalität – oft suchen ältere Unternehmer auch nach perspektivischen Nachfolgern

- Ermöglicht Leben und Arbeiten in kurzer Distanz mit bezahlbarem Wohnen und geringerem Kinderbetreuungsaufwand (aufgrund sicherem Umfeld, Freiräumen und Nachbarschafts-Netzwerken)
- Höherer Lebensstandard dank selben Gehalt bei niedrigeren Lebenshaltungskosten – und mehr Freizeit

Umzusetzen im Kontext mit einer durchdachten Regionalmarketing-Strategie, bzw. organisationsübergreifenden Kommunikationsstrategie
Siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus sowie Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie
→ Vorbedingung: Umsetzung „Kommunikationspolitische Strategie" – Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus
Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: OREG, Wirtschafts-Verbände
ID: 35; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.3: 3; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Schaffung von Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte im Rahmen eines Projekts „Rural Engineering"
  Rural Engineering bündelt das Interesse von Hochqualifizierten nach einem Leben und Arbeiten auf dem Land in einer angenehmen Arbeitsumgebung und einem kleinstädtischen Umfeld. Der ländliche Freiraum in kreativen, attraktiven, kleinstädtischen Räumen in Kombination mit einer hervorragenden Work-Life-Balance sorgen für das Interesse hochqualifizierter Arbeitskräfte, die für die Qualität der Marke sorgen.

  Modell 1: „Rural Engineering" bietet in erster Linie diese Arbeitsräume an. Anders als beim Modell Co-Working werden aber längerfristige Verträge geschlossen (mindestens 3 Monate). Vertragsnehmer sind selbstständige Ingenieure (und kleine Unternehmen). Zusätzlich tritt „Rural Engineering" auch als Vermittler zwischen Ingenieuren und Auftraggebern auf und vereinfacht das Team-Bildung bei größeren Projekten. Nach dem ersten Standort im Odenwaldkreis werden auch andere, ländliche Standorte aufgebaut

  Modell 2: „Rural Engineering" ist ein Anbieter von Ingenieurs-Leistungen, das vor allem Auftrags-Arbeiten für Unternehmen in den naheliegenden Ballungsräumen aber auch weltweit anbietet. Statt einem repräsentativen Headquarter in einer Großstadt bildet das Unternehmen ein Netzwerk mittlerer und kleinerer Standorte in ganz Deutschland und darüber hinaus.

  Zusätzlich können auch Co-Working Arbeitsplätze angeboten werden, die für eine offene Arbeitsatmosphäre sorgen und ein Lockangebot darstellen für weitere Fachkräfte.
  Arbeitsschritte:
  - Suche nach geeigneten Standorten für das Projekt in einem kleinstädtischen Umfeld mit guter Verkehrsanbindung und gastronomischer Versorgung in der Umgebung
  - Schaffung von architektonischen Visionen für den Standort im Spannungsverhältnis zwischen Regionstypik, historischer Bausubstanz und Moderne. Dies dient auch dazu, eine eindrucksvolle Präsentation der Business-Idee zu erstellen und ein solches Cluster mit dem nötigen öffentlichkeitswirksamen Image zu versehen.
  - Suche nach Finanzierungsansätzen für die Unternehmung sowie nach einem Partner aus der Wirtschaft oder potentiellem Gründer für das Unternehmen

  Voraussetzungen: umfängliche finanzielle Mittel und Personalressourcen; möglichst unter Nutzung von Fördergeldern
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG
  ID: 36; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.3: 1; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  siehe auch Zielbereich 5: Work-Life-Balance / 5.4 Flexible Arbeitsorte
- Positionierung der Region als zukunftsfähiger Raum der Wissenschaft, der Innovation und der Wissensökonomie im Rahmen einer Regionalmarketing-Strategie und fortlaufend auch mithilfe der Odenwald-Akademie.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen / bereits in Umsetzung befindlich
  Hauptverantwortlich: Odenwald-Akademie
  Siehe auch Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus

ID: 37; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.3: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
siehe auch Zielbereich 5: Work-Life-Balance / 5.4 Flexible Arbeitsorte

- Fortführung der Initiativen zur Gründungsförderung
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen / bereits in Umsetzung befindlich
  Hauptverantwortlich: OREG
  ID: 38; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.3: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  siehe auch Zielbereich 5: Work-Life-Balance / 5.4 Flexible Arbeitsorte
- Prüfung erweiterter Zusammenarbeit zwischen Kreis, Wirtschaft und TU Darmstadt in den Bereichen Gründerförderung und Deutschlandstipendium.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG
  ID: 39; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.3: 2; Zielbereich:2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  siehe auch Zielbereich 5: Work-Life-Balance / 5.4 Flexible Arbeitsorte
- Umfassende Nutzbarmachung der neuen Fördermöglichkeiten im Zuge der Einordnung des Odenwaldkreises als GRW-strukturschwacher Raum.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten, personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, OREG
  ID: 129; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt
  Siehe außerdem: Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 15: Handlungsfähige Kommunen und Förderpolitik; Teilstrategie Verwaltung – Zielbereich 39: Finanzen

*Ziel 2.3: Fortbestand von Arbeitsplätzen nach Ruhestandseintritt von Geschäftsführer*innen sichern*

SMART-Formulierung:

Beibehaltung des Verhältnisses von SVP-Beschäftigten am Arbeitsort zu den Einwohner*innen auf einem Niveau von 0,286 – und möglichst Steigerung dieses Wertes.

Erläuterung:

Das Problem der Unternehmens-Nachfolge kann auch als Spezialfall des Fachkräftemangels verstanden werden, hat aber den Unterschied, dass an der (Nicht-)Besetzung einer einzelnen Stelle die gesamte Zukunft von Unternehmen abhängen kann. In weiteren Bereichen neben Industrie und Handwerk ist das Problem auch in ärztlichen Praxen, der Landwirtschaft mit KMU-Strukturen sowie in der Gastronomie zu finden. Besonders offenkundig tritt das Problem bei Unternehmen auf, die alltäglich eine Rolle spielen – z.B. Bäckereien, Frisörgeschäfte oder Metzgereien. Das Handwerk und die kleineren Unternehmen sind im Allgemeinen besonders vom Fach- und Führungskräftemangel betroffen. Traditionell wurden viele kleine Unternehmen oft innerhalb der Familie übergeben und konnten so teils über Generationen hinweg erfolgreich geführt werden. Dies funktioniert heutzutage immer seltener. Die Tendenz, den selben Beruf wie die Eltern zu ergreifen hat sich in den letzten Jahrzehnten spürbar abgeflacht. Daher kommt es darauf an, früh aussichtsreiche Fachkräfte zu fördern, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, für die entsprechende Fortbildung zu sorgen und kontinuierlich verantwortungsvolle Aufgaben und Personalführung zu übertragen. Ein kontinuierliches „Heranziehen“ der nächsten Chef-Generation mit klarer Perspektive und einem Zeitplan ist auch deshalb so wichtig, damit diese fähigen Fachkräfte nicht anderweitige Aufstiegschancen suchen. Diese Gefahr ist bei besonders fähigen Fachkräften natürlich stets gegeben – womöglich wird eine attraktivere Stelle bei der Konkurrenz geboten, vielleicht wird der direkte Sprung in die Selbstständigkeit gewagt.

Wie die Statistik zeigt, ging in den letzten Jahren vor allem die Zahl der Kleinbetriebe mit bis neun Mitarbeitenden im Odenwaldkreis zurück. Im Gegenzug stieg die Zahl der mittleren Unternehmen mit 10 bis 249 Mitarbeitenden an. Die Zahl der am Arbeitsort Beschäftigten stieg im selben Zeitraum ebenfalls an. Insofern lässt sich zusammenfassend ein Konsolidierungsprozess feststellen, der dazu führt, dass Betriebe tendenziell größer werden. Somit wird bei gleicher Wirtschaftsleistung weniger Führungspersonal benötigt. In der Öffentlichkeit gut wahrnehmbar ist dieser Prozess z.B. bei den Metzgereien und Bäckereien. In diesen beiden Bereichen werden kleine Betriebe, die auch wichtig für die Nahversorgung in den Ortsteilen sind, vermehrt an ein regionales Filialnetz übergeben. Somit bleiben die Wertschöpfung in der Region, die Arbeitsplätze und die Nahversorgung erhalten – im Gegensatz zur Alternative, der Übernahme freiwerdender Marktanteile durch überregionale Großunternehmen. Auch in der Gastronomie ist dieses Phänomen der regionalen Konsolidierung in Ansätzen bereits erkennbar.

Mit 4.792 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten machte das Handwerk 2018 etwa 17 % der SVP-Arbeitsplätze (Sozialversicherungspflicht-Beschäftigte) im Odenwaldkreis aus. Sieht man sich die Zahlen zur Entwicklung des Handwerks im Odenwaldkreis an, kann man ein Wachstum in den Umsätzen und in den Mitarbeitendenzahlen feststellen (siehe Tabelle 8).

Mit Rücksicht auf die Flächenstruktur im Odenwaldkreis fehlt für großflächigere Gewerbeflächen, wie sie für größere Unternehmen nötig sind, oft schlicht der Platz. Daher wird die Region wohl auch auf absehbare Zeit in gewissem Rahmen durch eher kleinere Unternehmen gekennzeichnet bleiben. Umso wichtiger ist es, Wachstumsvorhaben, die bei einem Generationenwechsel teils ins Auge gefasst werden, die entsprechenden Möglichkeiten zu bieten. Diese tendenziell steigenden Betriebsgrößen sind häufig nicht mehr wie früher in den Wohnlagen mit abzubilden (*siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung).*

Größere Unternehmen stellen auch für die betriebswirtschaftliche Organisation eine größere Aufgabe dar. Auch die Personalführung wird komplexer. Somit wachsen also auch die Anforderungen an die Geschäftsleitung. Auch Kleinstbetriebe können mit erhöhtem Know-How und z.B. mit digitalen Systemen zur Rechnungsführung und Kalkulation Effizienz und Erfolg ihres Managements verbessern.

Da die Anzahl der Beschäftigten mit Arbeitsort im Odenwaldkreis in den vergangenen Jahren nicht zurückgegangen ist, sondern anstieg, ist davon auszugehen, dass dieser Konsolidierungsprozess hin zu eher mittelgroßen Unternehmen insofern funktioniert, als dass bei Aufgabe einzelner kleiner Unternehmen keine Arbeitsplätze in der Region verloren gehen. Die Mitarbeitenden scheinen meist bei verbleibenden Unternehmen Arbeit zu finden. Bei Aufgabe von größeren Unternehmen besteht aufgrund der stärkeren Spezialisierung und Arbeitsteilung oft keine derartige Möglichkeit, regional einen Arbeitsplatz bei einem ähnlichen Unternehmen zu finden.

Letztlich geht es also nicht erstrangig darum, jedes kleine Unternehmen zu erhalten, sondern vor allem geht es um die Arbeitsplätze und die regionale Wertschöpfung, aus Sicht der Kommunen auch mit Blick auf damit einhergehende Steuereinnahmen. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist daher die geeignete Messzahl. Aktuell (2019) hat der Odenwaldkreis 27.659 SVP-Beschäftigte am Arbeitsort, bei einer Einwohner*innenzahl von 96.703 lässt sich ein Verhältnis von SVP zu gemeldeten Personen von 0,286 bestimmen. Dieses Niveau sollte mindestens gehalten werden. Eine Steigerung würde umfassende positive Effekte für die Region haben.

Somit lassen sich verschiedene mögliche Strategien festhalten:

- Nachfolger im Unternehmen „heranziehen“ und Führungskompetenz aufbauen
- Matching von Personen mit Übernahme- oder Aufstiegsabsichten und Unternehmen, die in absehbarer Zeit eine Nachfolger*in in der Leitung benötigen
- Förderung regionaler Konsolidierung, also der Übernahme von Filialen und / oder Mitarbeiter*innen durch kleine und mittlere Unternehmen der Region mit Wachstums-Absichten – also vor allem die Bereitstellung passender Rahmenbedingungen für solche Wachstumsprozesse – in Form von Gewerbeflächen, Infrastrukturen und Bildungsangeboten

Siehe auch: Teilstrategie Natur und Kulturlandschaft, Landwirtschaft und Landschaftsschutz, Zielbereich Landwirtschaft; Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Zielbereich 55: ärztliche Versorgung; Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus, Zielbereich 45: Tourismus

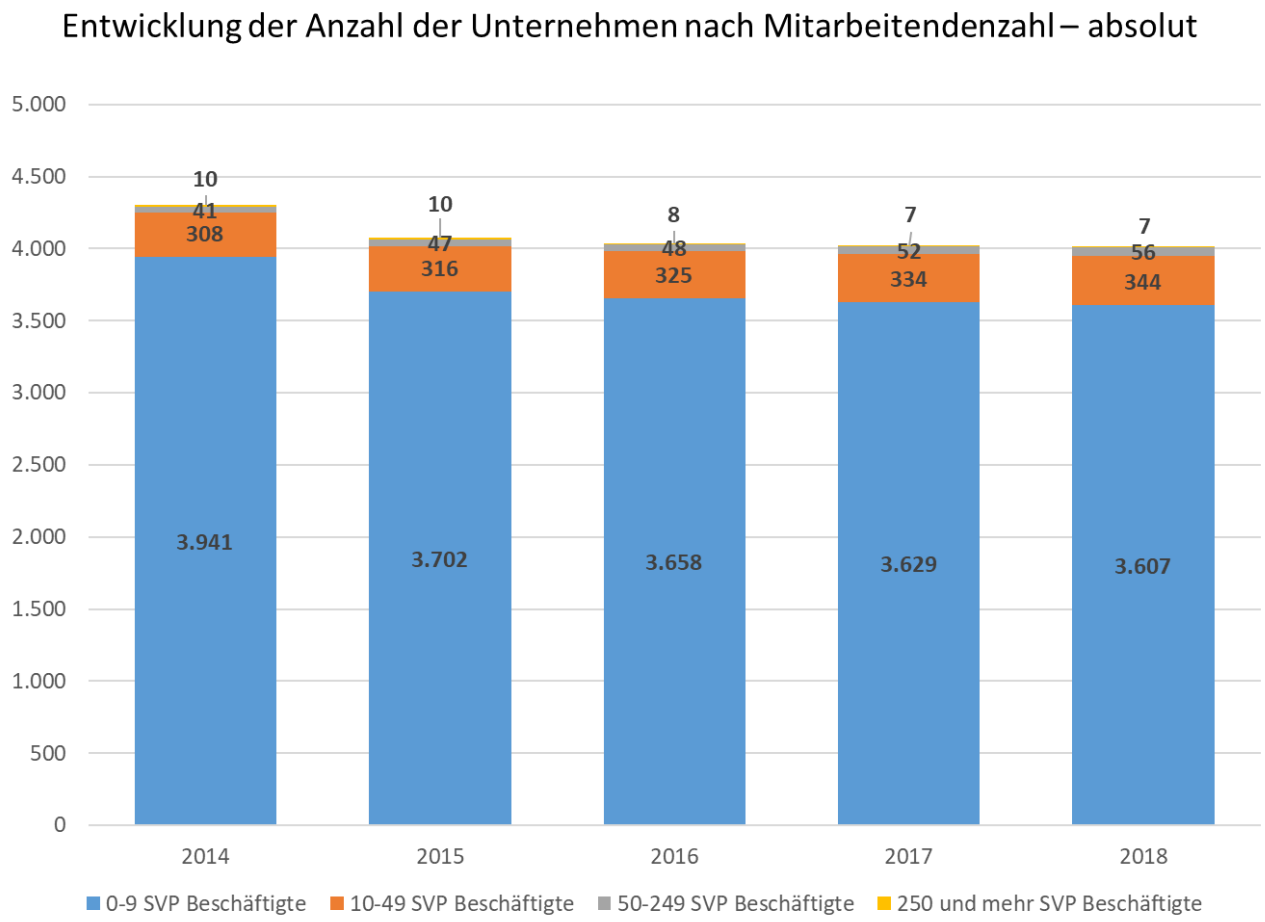


Abbildung 60: Entwicklung der Anzahl der Unternehmen im Odenwaldkreis nach Mitarbeitendenzahl – absolut. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de, 2021)

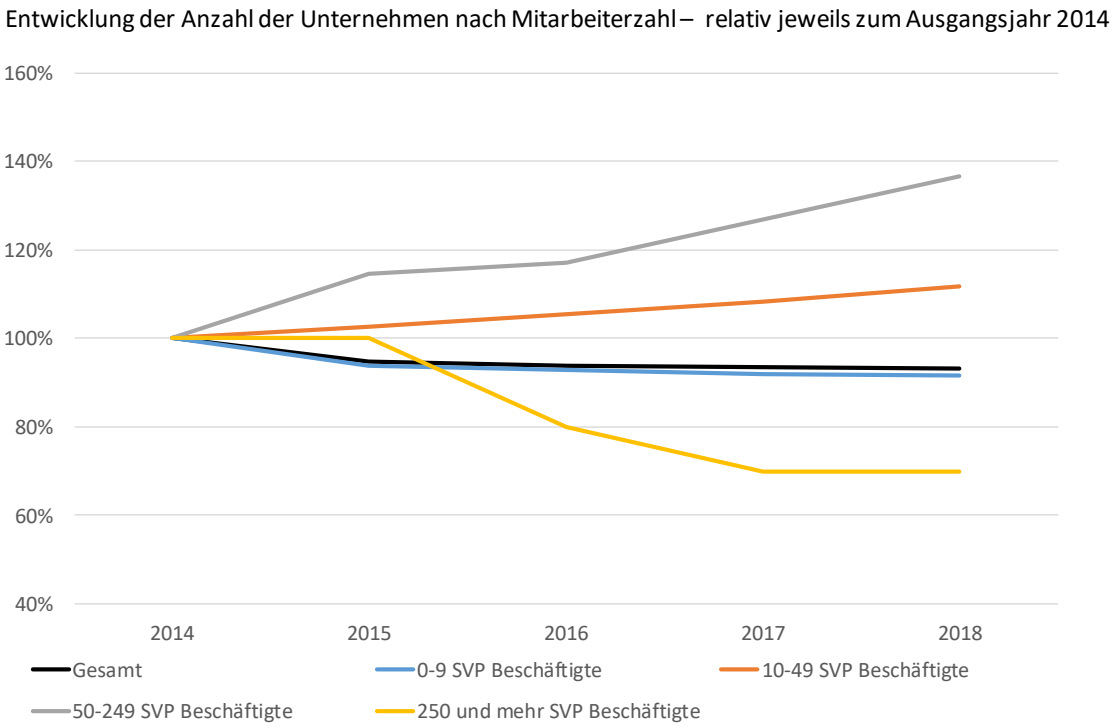
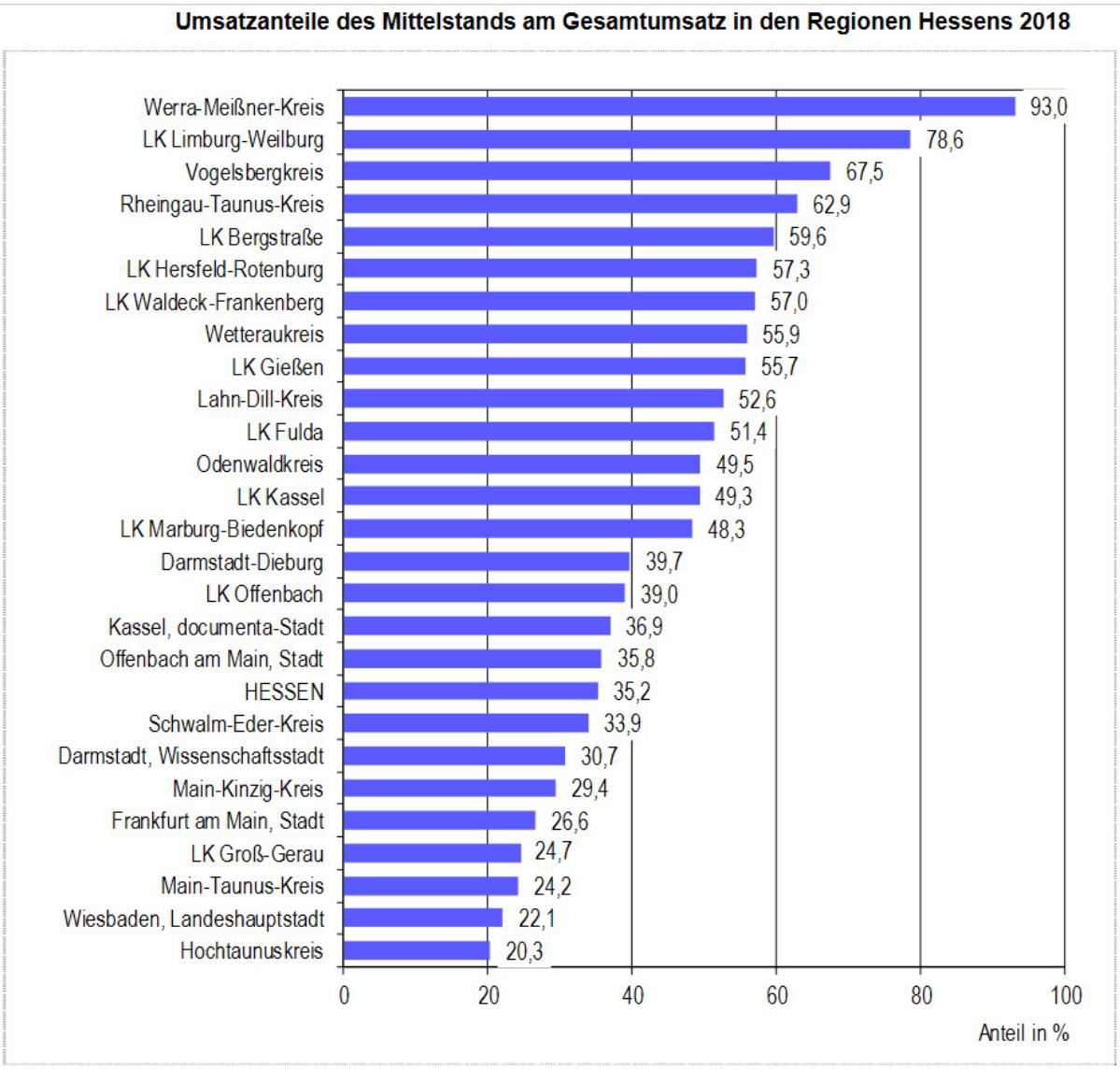


Abbildung 61: Entwicklung der Anzahl der Unternehmen im Odenwaldkreis nach Mitarbeitendenzahl – relativ jeweils zum Ausgangsjahr 2014. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de, 2021)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Umsatzsteuerstatistik), Berechnungen der Hessen Agentur.

Abbildung 62: Umsatzanteile des Mittelstands am Gesamtumsatz in den Regionen Hessens 2018 (mittelständische Unternehmen sind hier solche mit einem Jahresumsatz von unter 50 Mio. €; Quelle: Hessischer Mittelstandsbericht 2020; (HMWEVW; 2020c))

Tabelle 8: Handwerksunternehmen, tätige Personen, Umsatz – Odenwaldkreis und hessische Vergleichsregionen. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de, 2021)

		Handwerks-unternehmen	Tätige Personen insgesamt im Jahresdurchschnitt	sozialversich-erungspfl. Beschäftigte im JD	geringfügig entlohnte Beschäftigte im JD	Tätige Personen je Unternehmen im JD	Umsatz insges.	Umsatz je tätige Person
		Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Tsd. EUR	EUR
2018	Odenwaldkreis	850	6933	4792	1238	8	674750	97324
	Lkr. Hersfeld-Rotenbu	735	8873	6978	1124	12	1078769	121579
	Werra-Meißner-Kreis	730	5791	4326	706	8	601448	103859
2017	Odenwaldkreis	849	6881	4769	1206	8	677779	98500
	Lkr. Hersfeld-Rotenbu	730	8723	6871	1088	12	1025561	117570
	Werra-Meißner-Kreis	723	5730	4263	718	8	594337	103724
2016	Odenwaldkreis	846	6743	4662	1178	8	658005	97583
	Lkr. Hersfeld-Rotenbu	746	8670	6790	1097	12	962229	110984
	Werra-Meißner-Kreis	738	5647	4163	715	8	573641	101583
2015	Odenwaldkreis	889	6930	4776	1209	8	645087	93086
	Lkr. Hersfeld-Rotenbu	788	8534	6578	1132	11	942929	110491
	Werra-Meißner-Kreis	761	5672	4149	730	7	546434	96339
2014	Odenwaldkreis	909	6978	4755	1263	8	633112	90730
	Lkr. Hersfeld-Rotenbu	792	8634	6648	1157	11	921810	106765
	Werra-Meißner-Kreis	784	5853	4227	808	7	553011	94483
2013	Odenwaldkreis	887	6586	4488	1154	7	598585	90887
	Lkr. Hersfeld-Rotenbu	786	8543	6636	1082	11	946148	110751
	Werra-Meißner-Kreis	757	5763	4198	774	8	551089	95625
2012	Odenwaldkreis	882	6544	4427	1183	7	593454	90687
	Lkr. Hersfeld-Rotenbu	784	8604	6635	1145	11	1038124	120656
	Werra-Meißner-Kreis	778	5981	4307	857	8	553775	92589
2011	Odenwaldkreis	876	6342	4225	1191	7	631619	99593
	Lkr. Hersfeld-Rotenbu	755	8568	6648	1129	11	1048951	122427
	Werra-Meißner-Kreis	780	5896	4232	849	8	556609	94405
2010	Odenwaldkreis	862	6104	4088	1103	7	541035	88636
	Lkr. Hersfeld-Rotenbu	736	8388	6475	1141	11	986424	117599
	Werra-Meißner-Kreis	771	5854	4221	825	8	526656	89965

Handlungsmöglichkeiten:

- Fortführung der Förderung unternehmerischen Denkens und besserer Wahrnehmung solcher Möglichkeiten bei regionalen KMU, um Ausbildungs- und Aufstiegschancen in Bereichen wie Handwerk, Einzelhandel und Gastronomie attraktiver zu machen und so auch vermehrt als Führungskraft geeignete Nachwuchskräfte zu gewinnen. Aktuell umgesetzt werden diese Themen bereits im Rahmen der Gründungsoffensive, dem Gründerpreis und dem Business-Plan-Wettbewerb am BSO.
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG, Verbände, Schulen
  ID: 40; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.4: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Weiterbildungsangebote zur modernen Betriebsführung in kleinen Unternehmen
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich
  Hauptverantwortlich: regionale Wirtschaftsverbände, IHK, Handwerkskammer
  ID: 41; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.4: 3; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Erstellung und Veröffentlichung von kurzen Erklärungsvideos zu (aktuellen) relevanten Themen für Odenwälder Unternehmen.
  Weiterbildungsbedarfe zur modernen Betriebsführung in mittleren Unternehmen werden auf diese Weise angeschnitten, sodass schnell klar wird, was hinter verschiedenen Themen steckt, was deren Potential ist usw. Bei weiterem Interesse können Angebote z.B. von den Kammern, den Hochschulen

der VHS oder anderen Bildungsanbietern wahrgenommen werden. Auch mit Hinblick auf vermehrte digitale Bildungsangebote erscheint es aktuell nicht als sinnvoll, zusätzliche konkrete Bildungsangebote in die Region zu holen.
Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: OREG
ID: 42; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.4: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
Siehe auch Teilstrategie Bildung-Zielbereich 49: Erwachsenenbildung und non-formale Bildung

- Gewerbeflächenstrategie u.a. mit Nachnutzungen, Umnutzungen und Ausweisung von (interkommunalen) Gewerbegebieten, um Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen zu ermöglichen
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 43; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.4: 2; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
  Siehe Zielbereich 4 Starke Zentren, Wirtschaftsstruktur und Landschaftsschutz verbinden
  Siehe Zielbereich 6: Standortqualität, Service und Standortmarketing (mit Zielgruppe Unternehmen) – insbesondere Ziele 6.4, 6.5 und 6.7
- Kombination von Gewerbeflächen-Kataster und Unternehmens-Nachfolge-Beratung nach dem Vorbild des Landkreises Osnabrück (Osnabrücker Land-Entwicklungsgesellschaft mbH; oleg.de). Einschätzung des Nachfolgeproblems anhand eines Ampelsystems, wobei Alter der Inhaber*in, die Geschäftsaussicht, die Branche, usw. berücksichtigt werden. Unternehmen der Kategorie „rot" werden ins interne Kataster aufgenommen. Nach persönlicher Ansprache werden Möglichkeiten der Unterstützung zur Übergabe an einen Nachfolger oder eine möglichst nahtlose Weiternutzung der Immobilie durch ein anderes Unternehmen eruiert. Kooperation mit Sparkasse und Volksbank, die derartige Betrachtungen bereits führen.
  Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG, Sparkasse, Volksbank
  ID: 44; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.4: 2; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  Siehe auch: Ziel 4.1 Kraftvolle Zentren, stabile Kommunen
- Fortführung und Ausweitung des bestehenden Gewerbeflächenkatasters der OREG auf mittelgroße Flächen und Gebäude
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG
  ID: 45; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.4: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  siehe auch Ziel 4.1: Flächenverbrauch auf ein Minimum reduzieren
- Schaffung einer Unternehmer-Akademie Odenwaldkreis zur Fortbildung als Führungskraft und Unternehmensnachfolger
  - Fortbildungsmöglichkeiten, um z.B. handwerklich Ausgebildeten das nötige betriebswirtschaftliche Verständnis zu vermitteln
  - Exklusiver Charakter durch anspruchsvolle Auswahlprozesse
  - Vernetzung der Teilnehmer mit Odenwälder und südhessischen Unternehmern über Branchengrenzen hinweg
  - Verknüpfung mit der BSO und möglichem BWL-Studienangebot (dual) sowie mit der VHS – je nach konkretem Angebot

  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich:
  ID: 46; Priorisierungsvorschlag Ziel 2.4: 4; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

3. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Vernetzung

Ziel 3.1: Vernetzung von Unternehmen, Politik und Verwaltung im Odenwaldkreis

SMART-Formulierung:

- Erhalt, Förderung und verbesserte öffentliche Wahrnehmung des Standortfaktors „kurze Wege und fairer Umgang"
- Kontinuierliche Verbesserung der Vernetzung von Unternehmen, Verbänden, Verwaltung und Politik. Messbar wird diese Verbesserung im Rahmen einer regelmäßigen Umfrage unter Unternehmen im Odenwaldkreis durch die OREG, wie sie bereits 2019 durchgeführt wurde und künftig um diesen Baustein erweitert wird. Neben Qualität und Quantität der Netzwerk-Strukturen soll auch das Klima unter den Unternehmen und die Relevanz der Landkreis-internen (Geschäfts-)Beziehungen erfragt

werden. Anhand dieser Umfrageergebnisse und ergänzenden Gesprächen, die dazu dienen, diese besser einzuordnen, werden die Aktivitäten zur Förderung der Netzwerk-Strukturen des Landratsamtes und der OREG angepasst werden. Dies erfolgt selbstverständlich immer in enger Abstimmung mit der VHS (bzw. Bildungsbüro), IHK, DEHOGA, Kreishandwerkerschaft und Handwerkskammer, sowie IVO und OREG

- *Siehe außerdem Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*

Erläuterung:

Im Rahmen der Gespräche mit Bürgerschaft und den Expert*innen wurde mehrfach auch auf das bessere Klima unter den Unternehmer*innen im Odenwaldkreis im Unterschied zum städtischen Raum hingewiesen. Demnach führen die „kurzen Wege“, bzw. die Kleinheit der Region dazu, dass man auf vielfältige Weise miteinander in Bezug steht voneinander abhängig ist. So sprechen sich beispielsweise schlechte Erfahrungen mit einem Unternehmen hier schnell herum – im Guten wie im Schlechten. Unternehmen bemühen sich in dem begrenzteren Markt, bei Kunden, Arbeitnehmer*innen und anderen Akteur*innen positiv in Erinnerung zu bleiben. Sicher tragen auch die hohe, naturnahe Lebensqualität und die besondere ländliche Lebensweise zu einem geringeren Konkurrenzdenken und weniger „Ellenbogen“ untereinander zu dem regionstypischen Geschäftsklima bei. Dieses gilt es, als Standortvorteil zu stärken und als solchen in die öffentliche Wahrnehmung zu stellen.

Wichtige bestehende Netzwerke im Odenwaldkreis sind insbesondere die Kreishandwerkerschaft, die IVO, sowie auch Veranstaltungen und Foren der OREG und der IHK, die niedrigschwellige Vernetzungs-Plattformen bieten und somit die Möglichkeit schaffen, sich auch im persönlichen Kontakt kennenzulernen. Diese Foren können auch dazu dienen, Themen der Fachkräftesicherung und der Wirtschaftsentwicklung zu platzieren und so die nötigen Multiplikatoren und Zielgruppen zu erreichen. Andersherum ist es im Sinne des Standortmarketings und des Wirtschaftsservice natürlich wichtig, seitens Verwaltung und Politik ein offenes Ohr für Anliegen der regionalen Unternehmen zu haben. Logischer erster Ansprechpartner sind hierbei die OREG und die Bürgermeister*innen (*siehe auch Ziel 6.6: Wirtschaftsservice).* Wirtschaftsförderung und Kommunalpolitik sollten darüber hinaus aber nicht nur als passiver Ansprechpartner auftreten, sondern auch aktiv auf Unternehmen und Verbände zugehen, um Fachkräftemangel, Wachstumschancen und –hemmnisse im Blick zu behalten – was sie auch tun.

In Bezug auf die Ziele 1.3: Image der Region und 1.6: Unternehmens-Marketing für bessere Fachkräfteanwerbung wäre auch die Frage, wie man sich als Unternehmen positiv in einem aufgeschlossenen, progressiven, ländlichen Raum darstellt, eine Frage, die sinnvollerweise gemeinsam in Netzwerken diskutiert werden sollte. Letztlich fördert man dadurch auch die Verbundenheit der Unternehmen mit der Region, den Zusammenhalt und den partnerschaftlichen Umgang unter den Unternehmen. Außerdem bietet sich bei einer Diskussion um die regionalen Vorzüge auch die Gelegenheit, zusätzliche Argumente für das Regionalmarketing nach außen zu finden (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*).

Handlungsmöglichkeiten:

- Zyklische Wiederholung der OREG-Unternehmensumfrage mit möglichst großem Teilnehmerkreis und einer Erweiterung um die Themen Netzwerke und Beziehungen der Unternehmen untereinander sowie denen zur Verwaltung und zur Kreis- und Kommunal-Politik
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG
  ID: 47; Priorisierungsvorschlag Ziel 3.1: 3; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Fortführung des Wirtschaftsbeirats und dessen Netzwerkaktivitäten zwischen OREG, Politik, Unternehmen, Verbänden, Bildungsinstitutionen, Agentur für Arbeit, Kommunalem Jobcenter und anderen Stellen der Verwaltung. Besonderer Fokus auf gemeinsame Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten. Bedarfsgerechte Anpassung, evtl. z.B. um die Agentur für Arbeit
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG, Kreis- und Kommunalpolitik
  ID: 48; Priorisierungsvorschlag Ziel 3.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Preisverleihung für Unternehmen, die fair und partnerschaftlich mit Konkurrenten und Kunden umgehen – Nominierung auf Vorschlag anderer Unternehmen. Besondere Sorgfalt ist bei der Wahl der Bewertungskriterien anzuwenden.

Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: OREG, Verbände
ID: 49; Priorisierungsvorschlag Ziel 3.1: 2; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- Aufbau einer Regionalmarke (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus – Zielbereich Regionalmarketing)*

Ziel 3.2: Vernetzung mit anderen ländlichen Regionen

Erläuterung:

Eine Vernetzung mit anderen ländlichen Regionen und dortigen Unternehmen – insbesondere in der Industrie und den Dienstleistungsbranchen im strukturschwachen Raum – bietet mögliche Anknüpfungspunkte für die eigene interne Netzwerkarbeit und das Werben mit regionalen Vorzügen.

Eine Kooperation mit anderen ländlichen Landkreisen bietet außerdem die Möglichkeit, die „Renaissance des ländlichen Raums“ noch stärker zu propagieren und einen solchen Bewusstseinswandel deutschlandweit voranzutreiben. Im Verbund könnten Ressourcen gebündelt und Werbekampagnen gestartet werden. Der ländliche Raum allgemein, die Kleinstadt im Besonderen soll hierbei neu entdeckt werden als moderner, freiheit-bietender Raum mit eigenen Vorzügen. Insbesondere sollte sich eine solche Kampagne an junge Familien sowie an Unternehmen der digitalen Dienstleistungsbranche richten. Insofern muss das Konkurrenzdenken zwischen ländlichen Regionen

Zur Ausführung siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus – Zielbereich 45 Regionalmarketing

Ziel 3.3: Vernetzung mit den Metropolregionen FrankfurtRheinMain und Rhein-Neckar

SMART-Formulierung:

- Ausbau der Präsenz von Unternehmen, Verbänden, Politiker*innen und anderen regionalen Akteur*innen in den Netzwerken und auf den Plattformen der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main und Rhein-Neckar.
- Vernetzung von und mit Unternehmen im Ballungsraum, die verhältnismäßig viele Mitarbeitende haben, die im Odenwaldkreis wohnen. Nutzung der mit beiderseitigem Gewinnpotentiale (Kaufkraft, Mitarbeiter*innen, Unternehmen, Work-Life-Balance der Mitarbeitenden)

Erläuterung:

Erreicht werden könnte eine solche gestärkte Vernetzung durch eine stärkere Präsenz auf den Plattformen der Metropolregion. Wie das im Einzelnen erreicht werden kann ist mit deren Geschäftsstelle sowie mit der IHK und der IVO zu erörtern.

Mit verschiedenen bestehenden hochwertigen Veranstaltungen, wie die Energie- und Baumesse, die Südhessen Messe, die Architekten-Konferenz Landräume oder auch der Odenwald Country Fair, gelingt es bereits gegenwärtig, zahlreiche Menschen aus dem Ballungsraum und den umliegenden Regionen in den Odenwaldkreis zu locken. Weiteres Engagement in diesem Feld wäre also bezüglich dieses Ziels förderlich.

Eine stärkere Vernetzung von und mit Unternehmen im Ballungsraum, die verhältnismäßig viele Mitarbeiter*innen haben, die im Odenwaldkreis wohnen bietet verschiedene mögliche Vorteile:

- Fahrgemeinschaften über Unternehmen hinweg (*siehe Teilstrategie Mobilität – Zielbereich ÖPNV und Mitfahrten*)
- Gemeinschaftsbüros, Co-Working Möglichkeiten im Odenwaldkreis, die ein professionelles Arbeitsumfeld mit geringem Anfahrtsweg bieten (siehe *Ziel 5.4 Flexible Arbeitsorte*)
- Stärkere Präsenz als Retreat für Großstädter*innen zum konzentrierten Arbeiten – *siehe zur Handlungsmöglichkeit Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus, Zielbereich Tourismus.*

Handlungsmöglichkeiten:

- Veranstaltungen, Aktionen und Attraktionen im Odenwaldkreis durchführen und fördern, die Strahlkraft bis in die Großstädte hinein entwickeln und somit dort wie hier zu einer gesteigerten Wertschätzung des Odenwaldkreises als Ort für Erholung, zum Leben und zum Arbeiten beitragen.
  Kategorie: dringen zu bearbeiten; in unterschiedlichem Umfang voraussetzungsvoll, je nach Hauptverantwortung
  Hauptverantwortlich: Kreis, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteur*innen
  ID: 50; Priorisierungsvorschlag Ziel 3.3: 1; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
  Handlungsmöglichkeit ist auch in Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus, Zielbereich Regionalmarketing aufgeführt.
- *Siehe außerdem in Teilstrategie Mobilität, Teilstrategie Demographie Regionalmarketing und Tourismus sowie Zielbereich 5 Work-Life-Balance / 5.4. Flexible Arbeitsorte*

4. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Starke Zentren, Wirtschaftswachstum und Landschaftsschutz verbinden

Ziel 4.1: Strategische Gewerbeflächenentwicklung

SMART-Formulierung

- Grundsätzliche Beschränkung des Flächenverbrauchs für Gewerbe und Siedlung auf das nötige Minimum
- Erhalt der ausgewiesenen Gewerbeflächen im LEP und Regionalplan – insbesondere auch im Rahmen bei deren Neuauflagen und Fortschreibungen
- Für die Vergabe von neuen Gewerbeflächen („grüne Wiese“) können als Maßzahl verwendet werden:
  - die Anzahl der bisherigen Arbeitsplätze pro qm Gewerbefläche jeder Kommune oder
  - die möglichen Gewerbesteuern pro qm – Neuansiedlungen sollten aufgrund einer realistischen Schätzung mindestens 95 % des bisherigen Wertes in der Kommune erwarten lassen. In diese Berechnung fließen ausschließlich Zahlen von Gewerbegebieten, nicht von Mischgebieten ein.
- Ausweisung von Gewerbegebieten zu angemessenen Preisen je nach Standort und in nachfragegerechten Größen und Standorten
- *Siehe auch Ziel 6.5 Nachfrageorientierte Gewerbeflächenentwicklung*
- Bevorzugung von Gewerbeparks, die eine spezifische Ausrichtung haben – z.B. Handwerk, nachhaltige Energie, Digitalwirtschaft, Kautschuk- und Kunststoff

Erläuterung:

Die Natur- und Kulturlandschaft des Odenwaldkreises ist ein wichtiger Faktor für die Lebensqualität und somit auch für die Attraktivität der Region für Arbeitnehmer*innen. Wie die Bürgerschaftsbefragung zeigte, ist dies die wichtigste regionale Stärke. Deshalb kann ein langfristiger demographischer und wirtschaftlicher Erfolg nur erreicht werden, wenn die wirtschaftlichen Interessen einen sinnvollen Ausgleich mit dem Schutz von Natur und Landschaft eingehen. Neben dem Naturraum leidet auch die Landwirtschaft unter zunehmender Versiegelung von Flächen (siehe Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz).

Auf konkrete Grenzwerte für den Flächenverbrauch wird an dieser Stelle verzichtet, weil dies bereits durch Pläne höherer Ordnung übernommen wird (Landesentwicklungsplan und Regionalplan). Dem Flächenverbrauch durch Gewerbeansiedlung im Odenwaldkreis werden hierbei bereits enge Grenzen gesetzt. Für den Kreis und die Kommunen sollte Vorrang haben, diese Flächen bedächtig und nachfrageorientiert zu nutzen. Auch die mit der Nutzung verbundenen wirtschaftlichen Effekte für die Region sollten berücksichtigt werden. Letztlich ist man für die Finanzierung einer ausreichenden Infrastruktur in jeder Kommune auf Gewerbesteuereinnahmen angewiesen. Parallel wurde aber auch bereits unter Ziel 2.2 beschrieben, dass der Erhalt von Bestandsunternehmen und die Ermöglichung von deren Erweiterungen eine hohe Priorität in der regionalen Wirtschaftspolitik besitzen sollten. Diese Priorität gilt auch bei der Gewerbeflächenentwicklung. Allein schon aus diesem Grund muss daher trotzdem jede Kommune ihren eigenen Spielraum haben und erhalten.

Sowohl aus Sicht des Landschafts- und Naturschutzes, als auch aus der Perspektive des Regionalplanes, der Wirtschaft aber auch rein topografisch bedingt sind die potentiellen Gewerbeflächen im Odenwaldkreis stark begrenzt. Der Regionalplan Südhessen 2010 sieht dies folgendermaßen vor:

> „*Die bauleitplanerische Ausweisung von Industrie- und Gewerbegebieten hat innerhalb der in der Karte dargestellten "Vorranggebiete Industrie und Gewerbe, Bestand und Planung" stattzufinden. Sofern keine "Vorranggebiete Industrie und Gewerbe, Planung" ausgewiesen sind, dürfen kleinere Flächen unterhalb der Darstellungsgrenze von 5 ha in den "Vorranggebieten Siedlung, Bestand und Planung" und zu Lasten der "Vorbehaltsgebiete für Landwirtschaft" in Anspruch genommen werden.*“ (RP Darmstadt 2011: S. 37).

Das Regionale Entwicklungskonzept Südhessen von 2019 zeigt auf, welche der im LEP vorgesehenen Flächen bis 2018 noch nicht entwickelt worden waren. Wie sich hier zeigt, ist in Verbindung mit der Möglichkeit unabhängig davon Flächen von bis zu 5 ha auszuweisen, ausreichend Handlungsspielraum für die Kommunen des Odenwaldkreises gegeben.

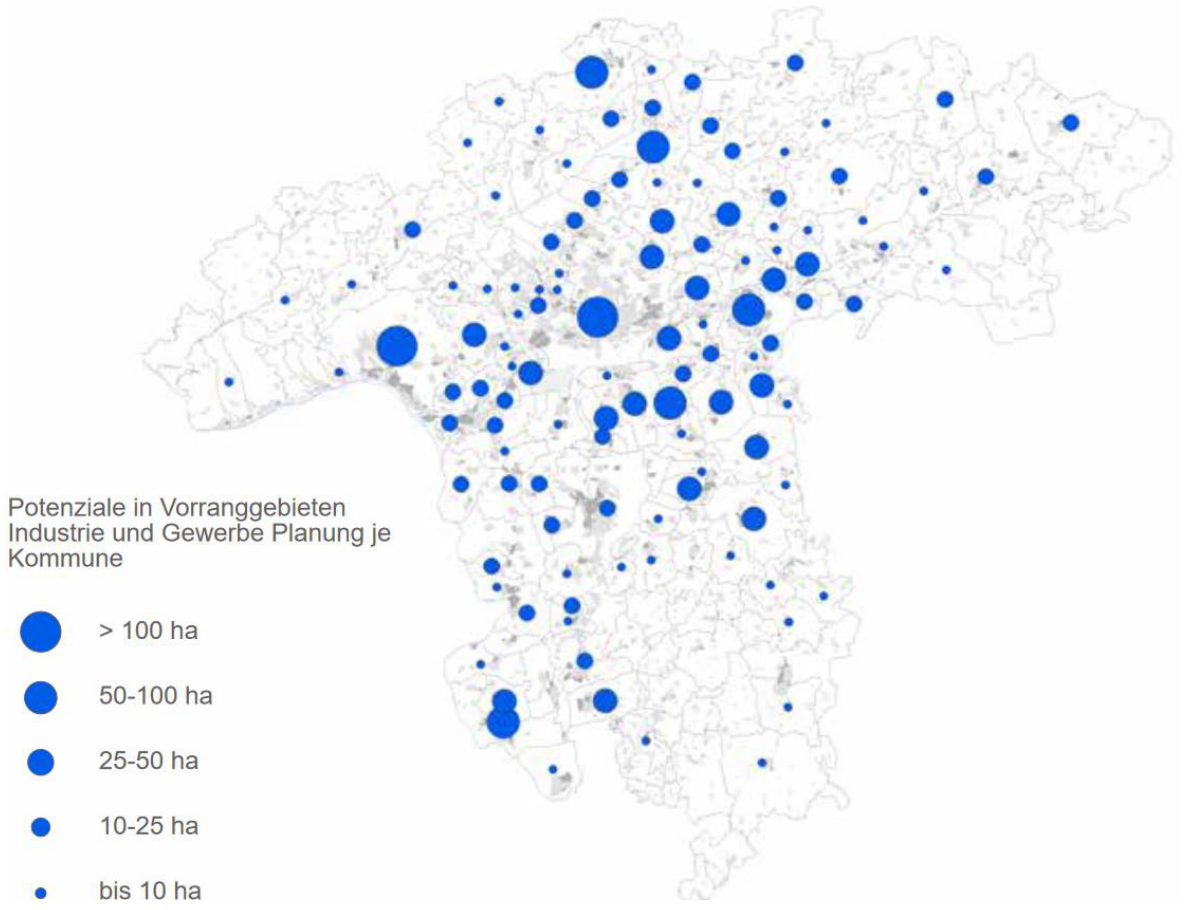


Abbildung 63: 2018 verbliebene Potentiale Vorranggebiete Industrie und Gewerbe (Quelle: RP Darmstadt 2019, S. 25)

Aufgrund der planerisch und naturräumlichen Begrenzungen sollte die **Neuausweisung von neuen Gewerbeflächen** stets wohlüberlegt geschehen und möglichst **nur dann, wenn die geplante gewerbliche Nutzung maßgebliche Vorteile für die Entwicklung der Kommune mit sich bringt**. So sollte beispielsweise verhindert werden, dass Logistikstandorte angesiedelt werden, die einen hohen Flächenverbrauch, aber nur wenige Arbeitsplätze und wenig Steuereinnahmen für die Gemeinde mit sich bringen. **Neue Gewerbestandorte sind also unter folgenden Gesichtspunkten** zu betrachten:

- Besteht ein bereits ein Bezug des Unternehmens zur Region? (Bestandsunternehmensservice vor Neuansiedlung)
- Wie hoch ist das voraussichtliche Steueraufkommen und die zu erwartenden Arbeitsplätze?
- Welcher Kaufpreis kann für die Kommune erzielt werden?

Die jeweils angemessenen Preise lassen sich je nach Standort anhand verschiedener Faktoren ermitteln: Die Gutachterausschüsse des hessischen Landesamtes für Bodenmanagement und Geoinformation erstellen alle zwei Jahre aktuelle Bestimmung zu den Bodenrichtwerten von Wohn-, Misch- , Gewerbe- und Landwirtschaftsflächen. Grundlage hierfür ist die Kaufpreissammlung, die den Gutachtern vorliegt. Das Bodenrichtwerteinformationssystem BORIS Hessen stellt diese Richtwerte auch als Geodaten bereit – damit lassen sich Bodenrichtwerte für jede beliebige Adresse in Hessen abrufen (wobei jeweils Werte für einzelne Orts- und Stadtteile angegeben werden). Generell lässt sich eine Entwicklung erkennen, die regional ähnlich wie die Entwicklung der Wohnimmobilienpreise verläuft. In beiden Bereichen ist ein Anstieg in der Nähe von Hauptverkehrsachsen und städtischen Zentren zu verzeichnen. Es ist zu beachten, dass die Gutachter v.a. auf bisher getätigte Immobilienverkäufe blicken – es handelt sich also vor allem um eine Analyse des bisherigen, was immer nur begrenzt Prognose-Aussagen zulässt. Letztlich deutet ein niedriger Preis immer auf ein starkes Angebot bei schwacher Nachfrage hin. Daher gilt es zu beachten, dass die Preise in den umliegenden Landkreisen Richtung Norden, Westen und Nordwesten deutlich höher sind und dort wahrscheinlich auch weiterhin steigen werden. Da das Angebot dort nur noch begrenzt wachsen kann ist auch ein weiteres Wachstum der Nachfrage im Odenwaldkreis – früher oder später – wahrscheinlich. Wie bei allen Wirtschaftsthemen wird auch weiter zu beobachten sein, wie sich die regionale Wirtschaft im Verlaufe der Corona-Kreise entwickelt.

Um das Zusammenfinden von Gewerbetreibenden und Gewerbeflächen zu fördern bestehen bereits Strukturen. Zu nennen ist einerseits das Gewerbeflächenkataster der OREG, andererseits das überregionale Portal „KIP.net“ (kommunale Immobilienplattform). Zunächst zögerlich vorangehende Befüllung von neu ausgewiesenen Flächen erfahren aktuell eine starke Nachfrage. Das Beispiel des Gewerbegebiets „Zieglersfeld“ in Beerfelden zeigte zuletzt, das verkehrlich günstig gelegene Flächen durchaus auch im Odenwaldkreis gefragt sind. Auch zwischenzeitlich leerstehende Gewerbeimmobilien finden aktuell zügig neue Nutzer.

Die Vermarktung von Parzellen in Gewerbegebieten stellt sich grundsätzlich anders und langwieriger dar als der Verkauf einer Wohnimmobilie. So unterscheiden sich beispielsweise die Anforderungen an die Größe der Parzelle bei verschiedenen gewerblichen Nutzungen erheblich stärker als das bei Bauplätzen der Fall ist. Außerdem kann eine geänderte konjunkturelle Lage oder geänderte Wachstumsstrategien von Unternehmen ein zunächst bekundetes Interesse wieder zunichtemachen. Aus diesen Gründen kann die Suche nach Käufern hier teils einige Zeit in Anspruch nehmen, auch wenn ein Standort prinzipiell attraktiv ist. Umso mehr gilt dies für bereits bebaute Flächen.

Die Planung und Erschließung von Gewerbegebieten ist für die Kommunen mit erheblichem Aufwand verbunden – finanzieller als auch personeller Art. Durch eine Koordinierung von derartigen Bestrebungen innerhalb des Landkreises lassen sich interne Konkurrenzvorhaben vermeiden und Projekte in interkommunaler Kooperation vereinfachen. Auch die Investitionskosten zur Erschließung können sich Kommunen so teilen. Zusätzlich wird Förderung aus IKZ-Mitteln möglich.

Um eine Zersiedelung und Industrialisierung der Landschaft zu verhindern, ist es sinnvoll, Gewerbeentwicklung auf die städtischen Zentren des Odenwaldkreises zu konzentrieren. Die Konzentration von Gewerbeansiedlung bietet auch die Möglichkeit, Agglomerationsvorteile wenigstens im Kleinen nutzen zu können. **Industrie sollte v.a. auf vorhandene Standorte und deren Umfeld konzentriert werden**. Insbesondere stark lärm- und gerucherzeugende Betriebe sollten **sozial- und landschaftsverträglich** angesiedelt werden.

BECKER et al (2020, S. 56) halten es auch für möglich, dass sich „im Zuge der Digitalisierung die Standortanforderungen und der Flächenbedarf von Unternehmen verändern [wird] und somit die Ausweisung großer Gewerbeflächen an Bedeutung verliert.“ Auch mit Hinblick auf den unter Zielbereich 2 beschriebenen Strukturwandel, in den nächsten Jahrzehnten vonstattengehen wird, ist insbesondere für die mittleren und größeren Ortskerne im Odenwaldkreis eine Ansiedlung von (digitalen, wissensbasierten) Dienstleistungsunternehmen vielversprechend. Wenn mehrere solcher Unternehmen an einem Ort mit attraktiver gastronomischer Versorgung und günstiger Verkehrsanbindung angesiedelt werden könnten, so könnte sich dort ein urbaner Charakter entwickeln, der für ein hohes Steueraufkommen bei geringer Flächeninanspruchnahme sorgt. Gleichzeitig würde damit etwas gegen den Mangel an Arbeitsplätzen z.B. in den Bereichen Medien, IT oder Design getan werden. Insbesondere sollte im Vorfeld ein Blick auf ähnliche Projekte und den Stand der Forschung zur Förderung von

Innovation und Wissensökonomie im ländlichen Raum geworfen werden (*siehe Zielbereich 2.2 Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel, insbesondere Maßnahme „Rural Engineering“*)

Aufgrund von Digitalisierung, Lieferdiensten, Strukturwandel und der Corona-Krise ist der Fortbestand vieler Dienstleistungs- und Einzelhandelsbetriebe in den Ortskernen auf Dauer ungewiss. Freiwerdende Immobilien bieten Chancen für Gründungswillige und andere kleine Unternehmen verschiedener (z.B. digitaler) Dienstleistungsbranchen. Damit bietet sich auch Potential für die Belebung von Ortskernen – einerseits durch einen stärkeren Gelegenheitsverkehr für die anliegenden Geschäfte, bedingt durch die Mitarbeitenden vor Ort – und andererseits durch die Verhinderung von Leerstand im Ortsbild. Erfahrungen beim Leerstandsmanagement für innerstädtische Gewerbeimmobilien wurden bereits im Projekt der Wirtschaftsförderung Oberzent gesammelt. Dabei zeigte sich – neben einigen Erfolgen – auch, wie mühsam diese Arbeit ist, u.a., weil die Motivation von Immobilieneigentümern teils gering ist. Daher muss auch die Frage der Rentabilität solcher Projekte gestellt werden. Ein effektives Leerstandsmanagement für innerstädtische (Einzelhandels-)Immobilien kann vor allem im Verbund mit weitreichenderen Maßnahmen zur Belebung des jeweiligen Ortskerns zielführend sein – unter dem Stichwort des Citymanagements (*Siehe Ziel 4.6: Lebendige, attraktive urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität, sowie Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Analyse – attraktive Ortszentren; Zielbereich 14: Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie*). Auch in Großstädten ist derzeit der Trend zu beobachten, dass Einzelhandelsgeschäfte, die in den Innenstädten schließen, durch Gastronomie, Wohnen, Dienstleistungen und Büros ersetzt werden. Das Beispiel der alten Kammfabrik in Michelstadt zeigt, wie Gebäude zukunftsorientiert umgenutzt werden können, sodass die historische, regional typische Bausubstanz neu in Wert gesetzt wird.

Handlungsmöglichkeiten:

- Koordinierung der Siedlungs- und Gewerbeflächenplanung auf Kreisebene bereits im Stadium der Vorüberlegungen - regelmäßige Abfrage zu Plänen und Vorüberlegungen bezüglich der Vorhaben – mindestens jährlich. Herstellung von Transparenz und Koordination unter den Vorhaben der Kommunen. (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich Nachhaltige Siedlungsentwicklung)*
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 51; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.1: 2; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Erhalt der im Regionalplan vorhandenen Potentialflächen für Gewerbe („Vorranggebiete Industrie- und Gewerbe, Planung“) und der regionalplanerischen Handlungsspielräume im Bereich bis 5 Hektar.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 52; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Verbesserte Planung und Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen und möglicherweise Handel mit Ökopunkten mit Partnern außerhalb des Odenwaldkreises. Auch mit Hilfe eines Landschaftspflegeverbandes sollen hier künftig strukturelle Verbesserungen erzielt werden (*siehe auch Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft*)
  Kategorie: dringend umzusetzen / in Umsetzung befindlich, personell, politisch, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 53; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Fortführung des Gewerbeflächenkatasters der OREG
  Kategorie: in der Umsetzung befindlich
  Hauptverantwortlich: OREG
  ID: 54; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Fortführung der Vermittlung von Gewerbeflächen und –immobilien über die Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich;
  Hauptverantwortlich: OREG
  ID: 55; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.1: 3; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Ausweitung des bestehenden Gewerbeflächenkatasters der OREG auf kleinere Flächen und Gebäude durch Kooperation mit örtlichen Kümmerern ähnlich der Wirtschaftsförderin für die Oberzent.

Einzelhandels-Immobilien (und andere kleinere Gewerbeimmobilien) könnten in ein gemeinsames Gewerbeimmobilien-Kataster eingefügt werden, insofern der Aufwand der Pflege und der Aktualisierung der Daten durch Kümmerer vor (z.B. „Innenstadt-Beauftragte“, „Citymanager*in“) Ort übernommen wird.
Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell und personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kommunen
ID: 56; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
*Siehe auch Ziel 2.4: Fortbestand von Arbeitsplätzen nach Ruhestandseintritt von Geschäftsführer*innen sichern; Dies dient auch Ziel 6.3 Einzelhandel und kleine Unternehmen*

- Workshop, Kongress o.ä. zum Thema Gewerbeflächenentwicklung, zu dem Bürgermeister*innen, Stadt- und Gemeinderät*innen, Magistrate und Gemeindevorstände, Bauamtsmitarbeitende, Kreistags- und Kreisausschussmitglieder, sowie Vertreter*innen aus Industrie und Handwerk eingeladen werden. Inhalt ist auch „Umwelt- und landschaftsfreundliche Gewerbegebiete“ und „Vergabe von Gewerbeflächen nach engen Kriterien“. Die Veranstaltung dient der Vermittlung von Wissen, Möglichkeiten und Praxisbeispielen und gibt einen Impuls in die Umsetzungsverantwortung von Kommunen und Wirtschaftsakteur*innen
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 57; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.1: 1; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- *Siehe auch Ziel 6.5 Nachfrageorientierte Gewerbeflächenentwicklung*
- *Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich Nachhaltige Siedlungsentwicklung*

Ziel 4.2 Umwelt- und landschaftsfreundliche Gewerbegebiete und nachhaltige Wirtschaft

SMART-Formulierung:

- Effektives Einbringen von Studien und Best-Practices in Stadt- und Gemeinderäte, Bauämter und Wirtschaftsverbänden.
- Anreize für private Akteur*innen schaffen, umwelt- und landschaftsfreundliche Gewerbegebiete mitzugestalten
- Nutzung erster positiver Beispiele im Odenwaldkreis durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit

Erläuterung:

Naturnahe Firmenareale können zum einen Fauna und Flora wichtige Lebensräume bieten, gleichzeitig bieten sie eine hohe Aufenthaltsqualität und einen Ort der Erholung für Mitarbeitende und Besucher*innen. Sie prägen darüber hinaus auch das Unternehmens-Image. Gerade für Unternehmen des Odenwaldkreises, wo Natur und Kulturlandschaft von der Bevölkerung als besondere Standortqualität geschätzt wird (siehe Ergebnisse der Bürgerschaftsbefragung 2019), könnte sich eine entsprechende Gestaltung lohnen. Darüber hinaus bietet naturnahe Gestaltung auch Funktionalität: beispielsweise trägt Dachbegrünung zu einem geringeren Bedarf an Klimatisierung bei.

Während in neueren Gestaltungssatzungen auch in Gewerbegebieten häufig zumindest in Ansätzen auch auf Natur und Aufenthaltsqualität geachtet wird, ist besonders in älteren Gebieten das Verbesserungspotential häufig groß (HÖRMANN et al. 2019: S. 3). Viele kleine und größere Maßnahmen können in verschiedenen Bereichen ergriffen werden, um Flächen derart zu verbessern.

Bei den **Grünflächen** kann die Versiegelung minimiert werden, um Lebensräume zu verbinden und das Versickern von Regenwasser zu ermöglichen. Mit einem intelligenten Pflegeregime und z.B. angepasster Mahd können insektenfreundliche Flächen mit einer Vielfalt an Pflanzen entstehen (HÖRMANN et al. 2019: S. 6). Die Nutzung heimischer und standortgerechter Pflanzen ist besonders anzuraten, da sie in ihrer Verbreitung teils selten geworden sind. Der Verzicht auf die Verwendung von chemischen Düngemitteln, Pestiziden und Insektiziden hilft, die Vergiftung von nützlichen und seltenen Arten sowie aller anderen Organismen zu verhindern. Das Zulassen von Wildwuchs und / oder das Anpflanzen von Blumenkräuterrasen sind demnach ebenfalls empfehlenswerte Handlungsoptionen wie die Anlage von Gebäude- und Fassadenbegrünung.

Abgesehen von den offenen Flächen bestehen auch Gestaltungsmöglichkeiten mit dem Anpflanzen von Bäumen und Hecken.

Besonders dem Artenschutz zuträglich ist die Verwendung von besonderer insektenfreundlicher Außenbeleuchtung und die Anwendung von Schutzmaßnahmen vor Vogelschlag. Auch Nisthilfen und Pflegeräume können geschaffen werden. Besonders förderlich für die Aufenthaltsqualität kann die ansprechend gestaltete Regenwasserrückhaltung sein, die auch zur Hochwasservorsorge und Grundwasserneubildung beiträgt.

Insbesondere bei der Neuerschließung von Gewerbegebieten ist von Beginn an ein nachhaltiges Verkehrskonzept zu denken – nicht nur mit Lkw und Pkw im Blick sondern auch mit den Verkehrsmitteln des Umweltverbunds – wie Bus und Fahrrad. Um die Flächenversiegelung für Parkraum zu vermindern können diese gemeinschaftlich durch mehrere Unternehmen genutzt werden. Carsharing, Fahrzeug-Pools oder Dienst-Fahrräder können die nötigen vermindern.

HÖRMANN et al. (2019) geben einen umfassenden Überblick zu solchen Gestaltungsmöglichkeiten und weiteren Vorteilen von naturnah gestalteten Gewerbeflächen. Des Weiteren sind einige Best-Practices zu nennen:

- Das EU LIFE Projekt, in dem verschiedene Partner aus Österreich, Deutschland, der Slowakei und Spanien organisiert sind und die naturnahe Gestaltung von Gewerbeflächen im Mittelpunkt steht (https://eu-life.eu/)
- Die IHK Darmstadt führte gemeinsam mit Praxispartnern und einer Gruppe von Studierenden ein Projekt zu diesem Thema durch. Weitere Informationen liefern die Pressemitteilungen der IHK: https://www.darmstadt.ihk.de/servicemarken/news/pressearchiv/pressemeldungen/untersuchung-gewerbeflaechen-perform-4432462 und https://www.darmstadt.ihk.de/servicemarken/news/pressearchiv/pressemeldungen/zukunft-gewerbegebiete-4536050
- Die IHK Krefeld hat einen Leitfaden für seine ihre Unternehmen herausgeben, die konkrete Tipps zur zukunftsfähigen Gestaltung von Gewerbegebieten bietet. Dieser findet sich im Netz unter: https://www.ihk-krefeld.de/de/media/pdf/planen-und-bauen/leitfaden-zukunftsfaehigkeit-von-gewerbegebieten-.pdf

Handlungsmöglichkeiten:

- Schaffung einer über Ämter und Kommunen hinweg nutzbaren Daten- und Karten-Grundlage in Form eines gemeinsam verwendbaren Geoinformationssytems (GIS). Besonders landschaftlich oder landwirtschaftlich wertvolle Flächen sollen dargestellt und als Entscheidungsgrundlage bei der Ausweisung neuer Gewerbe- und Siedlungsflächen herangezogen werden können.
  Siehe auch Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft und Landschaftsschutz – Zielbereich Strategische Ausrichtung und Erfolgssicherung für Naturschutz, Landwirtschaft und Landschaftspflege, Teilstrategie Stadt- und Siedlungsentwicklung und Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Zielbereich 4.5 leerstehende Gewerbeflächen umnutzen oder renaturieren
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 58; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.1: 3; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Workshop, Kongress o.ä. zum Thema Gewerbeflächenentwicklung, zu dem Bürgermeister*innen, Stadt- und Gemeinderäte, Magistrate und Gemeindevorstände, Bauamtsmitarbeitende, Kreistags- und Kreisausschussmitglieder, sowie Vertreter aus Industrie und Handwerk eingeladen werden. Inhalte sollten auch die Ziele „Umwelt- und landschaftsfreundliche Gewerbegebiete“ und „Vergabe von Gewerbeflächen nach engen Kriterien“ sein. Die Veranstaltung dient der Vermittlung von Wissen, Möglichkeiten und Praxisbeispielen und gibt einen Impuls in die Umsetzungsverantwortung von Kommunen und Wirtschaftsakteur*innen
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 59; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.2: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 12 Nachhaltige Siedlungsentwicklung (ID 109)
- Erstellung eines Memorandums, das die im Rahmen des Kongresses erarbeiteten Ergebnisse festhält und mit der Unterzeichnung durch möglichst alle Fraktionen möglichst aller Kommunen Leitlinien für künftige Gewerbegebiete festhält.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, politisch und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 60; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.2: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Kontaktaufnahme mit dem BOP-Netzwerk und Aufbau, bzw. Umgestaltung eines ersten naturnahen Gewerbegebiets. Hierzu wird Kontakt zu Unternehmen und Kommunen hergestellt, die Argumente für eine solche Umgestaltung präsentiert und von Seiten des Kreises jede mögliche Unterstützungsmöglichkeit ausgeschöpft.
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch, personell und womöglich finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 61; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.2: 1; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Nachhaltigkeitspreis für Unternehmen und naturnahe Gewerbeimmobilien einführen
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, politisch, personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG
  ID: 62; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.2: 3; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

Ziel 4.3: Erreichbarkeit der Unter- und Mittelzentren

Nahversorgung und Arbeitsplätze können vor Ort verfügbar gemacht werden oder durch Verkehrsanbindung sichergestellt werden. Insbesondere eine fußläufige oder sonst wie vom Auto unabhängige Erreichbarkeit stellt die Nutzbarkeit durch alle Bevölkerungsschichten sicher, bedeutet eine höhere Standortqualität und leistet außerdem einen Beitrag zum Klimaschutz, bzw. der Verkehrswende (*siehe Teilstrategie Mobilität – Zielbereich 16: Verkehrswende und ÖPNV im Odenwaldkreis*)

Siehe

- *Ziel 4.6 Lebendige, attraktive urbane Zentren*
- *Ziel 5.5 Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung*
- *Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie*
- *Teilstrategie Mobilität – Analyse – III. Verkehr und Klimaschutz – Steigende Fahrleistungen und Distanzen*

Ziel 4.5: Leerstehende Gewerbe- und Einzelhandelsflächen umnutzen oder renaturieren

SMART-Formulierung:

- Minimierung des Flächenverbrauchs durch Umnutzung und Renaturierung von strukturell leerstehenden Gewerbeimmobilien
- *Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, Zielbereich Nachhaltige Siedlungsentwicklung*

Erläuterung:

Die Nachfrage nach Gewerbeflächen im Odenwaldkreis unterlag in den vergangenen Jahren deutlichen Schwankungen. Während zu Beginn der Arbeit am Kreisentwicklungskonzept 2019 von Expert*innen noch einige gravierende Leerstände in Gewerbegebieten und gewerblichen Innenstadt-Immobilien beklagt wurden, stellt sich die Situation, zumindest mit Blick auf die mittleren bis großen Flächen, gänzlich anders dar. In den Kommunen entlang der Mümling wurden Leerstände und bislang ungenutzte Gewerbeflächen verkauft und bebaut, im Gersprenztal schreitet das Projekt für einen interkommunalen Gewerbepark voran. Auch wenn ein langfristiges Einbrechen der Nachfrage unwahrscheinlich scheint – weil der Odenwaldkreis davon profitiert, dass in den angrenzenden Ballungsräumen immer weniger freie Flächen übrigbleiben – lohnt es sich doch für ein langfristig anwendbares Kreisentwicklungskonzept einen Blick auf Handlungsmöglichkeiten zu werfen, die sich bei übermäßigem Gewerbeimmobilien-Leerstand anbieten.

Dies muss auch mit Blick auf die an anderer Stelle auftretenden Flächenbedarfe für Natur, Landwirtschaft, Siedlung und Freizeit betrachtet werden. In Fällen, in denen es strukturelle Gründe gibt, dass Gewerbeimmobilien keine weitere gewerbliche Nutzung mehr finden, etwa weil Lage, Anbindung, Zuschnitt oder andere Eigenschaften nicht der Nachfrage entsprechen, muss daher eine Umnutzung ins Auge gefasst werden. In solchen Fällen kann der Wiederverkaufswert solcher Immobilien durch einen Abriss des Bestandsgebäudes erhöht werden. Im Extremfall könnte auch die Renaturierung von ehemaligen Gewerbeflächen sinnvoll sein, um Ökopunkte für eine Neuerschließung an anderer Stelle

zu gewinnen. Alternativ können die Ökopunkte auch gewinnbringend verkauft werden. Zur kreisweiten Koordinierung von Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung, die genau solche Tauschprojekte ermöglichen könnte, wären dezidierte Personalmittel zu planen

Alternative Nutzungskonzepte von Bestandsimmobilien schließen u.a. ein: Büros, Wohnen (insb. Mehrgenerationenprojekte, kleine Wohnungen für junge Erwachsene, Berufsschüler*innen, Studierende, ältere Alleinstehende, sozial Benachteiligte, etc., aber auch durch Einfamilienhausbebauung oder hochwertige Appartements). Auch Kindergärten und Schulen, Gesundheitseinrichtungen, Kulturstätten (wie ein „Haus der Kunst"; Veranstaltungsort für Theater, Konzerte und / oder Ausstellungen) Ausgehmöglichkeiten (mit guter Verträglichkeit hoher Lärmemmissionen aufgrund einer Außenlage) oder temporäre Nutzungen stellen Optionen dar.

Handlungsmöglichkeiten:

- Umnutzungen durch Vermittlung, Abriss, oder Umgestaltung durch Investoren, Kommunen oder Kreis
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, finanziell, konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, private Akteur*innen
  ID: 63; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.5: 1; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Abriss und Renaturierung (als Ausgleichsmaßnahme), wo möglich, sinnvoll und finanziell machbar
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, finanziell, konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, private Akteur*innen
  ID: 64; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.5: 2; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Ankauf von besonders relevanten Leerständen durch Kommunen oder Kreis, um nachhaltige Nachnutzung sicherzustellen
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, finanziell, konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, private Akteur*innen
  ID: 65; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.5: 3; Zielbereich: 4; **Teilstrategie: 5**; gesamt:

Ziel 4.6: Lebendige, attraktive, urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität

SMART-Formulierung:

- Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben im Außenbereich verhindern
- Schaffung von professionalisierten Strukturen zur Belebung der Ortskerne, des Einzelhandels, der Gastronomie und der Kultur in allen Kommunen des Odenwaldkreises bis 2025
- Erhaltung attraktiver Einkaufszentren in den Ortskernen und Sicherstellung der Nahversorgung
- *Siehe*
  - *Ziel 4.1 Strategische Gewerbeflächenentwicklung*
  - *Ziel 5.5 Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung*
  - *Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereiche „Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie" und „Integrative Siedlungsplanung und Treffpunkte"*
  - *Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereiche „Kunst, Kultur und Kulturmarke Odenwaldkreis", „Vereinsförderung und Ehrenamt", „Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung", „Barrierefreiheit, Senioren und Menschen mit Behinderung"*
  - *Teilstrategie Natur – Analyse: Absatz regionaler Produkte; Zielbereich 38 Landwirtschaft*
  - *Teilstrategie Mobilität - Ziel 17.1: Lärmschutz, Anwohnerschutz, Nahmobilität und Antriebswende im Straßenverkehr*

Erläuterung:

In der Bürgerschaftsumfrage der Kreisentwicklung 2019 haben bei 1.666 Nennungen tatsächlich nur 80 die Gestaltung und Pflege von Innenstädten als Verbesserungsvorschlag zur Verbesserung der Lebensqualität in der eigenen Wohngemeinde angegeben. Daraus könnte man der Einfachheit halber schlussfolgern, dass es in diesem Bereich keinen Nachbesserungsbedarf gibt. Die meisten Nennungen (321) entfielen auf den Bereich ÖPNV, gefolgt von Freizeit (203). Man könnte diese Ergebnisse auch

so interpretieren, dass die Innenstädte im Odenwaldkreis schlicht gar nicht in erster Linie wahrgenommen werden, sondern sich der Blick eher darauf richtet, wie man bspw. zum Einkaufen, aus dem Kreis hinaus in die Oberzentren gelangt. In den Bürgerschaftsworkshops im November 2019 wurde hingegen im Themenfeld 1 „Demographie, Wohnen und Wohnumfeld“ als Zielsetzung festgehalten: „Stärkung der Aufenthaltsqualität und Treffpunktfunktionen in den Kommunen, insbesondere auch für die jüngeren Bevölkerungsgruppen im Odenwaldkreis“. Als solche Orte mit Aufenthaltsqualität, die als Treffpunkte für alle Bevölkerungsschichten fungieren können sind natürlich zuvorderst auch Innenstädte zu nennen.

In naher Zukunft wird nicht mit einem Ersatz des Autos als wichtigstes Verkehrsmittel im ländlichen Raum gerechnet – gerade zur Versorgung der Ortsteile wird es höchstwahrscheinlich auf absehbare Zeit unverzichtbar bleiben (*siehe Teilstrategie Mobilität*). Das bedeutet wiederum, dass man sich bei dem Versuch, die Einkaufsgelegenheit in den Ortskern zu holen mit der Problematik des fließenden und des ruhenden Verkehrs auseinandersetzen muss. Aufgrund seiner verkehrlichen Lage ist der Odenwaldkreis bisher nicht Standort eines großen Einkaufszentrums mit überregionaler Bedeutung geworden. Das hat den positiven Effekt, dass den Innenortslagen im Odenwaldkreis keine zusätzliche Konkurrenz entstanden ist. Die Ansiedlung von Lebensmitteleinzelhändlern im Außenbereich hat jedoch auch im Odenwaldkreis zu nachteiligen Effekten für die Kundenzahlen der Händler, die in historischer kaufmännischer Tradition im Ortskern ansässig sind. Damit einher geht stets ein Verlust von Attraktivität für den Ortskern und damit auch für die Lebendigkeit der Ortschaft. Gleichzeitig ist natürlich auch das Vorhandensein einer solchen Einkaufsmöglichkeit als „Vollsortimenter“, heute selbstverständlichen und damit ebenfalls ein Standortfaktor. Mit höherem finanziellen und planerischen Aufwand lassen sich Vollsortimenter auch architektonisch in Ortsmitten integrieren, wobei natürlich die große Frage nach dne Parkplätzen gelöst werden muss.

Die Attraktivität von Ortskernen ist maßgeblich von Einzelhändlern und Gastronomen, deren Angebot, Kundenfreundlichkeit, Authentizität, sowie der Aufenthaltsqualität in den Lokalen und im öffentlichen Raum beeinflusst. Auch Arztbesuche, Verwaltung, Religionsausübung, Wohnen, Gastronomie usw. machen in ihrer Nutzungsdurchmischung einen urbanen, lebendigen Charakter auch einer Dorfmitte aus. Sie sorgen für vielfältige Gründe, sich dort aufzuhalten und verschiedene Angebote miteinander zu verbinden.

Die Idee des City-Managements geht ursprünglich zurück auf die Position des Center-Managements, welche in Einkaufszentren Belegung und Belebung organisiert. Wenn sich die Akteur*innen der Ortskerne dies zum Vorbild nehmen und sich als gemeinsames Einkaufszentrum verstehen, weil man von der Frequenz der anderen profitiert, können gemeinsam weitere Verbesserung für die Attraktivität des Standorts erreicht werden

In fast allen Kommunen im Kreis gibt es bereits Gewerbevereine. Diese Vereine sind unterschiedlich aktiv und leiden teils, wie auch andere Vereine, unter dem demographischen Wandel und sind auf das Vorhandensein engagierter Mitglieder angewiesen. Die Städte Michelstadt und Oberzent können mit ihren professionalisierten Strukturen und einer City-Managerin, bzw. Wirtschaftsförderin im Odenwaldkreis als gute Beispiele genannt werden. Um eine Etablierung ähnlicher Strukturen flächenweit sicherzustellen wären evtl. Unterstützungsmöglichkeiten auf Seiten des Kreises zu eruieren. So könnte eine interkommunale Zusammenarbeit die Einrichtung solcher Stellen auch für kleinere Kommunen ermöglichen.

Die Innenstädte und Ortskerne profitieren von einer authentischen Struktur mit vielen einmaligen, inhabergeführten Geschäften, deren Wertschöpfung weitgehend in der Region verbleibt. Selbst die Zulieferer sind oftmals im Odenwaldkreis zu finden. Somit schaffen sie einen Mehrwert für die Lebendigkeit und die Wirtschaft der Region.

Handlungsmöglichkeiten:

- Sensibilität schaffen für die möglichen Auswirkungen von Ansiedlungen von Einzelhandelsbetrieben im Außenbereich. *Mögliche Kombination mit Maßnahme „Kongress zum Thema Gewerbeflächenentwicklung“ (ID 57); Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung; Zielbereich 14: Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie; ID 125)*
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll

Hauptverantwortung: Kreis
ID: 66; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.6: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

- **Stärkung der Gewerbevereine** durch Professionalisierung (Citymanagement) evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit, mit dem Ziel einer Belebung der Ortskerne, der Einkaufsstandorte und des gesamten Odenwaldkreises. Organisation evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit
  - Dialog mit Eigentümern, um für Zwischennutzung und qualitative, passende Nachnutzung von Ladenleerständen zu sorgen
  - Beratung von inhabergeführten Geschäften hinsichtlich moderner Kundenansprache
  - Tätigkeiten für die Fachkräftesicherung
  - Aufwertung von Einzelhandelsstandorten durch Aufwertung des öffentlichen Raums im Dialog mit Politik, Verwaltung, Gewerbevereinen, Bürger*innen sowie durch Tätigkeiten des Stadtmarketings und Veranstaltungen

Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortung: Kommunen, Kreis
ID: 67; Priorisierungsvorschlag Ziel (4.6): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**
Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 14: Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie

5. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Work-Life-Balance

Ziel 5.1 Kinderbetreuung

SMART-Formulierung

- Förderung von Ganztagsschulen, Ganztags-Kindergärten und Ganztags-Kindergrippen in allen, dem Odenwaldkreis möglichen Unterstützungsformen
- Fertigstellung einer auf einer Elternbefragung basierenden, exakten Bedarfsplanung, die interkommunale Potentiale berücksichtigt
- Bis 2025 werden Profil-3 Schulen in allen Teilregionen des Odenwaldkreises (Oberzent, Unterzent, Erbach/Michelstadt und Gersprenztal) und für jeden zugänglich (verschiedene Schulformen) eingerichtet.
- Bis 2025 findet sich jeweils mindestens eine Kita und ein Kindergarten mit Betreuungsangebot von 07:00 bis 19:00 Uhr in allen Teilregionen des Odenwaldkreises (Oberzent, Unterzent, Erbach/Michelstadt und Gersprenztal) eingerichtet
- Siehe *auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich Gleichstellung*

Erläuterung:

Bedarf nach einer Ausweitung von Betreuungszeiten

Beide Elternteile sollten die Möglichkeit haben, so viel zu arbeiten, wie sie das individuell möchten. Daher ist die Frage von umfassenden Betreuungszeiten auch eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit. (WIPPERMANN 2016) zeigte, dass Frauen durchschnittlich deutlich weniger verdienen, deutlich häufiger in Teilzeit arbeiten und in der Mehrzahl mehr arbeiten möchten als es derzeit möglich ist). Die Ermöglichung der vollen Berufstätigkeit beider Elternteile ist somit auch ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftesicherung, weil auf diese Weise die Arbeitskraft qualifizierter Arbeitnehmer*innen besser genutzt werden kann. (*siehe Ziel 1.9: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gesteigerte wirtschaftliche Teilhabe von Eltern, insbesondere Frauen*)

Zu der eigentlichen Arbeitszeit hinzu kommt als Bedarf an Kinderbetreuung die Zeit für den Pendelverkehr, der, wie bereits dargelegt wurde, für die Arbeitnehmerschaft des Odenwaldkreis eine prominente Rolle einnimmt. Bei manchen Berufsbildern, beispielsweise in der Gastronomie, Pflege oder Schichtarbeit bestehen auch Betreuungsbedarfe in Randzeiten. Anders als im vergangenen Jahrhundert ist heutzutage deutlich seltener eine ausreichende räumliche Nähe zu den Großeltern gegeben, die somit in der Regel als Betreuungsalternative ausfallen.

Nicht nur die Bedürfnisse der Bestandsbevölkerung sollte hierbei im Fokus stehen. Vielmehr ist zu beachten, dass die Verfügbarkeit von ausreichenden Betreuungsmöglichkeiten bereits bei der Standortentscheidung junger Familien eine wichtige Rolle spielen – insbesondere solcher Familien, in denen zwei Elternteile auch zur Deckung des Fachkräftebedarfs beitragen.

Insofern geht es in diesem Bereich nicht nur um die frühkindliche Bildung, sondern auch um Ganztags-Betreuungsmöglichkeiten für Kinder mindestens bis zur Klassenstufe 4. Ein Ansatz zur Deckung dieser Bedarfe wären interkommunale Kooperationen im Verbund mit entsprechenden Mobilitätslösungen, um dies ressourcensparend und nachfragegerecht zu ermöglichen.

Im Schulentwicklungsplan des Odenwaldkreises für die Jahre 2018 bis 2023 wird auch auf die u.a. in den PISA-Studien belegten Vorteile von Ganztagsschulen hingewiesen. Der Studie zufolge helfen solche Angebote dabei, soziale Herkunft und schulischen Erfolg zu entkoppeln. Ganztagsschulen tragen somit wesentlich zu einer nachhaltig höheren Qualität des Bildungssystems bei.

Das Ganztagsprogramms des Landes Hessen ermöglicht es Schulen auf diese Bedarfe einzugehen. In diesem Rahmen können beispielsweise Arbeitsgemeinschaften und Projekte angeboten werden.

> *„Schülerinnen und Schüler bekommen die Möglichkeit geboten an Förderkursen, Hausaufgabenbetreuung, Sport- und Freizeitaktivitäten, individueller Beratung und Gelegenheiten zum sozialen Lernen teilzunehmen. Die begleitete Teilnahme an kulturellen Veranstaltungen und außerschulischen Bildungsangeboten wird möglich*.“ (Schulentwicklungsplan Odenwaldkreis 2018-2023, S. 29)

Inhalt und Umfang der Angebote werden mit dem Schulträger, also dem Kreisausschuss des Odenwaldkreises abgestimmt und gemeinsam mit der Schulaufsicht bestätigt.

> „*Schulen mit Ganztagsangeboten können sich je nach Konzept der einzelnen Schule auf drei, vier oder fünf Tage und / oder verschiedene Jahrgänge beziehen. Dabei entscheidet die Schule vor Ort über das konkrete Ganztagsprofil.*
> - *Schulen mit Ganztagsangeboten Profil 1 decken an mindestens drei Tagen ein Angebot von 7 Zeitstunden von 7.30 bis 14.30 Uhr ab.*
> - *Schulen mit Ganztagsangeboten Profil 2 bieten an fünf Tagen ein Angebot von 7.30 bis 16.00 Uhr oder 17.00 Uhr an. Ein Mittagessen ist an allen Tagen mit Ganztagsbetrieb in Kooperation mit dem Schulträger anzubieten. Am Freitagnachmittag ist die Schule lediglich verpflichtet, nach 14.00 Uhr ein Angebot für diejenigen Schülerinnen und Schüler vorzuhalten, die dieses benötigen. Die Teilnahme an den Ganztagsangeboten ist für die Schülerinnen und Schüler freiwillig, nach deren Anmeldung durch die Eltern besteht jedoch die Pflicht der Teilnahme für den Anmeldungszeitraum.*
> - *Ganztagsschulen (Profil 3) bieten an fünf Tagen Betreuung, Unterricht und verpflichtende Ganztagsangebote in der Zeit von 7.30 bis 16.00 Uhr oder 17.00 Uhr für alle Schülerinnen und Schüler oder für einen definierten Teil ihrer Schülerschaft an.“ (Schulentwicklungsplan Odenwaldkreis 2018-2023, S. 30)*
> - *Erfreulich ist, dass in den letzten Jahren ein kontinuierlicher Ausbau der Ganztagsangebote zu verzeichnen war“*
>
> (Schulentwicklungsplan Odenwaldkreis 2018-2023, S. 30)

Der Teilplan Kindertagesbetreuung (2020) des Jugendhilfeplans verweist auf die rechtlich vorgesehene Möglichkeit der Betreuung in extremen Randzeiten durch Tagespflegepersonen. Hierfür – wie auf die Betreuung allgemein – besteht unter bestimmten Voraussetzungen **Rechtsanspruch.** Insgesamt besteht ein Rechtsanspruch nur auf eine Betreuung von bis zu 6 Stunden am Tag, die laut Rechtsprechung zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit ausreichend sind. Ob dies der Realität entspricht muss, wie oben dargelegt wurde, bezweifelt werden. Eine entsprechende Betreuungsmöglichkeit muss zu einem bestimmten Grad für alle Bürger*innen erreichbar sein:

> *„Im ländlichen Bereich kann es auch zumutbar sein, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Von der Rechtsprechung wurde ein kombinierter Fuß- und Busweg von 30 Minuten für eine Strecke für ein vierjähriges Kind, von 20 Minuten mit dem PKW bzw. von 25 Minuten mit dem PKW und 35 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln, die die Eltern insgesamt viermal täglich zurücklegen müssen, als unzumutbar angesehen. Dagegen wurde aber auch ein 30-minütiger Weg mit öffentlichen Verkehrsmitteln mit einmaligem Umstieg noch als zumutbar angesehen. Das Prinzip der Wohnortnähe verlangt aber nicht, dass in jeder kleinen Siedlung eine Einrichtung oder Tagespflegestelle*

vorgehalten werden muss. Besteht aber ein offenkundiger […] Bedarf […], ist die Gewährleistungspflicht des öffentlichen Jugendhilfeträgers nicht durch das Angebot freier Plätze in nicht ortsnahen, auswärtigen Einrichtungen erfüllbar" (MÜNDER et al. 2019: Rn. 14).

Wird die Betreuung zu Randzeiten benötigt, kommen in der Praxis meist Kindertagespflegepersonen zum Einsatz. Vor allem bei der U3-Betreuung spielt dieses Modell eine Rolle. Angesiedelt sind diese im Odenwaldkreis meist in der Nähe von Kitas, sie füllen also keine geographischen Lücken. Leider sind sie auch zeitlich nicht sehr flexibel, weil hier eine sechswöchige Probephase vorgeschrieben ist.

Ableitung einer Bedarfsplanung

Deutschlandweit besteht ein steigender Bedarf nach Betreuungsplätzen (v.a. auch im U3-Bereich) und bezüglich der Betreuungszeiten. Das Angebot im Odenwaldkreis sieht im Vergleich eher weniger gut aus. Der Teilplan Kindertagesbetreuung des Jugendhilfeplans weist auf einen Unterschied von 5 Prozentpunkten zwischen Betreuungsbedarf und Betreuungsangebot in Hessen hin. Die Ermittlung der konkreten Bedarfe müsste per Umfrage unter den Eltern von den Kommunen erhoben werden, das ist bisher noch ausgeblieben. Die Ausweitung der Betreuungszeiten liegt auch finanziell letztlich meist im Verantwortungsbereich der Kommunen.

Die formulierten SMART-Ziele bezüglich des Ausbaus der Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten beruhen nicht auf konkret berechneten Zahlen oder Umfrage-Ergebnissen. Vielmehr handelt es sich um ein zukunftsgewandtes, politisch zu entscheidendes Projekt, das sicher auch nicht ohne Risiko ist. Für Personen, die sich derzeit bereits mit der Betreuungssituation arrangiert haben, indem beispielsweise ein Elternteil maximal halbtags arbeitet, entstehen neue Möglichkeiten. Für Familien und Fachkräfte, die sich derzeit noch aufgrund fehlender Möglichkeiten zur beruflichen Betätigung aufgrund mangelnder Betreuungsmöglichkeiten gegen den Wohnstandort Odenwaldkreis entscheiden würden, wird ein Angebot geschaffen. Während der Teilplan Kindertagesbetreuung detaillierte Aufstellungen zum künftigen Bedarf enthält, existiert eine bedarfsorientierte Planung für die Altersklassen 7-18 noch nicht. Das Modell Ganztagsschule ist ohnehin ein Thema, das nicht rein von Betreuungsbedarfen abhängig gemacht werden kann, sondern wichtige soziale und pädagogische Argumente in Betracht ziehen muss. Mit diesen Argumenten müssen sich Kinder und Eltern zunächst auseinandersetzen, weshalb eine qualifizierte Meinung nur schwerlich ad hoc per Umfrage erhoben werden kann.

Siehe auch: Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander: Zielbereich 23: Bedarfsgerechte Kinderbetreuung auch zu Randzeiten

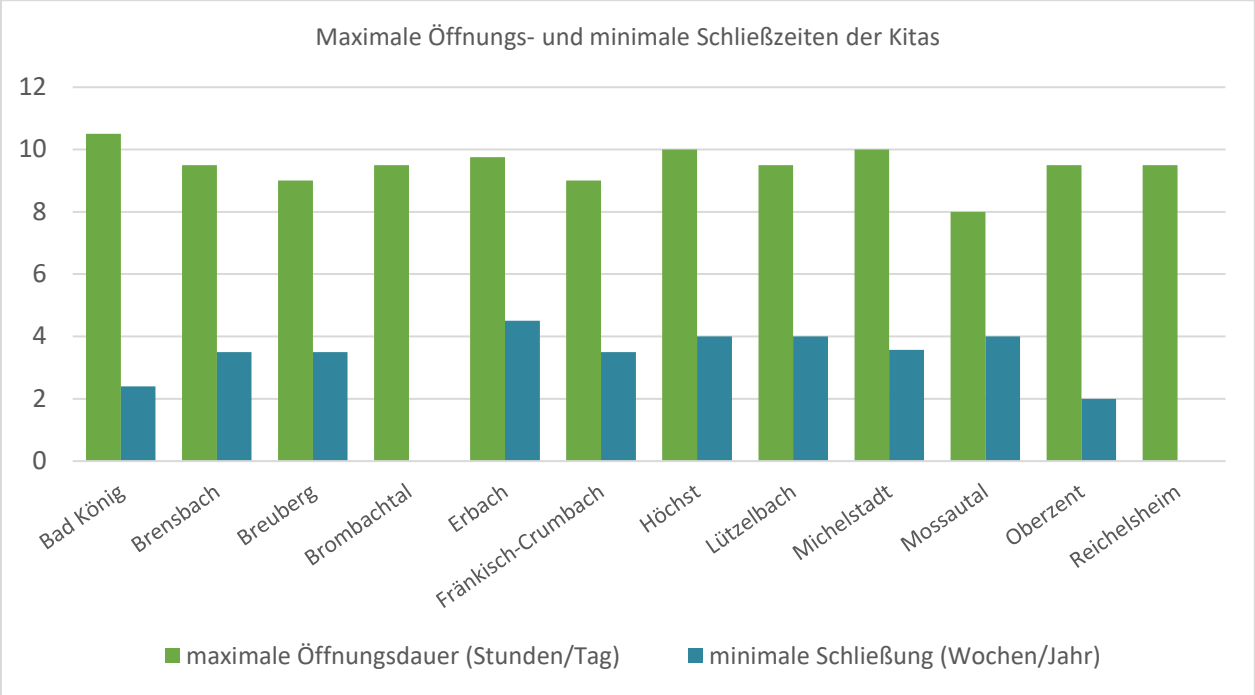


Abbildung 64: Maximale Öffnungs- und minimale Schließzeiten der Kitas der Kommunen im Odenwaldkreis. Quelle: Jugendamt Odenwaldkreis, eigene Darstellung.

Handlungsmöglichkeiten:

- Durchführung einer qualifizierten Bedarfsermittlung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten für Kinder im U3-, Ü3- und Grundschulbereich bis hin zu den weiterführenden Schulen.
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch, personell oder finanziell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 68; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.1: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Stärkere kreisweite, bzw. kommunenübergreifende Koordination von Betreuungsbedarfen und Vereinfachung des finanziellen Ausgleichs
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, personell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 69; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.1: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  Auch ID 209
- Suche nach Möglichkeiten, Profil-3 Schulen in allen Teilregionen des Odenwaldkreises (Oberzent, Unterzent, Erbach/Michelstadt und Gersprenztal) und für jeden zugänglich (verschiedene Schulformen) einzurichten und Ergreifen entsprechender Maßnahmen
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 70; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.1: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  Auch ID 210
- Suche nach Möglichkeiten, jeweils mindestens eine Kita und einen Kindergarten mit Betreuungsangebot von 07:00 bis 19:00 Uhr in allen Teilregionen des Odenwaldkreises (Oberzent, Unterzent, Erbach/Michelstadt und Gersprenztal) einzurichten und Ergreifen entsprechend notwendiger Maßnahmen. Insbesondere sollten hier interkommunale Kooperationen bedacht werden
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 71; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.1: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

→ *Siehe hierzu auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, Zielbereich 23: Bedarfsgerechte Kinderbetreuung auch zu Randzeiten (ID 211)*

Ziel 5.2 Entlastung von familiär Pflegenden

Siehe Teilstrategie Gesundheitswesen
Siehe Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander

SMART-Ziele:

Entlastung von unbezahlt Pflegenden durch neu zu schaffende Angebote und Schaffung von anerkennender Aufmerksamkeit.

Erläuterung:

Der demokratische Wandel hat zur Folge, dass die Zahl älterer Menschen auf absehbare Zeit deutlich zunehmen wird. Insbesondere für den Odenwaldkreis wird dies zutreffen und zu einem stark steigenden Bedarf an Pflegeplätzen und Angeboten des betreuten Wohnens führen. Die älteren Menschen werden dabei nicht nur zahlreicher, sie werden auch älter als früher. Sie bleiben aber auch länger als früher noch sehr aktiv und selbstständig (*Megatrend Downaging*). Insofern wird auch der Bedarf an alternativen Wohnformen, wie Senioren-WGs, Mehrgenerationen-Wohnen, usw. zunehmen; bei solchen Wohnformen kann ein perspektivisch eintretender Pflegebedarf unkompliziert eingerichtet werden und auch das soziales Netz der Wohnumgebung trägt zur Sicherheit bei. Da diese Wohnformen erst in den letzten zehn Jahren populär wurden, kann man auch hier von einem Trend sprechen. Früher gab es zwischen selbstständig leben und Pflegeheim kaum eine Zwischenstufe. Stattdessen war eine immer intensivere Aufmerksamkeit durch Angehörige gefragt. Auch heute wird der größte Teil der Pflegearbeit noch durch Angehörige übernommen. Hinsichtlich der Work-Life-Balance bedeutet dies meist eine enorme Belastung in Richtung „Work“, da außerhalb der Erwerbsarbeit noch weitere, unbezahlte Arbeit hinzukommt. Die Belastung dieser unbezahlt Pflegetätigen lässt sich durch flexible Betreuungs- und Pflegeangebote vermindern. Tagespflegen und mobile Pflegedienste, Haushaltshilfen, aber auch Menschen, die sich mit einer nicht mehr so mobilen Person unterhalten, leisten wertvolle Beiträge.

Handlungsmöglichkeiten

- Fortgesetzte und gesteigerte Unterstützung von bestehenden Initiativen, wie dem Generationenhilfe Oberzent e.V. oder dem GenerationenNetz Reichelsheim
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell und finanziell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 72; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.2: 1; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Entlastungsmöglichkeit für unbezahlt Pflegende in Form einer „Ferienfreizeit für Pflegebedürftige“ in Kooperation von Pflegediensten und Übernachtungs-Betrieben, wie Hotels oder Ferienwohnungs-Anlagen. Unbezahlt Pflegende erhalten somit die Gelegenheit, selbst Urlaubsreisen anzutreten. Insbesondere könnte eine Ausrichtung auf geringfügig Pflegebedürftige sinnvoll sein, die nur schlecht allein gelassen werden können, für die aber gesetzlich keine Kurzzeitpflege möglich ist. Für diesen Personenkreis wäre dies dann eher mit dem Charakter eines Urlaubs verbunden, statt kurzzeitig gezwungenermaßen in ein Pflegeheim zu müssen.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; politisch, finanziell, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, Pflegebranche
  ID: 73; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.2: 2; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
  Siehe auch Teilstratege Gesundheitswesen
- Stärkung der Pflegebranche im Odenwaldkreis (*siehe Teilstratege Gesundheitsversorgung*).

Ziel 5.3 Flexible Arbeitszeitmodelle

Siehe auch Zielbereich 1: Fachkräftesicherung
Siehe auch Teilstrategie Regionalmarketing

SMART-Formulierung

- Bis 2025 wird der Odenwaldkreis als Region Spitzenreiter bei der Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen
- Der Odenwaldkreis, seine Unternehmen, seine Verbände und seine Verwaltungskörperschaften präsentieren sich 2025 als Teil einer Region mit hoher Work-Life-Balance aufgrund flexibler Arbeitszeitmodelle und auch dadurch hoher Lebensqualität.

Erläuterung:

Zur Arbeitszeitflexibilisierung finden sich schon aus den 90er Jahren Veröffentlichungen. Ein Indikator, der den Umfang dieses Phänomens zeigt, ist die Teilzeitquote (vgl. Abbildung 65), die in Deutschland aktuell auch im EU-Vergleich beachtlich geworden ist. Grundlage dieses Trends sind u.a. Initiativen von Gewerkschaften, bereits seit den 80er Jahren, sowie verschiedenen Gesetzesänderungen, z.B. des Arbeitsschutzgesetzes und des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (OSCHMIANSKY 2020).

Arbeitszeitflexibilisierung meint aber nicht nur diese Ausbreitung von Teilzeitmodellen verschiedenen Umfangs, sondern kann ganz vielfältige Ausprägungen annehmen. Flexibilität kann sowohl von Seiten des Arbeitnehmers als auch von Seiten des Arbeitgebers in Anspruch genommen werden. Da sind also einerseits Jobsharing, Gleitzeit, Wahlarbeitszeit, Jahresarbeitszeit oder Sabbaticals, andererseits Mehrarbeit, Nacht- und Schichtarbeit oder Bereitschaftsdienst. (OSCHMIANSKY 2020). Was davon wie und für welche Seite Anwendung findet hängt unter anderem von der Branche, dem Unternehmen, der Art der Arbeitsstelle und den individuellen Verhandlungsergebnissen ab.

Die Schichtarbeit hat zwischen 1995 bis 2016 von 10 Prozent auf 17 Prozent der Beschäftigten zugenommen und 43 % arbeiten mittlerweile auch am Wochenende (OSCHMIANSKY 2020). Insbesondere bei administrativen und kaufmännischen Tätigkeiten konnten die Optionen der digitalen Telearbeit u.a. zu einer selbstbestimmteren Arbeitszeit und Flexibilisierung im Sinne der Arbeitnehmenden genutzt werden. Ebenfalls deutlich erleichtert wurde durch die Digitalisierung die Arbeitszeiterfassung, die mittlerweile nicht mehr nur in der Verwaltung Anwendung findet, sondern immer mehr auch in der freien Wirtschaft. Auch die Kurzarbeit, die sowohl in der Wirtschaftskrise ab 2008, als auch in der Corona-Krise erfolgreich zum zur Krisenbewältigung eingesetzt wurde, ist unter dem Sammelbegriff der Arbeitszeitflexibilisierung zu betrachten.

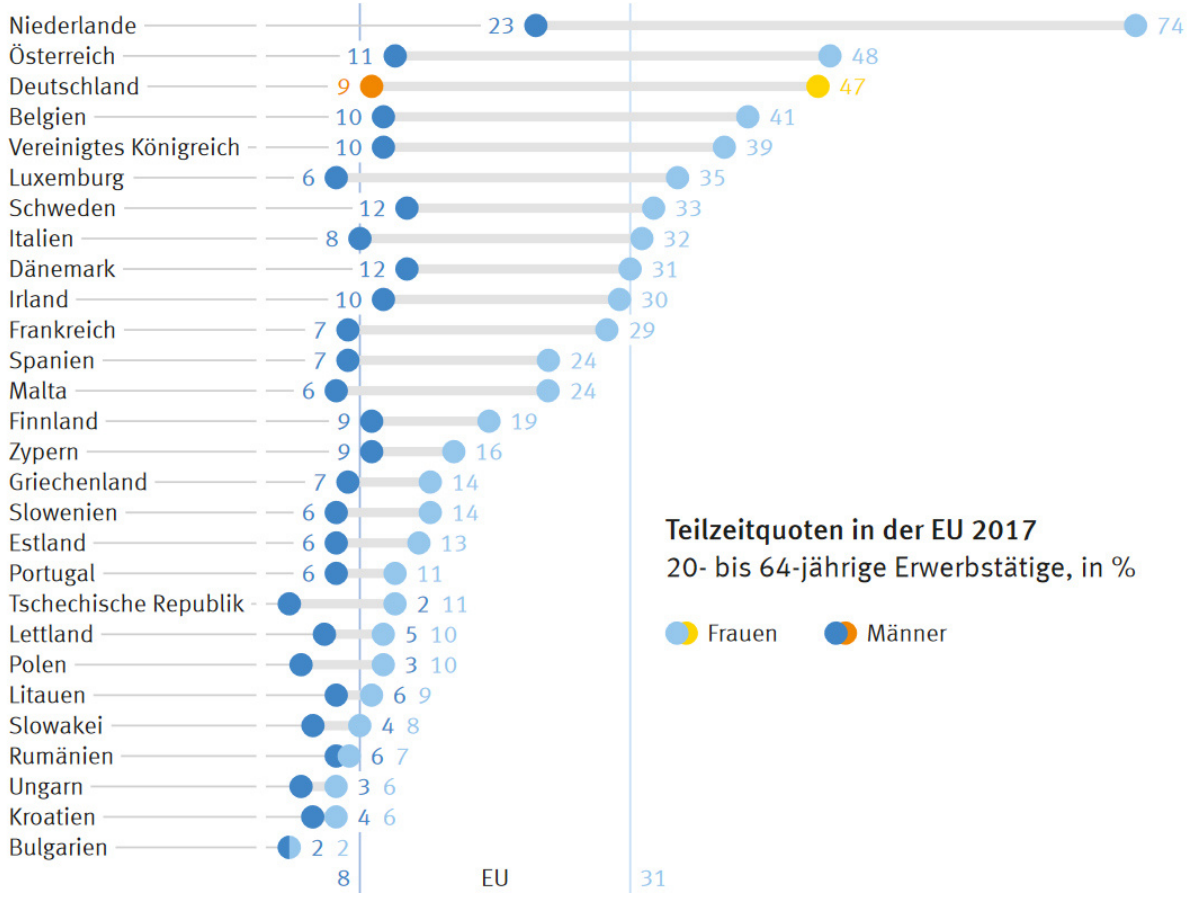


Abbildung 65: Teilzeitquoten in der EU 2017. 20- bis 64-jährige Erwerbstätige, in Prozent. Quelle: Destatis – Statistisches Bundesamt (2018; S. 53)

Eine Studie von WIPPERMANN (2016) zeigte, dass Frauen in Deutschland im Schnitt eher mehr, Männer eher weniger arbeiten möchten. Die durchschnittliche vertragliche Arbeitszeit von Frauen zwischen 30 und 50 beträgt demnach 26 Stunden pro Woche, bei Männern 36. Die tatsächliche Arbeitszeit beträgt hingegen 31 Stunden pro Woche bzw. 42 Stunden. Die Studie ergab, dass 62 % der Männer gern weniger arbeiten würden, Frauen gern eher mehr:

> *„Aus Sicht von Frauen wäre für sie der optimale Stundenumfang (im Durchschnitt) 31 Stunden pro Woche; Männer beziffern den für sie selbst optimalen Stundenumfang auf durchschnittlich 37 Stunden.*“ (WIPPERMANN 2016: S. 13)

Wünschenswert für Männer und Frauen wäre also eine stärkere Flexibilisierung der Arbeitszeitmodelle weg vom derzeit noch immer dominierenden Modell, das zwischen Voll- und Halbzeitstellen wenig Grautöne kennt. Hürden für ein solches Vorhaben sind vielfältig. Im privatwirtschaftlichen Bereich bedeuten zwei Teilzeitstellen aufgrund von Lohnnebenkosten höhere Kosten als eine Vollzeitstelle. Auch Kosten für Arbeitsplatz und Fortbildung fallen an. Hinzu kommen organisatorische Schwierigkeiten, insbesondere bei Positionen mit Führungsverantwortung. Aber auch eine Schichtplanung verkompliziert sich bei unterschiedlichen Arbeitszeitmodellen. Für letzteres gibt es heutzutage recht hilfreiche Software-Lösungen; auch bei ersterem können digitale Kommunikation und Dokumentation hilfreich sein. Digitale Medien ermöglichen Telearbeit, spontane Erreichbarkeit und Krisenmanagement. Auch hinsichtlich der Arbeitsräume können Probleme auftreten. Auch hierbei kann Telearbeit teils helfen, eine angespannte Raumsituation zu entschärfen. Bei Außenterminen, z.B. von Handwerkern fallen bei Teilzeitkräften vermehrte Personentransportbedarfe an. Hierbei ist allerdings auch zu bedenken, dass Teilzeit-Modelle nicht in jeder Woche gleiche Arbeitszeiten umfassen müssen. Die vertragliche monatliche Arbeitszeit kann grundsätzlich auch zu unterschiedlichen Teilen über Wochen hinweg erbracht werden. Hier zeigt sich dann aber wiederum das Bedürfnis nach flexiblen Betreuungsmöglichkeiten auch zu Randzeiten.

Sollen Arbeitsplätze im Odenwaldkreis attraktiv für qualifiziertes Personal bleiben, müssen globalen Trends mitgegangen werden. Gerade kleine und mittlere Betriebe können die Nähe von Management und Mitarbeitenden nutzen, um auf die Bedürfnisse Mitarbeitenden einzugehen. Errungenschaften anderer Branchen, beispielsweise mit Überstundenkonten werden gesellschaftlich zum Maßstab. Insbesondere in der Phase der Karriereentscheidung nehmen junge Erwachsene solche Faktoren in den Blick. Im Handwerk oder der Gastronomie bieten sich hingegen gänzlich andere Realitäten. Insofern besteht hier Verbesserungspotential, welches Unternehmen zu einem Wettbewerbsvorteil verhelfen kann, um Fachkräfte zu gewinnen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft hat 2019 im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales einen Leitfaden erstellt, der das Thema und dessen Möglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen darlegt. Das dahinterstehende Projektteam hat Betriebe aus vier Branchen – Metall/Elektro, Chemie, Einzelhandel und Öffentlicher Verwaltung – darin unterstützt, betriebsspezifische, innovative Arbeitszeitmodelle zu entwickeln und umzusetzen (FLÜTER-HOFFMANN et al. 2019).

Handlungsmöglichkeiten

- Sensibilisierung von Führungskräften zu den Vorteilen flexibler Arbeitszeitmodelle und Vermittlung von Möglichkeiten, Chancen, Herausforderungen und Best-Practices. Umsetzung evtl. im Rahmen des geplanten OBIT-Netzwerks für Personal- und Ausbildungsverantwortliche
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG
  ID: 74; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.3: 1; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Förderung der Bekanntheit und Nutzung des Modells Ausbildung in Teilzeit
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: private Akteur*innen und die Kreisverwaltung
  ID: 75; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.3: 5; Zielbereich: 5; **Teilstrategie: 5**; gesamt:
- *siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice – Zielbereich Fachkräftesicherung und interkommunale Zusammenarbeit*

Ziel 5.4 Flexible Arbeitsorte

SMART-Formulierung:

- Schaffung eines bedarfsgerechten, wirtschaftlich tragfähigen Co-Working Spaces oder eines Shared Office im Odenwaldkreis bis 2025
- Erhöhte Nutzung von Home-Office und Co-Working-Spaces: mit einem Ergebnis von mindestens 53 % in der nächsten Bürgerschaftsbefragung der Kreisentwicklung (zuletzt 36 %)

Erläuterung:

Die Bürgerschaftsbefragung der Kreisentwicklung im September 2019 zeigte, dass auch im Odenwaldkreis bereits vor Corona zwei Drittel der Befragten regelmäßig Home-Office nutzten. Diese Möglichkeit seitens der Arbeitsstelle zu verweigern, wo es keine guten nachvollziehbaren Gründe dafür gibt, stößt spätestens seit April 2020 auf Unverständnis. An dieser Stelle sei nochmals an die unter dem Zielbereich 1 Fachkräftesicherung angeführten Erkenntnisse erinnert: der Arbeitsmarkt in Deutschland ist und wird immer mehr zu einem vom Angebot dominierten Markt, denn es mangelt an qualifizierten Fachkräfte in vielen Bereichen. Arbeitgeber*innen müssen also gesellschaftlich etablierte Erwartungen (wie die Möglichkeit zu Home-Office) erfüllen, um für Arbeitskräfte attraktiv zu bleiben.

Die Vorzüge flexibler Arbeit führen zu weiter hoher Nachfrage von Bürojobs bei gleichzeitig auftretenden Nachwuchssorgen in den Berufen der Produktion und des Handwerks. Auch in diesen Bereichen sollte daher räumlich flexibles Arbeiten so gut es geht ermöglicht werden – fast jede Arbeit (ab der Qualifikationsstufe eines Facharbeiters und höher) bringt einen gewissen Anteil an Bürotätigkeiten mit sich. Mit der Digitalisierung dieser Branchen wird sich auch der Anteil der Arbeit am Computer steigen.

Untersuchungen zufolge lassen sich zwischen 40 % und 56 % der beruflichen Tätigkeiten ebenso gut in der Telearbeit von zuhause aus erledigen (BRENKE 2016, ALIPOUR et al. 2021). Vor der Corona-Krise

gaben aber nur 4 % der Beschäftigen an, ausschließlich oder überwiegend im Homeoffice zu arbeiten, weitere 13 % arbeiteten an wechselnden Orten – also im Betrieb, zuhause oder unterwegs. Während des ersten Corona-Lockdowns Mitte März 2020 zeigte die Befragungen von EMMLER & KOHLRAUSCH (2021) ein geändertes Bild: nur noch 53 % der Befragten gaben an, überwiegend im Betrieb zu arbeiten, 27 % waren ausschließlich oder überwiegend im Homeoffice. Von Juni bis November 2020 verharrte das Niveau der im Betrieb Arbeitenden bei einem Anteil von 66 % und sank mit den neuen Einschränkungen und der geänderten staatlichen Regelungen für Homeoffice während der Corona-Krise im Januar 2021 auf 60 %.

Potential und Nutzung von Homeoffice unterscheiden sich unter anderem auch je nach der Größe der Unternehmen, wie Abbildung 66 zeigt. Pandemiebedingt überstieg der Anteil der Telearbeit teils sogar das ermittelte Potential der dafür geeigneten Tätigkeiten. Selbstverständlich gibt es auch erhebliche Unterschiede zwischen verschiedenen Branchen – wobei Tätigkeiten in Branchen wie der Gastronomie, dem Baugewerbe, der Logistik oder der Gesundheitswirtschaft naturgemäß gering ausfallen. Außerdem zeigte sich, dass die Homeoffice-Quote je nach Höhe des Einkommens steigt (siehe Abbildung 67).

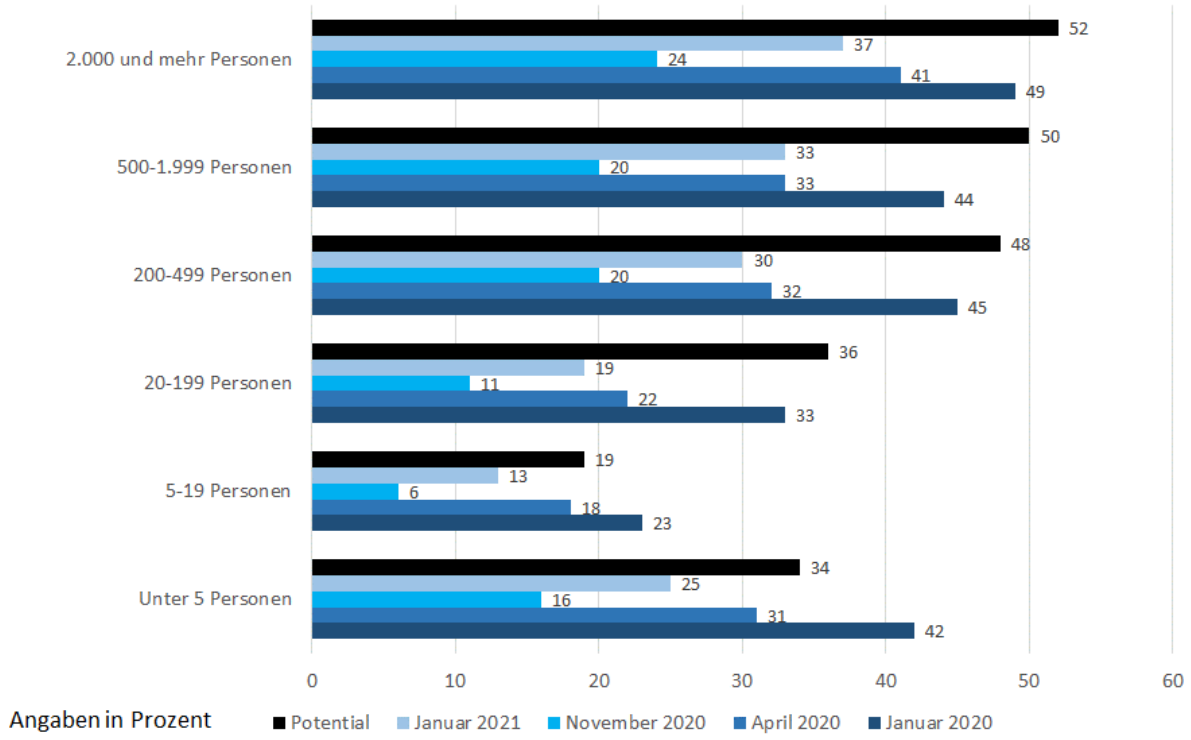


Abbildung 66: Potenzial und Nutzung von Homeoffice im Januar 2020, nach Betriebsgrößenklassen. Quelle: eigene Darstellung nach EMMLER & KOHLRAUSCH 2021.

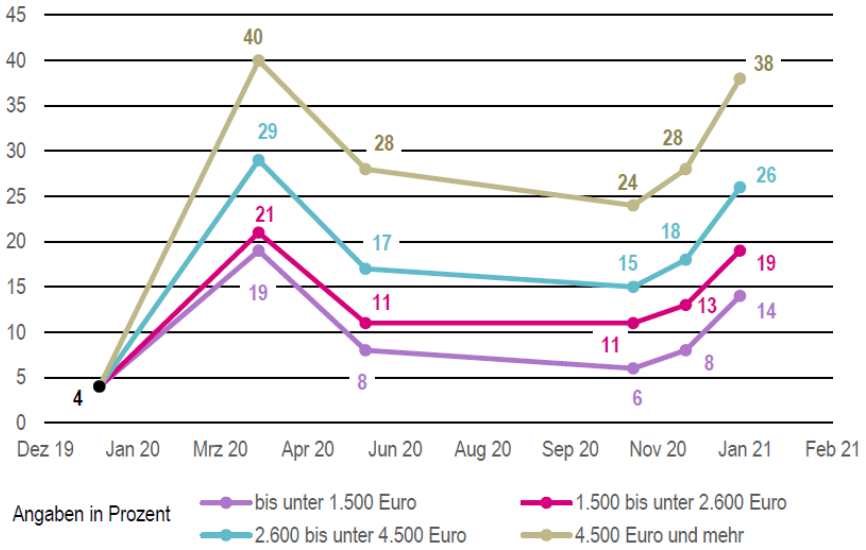


Abbildung 67: Verteilung der Arbeit im Homeoffice nach Haushaltseinkommen. Quelle: EMMLER & KOHLRAUSCH 2021

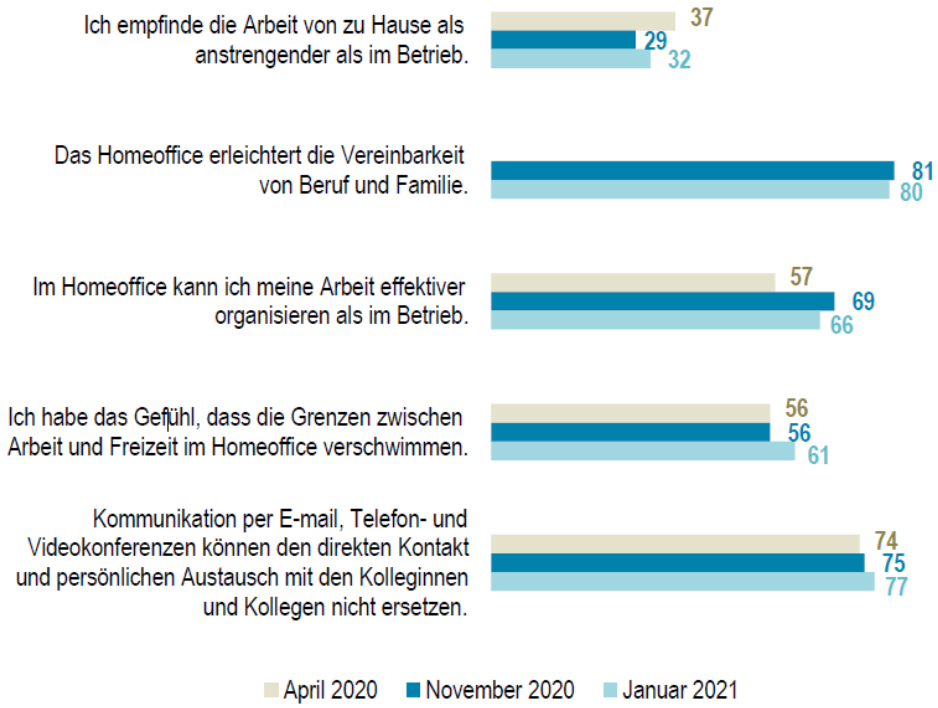


Abbildung 68: Einstellungen zum Homeoffice. Anteil der Beschäftigten, die im November 2020 und Januar 2021 im Homeoffice waren und den genannten Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zugestimmt haben, in Prozent. Quelle: EMMLER & KOHLRAUSCH 2021.

Mit dem zwischenzeitlich weitverbreiteten Einsatz der Telearbeit rückten vermehrt auch die Nachteile dieses Modells ins Bewusstsein. Abbildung 68 zeigt Befragungsergebnisse zur Bewertung der Arbeit zuhause. Während also nicht alle die Arbeit von zuhause als durchwegs positiv sehen, hat dieses Modell doch wichtige Vorteile und kann zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Insbesondere wegfallende Wege zur Arbeit wirken sich positiv auf die Work-Life-Balance und die Umwelt aus. Im Zuge der zwischenzeitlich „corona-bedingt“ gültigen Homeoffice-Pflicht für alle Arbeitsstellen, bei denen dies möglich war, rückte der Unterschied zwischen Homeoffice-Potential und tatsächlicher Nutzung in die öffentliche Wahrnehmung. Untersuchungen des Berlin-Instituts und der Wüstenrot Stiftung (DÄHNER 2021) zeigten, dass regional deutliche Unterschiede in beiden Bereichen bestehen.

Leider beruhen die Abbildungen 69 und 70 auf Daten von 2018. Bemerkenswert ist jedoch, dass gerade die vielen Menschen, die täglich vom Odenwaldkreis in die umliegenden Kreise pendeln bis dahin wohl unterdurchschnittlich vom Homeoffice Gebrauch machten – trotz des vergleichsweise guten Glasfasernetzes in der Region. ALIPOUR et al. (2021) vom ifo-Institut zeigten, dass auch in Hochphasen der Corona-Krise die Nutzung von Homeoffice hinter dem Potential zurückblieb.

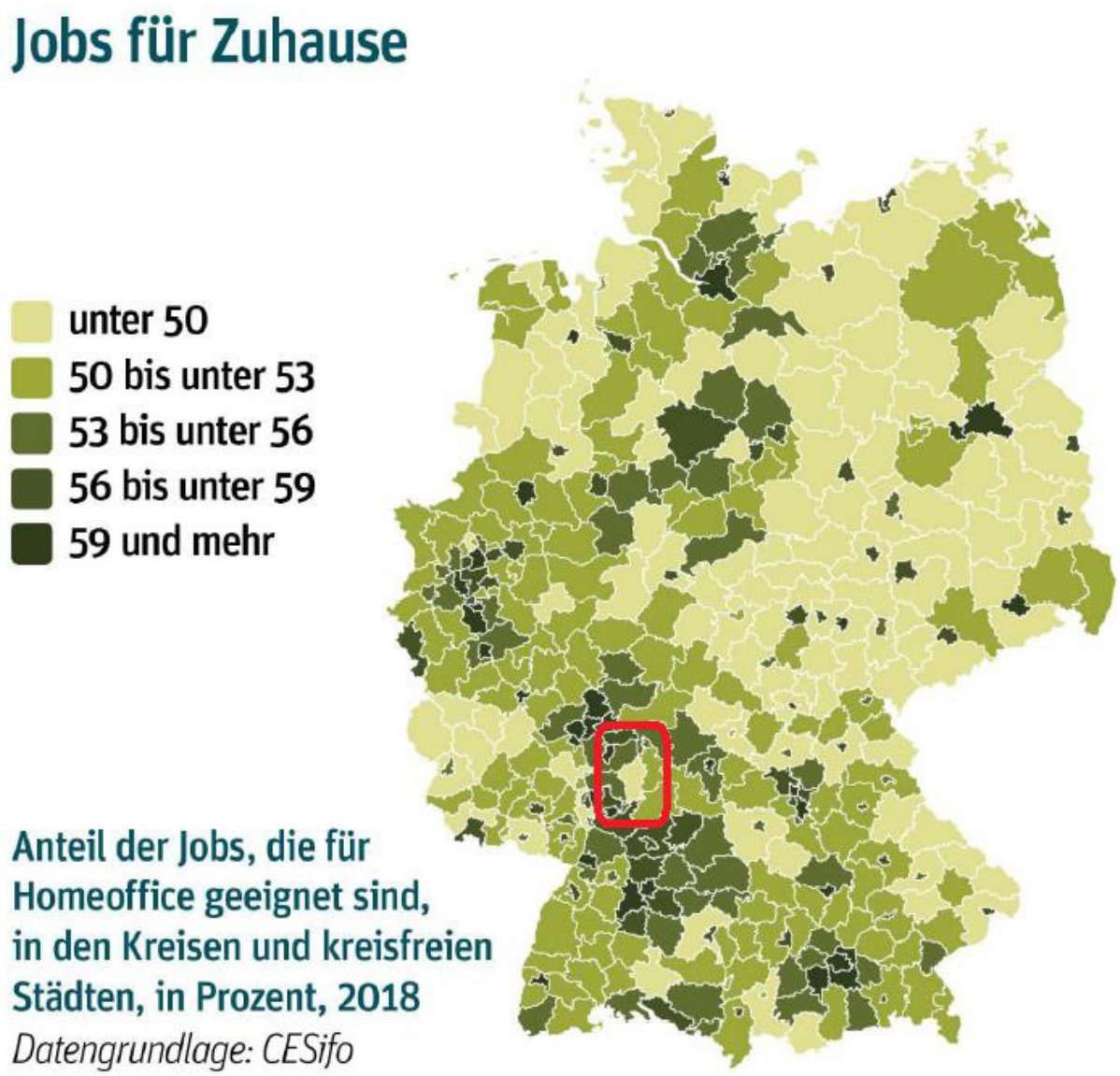


Abbildung 69: Jobs mit Home-Office-Eignung in den deutschen Kreisen. Quelle: DÄHNER (2021; Verweis auf Berlin-Insitut, Wüstenrot Stiftung)

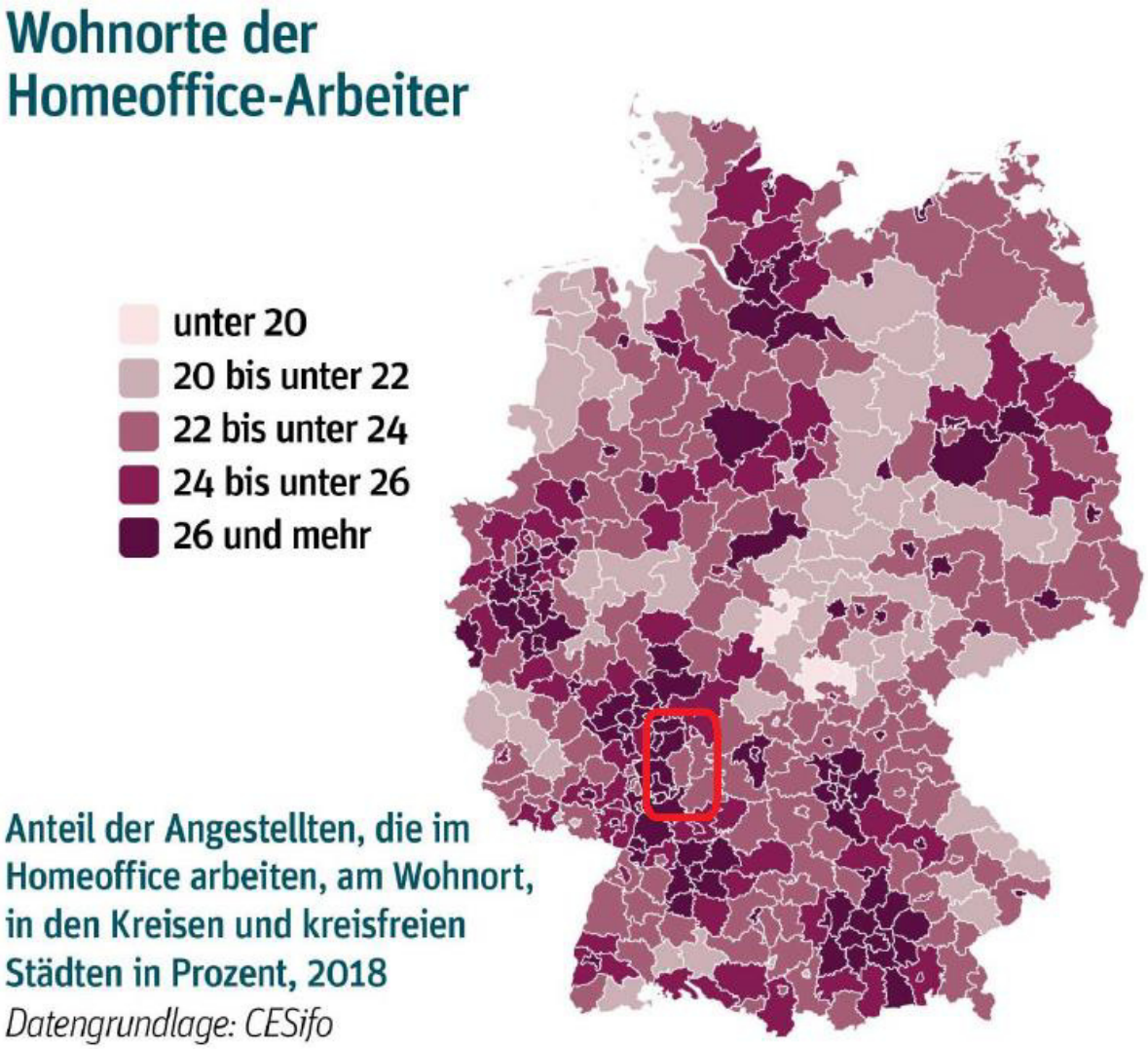


Abbildung 70: Angestellte die Bereits Home-Office nutzen, in den deutschen Kreisen. Quelle: DÄHNER (2021; Verweis auf Berlin-Insitut, Wüstenrot Stiftung)

Co-Working Spaces vereinen Vorteile der digitalen Telearbeit mit der professionellen Arbeitsatmosphäre eines klassischen Büros, haben aber zusätzlich auch ganz eigene Vorteile, die sich große Unternehmen inzwischen zunutze machen. Sie werden meist kommerziell betrieben und sind bislang in Großstädten zu finden. In verschiedenen Modellen werden einzelne Schreibtische, Konferenzräume oder andere Arbeitsplätze zusammen mit weiterer Büro-Infrastruktur, wie Druckern, WLAN, Schränken, Kaffeeautomaten, usw. angeboten. Teils können diese Angebote dann stundenweise reserviert und genutzt werden, teils gibt es Tages-, Wochen-, Monats- usw. –Tarife. Andere Co-Working Spaces, vor allem im ländlichen Raum, funktionieren als Verein und sehen bei häufiger Nutzung eine Mitgliedschaft vor. Auch Bibliotheken bieten weltweit vermehrt Co-Working Arbeitsplätze an. Aufgrund der Offenheit des Angebots finden sich dort sehr verschiedene Nutzer zusammen, die dort zwar konzentriert arbeiten können, aber auch die Möglichkeit des Austauschs mit anderen Berufstätigen ähnlicher oder anderer Branchen haben. Das Spektrum der klassischen Nutzer reicht von kreativen Feelancern der IT- und Medienbranche über Start-Ups und Geschäftsreisende bis hin zu Mitarbeiter*innen großer Unternehmen, die dort bewusst Abstand vom Arbeitsalltag suchen und den kreativen Austausch mit Außenstehenden nutzen. Oft gibt es hierbei auch großzügige Küchen und Räume zum gegenseitigen Kennenlernen. Co-Working Spaces sind ein mittlerweile weltweit etabliertes Konzept, wobei es bislang mit spärlich gestreuten Ausnahmen ein auf Großstädte beschränktes Phänomen bleibt.

Für den ländlichen Raum bieten wohnortnahe Co-Working Modelle die Chance, Pendel-Verkehrsbewegungen dank Telearbeit unnötig zu machen, gleichzeitig werden aber auch Nachteile des Home-Office umgangen. Gute Beispiele finden sich beispielsweise in Prüm (Westeifel) wo mit dem Projekt

„Schreibtisch in Prüm“ ein Coworking Space etabliert wurde, der über eine angeschlossene Möglichkeit zur Kinderbetreuung verfügt. Das Projekt wurde von der Kommune und dem Landkreis intensiv gefördert. Andere Projekte, wie das bereits weithin bekannte Coconut bei Bad Belzig in Brandenburg gehen auf private Initiativen zurück. Auch das „Denkerhaus“ am Ammersee geht auf die Initiative von Privatpersonen zurück, die das Projekt mit Eigenkapital, das in Form einer Genossenschaft organisiert wurde, Krediten und einer LEADER Förderung aufbauen konnten und den Betrieb vor allem auf ehrenamtlicher Basis leisten. Außerdem gibt es auch im ländlichen Raum Modelle, die Kombinationen mit Bibliotheken, Cafés, einer Rückkehreragentur (*siehe Teilstrategie Regionalmarekting)* oder anderen Einrichtungen betreiben. Einen aktuellen, umfassenderen Überblick zur Thematik bietet eine Studie der Bertelsmann Stiftung von 2020 (BÄHR et al.).

Das **Shared-Office**, oder auch Gemeinschaftsbüro bietet festere Strukturen und dient als Arbeitsort für Menschen, deren eigentlicher Arbeitsplatz sich in einer Großstadt befindet, selbst aber im Umland oder dem Rand solcher Ballungsräume lebt. Die anhaltende Konzentration von Arbeitsplätzen auf diese Zentren führt zunehmend zur Verdichtung und Verteuerung von Wohnraum dort und einer Überlastung der Pendelverkehrsinfrastruktur im Umland. Das Shared-Office findet sich also im Umland in der Nähe des Wohnorts, wird aber nicht allzu flexibel gebucht, sondern von einem oder mehreren Organisationen bzw. Unternehmen des Ballungsraums betrieben. Dieses Modell ist bislang eher weniger verbreitet. Ein wichtiger Vorteil davon ist, dass das Gemeinschaftsbüro nah zusammenwohnende Kolleg*innen zusammenführt und dass die finanziell und konzeptionell mit einbezogen werden können. Während es für 2020 erstmals die Möglichkeit gab, für Homeoffice-Tage pauschal 5 Euro von der Steuer abzusetzen, fallen für Co-Working Arbeitsplätze Mehrkosten an, denen nur wegfallende Fahrtkosten ausgleichend gegenüberstehen. Großstädtische Arbeitgeber*innen müssten also überzeugt werden, dies als Projekt zu unterstützen, um die Produktivität und Motivation ihrer Mitarbeiter*innen zu fördern.

Unter dem Begriff „**work-retreat**“ verbreitet sich eine Alternative zum klassischen Tagungshotel im ländlichen Raum. Co-Working-Spaces mit angeschlossener Übernachtungs- und Versorgungsmöglichkeit bieten die Gelegenheit, fernab vom großstädtischen Alltag, mitten in der Natur, in kleinen Teams für ein paar Tage oder Wochen konzentriert an kreativen Herausforderungen zu arbeiten. Bekannt dafür ist unter anderem das bereits erwähnte Coconut bei Bad Belzig. Der Begriff „Workation“ beschreibt ein ähnliches Modell, legt aber noch eine stärkere Betonung auf den gleichzeitigen Erholungsfaktor – die Verbindung von Arbeit und Urlaub – sodass man mit freiem Kopf auf gute Ideen kommen kann. Sowohl der Bereich des „klassischen“ Tagungshotels als auch der des innovativen „**Workation**“ bietet für den Odenwaldkreis besonderes Potential, weil er sich in idealer Entfernung zu den angrenzenden Ballungsräumen befindet.

Eine Studie des Berlin-Instituts mit dem Titel „*Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann*“ lenkte 2019 deutschlandweit Aufmerksamkeit auf die sogenannten „**Ko-Dörfer**“, die in den letzten Jahren vermehrt im ländlichen Raum vor allem rund um Berlin entstanden sind. „Stadtmüde“ Großstädter*innen organisierten sich zunächst im Internet und dann in der Stadt, um ihren Traum vom neuen Leben auf dem Lande umzusetzen. Ergebnis war meistens, dass gemeinschaftlich relativ große, leerstehende Gebäude im ländlichen Raum eine neue, gemeinschaftliche Nutzung erhielten – mit Standort bis etwa eineinhalb Stunden mit dem Zug von Berlin entfernt. Diese Immobilien wurden renoviert und den entsprechenden Bedürfnissen angepasst. Vorgesehen sind in der Regel große Gemeinschaftsräume, wie einer Gemeinschaftsküche und Räume zum Co-Working. Viele dieser Aussteiger*innen arbeiten rein digital – und sind damit mit einer entsprechenden Internetleitung nicht mehr auf einen städtischen Standort angewiesen. Für viele ist aber auch die noch vorhandene relative Nähe zur Großstadt wichtig, weil ab und zu doch Kolleg*innen oder Kund*innen dort aufgesucht werden müssen. Einige behielten auch trotz des neuen Lebensmittelpunkts eine Zweitwohnung in der Stadt. Seit 2019 gibt es auch die Genossenschaft Coworkland, die Initiativen des Coworkings im ländlichen Raum mit Beratung und einer Buchungsplattform unterstützt. Im Odenwaldkreis ist das Modell, hier zu wohnen und in der Großstadt zu arbeiten bereits weitverbreitet. Mit vermehrter Möglichkeit zur Telearbeit ist dies auch zunehmend attraktiv. Die Großstadt ist aber anders als in Brandenburg nicht so weit entfernt, weshalb ein Sprung in den ländlichen Raum meist eine individuelle Entscheidung ist, die einen auch nicht zwingend vollständig aus dem bisherigen sozialen Leben entfernt.

Fazit:

Entscheidend bei einer Initiative für vermehrtes Co-Working im Odenwaldkreis ist die Frage dazu, wie dies organisatorisch betrieben werden kann. Findet sich ein Unternehmen, ein Verein, eine Genossenschaft, die dies mit oder ohne kommunaler Unterstützung bzw. mit Fördermitteln betreiben kann? Die Verbindung mit öffentlichen Bibliotheken, Willkommensagenturen (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing),* Gastronomie oder Übernachtungsbetrieben bieten vielfältige Möglichkeiten auch für den Odenwaldkreis. Mit einem klaren Handlungsauftrag für die Verwaltung, entsprechenden Personalressourcen, einer geschickten Netzwerkarbeit innerhalb der Region und im Kontext der Metropolregionen, sowie einer gekonnten Nutzung von Fördermöglichkeiten und einer Einbindung von wirtschaftlichen oder ehrenamtlichen Akteur*innen gibt es keinen Grund anzunehmen, dass ein solches Projekt nicht auch im Odenwaldkreis umsetzbar ist. Insbesondere private Initiativen sind zu begrüßen und zu unterstützen.

Handlungsmöglichkeiten:

- Schaffung von Co-Working oder Shared-Office Räumen im Odenwaldkreis
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, politisch, finanziell und personell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreisverwaltung, Kommunalverwaltung und/oder private Akteur*innen
  ID: 76; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.4: 2; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Schaffung von Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte im Rahmen eines Projekts „Rural Engineering“ (*Siehe Ausführung unter Ziel 2.3 Steuerung des Strukturwandels und Wachstum in Zukunftsfeldern*)
  Kategorie: Perspektivisch umzusetzen, personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG
  ID: 77; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.4: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Ziel 5.5 Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung

SMART-Formulierung:

- Förderung und Unterstützung von Einrichtungen der Nahversorgung, wie Bäckern, Metzgern und kleinen Lebensmittel-Geschäften
- Etablierung von zwei 24-Stunden-Selbstbedienungs-Dorfläden in dörflich-peripheren Lagen im Odenwaldkreis bis 2025. Förderung und Initiierung solcher Projekte.
- Unterstützung der Kommunen bei einer strategischen Ansiedlungspolitik von Einzelhändlern, u.a. durch die Herausgabe eines Handlungsleitfadens bis 2025
- Förderung und Unterstützung von CAP-Integrationsmärkten und ähnlichen Projekten im Odenwaldkreis im Rahmen der besten Möglichkeiten des Kreises
- *Siehe auch:*
  - *Ziel 4.6 Lebendige, attraktive urbane Zentren*
  - *Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 14 Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie*
  - *Teilstrategie Natur – Analyse: Absatz regionaler Produkte; Zielbereich 38 Landwirtschaft*
  - *Teilstrategie Mobilität – Analyse – III. Verkehr und Klimaschutz – Steigende Fahrleistungen und Distanzen*

Erläuterung:

Funktionen des Alltags wie Wohnen, Arbeit, Bildung, Einkauf, Entsorgung, Freizeit, Erholen, Kultur, Betreuung, Gesundheit und Pflege sind im ländlichen Odenwaldkreis nicht in ähnlicher räumlicher Nähe zu finden, wie das in einer Großstadt der Fall sein kann. Entscheidend ist aber nicht der räumliche Abstand, sondern die Erreichbarkeit von Angeboten – mit welchen Verkehrsmitteln, für wen und in welcher Zeit. Das besondere Problem des ländlichen Raums ist, dass diese Erreichbarkeit sehr stark variiert, je nachdem, ob man über einen Pkw verfügt. Trotz erheblicher bereits geleisteter Bemühungen, den ÖPNV zu verbessern und künftiger Anstrengungen dahingehend wird sich dieser Umstand auf absehbare Zeit auch nicht ändern. Insofern kann eine ausreichende Erreichbarkeit für jedermann teils

nur durch Angebote vor Ort sichergestellt werden. Manche Dinge müssen also, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, zentral in gut erreichbarer Lage gebündelt werden, während andere grundlegende Funktionen, wie Spielplätze, Bäcker, Kindergärten, Sportanlagen usw. in möglichst jeder Ortschaft und Stadtviertel erhalten werden sollten.

Im Auftrag der IHK Darmstadt wurde 2013 eine Studie mit dem Titel „Nahversorgung im Odenwaldkreis – zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Handbuch für lokale Akteur*innen“ veröffentlicht, die auch acht Jahre später noch relevant ist (OSTERTAG 2013)

OSTERTAG weist auf die vielen Facetten der Nahversorgung hin:

Kreditinstitut	*Verwaltungsstützpunkt*	*Post*	*Ärztl. Versorgung*
Wirtshaus, Café	*Altenbetreuung*	*Vereine / Freizeit*	*Lebensmittelmarkt*
Touristeninfo	*Begegnungsstätte*	*Geistl. Versorgung*	*Grundschule*

Weiterhin stellte die Autorin fest, dass die Nahversorgung (2013) noch in allen Städten und Gemeinden gewährleistet war, jedoch in 60 % der Ortsteile nicht mehr als die Deckung eines minimalen Grundbedarfs möglich war. 14 % der Einwohner hingegen waren hinsichtlich der Güter des Grundbedarfs vor Ort nicht versorgt. Als Gegenmaßnahme für diese Umstände und als Mittel für den Erhalt der vorhandenen Infrastruktur wurde die Erstellung von Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepten (ISEK), bzw. Integrierten kommunalen Entwicklungskonzepten (IKEK), sektorale Masterpläne, Zentren- oder Nahversorgungskonzepte oder ähnlichem empfohlen. Klar sollte an dieser Stelle sein, dass die Nahversorgung nicht von der Kreisebene „herab“ geplant werden kann, wobei auf der anderen Seite Kommunen auch nicht isoliert betrachtet werden können. Des Weiteren wurden Initiativen zum Standort- und Citymarketing, sowie eine gezielte Bestandspflege empfohlen.

Nachdem über Jahrzehnte die Mobilität immer weiter zunahm stehen zunehmend auch die Nachteile einer – auch dadurch hervorgerufenen – Funktionstrennung (Wohnen, Arbeiten und Versorgen an unterschiedlichen Orten) in der öffentlichen Wahrnehmung. Folge der gewachsenen Mobilität ist nicht nur, dass Arbeitsplätze eine Konzentration in Ballungsräumen erfuhren. Auch Grundschulen, Berufsschulklassen und Einkaufsmöglichkeiten sind teils aus der Fläche verschwunden. Statt den „Tante-Emma“ Dorfladen nutzen zu können wird heutzutage meist selbst für kleinste Einkäufe ein Weg zum Supermarkt nötig.

Während des Lockdowns der Corona-Krise, als viele Geschäfte geschlossen bleiben mussten, wurden in kurzer Zeit örtliche Lieferdienste organisiert und sogar Online-Plattformen schossen „aus dem Boden“. Das Projekt „Odenwald-Box“ führt diese Idee auch weiterhin fort. Lieferdienste lassen sich grundsätzlich auf fast jeden Bedarf der Nahversorgung ausdehnen, können aber die zusätzliche Treffpunktfunktion örtlicher Angebote nicht imitieren. Beim Einkaufen, dem Arztbesuch, beim Kirchgang und in der Schule trifft man andere Menschen aus der Umgebung, wodurch Gelegenheit zum Austausch entsteht. Dieses Element – der Grund, warum z.B. viele ältere Menschen häufiger einkaufen gehen, als sie es strenggenommen müssten – wird durch einen Lieferdienst nicht ersetzt werden können.

Die beschriebenen Konzentrationsprozesse führen zu einem weiteren Vorteil der davon profitierenden Standorte. In der Folge kommt es daher zu einer gesteigerten Standort-Attraktivität und einem Zuzug, bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang der infrastrukturell zunehmend unterlegenen Orte. An diesen Standorten, meist im ländlichen Raum, besteht so die Gefahr einer Negativspirale von sich gegenseitig verstärkenden Abwanderungstendenzen von Bevölkerung und Angeboten. Schlussfolgernd gilt es, die vorhandenen Angebote der Nahversorgung, die Arbeitsplätze, die Bildungs-und Freizeitmöglichkeiten im Odenwaldkreis um jeden Preis möglichst zu erhalten und bei Möglichkeit auszuweiten.

Für die Nahversorgung werden heute bestimmte Voraussetzungen erwartet, wie die Erreichbarkeit per Pkw (ausreichend, möglichst kostenlose Parkplätze), das „One-Stop-Shopping“ (breites Sortiment des täglichen Bedarfs oder räumliche Nähe weiterer Angebote) und lange Öffnungszeiten, wobei bei den beiden zuerst genannten bei attraktiven Standorten mit großem Angebot zunehmend auch Abstriche akzeptiert werden – z.B. beim Einkauf in der Großstadt.

Ähnlich wie eine sinkende Einwohner*innenzahl zu einer Negativspirale führen kann, in deren Zuge auch die Nahversorgung wegbricht, spielen auch bei der Ansiedlung von Nahversorgungseinrichtungen Standortfaktoren eine Rolle wichtige Rolle: so wird bei der Ansiedlung von Einzelhandelbetrieben bspw. gefragt werden wie die lokale und regionale Konkurrenz ist. Gibt es Agglomerationsvorteile, die bspw. ein „One-Stop-Shopping" ermöglichen? Wie ist die infrastrukturelle Anbindung? Wie ist die Identifikation der Einwohner*innen mit dem Ort, den regionalen Produkten und den lokalen Einkaufsmöglichkeiten – wie stark wird das Vor-Ort-Kaufen betrieben? Und wie ist die städtebauliche Gestaltung und Aufenthaltsqualität, die Begrünung und die Verkehrsführung? Die Agglomerationsvorteile, auch verschiedener Bereiche, wie Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistern, Kultur, Verwaltung usw. machen eine Ortschaft gemeinsam lebendig. Daher ist es auch für alle diese Akteure sinnvoll, sich gemeinsam zu organisieren und aktiv zu sein z.B. in Gewerbevereinen.
Siehe auch Ziel 4.6 Lebendige, attraktive urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität; Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 14 Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie

Einen interessanten Ansatz zur Sicherung einer minimalen Grundversorgung vor Ort bieten bereits auch bereits im Odenwaldkreis Konzepte mit Lebensmittel-Automaten, die auch in kleinen Dörfern rentabel betrieben werden können, weil sie kaum Personaleinsatz benötigen. Gleichzeitig können sie gewinnbringend für die Vermarktung regional erzeugter Lebensmittel eingesetzt werden und können und 24 Stunden am Tag, sieben Tage in der Woche verfügbar sein. In einer Weiterentwicklung führte dieses Modell zum Konzept des „Elfriede 24h-Dorfladens" in Buchen, im Neckar-Odenwald-Kreis. Im „Emma's Tag-und-Nacht-Markt" in Altengottern, (Thüringen) steht das gesamte Angebot eines kleinen Supermarkts rund um die Uhr zur Verfügung. Der Markt funktioniert nach dem Selbstbedienungsprinzip, mit bargeldloser Bezahlung und Zugangskarten für die Ortsbürgerschaft. Diese Karte gewährt den schützt somit das Geschäft vor Diebstahl und Vandalismus. Zusätzlich verfügt der Markt über freies WLAN, eine Paket-Packstation, eine Elektro-Tankstelle und einen Lieferservice (*siehe auch Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft bezüglich der Relevanz für den Absatz regionaler landwirtschaftlicher Erzeugnisse)*.

Erreichbarkeit betrifft aufgrund unterschiedlicher Mobilität auch Themen wie soziale Gerechtigkeit oder Familien- und Seniorenfreundlichkeit. Letztlich betrifft es aber jeden Einzelnen, denn selbst wenn man über einen Pkw verfügt, sind Wege immer auch mit einem zeitlichen Aufwand verbunden. Gerade für das tägliche Pendeln zur Arbeitsstätte gehen den Odenwälder*innen bis zu 3 Stunden täglich verloren (*siehe Ziel 5.4 Flexible* Arbeitsorte). Arbeitsort, Bildungsstätten und Kinderbetreuungsmöglichkeiten in guter Erreichbarkeit sind zentrale Argumente bei der Entscheidung für oder gegen einen Wohnstandort. Auch Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs sollten gut in den Alltag integrierbar sein. Schließlich geht es darum, wie viel Zeit vom Tag übrigbleibt, die man tatsächlich frei zur Verfügung hat, nachdem alle Besorgungen und Arbeiten erledigt wurden. In diesem Sinne ist die Nahversorgungsstruktur und die Erreichbarkeit ein wichtiges Element zur „Work-Life-Balance".

Handlungsmöglichkeiten:

- Förderung und Unterstützung / Erhalt von Bäckern, Metzgern und Direktvermarktern
  Siehe Zielbereich 1 Fachkräftesicherung, Teilstrategie Regionalmarketing; Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz – Zielbereich 38 Landwirtschaft
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell voraussetzungsvoll:
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, private Akteur*innen und Netzwerke (Handwerkskammer, Kreishandwerkerschaft).
  ID: 78; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.5: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Förderung und Einrichtung von 24h-Dorfläden unter Nutzung von Fördermitteln und Einbindung regionaler Lebensmittelproduzenten
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch, personell, potentiell finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortung: Kreis, Kommunen, private Akteur*innen
  ID: 79; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.5: 2; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  Siehe auch Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz – Zielbereich 35: Landwirtschaft; sowie Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 14: Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie

- Erhalt und Ausbau der Angebote in den Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung, Ausbildung, Freizeit und Kultur, Arbeitsplätze, Nahversorgung, Versorgungsangebote des mittleren und längerfristigen Bedarfs, usw. und Verbesserung der Mobilität (*siehe entsprechende Teilstrategien/Zielbereiche*)
- Strategische Ansiedlungspolitik von Einzelhändlern. Kritische Beurteilung von Ansiedlungsvorhaben von Filialisten, insbesondere in den Außenbereichen. Ansiedlungen in Außenbereichen führen zu einer noch stärkeren Abhängigkeit vom Verkehrsmittel Pkw und stehen in Konkurrenz zu potentiellen oder noch existierenden Angeboten im Ortskern, die damit gefährdet werden könnten. Inhabergeführte Geschäfte im Ortskern tragen zur Einzigartigkeit der Ortschaft bei, bieten oft engagierte Partner für die Belebung des Ortes und sorgen für regionale Wertschöpfungsketten, wenn auch regionale Zulieferer genutzt werden.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, politisch und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 80; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.5: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  siehe auch Ziel 4.6 Lebendige, attraktive urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität
- Förderung und Unterstützung von Integrationsmärkten (CAP)
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, AWO, andere Träger
  ID: 81; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.5: 3; Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Ausbau, Verknüpfung und Verbesserung von regionalen Waren-Lieferdiensten, deren Bekanntheit und Erhöhung der Nutzerquoten
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, IHK, Gewerbetreibende
  ID: 82; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.5: 2 ; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt
  Zur Erläuterung siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 14 Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie
- Erstellung von interkommunalen Nahversorgungskonzepten
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 83; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.5: 2 ; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt
- *Siehe außerdem: Teilstrategie Mobilität - Ziel 17.1: Lärmschutz, Anwohnerschutz, Nahmobilität und Antriebswende im Straßenverkehr*

6. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Standortqualität, Service und Standortmarketing (mit Zielgruppe Unternehmen)

*Ziel 6.1 Verwaltung als Dienstleister für Bürger*innen und Unternehmen*

Siehe Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice – Zielbereich Leitbild und Servicequalität

Ziel 6.2 Niedrige Gewerbesteuern

SMART-Formulierung:

Geringhaltung der Gewerbesteuerhebesätze und der Grundsteuer B, so gut es die kommunalen Haushalte zulassen.

Erläuterung:

Auch wenn der Odenwaldkreis mit allgemein niedrigen Kauf- und Mietkosten für Gewerbeimmobilien punkten kann, stehen manche Kommunen des Kreises am oberen Ende der Gewerbesteuer-Hebesätze. Da sich die Gewerbesteuer nach dem Gewinn berechnet kann es sich daher für Unternehmen mit hohem Gewinn lohnen, einen höheren Grundstückspreis in Kauf zu nehmen, um langfristig Steuern zu sparen. Höhere Immobilienpreise im Ballungsraum sind hingegen vom Gewinn unabhängig und

spielen somit bei steigendem Umsatz eine geringere Rolle. Im Licht solcher Überlegungen erscheinen ländliche Kommunen mit hohen Hebesätzen also als eher unattraktiv. Neben den Gewerbesteuern ist auch die Grundsteuer B zu berücksichtigen.

Tabelle 9: Realsteuerhebesätze der Odenwald-Gemeinden am Ende des 2. Quartals 2020 und Vergleich mit Hessischen Extrem-Werten

Gebietskörperschaft	Grund-steuer A	Grund-steuer B	Durchschn. Hessen	relativ zum Durchschn.	Gewerbesteuer	Durchschn. Hessen	relativ zum Durchschn.
	%						
Bad König, Stadt	490	490	475	103	385	387	99
Brensbach	430	495	475	104	385	387	99
Breuberg, Stadt	332	420	475	88	370	387	96
Brombachtal	335	425	475	89	360	387	93
Erbach, Kreisstadt	390	430	475	91	400	387	103
Fränkisch-Crumbach	450	550	475	116	395	387	102
Höchst i. Odw.	450	450	475	95	380	387	98
Lützelbach	435	435	475	92	380	387	98
Michelstadt, Stadt	400	400	475	84	370	387	96
Mossautal	332	365	475	77	357	387	92
Oberzent, Stadt	350	365	475	77	380	387	98
Reichelsheim	360	470	475	99	380	387	89
Größte Abweichungen Grundsteuer B:							
Lautertal (Odenwald)	570	1 050	475	221	390	387	101
Eschborn, Stadt	170	140	475	29	330	387	85
Median:							
Heusenstamm, Stadt	230	450	475	95	360	387	93
Größte Abweichungen Gewerbesteuer:							
Reinhardshagen	550	550	475	116	550	387	142
Gründau	200	200	475	42	300	387	75
Median:							
Bad Camberg, Stadt	365	365	475	77	380	387	98

Handlungsmöglichkeiten:

Geringhaltung der Gewerbesteuerhebesätze und der Grundsteuer B, so gut es die kommunalen Haushaltszahlen zulassen.
Kategorie: bereits in Umsetzung.
Hauptverantwortlich: Kommunen.
ID: 84; Priorisierungsvorschlag Ziel 6.2: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Ziel 6.3 Einzelhandel und kleine Unternehmen

Ein funktionierendes Ökosystem von kleinen Unternehmen und von Einkaufsgelegenheiten ist unverzichtbar für die Standortqualität sowohl aus Sicht von Fachkräften als auch für Unternehmen.

- *Siehe*
  - *Ziel 2.3: Steuerung des Strukturwandels und Wachstum in Zukunftsfeldern*
  - *Ziel 2.4: Fortbestand von Arbeitsplätzen nach Ruhestandseintritt von Geschäftsführer*innen sichern*

- *Ziel 4.1: Strategische Gewerbeflächenentwicklung*
- *Ziel 4.6: lebendige, attraktive urbane Zentren, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität*
- *Ziel 5.5 Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung*
- *Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie*

Ziel 6.4 Gewerbeflächen-Plattform, Vermarktung und Vermittlung

Siehe Ziel 4.1: Kraftvolle Zentren

Ziel 6.5 Nachfrageorientierte Gewerbeflächenentwicklung

Wie bereits vorab zu den Ausführungen der Ziele der Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung ausgeführt wurde, ist für den Odenwaldkreis und seiner Wirtschaftsförderung (OREG) oberste Priorität die Sicherung der bestehenden Unternehmenslandschaft, gemeinsam mit der Gründerförderung. Hierbei ist auch der Strukturwandel (Ziel 2.3) zu antizipieren. Außerdem gibt verschiedene Handlungsmöglichkeiten, um Gewerbeflächen nachhaltiger zu gestalten (siehe Ziel 4.2).

Siehe auch Ziel 4.1: Kraftvolle Zentren
Siehe auch Ziel 4.1a: Strategische Gewerbeflächenentwicklung
Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich Nachhaltige Siedlungsentwicklung

Ziel 6.6 Wirtschaftsservice

SMART-Formulierung:

- Fortführung des Wirtschaftsservice der OREG in allen Bereichen und bedarfsorientierte Weiterentwicklung des Angebots
- Weiterführung von Mobilitätsberatungen für Unternehmen und deren Mitarbeiter*innen

Erläuterung:

Die OREG steht im direkten und engen Austausch mit den Unternehmen des Odenwaldkreises. Sie bietet bereits heute einen umfänglichen Wirtschaftsservice an. Als die Instanz, die in diesem Bereich direkt „am Ball“ ist, kann die OREG und der sie steuernde Wirtschaftsbeirat – auch im ständigen Austausch mit der Wirtschaft – am besten entscheiden, wie diese Angebote ausgebaut werden sollten. Eine flexible Anpassung mit einem ständigen Monitoring, wie es von der OREG bereits betrieben wird, z.B. in Form von Umfragen, ist daher in diesem Bereich die sinnvollste Vorgehensweise. Insbesondere für Auszubildende ist die Erreichbarkeit von Arbeitsstätte und Schule oft eine Herausforderung. Insbesondere in West-Ost-Richtung oder wenn sich die Arbeitsstätte in einem kleineren Ort befindet, kann die Anbindung mit dem ÖPNV problematisch sein.

Handlungsmöglichkeiten:

- Weiterführung des bestehenden Wirtschaftsservice der OREG nach den Prioritäten Bestandsschutz, Gründerförderung und Standortwerbung – in dieser Reihenfolge. Weiterführung bestehender Services, wie dem Arbeitgeberservice, der Bauberatung, dem Gründerservice usw.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG
  ID: 85; Priorisierungsvorschlag Ziel 6.6: 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Fortführung der Mobilitätsberatung der OREG-Abteilung Nahverkehr für Unternehmen und wo möglich Beachtung von deren Bedarfe nach zusätzlichen Mobilitätsangeboten.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und finanziell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: OREG und Kreispolitik
  ID: 86; Priorisierungsvorschlag Ziel 6.6: 2; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Ziel 6.7 Standortmarketing und Gewerbeflächenvermittlung

Siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus, sowie Ziel 4.1: Kraftvolle Zentren

Digitalisierung und digitale Infrastruktur

Analyse

Die Digitalisierung findet weltweit statt – unabhängig davon, was die Akteur*innen im Odenwaldkreis tun. Was aber beeinflusst werden kann und muss, ist, ob die Region von Anfang an von neuen Chancen profitiert oder ob die Digitalisierung andernorts den Odenwaldkreis abhängt und ihn zunehmend rückständig erscheinen lässt.

> *„Nur selten ist die Digitalisierung der Kommune als eigenständiges Thema in den bereichsübergreifenden Entwicklungsstrategien der Städte und Gemeinden Deutschlands verankert. Digitalisierung wird als Querschnittsthema verstanden, das in fast allen Bereichen der kommunalen Entwicklung mehr oder weniger bedeutsam ist.“* (PwC 2015: S. 10)

Digitalisierung erstreckt sich bereits heute auf fast jeden Aspekt des täglichen Lebens. Auch in Krisen bieten digitale Ideen flexible und schnelle Lösungen. Somit sind Elemente der Digitalisierung auch in fast allen Bereichen des Kreisentwicklungskonzepts zu finden. Grundlegend für eine Digitalisierung zum Vorteil der Regionalentwicklung ist, dass der Odenwaldkreis eine funktionierende, „State-of-the-Art“-Infrastruktur aufweist.

Die Befragung der Bürgerschaft zum Kreisentwicklungskonzept 2019 zeigte, dass der Odenwaldkreis im Bereich der Digitalisierung dringend zulegen muss: Der These „denkt zukunftsorientiert und ist auf die Herausforderungen der Digitalisierung vorbereitet“ stimmten nur 23 % der Befragten zu („stimme voll zu“ bzw. „stimme überwiegend zu“; siehe auch Abbildung 160; S. 311).

Kommunales Breitbandnetz Odenwaldkreis

Mit dem flächendeckenden Ausbau von Breitbandverbindungen nimmt der Odenwaldkreis eine Führungsrolle unter den ländlichen Regionen ein. Das von der OREG mbH als Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Odenwaldkreises – vertreten durch die 100%ige Tochter Brenergo GmbH – bundesweit anerkannte und mehrfach ausgezeichnete Modellprojekt wurde durch kommunalen Schulterschluss in der Gesellschafterstruktur und mit Unterstützung der beiden Kreditinstitute Volksbank Odenwald eG und Sparkasse Odenwaldkreis sowie einer Bürgschaft durch das Land Hessen umgesetzt. In diesem Rahmen wurde geschafft, was die freie Marktwirtschaft zur damaliger Zeit nicht regelte: Eine flächendeckende Breitband-Versorgung in ländlichen Regionen. Die Gesamtkosten betrugen 20 Millionen Euro. Der Odenwaldkreis liegt laut Thünen-Institut für Ländliche Räume mit 98,9 % Breitbandversorgung (Stand 2016, mindestens 16 Mbit/s) auf Platz vier der am besten versorgten ländlichen Räume des Typs 1 (sehr ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage); auf Platz 48 insgesamt – und liegt damit vor vielen kreisfreien Städten.

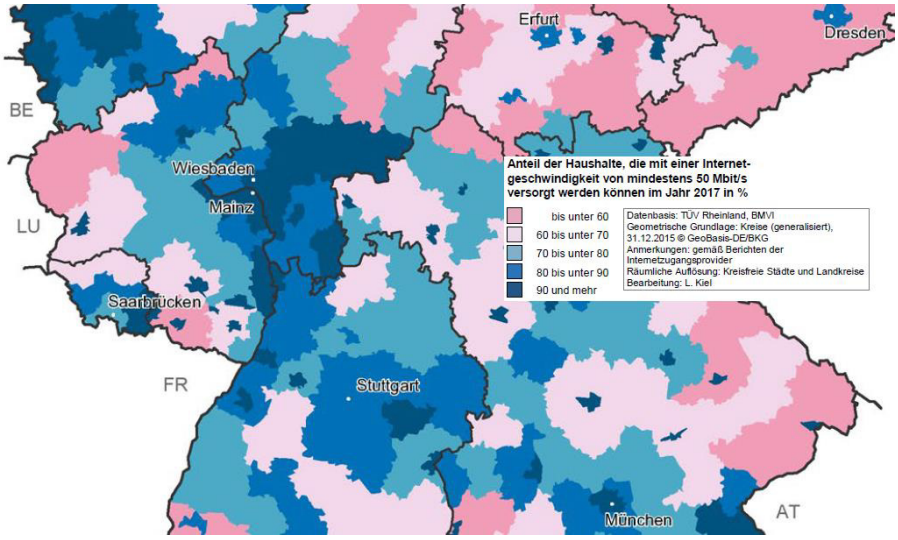


Abbildung 71: Breitbandversorgung. Deutschlandatlas 2019. Thünen-Institut.

Tabelle 10: Breitbandversorgung in den Odenwaldkreis-Gemeinden 2017

Raumeinheit	Breitband-versorgung mit 16 Mbit/s in %	Breitband-versorgung mit 50 Mbit/s in %	Breitband-versorgung mit 100 Mbit/s in %
Bad König, Stadt	97,3	94,2	38,9
Beerfelden, Stadt	94,6	88,0	0,0
Brensbach	98,8	85,8	0,0
Breuberg, Stadt	98,7	98,6	0,0
Brombachtal	100,0	92,5	0,0
Erbach, Kreisstadt	100,0	97,6	58,6
Fränkisch-Crumbach	99,4	96,8	0,0
Hesseneck	99,7	97,6	0,0
Höchst i. Odw.	97,4	95,5	0,0
Lützelbach	99,7	81,2	0,0
Michelstadt, Stadt	100,0	99,0	77,6
Mossautal	100,0	91,9	0,0
Reichelsheim (Odenwald)	96,3	80,9	22,6
Rothenberg	100,0	72,6	0,0
Sensbachtal	98,8	97,0	0,0

Projektbeginn war am 13. August 2010. Die Inbetriebnahme des ersten Teilnetzes erfolgte am 1. November 2011. Das komplette Netz wurde am 31. Juli 2012 in Betrieb gekommen. Dabei wurden 330 Kilometer Glasfaserkabel verlegt. Das Netz ist so konzipiert, dass weitere Ausbaustufen bis hin zu FTTH (Fibre to the Home) möglich sind. Im Laufe der Zeit stieß die vorhandene Infrastruktur jedoch zunehmend an seine Grenzen, weshalb zwischenzeitlich vor allem mittels der sogenannten Vectoring-Technik für einzelne Anschlüsse die Bandbreiten auf in der Regel maximal 100 Mbit/s im Download erhöht werden kann (abhängig von der Entfernung des Gebäudes zum Verteilerkasten). Manche Unternehmen und einzelne Schulen erreichen so bereits heute Bandbreiten von bis zu 1000 Mbit/s.

Bis Ende 2021 sollen alle Schulen im Kreis über solche Bandbreiten verfügen. Betrieben und vermarktet wird das Netz durch die in Darmstadt ansässige ENTEGA MEDIANET GMBH. Als Mittel der Information und Werbung wurde auch ein Video produziert: https://youtu.be/QxEOMKbaZDM.

Gigagbit-Ausbau Odenwaldkreis

Die „Förderung von digitalen Infrastrukturen“ wird als Staatsziel in der Verfassung des Landes Hessen verankert und mit einer Gigabitstrategie untermauert. Ihr zufolge soll in Hessen bis 2025 flächendeckende Gigabit-Bandbreite möglich sein. Im Odenwaldkreis konnte in der Folge des eigenständigen Breitbandausbaus bereits ein wichtiger Beitrag dazu geschafft werden, dass ein in der Vergangenheit prognostizierter Bevölkerungsrückgang nicht eintrat. Insofern wird die digitale Infrastruktur in allen Kommunen des Odenwaldkreises als zentral wichtig für die Zukunft der Region als attraktivem Standort für Wohnen und Wirtschaft begriffen. Bei der Organisation des Gigabitausbaus vertraut man im Odenwaldkreis auf bisherige Erfahrungen und Strukturen. Die bestehenden personellen Ressourcen werden in interkommunaler gemeinschaftlicher Finanzierung aufgestockt. Durch die Kooperation reduziert sich der Personalbedarf. Die nötige organisatorische Struktur ist bereits in Form der Brenergo Gesellschaft für Breitband sowie regenerative Energien mbH vorhanden.

Die Investitionskosten für den Odenwaldkreis belaufen sich insgesamt einen dreistelligen Millionenbetrag, sodass trotz einer Förderquote von 90 % für die Kommunen ein beträchtlicher Eigenanteil verbleibt. Abgeschlossen soll der Ausbau in 10 Jahren sein – was zunächst nach einem großzügigen Zeitplan klingen mag, mit Blick auf die großen Distanzen im Kreis und im Sinne der Wirtschaftlichkeit aber tatsächlich ambitioniert ist. Trotz stets knapper kommunaler Kassen stehen die Bürgermeister des Odenwaldkreises dem Projekt optimistisch gegenüber. Detlef Kuhn, Geschäftsführer der Brenergo GmbH argumentiert: „Für eine sich immer weiter digitalisierten Gesellschaft, führt für eine Kommune kein Weg an einem Ausbau von Glasfaser bis ans Haus (FTTH) vorbei.“

Projektplan ist folgender:

Stufe 1: organisatorische und ablauftechnische Projektstrukturierung
(Zeitraum 01.04.2020 – 31.12.2020)

- Klare Definition und Festlegung der Projektteilnehmer. Alle Kommunen haben bereits signalisiert, sich beteiligen zu wollen und Ansprechpartner sind benannt.
- Festlegung des Anteilsschlüssels für jede Kommune und den Kreis; zunächst Entwicklung und Einigung der Grundlage für den Schlüssel (Einwohner*innen, Haushalte, Gebäude?... usw.).
- Festlegung der auszuführenden Projektorganisationseinheit inklusive der finanziellen Ressourcen (Personal etc.).
- Wenn gewünscht, Projektvorstellung und Unterstützung der jeweiligen Gemeindevorstände bei den Gremien um notwendige Beschlüsse zum Projekt zu erhalten.
- Schriftlicher Beschluss der der Projektteilnehmer zur Zusammenarbeit und Zusicherung zur Bereitstellung der finanziellen Mittel.
- Rechtliche Prüfung und Entwicklung eines späteren Umsetzungsmodells (Berücksichtigung von Fragen der Förderfähigkeit, der Eigentümerschaft von Infrastrukturen, der zukünftigen Gesellschaftsform sowie zur Verfügungsstellung von Infrastrukturen an einen Netzbetreiber).
- Umsetzung der Ergebnisse aus der rechtlichen Prüfung (Projektimplementierung in z.B. bestehende Unternehmensstrukturen oder Initiierung einer Neugründung).
- Einstellung des benötigten Personals
    - Aufbau und Kommunikation einer Projektorganisation.
    - Definition, Etablierung und Kommunikation einer Prozessstruktur.
- Beantragung einer Förderung (bis zu 50.000 EUR) für jede teilnehmende Kommune, zur Erstellung einer kommunalen Gigabitstrategie inkl. Netzplanung. Ausschreibung und Beauftragung der Dienstleistung. Stand April 2021 haben acht Kommunen eine Förderung beantragt.

Stufe 2: (Vorbereitende) kommunale FTTB/H-Zielnetzplanungen (Zeitraum: 2021)

- Projektierung der geförderten (bis zu 50 TEUR pro Kommune) kommunalen Gigabitstrategie gemeinsam mit einem Dienstleister und dem kommunalen Projektansprechpartner:
    - Erstellung kommunaler Zielnetzplanungen auf Basis von FTTB/H (kommunenweise). Erhebung und Berücksichtigung möglichst aller relevanter zukünftiger Bedarfsträger (Privatkunden, Gewerbe, Sonderbedarfsträger).
    - Der Ausbauplan dient als Grundlage sowohl für Mitverlegungen wie auch für einen gezielten flächendeckenden Ausbau. Aufgrund dieser Ausbauplanung kann jede Kommune bei Baumaßnahmen schnell entscheiden, ob eine Verlegung von Leerohren sinnvoll ist.
    - Der Ausbauplan berücksichtigt übergeordnete Netzanknüpfungspunkte und fügt sich so in bestehende Netzstrukturen ein.
    - Detaillierte Kostenermittlung als Basis für eine spätere Förderantragsstellung zur Umsetzung der Gigabitstrategie.
- Entscheidung über die zentrale Organisationseinheit für den Zusammenschluss der Kommunen und anschließend Ausarbeitung der Förderanträge zum Gigabit-Ausbau in dieser Organisationseinheit (bestehende Brenergo GmbH, neues Unternehmen oder Zweckverband).
- Erarbeitung von Förderanträgen zum Ausbau des Gigabitnetzes.

Stufe 3: Umsetzung des kommunalen Gigabitausbaus (Zeitraum: 2022 – 2030)

- Aufbau einer Kommunikations-, Prozess- und Ablaufstruktur für den Ausbau, besonders beim Abschluss von Gestattungsverträgen für den Hausanschluss
- Ablaufprozess z. Bsp. für Schäden bei den Baumaßnahmen, Koordination zwischen Baudienstleistern, zukünftigem Betreiber, der Bevölkerung und z. Bsp. von Ämtern.
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Privatpersonen und Unternehmen zum Gigabitausbau (u.a. Bauplanung, wo wird wann gebaut usw.):
    - Hausanschlusskosten (nach aktuellem Kenntnisstand mit gefördert)
    - Gestattung für Hausanschluss
    - Welche Hardware benötigt wird
    - Welche monatlichen Kosten
    - Wo wird es wann welche Verkehrsbehinderungen geben

  - Zentrale Anlaufstelle für Schäden am eigenen Grundstück
- Stellen von Fördermittelanträgen für die Kommunen, Überwachung und Koordinierung der Einhaltung der Fördermittelrichtlinien, sowie deren Dokumentation
- Ausschreibung und Vergabe der Bauausführung

Aus einem anderen Fördertopf wird der Gigabit-Ausbau an den Schulen unterstützt, der bereits in einzelnen Schulen abgeschlossen ist. Für den Bau des Glasfaseranschlusses der restlichen Schulen wurde bereits eine Ausschreibung abgeschlossen, ein Förderbescheid der Hessischen Digitalministerin Prof. Dr. Sinemus überreicht und mit dem Bau begonnen. Die Brenergo GmbH gibt den aktuellen Projektstand bekannt unter https://www.oreg.de/breitbandnetz/; wo sich auch einsehen lässt, wie der Anschluss der Schulen ans Glasfasernetz vorangeht.

Die Dringlichkeit der Umsetzung zeigt sich in der Region auch darin, dass Unternehmen zuletzt immer häufiger Interesse äußern. Mit der Brenergo GmbH können in solchen Fällen gemeinsam Lösungen gefunden werden, z.B. wie die Technik des Vectoring ausgereizt werden kann, um die dringend notwendigen Bandbreiten zu erreichen.

Mobilfunkversorgung

Im Zuge der 5G-Frequenz-Auktionen wurden die Mobilfunknetz-Betreiber auch zu Auflagen den Netzausbau im ländlichen Raum betreffend verpflichtet. In der Folge waren 2020 punktuell bereits spürbare Verbesserungen in den Bandbreiten zu verzeichnen. Dennoch bleiben bislang einige Funklöcher in manchen abgelegenen Tälern des Odenwaldkreises bestehen. Hierbei gibt es in Abhängigkeit vom gewählten Anbieter beträchtliche Unterschiede. Auf diese Weise kann der Odenwaldkreis bisweilen von Gästen als entlegene funkfreie Zone wahrgenommen werden, obwohl es bei einem anderen Anbieter u.U. sogar LTE-Empfang geben würde. Vor allem im Vergleich zum angrenzenden Ballungsraum bestehen bislang merkliche Unterschiede (siehe Abbildung 72).

Im Bereich Mobilfunk lässt es sich bislang kommunal kaum eingreifen; jedoch existieren Projekte, die kostenloses, öffentliches WLAN an Orten wie Bahnhöfen, Rathäusern und Gemeinschaftshäuern bereitstellen. Insbesondere positiv zu erwähnen ist hierbei auch das seit 2020 bestehende WLAN in den Bussen von Odenwald-Mobil. Außerdem ist es ein Anliegen der Kommunen, WLAN einzurichten.

Bereits heute sind Smartphone Apps und mobiles Arbeiten für die meisten Menschen zur Selbstverständlichkeit geworden. Die aktuelle Mobilfunk-Generation des Standards 5G eröffnet jedoch nicht qualitative Verbesserungen bisher bekannter Funktionen, sondern eröffnet auch völlig neue Möglichkeiten. Unter anderem geht man davon aus, dass das autonome Fahren auf dieser Technik basieren wird, weil nur mit den durch 5G ermöglichten Übertragungsraten die dabei nötige Reaktionsgeschwindigkeit erreicht werden kann. Auch in anderen Anwendungsbereichen wird das sogenannte Telecomputing (Rechenoperationen und Datenspeicherung finden nicht auf dem Endgerät des Nutzers, sondern auf einem Server statt) mit den Möglichkeiten des 5G wahrscheinlich zunehmen. Je selbstverständlicher diese Anwendungen an anderen Orten werden, desto nachteiliger würde es für den Odenwaldkreis werden, nicht beim Infrastrukturausbau mithalten zu können. Da schneller Mobilfunk nur auf Grundlage eines Glasfaser-Basisnetzes funktioniert – da die Funkmasten ebenfalls einen entsprechend schnellen Anschluss benötigen – gehen der Gigabit-Ausbau und der 4G- und 5G-Ausbau Hand in Hand.

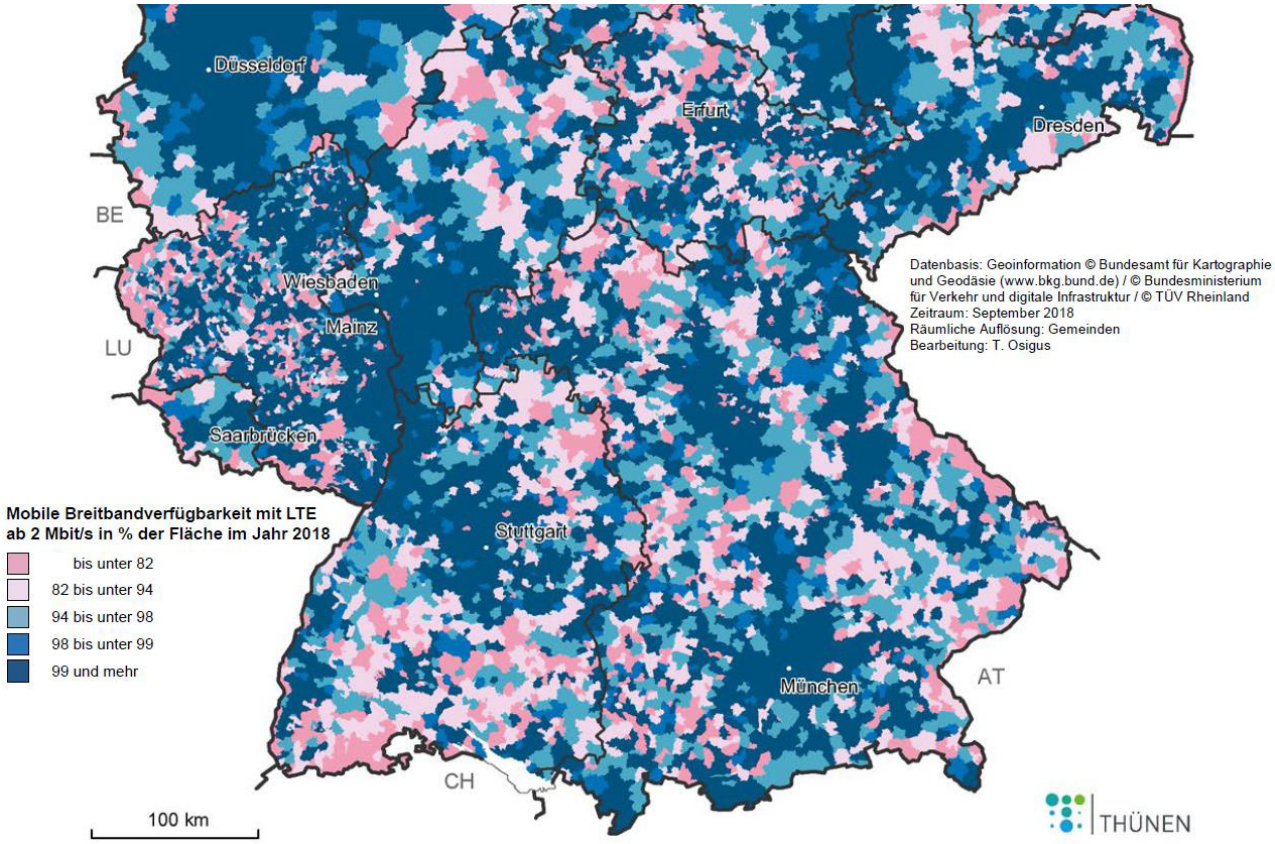


Abbildung 72: LTE Verfügbarkeit. Deutschlandatlas 2019. Thünen-Institut.

Auch der Ausbau des Mobilfunknetzes schreitet seit 2020 voran. Der Gesetzgeber knüpfte bei der Versteigerung der 5G-Frequenzen Auflagen bezüglich der Schließung weißer Flecken und der 5G-Erschließung auch ländlicher Räume an. So hatte ein großer Mobilfunk-Anbieter im Odenwaldkreis bereits im Oktober 2020 10 Funkmasten auf 5G-Standard aufgerüstet; auch die anderen Netze werden ausgebaut. Auch die Kapazitäten nach 4G-, bzw. LTE-Standard werden ausgebaut, sodass weiße Flecken und Gebiete mit Erschließung in 2G- und 3G-Standard geschlossen werden.

Abbildung 73 zeigt den Zeitplan und den perspektivisch steigenden Bandbreitenbedarf. Insbesondere ist damit zu rechnen, dass autonomes Fahren Realität wird, sobald die rechtlichen Fragen dazu geklärt sind und das 5G Netz dazu bereitsteht. Mit dem Wachsen dieser Netze in den Städten überall auf der Welt werden zunehmend durch Innovationen dessen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Sind solche Technologien erst in Städten etabliert, werden sie schnell zum selbstverständlichen Gewinn an Lebensqualität, der auch im Odenwaldkreis nicht vermisst werden darf.

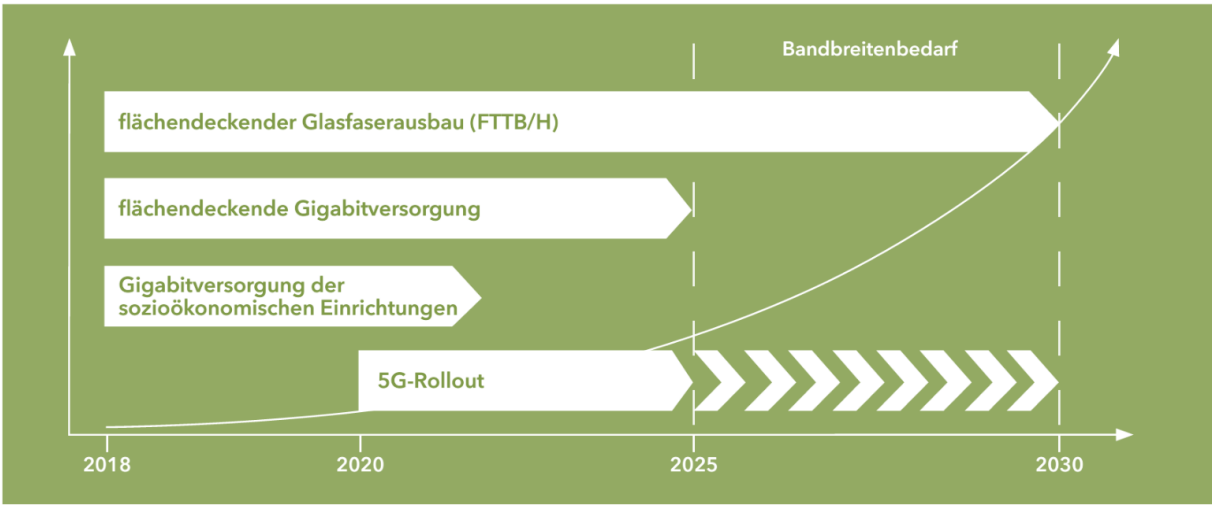
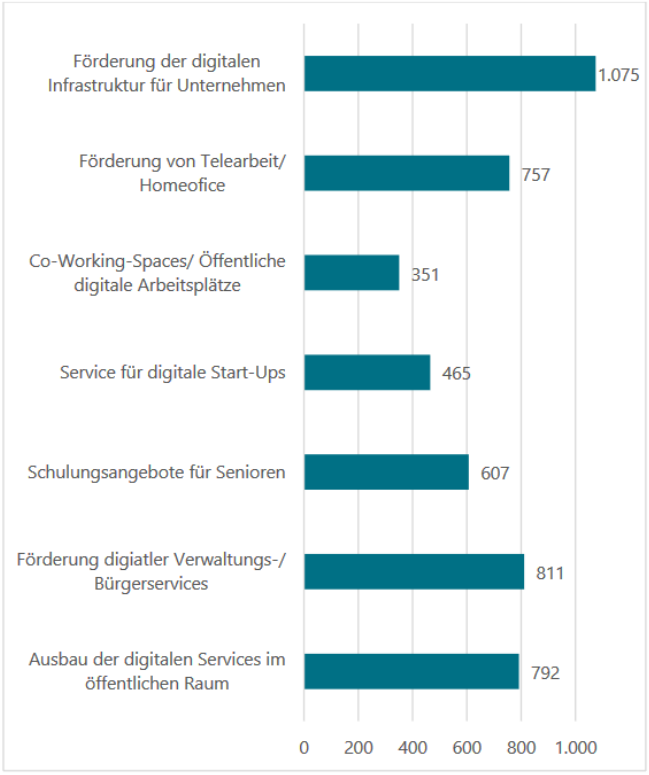


Abbildung 73: Ausbau digitaler Infrastruktur. Quellen: OREG, Quelle: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, 2018

Bürgerschaftsbefragung 2019

In der Befragung der Bürgerschaft des Odenwaldkreises im September 2019 wurde explizit auch nach Prioritäten in der Digitalisierung gefragt. Im April 2020 wurden die jüngeren Odenwälder*innen ebenfalls zu diesem Thema befragt. Die Ergebnisse zeigen die wirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Digitalisierung, weshalb einerseits die Infrastruktur weiter verbessert werden muss. Auf der anderen Seite wird damit zunehmend auch die Frage nach Teilhabe aufgeworfen: vor allem älteren Menschen fehlt es teils an Wissen, anderen Menschen an Zugang zu Endgeräten. Bei der Jugendbefragung fällt eine starke Betonung auf mobiles Internet auf (Mobilfunk und WLAN). Dies ist ein Hinweis darauf, wie selbstverständlich und wichtig der Internetzugang mit mobilen Geräten für die jüngeren Generationen ist.

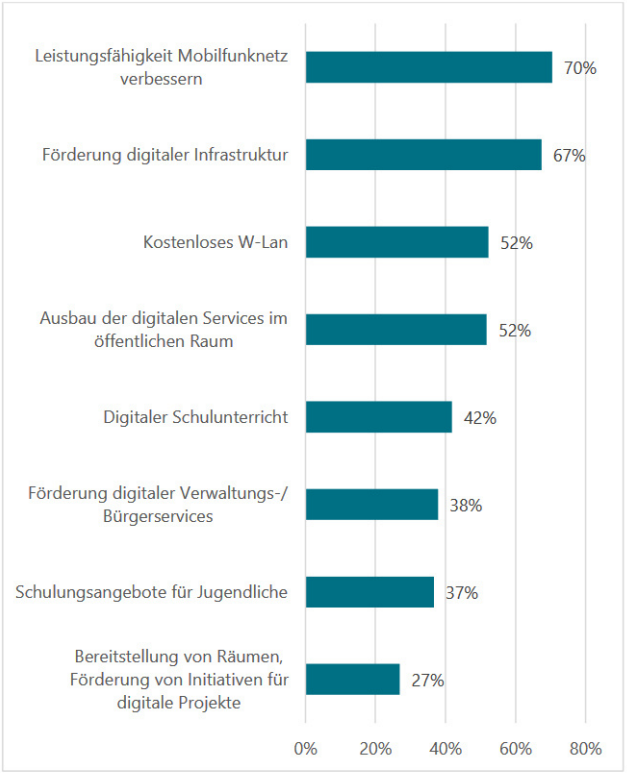
Abbildung 40: Was sollte der Odenwaldkreis unternehmen, um die Digitalisierung voranzutreiben? (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Odenwaldkreis-Bürgerbefragung 2019

Abbildung 74: Digitalisierung in der Bürgerschaftsbefragung 2019

Abbildung 11: Welche Maßnahmen sollen ergriffen werden, um die Digitalisierung im Odenwaldkreis voranzutreiben?



Quelle: Jugendbeteiligung Odenwaldkreis 2020

Abbildung 75: Digitalisierung in der Jugendbefragung 2020

Smart Region

Der Begriff „Smart Region“ ist bislang ein keineswegs feststehender – denn „smart“, bzw. „digital“ kann in einer Region vieles gemacht werden. Welche zusammengenommenen Elemente schließlich eine „Smart Region“ ausmachen lässt sich nicht klar definieren. SAILER et al. (2018) zeigten in ihrem Abschlussbericht zum Projekt „Smart Region Darmstadt Rhein Main Neckar“ (bei dem u.a. auch die jetzige Digitalministerin Prof. Dr. Sinemus in ihrer früheren Funktion als IHK-Präsidentin mitwirkte), wie vielfältig die möglichen Themenbereiche und Handlungsfelder einer Smart Region sein können (siehe Abbildung 76)

Smart Living	Smart Energy & Environment	Smart Mobility	Smart Health	Smart Government	Smart Learning	Smart Economy
Kommunikation	Energie	Logistik	Kranken-haus	Verwaltung-prozesse	Schulen	Industrie
Private Sicherheit	Gebäude	Verkehrs-information	Arzt	Bürger-information	Hochschulen & Universitäten	Handel
Tourismus	Straßen-beleuchtung	Verkehrs-lenkung	Telemedizin	Bürger-Beteiligung	Bildungs-einrichtungen	Dienstleist-ungen
Shopping	Abfall	ÖPNV	Prävention	Öffentliche Sicherheit	Privates Lernen	Landwirt-schaft
Kultur	Wasser	E-Mobilität		Notfall-dienste		
Sport	Grünflächen	Mobility-Sharing				
		Parkraum				

Abbildung 76: Themenbereiche und Handlungsfelder für Smart Region & Smart Cities. Eigene Darstellung nach SAILER *et al. 2018: S. 20)*

Z.B. Entwicklungen im Bereich Mobilität machen deutlich, dass Digitalisierung kein rein technischer Prozess ist, sondern auch Veränderungen in der Gesellschaft damit einhergehen (Sharing, Dezentralität). Es besteht also ein wechselseitiges Verhältnis – technische Innovation bleibt auf der anderen Seite meist ohne gesellschaftliche Innovation wirkungslos. Eine „**Kultur der Digitalität**“ gilt daher als Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung in einer Organisation, oder in unserem Fall, einer Region (vgl. STADLER 2016).

Immer wichtiger wird auch das Prinzip der Digitalen Teilhabe – je weiter die Digitalisierung in technische Infrastruktur und Gesellschaft vordringt, desto auffälliger werden Benachteiligungen für Personen, die digital nicht mitwirken und teilhaben können, z.B. aufgrund fehlender Kenntnisse, technischer Geräte oder Infrastruktur. Es gilt daher, möglichst auch immer analoge Alternativen mitzudenken, um eine Teilhabe für alle zu sichern.

Wichtig ist auch der Begriff „Daten-Governance“. Er bedeutet, dass „die Erhebung von und der Umgang mit Daten so reguliert werden [muss], dass Daten verfügbar gemacht, jedoch gleichzeitig vor Missbrauch geschützt werden“ (SAILER et al. 2018: S. 13).

Obwohl Digitalisierung im Sinne einer „Smart City“ in Südhessen bislang vornehmlich in Verbindung mit der „Digitalstadt Darmstadt“ gebracht wird, die deutschlandweit in vielen Dingen eine Vorreiterrolle übernommen hat, betreffen diese Themen durchaus (zumindest mittelfristig) auch die weniger urbaneren Räume in der Umgebung. Eine bloße Smart-City, die an den Stadtgrenzen endet, wird den Chancen der Digitalisierung und den gegenwärtigen Herausforderungen nicht gerecht, denn die Großstadt kann nur im Verbund mit den umliegenden ländlichen Räumen verstanden werden:

> „*Die räumliche Wirklichkeit in vielen Regionen Deutschlands ist jedoch nicht ausschließlich die einer Stadt als geschlossenem Raum – weder in der Wahrnehmung der Menschen vor Ort, noch mit Blick auf die anstehenden Herausforderungen*“ (SAILER et al. 2018: S. 15).

Andersherum ergibt sich auch für die Perspektive des Odenwaldkreises der Schluss, dass für eine Digitalisierung im Sinne einer Smart-Region Allianzen und Fürsprecher*innen eines integrierteren Ansatzes in Darmstadt und den umliegenden Landkreisen gefunden werden müssen– zum Beispiel unter den Autor*innen des „Smart Region Darmstadt Rhein Main Neckar Abschlussberichts“. SAILER et al. 2018 (S. 15 f.) verweisen v.a. auf die übergreifenden Pendelverkehrsströme, für deren Optimierung es einen „intensiven Austausch über abgestimmte smarte Lösungsansätze für beide Entscheidungsebenen und eine vertrauensvolle Kooperation“ braucht.

Die im Auftrag der ENTAGA Stiftung erstellte Studie (SAILER et al. 2018) konzentrierte sich auf die in Abbildung 76 mit Stern markierten Themenbereiche und leitete Handlungsempfehlungen für diese Bereiche ab. Aus Sicht des Odenwaldkreises wäre es am vernünftigsten, in Bereichen, die bereits in der größeren Region bearbeitet werden, „kein eigenes Süppchen zu kochen". Gleichzeitig müssen für die im Odenwaldkreis drängenden Probleme auch Chancen digitaler Innovationen mitgedacht werden.

Im Bereich Mobilität wird von den Autor*innen auf das innovative Garantiert-Mobil-Projekt im Odenwaldkreis verwiesen (ebd., S. 46; *siehe auch Teilstrategie Mobilität*). Die Handlungsempfehlung der Studie ist, das Modell in der gesamten Smart Region Darmstadt Rhein Main Neckar zu unterstützen und bekannt zu machen. Diese Möglichkeit stieß in der Praxis bisher auf seine Grenzen, weil das Projekt und seine Angebote (Mobilitätsgarantie, TaxOMobil-Fahrten, Mitnahmefahrten) auf das Kreisgebiet beschränkt blieb. Andererseits findet sich mit dem sogenannten „Hopper" inzwischen ein Nachahmer-Projekt im Ballungsraum.

Unterstützungsbedarf ist im Odenwaldkreis auch bei den Unternehmen, insbesondere bei denen kleiner und mittlerer Größe (KMU) zu identifizieren. Teils bestehen hier noch erhebliche Berührungsängste mit der Digitalisierung von Abläufen im Unternehmen. Es gilt, diese „abzuholen", praktische Beispiele aufzuzeigen und mittels einer Vertrauensbasis bestehende Skepsis abzubauen. Im öffentlichen Diskurs wird zum Thema Digitalisierung oft von sehr ambitionierten Projekten gesprochen, was den Eindruck vermitteln kann, dass keine Schnittmenge zum mittelständischen Unternehmen und dessen Abläufen bestehen. Tatsächlich können aber bereits kleine Fortschritte sukzessive Effizienzgewinne und bessere Information mit sich bringen.

Insbesondere die Unternehmer*innen, die bislang nicht an Informations-, Fortbildungs- oder Beratungsangeboten teilnehmen konnten, müssen erreicht werden. Für diese Personengruppe ist oft schlicht die knappe Zeit ein Faktor, weshalb man sich mit verschiedenen Digitalisierungsthemen gar nicht erst auseinandersetzt. Dieses Problem wird im Odenwaldkreis aktuell (2021) mit einem durch das Hessische Digitalministerium geförderte Projekt der OREG mit dem Namen „Follow ME" angegangen. Im Rahmen dieses Projekts werden verschiedene kleinere Unternehmen im Kreis bei Digitalisierungsvorhaben unterstützt, wobei die Fortschritte und Erfolge wiederum offensiv an die anderen regionalen Unternehmen kommuniziert werden. Durch diesen Erfahrungsaustausch „aus erster Hand" werden Umsetzungen dann auch bei den anderen Unternehmen attraktiver.

Finanzierungsmodelle für Digitalisierungsprojekte oder Investitionen in die Energieeinsparung können auch über Contracting-Modelle (bei denen die Investition durch einen Partner aus den erzielten Einsparungen zurückgezahlt wird, z.B. über Entega, B.A.U.M. e.V., bettervest), Bürgerschaftsbeteiligung (wie bei manchen Windkraftprojekten) oder Crowdfounding finanziert werden.

SAILER et al. 2018 schlugen die Gründung einer Smart-Region Darmstadt Rhein Main Neckar vor, wobei neben den Kreisen und Städten der IHK Darmstadt auch die Städte Worms und Mainz miteinbezogen werden sollten. Sie stellten dabei fest, dass Digitalisierung im Sinne einer Smart Region eine Querschnittsaufgabe ist, weil damit verschiedene Lebens- und Fachbereiche angesprochen werden. In der Umsetzung von Projekten gilt es daher, eng zwischen verschiedenen Fachbereichen, externen Akteur*innen und den technischen Bereichen zusammenzuarbeiten.

Diese Koordinationsaufgabe unterscheidet sich wesentlich von der der Kreisentwicklungsplanung, weil ein deutlich stärkerer Fokus auf technische Möglichkeiten und Umsetzung gelegt werden muss – und somit auch andere fachliche Voraussetzungen gefragt sind. Einer Umfrage zufolge wird diese Koordination bislang zumeist den vorhandenen IT-Abteilungen zugeschrieben. Daher schlugen die Autor*innen der „Smart-Region Strategie Darmstadt Rhein Main Neckar" (SAILER et al. 2018) eine CDO-Struktur als essentiell für die Funktionalität einer erfolgreichen Digitalisierungspolitik vor. Eine solche Position wird demnach als Ansprechpartner und Koordinator in jedem Landkreis gebraucht. „CDO" steht für „Chief Digital Officer" – parallel dazu wie eine Unternehmensleitung im Englischen CEO (Chief Executive Officer) und ein Technischer Direktor CTO heißt.

> *„Wichtig ist hierbei, der der CDO als Chief Teil der Geschäftsführung ist und über ausreichend Ressourcen und Legitimation verfügt, um die Prozesse entschieden voranzutreiben*" (GÄRTNER et al. 2017).

Der Blick nach Darmstadt zeigt, dass die Position dort bei einem dem IT-Abteilungsleiter direkt zugeordneten Mitarbeiter angesiedelt ist. Ebenfalls nicht zu verwechseln ist die CDO-Position mit der

„Projektleitung Digitalisierung“, die im Odenwaldkreis vor allem die Digitalisierung der Verwaltung selbst im Fokus hat. Die Aufgaben eines CDO für eine Smart Region würden darüber deutlich hinausgehen. **Das Vorhandensein eines solchen Ansprechpartners ist demnach Voraussetzung für einen erfolgreichen Aufbau einer echten Smart-Region.** In Zusammenarbeit mit der ENTEGA GmbH, den Akteur*innen und Unternehmen im Odenwaldkreis und den umliegenden Land- und Stadtkreisen könnte das Thema dann vorangetrieben werden. In der Kommunikation bei diesem Thema mit dem Land müsste dieser personelle Bedarf konsequent als Grundvoraussetzung und Förderbedarf vorangestellt werden. Derartige Kompetenz ist leider derzeit bislang häufig bereits für die Antragsstellung für verschiedene Förderprogramme von Nöten – und im Odenwaldkreis bislang nicht vorhanden. Anlaufstellen für weitere konzeptionelle Ausarbeitungen, Fördermöglichkeiten usw. wären zunächst die Geschäftsstelle Smarte Region Hessen und die Hessische Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung.

Eine Smart-Region als Organisation, wie sie in der Smart Region Strategie Darmstadt Rhein Main Neckar vorgeschlagen wurde, wurde nach Angaben der Autor*innen von allen beteiligten und befragten Landrät*innen und Oberbürgermeister*innen befürwortet. Ab S. 83 machen die Autor*innen auch vier Vorschläge, wie eine solche Organisation aufgebaut werden könnte. Als Handlungsempfehlung wurde schließlich die – aus mehreren Gründen problematische – Variante bevorzugt, bei der die ENTEGA AG im Mittelpunkt stand. Die Koordination der Smart Region sollte nach diesem Vorschlag durch den Beirat der ENTEGA geschehen. Dies wurde u.a. damit begründet, dass viele Expert*innen (aus allen Geschäftsbereichen der ENTEGA) und Landräte/OBs ohnehin im Beirat vertreten sind. Die Geschäftsstelle der Smart Region wäre somit der Abteilung Regionalmanagement der ENTEGA zugeordnet. In diesem Kontext darf nicht vergessen werden, dass die Studie (SAIDLER et al. 2018) von der ENTEGA in Auftrag gegeben worden war. Andere Vorschläge sahen vor:

- die regionalen Wirtschaftsförderungsorganisationen als tragende Instanzen zu installieren, mit einer der Stadt Darmstadt angegliederten Geschäftsstelle zur Koordination
- Die IHK mit einem besonderen, zu gründenden e.V. in den Mittelpunkt zu stellen, wobei die Geschäftsstelle der IHK Darmstadt zugeordnet wäre, mit möglichem Sponsoring-Beitrag der Entega
- Ein Koordinationsgremium der Oberbürgermeister und Landräte mit einem Koordinationsstab der CDOs; mit einer Geschäftsstelle bei der Stadt Darmstadt

Die Initiative der ENTEGA wurde weitergetragen in Form einer Veranstaltung am 19.07.2018. Mehrere dort beschriebene Maßnahmen wurden seitdem auch umgesetzt. Dazu gehören LoRaWan Netzwerke, mit denen per Funksender mit geringem Energieverbrauch Gebäude-Daten zentral überwacht werden können (z.B. Wasser, Heizung, Strom). Viele Kommunen in der Region wurden mit E-Autos ausgestattet. In einigen Kommunen gibt es mittlerweile sogar E-Car-Sharing Angebote für Bürger*innen, die helfen sollen, die Vorbehalte gegenüber der E-Mobilität abzubauen. Die Initiative der ENTEGA verpuffte also nicht; schlug aber in der Öffentlichkeit auch keine großen Wellen und eine visionäre Smart-Region-Organisation wurde nicht installiert. Dadurch, dass die „Smart-Region“-Organisation innerhalb der ENTEGA ablief, wurden Kommunen nur punktuell eingebunden. Eine Einbindung der Landkreise über einen CDO erfolgte, jedenfalls im Odenwaldkreis, nicht. Insofern erfolgt derzeit auch keine Abstimmung zwischen dem Odenwaldkreis und der ENTEGA bezüglich einer weiteren Smart-Region-Strategie, die ENTEGA zeigt aber fortgesetzt Aktivität in diesem Bereich. Hierzu sind Projekte mit niederfrequent sendenden Sensoren in der Gebäudetechnik (LoRaWan) und Elektro-Auto-Sharing Systeme zu nennen, die aber ohne Einbindung des Landratsamts, der OREG oder der Brenergo GmbH geschehen sind.

Einer schlagfertigen Smart-Region- oder Smart-City Strategie sollte ein anderes Strategie-Verständnis zugrunde gelegt werden, als es in der Kreisentwicklungsplanung praktiziert wird. In den fraglichen Bereichen ist derzeit eine hohe Dynamik erkennbar und ein hohes Lernpotential bei allen Akteur*innen. Es geht also um eine dynamische, kurzfristig handlungsfähige Strategiebildung, im Unterschied zur umfassenden, zusammenführenden, langfristigen Betrachtung der Kreisentwicklungsplanung.

Nicht vergessen sollte werden, dass „Smart City“ letztlich vor allem ein Label ist, unter dem sich einerseits Öffentlichkeitsarbeit machen lässt, auf der anderen Seite Fördermittel akquirieren lassen. Zunächst müssen der Odenwaldkreis und seine Kommunen aber entscheiden, ob dieses Label – auch hinsichtlich des Regionalmarketings für den Odenwaldkreis – ein passendes ist. Die Stärken des Odenwaldkreises liegen aktuell anderswo – insbesondere in direktem regionalem Vergleich mit der Digitalstadt Darmstadt. Gleichzeitig bietet Digitalisierung wichtige Möglichkeiten mit Blick auf die im

vorliegenden Konzept aufgezeigten Analysen und Zielbereiche – das wird in jeder Teilstrategie dieses Konzepts schnell ersichtlich. Man muss das eine tun, ohne das andere zu lassen: die nicht-digitalen Stärken des Kreises, sprich seine Natur- und Kulturschätze, selbstbewusst voranstellen (auch als Gegenpol zur einer durchdigitalisierten / technisierten Welt) und den Kreis zugleich weiter zu einem modernen, digital vernetzten Standort machen.

Bestrebungen von Bund und Land gehen auch dahin, Ergebnisse von Pilotprojekten übertragbar auf alle Kommunen zu machen – auch die Kleinen. In diesem Kontext besteht womöglich die Gelegenheit, mit weniger Aufwand und geringerem Risiko Digitalisierungsprojekte im Sinne eines Nachahmens anzutreiben.

Unter dem Dach des Labels „Smart City" können vielfältige Elemente von digitalen Verwaltungsleistungen, der Förderung der Wirtschaft, der Gastronomie usw., hin zu Nachhaltigkeits-Projekten, Projekten der Integration, der Bürgerschaftsbeteiligung, der Verkehrsführung, der Ver- und Entsorgung, der Gesundheit usw., usw. geführt werden. Eine Strategie sollte als Papier erstellt werden, weil Förderprogramme oft nur ein kleines Zeitfenster zwischen Veröffentlichung der Rahmenbedingungen und Bewerbungsschluss haben – ein vorliegendes Konzept kann dies dann erleichtern. Sie kann und sollte Elemente der Bevölkerungsbeteiligung enthalten, muss sich aber nicht immer auf alle Bevölkerungsgruppen erstrecken (z.B. wäre es möglich, zuerst digital Affine oder aber digital Benachteiligte in den Blick zu nehmen). Der Anspruch des Themas und die oft zugrundeliegende „Smart-City-Charta" können sehr umfassend, fast erschlagend erscheinen. Die meisten Förderprojekte legen aber klare Prioritäten fest und werden unter dem Motto „einfach mal anfangen" geführt.

Eine Digitalisierungsstrategie kann also basieren auf priorisierten Handlungsfeldern des Kreisentwicklungskonzepts oder Erkenntnissen eines Integrierten Städtischen oder kommunalen Entwicklungskonzepts (ISEK / IKEK). Man kann aber auch in Bereichen einsteigen, die schnelle Erfolge versprechen, und so die Idee einer smarten, innovativen Kommune, Stadt oder Region voranbringen können. Entschließt man sich dazu, Smart-City, Smart-Region (Odenwaldkreis) oder ähnliches zu werden, muss dies mit angemessenem Aufwand und Einsatz geschehen. Ein solches Programm kann nur gelingen, wenn es in gewissermaßen auch „Chef-Sache" wird.

Bis zur Umsetzung des Online-Zugangs-Gesetzes und verschiedenen Digitalisierungs-Vorhaben in den einzelnen Bereichen der Verwaltung [*siehe auch Teilstrategie Verwaltung*] sind die Personal-Kapazitäten des Projektmanagements Digitalisierung bis zum Ende des Jahres 2022 (und teils bereits darüber hinaus) planmäßig bereits bis zur Auslastung beschäftigt. Viele davon werden auch bei den Bürger*innen erkenntlich sein, könnten unter Umständen also auch unter „Smart-City", bzw. „Smart-Region" mit aufgeführt werden. Für Projekte, die über diesen Rahmen hinaus, stärker Richtung Smart-City / Smart-Region gehen, braucht es aber einen Chief Digital Officer (CDO), ein Digitalisierungsteam und evtl. auch einen Digitalisierungs-Beirat. Beispiele aus anderen Regionen zeigten, dass die kreativen und personellen Potentiale durch den Einbezug Ehrenamtlicher erhöht werden können – in Formaten wie Open-Innovation-Labs oder Hackathons. Hierzu werden idealerweise zunächst mittels Bürgerschaftsbeteiligung Probleme identifiziert, die in solchen Formaten gelöst werden könnten.

Einen im Vergleich mit dem Projekt Smart Region Darmstadt radikalen Ansatz stellt das kommunale Rechenzentrum Niederrhein dar: als kommunaler Zweckverband stellt diese Organisation Hardware und IT-Personal für eine Reihe von kreisfreien Städten und Landkreisen, sowie deren Kommunen bereit (Stadt Bottrop, Stadt Krefeld, Kreis Kleve, Kreis Mettmann, Kreis Viersen und Kreis Wesel). Mit ca. 400 Mitarbeitenden werden dort die IT-Dienstleistungen für 45 Verwaltungen erbracht (www.krzn.de). Darüber hinaus wurde auch eine umfassende Open-Data Plattform aufgebaut, über die kommunale Daten öffentlich zugänglich sind und die bereits häufig zur Entwicklung von Anwendungen genutzt werden konnte. Über sogenannte „Hackdays" und die Initiative www.codefornniederrhein.de wird dies aktiv gefördert. Der Zweckverband besteht seit 1971, ist also gemeinsam mit der digitalen Infrastruktur der Verwaltung historisch gewachsen. Ein Übertrag dieses Modells auf Südhessen oder Starkenburg wäre heutzutage sicherlich eine Mammutaufgabe im laufenden Betrieb. Dennoch kann dieses Beispiel zeigen, wie eng die interkommunale Zusammenarbeit auch in diesem Bereich aussehen kann. Ein ähnliches Modell findet sich im Zweckverband civitec, mit den Landkreisen Rhein-Sieg-Kreis, Obergischer Kreis, Stadtkreis Solingen sowie 32 Kommunen.

Smart City

Unter einer Smart City versteht man

> *„Orte, an welchen Informationstechnologie mit Infrastruktur, Architektur, Alltagsgegenständen und sogar mit unserem Körper verbunden wird, um dadurch soziale, ökonomische und ökologische Probleme anzugehen*“ (TOWNSEND 2014).

Thematisch konkret heißt das zum Beispiel:

- Effizientere Transportmittel durch digitale Technologie und optimierten Zugang zu Mobilität mittels erweiterten Mobilitätsplattformen, autonom fahrenden Shuttle-Bussen, vernetzte Ampelschaltungen für einen besseren Verkehrsfluss (im Busverkehr) oder Smart-Parking-Systeme (intelligentes Parkleitsystem)
- Regionale und globale Vernetzung, Innovativität, digitale Geschäftsmodelle für Unternehmen der Region
- Open Data zur Optimierung öffentlicher Dienstleistungen und Ermöglichung privater Geschäftsmodelle
- Online-Services der Verwaltung (E-Government), stärkere Beteiligung und Information und somit erhöhtes Interesse der Bürgerschaft für kommunale Vorgänge
- Nachhaltige Gebäudegestaltung durch Smart-Home-Technologien und Sanierung
- Digitaler Ausbau sonstiger Infrastruktur, wie z.B. Smart Lighting – intelligente Straßenlaternen mit LED-Technik, Bewegungssensoren, WLAN-Signal, Messung des Verkehrsaufkommens
- Optimierung von Energie- und Wasserversorgung sowie der Müllabholung
- Digitalisierung des Gesundheitssystems

Die prägende Idee einer Smart City ist jedoch nicht, einzelne isolierte Projekte mit digitalen Elementen und nachhaltigen Ziele umzusetzen, sondern die Vernetzung verschiedener Bereiche mit transparenten Informationen und Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerschaft.

Der Bereich Smart City liegt, wie es der Name bereits sagt, grundlegend im Verantwortungsbereich der Städte und Gemeinden. Im Rahmen eines Smart-Region-Netzwerks, das auch über den Odenwaldkreis hinaus funktioniert, wäre ein Austausch auch zu Smart-City-Themen möglich. Ebenso bieten Online-Plattformen und Best-Practices zahlreiche Möglichkeiten in diesem Bereich. Smart-City Projekte dienen dabei nicht (nur) dazu, das Image einer Kommune als digital und innovativ aufzuwerten, sondern tragen zu Nachhaltigkeitszielen z.B. in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz, soziale Nachhaltigkeit, effizienter Ressourceneinsatz, Mobilität, Bildung, usw. bei. Vielversprechender als kommunale Online-Plattformen wäre vermutlich eine funktionierende Smart-Region-Organisation für die Region Darmstadt Rhein Main Neckar (siehe weiter oben), in deren Rahmen ein Praxis-Austausch und Kooperationen stattfinden könnten.

Im Auftrag der Europäischen Kommission wurde ein Handbuch zur Umsetzung von Smart City-Projekten erstellt (eu-smartcities.eu). Auch unter der Schirmherrschaft der Beauftragten der Bundesregierung für Digitalisierung ist ein „Handlungsleitfaden für Praktiker“ herausgegeben worden (hub.beesmart.city/de). Außerdem bieten einschlägige Zeitschriften, die jährlich stattfindende Smart Country Convention, sowie die Berichte aus dem Förderprogramm „Smart Cities made in Germany“ Anhaltspunkte, wie eine Smart City angegangen und umgesetzt werden kann. Als europaweit führend als Smart City wird oftmals Wien genannt, aber auch Darmstadt und Heidelberg etablieren bereits heute Elemente, die auch schon bald für die Kommunen des Odenwaldkreises praktikabel sein könnten. Europäische Best-Practices lassen sich auf smartcities-infosystem.eu recherchieren.

Seit 2019 wurde bereits zweimal versucht, als Odenwaldkreis im Förderprogramm Smart Cities made in Germany aufgenommen zu werden, was jeweils mit einem beträchtlichen Aufwand verbunden war. Im weiteren Verlauf und fortgesetzten Auseinandersetzung mit dem Thema empfiehlt es sich nicht, erneut als Odenwaldkreis erneut eine Bewerbung anzustoßen, solange nicht wenigstens eine Kommune des Landkreises das Thema für sich entdeckt und selbst Aktivität zu diesem Thema zeigt. Die oben genannten Best-Practice-Plattformen bieten hierzu vielfältige Möglichkeiten, auch mit relativ geringem Aufwand. Zunächst empfiehlt es sich für die Region, die Digitalisierung in Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft voranzutreiben. Eine Zusammenführung der digitalen Aktivitäten im Kreis unter dem Dach einer Smart-City- oder Smart-Region-Initiative kann nur mit einer dezidiert für die Koordination verantwortlichen Stelle und einem effektiven Projektteam erreicht werden. Ebenso Voraussetzung ist,

dass innovative Projekt- und Prozessideen für solche Bewerbungen mit ausreichender Vorbereitungsfrist angegangen werden und für die Region so attraktiv sind, dass sie möglichst auch ohne Förderung ernsthaft erwogen werden. In Gesellschaft, Verwaltung und Politik ist zunächst ein Bewusstsein für Digitales geschärft werden, damit Smart-City-Initiativen keine „Hinterzimmer-Politik“ werden, sondern, der Smart-City-Charta entsprechend, ein partizipativer Prozess der sich an den Bedürfnissen der Bürgerschaft orientiert wird.

Digitale Infrastruktur ist bereits heute selbstverständlicher Teil unseres Alltags. Der Begriff „Smart City“ unterliegt einem ständigen Wandel: was vor Jahren Experimentierfeldern in Großstädten vorbehalten war, setzt sich – je nach Kosteneffizienz – zunehmend auch in kleineren Ortschaften durch. Der Zusatz „Smart“ wird daher auch weiterhin vor allem mit besonders innovativen Digitalisierungsprojekten in Verbindung gebracht werden und ist letztlich vor allem immer auch eine Selbstzuschreibung einer Stadt, einhergehend mit einer öffentlichkeitswirksamen Zusammenführung entsprechender Projekte. Auch im Odenwaldkreis gibt es bereits in vielen unterschiedlichen Bereichen Systeme, die als „smart“ bezeichnet werden können, wie z.B. die niederfrequente digitale Gebäudemesstechnik (LoRaWan), das E-Auto-Sharing, die Online-Buchbarkeit von Verwaltungsdienstleistungen, die garantiert mobil!-Plattform und die vielfältigen digitalen Angebote der Bergstraße-Odenwald Tourismus GmbH wie der Online-Buchung von Unterkünften und dem Veranstaltungskalender. Eine Smart-City- oder Smart-Region-Plattform könnte Koordinierung, Verknüpfung und Effizienzgewinne bedeuten und es ermöglichen, den Kommunen entsprechendes Personal zugänglich zu machen.

Digitale Teilhabe

Nicht alle Menschen profitieren gleichermaßen von digitaler Technologie. Verschiedene Gründe können hierfür angeführt werden:

- Lokal oder regional schlechte Internetverbindung
- Mangelnde Hardware-Ausstattung, insbesondere bei Schüler*innen und ökonomisch Benachteiligten
- Körperliche oder geistige Beeinträchtigungen
- Kulturelle Barrieren
- Unverständnis, bzw. Unverständlichkeit von Prozessen, Funktionsweisen, Möglichkeiten, Risiken, usw.
- Misstrauen bezüglich der Datensicherheit, bzw. Misstrauen gegenüber einzelner digitaler Technologien, die, oft den Datenschutz betreffende, Sorgen auslösen

Ebenso vielfältig sind die Möglichkeiten, digitale Teilhabe zu erhöhen. Digitale Teilhabe ist eine Frage der individuellen Digitalkultur, also der persönlichen Einstellungen, Erfahrungen Kenntnisse, usw. Um mit digitalen Angeboten möglichst alle zu erreichen gilt es, niedrigschwellige Zugänge zu schaffen, die „einsteigerfreundlich“ alle Nutzer*innen ansprechen. Erweiterte Funktionen, die ein tieferes Verständnis, bzw. Auseinandersetzung erfordern, sollten optional belassen werden. „User Experience Design“ nennt sich das Prinzip, digitale Services möglichst für alle einfach und verständlich nutzbar zu strukturieren. Die/der Nutzer*in sollte im Mittelpunkt des Designs stehen – insbesondere auch wenig erfahrene Nutzer*innen. Darüber hinaus gilt es, die digitale Kompetenz der Gesamtbevölkerung zu fördern, denn diese werden in allen Lebensbereichen immer wichtiger. Digitale Teilhabe wird daher immer häufiger auch zur Frage der gesellschaftlichen Teilhabe. Dahingehend benachteiligte Gruppen sind in den Fokus zu rücken, wie z.B. Kinder und Jugendliche, ältere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte, körperlich oder geistig Behinderte. Neben offiziellen Bildungsangeboten ist auch die Bereitstellung von öffentlichen Erfahrungsräumen wichtig, in denen Hardware, Software, Internetzugang sowie eine persönliche Begleitung bzw. Anleitung geboten wird. Solche Räume können sich beispielsweise in Bibliotheken, Mehrgenerationenhäusern oder Altersheimen finden.

Das Programm „Senioren ins Internet“ bietet im Odenwaldkreis bereits derartige Bildungsangebote (*siehe Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Analyse – Ehrenamt*) und auch bei der VHS im Kreis findet sich das Thema im Programm.

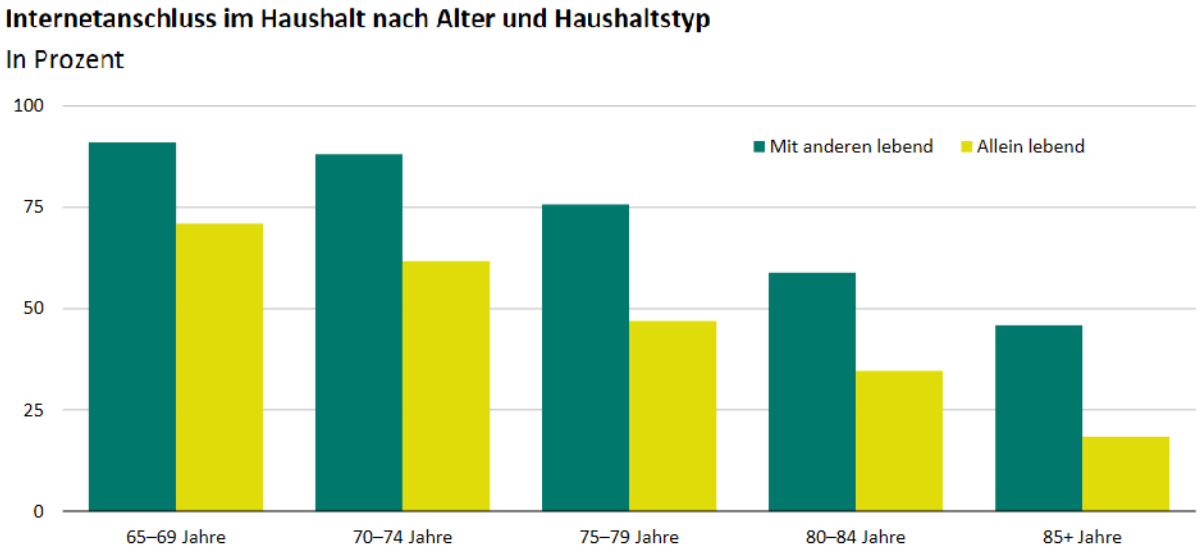


Abbildung 77: Internetanschluss im Haushalt nach Alter und Haushaltstyp. Quelle: KEMPTNER & MARCUS 2020

Zum Thema Datensicherheit wird den Kommunen oftmals noch eher vertraut als den großen Unternehmen, von denen einige in der Vergangenheit bereits Negativschlagzeilen gemacht haben. Umso mehr gilt es aber, dieses Vertrauen nicht zu enttäuschen und höchste Standards der Datensicherheit anzulegen, mit verlässlichen Partnern. Denn in jüngster Vergangenheit häuften sich auch Hacker-Angriffe auf kommunale IT-Systeme.

Digitale Exklusion zieht sich aufgrund der vielfältigen möglichen Gründe durch alle gesellschaftlichen Schichten. Digitale Teilhabe ist unverzichtbar, um eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Je weiter sich dieser Spalt auftut, desto schwieriger wird es, ihn zu überwinden, weil selbstverständliche Funktionsweisen im Digitalen den digital Befähigten immer selbstverständlicher erscheinen, Neue hinzukommen und die digital Abgehängten einen zunehmend schwierigen Einstieg haben. Mit zunehmender Digitalisierung steigt auch die Verflechtung digitaler Services. So ist beispielsweise eine E-Mail-Adresse oder ein Online-Banking Zugang Voraussetzung für viele andere digitale Services. Insbesondere ist daher darauf zu achten, dass digitale Lösungen herkömmliche Prozesse nicht völlig ersetzen, ohne zugängliche Anknüpfungspunkte oder persönliche Beratung für digital Benachteiligte zu schaffen.

Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Analyseteil Alterung und Einsamkeit

Kultur des Digitalen

„Digitale Haltung“, bzw. „Digitale Kultur“ muss als **Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung** der Region verstanden werden. Kern ist die Steigerung der Offenheit und Mitwirkungsbereitschaft von Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen für innovative Digitalisierungsprojekte. Nur mit der so geschaffenen Mitwirkung und Akzeptanz der Bevölkerung sind hier Erfolge möglich. Wird dies vernachlässigt, werden Projekte aus verschiedenen Gründen scheitern, weil:

- Menschen, denen die Relevanz zunächst nicht ersichtlich war, sich übergangen fühlen und ihre Interessen nicht angemessen berücksichtigt sehen
- sie nicht genutzt werden, weil der mögliche Nutzen nicht bekannt ist oder nicht verstanden wird
- die politische Unterstützung wegbricht
- sie nicht genutzt werden, weil sie an den Bedürfnissen der Bürgerschaft vorbeigehen

Durch gezielte Impulse, Bildungsinitiativen und Wirksamkeitserfahrungen kann hingegen die Kreativität und Innovationskraft der Bürgerschaft in Gang gebracht werden.

Das Internet als Medium hat einige besondere Eigenschaften. Dadurch wird auch die Kultur des Digitalen geprägt, also die besonderen Umgangsformen bei der Kommunikation mit diesem Medium. STALDER 2016 nennt hierzu insbesondere drei solcher Formen:

- Referentialität – öffentlich zugängliches Material wird für die Produktion von Kulturgütern (wieder-) verwendet.

- Gemeinschaftlichkeit – Ressourcen werden allgemein zugänglich gemacht und Bedeutungen werden durch einen kollektiven Rahmen stabilisiert.
- Prinzip der Algorithmen – Entscheidungsfindungen werden automatisiert und die Informationsüberlastung so reduziert.

In digitalen Netzwerken werden traditionelle Formen der Organisation, die meist Hierarchie voraussetzen, obsolet. Wie sich Gruppen organisieren und das soziale Handeln innerhalb der Gruppen ist von der digitalen Technologie geprägt. Auch dies macht die besondere „Kultur der Digitalität" aus, die natürlich auch in der realen Welt ihre Auswirkungen mit sich bringt.

In Debatten wird immer Bezug auf Quellen genommen. Mit der Digitalisierung steigt die Vielzahl breit zugänglichen Quellen unkontrolliert schnell an; Bibliotheken, Museen und Archive haben keine Chance, alle Informationen zu ordnen. Bedeutung erhält daher, was von vielen Nutzern als wichtig erachtet wird. In Form von Bezugnahmen werden Inhalte „recycelt", „retweeted" oder „reposted" – dies führt zu einer Form der Gemeinschaftsbildung. „‚Digitale Communities' entstehen in Bereichen, die sich durch einen eher informellen, aber dennoch strukturierten Austausch auszeichnen." (KOLLER 2018). Zu einem großen Teil wird auch zum Zweck der Kommunikation selbst kommuniziert, bzw. zum Zweck des Bildens von Gemeinschaften.

Unter dem Stichwort der „Post-Demokratie" wird darauf verwiesen, dass im Internet meist zwar frei diskutiert werden kann; die Bedingungen, unter denen diskutiert wird, aber nicht. Die Strukturen, die z.B. bestimmen welche Äußerungen, wem gezeigt werden undemokratisch vom Betreiber der Plattform festgelegt. Oft geschieht dies zur Gewinnmaximierung der Unternehmen, die diese Plattform betreibt. Folge ist häufig die Bildung von „Filter-Blasen", die dafür sorgen, dass man zunehmend mit Meinungen konfrontiert ist, die das eigene Weltbild bestätigen. Im pessimistischen Szenario STALDERS führt dies zu einer „Black-Box"-Gesellschaft, die von Infrastruktur und Daten, nicht von Politik gesteuert wird, die vermehrt durch bloße Verwaltung ersetzt wird. Einen Gegenakzent setzen „Commons" – Plattformen wie Wikis, die horizontales Vertrauen aufbauen, was für eine Netzwerkgesellschaft essentiell ist und neues Vertrauen schaffen kann.

Die digitale Vernetzung mit Bürger*innen auf Ebene der Kommunen oder des Kreises geschieht derzeit auf Plattformen wie Facebook, Whatsapp usw. Aufgrund deren Intransparenz gelten diese als „Black-Box"-Plattformen, deren Rahmenbedingungen nicht demokratisch bestimmt werden. Mit alternativen Plattformen können bessere Alternativen geschaffen werden, mit denen auch die Verwaltungen rechtssicherer kommunizieren und vielfältiger arbeiten können. Hierzu könnte man sich bspw. bei Plattformen wie „Dorf-Funk" beteiligen, die auf Pilotprojekte mit Bundesförderung zurückgehen. Somit kann die digitale Teilhabe in kommunaler Hand sichergestellt werden. Gleichzeitig werden Beiträge zu einem modernen, digitalen Selbstverständnis von Kommunen, Ortsteilen und des Landkreises geschaffen.

Digitalisierung führt zu veränderlichen Berufsbildern und ständig veränderlichen Tätigkeiten und Anforderungen, Bildung hört also nicht nach der Schule, der Ausbildung oder dem Studium auf, sondern wird ein lebenslanger Prozess WEISBAND (2019). Somit muss fast jeder auch Lehrer sein und Wissen verständlich weitergeben können – pädagogisches Können wird also weitverbreitet gefragt. Gelingt dies nicht, läuft die Gesellschaft zunehmend Gefahr, dass man sich im jeweiligen Expertentum nicht mehr untereinander verständlich machen kann. Automatisierung führt zu weniger ausführenden, repetitiven Tätigkeiten die von Menschen ausgeführt werden müssen. Gleichzeitig wird in der beschleunigten, digitalisierten Welt eine Mehrzahl von Entscheidungen zu treffen sein – es wird also mehr entschieden und weniger gearbeitet werden müssen. Diese Veränderlichkeit stellt den Bildungssektor, die Unternehmen und den Staat vor Herausforderungen. Menschen wurden der Analyse WEISBANDS zufolge in einem noch relativ hierarchischen Gesellschafts- und Bildungssystem zu einer „erlernten Hilflosigkeit" erzogen, bei der sie aufgegeben haben, zu glauben, dass sie etwas verändern und selbst gestalten können („die da oben tun ohnehin was sie wollen").

Eine digitale Zivilgesellschaft kann und muss aus dieser erlernten Hilflosigkeit herausfinden und wirksam werden. Um das zu bewerkstelligen gilt es zunächst, dies überhaupt denkbar zu machen. Hierfür ist die Erfahrung der eigenen Wirksamkeit entscheidend – die Erfahrung, selbst etwas gestalten zu können, wenn auch nur im Kleinen, das aber einen direkten, sichtbaren Impact auf die örtliche Gemeinschaft hat. Hieraus ergibt sich der Sinn und das Potential moderner Bürgerschaftsbeteiligung, vorausgesetzt, sie wird ernsthaft und mit diesem Ziel betrieben. Nicht verbindliche Beteiligung hingegen

verfestigt den Eindruck persönlicher Ohnmacht und ist somit in mehrfacher Hinsicht kontraproduktiv. Digitale Werkzeuge können hierbei helfen, zu strukturieren, zu protokollieren, zu aktivieren, zu motivieren, zu gestalten, zu übersetzen, zu vervielfältigen und Zusammenarbeit zu ermöglichen. Voraussetzung für eine aktive Teilhabe ist hierbei das Vorhandensein erweiterter digitaler Grundlagen, z.B. Wissen darüber, wie Codes, Server und Tools funktionieren.

Eine demokratische Digitalisierung, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert funktioniert demnach nicht „top-down", sondern muss „bottom-up" gedacht werden. Strukturen für diesen Austausch müssen geschaffen werden – funktionierende Ideen müssen verbreitet und kopiert werden.

Horizont 2030

Gefahren / „Murphy's Law"

> „*Es zeichnet sich die Gefahr des digitalen Grabens zwischen den Städten und Gemeinden in Deutschland ab. Schon vorhandene Disparitäten vergrößern sich durch die Digitalisierung und erschweren es den schrumpfenden Städten und Gemeinden, im interkommunalen Wettbewerb mitzuhalten*" (WIEGANDT 2015)

Der Odenwaldkreis darf sich in Sachen Digitalisierung nicht abhängen lassen. Sonst wird er – gerade in seiner räumlichen Nähe zu besser entwickelten Regionen und Großstädten – für Fachkräfte und junge Erwachsene als sehr rückständig und wenig attraktiv erscheinen. Den Kommunen kommen verschiedene Aufgaben zu: darunter vor allem die Bereitstellung von Infrastruktur, insbesondere des Glasfasernetzes, digitale Bildung, digitale Gerechtigkeit, Mitbestimmung, Demokratie und natürlich Verwaltung.

Insbesondere das Thema Smart Cities ist in den deutschen Großstädten bereits sehr präsent. Die Städte haben Vorteile bei den Personalressourcen und den Organisationsstrukturen, sie haben bessere Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft direkt vor Ort und eine Konzentration von potentiellen (sehr aufgeschlossenen) Nutzern für neue Angebote. Die kleineren Gemeinden und Städte im Odenwaldkreis haben andere Probleme und andere Spielräume, nicht zuletzt, weil die von ihren Bewohnern erwirtschafteten Gewerbesteuern zu einem großen Teil in umliegende Landkreise und Städte abfließen (aufgrund des negativen Pendelsaldos).

Der Odenwaldkreis war im Bereich Breitbandausbau und Projekten wie Garantiert-Mobil eine Pionier-Region, bevor es für solche Vorhaben adäquate Fördermöglichkeiten gab. Daher startet die Region nun von einem relativ hohen Niveau, sodass der Handlungsdruck derzeit gering erscheint. Diese Wahrnehmung sorgt für schlechtere Förderchancen und auch intern für eine derzeit geringere Bereitschaft, weiter zu investieren. Dies wird sich erst wieder drehen, wenn der Odenwaldkreis merklich ins Hintertreffen geraten ist. Ein Problem besteht also beim Selbstverständnis, beziehungsweise dem Anspruch: der ist derzeit bei vielen (regionalen und überregionalen) Akteur*innen noch nicht, innovativ als Digital-Region voran zu gehen. Sicher liegt das zu großen Teilen auch am allgemein stark eingeschränkten finanziellen Spielraum der öffentlichen Kassen im Odenwaldkreis.

Oft werden innovative Projekte im Odenwaldkreis meist dann angestoßen, wenn Mitarbeitende der Verwaltung oder der OREG beziehungsweise einzelne Bürger*innen oder Politiker*innen auf ein Problem hinweisen. Gelder (auch für Eigenanteile bei Förderprojekten) werden in der Regel dann mobilisierbar, wenn ein Problem so drohend erscheint, dass es keine andere Wahl mehr gibt, als zu handeln. In dieser Perspektive ist es also essentiell, dass die Entscheidungsträger*innen im Odenwaldkreis Mut beweisen, auch innovativ tätig zu werden. Das Image als wenig moderne Region lässt sich nur dann ablegen, wenn man in Zukunft „am Ball" bleibt, konzentrierte Akzente setzt und offensiv Fördermöglichkeiten für innovative Ideen erschließt.

Verwaltungsgrenzen von Kommunen oder Landkreisen interessieren Bürger*innen und Unternehmer im Alltag kaum bis gar nicht. Was aber interessiert, ist, wenn ein System in der einen Ortschaft funktioniert und in der Nächsten nicht. Allgemein sollte man daher im Bereich Smart-Region – bei Digitalisierungsprojekten unterschiedlichster Bereiche – möglichst oft in interkommunaler Zusammenarbeit agieren und auch Nachbar-Landkreise in den Blick nehmen. Insbesondere die Landkreise Bergstraße und Darmstadt-Dieburg zusammen mit der Digitalstadt Darmstadt verfügen über erhöhte Ressourcen, um digitale Lösungen zu entwickeln, wovon der Odenwaldkreis profitieren könnte.

Es sollte hingegen vermieden werden, dass der Odenwaldkreis seine Kräfte verausgabt für Projekte, die andernorts mit höherem Impact und mit Fördermitteln und Forschungsbegleitung erarbeitet werden und künftig u.U. besser und billiger als Nachahmer zu haben sein werden. Derartige „Alleingänge" sollten also künftig vermieden werden. Bei innovativen Ansätzen sind passende Förderprogramme zu wählen oder, falls diese nicht ausreichend erscheinen (aus welchen Gründen auch immer) ist der direkte Kontakt zu Ministerien und Fördergebern zu suchen.

Chancen

Die Digitalisierung umfasst bereits heute fast jeden Aspekt unseres täglichen Lebens: Vom Arbeiten, zur Bildung, der Versorgung, Mobilität, Freizeit und Kultur, Sozialleben, Information und politischer Meinungsbildung. Diese digitale Durchdringung wird sich künftig wohl noch weiter ausdehnen. Auch für den Klimaschutz bieten sich etliche Chancen, z.B., weil effizienter gearbeitet werden kann und somit der Ressourcenverbrauch sinkt, weil bspw. nur so viel produziert wird, wie konkret nachgefragt wird, weil Güter gemeinschaftlich genutzt werden, weil mittels Sensoren Ineffizienzen ermittelt werden können, usw.

Die Möglichkeiten des digitalen Arbeitens und langfristig im Zuge der Verkehrswende wohl erhöhte PKW-unabhängige Mobilität verändern die für Standortentscheidungen von Arbeitnehmern und Unternehmen bestimmenden Faktoren zugunsten des ländlichen Raums. Vor allem lokale und regionale Lebensqualität wird hierbei eine noch stärkere Rolle spielen. Somit wird der Odenwaldkreis als ländliches Refugium in akzeptabler Nähe zu Ballungszentren aufblühen können.

Diese mittlere Entfernung zu städtischen Innovationszentren ermöglicht auch einen systematischen Profit von digitalisierten Prozessen und Strukturen, die dort entstanden sind und für den Odenwaldkreis und seine Kommunen eingesetzt werden können. Insbesondere wird dies durch die Kooperation mit Nachbar-Landkreisen und den Großstädten der Umgebung möglich. Der Odenwaldkreis muss bei Digitalisierungsprojekten im Sinne einer größeren Smart-Region stets mitgedacht werden. Dafür müssen die Interessen des Odenwaldkreises bei entsprechenden Plattformen sichtbar vertreten werden. Insofern liegt es im Interesse des Odenwaldkreises, die Diskussion hin zur Smart-Region Darmstadt oder Smart-Region Frankfurt-Rhein-Main im eigenen Sinne zu beeinflussen. Vielversprechend erscheint der Ansatz, den Menschen im Ballungsraum das Argument zu vermitteln, dass der Odenwaldkreis zur Entzerrung von Wohnungsnachfrage und Wirtschaftsstruktur für den Ballungsraum essentiell wichtig wird. Die Metropolregion kann nur noch weiterwachsen, wenn ihre Peripherie besser genutzt und als Smart-Region angebunden wird. Gemeinsame Projekte wie der Förderantrag mit der Hochschule Darmstadt im Programm „Kommunen innovativ" zum Thema Gemeinschaftsbüros oder das Diskussionsforum zu den „Zentren am Rand" waren bereits gute erste Ansätze zu diesem Bereich, konnten bislang aber noch keine ausreichenden Früchte tragen. An anderer Stelle kann der Austausch mit anderen ländlichen Regionen die passenden Lösungen liefern.

Nicht „First-Mover" zu sein hat auch Vorteile. Es bringt ein geringeres finanzielles Risiko und geringeres Risiko, knappe Personalressourcen ohne Gewinn zu investieren mit sich. Auch das Risiko, auf ein falsches Konzept zu setzen verringert sich – man kann zunächst abwarten, was in anderen Regionen und Städten funktioniert und angenommen wird – man muss nicht immer das „Rad neu erfinden".

Zielbereiche Digitalisierung

7. Digitale Infrastruktur – Breitband und Mobilfunk

- Ausbau des Breitband-Glasfasernetzes
- Ausbau des Mobilfunk-Netzes auf 4G- und 5G-Standard

8. Smart-Region

- Aufbau einer Smart-Region-Organisation, die effektiv alle Landkreise in der Region Darmstadt Rhein Main Neckar einbindet, gemeinsame Projekte und einen gegenseitigen Austausch ermöglicht
- Koordinierung und Förderung von Projekten in den Kommunen des Odenwaldkreises im Sinne einer Smart-Region Odenwaldkreis

- Durchführung von Projekten aus den Bereichen Smart Living, Smart Energy & Environment, Smart Mobility, Smart Health, Smart Government, Smart Learning, Smart Economy (siehe in der jeweiligen Teilstrategie)

9. Smart-City

- Stärkere Nutzung von Smart-City Anwendungen, die andernorts entwickelt wurden
- Durchführung von Projekten verschiedener Bereiche unter Nutzung geeigneter Förderprogramme
- Stärkere Öffentlichkeitsarbeit, bestehende und entstehende Projekte unter dem Motto „Smart City“ zu vermarkten; stärkerer Hinweis auf die vorhandene Innovativität
- Erstellung von Smart-City-Strategien auf Ebene der Kommunen, interkommunaler Zusammenschlüsse oder des Kreises

10. Digitale Teilhabe

- Einhaltung bestmöglicher datenschutzrechtlicher Maßnahmen bei Digitalisierungsprojekten und offensiver Hinweis darauf, um auch Datenschutz-Skeptikern für eine Teilnahme zu gewinnen
- Schaffung öffentlicher Internetzugänge (Netzanschluss + Hardware)
- Vervielfältigung der Angebote in der Weiterbildung zur Digitalisierung
- Beachtung der Kriterien Verständlichkeit, Niederschwelligkeit, Mehrsprachigkeit und Interkulturalität bei Digitalisierungsprojekten und digitalen Services. Auch völligen Digital-Verweigerern muss eine Möglichkeit der Teilhabe erhalten bleiben

11. Kultur der Digitalität

- Plattformen zur digitalen Vernetzung in der Kommune oder dem Ortsteil – Unabhängigkeit von großen, internationalen Plattformbetreibern, mit demokratischen, transparenten Strukturen, verlässlichem Datenschutz und Einbindung von Politik und Verwaltung
- Digitalisierungsprojekte „Bottom-Up“ mit Bürgerschaftsbeteiligung bei denen gleichzeitig Wissen über Funktionsweisen vermittelt wird. Digitalisierung im Kleinen gestaltbar machen und dabei Verständnis darüber steigern.
- Steigerung der Offenheit und Mitwirkungsbereitschaft von Bürger*innen und Entscheidungsträger*innen für innovative Digitalisierungsprojekte

7. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich digitale Infrastruktur

SMART-Formulierung:

- Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur bis in jedes Gebäude im Odenwaldkreis (FTTH/FTTB) bis 2030 – Ermöglichung von Bandbreiten bis zu 1000 Mbit/s für jeden Haushalt.
- Lückenschluss des Mobilfunknetzes bis 2025 auf flächendeckendes 4G-Niveau
- Flächendeckendes 5G-Netz im Odenwaldkreis bis 2030

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Durchführung der Gigabit-Strategie des Odenwaldkreises unter angemessener Einbindung der kommunalen Gremien; im Rahmen einer zielführenden Organisationsstruktur
  Kategorie: dringend umzusetzen/bereits in Umsetzung befindlich; politisch, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Brenergo GmbH, Kommunen
  ID: 87; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Kritische Beobachtung des Fortschritts im 5G-Rollout im Odenwaldkreis und politisches Eintreten für angemessene Nachbesserung bei mangelndem Fortschritt

Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
ID: 88; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

8. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Smart-Region

SMART-Formulierung:

- Schaffung einer kompetenten Stelle zur fachlichen und überregionalen Koordination von Digitalisierungsprojekten in den Bereichen Smart Living, Smart Energy & Environment, Smart Mobility, Smart Health, Smart Government, Smart Learning, Smart Economy
- Koordinierung und Unterstützung von Smart-City-Projekten in den Odenwaldkreis-Kommunen
- Aufbau einer effektiven, öffentlich auftretenden Smart-Region Darmstadt Rhein Main Neckar
  alternativ:
  Aufbau einer effektiven, öffentlich auftretenden Smart-Region Odenwaldkreis

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Schaffung einer CDO-Position am Landratsamt, die die Digitalisierung im Landratsamt und die in der Region und den Kommunen koordiniert
  Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 89; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 1; **gesamt: 2**
- Erstellung einer Smart-Region-Strategie nach den Vorgaben des Förderprogramms Smart Cities made in Germany, basierend auf priorisierten Zielbereichen und Handlungsfeldern des vorliegenden Kreisentwicklungskonzepts und mit Fokus auf schnell und konkret umsetzbaren Elementen, die hohe Öffentlichkeit erzeugen und teils auch schnelle Erfolge versprechen. Vorlaufzeit: mindestens ein Jahr aufgrund der Anforderungen an ausführliche Kostenkalkulation, Suche nach Partnern (Forschung, Unternehmen, Kommunen, zivile Akteur*innen), nötiger politischer Beschlussfassungen und erster Ideen für die technische Umsetzung.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, finanziell, personell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 90; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Durchführung von Smart-Region-Projekten, den Teilstrategien des Kreisentwicklungskonzepts und den daraus abgeleiteten Handlungsmöglichkeiten und Prioritäten entsprechend
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 91; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Aufbau einer effektiven, öffentlich auftretenden Smart-Region Darmstadt Rhein Main Neckar
  - Einleitung erster Gespräche mit der Stadt Darmstadt, den Landkreisen, der IHK, dem Regierungspräsidium Südhessen, der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main und der ENTEGA AG
  - Gemeinsame Abstimmung erster Umsetzungsprojekte, die die Smart-Region als handlungsfähig und sinnvoll bekannt machen
  - Aufbau einer verlässlichen Struktur, womöglich mit einer Geschäftsstelle

  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 92; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

9. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Smart City

SMART-Formulierung:

- Bestehende Smart-City Elemente im Odenwaldkreis zentral darstellen und diese offensiv ins Standortmarketing, Regionalmarketing (inner- und außerhalb der Region) sowie Förderanträge zum Thema Digitalisierung und Smart City einbringen
- Ausbau der Smart-City-Elemente in Kreisverantwortung (siehe jeweilige Teilstrategie – eGovernment/Verwaltung, Mobilität, Wirtschaft &Fachkräftesicherung, Stadt- & Ortsentwicklung, Bildung, Gesundheit, usw.)
- Ausbau von Smart-City-Elementen in den Kommunen des Odenwaldkreises, um konkurrenzfähig Vorzüge der Digitalisierung für die Bürger*innen bereitzustellen, bei langfristig sinkenden Kosten ein Mehr an Leistungen für die Bürgerschaft zu erreichen, sowie um das Profil als moderne, digitale Region zu schärfen
- Erstellung von Smart-City-Strategien auf Ebene der Kommunen, interkommunaler Zusammenschlüsse oder des Kreises

Erläuterung:

- *Siehe Analyse-Teil Digitalisierung*
- Was den Austausch mit der Digitalstadt Darmstadt betrifft, werden Ansätze zur besseren Koordination und der Übertragung von Ideen auf den ländlichen Raum unter Zielbereich 8 Smart-Region zusammengefasst.

Handlungsmöglichkeiten:

- Bestehende Smart-City-Elemente im Odenwaldkreis, wie LED-Beleuchtung, LoRaWAN-Gebäudetechnik, öffentliches WLAN, Odenwaldmobil-Plattform, E-Carsharing usw. lückenlos zusammenführen und z.B. auf odenwaldkreis.de zentral darstellen und diese bestehenden Projekte offensiv ins Standortmarketing, Regionalmarketing (inner- und außerhalb der Region) sowie Förderanträge zum Thema Digitalisierung und Smart City einbringen.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 93; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Smart City im Bereich der Kommunen:
  - Beiträge zur erhöhten Offenheit und Bereitschaft für Smart-City-Projekte in Bürgerschaft und kommunalen Gremien (*siehe Zielbereich 11: Kultur der Digitalität)*
  - Anregung und Unterstützung von Projekten in interkommunaler Zusammenarbeit im Odenwaldkreis und/oder nach Vorbild von Projekten außerhalb des Kreises – im Bereich eines CDO des Odenwaldkreises
    Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis
    ID: 94; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
  - Erstellung von kommunalen Smart-City-Strategien mit Beteiligung der Bürgerschaft. Unter Umständen interkommunale Zusammenarbeit oder Einbindung in integrierte Entwicklungskonzepte (ISEK/IKEK). Wichtig ist auch ein festes Budget für erste Maßnahmen. Vor oder nach dem Strategie-Prozess oder während des Prozesses kann eine ausführlich vorbereitete Bewerbung bei Smart Cities made in Germany sinnvoll sein; wichtig ist dafür ein klares Bekenntnis der kommunalen Gremien.
    Siehe auch Zielbereich 11 Kultur der Digitalität
    Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, personell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kommunen, mögliche interkommunale Zusammenschlüsse
    ID: 95; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
  - Beratung für die Durchführung von Smart-City-Projekten oder Nutzung digital ergänzter Lösungen bei ohnehin fälligen Investition mit entsprechender begleitender Kommunikationspolitik als dem Bereich Smart-City zugehörig
    Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis / CDO; Kommunen in der Ausführung
    ID: 96; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

10. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich digitale Teilhabe

SMART-Formulierung:

- Einhaltung bestmöglicher datenschutzrechtlicher Maßnahmen bei Digitalisierungsprojekten und offensiver Hinweis darauf, um auch starken Datenschutz-Skeptikern die Teilnahme zu ermöglichen
- Schaffung öffentlicher Internetzugänge (Netzanschluss + Hardware)
- Vervielfältigung der Angebote in der Weiterbildung: niedrigschwellig, vor Ort, in Bibliotheken o.ä. öffentlichen Orten jeder Gemeinde; bedarfsorientiert – in der Folge von Bedarfserhebungen, mehrsprachig und mit besonderer Rücksicht auf geistig oder körperlich eingeschränkte Personen
- Beachtung der Kriterien Verständlichkeit, Niederschwelligkeit, Mehrsprachigkeit und Interkulturalität bei Digitalisierungsprojekten und digitalen Services. Auch völligen Digital-Verweigerern muss eine Möglichkeit der Teilhabe erhalten bleiben.

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Bei Digitalisierungsprojekten zu beachten:
  - Einhaltung bestmöglicher datenschutzrechtlicher Maßnahmen bei Digitalisierungsprojekten und offensiver Hinweis darauf, um auch starken Datenschutz-Skeptikern die Teilnahme zu ermöglichen
  - User-Experience-Design für ein möglichst einfaches, intuitives Zurechtfinden auch für digital Unerfahrene
  - Niedrigschwelligen Einstieg für digital Unerfahrene vorsehen, erweiterte Funktionen optional gestalten
  - Bereitstellung erklärender Medien, wie Videos, (online) Kurse etc.
  - Berücksichtigung regional wichtiger Sprachen zusätzlich zu Deutsch (z.B. Türkisch, Rumänisch)
  - Auch analog präsent sein, möglichst immer analoge Alternativen ermöglichen – wenn es auch nur ein Ansprechpartner am Telefon ist

  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: alle jeweils entscheidenden Akteur*innen der Digitalisierung
  ID: 97; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Schaffung zusätzlicher öffentlicher Internetzugänge
  - Öffentliches WLAN sollte an wenigstem einen Ort im Ortskern, z.B. dem Rathaus und/oder in Bibliotheken vorhanden sein.
    Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kommunen
    ID: 98; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  - Öffentliche Computer-Arbeitsplätze mit Digital-Tutoren
    - Für Schüler, Auszubildende und Studierende
    - Für Senioren, geistig oder körperlich Beeinträchtigte
    - Für Nicht-Deutschsprachige
    - Co-Working-Arbeitsplätze für jedermann (kostenpflichtig)
    - Mit Anmeldung oder frei zugänglich
    - Z.B. in Bibliotheken, Schulen, Altersheimen, Innovation-Hubs o.ä. (siehe Zielbereich 5.4 Flexible Arbeitsplätze)
    - Best-Practice im Odenwaldkreis: Computer-AG der Jugendpflege Bad König (siehe Odenwälder Echo 20.10.2020)

    Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortung: Kommunen, Kreis (OREG, als Schulträger, Pflegeheim am GZO), Kirchen, Träger der Senioren-Wohnanlagen, Träger der freien Wohlfahrtspflege
    ID: 99; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Umfassende Ausweitung des Fortbildungs-Angebots in der Region um die Bereiche Programmieren, Datenbanken und Datenschutz. Mögliche Einbindung des MINT-Zentrums am BSO.
  Siehe hierzu auch Teilstrategie Bildung – Zielbereich 49: Erwachsenenbildung und non-formale Bildung sowie Zielbereich 11: Kultur der Digitalität
  Hierbei zu beachten:

- niedrigschwellige Angebote vor Ort, insbesondere auch in der Unterzent. Neue Zielgruppen erschließen, insbesondere auch wenig mobilen Menschen Zugang ermöglichen
- oben genannte Elemente, die „bei Digitalisierungsprojekten zu beachten“ sind.

Kategorie: dringend umzusetzen, personell und finanziell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis / VHS, Schulen, Kommunen, Träger der Wohlfahrtspflege
ID: 100; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

11. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Kultur der Digitalität

SMART-Formulierung:

- Steigerung der Aufgeschlossenheit der Bürgerschaft und kommunalen Entscheidungsträger gegenüber Digitalisierung und Smart-City-Projekten
- Steigerung der Affinität, der Fähigkeiten und des Wissens der Bevölkerung im Bereich Digitales und Digitalisierung
- Steigerung der Bereitschaft der Bevölkerung, sich produktiv für Probleme von Kommune und Region einzubringen
- Schaffung von Möglichkeiten für Bürge*innen, sich mit echtem Einfluss in die Digitalisierung der Kommunen und der Region einzubringen und schnell sichtbare Erfolge zu erzielen
- Aufbau datenschutzrechtlich unbedenklicher digitaler Plattformen mit erkennbarem Mehrwert gegenüber bestehender „Gruppen“ etc. auf sozialen Netzwerken. Ziel ist es, eine digitale Gemeinschaft als Online-Abbild der Kommune, bzw. des Landkreises zu schaffen, die zu einem engeren Austausch und einem stärkeren Gemeinschaftsgefühl führt.

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Erstellung von kommunalen Smart-City-Strategien mit Beteiligung der Bürgerschaft. Unter Umständen interkommunale Zusammenarbeit oder Einbindung in integrierte Entwicklungskonzepte (ISEK/IKEK). Wichtig ist auch ein festes Budget für erste Maßnahmen.
  Siehe hierzu auch Zielbereich 9: Smart City (ID 95)
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, personell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, mögliche interkommunale Zusammenschlüsse
  ID: 101; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Etablierung einer „Dorf-Funk“-Plattform oder ähnlichem zur digitalen, datenschutzrechtlich unbedenklichen Vernetzung in Bürgerschaftshand – von Bürger*innen sowie kommunaler Verwaltung und Politik
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell, personell, politisch, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Beratung / Koordination durch Kreis
  ID: 102 Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
  Siehe auch Zielbereich 40: Bürgerschaftsbeteiligung und Kommunikation sowie Zielbereich 38: Digitalisierung in der Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice (ID 317).
- „Smart-City-Day“ – Messe, Workshops, Vortragsreihe oder andere Formate, um Bürger*innen und Politiker*innen mit Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung, der Relevanz für den ländlichen Raum sowie aktuellen und künftigen Entwicklungen zu konfrontieren und Berührungsängste abzubauen, bzw. die Aufgeschlossenheit zu steigern
  Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell, personell, konzeptionell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis oder/und OREG in Zusammenarbeit mit Forschungs- und Praxispartner*innen
  ID: 103; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Umfassende Ausweitung des Fortbildungs-Angebots in der Region um die Bereiche Programmieren, Datenbanken und Datenschutz. Mögliche Einbindung des MINT-Zentrums am BSO. *Siehe hierzu auch Teilstrategie Bildung sowie Zielbereich 10: Digitale Teilhabe*
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis / VHS
  ID: 104; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

Stadt- und Ortsentwicklung

Analyse

Demographie und Statistik

Der Odenwaldkreis zeigte zwischenzeitlich **sinkende Bevölkerungszahlen,** was sich nun zu einer Stagnation mit leichtem Aufwärtstrend gewandelt hat. Mittelfristig (bis 2030) zeigen Prognosen aber eine deutlich **steigende Zahl der Haushalte** (*siehe Abbildung 79, Abbildung 80 sowie Kapitel Gesamtanalyse und Megatrends – demographischer Wandel*)**.**

Die klassische Familie mit zwei und mehr Kindern wird seltener. Selbst wenn es diese Konstellation gibt ist sie in der Regeln nicht von Dauer. Kinder ziehen früher oder später aus, die dann verbleibenden Eltern werden älter und bleiben dabei tendenziell immer länger fit und eigenständig. Insbesondere die geburtenstarken Jahrgänge („Babyboomer"), die in den nächsten zehn Jahren ins Rentenalter eintreten werden, werden dann weiter für viele Jahre allein oder zu zweit teils sehr große Einfamilienhäuser bewohnen. Die erste eigene Wohnung wiederum ist in der Regel kein ganzes Haus. Für Ausbildung und Berufseinstieg müssen junge Erwachsene heutzutage räumlich flexibel sein und werden – wenigstens zeitweise – in sehr vielen Fällen den Odenwaldkreis verlassen. Die prognostizierten Bevölkerungsrückgänge für den Odenwaldkreis sind nicht als „dunkles Omen", sondern als Handlungsaufforderung zu verstehen. Sie basieren zum größten Teil auf den derzeitigen Zahlen und regionalen Trends der Bevölkerungsentwicklung. Diese zeigt für den Odenwaldkreis eine stark negative Wanderungstendenz der 18-29-Jährigen und einen negativen Geburten- Sterbesaldo. Der Grund für den negativen Wanderungssaldo kann einerseits in der für diese Altersgruppe geringen Attraktivität der Region begründet liegen. Auf der anderen Seite muss aber erkannt werden, dass es im Odenwaldkreis nur sehr wenige kleine, mittlere und WG-geeignete Wohnungen, die für diese Zielgruppe ansprechend wären, gibt.

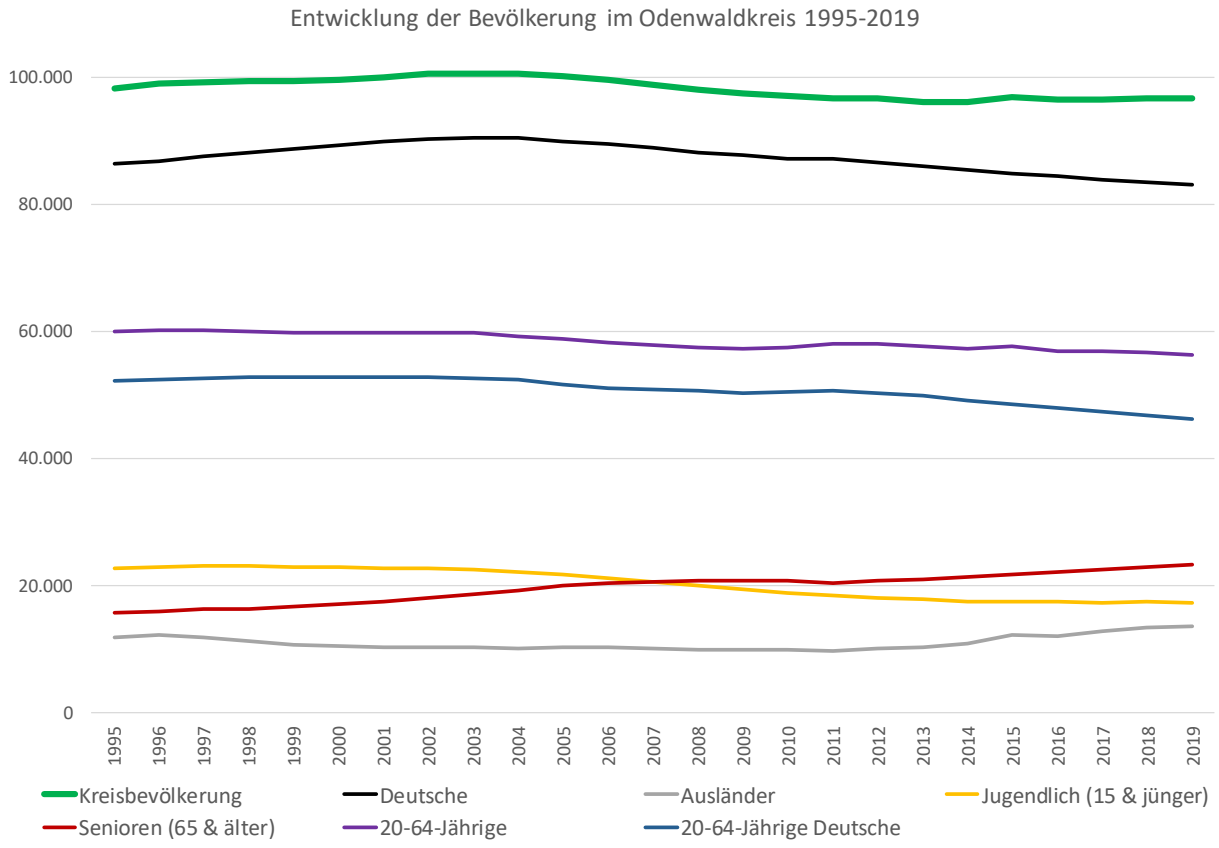


*Abbildung 78: Bevölkerungsentwicklung Odenwaldkreis 1995-2019; Jugendliche, Senioren, Ausländer*innen (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; regionalstatistik.de)*

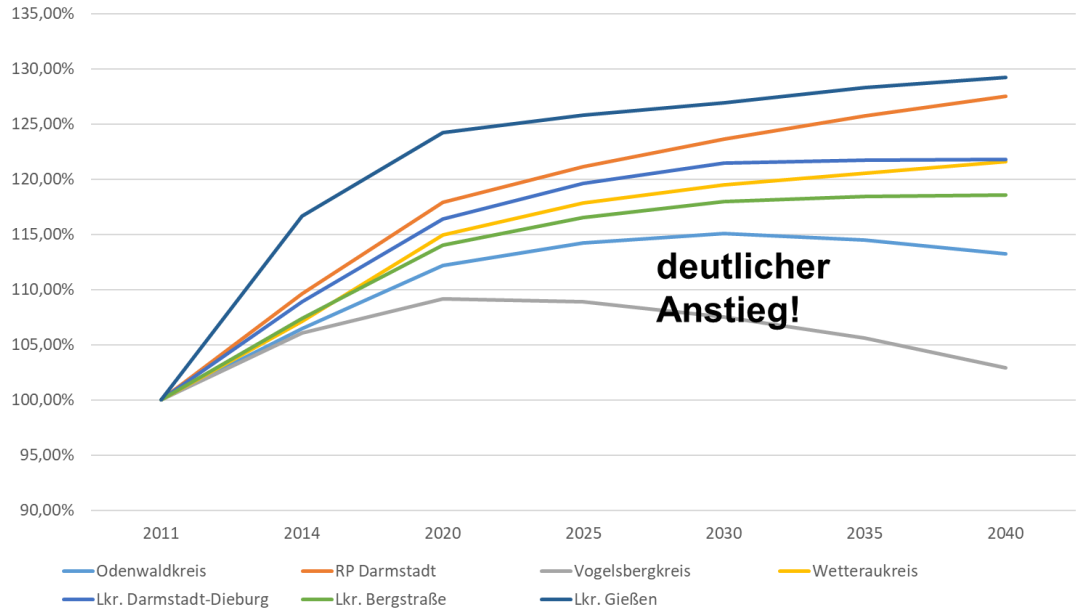


Abbildung 79: Prognose der Zahl der Wirtschaftshaushalte. Quellen: IWU (2016), Hes. Landesamt f. Statistik (2014). Aktuellere Datenbasis zu erwarten mit dem Zensus 2021

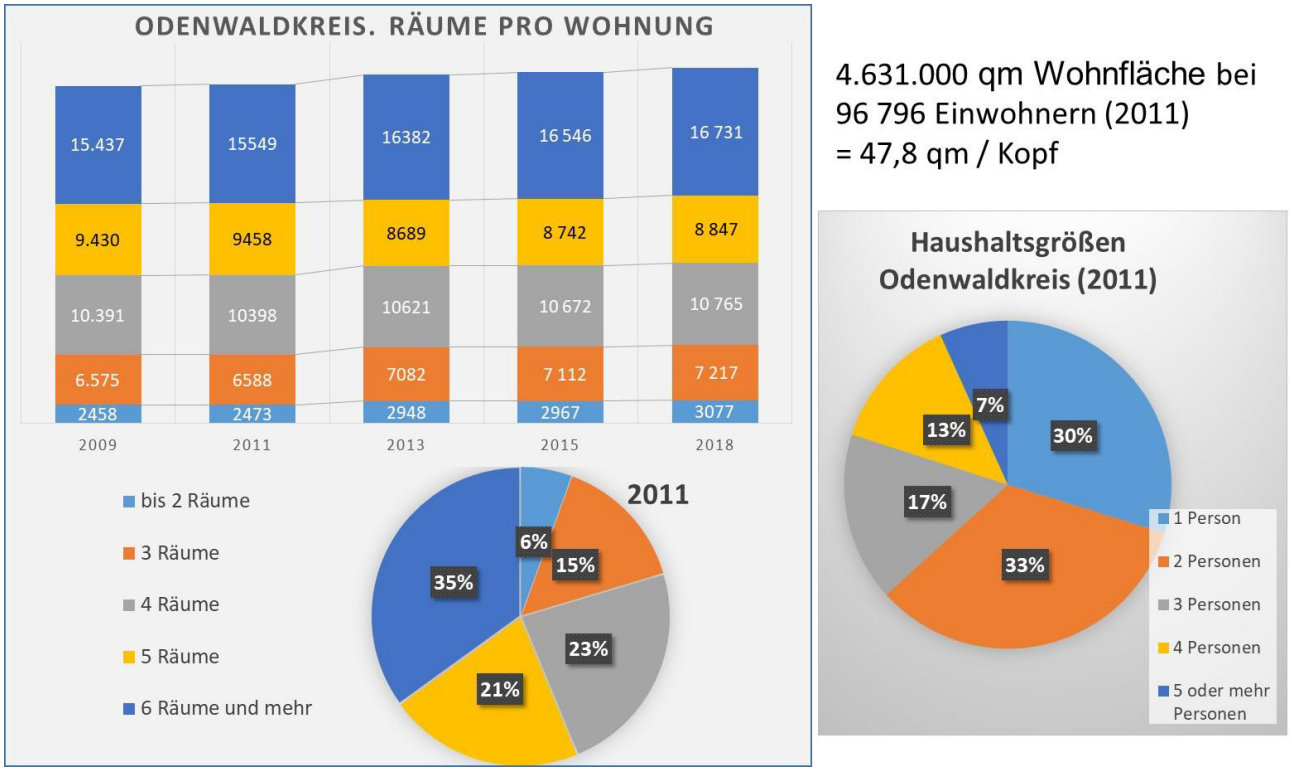


Abbildung 80: Wohnungsgrößen und Haushaltsgrößen im Odenwaldkreis. Quelle: Hessisches Landesamt für Statistik

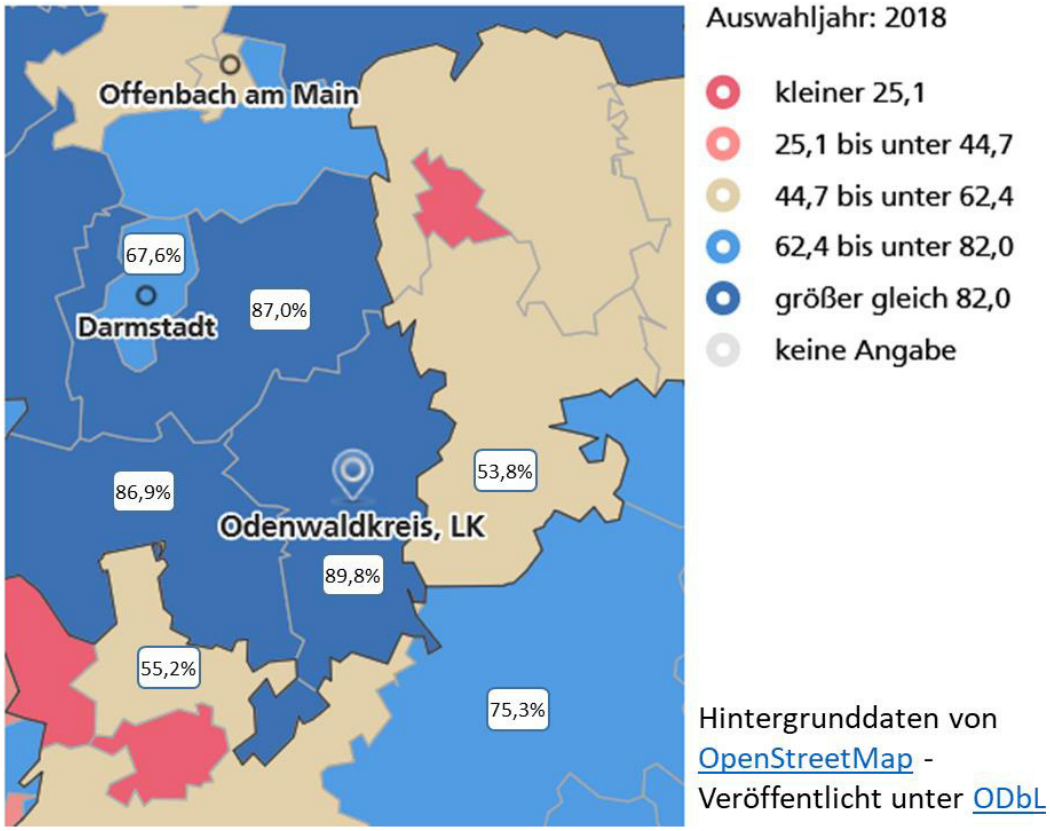


Abbildung 81: Wohnungen in Ein-/Zweifamilienhäusern in Prozent am Gesamtgebäudebestand (2018; Quelle: kommunen-wegweiser.de 2020)

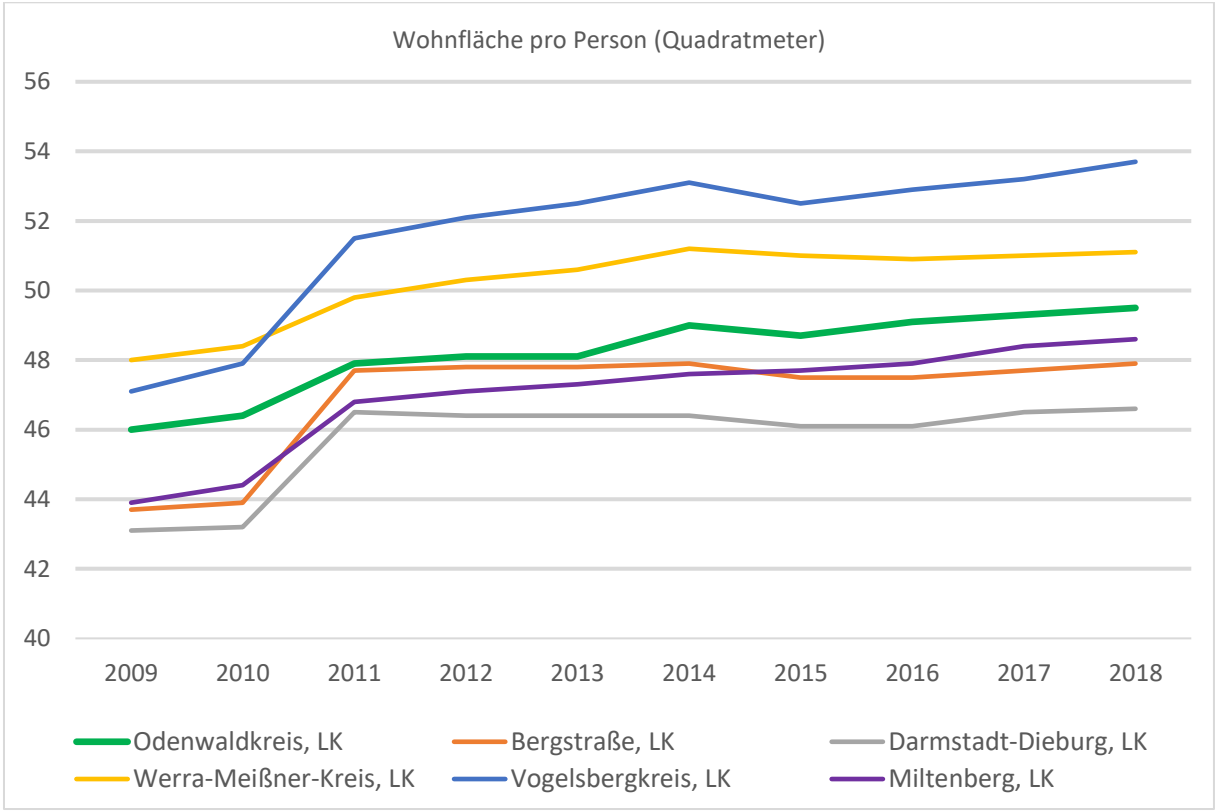


Abbildung 82: Wohnfläche pro Person in Quadratmeter. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

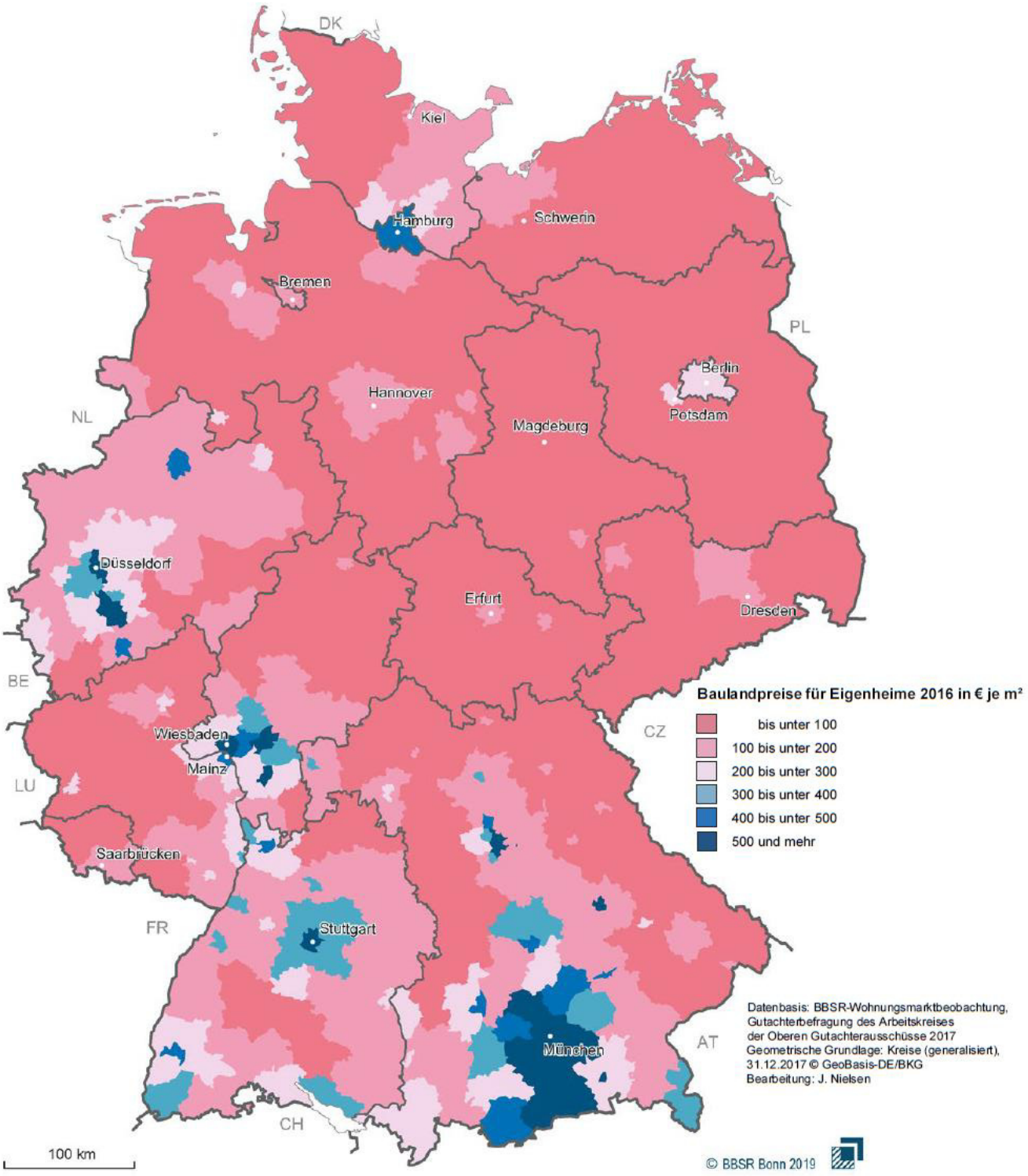


Abbildung 83: Baulandpreise 2019 nach Deutschlandatlas (BBSR 2019)

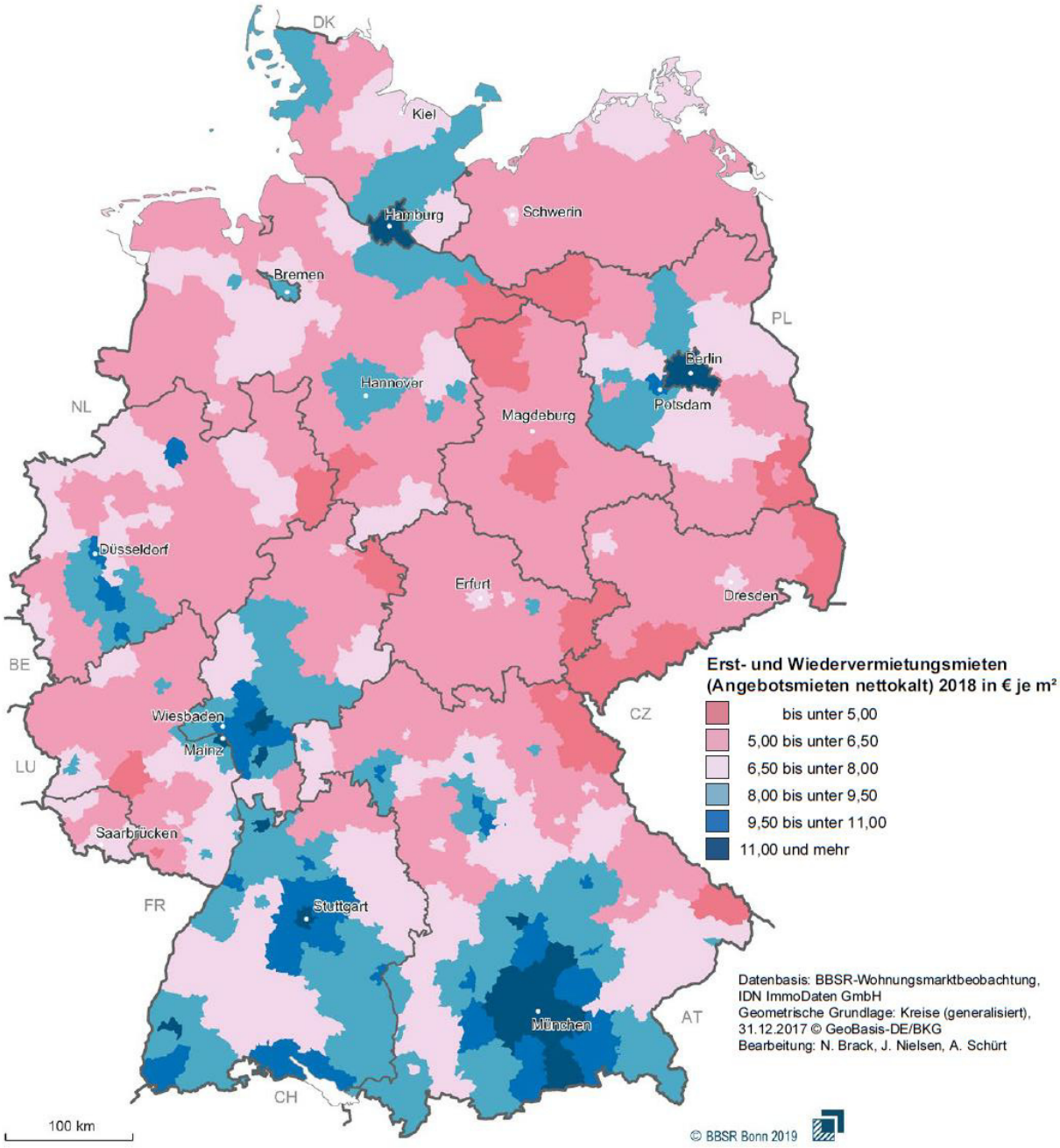


Abbildung 84: Durchschnittliche Kaltmieten 2019 nach Deutschlandatlas (BBSR 2019)

Wohnungen

Immobilienmarkt

Die Immobiliennachfrage und -preise in der Region zwischen Mosbach, Heidelberg und Frankfurt sind bereits seit längerem und aller Wahrscheinlichkeit nach auch künftig stark steigend. Der Odenwaldkreis ist derzeit (natürlich von der exakten Lage abhängig) ein durchaus gefragter Wohnstandort, auch wenn die Preise im Vergleich zu urbaneren Räumen noch deutlich moderater sind. Leerstehende Immobilien gibt es im Allgemeinen kaum; von einigen Negativbeispielen mit wachsendem Sanierungsstau und teils unattraktivem Raumzuschnitt abgesehen.

Bei vielen Menschen hat ein Umdenkprozess begonnen, der durch die Corona-Pandemie und die räumliche Nähe in den Großstädten nochmals verstärkt wurde. Die Möglichkeiten des Telearbeitens weiten den Rahmen der akzeptablen Pendelverkehrsdistanzen bei vielen Menschen aus. Damit gerät der Odenwaldkreis zunehmend in den Fokus von Menschen, die im Ballungsraum arbeiten. (*Siehe Kapitel Gesamtanalysen und Megatrends*). Insbesondere der Traum vom eigenen Haus ist im Odenwaldkreis – im Gegensatz zu den Großstädten in der Nähe – für mittlere Einkommen noch realisierbar (vgl. Abbildungen 83 und 84). Gleichzeitig sind diese Zentren aber vom Odenwaldkreis aus noch gut zu erreichen – v.a. im Vergleich zu anderen ländlichen Räumen mit günstigem Wohnraum z.B. in Nordhessen.

Abbildung 80 zeigt, dass das Angebot der Wohnungen im Odenwaldkreis (wenn auch derzeit dem Markt entzogen) in einem Missverhältnis steht zum Bedarf. Die deutliche Mehrheit der Wirtschaftshaushalte besteht aus nur einer oder zwei Personen. Abbildung 79 zeigt außerdem, dass sich dies noch verschärfen wird: Es wird bei stagnierender oder sogar sinkender Gesamtbevölkerung mehr Haushalte geben – mit tendenziell weniger Personen pro Haushalt. Gleichzeitig hat mehr als die Hälfte der Wohnungen im Odenwaldkreis mehr als 5 Räume.

Die Wohnfläche einer Person vergrößert sich in der Regel im Lauf des Lebens von der ersten eigenen Wohnung bis hin zur Familiengründung, an dessen Zeitpunkt natürlich das Einfamilienhaus die dominierende Wohnform ist. Mit dem Wegzug der Kinder vergrößert sich dann die Wohnfläche pro Kopf. Im Extremfall kann das dazu führen, dass eine einzige Person über 200 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung hat; wobei dann oft nur noch ein Stockwerk genutzt wird. Wie bereits ausgeführt wurde, kommt nun hinzu, dass Menschen immer länger leben, länger fit und selbstständig bleiben und es außerdem mehr ältere Menschen geben wird, insbesondere auch aufgrund der starken „Baby-Boomer"-Generation. Das bedeutet in der Summe, dass Einfamilienhäuser immer länger von ein oder zwei Personen bewohnt werden. Gleichzeitig ist in den angrenzenden Ballungsräumen wachsende Immobilienknappheit festzustellen, sodass auch für viele Menschen dort ein Wohnort im Odenwaldkreis interessant wird. Eine **wachsende Nachfrage nach Wohnraum im ländlichen Raum stößt auf einen Markt, dessen Angebot kaum die lokale Nachfrage** (der hier Aufgewachsenen) **bedienen kann.** Die Folge sind auch im Odenwaldkreis zuletzt stark steigende Immobilienpreise. Eine übermäßige Erschließung von Neubaugebieten zur Deckung kurzfristiger Bedarfe würde langfristig zu einem Überangebot von Wohnraum führen, sobald die Einfamilienhäuser der 70er- und 80er-Jahre verstärkt auf den Markt kommen. Diese Möglichkeit ist aktuell teils unumgänglich, da sie Voraussetzung für die Sicherung der demographischen Struktur der Kommunen ist. Sie sollte aber mit höchster Vorsicht angewendet werden, da sie immer auch auf Kosten von Natur und landwirtschaftlich genutzten Flächen geht. Außerdem muss dafür neue Infrastruktur errichtet werden.

Wohnformen

Grundlegendes Problem ist, dass die Gebäude im Odenwaldkreis auf große Familien ausgelegt sind, während dies eine im Verhältnis seltener werdende Form der Wohnungsgemeinschaft ist – die Wohnfläche pro Kopf muss also gezielt, effizient und dem Willen der Wohnraumnutzenden entsprechend gesenkt werden. Angesichts der steigenden Zahl der kleinen Haushalte lässt sich eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (ohne steigenden Flächenverbrauch) nur dann verwirklichen, wenn mehr kleine Wohnungen geschaffen werden. Dabei stehen vor allem zwei Zielgruppen im Fokus:

- Menschen nach der Familienphase – also ca. ab 55 Jahren
- Junge Singles und Paare

Dafür gibt es wiederum zwei Optionen:

1. Die Zielgruppe der jungen Erwachsenen legt die Wohnform der Wohngemeinschaft (WG) nahe. Dies kann aber mit der richtigen Immobilie auch für ältere Erwachsene und Senioren eine Option sein. Diese alternative Form der Vergrößerung von Haushalten – auch wenn sie damit nicht zum statistischen Wirtschaftshaushalt werden – hat den Reiz, dass mit den vorhandenen Immobilien Wohnraum für mehr Menschen geschaffen werden kann. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) beleuchtete 2012 auf einer Fachtagung ausführlich die Möglichkeiten gemeinschaftlicher Wohnformen auch in Verbindung von Rechtsformen wie Genossenschaften. Diese können eine rechtlich sichere Grundlage für die Nachhaltigkeit gemeinschaftlicher Wohnformen gewähren. Für die Zusammenfindung von Wohngemeinschaften können persönliche, regionale und digitale Netzwerke und Plattformen genutzt werden.

2. Die Schaffung von Wohnraum, der für kleinere Haushalte geeignet ist, also kleine und mittlere Wohnungen. Architektonisch kann dies als klassischer Geschosswohnungsbau hergestellt werden, aber auch in Bestands-Immobilien kann geeigneter Wohnraum geschaffen werden. Das Projekt „Junges Wohnen“ in Baden-Württemberg zeigt auf, wie mittels Sanierungsprojekten Impulse zur Ortsbelebung gesetzt werden können und junge Menschen mit geeignetem Wohnraum auch im ländlichen Raum gehalten, bzw. angezogen werden können.

Mit Blick auf die regionale Baustatistik der letzten Jahre sind bereits vereinzelt Entwicklungen von zusätzlichem Geschosswohnungsbau zu erkennen. Insbesondere bei der Schaffung von Möglichkeiten, „sich zu verkleinern“, müssen Wohnungen auch für kleinere Haushalte möglichst im selben Ortsteil des bisherigen Wohnorts entstehen. Dadurch wird ein Umzug vom übergroß gewordenen Einfamilienhaus ermöglicht, ohne dass das bisherige soziale Umfeld verlassen werden muss. Ein weiterer Fokus sollte auch auf Barrierefreiheit liegen – sowohl im Bestand als auch bei neuen Wohnungen. Über die Dorfentwicklung sind in Fördergebieten zu solchen Zwecken Zuschüsse zwischen 45.000 – 200.000 Euro je Förderobjekt möglich, sofern auch am Gebäudeäußeren gearbeitet wird. Die Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse der jeweiligen Zielgruppe (Anbindung an ÖPNV, Nahversorgung, Kulturangebot, usw. in der Nähe) ist ebenfalls sinnvoll. Gelingt es, die Grundversorgung auch für weniger mobile Menschen sicherzustellen – mittels ÖPNV, Lieferservices, mobiler und lokaler Angebote, kann auch in kleinen Orten die Schaffung kleiner Wohnungen sinnvoll sein.

Gründe, im Alter in eine kleinere und/oder gemeinschaftliche Wohnform zu wechseln sind vielfältig und können z.B. sein:

- Geringere Kosten (und Aufwand) für den Unterhalt der Immobilie und Freimachen von in der größeren Immobilie gebundenen Kapital
- Barrierefreiheit und Möglichkeiten des betreuten Wohnens
- Gegenseitiges Unterstützen und Gesellschaft (z.B. in Mehrgenerationen-Häusern oder WGs).
- Studien (Pantera AG 2020; Berlinovo 2017) zeigen, dass viele Senioren durchaus dazu bereit sind, sich im Alter eine kleinere Wohnung zu nehmen: „54 % der Deutschen können sich vorstellen, im Alter in ein Serviced Apartment zu ziehen. […] Die Bereitschaft, im Alter auf kleineren Wohnraum zu ziehen, steigt bei zukünftigen Generationen“ (Pantera AG 2020). Es wurde beobachtet, dass trotz der Beteuerungen mancher Senioren, nicht mehr umziehen zu wollen, ein Umdenken einsetzt, wenn Möglichkeiten dazu im selben Ort oder in der Nähe entstehen. Im Rahmen der Bürgerschaftsbeteiligung wiesen sogar einzelne Senioren auf den derzeit nicht erfüllbaren Wunsch nach einer kleineren, bezahlbaren Wohnung hin. Gespräche mit Partnern in kommunalen Bauämtern sowie mit Immobilienexpert*innen im Odenwaldkreis belegten, dass solche Projekte einen bestehenden Bedarf decken würden.

Argumente, Geschosswohnungsbau oder WGs würden in ein Dorf oder einen Ortsteil nicht hineinpassen sind zum Teil verständlich. Ein suburbaner „Wohnturm“ kann städtebaulich, ästhetisch und sozialökonomisch zunächst als ein Fremdkörper im Ortsgefüge wirken. Besondere Sorgfalt muss also bei der städtebaulichen und architektonischen Gestaltung angewendet werden. In der Architektur-Branche wurde diese Aufgabe bereits aufgegriffen, sodass mit einer dezidierten Ausschreibung auch Lösungen gefunden werden können. Mit Hilfe einer Einbindung von Bürgerschaft und Anwohner*innen können Transparenz und Akzeptanz erhöht werden. Wie Wohnungen architektonisch, städtebaulich und infrastrukturell in den Bestand eingepasst werden, ist auch entscheidend darüber, für welche Personen der neue Wohnraum interessant wird. Die soziale Integration von Neubürger*innen ist auch davon abhängig, wie engagiert beide Seiten an diese Aufgabe herangehen. Bestehende soziale Netzwerke und infrastrukturelle Faktoren werden in den meisten Fällen ohnehin dazu führen, dass das zuweilen als „unpassend“ empfundene Klientel sich wenig für die abgelegeneren Standorte interessieren wird. Anders stellt sich dies für Menschen dar, die ohnehin dort wohnen oder dort gewohnt haben und Teil der dörflichen Gemeinschaft sind.

Architektonisch en vogue sind seit Kurzem sogenannte „Tiny-Houses“. Diese verfügen der Definition des International Code Counsel (ICC) zufolge über eine Grundfläche von nicht größer als 400 sq.ft. (ca. 38 qm). Zuweilen schließt das Konzept auch eine Transportierbarkeit des Hauses mit ein. In Deutschland ist dieses Model umstritten und baurechtlich nicht vorgesehen. Dementsprechend kompliziert gestalten sich solche Vorhaben. FORD & GOMEZ-LANIER (2017) von der University of Georgia (USA) kommen in ihrer Untersuchung zu dem Schluss, dass das Leben im Tiny-House kein Modell für Jedermann ist, in bestimmten Kontexten aber Potential hat. Entstanden ist dieses Modell als Antwort auf

Wohnungsnot in Großstädten und mit dem ökologischen Aspekt eines verringerten Flächenverbrauchs. Neben den derart ökologisch Motivierten machen sie vor allem Obdachlose und Reisende als Zielgruppe aus. Ob dieses Modell im Odenwaldkreis sinnvoll ist, muss im Einzelfall entschieden werden.

Ein neues Handlungsfeld in der Regionalentwicklung wird in der neuen Förderperiode das Thema „Entwicklung von bedarfsorientierten regionalen Wohnkonzepten“ durch die Förderung von Information und Beratung sein – ein Baustein der also auch im Odenwaldkreis gewinnbringend Anwendung finden könnte.

Leerstand

Städtebaulich bieten vor allem Leerstände und Baulücken enormes Potential, Wohnraum zu schaffen, ohne dabei neue Flächen versiegeln zu müssen.

Im Rahmen der Dorfentwicklung wurden in den Förderschwerpunkten der letzten Jahre (Höchst, Beerfelden, Rimhorn, Lützelbach Breitenbrunn, Sensbachtal und Hesseneck) grundsätzlich auch eine Leerstandserfassung und eine Abschätzung der weiteren Entwicklung, also des potenziellen Leerstands unter Berücksichtigung des demographischen Wandels erarbeitet. Dies ist im Rahmen der zu erstellenden Integrierten kommunalen Entwicklungskonzepten (IKEKs) zu leisten und ist somit Voraussetzung für eine Förderung. Hierbei wurden auch die Baulücken und Leerstände in Wirtschafts- und Geschäftsgebäuden, Teilleerstände und potentielle Leerstände erfasst und in Karten eingetragen. Eine systematische Fortführung dieser Daten blieb bislang jedoch aus. Dies sollte mit einem digitalen Leerstandskataster gelingen, das als Projekt ab 2018 in Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und dem Amt für Bodenmanagement angestoßen wurde. Dieses System fußt auf vorhandenen Datensätzen aus dem Einwohnermelderegister, Wasserverbrauchsdaten, der Kaufpreissammlung und den Sterbetafeln sowie dem amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem (ALKIS) als digitale Kartengrundlage. Die so vom Amt für Bodenmanagement automatisiert erstellten „Grobfilter“ zum Leerstandskataster müssen von den Kommunen zunächst „qualifiziert“ werden, also mit entsprechender Ortskenntnis oder anhand einer Begehung vor Ort auf Plausibilität und Richtigkeit geprüft werden. Dies erwies sich in den meisten Kommunen des Odenwaldkreises als schwierig, weil dazu Personalressourcen eingesetzt werden müssen, die in den Bauämtern zumeist für höher priorisierte Aufgaben eingesetzt werden müssen (*siehe auch Teilstrategie Verwaltung, Zielbereich Fachkräftesicherung und interkommunale Zusammenarbeit*). Das Projekt „Dorf-und-Du“ in der Wetterau zeigte auf, wie mithilfe von ehrenamtlichen Helfern diese Qualifizierung bewältigt werden kann. Mithilfe von lokalen Kümmerern gelang dort auch ein darauf aufbauendes Leerstandsmanagement, bei dem die Immobilienbesitzenden angesprochen und neue Nutzungen gefördert werden.

Die bisher ausgewerteten Ergebnisse der kommunalen Leerstandskataster zeigen, dass insgesamt recht wenig dauerhafter Leerstand existiert. Immobilien, die angeboten werden und keinen all zu großen Sanierungsstau aufweisen, finden im Kreis meist ohne große Verzögerung einen Nachnutzer. Gründe dafür, dass Wohnungen und Häuser nicht verkauft oder vermietet werden, können u.a. folgende sein:

- Emotionale Bindung zur Immobilie und dem Standort, bzw. der Nachbarschaft
- Sanierungsstaus resultieren in einem potentiell geringen Kaufpreis, aus dem sich nur schwer eine neue Immobilie finanzieren lässt.
- Unwillen, Aufwand und Risiko einer Vermietung in Kauf zu nehmen.
- Hoffnung auf eine spätere Nutzung durch Verwandte.
- Spekulation auf langfristig steigende Immobilienpreise machen den Verkauf gegenwärtig unattraktiv, besonders bei der gleichzeitig schlechten Zinslage am Kapitalmarkt.
- Uneinigkeit von Erbgemeinschaften in möglicher Kombination mit anderen Faktoren.

Worauf das Leerstandskataster hingegen sensibilisieren muss, sind die mancherorts eklatanten Baulücken. In manchen Ortsteilen machen diese bis zu einem Viertel der erschlossenen Grundstücke aus. Sie stellen ein enormes Potential für die nachhaltige Siedlungsentwicklung ohne weiteren Flächenverbrauch dar. Mögliche Gründe hierfür wurden eben bereits angeführt. Meist fehlen überdies auch eigene Mittel, um ein Gebäude darauf zu errichten. Die Erhöhung einer Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke könnte helfen, Anreize für den Verkauf oder die Entwicklung zu liefern – wenn dadurch die spekulativen Gewinne durch weitere Immobilienpreissteigerung erkennbar geschmälert werden.

Ein weiteres Ergebnis des Katasters ist die Erkenntnis, dass Häuser in Baugebieten der 70er zum größeren Teil von nur noch einem oder zwei älteren Menschen über 75 bewohnt werden. Wie bereits beschrieben, stellen diese Menschen die Zielgruppe für seniorengerechten Wohnungsbau dar. In der Folge würden Einfamilienhäuser frei – bevor diese einen immer größer werdenden Sanierungsstau aufweisen. Das wiederum hängt auch mit den unterschiedlichen Kreditkonditionen für ältere und jüngere Menschen zusammen.

Laut Aktionsplan Ländlicher Raum des Umweltministeriums (HMUKLV, 2021) soll von Seiten des Landes ein digitales „Potentialflächenkataster" ins Leben gerufen werden. Ziel soll der gemeinsame Aufbau solcher kommunaler Kataster sein, wobei deren Erstellung und fortlaufende Datenpflege durch ein zu entwickelndes digitales Werkzeug erleichtert werden soll. Inwiefern dieses unterstützend wirken kann, wird sich im weiteren Verlauf zeigen.

Sanieren

Ältere Häuser, besonders die teils sehr alten Gebäude im Ortskern entsprechen häufig nicht mehr den heutigen Wohnansprüchen. Das betrifft nicht nur den Zustand der Fassaden und die oftmals kleinen Fenster, sondern auch niedrige Decken, kleine Räume, schmale Treppen und Höhenunterschiede innerhalb eines Stockwerks, sanierungsbedürftige oder fehlende Sanitäranlagen, Heizung, Wärmedämmung, usw. Bebauung bis an den Straßenrand mit Sanierungsstau oder ungepflegte Vorgärten sorgen für ein wenig ansprechendes Ortsbild. Oft fehlt ein Garten oder eine Freifläche, v.a. in diesen Ortskernen ist die Grundstücksgrenze oft auch die Gebäudeaußenseite. Solche Bilder entsprechen nicht den Erwartungen eines modernen Landlebens, das vor allem als Gegenentwurf zur Enge der Städte verstanden wird.

Städte wie z.B. Eppingen (Lkr. Heilbronn) oder Roßdorf (Lkr. Darmstadt-Dieburg) betreiben bereits seit vielen Jahren, eine erfolgreiche (Innen-)Stadtentwicklung, indem solche Gebäude im Rahmen einer langfristigen Bauvision nach und nach angekauft werden und schließlich gesammelt saniert oder neu errichtet werden können. Wichtig ist hierfür ein langfristiger Plan, der in den Gremien beschlossen wird. Insbesondere in Kernbereichen und denkmalgeschützten Ensembles kann Vorkaufsrecht geschaffen werden. Gebäude können an einen Investor veräußert werden, der sinnvolle Pläne vorlegt und mit Verträgen an deren Umsetzung gebunden wird. Bei mangelnden kommunalen Finanzmitteln ist die Einbindung weiterer Investoren für den Ankauf und die Entwicklung möglich; eine attraktive bauliche Gestaltung unter sozialen, ästhetischen und sonstigen städtebaulichen Gesichtspunkten muss dabei aber oberstes Prinzip bleiben. Mögliche Rechtsformen für solche Kooperationen sind: eG, GmbH, e.V., usw. Insbesondere niederschwellige Modelle, bei denen Bürger*innen (und bisherige Eigentümer*innen) beteiligt werden können, sind attraktiv. Aufgrund des Umstands, dass den Kommunen im Odenwaldkreis bislang v.a. dieses notwendige Geld fehlt, ist es zentral, finanzielle Spielräume zu erlangen und so handlungsfähig zu werden.

Das aus „Kommunen Innovativ" geförderte Projekt „Kommunaler Innenentwicklungsfonds" (Lkr. Nienburg) könnte Vorbild für eine solche Strategie des Odenwaldkreises sein. Mit dem Fonds „sollen die Städte und Gemeinden finanzielle Spielräume generieren, um gezielt nachhaltigere Projekte zu fördern, die die Stabilisierung der Ortskerne und den Umbau von Siedlungsstrukturen, angepasst an den demographischen Wandel, zum Ziel haben" (LKR. NIENBURG 2017). Finanziert aus Mitteln der Kommunen, des Kreises und des Landes konnten 2021 600.000 Euro für konkrete Maßnahmen mobilisiert werden, nachdem der Fonds mit einer Geschäftsstelle am dortigen Landratsamt angesiedelt wurde und das Modell funktionsfähig wurde (LKR. NIENBURG 2021).

„Jung kauft Alt" statt Neubau ist ein Modell, das durch den Bau von seniorengerechtem Wohnraum an anderer Stelle noch bedeutender wird. Oftmals sind hierbei umfangreiche Sanierungen hinsichtlich Energetik und Gestaltung nötig. Die Angst vor einem „Fass ohne Boden" ist dabei oftmals ein Hindernis, weshalb in verschiedenen ländlichen Regionen Förderprogramme eingerichtet wurden, die einen Beitrag zur nachhaltigen Siedlungs- und Bevölkerungsentwicklung bewirkten (z.B. Hiddenhausen, Schwalmstadt, Verbandsgemeinden Wallmerod und Westerburg, Landkreis Rotenburg / Wümme). Hierbei wurden beispielsweise Beratungsdienstleistungen durch Architektur- oder Ingenieurbüros gefördert. Außerdem gibt es zum Teil Fördermittel für Familien, die in bestehende Gebäude einziehen. So konnte hier ein Beitrag zu einem Umdenken weg vom selbstverständlichen eigenen Hausbau geleistet werden.

Im Werra-Meißner-Kreis wurde ein interkommunales Sanierungsmanagement aufgebaut, das mit sechs Mitarbeitenden private Bauherren hinsichtlich energetischer Sanierungskonzepte berät. Personal und Konzepterstellung können mit 65 % nach der KfW-Förderrichtlinie gefördert werden. Jedes kommunale Sanierungs-Quartier bekam so eine Stelle gefördert. Organisatorisch bündelte man diese Kompetenz in einer gemeinsamen Einheit. So konnte sich eine der Beraterinnen auf barrierefreies Wohnen spezialisieren und den Sanierungsberater*innen eine gemeinsame Verwaltungskraft zur Seite gestellt werden (WALLMANN 2019).

Bereits im Odenwaldkreis vorhanden sind verschiedene Fördermöglichkeiten im Bereich der Dorf- und Regionalentwicklung. In diesem Rahmen bietet das Land Hessen für Kommunen, Gewerbetreibende und Privatpersonen vielfältige Fördermöglichkeiten um u.a. Gebäudebestände, Freiflächen und öffentliche Infrastruktur in Ortskernen gezielt zu sanieren, zu erneuern, zurückzubauen oder zu entwickeln. Auch die Schaffung von neuen Wohnungen in Scheunen (bis zu 3 Wohneinheiten) wird mit bis zu 200.000€ je Förderobjekt unterstützt. Die städtebauliche Beratung durch eine*n Architekt*in zum Umbau und zur Gestaltung des Förderobjektes ist für Bürger*innen kostenfrei und wird vom Land Hessen und der Kommune, die sich in der Dorfentwicklung befindet, bezahlt. In der Dorfentwicklung gibt es außerdem die Möglichkeit, in städtebaulichen Problembereichen mit deutlichen strukturellen Mängeln besondere strategische Sanierungsbereiche mit höchster Förderpriorität auszuweisen. Hier können die kommunale Grundstücksbereitstellung und privater Neubau, kommunale Freiflächengestaltung und private Sanierung oder kommunaler Rückbau und private Umnutzung gefördert werden.

Neben den rein demographischen Gründen besteht auch besondere Verantwortung gegenüber finanziell schwachen, vulnerablen Personen, für die bezahlbarer Wohnraum Voraussetzung ist, wieder auf die Beine zu kommen; z.B. Alleinerziehende, die u.U. eine Zwischenstation im Frauenhaus hatten, psychisch Kranke sowie Wohnungs- und Arbeitslose (*siehe Teilstrategie Lebensqualität und Soziales – Analyse – Armut und soziale Herausforderungen – Berufsunfähigkeit; Wohnraum, Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit; sowie Teilstrategie Lebensqualität und Soziales – Analyse – Gleichstellung von Mann und Frau*)

Dreidimensionale Geodaten

3D-Daten zeigen nicht nur im Kartenformat, wie die Flächennutzung aussieht, sondern können darüber hinaus modellieren, wie sich Gelände, Bäume, Gebäude und Anlagen real vor Ort zusammenfügen.

Nützliche Anwendungen finden diese Modelle vor allem in der Bauverwaltung, aber auch Anwendungen im Bereich Leerstandsmanagement, Klimaschutz und dem Hochwasserschutz sind möglich. So wurden beispielsweise in einem Innenentwicklungsprojekt der TU Darmstadt zusammen mit dem Fraunhofer-Institut für Grafische Datenverarbeitung (IGD) und der Gemeinde Münster (Hessen) 3D-Daten verwendet, um mit der Bürgerschaft und Anwohnern über Nutzungsmöglichkeiten von Baulücken und Leerständen zu diskutieren (Projekt „AktVis“; LINKE et al 2019). Gerade, wenn es darum geht, Akzeptanz für Geschosswohnungsbau zu gewinnen, könnte dies ein nützliches Werkzeug sein. Auch bei Bau- und Umnutzungsvorhaben könnten dreidimensionale Veranschaulichungen helfen, die Entwicklung attraktiver Ideen zu fördern und Zweifel auszuräumen. Das Fraunhofer IGD betonte vor allem diesen Wert von 3D-Geodaten für Bürgerschaftsbeteiligungen. Mit einfach zugänglichen Online-Tools können Bürger*innen sehen, wie geplante Projekte aussehen und wie sie sich in die Umgebung einfügen werden. Auch Vorschläge aus der Bürgerschaft können somit veranschaulicht werden. Bei voller Nutzung der detailscharfen Daten können z.B. auch Bäume, Brücken, fotorealistische Fassaden und Stadtmobiliar (z.B. Bänke) abgebildet werden.

Das Amt für Bodenmanagement in Heppenheim verwies auf die Möglichkeit, anhand dieser Daten geringfügig genutzten Wohnraum zu identifizieren (EGERT 2019). Die 3D-Daten zeigen, wie hoch Gebäude sind und ermöglichen somit die Berechnung der Wohnfläche. Im Odenwaldkreis sind die 3D-Daten über das Amt für Bodenmanagement bereits in den Kommunen Brombachtal und Lützelbach vorhanden. Für die dreidimensionalen Gebäudedaten für die etwa 118.422 Gebäude im Odenwaldkreis würden nach dem Angebot des Amts für Bodenmanagement für den gesamten Odenwaldkreis ca. 20.000 Euro anfallen.

Bauleitplanung

Die Bauleitplanung ist eines der zentralen, rechtlich bindenden Instrumente, das die Kommunen zur städtebaulichen Gestaltung haben. Sie setzt sich zusammen aus den Flächennutzungsplänen und den Bebauungsplänen.

Dem Flächennutzungsplan kommt die Funktion eines vorbereitenden Bebauungsplans zu. Hier wird festgelegt, welche städtebaulichen Entwicklungen für bestimmte Gebiete vorgesehen sind: z.B. Wohnungsbau, gemischte Nutzung (Wohnen & Gewerbe), Gewerbegebiete, Grünflächen usw. Rechtswirksam für Privatleute wird dies allerdings erst, wenn die Umsetzung im Bebauungsplan erfolgt. Dieser regelt für jede Parzelle die zulässigen Nutzungen. Mittels vorhabenbezogener Bebauungspläne kann hier auch konkret auf die Interessen von Investoren und Bauherren eingegangen werden (CHILLA et al. 2016: S. 80 ff.).

Bebauungspläne können sehr detailreich regeln, welche Arten der Bebauung und Nutzungen zulässig sind, z.B. in Bezug auf Dachneigung, Gebäudehöhe, Anzahl nötiger PKW-Stellplätze, Fassadenfarbe, Gartenzäune und Bepflanzung. Flächennutzungspläne und Bebauungspläne sind somit rechtsverbindliche Grundlagen für eine weitsichtige Stadt- und Ortsentwicklung.

Die Pläne der Kommunen im Odenwaldkreis sind zu einem Teil veraltet und bedürfen dringend der Anpassung. Häufig wurden diese Pläne zur Ausweisung von Neubaugebieten aufgestellt und seitdem nicht mehr angepasst und sind dementsprechend zwischen 30 und 50 Jahre alt. Als strategische Werkzeuge zum Angehen der beschriebenen Probleme müssten diese Planwerke effektiver eingesetzt werden. Vielerorts müssten die Flächennutzungspläne und Bebauungspläne also umfassend überarbeitet oder neu aufgelegt werden. Grund dafür, dass solche Erneuerungen bislang kaum umgesetzt wurden, ist vor allem der damit verbundene beachtliche Arbeitsaufwand und die Personalknappheit in den Bauämtern der Kommunen. Dort ist man zumeist mit den drängenden Pflichtaufgaben, v.a. im Bereich der Straßen- und Kanalinstandhaltung ausgelastet. Die zuletzt als steigend wahrgenommenen Nachfrage nach Wohnraum im Odenwaldkreis mündete daher zumeist in der Neuausweisung von Baugebieten. Für die Nutzung der vorhandenen Flächenpotentiale hingegen bedarf es breiteren Ansätzen und einer Überarbeitung der Bauleitplanungen.

Neben der Knappheit von Personalressourcen in den kommunalen Bauämtern ist auch das Problem zu betrachten, dass häufig nur schwerlich qualifizierte Fachkräfte gefunden werden können. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass insbesondere die kleineren Kommunen gut bezahlte Stellen für Architekten oder Stadtplaner nur schwerlich marktgerecht finanzieren können. Aufgaben der Bauleitplanung wurden in der Vergangenheit daher teils an Planungsbüros übergeben. Dies führte teils dazu, dass zwar Minimalanforderungen erfüllt wurden, die Pläne im Ergebnis aber hinter ihrem Potential zurückblieben, weil eine umfassende, langfristige Anbindung an die lokalen Anforderungen und eine strategische Weiterentwicklung so nicht gewährleistet werden konnte. Aufgrund der Komplexität dieses Aufgabengebiets können die kommunale Verwaltung und die Politik kaum korrigierend eingreifen. Was also gefragt ist, ist verwaltungseigene Kompetenz.

Aus diesen Betrachtungen heraus stammt die Idee, eine interkommunale Kooperation für den Aufgabenbereich der Bauleitplanung anzustreben. Zum einen könnten die Kommunen gemeinsam entsprechend nötiges Personal engagieren und auch ausreichend auslasten. Zum anderen würde sich damit auch die Chance bieten, die Entwicklung der Kommunen übergreifend zu planen.

Besonders detailreiche, ältere Pläne werden oft als veraltet angesehen, sodass vermehrt Ausnahmen genehmigt werden – andernfalls könnten die modernen Bauvorstellungen von Bauherr*innen nicht umgesetzt werden. Auch mit Blick auf die Ziele der Teilstrategie Natur und Kulturlandschaft ist es wichtig, die Umsetzung von Vorgaben zur Gartengestaltung konsequent einzufordern. Insbesondere das Anlegen von Steingärten gilt hier als Negativbeispiel. Auch das Anpflanzen heimischer Gehölze, die einen Beitrag zur Artenvielfalt leisten, ist hierbei ein wichtiger Baustein.

Ein Thema, das mit dem Klimawandel auch im Odenwaldkreis eine Rolle spielen wird, ist die **Klimaanpassung**. Dabei geht es darum, die Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere von höheren Temperaturen und Extremwettereignissen, auf die Menschen abzumildern. Vorteil der Region ist hierbei, dass sie ländlich und kleinstädtisch geprägt ist. Große Siedlungskörper entwickeln ein stärkeres eigenes Mikroklima, das aufgrund der dichten Bebauung, des Energieverbrauchs und der Abgase in der Regel deutlich über dem des Umlands liegt. Maßnahmen der Klimaanpassung können einzelne Gebäude, Viertel oder Städte in den Blick nehmen. Während auf Ebene des einzelnen

Gebäudes vor allem Isolation, Verschattung und Klimatisierung eine Rolle spielen, geht es auf größeren Maßstabsebenen um Frischluftschneisen, Versickerung und Grünflächen. Mit der Idee der „Schwammstadt“ wird verbunden, die Wasserspeicherfähigkeit in der Stadt zu erhöhen. Gelingen kann dies u.a. mit unversiegelten Flächen, Grünanlagen, begründeten Dächern und Fassaden. Vorteil ist zum einen, dass bei Niederschlag nicht alles Wasser in die Kanalisation geleitet wird und deren Kapazität somit entlastet wird. Zum anderen sorgt die Verdunstung bei hohen Temperaturen für ein angenehmeres Mikroklima.

Entwicklungsplanung auf regionaler und Landesebene

Regionales Entwicklungskonzept Südhessen (REK)

Das REK Südhessen wurde in der Vorbereitung der 4. Fortschreibung des Landesentwicklungsplans erstellt und 2019 der Öffentlichkeit präsentiert. Es hat aber selbst keine verbindliche Rechtsnatur. Dabei war das Unternehmen AS+P federführend. Unter anderem wurden hierzu auch Gespräche mit allen Kommunen Südhessens geführt und allerlei Erkenntnisse zur Entwicklung der Region zusammengeführt. Für die vergangenen 10 Jahre wurde den Kommunen des Odenwaldkreises im Landesentwicklungsplan mehr Wachstum zugestanden, als sie bis 2017 realisiert hatten (Stichtag des REK Südhessen). Die Kommunen standen in dieser Zeit vor dem Problem negativer Bevölkerungsprognosen.

Daher, und auf Grundlage der Wohnungsbedarfsprognose des Instituts Wohnen und Umwelt (IWU) schrieb das REK dem Kreis auch bis 2030 einen recht geringen Bedarf an neuem Wohnraum zu. Ursache und Wirkung verstärken sich in Teilen aber auch gegenseitig: Wenn kein passender Wohnraum verfügbar ist, können Wegzüge von jungen Erwachsenen nicht durch Zuzug von Familien und älteren Erwachsenen kompensiert werden. Verlässt man sich auf diese Analysen und akzeptiert einen perspektivischen Bevölkerungsverlust, gerät man in eine Abwärtsspirale.

Im REK Südhessen wurden auch „Impulszentren im peripheren Raum“ definiert. Deren Zweck soll sein:

> *„zur Stabilisierung und Stärkung des peripheren Raums bei[zu]tragen. Auch hier wurde ein nachhaltiger ÖV-orientierter [also mit Fokus auf Öffentlicher Personennahverkehr] Ansatz gewählt. […] Die Impulszentren zeichnen sich auch durch eine große Dynamik z.B. in Form von hoher Bautätigkeit und Beschäftigtenzuwächsen aus und verfügen über Flächenpotentiale an den ÖV-Achsen. Folglich werden in den betroffenen Kommunen mehr Flächen und höhere Dichten als im Umland vorgeschlagen*“ (RP Darmstadt 2019: S. 54; siehe auch Abbildung 85).

Dem Impulszentrum im Odenwaldkreis wurden Erbach, Michelstadt, Bad König, Höchst und Breuberg zugerechnet. Den Festlegungen des REK zufolge ergeben sich für die Kommunen des Kreises *maximale* Neubedarfe an Wohnungen wie in Tabelle 11 aufgeführt.

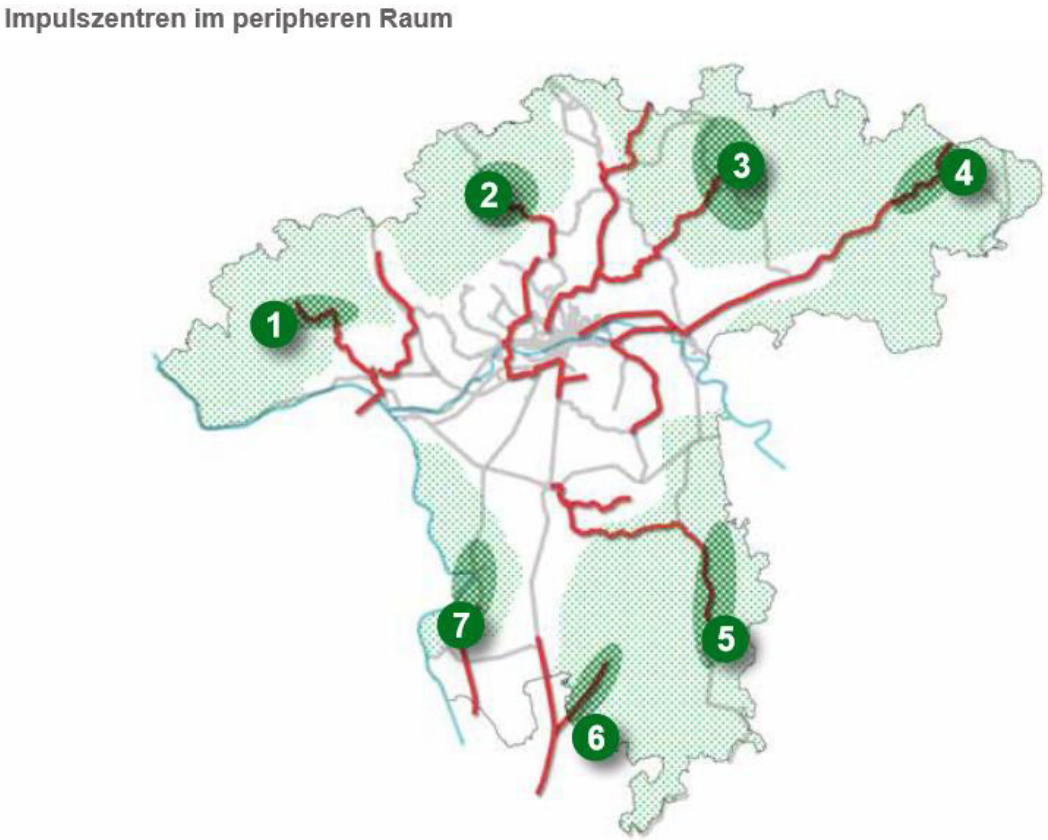


Abbildung 85: Impulszentren im peripheren Raum; Quelle: RP Darmstadt 2019 (REK Südhessen)

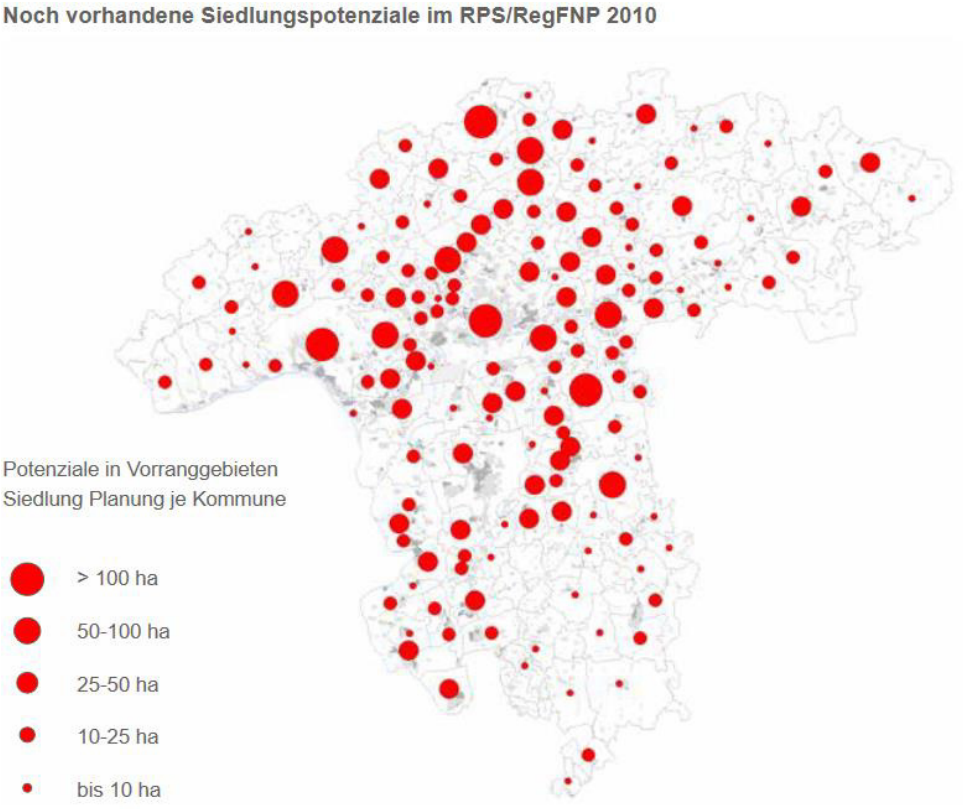


Abbildung 86: 2019 noch vorhandene Siedlungspotenziale aus dem Flächennutzungsplan 2010. Quelle: RP Darmstadt 2019 (REK Südhessen)

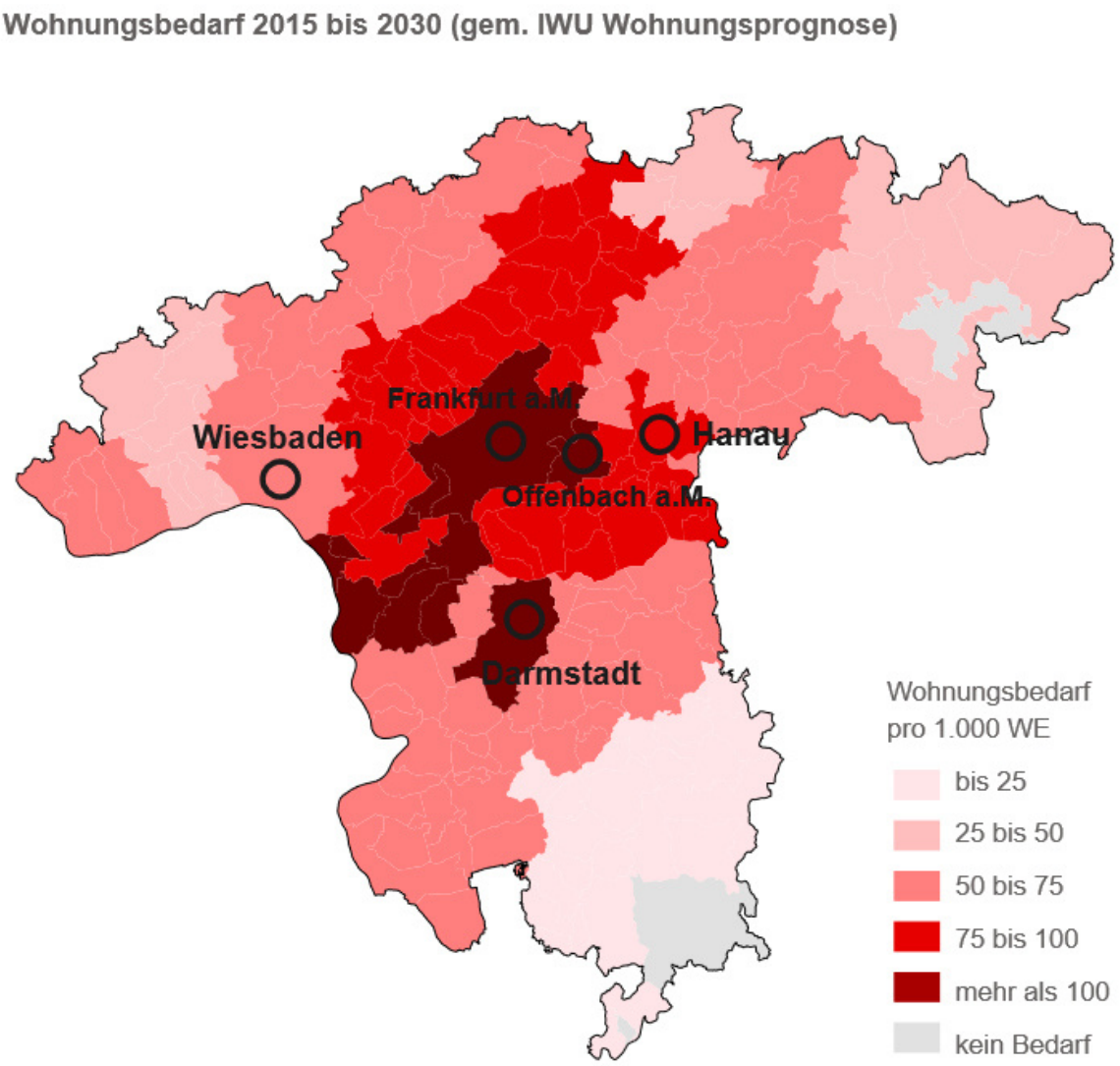


Abbildung 87: Wohnungsbedarf 2015 bis 2030 gemäß IWU Wohnungsprognose. Quelle: RP Darmstadt 2019 (REK Südhessen)

Tabelle 11: Maximale Werte der IWU Wohnungsprognose (Quelle: RP Darmstadt 2019 (REK Südhessen), Hessisches Statistisches Landesamt, 2017)

	vorhandene Wohneinheiten	Wohnungsbedarf pro 1.000 WE	Wohnungsbedarf Absolut
Bad König, St.	4 673	25	117
Brensbach	2 500	25	63
Breuberg, St.	3 401	25	85
Brombachtal	1 776	25	44
Erbach, Krst.	6 413	25	160
Fränkisch-Crumbach	1 568	25	39
Höchst i. Odw.	4 629	25	116
Lützelbach	3 174	25	79
Michelstadt, St.	7 734	25	193
Mossautal	1 205	25	30
Reichelsheim	4 197	25	105
Oberzent	5 108	—	—

Landesentwicklungsplan

Der Landesentwicklungsplan (LEP) in seiner gültigen Fassung der 4. Fortschreibung von 2020 ist das verbindliche Raumplanungsinstrument des Landes Hessen. Er ist, dem Subsidiaritätsprinzip folgend, übergeordneter Plan für die Regionalen Entwicklungspläne und die kommunale Bauleitplanung.

Der Landesentwicklungsplan 2020 weist Erbach und Michelstadt jeweils als „Mittelzentrum PLUS“ aus. Damit wird die Bedeutung dieser urbanen Zentren für den Kreis gewürdigt. Grundsätzlich beschreibt der LEP deren Funktion folgendermaßen:

> „*Mittelzentren PLUS im Ländlichen Raum (L I) sind charakterisiert durch die räumliche Lage, eine starke zentral-örtliche Ausprägung, eine relativ große Entfernung zum nächsten MZ und einem tendenziell hohen Mitversorgungsgrad. Der daraus abgeleitete landesplanerische Unterstützungsbedarf liegt in der Bestandssicherung der zentralörtlichen Infrastruktur und der Einrichtungen der Daseinsvorsorge. Öffentliche Fördermittel und (Behörden-) Standortentscheidungen sind hier möglichst zu konzentrieren.*“ (HMWEVW; 2020a: S: 40)

Neben den hier genannten Funktionen spielt die Zentren-Klassifizierung auch eine Rolle beim interkommunalen Finanzausgleich – also den festen jährlichen Zuweisungen, die jede Kommune über eine landesweite Umverteilung erhält.

Gerade auch zur Stärkung ländlicher Räume mit sinkenden Bevölkerungszahlen sollen Mittelzentren die Grundversorgung und zentrale Einrichtungen in zumutbarer Entfernung sichern. Die Idee der Impulszentren im peripheren Raum aus dem REK sah eine verstärkte Entwicklung entlang der wichtigsten ÖPNV-Achsen vor – so auch entlang der Odenwaldbahn. Der damit verbundene Handlungsvorschlag der Autor*innen des REK mündete in erhöhten Mindestdichtewerten im Entwurf der LEP-Fortschreibung: Der LEP 2020 hob die bis dahin gültigen Mindestdichtewerte in Wohneinheiten je Hektar für südhessische ländliche Kommunen von 20 auf 25. Dieser Wert gibt grundsätzlich vor, wie dicht die Planung von Neubaugebieten sein muss – wie viele Wohnungen auf einer gegebenen Grundfläche geplant werden müssen. Eine Anpassung dieses Werts nach oben bedeutet, dass z.B. weniger Gartenflächen eingeplant werden können. Eine Erreichung eines höheren Zielwerts kann auch durch das Einplanen von Geschosswohnungsbau oder Doppelhäusern gelingen. Die Städte Erbach und Michelstadt wehrten sich im Beteiligungsverfahren zur Fortschreibung gegen die erhöhten Mindestdichten und verwiesen darauf, dass derart dichte Bebauungsformen (30 Wohneinheiten pro Hektar für südhessische Mittelzentren) nicht für alle Ortsteile geeignet seien. Von Seiten des Landes wurde daraufhin versichert, dass den Kommunen „hinreichender Planungsspielraum verbleiben wird, da die regionalplanerischen Mindestdichtewerte von den Städten und Gemeinden nicht 1:1 in die kommunale Bauleitplanung zu übernehmen [sind]“ (HMWEVW 2020b: S. 5).

Regionalplan Südhessen

In Hessen wird die räumliche Entwicklungsplanung auf Ebene der Regierungsbezirke weiter konkretisiert. In den Regionalplänen werden Vorgaben für die Flächennutzung getroffen – Ziele und Grundsätze der Raumordnungen sind hier bestimmt. Bauleitplanungen der Kommunen unterliegen einer Anpassungspflicht. Der aktuell gültige Regionalplan für den Odenwaldkreis ist der Regionalplan Südhessen von 2010, der mit Beschluss durch das Regierungspräsidium Darmstadt und der Bekanntmachung im Oktober 2011 seine Gültigkeit erlangte. Ausgeklammert wurde hierbei zunächst das Thema, welche konkreten Flächen für die Nutzung durch Windkraftanlagen vorgesehen werden sollen. Dieses umfassende, konfliktträchtige Thema wurde separat im Teilplan Erneuerbare Energien geregelt, der erst 2020 in Kraft trat.

Auch dem Regionalplan Südhessen (RP Darmstadt 2011, S. 30) zufolge kann eine Unterschreitung der Mindestdichtewerte ausnahmsweise begründet werden: „durch die direkte Nachbarschaft zu ländlich geprägten Gebieten, durch die Eigenart eines Ortsteiles [oder] durch das Vorliegen topografischer, ökologischer und klimatologischer Besonderheiten“

Grundsätzlich besteht im Odenwaldkreis Bedarf nach zusätzlichem Wohnraum, wie oben und im Bereich *Gesamtanalyse und Megatrends* dargestellt wurde. Dessen Schaffung wäre ein wichtiger Beitrag dazu, die Bevölkerungszahlen der Region zu stabilisieren. Auch aufgrund der damals schlechten Bevölkerungsprognosen war man in der Zeit seit dem Beschluss des Regionalplans Südhessen 2010 zögerlich mit den darin ausgewiesenen Siedlungsflächenbedarfen umgegangen. Im

Sinne des Subsidiaritätsprinzips gilt es für die Kommunen und den Kreis in Sachen Regional- und Landesplanung dafür einzutreten, dass die Möglichkeit zur eigenständigen Entscheidung bezüglich der Schaffung von neuen Wohn- und Gewerbeflächen erhalten bleibt.

Soziokulturelle Durchmischung, Integration und Treffpunkte

Die Gesellschaft des Odenwaldkreises besteht aus einem gesunden Mix aus Jung, Alt, hier Aufgewachsenen und Zugezogenen, aus original Odenwälder Kultur, mit Offenheit für national und international hinzukommende kultureller Einflüsse. Für weniger Wirtschaftsstarke aber auch für (Steuer-)Zahlungskräftige sollen Angebote gemacht werden und ein gelungenes Zusammenleben aller soll ermöglicht werden (vgl. Vision von 2013 und Vision 2030). Historisch zeigt sich der Einfluss des Städtebaus auf die gesellschaftliche Entwicklung und das Zusammenleben der Menschen. Ob bewusst geplant oder eher gewachsen und verwaltet: An welcher Stelle welcher Wohnungstyp in welcher Qualität verfügbar ist, welche Straßen, Geschäfte und Arbeitsplätze usw. in der Nähe sind, bestimmt letztlich (neben regionalen und überregionalen Faktoren) entscheidend darüber, wer sich dort ansiedeln wird. Insbesondere begünstigt die städtebauliche Planung langfristig, ob und wie unterschiedliche Gruppen aufeinandertreffen, sich austauschen und zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen können. Negativbeispiele zeigen, dass sich abgekapselte Bereiche, wie z.B. sichtbar vernachlässigte Ortsteile sozial Schwächerer, reine Vororte der Mittelschicht, „Gated Communities“ der Oberschicht usw. bilden können.

Dabei sind unterschiedliche Ortsteile mit unterschiedlichen Funktionen durchaus wünschenswert. Dem Wunsch vieler Menschen nach einer ruhigen, verkehrsberuhigten, familiengeprägten Einfamilienhaussiedlung darf und soll durchaus entsprochen werden. Wichtig ist, dass kein Ortsteil abgehängt wird und dass es Begegnungsräume gibt – Treffpunkte, die für alle attraktiv sind und genutzt werden können, also auch ohne Zwang, etwas kaufen oder konsumieren zu müssen. Typischerweise finden sich solche Treffpunkte im Ortskern. Hier werden viele Funktionen auf relativ engem Raum konzentriert: verschiedene Wohnformen, Einkaufen, Dienstleistungen von der ärztlichen Versorgung, über den Friseur bis hin zum Versicherungsmakler, Gastronomie, Jugendzentrum, Bildungseinrichtungen, Kulturstätten, Rathaus und Bürgerschaftshäuser, usw.

Entscheidend für die Lage ist nicht die geometrische Mitte einer Siedlung, sondern die Attraktivität des Viertels. Ein Zentrum zeichnet sich durch hohe Wohlfühlqualität aus. Menschen möchten dorthin kommen („Frequenz“) und sich dort aufhalten.

Die soziokulturelle Durchmischung wird insbesondere durch bauliche Vielfalt gefördert. Mehrgenerationen-Projekte, Apartment-Gebäude mit unterschiedlich großen und unterschiedlich ausgestatteten Wohnungen, aber auch die klassische Einleger-Wohnung können dies (in unterschiedlichem Maß) fördern. Hierbei wäre zu beachten, dass es auch Orte der Begegnung gibt, an denen man sich auch gern aufhält. Andernfalls kann man mit einem Blick auf Hochhaus-Siedlungen beobachten, dass Nachbarschaft noch keinen sozialen Zusammenhalt gewährleistet.

Auch im Rahmen der Dorfentwicklung können solche Treffpunkte gefördert werden, wie zuletzt in Mümling-Grumbach (Höchst i. Odw.; siehe www.dorfentwicklung.muemling-grumbach.de). Dort wurde eine Dorfmitte nach dem Willen der Bürgerschaft geschaffen, wobei Funktionen aus Spielplatz, überdachter Aufenthaltsmöglichkeit (auch für Feste), Marktplatz kombiniert werden konnten. Die Einbindung eines Zugangs zur Mümling in das Konzept trägt zur hohen Aufenthaltsqualität bei. Auch kleinere Projekte wie die Wiedererrichtung von traditionellen Backhäuschen können lokale Kultur wiederaufleben lassen und gleichzeitig Treffpunkte für die lokale Bevölkerung schaffen. Zahlreiche weitere Beispiele könnten genannt werden, die zum Teil hauptamtlich (z.B. Bibliotheken, Gastronomie), zum Teil ehrenamtlich (z.B. Schutzhütten) betrieben und unterhalten werden.

Besondere Bedeutung sollte dem Bedürfnis der jüngeren Odenwälder*innen für mehr und bessere Treffpunkte und Ausgehmöglichkeiten beigemessen werden. Dieses Bedürfnis wurde im Rahmen der Jugendbeteiligung 2020 als zentraler verbesserungswürdiger Punkt im Kreis bewertet. Gemeinsame Treffpunkte und Freizeitaktivitäten für Jugendliche unterschiedlicher Kulturen können langfristig zu einer gelungenen Integration beitragen (vgl. auch Abbildung 89)

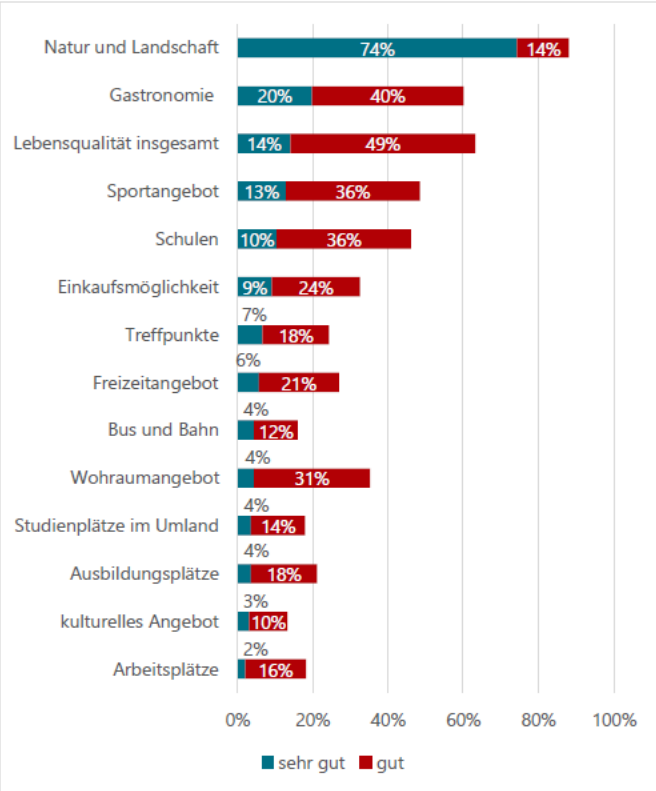


Abbildung 88: Bewertung von Bereichen der Lebens qualität mit Schulnoten. Quelle: Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020

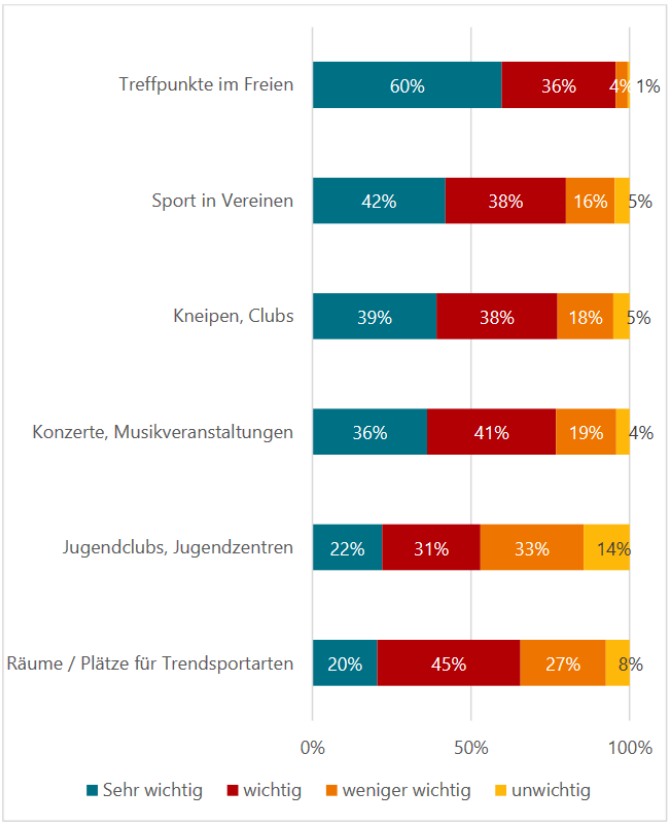


Abbildung 89: Antworten auf die Frage "folgende Treffpunkte sind wichtig für mich..." bei der Jugendbefragung 2020. Quelle: CIMA 2020

Aktive und attraktive Ortszentren

Einzelhandel, Gastronomie und Dienstleistungen sind entscheidend für die Frequentierung von Ortsmitten. Sie sind zentrale Elemente einer funktionierenden Nahversorgung und tragen zur Attraktivität des Zentrums bei. Auch mit Blick auf die Konkurrenz des Online-Handels und die wirtschaftlichen Schäden der Corona-Lockdowns gilt es also, die Funktion dieser Einrichtungen für die Ortschaften und die Region anzuerkennen und deren Erhaltung zu fördern.

Unternehmen, öffentliche Hand und Immobilieneigentümer*innen sind hierbei gleichermaßen gefragt. Einzelhandel muss mehr sein als ein Ort der Transaktion und der Versorgung. Unter dem Stichwort „Erlebniseinkauf“ wird seit einiger Zeit der Vorteil des stationären Handels diskutiert. Zusammenfassen lassen sich hierunter die persönliche Beratung, die angenehme Atmosphäre und die Möglichkeit, das Angebot zu entdecken und zu erleben. Insbesondere bietet sich auch der Mehrwert, einen angenehmen und kurzweiligen Stadtbummel mit einem Besuch mehrerer Geschäfte und einem gastronomischen Angebot verbinden zu können – am besten in einer modern sanierten, historischen Innenstadt mit Flair. Für die Gestaltung des Stadtbilds gilt es, historischen Charme mit hochwertiger Straßenraumgestaltung zu verbinden. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Frage nach Parkplätzen „vor der Haustür“ zu sehen (*siehe auch Teilstrategie Mobilität, Ziel 17.1: Lärmschutz, Anwohnerschutz, Nahmobilität und Antriebswende im Straßenverkehr*). So ist die Pkw-Erreichbarkeit zwar sicher gerade im ländlichen Raum ein wichtiger Standortfaktor mit Blick auf einen zeiteffizienten und bequemen Einkauf. In Sachen Zeit und Komfort kann der stationäre Handel aber nicht mit dem Online-Handel mithalten. Ein Fokus auf Entschleunigung, Zufußgehen und Aufenthaltsqualität (u.a. durch weniger Dominanz der Pkws im öffentlichen Raum) sind erfolgsversprechend.

Zur gemeinschaftlichen Attraktivitätssteigerung haben sich bereits in vielen Kommunen des Odenwaldkreises Gewerbevereine gegründet, die aber aktuell unterschiedlich aktiv sind. Ein größerer Rahmen für den dargestellten, umfassenden Ansatz bietet der Begriff des **Citymanagements**.

„Citymanagement ist […] ein stark auf Kooperation ausgerichtetes Instrument zur Belebung einer Innenstadt. Die hohe urbane Verdichtung vielfältiger Funktionen als Wirtschaftsraum für Handel, Gastgewerbe, Dienstleistungen und Freizeiteinrichtungen, Wohnort sowie Ort für Freizeit, Kultur und Unterhaltung bedingt, dass das Citymanagement eine stark ökonomisch orientierte Handlungsperspektive einnimmt.
Citymanagement lehnt sich zwar begrifflich und konzeptionell an das Centermanagement eines Einkaufszentrums an, hat aber im Gegensatz dazu deutlich geringere Durchgriffs- und Gestaltungsrechte. So kann ein Citymanagement angesichts fehlender Vertragsbeziehungen beispielsweise mit den Ladenbetreibern einer Innenstadt die Einheitlichkeit von Öffnungszeiten nicht unmittelbar beeinflussen. Diese fehlenden formalen Kompetenzen gilt es mit überzeugenden Citymarketingkonzepten, die klare Ziele, kluge Strategien sowie gute und operativ nachhaltige Projekte und Maßnahmen zur Belebung einer Innenstadt beinhalten, auszugleichen“ (GERBER 2018: S. 191).

Themen des Citymanagements in der Umsetzung können bspw. sein: Außenbestuhlung, verkaufsoffene Sonntage, lange Einkaufsnächte, Motto-Tage und Feste. Auch eine Zusammenarbeit mit Kunst und Kultur kann in mehrfacher Hinsicht gewinnbringend sein. Außenbereiche können in Absprache mit der Verwaltung, der Anwohnerschaft und den Unternehmen, bspw. hinsichtlich der Begrünung verbessert werden. Weitere Maßnahmen können die Belebung von Leerständen in den Blick nehmen und bspw. mit Zwischennutzungen, Ausstellungen, Pop-Up-Stores, Start-Ups, Mitmachräume, FabLabs, Repair-Cafés oder Co-Working-Spaces Bewegung in die Ortskerne bringen. Ein Citymanagement mit Geschäftsstelle kann auch unterstützen bei der Suche nach qualitativen Nachmietern für Eigentümer und im Interesse eines ausgewogenen Angebots im Quartier (ähnlich eines Center-Managements in einem Einkaufszentrum). Auch der Aufbau von digitalen „Online-Cities“ kann eine sinnvolle Maßnahme sein, die für eine gemeinschaftliche, attraktive Webpräsenz sorgen könnte und u.U. auch mit regionalen Lieferservices verknüpft werden könnte. Zu beachten sind hierbei auch Fördermöglichkeiten aus der Regionalentwicklung und den europäischen Programmen (ELER, bzw. LEADER).

Entsprechende Strukturen bestehen im Odenwaldkreis bereits mit der Stabstelle für Gewerbe- und Citymanagement in Michelstadt und der OREG-Wirtschaftsförderung in Oberzent. Um Vergleichbares auf kosteneffiziente Weise auch in anderen Kommunen zu etablieren, könnten sich auch für diesen Bereich interkommunale Kooperationen anbieten. Ein durchdachtes Citymarketingkonzept steht beim Aufbau eines Citymanagements klassischerweise am Anfang. Ein solches wäre auch unter Einbindung der Bürgerschaft und in Abstimmung mit einem künftigen Regionalmarketing des Kreises abzustimmen (vgl. *Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*).

Fördermöglichkeiten

Dorfentwicklung

Ziel des hessischen Dorferneuerungsprogrammes ist es u.a. die unterschiedlichen Strukturen und Formen des dörflichen Zusammenlebens weiterzuentwickeln. Die wirtschaftliche Grundlage und Lebensqualität soll dauerhaft gesichert werden. Durch die Förderung zahlreicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen sollen diese Wohnstandorte attraktiver werden und Arbeitsplätze vor Ort erhalten bleiben. Von besonderer Bedeutung ist hierbei auch das bau- und kulturhistorische Erbe der Ortskerne – die Innentwicklung soll daher gestärkt werden, wobei auch der Flächenverbrauch verringert und die Energieeffizienz gesteigert werden soll.

Im öffentlichen Sektor können gefördert werden (mit Förderquoten zwischen 65% und 90%):

- Sanierung bzw. Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen
- Gestaltung von Freiflächen
- Aufbau sozialer Selbsthilfeorganisationen
- Erhaltung kultureller und historischer Besonderheiten

Im privaten Bereich (mit Förderquoten zwischen 35% und 50%):

- Sanierung der Bausubstanz
- Verbesserung der Wohnqualität
- Wohnraum- und Arbeitsplatzschaffung in freien Gebäuden

Mit Blick auf die oben beschriebenen Entwicklungen und die Leitlinie der nachhaltigen Siedlungsentwicklung mit minimalem Flächenverbrauch werden insbesondere die Themen Rückbau, energetische

Sanierung und nachhaltiges Bauen (Klimaneutralität) künftig auch in der Förderung eine größere Rolle spielen.

Als anerkannte Förderschwerpunkte (FSP) des Dorferneuerungsprogramms werden von der Abteilung für Dorf- und Regionalentwicklung zurzeit die Ortschaften Höchst i. Odw. mit allen Ortsteilen, Lützelbach (Rimhorn, Breitenbrunn, Haingrund), Michelstadt – Steinbach, Bad König mit seinen Stadtteilen und die Stadt Oberzent mit ihren Stadtteilen mit Ausnahme von Rothenberg, Finkenbach und Raubach betreut.

Voraussetzung für eine solche Förderung ist zunächst das Erstellen eines integrierten kommunalen Entwicklungskonzeptes (IKEK). Ein solches wird unter externer fachlicher Begleitung und aktiver Einbindung der Bürgerschaft in einem 18-monatigen Prozess erstellt. In diesem IKEK legen Kommune und Bürgerschaft fest, auf welche besonders bedeutsamen Handlungsfelder man sich konzentrieren möchte. Dabei müssen die einzelnen Ortsteile und deren individuellen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Darauf aufbauend sollen dann v.a. „gesamtkommunal bedeutsame Vorhaben“ (HMUKLV 2019: S. 16) entwickelt werden. Zusätzlich kann es Vorhaben auf Ortsteilebene geben. Ersten Ankündigungen zufolge soll es ab 2022 zusätzlich ein einfacheres, schlankeres und flexibleres Verfahren geben, das kein IKEK erfordert.

Um das bürgerschaftliche Engagement zu verstetigen, werden in der Regel sogenannte IKEK-Gruppen gebildet. Sie arbeiten zunächst konzeptionell und steuernd, später jedoch auch bei der Umsetzung von konkreten Baumaßnahmen mit. In der Steuerungsgruppe sind die Ortsteile jeweils vertreten. Abbildung 90 stellt die Themen und den Prozess zum IKEK und damit zu den Fördermöglichkeiten dar. Nach einer erfolgreichen IKEK-Erstellung mit den nötigen Beschlüssen und Genehmigungen der Landesbehörden schließt sich eine Förderphase von 6 Jahren an.

Aufgrund der Neuausrichtung des Programms dahingehend, dass nun auch gesamte Gemeinden zum Fördergebiet erklärt werden können, haben aktuell einige Kommunen erneut die Möglichkeit, eine Förderung zu erlangen. Thematisch finden sich die Herausforderungen der Siedlungsentwicklung im Odenwaldkreis zum Großteil in den Themen und Fördermöglichkeiten der Dorfentwicklung wieder. Der Förderung kann also eine zentrale Rolle für eine positive Entwicklung zukommen, auch wenn dies nicht der einzige Baustein ist und mit dem Beginn der Förderphase die eigentliche Arbeit erst losgeht. Gerade im Hinblick auf die verschiedenen, auch sozialen Herausforderungen im Kreis gilt es künftig bei der Bürgerschaftsbeteiligung und der Umsetzung eine integrative, noch breitere gesellschaftliche Beteiligung zu erzielen.

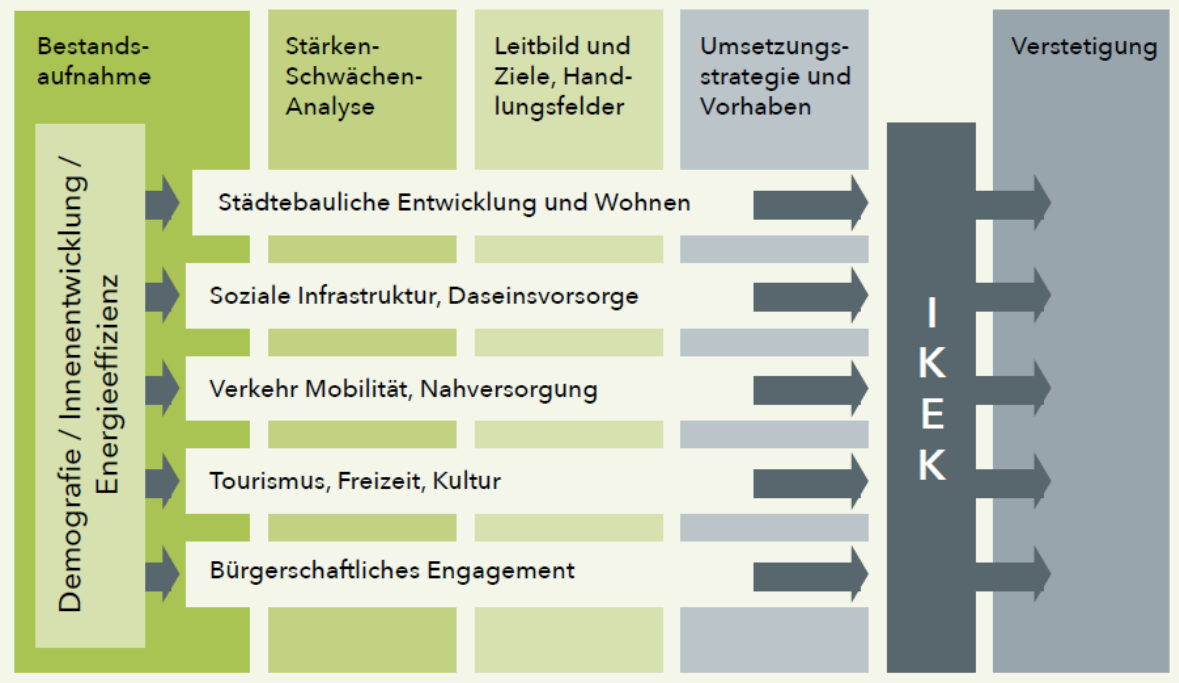


Abbildung 90: Ablauf und Inhalt eines IKEK, Themen und Prozess. Quelle: HMUKLV 2019: S. 17

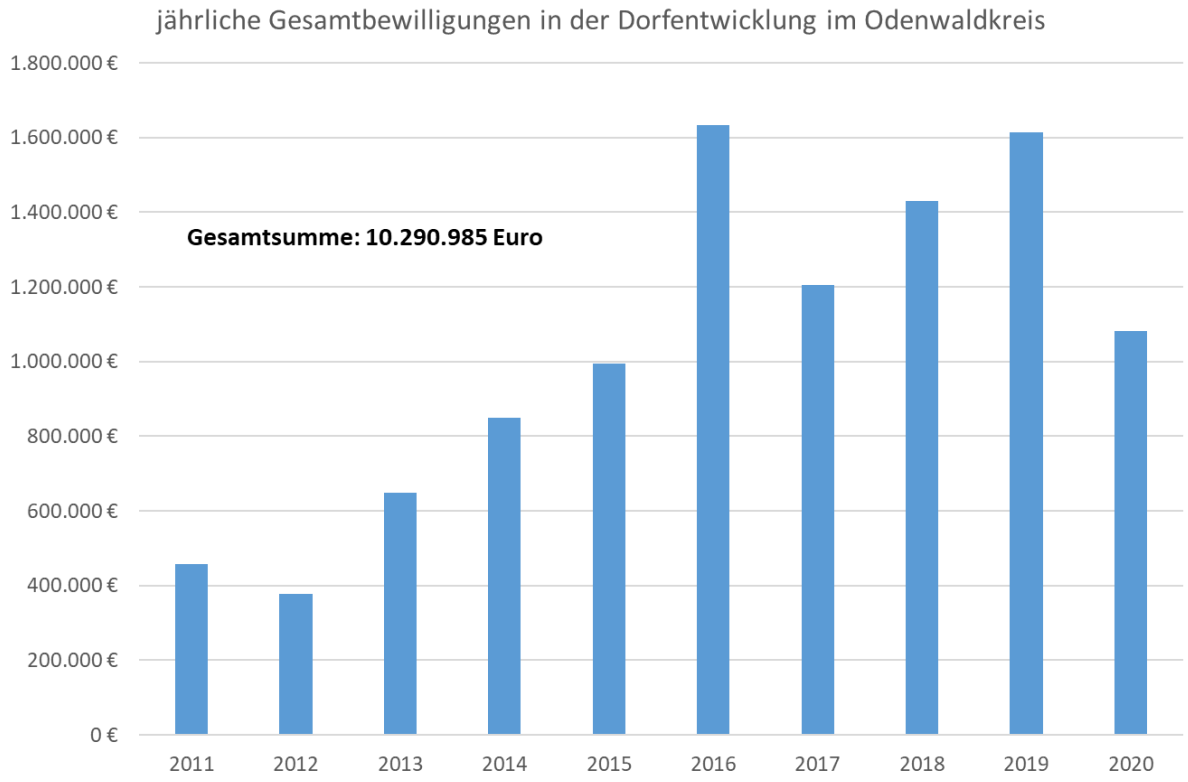


Abbildung 91: Jährliche Gesamtbewilligungen in der Dorfentwicklung im Odenwaldkreis.



Abbildung 92: Dorfentwicklung im Odenwaldkreis, Stand 12.2020

Städtebauförderung

Die Mittelabrufung bei der Städtebauförderung ist im Odenwaldkreis in den Jahren seit 2008 im Vergleich zu anderen ländlichen Landkreisen unterdurchschnittlich gelaufen (vgl. Tabelle 12) und erreichte einen Wert von 1,5 Euro pro Einwohner*in. Einerseits ist zu erwarten, dass für eine ländliche Region wie den Odenwaldkreis eher die Förderung der Dorfentwicklung relevant ist: im Kontrast zur Städtebauförderung stellt sich der Mittelabruf in Euro pro Kopf hier deutlich besser dar, mit einem Wert von 107 für den Zeitraum zwischen 2011 und 2020. Anderseits zeigt Tabelle 12 auch, dass die anderen ländlichen Landkreise in Hessen bei der Mitteleinwerbung deutlich mehr Erfolg hatten. Zu beachten ist jedoch, dass Kommunen, die in der Dorfentwicklung gefördert werden, nicht parallel aus der Städtebauförderung gefördert werden können. Daten zur Ausschüttung von Fördergeldern der Dorfentwicklung sind leider nur sehr beschränkt zugänglich, weshalb die Prüfung dieses Zusammenhangs noch aussteht.

Tabelle 12: Städtebauförderung in Hessen 2008 bis 2017. Gelb markiert: Lkr., die nach Typologie des Thünen-Instituts wie der Odenwaldkreis in die Kategorie 1 ländlicher Räume fallen. Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR; www.inkar.de).

Raumeinheit	Städtebauförderung (in Euro je Einwohner*in) 2008 bis 2017	Raumeinheit	Städtebauförderung (in Euro je Einwohner*in) 2008 bis 2017
Darmstadt, Stadt	35,3	Wetteraukreis	26,1
Frankfurt am Main, Stadt	7,3	Gießen	37,4
Offenbach am Main, Stadt	73,8	Lahn-Dill-Kreis	29,7
Wiesbaden, Stadt	28,2	Limburg-Weilburg	22,5
Bergstraße	59,9	Marburg-Biedenkopf	43,7
Darmstadt-Dieburg	17,9	Vogelsbergkreis	37,8
Groß-Gerau	55,5	Kassel, Stadt	68,8
Hochtaunuskreis	7,1	Fulda	42,5
Main-Kinzig-Kreis	31,9	Hersfeld-Rotenburg	58,9
Main-Taunus-Kreis	18,9	Kassel	53,0
Odenwaldkreis	1,5	Schwalm-Eder-Kreis	54,5
Offenbach	16,6	Waldeck-Frankenberg	108,5
Rheingau-Taunus-Kreis	30,5	Werra-Meißner-Kreis	73,2



Abbildung 93:Übersicht der aktiven und abgeschlossenen Städtebauförderungen im Odenwaldkreis und Umgebung. Quelle: HMWEVW / nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de

Parallel zur Dorfentwicklung ist für die Förderung aus Mitteln der Städtebauförderung die Aufstellung von integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten (ISEK) Voraussetzung. Auch diese werden unter externer fachlicher Unterstützung und Beteiligung der Bürgerschaft erarbeitet. Während die Dorfentwicklung beim Hessischen Umweltministerium (HMUKLV) angesiedelt ist, wird die Städtebauförderung über das hessische Wirtschaftsministerium abgewickelt (HMWEVW). Unter https://nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de/ bietet sich ein Überblick für die verschiedenen Teil-Programme, die in Hessen aktuell gelten. Die Dorfentwicklung richtet sich vor allem an Gemeinden mit einer Einwohnerzahl bis 2.000, die Stadtentwicklung auf Kernortschaften ab 6.000 Personen. Der Zwischenbereich kann durch beide Programme abgedeckt werden. Laut Aktionsplan Ländlicher Raum des hessischen Umweltministeriums von 2021 sollen zukünftig auch kleinere Städte und Gemeinden stärker mit Mitteln der Städtebauförderung unterstützt werden. Auf diese Weise wird sich eine größere Überlappung für mittelgroße Kommunen ergeben, die dann passend auswählen können, ob die Städtebauförderung oder die Regionalentwicklung attraktivere Förderkonditionen bietet.

Wie man Abbildung 93 entnehmen kann, sind derzeit Breuberg mit dem Stadtteil Neustadt (seit 2019, Teilprogramm „Investitionspakt Soziale Integration im Quartier“) und der Kernort Reichelsheim (seit 2019, Teilprogramm „Lebendige Zentren“) in der aktiven Förderung. Im Falle Neustadts konzentriert man sich zunächst auf das Projekt Rodensteiner. Hierfür werden Zuschüsse von 1.750.200 Euro erwartet. In Reichelsheim wird zunächst ein integriertes städtisches Entwicklungskonzept aufgestellt, wobei es bereits erste Bürgerbeteiligungs-Formate gab (darunter ein Auftakt-Workshop und ein Ortsrundgang). Im Dezember 2020 beschloss außerdem die Stadt Erbach, ein ISEK aufzustellen, um damit den Mittelabruf von rund 1,2 Mio. Euro für städtebauliche Maßnahmen (Umbau und Neugestaltung des Marktplatzes / Erneuerung der Rathausbrücke / denkmalgerechte Außensanierung des alten Rathauses) vorzubereiten. Hierbei war man in der günstigen Position, dass bereits auf die Ergebnisse des Prozesses „Lebendiges Erbach“ (seit 2019) zurückgegriffen werden konnte. Während es für die

Dorfentwicklung Unterstützung von Seiten der Landkreise gibt, werden die Städte und Gemeinden bei der Thematik Städtebauförderung regional nicht unterstützt. Womöglich ist in diesem Bereich künftig über die Fördermittelberatungsstelle eine gewisse Möglichkeit zur Verbesserung vorhanden.

Handlungsfähige Kommunen und Förderpolitik

> *„Wenn Wohnungen und Siedlungsflächen im Sinne einer Flächenkreislaufwirtschaft wieder nutzbar gemacht werden können, besteht auch kein genereller Zielkonflikt zwischen dem Flächensparen und der erforderlichen Ausweitung des Wohnungsbaus. Denn bei einer Flächenkreislauf-Wirtschaft fallen Flächen nicht brach, sondern werden einer Nachnutzung zugeführt*"
> (HENGER & VOIGTLÄNDER 2019: S. 8)

Diese Kreislaufwirtschaft setzt jedoch eine Dynamik voraus, deren Voraussetzung kommunale Planungs- und Bautätigkeit ist. Während hessische Großstädte eine wachsende Überlastung der Infrastruktur und des Wohnungsmarktes erfahren, sehen sich kleine, ländliche Gemeinden mit sinkenden Einwohner*innenzahlen konfrontiert. Wie bereits beschrieben, ist dies vor allem auf zu viel ungenutzten und unter-genutzten Wohnraum und Baugrund zurückzuführen. Anders als die Großstädte wird der Odenwaldkreis bislang aber kaum als Teil der Lösung wahrgenommen – sondern eher als dessen Ursache, weil die Landflucht als unverrückbarer Fakt, statt Symptom eines zu behebenden Problems verstanden wird. Wie bereits beschrieben, ist der Grund für die negative Bevölkerungsentwicklung aber nicht, dass niemand herziehen möchte, sondern dass es schlicht an freiem, passendem Wohnraum fehlt, um den demographischen Wandel und die Abwanderung junger Erwachsener auszugleichen (*siehe weiter oben unter „Wohnungen"*). Während die Bemühungen von Bund und Land sich hauptsächlich auf die Ballungsräume mit ihrer Wohnungsbaupolitik konzentrieren, passiert im ländlichen Raum bislang wenig.

Aufgrund finanzieller und personeller Engpässe sind die kleinen Kommunen im ländlichen Raum selbst nicht in dem Ausmaß fähig, zu handeln, wie es beispielsweise Darmstadt mit den Kapazitäten in Stadtverwaltung, Haushalt und Bauverein hat. Selbiges trifft auf die Belebung von Ortskernen und die Erhaltung der sozialen und kulturellen Infrastruktur insgesamt zu. Hier ergibt sich ein Zielbereich, der sich insgesamt auf eine verlässliche finanzielle Ausstattung der Kommunen und des Kreises richtet. Damit sind fast alle Bereiche der Kreisentwicklung betroffen, weil das hier grundlegende Thema die finanzielle Ausstattung der (kleineren) Kommunen in Hessen ist.

Gewerbesteuereinnahmen der zahlreichen Auspendelnden des Odenwaldkreises kommen den umliegenden Landkreisen und Großstädten zugute; Infrastruktur muss aber vor Ort finanziert werden. Bereits seit Jahrzehenten kritisiert der Bund Deutscher Steuerzahler (BdSt) diese Struktur. Zuletzt forderte der BdSt Hessen 2020 nach Bekanntwerden der massiven Einbrüche der Gewerbesteuereinnahmen eine Abschaffung der Steuer zugunsten einer stetigeren Form der Kommunalfinanzierung durch eine Beteiligung an der Umsatzsteuer. Kritisch wurde auch darauf hingewiesen, dass die letzten ernsthaften Anläufe zu einer Gemeindefinanz-Reform zehn Jahre zurückliegen (BdSt 2020).

Förderprogramme können punktuell helfen, punktuell kommunale Handlungsfähigkeit herzustellen. Sie können aber keine solide eigene Finanzkraft ersetzen. Förderprogramme gewähren dem Land, dem Bund und der EU Möglichkeiten der Einflussnahme auf kommunale Kompetenzen. Zwar gehen mit diesem Einfluss meist sinnvolle Zielsetzungen einher, die Kenntnis der Anforderungen vor Ort liegt aber dort zu manchen Problemen nur unvollständig vor. Die Finanzierung passgenauer Vorhaben steht häufig vor dem Problem des Zeitdrucks bestimmter Förderfristen. Insbesondere disruptiv innovative Projekte passen naturgemäß nur schwer in die konzeptionellen und bürokratischen Rahmenbedingungen der Förderlandschaft. Die eigenständige Handlungsfähigkeit der Kommunen, auch für explorative Vorhaben, ist also ein wichtiges Element für eine nachhaltige ländliche Entwicklung.

Neben diesen inhaltlichen Faktoren ist auch darauf hinzuweisen, dass eine stetige finanzielle, städtebauliche Handlungsfähigkeit der Kommunen im Sinne des **Subsidiaritätsprinzips** schlicht gegeben sein muss – die Leitlinien für deren Spielraum sind durch Bundes- und Landesrecht bereits gegeben. Fachliche Information und Hilfestellungen übergeordneter Stellen sind ohne Zweifel zu begrüßen. Deren Umsetzung sollte aber als eigenständige Entscheidung der Kommunen möglich sein.

Die bei Förderprogrammen angewendeten **Kriterien zur Auswahl** förderwürdiger Projekte enthalten implizite Annahmen darüber, wie die Herausforderungen der ländlichen Kommunen aussehen. Den

Zuschlag erreicht letztlich nicht die Idee, die vor Ort am sinnvollsten und am dringendsten gebraucht wird, sondern jene, die von den Antragsstellenden am besten in die Ausschreibung des Programms eingepasst werden konnte. Projektideen erst anhand von vorliegenden Förderprogrammen auszuarbeiten ist hingegen aufgrund der oft kurzen Frist zwischen Bekanntmachung und Antragsstellung in der Regel nicht möglich. Es gilt also, das konkrete **Vor-Ort-Wissen zu nutzen** und die Entscheidungskompetenz der Kommunen zu respektieren – wie dies bspw. im Bereich der Dorfentwicklung und der Förderung zur ländlichen Regionalentwicklung bereits praktiziert wird. Auch in diesen Bereichen kann es aber passieren, dass innovative Ideen nicht in die bestehenden Konzepte (IKEK, REK, ISEK) passen und dann womöglich nicht (schnell genug) gefördert werden können.

Ein weiteres Problem vor dem ländliche Kommunen stehen ist in der Folge auch eine zu geringe **Personalausstattung**, die in ausreichender Zahl und Qualifikation aber Voraussetzung ist, um Projekte zu entwickeln, Förderanträge zu stellen und umzusetzen. Allein die Recherche von Programmen nimmt einen Zeitumfang in Anspruch, der oft kaum zu stemmen ist. In Fällen, in denen die Förderung von Personalstellen möglich ist, steht man zuweilen vor dem Problem, kompetentes Personal für eine befristete Stelle im ländlichen Raum zu finden.

> „*Die Herstellung einer finanziellen Handlungsfähigkeit [muss zum strategischen Ansatz werden]. Angesichts eines zunehmend komplexen Verwaltungshandelns müssen für den Bedarf an Qualifizierung und Erhöhung der fachlichen Kompetenz bei den kleineren Kommunen unterstützende Angebote bereitgestellt werden. Ein Aufbau von fachlich qualifizierten Bauverwaltungen über Gemeinde[…]-Grenzen hinweg wird als unabdingbar angesehen*." (SRL 2014: S. 9).

Leere Kassen führen bei der Vielzahl von Handlungsbedarfen und Ideen selbst bei einer Selbstbeteiligung von lediglich 10% zum Problem der Finanzierung. Dann müssen die personellen oder finanziellen Kapazitäten auf eine Auswahl wichtigster Handlungsbedarfe konzentriert werden, während weitere Felder, die womöglich ebenfalls drängen, zunächst hintangestellt werden müssen. Bei oft unterm Jahr veröffentlichten Fördermöglichkeiten mit kurzer **Antragsfrist** stellt sich die Frage, ob die Eigenbeteiligung im Haushalt abbildbar ist. In vielen Fällen werden die konkreten Förderbedingungen spät bekannt gegeben und teils nachträglich geändert.

Förderprogramme zielen in vielen Fällen darauf ab, **innovative Projekte** zu fördern. Damit bemisst sich für die öffentliche Darstellung oft auch der Erfolg eines Förderprogramms. Die Folge ist, dass aus verschiedenen Förderprogrammen zahlreiche Pilotprojekte gefördert werden, die jedes für sich genommen den Anspruch hat, besonders innovativ zu sein. Dieser Anspruch hat zur Folge, dass man sich erkennbar von anderen Projekten abgrenzen muss. Dies steht der Verbreitung gut funktionierender Konzepte im Wege. Ziel des Konzepts „Pilotprojekt" ist in der Regel, dass Nachahmer inspiriert werden sollen und tragfähige Konzepte so verbreitet werden können. Die Übertragung in die Breite der ländlichen Regionen scheitert letztlich meisten daran, dass Erfolge der Pilotprojekte ganz ursächlich darin zurückzuführen sind, dass es Fördergelder gab, die die nötige Handlungsfähigkeit geschaffen hatten. Ohne weitere Fördergelder für die anderen Kommunen scheitert die Nachahmung.

Am 28. Oktober 2020 veröffentlichten die 30 Verbundvorhaben der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ" ein Memorandum, in dem insbesondere darauf hingewiesen wurde, dass Kommunen auch nach der Corona-Krise handlungsfähig bleiben müssen. Völlig richtig weisen die Autor*innen darauf hin, dass:

> *„Die Situation in den Kommunen die Lebensqualität und die Zukunftschancen der Bürgerinnen und Bürger entscheidend prägt und damit das Empfinden der Menschen, ob die Politik ihre Interessen wahrnimmt, und innovative Lösungsansätze vor allem in den Kommunen entwickelt werden können und müssen, um diese Situation nachhaltig zu verbessern."*
> (Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.) 2020: S. 1)

Davon ausgehend werden Forderungen an Bund und Land gerichtet, deren Umsetzung auch die Handlungsfähigkeit des Odenwaldkreises und seiner Kommune verbessern würde. Gefordert wurde, dass:

- *„die Kommunen größere Freiräume jenseits ihrer Pflichtaufgaben für offene Experimente erhalten und somit neue, nicht vorher bestimmbare Lösungen entwickeln können. Nur so können sie kreative und innovative Wege für den Umgang mit den aktuell wachsenden Herausforderungen erproben.*
- *die Kommunen dafür mit angemessenen finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet und mit kompetenten Beratungs-und Coaching-Angeboten unterstützt werden. Nur so können diese neuen*

Ansätze und Instrumente vor Ort nicht nur entwickelt und erprobt, sondern dauerhaft verankert werden.

- die *Zusammenarbeit von Wissenschaft und Kommunen in gemeinsamen Forschungsvor-haben gestärkt wird. Unterstützt durch den Blick von außen können neue Perspektiven auf bisher ungelöste Aufgaben in den Kommunen möglich werden."*
  (ebd. S. 2)

Ein weiterer Nachteil der primär auf Förderprojekten basierenden Handlungsfähigkeit ist die insgesamte Ineffizienz des Systems aufgrund der **Aufwendungen für Beantragung** und **Dokumentation**. Zu dem Aufwand, der bereits bei der Entwicklung von auf Programme passenden Ideen und Antragsstellung entsteht, kommt dies hinzu. Trotz dieses enormen Aufwands droht dann noch, nicht berücksichtigt zu werden oder im schlimmsten Fall bei einem Fehler schon verausgabtes Geld zurückzahlen zu müssen.

Aufgrund des für die Bearbeitung von Förderprogrammen nötigen Aufwands (für die Kommunen) und der Komplexität des von manchen als „Förderdschungel" bezeichneten Vielzahl an Förderprogrammen hat der Odenwaldkreis zuletzt reagiert und eine **Fördermittelberatungsstelle** geschaffen. Zweck dieses Modells ist, mit dezidierter Fachkompetenz effizienter Förderprogramme bezüglich ihres Aufwands, ihrer Kosten und des Risikos einzuschätzen, sie dann wiederum effektiver zu bearbeiten und schließlich bessere Erfolge – in Form vermehrter Förderzusagen – zu erzielen. Grundlage einer solchen systematischen Verbesserung ist die Analyse der bisher genutzten Fördertöpfe, die bislang an verschiedenen Stellen im Kreis und bei den Kommunen regelmäßig genutzt werden. Darauf aufbauend lässt sich ermitteln, welche weiteren Programme gewinnbringend in Frage kommen. Der dritte Baustein für ein solch strategisches Vorgehen ist das fortlaufende Monitoring neu dazukommender Programme, über die es sich auf dem Laufenden zu halten gilt.

Im Rahmen der „**Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (GRW**) werden zahlreiche, finanzstarke Förderprogramme des Bundes zur Stärkung besonders strukturschwacher ländlicher Räume geführt. Entscheidend dafür, für entsprechende Programme in Frage zu kommen, ist die GRW-Definition von strukturschwachen Räumen. Die Abgrenzung erfolgt anhand von Indikatoren zum regionalen Einkommen, zur Unterbeschäftigung, zur Infrastruktur und zur demografischen Entwicklung. Diese werden jeweils für sogenannte Arbeitsmarktregionen gemessen. Nachdem wiederum deren Definition für die neue Förderperiode ab 2022 überarbeitet wurde und gleichzeitig erstmals auch westdeutsche Regionen gefördert werden können, **ist der Odenwaldkreis nun von den Bundesbehörden als solche strukturschwache Region anerkannt worden („Fördergebiet D").** Auch Unternehmen werden durch verschiedene Programme, die sich nach der GRW-Systematik richten gefördert. Dies führte laut einer Evaluation zu einem Anstieg des Umsatzes und der Beschäftigung führte (BMWI 2020). Die erheblichen Mittel, die mit der GRW verbunden sind, bieten für den Odenwaldkreis enorme Chancen.

Horizont 2030

Gefahren / „Murphy's Law"

Voraussetzung für eine nachhaltige demographische Entwicklung des Odenwaldkreises ist ein attraktives Angebot an bezahlbarem Wohnraum für die verschiedenen Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen. Gelingt dies hingegen nicht, drohen unter anderem:

- Vermehrte Leerstände, Verfall (und Verwilderung) von Wohnstandorten
- Attraktivitätsverlust von Ortschaften, Stadtvierteln und Ortskernen,
- Bevölkerungsrückgang, Schrumpfen der regionalen Wirtschaft
- sinkende Attraktivität für zuziehende Bevölkerung und Unternehmen
- Leerstände in Geschäftsstraßen
- Überalterung, Wegbruch der Nahversorgung, Verfall von Infrastruktur und Überforderung verbleibender im Ehrenamt Aktiver
- Fehlende Treffpunkte und gemeinschaftliche Aktivitäten verhindern ein Zusammentreffen und damit auch ein Verständnis unter soziokulturellen Gruppen. Dies führt zu schlechterer Integration, zu sozialen Spannungen sowie einem sinkenden Sicherheitsgefühl. In der Folge verlieren manche Orte an Attraktivität, woraufhin sich wiederum eine gewisse Segregation ereignet: ökonomisch gut

Gestellte, meist auch ethnisch und kulturell homogene Bevölkerungsgruppen ziehen sich in Einfamilienhaus-Siedlungen und kleine Dörfer zurück.
- Unzureichende Attraktivität für Jugendliche und niedrige wahrgenommene Lebensqualität, sowie schwindende berufliche Aussichten sorgen für Wegzug verbleibender junger und qualifizierter Menschen (Brain-Drain)
- Negativspirale und gegenseitig verstärkende negative Effekte

Eine solche Negativspirale führte den Odenwaldkreis bereits zwischen einer vergleichsweise geringeren wirtschaftlichen Dynamik, einem vergleichsweise kleinen Dienstleistungssektor, mangelnder Hochschulangebote, der Abwanderung vieler junger Menschen und Überalterung bereits in eine Situation, in der der wohnungsbaupolitische Handlungsdruck die (finanziellen) Handlungsspielräume der Kommunen übersteigt. Lösungen dafür zu finden, aus dieser Situation auszubrechen und den Bedarf alternativer Wohnformen neben dem Einfamilienhaus zu decken, stellt daher einen Schlüsselpunkt der regionalen Entwicklung dar.

Chancen

Bei den Themen Leerstand und Sanierungsstaus stellt sich die Situation im Odenwaldkreis nicht vergleichbar gravierend dar wie in abgelegeneren Regionen, z.B. in Ostdeutschland. Die gestiegene Nachfrage des Odenwaldkreises als Wohnstandort bietet große Chancen für die Zukunft. Aufgrund des hohen Siedlungsdrucks und einer Rückbesinnung auf den ländlichen Lebensstil interessieren sich Familien, Senioren, aber auch junge Erwachsene wieder stärker für den Odenwaldkreis als Wohnstandort. Der Odenwaldkreis kann die Nachfrage durch ein gesteigertes Selbstbewusstsein und eine positive Darstellung nach außen weiter verstärken – als hervorragender Standort zum Leben und Arbeiten mit ganz eigenen, authentischen Stärken. Voraussetzung dafür, dass die höhere Nachfrage in eine positive demographische Entwicklung münden kann, ist das Schritthalten des Wohnungsangebots bezüglich der Quantität und der Qualität – der Lage, Zuschnitte, infrastrukturellen Anbindung, usw. Auch bei Immobilieninvestoren setzt bereits ein Umdenken ein. Erste Bauprojekte im Kreis bezeugen dies bereits. Aufgrund der wirtschaftlichen Orientierung konzentrieren sich diese Projekte bislang aber vor allem auf höherpreisige Objekte. Im Sinne einer sozial ausgewogenen Siedlungsentwicklung gilt es, solche privatwirtschaftlichen Initiativen in die richtigen bauleitplanerischen Bahnen zu lenken. Eine integrierte, strategische Siedlungsplanung kann nicht nur die demographische Entwicklung beeinflussen, sondern setzt auch wichtige Rahmenfaktoren für eine positive gesellschaftliche Entwicklung. Abgesehen von privaten Initiativen können die Kommunen noch stärker gestalten, wenn sie selbst auch als Investor oder Agent auftreten können. Hierzu gilt es, regionale Finanzmittel zu bündeln. Entwicklungsfähige Immobilien oder Baulücken könnten genutzt werden, wenn diese als Immobilienwerte in eine gemeinsame Investition eingebracht werden, die im Anschluss zu entsprechend geteilten Gewinnen führen kann.

Zielbereiche Stadt- und Ortsentwicklung

12. Nachhaltige Siedlungsentwicklung

- Gestaltung eines bedarfsgerechten Angebots von attraktivem Wohnraum möglichst ohne Erschließung neuer Flächen – also eine bessere Nutzung bisheriger Flächen und des bestehenden Wohnraums
- Zusammenführen regionaler Investitions-Kapazitäten, um mehr Wohnungen zu schaffen, die nicht Einfamilienhäuser sind, Bestands-Immobilien zu sanieren und Baulücken zu bebauen.
- Langfristige Sicherstellung effektiver und regional koordinierter Bauleitplanung

13. Integrative Siedlungsplanung und Treffpunkte

- Attraktive Gestaltung von Begegnungsräumen und Ortsmitten mit hoher Aufenthaltsqualität für alle Bewohner*innen als Beitrag für starke Dorfgemeinschaften und Nachbarschaften
- Integrative Siedlungsplanung, die ein harmonisches Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen fördert und allen Vierteln und Ortsteilen einen guten Zugang zu Infrastruktur und Freizeiteinrichtungen bietet
- Schaffung von Treffpunkten und Freiräumen für Jugendliche

14. Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie

- Erhalt der multifunktionalen Innenstädte und Ortsmitten, die neben Aspekten der Versorgung, der Wirtschaft und Dienstleistungen auch identitätsstiftend wirken und außerdem Räume fürs Schlendern, Verweilen und Feste feiern darstellen.
- Erhalt und Stärkung eines attraktiven, modernen Angebots im Einzelhandel und Gastronomiebereich mit hohem Wiedererkennungswert in den Stadtzentren

15. Förderpolitik

- Eine grundlegend bessere finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen im Bereich Wohnungsbau erreichen – unabhängig von Fördermitteln
- Höheren Erfolg bei der Abrufung von Fördergeldern erzielen.

12. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich nachhaltige Siedlungsentwicklung

SMART-Formulierung:

- Gestaltung eines bedarfsgerechten Angebots von attraktivem Wohnraum möglichst ohne Erschließung neuer Flächen als Beitrag für attraktive Ortschaften mit aktivem, integrativem gesellschaftlichem Leben
  - Bedarf der Region nach demographischer Stabilisierung: Wohnraum, der für Menschen innerhalb und außerhalb als attraktiv gilt;
  - Rücksicht auf unterschiedliche Bedarfe von jungen Erwachsenen, von Senioren, von Familien usw.;
  - mit Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse innerhalb dieser Zielgruppen
  - Schaffung eines vielfältigeren Wohnraumangebots mit mehr kleineren Wohnungen insbesondere in guter Versorgungs- und Verkehrslage
- Optimierte Nutzung bisheriger Flächen und bestehenden Wohnraums und Senkung des Wohnraums pro Kopf von 51,6 qm/Kopf (2018) auf das vormalige Niveau von 47,6 qm/Kopf (2010) – bis 2030.
- Abschluss des Aufbaus und fortlaufende Pflege eines Flächen- und Leerstandskatasters für die Kommunen des Odenwaldkreises
- Gesteigertes Problembewusstsein für die Thematik bei Bevölkerung und Entscheidungsträger*innen und kooperatives Agieren mit dem Selbstverständnis eines gefragten Standorts am Rande der Metropolregionen.
- Herstellung von kommunaler Handlungsfähigkeit im Bereich des Wohnungsbaus durch Bündelung von Investitionsmitteln von Bürger*innen, Unternehmen und Kommunen im Rahmen geeigneter Rechtsformen. Schaffung einer finanzkräftigen, handlungsfähigen, kompetenten Organisation zu diesem Zweck
- Langfristige Sicherstellung effektiver und regional koordinierter Bauleitplanung durch Aufbau einer interkommunalen Fachstelle zur Aktualisierung und Koordinierung der kommunalen Planwerke
- Schaffung von ausreichend Wohnraum für Personen mit geringem Einkommen auf Grundlage einer Bedarfsanalyse (als Teil einer umfassenden Sozialraumanalyse)

Erläuterung:

- *Siehe Analyseteil*
- *Zum Thema sozialer Wohnungsbau siehe Analyseteil Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, Bereich Armut und regionale Sozialindikatoren*

Handlungsmöglichkeiten

- Koordinierung der Siedlungs- und Gewerbeflächenplanung auf Kreisebene bereits im Stadium der Vorüberlegungen - regelmäßige Abfrage zu Plänen und Vorüberlegungen bezüglich der Vorhaben; mindestens jährlich. Herstellung von Transparenz und Koordination unter den Vorhaben der Kommunen. (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich Nachhaltige Siedlungsentwicklung)*

Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 51; Priorisierungsvorschlag Ziel 4.1: 2; Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**

- Partizipative Entwicklung und Festlegung strategischer Grundsätze für die langfristige kommunale Siedlungsplanung mit Blick auf Nachhaltigkeit, Innenentwicklung und Wohnraumbedarfsgerechtigkeit sowie ein integriertes Zusammenleben unterschiedlicher kultureller und unterschiedlich finanzkräftiger Bevölkerungsgruppen (*siehe auch Zielbereich 13 Integrative Siedlungsplanung und Treffpunkte*). Hierbei Rücksicht auf bestehende oder entstehende Integrierte Kommunale Entwicklungskonzepte oder Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (IKEKs & ISEKs). Rücksicht auf Wohnraum-Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und mit dem Ziel eines integrativen Miteinanders
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, personell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 105; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Schaffung einer handlungsfähigen, dezidiert kompetenten Organisation, die Wohnungsbau im Sinne der Kommunen und nach den Leitlinien bedarfsgerechter, nachhaltiger Siedlungsentwicklung betreibt; unter Umständen unter Beteiligung von nicht-öffentlichen Akteur*innen. Erster Fokus sollte auf der Schließung von Baulücken und der Schaffung von mittelgroßen und kleineren Wohnungen liegen. *Diese Organisation kann – je nach Rechtsform und Eigentümerschaft – auch andere hier aufgeführte Handlungsmöglichkeiten in den Verantwortungsbereich nehmen.*
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, personell, politisch, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 106; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Abschluss des Aufbaus und fortlaufende Pflege eines Flächen- und Leerstandskatasters für die Kommunen des Odenwaldkreises unter möglicher Zuhilfenahme von ehrenamtlichen Ortskundigen oder Hilfskräften auf Minijob-Basis.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell (oder finanziell) voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen / Kreis
  ID: 107; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt
- Erweiterung des Leerstandskatasters um qualitative Einschätzungen bezüglich Nachnutzungspotentialen, Sanierungsbedürftigkeit, Potentialen zur Nachverdichtung, usw.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, personell (oder finanziell) voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen / Kreis
  ID: 108; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt
- Regelmäßige Abfrage zu Plänen und Vorüberlegungen bezüglich Siedlungsbauvorhaben in den Kommunen durch den Kreis – mindestens jährlich. Herstellung von Koordination unter den Vorhaben der Kommunen.
  Parallel auch Koordination der Ausweisung von Gewerbeflächen (*siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel Ziele „4.1 Kraftvolle Zentren“, „4.1a Strategische Gewerbeflächenentwicklung“ und „6.5 Nachfrageorientierte Gewerbeflächenentwicklung"*
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 109; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt
- Aktiver Umgang mit stark unterdurchschnittlich genutztem Wohnraum (große Wohnfläche bei einer oder zwei Personen; Stichwort „Baugebiete 60er und 70er Jahre“): Vermittlungsstelle, bzw. Wohnraum-Orientierungsberatung nach dem Vorbild des Landkreises Steinfurt im Projekt „LebensRäume“. Insbesondere zur Anregung von Denkprozessen für ein besseres Leben im Alter – barrierefrei, Mehrgenerationenwohnen, etc. – mit gleichzeitigen positiven Effekten für nachhaltige Siedlungsentwicklung und Energieeffizienz (bei Sanierung durch Nachnutzer)
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell, konzeptionell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreisentwicklungsplanung, Bauverwaltung, OREG; evtl. Kooperation mit dem Ökoinstitut
  ID: 110; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2**; gesamt
- Kommunale oder kreisweite Förderprogramme zur Förderung der Innenentwicklung
  - Beratungsgutscheine – „Jung kauft Alt“ / „Sanieren statt Bauen“ – Angst vorm „Fass ohne Boden“ nehmen
  - Sanierungszuschüsse / Kaufzuschüsse für Familien, die im Ortskern kaufen – selbst kleine Zuschüsse können einen Denkanschub bewirken
  - Sanierungsberatung (nach Vorbild Werra-Meißner-Kreis)

Kategorie: teils bereits in Umsetzung, politisch und finanziell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kommunen / Kreis
ID: 111; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt

- Kompetenznetzwerk Innenentwicklung aufbauen – Dorfakademie; Gremien, Ortsbeiräte einbinden
  - Information zu möglichen Leitlinien und Best-Practices der Innenentwicklung – im Rahmen von Vorträgen, Diskussionsforen, Workshops und Seminaren. Womöglich in Verbindung mit einer Zertifizierung oder der Ausbildung von Leerstandslotsen, die wiederum auch kommunikativ in die Ortschaften hinein wirken, z.B. um Baulücken dem Markt zuzuführen.
    Kategorie: dringend umzusetzen / in Umsetzung befindlich; personell, konzeptionell, finanziell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis, IGO
    ID: 112; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1** **gesamt: 1**
  - Ansprechpartner schaffen: Individuelle Beratung und Recherche für Dorf-Anliegen; Beratung von „Dorf-Aktivisten“, kommunalpolitischen Vertretern und Kommunalverwaltungen; Unterstützung von lokalen Netzwerken und Aktionsgruppen auch über Kommunen hinweg.
    Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
    ID: 113; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt
  - Dialog mit Eigentümern von Baulücken und Leerständen, Vermittlung der Bedeutung einer Nutzbarmachung für die kommunale Entwicklung und Ermittlung von Entwicklungshindernissen.
    Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell, konzeptionell, politisch voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, Ortsbeiräte, perspektivisch Leerstandslotsen
    ID: 114; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt
- Aufbau einer interkommunalen Fachstelle zur Aktualisierung und Koordinierung der kommunalen Flächenentwicklungs- und Bauleitpläne
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, politisch und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, Ortsbeiräte, perspektivisch Leerstandslotsen
  ID: 115; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt
- Schaffung von ausreichend Wohnraum für Personen mit geringem Einkommen auf Grundlage einer Bedarfsanalyse (als Teil einer umfassenden Sozialraumanalyse; *vgl. Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander; Zielbereich 24: Sozialplanung des Odenwaldkreises; Maßnahmen IDs 212; 465)*
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 116; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt
- Platzierung des Themas Klimaanpassung bei den Kommunen durch geeignete Formate (Veranstaltungen, Broschüren, o.ä.).
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 117; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt
- Gewerbeflächenstrategie u.a. mit Nachnutzungen, Umnutzungen und Ausweisung von (interkommunalen) Gewerbegebieten, um Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen zu ermöglichen *Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung; Ziel 2.3: Fortbestand von Arbeitsplätzen nach Ruhestandseintritt von Geschäftsführer*innen sichern)*
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 43; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**

13. Ziele und Handlungsmöglichkeiten Integrative Siedlungsplanung und Treffpunkte

SMART-Formulierung:

- Planvolles Schaffen von Wohnraum für unterschiedliche sozioökonomische Gruppen (*zu beachten auch im Zielbereich 12 Nachhaltige Siedlungsentwicklung)*
- Beendigung des Phänomens der Überbelegung von Familienhäusern durch Zeitarbeitsfirmen und deren aus dem Ausland angeworbenen Mitarbeiter*innen (*siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, Zielbereich 27. Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung)*

- Erhalt, Aufwertung und Schaffung von multifunktionalen Treffpunkten in den Ortskernen und Innenstädten sowie fußläufig aus allen Wohnlagen erreichbar; mit hoher Aufenthaltsqualität für alle Bürger*innen als Kristallisationspunkt von dörflichen und nachbarschaftlichen Gemeinschaften und lokaler Identität.
- Partizipative Gestaltung von Treffpunkten und Freiräumen für Jugendliche sowie Konfliktmanagement bei auftretenden Konflikten
- *Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich Barrierefreiheit, Bedürfnisse von Senioren und Menschen mit Behinderung*
- *Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel – Zielbereich Lebendige, attraktive urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität*

Erläuterung:

Siehe im Analyseteil: soziokulturelle Durchmischung, Integration und Treffpunkte

Multifunktionale Treffpunkte und Ortsmitten können auch z.B. in Form eines Teiches, eines Spielplatzes oder Fitnessparks, eines Parks mit Sitzbänken, eines schön gestalteten Platzes mit wenig Verkehr, eines Brunnens, eines Marktes, einer Einkaufsstraße sein. Wichtigste Elemente sind:

- Aufenthaltsqualität und Sitzgelegenheiten
- Begrünung
- Barrierefreiheit
- Für örtliche Verhältnisse hohe Frequenz aufgrund von mehreren wichtigen angrenzenden Orten, wie Bildungsstätten, Einkaufsmöglichkeiten, Ärzten, Dienstleistern, Betreuungseinrichtungen, Verwaltung, Gastronomen, Kultureinrichtungen, usw.
- Gute Erreichbarkeit bei gleichzeitig möglichst geringer Belastung durch Verkehr und Parkplätze

Besonders wichtig sind die Laufwege (*siehe auch Teilstrategie Mobilität – Analyse – III. Verkehr und Klimaschutz – Nahmobilität*). Um städtebaulich Punkte von besonderem Interesse zu einer attraktiven Einheit zu verbinden sind diese – auch mit einer sichtbaren, verständlichen Beschilderung – von oftmals unterschätzter Bedeutung.

Die Jugendlichen-Befragung zeigte, dass für die jüngeren Kreisbürger*innen solche Treffpunkte im Freien eine große Bedeutung haben. Nach der allgemeinen Erfassung möglicher Probleme auf Kreisebene sind konkretere Untersuchungen und partizipative Ansätze gefragt, um gemeinsam mit den Jugendlichen vor Ort eine Gestaltung zu finden, die Ihnen und anderen Nutzergruppen der Räume (z.B. sich womöglich gestört fühlende Anwohnerschaft) gerecht werden. Hierzu können keine allgemeingültigen Lösungen auf Kreisebene gefunden werden. Kommunen, Ortsbeiräte, Jugendpflegen, etc. sind hier also gefragt. *Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich 18: Freizeitangebote und regionale Bindung Jugendlicher.*

Handlungsmöglichkeiten

- Treffpunkte in Innenstädten und Ortsteilen in fußläufiger Erreichbarkeit aller Wohnlagen identifizieren,
  - die frequenzbringenden Angebote ausbauen, verbessern, vermehren (*siehe auch Handlungsmöglichkeit Citymanagement im Zielbereich 14 Einzelhandel*)
  - die Aufenthaltsqualität verbessern – mit verschiedenen Zielgruppen im Blick und u.U. unter Beteiligung von Bürger*innen und Anwohner*innen konzipiert
  - das lokale Fußwege- und Verkehrsnetz mit diesen Punkten im Blick optimieren (sei es nur eine Wegebeschilderung oder ein Parkleitsystem)
  - Berücksichtigung bei stadtplanerischen Tätigkeiten

  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell, konzeptionell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll

  Hauptverantwortlich: Kommunen

  ID: 118; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1;** gesamt:
- Bedarfsgerechte Treffpunkte für Jugendliche
  - Auch in kleineren Ortschaften und Ortsteilen
  - Beteiligung der Nutzer bei der Gestaltung und Kommunikation für eine konfliktarme Existenz mit den Bedürfnissen anderer Bevölkerungsgruppen

- Balancierende Lösungen zwischen den Bedürfnissen Jugendlicher, sich ohne, bzw. mit geringer Aufsicht durch Erwachsene in entsprechenden Freiräumen aufhalten zu können – und Anforderungen an Sicherheit, Belästigungsfreiheit (bzw. –armut), Sicherheitsempfinden und öffentlicher Ordnung auf der anderen Seite

Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kommunen
ID: 119; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich 18: Freizeitangebote und regionale Bindung Jugendlicher

- Parallele politisch-öffentliche und juristische Initiativen gegen die Überbelegung von Familienhäusern durch Zeitarbeitsfirmen unter dem Eindruck der unwürdigen Lebensverhältnisse und der Ausbeutung. Orientierung auch an Best-Practices, z.B. Taskforce „Problemimmobilien" der Stadt Düren.
  Kategorie: dringend durchzuführen; konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen und Politik
  ID: 120; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
  Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander; Zielbereich Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung
- *Siehe außerdem: Teilstrategie Mobilität - Ziel 17.1: Lärmschutz, Anwohnerschutz, Nahmobilität und Antriebswende im Straßenverkehr*

14. Ziele und Handlungsmöglichkeiten Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie

SMART-Formulierung:

- Erhalt und Attraktivitätssteigerung von Innenstädten und Ortskernen als multifunktionale, identitätsstiftende Orte mit gesteigerter Frequenz und Aufenthaltsqualität
- Unterstützung von Innenstädten, Einzelhandel und Gastronomien im Rahmen von Maßnahmen von Citymanagement, Kulturförderung, Belebung durch Feste und Aktionen und anderen, gemeinsam mit Bürgerschaft und Unternehmen entwickelten Maßnahmen
- Sicherstellung der Nahversorgung in allen Ortsteilen
- *Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich Barrierefreiheit, Bedürfnisse von Senioren und Menschen mit Behinderung*
- *Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel – Ziel „4.6 Lebendige, attraktive urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität; Ziel 5.5 Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung und Ziel 6.3 Einzelhandel und kleine Unternehmen"*

Erläuterung:

Die Qualität von Ortschaften als Orten, an denen nicht nur gewohnt, sondern auch gelebt wird, ist maßgeblich damit verbunden, ob es identitätsstiftende Orte des Aufeinandertreffens gibt. Diese sind dadurch geprägt, dass sie gern und häufig von verschiedensten Personen frequentiert werden. Insofern sind Einzelhandel und Gastronomie also nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Nahversorgung zu betrachten, sondern auch mit Hinblick auf ihren Beitrag zur Lebendigkeit und Lebensqualität der Ortschaften.

Andererseits sind auch sie wirtschaftlich von einem hohen Besucheraufkommen abhängig. Daher müssen sich Gewerbetreibende einer Innenstadt als Gemeinschaft begreifen, in der man vom Erfolg der anderen profitiert – selbst wenn ein direkter Konkurrent darunter sein mag. Dieser wichtige Faktor als Beitrag zur Attraktivität einer Ortschaft sollte gewürdigt werden in einer bestmöglichen Unterstützung der Kommunen. Aktionen und Maßnahmen des Stadtmarketings und des Citymanagements, aber auch die Planung neuer Einzelhandels-Standorte sollte erstens intensiviert und zweitens besser koordiniert werden. Insbesondere die Schaffung von Kümmerer-Stellen auf Seiten der Kommunen (siehe Vorbild Michelstadt) lässt sich bei kleineren Kommunen sinnvollerweise in interkommunaler Zusammenarbeit (IKZ) erreichen. Die Arbeit der Gewerbevereine lässt sich somit unterstützen, professionalisieren und koordinieren.

Handlungsmöglichkeiten

- **Stärkung der Gewerbevereine** durch Professionalisierung (Citymanagement) evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit, mit dem Ziel einer Belebung der Ortskerne, der Einkaufsstandorte und des gesamten Odenwaldkreises. Organisation evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit
  - Dialog mit Eigentümern, um für Zwischennutzung und qualitative, passende Nachnutzung von Ladenleerständen zu sorgen
  - Beratung von inhabergeführten Geschäften hinsichtlich moderner Kundenansprache
  - Tätigkeiten für die Fachkräftesicherung
  - Aufwertung von Einzelhandelsstandorten durch Aufwertung des öffentlichen Raums im Dialog mit Politik, Verwaltung, Gewerbevereinen, Bürger*innen sowie durch Tätigkeiten des Stadtmarketings und Veranstaltungen

  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortung: Kommunen, Kreis
  ID: 67; Priorisierungsvorschlag Ziel (4.6): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**
- Belebung des Geschäftslebens und der Lebendigkeit der Ortskerne bzw. Innenstädte durch Aktionen, Feste, Projekte
  Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen und Gewerbetreibende
  ID: 122; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt
- Ausbau, Verknüpfung und Verbesserung von regionalen Waren-Lieferdiensten, deren Bekanntheit und Erhöhung der Nutzerquoten
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, IHK, Gewerbetreibende
  ID: 123; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt
- Sicherung der Nahversorgung durch regionale Akteur*innen und kleinere Filialisten, um regionale Wertschöpfung zu sichern und auch kleinere Ortschaften als Einzelhandelsstandorte mit gesicherter Nahversorgung zu erhalten.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Gewerbetreibende, Kreis, IHK (siehe z.B. Studie Nahversorgung im Odenwaldkreis von 2013)
  ID: 124; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt
- Sensibilität schaffen für die möglichen Auswirkungen von Ansiedlungen von Einzelhandelsbetrieben im Außenbereich.
  (*Maßnahme aus Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel – Ziel 4.6: Lebendige, attraktive urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität*
  Mögliche Kombination mit Maßnahme „Kongress zum Thema Gewerbeflächenentwicklung“ *(Ziele 4.1a, 4.2, 4.1)*
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortung: Kreis
  ID: 125; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie:** 3; gesamt:
- Förderung und Einrichtung von 24h-Dorfläden unter Nutzung von Fördermitteln und Einbindung regionaler Lebensmittelproduzenten
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch, personell, potentiell finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortung: Kreis, Kommunen, private Akteur*innen
  Siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel: Ziel 5.5 Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung und Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft – Zielbereich 35: Landwirtschaft
  ID: 79; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- *Siehe außerdem: Teilstrategie Mobilität - Ziel 17.1: Lärmschutz, Anwohnerschutz, Nahmobilität und Antriebswende im Straßenverkehr*

15. Ziele und Handlungsmöglichkeiten Förderpolitik

SMART-Formulierung:

- Äußerung von kontinuierlicher, starker, öffentlich wahrgenommener Kritik an der strukturellen Unterfinanzierung kleiner Kommunen insbesondere im ländlichen Raum, welche zum wirtschaftlichen Erfolg des Ballungsraums beitragen und nur im Rahmen von oft schlecht passenden Förderprogrammen handlungsfähig werden; und auf diese Weise immer nur beschränkt innovativ werden können

  - Argumentation für eine Reform oder Abschaffung der Gewerbesteuer im Einklang mit Forderungen des Bundes der Steuerzahler (BdSt, vgl. z.B. Odenwald-Echo 26.09.2020)
  - Diskussion mit möglichen Unterstützern und Multiplikatoren dieser Ansicht in Verbänden, Politik, Forschung auf den Ebenen Bund und Land und in anderen ländlichen Regionen
- Vervielfachung der insgesamt abgerufenen Fördermittel von Seiten des Kreises, der Kommunen und privater Akteur*innen im Odenwaldkreis

Erläuterung:

- Kommende Fördermittelberatungsstelle:
  - Aufstellung und Übersicht der relevanten wiederkehrenden Programme mit entsprechenden Fristen, Anforderungen, finanzieller Rahmen und Eigenanteilsquoten.
  - Ursachenforschung für den scheinbar geringen Mittelabruf im Bereich Städtebauförderung.
  - Information zu Fördermöglichkeiten für wichtigste Handlungsfelder nach Ansicht des/der jeweiligen Bürgermeister*in und Unterstützung bei der Antragsstellung (jährliches Gespräch zusammen mit Stelle für Kreisentwicklungsplanung
  - Koordinierung zwischen Projekten der Kommunen, der LEADER-Region, der Kreisentwicklung und anderen Projekten auf Kreisebene; z.B. (halb-)jährliche Planung
  - Gezielte Information und Ursachenforschung im Falle von Förderprogrammen, die im Odenwaldkreis unterdurchschnittlich stark abgerufen werden.

Handlungsmöglichkeiten

- Politische Arbeit für eine allgemein bessere finanzielle Ausstattung ländlicher Kommunen, insbesondere solcher mit negativem Pendelsaldo
  Kategorie: dringend zu bearbeiten, politisch, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis- und Kommunal-Politik
  ID: 127; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt
- Einrichtung der Fördermittelberatungsstelle, Identifizierung wichtigster Förderquellen und deren Rahmenbedingungen, weitsichtige Vorbereitung von Anträgen
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 128; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt
- Umfassende Nutzbarmachung der neuen Fördermöglichkeiten im Zuge der Einordnung des Odenwaldkreises als GRW-strukturschwacher Raum.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten, personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, OREG
  ID: 129; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt
  Siehe auch: Wirtschaft und Fachkräftesicherung: Ziel 2.2: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel; Teilstrategie Verwaltung – Zielbereich 39: Finanzen

Mobilität

Analyse

I. Die Bedeutung von Mobilität

Mobilität bezeichnet die **Ortsveränderung von Personen und Gütern** in unserer Gesellschaft. Mobilität bestimmt unser Leben und berührt alle Lebensbereiche. Mobilität ist Voraussetzung, um am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben teilzunehmen. Sie befähigt dazu, die individuellen räumlichen Ziele wie zum Beispiel Arbeitsplätze, Bildungs-, Freizeit-, Versorgungseinrichtungen, zu erreichen und bestimmt damit wesentlich die Lebensqualität jedes Einzelnen. Für Unternehmen ist sie ein zentraler Standortfaktor und damit maßgeblich für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region. Ohne Mobilität wäre unser gesellschaftliches und wirtschaftliches Zusammenleben kaum denkbar.

Der Deutsche Landkreistag hat im Rahmen seines Thesenpapiers (DLT 2019) festgestellt, dass für die Herstellung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse ausschlaggebend ist, dass ein **flächendeckend verfügbares, leistungsfähiges, erschwingliches und nutzerorientiertes Mobilitätsangebot** eine wichtige Rolle spielt, weil Einrichtungen der Daseinsvorsorge sowie der Nah- und Grundversorgung nicht in jedem Ort vorgehalten werden können.

Im Rahmen der Kreisentwicklungsplanung ist die Sicherstellung von Mobilität für alle eine alle Zielbereiche tangierende Querschnittsaufgabe. Auf Grundlage des Regionalisierungsgesetzes besteht auch eine kommunale Pflicht dazu, eine ausreichendes ÖPNV-Versorgung sicherzustellen. Wie nachstehend zu erläutern sein wird, entsteht durch den aktuellen **Paradigmenwechsel in Mobilität und Verkehr** ein immenser Handlungsdruck bei den Kommunen, den diese bei ihren Entwicklungsplanungen auffangen müssen. Dafür müssen sie **handlungsfähige Strukturen** schaffen.

II. Kenngrößen für die Alltagsmobilität

Referenz für die Beurteilung der Mobilität in Deutschland ist die MiD-Studie (BMVI 2018) welche periodisch durch das infas-Instituts für angewandte Sozialwissenschaft GmbH im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums (BMVI 2018) erstellt wird. Die zentralen Kenngrößen für die Mobilität, die weiter unten auch näher ausgeführt werden, sind hier die Verkehrsquote, das Verkehrsaufkommen und die Verkehrsleistung sowie der Modal Split bezogen auf den jeweiligen Raumtyp. Der Odenwaldkreis wird hierbei dem Raumtyp „ländliche Region mit kleinstädtischer und dörflicher Struktur“ zugeordnet.

Über die **Verkehrsquote** definiert sich der Anteil der Personen, die an einem durchschnittlichen Tag außer Haus gehen, also mobil sind. In der ländlichen Region sind dies 84 % der Wohnbevölkerung. Pro Person und Tag legen diese im Durchschnitt 3,7 Wege zurück, was zu einem **Verkehrsaufkommen im Odenwaldkreis** von **rd. 311.800 Wegen pro Tag** führt. Die durchschnittliche Wegelänge des mobilen Menschen auf dem Land beträgt 14 km. Daraus ergibt sich eine tägliche **Verkehrsleistung im Odenwaldkreis** von rd. 4,4 Mio. Personenkilometer (Pkm).

Der **Modal Split** drückt die prozentualen Anteile der Verkehrsmittel am Verkehrsaufkommen (zurückgelegte Wege) oder an der Verkehrsleistung (zurückgelegte Personenkilometer) aus. Hierbei betrachtete Verkehrsmittel sind: „zu Fuß gehen“, „Fahrrad“, „motorisierter Individualverkehr – MIV“ (als Fahrer*in und Mitfahrer*in) und „öffentlicher Verkehr“. Abbildung 94 zeigt den Modal Split in ländlichen Regionen.

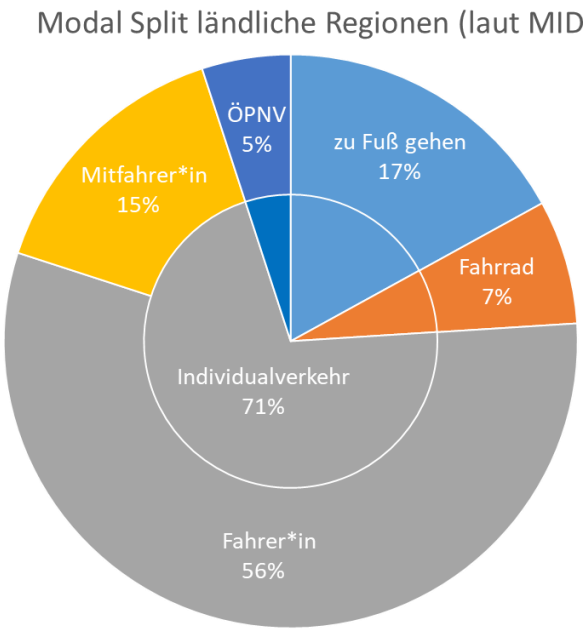


Abbildung 94: Modal Split (Nutzung verschiedener Verkehrsmittel) für den Odenwaldkreis laut MiD (Mobilität in Deutschland); BMVI 2018).

Im Rahmen der MiD-Studie sind keine Untersuchungen auf regionaler Ebene beauftragt. Verlässliche Daten für den Odenwaldkreis sind aber für künftige Betrachtungen im Rahmen der Verkehrswende dringend notwendig, um Ziele messbar zu machen. Die Ergebnisse der Bürgerschaftsbefragung für die Kreisentwicklung (Abbildung 95) werfen zwar auch ein Schlaglicht darauf, wie sich dieses Thema im Odenwaldkreis darstellt; aufgrund der gewählten Methodik können sie aber nicht als repräsentative Daten verwertet werden.

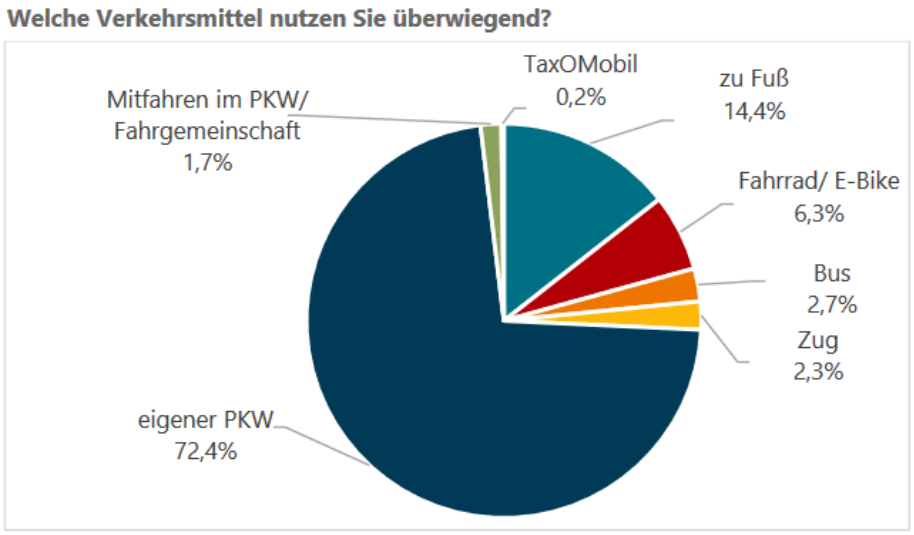


Abbildung 95: Am häufigsten genutzte Verkehrsmittel im Odenwaldkreis. Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019

III. Verkehr und Klimaschutz

Mobilität ist ein zentraler Megatrend (vgl. ZUKUNFTSINSTITUT 2017) und damit ein großer Treiber des gesellschaftlichen Wandels. Gleiches gilt für den **Klimawandel.** Klimawandel und Mobilität führen gegenseitig zu erheblichen **Zielkonflikten.** Das für die konkrete Umsetzung von Mobilität benötigte **Instrument, nämlich Verkehr mit den jeweiligen Verkehrsmitteln,** erzeugt umweltschädliche Emissionen und ist damit ein Treiber des Klimawandels – mindestens, soweit fossile Brennstoffe im Rahmen der Antriebstechniken Verwendung finden.

Die Bundesregierung hat im **Klimaschutzplan** festgelegt, bis zum Jahr 2050 die **Treibhausgasneutralität** anzustreben, um somit das **Pariser Klimaabkommen** zu erfüllen. Das bedeutet, dass das komplette Energiesystem in Deutschland umgestaltet werden muss, denn derzeit werden jedes Jahr über 800 Mio. Tonnen Treibhausgase ausgestoßen (UBA 2021a).

Im Rahmen der Klimabilanz des Verkehrssektors ist der Straßenverkehr (Personen und Güter) **für über 96 % der CO_2-Emissionen verantwortlich.** Wobei dieser Wert zwischen 1990 und 2019 kaum gesenkt wurde (s. Abbildung 96). Das Ziel von 2007 („Energie- und Klimaprogramm"), die CO_2-Emissionen im Verkehrssektor bis zum Jahr 2020 um 33,6 Mio. Tonnen zu reduzieren, konnte rechnerisch allein durch den „Corona-Effekt" erreicht werden, systemisch konnten keine nachhaltigen Veränderungen erreicht werden. Die Pressemitteilung der Bundesregierung hierzu gestand ein, dass tatsächlich etwa ein Drittel der Minderungen allein auf diese Krise zurückzuführen waren (BMU 2020).

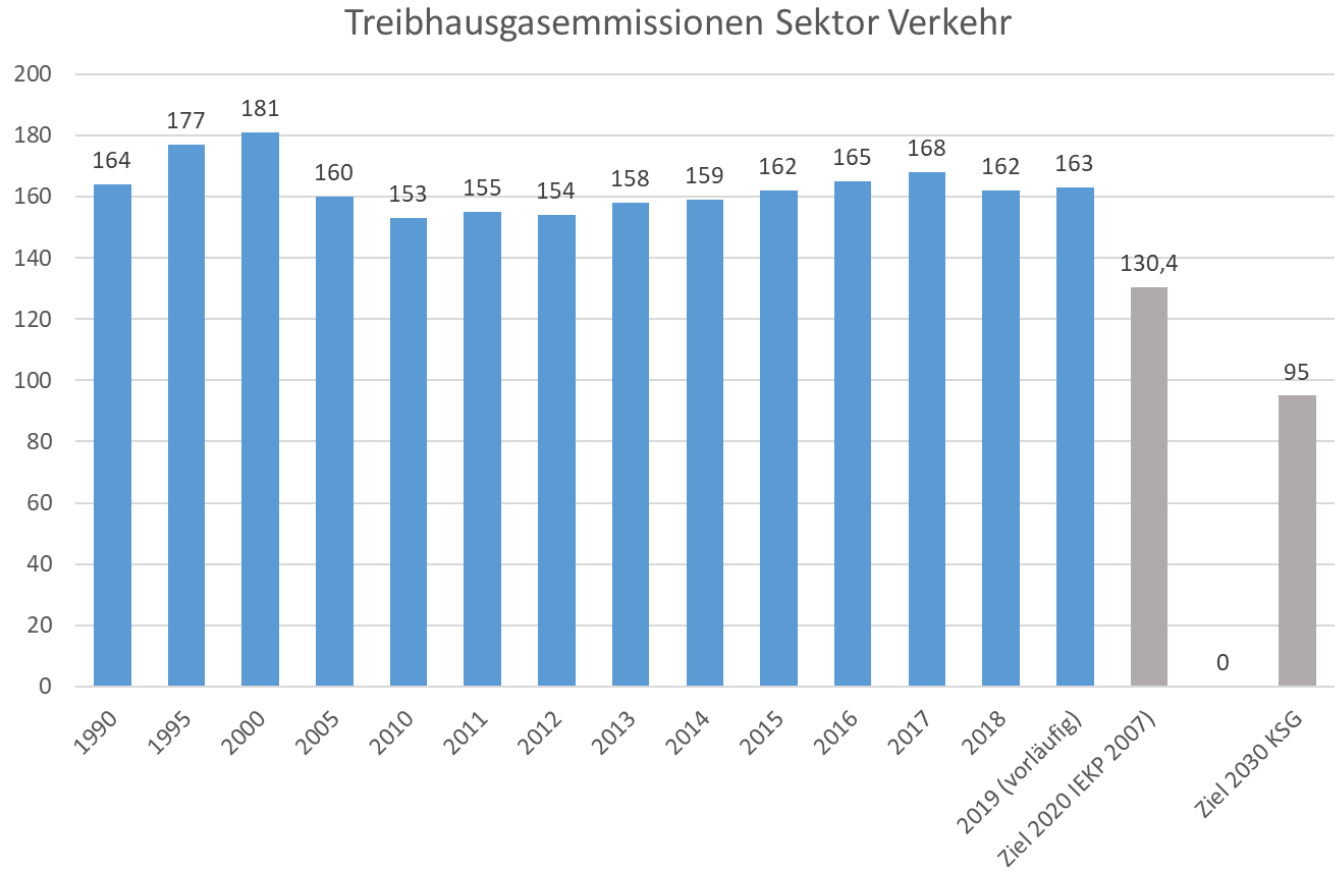


Abbildung 96: Treibhausgasemmissionen im Sektor Verkehr in Deutschland. (UBA o.J.)

Das Bundesverfassungsgericht hat am 29.4.2021 entschieden, dass die Bundesregierung bereits heute konkrete Maßnahmen zum Erreichen der Treibhausgasneutralität 2050 festlegen muss und sich nicht nur auf die Maßnahmen beschränken darf, die erforderlich sind, um die kurzfristigen Klimaschutzziele bis zum Jahre 2030 zu erreichen. In der Folge verschärfte die Bundesregierung noch 2021 die Klimaziele und strebt nun an, die **Treibhausgasneutralität bereits 2045** zu erreichen. Bis 2030 soll Deutschland nun 65 % weniger Kohlendioxid emittieren als 1990. Bisher sollten es 55 % weniger sein (2021 sind es 40 % weniger). **Für den Verkehrssektor bedeutet dies, dass Mobilität weniger, anders und teurer werden wird.** Dazu soll der CO_2-Preis pro Tonne von derzeit 25 Euro auf bis zu 60 Euro steigen.

Um das Ziel der **Klimaneutralität im Verkehrssektor** zu erreichen, spricht man von einer notwendigen **Verkehrswende**. Begrifflich ist die „Verkehrswende" die weitgehende **Dekarbonisierung des Verkehrssektors** (vgl. BMU 2019, BMU 2016). Manche Autor*innen verstehen darunter aber auch einen umfassenderen, gesellschaftlichen Wandel hin zu nachhaltigeren Mobilitätsformen (z.B. HAGEBÖLLING & JOSIPOVIC, 2018)

Der Think-Tank Agora identifizierte zwei wesentliche Säulen für eine gelungene Verkehrswende (HOCHFELD et al. 2017: S. 9)

- Die Mobilitätswende sorgt für die **Senkung des Energieverbrauchs ohne Einschränkung der Mobilität** (durch Verkehrsverlagerung oder höhere Auslastung)
- Die Energiewende im Verkehr sorgt für die **Deckung des verbleibenden Energiebedarfs mit** klimaneutraler **Antriebsenergie** (Dekarbonisierung des Antriebs).

Das Erreichen der deutschen Klimaschutzziele ist nur möglich, wenn auch im ländlichen Raum vom Individualverkehr auf den Umweltverbund (ÖPNV, Rad, etc.) umgestiegen wird. „*Damit dieser Paradigmenwechsel einerseits vorstellbar und andererseits umsetzbar wird, bedarf es einer* ***Neuverhandlung von ÖV-Erreichbarkeitsstandards****,*“ so STEIN & FRÖLICH (2020; S. 117) in ihrer Studie, die sie in einem Tagungsband des Thünen-Instituts für ländliche Räume präsentierten. Die Studie untersuchte und modellierte die Veränderungsbedarfe im MIV und im Umweltverbund, jeweils für verschiedene Raumtypen unter den Prämissen der aktuellen Klimaschutzziele (siehe Abbildung 97XXX). Zentrale Ergebnisse der Studie waren:

- „*Die Verkehrsleistung im motorisierten Verkehr muss bis ins Jahr 2050 um ein Drittel, d. h. etwa 800 Mio. Personenkilometern pro Tag reduziert werden.*“
- *„Die Verkehrsleistung im Umweltverbund und damit auch im ÖV ist bis ins Jahr 2050 um diese Leistung zu verdoppeln.“*
- *„Maximal wird – in den Großstädten – jährlich ein Prozent der Wege verlagert. In kleineren Städten und im dörflichen Raum wird diese Annahme auf 0,6 bzw. 0,2 % abgeschichtet.“ (STEIN & FRÖLICH 2020: S. 118).*

Wie Abbildung 97 ebenfalls zeigt, muss der Modellierung zufolge der fossile MIV im ländlichen und kleinstädtischen Raum bis 2050 um 10 % reduziert werden. Das Potential, mehr Mobilität durch den „Umweltverbund“ zu ersetzen ist demzufolge im urbanen Raum deutlich größer.

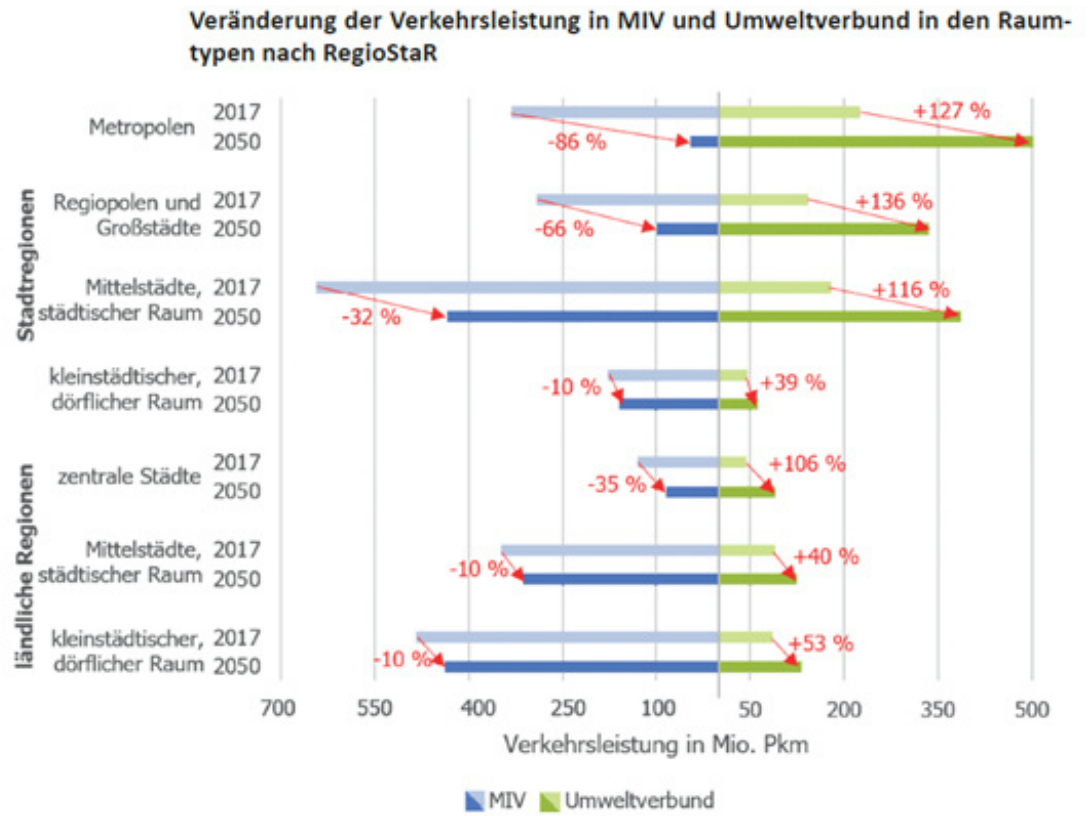


Abbildung 97: Nötige Veränderungen im Mobilitätsverhalten im städtischen und ländlichen Raum in Deutschland zur Erreichung der Pariser Klimaziele. Quelle: STEIN & FRÖLICH 2020 (S. 118); Datengrundlage: KCW GmbH

Steigende Fahrleistungen und Distanzen

Neben der Verkehrsmittelwahl gibt es eine zweite große Herausforderung für die Mobilitätswende auf dem Land: **die tendenziell immer längeren Wege**. Wie Abbildung 98 zeigt, hat sich die durchschnittliche Tagesstrecke in den ländlichen Regionen von 33,4 km (Jahr 2002) um 17,7 % auf 39,3 km (Jahr 2015) erhöht. Da weitere Wege den Energieverbrauch steigern, muss das **Ziel einer Mobilitätswende ebenfalls sein, die Wege zu verkürzen**. Dann wird auch der Wechsel zu den CO_2-neutralen Verkehrsmitteln Fahrrad und Fußgänger, die aufgrund ihres einschränkenden Wirkungsradius bisher eine untergeordnete Rolle in ländlichen Regionen spielen, eine Option. Bislang zeigt die Entwicklung in den ländlichen Regionen Deutschlands leider noch in die entgegengesetzte Richtung.

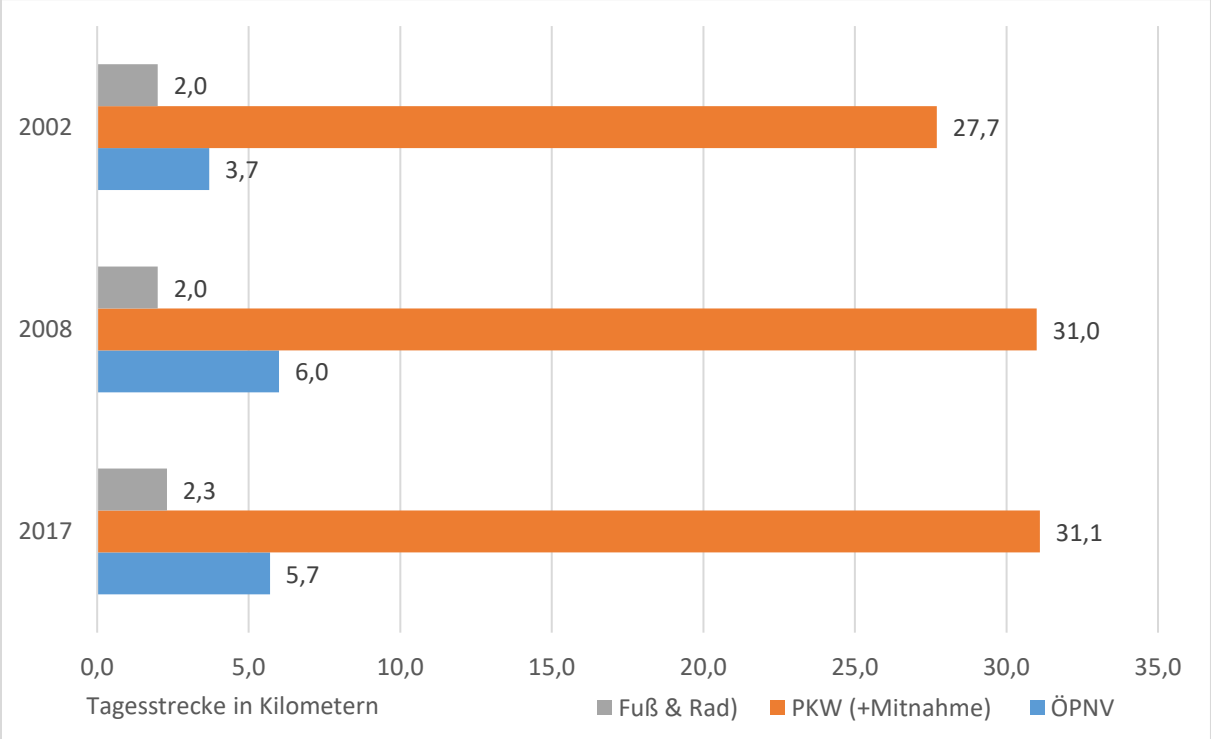


Abbildung 98: Tagesstrecken in Kilometern nach Raumtyp im Cluster „kleinstädtischer, dörflicher Raum" (BMVI 2019)

a) Längere Arbeitswege

Die Arbeitswege für Bewohner*innen ländlicher Regionen sind – wenig überraschend – weiter als für Städter*innen. Im ländlichen Raum liegt die durchschnittliche Pendelstrecke bei 13,2 km, in städtischen Räumen dagegen bei (nur) 8,8 km. Die durchschnittliche Pendeldistanz ist im Zeitraum 2000 bis 2014 um etwa 20 Prozent gestiegen. Das Hauptverkehrsmittel für den Weg zur Arbeit ist dabei über alle Raumtypen hinweg der Pkw (BMVI 2019 S. 55; WEISS 2020). Vereinfacht gesagt liegt die Ursache für die Pendelproblematik an dem **hohen Arbeitsplatzangebot in der Stadt**, dem **billigem Wohnraum auf dem Land** und der den Arbeitsweg subventionierenden **Entfernungspauschale** im Steuerrecht, die einen zusätzlichen finanziellen Anreiz für das Pendeln darstellt.

Das Thema Arbeitsplätze vor Ort ist also nicht nur für die regionale Wirtschaft, das soziale und kulturelle Leben wichtig, sondern prägt auch die Themen Mobilität und Klimaschutz. Unter diesem Stichpunkt ist auch das (Wachstums-)Potential von Home-Office, Co-Working und Shared Offices für den ländlichen Raum zu nennen (*siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung; Zielbereich 5.4: Flexible Arbeitsorte*).

b) Fehlende Nahversorgung

Bei der Nahversorgung, also die zeit- und ortsnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, ist die Lage fast schon dramatisch. Die Anzahl der kleinen Lebensmittelgeschäfte hat sich zwischen 1990

und 2015 um 87 % reduziert (vgl. Abbildung 99). Dabei sind gerade die kleineren Läden von großer Bedeutung für die ländlichen Dörfer, denn sie spielen eine wichtige Rolle für deren Grundversorgung. Größere Läden wie Discounter lohnen sich i.d.R. erst ab einem entsprechenden Einzugsgebiet (je nach Geschäftsmodell). Als Ursache für den Rückgang sind vor allem ungünstige Kostenstrukturen und Lieferkonditionen zu nennen. Der Verlust der Dorfläden führt dazu, dass die meisten Landbewohner*innen beim Einkaufen auf den Pkw angewiesen sind, weil die nächste Einkaufsmöglichkeit zu Fuß oder mit Fahrrad schwer zu erreichen ist. Doch auch wer in einer Kleinstadt wohnt, in der Discounter angesiedelt sind, sieht sich zunehmend mit einer neuen Herausforderung konfrontiert: Dem Rückzug des Einzelhandels in die Gewerbegebiete am Stadtrand. Anstatt sich im alten Stadtkern anzusiedeln, wo Gebäude aufwendig saniert werden müssten, wird der günstige Quadratmeterpreis für einen Neubau auf dem Acker genutzt. Da im ländlichen Raum fast alle mit dem Pkw mobil sind, braucht es nur einen großen Parkplatz, um den Standort am Stadtrand attraktiv zu machen.

Siehe auch: Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung, Ziel 4.3.: Erreichbarkeit der Unter- und Mittelzentren, Ziel 4.6.: Lebendige, attraktive, urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität, Ziel 5.5.: Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung; Sowie Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 14: Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie; Teilstrategie Natur – Analyse: Absatz regionaler Produkte; Zielbereich 38: Landwirtschaft

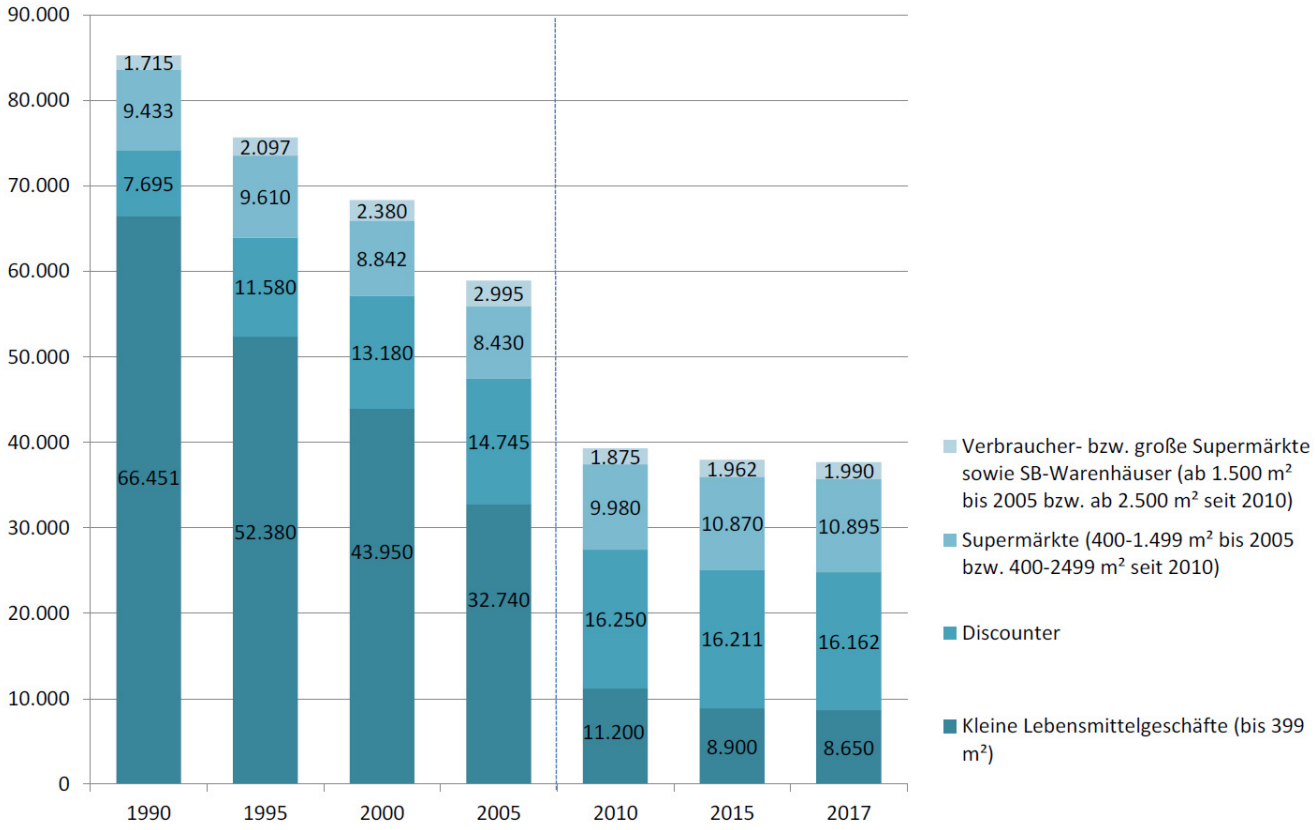


Abbildung 99: Anzahl der Lebensmittelgeschäfte nach Betriebsformen von 1990 bis 2017. Quelle: KOKORSCH & KÜPPER 2019. Erläuterung der Quelle: Verkaufsstellen im Lebensmitteleinzelhandel ohne Spezialgeschäfte und nicht organisierten Lebensmittelhandel. Zwischen 2005 und 2010 hat das EHI Retail Institute die Definitionen der Betriebsformen verändert, sodass hier ein Bruch in der Zeitreihe entstanden ist und die Werte zwischen 2005 und 2010 nur eingeschränkt vergleichbar sind. Dies betrifft vor allem die Verbrauchermärkte, die durch große Supermärkte ersetzt wurden. Diese Betriebsform beginnt aber erst ab einer Verkaufsfläche von 2.500 m² statt vorher ab 1.500 m².

Die Abhängigkeit vom Pkw

Während in den urbanen Zentren die Verkehrswende bereits voranschreitet, sind **ländliche Regionen weiterhin abhängig vom motorisierten Individualverkehr**. Daher werden sie besonders von den politischen Maßnahmen der Verkehrswende betroffen sein. Entscheidend für die **Klimabilanz des Verkehrssektors** sind die **Verkehrsmittelwahl und die Fahrleistung**. Während die Verkehrsmittel

Fahrrad und Fußgänger von Natur aus klimaneutral sind, werden bei der Personenbeförderung mit motorisiertem Verkehr Treibhausgase ausgestoßen. Bei den anderen Verkehrsmitteln zeigt sich aktuell die **Bahn mit 55 g/Pkm** (Gramm je Personenkilometer) am klimafreundlichsten, gefolgt vom **Linienbus mit 80 g/Pkm** und dem deutlich schlechter abschneidenden privaten **Pkw mit 143 g/Pkm** (UBA 2021b; Annahme: Auslastung der Pkws = 1,5 Personen).

Damit wird klar, welche Verkehrsmittel zum Erreichen der Klimaziele gefördert werden müssten. In der Praxis ist dagegen besonders in ländlichen Regionen das Gegenteil zu beobachten. Wie Abbildung 100 zeigt, werden die **Wege in ländlichen Regionen immer weiter** und **dabei zunehmend mit dem Pkw realisiert**, während umweltfreundliche Verkehrsmittel stagnieren.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Bei der Dominanz des Pkw an den Tagesstrecken in ländlichen Regionen verwundert es nicht, dass der Pkw-Besitz hier stetig zugenommen hat: Während sich der Pkw-Besitz in den urbanen Räumen nur geringfügig erhöht hat, war der Zuwachs in den ländliche Regionen in den letzten 15 Jahren stark. So kommen im kleinstädtischen, dörflichen Raum inzwischen mehr als 600 Pkw auf 1.000 Einwohner (so auch im Odenwaldkreis), in Metropolen wie Frankfurt am Main dagegen weniger als 400 Pkw/TEW. (vgl. Abbildung 100, siehe außerdem BMVI 2019: S. 36)

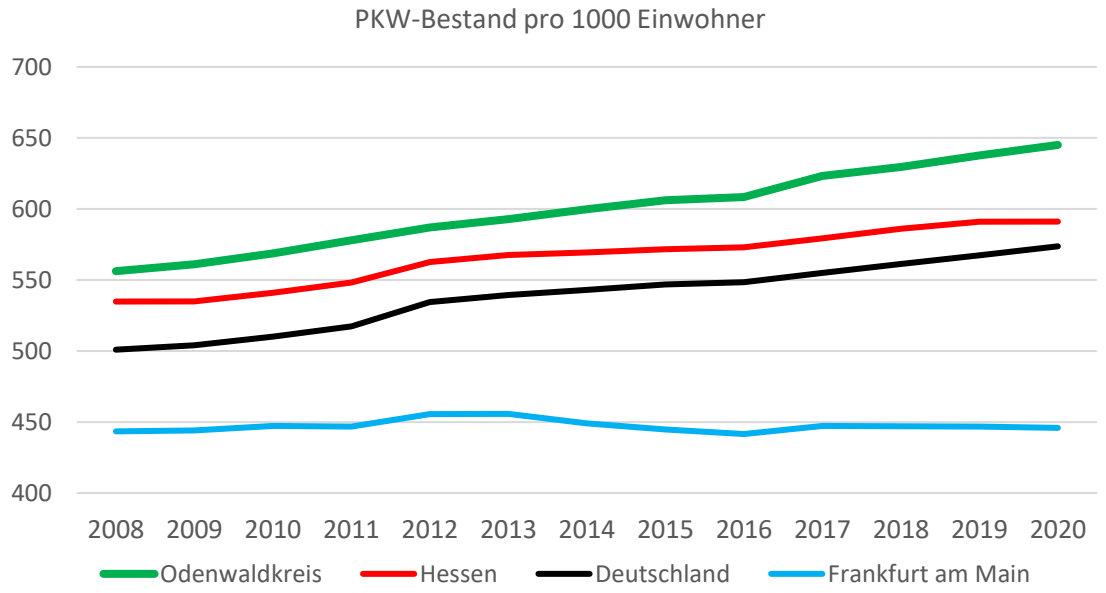


Abbildung 100: Pkw-Bestand pro 1000 Einwohner (Quelle: statistische Ämter des Bundes und der Länder - regionalstatistik.de)

Der Pkw ist aus Nutzersicht das ideale Verkehrsmittel für ländliche Regionen. Negative Verkehrseffekte wie Stau, Parkplatzmangel oder starke Luftverschmutzung sind Probleme der urbanen Räume. Eine Umfrage des ADAC zeigte, dass eine große Mehrheit der Bewohnerschaft ländlicher Regionen zufrieden mit der eigenen Mobilität ist (ADAC 2018). Auch in der Bürgerschaftsbefragung zur Kreisentwicklung zeigte sich, dass der eigene Pkw die mit Abstand häufigste Mobilitätsform ist (vgl. Abbildung 95, S. 195). Die meisten auf dem Land Lebenden besitzen einen eigenen Pkw und sind somit schnell und flexibel an ihren Zielen, was die hohe Zufriedenheit erklärt. Menschen, die nicht eigenständig motorisiert unterwegs sind, können von diesen Vorteilen nicht profitieren und sind auf andere Mobilitätsformen, bzw. wohnortnahe Angebote angewiesen. So erklärt sich auch, dass Mobilität und ÖPNV das am häufigsten genannte Handlungsfeld in der Jugendbefragung zur Kreisentwicklung 2020 war.

Die Selbstverständlichkeit des MIV führte auch im Odenwaldkreis in der Vergangenheit zu einem Städtebau, der stark auf dieses Verkehrsmittel ausgerichtet ist (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung*). Eine Umfrage des Versicherers HUK Coburg (2021) untersuchte, wie die Deutschen ihr Mobilitätsmittel wählen. Demzufoge waren vor allem die Faktoren „Niedrige Kosten“, „Schnell ans Ziel kommen“ und „Hohe Flexibilität“ entscheidend. Bezüglich der Aussage „Grundsätzlich kommen für mich

bei künftiger Anschaffung eines Autos nur noch Elektro-Autos in Frage.“ wurde Zustimmung von 15 % verzeichnet.

Alternativen zum Pkw: ländlicher ÖPNV

Der Trend des steigenden PKW-Besitzes steht den Klimazielen entgegen. Da die Mobilitätswende auch das Ziel hat, die Mobilität dabei nicht einzuschränken, müssen attraktive Alternativen zum PKW geschaffen werden. Aufgrund der weiten Wege in ländlichen Regionen ist hier vorrangig der ÖPNV gefragt.

Doch gerade der ist das Sorgenkind des ländlichen Raums. Unverständliche Tarifsysteme und Fahrpläne, ein dünnes Angebot und fehlende Flexibilität sorgen für ein geringes Ansehen des ÖPNV. In peripheren Regionen ist der ÖPNV teilweise bis auf den Schülerverkehr reduziert. Den eigenen Pkw aufzugeben, um zum ÖPNV zu wechseln, kommt für die meisten Menschen hier nicht in Frage. Auf dem Land ist es über die Jahre zu einer Henne-Ei-Problematik gekommen: Der ÖPNV verzeichnet geringe Nutzung (u.a. wegen des demografischen Wandels, Urbanisierung und steigenden PKW-Besitzes) und reduziert deswegen sein Angebot. Teils war womöglich die Kausalität auch andersherum. Das wiederum führt zu noch geringeren Nutzerzahlen und so weiter.

Besonders deutlich wird dies im Schienenpersonenverkehr (SPV). In den letzten zehn Jahren investierte die Bundesregierung mehr in die Bundesfernstraßen als in die Schieneninfrastruktur. Auf der anderen Seite wurde seit 1990 ein Fünftel des Schienennetzes in Deutschland stillgelegt. Die Bundesstraßen sind somit zur Lebensader der ländlichen Regionen geworden, während stillgelegte Schienen teils der Natur überlassen werden und alte Bahnhäuser verfallen.

Wie Abbildung 101 zeigt, haben in den letzten zehn Jahren die Verkehrsleistungen der Busunternehmen in ländlichen Räumen stetig abgenommen – zu verzeichnen ist ein Rückgang von 27 %.

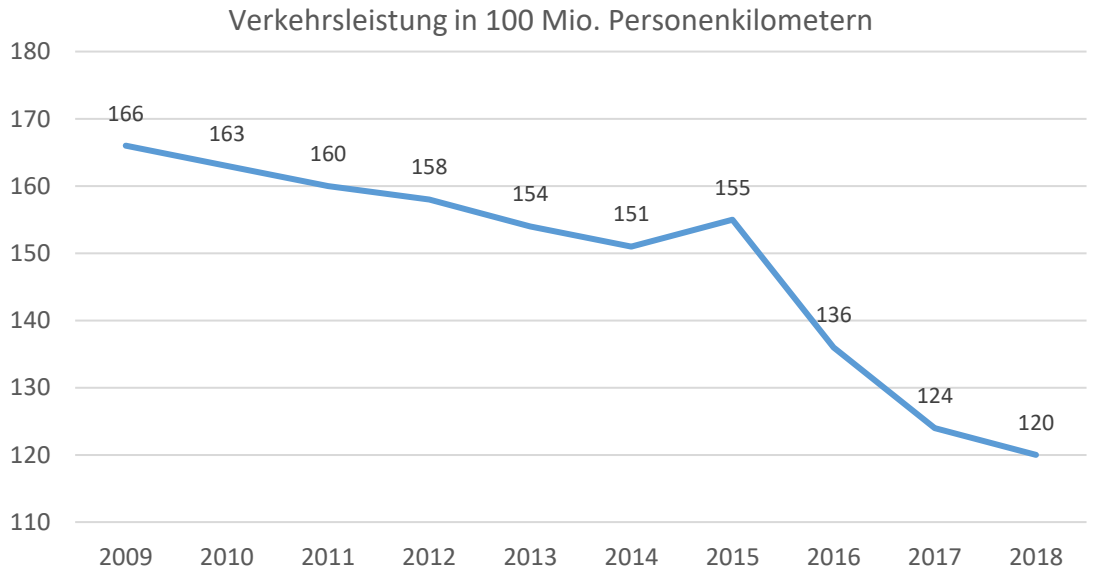


Abbildung 101: Verkehrsleistungen pro Jahr der VDV-Busunternehmen in ländlichen Räumen (Quelle: Weiss 2020 nach VDV Statistikberichten, eigene Darstellung)

Das hier bediente Klischee des ländlichen ÖPNV trifft auf die meisten ländlichen Landkreise in Deutschland außerhalb der urbanen Speckgürtel zu. Der Odenwaldkreis macht hier mit Sicherheit in gewisser Weise eine Ausnahme. Durch die Modernisierung der Odenwaldbahn 2005 bis 2007 und durch eine Angebotsoffensive im straßengebundenen ÖPNV (siehe Nahverkehrsplan 2019–2024) sowie ein ÖPNV-integrierter On-Demand-Verkehr und private Mitnahmefahrten sind hier bereits Voraussetzungen für eine Mobilitätswende geschaffen, die andernorts nicht bestehen. Durch die Modernisierung der Odenwaldbahn konnte eine Fahrgaststeigerung um 50 % erreicht werden. Im lokalen Busverkehr fällt die Bilanz dagegen ernüchternd aus: Nach wie vor sind 80 % der Fahrgäste Schüler*innen und Auszubildende und im Gelegenheitsverkehr entfällt das Gros der Passagiere auf Innerortslinien

(CityBus-Verkehr Erbach-Michelstadt). Der Überland-Linienverkehr ist trotz angebotsorientierter Fahrpläne schwach ausgeprägt.

Die ÖPNV-Vorhaltung im Odenwaldkreis auf der Grundlage des aktuellen Nahverkehrsplans 2019-2024 kostet gegenwärtig ca. 10 Mio. € (OREG 2019). Nur etwa 2,2 Mio. € können als Fahrgelderträge am Markt erzielt werden, das heißt 80 % kommen aus öffentlichen Kassen, v.a. vom Kreis als ÖPNV-Aufgabenträger oder Schulweg-Kostenträger. Die Landeszuwendung für den lokalen Verkehr gleicht nur in etwa das aus, was im Rahmen der verbundweiten Einnahmenaufteilung an den Verbund (RMV) abzuführen ist.

Niemand kann gegenwärtig prognostizieren, was die Verkehrswende kostet und wie die Verteilung auf den Staat und auf Verbraucherschaft aussieht. Tabelle 13 stellt die aktuellen jährlichen Kosten des MIV den 10 Mio. € für den ÖPNV gegenüber. Die Rechnung zeigt, dass jeder zurückgelegte Kilometer der Individualmobilität fast fünfmal mehr kostet als mit dem ÖPNV (Faktor 4,82).

Tabelle 13: Kosten des motorisierten Individualverkehrs und des ÖPNV im Odenwaldkreis. Berechnungsgrundlage: MiD (BMVI 2018), Quelle: OREG

Beispielrechnung

Gesamte regionale tägliche Verkehrsleistung Tag	4.400.000 Pkm	
davon MIV (nur Fahrer) 56 %	2.464.000 Pkm	
Betriebskosten Pkw 0,50 € / Pkm	1.232.000 €	
Externe Kosten Pkw 0,10 € / Pkm	246.400 €	
		1.478.400 € / Tag
		= 540 Mio. € / Jahr

	Gesamt Mobilität nach MiD 2017	**Pkws** (nur Fahrer)	**ÖPNV**
Pkm / Tag	4.400.000	2.464.000	220.000
Pkm / Jahr	1.606.000.000	899.360.000	80.300.000
Kosten / Jahr		540.000.000 €	10.000.000 €
Kosten / Pkm		**0,600 €**	**0,125 €**

neue Mobilitätsdienste – ein urbaner Trend?

Im urbanen Raum hat die Mobilitätswende bereits begonnen und neue Geschäftsmodelle drängen auf den Mobilitätsmarkt. Mit der „***sharing economy***" und „***Ride-Pooling***" werden folgend zwei dieser urbanen Trends auf ihre Übertragbarkeit auf ländliche Regionen betrachtet.

Ein Trend, der den ländlichen Raum schon erreicht hat, ist **Carsharing,** was auch zunehmend im ländlichen Raum verfügbar ist (vgl. WEISS 2020). Die Klimaschutzwirkung von Carsharing ist im Vergleich zu anderen umweltfreundlichen Systemen zwar eher gering, aber die eingesetzten Fahrzeuge sind im Carsharing durchschnittlich wesentlich kleiner und niedriger motorisiert als die Privat-Pkw, was sich wiederum positiv auf die Verbrauchs- und Emissionswerte auswirkt. In einer Gesamtbetrachtung sind neben diesen Verbrauchswerten auch die CO_2-Belastung der Automobilproduktion zu betrachten – die bei geteilter Nutzung geringer ausfallen. Entscheidend für die Klimabilanz ist jedoch, ob Carsharing die Fahrten mit dem eigenen Pkw oder mit dem ÖPNV ersetzt. Für ländliche Regionen kann Carsharing vor allem als Chance betrachtet werden, den Zweit- oder Drittwagen zu ersetzen. Noch ist dieser Effekt aber nicht spürbar, denn der Anteil von Haushalten, die mindestens zwei Pkw besitzen, ist in ländlichen Regionen im Umland von Großstädten stabil geblieben und im kleinstädtischen, dörflichem Raum ist der Anteil von 28 % aus dem Jahr 2002 auf 36 % im Jahr 2017 gestiegen (BMVI 2019: S. 37). Dem

Zweirad-Sharing (Bike-, Scooter-, Kickscooter-Sharing) werden im ländlichen Raum bezüglich der Mobilitätswende keine nennenswerten Potenziale zugeschrieben.

Ride-Pooling, also ÖPNV-Angebote auf Anfrage, könnte zu einer wichtigen Säule der Mobilitätswende auf dem Land werden. Sowohl privatwirtschaftliche Anbieter wie auch öffentliche Verkehrsunternehmen entwickeln und erproben derzeit Ansätze im städtischen und ländlichen Raum. In den Städten muss noch beobachtet werden, ob Ride-Pooling zu mehr Verkehr führt, weil es Bus- und Tram-Fahrten „kannibalisieren" könnte oder die Leerfahrten zusätzlichen Verkehr erzeugen. Für den ländlichen Raum kann Ride-Pooling eine große Chance sein, den ÖPNV effizient auszubauen, indem bedarfsgerechte Angebote und Fahrzeuge geschaffen bzw. eingesetzt werden. Hier ist vor allem politischer Wille gefragt, denn für den rein privatwirtschaftlichen Sektor könnte der ländliche Raum wirtschaftlich zu unattraktiv sein, aber als Teil des subventionierten ÖPNV ergeben sich hier Potenziale. Die Entwicklungen stehen in Deutschland allerdings noch am Beginn und die genauen Potenziale sind unklar. Der Bund hat mit dem Gesetz zur Modernisierung des Personenbeförderungsrechts, das im August 2021 in Kraft tritt, neue Regelungen für Linienbedarfsverkehre und Mobilitätsplattformen geschaffen, die verkehrliche Innovationen erleichtern sollen. Ob diese wirken und ausreichend sind, wird die Zukunft zeigen. Größtes Hindernis ist hier bislang die Rückkehrpflicht für Personenbeförderungsdienstleister, die bewirkt, dass nach jeder Kundenfahrt der Betriebssitz angefahren werden muss.

Der Odenwaldkreis ist hier einen bedeutenden Schritt voraus, denn er verfügt mit „garantiert mobil!" über ein vollständig in den ÖPNV integriertes On-Demand-System, das ÖPNV-Fahrten zur persönlichen Wunschzeit generiert. Darüber hinaus bietet das System auch die Möglichkeit, private Mitnahmefahrten anzubieten und zu buchen (*siehe hierzu weiter unten im Text)*

Automatisiertes Fahren zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Wie schon im Kapitel zum ÖPNV in ländlichen Regionen betrachtet, ist dieser aufgrund der geringen Nutzerzahlen oft unwirtschaftlich. Der Daseinsvorsorgeauftrag stellt aber ebenso in diesen Räumen ein Mindestangebot sicher, auch wenn dieses vom Aufgabenträger hoch subventioniert werden muss. **Autonomes Fahren wird als große Chance für den ländlichen ÖPNV begriffen, da durch den fahrerlosen Betrieb enorme Kosten gespart werden können.** Zum Erreichen der Klimaschutzziele besteht die Chance des autonomen Fahrens darin, das Angebot des ländlichen ÖPNV auszubauen und die Bedienung mit angepassten, effizienten (und CO_2-neutralen) Fahrzeugen durchzuführen.

Automatisiertes Fahren

Bei der 5. Stufe des ,,autonomen Fahrens" haben Fahrzeuge keinen Fahrer mehr – nur noch Passagiere. Neben dem Festlegen von Zielen und dem Starten des Systems ist kein menschliches Eingreifen mehr erforderlich.

*Bei der Stufe 4, dem ,,vollautomatisierten Fahren" wird die Fahrzeugführung vom System übernommen. Falls Situationen auftreten, in denen das System die Fahraufgabe nicht mehr bewältigen kann, wird die Fahrer*in zur Übernahme der Kontrolle aufgefordert. Zudem ist das System in der Lage das Fahrzeug jederzeit in einen risikominimalen Zustand zurückzuführen.*

Diese Funktion fehlt bei der Stufe 3, dem ,,hochautomatisierten Fahren". Das System übernimmt ausschließlich Fahrleistungen wie Bremsen, Lenken, Spurwechsel oder Überholen. Bei Aufforderung des Systems bei Bedarf muss der Fahrer die Fahrzeugführung übernehmen.

Bei der Stufe 2, dem ,,teilautomatisierten Fahren" übernimmt das System Funktionen wie Einparken, Beschleunigen oder Abbremsen, jedoch muss der Fahrer diese überwachen.

Die Stufe 1 ist das ,,assistierte Fahren". Hier wird die Person am Steuer mit verschiedenen Assistenzsystemen, wie z.B. Abstandsmesser, Tempomat oder Spurhalteassistent unterstützt.

Unter Stufe 0 versteht man das nicht automatisierte Fahren – der Fahrer führt also alle Funktionen selbst aus. Lediglich unterstützende Systeme wie zum Beispiel ABS sind vorhanden.

Der Einsatz von Systemen der Stufen 1 und 2 sind laut dem deutschen Straßenverkehrsrecht und den internationalen Vorgaben möglich. Mit § 1a StVG ist zudem auch der von Fahrzeugen der Stufen 3 und 4 ermöglicht worden. Stufe 5, das ,,autonome Fahren", bleibt vorerst auf Parkflächen, die vom übrigen öffentlichen Straßenraum getrennt sind, beschränkt, im Rahmen von „fahrerlosen Parksystemen im niedrigen Geschwindigkeitsbereich".

Quelle: Deutscher Bundestag 2018

Auf dem Weg zum autonomen Fahren werden **sechs Stufen der Automatisierung** definiert (*siehe Textkasten*). Erst auf der letzten Stufe ist das automatisierte System fähig, in jedem Anwendungsfall selbsttätig zu verkehren, ohne dass der Eingriff einer Person gewährleistet sein muss. Lediglich auf dieser Stufe, wenn keine Person am Steuer mehr benötigt wird, wird das automatisierte Fahren für den

ländlichen ÖPNV zum Game Changer. Die Herausforderung im ländlichen Raum besteht allerdings darin, dass insbesondere Landstraßen einen komplexen Anwendungsfall des automatisierten Fahrens darstellen. Während die ersten Autobahnpiloten (der Stufe 4) vermutlich bereits in diesem Jahrzehnt die Marktreife erlangen werden, ist derzeit noch völlig unklar, wann autonomes Fahren auf Landstraßen und im Stadtverkehr möglich sein wird – verschiedene Quellen sind sich hierzu uneinig. Bezüglich Pilotvorhaben schlug das Fraunhofer IAO (Cacilo et al. 2015: S. 260) vor, möglichst Testregionen zu wählen, in denen sowohl Autobahn, als auch Stadtverkehr und Landstraßen geprobt werden können und sich dabei nicht vor hohen Verkehrsdichten zu scheuen. Andere Autoren (z.B. Dangschat 2020: S. 20) wiederum betonen, dass sich gerade Regionen mit geringerem Verkehrsaufkommen für erste Pilotprojekte eignen. Von den Automobilfirmen gibt es bislang noch keine Angaben dazu, wann erste Projekte für Landstraßen starten könnten.

Was bedeutet das für die Mobilitätswende auf dem Land? Wenn autonomes Fahren erst ab 2040 zur Marktreife kommen wird, dann ist der ländliche ÖPNV von einem flächendeckenden Regelbetrieb mit solchen Systemen noch weit entfernt. **Erst wenn das Bus-Fahrpersonal überflüssig wird, lassen sich nach heutigem Verständnis die Betriebskosten senken und das Angebot somit ausbauen**. Für die Klimaschutzziele 2050 wird das autonome Fahren als Baustein für die ländliche Mobilitätswende mit dieser Prognose also wahrscheinlich zu spät kommen. An dieser Stelle sei ebenfalls erwähnt, dass durch das autonome Fahren der motorisierte Individualverkehr gestärkt werden könnte, wenn die Verlagerung von Verkehrsströmen vom ÖPNV auf Einzelbeförderung mit automatisierten Pkw erfolgt.

Abschließend lässt sich daher zu diesem Thema derzeit nur festhalten, dass es gilt, das Potential und die weiteren Entwicklungen im Blick zu behalten. Voraussetzung ist in jedem Fall ein leistungsstarkes Netz – z.B. 5G-Mobilfunk; manche Anwendungsbeispiele hingegen nutzen WLAN entlang der Pilotprojekt-Strecken (ADAC 2021). Auch für andere notwendige Rahmenbedingungen muss frühzeitig gesorgt werden. Aktuelle Pilotprojekte für autonomes Fahren dienen vor allem dem Abbau von Berührungsängsten seitens der Bevölkerung, dem Sammeln erster Erfahrungen seitens der verschiedenen Praxispartner und dem Regionalmarketing (*siehe daher auch Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*)

Sektorenübergreifende Herausforderung

Die Herausforderungen der Verkehrswende sind nicht allein dadurch zu lösen, dass man ein „besseres“ ÖPNV-Angebot plant und auf dessen Inanspruchnahme hofft. Vielmehr gilt es, Mobilität und Raumentwicklung ganzheitlich zu betrachten, denn sie stehen in einer kontinuierlichen Wechselwirkung. Insbesondere sind hierbei zu nennen:

Verkehrsvermeidung
- **wohnortnahe Arbeitsplätze** verkürzen den Arbeitsweg
- eine **örtliche Nahversorgung** mit den Bedürfnissen des täglichen Lebens machen Fahrten in das nächste Zentrum entbehrlich

und **Verkehrsverlagerung**
- Infrastrukturen so zu planen und einzurichten, dass sie mit den **Verkehrsmitteln des Umweltverbundes** (zu Fuß gehen, Radfahren, ÖPNV) erreichbar sind.

Praxisbedeutend wäre dies z.B. für die Einrichtung eines Supermarktes in Innerortslage mit fußläufiger Erreichbarkeit anstatt am Ortsrand oder im Gewerbegebiet, den man nur mit dem Auto anfahren kann. Entschließt man sich dennoch für den Bau des Supermarktes „auf der grünen Wiese“, kann man im Rahmen des CO_2-Fußabdrucks einen Ausgleich dadurch schaffen, dass man den Supermarkt im ÖPNV anbindet und einen Elektrobus einsetzt.

Diese Beispiele zeigen, dass Klimaschutz nicht immer mit Einschränkungen zu tun hat, sondern im selben Zug auch Ortschaften und Innenstädte aufgewertet werden können. In sozialer Hinsicht ergeben sich gleichzeitig Vorteile für Bürger*innen ohne eigenen Pkw.

Verkehrsströme und Mobilitätsbedürfnisse

Die Analyse der tatsächlichen Mobilitätsbedürfnisse – nach jeweiligen Zwecken (Berufsverkehr, Gelegenheitsverkehr, Ausbildungsverkehr), den jeweiligen Zeitfenstern, den gewählten **Verkehrsmitteln**

und den dabei ausschlaggebenden Entscheidungskriterien ist mit konventionellen Mitteln nur schwerlich zu erfassen. Derlei Bemühungen würden umfassende Erhebungen und Befragungen bedeuten. Abhilfe könnte für dieses Problem die Digitalisierung bieten. So gibt es bereits erste Unternehmen, die anonymisierte Mobilfunkdaten zu Gruppen mit ähnlichen Mobilitätsmustern zusammenfassen und so tiefgreifendere Erkenntnisse über deren Mobilitätsbedürfnisse analysieren können – im Einklang mit deutschem und EU-Datenschutzrecht. Derartige Auswertungen würden es ermöglichen, Veränderungen in der Mobilität der Menschen und Veränderungen in der Verkehrsmittelwahl festzustellen.

Die regemäßig fortgeschriebene MiD-Studie (BMVI 2018) enthält hierzu nur Angaben für verschiedene Raumtypen. Um ein regionales Erfolgsmonitoring durchführen zu können, wäre aber eine wesentlich feingliedrigere und ortsbezogene Auswertung des Mobilitätsverhaltens Voraussetzung.

Emissionsfreie Fahrzeuge für einen klimaneutralen Odenwald

Dreh- und Angelpunkt für mehr Klimaschutz im Verkehr sind emissionsarme, bzw. emissonsfreie Fahrzeuge. Dies gilt für Fahrzeuge des Individualverkehrs, aber auch für Busse und Bahnen des ÖPNV. Gerade bei den Bussen hat sich in Bezug auf die Emissionen mit der Abgasreferenz Euro VI bereits viel getan, künftig werden hier aber weitere Fortschritte zu erzielen sein.

Die **Clean Vehicle Directice (CVD)** der Europäischen Kommission legt für die kommenden 10 Jahre Mindestziele für die Beschaffung schwerer Nutzfahrzeuge fest. Demnach müssen bis zum Jahre 2025 10 % und bis 2030 15 % der beschafften Lkw und 50 % (2025) bzw. **75 % (2030) der in Deutschland beschafften Busse den Kriterien für „saubere Fahrzeuge“ entsprechen**. Als „sauberes Fahrzeug“ gilt demnach ein Fahrzeug, das **mit alternativen Kraftstoffen** (Elektrizität, Wasserstoff, bestimmten Biokraftstoffen, Erdgas, Flüssiggas) betrieben wird. Gegenwärtig wird über die Umsetzung in nationales Recht beraten.

Um im Sinne der Klimabilanz positive Effekte zu erzielen, genügt es aber nicht, emissionsfreie Fahrzeuge einzusetzen, es muss auch eine **tatsächliche Verkehrsverlagerung** stattfinden. Dazu wird die Politik auf Bundes- und Landesebene aller Wahrscheinlichkeit nach weitere Maßnahmenbündel aus Anreizen und Restriktionen durchsetzen.

Während mit der Clear Vehicle Directive die Europäische Kommission Druck auf die Mitgliedstaaten ausübt, kurz und mittelfristig zu emissionsfreien Schwerlastfahrzeugen zu kommen, geschieht dies auf dem Sektor der Personenkraftwagen derzeit vor allem durch großzügige Kaufanreize des Staates. Auch das Netz an Ladestationen wird kontinuierlich ausgebaut, 2020 wurde ein Recht für Mieter eingeführt, eine Wallbox auf eigene Kosten zu installieren.

Im Rahmen eines gemeinsamen europäischen Wasserstoffprojekts (sog. Wasserstoff-IPCEI) verkündeten Bundeswirtschafts- und Bundesverkehrsministerium im Mai 2021 die Förderung von 62 Großprojekten in Deutschland, darunter 12 die direkt dem Thema Mobilität zugeordnet werden. Vorangetrieben werden soll die Wasserstoffinfrastruktur von der Produktion mittels erneuerbarer Energien, über die Thematik Transport und Lagerung bis hin zur Entwicklung und Herstellung von Brennstoffzellen-Systemen und Fahrzeugen – Pkws, Lkws und Kommunalfahrzeuge. „Außerdem soll z.B. der Aufbau einer bundesweiten und grenzüberschreitend vernetzten Wasserstoff-Betankungsinfrastruktur gefördert werden“ (BMWi & BMVI 2021). Auch das Land Hessen hat eine eigene Wasserstoffstrategie und fördert verschiedene Modellprojekte, auch im Bereich Verkehr. So gibt es in den hessischen Ballungsräumen bereits erste Busse mit Wasserstoffantrieb. Wann diese Technologie eine stärkere Rolle auf dem freien Markt spielen wird ist hingegen noch offen. 2016 hieß es in der Evaluation der ersten Förderperiode der Strategie des Bundes: „Nach zehn Jahren NIP steht die deutsche Wasser- und Brennstoffzellenindustrie an der Schwelle vom Labor zum Markteintritt.“ (BMVI & BMWE 2017).

Nicht nur die Wasserstoff-Technologie, auch ein Umstieg auf batteriebetriebene Fahrzeuge setzt umfassende infrastrukturelle Rahmenbedingungen voraus, die noch nicht vollständig erreicht wurden:

- flächendeckende öffentliche Ladeinfrastruktur mit einheitlichem und einfachem Zugang
- ausreichende Stromversorgung, auch für Großabnehmer, z.B. Busbetriebe, Müllentsorger
- Strom aus regenerativer Erzeugung zu angemessenen Preisen

ÖPNV und Verkehrswende des Odenwaldkreises

a) Odenwaldbahn

Zentrales Thema in der Verkehrsversorgung des Odenwaldkreises ist die **Odenwaldbahn als Hauptverkehrsachse** zu den Bundesstraßen B45, B47, B460 und B38. Die bereits 2012 angestoßene „Odenwaldbahn-**Vision 2030**“ zur weiteren Modernisierung der Infrastruktur kommt nur sehr zögerlich zur Umsetzung. Daher muss der Odenwaldkreis **kontinuierliche Infrastruktur- und Angebotsverbesserungen auf der Odenwaldbahn** einfordern, um die Attraktivität des Kreises zu sichern und die Verkehrswende zu ermöglichen.

Die **Entscheidung über das künftige Antriebskonzept** der auf der Odenwaldbahn eingesetzten Fahrzeuge ist hierbei von elementarer Bedeutung. Diese Entscheidung soll der „Erbacher Erklärung“ zufolge im Jahre 2023 getroffen werden. Zur Diskussion stehen verschiedene Varianten.

Die mögliche Elektrifizierung der Odenwaldbahn wurde in verschiedenen Szenarien im Rahmen der **Machbarkeitsstudie „Vision 2030“** untersucht:

> *„Für eine Elektrifizierung des gesamten Netzes der Odenwaldbahn sind **Investitionen von bis zu 160 Mio. €** (Preisstand 2016) zu veranschlagen. Sprungkosten ergeben sich in den Bereichen der drei Tunnel, vier Viadukte und der Stahlfachwerkbrücke südlich von Hanau, wo begleitende bauliche Maßnahmen für eine Elektrifizierung erforderlich sind.“ Bereits eine **Teilelektrifizierung** kann aus umweltpolitischen Gesichtspunkten durch das Auslassen der spezifisch teureren Bereiche unter Einsatz von **bi-modalen Fahrzeugen**, die bspw. mit Batterien fahren und sich unter der Oberleitung wieder aufladen, zu einer Reduzierung von CO_2-Emissionen führen.*
> (DB E&C; INOVAPLAN 2020: S. 65)

Das Gutachten empfiehlt, diese Maßnahme parallel mit der Möglichkeit des Einsatzes von Wasserstoff-Triebwagen im Rahmen zukünftiger Förderprogrammen als Perspektive weiter zu verfolgen.

> *„Auf Grundlage von Szenario 6 kann das Elektrifizierungskonzept weiterentwickelt und optimiert werden. In Abstimmung mit DB Energie und einer Simulation des Speisekonzepts sind beispielsweise die Fragen zu beantworten, wie weit aus den bestehenden elektrifizierten Strecken als Stichstrecke ab Darmstadt, Babenhausen oder Eberbach elektrifiziert werden kann und wo ein geeigneter Standort für ein Umrichter- oder Unterwerk liegt. Eingangsgrößen bilden die Streckendaten sowie das Betriebsprogramm mit den Fahrplanlagen und dem vorgesehenen Fahrzeugeinsatz. […] Mit fortschreitender Entwicklung der Batterien und Marktreife von bi-modalen Batterie-Fahrzeugen ist auf Dauer eine Reduzierung der Zusatzkosten anzunehmen. Trotzdem bleiben diese Aufwendungen nicht unerheblich, sodass eine Optimierung aus Reichweite der Fahrzeuge und nicht elektrifizierter Bereiche in weiteren Untersuchungen anzustreben ist“* (ebd.)

Der RMV plante zuletzt für die Planungsperiode 2020-2024, dass die Umstellung des SPNV auf lokal emissionsfreie Antriebe durch eine Elektrifizierung von Strecken, durch **partiellen Batteriebetrieb** oder durch den **Einsatz von Brennstoffzellenantrieb** erfolgen soll. Für eine Elektrifizierung kam demnach u.a. auch **die Odenwaldbahn** in Frage. Bei der Odenwaldbahn wäre zudem zu prüfen, ob Teile des Netzes oberleitungsfrei bleiben können, um überproportionale Kosten und etwaige Konflikte mit dem Denkmalschutz oder dem Bestandsschutz an Kunstbauwerken zu vermeiden. Dies könnte je nach Möglichkeiten der Hybridtechnologie Auswirkungen auf die so realisierbaren Betriebskonzepte haben.

Die **„Erbacher Erklärung“** vom 16.6.2020 fällt in Bezug auf langfristig neue Antriebstechnologien hinter die Machbarkeitsstudie und den verbundweiten Nahverkehrsplan zurück. Dort ist nur die Rede davon, dass der RMV den Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben plane, soweit diese die Anforderungen der Strecke erfüllen und zu angemessenen wirtschaftlichen Konditionen verfügbar sind. **Die Entscheidung über das Fahrzeugkonzept soll demnach im Jahr 2023 fallen**.

Nach dem Koalitionsvertrag auf Bundesebene (der 2021 endet) soll ein umfassendes Förderprogramm zur Elektrifizierung von Bahnstrecken aufgelegt werden. Bis 2025 soll demnach der elektrifizierte Teil des Streckennetzes von zuletzt 60 % auf 70 % steigen (Bundesregierung 2018: Z. 3565). Gemäß Beschluss der Verkehrsminister-Konferenz vom 26.3.2020 soll dazu mit hoher Dringlichkeit ein Verfahren entwickelt werden, mit dem langfristig das für eine Elektrifizierung in Betracht kommende Streckennetz festgelegt wird (Verkehrsministerkonferenz 2020). Seitens des Bundes ist bisher allerdings weder eine Netzkarte zu den vorhandenen elektrifizierten Strecken noch zu den geplanten

Elektrifizierungsvorhaben erstellt worden. Für ein „Gesamtkonzept“ fordert das Land Hessen die Erstellung von Angebotskonzepten in den Nahverkehrsplänen der jeweiligen Verkehrsverbünde.

Der Bund hat zur Umsetzung der Schienenelektrifizierungsstrategie ein Programm mit der Bezeichnung „Bund für Elektrifizierung“ vorgestellt, das aus 4 Säulen besteht: Bedarfsplan Schiene, Bundes-GVFG, Ausbauprogramm „Elektrische Güterbahn“ sowie Förderung „alternativer Antriebe im Schienenverkehr“. Die vom BMVI aufgelegte neue „Richtlinie zur Förderung alternativer Antriebe im Schienenverkehr“ sieht aktuell eine Förderung vor, für die Haushaltsmittel in Höhe von 74 Millionen Euro bis 2024 zur Verfügung stehen.

In einer Kleinen Anfrage des MdL Tobias Eckert (SPD) vom 23.9.2020 zur Elektrifizierung von Bahnstrecken in Hessen wurde nach einem **Gesamtkonzept der Landesregierung zur Elektrifizierung von Bahnstrecken in Hessen** gefragt. Der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage ist zu entnehmen, dass (nach Angaben des RMV als ÖPNV-Aufgabenträger) die Odenwaldbahn auf den Teilstrecken (Landesgrenze -)Erbach-Hanau sowie zwischen Darmstadt-Nord und Wiebelsbach elektrifiziert werden soll. Als Zeitrahmen wird jeweils 12/2027 genannt – dem Zeitpunkt zu dem der Verkehrsvertrag mit der VIAS Rail GmbH ausläuft.

Es ist aktuell noch völlig offen, für welches Konzept eines alternativen Antriebs er sich für die Odenwaldbahn entscheidet. Gemäß der „Erbacher Erklärung“ soll die Entscheidung dazu im Jahre 2023 fallen. Zur Wahl stehen zwei Konzepte:

1. **Die Elektrifizierung** / **Teilelektrifizierung** der Strecke mit dem Einsatz elektrischer oder bimodaler Fahrzeuge. Dazu gibt es in der Machbarkeitsstudie bereits konkrete Voruntersuchungen und entsprechende Kostenbewertungen. Elektrischer Schienenverkehrsbetrieb ist bewährte Technik, soweit es sich um stromführende Oberleitungen oder Schienenfußverkabelungen mit den entsprechenden mit Elektromotoren ausgerüsteten Schienenfahrzeuge handelt. Relativ neu sind bimodale Fahrzeuge, die mit Batterietechnik ausgestattet sind und die über Oberleitungen oder Ladungsinseln geladen werden.
2. **Brennstoffzellenfahrzeuge, die den für den Betrieb benötigten elektrischen Strom mittels Wasserstoff erzeugen.** Wenn es auch bereits zahlreiche Versuchsträger gibt, ist die Technik noch relativ neu und nicht ausgereift. Erfahrungen im Praxisbetrieb wird der RMV auf der Taunusbahn gewinnen, auf der ab 2022 Brennstoffzellenzüge eingesetzt werden sollen. Eine infrastrukturelle und technische Herausforderung sind bislang insbesondere auch Transport, Lagerung und Betankung des äußerst flüchtigen Gases.

Problematisch am geplanten Vorgehen des RMV, die Systementscheidung im Jahre 2023 zu treffen ist, dass dann die verbleibende Zeit bis zum Auslaufen des Verkehrsvertrages der VIAS Rail GmbH im Jahre 2027 kaum ausreichen wird, um die notwendigen, komplexen Betriebsinfrastrukturen in ein konformes Vergabeverfahren zu integrieren. Aus diesem Grund scheint es dann unvermeidlich, dass die neuen Fahrzeuge (egal ob Brennstoffzellenzüge oder elektrisch über zugeführten Strom oder Batterie betrieben) von einer Fahrzeugvorhaltegesellschaft beigestellt werden müssen.

Um eine Systementscheidung bis 2023 treffen zu können, sind umfangreiche Untersuchungen und Bewertungen sowie Abstimmungen zwischen Land und Verkehrsverbund erforderlich. Dass diese zielgerichtet stattfinden, ist aus Sicht des Odenwaldkreises zu beobachten und einzufordern.

In einer Pressemitteilung hat der RMV am 22.03.2021 verkündet, dass unter seiner Mitwirkung ein Konsortium von sieben hessischen Unternehmen der Hessischen Landesregierung **Unterstützung beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft** anbietet (RMV 2021). Hintergrund ist, dass angesichts der **Dekarbonisierung**, d.h. der erforderlichen Abkehr von Kohlenstoff v.a. im Energiesektor, das Land Hessen eine eigene **Wasserstoffstrategie** aufbauen soll. Die Bundesregierung will im Rahmen der im Juni 2020 beschlossenen **Nationalen Wasserstoffstrategie** hier Akzente setzen und **„grünen“ Wasserstoff** fördern. Darauf aufbauend haben einzelne Bundesländer bereits entsprechende Strategiepapiere beschlossen. Die Initiative lässt erkennen, dass der RMV der Brennstoffzellentechnik im Schienen- und Busbereich einen hohen Stellenwert einräumt. Offensichtlich ist diese auch einfacher zu realisieren, da man hier keine Fahrweginvestitionen und demzufolge keine schwierigen Bau- und Finanzierungsverträge mit dem Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen braucht.

b) Verkehrsträger Bus

Das Verkehrsmittel Bus ist mit dem Linienverkehr der Grundpfeiler des regelhaften ÖPNV-Angebots im ländlichen Raum. Hinsichtlich einer Antriebswende besteht eine höhere Flexibilität und regionale Gestaltungsmöglichkeit als bei der Bahn. Hierbei bestehen verschiedene Ansätze (vgl. DER NAHVERKEHR 2021 und NAHVERKEHRS-PRAXIS 2021). Grundsätzlich hat die Entscheidung über zukünftige Antriebstechnologien auf der Odenwaldbahn nichts mit dem Verkehrsträger Bus zu tun. Synergien könnten aber z.B. dadurch entstehen, dass bei einer Entscheidung zu Brennstoffzellen-Fahrzeugen auf der Odenwaldbahn die dazu benötigten Wasserstoff-Tankstellen auch von Bussen genutzt werden könnten, die ebenfalls über diese Antriebstechnologie verfügen. In der Erwartung, dass Brennstoffzellen-Triebwagen der Odenwaldbahn weiterhin in Michelstadt gewartet würden, würde es sich dann anbieten, dort auch eine Wasserstoff-Tankstelle zu errichten, die auch von Linienbussen genutzt wird. Für Busse wäre dann wohl zudem eine weitere Wasserstoff-Tankstelle im Raum Höchst notwendig, um den dortigen Linienverkehrseinzugsbereich abzudecken und um kostspielige Tanktransferfahrten zu vermeiden.

Im Buslinienverkehr ist zudem zu unterscheiden zwischen Standard-Linienbussen des Überlandverkehrs und den Midibussen auf Innerortslinien. Solche Innerortsverkehre sieht der Nahverkehrsplan des Odenwaldkreises im Mittelzentrum Erbach-Michelstadt, in Bad König und im Doppelzentrum Höchst-Breuberg vor. Für Höchst-Breuberg könnte sich in der aktuellen Legislaturperiode eine solche Initiative für einen Innerortsverkehr durchsetzen, während dieses Bestreben in Bad König bedauerlicherweise eingestellt wurde.

Für Midibusse des Innerortsverkehrs macht ein Brennstoffzellenantrieb aus heutiger Sicht wohl wenig Sinn, wohl aber ein batterieelektrischer Antrieb, da die Technik des Elektroantriebs mit Batterieladung für diese Fahrzeuge bereits heute verfügbar ist. Aus Sicht des Umwelt- und Klimaschutzes könnte es auch als besonders dringlich gesehen werden, dort wo man täglich vor allem durch Wohngebiete und Stadtzentren fährt, dieselbetriebe Busse durch Elektrobusse zu ersetzen. Insbesondere für die möglicherweise neu entstehende Linie in Höchst und Breuberg würde sich daher anbieten, schon zur Einführung entsprechende Fahrzeuge zu beschaffen. Die Umstellung des CityBus-Fuhrparks für Erbach-Michelstadt hingegen wäre eher mittelfristig zu bewerkstelligen.

Zentrale Voraussetzung für eine solche Umstellung ist neben der Fahrzeugbeschaffung eine ortsnahe Ladeinfrastruktur. Für Innerortsverkehre wird eine Depotladung über Nacht für ausreichend angesehen. Die Lade- und Speicherkapazität muss dabei so bemessen sein, dass das Fahrzeug einen Tagesumlauf von 300 km mit einer Batterieladung absolvieren kann, ohne dass dabei eine Nachladung erforderlich wird. Entsprechende Ladeinfrastruktur wäre z.B. auf dem Betriebsgelände der Betreiber zu schaffen. Die Machbarkeit ist in einer Studie unter Einbeziehung externer Fachberatung zu klären. Zu berücksichtigen sind Streckenanalyse, Fahrzeugkonfiguration, Ladesystem, Betriebsmanagement, Umweltaspekte und Wirtschaftlichkeit

Für Busse des Überlandverkehrs ist eine eindeutige Festlegung auf einen batterieelektrischen Antrieb (im Gegensatz zu den CityBus-Fahrzeugen) eher schwierig. Das Problem liegt in der Größe der Fahrzeuge, den längeren Fahrstrecken und damit in der Höhe des täglichen Energiebedarfs. Um den Tagesumlauf mit einer Depotladung über Nacht zu gewährleisten, bedarf es eines möglichst großen (und damit schweren) Energiespeichers, was zwangsläufig die Sitz- und Stehplatzkapazität des Fahrzeuges begrenzt. Von daher könnte man auch darüber nachdenken, mit einer relativ kleinen Batterie nur einen Teil der erforderlichen Energie über Nacht im Depot zu laden und den Rest mehrfach verteilt unterwegs mittels „Buffered High Power Charging“ nachzuladen.

Für Überlandbusse gibt es allerdings auch die Möglichkeit des Brennstoffzellenantriebs, der sich derzeit bereits im Praxisbetrieb bei einer Firma in Groß-Zimmern befindet. Hier schließt sich dann der Kreis zur Odenwaldbahn mit einer gemeinsamen Wasserstofftankstelle, wenn auch deren Betrieb auf Brennstoffzellentechnik umgestellt würde. Wenn sich abzeichnet, dass für den Betrieb auf der Odenwaldbahn Brennstoffzellentechnik zum Einsatz kommt, so bietet es sich gerade an, diese Technik auch im Bereich des Überland-Buslinienverkehrs zur Anwendung zu bringen. Eine Systementscheidung bei der Odenwaldbahn ist also vorrangig, sodass bei der Planung von alternativen Busantriebskonzepten nicht doppelgleisig gefahren wird. Auch hinsichtlich des Überlandverkehrs bedarf es einer Machbarkeitsstudie.

c) Bedarfsverkehr

Bei den Produkten des Bedarfslinienverkehrs (RufBus, taxOMobil) besteht aufgrund der individuellen Fahrtbedürfnisse nur ein geringer Besetzungsgrad von 1–3 Personen. Demzufolge ist auch die Klimabilanz im Bedarfsverkehr schlechter als im Regelbusbetrieb, wo Fahrtbündelungen stattfinden. Von daher ist die Umstellung auf Elektroantrieb bei diesen Fahrzeugen, bei denen es sich im Regelfall um Personenkraftwagen (Mietwagen, Taxen) oder Kleinbusse mit weniger als neun Fahrgastplätzen handelt, zielführend. Bei allen eingebundenen Taxi- und Mietwagenunternehmen braucht es somit eine ausreichende Ladeinfrastruktur.

d) taxOMobil – Alternative zum Individualverkehr

Der ÖPNV-Gelegenheitsverkehr zur persönlichen Wunschzeit („on demand“) ist (jenseits der Haupt- und Innerortslinien) **die Alternative zum motorisierten Individualverkehr**. Mit „garantiert mobil!“ ist diese Alternative bereits etabliert und bildet die **neue Form des individualisierten öffentlichen Verkehrs, der zentraler Baustein der Mobilitätswende im Odenwaldkreis ist**. Dieser entspricht bereits heute der **Roadmap 2.0 „digitale Vernetzung“ des BMVI**. Handlungsbedarf besteht noch in zwei Richtungen: Das Angebot muss „rund um die Uhr“ (24 Stunden) zur Verfügung stehen und die Vorlaufzeit für die Buchung (derzeit 60 Minuten) muss deutlich verkürzt werden. Beides kann nur dadurch geschehen, dass auf der operativen Seite der Verkehrsdienstleister (Taxi- und Mietwagenunternehmen) sowohl der zeitliche Bereitschaftsdienst als auch die Anzahl der eingesetzten Fahrzeuge ausgedehnt wird. Wie dies seitens des Kreises verhandelt werden kann steht noch aus.

Auch die im On-Demand-Verkehr („taxOMobil“) einzusetzenden Fahrzeuge sollten mittelfristig emissionsfrei, vorzugsweise mit Elektroantrieb betrieben werden und haben grundsätzlich weniger als neun Fahrgastplätze (Pkw, Minivan). **In der finalen Ausbaustufe wäre das taxOMobil als organisatorischer Rahmen für eine Flotte autonomer Fahrzeug** vorstellbar., denn Information, Buchung und Bezahlung erfolgen bereits heute digital über Web und App (Informations- und Buchungsportal odenwaldmobil.de). Dieses Szenario ist von Anbeginn mitzudenken und als Chance zu begreifen. Mit entsprechenden Pilotprojekten lässt sich dies frühzeitig umsetzen – allerdings noch nicht gegenwärtig.

e) Regionale ÖPNV-Infrastruktur zur Verkehrswende

Die Dekarbonisierung des Verkehrssektors erfordert auch ein Handeln des Odenwaldkreises im Rahmen seiner Möglichkeiten und Zuständigkeiten. Für den Bereich des straßen- und schienengebundenen ÖPNV ist es demnach konsequent, sich **als Kreis darauf festzulegen**, **dass künftig anzuschaffende ÖPNV-Fahrzeuge emissionsfrei sein sollten**.

Darüber hinaus gilt es außerdem, die Verkehrsunternehmen in diesem Umstrukturierungsprozess einzubinden. Andernfalls droht bei Neuausschreibung die Feststellung, dass man kein geeignetes Unternehmen in der Region findet; Unternehmen von außerhalb der Region können aber logistisch und wirtschaftlich kaum ein ähnliches Preis-Leistungsverhältnis bieten. Die Schaffung von Infrastruktur, egal ob es sich hier um Ladeinfrastruktur für Elektrobusse oder um eine Wasserstofftankstelle handelt oder die Neueinrichtung von Betriebshöfen und Werkstätten betrifft, erfordert ein hohes Maß an Fachkompetenz und erhebliche finanzielle Anstrengungen. Damit vorhandene Infrastruktur und Know-How für die Region nicht verloren gehen, gilt es, beides den Anforderungen der Verkehrswende anzupassen. Die vorhandenen Partner müssen also diesbezüglich gefördert und frühzeitig bei absehbaren Schritten eingebunden werden. Eine Umsetzung dieser Anforderungen ist anzustreben durch eine Festschreibung im Nahverkehrsplan und einem Ausgleich der Mehrkosten bei den Betreibern nach den Regeln des öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Mitnahmefahrten

Seit dem Start von garantier mobil! 2017 können im Odenwaldkreis neben den Bussen, Rufbussen und dem TaxOMobil auch private Mitnahmefahrten angeboten und gebucht werden. Die durchschnittliche Zahl der Mitfahrer bei privaten Pkw-Fahrten zu erhöhen trägt zu einer verbesserten CO_2-Bilanz dieses Verkehrsmittels bei (Gramm je Personenkilometer). Mitnahmefahrten können außerdem den Takt und das Streckennetz des ÖPNV ergänzen und bieten Mobilität zu sehr geringem Preis. Im Pendlerverkehr

können Mitnahmefahrten zu einer geringeren (Schadstoff-)Belastung der Hauptverkehrsachsen beitragen. Potential für die höhere Mobilität von Personen ohne eigenen Pkw bieten Mitnahmefahrten insbesondere zu Randzeiten (v.a. spät nachts – betrifft dann auch diejenigen, die zwar Autofahren könnten, aber es an diesem Abend nicht möchten). Somit ergibt sich auch ein Mehrwert für die Freizeitqualität junger Menschen in der Region.

Eine Studie der Universität Kiel (DÜNCKMANN & KÜHL 2020) zeigte, dass sich bei Mitnahmesystemen in ländlichen und kleinstädtischen Räumen zu selten Übereinstimmungen zwischen Fahrenden und Fahrtwünschen ergeben. Zentral für die Bildung von Fahrgemeinschaften ist die Verlässlichkeit des Zielerreichens und des Zurückkommens. Weitere Grundlagen für Bedenken sind mangelnde Flexibilität und der Koordinationsaufwand. Trotzdem zeigten sich in der Befragung 58 % der Teilnehmer als grundsätzlich aufgeschlossen gegenüber Mitfahr-Modellen. 60 % der Befragten gab an, dass dies nur als Option in Frage kommt, wenn Fahrer und Mitfahrer sich vorab bereits kennen.

Unabhängig von Systemen und Apps, die Mitnahmefahrten fördern finden diese am häufigsten im Familienverband oder unter Freunden und Kollegen statt.

> „*Fahrgemeinschaften mit Freunden und Bekannten werden primär in der Freizeit praktiziert. Sie gelten als selbstverständlich und werden als sinnvoll und erstrebenswert angesehen, sofern es im Verhältnis zu den empfundenen Umständen steht. Dabei werden die Fahrgemeinschaften als Hilfe unter Freunden oder auch als gemeinschaftliches Ereignis erlebt. […] Arbeitswegbezogene Fahrgemeinschaften werden allgemein als sinnvoll, jedoch nicht praktikabel betrachtet […] Gelingen Fahrgemeinschaften, so sind diese meist auf ausgewählte Wochentage oder auf einzelne Ereignisse beschränkt. Auch sind es primär Fahrgemeinschaften unter befreundeten Kolleg*innen oder Nachbar*innen.*“
> (DÜNCKMANN & KÜHL 2020: S. 56)

Ausschlaggebend für die Bildung von Fahrgemeinschaften ist also Vertrauen und Bekanntschaft. Der Zweck von Mitnahmefahrten geht über die bloße Mobilität hinaus und hat auch ein soziales Element. So wird insbesondere bei gemeinsamen im Freizeitverkehr die Fahrt bereits zum Teil der Freizeitaktivität. Bekanntschaften können im Rahmen von Fahrgemeinschaften gepflegt werden oder auch entstehen.

Für das Mitfahr-System im Odenwaldkreis lässt sich demnach folgendes ableiten:

- Vertrauen unter Fahrenden und Mitfahrenden ist zentral für die Nutzungsbereitschaft. Hierzu ist bereits ein Bewertungssystem implementiert.
- Gemeinsame Reiseziele bieten einen Direktanschluss für die Mitfahrenden. Ein Ansatz, der dieses Ziel, bzw. den Reiseanlass in den Mittelpunkt stellt, bietet also Potentiale. Eine Verknüpfung mit dem Veranstaltungskalender der Odenwald Tourismus GmbH könnte dies ermöglichen. Auf den Seiten einzelner Veranstaltungen könnte eine Verknüpfung zur Mitfahr-Plattform gesetzt werden. Somit könnte es möglich werden, Fahrten vom Ortsteil zur Veranstaltung anzubieten oder als Mitfahrer teilzunehmen.
- Eine Verbindung mit ehrenamtlichen Patientenfahrten oder Begleitfahrten z.B. für Demenzkranke bietet außerdem Potential im Bereich der *Teilstrategie Gesundheitsversorgung.*

Nahmobilität

In der Nahmobilitäts-Strategie des Landes Hessen von 2019 (HMWEVW 2019) bekennt sich die Landesregierung dazu, „die politischen, juristischen und finanziellen Rahmenbedingungen zur Förderung der Nahmobilität weiter zu verbessern“ (ebd. S. 11).

Als grundlegendstes aller Verkehrsmittel wird zunächst das Zu-Fuß-Gehen betrachtet, dessen Bedeutung auch in der Nahmobilitätsstrategie des Landes große Bedeutung zukommt. Faktoren die für Attraktivität dieses „Verkehrsmittels“ entscheidend sind, sind hier unter anderem:

- Flächendeckende und aufeinander abgestimmte **Beschilderung und Wegeführung** mit einheitlichen Standards, guter Lesbarkeit sowie eine Digitalisierung für Navigationssysteme: „*Zu Fußgehende sind besonders „Umwegesensibel“. Daher ist die Planung und Realisierung von Fußverkehrsnetzen und -routen für unterschiedliche Wegezwecke und Zielgruppen ein wichtiges Element zur Förderung des Fußverkehrs.*“ (HMWEVW 2019, S. 32)
- **Straßenraumgestaltung**: Fußverkehr wird vor allem attraktiv in einer schönen und sicheren Umgebung, die auch Verweilplätze mit Aufenthaltsqualität bietet. Eine besonders hohe Bedeutung

kommt Knoten- und Umstiegspunkten zu – sowohl hinsichtlich der Leistungsfähigkeit als auch der Sicherheit eines Verkehrssystems. Daher ist ihre Gestaltung entscheidend für die Attraktivität des Rad- und Fußverkehrs. Bei anstehenden Sanierungsarbeiten kann die Absenkung von Bordsteinen oder das Anlegen von Radspuren teils mit recht geringem Aufwand erreicht werden. Nach der neuen Richtlinie für die Anlage von Stadtstraßen RASt 06 werden Straßen von außen nach innen geplant (ebd. S. 30). Das bedeutet, dass zunächst die Bedürfnisse von Fuß- und Radverkehr beachtet werden. Die „Restfläche" wird dann für den motorisierten Verkehr geplant. Aus der Perspektive der Stadtentwicklung ist Aufenthaltsqualität ein wichtiges Element, um einen Ortskern als Zentrum des Einzelhandels und des gesellschaftlichen Lebens zu erhalten. Voraussetzung dafür ist, Fußgängern ein hohes Sicherheitsgefühl zu geben und den fließenden und ruhenden Verkehr so zu regeln, dass der Standort zwar erreichbar, aber nicht vom Pkw-Verkehr dominiert ist. So könnten beispielsweise Parkplätze vermehrt in Zentrum-Nähe statt *im* Zentrum errichtet werden. Hochwertig gestaltete Laufwege zwischen Parkplätzen und Ortskernen führen dazu, dass diese weniger als Ärgernis wahrgenommen werden, sondern eher als Teil eines insgesamt angenehmen Aufenthalts im Ortskern. Als ein Beispiel kann das Mittelzentrum Eppingen bei Heilbronn betrachtet werden, wo mit einem zentrumnahen Parkhaus ein wichtiger Baustein für eine attraktive und lebendige Innenstadt geschaffen werden konnte. Auch die Wichtigkeit des Themas Barrrierefreiheit für eine zeitgemäße Straßenraumgestaltung findet zunehmend Berücksichtigung, was künftig noch stärker der Fall sein sollte. *Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich 25.: Barrierefreiheit, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung.*

Als weiteres Verkehrsmittel des Bereichs Nahmobilität spielt, gerade im ländlichen Raum, vor allem das Fahrrad eine wichtige Rolle. Grundsätzlich geht man im Alltagsradverkehr davon aus, dass Strecken bis zu 5 km gut mit einem Fahrrad zu bewältigen sind und der Verkehr bei dieser Distanz vom Auto auf das Fahrrad verlagert werden kann. Durch unterstützende E-Antriebe werden auch Entfernungen bis 10 km interessant für eine Verlagerung. Insbesondere in der Mittelgebirgs-Landschaft des Odenwaldes kann mit elektrischer Unterstützung die Alltagstauglichkeit des Fahrrads gegenüber dem Pkw enorm gesteigert werden. Im Odenwaldkreis werden von verschiedenen Stellen Radrouten ausgewiesen und beworben, jedoch hat dies zumeist eher einen touristischen Hintergrund; Wegenetze für den Alltagsverkehr haben etwas andere Anforderungen. Jedoch wurden auch in der touristischen Perspektive teils schlechte Wegequalitäten im Odenwaldkreis bemängelt.

Im Zusammenhang mit dem Ausbau von Radschnellwegen hat das Land Hessen 2020 das Rad-Hauptnetz Hessen definiert. Die Strecke ab Gammelsbach (Fortsetzung nach Eberbach vorgesehen) über Erbach, Michelstadt, Groß-Umstadt und weiter nach Dieburg ist als Rad-Hauptroute enthalten. Im Kreisgebiet handelt es sich bei der Strecke im Wesentlichen um den Verlauf des hessischen Radfernwegs R4. Für die Radwegenetze auf kommunaler Ebene bedarf es eine ergänzende, strategische Planung.

Zu diesem Zweck fördert das Land Hessen die Erstellung von Radverkehrskonzepten. Diese sollen Politik und Verwaltung als Entscheidungsgrundlage zur Erstellung von Investitionsprogrammen und die Bereitstellung von Haushaltmitteln dienen. Die umliegenden Landkreise Darmstadt-Dieburg (bereits seit über 15 Jahren), Bergstraße und Miltenberg haben bereits ein solches Konzept. Bei Radverkehrskonzepten unterscheidet man die der Kreise (beinhaltet Verbindungen der Städte, Gemeinden und Ortsteile untereinander) und die der Kommunen (stellen die Verbindungen von wichtigen Zielen (Schulen, Freizeiteinrichtungen) innerhalb einer Kommune dar). Erbach und Michelstadt haben bereits ein gemeinsames Konzept erstellt, das im Bereich der Kernstädte teilweise auch beschildert ist. Auch Höchst hat seit 2018 ein solches Radverkehrskonzept, das im Rahmen des IKEK (Integriertes Kommunales Entwicklungskonzept) erarbeitet wurde.

Am 23. November 2020 wurde dem Odenwaldkreis für die Erstellung eines Radverkehrskonzeptes eine 80 %-Förderung nach der Förderrichtlinie Nahmobilität des Landes Hessens bewilligt. Nach dem Ausschreibungsergebnis belaufen sich die Projektkosten auf insgesamt 99.000€. Der Auftrag an ein Fachbüro wurde im April 2021 erteilt und im Mai starteten die Arbeiten am Konzept. Radverkehrskonzepte beschäftigen sich in erster Linie mit dem Alltagsradverkehr. Radtourismus kann daneben betrachtet werden, spielt aber eine untergeordnete Rolle. Ein entsprechendes Radverkehrskonzept ist zwingend mit dem bestehenden ÖPNV-Angebot zu verknüpfen, da hier starke Berührungspunkte bestehen. Sowohl im Freizeitverkehr als auch in Aspekten des Berufspendelns können beide Mobilitätsformen voneinander profitieren. In einem Radverkehrskonzept wird der mittel- bis langfristig angestrebte

Zustand des Radwegenetzes festgelegt. Es wird ein Zielnetz definiert. Die dazu erforderlichen Maßnahmen werden mit den entsprechenden Kosten dargestellt. Unter den Maßnahmen erfolgt eine Prioritätensetzung, die sich an der möglichen Nutzerzahl, der Umsetzungsmöglichkeit und den Kosten orientiert. Die für die Umsetzung Verantwortlichen (Bund, Land, Kreis, Gemeinde) werden benannt. Klargestellt sei an dieser Stelle, dass man mit einem Radverkehrskonzept nur ein Papier in der Hand hat und tatsächliche Verbesserungen nur über einen weiteren Mitteleinsatz erfolgen können. Allerdings ist ein Radverkehrskonzept regelmäßig Voraussetzung für eine Förderung für den Ausbau von Radwegen oder auch deren Beschilderung.

Ein weiterer Faktor, der die Radnutzung begünstigen kann, ist das Vorhandensein geeigneter Rad-Abstellanlagen. Grundsätzlich für den öffentlichen Raum verantwortlich sind hier die Kommunen. Der Odenwaldkreis unterstützt die Verbreitung von qualitativ hochwertigen Abstellanlagen auch in Zusammenarbeit mit Unternehmen im Kreis. Ein solches Projekt wird durch das Klimaschutzmanagement des Odenwaldkreises betrieben, wobei auch auf eine einheitliche Beschilderung und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit geachtet wird. Die attraktive Gestaltung der Bahnhöfe und deren Umfeld, was auch sichere Abstellanlagen einschließt, liegt in der Hand der Verkehrsverbünde (HMWEVW 2019: S. 21).

Zur Erhaltung von guten Fahrradwegen existiert eine Meldeplattform-Radverkehr (www.meldeplattform-radverkehr.de) die unter Umständen zu einer schnelleren Mängelbeseitigung beitragen kann.

Neben den bereits erwähnten und teils in der Umsetzung befindlichen Radverkehrskonzepten fördert das Land auch sogenannte Nahmobilitäts-Checks. Bei diesen wird Radverkehr und Fußverkehr gemeinsam betrachtet. Dabei wird auch das Thema Barrierefreiheit ins Auge gefasst. Z.B. wurde die Erstellung einer solchen Kurz-Studie für die Stadt Kronberg bei Gesamtkosten von 24.000€ mit 14.000€ Fördergeldern unterstützt.

Die Nahmobilitätsstrategie des Landes Hessen weist auch auf den Bedarf an Fortbildung hin. Als Zielgruppen werden einerseits Schulen (auch im Sinne der Verkehrserziehung) andererseits vor allem kommunale Akteure genannt. Ziel der Strategie ist, das Thema Nahmobilität stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und mit dem nötigen Know-How zur Umsetzung zu untermauern. Aus diesen Gründen wurde auch die Akademie für Nahmobilität ins Leben gerufen. Auf den Seiten der Arbeitsgemeinschaft Nahmobilität Hessen (https://www.nahmobil-hessen.de/) ist außerdem eine Best-Practice-Sammlung zu finden.

ÖPNV-Struktur, Finanzierung und ergänzende Angebote

a) Entkopplung des Schülerverkehrs

Die Struktur des ÖPNV in der Form des klassischen Linienverkehrs ist reformbedürftig. Vor allem die Integration des Schülerverkehrs, mit der man seit den 1970er Jahren versucht, dem ÖPNV in der Fläche eine finanzielle Basis zu verschaffen, wirkt durch die Komplexität der dadurch entstehenden Fahrpläne einer Attraktivität für Gelegenheitsnutzer entgegen.

Der Schülerverkehr könnte vom ÖPNV entkoppelt werden. Dieser findet dann ausschließlich in der Form des Freistellungsverkehrs statt (gesonderte Beförderung der Schüler*innen auf Grundlage FrStllgV). Prämisse ist eine grundsätzliche Sitzplatzgarantie und die **Erreichbarkeit aller Schulstandorte des zuständigen Einzugsbereichs** sowie eine **Abstimmung der schulischen Stundenpläne** auf die jeweiligen Beförderungskapazitäten. Ein **ganztägig wirtschaftlicher Busumlauf** könnte erreicht werden, wenn dieser stärker mit der bereits bestehenden Schulzeitenstaffelung abgestimmt wird. Im Idealfall wäre dies zu erzielen, wenn Anfahrten zu der 1., 2. und 3. Schulstunde sowie Rückfahrten nach der 4., 5., 6., 8., 9. und 10. Schulstunde erfolgen.

b) Reformbedürfnis der ÖPNV-Tarife

Mit Blick auf die Strukturen der Verkehrsverbünde ist die Frage zu diskutieren, welche Zukunft diese Strukturen noch haben. Um den Komplex der Tarifzuständigkeit hat sich in den 25 Jahren des RMV ein ziemlich undurchsichtiges Geflecht der Einnahmenaufteilung gebildet, das zusammen mit der unter-

schiedlichen Verantwortung für den Busverkehr unauflösbar scheint. Es ist eine Bürokratie an Meldungen und Testaten entstanden, die keinen echten Mehrwert bringen, außer einer immer stärkeren Festigung einer zentralen Steuerung durch die Verbundgesellschaft.

Daher wäre aus Sicht des Odenwaldkreises eine **Reform des Verbundvertragswerks** anzustreben und eine grundlegend **neue Finanzierungsstruktur zu schaffen.** Dies ist aber an sich schon eine große Aufgabe, was unter den Wirrungen der Corona-Krise gegenwärtig noch schwieriger wird. Andererseits könnte die Krise auch Bewegung in vorhandene Strukturen bringen.

Ebenso reformbedürftig ist der RMV-Tarif. Nur durch Druck des Landes Hessen hat es für bestimmte Zielgruppen (Schüler, Senioren) Flatrate-Tickets gegeben. Eine immer wieder propagierte Tarifstrukturreform (Roadmap Tarif) hat es nie gegeben und wird es wohl auch nicht geben, solange der Verbund auf seine Tarifhoheit besteht. Die lokale Ebene, die auch die Einnahmeverantwortung trägt sollte sinnvollerweise auch die Möglichkeit haben, die Einnahmen zu steuern. Dass der Wabentarif ein überkommenes Relikt aus der Hochzeit der Verkehrsverbünde ist, ist mittlerweile weitgehend unbestritten. Heute liegt der Blick auf **attraktiven Flatrate-Tickets** und auf einem **Luftlinientarif**, der über Smartphone buchbar ist. Der RMV hat bislang leider in Sachen Tarifgestaltung keinerlei lokale Spielräume geöffnet. Darunter leiden v.a. die Landkreise. Die bestehende Einnahmenaufteilung stellt streng genommen nichts anderes als einen Finanzausgleich zwischen ländlichen Landkreisen und Ballungsraum dar – zum Nachteil der Kreise.

Der Verkehr in der Fläche braucht eine auskömmliche Landesfinanzierung. Das ist aktuell in den RMV-Strukturen leider nicht gegeben. Ein Problem ist auch, dass wesentliche Mobilitätsleistungen aktuell nur über den RMV-Webshop vertrieben werden. Dies steht einer umfänglicheren Nutzung der garantiert mobil!-App entgegen. Es ist nicht erkennbar, wie durch großräumige digitale Lösungen ortsspezifische Anforderungen erfüllt werden können. Die Mobile-App ist daher das zentrale Marketinginstrument für Mobilität im Odenwaldkreis

Mobilität hat ihren Preis. Das gilt für die individuelle Mobilität mit dem eigenen Auto wie auch für die öffentliche Mobilität, die von ÖPNV-Aufgabenträgern im Rahmen der Daseinsvorsorge bereitgestellt wird. Je nach der Rolle des Betrachters sind dabei auch die Grenzen zwischen Kosten und Preisen flüssig. Beim eigenen Auto verbindet man mit den Kosten zumeist die Betriebskosten, lässt dabei aber außer Betracht, dass der Betrieb auch externe Kosten verursacht, z.B. Umweltschäden oder Unfallfolgen. Beim ÖPNV hat man in erster Linie den Ticketpreis im Auge und verkennt, dass die ÖPNV-Bereitstellung weit höhere Kosten versursacht, die der Staat, d.h. der Steuerzahler aufbringt. In beiden Bereichen sind also die tatsächlichen Kosten größer als die offensichtlichen Kosten.

Für die Mobilitätswende braucht man ein transparentes System von Kosten und Preisen, von Anreizen und Regulativen, das auch von den Bürgern verstanden und akzeptiert wird. Bislang kommt bei der Bevölkerung nur die Botschaft an, dass (die individuelle) Mobilität teurer wird, weil die Dekarbonisierung des Verkehrs Geld kostet. Es kommt jedoch nicht an, welche Vorteile man hat, wenn man auf ein Elektroauto umsteigt oder ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel benutzt. Es gilt also:

- Ein transparentes, faires und verständliches Preissystem für den ÖPNV aufzubauen, das den ländlichen Raum nicht benachteiligt, sich also an Entfernungen und Fahrzeit orientiert, nicht an der Entfernung zu den Oberzentren.
- KfZ-Besteuerung die den tatsächlichen externen Effekten der Nutzung entspricht, also der Abnutzung von Straßen und Infrastrukturkosten sowie den tatsächlich ausgestoßenen Schadstoffen – also in absoluten Zahlen, nicht relativ zur Fahrzeugmasse.
- Transparenz im Kostenvergleich – Hilfe beim Vergleich der tatsächlichen Gesamtkosten je nach den individuellen Mobilitätsbedürfnissen könnte ein entsprechendes Online-Tool bieten.

Hier zeigt sich, dass die Lösung der meisten Probleme zum Großteil nicht in der Hand des Odenwaldkreises liegt. Für ein umfassendes Verständnis der Problematiken sind sie hier aber trotzdem aufgeführt.

c) Von der Ortschaft ins Zentrum on demand

taxOMobil-Fahrten zur persönlichen Wunschzeit können im reformierten System die neue Form des individualisierten öffentlichen Personennahverkehrs bilden. Zum Einsatz kommen ausschließlich elektrisch betriebene Großraumtaxis mit bis zu 6 Sitzplätzen, barrierfreiem Zustieg und ausreichend Platz für Rollstühle, Rollatoren und Kinderwagen.

d) Linienverkehr nur auf den Haupt- und Innerortslinien

Mit Blick auf die Wirtschaftlichkeit und die bestehenden flexiblen Angebote wäre es sinnvoll, den fahrplangebundenen Linienverkehr auf Haupt- und Innerortslinien zu beschränken, dort allerdings auf einem deutlich höherwertigen Qualitätsniveau:

- Halbstundentakt Mo-Fr 5-22 Uhr, Stundentakt am Wochenende
- zum Einsatz kommen Comfort-Busse mit WLAN; dies ist zu Betrachten in der Konkurrenz des Komforts mit dem MIV.
- Sitzplatzbuchung, kein Vertrieb in den Fahrzeugen, Online-Tickets obligatorisch, Entfall des Bargeldhandlings und der Abrechnung.
- Weitreichender Infektionsschutz in den Fahrzeugen
- keine Beförderung von Schülern

e) Integrierte Planung und Betrieb

Zur Umsetzung der Verkehrswende im Odenwaldkreis gilt es, Themen der Nahmobilität, insbesondere auch die Verkehrsmittel Fahrrad, E-Bike und Pedelec, stärker integriert zu denken und zu planen. Den tatsächlichen Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung entsprechend (*siehe hierzu Analyse-Unterkapitel Mobilitätsströme und Mobilitätsbedürfnisse*) könnten dann ÖPNV, Radwege und Anlagen, die einen reibungslosen Umstieg ermöglichen, geplant werden. Zu letzteren können beispielsweise Park-and-Ride und sichere Fahrradabstellanlagen gezählt werden.

Die weitreichendste Form der Zusammenarbeit in diesen Bereichen wäre die Zusammenführung dieser Aufgaben bei einer einzigen Organisation. In deren Zuständigkeit würde dann auch das Betreiben einer App als Daten- und Buchungsplattform für alle Arten von Mobilität im Odenwaldkreis fallen.

f) Mobile-App zur Organisation der täglichen Mobilität

Die Analyse der tatsächlichen Mobilitätsbedürfnisse und das digitale Informations- und Buchungssystem bilden als systemische Einheit die Grundlage für eine künftige Mobile-App, also für eine Fortentwicklung der „garantiert mobil!“-App. Anspruch sollte sein, eine Plattform von so hoher Praktikabilität und Nutzerfreundlichkeit zu schaffen, dass jede und jeder im Odenwaldkreis die App auf seinem Smartphone hat und darüber seine persönliche tägliche Mobilität organisiert. Zusätzliche Funktionalitäten ergeben sich aus den anderen Unterpunkten dieses Kapitels.

g) MobilitätsSharing sichert multimodale Wegeketten

Um multimodale Wegeketten zu ermöglichen wird es nötig, in allen Verkehrsstationen Elektroautos und E-Bikes zur Verfügung zu stellen, die über dieselbe Mobilitätsplattform gebucht werden können. Die Fahrten mit solchen Carsharings können auch als private Mitnahmeangebote ins System eingestellt werden – die Fahrstrecken werden in der Regel ohnehin von einer Mobilitätsstation zu einer anderen führen, sodass ein anschließender Umstieg möglich ist.

h) Logistik und Lieferdienste – CargOMobil

Die Mobilitätsplattform könnte im Ausbau auch für die Organisation von Auslieferungen des örtlichen Handels nutzbar gemacht werden. Mit einem intelligenten System, das möglichst viele Händler und Kunden zusammenbringt steigt die Effizienz; insbesondere, wenn vermieden werden kann, dass Ortschaften mehrfach am Tag durch Kurierdienste angefahren werden müssen.

i) Mobilitätskonto

Weiter oben wurde bereits dargestellt, dass der bestehende **Verbundtarif** in seiner heutigen Gestaltung als Grundlage für die **Bepreisung von Mobilität** erkennbare Schwachstellen hat. Mindestens für den Bereich des Binnenverkehrs, d.h. der Verkehrsbeziehungen, die innerhalb des Odenwaldkreises stattfinden, sollte deshalb künftig ein anderes System der Bepreisung angewendet werden. Darüber hinaus ist zu hinterfragen, ob in Zukunft noch Fahrkarten gegen Bargeld verkauft werden müssen. Stattdessen

kann Information und Vertrieb bereits heute vollkommen digitalisiert über die **Mobilitätsplattform** stattfinden.

Um eine Kostenstruktur zu erzielen, die dazu führt, dass der ÖPNV eine attraktive Alternative zum eigenen Pkw ist wäre folgendes Szenario denkbar:

- Jeder Bürger*in im Alter von über 18 Jahren erhält auf seinem Mobilitätskonto ein Mobilitätsguthaben über ein Kontingent von 5.000 Personenkilometern (Pkm, ergibt sich aus zurückgelegten Kilometern mal die Anzahl der Personen). Zur Finanzierung dieses Guthabens erhält er vom Odenwaldkreis einen Odenwaldmobil-Mobilitätspass im Wert von 365 €.
- Aktiviert werden kann das Mobilitätsguthaben nur, indem der Kunde den gleichen Betrag auf sein Mobilitätskonto einzahlt. Ihm stehen dann 5.000 Pkm im Wert von 730 € zur Verfügung (0,146 € / Pkm).
- Kund*innen können auf ihren Mobilitätspass ein Upgrade von weiteren 5.000 Pkm zum Preis von 600 € oder 10.000 Pkm zum Preis von 1.000 € buchen. Bucht jemand die max. Leistung von 20.000 Pkm, kostet das 365€+600€+1000€= 1.965 € und er erhält einen Zuschuss des Odenwaldkreises von 365 €. Mit diesem Paket kann dann unbegrenzt gefahren werden, d.h. für mehr als 20.000 Pkm fallen keine zusätzlichen Kosten an.
- Buchen können Kund*innen über die Mobilitätsplattform dann alle Beförderungsleistungen: Fahrt im Linienbus, taxOMobil-Fahrt, Mitnahmefahrt, Inanspruchnahme eines CarSharing-Autos oder eines E-Bikes an der Verkehrsstation.
- Alle Beförderungsleistungen könnten auf Grundlage von Pkm bepreist und über das Routingtool des Buchungssystems abgerechnet werden. Eine zusätzliche Vertriebstechnik wäre nicht erforderlich.
- Für bestimmte Beförderungsleistungen bei denen eine Passagierbündelung stattfindet (Linienbus, Mitnahmefahrt) könnten CO_2-Bonuspunkte einen zusätzlichen Anreiz geben. Diese könnte man wiederum entweder in Pkm-Guthaben umwandeln oder an Ladesäulen beim Stromtanken einlösen

Dieses Modell ist in der vorliegenden Fassung natürlich „nur“ ein Konzept. Dessen Praxistauglichkeit ist noch näher zu verifizieren und setzt unter Umständen Anpassungen in den Details voraus. Unterdessen führt Baden-Württemberg bereits auf Landesebene ein vergleichbares Modell ein: dort können Kommunen eine Nahverkehrsabgabe erheben, deren Mittel in Form von Mobilitätsgutscheinen zurück an die Bürger fließen und vom Land aufgestockt werden. Anspruch ist dabei, dass die Taktung erhöht und die Bedienzeiten ausgedehnt werden (MINISTERIUM FÜR VERKEHR BADEN-WÜRTTEMBERG 2020).

Lokale Verantwortung und externe Einflüsse

Die Verkehrswende ist politisch zu gestalten. Im Zeichen verschärfter Klimaschutzziele wird der Bund im Rahmen seiner Zuständigkeit von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch machen. Möglicherweise sind daher Reformen zu erwarten zu höchst umstrittenen Themen wie:

- die Beschränkung der Höchstgeschwindigkeit auf Autobahnen
- der Abbau von Subventionen (z.B. Besteuerung von Dieselkraftstoff, Kerosin)
- der Wegfall der Pendlerpauschale
- die Einführung fahrleistungsabhängiger Straßenbenutzungsgebühren für alle Kraftfahrzeuge
- die Anhebung des CO_2-Preises
- die Förderung batterieelektrisch angetriebener Fahrzeuge

Der motorisierte Individualverkehr wird sich verteuern, zumindest, was Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren angeht. Mit staatlichen Förderprogrammen soll der Umstieg auf Elektromobilität und damit auf klimaneutrale Antriebsenergie gefördert werden (Voraussetzung: regenerative Energieträger können dafür genutzt werden). Dadurch werden Lenkungseffekte eintreten, bei denen allerdings derzeit niemand weiß, zu welchem Ergebnis sie führen, d.h. wie sich daraus das Mobilitätsverhalten auf dem Land ändert. Der Transformationsprozess von Kraftfahrzeugen mit Verbrennungsmotoren zu batterieelektrisch angetriebenen Fahrzeugen wird nicht ohne Kollateralschäden bleiben. Es besteht die Gefahr, dass viele Menschen nicht in der Lage sein werden, diesem Prozess zu folgen und auf Elektromobilität umzusteigen, so dass sie potentiell von Mobilität ausgegrenzt werden. Dies trifft v.a. die Landbevölkerung, wo das ÖPNV-Angebot vielfach keinen entsprechenden Ersatz bietet. Im Odenwaldkreis könnten hier andere Bedingungen greifen, weil hier ein On-Demand-ÖPNV bereits etabliert ist.

Bei der Mobilitätswende sehr darauf zu achten, dass bei diesem Transformationsprozess die Mobilität der Menschen im Odenwaldkreis erhalten bleibt. Es muss der Grundsatz gelten: **öffentliche und private Verkehrsmittel stehen im Einklang**. Wer sich kein Kraftfahrzeug leisten kann oder will, muss die Möglichkeit haben, für seine tägliche Lebensgestaltung auf öffentliche Verkehrsmittel zurück zu greifen. Dabei darf es keine Einschränkungen geben. **Öffentliche und Individual-Mobilität sollten auch grundsätzlich ein vergleichbares Preis-Leistungsverhältnis haben**, wobei auch externe Kosten berücksichtigt werden sollten**.** Das bedeutet in der Konsequenz u.a. eine Abkehr vom starren (und aus ländlicher Sicht völlig überkommenen) ÖPNV-Tarifsystem.

Mit Steuermitteln wird derzeit im Odenwaldkreis ein hervorragendes ÖPNV-System finanziert, wobei nur mäßiger Erfolg reklamiert wird. Während die Forderung nach einem Ausbau des ÖPNV immer lauter wird, wird dabei häufig verkannt, dass bei mehr Fahrten noch lange nicht die Nachfrage und die Nutzung „mitwächst“, die Kosten aber steigen. Die ÖPNV-Branche ist gut und die Digitalisierung hat dem System einen Innovationsschub gebracht. Aber im Autoland Deutschland ist der ÖPNV nur das Verkehrsmittel „vierter Wahl“ (s. Modal Split). Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die meisten Haushalte einen Pkw besitzen und die Nutzung noch immer vergleichsweise billig ist. Das könnte sich ändern, wenn die Politik die gesetzten Klimaziele mit konsequenten Handlungen verfolgt. Auch die Industrie bleibt nicht untätig. Mit Hochdruck wird an dem Transformationsprozess zur Elektromobilität und auch an neuen Vertriebsmodellen gearbeitet, z.B. dem Auto-ABO. Mit „Mobility as a Service“ wird darauf verzichtet, ein eigenes Auto zu besitzen und somit ist man auch nicht derartig vorrangig auf diese Mobilitätsform festgelegt.

IV. Straßenverkehr

Sicherheit

Der Odenwaldkreis nimmt Aufgaben der Verkehrssicherung im Rahmen seiner gesetzlichen Pflichten wahr. Die jeweils zuständige Straßenverkehrsbehörde (je nach Straße die Kommune oder der Kreis) identifiziert Unfallschwerpunkte anhand der Informationen, die sie von der Polizei über den Umweg der Landesbehörde HessenMobil erhält. Anschließend stimmen diese drei Akteure (bzw. vier, wenn Kommune und Kreis beteiligt sind) sich bezüglich zu ergreifender Maßnahmen ab, um den Unfallschwerpunkt zu entschärfen. Die Straßenverkehrsbehörde hat hierbei die Entscheidungsgewalt, in der Regel werden aber einvernehmliche Lösungen gefunden.

Einen Überblick über die Entwicklung der Unfallzahlen geben Abbildungen 102 und 103. Weder aus der Bürger*innenbeteiligung, noch aus der Statistik gehen Handlungsbedarfe hervor, die über die bestehenden Arbeitsabläufe und die rechtlichen Pflichten hinausgehen.

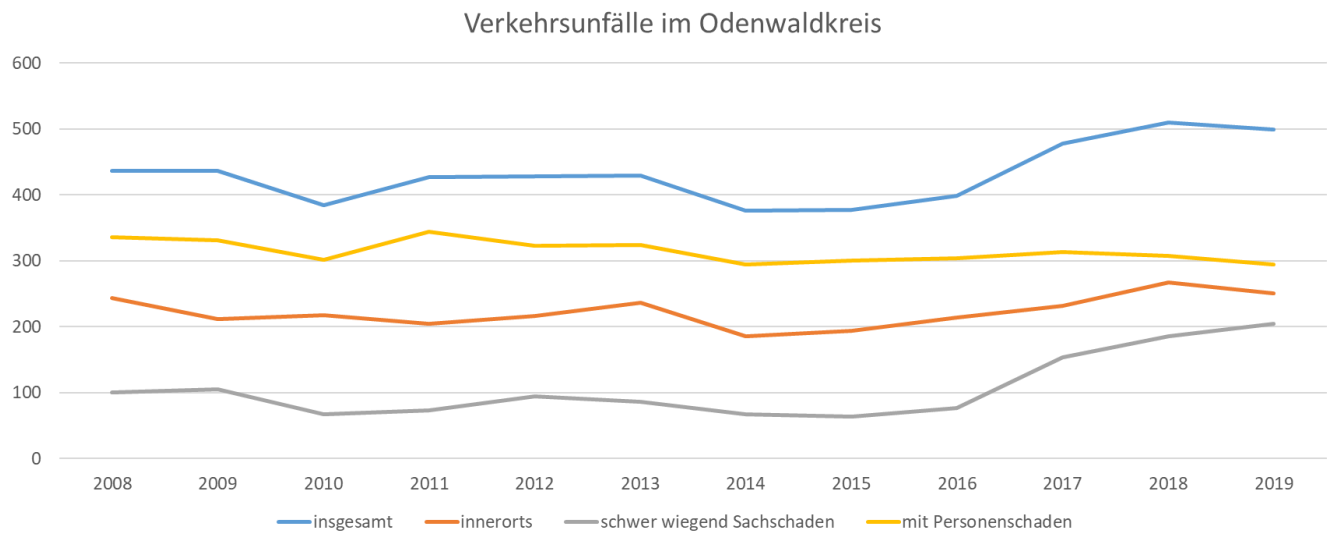


Abbildung 102 Verkehrsunfälle im Odenwaldkreis Quelle: Hessische Gemeindestatistik

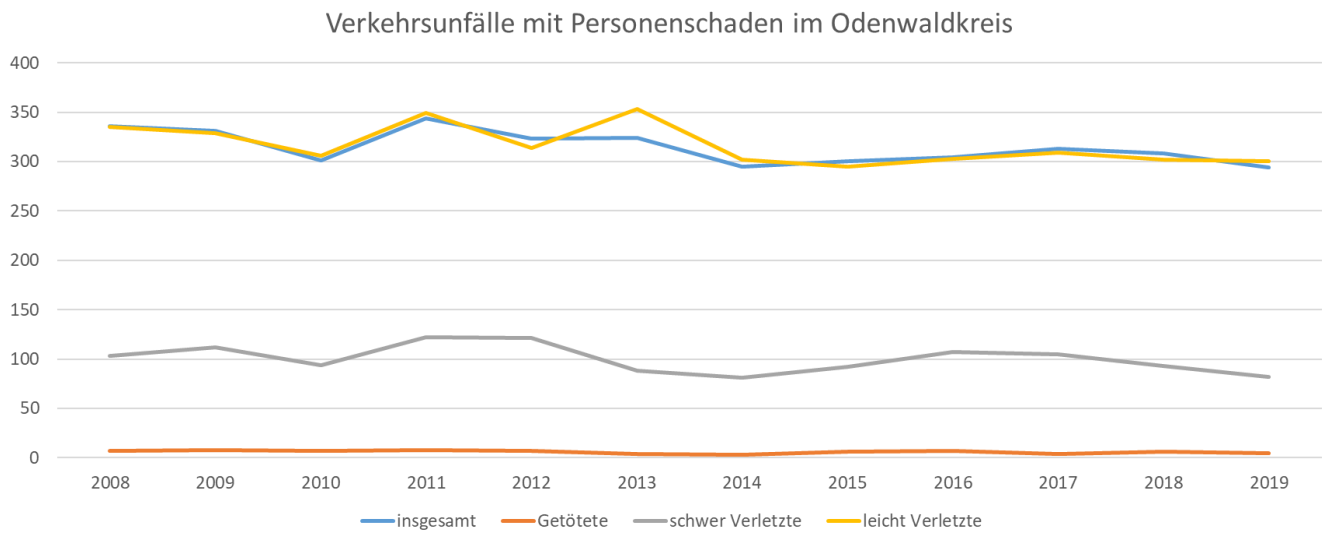


Abbildung 103 Verkehrsunfälle mit Personenschaden Quelle: Hessische Gemeindestatistik

Kapazitätsgrenzen

Ein großer Vorteil des Autofahrens im ländlichen Odenwaldkreis ist trotz der oft weiten Strecken, die zurückzulegen sind, das vergleichsweise vorfallsfreie, entspannte Vorankommen auf den Straßen. Nur vereinzelt stößt die Straßeninfrastruktur an ihre Grenzen. Das betrifft zum einen die durchaus städtische Auslastung der zentralen Verkehrsadern – insbesondere zu Stoßzeiten. Zurückzuführen ist dies natürlich auf die zunehmende Pkw-Nutzung (*siehe weiter oben in dieser Teilstrategie*). Zum anderen kommen manche Nebenstrecken an die Grenze des Machbaren hinsichtlich des Befahrens mit den immer größer werdenden Lkws und landwirtschaftlichen Maschinen. Für den Wirtschaftsstandort Odenwaldkreis, insbesondere für Verkehre innerhalb der Region, stellt dies ein potentielles Hindernis dar.

Zu den zentralen Verkehrsachsen im Odenwaldkreis gehören die B45, die B38, die B460 sowie die B47. Während der Verkehrsfluss auf den meisten Landstraßen allein von der Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer abhängig ist, ergeben sich vor allem auf der B45 Unterschiede in Abhängigkeit von den Stoßzeiten.

Bestrebungen für einen verbesserten Verkehrsfluss stehen bei den Überland-Kreuzungen im Konflikt mit Sicherheitsbedenken. Im Laufe der letzten 20 Jahre wurden an besonders unfallgefährdeten Kreuzungen vermehrt Ampelanlagen errichtet. Verbesserungen des Verkehrsflusses wurden beispielsweise mit dem streckenweisen dreispurigen Ausbau der B45 erzielt. Aktuell halten sich die weiteren Verbesserungsmöglichkeiten leider stark in Grenzen, was auf eine Mischung aus topographischen Schwierigkeiten, finanziellen Restriktionen und naturschutzrechtlichen Bedenken zurückzuführen ist.

Einen einfachen Einblick zum innerstädtischen Verkehrsfluss der B45 erhält man unter Rückgriff auf die Daten von Google Maps. Google zeigt eine Fahrzeit von 6 bis 12 Minuten für die Strecke zwischen Michelstadt / Stadtring und Lauerbach / Im Dorf. Für die Gegenrichtung beträgt die Zeit 6 bis 14 Minuten. Beide Berechnungen gelten jeweils für einen Werktag bei einer Abfahrtszeit um 8.00 Uhr morgens. Je nachdem, wie gut man durch die Ampelschaltungen und den Verkehr kommt, kann also die Reisezeit über 100 % vom Minimal-Wert abweichen.

Diskutiert wurde für die Ortsdurchfahrt Michelstadt ein vierspuriger Ausbau der Kreuzungsbereiche, jedoch wurde dies von den Anwohner*innen sowie daraufhin von den städtischen Gremien aufgrund der Lärmschutzproblematik abgelehnt. Auch die Jahrzehnte langen Bestrebungen für den Bau einer Ortsumgehung um Erbach scheiterten 2011 insbesondere am Widerstand einer eigens gegründeten Bürgerinitiative. Wichtigste hierbei vorgebrachte Argumente waren:

- Beim überwiegenden Teil des Verkehrs in Erbach und Michelstadt handelte es sich einer Untersuchung zufolge um Binnenverkehr (also Ziel- und Quellverkehr), weshalb der angestrebte Entlastungseffekt für die jetzige Ortsdurchfahrt in Erbach angezweifelt wurde.

- Das bereits 1992 abgeschlossene Linienbestimmungsverfahren wurde daher in Frage gestellt und eine weiträumigere Umfahrung, die Michelstadt einschließt, gefordert.
- Das Kosten-Nutzen-Verhältnis wurde kritisiert und in Frage gestellt
- Es wurde eine Zunahme von Maut-Ausweichverkehr und des Transit-Verkehrs befürchtet
- Die Linienführung würde zu nah an der Wohnbebauung der Sophienhöhe entlangführen, weshalb eine verlängerte Tunnelführung gefordert wurde. Das hätte wiederum die Kosten in unvertretbare Höhe steigen lassen.
- Wertverluste für die betroffenen Hauseigentümer
- Lärm- und Abgasentwicklung an den Tunnelausfahrten
- Unzumutbare Beeinträchtigung der Anwohner während den einige Jahre andauernden Bauarbeiten

Im Ergebnis wurde das Vorhaben aus dem Bundesverkehrswegeplan herausgenommen und das bereits begonnene Planfeststellungsverfahren wurde eingestellt. Stattdessen wurde daraufhin die B45 Ortsdurchfahrt Erbach insbesondere im Bereich der Grundschule baulich umgestaltet und die Lichtzeichenanlagen wurden mit modernen Steuergeräten ausgestattet und überarbeitet. Der ebenfalls vorgesehene Umbau einiger Erbacher Knotenpunkte in Kreisverkehrsplätze scheiterte leider – in erster Linie an den Platzverhältnissen.

Des Weiteren finden sich außerhalb des Odenwaldkreises weitere Probleme mit übermäßigem Verkehrsaufkommen, die auch für die zahlreichen Berufspendelnden mit Wohnsitz im Kreis relevant sind. In diesem Zusammenhang engagiert sich der Odenwaldkreis auch bei Fragen zu einem vierspurigen Ausbau der B45 zwischen Groß-Umstadt und Dieburg sowie einem Ausbau bzw. einer Ummarkierung dieser Straße am Semder Kreuz. Zudem unterstützt der Odenwaldkreis die Initiative der Ortsumgehung Groß-Bieberau der B38. Konkrete Überlegungen gehen dahin, sich an den Planungskosten bzw. deren Vorfinanzierung zu beteiligen, gemeinsam mit den betroffenen Kommunen und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg.

Eine weitere Straßenbau-Bestrebung ist eine Ortsentlastungstangente am östlichen Ortsrand von Hainstadt (Breuberg). Ziel ist es, dadurch die Ortsdurchfahrt (B426) zu entlasten. Diese wird von 8.000 Fahrzeugen und 800 Lkws täglich sehr stark genutzt. Aus diesem Grund ist die Ortsentlastungstangente eine Notwendigkeit zum Schutz der Anwohnerschaft. In absehbarer Zeit werden die zähen Verhandlungen mit Grundstückseigentümer*innen hoffentlich beendet sein.

Lärmschutz

Der Lärmaktionsplan Hessen (RP DARMSTADT 2020) ist das wichtigste Werkzeug für den Lärmschutz im Land. Zuletzt wurde 2020 eine Fortschreibung veröffentlicht, die auch einige Konsequenzen für den Odenwaldkreis hatte. Konkret wurde an manchen Stellen der B45 innerorts eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 eingeführt. An anderen problematischen Stellen werden zum Anwohnerschutz Lärmschutz-Fenster und andere Maßnahmen gefördert.

Gerade an Durchgangsstraßen liegt somit die Handlungsfähigkeit zur Verkehrsberuhigung nicht in erster Linie bei den Kommunen. Der Schutz von Anwohnerschaft und Fußverkehr wird in der Lärmaktionsplanung auch abgewogen mit Bedürfnissen der Mobilität und des Verkehrsflusses. Da Durchgangsstraßen auch ihren wichtigen Zweck als Transportweg erfüllen müssen, empfiehlt es sich für die Stadt- und Verkehrsplanung, eine attraktive Ortsmitte in der Nähe, aber doch abseits davon vorzusehen, soweit möglich. Mit systematischer Parkverkehrsleitung und Fußwegeführung lässt sich diese dann auch per Pkw erschließen (*siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Analyse – Aktive Ortszentren*).

Zum **Motorrad-Lärm** ist der Plan leider nur begrenzt wirkungsvoll:

> „*So sind beispielsweise Verkehrsbeschränkungen für Motorradfahrer aus Lärmschutzgründen deswegen so schwierig rechtssicher anzuordnen, da die von einer Straße ausgehenden Lärmimmissionen gemäß den Richtlinien für Lärmschutz an Straßen (RLS-90) in einem Berechnungsverfahren ermittelt werden, bei denen Motorräder wie Pkw gewertet werden. Überdies wird in dem Berechnungsverfahren auf eine Durchschnittslärmbetrachtung bezogen auf das gesamte Kalenderjahr abgestellt.*“ (RP DARMSTADT 2020): S. 44)

Im Hinterkopf zu behalten ist, dass der Odenwaldkreis gerade aufgrund seiner engen, kurvigen Straßen für Motorradfahrer*innen als besonders reizvoll gilt. Ein Ausbau der Verkehrswege steht also nicht im

Widerspruch zum Lärmschutz. Im Gegenteil: das besonders laute Aufheulen mit hohen Umdrehungen geschieht vor allem bei der Beschleunigung aus einer Kurve heraus.

Im Lärmaktionsplan 2020 werden auch die regionalen Initiativen gegen das Problem der Motorradlärmbelastung aufgeführt:

> *„Im Odenwaldkreis hat sich Anfang 2019 eine Arbeitsgruppe „Motorradverkehr" gegründet. Der Arbeitsgruppe gehören Vertreter*innen von vier Kreiskommunen, der Polizei und der Straßenverkehrsbehörde des Odenwaldkreises an. Die Arbeitsgruppe hat sich nach Aussage der Straßenverkehrsbehörde vor dem Hintergrund des im Kreisgebiet starken Motorradverkehrs gebildet. Der starke Motorradverkehr führt zum einen zu Verkehrssicherheitsproblemen wie schweren Unfällen, aber auch Beschwerden anderer Verkehrsteilnehmer*innen über gefährliches und rücksichtsloses Fahren. Darüber hinaus beklagen sich viele Anwohner an besonders beliebten Motorradstrecken über erhebliche und unerträgliche Lärmbelästigungen durch den Motorradverkehr. In dem Zusammenhang weist die* Straßenverkehrsbehörde *daraufhin, dass es sich bei den bevorzugten Motorradstrecken größtenteils um Straßen mit einer geringen Verkehrsbelastung handelt. Verstärkt wird die Lärmbelästigung durch die Tatsache, dass es sich bei den Motorradausfahrten fast ausschließlich um Freizeitaktivitäten handelt, die an klimatisch schönen Wochenenden, Feiertagen und Abendstunden ausgeübt werden. Der Lärm trifft dann die sich verstärkt im Freien aufhaltenden und Erholung suchenden Anwohner. Zielsetzung der Arbeitsgruppe ist, die Verkehrssicherheit zu verbessern und den massiven Lärmbelästigungen der Anwohner entgegenzuwirken. Folgende Maßnahmen wurden umgesetzt:*
> - *Bei der Zulassung/Umschreibung von Motorrädern erhalten die Halter der Fahrzeuge von der Polizei erstellte Informationsbroschüren zum sicheren und leisen Fahren.*
> - *Seit dem Frühjahr 2019 führt die Polizei verstärkt – nahezu an jedem Wochenende und sehr häufig in den Abendstunden – Kontrollen im Odenwald durch. Neben der Überwachung der Einhaltung der Verkehrsvorschriften (Geschwindigkeit, Überholverbot) erfolgen auch technische Kontrollen von Motorrädern.*
> - *Insbesondere bei den technischen Kontrollen ist festzustellen, dass die Zahl unzulässiger Manipulationen an Auspuffanlagen gegenüber dem Kontrollstart rückläufig ist.*
> - *Am 18. August 2019 veranstaltete die Polizei einen Motorradaktionstag im Odenwald zu den Themen „Erhöhung der Verkehrssicherheit" und „Reduzierung von Lärm".*
> - *Im Juni 2019 wurde von den Städten und Gemeinden des Odenwaldkreises in Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidium Südhessen und der Verkehrswacht Odenwaldkreis eine Plakataktion mit dem Appell an ein rücksichtsvolles und leises Motorradfahren initiiert. Die Plakate wurden im Verlauf der beliebten Motorradstrecken und den Zufahrtsstraßen in das Kreisgebiet angebracht."*
>
> (RP DARMSTADT 2020: S. 539 f.)

Darüber verspricht der Lärmaktionsplan weitere Untersuchungen zu dem Vorschlag, den UNESCO **Geopark Bergstraße-Odenwald als „ruhiges Gebiet**" auszuweisen. Hierzu soll aber zunächst die Entwicklung einer Gesamtlärmkarte durch das Hessisches Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) abgewartet werden, um geeignete Flächen im Einvernehmen mit den Kommunen identifizieren zu können (ebd.).

Anhand der **Beteiligungsformate** können ab 2022 sowohl Bürgerschaft als auch die Kommunen Stellungnahmen zur für 2025 anstehenden Neuauflage abgeben. Insbesondere in Mossautal hatten sich für die dritte Runde des Lärmaktionsplans bereits Stimmen aus der Bürgerschaft geäußert, deren Beschwerden insbesondere zum Motorradlärm auch aufgenommen wurden.

Sogenannte **Lärmblitzer** wurden in den Diskussionen um die Motorradlärm-Problematik wiederholt erwähnt. Grundsätzlich könnten diese eine deutlich höhere Kontrolldichte bewirken. In Genf und Paris werden solche Geräte bereits probeweise eingesetzt. Hannover übernahm in Deutschland eine Führungsrolle und prüfte nach einem Ratsbeschluss die Umsetzbarkeit solcher Anlagen in Deutschland. Leider ergab diese Prüfung erhebliche Schwierigkeiten (vgl. LANDESHAUPTSTADT HANNOVER 2020): Weder existiert eine gesetzliche Grundlage, noch steht fest, wer für die Kontrolle in diesem Bereich verantwortlich wäre. Außerdem existieren für Fahrzeuge mit einem älteren Baujahr als 2016 keine Lärm-Grenzwerte. Dies führt zur datenschutzrechtlich bedenklichen Folgerung, dass zunächst alle Fahrzeuge mit Kennzeichen, Baujahr und Lärmpegel erfasst werden müssten, bevor geprüft werden könnte, ob ein Verstoß vorliegt. Es bedarf also zunächst rechtlicher Neuerungen auf Bundes- oder Landesebene, bevor ein „Lärmblitzer" in Deutschland in der Fläche Verwendung finden könnte. Von Seiten

österreichischer Fachleute ging die Idee aus, den rechtlichen Problemstellungen durch neue Verkehrsschilder zur Lärmbeschränkung beizukommen. In dieser Logik besteht aber weiterhin das Problem, dass es keinen verpflichtend zu verbauenden „Lärm-Tacho“ gibt. Somit könnten Verstöße wiederum nicht rechtssicher geahndet werden.

Studien zu **Lämschutz-Leuchtanzeigetafeln**, die in Baden-Württemberg durchgeführt wurden konnten hingegen in Pilotprojekten eine hohe Wirksamkeit zeigen. Die Tafeln zeigen an, wenn ein vorbeifahrendes Fahrzeug zu laut ist. In der Folge werden in Baden-Württemberg mittlerweile über 40 solcher Tafeln eingesetzt, gefördert durch Landesgelder. Für den Odenwaldkreis wurde zwischenzeitlich durch die Polizei ebenfalls ein solches Gerät beschafft, das an wechselnden Standorten aufgestellt werden sollte. Bevor dies aber 2020 zum ersten Mal erfolgen konnte, kam es zu Problemen in der Abstimmung zwischen dem Hessischen Innenministerium und dem Verkehrsministerium. Zum Zeitpunkt des Verfassens geht man noch mit einem erfolgreichen Einsatz ab 2021 aus.

Das Mittel des Fahrverbots für Motorradfahrer*innen auf bestimmten Strecken ist aus Lärmschutzgründen rechtlich leider nicht durchsetzbar. Derartige Verbote können vor allem bei Unfallhäufungen umgesetzt werden. Außerdem muss in solchen Fällen mit einem Verlagerungseffekt gerechnet werden, sodass dann andere Strecken und Ortschaften noch stärker belastet sind.

Horizont 2030

Gefahren / Murphy's Law

Je nach Versorgungslage vor Ort wirkt sich fehlende (motorisierte) Mobilität verschieden stark auf die Lebensqualität und die Lebenschancen aus. Mangelnde Mobilität jenseits des MIV kann zu Probleme in der Nahversorgung und in der ärztlichen Versorgung führen. Ebenso entstehen so ungleiche Chancen auf berufliche Teilhabe und auf Bildung. Auch die Möglichkeiten, Freizeitbeschäftigungen nachzugehen und die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ist eine Frage der Mobilität. Bei älteren Menschen wird bei fehlender Mobilität mit dem Umweltverband Vereinsamung verstärkt; aus diesem Grund wird in manchen Fällen das Autofahren nicht aufgegeben, auch wenn dies altersbedingt nur noch unzureichend gut möglich ist.

Fehlende Mobilität trägt bei zu einer als gering wahrgenommene Lebensqualität für Jugendliche, junge Erwachsene und alle Kreisbürger*innen, die das kulturelle (Nacht-)Leben der Region wahrnehmen möchten. Das wiederum senkt die Attraktivität der Region und ist somit kontraproduktiv für die demographische Entwicklung der Region. Die bereits weiter oben ausführlicher dargelegten Folgen von Überalterung, Fachkräftemangel usw. schließen sich an.

Von besonderer Relevanz ist Innovation im Bereich Verkehr für den Klimaschutz (Stichwort Verkehrswende; *siehe hierzu den* Gefahren *des Horizonts 2030 in der Teilstrategie Klimaschutz*). Durch die aktuell gesteigerte Wahrnehmung der Relevanz dieses Themas zeigt sich, dass grundlegende, systemische Änderungen notwendig werden, um die Mobilität im ländlichen Raum für alle sicherzustellen und für alle attraktiver zu machen. Die Verkehrswende kann nur gelingen, wenn…

- regionale und überregionale Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden und
- die Verkehrswende integriert über die verschiedenen Mobilitätsformen hinweg gedacht und organisiert wird.

Je nachdem wie die an den Odenwaldkreis angrenzenden Metropolregionen sich entwickeln – insbesondere deren Wirtschaft und Immobilienmarkt – ergeben sich unterschiedliche Chancen und Risiken für den Kreis. Zu nennen sind:

- Die immer weiter steigenden Immobilienpreise, die zu einer erhöhten Nachfrage auch im Odenwaldkreis beitragen.
- Der Trend zum Homeoffice – und was davon nach dem Ende der Corona-Krise erhalten bleiben wird.
- Der Trend zur Akademisierung und zur Wissensökonomie, wobei die Arbeitsplätze wie bislang vor allem in den Ballungsräumen angesiedelt sind.

Aus diesen Faktoren wird sich bestimmen, wie sich die Pendelströme und die Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur der Region entwickeln. Auch wenn für den Odenwaldkreis eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung besser ist, so profitiert die Region doch auch von denen, die sich hier als Pendler*in ansiedeln. Die Attraktivität der Region für diese Personen hängt wiederum mit davon ab, wie leistungsstark die Verkehrsinfrastruktur mit den wachsenden Anforderungen mitwachsen kann. Dies erstreckt sich auf die Bereiche Straßeninfrastruktur und ÖPNV, insbesondere die Odenwaldbahn und die Anschlüsse, bzw. Umsteigemöglichkeiten.

Auch für die Mobilität mit dem eigenen Auto werden strategische Herausforderungen wahrgenommen: Einerseits wachsen die Anforderungen an die Straßeninfrastruktur aufgrund wachsender Pkw-Zahlen und dem Trend zum Pendeln. Andererseits stehen die Zeichen der Zeit so, dass das Auto (glücklicherweise) nicht mehr die unangefochten erste Priorität in der Straßenraumgestaltung hat. Zentral dafür, die Mobilität insgesamt zu sichern ist, nicht den Pkw weniger attraktiv zu machen, ohne nicht im selben Maß (auch im ländlichen Raum!) die Verkehrsmittel des Umweltverbunds auszubauen.

Chancen

Die Verkehrswende führt im Idealfall nicht nur zu einer CO_2-neutralen Mobilität, sondern schafft auch **faireren Zugang zu Mobilität und Nahversorgung** für alle, weil die Dominanz des MIV durch einen stärkeren Umweltverbund abgelöst wird.

Chance: **Verkehrsvermeidung**

- Versorgungsangebote vor Ort, flexible Angebote – wenn Angebote „in Vollzeit“ nicht lohnenswert sind können manche Dinge vielleicht noch tageweise aufrechterhalten werden oder über verschiedene Liefer-Systeme. Die regionalen Banken machen mit dem Prinzip der mobilen Filialen bereits vor, wie so etwas funktionieren kann. Chancen für privatwirtschaftliches und ehrenamtliches Engagement könnten zur Verkehrsvermeidung und Nahversorgung beitragen.
- Die bereits in Gang befindlichen Pläne zum Ausbau des Glasfaser-Netzes im Odenwaldkreis birgt die Möglichkeit, künftig auch in kleinen Ortschaften mit schnellem Internet digitale Angebote wahrzunehmen. Auch wenn mit digitalen Lösungen kein grundlegender Ersatz des „Vor-Ort-Seins“ gelegt wird, bieten doch Möglichkeiten der Video-Telefonie, des Vernetzens, des Einkaufens usw. Möglichkeiten, Infrastrukturen, die vor Ort abgebaut werden mussten, teilweise zu ersetzen. Während der Pandemie sind bereits Systeme für den digitalen, regionalen Einkauf entstanden. Deren langfristige Entwicklungschancen bieten Potential für die Region.
- Zu nennen ist natürlich auch das Vermeiden von Pendler-Verkehr durch Telearbeit oder die Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort.

Chance: **Verkehrsverlagerung**

- Attraktivitätssteigerung des ÖPNV in Bezug auf Preisstruktur und Angebot.
    - Weil insbesondere die Flexibilität des eigenen Pkws mit öffentlichen Verkehrsmitteln grundsätzlich nicht erreicht werden kann muss man sich auf die anderen Faktoren konzentrieren: Preise
    - Chancen bezüglich der Preisstruktur bieten sich insbesondere durch eine Reform der Tarifstruktur, die aktuell zum Nachteil des ländlichen Raums fungiert. Mit einem gesteigerten politischen Bewusstsein für die Bedeutung des ÖPNVs in ländlichen Räumen besteht das Potential, hier in den kommenden Jahren Reformen herbeizuführen, vorausgesetzt, dieses Vorhaben mit den Partnern des Verbundraums konstruktiv angegangen. Insbesondere die Möglichkeiten exakter entfernungs- und fahrzeitabhängiger digitale Preissysteme sind vielversprechend.
    - Die Nahmobilität muss gezielt gefördert und attraktiver gemacht werden. hierzu dient zunächst das Radverkehrskonzept. Fahrradfahren soll nicht nur zu touristischen Zwecken gefördert werden, sondern soll auch in der Alltagsmobilität eine größere Rolle spielen. Für das zu Fuß gehen ist vor allem die Straßenraumgestaltung entscheidend. Das gesteigerte Umwelt- und Klimaschutzbewusstsein ermöglicht es, den Vorrang des Pkws auch städtebaulich einzuschränken. Dies sorgt nicht nur für mehr klimaneutrale Mobilität, sondern geht einher mit einer gesteigerten Aufenthaltsqualität in den Ortskernen.

Chance: **effizienterer Einsatz vorhandener Fahrzeuge**, um CO_2-Ausstoß bzw. Energieverbrauch pro Pkm zu senken.

- Je mehr Menschen als Mitfahrer unterwegs sind – also im ÖPNV oder in Privat-Pkws, desto weniger Fahrzeuge sind auf den Straßen unterwegs. Somit profitiert der Verkehrsfluss für alle Verkehrsteilnehmer von einer solchen Entwicklung. In der „Low-Tech“-Variante bedeutet dies das vermehrte

Mitfahren im Familien- und Bekanntenkreis, sowie eine gesteigerte Nutzung der Mitfahrmöglichkeiten über garantiert mobil!
- Mit der Mobilitätsgarantie und dem ÖPNV-Gelegenheitsverkehr können Angebotslücken geschlossen werden, sodass die Abhängigkeit vom Pkw im ländlichen Odenwaldkreis verringert, aber wohl nicht in absehbarer Zeit überwunden werden kann. Der Gelegenheitsverkehr („TaxOMobil“) könnte als Basis für eine spätere autonome Fahrzeugflotte fungieren.
- Das autonome Fahren wird bis 2030 noch keine (nennenswerte) Wirkung für die Mobilität in der Region entfalten
- Die Digitalisierung erleichtert die Planung und Nutzung von intermodalen Wegen, also der Kombination verschiedener Verkehrsmittel mit möglichst problemfreien Umstiegen. Auch dies bietet einen Mehrwert für die Verringerung der Abhängigkeit vom Pkw – so kann beispielsweise ein (Leih-) Fahrrad auf mittlere Distanz eine Flexibilität vergleichbar mit dem Pkw bieten, längere Strecken hingegen müssen wiederum mit anderen Verkehrsmitteln bewältigt werden. Daher gilt es künftig, stärker integriert strategisch zu planen und mit einer nutzerfreundlichen Plattform die individuelle Wege-Planung zu ermöglichen.

Zielbereiche Mobilität

16. Verkehrswende und ÖPNV im Odenwaldkreis

16.1 Emissionsfreie Fahrzeuge für einen klimaneutralen Odenwald

16.2 Das taxOMobil als Alternative zum Individualverkehr

16.3 Mobilitäts-Sharing zur Sicherung multimodaler Wegeketten

16.4 Neuorganisation von Logistik- und Lieferdiensten durch CargOMobil

16.5 Odenwaldmobil-App als zentrale Informations- und Buchungsplattform für Mobilität im Odenwaldkreis

17. Straßenverkehr

17.1 Lärmschutz, Anwohnerschutz, Nahmobilität und Antriebswende im Straßenverkehr

17.2 Optimierung von Sicherheit und Verkehrsfluss im Straßenverkehr

16. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich Verkehrswende und ÖPNV im Odenwaldkreis

Ziel 16.1: Emissionsfreie Fahrzeuge für einen klimaneutralen Odenwald

SMART-Formulierung:

- Odenwaldbahn: Zielstrebige Herbeiführung der für 2023 angekündigten Entscheidung bezüglich künftiger Antriebstechnologien für die Odenwaldbahn ((Teil-)Elektrifizierung vs. Wasserstoffbetrieb) sowie Umsetzung der weiteren innerhalb der Erbacher Erklärung definiteren Maßnahmen
- Überlandverkehr: Ab 2025 nur noch Beschaffung von emissionsfreien Fahrzeugen mit Untersuchungen zur Herstellung der notwendigen Infrastruktur sowie zu eventuellen Synergien mit der Odenwaldbahn
- Bedarfs- und Innerortsverkehr: Ganzheitliche Umstellung auf Elektroantrieb bis zum Jahr 2025

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Aktive Mitarbeit des Odenwaldkreises hinsichtlich der Entscheidung bezüglich der künftigen Antriebstechnik der Odenwaldbahn
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell voraussetzungsvoll;

Hauptverantwortlich: Politik
ID: 130; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; Priorität **gesamt: 2**

- Kritische Beobachtung und Einforderung der Fortschritte der in der Erbacher Erklärung formulierten Maßnahmen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik;
  ID: 131; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Priorität **gesamt: 1**
- Beauftragung einer Machbarkeitsstudie zur zukünftigen Beschaffung sowie dem Betrieb emissionsfreier Fahrzeuge im Überlandbusverkehr
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik; OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 132; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; Priorität **gesamt: 2**
- Aktive Gestaltung der notwendigen Transformationsprozesse zum Einsatz emissionsfreier Fahrzeuge im lokalen ÖPNV (Flächendeckende Ladeinfrastruktur, ausreichende Stromversorgung, Strom aus regenerativen Energien) bei gleichzeitiger Begleitung der Verkehrsunternehmen im Umstrukturierungsprozess
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik; OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 133; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 1**; Priorität gesamt:

Ziel 16.2: Das taxOMobil als Alternative zum Individualverkehr

SMART-Formulierung:

- TaxOMobil als zentralen Baustein der Mobilitätswende im Odenwaldkreis unter Einsatz emissionsfreier Fahrzeuge etablieren
- Ausweitung des Angebotes auf einen 24-Stunden-Betrieb sowie Verkürzung der derzeitigen Vorlaufzeit für die Buchung bis zum Jahr 2025
- Verfolgen des langfristigen Ziels des Einsatzes autonom fahrender taxOMobil-Fahrzeuge

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Kontinuierliche Bemühungen zur Steigerung des Bekanntheitsgrades sowie der Nutzung des taxOMobil-Angebotes
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik, OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 134; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; Priorität gesamt:
- Untersuchung zur Fortentwicklung der Nutzungskonditionen (24-Stunden-Betrieb und verkürzte Vorlaufzeit für Buchung)
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik; OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 135; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 3; Priorität gesamt:
- Untersuchung zum Einsatz autonom fahrender taxOMobil-Fahrzeuge im Sinne einer Pilotregion Odenwaldkreis
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik; OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 136; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 5**; Priorität gesamt:

Ziel 16.3: Mobilitätssharing zur Sicherung multimodaler Wegeketten

SMART-Formulierung:

- Verfügbarkeit von Elektroautos und E-Bikes zum Car- bzw. BikeSharing an allen wichtigen Verkehrsstationen des Odenwaldkreises, welche auch für taxOMobil-Fahrten zur Verfügung stehen
- Deutlich erhöhte Nutzung privater Mitnahmefahrten und Integration in das Konzept des CarSharings

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Untersuchung zur Einrichtung von SharingPoints für Elektrofahrzeuge und E-Bikes an den wichtigen Verkehrsstationen des Odenwaldkreises
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik, OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 137; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: 2; Priorität gesamt:
- Untersuchung zu notwendigen Maßnahmen zur Steigerung des Bekanntheitsgrades sowie der Akzeptanz von privaten Mitnahmeangeboten
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik; OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 138; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; Priorität gesamt:

Ziel 16.4: Neuorganisation von Logistik- und Lieferdiensten durch CargOMobil

SMART-Formulierung:

- Aufbau eines eines CargOMobil-Systems mit eigenen Fahrzeugen zur Sicherung der Nahversorgung bis zum Jahr 2025
- Einrichtung von Verkehrsstationen als Sammelpunkte für Online-Bestellungen

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Untersuchung zu einem möglichen CargO-Mobil-System und dem Einsatz von CargOMobil-Fahrzeugen zur Sicherung der Nahversorgung in Abstimmung mit dem lokalen Gewerbe
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik, OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 139; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; Priorität gesamt:

Ziel 16.5: Odenwaldmobil-App als zentrale Informations- und Buchungsplattform für Mobilität im Odenwaldkreis

SMART-Formulierung:

Positionierung der garantiert-mobil!-App als zentrales Marketinginstrument für ortsspezifische Mobilität im Odenwaldkreis in Abgrenzung zu großräumigen digitalen Angeboten

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Ausdehnung des Angebotes innerhalb der garantiert mobil! App zur Abdeckung weiterer Teilbereiche von Mobilität über den ÖPNV hinaus
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik, OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 140; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 2; Priorität gesamt:
- Untersuchung zur Implementierung zusätzlicher Funktionen und Angebote zur Positionierung der garantiert-mobil!-Plattform als zentralem Marketinginstrument für Mobilität im Odenwaldkreis
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik, OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 141; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; Priorität gesamt:

17. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich Straßenverkehr

Ziel 17.1: Lärmschutz, Anwohnerschutz, Nahmobilität und Antriebswende im Straßenverkehr

SMART-Formulierung:

- Erhöhung der Fahrrad-, E-Bike- und Pedelec-Nutzung im Freizeit-, Arbeits- und Versorgungsverkehr
- Fertigstellung von Radverkehrskonzepten auf Kreisebene und für alle Kommunen, bzw. Teilregionen des Odenwaldkreises
- Ausbau des Radwegenetzes nach den Empfehlungen der Radwegekonzepte bis 2030 Umsetzung von Empfehlungen, um die Nutzbarkeit zu verbessern.
- Errichtung von mindestens drei Schnelllade-Stationen für Elektroautos in den Kommunen entlang der B45 und einer im Gersprenztal
- Lärm, Abgase etc. reduzieren, v.a. in Ortskernen und an besonders durch den Freizeitverkehr (also v.a. Motorräder) betroffenen Straßen, sodass die nächste Bürgerschaftsbefragung im Odenwaldkreis eine erkennbar bessere Bewertung für diese Problematiken zeigt (bzw. seltenere Erwähnung in den offenen Fragen zu Handlungsbedarfen).
- Kontinuierliche Nutzung von mindestens drei Lärmanzeigetafeln an besonders durch den Freizeitverkehr betroffenen Stellen im Odenwaldkreis
- Ergänzung der Richtlinien für Lärmschutz an Straßen (RLS-90) um Elemente, die die adäquate Berücksichtigung von Motorrad-Lärm sicherstellen
- Bedarfsgerechte Steigerung der Park-and-Ride Kapazitäten an Bahnhöfen um mindestens 25 % in jeder fraglichen Kommune
- Erzielen einer Einigung über Park-and-Ride Kapazitäten im Neckar-Raum mit den Nachbarlandkreisen
- Einrichtung von sicheren Abstellplätzen für E-Bikes und Fahrräder an jedem Bahnhof im Odenwaldkreis
- Schaffung von zentralen Parkplätzen oder Parkhäusern in Innenstadtnähe mit gut ausgewiesenen, direkten und angenehmen Fußwegen zu den zentralen Ortslagen, zu Bahnhöfen und zu ÖPNV-Haltepunkten. Auf diese Weise werden Parkplätze konzentriert und im Straßenraum wird Platz für Fahrräder, Fußverkehr, Begrünung, Gastronomie, usw. geschaffen
- Verbesserte Fußwege-Kennzeichnung und attraktive Gestaltung wichtiger Fußverkehrs-Achsen innerorts. Dabei Nutzung eines einheitlichen Designs mit Wiedererkennungswert (einheitlich wenigstens für die Kommune, idealerweise auch kreisweit oder auf Ebene des Geo-Natur-Parks oder des Tourismusverbands)
- Einrichtung von einfachen Parkleitsystemen mittels systematischer, klar erkennbarer Beschilderung oder aber in Form von dynamischen Leitsystemen mit Leuchttafeln, die verfügbare Parkplätze anzeigen. Letzteres wäre auch im Rahmen eines Smart-City-Projekts denkbar und ließe sich durch eine Online-Datenverfügbarkeit nach dem Vorbild der Stadt Heidelberg erweitern.

Erläuterung:

Für eine erfolgreiche Verkehrswende im ländlichen Raum „[…] wird der [öffentliche Verkehr] als Teil des Umweltverbundes seine Stärken auf mittleren bis größeren Distanzen ausspielen müssen“ (STEIN & FRÖLICHER 2020: S. 117). Für kürzere Strecken steht v.a. die Nahmobilität im Fokus – also das Fahrrad, das Zufußgehen und die neuen Formen wie Elektro-Roller (die aber, wie bereits erwähnt, im ländlichen Raum keine große Rolle spielen werden. Insbesondere gibt es bislang auch noch keine bekannten Daten zu Fahrrad- und Pedelec-Nutzung und inwiefern diese künftig eine größere Rolle für den Alltagsverkehr im Odenwaldkreis einnehmen können. Die oft weiten Distanzen (z.B. Oberzent als flächenmäßig drittgrößte Stadt Hessens mit nur knapp über 10.000 Einwohnern) als auch die herausfordernden Steigungen des Mittelgebirges sind bislang limitierende Faktoren. Inwiefern ein Ausbau von Infrastrukturen, insbesondere in Verknüpfung mit dem ÖPNV eine Verbesserung herbeiführen kann, kann derzeit noch nicht klar benannt werden. Der Blick auf die Antriebswende bei den Pkw zeigt sich, dass die meisten Ladevorgänge von Elektroautos zuhause geschehen, insbesondere Schnellladestationen für das Laden unterwegs aber einen wichtigen Handlungsbedarf darstellen. Kommunen, Unternehmen,

insbesondere Einzelhandel und Gastronomie sollten die Chance nicht unterschätzen, mit einer solchen Station künftig Menschen zu sich zu locken. Die kurzen Ladezeiten ermöglichen trotzdem einen kurzen Einkauf, einen Imbiss und ein Getränk. Bezüglich weiterer alternativer Antriebsarten für Pkw, Lkw und ÖPNV in der Zukunft lassen sich derzeit leider noch keine konkreteren Ziele formulieren, weil noch nicht absehbar ist, wie sich Technologie, Märkte und politische Rahmenbedingungen entwickeln werden.

Handlungsmöglichkeiten:

- Fertigstellung des Radverkehrskonzepts auf Kreisebene
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich
  Hauptverantwortlich: Klimaschutzmanagement Odenwaldkreis
  ID: 142; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Fertigstellung von Radverkehrskonzepten für die Kommunen, die noch keines haben
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 143; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Ausbau des Radwegenetzes, inklusive ihrer Beschilderung und Online-Auffindbarkeit
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; finanziell, personell, evtl. auch politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, Geo-Naturpark, Odenwald-Tourismus Verband
  ID: 144; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Organisation von öffentlichkeitswirksamen Rad-Aktionen (E-Bike-Verleih-Aktionen, Infostände zum Radwegenetz in der Region, organisierte Radtouren für die Bevölkerung und Feriengäste...) in Kooperation mit den Kommunen, der Tourismus GmbH und des Geo-Naturparks
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, Geo-Naturpark, Odenwald-Tourismus Verband
  ID: 145; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Etablierung einer jährlich wiederkehrenden Odenwald-Rundfahrt (vgl. 3-Länder-Radevent)
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 146; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Teilnahme an der Stadtradeln-Aktion des Klima-Bündnisses
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 147; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Ausbau des Ladestationen-Netzes für Elektroautos insbesondere auch mit Schnell-Ladestationen in Kooperation mit den Kommunen und Privaten – unter Nutzung und Bewerbung der vorhandenen Fördermöglichkeiten
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis, ENTEGA AG sowie andere Unternehmen der Produktion, des Einzelhandels und der Gastronomie
  ID: 148; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- In Kooperation mit den Kommunen das bereits bestehende Netz an öffentlichen Lademöglichkeiten für Elektroautos weiter ausbauen und bewerben
  Kategorie: dringend umzusetzen
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis, ENTEGA AG
  ID: 149; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Infokampagnen zum Abbau von Vorbehalten gegenüber der Elektromobilität durch Aufklärung, Aufzeigen von aktuellen Möglichkeiten und Fähigkeiten der Systeme
  Kategorie: dringend umzusetzen
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis, ENTEGA AG
  ID: 150; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Ausbau von quartiersbasiertem E-Car-Sharing: die in der Nachbarschaft Beteiligten teilen sich die Kosten, das Fahrzeug ist direkt vor Ort und einfacher verfügbar. Hierzu kann vor allem auf das erfolgreiche Modell der ENTEGA mit mehreren Projekten in verschiedenen Kommunen des Kreises verwiesen werden.
  Kategorie: dringend umzusetzen

Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis, ENTEGA AG
ID: 151; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

- Lärmschutz
  - Abgabe von Stellungnahmen bei der Öffentlichkeitsbeteiligung zur vierten Runde des Lärmaktionsplans Hessen ab 2022
    Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell, politisch voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kommunen, Bürgerschaft, Kreis
    ID: 152; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
  - Ergänzung der Richtlinien für Lärmschutz an Straßen (RLS-90) um Elemente, die die adäquate Berücksichtigung von Motorrad-Lärm sicherstellen
    Kategorie: dringend umzusetzen; politisch und personell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreispolitik, für den Odenwaldkreis zuständige Bundestagsabgeordnete und Mitglieder des Landtags.
    ID: 153; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2, **Teilstrategie: 3,** gesamt:
  - Erweiterte kooperative Maßnahmen zur Reduktion der Lärm-Belästigung durch Motorradfahrer*innen. Zusammenarbeit mit Polizei und Ehrenamtlichen, um durch Kommunikation und Bestrafung von Fehlverhalten bei einem noch größeren Teil der Motorradfahrer*innen ein vernünftiges und sozialverträgliches Fahrverhalten zu erreichen
    Kategorie: dringend umzusetzen, bzw. bereits in Umsetzung befindlich; personell, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreispolitik, betroffene Kommunen, Motorradfahrer*innen und Ehrenamtliche, Polizeidirektion Odenwald
    ID: 154; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  - Nutzung von Lärmanzeigetafeln an besonders durch den Motorradlärm betroffenen Straßenabschnitten im Odenwaldkreis
    Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kommunen, Polizei, Hessisches Verkehrsministerium
    ID: 155; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  - Politischer Einsatz für „Motorradlärm-Displays“ sowie deren Förderung durch das Land Hessen nach Vorbild des Landes Baden-Württemberg
    Kategorie: dringend umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis- und Kommunalpolitik
    ID: 156; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  - Lobbying für die Einführung rechtlicher Grundlagen für sogenannte „Lärmblitzer“
    Kategorie: dringend umzusetzen; personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis und Beteiligte des Arbeitskreises Motorradlärm
    ID: 157; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 5**; gesamt:
  - Politische Arbeit, um zu bewirken, dass auch das Land Hessen den Forderungskatalog zur Reduzierung von Motorradlärm des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg unterstützt.
    Kategorie: dringend umzusetzen; politisch voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreispolitik, für den Odenwaldkreis zuständige Abgeordnete des Landtags, Kommunen
    ID: 158; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  - Unterstützung von Start-Ups, die Elektro-Motorräder oder anderer, lärmarmer Bauweisen produzieren wollen und Ansiedlung dieser Unternehmen im Odenwaldkreis
    Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: OREG
    ID: 159; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 5; **Teilstrategie: 5**; gesamt:
  - Kooperation mit anderen Kommunen und Organisationen bilen, um eine gemeinsame, bundesweite Kampagne zu starten. Themen: rücksichtsvolle Fahrweisen und lärmarme Bauweisen
    Kategorie: dringend umzusetzen; politisch und personell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis- und Kommunalpolitik; Arbeitsgemeinschaft Motorradlärm
    ID: 160; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Erhöhung der Anzahl von Park-and-Ride Parkplätzen an allen Bahnhöfen mit bislang zu geringer Kapazität
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; finanziell, konzeptionell, personell, politisch voraussetzungsvoll

Hauptverantwortlich: Kommunen
ID: 161; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- Abmachung über die Erhöhung von Park-and-Ride Parkplätzen an den Bahnhöfen der S-Bahn nach Heidelberg/Mannheim mit den zuständigen Kommunen in den Kreisen Bergstraße und Rhein-Neckar.
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Stadt Oberzent, Odenwaldkreis, Stadt Hirschhorn, Stadt Eberbach, VRN
  ID: 162; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Einrichtung von sicheren Abstellplätzen für E-Bikes und Fahrräder an jedem Bahnhof im Odenwaldkreis
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, RMV, jeweilige Eigentümer des Bahnhofsgeländes
  ID: 163; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Einrichtung von sicheren Abstellplätzen für E-Bikes und Fahrräder in Kooperation mit Einzelhandelsgeschäften und gastronomischen Betrieben
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 164; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Schaffung von zentralen Parkplätzen oder Parkhäusern in Innenstadtnähe. Konzentration der Parkplätze an wenigen Orten, um im Straßenraum Platz für andere Nutzungen zu schaffen.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 165; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Schaffung von gut ausgewiesenen, direkten und angenehmen Fußwegen zwischen zentralen Parkplätzen und zentralen Ortslagen, zu Bahnhöfen und zu ÖPNV-Haltepunkten. Nutzung einer Beschilderung mit Wiedererkennungswert
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 166; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; **gesamt: 2**
- Einrichtung von einfachen Parkleitsystemen mittels systematischer, klar erkennbarer Beschilderung oder aber in Form von dynamischen Leitsystemen mit Leuchttafeln, die verfügbare Parkplätze anzeigen.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 167; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Verabschiedung klarer interner Anweisungen und offizieller Verfahrensweisen, um die Verkehrswegeplanung innerorts künftig „von außen nach innen“ vorzunehmen, also mit einer erstrangigen Fuß- und Radverkehrsplanung. Schaffung eines hohen Sicherheits- und Wohlbefinden für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen durch abgegrenzte Wege entlang stark befahrener Streckenabschnitte, Geschwindigkeitsbegrenzungen und bauliche Maßnahmen.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, jeweils zuständige Straßenbaulastträger
  ID: 168; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
  → *Siehe hierzu auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, Zielbereich 13: Integrative Siedlungsplanung und Treffpunkte sowie Zielbereich 14: Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie; außerdem Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel, Ziel 4.6: Lebendige, attraktive urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität sowie Ziel 5.5: Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung*
- Werbeaktionen um das Zufußgehen für Besorgungen im Umkreis von unter 2 km zu befördern
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis,
  ID: 169; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3** gesamt:
- In Kooperation mit den Kommunen ein Beschilderungssystem entwickeln, das über erreichbare Ziele im fußläufigen Radius informiert
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell und personell voraussetzungsvoll

Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
ID: 170; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**

- In Kooperation mit den Kommunen Netzwerk „fuß- und fahrradfreundliche Betriebe in X“ gründen; Aktionen/Rabatte für Kunden, die zu Fuß oder mit dem Rad angereist sind
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis,
  ID: 171; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 4; **Teilstrategie: 4**

Ziel 17.2: Optimierung von Sicherheit und Verkehrsfluss im Straßenverkehr

SMART-Formulierung:

- Verbesserung der Straßenverhältnisse für eine bessere Sicherheit, sowie eine bessere Nutzbarkeit für Pkws und Lkws (wo letzteres relevant und gewünscht ist), insbesondere an Unfallschwerpunkten – also Fortführung der laufenden Maßnahmen im Rahmen der rechtlichen Pflichten
- Verringerung der Unfallzahlen, insbesondere solcher mit schweren Personenschäden
- Verringerung der Reisezeiten-Varianz auf den zentralen Verkehrsachsen des Odenwaldkreises durch Maßnahmen zur Verbesserung des Verkehrsflusses
- Verringerung der durchschnittlichen Reisezeit von Oberzent/Beerfelden bis Darmstadt
- Umsetzung des vierspurigen Ausbaus der B45 zwischen Groß-Umstadt und Dieburg
- Umsetzung der Ortsentlastungstangente Hainstadt
- Umsetzung der Ortsentlastungstangente Groß-Bieberau
- Umsetzung der Ortsentlastungstangente Mörlenbach (voraussichtliche Fertigstellung 2027

Erläuterung:

Ein großer Vorteil des ländlichen Odenwaldkreises ist trotz der oft weiten Strecken, die zurückzulegen sind, das vergleichsweise vorfallsfreie, entspannte Vorankommen auf den Straßen. Zentral im Interesse steht daher nicht, Fahrtzeiten zu verkürzen, sondern die Optimierung des Verkehrsflusses. Für eine umfängliche Verbesserung des Verkehrsflusses (mit geringeren Schwankungen der Reisezeiten aufgrund von langsameren Fahrzeugen oder Ampelschaltungen) sind sowohl außer Orts als auch in den meisten Ortsdurchfahrten nur sehr begrenzt Handlungsspielraum vorhanden. Mit Blick auf die aktuell eher steigenden Verkehrsmengen wäre es überzogen Zielsetzungen anzusetzen, die maßgebliche Verbesserungen in Aussicht stellen.

Obwohl der Ausbau der B45 und die Ortsumgehung Groß-Bieberau im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans stehen, war zum Zeitpunkt des Verfassens nicht mit einem baldigen Planungsbeginn durch das zuständige Hessische Verkehrsministerium bzw. die nachgeordnete Behörde Hessen Mobil zu rechnen. Grund dafür sind wohl mangelnde personelle Kapazitäten. Daher wird nun angestrebt, die Planungsleistung durch die betroffenen Kommunen, dem Landkreis Darmstadt-Dieburg und dem Odenwaldkreis vorzufinanzieren.

Die Sicherheit im Straßenverkehr steht in untrennbarem Zusammenhang mit dem Verkehrsfluss: z.B. in Überlegungen zur Gestaltung von Kreuzungen sind beide Aspekte zu betrachten. Ein weiterer Zusammenhang besteht darin, dass häufige Unfälle (v.a. Auffahr- und Abbiegeunfälle bei hohem Verkehrsaufkommen) wiederum dem Verkehrsfluss abträglich sind.

Mit Blick auf die weiter oben präsentierte Unfallstatistik könnte man konkrete Zielwerte für die Verringerung der Unfallzahlen ansetzen. Unter der Maßgabe, dass Ziele realistisch sein müssen, fehlt aber der Ansatzpunkt, um einzuschätzen was realistisch wäre. Ursachen für Unfälle können vielfältig sein – umso komplexer gestaltet sich daher die Ursachenforschung für die insgesamte Entwicklung der Kurven. Die Handlungsmöglichkeiten des Landkreises halten sich im diesem Bereich in engen (gesetzlich geregelten) Grenzen. Welche Maßnahmen nötig wären, um einen bestimmten Wert zu erreichen, lässt sich also erstens nicht vorhersagen und zweitens nicht durch den Landkreis gestalten.

Handlungsmöglichkeiten:

- Integrierte Planung zur Optimierung des Verkehrsflusses auf den Hauptverkehrswegen des Odenwaldkreises. Dazu könnten digitale Simulations-Software verwendet und Potentiale von Kreisverkehren berücksichtigt werden. Der Verkehrsfluss der zentralen Achsen sollte gegenüber anderer kreuzender Straßen priorisiert werden. Planung nötiger und möglicher Änderungen, unter der Prämisse oben genannter Zielsetzung, um eine Entscheidungsgrundlagen für politische Entscheidungen herzustellen.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, finanziell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Hessen Mobil, Straßenverkehrsbehörde
  ID: 172; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Umsetzung von aus der integrierten Optimierungs-Planung hervorgegangenen Maßnahmen zur Verbesserung von Verkehrsfluss und Reisezeiten.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; finanziell, politisch und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Hessen Mobil, Kreis- und Kommunalpolitik, Straßenverkehrsbehörde
  ID: 173; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Entschärfung von Unfallschwerpunkten nach den entsprechenden Gesetzen und Vorschriften
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Straßenverkehrsbehörde, Hessen-Mobil.
  ID: 174; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Planung und Umsetzung des vierspurigen Ausbaus der B45 zwischen Groß-Umstadt und Dieburg
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Hessen Mobil, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Odenwaldkreis, Stadt Groß-Umstadt und Stadt Dieburg
  ID: 175; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Umsetzung der Ortsentlastungstangente Hainstadt
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Stadt Breuberg
  ID: 176; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Umsetzung der Ortsumgehung Groß-Bieberau
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Hessisches Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Hessen Mobil, Landkreis Darmstadt-Dieburg, Odenwaldkreis, Kommunen Groß-Bieberau und Dieburg
  ID: 177; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander

Analyse

Lebensqualität – ein Pluspunkt des ländlichen Raums

Einer Studie des IWAK-Instituts in Frankfurt zufolge („Well-being in Hessen“, SCHMID et al. 2019) übersteigt die Lebensqualität im ländlichen Raum bereits seit 2015 die in der Großstadt; der sogenannte „verstädterte Raum“ ist führend. Die Studie zeigte, dass der Odenwaldkreis vergleichsweise schlecht abschnitt, trotz erkennbarer Fortschritte in den Jahren zuvor. Dieses Ergebnis ist allerdings kritisch zu bewerten, weil hierbei zum Beispiel eine hohe Bevölkerungsdichte als positiver Faktor gewertet wurde. Es wurde davon ausgegangen, dass damit gewisse „Agglomerationsvorteile“ einhergehen. Zum Beispiel kann man davon ausgehen, dass sich in verstädterten Räumen ein größeres Angebot an staatlichen und privatwirtschaftlichen Angeboten bietet. Dass aber gerade eine geringere Siedlungsdichte auch Vorteile für die Lebensqualität bringt, wurde hierbei leider nicht berücksichtigt, wobei dies im Zuge der Corona-Pandemie noch stärker in die öffentliche Wahrnehmung trat. In der Zeit des Lockdowns wurden diese Dichte von vielen Menschen eher als Enge und als Nachteil für die Lebensqualität empfunden. Die schon vielfach zuvor diagnostizierte „Renaissance des ländlichen Raums“ erlebte also 2020/2021 noch einen Schub, der hoffentlich auch langfristig bemerkbar bleiben wird.

Verschiedene Studien und Umfragen zeigten zudem, dass das Leben im ländlichen Raum wieder an Attraktivität gewinnt und viele Menschen unterschiedlicher Altersgruppen dort ihren Lebensmittelpunkt setzen möchten, vorausgesetzt die Rahmenbedingungen stimmen (vgl. z.B. Bundesstiftung Baukultur 2017; HENGER & OBERST 2019; Hessische Staatskanzlei 2020; bzw. Abbildungen 104-106). Die folgenden drei Graphiken zeigen, dass die meisten Menschen am liebsten in einer Landgemeinde wohnen würden, dass Großstädte bei den Inländern nicht mehr so gefragt sind wie noch vor einigen Jahren und dass Regionen wie der Odenwaldkreis als Wohnstandort besonders für Menschen ab 35 Jahren (wieder) interessant werden.

Bevorzugte Wohngegend

Quelle: Bevölkerungsbefragung zur Baukultur 2015

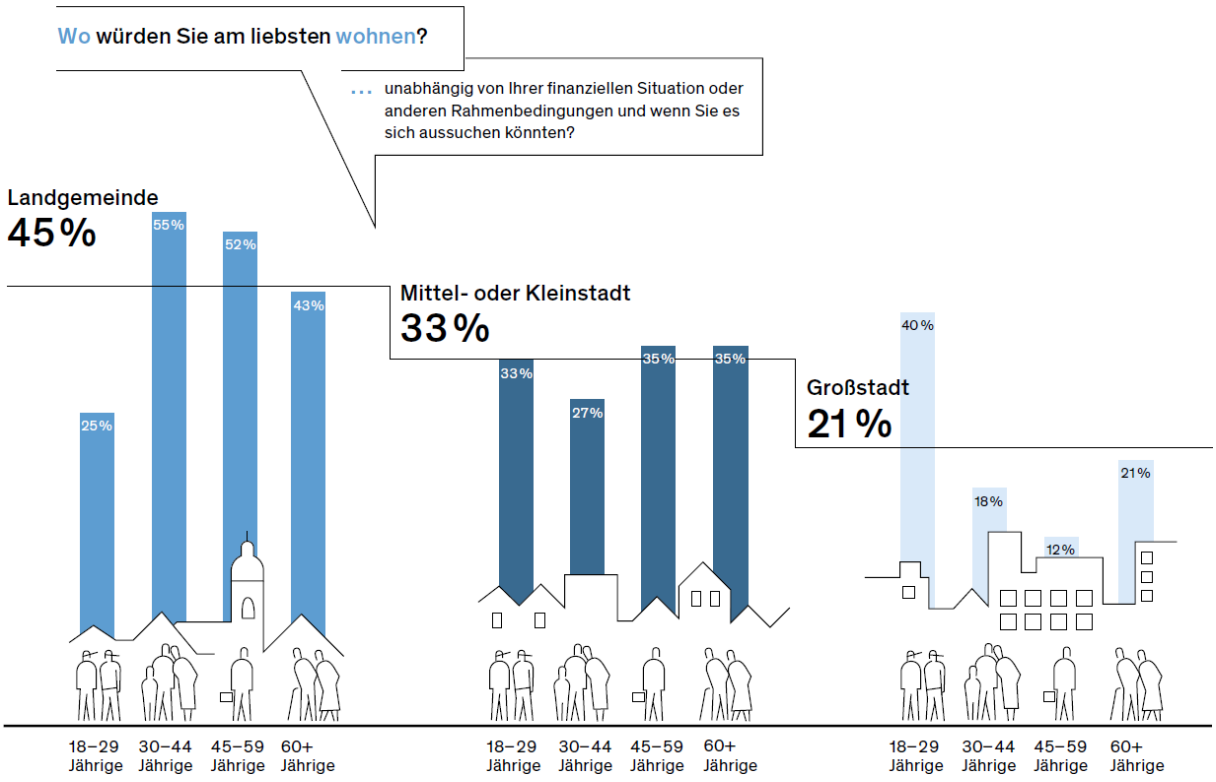


Abbildung 104: Bevorzugte Wohngegend laut Bevölkerungsbefragung zur Baukultur 2015. Quelle: Bundesstiftung Baukultur 2017

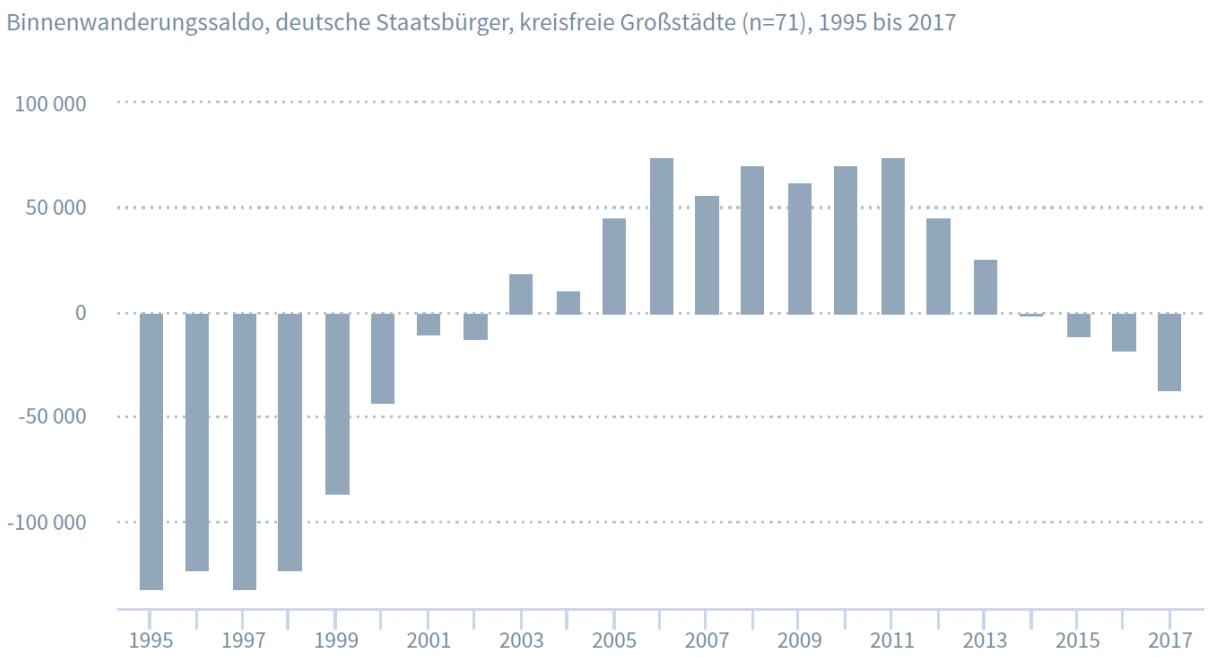


*Abbildung 105: Binnenwanderungssaldo deutscher Staatsbürger*innen in den deutschen Großstädten. Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft; HENGER & OBERST 2019 (S. 2)*

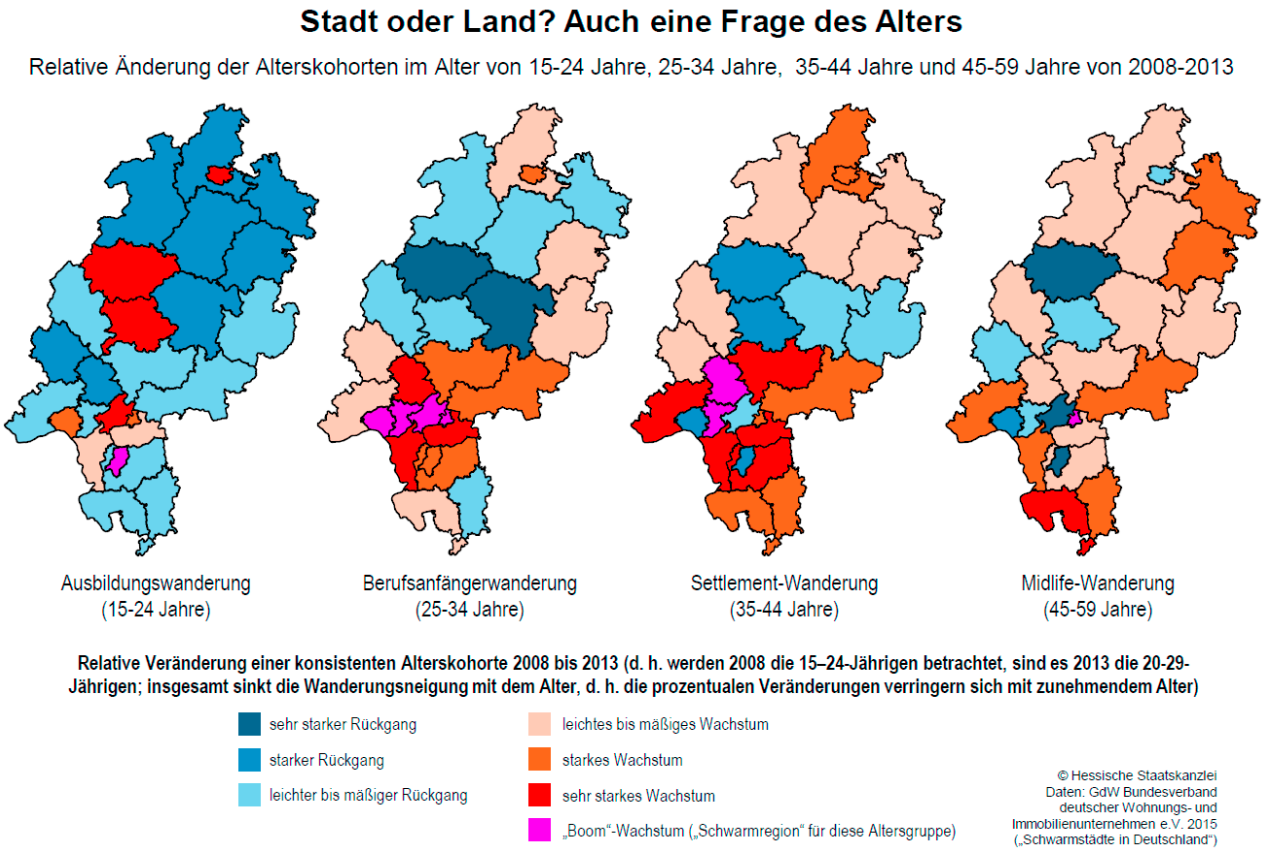


Abbildung 106: Zuwanderung in Hessen nach Kreisen und Alterskohorten. Quelle: Hessische Staatskanzlei 2020: S. 15

Lebensqualität im Odenwaldkreis in der Bürger- und Jugend-Umfrage

Die Umfragen und die Bürgerschafts-Workshops im Rahmen der Kreisentwicklungsplanung zeigten, dass sich der Odenwaldkreis durch ein besonderes Miteinander auszeichnet, insbesondere im Kontrast zum großstädtischen Umfeld. So stellte sich neben dem Zusammenhalt auch ein „weniger Ellenbogen" als typisch für die Region heraus. Im Vergleich zum Leben im Ballungsraum wird der Odenwaldkreis also als mit geringerem Konkurrenzdenken wahrgenommen und mit einem authentischen, fairen Umgang untereinander in Verbindung gebracht.

Die Bürger-Umfrage 2019 zeigte zum Beispiel:

- Frage 2c: „Ist der Odenwaldkreis gemütlich?": 90 % stimmten zu
- Frage 2e: „Ist der Odenwaldkreis sympathisch?": 90 % stimmten zu
- Hingegen beantworteten nur 54 % die Frage 2f „Ist der Odenwaldkreis aufgeschlossen?" mit „trifft eher zu" oder „trifft voll zu". Neuem steht man also offenbar zunächst kritisch gegenüber, trotz der hohen Werte für Sympathie und Gemütlichkeit.
- Auch die Frage „Ist der Odenwaldkreis lebendig?" wurde mit knapper Mehrheit eher negativ beschieden.
- Noch schlechter fiel die Bewertung zu den Adjektiven „innovativ" und „aufstrebend" aus: 2/3 der Befragten antworteten hier mit „trifft eher nicht zu" oder „trifft überhaupt nicht zu".
- Eine große Mehrheit von 76 % hingegen befand, dass der Odenwaldkreis als „sozial" gelten kann.
- Ein guter Standortfaktor ist die allgemein sehr gute (wahrgenommene) Sicherheitslage im Kreis, die sich sowohl in der alljährlichen Kriminalitätsstatistik zeigt, als auch in einer hervorragenden Bewertung in der Bürger-Befragung 2019, bei der 90 % diese Frage mit „trifft voll zu" oder „trifft eher zu" beantworteten.
- Eine klare Stärke zeigte sich auch beim Ergebnis zur Frage nach der Familienfreundlichkeit, die 77 % der Befragten mit „trifft voll zu" oder „trifft eher zu" beantwortet haben.
- Der Odenwaldkreis gilt auch als seniorenfreundlich (65 % Zustimmung)
- „Gemeinschaft und Zusammenhalt" war auch das zweithäufigste Thema der Antworten zur offenen Frage nach den wesentlichen Stärken des Landkreises – mit 503 Nennungen. Allerdings wurde dies auch 84-mal bei der Frage zu den wesentlichen Schwächen des Odenwaldkreises genannt. Bei der Jugendumfrage 2020 waren die meistgenannten Antworten zur Frage „am Odenwaldkreis finde ich gut…" „Natur und Landschaft/ Ruhe und Erholung" (694 Nennungen), „Freizeit / Kultur/ Veranstaltungen / Vereinsleben" (226), „Gemeinschaft / sozialer Zusammenhalt" (217) sowie „Lebensqualität" (93). Was also mit Gemeinschaft und Lebensqualität jeweils verstanden wird und wie diese dementsprechend bewertet wird, variiert merklich – je nachdem, wen man dazu befragt.

Insgesamt zeigten sich die Befragten sehr zufrieden mit der Lebensqualität im Odenwaldkreis: Der Kennzeichnung „lebenswert" stimmten 55 % „voll zu" und weitere 40 % sagten, das „trifft eher zu". In der Jugendbefragung lagen die Ergebnisse bei 14 % für „sehr gut" und 49 % für „gut".

Die Bürger*innen des Odenwaldkreises sind also diesem Bild folgend nicht übermäßig aufgeschlossen, halten aber als Gemeinschaft zusammen. „Gemütlichkeit" ist in diesem Kontext ein zweischneidiges Schwert. Integration setzt eine Auseinandersetzung mit anderen Lebensweisen voraus, man muss sich also aus der eigenen, gemütlichen Komfort-Zone des bereits Bekannten heraustrauen. Dass der Odenwaldkreis dazu in der Lage ist, zeigte sich z.B. in der Antwort auf die Herausforderung der Fluchtbewegung 2015: Sie konnte vergleichsweise gut aufgefangen werden, was u.a. auf funktionierende lokale Netzwerke, engagierte Bürgerschaften und ehrenamtliche Akteur*innen zurückzuführen ist.

Als Schlussfolgerung bleibt dennoch festzustellen, dass das „Odenwälder Gemüt" eine absolute Stärke der Region ist, aber für eine erfolgreiche Integration von Neubürger*innen und die Verbreitung neuer Ideen teils erhöhte Mühen erforderlich sein können. Die Integration von Neubürger*innen aus dem In- und Ausland wird eine immer wichtigere Angelegenheit, denn nur dadurch lässt sich das demographische Problem mit all den damit verbundenen Folgeerscheinungen entschärfen. Die teils geringe Aufgeschlossenheit gegenüber Innovationen birgt die Gefahr, dass vor allem viele junge Menschen, die neue Ideen haben, in der Region nicht ihre Chance sehen, diese umzusetzen. Abwanderung kann dann die Folge sein (sogenannter „Brain-Drain" als Abwanderung qualifizierter, innovativer Menschen). Für all diese Herausforderungen gesellschaftlicher Integration kann es nur eine Lösung geben: Junge und Alte, regional fest Verwurzelte und Neuankömmlinge, „Revoluzzer" und Konservative, Deutsche und

Ausländer*innen müssen in einen Austausch treten, sich respektieren und Formen eines gelungenen Zusammenlebens finden

Demographie-Komplex: Alterung, Migration, Bildung und Integration,

Als zentrale Herausforderung, die sich aller Voraussicht nach in den nächsten Jahren immer stärker intensivieren wird ragen die Themenkomplexe Migration und demographischer Wandel hervor. Bereits jetzt existieren im Odenwaldkreis Ortsteile, in denen nur noch jedes dritte Kind zwischen 0 und 6 Jahren über die alleinige deutsche Staatsbürgerschaft verfügt. In Schulen und zuvor in den Schuleingangsuntersuchungen wird ein besorgniserregender Anteil von Kindern mit fehlenden oder schlechten Deutschkenntnissen festgestellt. Problemen, deren Indikatoren sich vergleichsweise frühzeitig aufzeigen lassen, droht „unbehandelt" eine weitere Fortsetzung und Manifestierung. Eine unzureichende Bildungsteilhabe aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse erschwert etwa eine erfolgreiche Integration in das Erwerbsleben wie auch in das soziale und kulturelle Leben. Sich vertiefende Gräben und Segregationsprozesse zwischen Bevölkerungsteilen verschiedener kultureller Prägung ist zweifellos nach Kräften vorzubeugen.

Ohne Migration können in Anbetracht der derzeitigen Geburtenziffern die Jahrgangsstärken nicht auf annähernd gleichem Niveau gehalten werden. Je weniger Kinder es im Odenwaldkreis anteilig und absolut gibt, desto herausfordernder wird das Beibehalten der auf sie bezogenen Infrastruktur werden. Abstriche in der Infrastruktur wiederum bergen die Gefahr von auf andere Bereiche ausgreifenden Kettenreaktionen. Aktuelle Prognosen sprechen für einen tiefgreifenden Wandel der Bevölkerungsstruktur, der sich in den nächsten wenigen Jahrzehnten vollziehen wird. Doch die Situation bleibt dynamisch und die Geschichte ist nicht arm an Beispielen der Umkehrung selbst von Megatrends. Um die Leistungsfähigkeit der Jugendhilfe sicherzustellen und weiterzuentwickeln, bleibt eine gelingende Entwicklungsplanung mehr denn je entscheidend.

Die Situation Jugendlicher: Eine zentrale Perspektive für die Zukunft des Odenwaldkreises

An dieser Stelle wird ausführlich auf die Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eingegangen, denn mit Blick auf den demographischen Wandel, den Fachkräftebedarf und die Wanderungsstatistik insbesondere junger Erwachsener ist die Bleibeperspektive von Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine strategisch entscheidende Fragestellung für den Odenwaldkreis. Was hält junge Menschen in der Region? Was zieht sie fort?

Siehe hierzu auch Kapitel Megatrends und Gesamtanalysen – demographischer Wandel

Wichtige Faktoren für ein Bleiben im Odenwaldkreis

Ein etabliertes Modell zu Migrationsentscheidungen ist das sogenannte „Push-Pull-Paradigma". Hierbei werden Entscheidungen einzelner Personen betrachtet. Die Entscheidung für einen Umzug findet im Spannungsverhältnis von Faktoren, die jemanden zum Weggehen bewegen (Push) und anderen Faktoren, die anziehend wirken (Pull). Das kann also z.B. eine schlechte wahrgenommene Lebensqualität mit schlechten Karrierechancen am einen Ort sein (Push) während die Freizeit- und Arbeitsmöglichkeiten andernorts als besser wahrgenommen werden (Pull). Für eine Entscheidung maßgeblich ist die Wahrnehmung dieser Faktoren, nicht zwingend deren Realität (SCHAMETAT et al. 2017: S. 13 ff.).

Bleibefaktor Lebensqualität

Die Lebensqualität junger Menschen im Odenwaldkreis ist also zwar nicht der einzig entscheidende Faktor, ist aber dennoch wichtig. Die Entscheidung einer Abwanderung ist immer abhängig vom persönlichen Lebensentwurf, den momentanen Bedürfnissen und den vorgefundenen Möglichkeiten. Auch bei einer zwischenzeitlichen Abwanderung ist der Kampf um diese Einwohner*innen noch nicht endgültig verloren. Eine mögliche Rückwanderung wiederum hängt auch davon ab, ob die Region insgesamt als lebenswert und lebendig empfunden wird. (vgl. SCHAMETAT et al. 2017).

Die Lebensqualität im Odenwaldkreis wurde bei der Jugendbefragung 2020 als insgesamt gut bewertet. Die Nutzung vorhandener Angebote scheitert aber wohl häufig an der Erreichbarkeit, bzw. der Mobilität:

„Verbesserung des ÖPNV“ wurde am häufigsten als die größte Herausforderung im Odenwaldkreis genannt, gefolgt von dem Bereich „Freizeit und Kultur“ und an dritter Stelle „Digitalisierung“. Auch das Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebot wurde mit 113 Nennungen häufig genannt. Zur Frage „Am Odenwaldkreis finde ich gut…“ wurde mit Abstand am häufigsten der Bereich „Natur und Landschaft / Ruhe und Erholung“ genannt, gefolgt von „Freizeit / Kultur / Veranstaltungen / Vereinsleben“ und „Gemeinschaft / sozialer Zusammenhalt“ – soweit zu den Push- und Pull-Faktoren, die für den Odenwaldkreis sprechen.

Bleibefaktor soziales Netz und Verantwortung

Neben der individuellen Betrachtungsweise zu Migrationsentscheidungen (Push- & Pull-Faktoren) spielen auch soziale Verflechtungen eine Rolle. Familien, Vereine, Cliquen usw. dürfen daher nicht außer Acht gelassen werden (Vogelsang 2006: S. 90; SCHAMETAT et al. 2017: S. 25). Studien zeigten, dass die besondere ländliche Gemeinschaft hohe Bindekraft für Jugendliche entfalten kann:

> „*Bemerkenswert [ist] die hohe Integration der ländlichen Lebensgemeinschaften; Nachbarschaftlichkeit und dörfliche Gemeinschaft spielen eine große Rolle für den Zusammenhalt und die Identifikation der Jugendlichen mit ihrer Herkunftsregion […]. Der Übergang zu darüber hinaus gehenden Formen freiwilliger Zusammenarbeit ist fließend*“ (DIENEL & SCHNIEDERS 2005: S. 99).

Ehrenamtliches Engagement, die „Haltekraft des Dorfes“ und Mitbestimmungsmöglichkeiten Jugendlicher hängen also eng miteinander zusammen. Das Gefühl, in den lokalen Vereinen und der Gemeinschaft gebraucht zu werden und dabei auch eigene Ideen durchsetzen zu können, kann sich maßgeblich auf die Entscheidung zu Berufsweg und möglichen Umzug auswirken. Die Region profitiert also in zweierlei Hinsicht davon, Jugendlichen mehr Mitsprache und Verantwortung zu geben. Die Haltekraft sozialer Netzwerke wird insbesondere verstärkt durch eine persönliche Identifizierung mit der Region. Dafür wiederum entscheidend ist, dass Jugendliche informiert und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden (BUSCH 2006: S. 56; *siehe auch Teilstrategie Regionalmarketing*). Werden Jugendliche mit ihren Bedürfnissen und Anliegen ernst genommen, verinnerlichen sie diese Mitwirkungsmöglichkeit. Somit steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich später als Erwachsene für die Region engagieren.

Jugendliche sind entgegen mancher Eindrücke nicht politikverdrossen, ihr Politikverständnis orientiert sich nur nicht an den „Denkschablonen“ Erwachsener (VOGELSANG 2006: S. 90). Sie sind also durchaus dazu bereit, sich zu engagieren, nur meist nicht nach den Strukturen (z.B. Parteien) und Bedingungen der Erwachsenen (vgl. FISCHER et al. 2000: S. 262). CALMBACH (2012: S. 83) kommt zu dem Schluss, dass soziales und ökologisches Engagement Jugendlichen deutlich näherliegt als politisches. Insbesondere wenn sich der Bereich des Engagements mit den eigenen Interessenbereichen überschneidet, ist die Engagement-Bereitschaft hoch. Werden Jugendliche dauerhaft zu wenig direkt einbezogen, droht ein Teufelskreis: „Je weniger direkte Kontakte mit Jugendlichen bestehen, desto starrer ist […] das Bild einer wenig interessierten und latent destruktiven Jugend“ (BUSCH 2006: S. 59).

Bleibefaktor Lebensentwurf

Bei allen Überlegungen, wie man junge Erwachsene in der Region halten kann, darf man eines nicht vergessen: Michelstadt ist nicht Berlin. Ein gewisser Anteil dieser Zielgruppe wird es also immer in die Großstädte und entfernte Regionen ziehen. Der Odenwaldkreis wird grundsätzlich eine ländliche Region bleiben, die nicht jeden Berufswunsch und nicht jedes Bedürfnis erfüllen kann, dafür aber mit anderen Vorteilen aufwartet. Ob Menschen hier ihre Zukunft sehen können, hängt mit vielen weiteren Faktoren zusammen, je nachdem, wie sich diese Menschen ihre Zukunft insgesamt vorstellen.

BEIERLE et al. (2016) erstellten anhand zahlreicher Interviews vier Idealtypen von Jugendlichen im ländlichen Raum, die sich hinsichtlich ihrer Freizeitinteressen und Zukunftsvorstellungen voneinander unterscheiden.

a) **Der Wochenend-Freizeiter in Fluchtstellung**
   Typ A, der Wochenend-Freizeiter, kommt spät nach Hause, weil er zu seinem weit entfernten Bildungsort pendeln muss. Am Wochenende fährt er in die nächste Großstadt und verbringt dort seine Freizeit. Wohn- und Bildungsort spielen für ihn keine wichtige Rolle, denn seine subjektive

Lebensqualität ist schlecht. Der Wochenend-Freizeiter ist in Fluchtstellung: Sobald er kann, wird er seinen Heimatort verlassen.

b) **Der Jugendeinrichtungs-Nutzer, der seinen Club braucht**
*Der Jugendeinrichtungs-Nutzer verbringt seine Freizeit wohnortnah und nahezu komplett im Jugendclub. Deshalb ist er besonders betroffen, wenn sich z.B. Öffnungszeiten ändern. Der Jugendeinrichtungs-Nutzer ist dann wütend auf die lokalen Akteur*innen und überträgt seinen Unmut häufig auf die gesamte Politik. Seine subjektive Lebensqualität ist mittel bis schlecht. Der Typ B untergliedert sich nochmals in zwei Untertypen: Der Anpasser verlässt sich auf das Motto: „Man kommt hier schon irgendwie klar", der Aussitzer dagegen hofft lieber auf: „Ab 18 wird alles besser"*.

c) **Der Alles-kurze-Distanzen-Typ ist mit seiner Heimat verwurzelt**
Dieser Typ ist sehr aktiv und kann bei der Freizeitgestaltung auf ein gutes Netzwerk, Nähe und viele Unterstützer und Unterstützerinnen setzen. Er erreicht problemlos entferntere Orte. Typ C ist sehr verwurzelt in seiner Heimat und würde sogar eine Stunde Fahrtzeit akzeptieren, um an seinen Ausbildungs- oder Arbeitsort zu gelangen. Sollte er doch zwecks Studiums oder Ausbildung wegziehen müssen, will er danach wahrscheinlich in die Heimat zurückkehren. Seine subjektive Lebensqualität ist mittel bis gut.

d) **Der aktive und mehrfach engagierte Typ kommt rum**
Der aktive und mehrfach engagierte Typ D kann seine Freizeit befriedigend gestalten und seinen Wohnort dank Eltern, Taxi oder Moped problemlos verlassen. Im Notfall würde er eine 30-minütige Fahrzeit zur Arbeit in Kauf nehmen. Sollte er doch für ein Studium oder eine Ausbildung wegziehen müssen, will er danach wahrscheinlich in die Heimatregion zurückkehren. Seine subjektive Lebensqualität ist mittel bis gut." (BEIERLE, o.J.)

Im langfristigen Lebensentwurf ist die Standortwahl immer eine Komponente, die eben von verschiedenen Menschen unterschiedlich bewertet wird und unterschiedlich in Verbindung mit sozialen Strukturen und Engagements gesetzt wird. Kurzfristig mag das Herauskommen aus dem Odenwaldkreis vielen als wichtiger Schritt erscheinen. Langfristig besteht aber eine Chance, diese Menschen für die Region zurückzugewinnen. Voraussetzung ist, dass sich dies in den Rest der Lebensplanung einpasst, z.B. Job, Kinderbetreuung, Freizeit, Kultur, Familie usw.

Bleibefaktor Karrieremöglichkeit

Wie die Aufführung der unterschiedlichen Idealtypen bereits zeigt, spielt sich die Entscheidung zum Bleiben oder Wegziehen im Spannungsfeld zwischen Verbundenheit zur Region, zur Familie, Freunden, Vereinen usw. auf der einen Seite und den Chancen in den Bereichen Bildung, Karriere, Kultur und Freizeit auf der anderen. Insofern müssen daher natürlich auch die Bereiche Ausbildung, Bildung, Beruf, Mobilität, Kultur, Freizeit, Kinderbetreuung, Immobilien usw. mit in Betracht gezogen werden. Viele Bildungs- und Karrierechancen bieten sich leider nicht im Odenwaldkreis. Die Chance, die weggezogenen, ehemaligen Odenwälder*innen z.B. in der Familiengründungs-Phase zurückzugewinnen ist aber deutlich erhöht, wenn die Region zum Zeitpunkt der eigenen Jugend als auch in der Gegenwart als grundsätzlich attraktiv und lebenswert wahrgenommen wurde, bzw. wird.

Das Thema Wahrnehmung spielt auch bei den Karrierechancen im Odenwaldkreis eine große Rolle. Auch aus diesem Grund ist eine eigenständige, dynamische Wirtschaft im Odenwaldkreis ein unverzichtbarer Zukunftsfaktor (vgl. *Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung*). Schlussendlich entscheidet nicht die reale Vielfalt der Möglichkeiten in der Region, sondern wie diese von den jungen Erwachsenen wahrgenommen und bewertet werden. In diesem Kontext entscheidend ist einerseits das Netzwerk Übergang Schule-Beruf (vgl. *Teilstrategie Bildung*), auf der anderen Seite das Thema Selbst-Wahrnehmung, regionale Identität und Regionalmarketing. OTT et al. (2019) stellten in Ihrer Studie fest, dass Jugendlichen in strukturschwachen ländlichen Räumen häufig bereits von Seiten der Eltern und Lehrer vermittelt wird, dass es „alternativlos" ist, die Region zu verlassen, wenn man „etwas werden möchte". Selbiges stellten einige Teilnehmer*innen der Bürger-Workshops 2019 auch für den Odenwaldkreis fest. In diesem Sinne ist also Kommunikation und Regionalmarketing ein wichtiges

Thema, wobei für die Zielgruppe der Jugendlichen Multiplikatoren wie Lehrer*innen und deren Meinung zur Region zentral sind (*siehe auch Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*).

Bleibefaktor Freizeitangebote

Am zweitwichtigsten nach den Treffpunkten im Freien ist der Jugendbefragung von 2020 zufolge der Vereinssport. Wie bei allem ist aber immer Mobilität die Voraussetzung für die Nutzbarkeit von Angeboten. Scheinbar reicht das gute Sport-Angebot allein aber für die gesamte Freizeit-Auslastung der Jugendlichen nicht aus. Darauf deutet das schlechte Ergebnis bei der Frage „Wie bewertest Du das Freizeitangebot im Odenwaldkreis?“ (siehe Abbildung 109).

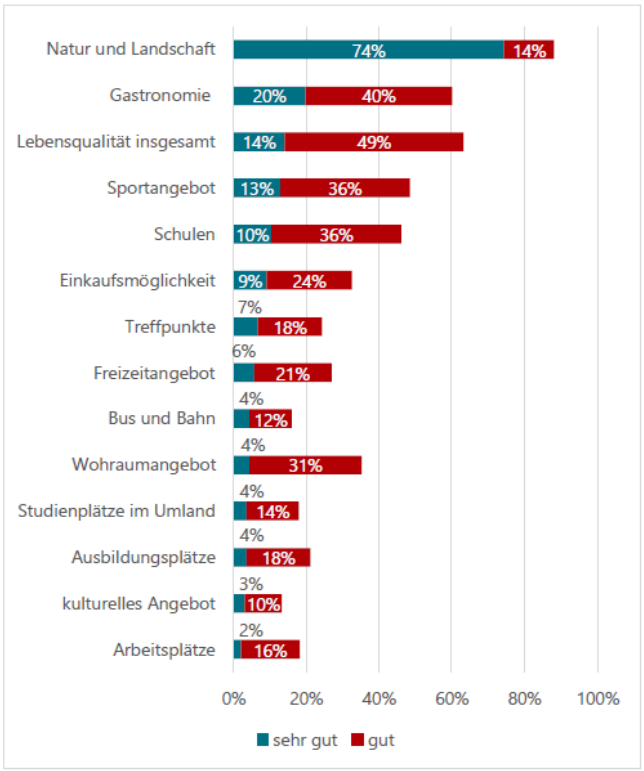


Abbildung 107: Bewertung von Bereichen der Lebensqualität. Quelle: Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020

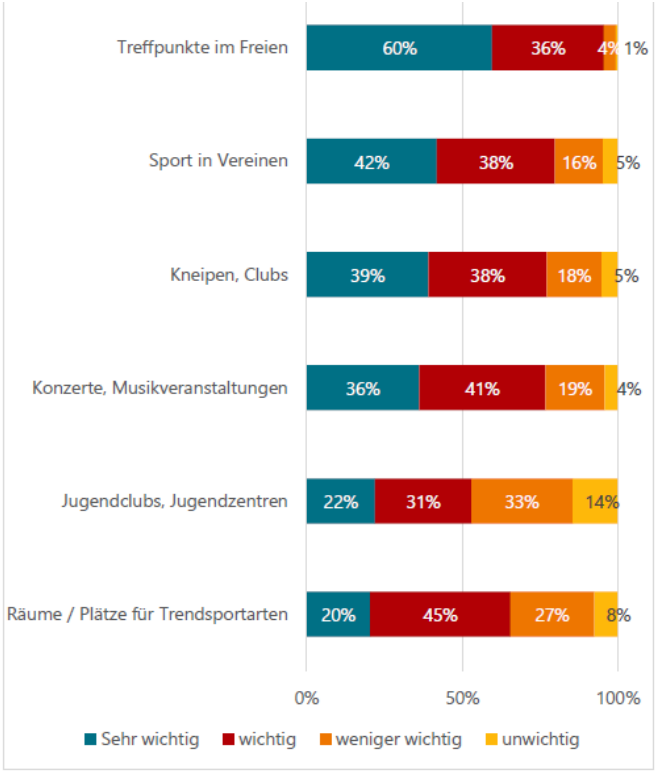


Abbildung 108: Wichtigste Treffpunkte. Quelle: Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020

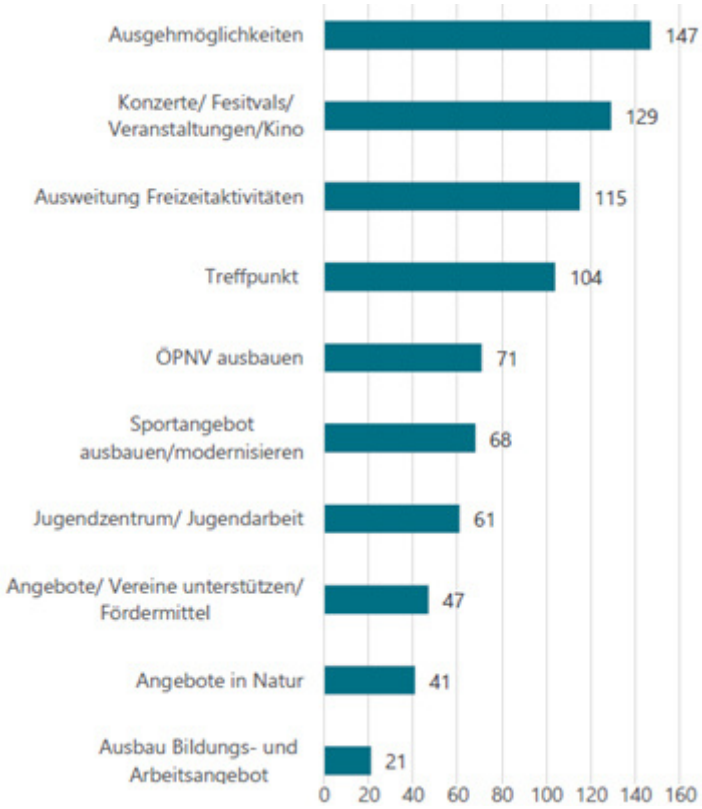


Abbildung 109: Ideen und Vorschläge zur Verbesserung des Kultur- und Freizeitangebots für Jugendliche im Odenwaldkreis. Quelle: Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020

Die meisten Vorschläge für die konkrete Verbesserung der Freizeitqualität in den offenen Fragen der Umfrage bezogen sich auf die Bereiche Ausgehmöglichkeiten und Konzerte, Festivals, Veranstaltungen und Kino. Gleichzeitig wurde der Bereich Kneipen und Clubs als drittwichtigster Treffpunkt bewertet, gefolgt von Konzerten und Musikveranstaltungen.

Gerade in diesen Bereichen ist das Mobilitätsproblem natürlich aufgrund der beschränkten Bedienung der Buslinien zu den Nachtzeiten besonders relevant. Für große Festivals, wie „Sound-of-the-Forest" können Sonder-Busse organisiert werden. Für viele andere, kleinere Veranstaltungen, die (außerhalb von Corona-Zeiten) jedes Wochenende im Odenwaldkreis stattfinden, zeigt sich jedoch eine andere Situation. Die Mobilität auch zu Randzeiten stellt sich sehr unterschiedlich dar, je nachdem wo im Odenwaldkreis man wohnt. Die Bedienung dieser Randzeiten – auch auf der „letzten Meile" oder aber auch den letzten 15 km, wenn man bspw. noch nach Lützelbach muss, stellen Herausforderungen an die ÖPNV-Infrastruktur dar, besonders im ländlichen Raum. Wie in der *Teilstrategie Mobilität* ausführlicher erläutert wird, stützt sich die im KEK vorgeschlagene Strategie hierzu v.a. auf eine Stärkung der Hauptlinien und der fahrplanunabhängigen taxOMobil-Angebote, außerdem der Multimodalität und der Mitnahmefahrten. Eine gute ÖPNV-Anbindung steigert nicht nur die Möglichkeiten der Odenwälder*innen, die Veranstaltungen wahrzunehmen, auch die Attraktivität von Veranstaltungen, Einrichtungen und Kulturangeboten im Odenwaldkreis wird verbessert, wenn diese dann von Menschen aus dem Ballungsraum besser mit dem ÖPNV erreicht werden können. Somit steigt wiederum auch das Potential für kulturelle Highlights im Odenwaldkreis.

Dass ein Nachtleben im ländlichen Raum sehr erfolgreich und wirtschaftlich betrieben werden kann, zeigt das Beispiel des Clubs Moos.Park bei Pöttmes (bei Augsburg). Im praktisch Nachtleben-leeren Raum mitten zwischen Augsburg und Ingolstadt gelang es hier einem kleinen Privatunternehmen, ein stetig wachsendes Angebot zu schaffen. Zwischenzeitlich (bis vor der Corona-Pandemie) machte diese Land-Disko den lokalen Medien zufolge sogar dem Nachtleben Augsburgs Konkurrenz (das Nachrichtenportal trendyone.de schrieb 2017 hierzu unter dem Titel „Stirbt das Nachtleben in Augsburg aus?"). Bemerkenswert ist dieses Beispiel u.a., weil es im Umkreis von 9 Autominuten keine Anbindung an einen Linienbusverkehr gibt. Womöglich ist gerade diese Abgeschnittenheit vom ÖPNV in diesem

Fall ein positiver Faktor, der bewirkt, dass sich der nächtliche Weg in die Großstadt – auch im Vergleich zum Odenwaldkreis – noch etwas komplizierter gestaltet, so dass die lokale Alternative noch stärker nachgefragt wird. Aus Sicht der Kreisentwicklungsplanung und mit den Ergebnissen der Jugendbefragung im Blick sollten vorhandene oder entstehende private Initiativen mit allen verfügbaren Mitteln unterstützt werden. Mit dem Schließen des „Red-Stone“ in Fränkisch-Crumbach und ebenso dem „Unterholz“ in Michelstadt geht der Trend beim Angebot bezüglich des Nachtlebens im Odenwaldkreis gegenwärtig (auch Corona-bedingt) leider eher in die Gegenrichtung.

Die Bedeutung kommunaler Angebote und des Leistungsspektrums des Jugendamts

Wie Jugendliche sich im Odenwaldkreis beheimatet sind bzw. sich fühlen, hängt nicht zuletzt von kommunalen Angeboten und dem Leistungsspektrum des Jugendamts ab, welche im Folgenden näher beleuchtet werden.

Jugendpflege

Nachdem lange Zeit ein Abbau von Personal und Angeboten im Bereich der Jugendpflege an Schulen und in Jugendzentren betrieben wurde, ist nun eine Kehrtwende zu verzeichnen. Das Modell des „Einzelkämpfers“ als Jugendpfleger*in gilt hierbei einigen Akteur*innen im Kreis als überholt. Mittlerweile häufiger praktiziert wird, dass ein Wohlfahrtsverband – wie die AWO in Bad König oder Höchst oder die Jugendwerkstätten in Breuberg – als Organisation im Hintergrund steht und als Dienstleistungsbetrieb die Jugendpflege-Stelle personell besetzt. Die Wohlfahrtsverbände mit ihrer weiteren sozialpädagogischen Fachkompetenz fungieren dann auch als Netzwerkorganisation und Think-Tank zur Weiterentwicklung der Angebote. Außerdem zu beobachten ist das Modell der Jugendpflege in interkommunaler Zusammenarbeit, wie es in Breuberg und Lützelbach sowie in Reichelsheim und Fränkisch-Crumbach praktiziert wird.

Die Stellen der Jugendpflege sind darüber hinaus auch über regelmäßige, von der Kinder- und Jugendförderung des Landratsamtes organisierte Treffen vernetzt. Zusätzlich starteten die Verantwortlichen in den Kommunen zuletzt eine gemeinsame Aktion und eigenständige Vernetzung, verbunden mit einer eigenen Internet-Präsenz: jugendpflegenimodenwald.wordpress.com.

Durch die vermehrte Kooperation können vorhandene Angebote gemeinsam reflektiert und kreativ weiterentwickelt werden. Letztlich hängt das Angebot einer lokalen Jugendpflege meist doch auch zu einem gewissen Teil von den individuellen Fähigkeiten der zuständigen Person ab. Damit besteht v.a. beim „Modell Einzelkämpfer“ die Gefahr, dass die Angebotsstruktur auf einzelne Gruppen von Jugendlichen ausgerichtet bleibt. Somit kann aber z.B. nur schwer Integrationsarbeit geleistet werden. Ziel sollte sein, für alle Jugendlichen etwas anzubieten.

In den Fachgesprächen zur Kreisentwicklung wurden insbesondere offene und aufsuchende Formate („Street-Worker“) als vielversprechend bewertet, um gerade die Gruppen von Jugendlichen zu erreichen, die bislang keinen Kontakt bzw. kein Interesse zu den bestehenden Angeboten haben. Im direkten Gespräch kann auch in Erfahrung gebracht werden, welche für diese Personen attraktiv wären und wie sich die verschiedenen Gruppen zusammenbringen lassen. Um neue Angebote in direktem Austausch mit Jugendlichen zu entwickeln und umzusetzen, braucht es natürlich zunächst entsprechende personelle und finanzielle Mittel. Für ein verstärktes Angebot außerhalb von Jugendzentren sprechen auch die Ergebnisse der Jugendumfrage der Kreisentwicklungsplanung von 2020 (siehe Abbildung 108). Die Teilnehmenden bewerteten hierbei nicht nur die Natur und Landschaft sehr gut, sie nannten auch bezüglich beliebter Treffpunkte überwiegend Orte im Freien. Der gemeinsamen Gestaltung dieser Treffpunkte sollte daher eine hohe Priorität zukommen, weil sie sich als relativ schnell umsetzbare und sichtbare Maßnahme unter Beteiligung der Jugendlichen umsetzen lässt und ihnen eine (wie weiter oben beschriebene) wichtige Wirksamkeitserfahrung in der Ortschaft gibt.

Jugendsozialarbeit

Die Kinder- und Jugendförderung des Odenwaldkreises koordiniert die Schulsozialarbeit im Kreis. Von mehreren Akteur*innen aus den Bereichen Integration, Soziales und Sicherheit wurde der Wert einer künftig vielleicht noch engeren Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendpflege, Street-Workern, Integrations-Netzwerken, Vereinen und Polizei betont.

Die Themen Soziales, Bildung und Integration wurden im Rahmen der Fachgespräche der Kreisentwicklung von den meisten Expert*innen im Verbund betrachtet – so auch im Bereich der Jugendsozialarbeit. Als wichtiger Ansatzpunkt wurde die sprachliche Förderung in Kindergarten und Grundschule festgehalten und die Verstärkung der Schulsozialarbeit. Von einzelnen Expert*innen wurde auch geäußert, dass manche Schulen mit sehr hohen Migrant*innenanteilen aufgrund fehlender sprachlicher und pädagogischer Voraussetzungen bei den Kindern zu Hause oft an die Grenzen dessen stoßen, was im regulären Schulbetrieb geleistet werden kann.

Jugendhilfe und Jugendhilfeplanung

Das Jugendamt erfuhr in den letzten Jahren durch gesetzliche Änderungen eine Ausweitung und Neuprägung seiner Aufgabengebiete. Hierzu zählen insbesondere die Neufassung des Unterhaltsvorschussgesetzes, die durch Vergrößerung der Bezugszeiträume sowie der betreffenden Alterspanne mehr als eine Verdoppelung der Fallzahlen nach sich zog. Zweitens wurden im Kontext des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) Leistungen für junge Menschen nach dem SGB IX in das Jugendamt eingegliedert und der Bereich Eingliederungshilfe strukturell neu gefasst. Fest steht nunmehr auch, dass das jüngst verabschiedete Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen für unser Jugendamt mit neuen, auch herausfordernden Anforderungen wie auch einer erneuten Erweiterung des Handlungsraums verbunden ist. Bevor ein Ausblick auf kommende Herausforderungen geworfen wird, folgt ein kurzer Überblick über das Profil des Jugendamtes im Odenwaldkreis sowie die derzeitigen Schwerpunkte der Jugendhilfeplanung. Für tiefere Einblicke in die organisationale Gliederung, die Gesamtheit der Aufgaben sowie detailliertere Informationen der hier angerissenen Themengebiete sei auf die Jahresberichte des Jugendamtes verwiesen.

a) Ambulant vor stationär

Zum Profil des Jugendamtes gehört seit vielen Jahren der ausgeprägte Fokus auf die Implementierung niedrigschwelliger und inklusiver ambulanter Hilfen. Der Anteil der ambulanten Hilfen zur Erziehung lag gemäß dem Kennzahlenvergleich der hessischen Landkreise mit 64,5 % an höchster Stelle mit einer entsprechend niedrigsten Quote stationärer Hilfen von 32,4 %. Der wichtigste Pfeiler dieser Ausrichtung besteht in der Sozialarbeit an Schulen. In 75 % aller Schulen im Odenwaldkreis existieren Angebote der Schulsozialarbeit. Besonders hervorzuheben ist hierbei die hessenweit einzigartig intensive Nutzung des §29 SGB VIII (Soziale Gruppenarbeit), durch den inklusive Gruppenangebote an Schulen verwirklicht werden können. Der Anteil dieser Hilfen an allen ambulanten Hilfen lag 2019 mit 28,4 % an höchster Stelle aller am Kennzahlenvergleich teilnehmenden hessischen Landkreise.

Der Präventionsgedanke steht ebenso bei den Angeboten der Frühen Hilfen im Vordergrund, deren Zielgruppe werdende Eltern und Kinder im Säuglings- bis Kleinkindalter sind. Zu nennen sind hier Familienhebammen sowie das Projekt „Kinder Willkommen“ (KiWi) und Hilfen bei postpartaler Depression. Die Netzwerkkoordination der Frühen Hilfen ist durch eine Stabsstelle im Jugendamt vertreten.

b) Entwicklung der Gefährdungsmeldungen des Kindeswohls nach §8a SGB VIII

Sofern das Jugendamt Kenntnis von einer möglichen Gefährdung des Kindeswohls erhält, ist es verpflichtet aktiv zu werden und eine Einschätzung vorzunehmen. Sofern eine akute Kindeswohlgefährdung besteht oder der junge Mensch hierum bittet, ist dieser durch das Jugendamt im Rahmen der Garantenpflicht in Obhut zu nehmen. Da dies zum einen als ultima ratio der Jugendhilfe gesehen werden kann und zum anderen die Gefährdungseinschätzungen hohe fachliche und personelle Anforderungen stellen, geben die aktuellen Entwicklungen der Gefährdungsmeldungen und Inobhutnahmen, die die folgende Tabelle zeigt, Anlass zur Sorge.

Tabelle 14: Kindeswohlgefährdungseinschätzungen und Inobhutnahmen

Berichtsjahr	Kindeswohlgefährdungseinschätzungen	Inobhutnahmen
2018	141	40
2019	192 (+36 % zum Wert 2018)	67 (+68 % zum Wert 2018)
2020	263 (+87 % zum Wert 2018)	45 (+13 % zum Wert 2018)

Man kann diesen Zahlen bereits entnehmen, dass nur ein kleiner Anteil der Einschätzungen zu einer Inobhutnahme führt. Zum Großteil sind es andere familienunterstützende oder -ergänzende Hilfen die einer Kindeswohlüberprüfung folgen (vgl. Abbildung 110).

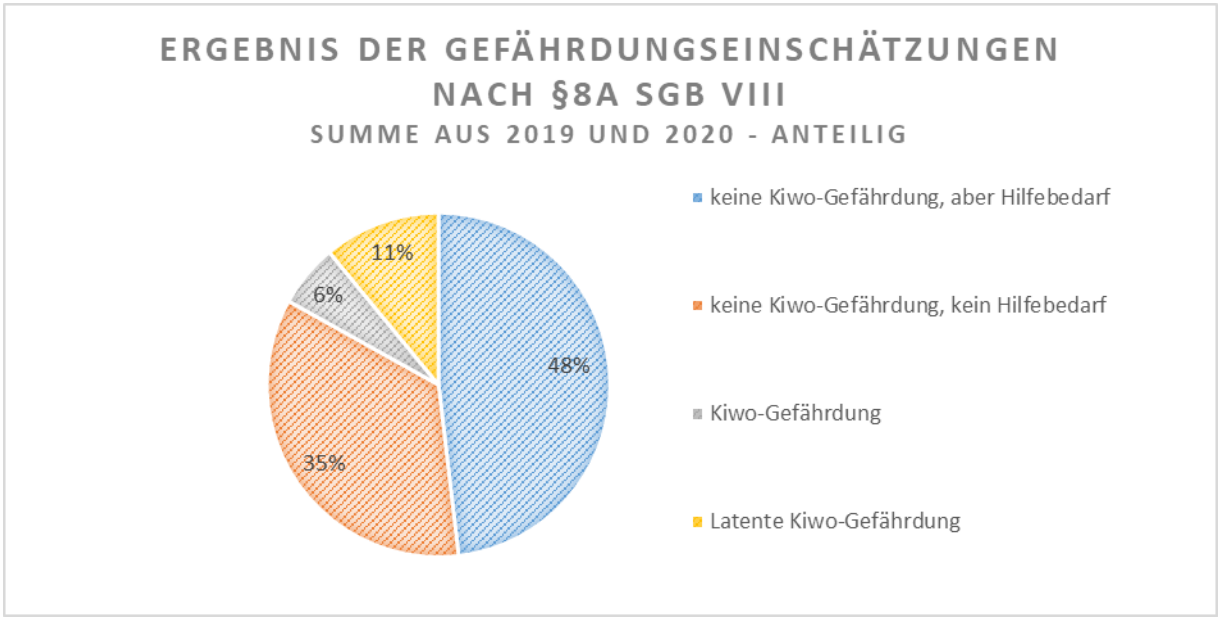


Abbildung 110: Kindeswohlgefährdung – Summe der Gefährdungseinschätzungen nach §8a SGB VII;I 2019 und 2020

Als Reaktion auf diese zuletzt dynamische Entwicklung wurde das Controlling dieses Bereichs intensiviert. Sicherlich üben Corona- und Lockdownkrise auch hier einen Einfluss aus. Als wie groß dieser einzuschätzen ist, ist kaum zu sagen. Hier gilt es, das festgestellte Geschehen anhand überregionalen Studien zu reflektieren, was hoffentlich in naher Zukunft möglich sein wird. Weitere Informationen zu diesem Themenkomplex sind den Jahresberichten des Jugendamtes zu entnehmen.

c) Kindertagesstätten Bedarfs- und Entwicklungsplanung

Seit 2019 führt das Jugendamt eine jährliche Befragungsrunde und hierauf aufbauend ein Monitoring der Kindertagesbetreuung im Landkreis durch. Mittels Synchronisierung von Bevölkerungsdaten und statistischen Meldungen der Kommunen, Tagesbetreuungspersonen und Kindertagesstätten können für die relevanten Altersgruppen beispielsweise Betreuungs- und Ganztagsquoten ausgegeben werden, die auch mit überregionalen Statistiken vergleichbar sind. Dies und auch die Option, Entwicklungen innerhalb der einzelnen Gemeinden des Odenwaldkreises sowie Vergleiche zwischen den Gemeinden und Ortsteilen aufzustellen, soll den Kommunen eine Hilfestellung für den Entwurf eigener Bedarfsplanungen bieten. Die bisherigen Ergebnisse belegen ein im überregionalen Vergleich unterdurchschnittliches Abschneiden des Odenwaldkreises bei Betreuungsquoten sowie insbesondere bei der Ganztagsbetreuung. Weiterhin ist der Anteil von betreuten Kindern bei Tagespflegepersonen an allen betreuten Kindern mit 3 % im Odenwaldkreis überaus gering. Weitere Informationen hierzu können dem *Teilplan Kindertagesbetreuung 2020* des Jugendamts entnommen werden.

d) Jugendhilfeplanung und Controlling

Die in 2019 erweiterte personelle Ausstattung des Bereichs Controlling hat es ermöglicht, dass in verschiedenen Bereichen des Jugendamtes datenbasierte Monitoringsysteme für interne Auswertungen eingerichtet werden konnten. Bislang existieren Monitoringsysteme für folgende Bereiche: Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfe, Beratungsleistungen in ASD und BSD, Erziehungsberatungsstelle, Frühe Hilfen, SGB IX-Leistungen für junge Menschen, Schulsozialarbeit. Die Implementierung von Monitorings ist auch für weitere Bereiche geplant. Aufbereitet werden die Daten in Berichterstattungen und Rückbesprechungen mit den betreffenden Abteilungsleitern. Es wurde bereits begonnen, die so gewonnenen Kenntnisse mit Bevölkerungs- und Sozialdaten des Odenwaldkreises zu synchronisieren, um einen sozialräumlichen Blick auf die Lage von Kindern und Jugendlichen unseres Kreises und seiner Binnenräume zu gewinnen.

Jedoch bedarf es für dieses Ziel nicht allein der Aufarbeitung von Hilfedaten des Jugendamtes. Einzubeziehen sind hier alle für die Belange von jungen Menschen tätigen Akteur*innen (etwa die Träger der freien Jugendhilfe), Institutionen und „Gewerke“ als auch – und insbesondere dies – die Kinder und Jugendlichen selbst.

Einen allgemeinen Jugendhilfeplan gibt es für den Odenwaldkreis zurzeit nicht. Ein Jugendhilfeplan zielt darauf, die aktuelle Lage zu erfassen, dabei auf absehbare Entwicklungen einzugehen, Gestaltungsspielräume zu eruieren, und, geleitet durch eine wertegeleitete Einordnung in Fachdiskurse, strategische Ziele zu verfolgen. Erstmalig waren in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre Anstrengungen zur Erstellung eines allgemeinen Jugendhilfeplans unternommen worden. Damals hatte der Odenwaldkreis in dieser Hinsicht Pionierarbeit geleistet. Seitdem wurden über verschiedene Themen der Jugendhilfe lediglich Teilpläne veröffentlicht. Angesichts der Entwicklungen, die im folgenden Ausblick kurz skizziert werden, hat das Jugendamt angeregt, Vorbereitungen für den Entwurf eines neuen Gesamtjugendhilfeplans anzugehen.

e) Ausblick

Zum jetzigen Zeitpunkt sieht sich das Jugendamt einer Reihe von tiefgreifenden Änderungen, d.h. in der Regel Erweiterungen seines Aufgabenspektrums gegenüber, mit denen mittelbar zu rechnen ist. Dies spiegelt sich auch in der (steigenden) Entwicklung des Haushaltsvolumens des Jugendamtes ab. Zu nennen ist dabei *erstens* die kürzlich beschlossene Reform des SGB VIII, die im Wesentlichen in folgenden Bereichen erweiterte Anforderungen mit sich bringt: Schnittstellenarbeit, Regelungen zur Betriebserlaubnis und Auslandsmaßnahmen (vgl. BECKMANN und LOHSE 2021). Änderungen in der Jugendhilfelandschaft sowie ggfs. auch in den Fachbereichen des Jugendamtes werden sich *zweitens* aller Wahrscheinlichkeit nach auch durch den vom Bundestag im Juni 2021 beschlossenen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich ergeben (klassenweise nach und nach ab 2026; vgl. BMFSFJ 2021), auch wenn dieses Gesetzesvorhaben zwischenzeitlich durch Widerspruch im Bundesrat einen Rückschlag erfahren hat. *Drittens* sind auch die mittel- und langfristigen Folgen der Coronakrise und ihre sicherlich existenten Auswirkungen auf die Jugendhilfe noch nicht abschätzbar.

Jugendbeteiligung

Nachdem bereits weiter oben dargestellt wurde, inwiefern es gewinnbringend und notwendig ist, Jugendliche in Entscheidungen bezüglich ehrenamtlicher Strukturen, räumlicher Gestaltung der Kommunen usw. einzubinden soll nun diskutiert werden, wie eine solche Beteiligung bestmöglich seitens der Kommunen und des Kreises gefördert werden kann. Die Jugendbefragung der Kreisentwicklung war zwar ein wichtiger Baustein und gutes Signal, sie bleibt aber in den Auswirkungen zunächst sehr abstrakt.

Die Abteilung Kinder- und Jugendförderung des Jugendamtes unterstützt kommunale Bestrebungen zur Jugendbeteiligung. Bei einer aktuellen entsprechenden Initiative baut man dabei auf vorherige Erfahrungen, die bei einem Projekt in Brombachtal gesammelt wurden. Hierbei zeigte es sich als besonders wichtig, dass die beteiligten Jugendlichen echten Einfluss erhalten und möglichst unverzüglich auch Umsetzungen erfolgen. Die „Mühlen der Verwaltung“ sind für Jugendliche meist nur schwer verständlich und noch schwerer nachzuvollziehen. Der gewünschte Effekt, die Erfahrung des tatsächlichen Mitwirkens, bleibt den Teilnehmenden verwehrt, wenn dies nicht konzeptionell von Beginn sichergestellt wird. Wenn zunächst eine politische Debatte, die Genehmigung von Haushaltsmitteln, möglicherweise noch die Bewerbung um Fördermittel usw. nötig werden, hat sich das Bedürfnis nach dem Projekt bei den Betroffenen unter Umständen bereits erledigt. Im Vergleich dazu verändern sich die Interessen von Jugendlichen sich oft schneller. Auch wenn Jugendliche einen langen Atem beweisen, kann es sein, dass sie zum Zeitpunkt der Umsetzung gar nicht mehr als streng genommen jugendlich gelten. Vielversprechende Bereiche mit schnell erzielbaren Erfolgen sind z.B. Feste, Musik- oder Sportveranstaltungen, die Gestaltung von bestimmten öffentlichen Räumen und ähnliche Projekte. Begünstigende Faktoren sind ein bereits zu Beginn vorhandenes Budget und ein definierter Rahmen, innerhalb dessen souveräne Entscheidungen durch die Beteiligten getroffen werden können.

Besonders vielversprechend ist es, „Bottom-up“-Ansätze zu verfolgen, die auf eigenständige Initiativen der Zielgruppe zurückgehen. „Von allein“ entstehenden Projekten sollte man also von kommunaler Seite offen und möglichst fördernd gegenüberstehen. Z.B. könnte eine als problematisch wahrgenommene Nutzung von Außenanlagen mit Bänken zum Anlass genommen werden, in einen Dialog zu treten und

gemeinsam eine bessere Lösung für Jugendliche, Anwohner und Kommune zu finden. Auch eine regelmäßige Vergabe von Fördermitteln oder eine Nutzung überregionaler Fördertöpfe kann der Ermöglichung relativ kurzfristiger Projekte zur Umsetzung eigener Ideen dienen. Auch hierbei können die Jugendpflegen in den Kommunen einen entscheidenden Beitrag leisten.

Jugendparlamente stellen eine konstante Form der Jugendbeteiligung dar, die ein längerfristiges Engagement einzelner engagierter Vertreter ermöglicht aber auch voraussetzt. Nachdem eine vergangene Initiative im Odenwaldkreis für ein solches Parlament auf Kreisebene nach einigen Jahren wieder verschwunden ist, gibt es 2021 einen neuen Anlauf zur Bildung eines solchen Gremiums. Kern der Initiative ist der Kreisschülerrat, der das Projekt zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes noch konzeptionell vorbereitet, mit Unterstützung der Kinder- und Jugendförderung. Der nachhaltige Erfolg des Projekts soll gesichert werden, indem man sich an Best-Practices, z.B. im Vogelsbergkreis orientiert, weshalb zunächst der Austausch mit den Verantwortlichen dort gesucht wurde.

Mit Blick auf die zuvor formulierten besonders gewinnbringenden Formate der Jugendbeteiligung könnte ein Jugendparlament auch versuchen, lokale, konkrete Projekte in den Kommunen vorzubereiten oder Parlamente auf kommunaler Ebene aufzubauen. Zentral für ein erfolgreiches Jugendparlament ist eine verlässliche Rechtsgrundlage und eine Satzung, die klar regelt, wann und wie das Jugendparlament in Entscheidungen miteinbezogen werden muss und wie mit diesen Stellungnahmen umzugehen ist. Außerdem bedarf es tatkräftiger Unterstützung durch verwaltungs- und politikerfahrenes Personal, das bei der Geschäftsführung hilft.

Eine weitere Form der Bürgerbeteiligung ist die **Umfrage**, die nicht nur auf Kreisebene regelmäßig im Rahmen der Kreisentwicklungsplanung wiederholt werden sollte, sondern auch auf Ebene der Kommunen ihren Sinn hat. Neben der in der Kreisentwicklung verwendeten Methode der Online-Umfrage gibt es zahlreiche andere Formen. So kann beispielsweise mit Ideenwerkstätten, Workshops oder ähnlichem tiefer auf Zusammenhänge eingegangen werden und gemeinsam an Lösungsideen gearbeitet werden. In der Jugendbeteiligung ist die Niederschwelligkeit und Motivation zum Mitmachen von besonderer Bedeutung. HESS et al. (2018) unterbreiteten deshalb Ideen, Veranstaltungen oder beliebte Treffpunkte zu nutzen, um auf (Online-)Beteiligungsmöglichkeiten hinzuweisen. Unter dem Motto der „Undercover-Beteiligung“ können beispielsweise auch bemalbare Tischdecken oder Bierdeckel in Cafés, Restaurants und Bars genutzt werden, um niederschwellig Menschen für eine Beteiligung zu gewinnen. Generell können Situationen des Wartens für einen Fragebogen „zwischendurch“ genutzt werden. Jugendbeteiligung ist zum einen notwendig, um einen Beitrag für eine stärkere Verbundenheit Jugendlicher mit der Region zu erreichen. Umgekehrt ist aber auch die Region mittelfristig abhängig davon, dass Jugendliche sich für lokale Geschehnisse und Prozesse interessieren. Nur so kann auch der fortbestand ehrenamtlicher Strukturen und der Nachwuchs engagierter Bürger*innen in der Kommunalpolitik sichergestellt werden. Last but not least ist zu erwähnen, dass nach Gesetzesgrundlage der HGO Jugendbeteiligung letzten Endes auch Pflicht-aufgabe der Kommunen ist (HGO §4c und §8c)

Lebensqualität dank vielfältigem Kunst- und Kulturprogramm

Der Odenwaldkreis bietet das ganze Jahr über ein anspruchsvolles, buntes und vielfältiges Kunst- und Kulturprogramm. Dabei ist schon die Kulturlandschaft selbst ein besonderes Highlight: ob vor der Kulisse des Fachwerks des historischen Rathauses in der Michelstädter Altstadt, in den alten Gemäuern einer Burg, in eigens errichteten Informationszentren, Kultur im Schloss oder einfach in der freien Natur, wie etwa am Marbach-Stausee.

Der Odenwaldkreis bietet für Kunst- und Kulturbegeisterte jeden Alters Veranstaltungen: von der Michelstädter Musiknacht bis zum Festival Sound of the Forest, vom Erbach-Michelstädter Theater-sommer bis zu den Reichelsheimer Märchen- und Sagentagen – um nur einige zu nennen. Möglich ist dieses breite Angebot zu großen Teilen dank des Engagements zahlreicher Ehrenamtlicher, die solche wiederkehrenden Feste organisieren und regelmäßig eine Menge Arbeit und Geld dafür investieren. Im Odenwaldkreis gibt es neben einigen wichtigen Highlights in praktisch jeder Ortschaft Vereine, die sich mit Theater, Musik, Tanz oder Kunst beschäftigen und so für diese Vielzahl und Vielfalt des kulturellen Lebens in der Region sorgen.

Unterstützt und gefördert werden sie in diesem Schaffen von den kommunalen Kulturämtern, die es in einigen Kommunen des Kreises gibt, und dem Kulturmanagement des Landkreises.

Mit der Idee „Kulturmarke“ wurde 2018 ein Strategieprozess angestoßen, der von Anfang an Wissenschaft und Stakeholder vor Ort berücksichtigte. Zielsetzung ist die Stärkung der Kunst und Kultur im Odenwaldkreis und die stärkere Wahrnehmung der Region in den Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar. Hierzu sollen auch international bekannte Odenwälder Kunstschaffende und der herausragenden qualitativ hochwertigen Kulturprojekte/-veranstaltungen besonders hervorgehoben werden, um die öffentliche Wahrnehmung unserer ländlichen Region positiv zu beeinflussen.

Der Odenwaldkreis lud seine Bürger*innen dazu ein, sich an dieser Kulturentwicklung zu beteiligen und mitzuteilen, was ihnen an der Odenwälder Kulturlandschaft besonders gefällt und was verbessert werden könnte. Die Rückmeldungen waren Grundlage der Auftaktveranstaltung am 13.03.2019 in Michelstadt. Landrat Frank Matiaske erläuterte hierbei zunächst Herausforderungen der ländlichen Entwicklung und stellte in diesem Kontext die Bedeutung von Kultur für eine lebenswerte Region heraus. Prof. Dr. Wolfgang Schneider, Leiter des Instituts für Kulturpolitik an der Universität Hildesheim, erläuterte Ziele, Möglichkeiten und Bedeutung einer starken Kulturmarke und einer gemeinsamen regionalen Kulturpolitik. Das Institut hat bereits in der Vergangenheit Konzepte zur Kultur im ländlichen Raum erarbeitet, darunter ein modularisiertes Modellvorhaben in den ländlichen Regionen der Länder Brandenburg und Hessen und des Freistaats Sachsen.

Am Ende des Abends wurden die anwesenden Vertreter aller Kultursparten eingeladen, sich an den folgenden Workshops am 31.05.2019 und 01.06.2019 einzubringen. An beiden Tagen fanden jeweils in zwei der insgesamt vier Teilregionen des Kreisgebiets (Unterzent, Gersprenztal, Erbach-Michelstadt und Oberzent) zwei parallele Workshops statt. In einem *Open-Space*-Format wurde ein vertrauensvolles Miteinander der Teilnehmenden geschaffen und themenoffen gearbeitet. Die Ergebnisse der vier Workshops glichen sich inhaltlich zu großen Teilen. Nach einer intensiven Auswertung durch Prof. Schneider und seine Mitarbeiter*innen am Lehrstuhl für Kulturpolitik wurden die Ergebnisse am 15.10.2019 vor dem Schul- und Kulturausschuss des Odenwaldkreises und anschließend im 2. Kulturforum Odenwaldkreis präsentiert. Den Ausschussmitgliedern wurde hierbei ein grundlegendes Problem vermittelt: „Kunst ist schön, macht aber viel Arbeit. Und kostet Geld“. Die Arbeit zur Kulturmarke im Kulturforum ging weiter, wo mit den anwesenden Kunst- und Kulturschaffenden an einer Konkretisierung der Handlungsfelder und einer Organisation der Umsetzung gearbeitet wurde. Die herausgearbeiteten Handlungsansätze gliederten sich in drei Bereiche: Kommunikation, Netzwerke und Projekte. Zur weiteren Organisation wurde ein Kulturbeirat, sowie zwei Arbeitskreise gegründet: der AK Kultur-Kommunikation/Netzwerk der Kulturen und der AK Kultur-Projekte.

Der AK Kultur Kommunikation / Netzwerk konzentrierte sich seit seiner ersten Sitzung v.a. auf die Einrichtung einer Plattform. Eine Homepage sollte folgende Funktionen erfüllen: Veranstaltungskalender unter Einbindung bestehender Online-Kalender, Künstlerverzeichnis, Verzeichnis von Fördermöglichkeiten, Veranstalterverzeichnis, Locations-Verzeichnis, Newsplattform, Online-Zeitung, Kultur-Landkarte, Schwarzes Brett für Kulturakteur*innen oder „Kulturbörse“, sowie ein virtueller Stammtisch für Kunst- und Kulturschaffende. Die anfängliche Idee, dies alles auf einer ohnehin zu überarbeitenden www.odenwaldkreis.de-Homepage mit abzubilden, wurde teilweise verworfen. Praktikabel erwies sich in der Zwischenzeit, den vorhandenen Veranstaltungskalender von des Tourismusverbands Bergstraße-Odenwald zu verwenden.

Unter engagierter Mithilfe zweier IT-affiner AK-Mitglieder entstand anlässlich der geplanten Sitzung des AK am 15.04.2020 ein Lastenheft, welches die konzeptionellen, organisatorischen und IT-strukturellen Grundlagen einer solchen Plattform eruiert.

Darüber hinaus entschloss sich der AK Kultur-Projekte, seine Anstrengungen zunächst auf folgende Projekte zu konzentrieren:

- Leerstände mit Kunstaktion befüllen – in Abstimmung mit den kommunalen Kulturämtern und den Bürgermeistern
- Artist in Residence: Künstler*innen unterschiedlicher Fachrichtungen im Austausch ohne eigene finanzielle Mittel. Mit diesem Ziel wohnen und schaffen Künstler*innen auf Zeit im selben Gebäude. Als Räumlichkeit hierfür im Gespräch ist derzeit die neu renovierte Orangerie in Erbach

- Haus der Kultur mit Ateliers, Proberäumen, Auftritt- und Ausstellungsmöglichkeiten, Kunstschule, Artist in Residence. Als Räumlichkeit hierfür diskutiert wird hierfür die Werner-Borchers-Halle mit den ehemaligen Räumlichkeiten des „Deutschen Elfenbeinmuseums“
- Impulsveranstaltungen waren bereits für den Sommer 2020 angedacht: Skulpturen-Symposium in den Erbacher Bierhallen, ein Theaterprojekt im Gersprenztal, ein Fotowettbewerb in Oberzent, sowie ein Transportables Atelier mit Malwettbewerb in Unterzent

Unter dem Aspekt „Kultur kostet Geld“ ist ein Anliegen der Kulturmarke, die öffentliche Wahrnehmung und das allgemeine Interesse an regionaler Kultur zu steigern und somit auch zielgerichtet kommunale Gelder zu mobilisieren. Andererseits wurden Verbesserungsbedarfe bei der Einwerbung von Fördergeldern identifiziert. Daher besteht enger Austausch des Kulturmanagements des Kreises mit der Interessengemeinschaft Odenwald, um Projektideen frühzeitig hinsichtlich einer Förderfähigkeit aus LEADER-Mitteln hin abzuprüfen. Außerdem ermöglicht das Förderprogramm „LandKulturPerlen“ ab 2021 eine Förderung von bis zu 10 Projekten im Odenwaldkreis, mit Fördersummen zwischen 1.000 € und 2.000 €. Außerdem bietet das Förderprogramm auch Weiterbildungs-Seminare für Kulturschaffende an, z.B. zu Themen wie Ehrenamtsgewinnung (hinsichtlich der Nachwuchs-Sorgen in vielen Vereinen) oder Öffentlichkeitsarbeit.

Weitere Bestrebungen gehen dahin, Kunst und Kultur festen Raum im Kreis zu geben. So befindet sich ein Kunst-Haus in Bad König in Entstehung, ein ähnliches Projekt konzentriert sich auf einen zentralen Standort in Erbach. Die „Fliegerhalle Breuberg“ konnte zwischenzeitlich bereits zu einem solchen Haus der Kunst gemacht werden, wobei das ehrenamtliche und finanzielle Engagement von Kulturschaffenden, Bürgerschaft und Unternehmen entscheidend beigetragen hat. Solche Orte schaffen Treffpunkt für Kulturschaffende, Ausstellungsraum und Sichtbarkeit der lebendigen Kulturlandschaft in der Region. Diese Projekte zeigen eindrucksvoll, wie wichtig eine Vernetzung innerhalb und außerhalb der Kultur-Szene ist, denn dabei wird zusammengearbeitet mit Partnern der Kommunalverwaltung, der Jugendpflege und verschiedenen Künstlervereinigungen.

Bis zur Fertigstellung der Kulturmarke sind noch diverse Formate im Gespräch, z.B. eine Umfrage, weitere Bürgerschafts-Workshops, Informationsveranstaltungen für Stadt- und Gemeinderäte, einem „Kultursonntag“, bis hin zu einem Tag der offenen Tür für Kultur-Stätten inklusive Bus-Rundreise-Möglichkeiten. Die Kulturmarke wird auch ein wichtiges Element für ein durchdachtes Konzept zum künftigen Regionalmarketing darstellen, denn die Kommunikationsstrategie zu den verschiedenen Bereichen muss möglichst gut zusammenpassen.

Aktuell (Sommer 2021) beginnt der Kultur-Sektor sich von den einschneidenden Beschränkungen der Corona-Krise zu erholen. Mit dem Konzept "Kunst geht auf Reisen - und wir gehen mit!" konnte für eine Reihe von Veranstaltungen eine Bundesförderung (Programm NEUSTART KULTUR) in Höhe von fast 400.000 Euro für den Odenwaldkreis gewonnen werden, um diese Erholung zu ermöglichen. Beteiligt sind über 100 Kulturschaffende und das Programm enthält Theater (Kindertheater und „Fenster-Ensembles“), Kleinkunst, Comedy, Poetry-Slam, (Foto)-Ausstellungen, Chöre, Lesungen mit kultureller Bildung, Performance, Illumination und jede Menge Musik, Tanz, Graffiti-, Foto- und Filmworkshops, Musik für Kinder und vieles mehr. Ein weiterer Schwerpunkt des Projekts liegt auf der Einbindung außergewöhnlicher Lokalitäten. Ausgewählt wurden zum Beispiel das Gelände eines ehemaligen Munitionslagers, eine Hofreite, die Burgruine Rodenstein, die Güterhalle in Höchst, eine ehemalige Lagerhalle in Erbach, aber auch zahlreiche Plätze mitten im Ort, auf dem Sportplatz oder der Festwiese.

Bürgerschaftliches Engagement, Vereine, Ehrenamtsagentur – starke Säulen des Zusammenhalts

Über den Begriff „Ehrenamt“ hinaus weist die Bezeichnung „bürgerschaftliches Engagement“, denn hier sind auch nicht formelle Formen der kostenfreien gegenseitigen Unterstützung eingeschlossen. Sowohl die organisierten Ehrenämter als auch diese nicht formellen Formen der Zusammenarbeit spielen für den ländlichen Raum eine wichtige Rolle für die Lebensqualität und für die Sicherung der Daseinsvorsorge. Ehrenamtliche Strukturen und bürgerschaftliches Engagement sind auch zentral für die Qualität der Demokratie und die soziale Integration der Gesellschaft. Jedoch stoßen sie ohne staatliche, bzw. kommunale Unterstützung teils an finanzielle und praktische Grenzen ihrer Gestaltungsspielräume (KLEINER & KLÄRNER 2019: S. i). Staat und Ehrenamt ergänzen sich in diesem Sinne, wobei nicht übersehen werden darf, dass viele Leistungen des bürgerschaftlichen Engagements – gerade in

ländlichen Räumen – nicht durch hauptamtliche steuerfinanzierte Strukturen ersetzt werden könnten. Anschauliches Beispiel hierfür sind die Freiwilligen Feuerwehren.

Einen Überblick über die vielfältigen Bereiche ehrenamtlichen Engagements gibt das ICNPO-Klassifikationssystem (KLEINER & KLÄRNER 2019: S. 7):

- Kultur und Freizeit
- Bildung und Forschung
- Gesundheitswesen
- Soziale Dienste
- Natur- und Umweltschutz
- Wohnungswesen und Beschäftigung
- Rechtswesen, bürgerschaftliche Interessen, Verbraucherinteressen und Politik
- Stiftungen und Förderung des Ehrenamtes
- Internationale Aktivitäten
- Religions- und Glaubensgemeinschaften
- Wirtschafts- und Berufsverbände sowie Gewerkschaften

a) Organisation und Nachwuchssicherung

Viele Vereine leiden unter Nachwuchsproblemen. Insbesondere arbeitsintensive Vereinsfunktionen werden oft jahrzehntelang von denselben Personen ausgeführt. Das entspricht auch oft den Erwartungen – „Wenn die Person, die es immer gemacht hat gute Arbeit macht, müssen sich andere nicht darum kümmern" – was den meisten willkommen ist. Bei der Nachfolgeregelung solch zentraler Verantwortungsträger*innen können Probleme auftreten. So haben beispielsweise Berufstätige in der Nachfolge solcher „Patriarchen" meist nicht ausreichend Zeit und Lust, eine derartige Vielzahl an Aufgaben zu übernehmen. Auf der anderen Seite haben junge Vereinsmitglieder heutzutage eine veränderte Erwartungshaltung bezüglich der Mitwirkungsmöglichkeiten und hinsichtlich der Kommunikation zwischen Vereinsführung und -mitgliedern. Wichtig wird daher Aufgabenteilung, Kommunikation, Aufsplittung von Verantwortung und Wertschätzung auch kleinerer Engagements, die Hauptverantwortliche entlasten. Mit einem solchen Einbinden in Verantwortung in kleinen Schritten kann ein langfristiger Führungskräftenachwuchs in den Vereinen sichergestellt werden.

Das Berlin-Institut reflektierte in einem Thesenpapier im Auftrag der Körber-Stiftung 2018, wie sich der Renteneintritt der Generation „Babyboomer" auf unsere Gesellschaft und Wirtschaft auswirken wird. Bezüglich des Themas ehrenamtlichen Engagements wird hier davon ausgegangen, dass diese Generation über den Renteneintritt hinaus aktiv bleiben wird und das Zusammenleben in den Kommunen weiter mitgestalten werden – allerdings zu ihren eigenen Bedingungen (BERLIN-INSTITUT & KÖRBER STIFTUNG 2018: S. 10). Hierbei wird darauf verwiesen, dass Menschen im Alter heute länger körperlich und geistig fit sind. Daher werden viele, die bereits während der Berufstätigkeit ehrenamtlich tätig waren, dies in der Rente ausbauen.

> „*Sie sollten daher bereits in der Vorruhestandsphase umworben werden. […] Die Kommunen können aber auch selbst Impulse setzen. So erhalten Beschäftigte der Stadt Köln mit ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben einen Brief, in dem die Stadt ihnen nicht nur für ihre Arbeit dankt, sondern auch auf die Möglichkeiten und Anlaufstellen für ehrenamtliche Tätigkeiten hinweist. […] Engagierte (auch im Alter) suchen immer weniger den klassischen Verein, sondern neue Formen, um sich einzubringen. „Sie ziehen es häufig vor, sich in zeitlich begrenzten Initiativen und Projekten mit klarem Ziel zu engagieren" (ebd. S. 13*)

Trotz der Chancen und Befürchtungen im Zusammenhang mit der Alterung der Gesellschaft zeigen sich in der Statistik auch positive Erkenntnisse für den ländlichen Raum: so ist der Anteil der jüngeren Altersgruppen unter den ehrenamtlich Engagierten im ländlichen Raum höher als im städtisch geprägten Umfeld. Der bislang unterdurchschnittliche Frauenanteil zeigt einen Wachstums-Trend (KLEINER & KLÄRNER 2019: S. i f.).

Die Ehrenamtsagentur bietet unkomplizierte und unbürokratische Unterstützung, vermittelt ehrenamtlich Interessierte in passende Aufgaben, konzipiert neue ehrenamtliche Aufgaben und berät Vereine in allen Belangen. Kontaktpflege und Zusammenarbeit z. B. mit dem Jugendamt (Fahrdienste zu überörtlichen

Kliniken) oder dem Frauenhaus (Hilfe beim Umzug) ist ebenso Teil der täglichen Arbeit wie die Mitarbeit in verschiedenen Gremien.

Die Erfahrungen der Ehrenamtsagentur zeigen aktuell, dass viele der jungen Kreisbürger*innen, die noch kein Ehrenamt ausüben, durchaus bereit sind, sich zu engagieren, wenn die Bedingungen stimmen und eigene Zweifel ausgeräumt werden. Junge Menschen machen ihr Engagement mehr von der Machbarkeit als von materiellen Anreizen abhängig. Zudem zeigt sich im Bedarf nach Unterstützung bei der Suche nach dem passenden Ehrenamt ein wichtiger, mitunter unterschätzter Ansatz zur Engagementförderung. Ziel ist es, junge Menschen für ein Engagement zu gewinnen. Dies soll mit gezielten Social Media-Auftritten, Werbekampagnen an den Schulen, aber auch durch Schulungen von Vereinsvorständen zum "Halten und Gewinnen" der jungen Menschen erreicht werden. Auch die Installierung und Umsetzung des Förderprogramms "Freiwilliges Soziales Schuljahr Hessen" wird als ein Baustein in Betracht gezogen.

Seit 2013 ist die Ehrenamtsagentur auch „**Qualifizierungsstelle für ehrenamtliche Arbeit“** des Landes Hessen.

b) Digitalisierung

Auch bei der Werbung um neue Mitglieder müssen heutzutage neue Wege gegangen werden – insbesondere im digitalen Bereich. Mit der Ehrenamtsagentur hat der Odenwaldkreis eine zentrale für Vereinsarbeit und Ehrenamt zuständige Stelle, die den Vereinen in der Region mit Rat, Tat, Vernetzung und Impulsen durch Veranstaltungen unter die Arme greift. Mit dieser Unterstützung ist es gelungen, alle Odenwälder Vereine auf der Plattform www.ehrenamtssuche-hessen.de auffindbar zu machen. Weitere Förderung der Öffentlichkeitsarbeit gab es zuletzt u.a. in Form eines Online-Seminars „Pressearbeit für Einsteiger“ und einer Social Media Weiterbildung für Vereinsmitglieder.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die Vereine und Organisationen zwar mittlerweile in der Regel das Grundverständnis für digitale Anwendungen haben, doch „Corona“ brachte viele von ihnen an ihre Grenzen. Themen wie „digitale Vorstandssitzungen“ oder Mitgliederversammlungen wurden, bzw. werden nur in Ausnahmesituationen bespielt. Das Kontakthalten mit den Mitgliedern und der Internet- oder auch ein Social Media-Auftritt des Vereins für die Außenwirkung sind Themen, die nur vereinzelt in den Vereinen und Organisationen betrieben werden. Unsicherheiten waren neben den technischen Voraussetzungen vor allem die Methodik, aber auch gesetzliche Grundlagen für den digitalen Auftritt. Hier zeigte sich, dass vieles davon vor allem "jungen" Vereinen leichter fiel. Die Nachwuchsgewinnung für Freiwilligenarbeit in- und außerhalb von Vereinen wird im heutigen medialen Zeitalter nicht mehr nur mit den Methoden des 20. Jahrhunderts möglich sein. Aus Sicht der Ehrenamtsagentur ist es daher sehr wichtig, diese Thematik voranzubringen, um die jüngere Generation für ehrenamtliche Aufgaben zu begeistern. Auch für die Ehrenamtsagentur selbst ist es wichtig immer wieder neue Sprach- und Kommunikationswege anderer Personengruppen zu erlernen, um auf die eigenen Angebote aufmerksam machen zu können.

c) Anerkennung von Engagement

Große Aufmerksamkeit und Wert wird auf die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements gelegt. So wird nicht nur die Ehrenamtscard im Odenwaldkreis auf einmalige Art und Weise vergeben: Die Ehrenamtsagentur des Odenwaldkreises organisiert die Verleihung dieser Auszeichnung im Rahmen angemessen feierlicher Veranstaltungen, die (normalerweise) in Zusammenarbeit mit Vereinen an verschiedenen sehens- und erlebenswerten Orten vier- bis fünfmal pro Jahr stattfinden. Jeweils maximal 70 neue E-Cards werden hierbei vergeben. Der gastgebende Verein erhält dabei die Möglichkeit sich vorzustellen, lokale Musikgruppen leiten den Abend ein, ein*e Vertreter*in der Kommunen und der Landrat bedanken sich persönlich bei den engagierten Bürger*innen. In der Anzahl der Vergünstigungen für die Ehrenamtscard liegt der Odenwaldkreis an zweiter Stelle in Hessen.

Auch das Engagement, das nicht für die E-Card "reicht", wird gewürdigt: So fanden mehrfach Veranstaltungen statt, in denen den Engagierten mit einer Einladung einfach mal "Danke" für ihr Tun gesagt wurde. Herausragend ist hier die Veranstaltung mit ca. 250 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern der Notunterkunft im Jahre 2016 zu nennen. Der Wert des ehrenamtlichen Engagements ist – besonders im ländlichen Raum – absolut systemrelevant. In den Bereichen Soziales, Kultur und Katastrophenschutz wären die Strukturen ohne die Hilfe dieser zahlreichen Personen nicht aufrechtzuerhalten. Eine

angemessene Würdigung durch die Bürgerschaft, die Kommunen und den Kreis ist daher von zentraler Wichtigkeit.

d) Vereinsforum

Die Zusammenarbeit mit den Bürgermeistern des Odenwaldkreises gestaltet sich in unterschiedlichen Kooperationen und Themen bereits sehr gut. Das Angebot, die hessenweite Vereinsdatenbank auch auf den digitalen Seiten der Stadt- und Gemeindeverwaltungen zu verankern, wurde bei allen Kommunen angenommen. Auch die Unterstützung durch die verschiedenen Bauhöfe bei den Freiwilligentagen ist größtenteils mit „mustergültig“ zu bezeichnen. Ausbaufähig ist teilweise die Kommunikation der Vereine untereinander und der Vereine mit "ihren" Bürgermeistern. Ziel sollte sein, die Vereine in regelmäßigen Abständen zusammenzubringen, um Kooperationen und Termine abzusprechen – auch mit den Bürgermeistern. Gewinnbringend wäre außerdem, in allen Rathäusern Ansprechpartner für Ehrenamtliche und Vereine mit festen Sprechzeiten zu installieren. Schwerpunkt für gemeinsame Vereinsforen sollte die Fortbildung mit vereinsübergreifenden und immer wieder aktuellen Themen wie z. B. Vorstandsarbeit, DSGVO oder "Geldwäsche-Gesetz" werden. Ein von der Ehrenamtsagentur angeregtes Vereinsforum wurde bereits erfolgreich durchgeführt. Insgesamt nahmen mit Warteliste mehr als 100 Vereinsmitglieder dieses Angebot an. Der Wunsch der Teilnehmenden war eindeutig: „Es sollte weitere solcher Veranstaltungen geben!“

e) Neues Ehrenamt

Konzeptionell lässt sich zwischen „traditionellem“ oder „altem Ehrenamt“ auf der einen, und „neuem Ehrenamt“ auf der anderen Seite unterscheiden. Traditionelle ehrenamtliche Tätigkeiten werden im Rahmen von Großinstitutionen wie Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, und Kirchen geleistet. Dieses Engagement ist gekennzeichnet durch eine langfristige Mitarbeit, fest organisierte Formen von Kooperation und Arbeitsteilung. Dabei dauert diese Tätigkeit zumeist einige Jahre oder gar lebenslang. Die Ehrenamtlichen handeln aus ihrer persönlichen Überzeugung oder möchten einen Dienst für eine Gemeinschaft leisten. Das „neue Ehrenamt“ bezeichnet neue Formen bürgerschaftlichen Engagements, das sich nicht so stark an Institutionen und Großträgern orientiert.

Der Trend hin solchen neuen Formen wird seit den 1970ern beobachtet. Das neue Ehrenamt zeichnet sich nach BEHER et al. (1998) durch Selbstorganisation, ein höheres Ausmaß an Flexibilität, Interesse an der Bewältigung eigener Problemsituationen und politischen Veränderungswillen aus. Es ist befristet, thematisch abgrenzbar und zweckgebunden. Die Arbeitsabläufe und -zeiten können selbst bestimmt und anschließend reflektiert werden. Es findet zumeist in Projekten mit großen Gestaltungsspielräumen statt. Häufig ist es im Bereich der Nachbarschaftshilfe und der Selbsthilfebewegungen angesiedelt. Als weitere Beispiele sind Bürgerinitiativen, Selbsthilfe- und Betroffenengruppen zu nennen.

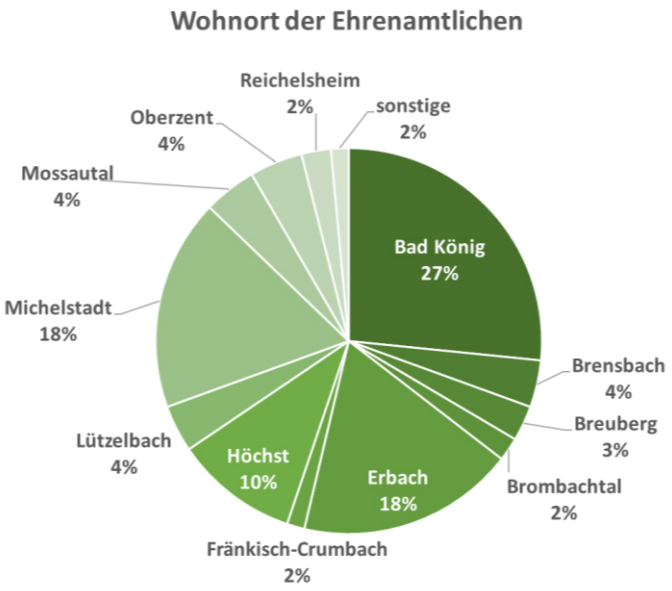


Abbildung 111: Wohnort der im Odenwaldkreis ehrenamtlich Aktiven. Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements.

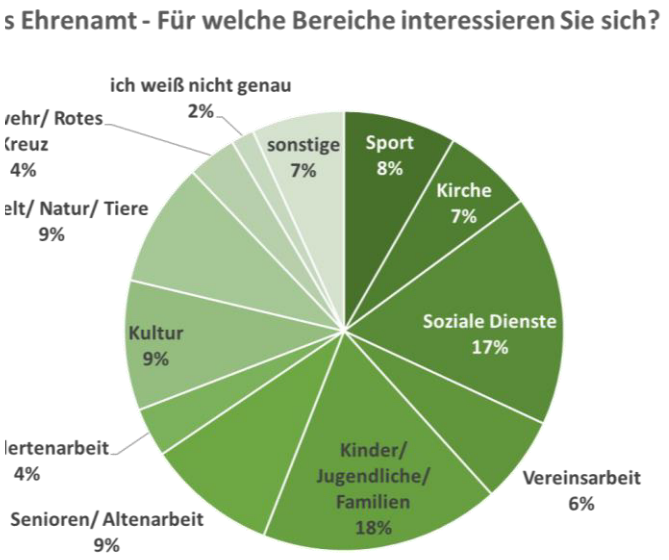


Abbildung 112: Bevorzugte Tätigkeitsbereiche im neuen Ehrenamt im Odenwaldkreis – „Für welche Bereiche interessieren Sie sich?“ Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements.

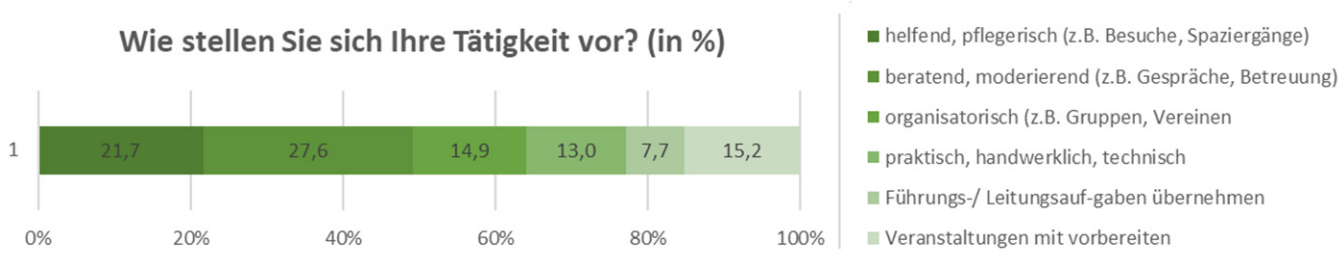


Abbildung 113: Interessensbereiche der Interessierten im Bereich "neues Ehrenamt"; Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements

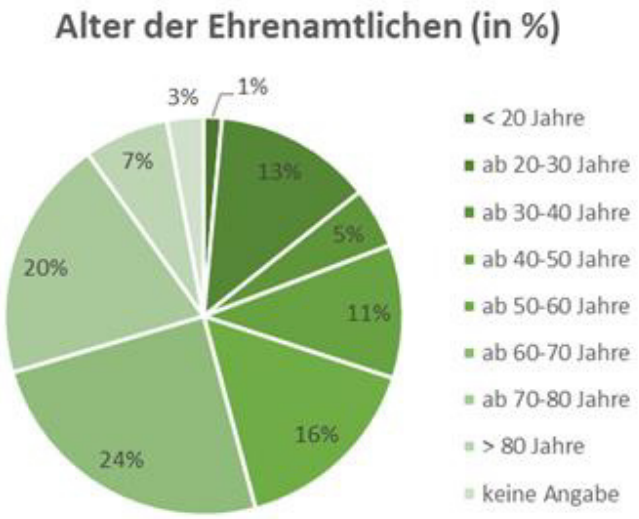


Abbildung 114: Alter der Ehrenamtlichen ("neues Ehrenamt");
Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements

Neben der Förderung des „alten Ehrenamtes“ mit Sportler-, Kleintierzüchter- und Sängerehrung, Orden und Ehrenzeichen, der Vereinsförderung nach Förderrichtlinien und Zuarbeit für die Verwaltungsleitung, entwickelte und förderte die Ehrenamtsagentur in den Jahren seit ihrer Gründung 2008 mit Unterstützung der Landesehrenamtsagentur verschiedene neue Themenfelder. Ein erster wichtiger Grundpfeiler wurde die Ehrenamtssuchmaschine, die hier mit unterstützt wird und in Zusammenarbeit mit der Hessenagentur weiterentwickelt wird.

Neue ehrenamtliche Aufgabenfelder im Bereich des „neuen Ehrenamtes“ wurden entwickelt und aufgegriffen. Beispiele dazu sind Projekte wie Senioren ins Internet (Das Projekt bekam im Herbst 2012 einen Preis von der Hessischen Landesregierung), Sprach-/Lernpartner für Migranten oder die 1:1-Hausaufgabenbetreuung für Kinder, deren Eltern diese Anforderungen nicht erfüllen können. Mit einzelnen Engagierten konnten auch Werbeaktionen für das Ehrenamt durchgeführt werden, wobei wiederum Schaufenster leerstehender Ladenlokale als Werbefläche genutzt werden konnten. Am hessischen Projekt „Vernetzungsstelle für Nachbarschafts- und Generationenhilfevereine“ beteiligen sich im Odenwaldkreis neun Vereine, von denen fünf erst seit 2012 gegründet wurden – eine begrüßenswerte Entwicklung, die den Effekten des Älterwerdens unserer Gesellschaft begegnet. Die Ehrenamtsagentur greift immer wieder auch aktuelle Herausforderungen auf, die zeitnah in neue Projekte münden. Hieraus resultierten auch: „Gymnastik für Frauen aller Kulturen“, „Schwimmen für Frauen aller Kulturen“ oder die Sicherheitsberater für Senioren.

In besonderen Notsituationen hilft die Ehrenamtsagentur bei der Vermittlung Ehrenamtlicher, wie 2015, als in der vom Land Hessen eingerichteten Notunterkunft des Odenwaldkreises für Geflüchtete Helfer gebraucht wurden (täglich 30 Freiwillige), oder als 2021 Impfpaten im Erbacher Impfzentrum gebraucht wurden. Auch bei der Organisation von Einkaufshelfern*innen über die vom Land Hessen erstellte Homepage „Hessen helfen“ war die Ehrenamtsagentur eingebunden. Die langfristig zugewiesenen Geflüchteten wurden von Ehrenamtlichen an 10 Standorten im Kreisgebiet unterstützt u.a. beim Kontakt zu Behörden, Sportvereinen (Sportcoaches), Ärzt*innen u.v.m. Es entstand ein fast flächendeckendes vernetzendes Angebot mit persönlichen Hilfeangeboten in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit, unterstützt von der Ehrenamtsagentur mit Vermittlung, Fortbildung ("Wissen macht stark") einer FAQ/Blog-Seite für häufige Fragen und fachbezogene Themen im Internet.

Weitere Tätigkeitsfelder sind

- die Weltreise durch Wohnzimmer: Hier öffnen Menschen, die nicht in Deutschland geboren sind, für zwei Stunden ihr Wohnzimmer und erzählen von ihrem Herkunftsland,
- der an Stadtfeste angedockte Markt der Möglichkeiten, bei dem Organisationen und Vereine sich präsentieren können und
- die jährlich stattfindenden Freiwilligentage, die mittlerweile so gut etabliert sind, dass sich im Herbst 2020 mehr als 1.000 Teilnehmer*innen an zwei Samstagen engagiert haben.

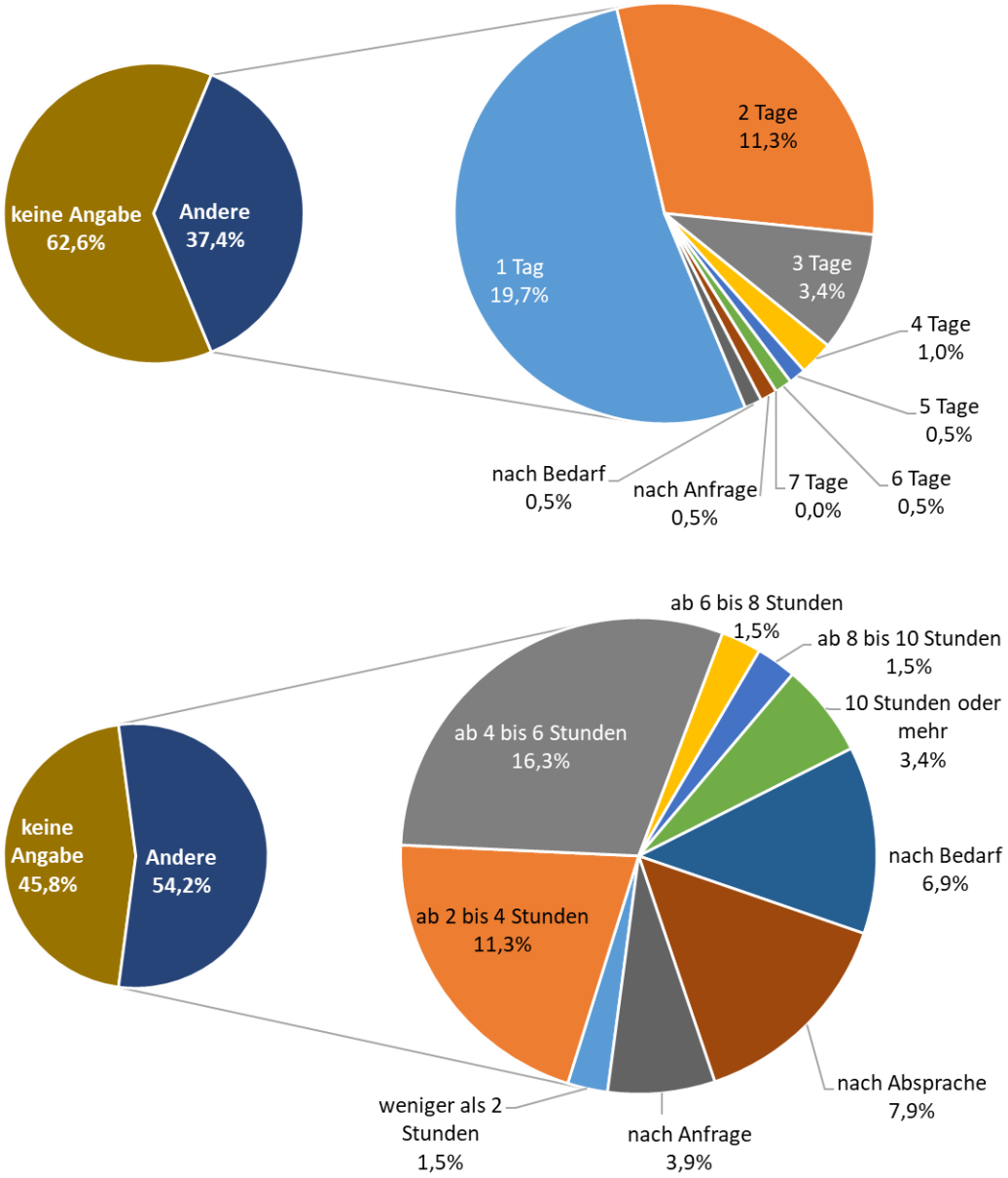


Abbildung 115: Engagementbereitschaft "neues Ehrenamt" - Wie viel Zeit möchten Sie einbringen und wie oft? Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements, eigene Darstellung

f) Zukunft

In Anbetracht der Tatsache, dass von Seiten der Mitarbeiter*innen der Ehrenamtsagentur mit zwei Teilzeitstellen (insgesamt 62 Wochenstunden) bereits eine Vielzahl von Themen der Engagementförderung bearbeitet und verstetigt wurden, können aktuell weitere strategisch wichtige Bausteine zwar identifiziert werden, würden in der Umsetzung aber zusätzliche personelle Ressourcen voraussetzen. Mit Hinblick auf die altersbedingte personelle Entwicklung in der Ehrenamtsagentur zeigt sich ab 2022 eine Chance zur personellen Veränderung und eine damit verbundene mittelfristige Aufstockung auf zwei Vollzeitstellen. Somit könnten die obengenannten Themen ausgebaut und verstetigt werden.

Weitere Erkenntnisse über weitere künftige Handlungsbedarfe liefert z.B. die Studie „Freiwilliges Engagement in Deutschland“ (FWS / SIMONSON et al. 2019), die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt wurde. Weitere mögliche künftige Handlungsfelder für eine personell ausgebaute Ehrenamtsagentur finden sich in zahlreichen Handlungsmöglichkeiten verschiedenster Teilstrategien, die im vorliegenden Kreisentwicklungskonzept präsentiert sind.

Kommunalpolitik

Die Kommunalpolitik ist im Odenwaldkreis zum größten Teil von ehrenamtlichem Engagement abhängig. Aufgrund ihrer entscheidenden Rolle für die Entwicklung der Kommunen und des Kreises erfährt sie hier aber eine gesonderte Betrachtung.

Im Rahmen der Bürgermeistergespräche zu Beginn der Arbeit am Kreisentwicklungskonzept (Anfang 2019) wurde von den Nachwuchssorgen in der Kommunalpolitik berichtet; von manchen Expert*innen und Bürger*innen wurde eine Dominanz der Altersgruppe 70+ in manchen Gemeinderäten und lokalen Parteien wahrgenommen. Demnach sind auch Frauen in den politischen Gremien nach wie vor stark unterrepräsentiert. In vielen Kommunen gibt es auch keine Jugend-Organisationen der Parteien.

Die Nachwuchsprobleme in den Parteien hängen klar zusammen mit einem geringen Interesse an kommunalpolitischen Themen – die häufig geringen Wahlbeteiligungen sind ein Indikator dafür. Teilursächlich könnte sein, dass auf dieser Ebene meist nicht grundsätzlich und politisch, sondern eher pragmatisch zu einzelnen Maßnahmen diskutiert wird. Insbesondere junge Menschen haben zwar oft eine Meinung zu weltpolitischen Debatten, sind gleichzeitig aber gegenüber kommunalpolitischen Fragen gleichgültig. Der Zusammenhang kleiner Maßnahmen zu einem politischen Überbau, der auch zeigt, wie diese im Sinne des „global denken, lokal handeln“ wirken gelingt, wenn kommunale Parteien ihre Grundsätze ausformulieren, auf die kommunalen Themen herunterbrechen und in der Praxis dementsprechend handeln.

Kommunalpolitik wird dann interessant, wenn man mitreden darf und ernst genommen wird. Daher sei an dieser Stelle erneut auf die Bedeutung von gut gemachter, ehrlicher Jugend- und Bürgerschaftsbeteiligung hinzuweisen (*siehe dazu auch Zielbereich 18: Freizeitangebote und regionale Bindung Jugendlicher, sowie Teilstrategie Verwaltung, Zielbereich 40: Bürgerschaftsbeteiligung und Kommunikation*). Online-Beteiligungen, sogenannte Mängel-Melder oder Beteiligungsplattformen, wie sie in Darmstadt aufgebaut wurde, können einen dahingehenden Nutzen bringen. Jedoch ist ein nachhaltiges Interesse wohl durch eine persönliche Präsenz besser zu wecken. Andererseits können Online-Angebote niedrigschwellig wahrgenommen werden, sie fordern kein all zu großes Engagement, können also als „Lockangebot“ zum kommunalpolitischen Interesse genutzt werden.

Ein Ansatzpunkt für mehr Verständlichkeit von Kommunalpolitik ist Transparenz – die mit einem neuen System des Zugangs zu politischen Anträgen von Kommunalparlamenten erreicht werden könnte. In den Internet-Sitzungsdiensten von Kommunen und Kreis werden Anträge und Anlagen jeweils zur passenden Sitzung abgelegt. Eine Sortierung bezüglich einzelner Themen findet in der Regel nicht statt. Anträge und Ablagesystem richten sich also klar auf die Gruppe der Abgeordneten, nicht auf die Bürgerschaft. „Seiteneinsteigern“, die erst im Laufe der Debatte darauf aufmerksam werden, wird es daher zuweilen schwerfallen, Hintergründe nachzuvollziehen. Ob eine allgemeinverständliche Sprache und Sortierung der Unterlagen gelingt, könnte auch mit Test-Personen überprüft werden.

Letztlich geht es bei der Kommunalpolitik um ein ehrenamtliches Engagement, das (Frei-)Zeit und Energie kostet. In den Expert*inneninterviews wurde auch auf das Problem der Vielfachbelastung von jungen Engagierten hingewiesen. Arbeit, Familienleben und andere Freizeitaktivitäten müssen also jeweils Platz für ein solches Engagement lassen. Junge Leute müssen gezielt für die Kommunalpolitik begeistert werden, um den damit verbundenen Aufwand zu überwinden. Um das ehrenamtliche politische Engagement von Frauen zu fördern sind Sitzungstermine so zu planen, dass Konflikte mit dem Familienleben vermieden werden.

Neutrale Weiterbildungsangebote für kommunalpolitisch Interessierte und gewählte Kommunalpolitiker*innen können zum einen den Einstieg in die politische Arbeit erleichtern und dazu ermutigen, andererseits kann mit diesem Mittel die Qualität politischer Entscheidungen gesteigert werden – nicht nur in rechtlicher, sondern auch in inhaltlicher Hinsicht. Sowohl für Neueinsteiger als auch für Alteingesessene können Einführungskurse das nötigte Wissen zur Arbeit in der Kommunalpolitik vermitteln, bzw. der Wissensschatz erweitert werden. Die Akademie für Kommunalpolitik Hessen (AfK) bietet bereits viele solcher Weiterbildungsmöglichkeiten, u.a. zu rechtlichen Grundlagen, zu Rhetorik, politischer Eigendynamik und Baurecht. Sachthemen wie Stadtentwicklung, Armut, Integration, Jugendförderung, Bürgerschaftsbeteiligung, usw. werden hier aktuell allerdings nicht geboten. Möglicherweise könnten für Maßnahmen in diesem Bereich auch Fördermittel genutzt werden.

Programme wie „Zusammenhalt und Teilhabe“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) kämen unter Umständen in Frage. Eine womöglich tragende Rolle könnte dabei die VHS des Odenwaldkreises spielen. Im Bereich Stadtentwicklung könnte beispielsweise die Bundesstiftung für Baukultur ein möglicher Partner sein.

*Integration von Neubürger*innen und starke Gemeinschaft*

Wenn sich Neubürger*innen im ländlichen Raum ansiedeln, ist dies grundsätzlich ein Gewinn für die Region – die regionale Kaufkraft und das Steueraufkommen erhöht sich, das Arbeitskräftepotential steigt. Viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hängen aber – gerade im ländlichen Raum – davon ab, dass sich Bürger*innen gegenseitig unterstützen und aus bürgerschaftlichem Engagement zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur beitragen (*siehe hierzu im Unterkapitel „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt*). Daher genügt es für eine zukunftsfähige Region nicht, Abwanderung und Alterung durch Zuzüge auszugleichen. Es ist darüber hinaus entscheidend, ob diese Neubürger*innen auch einen aktiven Beitrag zum gesellschaftlichen Leben leisten. Diese Integration ist keine Einbahnstraße: es hängt ebenso an den Vereinen und Gemeinschaften, offen auf sie zuzugehen, sie aufzunehmen, ihnen Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben und so aktive Mitgliederwerbung zu betreiben. Funktionierende ehrenamtliche und gesellschaftliche Strukturen sowie eine gute Stimmung im Ort tragen auch zu einem aktiven Kulturbetrieb sowie zu gemeinsamen Festen und Aktionen bei. Diese wiederum können auch von außerhalb als positives Stadt- und Regionalmarketing wahrgenommen werden.

Eine starke Gemeinschaft trägt also zur Infrastruktur bei, bindet Menschen an den Ort und die Region und kann letztlich auch dazu beitragen, Fachkräfte und Unternehmen anzulocken. Wie gut die Neubürger*innenintegration funktioniert entscheidet wiederum mit darüber, wie attraktiv man für weitere Zuziehende ist.

Strategische Ansätze, um Menschen in die Region zu locken sind:

- **für Menschen, Familien, Fachkräfte attraktiv zu werden** (*siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräfte, Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, Teilstrategie Mobilität, Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Teilstrategie Bildung, Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, Teilstrategie Verwaltung*)
- sich mit den **regionalen und jeweiligen lokalen Stärken präsentieren** (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing*)
- sowie die Schaffung von **Lock-Angeboten** (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing*).

Besonders wirksam für die Einbindung in die örtliche Gemeinschaft ist die direkte Ansprache. In einigen Städten und Gemeinden gibt es Willkommenspakete, die aus kleinen Werbegeschenken und Informationsmaterialien bestehen und direkt bei der Anmeldung der Adresse überreicht werden. Hierbei kann z.B. auf Stadtführungen, kulturelle Angebote, Bedarfe an ehrenamtlichen Helfer*innen und Aktivitäten in Vereinen hingewiesen werden. So ist es möglich, früh erste Ideen für Engagement und Anschluss an die örtliche Gemeinschaft zu geben. Ein neueres Modell verfolgt einen aufwendigeren Ansatz. In sogenannten Willkommens- oder Rückkehrer-Agenturen werden Menschen, die vom Regionalmarketing angesprochen sind oder sich allgemein für ein Leben in der Region interessieren, in einem persönlichen Kontakt abgeholt. Durch Kontaktpflege und Vernetzung mit anderen Menschen vor Ort oder mit solchen, die ebenfalls vom Leben auf dem Land träumen, kann eine Idee, dauerhaft in den Odenwald zu kommen über einen längeren Zeitraum genährt werden. Solche Agenturen können auch Services zu passenden Arbeitsmöglichkeiten, Kinderbetreuung und Immobilien-Findung bieten. Best-Practice-Beispiele sind: Willkommensagentur Landkreis Wunsiedel, Willkommensagentur „Comeback Elbe-Elster“, Rückkehrer-Agentur Kreis Höxter und Raumpionierstation Oberlausitz. Einige dieser Einrichtungen kombinieren die Angebote mit weiteren regionalen Aktivitäten oder einem Co-Working-Space.

Die Integreat-App, die sich in erster Linie an Migrant*innen richtet, kann auch für Neubürger*innen aus Deutschland eine wertvolle Orientierungshilfe für ein schnelleres Sichzurechtfinden bieten. Sie ist seit 2021 auch im Odenwaldkreis im Einsatz (*siehe hierzu auch weiter unten im Analyse-Teil „Integration von Menschen unterschiedlicher Prägung“*)

Mit dem Ausdruck „starke Gemeinschaft“ im Titel dieser Teilstrategie ist auch darauf hingewiesen, dass Integrationspotentiale nicht nur bei Neubürger*innen vorhanden sind, sondern auch unter der bestehenden Bürgerschaft manche nicht so in die lokale Gemeinschaft eingebunden sind, wie dies vielleicht gewünscht wäre. Dieses „wünschenswert“ gilt aus der Innen- und der Außenperspektive: Natürlich bleiben manche Menschen einfach lieber für sich, andererseits kann es aber auch damit zusammenhängen, dass man sich in örtlichen Szenen und Gemeinschaften nicht verstanden oder gewünscht fühlt. Auch über kulturelle oder sozioökonomische Grenzen hinweg kann es sich also lohnen, zu versuchen, Menschen möglichst direkt anzusprechen, sich offen zu zeigen und im weitesten Sinne des Wortes Integration zu betreiben.

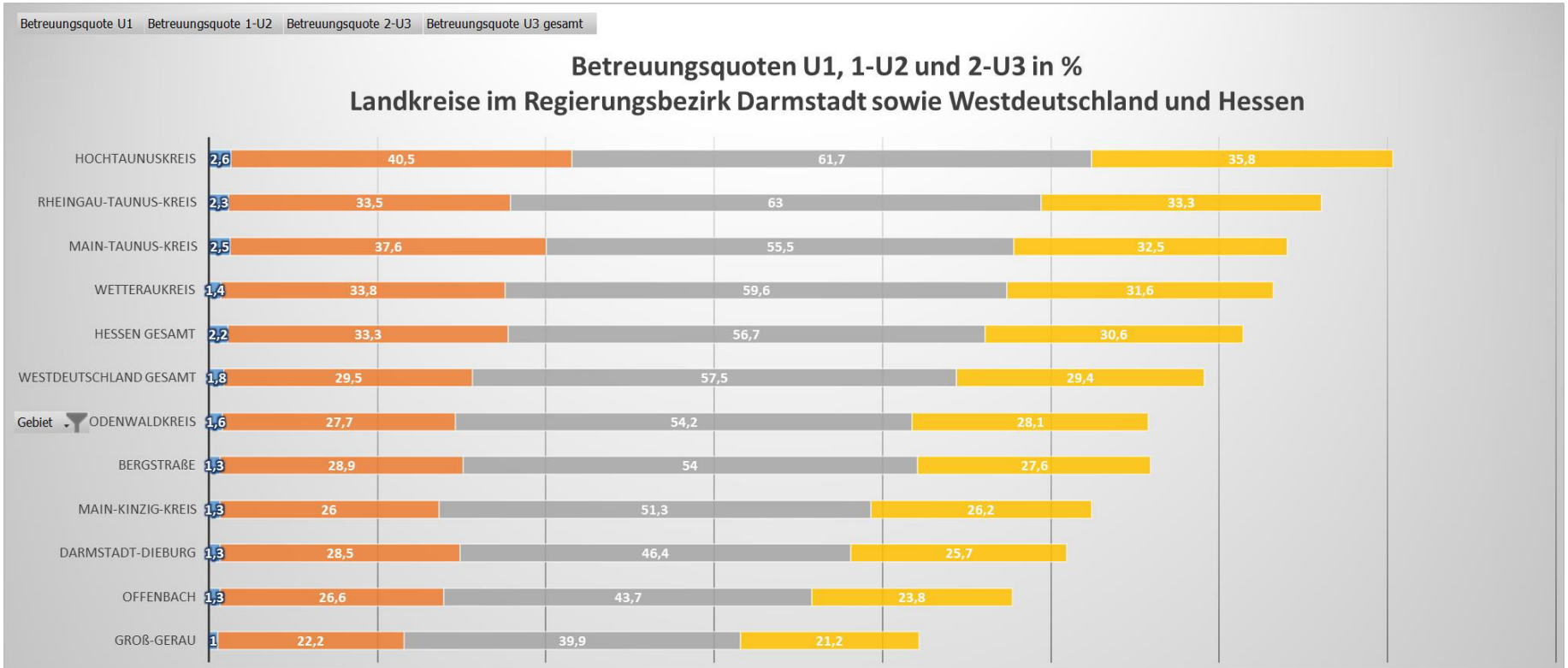
Kinderbetreuung

Auch für die Kinderbetreuung liefert die Jugendhilfeplanung die strategische Grundlage (Teilplan Kindertagesbetreuung). Hier stellt man unter anderem steigende Betreuungszahlen fest, in den letzten Jahren insbesondere auch bei den Unter-3-Jährigen und den bis-ein-jährigen Kindern. Auch der wahrscheinlich ab 2026 kommende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern wird die Träger vor erhebliche Voraussetzungen stellen (*wobei das Gesetzesvorhaben im Bundesrat zunächst auf Widerstand stieß, weshalb dies zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht mit Sicherheit gesagt werden kann*). Im Teilplan Kindertagesbetreuung des Jugendhilfeplans, der 2020 aktualisiert wurde empfohlen, die Bedarfsplanung von Kindertagesbetreuung auf Landkreisebene in ein regelhaftes Monitoring zu überführen und laufend fortzuschreiben. Auf diese Weise könnte zeitnah auf veränderte Bedarfe reagiert werden, was bei besonders jungen Kindern recht schnell gehen kann – weil zwischen Geburt und Betreuungsbedarf teils nur ein Jahr vergeht. Die Ausweitung der Betreuungszeiten der Kindertagesstätten, der Kindergärten und der Ganztagsschulen gilt als Voraussetzung sowohl für die Integration der Kinder als auch für die Integration der Eltern in die Gesellschaft und insbesondere der Mütter für gleichberechtigte Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

„Ein Hauptproblem ist die Kinderbetreuung“, wurde in einem der Expert*inneninterviews mit Blick auf das Zusammenbringen von Arbeitskräftebedarf und Arbeitssuchenden geäußert. Zwar wurden und werden die Betreuungszeiten zwar bereits etwas besser, sind aber noch lange nicht ausreichend – prinzipiell wird eine Betreuungsmöglichkeit rund um die Uhr benötigt; die auch erreichbar ist. Mit Kindertagespflege-Personen ist die Schließung der Bedarfslücken nicht in ausreichendem Umfang leistbar, aufgrund zu geringer Flexibilität: Wenn eine Mutter einen Job antreten möchte, kann das u.U. innerhalb einer Woche gehen. zur Eingewöhnung des Kindes ist aber eine sechswöchige Eingewöhnungsphase vorgeschrieben, in der sich das / die Kind(er) an die Betreuungsperson gewöhnen können. Auch hochqualifizierte Fachkräfte habe mit dem Problem ausreichender Möglichkeiten der Kinderbetreuung zu kämpfen. Insbesondere bei 8-Stunden oder längeren Arbeitstagen plus bis zu 1,5 Stunden Fahrzeit (einfach) werden teils deutlich ausgeweitete Betreuungszeiten benötigt. Auch mit Möglichkeiten des Home-Office wird dies zumindest tageweise, auch flexibel gebraucht. Zum einen ist dies ein Faktor zur Gleichberechtigung von Mann und Frau, weil am häufigsten eben immer noch eher die Frau als Elternteil beruflich zurücksteckt, um die Betreuung sicherzustellen. Andererseits ist dies als Faktor für die Fachkräftesicherung und die demographische Entwicklung in der Region zu sehen.

Die Betriebskosten der Kindertagesstätten und Kindergärten obliegt (bei den kommunalen Einrichtungen) den Kommunen. Eine Ausweitung der Betreuungszeiten über das gesetzlich vorgeschriebene Maß hinaus würde natürlich mit einer Erhöhung der Kosten einhergehen, die für die Kommunen nicht ohne weiteres zu stemmen wäre. Während es für den Bau von entsprechenden Gebäuden bereits verschiedene Fördermöglichkeiten gibt, scheitert eine Ausweitung der Ganztagsangebote bislang noch an den Betriebskosten.

Im Rahmen der Bürgerschaftsbeteiligung wurde eine **Projektidee** zu kooperativen Betriebskindergärten geäußert. Im Odenwaldkreis gibt es aber scheinbar bisher kein Unternehmen, das sich einen Betriebskindergarten leistet – einen ersten Geldgeber bräuchte es aber wohl, dem sich dann kooperativ andere Unternehmen anschließen könnten.



	Groß-Gerau	Offenbach	Darmstadt-Dieburg	Main-Kinzig-Kreis	Bergstraße	Odenwaldkreis	Westdeutschland gesamt	Hessen gesamt	Wetteraukreis	Main-Taunus-Kreis	Rheingau-Taunus-Kreis	Hochtaunuskreis
Betreuungsquote U1	1	1,3	1,3	1,3	1,3	1,6	1,8	2,2	1,4	2,5	2,3	2,6
Betreuungsquote 1-U2	22,2	26,6	28,5	26	28,9	27,7	29,5	33,3	33,8	37,6	33,5	40,5
Betreuungsquote 2-U3	39,9	43,7	46,4	51,3	54	54,2	57,5	56,7	59,6	55,5	63	61,7
Betreuungsquote U3 gesamt	21,2	23,8	25,7	26,2	27,6	28,1	29,4	30,6	31,6	32,5	33,3	35,8

Abbildung 116: Betreuungsquoten im Vergleich. Quelle: Jugendamt Odenwaldkreis

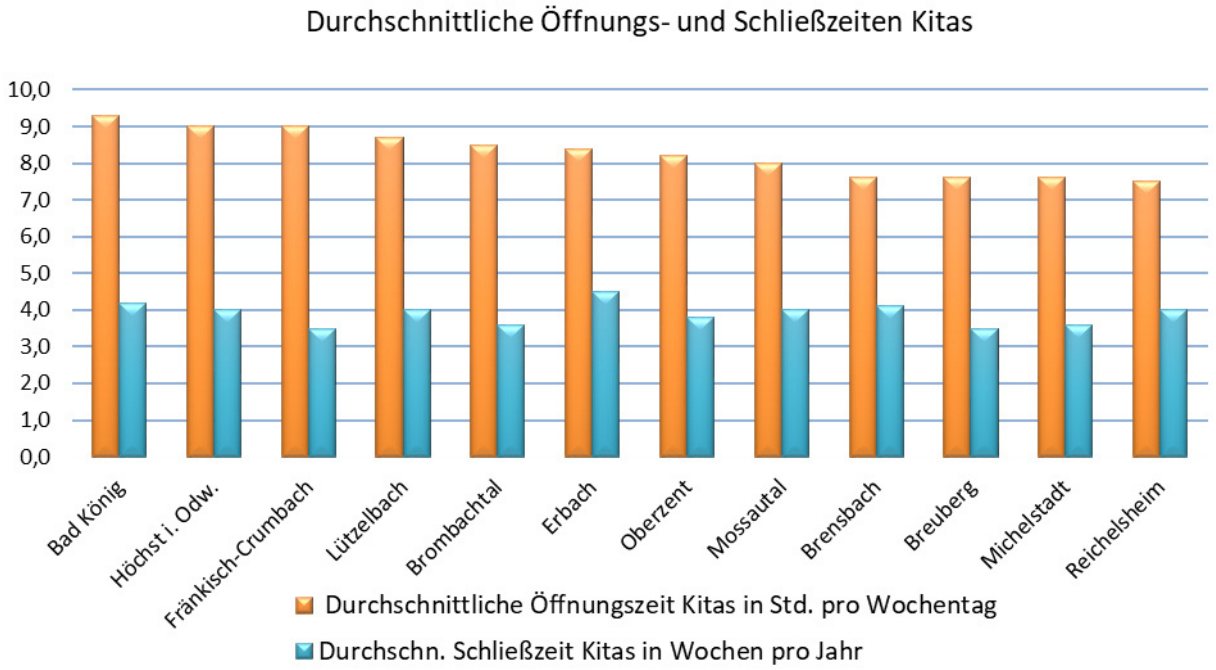


Abbildung 117: Durchschnittliche Öffnungs- und Schließzeiten der Kitas. Quelle: Jugendamt Odenwaldkreis

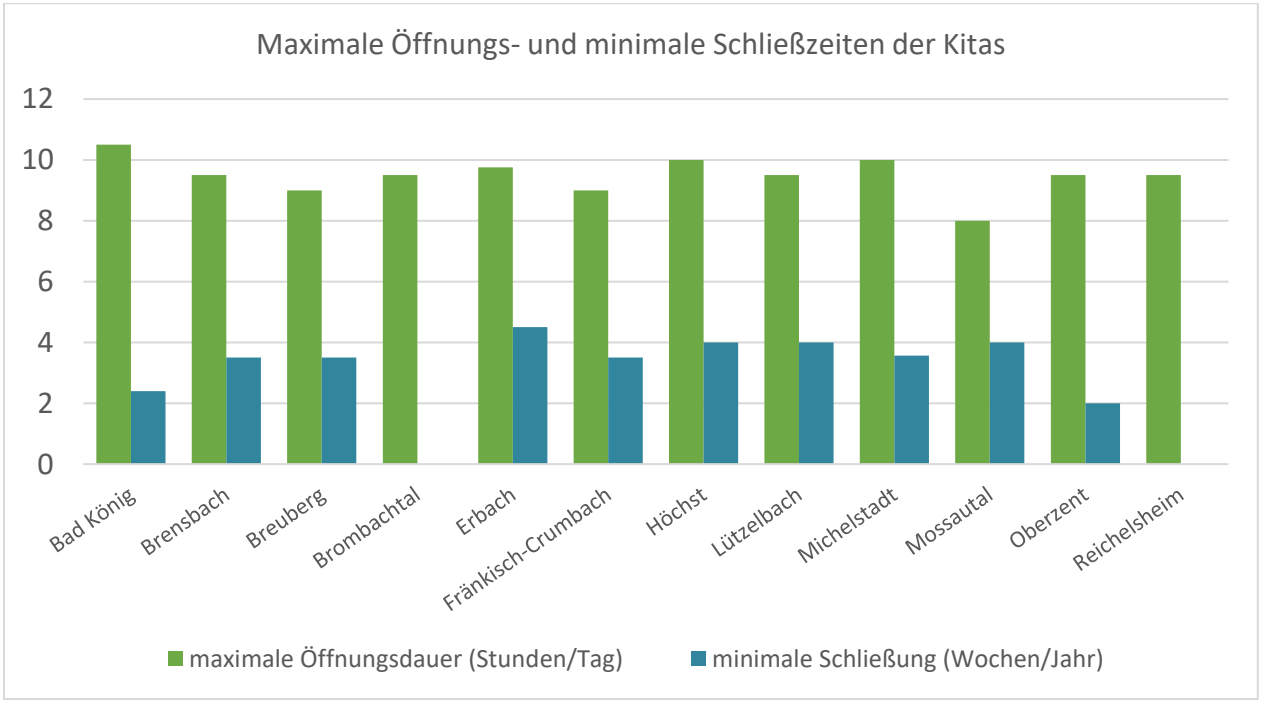


Abbildung 118: Maximale Öffnungs- und minimale Schließzeiten der Kitas der Kommunen im Odenwaldkreis. Quelle: Jugendamt Odenwaldkreis, eigene Darstellung.

Tabelle 15: Ganztagsschulen im Odenwaldkreis (Stand 2020/21)

Schulname	Kommune	GTA-Profil	Schulname	Kommune	GTA-Profil
Grundschule Bad König	Bad König	1	Grundschule Seckmauern	Lützelbach	1
Carl-Weyprecht-Schule	Bad König	1	Grundschule Lützelbach	Lützelbach	1
Waldbachschule	Bad König	1	Stadtschule Michelstadt	Michelstadt	1
Waldbachschule	Bad König	1	Grundschule Vielbrunn	Michelstadt	1
Grundschule Wersau	Brensbach-Wersau	1	Einhardschule	Michelstadt	1
Georg-Ackermann-Schule	Breuberg	2	Schule am Hollerbusch	Michelstadt	1
Grundschule Brombachtal	Brombachtal	1	Gymnasium Michelstadt	Michelstadt	1
Schule am Sportpark	Erbach	1	Theodor-Litt-Schule	Michelstadt	2
Schule am Treppenweg	Erbach	1	Grundschule Mossautal	Mossautal	1
Astrid-Lindgren-Schule	Erbach	1	Schule in der Stried	Oberzent	1
Zentrum Brückenschule	Erbach	1	Grundschule Rothenberg	Oberzent	1
Schule am Drachenfeld	Erbach	3	Grundschule Sensbachtal	Oberzent	1
Rodensteinschule	Fränkisch-Crumbach	1	Oberzent-Schule	Oberzent	1
Ernst-Göbel-Schule	Höchst	1	Grundschule Beerfurth	Reichelsheim	1
Schule an der Mümling	Höchst	1	Georg-August-Zinn-Schule	Reichelsheim	1

Tabelle 16: Öffnungszeiten der Kinderkrippen und Kindergärten im Odenwaldkreis; Stand Sept. 2020

Gemeinde	Name Kita	Plätze laut BE	Öffnungs-zeiten
Bad König	Komm. Kita Etzen-Gesäß	95	07:00-16:00
Bad König	Komm. Kita Fabula Zell	75	07:00-16:00
Bad König	Ev. Kita Bad König	110	07:00-16:00
Bad König	Ev. Kita Nieder-Kinzig	50	07:00-16:00
Bad König	Betreuung Apfelbaum	47	06:00-16:30
Brensbach	Komm. Kita De Laabfrosch	75	07:00 - 16:30
Brensbach	Komm. Kita Nieder-Kainsbach	37	07:00 - 15:00
Brensbach	Waldkindergarten Brensbacher Waldfüchse	25	08:00 - 13:00
Brensbach	Komm. Kita Die Schatzinsel	50	07:00 - 15:00
Breuberg	Komm. Kita Die kleinen Strolche	50	07:00 - 14:00
Breuberg	Komm Kita Spatzenland	50	07:00 - 14:00
Breuberg	Komm. Kita Zur Kinderwelt	75	07:00 - 16:00
Breuberg	Komm. Kita Pusteblume	75	07:00 - 15:00
Breuberg	Komm Kita Casa Sonnenhaus	25	07:30 - 13:30
Breuberg	Kinderkrippe Mäusebande e.V.	24	07:00 - 15:45
Breuberg	Kinderkrippe Mäusebande e.V.	12	07:30 - 15:00

Breuberg	Kinderkrippe Mäusebande e.V.	12	07:30 - 15:00
Brombachtal	AWO-Kindergarten	37	07:30 - 15:00
Brombachtal	Ev. Kita Regenbogen	110	07:00 - 16:30
Erbach	Komm. Kita Sonnenschein	75	07:00 - 13:00
Erbach	Komm Kita Mobile	136	06:45 - 16:30
Erbach	Komm. Kita Kunterbunt	173	06:45 - 16:30
Erbach	Ev. Kita Regenbogen	70	07:00 - 15:00
Erbach	FRISCHlinge	25	08.00 - 14:00
Erbach	Naturkindergarten	70	07:30 -13:30
Fränkisch-Crumbach	Ev. Kita Sarolta	119	07:00 - 16:00
Höchst i. Odw.	Komm. Kita am See	99	07:00 - 17:00
Höchst i. Odw.	Komm. Kita Steinmetzstr.	90	07:00 - 15:00
Höchst i. Odw.	Komm. Kita Hassenroth Zu den Birken	50	07:00 - 16:00
Höchst i. Odw.	Komm. Kita Mümling-Grumbach	50	07:00 - 16:00
Höchst i. Odw.	Komm. Kita Hetschbach	100	07:00 - 16:00
Lützelbach	Kath. Kita St. Margareta	83	07:00 - 16:30
Lützelbach	Kath. Kita St. Bonifatius	58	07:00 - 15:30
Lützelbach	Komm. Kita Zwergenland	50	07:00 - 15:30
Lützelbach	Komm. Kita	62	07:00 - 15:30
Lützelbach	Ev. Kita Die kleinen Strolche	62	07:00 - 15:30
Michelstadt	Komm. Kita	45	07:00 - 15:00
Michelstadt	Komm. Kita Zur Wichtelburg	30	07:30 - 13:30
Michelstadt	Komm Kita An der Basilika	50	07:00 - 15:00
Michelstadt	Komm. Kita Am Wiesental	25	07:30 - 13:30
Michelstadt	Komm. Kita Am Campus	74	07:00 - 17:00
Michelstadt	Komm. Kita Bienenschwarm	100	07:00 - 17:00
Michelstadt	Komm. Kita Kräuternest	25	07:30 - 13:30
Michelstadt	Komm. Naturkita Feuersalamander	20	07:30 - 13:30
Michelstadt	Komm. Kita In der Kellerei	20	07:30 - 13:30
Michelstadt	Ev. Kita Arche Noah	50	07:00 - 17:00
Michelstadt	Ev. Kita Apfelbäumchen	62	07:00 - 17:00
Michelstadt	Montessori Kinderhaus	87	07:00 - 17:00
Michelstadt	Naturkindergarten Laubfrosch e.V.	20	08:00 - 13:00
Michelstadt	Kindergärtchen e.V.	45	07:30 - 13:30
Michelstadt	Christliche Kita Senfkorn e.V.	25	07:30 - 15:00
Mossautal	Komm. Kita	84	07:00 - 15:00
Oberzent	Komm. Kita Abenteuerland	118	07:00 - 16:30
Oberzent	Ev. Kita	112	07:00 - 16:30
Oberzent	Komm. Kita Wirbelwind	25	07:30 - 13:30
Oberzent	Komm. Kita Himmelsauge	85	07:00 - 15:00
Oberzent	Komm. Kita Kleine Strolche	50	07:00 - 15:00

Reichelsheim	Komm. Kita Zwergenschloss	60	07:30 - 16:00
Reichelsheim	Komm. Kita Beerfurth	87	07:30 - 13:30
Reichelsheim	Komm. Kita Weltentdecker	50	07:30 - 13:30
Reichelsheim	Komm. Kita Ober-Ostern	25	07:00 - 16:00
Reichelsheim	Ev. Kita	87	07:00 - 16:30
Reichelsheim	Mary-Anne-Kübel Stiftung, Bambini Krippe	10	07:30 - 13:30

Gleichstellung von Mann und Frau

Gelebte Gleichberechtigung ist noch immer nicht überall Realität. Die für Gleichstellung und Frauenförderung zuständige Stelle am Landratsamt ist die Stabsstelle „Gleichstellung und Integration". Die Gleichstellungsbeauftragte / Frauenbeauftragte setzt sich für die Umsetzung der Gleichberechtigung von allen Menschen in der Verwaltung des Odenwaldkreises und auf Kreisebene ein. Hier wird daher nicht nur die amtsinterne Personalpolitik hinsichtlich der Gleichstellung sichergestellt, sondern es werden auch zahlreiche Aktionen in Zusammenarbeit mit Kommunen, freien Wohlfahrtsträgern, Kirchen und anderen Partner*innen geplant angeboten, die einer gelebten Gleichberechtigung dienen. Folgende Aspekte stehen im Fokus der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten:

- Prävention und Schutz von Opfern von häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie von Kindern, die sexuellen Missbrauch erfahren haben,
- Antidiskriminierung – Einhaltung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) innerhalb der Kreisverwaltung
- Veränderung der Lebens- und Arbeitsbedingungen im Odenwaldkreis im Hinblick auf mehr Chancengleichheit von Frauen und Männern
- besserer Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt und mehr Frauen in Führungspositionen
- Aufbau von Netzwerken und die Unterstützung von Projekten im Hinblick auf die Erreichung dieser Ziele.

Im Rahmen des aktuellen Frauenförderplans (für den Zeitraum 2019-2023) werden Maßnahmen für die Kreisverwaltung beschrieben. Durch den Kreistagsbeschluss erhält er seine Verbindlichkeit. Der öffentliche Dienst soll beim Thema Gleichstellung demnach eine Vorbildfunktion für privatwirtschaftliche Unternehmen der Region darstellen. Im aktuellen Plan wird auf den Ersatz des Begriffs „Frauenförderung" hin zu „Gleichstellung" hingewiesen, weil Gleichstellung nicht nur Frauen betrifft, sondern auch Männer unter starren Rollenbildern und unflexiblen Arbeitszeitmodellen im Widerspruch zum eigenen Lebensentwurf leiden. Der Anteil der Frauen an den Führungspositionen im Landratsamt betrug zum 01.01.2019 etwa 44 %. Wichtige Faktoren, die die wirtschaftliche Gleichstellung von Frauen behindern sind:

- Kinderbetreuung, die Pflege von Angehörigen und Hausarbeiten werden in der Mehrzahl der Familien von Frauen übernommen; insbesondere müssen hierbei auch die Erreichbarkeit der Betreuungsmöglichkeiten und nachfragegerechte Betreuungszeiten betrachtet werden
- schwieriger Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit nach der „Familienphase" und dadurch meist negative Beeinflussung der Lebensplanung von Frauen
- traditionelle Rollenbilder
- die vergleichsweise geringe Zahl von Arbeitsplätzen in den Dienstleistungsberufen im Kreis
- Unterrepräsentation von Frauen im öffentlichen Leben, in Führungspositionen und Leitungsgremien

a) Gewalt gegen Frauen

Gewalt gegen Frauen und Mädchen gehört weiterhin zur traurigen Realität und wird oft als „privates Problem" verharmlost. Diese Gewalt ist Ausdruck der gesellschaftlichen Missachtung und Benachteiligung von Frauen und Mädchen. Die Bandbreite der Themen reicht von häuslicher Gewalt bis hin zu Prävention vor sexuellem Missbrauch von Kindern und Sensibilisierung für den Bereich sexualisierter Gewalt. In mehreren Arbeitskreisen werden Tätigkeiten im Kreis und darüber hinaus koordiniert. Sowohl aus fachlich-sachlichen Gründen, als auch organisatorisch bedingt wird bei konkreten Bestrebungen zur Förderung der Gleichstellung im Kreis häufig auch interkulturellen Aspekten Rechnung getragen.

Als ein Indikator kann hier die sexualisierte Gewalt betrachtet werden, die in den letzten 10 Jahren stark zugenommen hat, wobei insbesondere 2020 ein trauriger Höchstwert erreicht wurde, der fast das Vierfache des Werts von 2010 erreicht. Positiv zu bewerten ist die hohe Aufklärungsquote bei den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Diese Statistik ist jedoch mit gewisser Skepsis zu bewerten, weil sie natürlich nur die registrierten Straftaten enthält und wohl von einer Dunkelziffer nicht-gemeldeter (und nicht aufgeklärter) Straftaten ausgegangen werden muss.

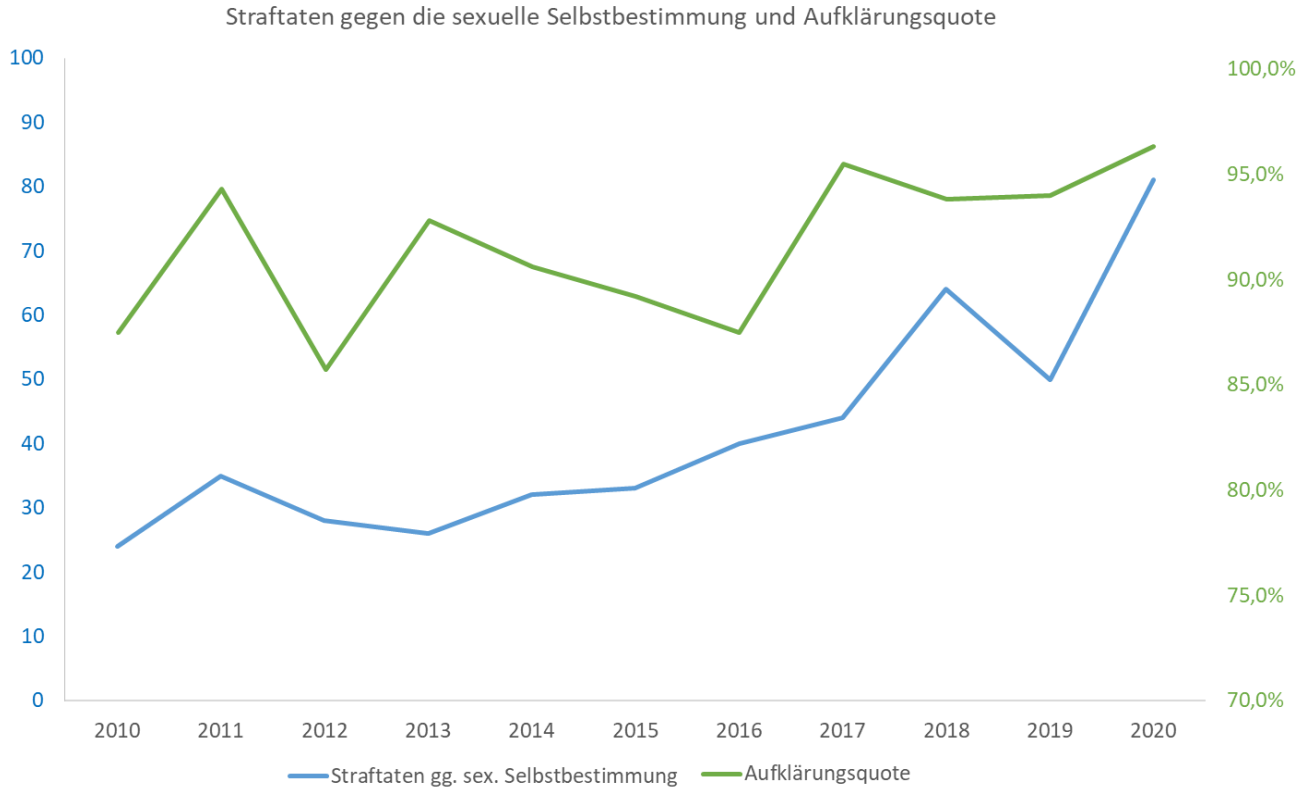


Abbildung 119: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung im Odenwaldkreis und Aufklärungsquoten. Quelle: Polizei Hessen

b) Wirtschaftliche Gleichstellung

Indikatoren für die Ungleichheit sind die geringere Erwerbstätigenquote unter den Frauen im Odenwaldkreis und die so genannte Lohnlücke (vgl. IWAK 2020). Für gleiche Arbeitsleistung erhalten Frauen nicht immer und überall den gleichen Lohn wie Männer. Dabei ist die Förderung der Chancengleichheit im Beruf, insbesondere auch in Führungspositionen auch im Interesse der Unternehmen mit Blick auf den Fach- und Führungskräftemangel.

Mit der ökonomischen Ungleichheit geht eine gesellschaftliche Ungleichheit und mögliche Abhängigkeiten von Männern einher. Folgen der wirtschaftlichen Abhängigkeit von einem männlichen Alleinverdiener können folgende sein:

- Frauen sind von Erwerbslosigkeit und Armut stärker betroffen als Männer. Oftmals verfügen sie, trotz guter Ausbildung und obwohl sie im Arbeitsprozess stehen, über kein existenzsicherndes Einkommen, da sie häufig im Niedriglohnsektor oder in Teilzeit tätig sind.
- Altersarmut aufgrund geringer eigener Rentenbeiträge
- Abrutschen in wirtschaftlich prekäre Situationen nach Scheidung und Verantwortung als Alleinerziehende*r.
- Bei Fällen häuslicher Gewalt führen solche wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und psychologischen Abhängigkeiten dazu, dass Maßnahmen wie eine Trennung oder das Aufsuchen von Hilfe häufig nicht oder erst sehr spät ergriffen werden. Somit verlängert sich die Dauer des körperlichen und / oder seelischen Leids. Der Mangel an bezahlbaren kleineren Wohnungen im Odenwaldkreis erschwert eine Lösung aus einer schädlichen Beziehung aktuell (vgl. auch Teilstrategie *Stadt- und Ortsentwicklung*).

Die Kapazitäten des Frauenhauses müssen aus diesem Grund häufig länger in Anspruch genommen werden als dies tatsächlich nötig wäre.

Die wichtigsten Lösungsansätze richten sich auf die Ursachen der beschriebenen Abhängigkeiten hin zu einer umfassenden Gleichberechtigung:

- Förderung des Wiedereinstiegs von Frauen nach einer Elternzeit
- Förderung von Ausbildung in Teilzeit
- Förderung von Dienstleistungsbranchen im Odenwaldkreis
- Förderung von Ausbildung und Karriere von Frauen in „klassischen Männerberufen“, z.B. in Handwerk, Industrie und Landwirtschaft
- Ausbau der Angebote zur Kinderbetreuung auch in den Randzeiten; z.B. für Vorstellungsgespräche oder Notfälle müssen auch kurzfristige Möglichkeiten vorhanden sein

Zu Recht ist der Bereich „Gleichstellung“ als Stabstelle in der Kreisverwaltung angesiedelt. Ebenso wie bei „Integration“ handelt es sich hierbei um ein Querschnittsthema. Daher spielen viele Elemente, die an anderen Stellen des Kreisentwicklungskonzepts stehen, auch hierfür eine Rolle. Die meisten der für die wirtschaftliche Teilhabe relevanten Maßnahmen sind gerade auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel relevant.

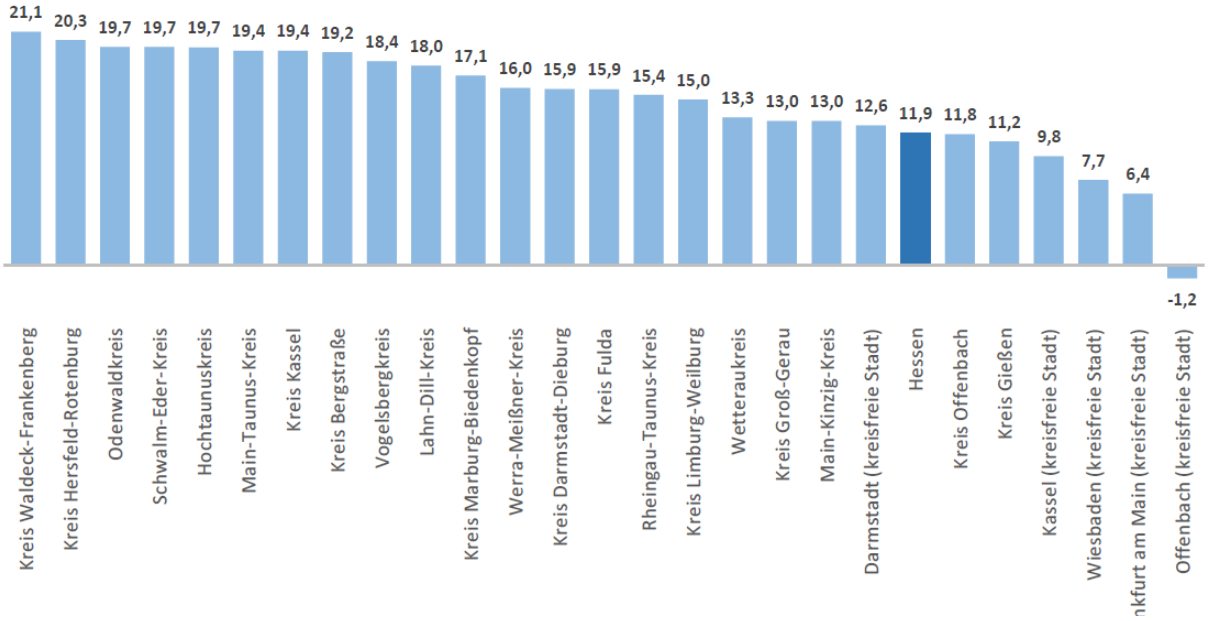


Abbildung 120: Lohnlücken im Vergleich der Kommunen 2018, in Prozent. Quelle: IWAK 2020f

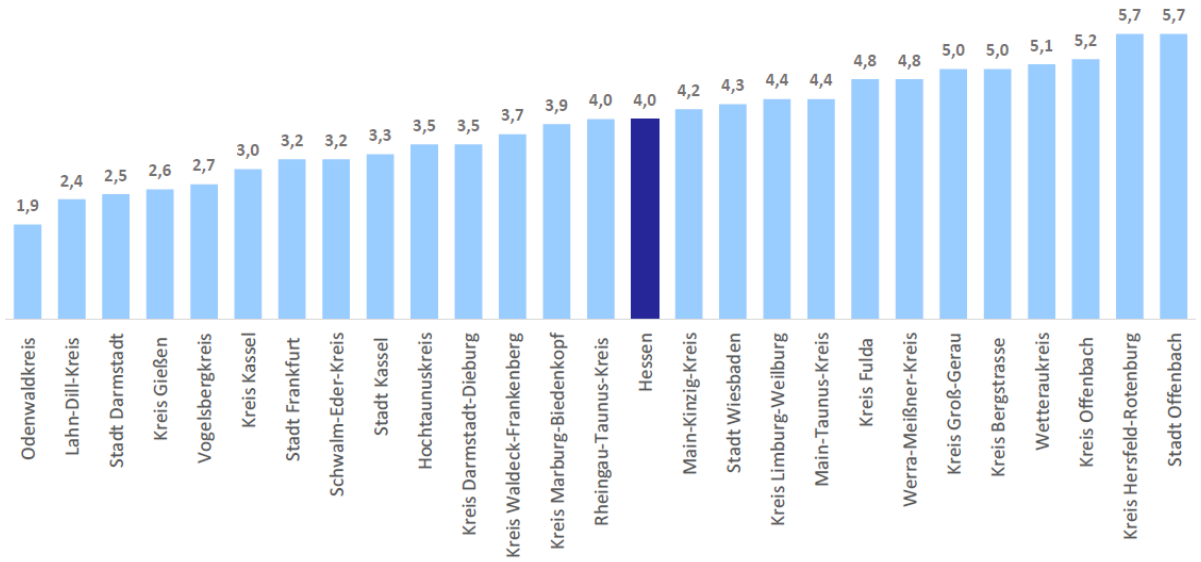
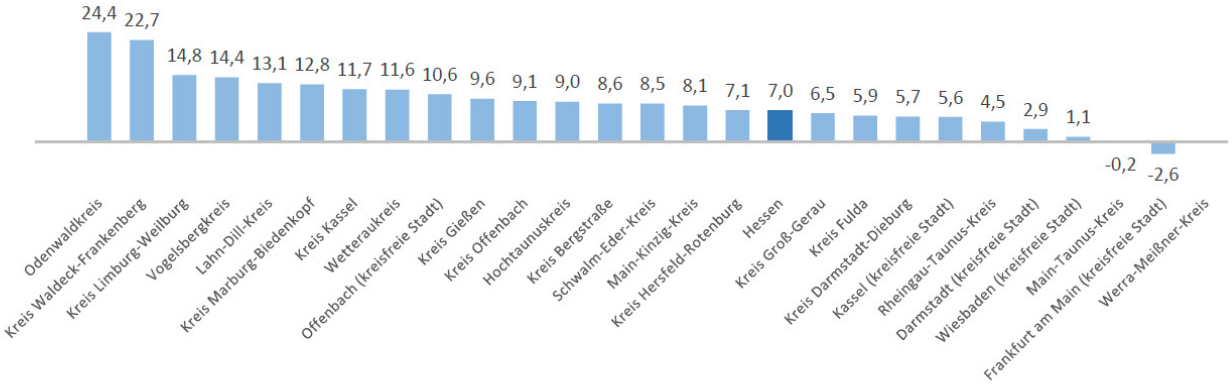
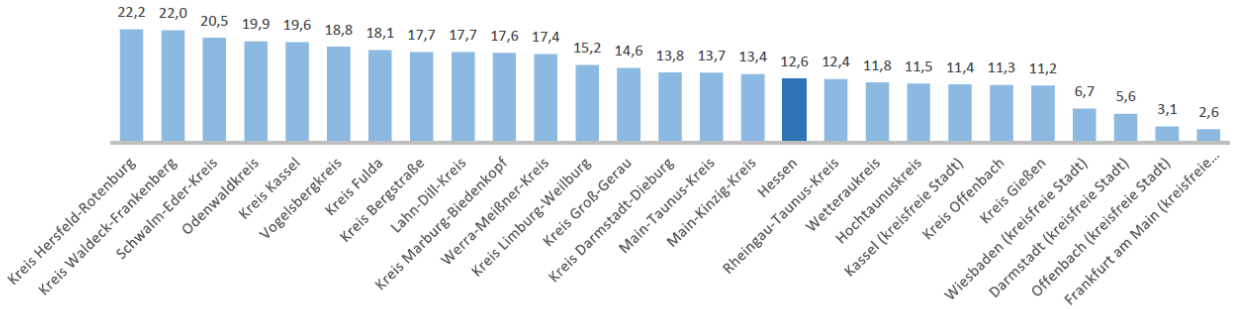


Abbildung 121: Verringerung der Lohnlücken von 2012 bis 2018, in Prozent. Quelle: IWAK 2020f



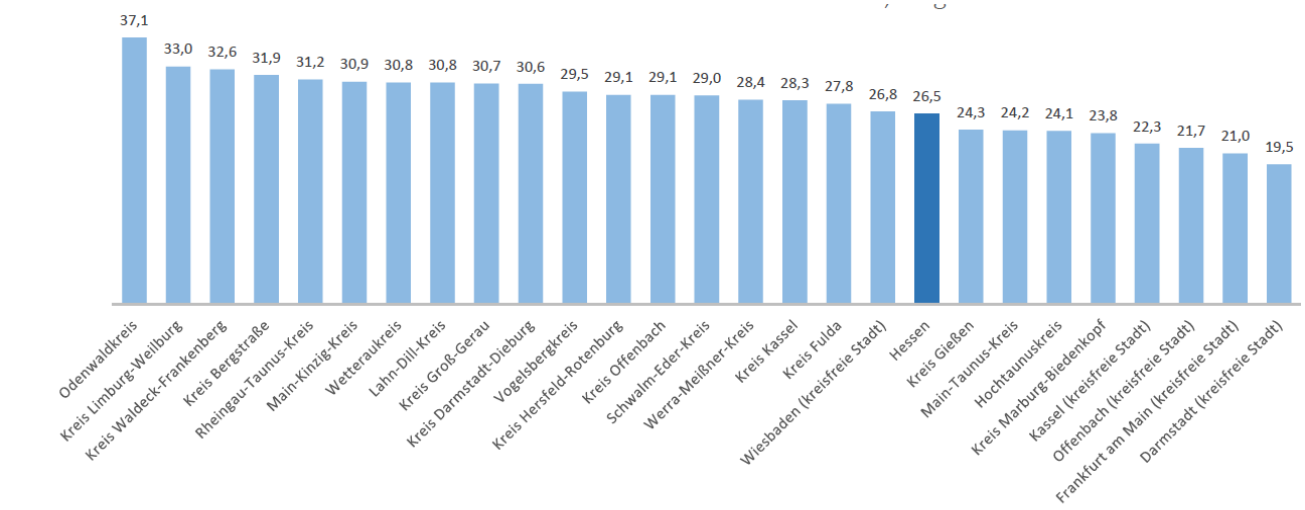
Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Berechnungen und Darstellung IWAK
Anmerkung: positiver Wert = Männer verdienen mehr als Frauen; negativer Wert = Frauen verdienen mehr als Männer

Abbildung 122: Lohnlücke bei sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die über keinen Berufsabschluss verfügen, 2018. Quelle: IWAK 2020f



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Berechnungen und Darstellung IWAK
Anmerkung: positiver Wert = Männer verdienen mehr als Frauen; negativer Wert = Frauen verdienen mehr als Männer

Abbildung 123: Lohnlücken bei sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die über einen qualifizierten Berufsabschluss verfügen, 2018. Quelle: IWAK 2020f



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Berechnungen und Darstellung IWAK
Anmerkung: positiver Wert = Männer verdienen mehr als Frauen; negativer Wert = Frauen verdienen mehr als Männer

Abbildung 124: Lohnlücken bei sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die über einen akademischen Abschluss verfügen. Quelle: IWAK 2020f

Wie der IWAK Lohnatlas (IWAK 2020) zeigt, bestehen auch im Odenwaldkreis erhebliche Lohnlücken zwischen den Geschlechtern. Die Größe der Lohnlücken hängt unter anderem zusammen mit:

- der Qualifikationsstruktur der Beschäftigten. Zwischen Frauen und Männern ohne Berufsabschluss betrug er 24,4 % mit anerkanntem Berufsabschluss: 19,9 %, mit akademischem Abschluss 37,1 %. Im Bereich der akademischen Qualifikation sind auch die geringsten Fortschritte zur Schließung der Lücke geschafft worden: 0,1 % zwischen 2012 und 2018
- den Betriebsgröße. Je größer das Unternehmen, desto geringer sind die Lücken. Der Unterschied liegt zwischen 19,3 % und 15,5 %.
- der Branche. Im produzierenden Gewerbe beträgt die Lücke 17,8 %, bei den sachbezogenen Dienstleistungen 13,5 %, bei personenbezogenen Dienstleistungen 14,2 %.
- In Betrieben mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten unter 40 ist die Gehaltslücke geringer als bei solchen mit durchschnittlich älteren Beschäftigten.

Das Instrument Hessischer Lohnatlas wird in diesem Kontext weiterhin ein wichtiges Werkzeug sein. Zunächst bietet sich die Gelegenheit, 2021 im Rahmen einer Veranstaltung, zu der Akteur*innen aus Verwaltung, Wirtschaft und Wirtschaftsförderung einzubinden sind, eine Detailauswertung durch die Autor*innen der Studie zu erhalten. In einem entsprechenden Workshop können auch Strategien konkretisiert und Kommunikationskanäle eingerichtet werden. Eine solche Veranstaltung ist zum Zeitpunkt des Verfassens für den September 2021 geplant, an dem auch der neue Lohnatlas diskutiert werden soll. Wünschenswertes Resultat wäre hierbei, dass Interessenträger aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik zu gangbaren Lösungen gelangen und dass alle Beteiligten im Anschluss ihr Möglichstes zum Decken der identifizierten Handlungsbedarfe tut.

Armut und soziale Herausforderungen

a) Einkommen, Armut und Preisniveau

Abbildung 125 zeigt, dass das durchschnittliche Einkommen im Odenwaldkreis unter dem der Nachbarregionen liegt. Auch das Bruttoinlandsprodukt des Odenwaldkreises schneidet im regionalen Vergleich merklich schlechter ab Abbildung 126. Zu sehen ist das geringe BIP im Zusammenhang mit dem starken Auspendelverkehr (*siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräfte*). Viele der im Kreis lebenden tragen also zum BIP der Nachbar-Regionen bei. Die Kaufkraft wird durch die Umsatzzahlen der Einzelhändler errechnet – auch hier ergibt sich eine Verzerrung, weil viele Odenwälder zum „Shoppen“ in Nachbarkreise fahren, oder beispielsweise auf dem Rückweg von der Arbeit dort einkaufen. Wie stark diese Effekte wirken, lässt sich aber nicht ohne weitere Untersuchungen sagen.

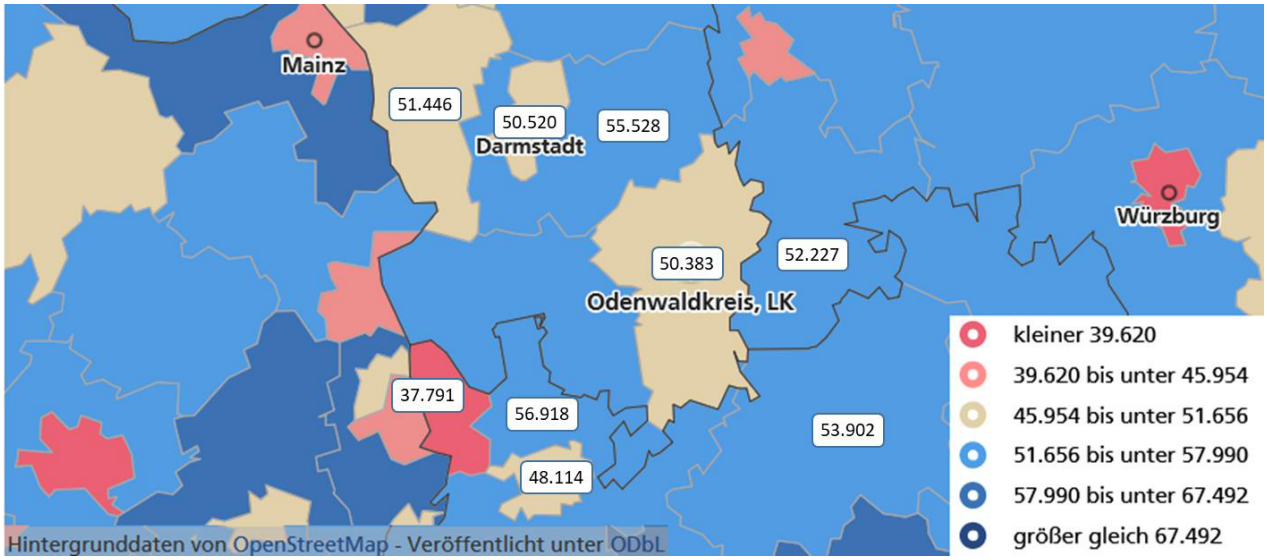


Abbildung 125: Regionale Kaufkraft (jährliches Nettoeinkommen in Euro je Haushalt). Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; www.kommunen-wegweise.de; eigene Bearbeitung

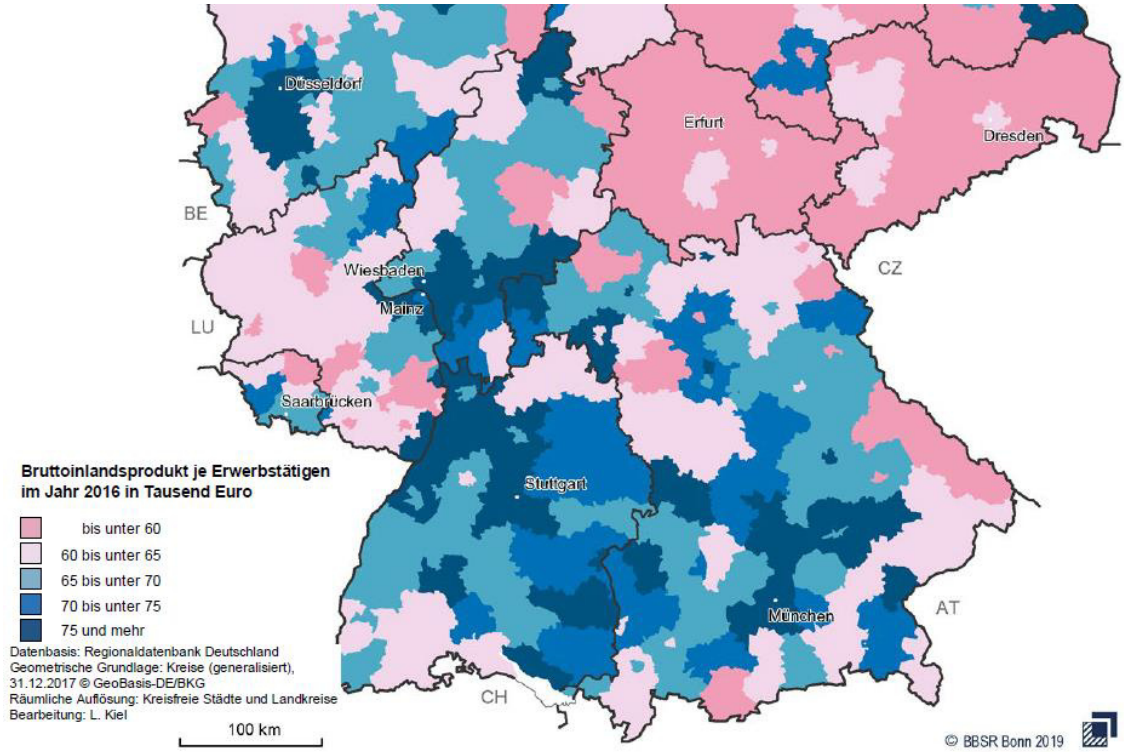


Abbildung 126: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Quelle: BBSR Deutschlandatlas 2019

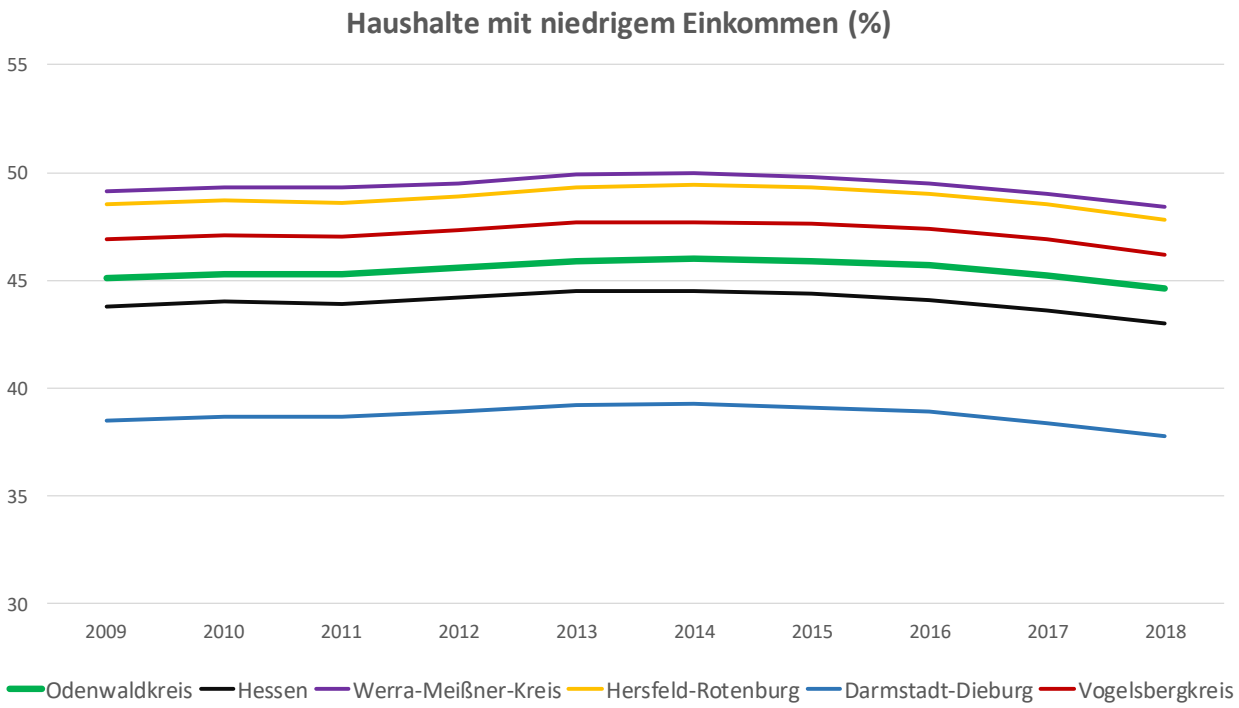


Abbildung 127: Haushalte mit niedrigem Einkommen in Prozent - Haushalte mit verfügbarem Jahreseinkommen (Kaufkraft) von unter 25.000 Euro. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Nexiga GmbH, ZEFIR; wegweiser-kommune.de; eigene Darstellung

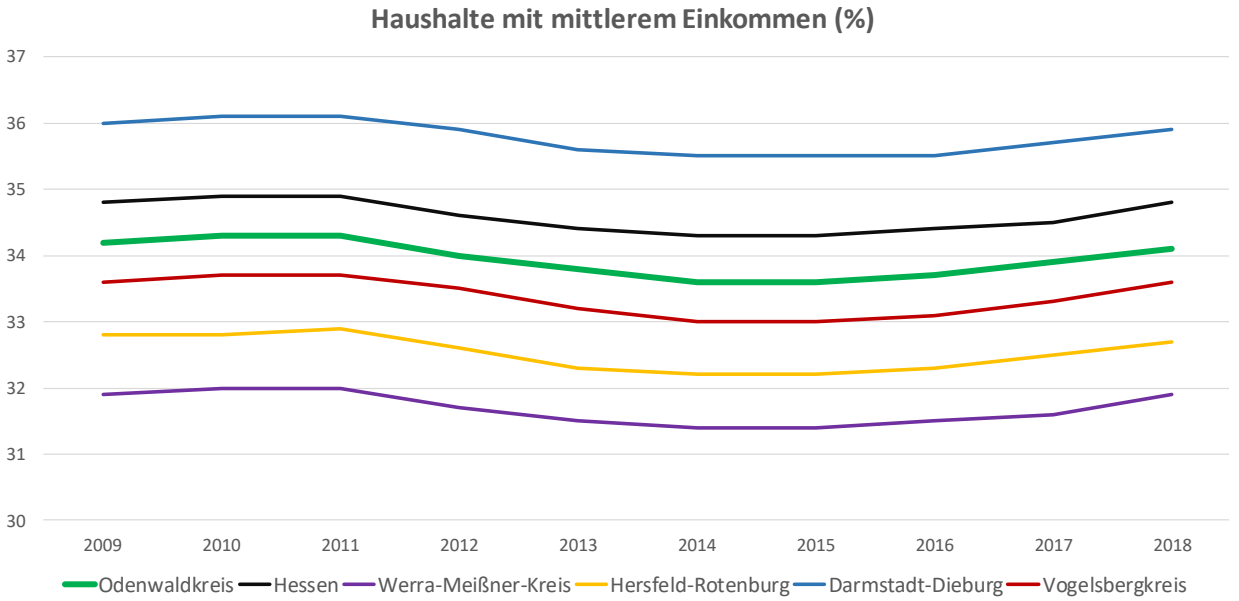


Abbildung 128: Haushalte mit mittlerem Einkommen in Prozent - Haushalte mit verfügbarem Jahreseinkommen (Kaufkraft) zwischen 25.000 bis 50.000 Euro. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Nexiga GmbH, ZEFIR; wegweiser-kommune.de; eigene Darstellung

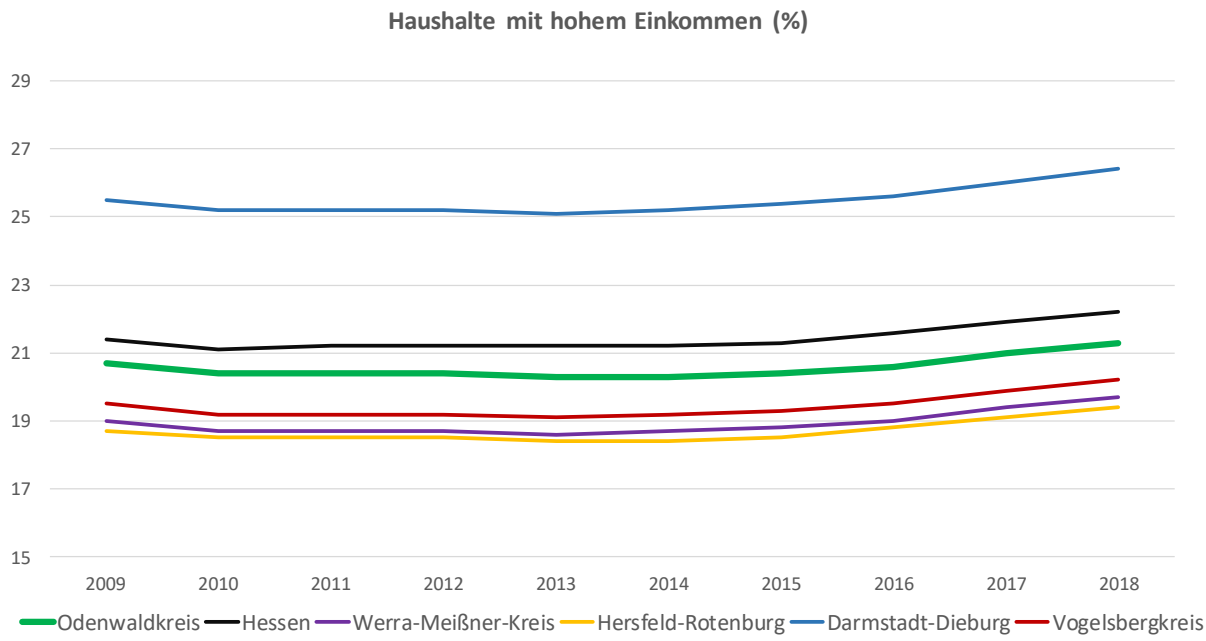


Abbildung 129: Haushalte mit hohem Einkommen in Prozent - Haushalte mit verfügbarem Jahreseinkommen (Kaufkraft) von über 50.000 Euro. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Nexiga GmbH, ZEFIR; wegweiser-kommune.de; eigene Darstellung

Die Zahl der Haushalte mit niedrigem Einkommen (unter 25.000 Euro jährlich) stagnierte in den Jahren seit 2009 ohne große Schwankung und lag dabei durchgängig über dem hessischen Durchschnitt. Ähnlich strukturierte Landkreise in Hessen weisen allerdings noch Werte darüber auf. In den Jahren vor der Corona-Pandemie 2020 entwickelte sich die Zahl rückläufig. Bei den Haushalten mit mittleren Einkommen zwischen 25.000 und 50.000 Euro jährlich liegt der Odenwaldkreis unter dem Durchschnitt des Landes, aber über den Zahlen anderer ländlicher Regionen in Hessen. Selbiges gilt für die Zahl der Haushalte mit hohen Einkommen – die zuletzt kontinuierlich einen positiven Trend zeigte. Auch die Zahl der Haushalte mit mittlerem Einkommen entwickelt sich, nach einem kleinen Tal in der Kurve, seit 2015 wieder positiv.

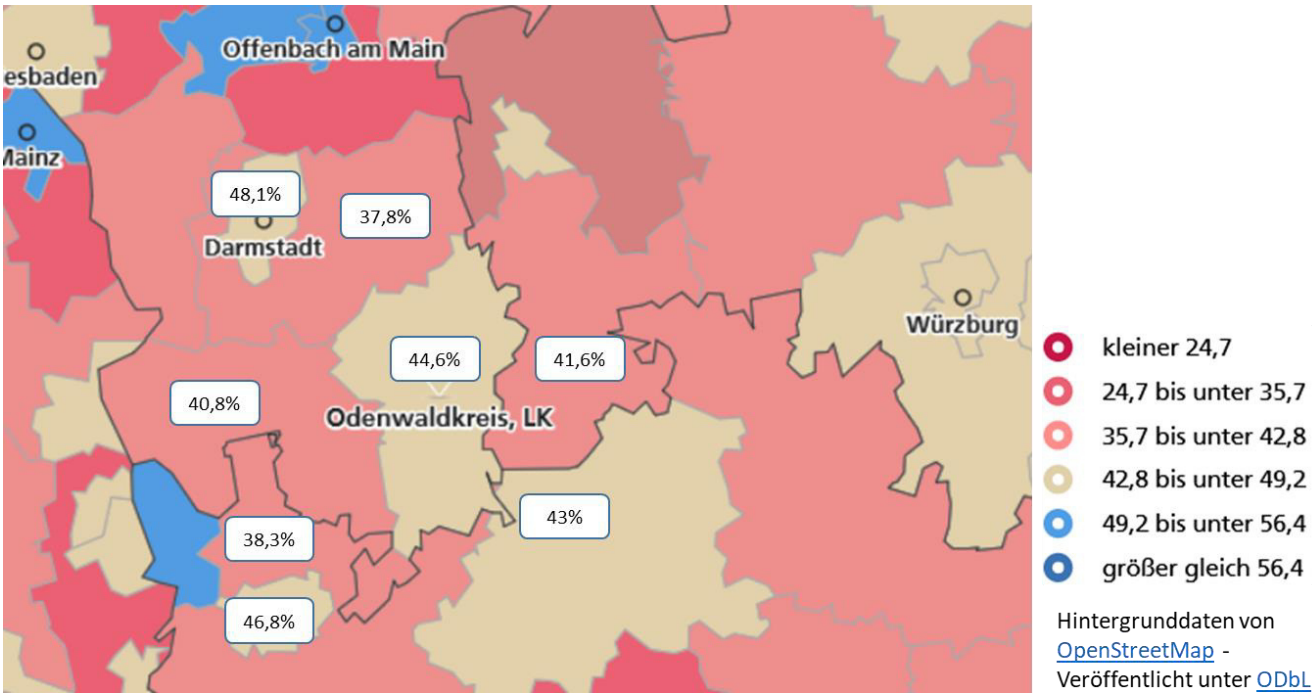


Abbildung 130: Haushalte mit niedrigem Einkommen im regionalen Vergleich, 2018 (in %; heißt: Jahreseinkommen < 25.000€). Quelle. Statistische Ämter des und der Länder wegweiser-kommune.de)

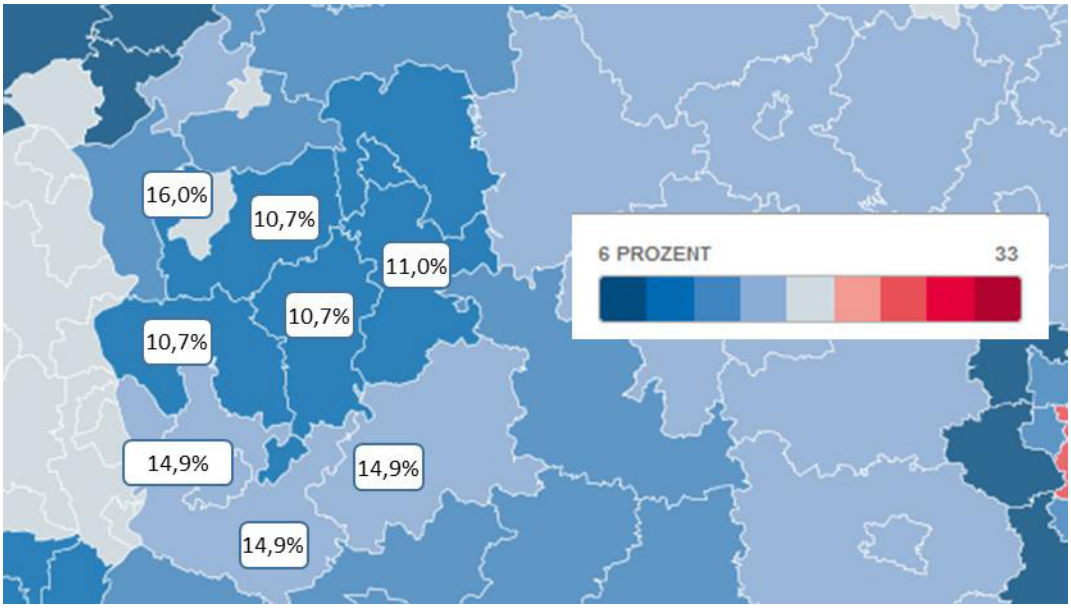


Abbildung 131: Einkommensarmut im regionalen Vergleich (2014). Als einkommensarm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens verfügt. Quelle: Röhl & Schröder 2017, iw-koeln.de, eigene Bearbeitung.

Die Kaufkraftarmut ist als Indikator äußerst wertvoll, weil sie die Einkommen mit dem regionalen Preisniveau ins Verhältnis versetzt. Leider gibt es gegenwärtig keine verfügbaren Daten zum Preisniveau oder zu den Lebenshaltungskosten im Odenwaldkreis. Abbildung 131 zeigt die Kaufkraftarmut, wobei aber nur ein aggregierter Wert für die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und den Odenwaldkreis angegeben ist. Das insofern unzureichend, als gerade der Vergleich mit den urbaneren Nachbarregionen Erkenntnisse für die Situation im Kreis liefern könnte: ist das Einkommensniveau im Odenwaldkreis niedriger oder wird dies durch niedrigere Preise relativiert? Grundlage für diese Darstellung von Röhl und Schröder (2017) ist der Mikrozensus 2014, der die Daten zur kleinsten erhobenen regionalen Einheit – der sogenannten Anpassungsschicht – zusammenfasst, was wiederum durch den Datenschutz bedingt ist. Aus diesem Grund wird sich an der Datenverfügbarkeit wohl auch nichts ändern. Um detailliertere Aussagen treffen zu können, müsste man also entweder in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Statistik Hessen zu einer Lösung für diesen Erkenntnisbedarf kommen oder unabhängig vom Mikrozensus eine Studie für Südhessen oder die Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main-Neckar durchführen.

Statistik: relative Einkommensarmut
Deutschlandweit wird bei der Definition von Armut in der Regel die relative Einkommensarmut verwendet, da es absolute Armut (nach Definition der Vereinten Nationen) hier praktisch nicht gibt. Als arm gilt daher, wer über weniger als 60 % des bedarfsgewichteten Medianeinkommens verfügt. Wenn also alle Einkommen deutschlandweit in eine geordnete Liste gestellt werden, nimmt man den Wert, der in der Mitte dieser Liste steht und berechnet 60 % davon. Wer mit seinem Einkommen unterhalb dieser Schwelle liegt, gilt somit als arm. Mittels der Bedarfsgewichtung wird diese Berechnung dahingehend ergänzt, dass bei größeren Haushalten Einspareffekte entstehen und Kinder einen geringeren Bedarf haben als Jugendliche oder Erwachsene. Ein Paar mit zwei kleinen Kindern wird daher mit dem 2,1-fachen Bedarf einer alleinstehenden Person gewichtet. Leider gibt es auch hierzu keine Daten auf Landkreis-Ebene.

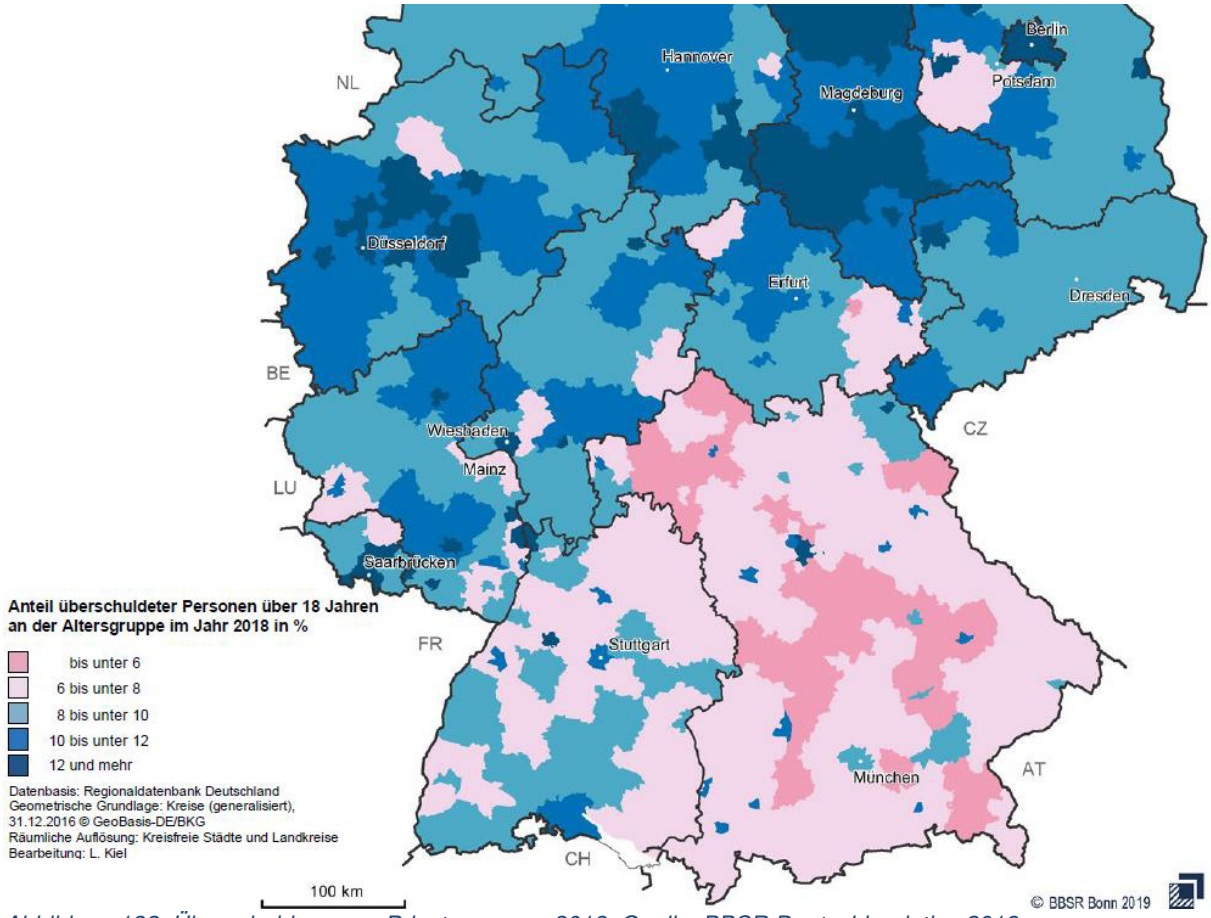


Abbildung 132: Überschuldung von Privatpersonen 2018. Quelle: BBSR Deutschlandatlas 2019

Überschuldung kann unabhängig vom sozialen Hintergrund, der Bildung und der Einkommenssituation auftreten. So berichtete die AWO Odenwaldkreis über die Klientel ihrer Schuldnerberatung. Überschuldung birgt die Gefahr des sozialen Abstiegs in einer verstärkenden Spirale. Daher ist die frühe Inanspruchnahme von Hilfe wichtig. Der Deutschlandatlas (Abbildung 132) zeigt zu diesem Thema keine auffälligen Werte für den Odenwaldkreis.

b) Kleinräumige Soziale Versorgungsstrukturen und Datenverfügbarkeit

Ein für den Odenwaldkreis prägendes Problem ist die Maßstabsebene verschiedener Entscheidungsgrundlagen, die meist nicht bis auf die kommunale Ebene hinunterreichen. Der Odenwaldkreis erscheint in der statistischen Gesamtbetrachtung in vielen Bereichen des „Sozialen“ als unproblematisch, bzw. als klar unterdurchschnittlich im Vergleich zu urbaneren Räumen. Auf Ebene der Ortsteile sieht die Realität aber in einzelnen Fällen aber deutlich anders aus – häufig im Zusammenhang mit hohen Migrant*innenanteilen. Diese Herausforderungen sind also in der Statistik unsichtbar, weshalb es umso schwieriger ist, adäquate Mittel zu deren Bewältigung zu organisieren. Auch auf Ebene des Bundes und des Landes sind solche sozialen Herausforderungen im ländlichen Raum bislang kaum präsent, wobei jüngst auf Bundesebene ein Forschungsprojekt zum Thema „Soziale Stadt- und Ortsentwicklung im ländlichen Raum“ Erkenntnisse für diesen Bereich zusammenstellte, wobei auch der Odenwaldkreis als Untersuchungsraum betrachtet wurde.

Aus Sicht des Odenwaldkreises stellen sich die Probleme auf einzelne Räume und Mikro-Ebenen konzentriert dar.

In mehreren Expert*innengesprächen wurde auf lokale Spannungen zwischen Deutschen Einheimischen und Zugewanderten hingewiesen. Die starke Präsenz von Zugewanderten in bestimmten öffentlichen Räumen wird durch die einheimische Bevölkerung als teils problematisch wahrgenommen. Durch die Wahrnehmung einer Vereinnahmung solcher Orte in Kombination mit geringem Austausch zwischen Einheimischen und Zugewanderten kann es zum Konflikt kommen und die wahrgenommene Attraktivität

des Umfelds kann absinken. Eine ähnliche wahrgenommene Vereinnahmung kann sich im Schulbereich abspielen.

Zentrale Angebote der Sozialhilfe und -beratung sowie Integrationsprojekte bleiben bislang häufig auf den Raum Erbach / Michelstadt beschränkt. Zur Abhilfe dieses Problems werden bereits aufsuchende Angebote betrieben. Trotzdem bleibt die Versorgungsqualität in der Unterzent und anderen Teilregionen des Kreises nach dem Eindruck mancher Expert*innen noch stark verbesserungswürdig. Nicht zuletzt schon deshalb, weil die Angebote von Kreis und freien Trägern in Erbach/Michelstadt bereits ausgelastet sind, ohne dass diese vermehrt von Menschen aus dem Nordkreis wahrgenommen werden. Wenn Familie (v.a. Kinderbetreuung), Arbeit und/oder Bildung jongliert werden müssen, ist eine langwierige Fahrt mit dem ÖPNV mit mehreren Umstiegen eine beachtliche Hürde. Im Zusammenhang mit Dingen wie psychischen Problemen, Schulden oder Suchtproblemen ist aber allein schon der Entschluss, Hilfe aufzusuchen eine beachtliche Überwindung. Es besteht hier also ein möglicher Teufelskreis aus Bedarf an Unterstützung und immer schwierigerer Inanspruchnahme von entsprechenden Angeboten – was wiederum zu größeren Problemen führt.

Im Rahmen des OZG werden Verwaltungsleistungen künftig auch digital verfügbar sein (*siehe hierzu auch Zielbereich 10 Digitale Teilhabe*). Dies bietet zwar Potential, nützt aber manchen Menschen ohne digitalem Zugang und entsprechender Medienkompetenz allein noch nichts.

Im Rahmen des Bildungsmonitorings wurden Möglichkeiten für kleinräumige Sozialindikatoren zu erheben geprüft. Bei einem klar formulierten Erkenntnisbedarf können solche Daten erhoben und gepflegt werden. Allerdings ist dies mit der Voraussetzung verbunden, dass alle Kommunen im Datenaustausch und bei der Erhebung mitwirken und am Landratsamt entsprechende Personalressourcen dafür bereitgestellt werden.

In der Wahrnehmung der meisten Odenwälder*innen scheinen soziale Herausforderungen den Ergebnissen der Bürgerschaftsbefragung von 2019 zufolge zumindest gut beherrschbar zu sein.

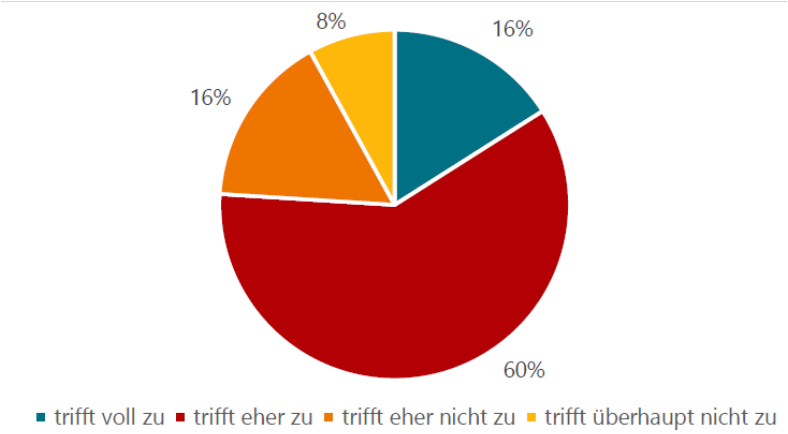


Abbildung 133: Ist der Odenwaldkreis sozial? Quelle: Bürgerschaftsbefragung Odenwaldkreis 2019 (CIMA Beratung + Management GmbH)

c) Kinderarmut

In manchen Fachgesprächen der Kreisentwicklung wurde auch eine wachsende **Kinderarmut** benannt, ebenfalls verbunden mit einer Forderung um eine genaue Untersuchung. Vorbild könnte hierbei der Landkreis Darmstadt-Dieburg sein, der 2019 einen gesonderten Bericht vorlegte. Zumeist werden Erhebungen zur Kinderarmut anhand des Indikators „Kinder in Bedarfsgemeinschaften“ vorgenommen. Die Karte zu Kinder- und Jugendarmut (Abbildung 134) zeigen eindeutig eine erhöhte Armut dieser Altersgruppen in Hessen gegenüber Bayern und Baden-Württemberg. Im Vergleich zu hessischen Nachbarregionen zeigen sich für den Odenwaldkreis hingegen keine deutlichen Unterschiede. Mit Blick auf diese Karte kann allerdings festgehalten werden, dass das Problem der Kinderarmut tatsächlich keineswegs ein rein städtisches Phänomen ist, sondern deutschlandweit auch in ländlichen Regionen zu verschiedenen Graden auftritt. In den letzten Jahren war ein schwacher Rückgang der in Bedarfsgemeinschaften lebendenden Kinder zu verzeichnen (siehe Abbildung 135).

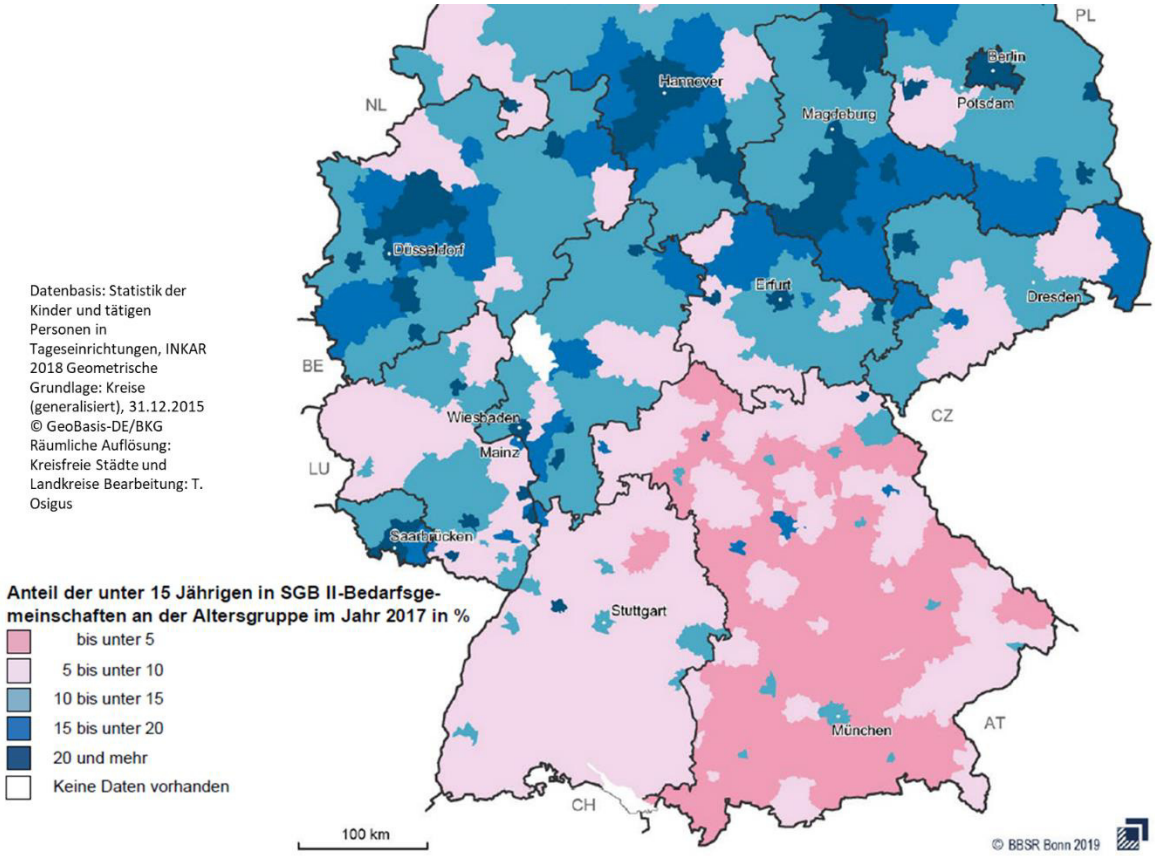


Abbildung 134: Kinder in Bedarfsgemeinschaften. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019

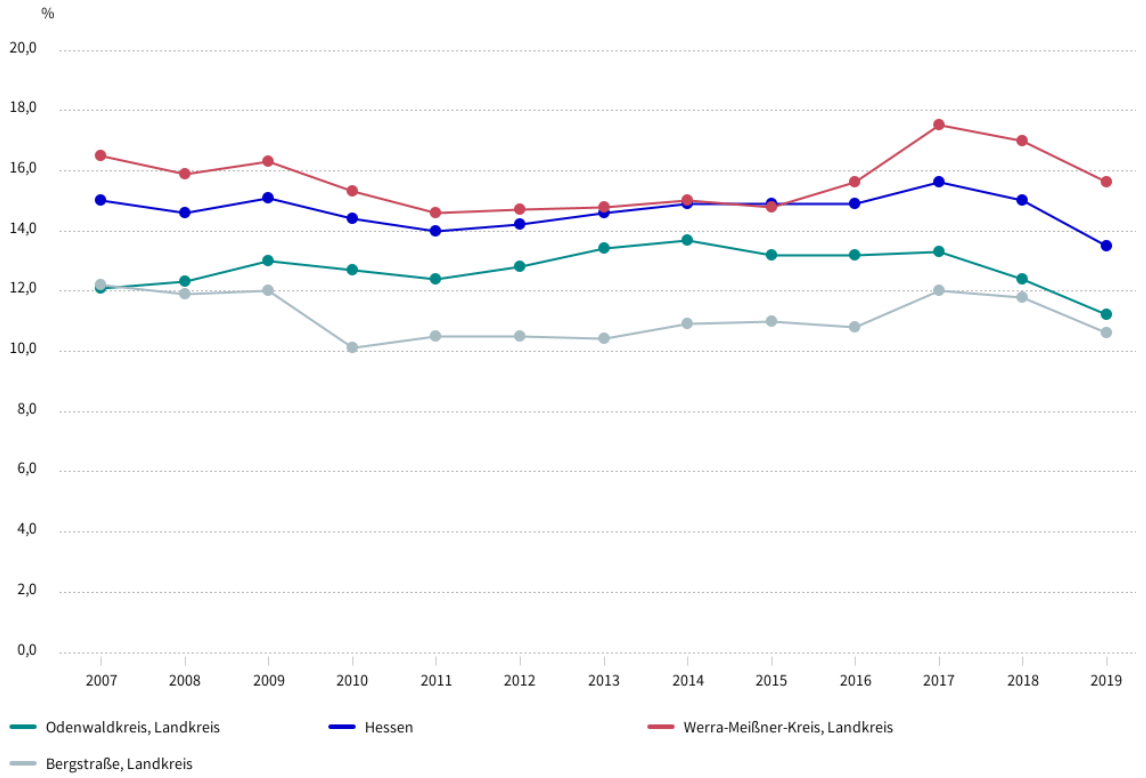


Abbildung 135: Kinderarmut im Zeitverlauf (Anteil der <15-Jährigen, die in Bedarfsgemeinschaften leben in Relation zur Gesamtzahl der regionalen Altersgruppe). Statistische Ämter des Bundes und der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung ([www.wegweiser-kommune.de)](http://www.wegweiser-kommune.de)

d) Soziale Sicherung und Altersarmut

Altersarmut (gemessen an den über 65-Jährigen, die Grundsicherung nach SGB XII beziehen; Abbildung 136) ist im Odenwaldkreis wie in den Vergleichs-Regionen ein Problem, das während der letzten 10 Jahre einen besorgniserregenden Aufwärtstrend zeigte. Der Anteil an Ausländer*innen unter den Betroffenen (9.8 %, vgl. Abbildung 137) liegt weit über dem Ausländeranteil dieser Altersschicht (6,0 %, Quelle: Hessische Gemeindestatistik), diese sind also besonders häufig betroffen. Im Kontext des demographischen Wandels ist mit einer wachsenden Bedeutung der Altersarmut zu rechnen. Erwerbsbiographien sind zunehmend unterbrochen, auch deshalb wird in Zukunft ein größerer Anteil der Menschen im Rentenalter nicht mehr über eine auskömmliche Rente verfügen.

Im regionalen Vergleich sind die Zahlen noch recht gering. Womöglich ist dies auch auf darauf zurückzuführen, dass im Odenwaldkreis Wohnen und Lebenshaltungskosten noch verhältnismäßig günstig sind und Sozialleistungen daher (noch) nicht in Anspruch genommen werden müssen. In solchen Fällen kann ein sehr geringes Einkommen vorliegen, ohne dass es in dieser Statistik sichtbar wird. Die Beantragung von Unterstützungsleistungen kann aber für diese Menschen bei steigenden Preisen notwendig werden.

Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Analyse – Alterung und Einsamkeit; Öffentlicher Gesundheitsdienst; Zielbereiche 58: Soziales und Gesundheitswesen; 59: Öffentlicher Gesundheitsdienst.

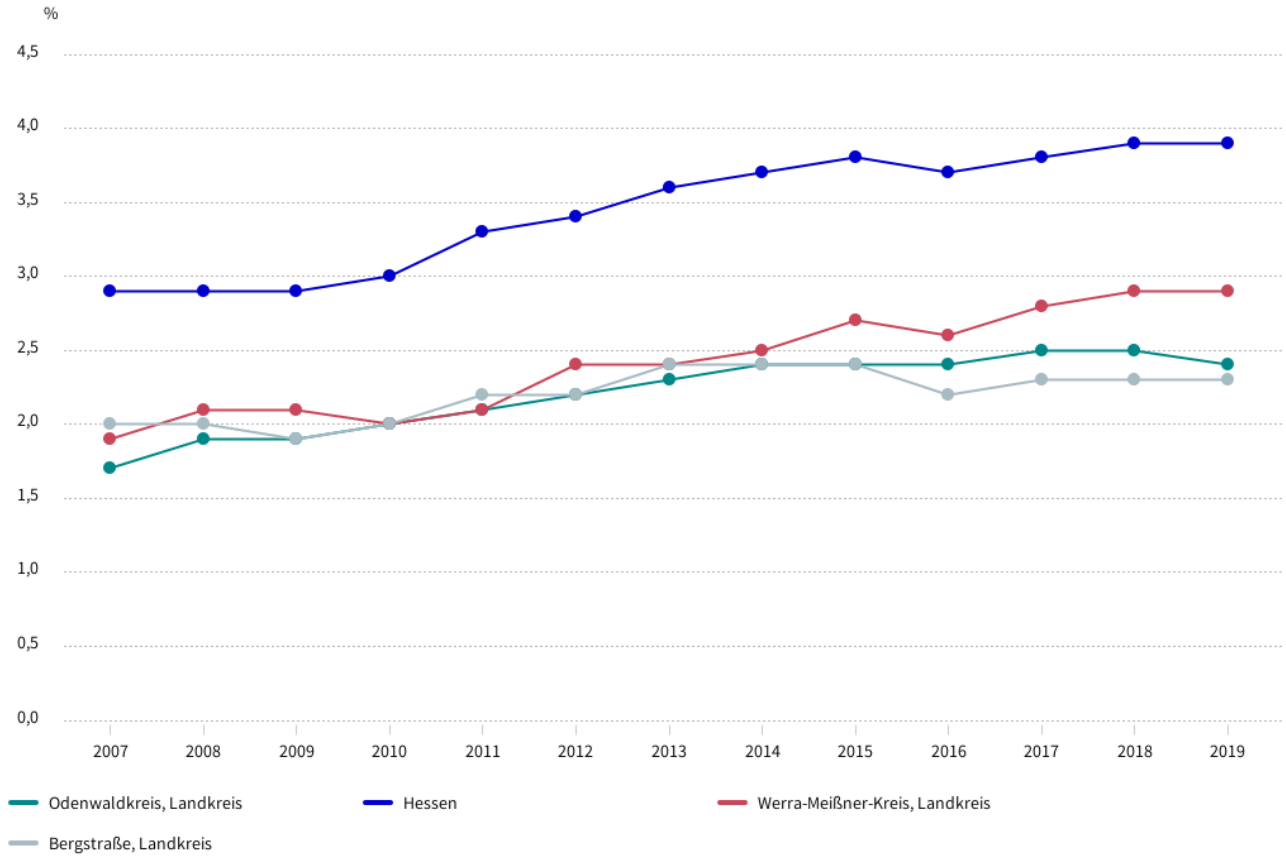


Abbildung 136: Altersarmut im Zeitverlauf (Anteil der über 65-Jährigen, die Grundsicherung nach SGB XII beziehen). Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung (www.wegweiser-kommune.de)

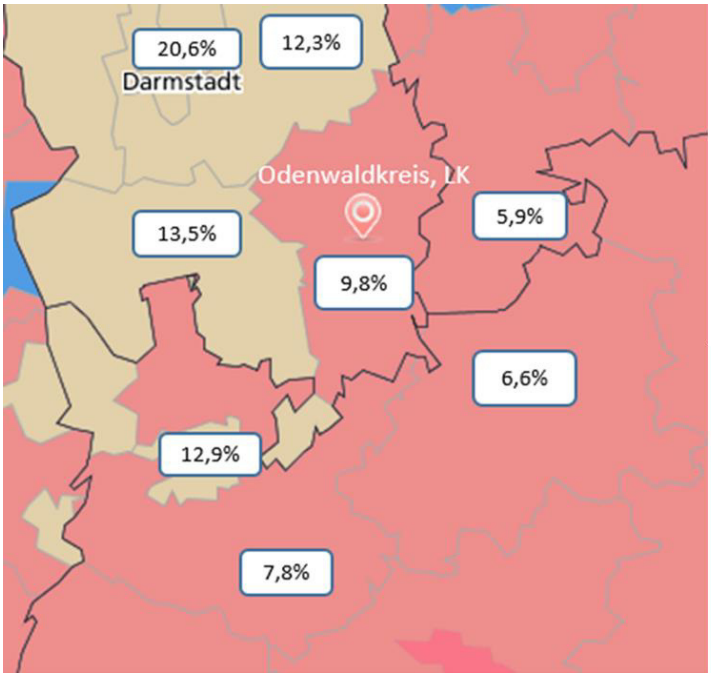


*Abbildung 137: Altersarmut unter Ausländer*innen (Bezug von Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII, 2018, in Prozent; Quelle: wegweiser-kommunen.de)*

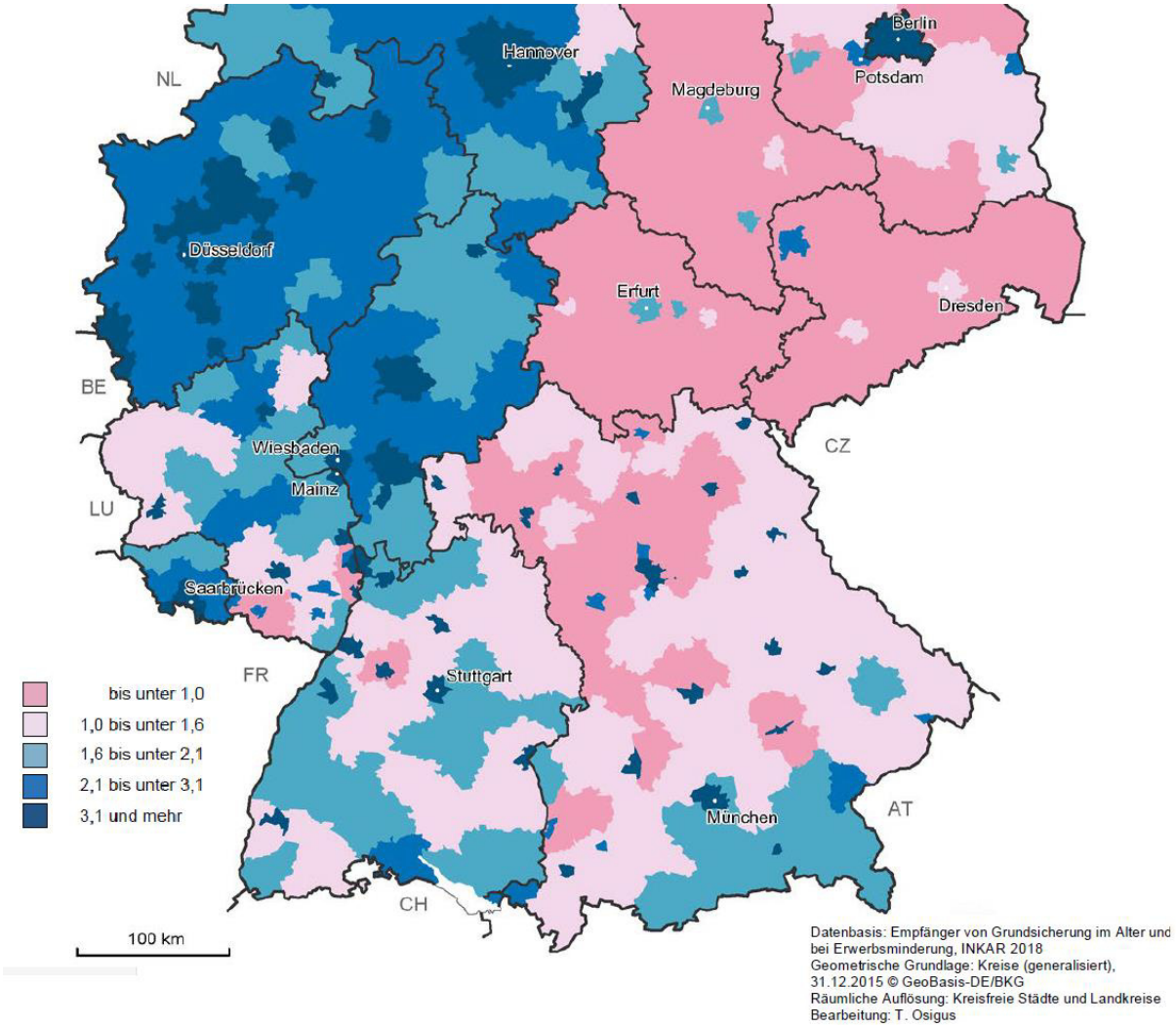


Abbildung 138: Grundsicherung im Alter von >65 Jahren, in Prozent. Quelle: BBSR Deutschlandatlas 2019

e) Wohnraum, Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit

Die Diskussion um Wohnraummangel erschöpft sich in der Debatte auf Landesebene zumeist auf die Ballungszentren und deren Umland. Doch auch im Odenwaldkreis haben die Preise für Wohnraum in den letzten Jahren merklich zugenommen, während die Verfügbarkeit freien Wohnraums abnahm. Insbesondere für sozial Benachteiligte mit geringem Einkommen ist das Finden einer geeigneten Wohnung oft schwierig. Die Hindernisse sind jedoch nicht rein finanzieller Art.

Abhilfe leisten könnten Modelle des sozialen Wohnungsbaus und / oder der Anmietung von Immobilien durch die Kommunen mit Weitervermietung an Sozialhilfeempfänger. Somit übernimmt die Kommune einen Teil des Risikos für den Vermieter, sodass z.B. Einliegerwohnungen häufiger überhaupt vermietet werden. Wie in der *Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung* gezeigt wird, sind außerdem zunächst Maßnahmen zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit der Kommunen im Bereich Wohnungsbau angeraten.

Verantwortlich für die Unterbringung von Wohnungslosen sind die Kommunen im Rahmen des Aufgabenbereichs öffentliche Sicherheit und Ordnung. In der Praxis sind die meisten Wohnungslosen im Odenwaldkreis aber nicht obdachlos, sondern leben bei Bekannten, Verwandten oder z.B. in Wohnwagen. Wohnungslosigkeit beschreibt also eigentlich nur das Fehlen einer Meldeadresse, bzw. eines ordentlichen Mietverhältnisses – was wiederum die Grundlage für die Anmeldung einer Adresse ist. Dies wiederum ist Voraussetzung für den Erhalt von Sozialleistungen z.B. über das SGB II. Eine umfassende statistische Grundlage zu diesem Problembereich gibt es im Odenwaldkreis bislang keine. Auch die Wohlfahrtsverbände sind bei diesem Thema wichtige Partner. So betreibt die AWO im Kreis, die eine Tagesaufenthalts- und Beratungsstätte. Dies entspricht einer Aufgabe nach § 67 SGB XII.

Im Rahmen der Expert*inneninterviews wurde wiederholt geäußert, dass das Problem der **Obdachlosigkeit**, bzw. **Wohnungslosigkeit** im Odenwaldkreis durchaus vorhanden ist, jedoch Probleme bei den Strukturen zu deren Versorgung bestehen. Hierbei wurde festgestellt, dass zwar die Verantwortlichkeiten sämtlich definiert sind, dass aber die Kommunikation zwischen den beteiligten Akteuren verbessert und evtl. umstrukturiert werden muss. Nachdem dies auf Initiative der Liga der Freien Wohlfahrtsverbände auch im Kreistagsausschuss für soziale Angelegenheiten, Jugend und Sport debattiert wurde, wurde beschlossen, eine systematische Erfassung des Problembereichs durchzuführen und es wurde ein Arbeitskreis „Obdachlosigkeit im Odenwaldkreis“ gebildet. Die Organisation übernahm die Kreisstadt Erbach. Neben den Ordnungsämtern aller Kommunen im Kreis nahmen auch Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung teil. Wichtigste Ergebnisse waren folgende:

- In den meisten Kommunen gibt es gemeindeeigene Unterbringungsmöglichkeiten. Diese sind jedoch häufig nicht im besten Zustand. Andererseits soll der Charakter als Notunterkunft dieser Einrichtungen erhalten bleiben und beim Klientel kein zu hoher Anreiz zum dauerhaften Bleiben entstehen. In Gemeinden ohne hierfür vorgesehene Immobilien geschieht die Unterbringung in Pensionen oder Hotels. Eine besondere Herausforderung stellt die barrierefreie Unterbringung von Menschen mit Behinderung dar.
- Die Unterbringung ist nach Konsens des AKs nicht die schwierigste Aufgabe – sondern die weiteren Schritte, die aus der Obdachlosigkeit führen sollen: einen geregelten Tagesablauf zu bekommen und eine eigene Wohnung zu finden. Für die organisatorische, soziale und technische Unterstützung der Wohnungssuchenden ist bei den Ordnungsämtern kein Personal (mit entsprechender Ausbildung der Sozialarbeit) vorhanden. Auch am Landratsamt gibt es keinen solchen sozialen Dienst.
- Neben einer gemeinsamen, interkommunalen Organisation, die das Beschäftigen von Fachkräften der sozialen Arbeit ermöglicht, wurde auch vermehrter Bau von Wohnungen für sozial und finanziell Schwache als Lösungsansatz diskutiert (*siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung*).

Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Analyse – Zielbereich 59: Öffentlicher Gesundheitsdienst.

f) Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Bis vor der Corona-Krise bewegte sich die Arbeitslosenquote im Odenwaldkreis auf einem volkswirtschaftlich als gesund geltenden Niveau zwischen 5,0% und 4,0% – abhängig von saisonbedingten Schwankungen. Zumeist lag man hierbei unter dem hessischen Schnitt. Abbildung 139 zeigt, dass die leicht rückläufige Entwicklung der Jahre seit 2016 bis Anfang 2020 den hessenweiten Trend nachzeichnet. In der Krise (ab April 2020) zeigt der Odenwaldkreis einen im Landesvergleich sehr guten Verlauf: die Arbeitslosenquote ist weniger stark angestiegen und hatte sich im Juni 2021 bereits zurück auf Vor-Krisenniveau zurückbewegt. Deutlich empfindlicher reagierte die Kurve der Arbeitslosengeld-I-

Empfangenden (SGB III) auf die Krise. Besonders empfindlich getroffen wurden Personen mit betrieblicher oder schulischer Ausbildung und Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Auch abseits von Krisensituationen sind diese Gruppen häufig arbeitslos, insbesondere im Bereich SGB II. Der Arbeitsmarktanalyse der Bundesagentur für Arbeit zufolge wiesen 2018 92 % der SGB-Empfangenden ein Qualifizierungsdefizit auf (siehe Textkasten sowie Abbildungen 143-148) – ein im Vergleich mit anderen Landkreisen deutlich erhöhter Wert. Viele der Jobcenter-Kunden sind sehr gering. Sie werden daher vorwiegend im Bereich der Helferberufe und bei Zeitarbeitsfirmen eingesetzt. Daher sind die Zahlen der Kunden auch stark von der Konjunktur abhängig, denn in diesen Bereichen wird dann natürlich auch schnell wieder entlassen, wenn die Auftragslage nachlässt. Insbesondere im Zuge des allgemeinen wirtschaftlichen Konjunkturwandels und der Digitalisierung sinken die Anstellungschancen von Geringqualifizierten weiter. Bei einigen der in Arbeit zu Vermittelnden besteht auch keine realistische Chance auf adäquate Weiterbildung

Die SGB-II Statistik zeigt zudem eine deutliche Überrepräsentanz von Personen mit ausländischem Pass – bei einem Anteil von 13,2 % an der Bevölkerung sind gleichzeitig 46,3 % der SGB-II-Empfangenden Nicht-Deutsche. Hierbei ist ein Zusammenhang zum Problem der Geringqualifizierung festzustellen: Sprachbarrieren kulturelle Hürden und (mangelnde) Bildung im Heimatland können verstärkende Faktoren sein.

Besonders der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit den letzten Jahren vor der Pandemie zeigt, dass der Odenwaldkreis mit seinem Kommunalen Jobcenter und der InA gGmbH gute Arbeit leistet, um auch arbeitsmarktferne Kunden wieder einer Beschäftigung zuzuführen. Die InA gGmbH als 100 % Tochterunternehmen des Landkreises ergänzt die Tätigkeiten des Jobcenters in enger strategischer Abstimmung. Um die Überführung in ein dauerhaftes Arbeitnehmerverhältnis zu befördern vermittelt sie Kunden in Form von Arbeitnehmerüberlassungen (Leiharbeit) in Arbeit, organisiert Maßnahmen und Fortbildungen. In der Folge des pandemiebedingten Anstiegs der Arbeitslosigkeit stieg auch die Langzeitlosigkeit an – was v.a. auf die verringerten Stellenausschreibungen in der Krise zurückzuführen ist. Als Langzeitarbeitslos gilt, wer länger als 364 Tage arbeitslos gemeldet ist (BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT 2020: S. 40).

Die Unterbeschäftigung bewegte sich im Betrachtungszeitraum weitgehend parallel mit der Arbeitslosigkeit; im Vergleich mit anderen Regionen ergeben sich keine Auffälligkeiten. Ein vergleichsweise leicht erhöhter Unterschied zwischen Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit weist auf die umfänglichen Bemühungen des Kommunalen Jobcenters und der InA gGmbH hin, Menschen in Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt zu bringen.

Wie bereits weiter oben schon angemerkt, gilt als ein Hauptproblem [in der Arbeitsvermittlung] die Kinderbetreuung“. Mit Kindertagespflege-Personen ist sie nicht leistbar, weil sie zu unflexibel ist: Wenn eine Frau einen Job anfangen will, kann das innerhalb einer Woche gehen. Zur Eingewöhnung des Kindes ist aber vom Jugendamt eine 6-wöchige Eingewöhnungsphase vorgeschrieben. Betreuungszeiten werden / wurden zwar etwas besser, aber noch lange nicht ausreichend – prinzipiell wird eine Betreuungsmöglichkeit rund um die Uhr benötigt; die auch erreichbar ist.

Weitere Hindernisse der Vermittlung in Arbeit ist bei manchen Kunden des Jobcenters und der InA gGmbH die sogenannte „Arbeitsmarktferne“. Diese kann z.B. durch eine länger andauernde Arbeitslosigkeit oder psychische Probleme begründet sein. Für solche Fälle werden daher Maßnahmen durchgeführt, die helfen einen geregelten Tagesablauf und die nötige Verlässlichkeit als Arbeitnehmer zu schaffen.

Mit Blick auf die Altersgruppen (Abbildung 142) zeigt sich eine erhöhte Stabilität bei den Über-55-Jährigen – einerseits wird ein hohes Alter teils als Vermittlungshemmnis betrachtet, andererseits sind Personen in diesem Alter häufig vergleichsweise sicherer vor krisenbedingtem Stellenabbau oder ausbleibenden Vertragsverlängerungen. Die Kurve der 15-25-Jährigen zeigt einen deutlichen Anstieg mit Beginn des Ausbildungsjahres, der an sich krisenunabhängig auch 2019 auftrat, 2020 aber nochmal merklicher ausfiel.

*„In der **Unterbeschäftigung**srechnung werden zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie an einer Maßnahme der Arbeitsmarktpolitik teilnehmen oder einen arbeitsmarktbedingten Sonderstatus besitzen. Es wird unterstellt, dass ohne den Einsatz dieser Maßnahmen die Arbeitslosigkeit entsprechend höher ausfallen würde.“* (Bundesagentur für Arbeit 2021: S. 60)

*„„Personen mit geringer Qualifikation“ sind gesetzlich nicht definiert. Im Rahmen der Eingliederungsbilanz folgt die Abgrenzung des Personenkreises dem § 81 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 SGB III. Folglich sind unter „**Geringqualifizierte**“ diejenigen Teilnehmenden zu fassen, die nicht über einen Berufsabschluss verfügen, für den nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften eine Ausbildungsdauer von mindestens zwei Jahren festgelegt ist oder über einen Berufsabschluss verfügen, jedoch auf Grund einer mehr als vier Jahre ausgeübten Beschäftigung in an- oder ungelernter Tätigkeit eine entsprechende Beschäftigung voraussichtlich nicht mehr ausüben können.“* (Bundesagentur für Arbeit 2020: S. 6)

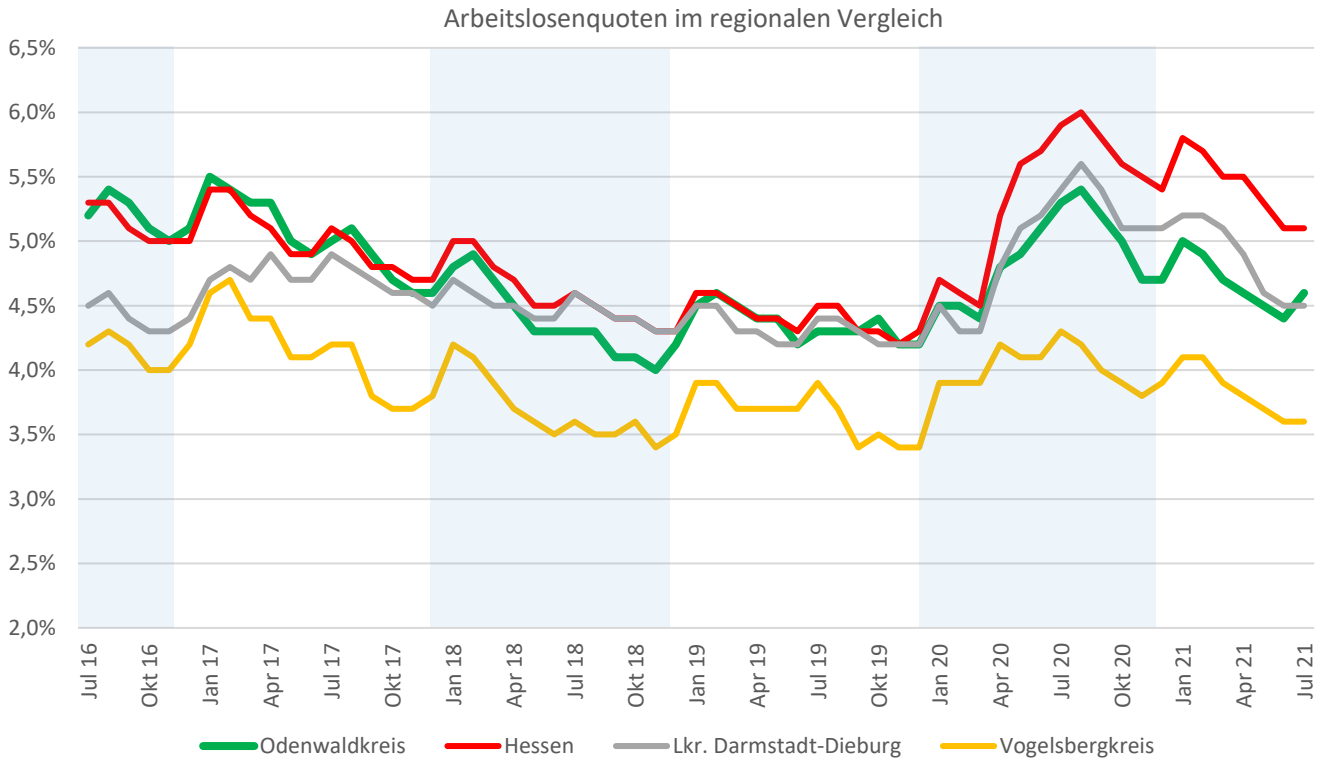


Abbildung 139: Arbeitslosenquoten im regionalen Vergleich. Quelle: Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Eckwerte Arbeitsmarkt - Stand Juli 2021. Eigene Darstellung

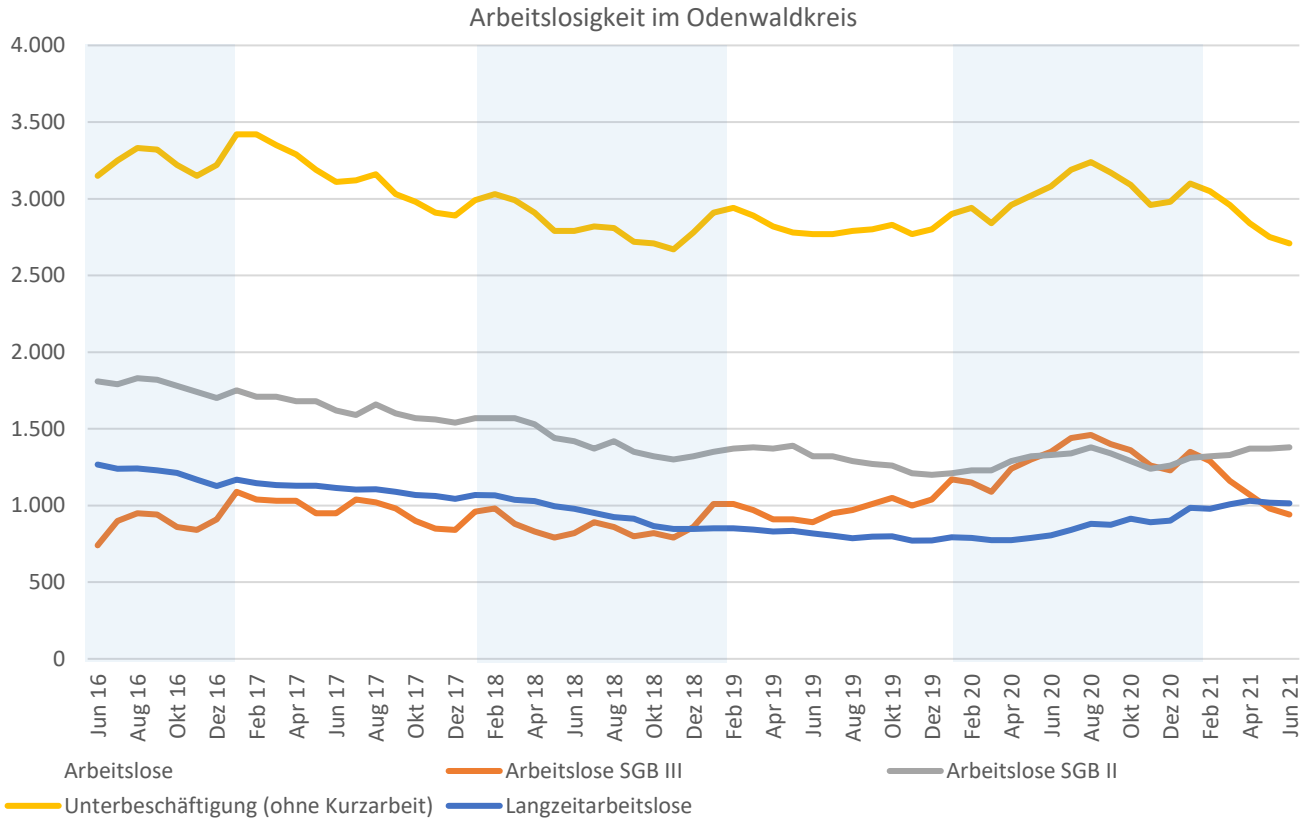


Abbildung 140: Arbeitslosigkeit im Odenwaldkreis - Rechtskreise SGB II & SGB III; Unterbeschäftigung. Quelle: Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Eckwerte Arbeitsmarkt - Stand Juni 2021; sowie Langzeitarbeitslosigkeit - Deutschland, Länder, Regionaldirektionen, Agenturen für Arbeit, Kreise und Jobcenter (Monats-/Jahreszahlen); Einzelausgabe Juli 2021. Eigene Darstellung

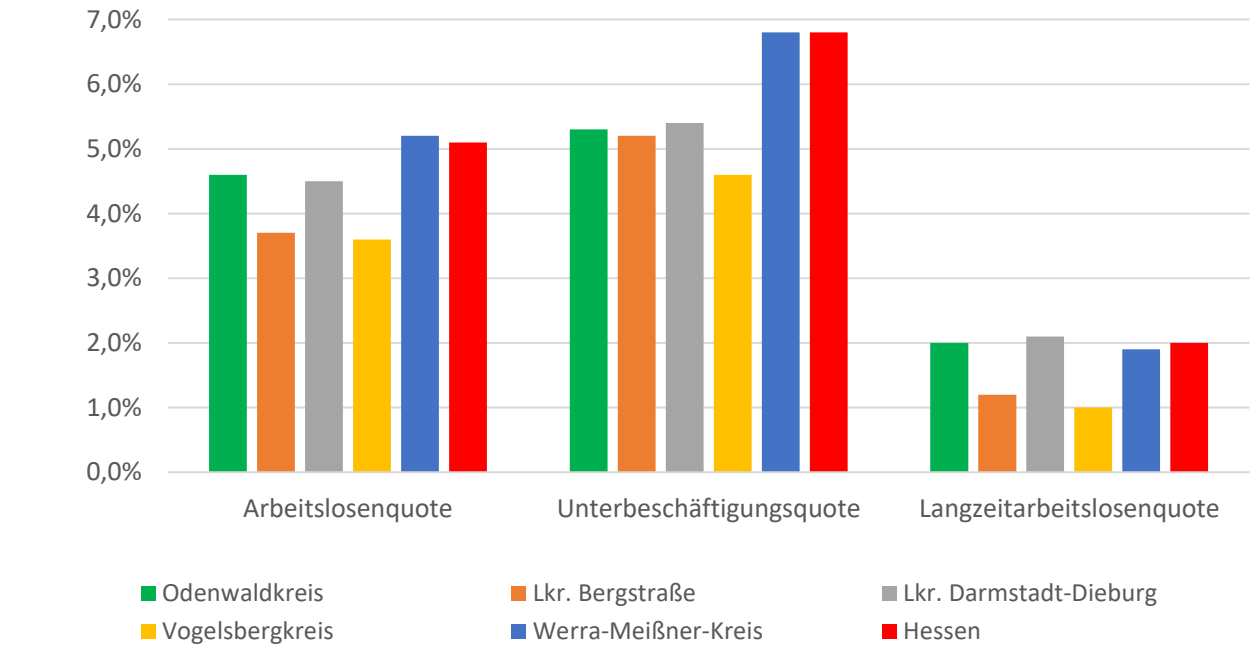


Abbildung 141: Arbeitslosenquoten in Vergleichsregionen, Juli 2021. Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Eckwerte Arbeitsmarkt - Stand Juli 2021; Langzeitarbeitslosigkeit - Deutschland, Länder, Regionaldirektionen, Agenturen für Arbeit, Kreise und Jobcenter (Monats-/Jahreszahlen); Einzelausgabe Juli 2021

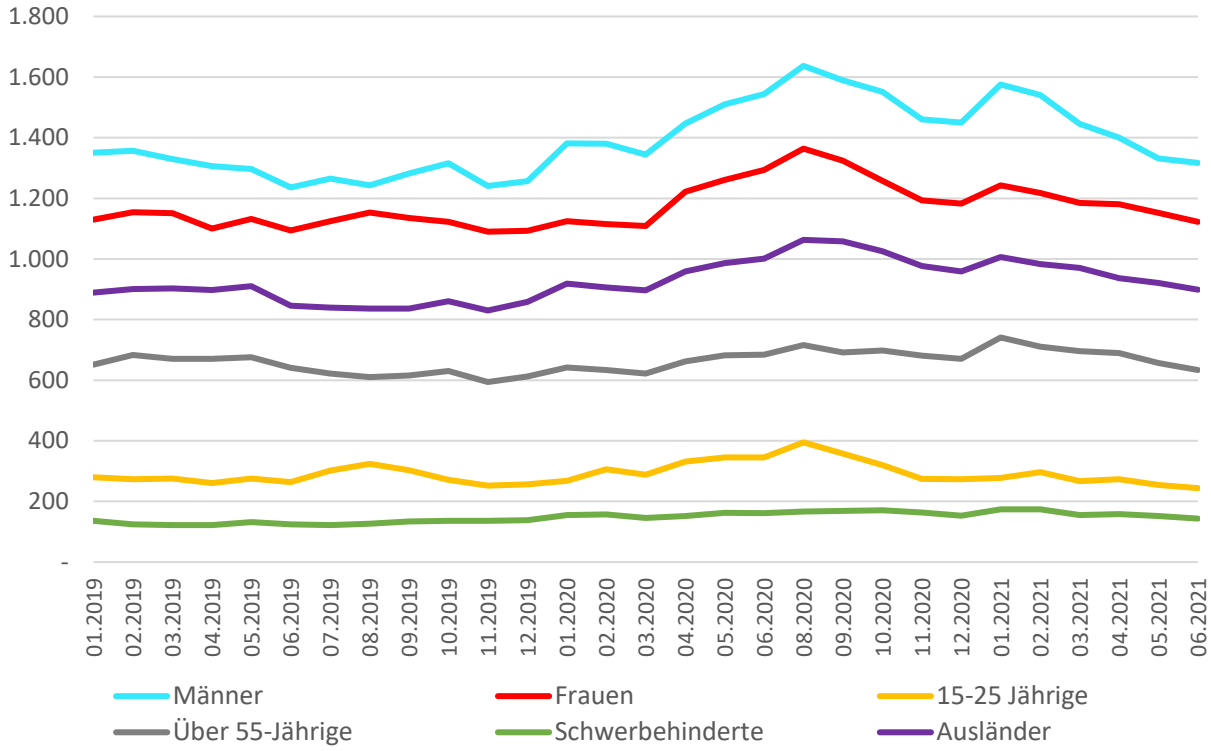


Abbildung 142: Arbeitslosigkeit nach Demographie und Nationalität. Alle Rechtskreise. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021. Eigene Darstellung.

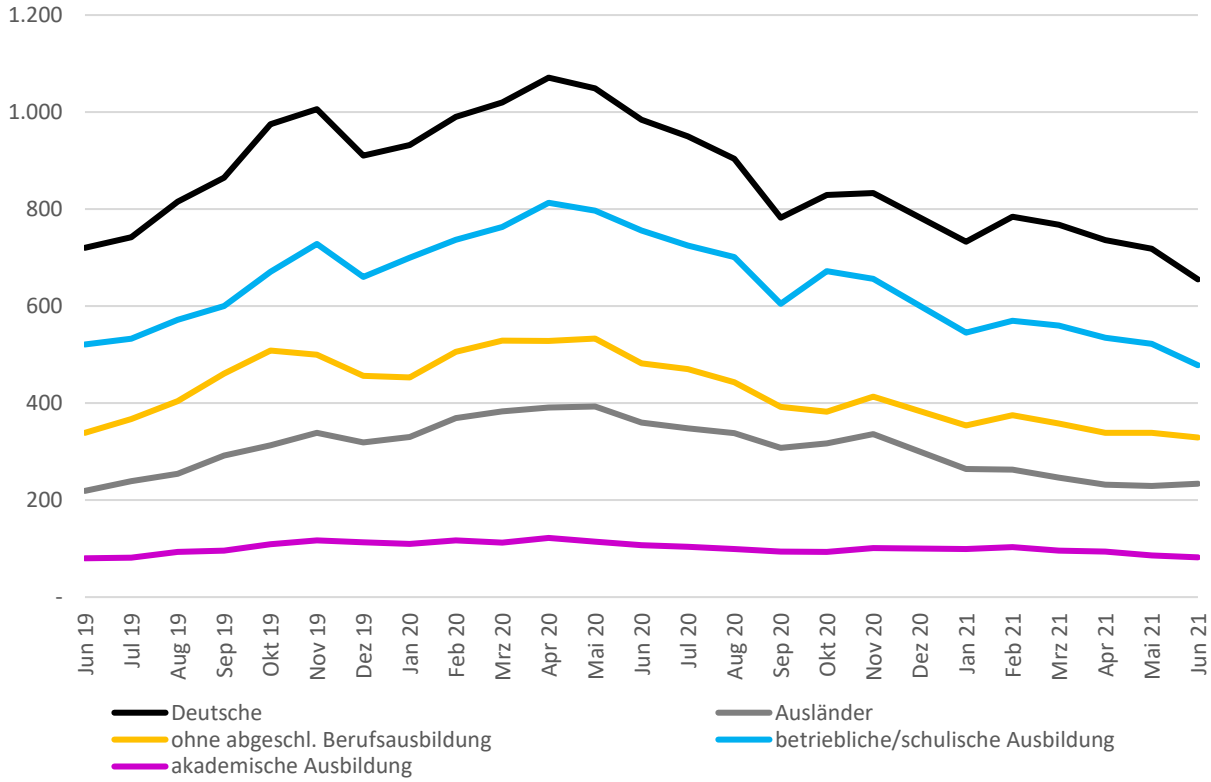


Abbildung 143: SBGIII-Arbeitslose nach Qualifikationsniveau und Nationalität. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021. Eigene Darstellung

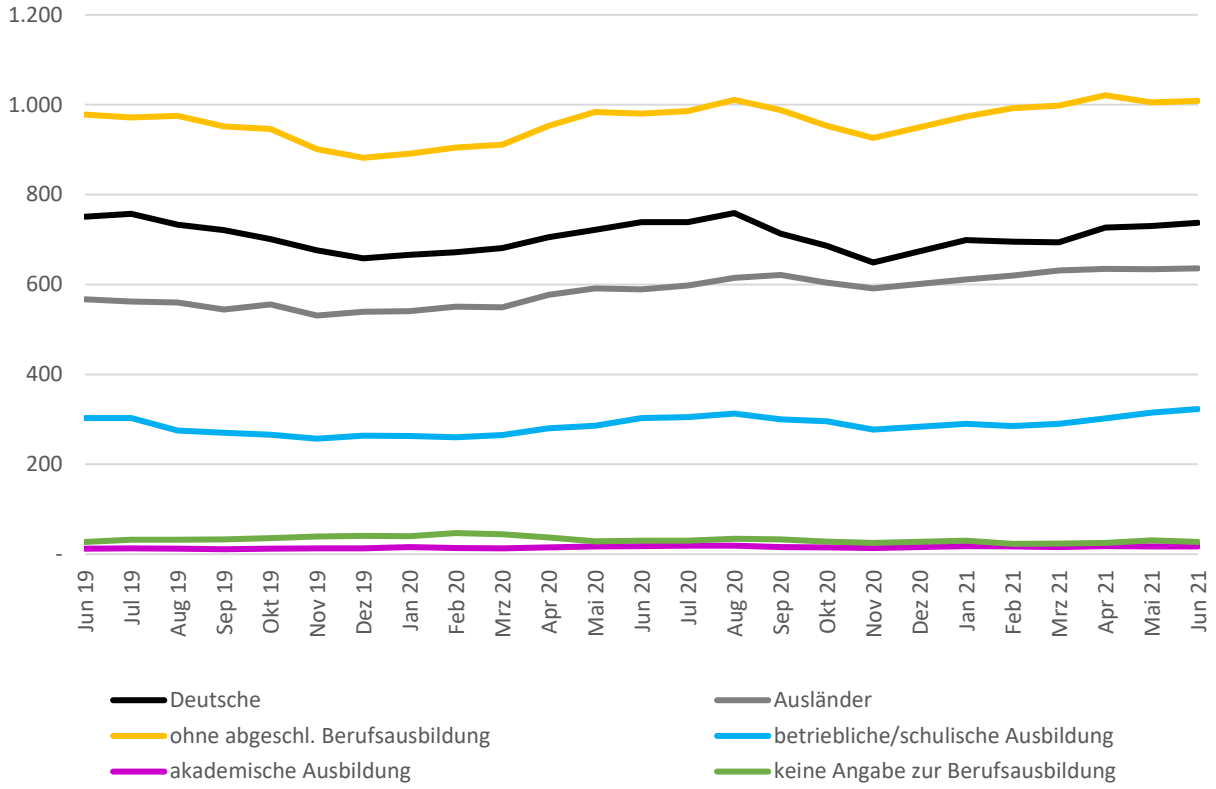


Abbildung 144: SGBII-Arbeitslose nach Qualifikationsniveau und Nationalität. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021; eigene Darstellung

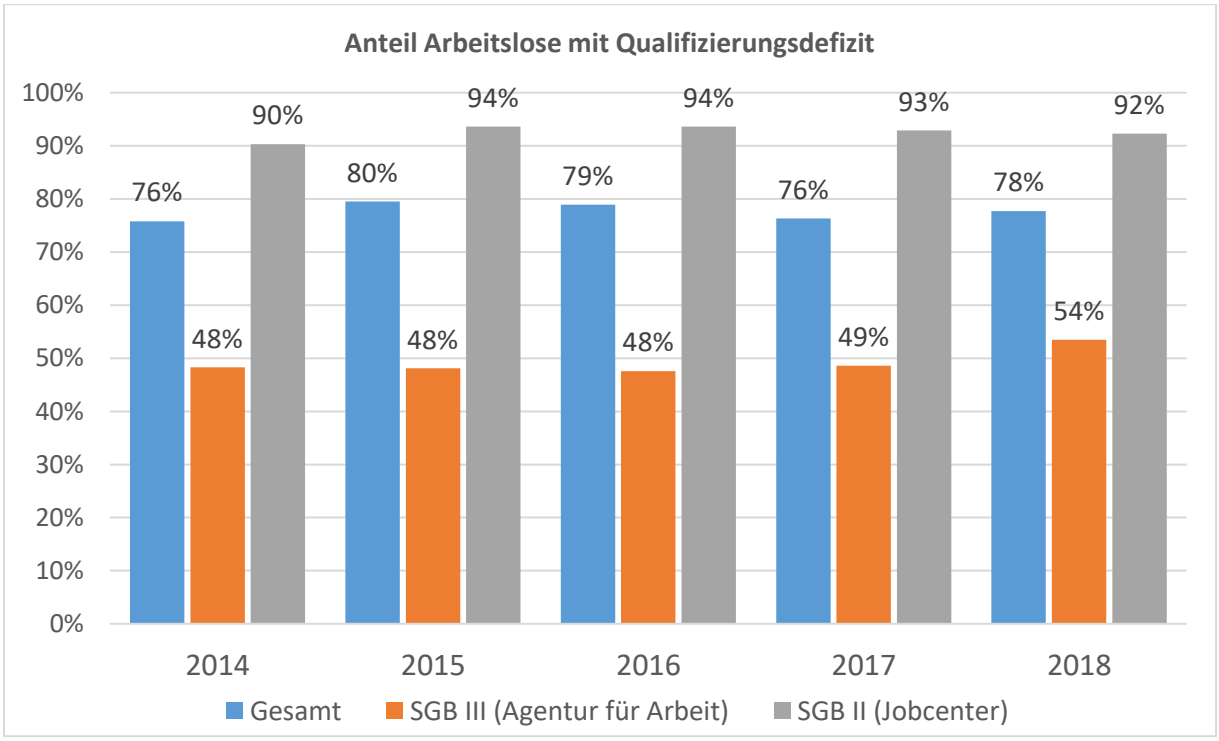


Abbildung 145: Anteil der Arbeitslosen mit Qualifizierungsdefizit im Odenwaldkreis. Quelle: Arbeitsmarktanalyse der Bundesagentur für Arbeit, 2020

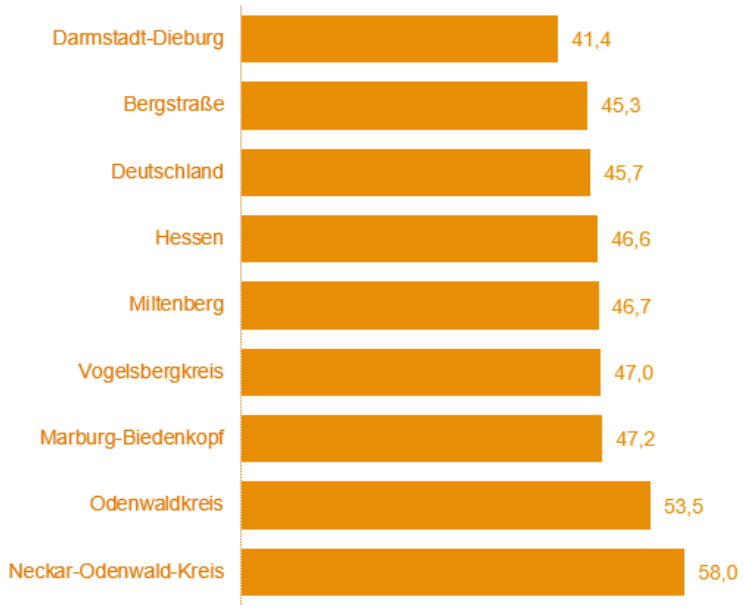


Abbildung 146: Anteil Arbeitslose mit Qualifizierungsdefizit (SGB III) im regionalen Vergleich, 2018; Quelle: Arbeitsmarktanalyse-Visualisierung der Bundesagentur für Arbeit; 2020

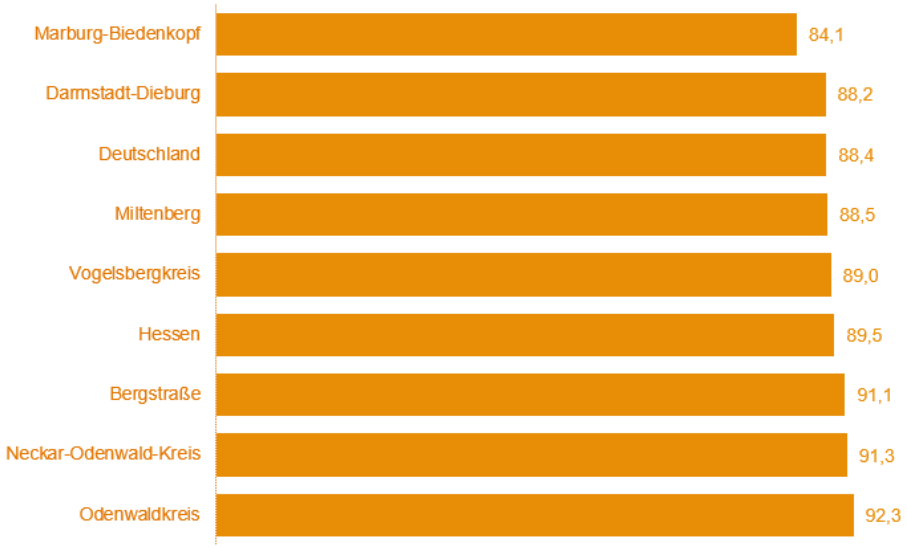


Abbildung 147: Anteil Arbeitslose mit Qualifizierungsdefizit (SGB II) im regionalen Vergleich, 2018; Quelle: Arbeitsmarktanalyse-Visualisierung der Bundesagentur für Arbeit; 2020

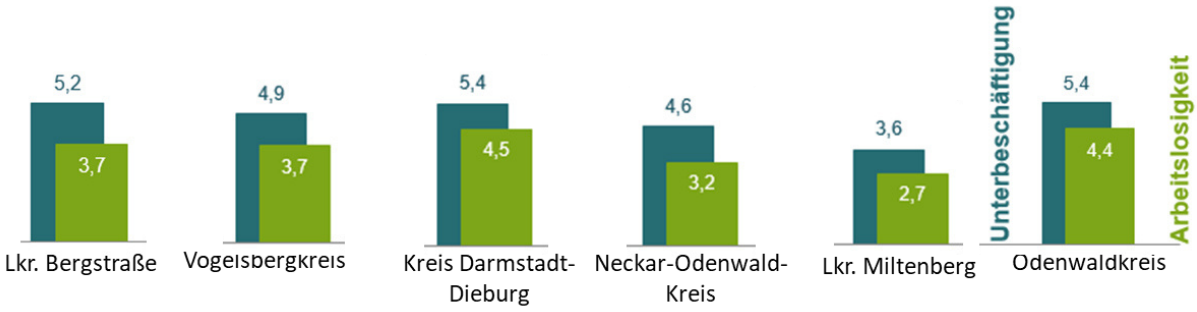


Abbildung 148: Regional-Vergleich Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote 2018 (ohne Kurzarbeit) in Prozent. Quelle: Arbeitsmarktanalyse – Visualisierung der Bundesagentur für Arbeit, 2020

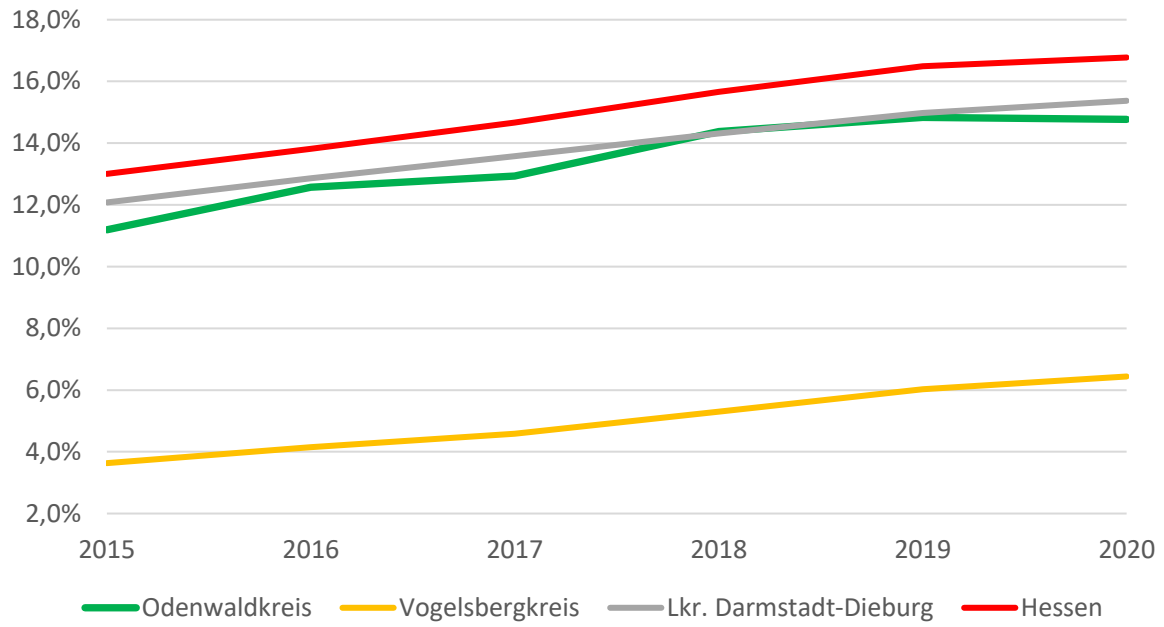


*Abbildung 149: Ausländer*innenanteil an den Beschäftigten am Wohnort im Regionalvergleich (2020). Quelle: Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Der Arbeitsmarkt im Kontext des demografischen Wandels - Stand Juli 2021. Eigene Darstellung*

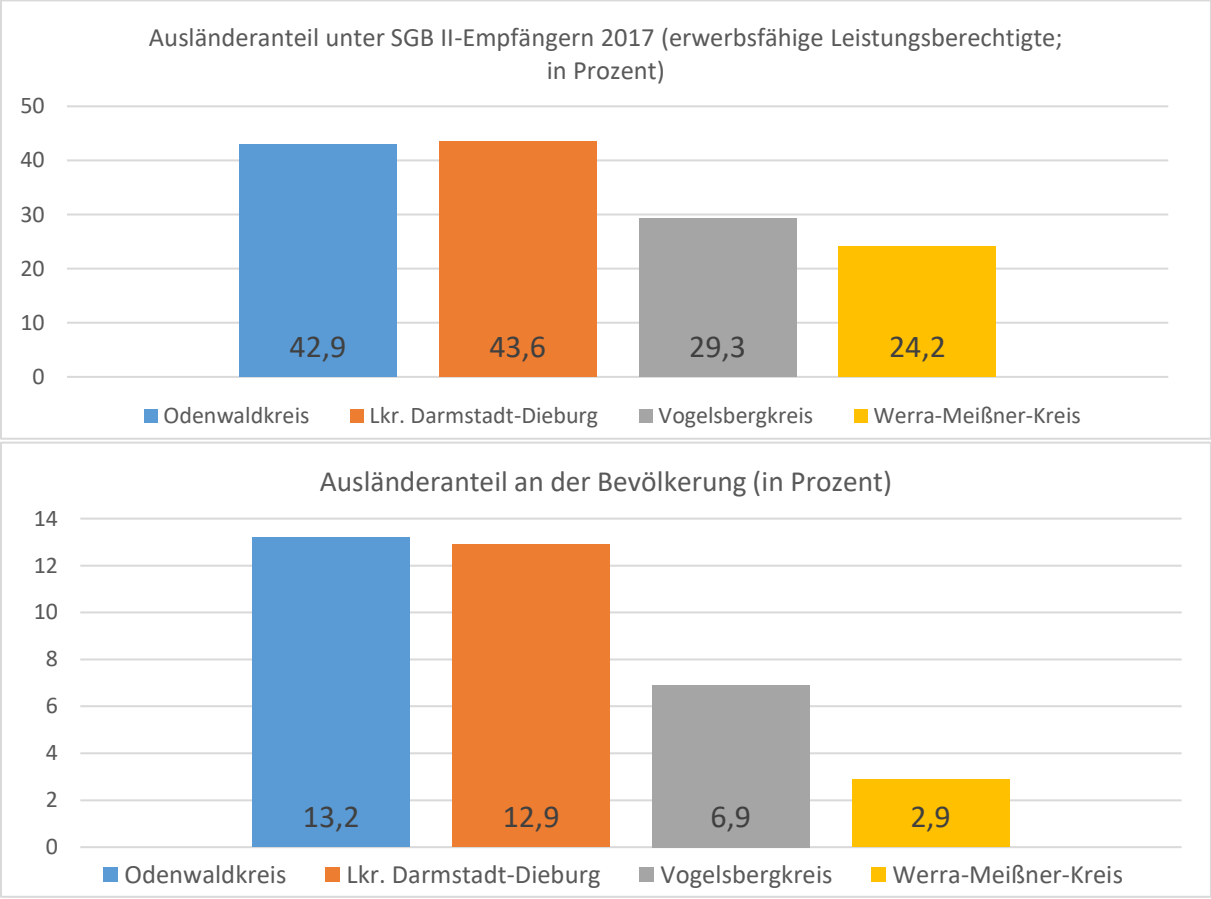


Abbildung 150: Ausländeranteil der SGB-II-Empfänger und Ausländeranteil im regionalen Vergleich - 2017. Quelle: IWAK 2019.

g) Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung

Ein Blick in die statistischen Daten zur demographischen Entwicklung des Odenwaldkreises zeigt eindrucksvoll, dass der Fachkräftebedarf und der Erhalt sozialer Infrastruktur längst nicht mehr ohne die aus dem Ausland hinzugezogenen Mitbürger*innen zu stemmen wären (siehe u.a. Abbildung 149 und im Kapitel *Megatrends und Gesamtanalyse – Demographischer Wandel*). Seit vielen Jahren schon werden die Wegzüge und der negative Geburten-Sterbe-Saldo durch Zuzug aus dem Ausland ausgeglichen. Somit ist dies der einzige Grund, warum der in Prognosen angekündigte Bevölkerungsschwund mit all den damit verbundenen negativen Effekten für die Region ausblieb. Die Integration dieser neuen Odenwälder*innen kann durchaus mit Herausforderungen verbunden sein, jedoch ist es ihnen zu verdanken, dass die Region nicht in eine Abwärtsspirale aus Abwanderung und Abbau von Infrastruktur geraten ist.

Im Rahmen der Bürgerschaftsbeteiligung zum Kreisentwicklungskonzept wurde Integration als wichtiges Potential diskutiert, um Demographie und Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen. Vor allem Sprachkurse, interkulturelle Angebote und berufliche Chancen wurden dabei als vielversprechende Mittel angesehen. Allerdings beurteilten in der Bürgerschaftsbefragung nur Wenige den Odenwaldkreis als „aufgeschlossen". In der Jugendbefragung befand fast die Hälfte der Befragten, dass der Odenwaldkreis weltoffen und tolerant ist. Der Aussage „Der Odenwaldkreis bietet ein generationenübergreifendes Miteinander und Neubürger*innen werden schnell integriert" stimmten aber nur noch 41 % eher oder voll zu. Es ist also womöglich noch Potential vorhanden, diese Menschen einzubinden, um eine bessere und nachhaltigere Integration und Teilhabe von Neubürger*innen zu bewerkstelligen.

Leider wurde in den Befragungen zur Kreisentwicklung der Migrationshintergrund der Teilnehmer nicht abgefragt. Da aber sowohl die Umfrage als auch die Öffentlichkeitsarbeit, die auf diese Beteiligungsmöglichkeit hinwies, in deutscher Sprache waren, ist davon auszugehen, dass unter den Teilnehmenden zumindest diese Grundlage für eine erfolgreiche Integration durchgängig vorhanden war. Die für eine umfassende Integrationsarbeit kritische Gruppe der nicht deutsch Sprechenden konnte also nicht erreicht werden. Da die Umfrage über die regionale Presse, Vereine, Schulen und andere regionale Netzwerke bekannt gemacht wurde, setzte eine Teilnahme leider bereits ein gewisses Maß an Integration in das gesellschaftliche Leben der Region voraus. Verschiedene gesonderte Beteiligungsformate wurden daher diskutiert, um diese Personen bezüglich ihrer Einschätzungen und ihrer Bedürfnisse für die Kreisentwicklungsplanung zu befragen. Auftretende Probleme erstrecken sich von sprachlichen Schwierigkeiten und der Schwierigkeit, Beteiligungsmöglichkeiten bekannt zu machen, bis hin zu möglichen Konflikten unter verschiedenen Gruppen von Migranten. Vor allem aber besteht die Schwierigkeit, dass Integration schlecht auf regionaler Ebene verallgemeinert werden kann.

Einen Sonderfall der Immigration stellt Flucht dar, insbesondere die Fluchtbewegungen durch Kriegswirren von 2015. Generell zeigten sich im Odenwaldkreis hervorragende Erfolge bei der Integration anerkannter Flüchtlinge in Arbeit. Als Erfolgsfaktor gilt Fachleuten hierbei die dezentrale Unterbringung, die im Kreis praktiziert wurde. Dadurch wurde verhindert, dass diese Menschen in separaten Räumen abgesondert wurden. Die Integration funktionierte sogar besser als die von manchen Migranten, die schon länger hier sind. Wichtiger Erfolgsfaktor sind und waren auch die zahlreichen ehrenamtlichen Unterstützer. Erkennbarer Unterschied zu manchen anderen Immigranten-Gruppen ist auch, dass Geflüchtete den Kommunen zugewiesen wurden und im Odenwaldkreis nicht in ein vorhandenes Netzwerk einwanderten. Sie haben daher eine erhöhte Motivation, mit der lokalen Bevölkerung in Austausch zu treten, sich weiterzubilden und sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Als herausfordernd wahrgenommen wird die Armutsmigration aus Osteuropa. Hierbei wurden Fälle beobachtet, in denen Personen über Unternehmen nach Deutschland geholt werden, hier in eine geringfügige Beschäftigung vermittelt und mit vielen anderen in überfüllten, sanierungsbedürftigen Immobilien untergebracht werden. Aufgrund der sehr geringen Löhne entsteht hierbei ein Anspruch auf Grundsicherung. Welche Bedeutung diesem Phänomen tatsächlich zukommt, lässt sich aus der Statistik bislang nicht ablesen.

Leider ist der Anteil der Ausländer*innen unter den Arbeitslosen im Bereich SGB II mit 43 % sehr hoch (IWAK 2019). Ebenso sind Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit überdurchschnittlich häufig von Altersarmut betroffen (Abbildung 137, S. 272). Auch im Bildungsbereich ist eine Benachteiligung zu erkennen (Abbildung 151).

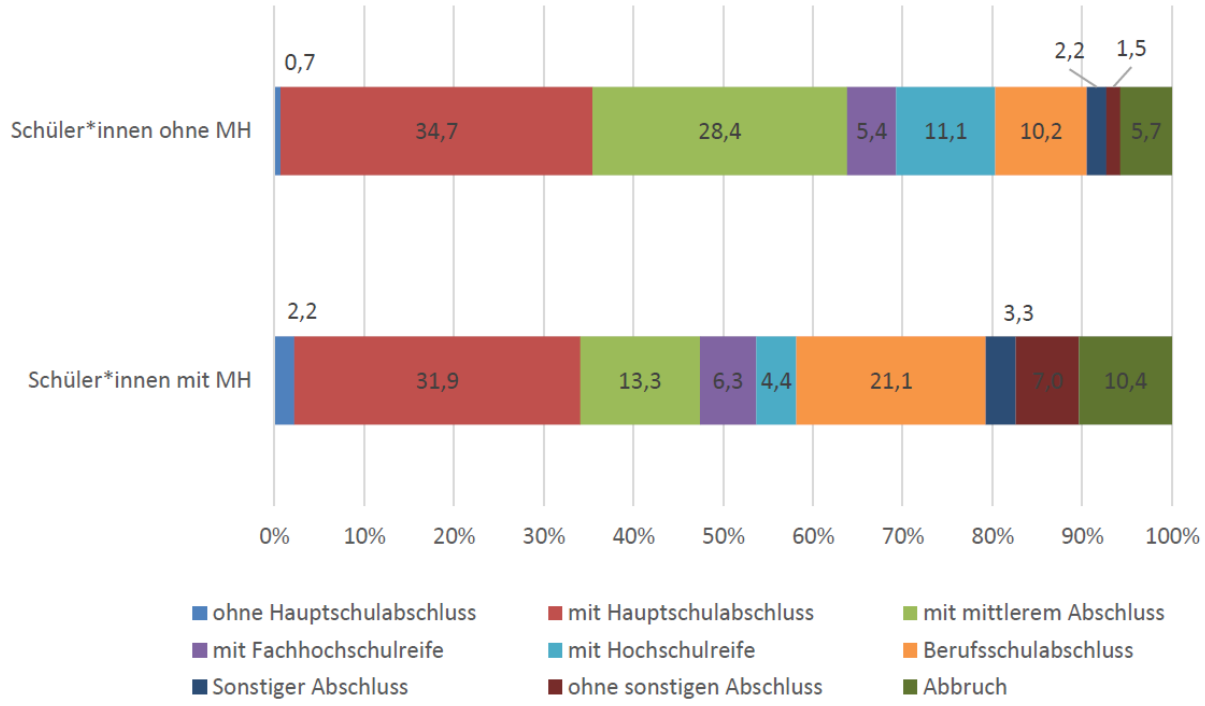


*Abbildung 151: Schüler*innen nach Migrationshintergrund und Schulform Schuljahr 2018/19. Quelle: Landesschulstatistik, Berechnung und Darstellung des Bildungsbüros Odenwaldkreis*

Verbesserungspotentiale wurden u.a. im Ausbau der sprachlichen Förderung in Kindergärten und Grundschulen erkannt – insbesondere dort, wo der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund besonders hoch ist.

Im Bereich des Jugendamtes wurde festgestellt, dass Kinder mit Migrationshintergrund unter den Problemfällen nicht gehäuft zu finden sind. Auch im Bereich der Jugendförderung fallen besonders solche Migrant*innengruppen als schwieriger integrierbar auf, die über etablierte Netzwerke in der Region verfügen. Diese Netzwerke bieten einerseits sozialen Halt, ermöglichen es jedoch auch, in einer Subkultur zu leben, auch ohne die deutsche Sprache zu lernen. Im Rahmen der Expert*inneninterviews wurde die Beobachtung geäußert, dass Angebote der Integration und für Freizeitaktivitäten vor allem an Jugendliche im Schulalter gerichtet sind. Für Menschen jenseits dieser Altersgrenze nimmt das Angebot schlagartig ab; Integrations- und Teilhabeerfolge mit Gleichaltrigen stagnieren dann oft.

Die Rolle der WIR-Koordination im Landratsamt

Gefördert durch die Hessische Landesregierung wurde der Odenwaldkreis 2014 Teil eines hessenweiten Netzes zur Umsetzung einer modernen und zukunftsorientierten Integrationspolitik. Gleichzeitig wurde **Integration** hier **als Querschnittsaufgabe** verortet, denn ein tolerantes und von gegenseitigem Respekt getragenes Miteinander und die Vielfalt der Kulturen ist Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie. Integration beginnt dezentral in den Städten und Gemeinden, in Vereinen und kirchlichen Einrichtungen. Sie muss von allen Bevölkerungsgruppen gelebt werden, sonst werden vorhandene Potenziale nicht genutzt. Integration in diesem Sinne ist also eine Querschnittsaufgabe sowohl hinsichtlich beteiligter Fachbereiche (Ehrenamt, formale und non-formale Bildung, Zivilgesellschaft, Politik, Soziale Fürsorge, Arbeit, Unternehmens-Gründungsberatung, Betreuung), als auch hinsichtlich lokaler Besonderheiten, denn geschafft wird sie schließlich vor Ort im konkreten persönlichen Austausch.

Um die interkulturelle Öffnung der Angebote von Kommunen, Vereinen und Verbänden voranzutreiben wurde beim Odenwaldkreis eine WIR-Koordinationsstelle geschaffen und in der Stabstelle Gleichstellung und Integration verortet. „WIR“ ist in diesem Kontext der Name für ein Förderprogramm des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration. Neben der Koordinationsstelle wird auch ein*e

WIR Fallmanager*in für Geflüchtete bei der InA gGmbH gefördert, welche Geflüchtete und anderen Migrant*innen auf dem Weg in den Arbeitsmarkt unterstützt.

Die WIR-Koordinationsstelle am Landratsamt ist maßgeblich beteiligt an der Erarbeitung von Konzepten einer Willkommenskultur und hat einen kommunalen Integrationsmonitor erstellt (odenwaldkreis.de/fileadmin/odenwaldkreis/pdf/WIR/Integrationsmonitor.pdf). Auch die Zusammenarbeit mit örtlich vorhandenen Anlaufstellen und die Initiierung eines Integrationsmanagements zur Unterstützung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen örtlichen Akteur*innen und der Landesverwaltung gehört zu ihren Aufgaben. Hinzu kommt die Mitarbeit bei regelmäßig stattfindenden hessenweiten und regionalen Arbeitstreffen. Im November 2017 wurde das Integrationskonzept und die aktuelle Fassung des Integrationsmonitors dem Kreistag bekannt gegeben. Das Integrationskonzept des Odenwaldkreises kann hier heruntergeladen werden: odenwaldkreis.de/fileadmin/-odenwaldkreis/pdf/WIR/Integrationskonzept.pdf).

Unter der Leitung der WIR-Koordination kommen Akteur*innen der Wohlfahrtsverbände, Behörden, Ämter, Vereine, Religionsgemeinschaften sowie Ehrenamtliche der Integrationsarbeit und kommunale Integrationsbeauftragte im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft Migration und Integration zusammen. Zum 30.06.2021 wurde ein Leitbild dieser Arbeitsgemeinschaft veröffentlicht: odenwaldkreis.de/fileadmin/odenwaldkreis/pdf/WIR/2021-06-30_Leitbild_AG.pdf.

Auch im Bereich Sport und Integration engagiert sich die WIR-Koordination in besonderer Weise und möchte die herausragende integrative Fähigkeit, die von Vereinen gerade im Bereich des Sports ausgehen kann, fördern und unterstützen.

Eine neue wichtige Vernetzung kommunaler Akteur*innen hat sich aus einem Impuls der WIR-Koordination im Bereich Gesundheit ergeben und so trifft sich seit 2020 das Netzwerk MiGe (Migration und Gesundheit miteinander gestalten) vierteljährlich. Das Gesundheitsmanagement des Odenwaldkreises wurde nach Besetzen der Stelle umgehend in die Netzwerkarbeit eingebunden.

Ausblick in der Integrationsarbeit

Ende 2021 wird ein neuer Förderantrag für die nächste Periode im WIR Programm fällig, wobei die Rahmenbedingungen sich deutlich verändert haben. Neben einer Aktualisierung oder Neuauflage des Integrationskonzeptes Odenwaldkreis werden teilräumliche Integrationsstrategien entwickelt werden – vorausgesetzt, die kommunalen Akteur*innen und Gremien stellen sich hinter dieses Vorhaben. Außerdem wird die bestehende WIR-Koordinationsstelle umbenannt, bzw. umgebaut zu einem Vielfaltszentrum; das WIR-Fallmanagement im Kommunalen Jobcenter wird aufgelöst.

In der Integrationsthematik braucht es eine differenzierte lokale Betrachtung, die konkrete Familien, Menschen, Organisationen, Angebote, Herausforderungen und Strukturen berücksichtigt. Daher wird künftig eine Betrachtung auf kleinere räumliche Einheiten (ca. 10.000 bis 20.000 Einwohner*innen) mit entsprechenden teilräumlichen Integrationsstrategien anstehen. Vorteil solcher kleinräumlicher Analysen ist, dass die unter *„kleinräumige Soziale Versorgungsstrukturen und Datenverfügbarkeit“* erwähnten Maßstabsprobleme damit verringert werden (Odenwaldkreis erscheint gesamt gesehen in der Statistik mit relativ wenig Immigration und sozialen Problemen; lokal bestehen starke Unterschiede und vereinzelt erheblicher Handlungsbedarf). Mit einer exakten Analyse der Lage vor Ort können hoffentlich dann auch die nötigen Gelder und Maßnahmen angesetzt werden. Vorrang hat also die Erstellung von Integrationskonzepten in den Gemeinden, bzw. Teilregionen (ab 10.000 Menschen); dies wird im Rahmen der „Förderung von Vielfalts- und Integrationsstrategien in hessischen Kommunen (KIV)“ durch das Land Hessen unterstützt. Ob und inwiefern auch ein neues Integrationskonzept für den Odenwaldkreis erstellt werden sollte, lässt sich aktuell noch nicht sagen.

Für Michelstadt wurde ein solches kommunales Integrationskonzept bereits erstellt. Zentrale Umsetzungsprojekte auch im Kontext des Förderprogramms „Soziale Stadt“ sind ein Stadtteilbüro, ein Jugendtreff sowie die Idee, Treffpunkte für alle sozialen Schichten zu schaffen (*vgl. auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung*). Die Weiterbildung von fünf Vertretern aus Vereinen, Wirtschaft und Politik ermöglicht ebenfalls vielversprechende Ansätze, künftig besser die lokale Bevölkerung einzubinden für diese Themen. Von Seiten des Odenwaldkreises ist die Erstellung weiterer Konzepte für Teilregionen zu unterstützen. Neben Michelstadt besteht insbesondere auch in Erbach und in der Unterzent Bedarf dafür. Im Rahmen der Expert*inneninterviews wurde wiederholt angemahnt, dass wichtige und gute Projekte auf die Mitwirkungsbereitschaft der Kommunen angewiesen sind. Diese müssen also das

Handlungsfeld in den Blick nehmen und Initiativen von privaten Akteur*innen oder z.B. Schulen zumindest unterstützen und ermöglichen.

Am 17.08.2020 fand im Rahmen eines Forschungsprojekts zum Thema „Soziale Stadt- und Ortsentwicklung im ländlichen Raum“ eine Gesprächsrunde zwischen Vertretern der Kreisverwaltung verschiedener Abteilungen, dem Landrat und Vertretern der Empirica AG statt. Das Projekt wurde aus Mitteln des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat finanziert und über die Kreisentwicklungsplanung wurde der Odenwaldkreis als möglicher Untersuchungsraum ins Gespräch gebracht. Obwohl primärer Fokus dieses Gespräch nicht die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund war, zeigte sich doch im Gesprächsverlauf, wie intensiv die Zusammenhänge zwischen Migrationshintergrund, Kultur, Bildung, Mobilität und sozioökonomischem Status sind. Der Wert eines solchen Austausch-Formats über verschiedene Verwaltungsabteilungen hinweg hat sich somit gezeigt, sodass der Ausgangspunkt für eine nachhaltigere Querschnittsarbeit auf Verwaltungsebene gegeben ist. Ein regelmäßiges Zusammenkommen der Kreisakteur*innen aus den Abteilungen der benannten Handlungsfelder könnte dabei helfen, dem Anspruch von Integration als Querschnittsaufgabe gerecht zu werden.

Seit 2020 auch im Odenwaldkreis im Einsatz befindet sich die Integreat-App, die Informationen, Angebote sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner aus den Bereichen Ehrenamt, Bildung, Sprache, Alltag und Teilhabe, Arbeit sowie Kinder, Jugend und Familie für Neuzugewanderte bereithält. Dabei kann zwischen den Sprachen Deutsch, Griechisch, Englisch, Rumänisch und Türkisch gewählt werden. Neben Vertretern der Flüchtlingshilfe, ehrenamtlich Tätigen, Vertretern der Liga der freien Wohlfahrtspflege und Bildungsträgern arbeiteten auch Vertreter der IHK sowie der Arbeitsagentur und der Wirtschaftsförderung an den Inhalten mit.

h) Sicherheit

Laut Statistik ist der Odenwaldkreis einer der sichersten Kreise in Hessen. Zum einen wird dies häufig auf die ländliche Struktur zurückgeführt. Zum anderen bietet sich für Straftäter mangels Autobahnanschluss kein guter Fluchtweg. Zudem zeigt sich ein Rückgang bei den meisten Formen von Straftaten innerhalb der letzten 10 Jahre (Abbildung 153). Leider stieg jedoch die Zahl der registrierten Körperverletzungen an.

Trotz dieser allgemein guten Sicherheitslage gibt es Herausforderungen, besonders wenn polizeiliche Präsenz gleichzeitig an verschiedenen Orten im Kreis gefordert wird. Die oft langen Fahrtwege erschweren dies. Wie bei anderen sozialen Herausforderungen lohnt es sich auch hier genau hinzusehen: während in großen Teilen der Region so gut wie nie Straftaten geschehen, gibt es andererseits auch lokal identifizierbare Brennpunkte. Diese können ein lokal schlechtes Sicherheitsgefühl der Bevölkerung hervorrufen. Gemeinsames Ziel muss also sein, das Entstehen solcher Angsträume zu verhindern.

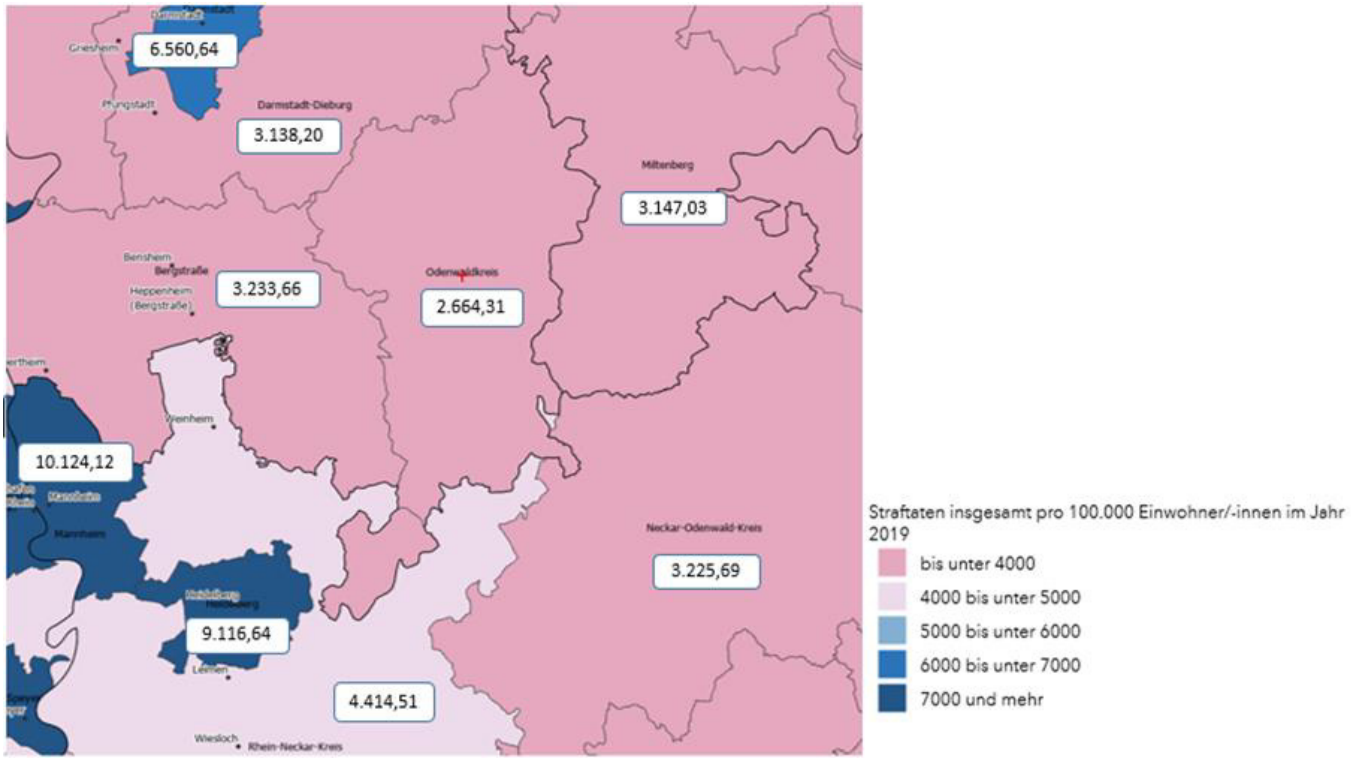


Abbildung 152: Straftaten pro 100.000 gemeldete Personen im regionalen Vergleich. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019

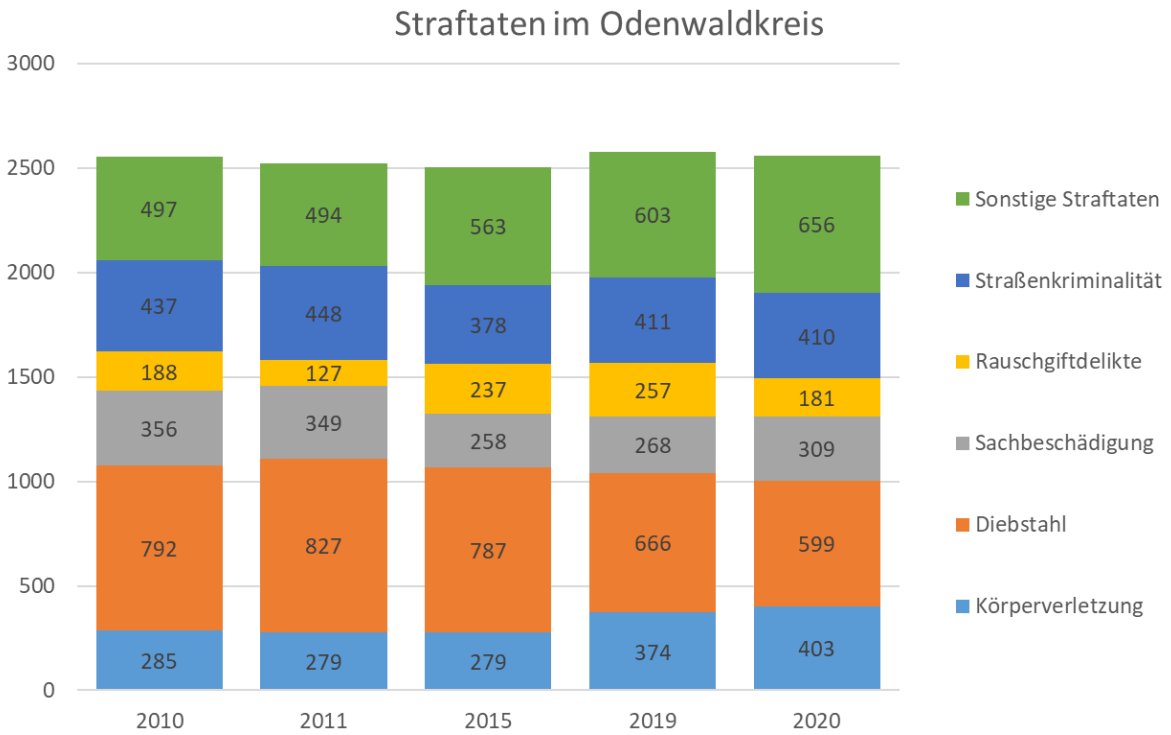


Abbildung 153: Straftaten im Odenwaldkreis zwischen 2010 und 2020. Quelle: Kriminalitätsstatistik Polizei Hessen

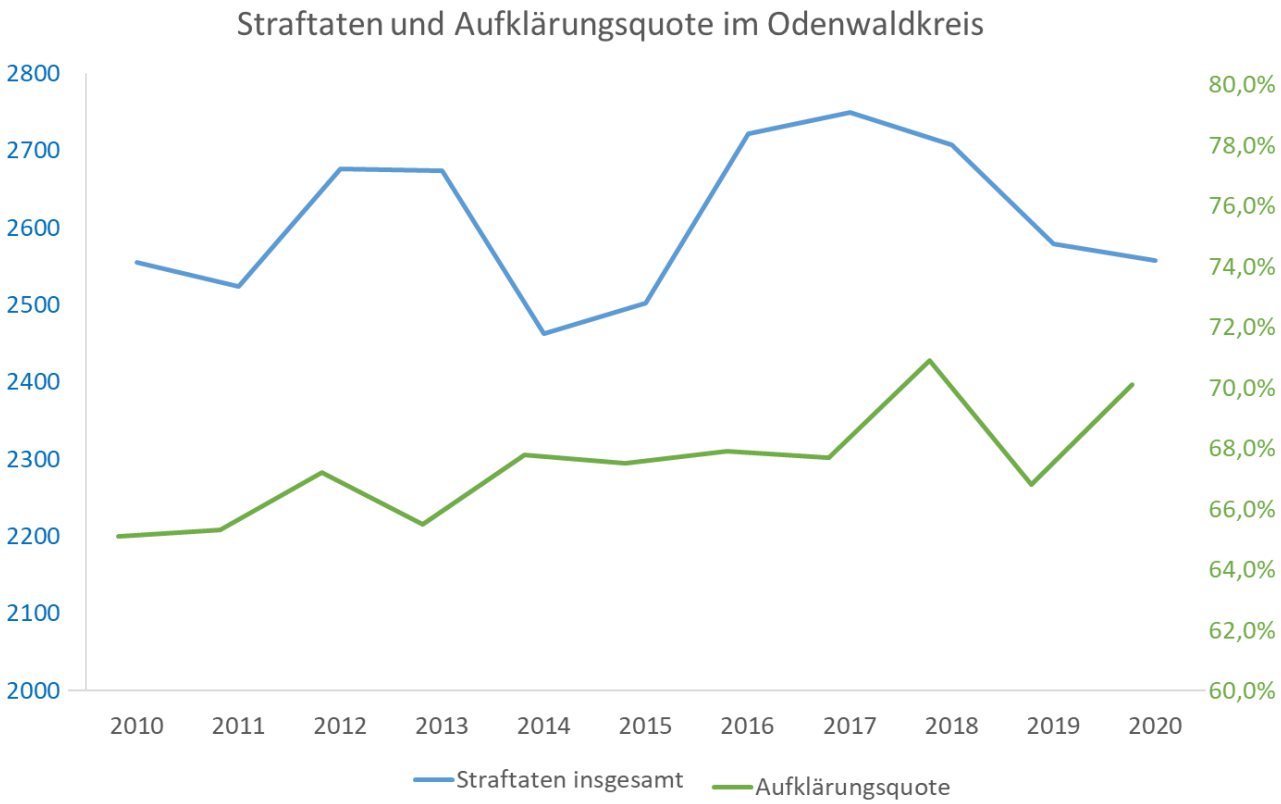


Abbildung 154: Straftaten und Aufklärungsquote im Odenwaldkreis. Quelle: Polizei Hessen.

Eine bessere personelle Ausstattung der Ordnungsämter wäre eine denkbare Maßnahme ihren originären Aufgaben besser gerecht zu werden und dadurch die oft subsidiär handelnde Polizei für wichtigere Aufgaben zu entlasten. Die Unterbringung von in Obhut genommenen Minderjährigen stellt zu Randzeiten eine Schwierigkeit dar. Aus diesem Grund wäre ein vermehrter Austausch zwischen den Kommunen, dem Kreis, der Polizei und den Wohlfahrtsverbänden wünschenswert. Einen Rahmen hierfür bietet das Programm „Kommunalprogramm Sicherheitssiegel“ (kurz: KOMPASS), bei dem Michelstadt seit 2018 und Erbach seit 2020 beigetreten sind. Ziel des Programms ist, dass Städte und Gemeinden zusammen mit der Polizei verschiedene Projekte und Präventionsbeiträge leisten, um das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger*innen zu verbessern. Auch aus sicherheitspolitischer Perspektive ist Prävention der bessere Weg, weshalb auch an dieser Stelle die Wichtigkeit von Jugend- und Integrationsarbeit betont werden muss. Insbesondere auch aufsuchende Formen der Sozialarbeit („Street-Worker“) werden als wichtig gesehen, um an die Problem-Gruppen heranzukommen, bevor es zu spät ist (*siehe auch Teilstrategie Gesundheit – Zielbereich 59: Öffentlicher Gesundheitsdienst*).

Als Ergänzung zur polizeilichen Präsenz sind in mehreren Kommunen im Odenwaldkreis private Sicherheitsdienste im Einsatz, die v.a. bei Veranstaltungen zum Einsatz kommen, routinemäßig nachts bestimmte an Brennpunkten patrouillieren und ordnungsrechtlich im Auftrag der Kommunen tätig werden kann (z.B. Platzverweise).

Eine weitere Handlungsmöglichkeit stellt der Einsatz freiwilliger Polizeihelfer*innen z.B. auf abendlichen Nachbarschaftsrundgängen oder als Präsenz auf Festen dar. Diese könnten gerade in Brennpunkt-Bereichen das Sicherheitsempfinden wieder steigern und kamen in der Vergangenheit z.B. in Höchst bereits zum Einsatz, bevor sie wieder abgeschafft wurden.

i) Berufsunfähigkeit, insbesondere psychische Erkrankungen

Die größten „Volkskrankheiten“ sind auch im Odenwaldkreis Erkrankungen der Wirbelsäule und der Psyche. Sie können unter Umständen zu dauerhafter oder vorübergehender Berufsunfähigkeit führen. Insbesondere im Kommunalen Jobcenter stellte man im Verlauf der letzten Jahre eine Zunahme von Kund*innen mit solchen Vermittlungshemmnissen. Insgesamt wichtiges Bestreben im kommunalen Jobcenter Odenwaldkreis ist daher die Gesundheitsförderung von Arbeitslosen (auch in anderen gesundheitlichen Bereichen).

2017 waren 1168 Kreisbürger*innen stationär in Behandlung aufgrund von psychischen Verhaltensstörungen. Abbildung 156 weist darauf hin, dass wohl die meisten der Betroffenen (in Behandlung) im erwerbsfähigen Alter sind.

Tabelle 17: Psychischen Erkrankung unter SGB II-Berechtigten im Jahresdurchschnitt. Quelle: Kommunales Jobcenter Odenwaldkreis.

Jahre	mit psychischen Erkrankungen	Verhältnis zu den Erwerbsfähigen SGB II Berechtigten
2015	414	9,88%
2016	448	11,39%
2017	472	12,29%
2018	473	13,37%
2019	468	13,93%
2020	438	12,95%
1. Halbjahr 2021	323	9,30%
Mittelwert: 2015-2020	452	12,30%
Mittelwert: 5 Jahre vor Corona (2015-2019)	455	12,17%

In der 5 Jahresbetrachtung wurde die Zeit ab 2015 betrachtet. So sieht man die Entwicklung vor Corona und dann während dessen. Vor allem die Zeit von 2015 bis 2019 wird somit als valide angesehen. Die Werte des Jahres 2020 sind durch die Auswirkungen der Corona-Krise verzehrt: Kunden des Jobcenters haben zum Teil keine Beratungen angenommen und Diagnosen konnten teils nicht abgeschlossen werden. Auch deshalb war hier ein Rückgang zu verzeichnen – es ist aber von einer erhöhten Dunkelziffer auszugehen. Aus diesen Daten wurde die untenstehende Prognose erstellt (Abbildung 155).

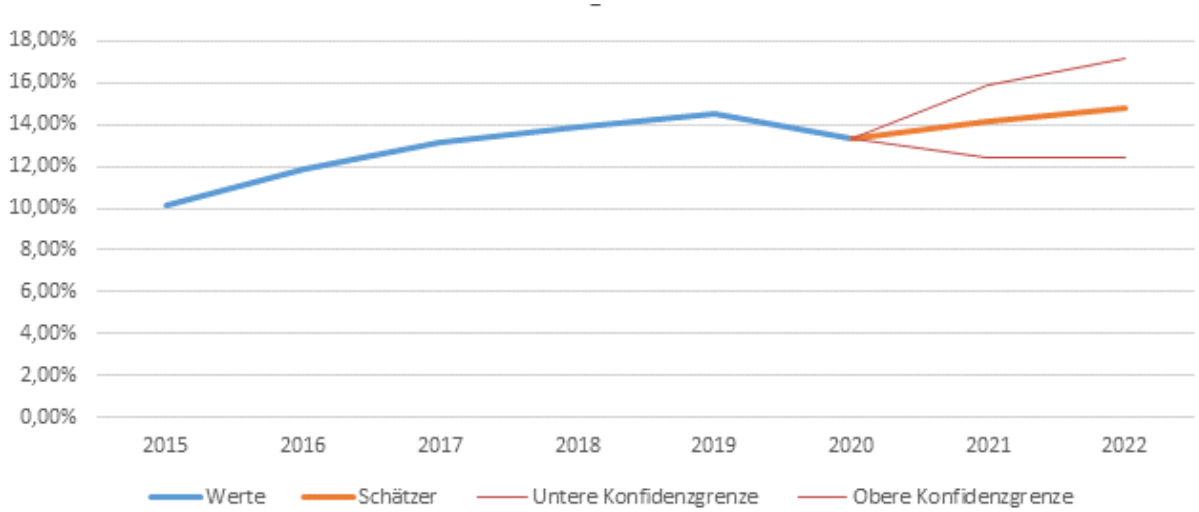


Abbildung 155: Entwicklung und Prognose der Jobcenter-Kunden mit diagnostizierten psychischen Erkrankungen. Quelle: Kommunales Jobcenter Odenwaldkreis

Vor diesem Hintergrund wurde ab Juli 2021 das Projekt „Psychosoziales Coaching für Langzeitarbeitslose“ des Jobcenters in Kooperation mit der Deutschen Depressionshilfe und dem Zentrum für seelische Gesundheit am GZO in Erbach eingerichtet. Die Depressionshilfe steuert Konzept und Schulung bei. Einerseits werden die Mitarbeiter*innen im Jobcenter speziell darauf geschult bereits in den ersten Gesprächen mit den Kund*innen in Erfahrung zu bringen, ob es derartige Hindernisse gibt,

die einer direkten Vermittlung in Arbeit im Weg stehen. Außerdem wird über das Zentrum für seelische Gesundheit eine psychotherapeutische Fachkraft mit 50 % einer Vollzeitstelle dafür eingesetzt, niederschwellig ein Gesprächsangebot für die entsprechenden Kund*innen anzubieten. Zweck dieser Gespräche ist zunächst, eine erste fachliche Einschätzung auch bezüglich möglicher Behandlungsformen zu erhalten. Darüber hinaus können die Kund*innen aber auf Wunsch auch direkt in passende Therapien vermittelt werden, sodass diese häufig bereits schwere Hürde, schnell genommen ist und der/die Kund*in schnell auf den Weg der Besserung gelangen kann.

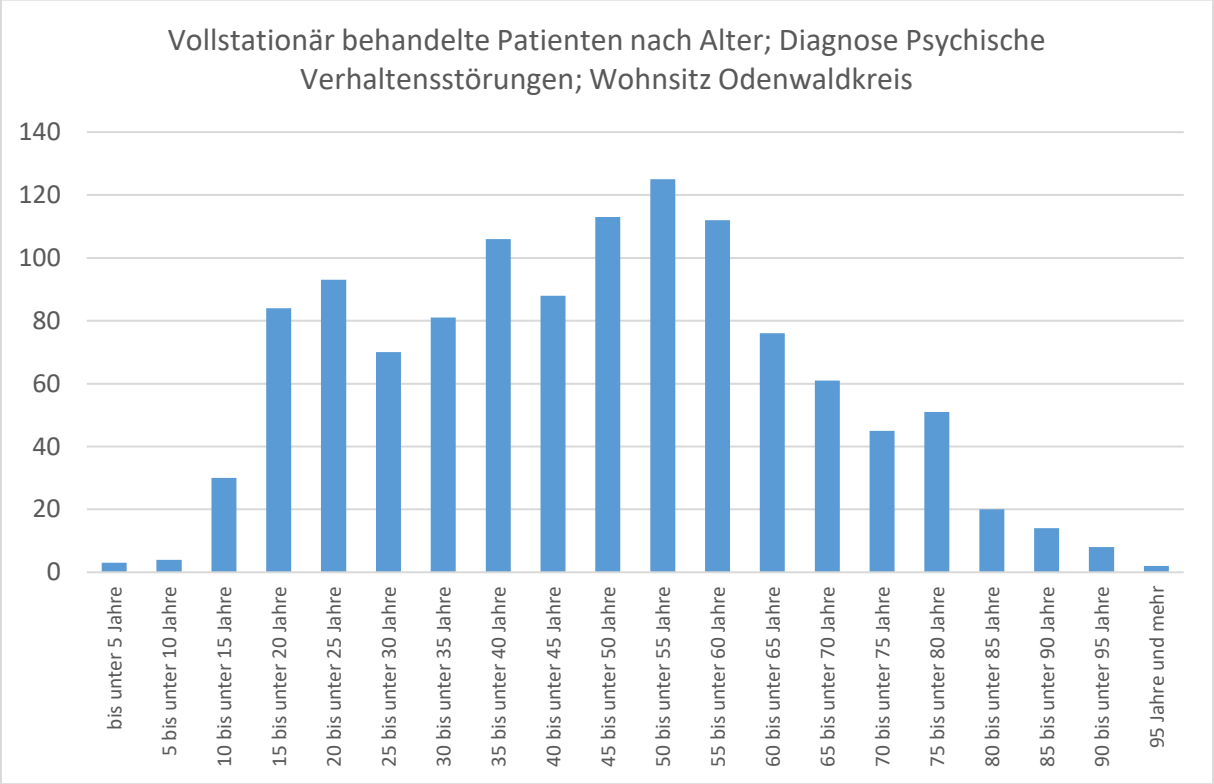


Abbildung 156: Vollstationär behandelte Patienten nach Alter, 2017, Diagnose Psychische Verhaltensstörungen, Wohnsitz Odenwaldkreis; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de)

Auch im Gesundheitsamt werden bereits Konzepte entwickelt, wie man auf diese wachsende Bedeutung seelischer Krankheiten reagieren kann. Der Sozialpsychiatrische Dienst (SPDI) ist die Beratungsstelle des Öffentlichen Gesundheits¬dienstes zu diesen Themen. Der SPDI könnte in Kürze eine personelle Aufstockung erfahren, teilfinanziert aus Landesmitteln. Die Aktivitäten könnten dann ausgebaut werden, insbe¬sondere könnten Kooperationen mit Kommunen und Wohlfahrtsverbänden intensiviert werden. Insbesondere wird angestrebt, eine Begegnungsstätte für gewisse Klientel zu schaffen, deren starke Präsenz im öffentlichen Raum zuweilen als störend empfunden wird und mit einem reduzierten Sicherheitsempfinden assoziiert wird. Vorbild könnte hierbei das „Café Fix“ in Frankfurt sein – mit angeschlossenen Angeboten der medizinischen und psychologischen Beratung, sanitären Anlagen und Notunterkünften. Generell könnte in den sozialen Brennpunkten des Kreises künftig in Zusammenarbeit mit den Kommunen verstärkt mit Streetworker*innen an den Problemkomplex psychologische und physische Gesundheit (insbesondere Suchterkrankungen), Einsamkeit (im Alter), Integration und Wohnungslosigkeit herangegangen werden. Der SPDI könnte in Kürze eine personelle Aufstockung erfahren, teilfinanziert aus Landesmitteln. Die Aktivitäten könnten dann ausgebaut werden, insbesondere könnten Kooperationen mit Kommunen und Wohlfahrtsverbänden intensiviert werden.

Am Zentrum für seelische Gesundheit (am GZO in Erbach) ist man mit der eigens errichteten Abteilung Psychiatrie (auch als Gebäude) zukunftssicher aufgestellt und bietet auch attraktive Ausbildungsbedingungen für junge Mediziner*innen. Einen wichtigen Beitrag zur psychiatrischen Versorgung spielen auch die wenigen psychiatrischen Fachpraxen und Psychotherapeuten, die es im Odenwaldkreis gibt. Diese stehen jedoch, wie viele andere Bereiche der ärztlichen Versorgung in der Region vor der großen

Herausforderung, Nachfolger*innen zu finden, wobei der Renteneintritt teils schon bald zu erwarten ist (*vgl. Teilstrategie Gesundheitsversorgung*; KV Hessen 2018: S. 24 & 29). Zu diesem Thema ist auch die Median-Klinik Odenwald in Sandbach (Stadt Breuberg) zu erwähnen, die mit den Arbeitsbereichen Psychosomatik, Jugendpsychosomatik, Abhängigkeitserkrankungen, Suchthotline, Psychosomatik und Sucht ebenfalls eine wichtige Einrichtung in der Region ist.

Neben der fachärztlichen Hilfe ist auch das Thema Selbsthilfe(gruppen) eines, dass therapeutisch wirken kann und dazu beitragen kann, dass sich psychische Belastungen nicht zu psychischen Krankheit entwickeln. Das Selbsthilfezentrum in Michelstadt des Paritätischen Wohlfahrtsverbands ist hierbei eine zentrale Einrichtung. Sie ist seit Februar 2020 im Büro in der Innenstadt Michelstadts zu finden und hat somit einen passenderen Standort gegenüber dem vorherigen in der Kreisverwaltung gefunden. Die eigens sanierten, ebenerdig zugänglichen Räumlichkeiten können nun auch kostenfrei von interessierten Gruppen genutzt werden. Bestehende Themenkreise sind: „Allgemeine Lebensbewältigung“, „Erkrankungen und Behinderungen“, „Krebserkrankungen“, „Sucht und Abhängigkeit“, sowie „psychische Probleme und Erkrankungen“. Auch offene Treffen für Menschen die sich noch nicht in einer bestehenden Gruppe sehen aber Redebedarf haben gibt es.

Darüber hinaus organisiert auch der DRK-Kreisverband Odenwaldkreis Selbsthilfegruppen an, u.a. zu den Themen „Angehörige von Menschen mit Suchtproblemen“, „Alkohol- und Medikamentensucht“, „Schwersuchtkranke (CMA)“, „Menschen mit Krebserkrankungen“, „Angst und Depression“, „Essstörungen“, „Gesprächskreis Trauer“, „Gruppe für Männer in Trauerphasen und Krisen“, „Trauernde Kinder“, „Trauernde Eltern“, „Kaufsucht“, „Junge Selbsthilfe“, „Frauen.Sucht.Hilfe“, „Glücksspielsucht“, „Angehörige von Messies“, „Informations-Treffen für Patienten mit Suchtproblemen und deren Angehörige“.

j) Barrierefreiheit, Bedürfnisse von Senioren und Menschen mit Behinderung

Deutschland hat sich verpflichtet, die UN-Behindertenkonvention umzusetzen und dementsprechend dafür zu sorgen, dass Menschen mit ohne Behinderung gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildung, Wohnen, ÖPNV, Freizeitangeboten, usw. haben. Der Landkreis Darmstadt-Dieburg veröffentlichte im September 2020 einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention im Kreis. Im Odenwaldkreis gibt es bislang noch keine dahingehende Initiative. Viele Ortsbereiche haben für Menschen mit Rollatoren, Rollstühlen oder sonstigen Einschränkungen eine sehr schlechte Zugänglichkeit. Zum Beispiel im IKEK Höchst wird dies für einzelne Ortsteile thematisiert. Eine umfängliche Planung für die Region findet aber noch nicht statt.

Bei der Ortsgestaltung wurde auch im Odenwaldkreis nach dem 2. Weltkrieg bald unter dem Leitbild der „autogerechten Stadt“ verfahren, was man heute auch noch in vielen Ortsdurchfahrten und Ortskernen sehen kann. Barrierefreiheit hängt in den meisten Fällen auch mit einer besseren Nutzbarkeit und Sicherheit für alle zu Fuß Gehenden zusammen. Insbesondere profitieren auch Menschen mit Kinderwagen sowie die tendenziell steigende Zahl an Rollator-Nutzern (*siehe Gesamtanalyse - Demographischer Wandel – Siehe hierzu auch Teilstrategie Mobilität sowie Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung*).

Der Sozialverband VdK berät Kommunen des Odenwaldkreises zur Barrierefreiheit. Im Beirat für Menschen mit Behinderung wurde aber festgestellt, dass diese Empfehlungen zu häufig keine Anwendung finden. Natürlich stehen solche Entscheidungen unter strengen finanziellen Zwängen kommunaler Haushalte, begrenzter Mittel und vielfältiger Aufgaben. In diesem Kontext als positives Beispiel ist hier zu erwähnen, wie die Regierung Bayerns 2013 das Ziel ausgab, bis 2023 den kompletten öffentlichen Raum sowie den ÖPNV barrierefrei zu gestalten. Dafür stellte der Freistaat unter anderem 656 Mil. Euro zwischen 2015 und 2020 bereit. Zahlreiche Ortskerne auch kleinerer Städte und Gemeinden wurde mithilfe dieser Gelder und weiterer Fördermittel barrierefrei saniert. Vom Land Hessen gibt es bislang kein vergleichbares Sanierungsprogramm.

Im Odenwaldkreis ist positiv wahrzunehmen, dass das Thema bei jüngsten Sanierungsmaßnahmen eine sichtbare Rolle spielte, wie z.B. in der erneuerten Erbacher Hauptstraße. Auch der barrierefreie Umbau der Bushaltestellen wird durch die OREG vorangetrieben. Neben der Gestaltung des öffentlichen Raums besteht auch Verbesserungsbedarf im regionalen Wohnraum-Angebot. Im Austausch mit dem Beirat für Menschen mit Behinderung wurde die Kreisentwicklungsplanung auf erhebliche Schwierigkeiten hingewiesen, die bestehen, wenn man als ältere Person kleineren und / oder

barrierefreien Wohnraum im Kreis sucht. Ein Bedarf an solchem Wohnraum, wie er auch in der Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung beschrieben ist, wurde also von dieser Seite her bestätigt.

Barrierefreiheit heißt auch Seh- und Hörbehindertengerecht, wie auch die Verwendung von leichter oder „einfacher Sprache“. Diese Bereiche können nicht nur bei der Kreisverwaltung ausgebaut werden, sondern erfordern auch in den Unternehmen wie der Zivilgesellschaft weitere Anstrengungen.

Wichtige Einrichtungen und Organisationen für die Interessen von Menschen mit Behinderung sind im Odenwaldkreis außerdem:

- Beauftragte für Menschen mit Behinderung des Odenwaldkreises
- Beirat für Menschen mit Behinderung
- Einen guten Überblick über die Leistungen des Behindertenbeirats und der Beauftragten für Menschen mit Behinderung des Odenwaldkreises gibt die Broschüre „Gemeinsam für Menschen mit Behinderung“ (abrufbar unter: http://behindertenbeirat-odenwaldkreis.de/pdf/Broschuere_2019.pdf)
- Selbsthilfegruppen (http://behindertenbeirat-odenwaldkreis.de/pdf/selbsthilfe_2020.pdf)
- In der Allgemeinen Bauverwaltung des Odenwaldkreises wird eine Beratung zur hessischen Bau- und Wohnförderung angeboten, mit der u.a. Umbaumaßnahmen zur Barrierefreiheit mit bis zu 50 % der Kosten gefördert werden.

Auch Altersarmut und Alterseinsamkeit sind nach Ansicht mancher Expert*innen wachsende Probleme im Kreis. Ein besonderer Risikofaktor für Einsamkeit ist auch im Alter ein geringes Einkommen. Die Quote der Senioren, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen ist, ist im Odenwaldkreis geringfügig höher als in umliegenden Regionen. Generationennetzwerke, Angebote und Infrastrukturen sind in diesem Kontext von zentraler Bedeutung. In manchen Fällen kann sich aber bereits die Ansprache entsprechender Kontaktstellen als eine Hürde darstellen. Im Verlauf der Corona-Krise zeigte sich, dass digitale Kontaktmöglichkeiten zumindest teilweise diese Einsamkeit überbrücken können, wobei man aber schnell wieder beim Thema der digitalen Teilhabe angelangt. So fehlt es oft nicht nur an Software und Hardware, sondern an grundlegender Digital-Kompetenz.

Siehe auch Teilstrategie Digitalisierung und digitale Infrastruktur; Zielbereich 10: Digitale Teilhabe.

Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Analyse – Alterung und Einsamkeit; Zielbereich 58: Soziales und Gesundheitswesen

Horizont 2030

Der Odenwaldkreis kann von einem Trend zur Wiederentdeckung des ländlichen Raumes nicht profitieren, wenn Infrastruktur und Lebensqualität *nicht* so geboten werden, wie dies von für diesen Trend empfänglichen Personen gefragt ist. Die Zeit bis 2030 wird für das langfristige Wohlergehen der Region entscheidend sein

Gefahren / „Murphy's Law“

Viele Jugendliche und junge Erwachsene verlassen den Kreis. Zu wenige Familien, Fachkräfte und Menschen, die zur Steuerlast und der Gemeinschaft beitragen, kommen hinzu. Mögliche Gründe für Fortzug sind:

- Schlechte Karriere- und Bildungschancen bzw. als schlecht wahrgenommene Karriere- und Bildungschancen
- Schlechte Freizeitqualität, wenig passende Angebote für viele Menschen bzw. eine als schlecht wahrgenommene Freizeitqualität, schlechte Bekanntheit und Werbung
- Schlechte Erreichbarkeit von möglichen Angeboten insbesondere ohne eigenen Pkw oder Führerschein
- Als schlecht empfundene Lebensqualität, geringes Gemeinschafts- und Sicherheitsempfinden.
- Wahrnehmung starrer Strukturen, die sich gegenüber notwendigen Neuerungen verschließen, Kreativität und Innovation verhindern und nur „Alteingesessenen“ offenstehen.
- Schlechte Kinderbetreuungsmöglichkeiten, bzw. nicht im benötigten Umfang
- Mangelnde passende Angebote auf dem Immobilienmarkt

Die langfristigen Folgen sind Überalterung, Zusammenbrechen ehrenamtlicher Strukturen und ein so starker Fachkräftemangel, dass aufgrund dessen Unternehmen abwandern oder schließen müssen. In der Folge geraten zunächst kleine Ortsteile, dann vermehrt auch Mittelzentren in eine Abwärtsspirale

aus sinkender Attraktivität und Angeboten und zunehmendem Bevölkerungsverlust. Dadurch geht auch kulturelles Erbe verloren. Ohnehin stets vorhandenes Konfliktpotential zwischen Alt und Jung wird durch unterschiedliche kulturelle Prägungen dieser beiden Gruppen verschärft. Eine fehlende Integration wird zum insgesamt mangelnden gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Folglich würde der Odenwaldkreis seine eigene gesellschaftliche und wirtschaftliche Dynamik verlieren, also zunehmend zur Peripherie der Ballungsräume werden. Je nachdem wie sich diese langfristig entwickeln, könnte der Odenwaldkreis zum Sozialbrennpunkt werden, weil sozial und wirtschaftlich benachteiligte Gruppen zunehmend aus den Großstädten mit immer knapperem, teurerem Wohnraum verdrängt werden – und im Odenwald neuen Wohnraum finden. Langfristig wäre ein Aufwärtstrend dann nur noch durch Gentrifizierungs-Effekte zu erwarten.

Chancen

Die Studie zum „regionalen Well-being in Hessen“ (SCHMID et al 2019) zeigte, dass die Lebensqualität im ländlichen Raum insgesamt als besser als in den Großstädten wahrgenommen wird. Diese Lebensqualität gilt es zu steigern. Andererseits kann die Wirkung einer guten Lebensqualität sich nur entfalten, wenn einerseits Infrastruktur, Arbeitsplätze usw. vorhanden sind, andererseits müssen attraktive Standortbedingungen bei den zukünftigen Kreisbürger*innen auch bekannt sein – es geht also nicht nur um absolute Standortfaktoren, sondern auch darum, wie diese innerhalb und außerhalb der Region wahrgenommen werden (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing*).

In einer immer vernetzteren, digitaleren Welt, in der viele Dinge immer schneller vonstattengehen, kann der Odenwaldkreis und seine Menschen mit der typischen, gemütlicheren, sympathischen Eigenart einen wichtigen Gegenpol setzen, ohne sich modernen Kommunikations- und Wirtschaftsweisen zu verschließen.

Integration, fortwährende Attraktivität für hier Aufgewachsene und gleichzeitige Attraktivität für mögliche „Zuzügler“ (darunter auch „Rückkehrer“) sind die Hoffnungen, Demographie, Fachkräfte, Infrastruktur und kulturelles Leben des Odenwaldkreises langfristig zu stabilisieren.

In einer älter werdenden Gesellschaft ist es zentral, auch jüngere Generationen in zukunftsweisende Entscheidungen einzubinden – sei es in der Politik, Vereinen oder in Unternehmen. Wer verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen kann, hat einen starken Anreiz in der Region zu bleiben. Obwohl viele Senior*innen heutzutage immer länger geistig agil bleiben und auch Zeit und Lust haben, sich in verantwortungsvollen Positionen zu engagieren, muss sichergestellt werden, dass die Bedürfnisse und Ideen aller Generationen berücksichtigt werden und Nachwuchs-Entscheidungsträger*innen in ihre Rollen hineinwachsen können. Was sich teils in Vereinen, Unternehmen und Parteien beobachten lässt ist, dass jüngere Menschen zu lange von Verantwortung und Aufgaben ferngehalten werden, der Organisation verloren gehen und irgendwann unweigerlich Nachfolgeprobleme anstehen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Lebensqualität stellen schlussendlich die Grundlage für eine langfristig positive Entwicklung der Region dar. Insofern sind Themen wie Armutsbekämpfung, soziale Sicherung, Integration, aber auch Jugendförderung, Kultur und Kinderbetreuung nicht nur „wohltäterische“ Aufgaben von Kommunen und Kreis, sondern Wende- und Angelpunkt für die Kreisentwicklung.

Zielbereiche Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander

18. Schaffung, Erhalt, Pflege und Ausbau von Freizeit-Angeboten und kulturellen Angeboten, insbesondere für Jugendliche und junge Erwachsene

- Jugendzentren und -Clubs bieten vielfältige Angebote und sind auch Ausgangspunkt für gemeinsam mit Jugendlichen entwickelte Projekte. Durch routinierte Kommunikation werden Synergien der Jugendpflegenden untereinander, sowie im Zusammenspiel mit anderen Akteur*innen erzielt.
- Jugendpflege, Schulsozialarbeit, Bemühungen des Kreises und der freien Wohlfahrtsverbände werden optimiert und koordiniert.
- Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten insbesondere auch für Jugendliche und junge Erwachsene
  Zum Thema Mountain-Biking siehe Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz – Zielbereich Landschaft erleben

- Schließung von Lücken im gastronomischen Angebot der Region, insbesondere mit Blick auf Ausgehmöglichkeiten und Veranstaltungen für verschiedene Altersgruppen in Kombination mit den nötigen Mobilitätskonzepten
- Erstellung einer Neuauflage des grundlegenden Jugendhilfeplans und Integration der Jugendhilfeplanung in ein abteilungsübergreifendes Strategieteam der Kreisentwicklung mit wissenschaftlich-beraterischem Anspruch.
  Siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice – Zielbereich 42: Strategische Steuerbarkeit und Kreisentwicklungsplanung
- Vermehrte Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in sinnvollen Formaten
- Schaffung von bedarfsgerechten Treffpunkten (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, Zielbereich 13: Integrative Siedlungsplanung und Treffpunkte)*
- *Erreichbarkeit von Angeboten auch ohne eigenen Pkw – siehe Teilstrategie Mobilität*
- *Positivere Wahrnehmung der in der Region vorhandenen Möglichkeiten zum Leben und Arbeiten → Siehe Teilstrategie Regionalmarketing*

19. Kunst, Kultur und Kulturmarke im Odenwaldkreis

- Fertigstellen des Prozesses zur Entwicklung der Kulturmarke. Ziele sind die Stärkung der kulturellen Angebote und Möglichkeiten im Odenwaldkreis sowie eine gesteigerte Wahrnehmung derselben auch über den Landkreis hinaus.
- Verbesserung der Vernetzung und Kommunikation unter den Kulturakteur*innen, sodass im Austausch und gemeinsamer Arbeit Mehrwert entstehen kann
- Verbesserte zeitliche Koordination von Veranstaltungen und bessere Wahrnehmung durch das Publikum innerhalb und außerhalb des Kreises. Möglichst umfängliche Verknüpfung von Online-Veranstaltungskalendern
- Schaffung von Kultur-Räumen – temporäre (Zwischen-)Nutzungen, Haus der Kunst, usw.

20. Vereinsförderung und Ehrenamt

- Vermehrte Unterstützungs- und Bildungsangebote für Vereine für den Themenkomplex des Generationenübergangs des Vereins-Managements
- Vermehrte Unterstützungs- und Bildungsangebote für Vereine für den Themenkomplex Öffentlichkeitsarbeit
- Vermehrte Unterstützungs- und Bildungsangebote für Vereine für den Themenkomplex Nachwuchsgewinnung und -bindung
- Nutzung von kreativem, ungebundenen Potential ehrenamtlich Interessierter durch Einbezug in Projekte mit klarer Zielsetzung und zeitlicher Beschränkung
- Neue Zielgruppen für Vereine und Ehrenamt erschließen und wiederum deren Offenheit für die Vielfalt der Gesellschaft erhöhen

21. Kommunalpolitik

- Stärkere Kommunikation der grundlegenden Relevanz kommunalpolitischer Entscheidungen
- Erhöhung des allgemeinen Interesses an Kommunalpolitik durch moderate Polarisierung, bei gleichzeitigem fairen Umgang unter politischen Konkurrenten
- Sicherstellung des Nachwuchses qualifizierter und engagierter Kommunalpolitiker*innen in allen Kommunen des Odenwaldkreises
- Schaffung gezielter Lock-Angebote und flacher Hierarchien, um Erwachsene (insbesondere auch mehr Frauen) und Jugendliche für die Kommunalpolitik zu begeistern
- Sicherstellung von Transparenz und ausreichenden Beteiligungsmöglichkeiten auch mit Möglichkeiten der kreativen Einbringung, insbesondere auch für Jugendliche und junge Erwachsene

22. Neubürger*innenintegration und starke Gemeinschaft

- Niedrigschwelliger Anschluss an örtlich aktive Gruppen, Vereine und Organisationen durch Information und Ansprache

- Implementierung einer Kommunikations- und Marketingstrategie, um potentielle Neubürger*innen und Rückkehrer*innen in die Region zu locken und in Kombination mit Arbeitsplätzen, passenden Immobilien, Freizeitmöglichkeiten, Vereinen und Bekanntschaften hier zu binden.

23. Bedarfsgerechte Kinderbetreuung auch zu Randzeiten

- Abdeckung des Bedarfs an Kinderbetreuung, auch zu Randzeiten, evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit und mit Rücksicht auf nötige Mobilitätslösungen
- Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztags-Schulen und Ganztagsbetreuung in den Bereichen U3 und Ü3.
- Schaffung von Puffer-Kapazitäten in der Kinderbetreuung, um auch kurzfristig auftretende Betreuungsbedarfe (z.B. im Rahmen von Bewerbungsgesprächen oder des Antritts einer Arbeitsstelle) besser abdecken zu können.
- Weiterentwicklung des Jugendhilfeplans Teilplan Kindertagesbetreuung, auch mit Rücksicht auf die gesamt-demographische Entwicklung im Kreis, den einzelnen Kommunen und den Ortsteilen

24. Strategische Sozialplanung

- Schaffung dezentraler Beratungs- und Unterstützungsangebote zu verschiedenen Sozialthemen vor Ort auch in Teilregionen des Odenwaldkreises.
- Schaffung eines methodischen, datengestützten Monitorings und Koordination im Bereich Soziales für den Odenwaldkreis und klarer Zuständigkeiten hierfür.
- Erhebung von kleinräumigen Sozial-Indikatoren auf Ortsteil- und Quartiersebene durch das Landratsamt als Basis für gezielte strukturelle Verbesserungen
- Erstellung einer vollständigen Sozialraumanalyse auf Grundlage der zahlreichen Indikatoren, die hierbei beobachtet und ausgearbeitet werden müssen, um hinter den Zahlen auf möglich Ursachen, Handlungsmöglichkeiten und Verbesserungsmöglichkeiten erkennbar zu machen.
- Beiträge zur bundesweiten Diskussion um soziale Brennpunkte mit dem Hinweis auf statistisch bislang unsichtbare Problemviertel im ländlichen Raum und weitere Erschließung von Fördermitteln für Projekte der Sozialen Stadt, des Quartiersmanagements und der Integration ähnlich den Projekten in Michelstadt und Breuberg.

25. Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung

- Fortführung der Koordination im Rahmen des Projekts WIR, bzw. des WIR-Vielfaltszentrums und der hiervon ausgehenden Projekte auf Kreisebene
- Erstellung von Integrationsstrategien auf kommunaler Ebene oder in interkommunaler Zusammenarbeit zur besseren Planung konkreter Handlungsmöglichkeiten vor Ort
- Abbau von Berührungsängsten, Vorurteilen und Konflikten in der Bevölkerung über alle kulturellen Hintergründe und Altersschichten hinweg
- Stärkere sprachliche Förderung in Kindergärten und Grundschulen sowie in der Erwachsenenbildung (*siehe auch Teilstrategie Bildung-Zielbereich 46 Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung, 47: Allgemeinbildende Schulen; 49: Erwachsenenbildung und non-formale Bildung*)
- Stärkere Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in das kommunalpolitische Geschehen, bei Bürgerschaftsbeteiligungen, Fragen der Ortsgestaltung, im Vereinsleben und lokalen Festivitäten.
- Steigerung des Freizeitangebots für Menschen mit Migrationshintergrund jeden Alters und Geschlechts durch gezielte Angebote und Ansprache zur Einbindung in bestehende Strukturen.
- Förderung der kulturellen Durchmischung im Wohnraum und Vermeidung von örtlicher ethnischer Konzentration (*siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, Zielbereiche 12 Nachhaltige Siedlungsentwicklung und 13 Attraktive Ortszentren und Treffpunkte*)

26. Niedrige Arbeitslosigkeit

- Systematisierte Koordination zwischen Akteur*innen der Bereiche Arbeitsvermittlung, Wirtschaftsförderung, Integration, Ehrenamt und Kinderbetreuung
- Weiterführung und stetiger, innovativer Ausbau der erfolgreichen Arbeitsvermittlung und der Zuführung von Arbeitslosen zum Arbeitsmarkt

- Weiterführung des Wirtschaftsservice im Bereich Kurzarbeit und Förderprogramme zur Krisenbewältigung
- Abbau von Qualifizierungsdefiziten zur Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von Arbeitslosen der Bereiche SGB II und SGB III (*vgl. Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung, Ziel 1.1.: Deckung des Fachkräftebedarfs durch Ausbildung und Weiterbildung)*
- Förderung von Digitalisierung, insbesondere digitaler Assistenzsysteme in den Unternehmen, um Geringqualifizierte besser für komplexere Abläufe einsetzen zu können (*vgl. Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel, Ziel 2.2.: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel*)
- Bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung (*siehe Zielbereich 19: Bedarfsgerechte Kinderbetreuung auch zu Randzeiten*)

27. Sicherheit

- Entlastung der Polizei bei Ordnungswidrigkeiten und Festivitäten durch ehrenamtliche Helfer, Ordnungsämter, private Sicherheitsdienste oder ähnliches
- Schaffung einer 24/7 Bereitschaft zur Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in Notfällen
- Weiterführung und Ausbau des „Kommunalprogramm Sicherheitssiegel“ (KOMPASS) und Stärkung der Präventionsarbeit

28. Prävention und Abmilderung von psychischen Belastungen und Berufsunfähigkeit

- Fortführung und Weiterentwicklung der Angebote im Kreis in den Bereichen Psychotherapie und Wirbelsäulengesundheit / Orthopädie unter medizinischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten sowie mit Blick auf die Fachkräftesicherung
- Förderung und weitgehende Unterstützung von Selbsthilfegruppen zu allen Lebenslagen, für die diese sinnvoll sind
- Gesellschaftliche Sensibilisierung und Aufklärung bezüglich psychischer Erkrankungen, um frühzeitige Inanspruchnahme von Hilfe zu befördern

29. Barrierefreiheit, ältere Menschen und Personen mit Behinderung

- Erstellung eines Konzepts zur Umsetzung der Behindertenkonvention der UN im Odenwaldkreis
- Umsetzung barrierefreier Ortschaften hinsichtlich der Fußwege, der Übergänge, des ÖPNV und den öffentliche Einrichtungen in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und dem VdK

30. Gleichstellung

- Gleiche Chancen auf wirtschaftliche, berufliche und gesellschaftliche Teilhabe für Frauen und Männer
- Sicherstellung einer vorbildlichen Gleichstellungspolitik innerhalb der Verwaltung und Erreichen einer Frauenquote unter den Führungskräften von rund 50 %
- Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern hinsichtlich der Lebens- und Arbeitsbedingungen
- Aufbrechen traditioneller Rollenbilder von Frauen und Männern sowie den damit einhergehenden Abhängigkeiten – auch unter Rücksichtnahme auf kulturelle Unterschiede bei Migrationsmilieus
- Schaffung kleiner und mittlerer, bezahlbarer Wohnungen (siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung)
- Prävention und Schutz von Opfern häuslicher und sexualisierter Gewalt sowie im Hinblick auf den sexuellen Missbrauch von Kindern
- Förderung der beruflichen Gleichstellung innerhalb der Kreisverwaltung durch dementsprechende Personalpolitik und der konsequenten Unterbindung von Diskriminierung

18. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Freizeitangebote und regionale Bindung Jugendlicher

SMART-Formulierung

- Durch Ergebnisse von Jugendumfragen belegbar bedarfsgerechtes Angebot von Jugendzentren, Jugendclubs und sonstigen Angeboten der Jugendpflege überall im Kreis. Außerdem konstante

Offenheit für neuerliche Bedürfnisse von Jugendlichen und entsprechende Weiterentwicklung der Angebote.
- Erweiterung der Odenwald-Mobil-Plattform um eine Funktion zur Organisation von Mobilitätslösungen rund um Veranstaltungen mittels Bussen und Mitnahmefahrten (*siehe Teilstrategie Mobilität, Zielbereich*)
- Auf Kreisebene zentralisierte Koordination der Akteur*innen in den Bereichen Jugendpflege, Schulsozialarbeit, Jugendhilfe und den freien Wohlfahrtsverbänden
- Schließung von Lücken im gastronomischen Angebot der Region, insbesondere mit Blick auf Ausgehmöglichkeiten und Veranstaltungen für verschiedene Altersgruppen in Kombination mit den nötigen Mobilitätskonzepten (siehe Teilstrategie Mobilität)
- Erstellung einer Neuauflage des grundlegenden Jugendhilfeplans und Integration der Jugendhilfeplanung in ein abteilungsübergreifendes Strategieteam der Kreisentwicklung mit wissenschaftlich-beraterischem Anspruch
- Konsequente, vermehrte Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in sinnvollen Formaten mit möglichst zeitnah erzielbaren sichtbaren Ergebnissen und anhand eines sinnvollen Konzepts, an dem sich Akteur*innen des Kreises und der Kommunen beteiligen.

Erläuterung:

Siehe Analyse

Handlungsmöglichkeiten:

- Durchführung von Befragungen, Workshops oder alternativen Formen der Beteiligung Jugendlicher, um deren Meinung zur allgemeinen lokalen Lebensqualität, den Freizeit- und Bildungsangeboten sowie der Gestaltung des öffentlichen Raums, insbesondere Treffpunkten zu erfahren. Sinnvoll v.a., wenn auch Mittel für weitere Maßnahmen verfügbar sind. Die erneute Befragung dient auch der Fortschreibung des Kreisentwicklungskonzepts.
  Zu weiteren Maßnahmen der besseren Einbindung von Jugendlichen siehe auch Zielbereich 33 Kommunalpolitik
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; finanziell, personell, konzeptionell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, IKZs, Odenwaldkreis
  ID: 178; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 5; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Konsequente Einrichtung von Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene, um konkrete Projekte in Bereichen wie Ortsgestaltung, Soziales, Bildung oder Freizeit umzusetzen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; finanziell, personell, konzeptionell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 179; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 2**
- Einrichtung und konsequente Beteiligung eines Jugendparlaments für den Odenwaldkreis, soweit ausreichend ehrenamtliches Engagement seitens jugendlicher Kreisbürger*innen erkennbar ist; Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen rechtssicher und mit verlässlicher Satzung festgelegt und umgesetzt werden.
  Verankerung eines Mechanismus in der Kreisverwaltung, der sicherstellt dass im Falle eines „Einschlafens“ eines solchen Jugendparlaments jeweils drei Jahre später eine Neuauflage durch die Verwaltung angeregt wird und dazu Schüler*innen und Jugendliche in Ausbildung kontaktiert werden
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Jugendliche
  ID: 180; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Entwicklung eines gemeinsamen, verbindlichen Konzepts dazu, wann Jugendliche in Entscheidungen in Kommunen und im Kreis eingebunden werden müssen.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; finanziell, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Jugendliche, Jugendparlament, Kommunen
  ID: 181; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Ausbau der Jugendzentren, Jugendclubs und alternativer Angebote für jede Zielgruppe. Dabei ist genügend Flexibilität in der Gestaltung einzuplanen, sodass wechselnde Generationen und Gruppen jeweils die Möglichkeit haben, die Einrichtungen in Abstimmung mit den Verantwortlichen nach den jeweiligen Bedürfnissen anzupassen.

Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kommunen, Odenwaldkreis
ID: 182; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Förderung der Ansiedlung von gastronomischen Betrieben mit hoher Attraktivität zum Ausgehen für Jugendliche und junge / junggebliebene Erwachsene in Kooperation mit Immobilienbesitzern, Kommunen und mit Blick auf ÖPNV / Verkehrsanbindung
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell, politisch und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, OREG Bereich Nahverkehr,
  ID: 183; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Grundlegende Erneuerung des Jugendhilfeplans
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis
  ID: 184; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
  siehe auch Teilstrategie Bildung; Ziel 46.2: Bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Versorgung in der frühkindlichen Bildung (ID 361)
- Streetwork in sozialen Brennpunkten und mit Wohnungslosen – u.a. um die medizinische Grundversorgung zu sichern, gesellschaftliche Teilhabe und Erwerbsfähigkeit zu erleichtern
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 462; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: **2**; Gesamt
  Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Zielbereich 59: öffentlicher Gesundheitsdienst

19. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Kunst, Kultur und Kulturmarke im Odenwaldkreis

SMART-Formulierung:

- Fertigstellung einer Kulturmarke Odenwaldkreis und Fortführung des Prozesses zur Weiterentwicklung des kulturellen Angebots, dessen Sichtbarkeit und der Vernetzung kulturell Aktiver im Kreis
- Möglichst durchdringende Transparenz der Kultur-Akteur*innen untereinander, bezüglich der Angebote, der Interessen und insbesondere der Kooperations-Interessen. Bekanntschaften und Kooperations-Gelegenheiten werden so vom Zufallsprinzip losgelöst und systematisch herbeigeführt.
- Etablierung eines zentralen Veranstaltungskalenders zur Vermeidung von Situationen, bei denen unterschiedliche Veranstaltungen im Kreis sich um eine gemeinsame Zielgruppe Konkurrenz machen.
- Schaffung eines „Hauses der Kultur des Odenwaldkreises“ an zentraler Stelle mit Ausstellungsräumlichkeiten, Veranstaltungen und Anziehungskraft auf Künstler*innen und Publikum aus den umliegenden Ballungsräumen.
- Vernetzung von Immobilienbesitzer*innen und Kulturakteur*innen zur Etablierung einer „Pop-Up-Kultur“, so dass Leerstände einen positiven Beitrag zur Attraktivität der Ortschaft beitragen können und gleichzeitig Kultur Raum gegeben werden kann. Mindestens 8 % der Leerstände in den Ortskernen wird hierfür genutzt.

Erläuterung:
Diese Ziele stammen aus dem partizipativen Projekt zur Entwicklung einer Kulturmarke für den Odenwaldkreis. Hauptverantwortlich für das Projekt ist das Kulturmanagement des Kreises. Unterstützung kommt unter anderem vom Lehrstuhl des Prof. Dr. Schneider von der Universität Hildesheim, sowie von der Odenwald-Akademie und der Kreisentwicklungsplanung

Handlungsmöglichkeiten

- Fortführung des Prozesses zur Erarbeitung und Fortführung einer Kulturmarke Odenwaldkreis, um die kulturellen Angebote und Möglichkeiten im Kreis zu stärken und deren Wahrnehmung inner- und außerhalb der Region zu steigern.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten, bzw. bereits in Umsetzung; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll

Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis
ID: 185; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: 2; gesamt:

- Umsetzung des „jeder kennt jeden"-Prinzips im Bereich der Kunst- und Kulturschaffenden, den Betreiber*innen von Veranstaltungsräumen, Organisatoren und Marketing-Akteur*innen durch zentrale und dezentrale, digitale und Vor-Ort-Möglichkeiten zum Kennenlernen und Netzwerkbilden.
  Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten; konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis, Kommunen und externe Partner-Organisationen
  ID: 186; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie**: 3; gesamt:
- Koordination von Veranstaltungsterminen im Kreis, indem ein zentraler Veranstaltungskalender von allen Veranstalter*innen konsequent genutzt wird. Derzeit ist ein solches Tool beim Tourismus Bergstraße-Odenwald zu finden. Voraussetzung für diesen Erfolg sind auch umfangreiche Bemühungen in der Öffentlichkeitsarbeit, um dieses Werkzeug auch bei den potentiellen Besucher*innen zu etablieren.
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; konzeptionell und personell weiterhin voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis, Kommunen, Kultur-Akteur*innen
  ID: 187; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 1; **gesamt: 1**
- Einrichtung und fortwährender Betrieb eines „Hauses der Kultur" mit Ausstellungsräumlichkeiten, Veranstaltungen und Strahlkraft bis in die Ballungsräume hinein.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, eine Kommune, Kultur-Akteur*innen
  ID: 188; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie**: 3; gesamt:
- Umsetzung einer Kommunikationsstrategie, um in Kooperation mit Immobilienbesitzern Pop-Up-Kultur, Zwischennutzungen und Kultur im Quartier gewohnheitsmäßig zu etablieren. Somit auch Schaffung von Angeboten für bewusst gewählte Zielgruppen vor Ort, z.B. Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Senior*innen, oder andere
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell, evtl. finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kulturakteur*innen
  ID: 189; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 2**

20. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Vereinsförderung und Ehrenamt

SMART-Formulierung:

- Stabilisierung der Mitgliederzahlen in den Vereinen und des Nachwuchses an Vereins-Funktionären
- Neue Zielgruppen für Vereine und Ehrenamt erschließen und wiederum deren Offenheit für andersartige Mitbürger*innen erhöhen;
- Fortführung und bedarfsgerechter Ausbau der Bildungsangebote in Rücksprache mit den Vereinen zu Themenbereichen wie Generationenwechsel im Vereinsmanagement, Öffentlichkeitsarbeit oder Nachwuchsgewinnung.
- Vermehrte Angebote, sich kurzfristig oder zeitlich beschränkt für Projekte ehrenamtlich zu engagieren

Erläuterung:

Siehe Analyseteil

Handlungsmöglichkeiten:

- Fortführung und bedarfsgerechter Ausbau der Bildungsangebote in Rücksprache mit Vereinen
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Ehrenamtsagentur, VHS
  ID: 466; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Priorität Teilstrategie: 2**; Priorität gesamt:
- Förderung und Beratung von Vereinen bei der Erstellung von Strategien zur Mitgliederwerbung mit Fokus auf verschiedene mögliche Zielgruppen und Möglichkeiten, diese zu erreichen;
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Vereine und andere ehrenamtliche Organisationen
  ID: 190; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Verbesserte Einbindung ehrenamtlich Interessierter durch vermehrten Einsatz in Projekten des Kreises oder der Kommunen, z.B. in den Bereichen Klimaschutz, Landschaftspflege, Ortsgestaltung, Angebote für Jugendliche und Kinder, usw. Hierbei sollte auch die hessische Plattform

ehrenamtssuche-hessen.de genutzt werden.
Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 191; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 4**; gesamt:

- Lokale Durchführung von „Märkten der Möglichkeiten“ im Zusammenhang mit bestehenden Veranstaltungen oder als eigenständige Veranstaltung. Vereine, Kulturschaffende, ehrenamtlich Aktive werden eingeladen sich zu präsentieren und
  Kategorie: dringend durchzuführen, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Vereine und Kreis in beisteuernder Funktion
  ID: 192; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  *Siehe auch: Zielbereich 22: Neubürger*innenintegration und starke Gemeinschaft (ID: 203)*

21. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Kommunalpolitik

SMART-Formulierung:

- Stärkung des allgemeinen Interesses an Kommunalpolitik durch verstärkte Kommunikation der Bedeutung lokaler Initiativen und deren Ausrichtung an politischen Grundsatz-Überbauten
- Erhöhung des allgemeinen Interesses an Kommunalpolitik durch moderate Polarisierung, bei gleichzeitigem fairen Umgang unter politischen Konkurrenten
- Sicherstellung des Nachwuchses qualifizierter und engagierter Kommunalpolitiker*innen in allen Kommunen des Odenwaldkreises
- Schaffung gezielter Lock-Angebote und flacher Hierarchien, um Erwachsene (insbesondere auch mehr Frauen) und Jugendliche für die Kommunalpolitik zu begeistern
- Transparenz kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse, ausreichende Beteiligungsmöglichkeiten und Möglichkeiten der kreativen Einbringung für an der Kommunalpolitik Interessierten und Einsteiger*innen.
- Optimierung der Bildungsangebote für kommunalpolitisch Interessierte und Engagierte und Erweiterung um relevante Fachthemen

Erläuterung:

Siehe Analyse-Kapitel

Handlungsmöglichkeiten:

- Interesse an Kommunalpolitik fördern durch einen „Global denken – lokal handeln“ – Ansatz zur stärkeren Kommunikation der Bedeutung lokaler Initiativen und deren Ausrichtung an politischen Grundsatz-Überbauten
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: politische Parteien
  ID: 193; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Steigerung der Zugänglichkeit von Kommunalpolitik durch vermehrte Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Bürgerschaft und Jugendlichen.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: politische Parteien, Verwaltungen
  ID: 194; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Parteiübergreifende Informations- und Diskussionsveranstaltungen, bei denen interessierte Bürger*innen Kommunalpolitiker*innen in zwanglosem Rahmen kennenlernen können, ohne sich zuvor auf eine bestimmte Partei festlegen zu müssen
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: politische Parteien, Verwaltungen
  ID: 195; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4;** gesamt:
- Schaffung gezielter Lock-Angebote und flacher Hierarchien innerhalb der Parteien, um Erwachsene (insbesondere auch mehr Frauen) und Jugendliche für die Kommunalpolitik zu begeistern und Nachwuchspolitiker*innen bei der Stange zu halten
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: politische Parteien
  ID: 196; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Steigerung der Transparenz kommunalpolitischer Entscheidungsprozesse durch eine zusätzliche Möglichkeit der Sitzungsdienste, um Diskussionsverläufe und Entscheidungen zu verschiedenen Themen über die Zeit hinweg transparent nachvollziehen zu können.
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 197; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Erstellung von Strategien zur konsequenten Bürgerschaftsbeteiligung auf Kreisebene und in den Kommunen sowie deren anschließende Umsetzung
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 198; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
  Zur Kreisebene siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice – Zielbereich 40: Bürgerschaftsbeteiligung und Kommunikation
- Optimierung von Sitzungsterminen auf Familienverträglichkeit, um das ehrenamtliche politische Engagement von Frauen zu fördern
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bürgermeister, politische Parteien
  ID: 199; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Teilnahme von Schulklassen Gemeinderats-Sitzungen als Zuschauer – idealerweise inklusive Vor- und Nachbereitung, sowie Diskussion einzelner Themen im Klassenverband.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis, Politik, Schulen
  ID: 200; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Optimierung der Bildungsangebote für Kommunalpolitiker*innen und kommunalpolitisch Interessierte
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis (insb. VHS), evtl. Partner wie AfK, vhw und/oder Programme wie „Kommunen innovativ“
  ID: 201; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

22. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Neubürger*innenintegration und starke Gemeinschaft

SMART-Formulierung:

- Gestaltung möglichst niedrigschwelliger Anschlussmöglichkeiten für Neubürger*innen an örtlich aktive Gruppen, Vereine und Organisationen durch Information und Ansprache
- Implementierung einer Kommunikations- und Marketingstrategie, um potentielle Neubürger*innen und Rückkehrer*innen in die Region zu locken und in Kombination mit Arbeitsplätzen, passenden Immobilien, Freizeitmöglichkeiten, Vereinen und Bekanntschaften hier zu binden. (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing)*

Erläuterung:

Siehe Analyse-Kapitel

Handlungsmöglichkeiten:

- Etablierung von Begrüßungspaketen für Neubürger*innen, die bei der Anmeldung als Erst- oder Zweitwohnsitz übergeben werden. Inhalte können z.B. sein: wichtige Weblinks, und Informationen zum Veranstaltungskalender, kulturellen Einrichtungen, zu den Angeboten der Vereine; mit Fokus sowohl auf Freizeit, als auch auf Gemeinschaft und Ehrenamt (Soziales, Kultur, Landschafts- und Umweltpflege), Bildungsangebote, usw., bis hin zur Müllabfuhr.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Vereine und Kreis in beisteuernder Funktion
  ID: 202; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Lokale Durchführung von „Märkten der Möglichkeiten“ im Zusammenhang mit bestehenden Veranstaltungen oder als eigenständige Veranstaltung. Vereine, Kulturschaffende, ehrenamtlich

Aktive werden eingeladen sich zu präsentieren und
Kategorie: dringend durchzuführen, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kommunen, Vereine und Kreis in beisteuernder Funktion
ID: 203; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
Siehe auch: Zielbereich 20: Vereinsförderung und Ehrenamt (ID: 192)

- Einrichtung einer Rückkehr-Agentur, einer Willkommensagentur oder ähnlichem (vgl. Best-Practices im Analyse-Teil); in diesem Kontext mögliche Veranstaltungen oder Messe-Beteiligungen sowie sonstige Öffentlichkeitsarbeit und Werbung
  → *siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus – Zielbereich 45: Regionalmarketing*

23. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Bedarfsgerechte Kinderbetreuung auch zu Randzeiten

SMART-Formulierung:

- Abdeckung des Bedarfs an Kinderbetreuung, auch zu Randzeiten, evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit und mit Rücksicht auf nötige Mobilitätslösungen
- Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztags-Schulen und Ganztagsbetreuung in den Bereichen U3 und Ü3.
- Schaffung von Puffer-Kapazitäten in der Kinderbetreuung, um auch kurzfristig auftretende Betreuungsbedarfe (z.B. im Kontext mit Bewerbungsgesprächen oder des Antritts einer Arbeitsstelle) besser abdecken zu können.
- Weiterentwicklung des Jugendhilfeplans Teilplan Kindertagesbetreuung, auch mit Rücksicht auf die gesamt-demographische Entwicklung im Kreis, den einzelnen Kommunen und den Ortsteilen, um genauer feststellen zu können, welcher Umfang von Betreuungsangeboten dem Ziel „Bedarfsgerechtigkeit“ lokal jeweils entspricht.

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Zur Bedeutung von (Ganztages-)Kinderbetreuung siehe auch: Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel; Ziel 5.1.: Kinderbetreuung

Handlungsmöglichkeiten:

- Weiterentwicklung des Jugendhilfeplans Teilplan Kindertagesbetreuung, um konkretere Ziele und Maßnahmen benennen zu können.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis / Jugendhilfeplanung
  ID: 204; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Abdeckung des Bedarfs an Kinderbetreuung, auch zu Randzeiten, evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit und mit Rücksicht auf nötige Mobilitätslösungen
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen; unterstützend: Kreis
  ID: 205; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztags-Schulen und der Ganztagsbetreuung; evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit und mit Rücksicht auf nötige Mobilitätslösungen
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis; Schulen, Kommunen
  ID: 206; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Schaffung der Möglichkeit, kurzfristig auftretende Betreuungsbedarfe für Kinder (speziell auch von Kund*innen des Jobcenters) abdecken zu können
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis; Kommunen
  ID: 207; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Durchführung einer qualifizierten Bedarfsermittlung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten für Kinder im U3-, Ü3- und Grundschulbereich bis hin zum Bereich weiterführender Schulen.
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch, personell oder finanziell voraussetzungsvoll.

Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 68; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**

- Stärkere kreisweite, bzw. kommunenübergreifende Koordination von Betreuungsbedarfen und Vereinfachung des finanziellen Ausgleichs
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, personell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 209; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.1: 2; Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  Auch ID 69
- Suche nach Möglichkeiten, Profil-3 Ganztagsschulen in allen Teilregionen des Odenwaldkreises (Oberzent, Unterzent, Erbach/Michelstadt und Gersprenztal) und für jeden zugänglich (verschiedene Schulformen) einzurichten und anschließende Umsetzung
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 210; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  Auch ID 70
- Suche nach Möglichkeiten, jeweils mindestens eine Kita und einen Kindergarten mit Betreuungsangebot von 07:00 bis 19:00 Uhr in allen Teilregionen des Odenwaldkreises (Oberzent, Unterzent, Erbach/Michelstadt und Gersprenztal) einzurichten und Ergreifen entsprechend notwendiger Maßnahmen. Insbesondere sollten hier interkommunale Kooperationen bedacht werden
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 211; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  Auch ID 71

24. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich Sozialplanung des Odenwaldkreises

SMART-Formulierung:

- Erhöhung der wissenschaftlich-analytischen Kapazitäten des Landratsamtes für den Bereich Soziales und Sozialplanung, für ein methodisches Monitoring im Bereich.
- Erstellung einer vollständigen Sozialraumanalyse und ausführliche Aufbereitung kleinräumiger Sozial-Indikatoren auf Ortsteil und Quartiersebene, um die somit identifizierten Problemursachen angehen zu können
- Bedarfsgerechter Einsatz von Sprechstunden, Anlaufstationen und sozialen Betreuungsangeboten für Hilfsbedürftige vor Ort auch in kleineren Ortschaften in Absprache und Kooperation mit den Freien Trägern der Wohlfahrtspflege.
- Beiträge zur stärkeren Wahrnehmung sozialer Probleme im ländlichen Raum auf Landes- und Bundesebene und entsprechend gesteigerte Erschließung von Fördergeldern.
- Schaffung von ausreichend Wohnraum für Personen mit geringem Einkommen auf Grundlage einer Bedarfsanalyse (als Teil einer umfassenden Sozialraumanalyse)
  (Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, Zielbereich 12: nachhaltige Siedlungsentwicklung)

Erläuterung:

Im Analysekapitel hier im Kreisentwicklungskonzept konnte nur ein kleiner Einblick verschafft werden. Zahlreiche Indikatoren müssen beobachtet und ausgearbeitet werden, um hinter den Zahlen mögliche Ursachen, Handlungsmöglichkeiten und Verbesserungsbedarfe identifizieren zu können.

Räumliche Schwerpunkte bei sozialen Problemen drohen vor allem dann zu wachsen, wenn sie nicht benannt werden und nicht gehandelt wird. Aufgrund der geringen Mobilität sozial und oft auch finanziell Schwacher ist die Wohnortnähe von Angeboten von besonderer Relevanz.

Wenn zunächst im Odenwaldkreis konkrete Daten und Erkenntnisse gewonnen werden, kann auch Wissenschaft und höhergeordnete Politik darauf hingewiesen werden, dass im ländlichen Raum nicht überall „alles in Ordnung“ ist – obwohl die Daten auf Kreisebene gut aussehen mögen. Den vorhandenen Problemen stehen hier eine geringere wirtschaftliche Dynamik und eine entsprechend geringere kommunale Handlungsfähigkeit im Vergleich zu Großstädten gegenüber. Derlei Erkenntnisse

wissenschaftlich nachvollziehbar aufzubereiten und in den politischen Diskurs einzubringen, könnte also einen wichtigen Schritt für eine stärkere Unterstützung durch Bund und Land bei diesen Herausforderungen bedeuten.

Ähnlich wie für die Bereiche Bildung oder Jugendhilfe wäre hier eine wissenschaftlich ausgebildete Unterstützung in der Region gefragt. Erkenntnisbedarfe erstrecken sich auf die Bereiche Kinderarmut, Altersarmut, Kaufkraftarmut, Lohnniveau, Preisniveau, Geschlechter-Lohngerechtigkeit, Chancengleichheit für Menschen mit Migrationshintergrund und Beteiligungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderung am Erwerbsleben.

Handlungsmöglichkeiten:

- Schaffung einer Stelle eines wissenschaftlich Mitarbeitenden für den Bereich Soziales/Sozialplanung am Landratsamt für das methodische Monitoring von Sozialindikatoren auf Kreisebene sowie auf kommunaler und Ortsteil-Ebene.
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 212; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Erstellung einer kleinräumigen Sozialraumanalyse auf Ortsteil und Quartiersebene
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell & personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 465; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Identifizierung von weiteren konkreteren Handlungsanforderungen und nötigen Angeboten zur Bewältigung sozialer Herausforderungen in den konkreten Ortsteilen und Quartieren.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell, konzeptionell, politisch, finanziell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis / Sozialplanung und Kommunen
  ID:213 ; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Interkommunale Zusammenarbeit, um die provisorische Unterbringung und die anschließende Wohnungssuche von Obdachlosen zu organisieren, die hierzu nötigen Immobilien zu finden und mit sozialpädagogischer Fachkenntnis die nötigen Unterstützungsleistungen zu erbringen.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell, konzeptionell, politisch, finanziell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis / Sozialplanung und Kommunen
  ID: 214; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Lenkung von Aufmerksamkeit seitens der Wissenschaft sowie Landes- und Bundespolitik auf die sozialen Herausforderungen im ländlichen Raum um mittelfristig gesteigerte Unterstützungsmöglichkeiten zu erlangen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, konzeptionell, personell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreisverwaltung & -politik, Kommunalpolitik
  ID: 215; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Schaffung von ausreichend Wohnraum für Personen mit geringem Einkommen auf Grundlage einer Bedarfsanalyse (als Teil einer umfassenden Sozialraumanalyse)
  Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, Zielbereich 12: nachhaltige Siedlungsentwicklung
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 216; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Statistische Erfassung der Fälle von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit der Kommunen als Grundlage einer verbesserten strategischen Herangehensweise.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 217; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 2**

25. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung

SMART-Formulierung:

- Fortführung der Koordination im Rahmen des Projekts WIR, bzw. des Integrations- und Vielfaltszentrum und der davon ausgehenden Projekte auf Kreisebene
- Erstellung von Integrationsstrategien auf kommunaler Ebene oder in interkommunaler Zusammenarbeit zur besseren Planung konkreter Handlungsmöglichkeiten vor Ort; auch mit Rücksicht auf Freizeitangebote und mit Blick auf die örtliche Vereins-Landschaft.
- Steigerung der Zustimmungswerte zu „Der Odenwaldkreis zeichnet sich durch Weltoffenheit und Toleranz aus.“ auf über 55 % in der nächsten Bürgerschaftsbefragung (zuletzt 42 %, siehe Abbildung 157).
- Stärkere sprachliche Förderung in Kindergärten und Grundschulen sowie in der Erwachsenenbildung (*siehe auch Teilstrategie Bildung-Zielbereich 46 Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung, 47: Allgemeinbildende Schulen; 49: Erwachsenenbildung und non-formale Bildung*)
- Aktive Ansprache von Menschen mit Migrationshintergrund bei allgemeinen Bürgerschaftsbeteiligungen, z.B. zu Themen der Ortsgestaltung oder der Dorferneuerung, sowie zu speziellen Formaten zu den Themen Migration, Integration, Soziales und Bildung. Insbesondere sollen hierbei auch sprachliche Barrieren so gut es geht überwunden werden. Anschließend Verarbeitung und Verwendung der Ergebnisse bei kommunalpolitischen Entscheidungen.
- Aktive Ansprache und Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Kommunalpolitik. Zielmarke: jeweiliger Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund entspricht dem Anteil der Ortsbeirats-, Gemeinderats- bzw. Stadtratsmitglieder mit Migrationshintergrund; mit einer Abweichung von maximal 10 Prozentpunkten.
- Neue Zielgruppen für Vereine und Ehrenamt erschließen und wiederum deren Offenheit für eine vielfältige Gesellschaft erhöhen; → Siehe auch Zielbereich 20. Vereinsförderung und Ehrenamt
- Beendigung des Phänomens der Überbelegung von Familienhäusern durch Zeitarbeitsfirmen und deren aus dem Ausland angeworbenen Mitarbeiter*innen (*siehe auch Teilstrategie Siedlungsentwicklung*;
- Verminderung der ungleichen Teilhabe am Erwerbsleben unter Menschen mit Migrationshintergrund um 50 % gegenüber 2020
- Verstärkte fortlaufende integrierte Betrachtung und Zusammenarbeit innerhalb der Kreisverwaltung über die Themen Migration, Kultur, Bildung, Mobilität und sozioökonomischem Status hinweg.
- Gesundheit und Gesundheitsversorgungsqualität sind unabhängig von der persönlichen Migrationsgeschichte (siehe Teilstrategie Gesundheitsversorgung)
- Es stehen Pflegeplätze und ambulante Betreuungsangebote zur Verfügung, die auf die besonderen Bedürfnisse und Gepflogenheiten von Menschen mit Migrationsgeschichte eingehen (*siehe Teilstrategie Gesundheitsversorgung*).

Erläuterung:

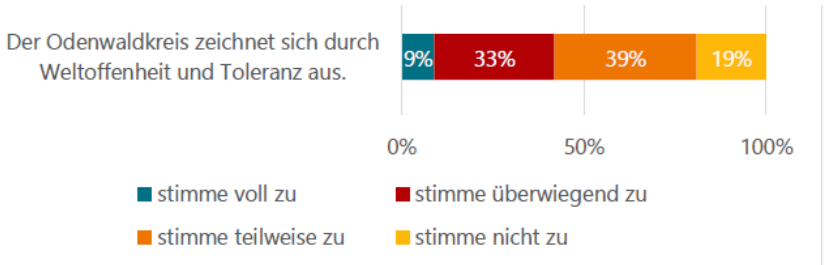


Abbildung 157: "Weltoffenheit und Toleranz" in der Bürgerschaftsbefragung 2019 zur Kreisentwicklung

Handlungsmöglichkeiten:

- Fortführung der Koordination im Rahmen des Projekts WIR, bzw. des Integrationsbüros und der davon ausgehenden Projekte auf Kreisebene
  Kategorie: in Umsetzung befindlich; personell, konzeptionell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 218; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Erstellung von Integrationsstrategien auf kommunaler Ebene oder in interkommunaler Zusammenarbeit zur besseren Planung konkreter Handlungsmöglichkeiten vor Ort; auch mit Rücksicht auf Freizeitangebote und mit Blick auf die örtliche Vereins-Landschaft.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 219; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Durchführung einer Umfrage unter Mitbürger*innen mit Migrationsgeschichte über einen längeren Zeitraum hinweg, um über Integrations-Akteur*innen an diese Zielgruppe heranzukommen. Bürger*innen werden bei Inanspruchnahme von Beratungs- und Hilfeleistung durch Wohlfahrtsträger oder Kommunen auf die vielsprachig vorliegende Umfrage hingewiesen. („Integrationsbefragung"). *(siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung; Zielbereich 56 Pflege und Zielbereich 58 Soziales und Gesundheitswesen*)
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreisentwicklungsplanung und WIR-Koordinationsstelle
  ID: 220; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Führung von Bürger*innengesprächen zwischen Kommunalpolitiker*innen und Menschen mit Migrationshintergrund in Verbindung mit weiteren Angeboten, um das kommunalpolitische Interesse zu steigern und Mitwirkungsmöglichkeiten erfahrbar machen (siehe auch Zielbereich 33 Kommunalpolitik)
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunalpolitische Akteur*innen und Parteien, Integrationspolitische Akteur*innen auf Kreis- und Kommunalebene
  ID: 221; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Parallele politisch-öffentliche und juristische Initiativen gegen die Überbelegung von Familienhäusern durch Zeitarbeitsfirmen. Startpunkt: Runder Tisch auf Kreisebene mit besonders betroffenen Kommunen, Polizei, Ordnungsämtern, Integrationsbüro / WIR-Stelle und Landrat
  Kategorie: dringend durchzuführen; konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen und Politik
  ID: 222; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt
- Institutionalisierung einer verstärkten integrierten Betrachtung und Zusammenarbeit innerhalb der Kreisverwaltung über die Themen Migration, Kultur, Bildung, Mobilität und sozioökonomischem Status hinweg, im Rahmen eines regelmäßigen Austauschs der zuständigen Stellen. Möglicher Einladungskreis: Stabstelle Integration und Gleichstellung, Sozialverwaltung, Jugendamt, Bildungsbüro, Schulamt, Kreisentwicklungsplanung, Bauverwaltung, Gesundheitsamt
  Kategorie: dringend durchzuführen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis (*näher zu definieren*)
  ID: 223; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

26. Ziele und Handlungsmöglichkeiten zum Zielbereich niedrige Arbeitslosigkeit

SMART-Formulierung:

- Fortführung und kreativer Ausbau der Maßnahmen, um auch arbeitsmarktferne Personen der Beschäftigungsfähigkeit zuzuführen
- Fortführung und bedarfsgerechter Ausbau der Bildungsangebote für Arbeitslose mit Qualifizierungsdefizit, um die Beschäftigungschancen zu erhöhen (*vgl. Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung, Ziel 1.1.: Deckung des Fachkräftebedarfs durch Ausbildung und Weiterbildung)*
- Abbau der Zahl der Arbeitslosen mit Qualifizierungsdefizit im Bereich SGB III von 54 % 2018 auf 42 % bis 2025 (bei gleichzeitig sinkender Arbeitslosigkeit in absoluten Zahlen)
- Abbau des Anteils der Arbeitslosen mit Qualifizierungsdefizit im Bereich SGB II von aktuell 92 % auf 83 % (bei gleichzeitig sinkender Arbeitslosigkeit in absoluten Zahlen)
- Weiterführung des Wirtschaftsservice im Bereich Kurzarbeit und Förderprogramme zur Krisenbewältigung
- Schaffung und Institutionalisierung geeigneter Formate zum Austausch zwischen den Akteur*innen der Bereiche Arbeitsvermittlung, Wirtschaftsförderung, Integration, Ehrenamt und Kinderbetreuung
- Förderung der Digitalisierung in der Wirtschaft (*vgl. Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel, Ziel 2.2.: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel*)

Erläuterung:

Siehe im entsprechenden Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Fortführung und kreativer Ausbau der Maßnahmen, um auch arbeitsmarktferne Personen der Beschäftigungsfähigkeit zuzuführen
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich;
  Hauptverantwortlich: Kreis, kommunales Jobcenter und InA gGmbH sowie freie Maßnahmenträger
  ID: 224; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Schaffung und Institutionalisierung geeigneter Formate zum Austausch zwischen den Akteur*innen der Bereiche Arbeitsvermittlung, Wirtschaftsförderung, Integration, Ehrenamt und Kinderbetreuung
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: kommunales Jobcenter, OREG, Integrationsbüro, Ehrenamtsagentur und Jugendamt
  ID: 225; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Weiterführung des Wirtschaftsservice im Bereich Kurzarbeit und Förderprogramme zur Krisenbewältigung
  Kategorie: bereits in Umsetzung
  Hauptverantwortlich: OREG
  ID: 226; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1;** gesamt:

27. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Sicherheit

SMART-Formulierung:

- Merkliche Entlastung der Polizei bei Ordnungswidrigkeiten und Festivitäten durch gesteigerte zivile Unterstützung bei Einsätzen für die Sicherheit auf Festen und Veranstaltungen, für Fälle von Ruhestörungen und für andere Ordnungswidrigkeiten.
- Schaffung einer 24/7 Bereitschaft zur Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in Notfällen
- Weiterführung des „Kommunalprogramm Sicherheitssiegel“ (KOMPASS) und Ausweitung auf weitere Kommunen des Odenwaldkreises zur Stärkung der Präventionsarbeit und der gemeinsamen Erstellung von passgenauen Sicherheitskonzepten unter Mitwirkung von Polizei, Kommunen, Bürgerschaft und weiteren gesellschaftlichen Akteur*innen

Erläuterung:

Siehe Analyse

Handlungsmöglichkeiten:

- Erhöhung des Personalstands in den Ordnungsämtern
  Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 227; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Schaffung einer zentralen Rufnummer für Ordnungsämter im Kreis und umfangreiche Bekanntmachung derselben. Auf diese Weise werden Ordnungsämter dazu befähigt, Streitigkeiten und Ordnungswidrigkeiten, die in ihren Bereich fallen, auch zu Randzeiten wahrzunehmen oder sich gegenseitig dabei zu unterstützen.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit
  ID: 228; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 4; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Schaffung einer Notfallstelle, um rund um die Uhr in Notfällen Kinder und Jugendliche unterbringen kann. Alternativ: Kooperation über Kommunen und Organisationen hinweg, um im Rotationsprinzip die 24/7-Gewährleistung einer Unterbringungsmöglichkeit zu erbringen.
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll

Hauptverantwortlich: Kreis, evtl. Land Hessen
ID: 229; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- Weiterführung des „Kommunalprogramm Sicherheitssiegel“ (KOMPASS) und Ausweitung auf weitere Kommunen des Odenwaldkreises zur Stärkung der Präventionsarbeit und der gemeinsamen Erstellung von passgenauen Sicherheitskonzepten unter Mitwirkung von Polizei, Kommunen, Bürgerschaft und weiteren gesellschaftlichen Akteur*innen
  Kategorie: dringend umzusetzen, teils bereits in Umsetzung; personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich:
  ID: 230; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1** ; gesamt:
- Streetwork in sozialen Brennpunkten und mit Wohnungslosen – u.a. um die medizinische Grundversorgung zu sichern, gesellschaftliche Teilhabe und Erwerbsfähigkeit zu erleichtern
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 462; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: **2**; Gesamt
  Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Zielbereich 59: öffentlicher Gesundheitsdienst

28. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Prävention und Abmilderung der Folgen von psychischen Belastungen und Berufsunfähigkeit

SMART-Formulierung:

- Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung in den Bereichen Psychiatrie, Psychotherapie, Seelsorge
- Verstärkte Sensibilisierung von Arbeitgeber*innen und der Allgemeinbevölkerung hinsichtlich der Gefahren unbehandelter psychischer Krankheiten und deren (frühzeitiger) Behandlungsmöglichkeiten in Verbindung mit Maßnahmen, damit einhergehende gesellschaftlich Vorurteile abzubauen.
- Verstärkte Sensibilisierung von Arbeitgeber*innen und der Allgemeinbevölkerung hinsichtlich der Gefahren unbehandelter Wirbelsäulen-Erkrankungen und deren (frühzeitiger) Behandlungsmög-lichkeiten und Vorbeugemaßnahmen.
- Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung im Bereich Wirbelsäulengesundheit, sowie des Arbeitsschutzes in Unternehmen, Verwaltungs- und sonstigen Betrieben

Erläuterung:

Siehe Analyse-Kapitel Berufsunfähigkeit

Handlungsmöglichkeiten:

- Sicherstellung einer wohnortnah gewährleisteten Grunddaseinsfürsorge, auch in den Bereichen Psychiatrie, Psychotherapie sowie Wirbelsäulengesundheit, durch die Sicherung des Krank-enhausstandorts Erbach sowie dem Ausbau der Kooperationen mit den regionalen ärztlichen Praxen und Versorgungszentren.
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis;
  ID: 231; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Priorisierungsvorschlag **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Zielbereich 59: Zielbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst
- Maßnahmen zur Sensibilisierung von verschiedenen Zielgruppen, z.B. Schüler*innen, Arbeitge-ber*innen, Arbeitnehmer*innen, usw. zur Prävention von psychischen Krankheiten Wirbelsäulen-krankheiten, (frühzeitigen) Behandlungsmöglichkeiten und Abbau von gesellschaftlichen Vorurteilen
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 232; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Streetwork in sozialen Brennpunkten und mit Wohnungslosen – u.a. um die medizinische Grundversorgung zu sichern, gesellschaftliche Teilhabe und Erwerbsfähigkeit zu erleichtern
  Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Zielbereich 59: öffentlicher Gesundheitsdienst

Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
ID: 462; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: **2**; Gesamt

- Ausbau der Aktivitäten **des Sozialpsychiatrischen Dienstes**
  Ausbau des Beratungsangebotes des Sozialpsychiatrischen Dienstes, Wiederaufnahme der Arbeit von Angehörigengruppen, Koordinierung von Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit
  Siehe auch Teilstrategie Gesundheitsversorgung – Zielbereich 59: öffentlicher Gesundheitsdienst
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 463; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **Gesamt: 2**

29. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Barrierefreiheit, ältere Menschen und Personen mit Behinderung

SMART-Formulierung:

- Erstellung eines Konzepts zur Umsetzung der Behindertenkonvention der UN im Odenwaldkreis
- Umsetzung barrierefreier Ortschaften mit Blick auf Fußwege, Übergänge, ÖPNV und öffentliche Einrichtungen in Abstimmung mit dem Behindertenbeirat und dem VdK
- Verständliche Sprache und zielgruppengerechte Kommunikation in allen Bereichen der Verwaltung (*siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice*)

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Erstellung eines Konzepts zur Umsetzung der Behindertenkonvention der UN im Odenwaldkreis
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 233; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Barrierefreie Umgestaltung zentraler Fußwege, Plätze und Einrichtungen in den Kommunen und Umsetzung des Konzepts zur Umsetzung der Behindertenkonvention
  Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten; konzeptionell, finanziell, personell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 234; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Durchführung von Schulungen für Verwaltungsmitarbeitende und Beamt*innen, um in allen Bereichen der Kommunikation mit Bürger*innen die Verständlichkeit von Medien und Texten zu verbessern (*siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice; Zielbereich 37: Leitbild und Servicequalität; ID 477*)
  Kategorie: dringend umzusetzen;
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 235; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

30. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Gleichstellung

SMART-Formulierung:

- Senkung der Lohnlücke im Odenwaldkreis von 19,7 % (2018) auf höchstens 8 % im Jahr 2030
- Sicherstellung einer vorbildlichen Gleichstellungspolitik innerhalb der Verwaltung und Erreichen einer Frauenquote unter den Führungskräften von rund 50 %; Umsetzung und Weiterentwicklung des Frauenförderplans 2019-2024
- Strategiebildung und deren anschließende Umsetzung, um das Aufbrechen traditioneller Rollenbilder von Frauen und Männern voranzutreiben. Dabei bewusster Fokus auf verschiedene Zielgruppen und besondere Rücksichtnahme auf kulturelle Unterschiede.

- Schaffung kleiner und mittlerer, bezahlbarer Wohnungen (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung*)
- Reduktion der häuslichen und sexualisierten Gewalt, also eine mittel- und langfristige Trendumkehr der in Abbildung 119 dargestellten Entwicklung.

Erläuterung:

Siehe Analyse-Kapitel

Als Indikator für die Reduktion der häuslichen und der sexualisierten Gewalt wird die offizielle Kriminalitätsstatistik verwendet, auch wenn stets eine Dunkelziffer besteht. Grund hierfür ist die Praktikabilität.

Handlungsmöglichkeiten:

- Gezielte Positionierung des Themas Gleichstellung bei den Unternehmen, Information, Beratung und Darlegung positiver Effekte für die Unternehmen
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; auch weiterhin konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis (Gleichstellungsbeauftragte), OREG
  ID: 236; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Monitoring der Lohnlücken im Kreis anhand des hessischen Lohnatlas
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis (Gleichstellungsbeauftragte)
  ID: 237; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Umsetzung und Weiterentwicklung des Frauenförderplans 2019-2024 für die Kreisverwaltung
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 238; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Aufstellung einer Strategie zum Aufbrechen traditioneller Rollenbilder z.B. als sogenannte „Gleichstellungsstrategie für den Odenwaldkreis“
  Kategorie:perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, womöglich unter Beteiligung von Akteur*innen und Bürgerschaft
  ID: 239; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Umsetzung der Gleichstellungsstrategie für den Odenwaldkreis
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 240; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 4; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Fortführung der Aktionen zur Sichtbarmachung der Problematik häuslicher und sexualisierter Gewalt, Sensibilisierung der Bevölkerung und intensive Zusammenarbeit mit allen beteiligten Netzwerkpartner*innen
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 241; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Schaffung kleiner und mittlerer, bezahlbarer Wohnungen (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung; Zielbereich Nachhaltige Siedlungsentwicklung*)
- Maßnahmen zur vermehrten Ansiedlung von Unternehmen der Dienstleistungsbranche
  siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung Zielbereich Wirtschaftsstruktur

Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz

Analyse

Da die schöne, raumgreifende Natur des Odenwaldkreises eine der wichtigen Stärken der Region ist, wie sich auch in der Bürgerumfrage zeigte, sollte auch in Zukunft das möglichste getan werden, um diese zu erhalten – trotz der gleichzeitigen Bemühungen als Region wirtschaftlich und einwohnerzahlenmäßig zu wachsen.

Landschaftsschutz heißt im Odenwald neben den dezidierten Maßnahmen der Landschaftspflege auch immer Schutz der Land- und Forstwirtschaft, denn diese Wirtschaftszweige sind maßgeblich dafür verantwortlich, die als ästhetisch wahrgenommene Landschaft in dieser Form zu erhalten. Daher gilt es, naturverträgliche und kleinstrukturierte land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Kreis so gut es geht zu unterstützen. Natürlich sind in diesen Bereichen auch die Themen Natur-, Umwelt- und Wasserschutz zu betrachten.

Ergebnisse der Bürgerbeteiligung zur Kreisentwicklung

Bei den Umfragen von 2019 bewerteten die Bürger*innen vor allem das Themenfeld Natur und Umwelt als sehr wichtige und positive Eigenschaft für den Odenwaldkreis (vgl. Abbildungen 158-160). So beurteilen 67 % der Befragten es sei voll bzw. eher zutreffend, den Odenwald als umwelt-/ klimafreundlich zu charakterisieren (*siehe auch Teilstrategie Klimaschutz*). Bei der Vergabe von Schulnoten für Natur und Landschaft im Odenwaldkreis würden 71 % die Note 1 und 25 % die Note zwei vergeben. Die Qualität der Natur und Landschaft sowie Ruhe und Erholung ist eine besondere Stärke des Odenwaldes, denn 42,5 % der Befragten bewerten dieses Themenfeld auf Platz eins der drei wesentlichen Stärken. Gemeinschaft/ Zusammenhalt und die Lage landen jeweils auf Platz 2 und 3. Unter dem Punkt Verbesserung der Lebensqualität in Wohngemeinden befanden 81 der Befragten Maßnahmen im Bereich Natur- und Klimaschutz als wichtig. Als am wichtigsten bewertet wurde jedoch der Ausbau des ÖPNV (321 Nennungen) Zusammenfassend zeigte sich in der Befragung, dass Natur und Umwelt in der Wahrnehmung der meisten Befragten für den Odenwald eine zentrale Stärke und einen hohen Wert darstellen. Daher gilt es, die bewertete positive Qualität von Natur und Umwelt als Potenzialfaktor für den Odenwaldkreis anzunehmen.

In den Bürgerschaftsworkshops 2019 formulierten die Teilnehmenden auch Zielsetzungen und Herausforderungen im Themenfeld Natur und Umwelt für den Odenwaldkreis. Demnach gilt es vorrangig, die naturräumlichen und landschaftlichen Qualitäten des Odenwaldkreises zu sichern. Natur- und Landschaftsschutz ist aus der mehrheitlichen Sicht nicht nur ein Wert in sich, sondern ist auch für die Lebensqualität als zentrale Stärke der Region ausschlaggebend. Konkrete Vorschläge waren:

- Durch Biotoppflege vorhandene Potenziale gezielt weiterzuentwickeln.
- Angebotsstrukturen der Nahversorgung in den einzelnen Kommunen stärken, um unnötige Verkehrs- und Lärmbelästigungen zu vermeiden → Weiterentwicklung von innovativen und dezentralen Mobilitätsangeboten.
- Mit einem Fokus auf die Innenräume in der Siedlungsentwicklung sollte man einen behutsameren Umgang mit den vorhandenen Flächen erreichen und möglichst wenig neue Flächen „verbrauchen“
- Regionale Produktionskreisläufe gilt es gezielt zu fördern
- Erhöhung der Energieversorgung aus erneuerbaren Quellen
- Erschließung neuer Zielgruppen im (Natur-)Tourismus (vgl. auch „Wirtschaft und Arbeitsplätze“) und die Verbesserung des Umweltbewusstseins der Bürgerschaft des Odenwaldkreises.

2020 wurde eine zusätzliche Befragung durchgeführt, die sich vor allem an Jugendliche und junge Erwachsene richtete. Diese zeigte, dass auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Odenwaldkreis die Natur und Umwelt als besondere Eigenschaft am Odenwaldkreis schätzen. Mit 694 Zustimmungen (48,6 %) stand dieser Punkt an erster Stelle. Auch in der geschlossenen Frage zu diesem Bereich wurden hervorragende Bewertungen abgegeben: 74 % der Befragten bewerteten die Natur und Landschaft im Odenwaldkreis als sehr gut, 14 % als gut. In beiden Umfragen gingen Natur und Umwelt als klare Stärke der Region Odenwaldkreis hervor. Beide Befragungen attestieren auch ein hohes Maß an Lebensqualität im Odenwald, was vor allem auch mit der naturräumlichen Qualität in Verbindung gebracht wurde.

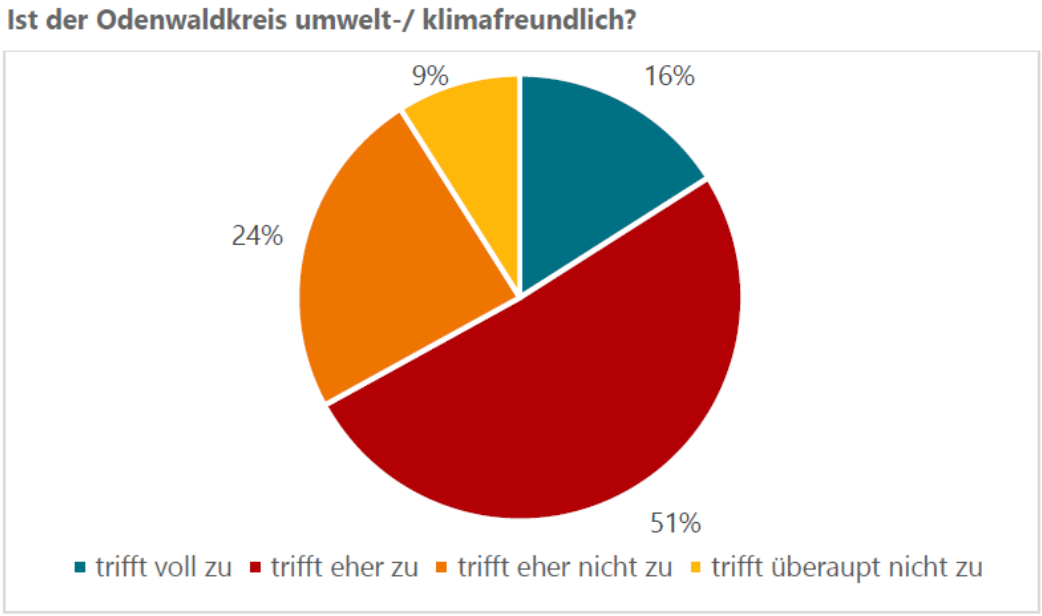


Abbildung 158: Umfrage-Ergebnisse zu „Ist der Odenwaldkreis umwelt-/ klimafreundlich? Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019

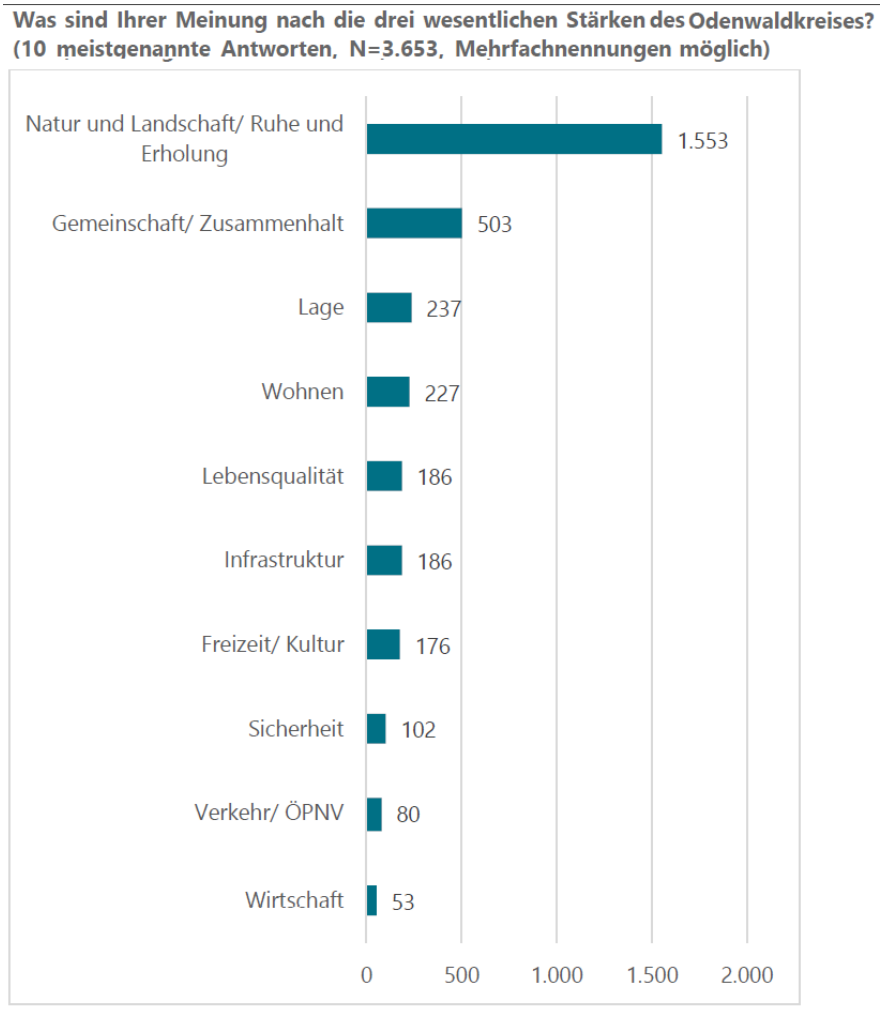


Abbildung 159 Stärken des Odenwaldkreises Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019

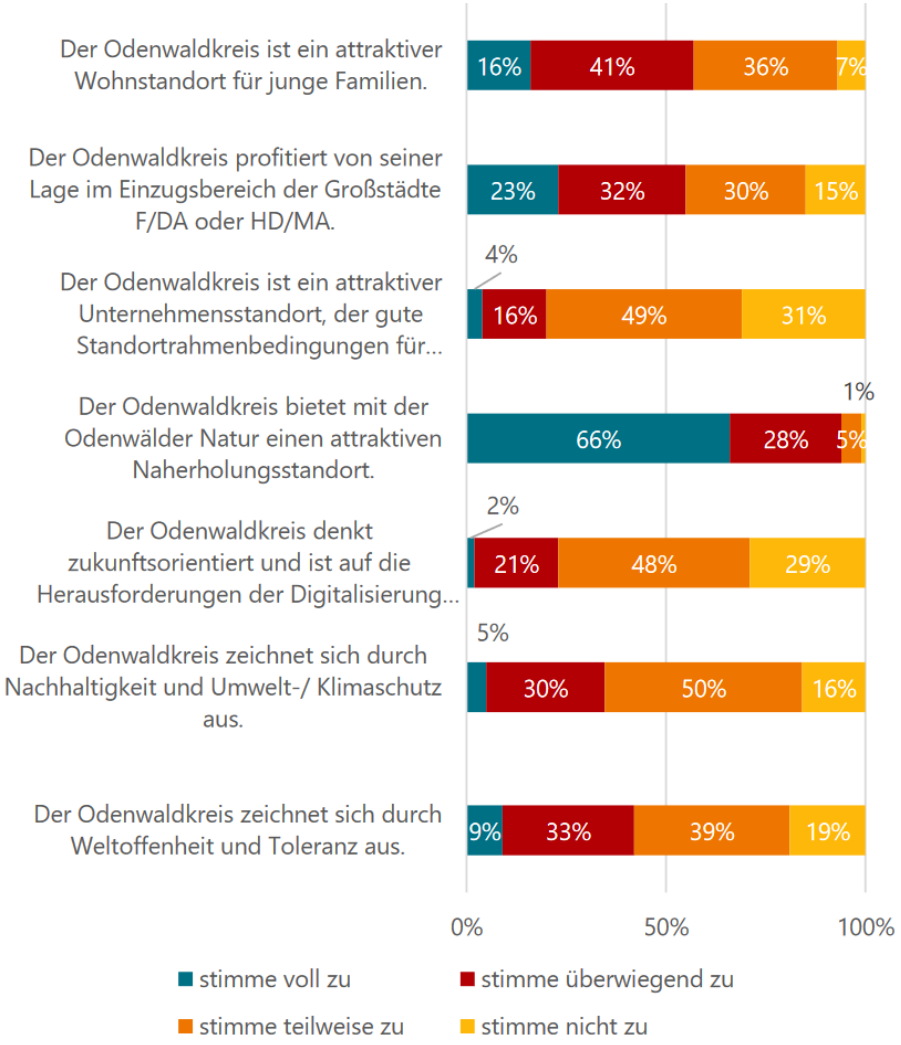


Abbildung 160 Ergebnisse der Bürgerbefragung zu Schluss-Thesen. Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019

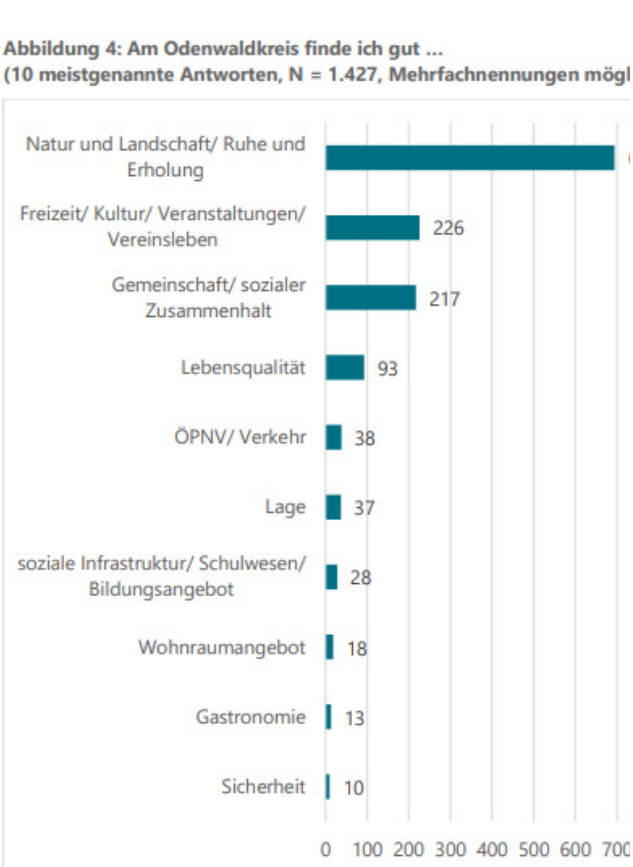


Abbildung 161 „Am Odenwaldkreis finde ich gut…“, Quelle: Jugendbeteiligung Odenwaldkreis 2020

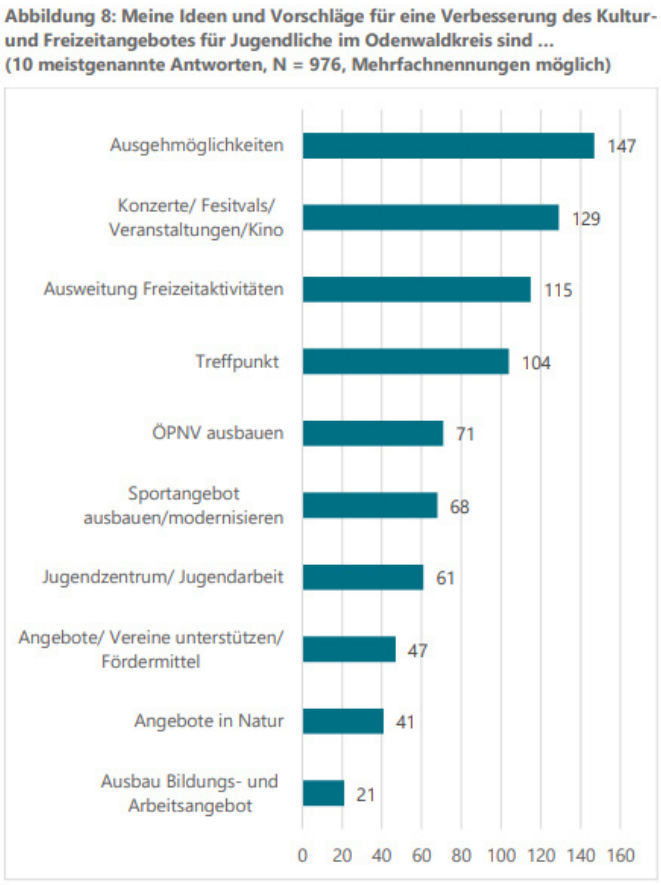


Abbildung 162 Ideen und Vorschläge zum Kultur- und Freizeitangebot im Odenwaldkreis. Quelle: Jugendbeteiligung Odenwaldkreis, 2020

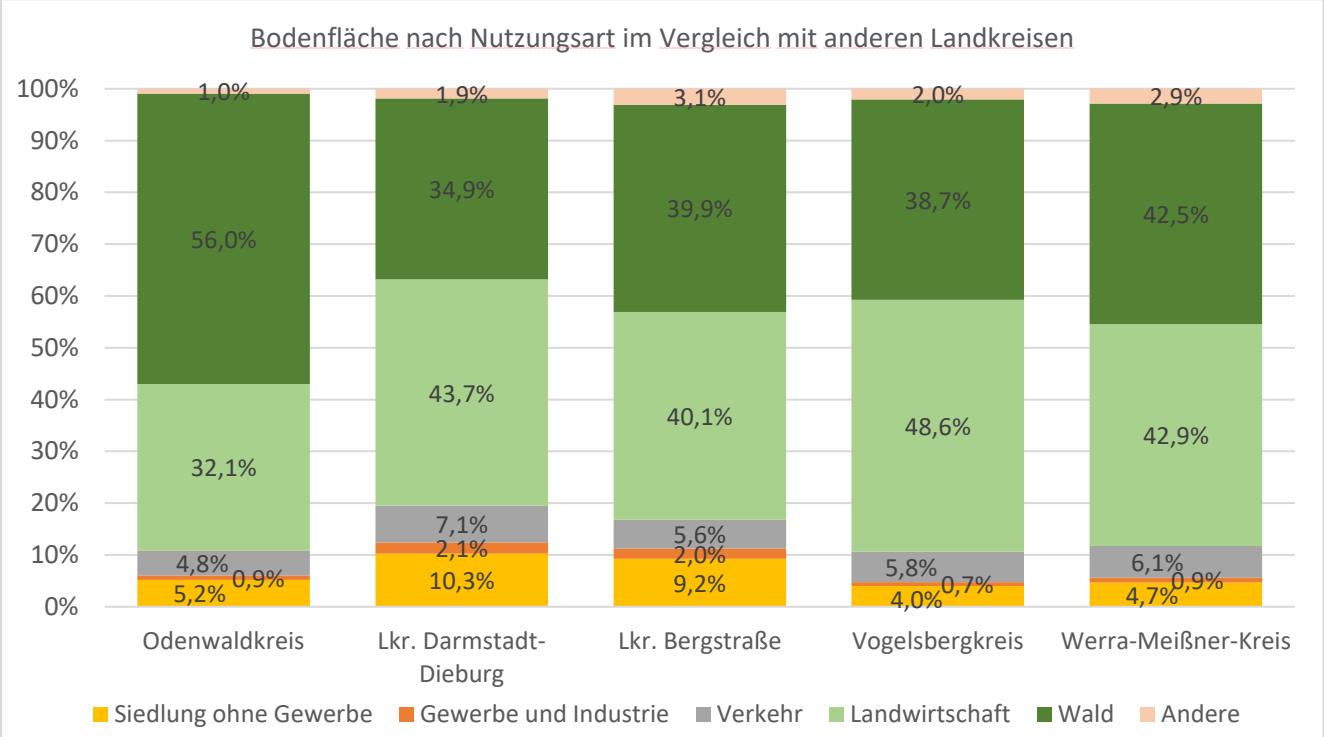


Abbildung 163: Bodennutzung im Odenwaldkreis. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2020, Gemeindestatistik, eigene Darstellung

Wie Abbildung 163 eindrucksvoll zeigt, ist die Natur- und Kulturlandschaft im Odenwaldkreis nicht nur in der Wahrnehmung und für die Lebensqualität entscheidend. Sie stellt auch flächenmäßig einen Großteil des Kreises dar. Im Vergleich mit anderen Landkreisen fällt zunächst der der geringe Anteil von Siedlungs- Gewerbe- und Verkehrsflächen auf. Im Vergleich zu den beiden ländlichen Kreisen Werra-Meißner-Kreis und Vogelsbergkreis ist der Anteil der Waldfläche deutlich stärker ausgeprägt.

Odenwälder Landschaften

Typisch für die Landschaft des Odenwaldkreises sind die ausgedehnten freien Flächen, die meist die Tal-Lagen dominieren und die ebenfalls weitläufigen Wälder, die vor allem in den steileren Geländebereichen und auf vielen Hügel-Kuppen zu finden sind. Neben diesen beiden prägenden Elementen bieten einzelne Standorte als spezielle Biotope Lebensraum für seltene Pflanzen und Tiere.

Der Großteil der Landschaft im Odenwaldkreis ist „Kulturlandschaft“, also durch den Menschen geprägt und nicht völlig naturbelassen. Prägend sind vor allem die Land- und Forstwirtschaft. Teils wird diese Landwirtschaft intensiv betrieben – wobei unter hohem Einsatz von Ressourcen (z.B. Arbeitskraft, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel) ein möglichst hoher Ertrag erwirtschaftet wird. Bei der sogenannten extensiven Landwirtschaft hingegen wird auf eine höhere Umweltverträglichkeit geachtet, sodass hierbei auch Düngemittel und Pestizide seltener zum Einsatz kommen (vgl. EUROSTAT a & b 2016).

> *„Der Odenwaldkreis ist neben seinem Waldreichtum geprägt von einer auf Rinder- und teils auch Schafhaltung ausgerichteten Grünland-Landwirtschaft mit abwechslungsreichen attraktiven Landschaftsstrukturen, die auch aus einer in allen Orten lebendig gehaltenen Streuobstkultur herrühren. Diese „Odenwälder Kulturlandschaft“ ist ein wichtiger Bestandteil der regionalen Identität und bildet damit bereits eine aufgewertete Grundlage (Naturpotential) regionaler Wertschöpfung.*“ (Quelle: Kreisausschuss-Vorlage vom März 2007 zur Einrichtung des Odenwaldprogramms Mensch-Natur-Kulturlandschaft)

An dieser Stelle sei der Hinweis zum Umgang der Kreisentwicklungsplanung mit dem Thema Windkraft gesetzt. Windkraftanlagen haben potentielle negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild und für die Ökosysteme. Insbesondere steht der Bau solcher Anlagen häufig im Konflikt mit Belangen des Vogel-

schutzes. Außerdem wird eine „Verspargelung“ der Landschaft, negative gesundheitliche Auswirkungen, z.B. durch Infraschall, sowie eine Verschlechterung der Lebensqualität insgesamt als Gegenargumente für den Bau solcher Anlagen angeführt. Demgegenüber wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der damit möglichst zu bremsende Klimawandel angeführt, der ebenfalls negative Auswirkungen auf das Ökosystem und die Lebensqualität weltweit haben wird.

Im Odenwaldkreis stellt es sich so dar, dass die Kommunalpolitik eine weitgehend einheitliche Linie gefunden hat. Diese sieht die bestmögliche Verhinderung von neuen Windkraftprojekten vor. Die Maßgaben des Landes machen eine völlige Verhinderung von Projekten allerdings unmöglich. Aus Sicht der Kreisentwicklungsplanung besteht insofern kein Bedarf, eine strategische Neuausrichtung im Rahmen des Kreisentwicklungskonzepts anzustoßen, als dass bereits eine politische Entscheidung vorliegt. Eine Notwendigkeit, das Thema ausführlich aufzugreifen ergab sich auch nicht im Rahmen der Bürgerschaftsbeteiligung.

Aufgaben der Kreisverwaltung im Bereich

a) Landschaftspflege und Naturschutz

Der Bereich Landschaftspflege als Verwaltungsbereich wurde erst 2005 vom Land auf den Landkreis übertragen. Im Zuge der Kommunalisierung wurden dabei Stellen für die Beratung und Bewilligung von Fördergeldern geschaffen. Die politischen Entscheidungen werden aber bei der Gestaltung der Förderprogramme auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene getroffen. Die Einflussmöglichkeiten des Kreisausschusses und des Kreistags daher beschränkt. Der Bereich Forst hingegen ist mit den Forstämtern weiterhin direkt in der Hand des Landes Hessen. Abstimmungsbedarf besteht vor allem bei der Pflege von Biotopen.

Die Aufgaben der Abteilung Landschaftspflege und Naturschutz konzentrieren sich vor allem auf Naturschutzgebiete, das HALM-Programm, Natura2000-Flächen (Fauna-Flora-Habitate (FFH) und Vogelschutzgebiete (VSG). HALM steht für „Hessisches Programm für Agrarumwelt- und Landschaftspflege-Maßnahmen“. HALM ist Teil der sogenannten Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) und speist sich aus EU-, Bundes- und Landesgeldern. HALM dient

> *„der Förderung einer besonders nachhaltigen Landbewirtschaftung in Hessen. Mit den Fördermaßnahmen soll ein Beitrag zur Erfüllung der Ziele in den Bereichen Biologische Vielfalt, Wasser-, Boden- und Klimaschutz sowie bei der Erhaltung der Kulturlandschaft geleistet werden. Die Landwirte erhalten einen finanziellen Ausgleich für zusätzliche Kosten oder Ertragsverzicht in Folge einer besonders umweltgerechten Landbewirtschaftung*“ (HMUKLV 2020a).

Bereits anhand dieser Definition wird deutlich, wie untrennbar hier Landschaftspflege und Landwirtschaft miteinander verbunden sind (davon abgesehen, dass in der Praxis Landschaftspflege nicht immer direkt mit Landwirtschaft zu tun haben muss). Ob und wie Landschafts- und Umweltschutz betrieben wird, ist aufgrund dieser Förderprogramme und zahlreicher Richtlinien für den Landwirt im Einzelnen letztlich immer auch eine abwägende Entscheidung, u.a. mit betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten.

Über HALM werden gefördert: die „Erarbeitung von Konzepten zur Zusammenarbeit von Landwirten mit relevanten Akteuren im ländlichen Raum zur verbesserten Umsetzung von Agrarumweltmaßnahmen“, der ökologische Landbau, besonders nachhaltige Verfahren im Ackerbau (u.a. Blühstreifen, Zwischenfrüchte und Erosionsschutzstreifen), Dauergrünland, besonders nachhaltige Verfahren im Dauergrünland, nachhaltige Verfahren bei Dauerkulturen (z.B. Streuobstwiesen), die Erhaltung der genetischen Ressourcen in der Landwirtschaft, sowie Maßnahmen zum Arten- und Biotopschutz in Agrarökosystemen (HMUKLV 2020b).

Tabelle 18: Ausschüttung von Fördermitteln aus dem HALM-Programm für den Odenwaldkreis im Jahr 2019

Zeilenbeschriftungen	Summe der Bewilligungsbeträge	Anzahl der Anträge
HALMBE19 = Auszahlung (da kein Z) der Blühflächen ein –j.	11.612 €	9
HALMBM19 = Blühflächen mehrj.	20.802 €	22
HALMG19 = Grünlandextensivierung	292.066 €	199
HALML19 = Arten- und Biotopschutz im Offenland/ Landschaftspflegearbeiten	4.620 €	3
HALMNSL19 = Naturschutzfachliche Sonderleistung	73.056 €	121
HALMO19 = Ökologische Landwirtschaft	33.164 €	49
HALMS19 = Streuobst gesamt mit Erhaltungsschnitt und Nachpflanzung	15.645 €	36
HALMSB19 = Sichere Beweidung	8.723 €	14
HALMSG19 = Schutzstreifen Gewässer	3.861 €	7
HALMVK19 = Vielfältige Kulturen	32.518 €	5
HALMZ19 = Zwischenfrüchte	14.803 €	16
	807.869 €	**481**

Die HALM-Förderrichtlinien sind mit Blick auf die Herausforderungen im Odenwaldkreis suboptimal. Zuletzt (Förderperiode 2020/21) betraf die HALM-Förderung eine Fläche von 2.785 Hektar Grünland, das entspricht etwa 14% der gesamten Ackerfläche im Odenwaldkreis. In den Jahren seit 2014 konnte flächenmäßig ein Anstieg verzeichnet werden. Mit Blick auf die Fördersummen bleibt die HALM-Förderung aber im Vergleich zu anderen Programmen der Agrar-Förderung deutlich abgeschlagen – hier ist weiterhin v.a. die flächenabhängige Basisprämie ausschlaggebend.

Die Förderkulissen sind mit Blick auf die besonderen Strukturen und Herausforderungen im Odenwaldkreis derzeit aber generell problematisch, da ein Großteil der landwirtschaftlichen Förderung der EU in Form der Basis-Zuschüsse ausgeschüttet wird, deren Höhe sich allein an der Größe der bewirtschafteten Fläche orientiert. Auch für andere Förderprogramme bedeutet die Kleinstrukturiertheit einen erhöhten bürokratischen Aufwand, da dieser für jede Fläche – egal wie groß – entsteht. Der mit der Beantragung verbundene bürokratische Aufwand steht also in einem relativ ungünstigen Verhältnis zum finanziellen Vorteil.

Auch die landschaftsprägenden Streuobstwiesen im Odenwaldkreis bedürfen einer stärkeren Förderung, um deren Erhalt und Ausbau sicherzustellen. Ökologisch betrachtet haben die Streuobstwiesen enormen Wert, weil sie zahlreichen, auch bedrohten Tierarten besonderen Lebensraum bieten.

Mit der Veröffentlichung der erneut überarbeiteten Förderrichtlinien, welche auch die neuen Maßgaben des aktuellen EU-Haushalts berücksichtigen, wird erst 2022 gerechnet. Bei der Erarbeitung dieser Richtlinie ist auch die Fachabteilung des Landratsamts eingebunden, sodass gehofft werden kann, dass die Interessen des Odenwaldkreises hierbei künftig eine bessere Berücksichtigung finden. Zur Anwendung in den Förderrunden werden sie aufgrund der jeweiligen Laufzeiten dann erst 2023 kommen.

Da der Kreis auf die Ausrichtung der Förderprogramme höherer Ebenen keinen direkten Einfluss ausüben kann, wäre die Neuauflage eigener Programme eine Alternative (wie in der Vergangenheit z.B. „Wiesenmeisterschaften“, „Odenwaldprogramm Mensch-Natur-Kulturlandschaft“, o. Ä.).

Tabelle 19: HALM-Verpflichtungen 2014-2021; Förderung in Hektar und Anzahl der Bäume;

HALM-Verpflichtungen (Hektar bzw. Anzahl Bäume)	2014/15	2015/16	2016/17	2017/18	2018/19	2019/20	2020/21
Vielfältige Kulturen HALMZVK	361	361	361	341	341	730	909
Zwischenfrüchte (HALMZZ)	127	140	148	148	155	133	174
Blühflächen einjährig (HALMZBE)	5	6	13	16	19	24	28
Blühflächen mehrjährig (HALMZBM)	28	31	32	35	37	27	27
Erosions-/ Gewässerschutz-streifen (HALMZSG)	6	6	6	6	6	9	9
Extensiv-Grünland (HALMZG)	1.545	1.607	1.589	1.610	1.651	1.550	1.625
Streuobst-Schnitt (HALMZSE)	1.205	1.448	2.158	2.236	2.604	2.367	2.767
Streuobst Nachpflanzung 1. Jahr (HALMZSN)	130	107	36	5	30	54	102
Streuobst Nachpflanzung Folgejahre	n.A.	130	237	273	278	178	125
Naturschutzfachliche Sonderleistung (HALMZNSL)	1.048	1.077	1.136	1.131	1.149	895	929
Arten- und Biotopschutz H2 bzw. HALMZL	15	15	155	15	15	14	14
Arten- und Biotopschutz sichere Beweidung (HALMZSB)	n.A.	n.A.	n.A.	236	518	512	512
Weidetierprämie (TP)	n.A.	n.A.	n.A.	n.A.	n.A.	2.369	n.A.
Gesamt Hektar Acker und Grünland ohne Öko und NSL	2.086	2.167	2.164	2.172	2.224	2.487	2.785
Gesamt Bäume	1.335	1.685	2.431	2.514	2.912	2.599	2.994

Folgende Gebiete gelten im Odenwaldkreis als besonders geschützt und werden daher auch in besonderer Weise verwaltet und in ihrem Erhalt gefördert.

- Natura2000 Schutzgebiete nach den FFH-Richtlinien (F = Fauna, Tierwelt, F = Flora, Pflanzenwelt, H = Habitat, Lebensraum), wobei auch Gebiete eingeschlossen sind, die nach der Vogelschutzrichtlinie von 1979 zu schützen sind (HMUKV; o.J./b)
  - FFH-Gebiet Beerfelder Heide
  - FFH-Gebiet Heumatte Rothenberg
  - FFH-Gebiet Erdbachhöhle bei Erbach
  - FFH-Gebiet Finkenbachtal und Hinterbachtal
  - FFH-Gebiet Grünlandbereiche östlich von Brensbach
  - FFH-Gebiet Jakobsgrund und Gammelsbachaue (inklusive NSG Jakobsgrund bei Gammelsbach)
  - FFH-Gebiet Magerwiesen von Raubach
  - FFH-Gebiet Oberläufe der Gersprenz

- Euterbach und Itterbach mit Nebenbächen

- Naturschutzgebiete, Artenschutz- und Biodiversitäts-Projekte und Maßnahmen
  - In Zuständigkeit des Landratsamtes
    - NSG Eutergrund bei Bullau
    - NSG Geierstal von Vielbrunn
    - NSG Stollwiese bei Erzbach
  - Naturschutzgebiete in Zuständigkeit des Forstamtes Michelstadt
    - NSG Bruch von Bad König
    - NSG Steinbacher Teich und Fürstenauer Park
    - NSG Rohrsee von Rehbach
    - NSG Bruch von Brensbach
    - Ebersberger Felsenmeer
  - Naturschutzgebiete im Zuständigkeitsbereich des Forstamtes Beerfelden
    - NSG Rotes Wasser von Olfen
    - FFH Odenwald bei Hirschhorn
    - Leegwald und Höllklinge bei Kailbach
  - Außerdem: FFH-Gebiet Buchenwälder des vorderen Odenwaldes, das u.a. auf den Gemarkungsflächen der Gemeinden Lützelbach, Brensbach, Fränkisch-Crumbach und Reichelsheim liegt, aber in der Zuständigkeit des Forstamts Lampertheim liegt.

Zur Umsetzung von Maßnahmen für Natura2000, Naturschutzgebiete, Artenschutz- und Biodiversitäts-Projektgebiete wurden 2020 folgende Mittel abgerufen:

- Artenschutzmaßnahmen Amphibienleiteinrichtungen: 2.447,60 €
- Zielvereinbarung im Gebietsmanagement 2020: 111.771,10 €
- Umsetzung der hessischen Biodiversitätsstrategie: 4.424,25 €
- Gesamtkosten: 118.642,95 €

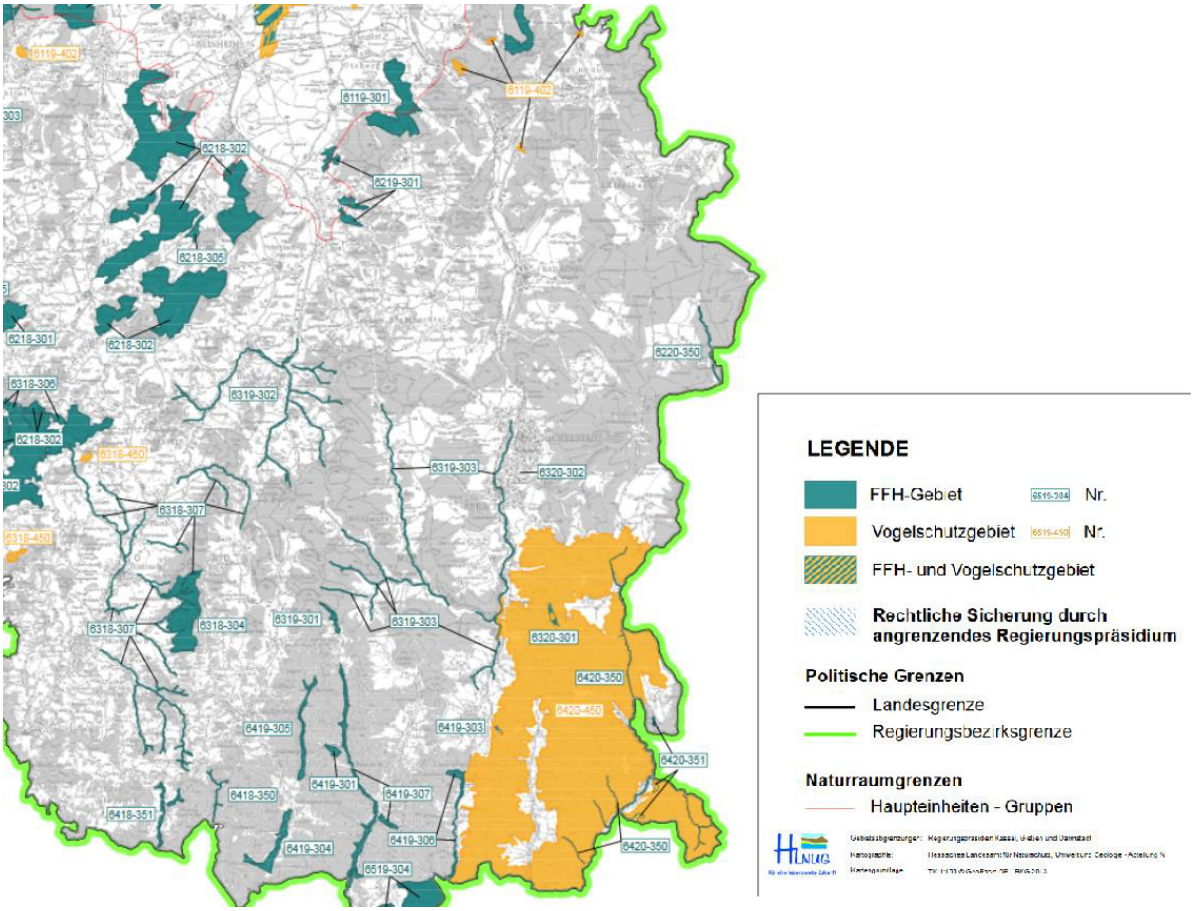


Abbildung 164: Natura2000-Gebiete im Odenwaldkreis. Quelle: RP DARMSTADT 2021

Maßnahmen und deren Umsetzung zum Erhalt von entsprechend geschützten Gebieten und Biotopen werden von der der Abteilung Landschaftspflege und Naturschutz am Landratsamt in Abstimmung mit dem Regierungspräsidium und der Unteren Naturschutzbehörde geplant, wobei auch Umweltschutzverbände, Grundstückseigentümer*innen, Bewirtschafter*innen u.v.m. involviert werden. Die Maßnahmenpläne werden für einen Zeitraum von mindestens 10 Jahren aufgestellt. Sie können jedoch jederzeit im Rahmen der jährlichen Planumsetzung veränderten Verhältnissen angepasst werden. Von Seiten des Landes Hessen werden dem Odenwaldkreis für die Umsetzung solcher Maßnahmen jährlich etwa 170.000 Euro zugewiesen.

Wenn ökologisch wertvolle Flächen benötigt werden, um Siedlungen, Gewerbe oder Verkehrsflächen zu erweitern, muss dafür an anderem Ort ein angemessener Ausgleich geschehen. Es muss also eine andere Fläche ökologisch aufgewertet werden (sogenannte Ausgleichsflächen). Die bauleitplanerische Pflicht, für Flächenausgleich zu sorgen, liegt bei den Kommunen. Sowohl aus Sicht mancher Kommunen als auch aus Sicht mancher Stellen der Kreisverwaltung wurde geäußert, dass es in diesem Bereich Verbesserungspotential gibt. Naturschutzverbände bemängelten, dass diese Flächen teils vernachlässigt wurden, dass z.B. gepflanzte Obstbäume nicht ausreichend gepflegt wurden, abstarben und letztlich nicht der beabsichtigte Ausgleichseffekt nicht erzielt wurde. Dahingehend wurde zwischenzeitlich von mehreren Stellen vorgeschlagen, die Kosten der Pflege von Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere von Streuobstwiesen, stärker in die kostenrechnerischen Betrachtungen der Kommunen aufzunehmen.

Ein noch zu gründender Landschaftspflegeverband (LPV) könnte auch den Kommunen bei der Organisation der Pflege von Ausgleichsflächen behilflich sein. Der Vorteil hierbei ist, dass der LPV eng mit landwirtschaftlichen Betrieben und Umweltverbänden vernetzt ist, sodass diese dabei besser einbezogen werden können. Die Initiative zur Gründung eines solchen Verbands wurde im Januar 2020 angestoßen.

Zum Start des HALM-Programms wurde 2009 ein Regionales Agrarumweltkonzept erstellt und seitdem intern von der Abteilung Landschaftspflege und Naturschutz v.a. in der Geodaten-Software des Landes fortgeschrieben. Es handelt sich somit aktuell eher um einen Satz von Geodaten als um ein strategisches Konzept.

> „*Das Regionale Agrarumweltkonzept (RAK) ist die für das Gebiet des Odenwaldkreises räumliche Darstellung der biotischen und abiotischen Ziele und Gebiete, in denen aus naturschutzfachlicher Sicht Erhaltungs- und Entwicklungsmaßnahmen erforderlich sind. Mit dem Konzept sollen zielgerichtet und effizient Fördermittel aus dem Hessischen Integrierten Agrarumweltprogramm (HIAP)* [Vorläufer-Programm von HALM] *in die Räume gelenkt werden, die im Rahmen der regionalen Konsensbildung hohe Priorität erhalten haben*. […] *Das RAK wird im Odenwaldkreis vom Amt für den ländlichen Raum (ALR) unter Mitwirkung der im Gebiet zuständigen Gemeinden, Forstämter, Wasserbehörde, Unteren Naturschutzbehörde, Naturschutzverbände, Regionale Entwicklungsgruppe u.a. erarbeitet. Die Mitwirkung erfolgt in Form eines vom ALR moderierten Arbeitskreises im Rahmen des so genannten Regionalen Agrarumweltforums. Die in dem Forum abgestimmten* ***Prioritätensetzungen*** *werden vom ALR begründet“* (LR DES ODENWALDKREISES 2009: S. 5).

Da das ALR heute in der Form nicht mehr existiert, muss die Aufführung des RAKs ergänzt werden um die Abteilung Landschaftspflege und Naturschutz sowie die Abteilung Landwirtschaft und Landwirtschaftliche Förderung. Eine umfassende Aktualisierung – im Format eines öffentlichen Konzepts – wäre der Vielzahl der Themen und der Akteure entsprechend ein wichtiges, aber auch aufwendiges Vorhaben.

Im Bereich der Landschaftspflege wird eine landesweite einheitliche Software für Geo-Daten verwendet, die nicht ohne weiteres mit denen des Landkreises oder der Gemeinden kompatibel ist. Dafür werden diese Geo-Daten unter http://natureg.hessen.de/ für jedermann zugänglich gemacht. Insbesondere die Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde wird jedoch durch diese Inkompatibilität erschwert.

b) Umwelt und Naturschutz

Grundsätzlich ist die Untere Naturschutzbehörde am Landratsamt in erster Linie Aufsichts- und Genehmigungsbehörde. Der Arbeitsbereich konzentriert sich also vor allem auf die Umsetzung von gesetzlichen Vorschriften und deren Auslegung. In der Öffentlichkeit wird der Verwaltungsbereich Naturschutz in der Regel in zweierlei Hinsicht wahrgenommen: Wenn sich Probleme damit bei Bauvorhaben ergeben oder wenn Akteure, wie z.B. Umweltverbände, öffentlich bemängeln, dass an bestimmten Stellen zu

wenig für den Naturschutz getan werden. In beiden Fällen steht die Untere Naturschutzbehörde (UNB) vor dem Problem, wegen Datenschutzbestimmungen nicht öffentlich Stellung nehmen zu können. Bei laufenden Verfahren wird so teils Druck auf die Behörde ausgeübt, ohne dass diese erörtern könnte, welche Probleme aus ihrer Sicht bei konkreten Projekten bestehen.

Insbesondere bei Bauvorhaben zeigt auch die Zusammenarbeit mit den Kommunen teils erhebliche Verbesserungspotentiale. Aus Sicht der Naturschutzbehörde könnten Bauvorhaben deutlich reibungsloser abgewickelt werden, wenn sie selbst frühzeitiger in die Planungen einbezogen würde. Häufigstes Vorgehen ist bislang leider, dass Planungen erst nach Fertigstellung an die UNB gegeben werden, sodass dann bei etwaigen Hindernissen aus Naturschutz-Sicht nur die Ablehnung der Planung erfolgen kann. Als Element der Öffentlichkeitsbeteiligung in der UNB fungiert der Naturschutzbeirat, in dem Naturschutzorganisationen und landwirtschaftliche Betriebe vertreten sind. Der Beirat kann selbstbestimmt Stellungnahmen beschließen und fungiert als beratendes Gremium gegenüber der Fachbehörde. Im Sommer 2021 ging außerdem der Umweltblog des Odenwaldkreises an den Start, der vom Klimaschutzmanager des Kreises koordiniert wird und der Kommunikation zu verschiedenen Umwelt- und Klimathemen dient. Ein weiteres Element hin zu einer stärkeren Transparenz und Nachvollziehbarkeit des Verwaltungshandelns könnte mit einem Naturschutz-Bericht geschaffen werden, wie er bspw. im Lahn-Dill-Kreis regelmäßig erstellt wird. Mit einer proaktiveren Öffentlichkeitsarbeit zu solchen Themen kann es dem Kreis durchaus gelingen, die teils prävalente Wahrnehmung als „Verhinderer“ abzulegen. Die stärkere Präsenz solcher Themen in der Gesamtbevölkerung bietet dazu aktuell eine gute Ausgangslage.

In der Abteilung für Naturschutz ist außerdem auch die Untere Wasserschutzbehörde angesiedelt. Diese ist zuständig für den Schutz der Oberflächengewässer und des Grundwassers, sowie für den Schutz von Personen und Sachen (z.B. Trinkwasser und Hochwasserschutz).

Die UNB arbeitet auch mit der NATIS-Artendatenbank für gefährdete Tiere und Pflanzen und mit NATUREG, dem behördlichen Naturschutzinformationssystem des Landes Hessen.

Artenvielfalt

Die Hessische Biodiversitätsstrategie wurde zunächst 2013 beschlossen, 2016 erfolgte eine Aktualisierung (HMUKLV 2016). Hierbei wurden besonders bedrohte Arten identifiziert, Maßnahmenvorschläge erarbeitet und Arbeitsgruppen unter Beteiligung von Verbänden und Bürgerschaft gegründet. Zur finanziellen Umsetzung sollten vielfältige Fördermöglichkeiten für Lebensräume und für Arten gestellt werden. Die Strategie legt in 11 Teilbereichen Ziele und Aktionen fest. Im Zug der Überarbeitung ab 2013 wurden die Ziele erweitert, neue Aktionen kamen hinzu, ebenso wie das 11. Ziel, unter dem wichtige Beiträge der anderen Hessischen Ministerien subsumiert werden. NABU und BUND kritisierten zuletzt, dass die Biodiversitätsstrategie im Odenwaldkreis weitgehend unbekannt ist und von kommunaler Seite zu wenige Förderprojekte, die damit möglich wären, umsetzen. Aktuelle Projekte des Odenwaldkreises im Rahmen dieser Strategie wurden in Zusammenarbeit mit dem NZO Naturschutzzentrum Odenwald (Stiftung Georg Raitz) und mit Förderung des Regierungspräsidiums Darmstadt (als Obere Naturschutzbehörde) durchgeführt:

- Erhaltung und Entwicklung des letzten Efeu-Moorglöckchen- Vorkommens bei Kimbach (Bad König) - Grunderwerb und erforderliche Pflegemaßnahmen zur Wiederansiedlung des Moorglöckchens. Laufzeit von 2018 bis 2021
- Wiederansiedelung des Efeu-Moorglöckchens im historischen Verbreitungsgebiet Bad König-Vielbrunn. Laufzeit von 2019 bis 2022

Mit Blick darauf, wie zahlreich die auf den Seiten der Biodiversitätsstrategie (HMUKLV 2016) dargestellten Umsetzungsmaßnahmen im Rahmen der Hessischen Biodiversitätsstrategie z.B. im Werra-Meißner-Kreis ausfallen, bleibt für den Odenwaldkreis zu untersuchen, ob und wie diese Fördermittel künftig besser für die Handlungsbedarfe in der Region genutzt werden können.

Zuletzt wurde 2019 ein Biodiversitätsbericht für Hessen veröffentlicht. Dieser zeigt vor allem die Aktivitäten des Umweltministeriums. Konkrete Aussagen über die Erfolge der Strategie in den jeweiligen Regionen sind nicht enthalten.

Mit Blick auf einen Handlungsbedarf ist zunächst der Rückgang der **Insekten**- und insbesondere der **Bienen**vorkommen anzuführen. Auch mit Blick auf deren wichtige Rolle für das gesamte Ökosystem gilt es daher, insektenfreundliche Flächen zu fördern. Aktuell kann hierfür v.a. das Förderprogramm HALM genutzt werden. In früheren Kreisentwicklungskonzepten wurde hierzu u.a. das Anlegen von blühenden Randstreifen z.B. an Kreisstraßen vorgeschlagen. In der Praxis konnte dies bislang leider nur vereinzelt umgesetzt werden, weil weder der Eigenbetrieb für Bau- und Immobilienmanagement (BIMO) noch bei Hessen Mobil entsprechende Ressourcen vorhanden waren, um die auch 2020 angedachte Bepflanzung der Randstreifen von Kreisstraßen mit blühendem Grün durchzuführen. Eine weiterhin angestrebte Maßnahme ist eine Anpassung der Mahdzeitpunkte auf Ackerflächen und im Straßengrün. Diesbezüglich wären Schulungen für Private und kommunale Bauhofsmitarbeiter*innen ein wichtiger Baustein. Das Landratsamt kann nicht überall regulierend eingreifen – in der Umsetzung ist man also auf die Mitwirkung von vielen mitwirkenden Personen in der Region angewiesen. Trotz der Sinnhaftigkeit solcher Maßnahmen kann das Insektensterben aber nicht allein durch eine Anlage von Blühflächen verhindert werden. Zentral ist letztlich vor allem der Erhalt natürlicher Flächen mit einheimischen Arten. Auch eine Verringerung der künstlichen Beleuchtung gilt als insektenfreundliche Maßnahme.

Bei den Singvögeln verzeichnet man seit Jahrzehnten in ganz Europa und auch in Hessen und dem Odenwaldkreis einen dramatischen Rückgang des Bestands. Besonders bedroht sind auch weitere bereits selten gewordene **Vögel**, wie Schwarzstorch und Rotmilan. Der Rückgang solcher Arten wird primär auf den Verlust von Lebensräumen, geeigneten Nistplätzen sowie der Nahrungsgrundlage zurückgeführt. Manche Spezies geraten zusätzlich durch invasive Arten weiter unter Druck. Experten sind sich noch uneins, was diesen Rückgang im Einzelnen verursacht. Zu den Erklärungsansätzen zählen u. a. die industrielle Landwirtschaft (auch in den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern), die Lichtverschmutzung und der aus diesen beiden Faktoren bedingte Rückgang der Nahrungsgrundlage, aber auch die Jagd auf Zugvögel in manchen Ländern und der Klimawandel. Hinzu kamen in den Jahren verschiedene Krankheiten.

Vom Rückgang der Insektenvorkommen sind nicht nur viele Vogelarten, sondern auch die **Fledermäuse** bedroht. Für Fledermäuse besonders relevant ist außerdem auch das Vorhandensein passender Unterschlüpfe. Leider führt moderne Architektur und Dämmung in den meisten Fällen dazu, dass solche Hohlräume und Winkel an Wohnhäusern und Hofreitern verschwinden. Zuletzt machte der NABU mit einer Preisverleihung für besonders „fledermausfreundliche Häuser“ auf dieses Thema aufmerksam und wies auf geeignete gestalterische Maßnahmen hin. Z.B. in Mauerritzen, Holzverschalungen, Fensterläden/ Klappläden, Scheunen, Obstbäumen finden die Tiere tagsüber Unterschlupf. Mit tierfreundlichen Gärten und entsprechend gestalteten Häusern kann jeder Hausbesitzer einen Beitrag leisten.

In einer gemeinsamen Studie konnten BUND, NABU, TU Darmstadt, die Abteilung Landschaftspflege und Naturschutz des Landratsamts und zwei Landwirte im Odenwaldkreis **Maßnahmen für mehr Biodiversität in der Landwirtschaft** untersuchen (TEUBNER 2020). Als förderlich für die Artenvielfalt und das Vorkommen von Arthropoden (Gliedertiere wie Insekten, Spinnen, Milben) wurden insbesondere eine kleinteilige Struktur der Flächen und eine spähte Mahd festgestellt. Im Vergleich zu Ackerflächen war die „Arthropoden-Abundanz“ auf den Grünflächen deutlich höher. Hervorgehoben wurde der Wert von ausgedehnten Hecken in Verbindung mit erosionshemmenden Dauergrünland für die Ackerwirtschaft. Als Hindernis wurde die schwierige Datenverfügbarkeit aus Flächennutzungsplänen, Biotopvernetzung usw. identifiziert. Teubner äußerte die Vermutung, dass bei einer besseren Datenlage auch die Förderung für diesen Bereich verbessert werden könnte. Auch die fehlende Bekanntheit und Attraktivität der bestehenden Förderprogramme wurde bemängelt, sowie deren bürokratische Hürden und finanzielle Unwägbarkeiten.

Für teils lebhafte Diskussionen, vor allem im Spannungsfeld zwischen Artenschutz und Weidetierhaltung, sorgt der **Wolf**. Auch wenn sich bislang noch kein Wolf im Odenwaldkreis niedergelassen hat, kam es in der Folge von Sichtungen und Nachweisen in letzter Zeit gehäuft zu Diskussionen, wie mit dem „Thema Wolf“ im Kreis umzugehen ist. Weil der Wolf unter Artenschutz steht, ist es faktisch nicht zu verhindern, dass sich Wölfe prinzipiell auch im Odenwaldkreis ansiedeln können. Einerseits werden für das lokale Ökosystem positive Effekte durch die Präsenz des Raubtiers angenommen – z.B. unterstützt der Wolf die Jägerschaft bei der Bestandskontrolle des Reh- und Rotwilds, sodass wiederum die Wiederaufforstung von geschädigten Wäldern besser gelingen kann. Andererseits stellt das Tier potentiell eine Bedrohung für die Weidetierhaltung dar, insbesondere aus Sicht der Schafhaltung. Auch

hierbei ist erneut der hohe Wert der Weidetier- und insbesondere Schafhaltung im Odenwaldkreis für die Landschaftspflege zu betonen. Hierbei ist auch deren Rolle bei der Beweidung einzelner besonders empfindsamer Flächen und ihr kulturhistorischer Eigenwert zu betonen.

In den Debatten wurde zunächst auf die unzureichende Förderung von Schutzmaßnahmen durch das Land Hessen hingewiesen, verbunden mit der vergleichsweise niedrigen Entschädigung der Tierhalter für den Fall, dass ein Weidetier gerissen wird. Die landesrechtlichen Regelungen Baden-Württembergs wurden im Vergleich als vorbildlich dargestellt. Die ohnehin starke Belastung von landwirtschaftlichen Betrieben durch immer mehr bürokratische und betriebliche Vorgaben führt in diesem Kontext zum Eindruck unter Weidetierhaltern, von staatlicher Seite gegängelt zu werden und eigentlich nicht erwünscht zu sein.

Gleichzeitig wird von staatlicher Seite zumindest rhetorisch immer wieder auf den Wert artgerechter, landschaftspflegerischer Tierhaltung verwiesen. Bei oftmals ohnehin geringer Wirtschaftlichkeit kommt mit einem Aufrüsten der Zäune eine zusätzliche Belastung auf die Schäfer zu. Hinzu kommen, Schilderungen in der Presse darüber, dass selbst zwei Meter hohe Zäune und Elektrozäune von Wölfen überwunden wurden. In den Debatten wurde auch wiederholt darauf hingewiesen, dass allein die Aussicht darauf, dass sich jederzeit Wölfe ansiedeln könnten und man dann nur unzureichende Gegenmaßnahmen einleiten könnte, eine zusätzliche emotionale Belastung für die Weidetierhalter darstellt.

In diesem Kontext ist zu verstehen, warum die Debatte um das Thema Wolf zwischenzeitlich teils stark emotional geführt wird. Folglich gilt es, baldige Entlastungen für die Weidetierhalter zu schaffen und klare Regelungen zu finden. Für künftige Regelungen wird unter anderem der noch in Entstehung befindliche Wolfmanagements-Plan des Landes entscheidend sein. Für Arbeitskreise diesbezüglich wurden auch Akteure aus dem Odenwaldkreis eingeladen.

Für eine verbesserte Förderung der Weidetierhaltung von Schafen und Ziegen wurde von Seiten des Landes Hessen seit 2018 bereits Fortschritte erzielt. 2020 wurde beispielsweise die sogenannte Weidetierprämie eingeführt. Zuletzt befasste sich im Herbst 2020 auch der Ausschuss für Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Umwelt und Naturschutz des Odenwaldkreises damit. Ergebnis der ausführlichen Debatte, bei der auch Gäste als Redner*innen eingeladen waren, war der Beschluss einer Resolution des Kreistages an die Landesregierung – seit 2017 die dritte zu diesem Thema. Zentrale Forderungen der Resolution von 2020 waren schnellstmöglich eine adäquate Förderung für die Unterstützung der Weidetierhalter beim Herdenschutz umzusetzen und insbesondere einen finanziellen, vollumfänglichen Ausgleich für gerissene Tiere zu gewährleisten, das Wolfsmonitoring auszubauen und den Hessischen Wolfsmanagementplan zu überarbeiten. Außerdem wurde gefordert, dass Statistiken zu Nutztierrissen durch Wölfe in Hessen öffentlich gemacht werden sollten und eine Rechtsgrundlage für das Bejagen von Wölfen unter bestimmten Voraussetzungen geschaffen wird.

Nachdem der **Biber** zu Beginn des 19. Jahrhunderts beinahe ausgerottet war, schätzte das Regierungspräsidium Darmstadt die Biberpopulation auf schätzungsweise 50.000 Individuen. Ursächlich ist vor allem ein gezieltes und erfolgreiches Wiederansiedlungsprogramm. Der Biber ist in fast allen Gewässern im Odenwaldkreis angekommen: von der Mümling bis in die Seitenarme der Gersprenz fühlt er sich derzeit wieder heimisch. 2017 registrierte das RP Darmstadt im Biber-Jahresbericht 12 Biberreviere (RP DARMSTADT 2017: S. 3). Die genaue Anzahl an Bibern im Odenwaldkreis ist aber aktuell nicht bekannt. Nicht ohne Grund nennt man den Biber auch einen „Landschaftsgestalter“: Seine Dämme führen häufig zu Überschwemmungen auf den umliegenden Landflächen. Auswirkungen hat das besonders auf die Landwirte. Die Flächen vernässen und können anschließend oft nicht mehr landwirtschaftlich genutzt werden. So kam es unter anderem zu Beeinträchtigungen bei der Nutzbarkeit einzelner Ackerflächen; besonders hatte die Bautätigkeit eines Bibers in Bad König für Diskussionen gesorgt, weil ein in Flussnähe gelegener Fußballplatz für die meiste Zeit des Jahres nicht benutzbar war. Die Gemeinde Höchst nimmt sich nun in einem Projekt vor, eine Fläche zu erwerben, um dort ein optimales Biotop für die Tiere zu schaffen.

Das Bibermanagement bleibt aber ein konfliktträchtiges Feld, wobei die Präsenz der Tiere von der Allgemeinbevölkerung meist positiv aufgenommen wird. Als mögliche Maßnahmen, um die meist als negativ bewerteten Auswirkungen zu reduzieren und die Akzeptanz der Biber somit zu erhöhen gelten bspw. das Umzäunen von Bäumen (in besonderer Lage) mit Draht zum Schutz vor dem Biber, der Anstrich von Baumstämmen mit Wirkstoffen, die für den Biber ungenießbar sind oder das Einführung

eines Rohrs in den Damm des Bibers um Überschwemmungen zu verhinder. Insbesondere in der Nähe von Trinkwasserquellen kann dies sinnvoll sein. Außerdem können mit Gewässerrandstreifen Areale geschaffen werden, in denen die Tiere ungehindert leben und bauen können, ohne dass es dabei zu Konflikten mit landwirtschaftlicher Nutzung, oder die versehentliche Zerstörung von Höhlen kommt. Nach § 44 Bundesnaturschutzrecht stehen die Tiere in Hessen unter Artenschutz. Einen Biber „loszuwerden" ist daher nur unter strengen Voraussetzungen möglich und bedeutet eine aufwendige Umsiedelung. Freigewordene Reviere werden zumal womöglich schnell wieder von anderen Tieren besetzt.

Wie in vielen Bereichen des Naturschutzes kommt es auch beim den Themen Wolf und Biber auf einen Ausgleich von Interessen und Kommunikation an. In Konfliktfällen ist eine Versachlichung durch Aufklärung angeraten. Die Standpunkte der Konflikt-Akteure sind jeweils möglichst neutral und ausführlich darzulegen, sodass sie für die anderen Akteure nachvollziehbar werden. Anschließend ist im kooperativen Austausch eine für alle Seiten tragbare Lösung zu suchen.

Mit den hier aufgeführten prominenten Themen des Bereichs Artenschutz ist keine abschließende Aufzählung oder eine umfassende Strategie geschaffen. Es sind jedoch damit die Themen, die in der öffentlichen Diskussion – auch von den Naturschutzverbänden – am häufigsten diskutiert werden. Eine vollumfängliche Aufstellung und Strategie könnte im Rahmen einer dezidierten Biodiversitätsstrategie erarbeitet werden, war jedoch im Rahmen der Erstellung des Kreisentwicklungskonzepts noch nicht möglich.

Streuobst

Die Streuobstwiesen im Odenwald sind nicht nur einzigartige Lebensräume für bedrohte Arten, sondern auch seit Jahrhunderten prägendes Kulturgut. Seit 1672 ist staatliche Förderung des Obstanbaus im Odenwaldkreis belegt. Im 19. Jahrhundert wurde der Bestand an Streuobstbäumen im Kreis es noch auf ca. 420.000 geschätzt. Vor 10 Jahren wurden per Luftbildeinschätzung noch 65.000 Bäume ermittelt. Nun sind es noch weniger: jüngste Expertenschätzungen rechnen mit etwa 40.000. Gründe für diesen Rückgang sind zum einen die stark gesunkene Wirtschaftlichkeit: in den vergangenen Jahrhunderten wurde Obst aus dem Odenwald teils europaweit verkauft; allgemein stellte die Bewirtschaftung der Obstwiesen eine willkommene Einkommens- und Nahrungsquelle für die bäuerliche Bevölkerung dar. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Förderung des Obstbaus wieder angeschoben – unter anderem mit umfangreichen Bildungsprogrammen und mittels neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse (v.a. H. W. Debor's Erkenntnisse wirkten sich prägend aus). Die Öffnung der europäischen Märkte führte aber schließlich zu sinkender Wirtschaftlichkeit. Der Umstieg von der Hochstamm- auf die Plantagen-Kultur wurde im Odenwald nicht vollzogen. Seitdem werden die Früchte v.a. in den Keltereien verarbeitet, doch selbst das ist für viele Landwirte hinsichtlich der Arbeitszeit für Pflege und Ernte nicht mehr rentabel. Obstbäume stellen somit aus ökonomischer Sicht für den Landwirt eher ein Hindernis für die Bewirtschaftung der Grünlandflächen dar.

Die Abteilung Landschaftspflege und Naturschutz betreute in den Jahren von 1980 bis etwa 2012 den Themenbereich Streuobst fachlich intensiv. Dazu gehörte es, die Bevölkerung, Landwirte, Naturschutz und Obst- und Gartenbauvereine zu beraten und zu informieren. Das Angebot der Fachwartausbildung war in Südhessen zunächst einzigartig (bzw. für andere Initiativen in Hessen ein Vorbild) und hat auch über den Odenwaldkreis hinaus viele Menschen erreicht. Aufgrund der Sparmaßnahmen zur Erfüllung der Schutzschirmanforderungen des Landes Hessen wurde „Streuobst" als „freiwillige Aufgabe" des Odenwaldkreises eingestuft und die Aktivitäten mussten eingestellt werden. Über die laufende Förderung im Rahmen des HALM-Programms können pro Antrag nur geringe Fördermittel abgerufen werden. Ab 2015 übernahm der Kreisverband Odenwald-Dieburg für Obstbau, Garten- und Landschaftspflege (OGL) die Fachwart-Ausbildung; 2020 übernahm dann der Förderverein Odenwälder Apfel diese Aufgabe.

Von 1980 bis 2011 gab es ein Förderprogramm des Odenwaldkreises, welches Maßnahmen zum Erhalt der Streuobstwiesen mit 100 bis 1.000 Euro pro Prämienempfänger bezuschusste, bei einer Gesamtsumme von 40.000 Euro. Zuletzt wurde diese Summe auf 10.000 Euro reduziert, bevor es im Rahmen des Schutzschirmverfahrens als „freiwillige Ausgabe" abgeschafft werden musste. Tabelle 20 zeigt was im „Odenwaldprogramm – Mensch-Natur-Kulturlandschaft" gefördert wurde:

Tabelle 20: Odenwaldprogramm Mensch-Natur-Kulturlandschaft (2007)

Maßnahmen	Auswahlkriterien	Prämie bzw. Honorar
1.) Ökologisch wertvolle Grünlandbestände	Vorkommen seltener Tier- und Pflanzenarten sowie ggf. zusätzliche Leistungen wie später Mahdtermin oder Maßnahmen, die dem Vorkommen der Arten besonders dienen	Etwa 100 bis 1000 Euro pro Prämienempfänger und Bestand (abhängig von der ökologischen Wertigkeit des Grünlandbestandes)
2.) Ökologisch wertvolle Streuobstbestände	Strukturreichtum, Brutvögel, Alt- und Totholzanteil, fachgerechter Pflegeschnitt, Sortenvielfalt usw. (ggf. auch in Verbindung mit Pflanzaktion oder Lehrgängen)	Etwa 100 bis 1000 Euro pro Prämienempfänger und Bestand (abhängig von der ökologischen Wertigkeit und des Pflegezustandes des Streuobstbestandes)
3.) Maßnahmen zur Instandsetzung und Erhaltung besonderer Lebensräume	Besondere seltene und gefährdete Lebensräume bzw. Tier- und Pflanzenarten, die die Kulturlandschaft im Odenwald prägen (auch historische Zeugen alter Bau- bzw. Bewirtschaftungsformen) z.B.: Trockenmauern, Be- und Entwässerungsgräben, Rückenwiesen, Hecken, Tümpel und Teiche usw.	Entsprechend nach Aufwand (vorzugsweise für gemeinnützige Organisationen wie Integra, Wurzelwerk, IJGD, AWO...), wenn keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten bestehen

Eine weitere Fördermaßnahme war die jährliche Ausgabe von Obstbäumen zum vergünstigten, durch das Regierungspräsidium Darmstadt und den Odenwaldkreis geförderten Preis. Das RP übernahm die Hälfte des Einkaufspreises. Der Odenwaldkreis investierte Personalressourcen, um die Aktion zu planen, durchzuführen und den notwendigen Berichtspflichten für das Regierungspräsidium Darmstadt nachzukommen. Es musste sichergestellt werden, dass die Bäume auch tatsächlich landschaftspflegerischen Maßnahmen zugutekamen – auf welchen Grundstücken diese gepflanzt werden sollten, musste jeweils digital erfasst werden. Dank vergünstigtem Einkaufspreis bei einer solchen Massenbestellung an Obstbäumen wurden so jedes Jahr ca. 7.000-15.000 Euro Fördergelder investiert, um etwa 400 bis 1.000 junge Bäume in der Region anzupflanzen. Über eine Wiedereinführung eines solchen Programms wird derzeit verhandelt.

Bei einer von der Interessengemeinschaft Odenwald (IGO) organisierten Gesprächsrunde von amtlichen und ehrenamtlichen Experten der Region wurden im Herbst 2020 folgende Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten ausführlich diskutiert:

- **Fachwissen** zu Pflanzung, Pflege und Sortenauswahl ist von zentraler Bedeutung für das Thema, denn der Apfelbaum ist eine Kulturpflanze, die gepflegt werden muss. Seit die Förderung des Obstbaus im Odenwaldkreis aufgrund des Rettungsschirms zurückgefahren werden musste, sind frühere Netzwerke und Kompetenzen teils erodiert, auch weil einige Personen aufgrund ihres Alters weniger aktiv sein können. Die VHS und der Geo-Naturpark könnten künftig bei der Organisation von entsprechenden Fortbildungen für Interessierte mitwirken – sofern geeignete Dozenten gefunden werden können.
- Obstbäume werden von den Kommunen im Kreis gerne für **Ausgleichsmaßnahmen** für Flächenversiegelungen an anderer Stelle genutzt. Allerdings werden diese dann in den Folgejahren teils nicht ausreichend gepflegt und haben somit oftmals eine nur kurze Lebensdauer. Daher wurde es als am sinnvollsten erachtet, auf gesteigerte interne Kompetenz in den Kommunen zu setzen, z.B. dadurch, dass pro Kommune jeweils zwei **Bauhofmitarbeiter eine Fachwartausbildung** machen. In Wetzlar wird ein solches Modell bereits praktiziert. Darüber hinaus müsste künftig bei Überlegungen zu Ausgleichsmaßnahmen diese Pflege auch angemessen in die Kostenplanungen einfließen.
- Die Verpächter von landwirtschaftlich genutzten Flächen wissen teilweise gar nicht, dass darauf Obstbäume stehen.
- Öffentliche Einrichtungen (Schulen, Kitas, Krankenhaus, …) könnten Apfelprodukte ausschließlich aus regionalem Streuobst beziehen.
- Die Vermarktung des Obstes müsste dahingehend optimiert werden, dass wirtschaftliche Stundenlöhne für Baumpflege und Ernte entstehen. Gleichzeitig sollen die für den Naturschutz so wichtigen Hochstamm-Kulturen erhalten bleiben. Eine entsprechende Vermarktung müsste also auf ein hochpreisiges, hochwertiges Produkt setzen, wobei die regionale Produktion und der Wert für die Artenvielfalt betont werden müsste. Für eine professionelle Vermarktung wäre ein „Dach“ nötig, unter dem die Vermarktung für die einzelnen Lieferanten erfolgen würde. Eine Umsetzung dieses Ansatzes

scheint vor allem vielversprechend unter Nutzung bestehender Netzwerke, wie dem Verein Odenwälder Apfel, der Ökomodellregion Hessen Süd, über Bauernläden oder Vergleichbarem.
- Alternative Vermarktungskonzepte setzen z.B. auf Baumpatenschaften oder die Vermarktung an öffentliche Einrichtungen in der Region, wie z.B. Schulen, Kindergärten, Altenheimen oder das Krankenhaus. Auch in Verbindung mit dem Tourismus könnte die Wirtschaftlichkeit des Streuobstanbaus angekurbelt werden.
- Ein lohnenswerter Preis für den Odenwälder Apfel kann nur erzielt werden, wenn die entsprechende Wertschätzung dieser besonderen Anbauweise beim Kunden auf ausreichende Wertschätzung trifft. Erhebliche Mühen sind daher darin zu investieren, das Bewusstsein für diesen Wert in der Bevölkerung zu schärfen. Dienlich hierzu könnten Projekte sein wie der Einsatz von „Streuobstpädagogen“ an Schulen und KiTas, die Verknüpfung mit dem Tourismus und dem Regionalmarketing und die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit, v.a. in Verbindung mit Aktionen, wie des ehrenamtlichen Mistel-Schneide-Einsatzes.

Zusammenfassend lassen sich also teils fehlende Zuständigkeit, Geld- und Personalmangel, fehlende Kontinuität bei der Durchführung von Fördermaßnahmen und insbesondere bei der Ausbildung zur Pflege und Erhaltung des Kulturgutes Streuobst als aktuell ausschlaggebende Gründe dafür anführen, warum die Streuobstbaumpflege in den letzten Jahren gelitten hat – und mit ihr der Bestand an Obstbäumen im Kreis. Große Hoffnungen werden in den in Gründung befindlichen **Landschaftspflegeverband** gesetzt. Dort könnte auch eine „Streuobstwiesenkoordination“ angesiedelt werden. Um den Erhalt zu sichern, bestehen vor allem dann Chancen, wenn die vielen, meist ehrenamtlichen Akteure eingebunden und gefördert werden. Letztlich ist mit umfangreichen Aufgaben in den Bereichen Pflegemaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit und Ausbildung stets auch ein gewisser Kostenaufwand verbunden, der von Ehrenamtlichen nicht dauerhaft geleistet werden kann.

Im Zuge künftiger Aktivitäten des Landschaftspflegeverbands sollte die Idee der Streuobstwiesen-Börse im Auge behalten werden, auf die die Grünen-Kreistagsfraktion im Januar 2021 aufmerksam gemacht hatte (www.streuobstwiesen-boerse.de). Dort können sich z.B. Akteure, die Streuobstwiesen pflegen möchten und die Eigentümer solcher Wiesen vernetzen. Ein wichtiges Element ist hier vor allem die Bekanntheit der Börse, die man mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit voranbringen könnte.

Umweltpädagogik

Jungen wie älteren Kreisbürgern Wert und Verständnis für Natur und Umwelt zu vermitteln, ist eine wichtige Investition in die Zukunft des Odenwaldkreises mit seiner Natur und seiner Landschaft als wichtiger Stärke. Der Profit davon ist langfristig und wechselseitig: die Natur erfährt eine höhere Wertschätzung und damit auch Achtung durch die Menschen. Die Menschen lernen neben dem Eigenwert einer intakten Natur auch deren Wert als menschliche Lebensgrundlage kennen. Zusätzlich entsteht ein stärkerer Bezug der Menschen zu ihrer Umwelt, ihrer Umgebung und der Region. Insofern bestehen auch Verbindungen von der Umweltpädagogik zu den Bereichen Touristik und Regionalmarketing.

Im Odenwaldkreis gibt es verschiedene Akteure, die sich damit beschäftigen, Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche, über Natur und Umwelt zu informieren und deren Wertschätzung zu fördern.

Der **Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald** sieht als eine seiner zentralen Aufgaben die Umweltbildung, insbesondere auch mit den geologischen und naturräumlichen Besonderheiten des Odenwaldes im Blick. Der Odenwaldkreis unterstützte den Geo-Naturpark zuletzt mit rund 115.000 Euro jährlich. Weitere Finanzmittel fließen unter anderem vom Land Hessen, den insgesamt 108 Mitgliedskommunen sowie durch Spenden einiger aktiver Unternehmen in der Region. Die Aktivitäten des Naturparks im Bereich Umweltbildung zusammen mit Naturpark-Rangern untergliedern sich in drei Bereiche.

- Für Kinder- und Jugendgruppen gibt es praxisnahe Angebote in den Bereichen „Geologie und Geografie“, „Wasser“, „Wald- und Naturerlebnis“, „Landwirtschaft" und „Geschichtliches“. Auch bietet der Naturpark Entdecker-Touren für Kindergeburtstage an.
- Es gibt Entdecker-Touren zu den Themen „Granit, Sandstein und Vulkane“, „Zeitreise in die Erdgeschichte“, „Der heiße Odenwald für junge Vulkanforscher!“, „Mit Karte und Kompass - Orientierung im Gelände“, „Zwischen Felsen, Römern und Riesen – mit den Geopark-Rangern im Felsenmeer, „Boden – die Welt zu Füßen“, „Forscher am Bach“, „Unterwegs in unseren Wäldern“, „Komm mit uns in den Zahlenwald…“, „Römer vor unserer Haustür“, „Landart“ und schließlich „Filzen, altes Handwerk – Erlebnis für die Sinne“.

- Des Weiteren gibt es Angebote für Erwachsene und zwar im Bereich „Geo und Genuss“ sowie „Landschaftsführungen“.

Das Ausbildungsangebot „Geopark-vor-Ort“ ist eine mehrteilige Wochenendausbildung. Zielgruppe dafür sind Menschen aus der Region, die damit zu Experten für ihre Heimatlandschaft werden, die ihre Umgebung damit auch fachlich informiert Besucher*innen präsentieren können. Auf der Plattform der Ausbildung geht es um die Vermittlung von auf die Landschaft bezogenen Informationen mit „Vor-Ort-Charakter“. Ziel ist es, dadurch das „stille Wissen“ und den ,,passiven Erfahrungsschatz“ zu reaktivieren und nachhaltig für die kommenden Generationen zu bewahren. Gleichzeitig trägt dies auch zu einer Stärkung der regionalen Identität bei.

Das Programm „Geopark-ab-Hof“ erweitert die Angebote des Geo-Naturparks. Hier findet eine Kooperation zwischen dem Geo-Naturpark und landwirtschaftlichen Betrieben, die Urlaub auf dem Bauernhof anbieten, statt. Die Partner von „Geopark-ab-Hof“ bieten für die Ferien auf dem Bauernhof ein umfangreiches Entdeckungsprogramm an, z.B. Ponywanderungen, alte Handwerkstechniken oder Basteln mit Naturmaterialien. Geeignet sind die „Geopark-ab-Hof“ Angebote unter anderem auch für Kindergartengruppen, Schulklassen und Menschen mit kognitiver oder körperlicher Einschränkung.Darüber hinaus gibt es umweltpädagogische Stationen, unter anderem in Hirschhorn, Fürth und Bensheim.

Das Geo-Naturpark-Kino bietet zu unterschiedlichen Themen aus der Natur Filme an. Unter den Filmen sind exemplarisch zu nennen: die Videoclip-Reihe „Menschen aus der Region“ die den Zuschauer an verschiedene Orte des Geo-Naturparks führt. Außerdem „Zartes Glück“ – Naturparke und biologische Vielfalt“, „Wir sind Naturpark-Botschafter“, sowie die Dia-Show „Zwischen Granit und Sandstein“.

Mit der Geo-Naturpark App wird das Smartphone zum persönlichen Führer im Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald. Neben der Wissensvermittlung ist der Geo-Naturpark auch in der Wissenschaft tätig und ist bei Themen wie Geologie, Montanarchäologie oder der historischen Forschung zum Bergbau wichtiger Partner der Forschung.

Als Umweltschutzverbände, die im Odenwaldkreis aktiv sind, sind zu nennen: der BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und der NABU Odenwald (Naturschutzbund). Beide betreiben vielfältige Aktivitäten im Kreis, wozu unter anderem auch die Umweltpädagogik zählt. Diese Bemühungen sind zu unterstützen, zu fördern und in einem Gesamt-Konzept zu vernetzen.

Auch die Kreisverwaltung engagiert sich in der Umweltpädagogik. Unter dem Stichwort „Erzeuger-Verbraucher-Dialog“ organisiert die Abteilung für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Förderung immer wieder Veranstaltungen, bei denen Landwirte und Verbraucher ins Gespräch kommen können. Solche Dialogveranstaltungen fanden sowohl im Rahmen des jährlichen Bauernmarkts als auch unabhängig davon, direkt auf einem landwirtschaftlichen Hof der Region statt. Auch in Zusammenarbeit mit dem Geo-Naturpark und deren Rangern wurden umwelt-pädagogische Inhalte vor Ort auf Bauernhöfen vermittelt. Bei dem Projekt "**Bauernhof als Klassenzimmer**" (BAK) werden Themen rund um den Bauernhof angesprochen und die Beziehungen der Landwirtschaft zu unserer Umwelt altersgerecht vermittelt. Das Angebot richtet sich an Kindergärten, Schulen und sonstige Gruppen. Ein wichtiges Anliegen des Projektes ist der verstärkte Dialog zwischen Landwirten und der Bevölkerung. Gefördert und begleitet wird das Projekt durch die Abteilung für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Förderung. Das Landes-Programm BAK bietet auch Fortbildungen für Pädagogen und Landwirte an. Im Odenwaldkreis nehmen derzeit neun landwirtschaftliche Betriebe teil.

Seit einigen Jahren besteht auch die Möglichkeit in der Kreisverwaltung ein freiwilliges ökologisches Jahr (FÖJ) zu absolvieren, wobei der Einsatz aktuell vor allem in der Abteilung Landschaftspflege und Naturschutz erfolgt. Teilnehmer*innen, Verwaltung und Natur profitieren hierbei: die Verwaltung kann zusätzliche Leistungen zum Natur- und Landschaftsschutz erbringen; die „FÖJler*innen“ erarbeiten sich umfassende Kenntnisse, vertiefen ihr Interesse im Themenkomplex und sind potentiell auch im späteren Leben Multiplikatoren für den Umweltschutz. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit diesem Programm wird von Seiten der Verwaltung angestrebt, künftig jeweils zwei solcher Stellen anzubieten.

Erneuerbare Energien

Der Ausbau von erneuerbaren Energien steht häufig im Spannungsverhältnis zum Landschaftsschutz und zur Land- und Forstwirtschaft: Windkraft, Solarenergie und Bio-Gas, bzw. dessen landwirtschaftlich produzierte Rohstoffe, haben alle einen gewissen Einfluss auf die Landschaft. Die Nutzung des Rohstoffs Holz schlägt sich in der Landschaft nieder, ebenso steht die Produktion von Energiepflanzen oder der Bau von großen Solaranlagen im Konflikt zur Nahrungsmittelproduktion.

Andererseits stellen die Auswirkungen des Klimawandels langfristig eine Bedrohung für Natur und Landschaft dar. Es gilt also, Klimaziele zu erreichen und gleichzeitig möglichst geringe Veränderung an der Landschaft und einen bestmöglichen Schutz der Natur sicherzustellen. Politischer Konsens in der Kreis- und Kommunalpolitik des Odenwaldkreises ist derzeit, weitere Windkraftstandorte zu verhindern, so gut es geht und den eigenständig aufgestellten Regionalplan zur Windkraft gegenüber dem Regionalplan Teilplan Erneuerbare Energien des Landes Hessen durchzusetzen. Die Ablehnung der Windkraft und die gleichzeitige Verfolgung von Klimaschutzzielen macht letzteres nicht zwingend einfacher. Bleibt die aktuelle Position des Kreises bestehen, so bedarf es einer alternativen Strategie, um den landschaftsverträglichen Ausbau erneuerbarer Energiequellen sicherzustellen →*siehe Teilstrategie Klimaschutz*

Wasser

Die kommunalen Aufgaben im Bereich der Gewässer und der Wasserwirtschaft sind im Odenwaldkreis vor allem in der Hand der Organisationen Abwasserverband Mittlere Mümling und Abwasserverband Obere Gersprenz. Letzterer ist dafür bekannt, auch immer wieder Umweltprojekte anzustoßen - 2020 gab es hierfür sogar eine Auszeichnung dafür (Bundeswettbewerb: Naturstadt – Kommunen schaffen Vielfalt). Die Aufsichtsbehörde ist die Untere Wasserschutzbehörde, die am Landratsamt in der Abteilung Natur- und Umweltschutz angesiedelt ist. In der Analyse-Phase der Erstellung des Kreisentwicklungskonzepts gab es wenige kritische Erwähnungen zu diesem Thema. Auftretende Probleme scheinen insofern in den behördlichen, kommunalen und staatlichen Institutionen effizient gelöst zu werden.

2020 lief das Förderprogramm „100 Wilde Bäche“ des hessischen Umweltministeriums an. Auch vier der Gewässer im Odenwaldkreis wurden bei der Auswahl berücksichtigt. Ziel des Programms ist die Renaturierung von Gewässern. Dabei sollen beispielsweise in der Vergangenheit vorgenommene Begradigungen zurückgebaut werden. Naturnahe Gewässer sind nicht nur aus Perspektive des Artenschutzes vorteilhaft: nicht nur Fische finden in naturnahen Gewässern vermehrt Lebensraum und Nahrung, auch Krebse und Insekten profitieren. Ein zweiter Vorteil ist der Beitrag frei fließender Gewässer für den Hochwasserschutz: das Wasser fließt langsamer ab und kann bei steigendem Pegel Freiräume in den Uferbereichen nutzen, ohne Sach- oder Personenschäden zu verursachen. In das Programm „100 wilde Bäche“ wurden auch der Marbach und der Finkenbach aufgenommen. Das bedeutet nicht nur finanzielle Unterstützung vom Land Hessen, sondern auch personelle und fachliche Unterstützung durch die hessische Landesgesellschaft, die Maßnahmen als Dienstleister plant und durchführt.

Das Programm stieß in seinen Details jedoch nicht nur auf Begeisterung. Bürgermeister Kehrer (Michelstadt) brachte in der Lokalpresse seine Freude über die Aufnahme der Gewässer in Oberzent zum Ausdruck, hätte aber eine Renaturierung der Mümling als sinnvoller erachtet. Auch eine Vertreterin des NABU zeigte sich überrascht ob der Entscheidung des Fördergebers. Der BUND kritisierte, das Programm würde vor allem ohnehin naturnahe Gewässer in den Mittelpunkt stellen, um möglichst geringen Widerstand zu generieren. Ebenso wurde bemängelt, dass in den meisten Fällen die Flächen, die für eine Renaturierung nötig wären – also ein jeweils mindestens 10m breiter Streifen – nicht in der Hand der Kommunen sind. In dieser Darstellung zeigt sich die konsequente Renaturierung von Gewässern als langfristiges Projekt, das nur gelingen kann, wenn eine langfristige Strategie verfolgt wird. Dabei müssen besonders kritische Stellen im Fokus stehen und Flächeneigentümer einbezogen werden. Nach Möglichkeit sollte außerdem ein strategischer Flächenankauf durch die Kommunen verfolgt werden. Zuletzt kündigte die Stadt Oberzent bereits die Erstellung einer solchen Strategie für ihren Bereich an.

Weitere Aspekte des Gewässer- und Artenschutz sind in den Bereichen Umweltpädagogik und Artenvielfalt abgedeckt. Auch über HALM und Natura2000 werden Fördergelder für die Pflege und den Schutz von Gewässern im Kreis mobilisiert. In der Praxis stellt sich zum Teil neben dem Problem, Maßnahmen

zu finanzieren auch die Herausforderung, die Kooperationsbereitschaft von Eigentümern und Bewirtschaftern von Flächen sicherzustellen.

Potentiale eines künftigen Landschaftspflegeverbands

Die Hessische Landesregierung gab den Vorsatz aus, für alle Landkreise einen Landschaftspflegeverband (LPV) einzurichten. Hierfür werden von Seiten des Landes Hessen für jeden LPV ca. 200.000 Euro pro Jahr bereitgestellt – natürlich unter bestimmten Förderbedingungen. Hinzukommen evtl. weitere Mittel, z.B. aus dem Förderprogramm zur interkommunalen Zusammenarbeit. Bei einem LPV sitzen Kreisverwaltung (mit den Abteilungen Landschaftspflege und Naturschutz, Landwirtschaft und landwirtschaftliche Förderung sowie Umwelt und Naturschutz in fachlich beratender Funktion; politische Verwaltungsleitung als mitentscheidende Instanz), Kommunale Verwaltung, Landwirte (als Maßnahmen- und Auflagen-Ausführende) sowie die Naturschutzverbände zusammen in einer Organisation an einem Tisch. Als weitere potentielle Partner gelten regionale Keltereien und Vereine der Streuobst-Pflege, sowie der Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald.

Die Kommunikation zwischen den drei beteiligten Hauptparteien und die Koordination umfangreicherer Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen könnten durch die gemeinsame Plattform und die moderierende Funktion der Geschäftsstelle verbessert werden. Natürlich bedeutet diese Koordination auch wiederum einen gewissen Zeitaufwand für alle Beteiligten. Die genaue Strukturierung des Verbands steht aktuell noch offen. Eine Auftaktveranstaltung fand im Juni 2021 statt, aktuell wird eine Satzung erarbeitet.

Zu den möglichen Aufgaben eines LPV zählen:

- Pflege, Gestaltung und Vernetzung von Biotopen und Naturschutzschwerpunktgebieten (Natura 2000 und Biotope). Hierbei ist die Abstimmung mit der Kreisverwaltung wichtig und mit der Oberen Naturschutzbehörde muss abgeklärt werden, inwiefern dieser Bereich Förderschwerpunkt des LPVs wird.
- Entbuschungsmaßnahmen
- Organisation langfristiger Pachtverträge für Landwirte
- Die Planung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Auftrag von Bauherren und Kommunen sowie deren langfristige Pflege. Derlei Pflichtaufgaben sind hierbei grundsätzlich nicht förderfähig, der LPV kann aber beraten und gegen finanziellen Ausgleich Arbeit abnehmen, bzw. die (langfristige) Organisation übernehmen.

Der LPV kann mit Ihrer Fachstelle für Projekte effizient Förderungen erreichen, unter anderem über die Hessische Biodiversitätsstrategie, die GAK oder die Umweltlotterie.

Landwirtschaft

Entwicklung der Landwirtschaft in Zahlen

Eine regelmäßige Zusammenstellung und Auswertung von Kennzahlen für die Bereiche Naturschutz, Landschaftsschutz und Landwirtschaft fand bislang nicht regelmäßig statt. Dies könnte künftig geändert werden, sodass dann auch systematisch eine Diskussion im Ausschuss für Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz stattfinden kann. Bei der Berichterstattung für die Landwirtschaft bietet es sich für die Zukunft an, sich an den Agrarberichten der Bundes- und der Landesebene zu orientieren.

Die Statistik zeigt einen langfristigen Trend zum Rückgang der Betriebszahlen, wobei sich dies aktuell etwas stabilisiert hat. 1976 gab es noch etwa dreimal mehr Betriebe als in den letzten fünf Jahren. (*siehe hierzu auch zum Thema Fachkräftemangel weiter unten).* In den letzten fünf Jahren war zudem ein Rückgang der als Einzelunternehmer gemeldeter Haupterwerbslandwirte zu verzeichnen. Rechtsformen wie die GbR haben hingegen zugenommen. Unter anderem ist das Sichern eines Betriebsübergangs ein häufiger Grund für eine solche Umfirmierung. Bei der Gründung einer GbR kann ein späterer Nachfolger Gesellschafter werden und wird somit bereits an Gewinn und Risiko beteiligt.

Ein Blick auf Abbildung 166 zeigt, dass die Landwirtschaft im Odenwaldkreis durch eine Vielzahl von mittelgroßen Betrieben geprägt ist. In allen Kategorien unterhalb von 100 ha Betriebsgröße liegt die Anzahl der Betriebe im Odenwaldkreis oberhalb des hessischen Durchschnitts. Bei den sehr kleinen und sehr großen Betrieben hingegen schneidet der Kreis unterdurchschnittlich ab. Die landwirtschaftlich

genutzten Flächen im Odenwaldkreis zeigen zwar seit 1996 einen konstanten Rückgang. Im Vergleich mit umliegenden Regionen oder auch mit Gesamt-Hessen ist der Rückgang aber relativ gering und macht nur 2,8 Prozent aus (vgl. Abbildung 167).

Im Odenwaldkreis ist die Viehwirtschaft von besonderer Bedeutung (wie u.a. Abbildung 168 zeigt), 2016 wurde sie von 84 % der Odenwälder Betriebe betrieben. Bei einem allgemeinen Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe ist dieser Anteil in den letzten 20 Jahren weitgehend stabil geblieben, während er hessenweit gesunken ist. Obwohl der größte Teil der landwirtschaftlichen Betriebe im Odenwaldkreis im Nebenerwerb geführt wird, ist die durchschnittliche Anzahl der Tiere pro Betrieb im Kreis merklich höher als in den umliegenden Regionen und auch höher als in Gesamt-Hessen. Während der Odenwaldkreis eine überdurchschnittlich starke Rinderhaltung pro Betrieb zeigt, bewegen sich die Zahlen für die Schweinhaltung im unterdurchschnittlichen Bereich. Die Schaf- und Ziegenhaltung fließt rechnerisch bei der Angabe in Großvieheinheiten ein (GVE; fassen die gehaltenen Tiere anhand der Art, des Geschlechts und des Alters in verschiedenen Gewichtsklassen zusammen, sodass diese miteinander verrechnet werden können; vgl. Abb. 168), wird aber in den aktuell verfügbaren Statistiken nicht gesondert aufgeführt. Während die Bedeutung der Tierhaltung für die Landwirtschaft im Odenwaldkreis offensichtlich prägend ist, lassen sich leider keine aktuellen Aussagen dazu treffen, wie groß die Bedeutung der Fleischerzeugung gegenüber der Milchproduktion ist. Die neuesten Zahlen, die sich hierzu finden zeigt Tabelle 21 – nach Abschaffung der Milchquote konnten leider keine aktuelleren Zahlen mehr erhoben werden. Vergleicht man den Wert von 2014 mit der Gesamtzahl tierhaltender Betriebe (nächster Stichwert ist 2016: 436) ergibt sich ein Anteil von etwa 26 Prozent.

Tabelle 21: Milchproduktion im Odenwaldkreis

Jahr	Milchproduktion	Anzahl Milcherzeuger
2004	44,0 Millionen Kg	198
2014	43,5 Millionen Kg	114

Im Vergleich zu 2015 konnten 2020 insgesamt etwa 130.000 Euro mehr an zusätzlichen landwirtschaftlichen Fördergeldern in die Betriebe des Odenwaldkreises gelenkt werden – bei einer Gesamtsumme von 4.96.937 Euro. Auch wenn Abbildung 172 den Fördermittelfluss als recht stabil ausweist, stößt das Thema bei Landwirten nicht nur auf Gegenliebe. Einerseits geht vieles davon nicht nur mit besonderen Auflagen einher, sondern auch mit umfangreichen Nachweis-Pflichten. Insbesondere die Veränderlichkeit von Förderbedingungen ist ein Problem für die langfristige Betriebsführung und Investitionsplanung. So führte beispielsweise 2018 eine Reform der AGZ-Fördergebiete (Ausgleichszulage) dazu, dass im Odenwaldkreis 31 Gemarkungen aus dieser Förderung herausfielen. Dies wurde im Kreistag ausführlich diskutiert. Eine verabschiedete Resolution des Kreistags führte jedoch nicht zum gewünschten Erfolg.

Aus Sicht der Landwirt*innen wurde betont, dass man den Beruf in der Regel bewusst gewählt wurde – gerade weil man mit Tieren, Natur, Geräten arbeiten möchte, nicht in Büroarbeit. Daher wurde von ihnen wiederholt Frust über solche Mehrarbeit zum Ausdruck gebracht, die von der eigentlich gewählten Arbeit abhalten. Gleichwohl trägt das Geld nicht unwesentlich zur Wirtschaftlichkeit bei. In den Strategiegesprächen der Kreisentwicklung wurde betont, dass ein lohnender Preis für die landwirtschaftlichen Produkte der bestehenden „Zuschuss-Wirtschaft“ gegenüber klar vorzuziehen wäre. Weitere jüngere Beispiele solcher Debatten sind die Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes, dass ein Verbot von Herbiziden und biodiversitätsschädigenden Insektiziden in Naturschutz- und FFH-Gebieten nach sich zog und somit im Odenwaldkreis die Bekämpfung des Borkenkäfers in FFH-Gebieten erschwerte. Auch die veränderte Düngeverordnung von 2019 sorgte für Konflikte. Hier wurden „rote Gebiete“ ausgewiesen, in denen die Düngung stark eingeschränkt werden musste. Kritisiert wurde vor allem die Intransparenz der Auswahl der Brunnen, an denen die Nitratbelastung des Grundwassers gemessen wurde, die für die Einteilung der ebenfalls auf intransparente Weise zugeschnittenen roten Gebiete Grundlage waren.

Grund des sprunghaften Rückgangs der Anzahl von Bio-Betrieben ist, dass nach mehreren Generationenwechseln in den Betrieben nach der auslaufenden Förderperiode die Öko-Verpflichtung 2019 nicht erneuert wurde. Viele dieser Betriebe wurden im Nebenerwerb weitergeführt, weshalb vor allem der

bürokratische Aufwand für die Zertifizierung ein zu großes Hindernis für einen effektiven Betrieb darstellte. Die Bewirtschaftung der Betriebe wurde hierbei jedoch nicht wesentlich verändert. Diese Besonderheit kleiner Betriebe, die zwar nicht zertifiziert sind aber nach hohen Standards arbeiten, stellt auch einen Sonderfall für den Absatz der Produkte dar, wobei häufig Transparenz in der Betriebsführung sowie ein enges Verhältnis zu den Kund*innen die Grundlage bildet (*siehe auch eigener Abschnitt weiter unten*).

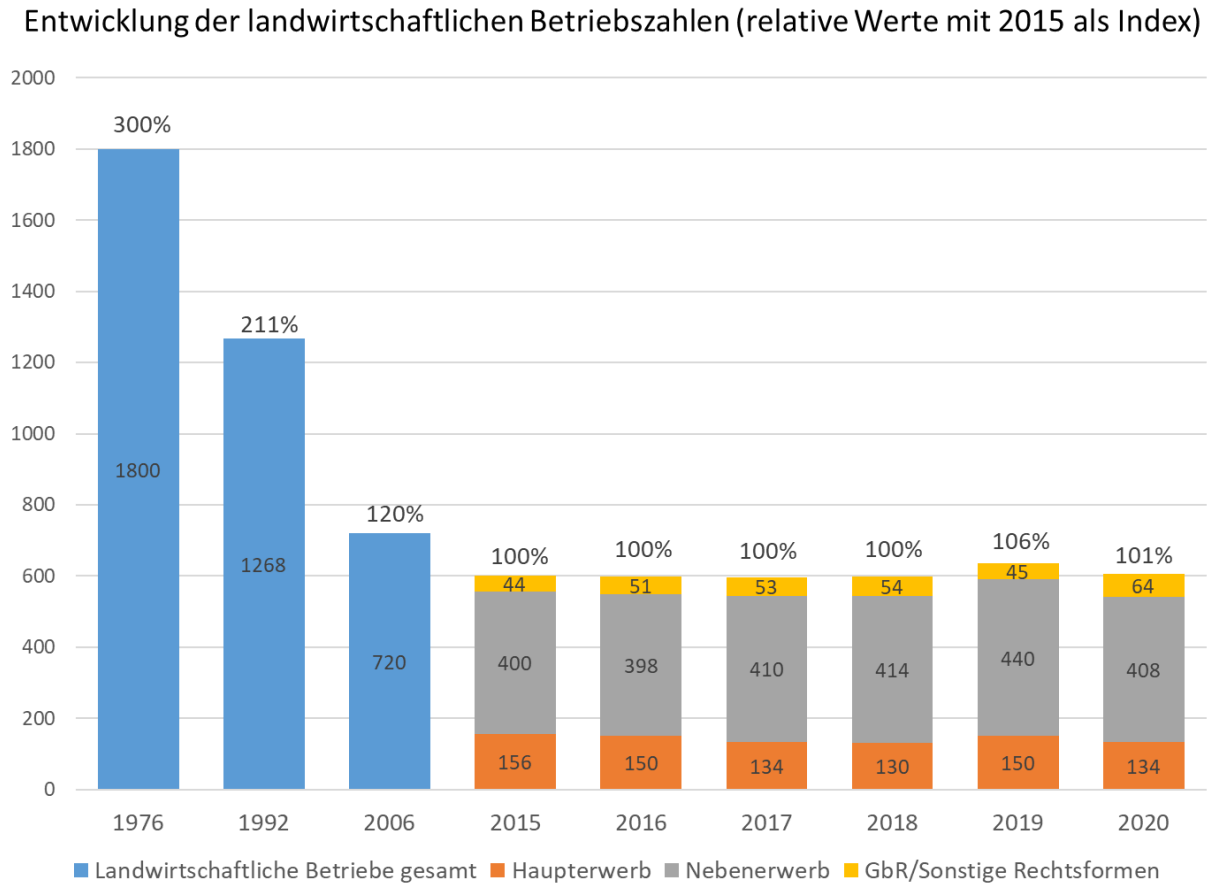


Abbildung 165: Anzahl der Landw. Betriebe im Odenwaldkreis, 1976-2020. Prozentangaben mit 2015 als Index-Jahr. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de)

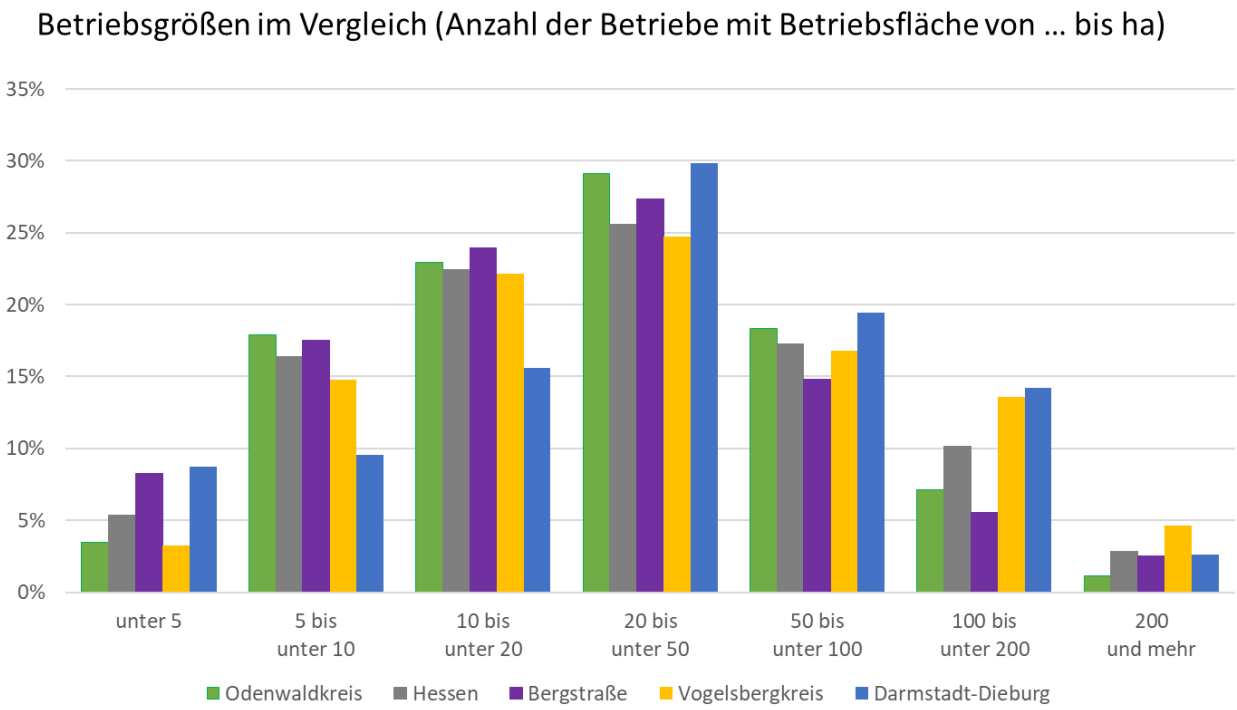


Abbildung 166: Landwirtschaftliche Betriebsgrößen im Vergleich (Anzahl der Betriebe mit einer Betriebsgröße von ... bis in Relation zur Gesamtzahl der regionalen Betriebe). Angaben in ha, Daten von Mai 2016). Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Gemeindestatistik 2020)

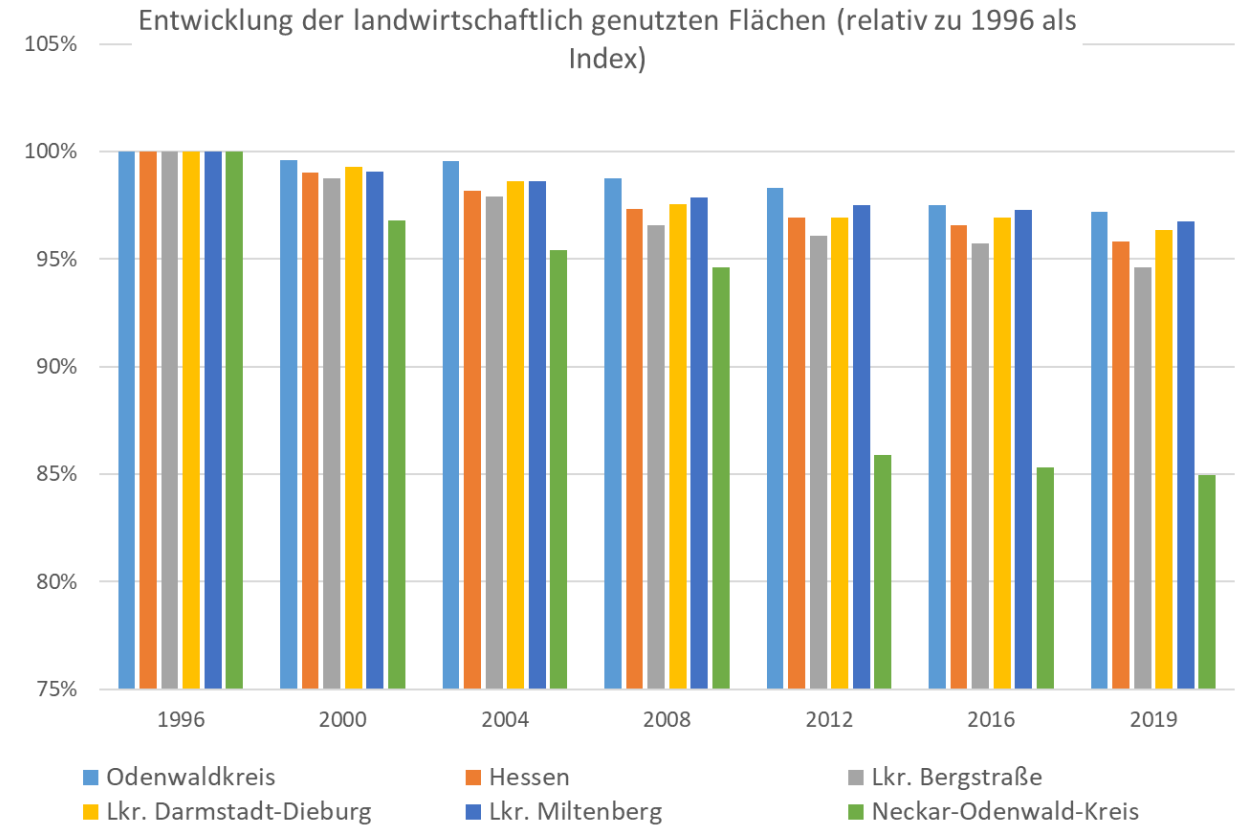


Abbildung 167: Entwicklung der landwirtschaftlich genutzten Flächen im regionalen Vergleich. Quelle: statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de), 2021)

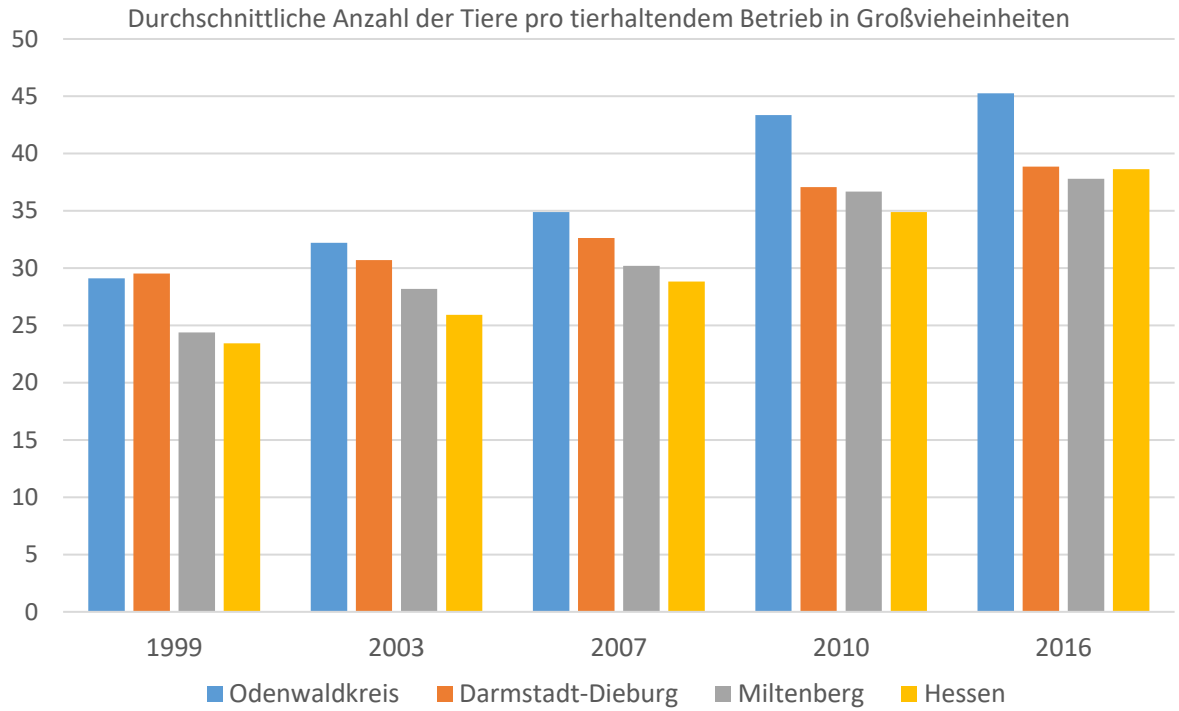


Abbildung 168: Durchschnittliche Anzahl der Tiere pro tierhaltendem Betrieb in Großvieheinheiten. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de), 2021

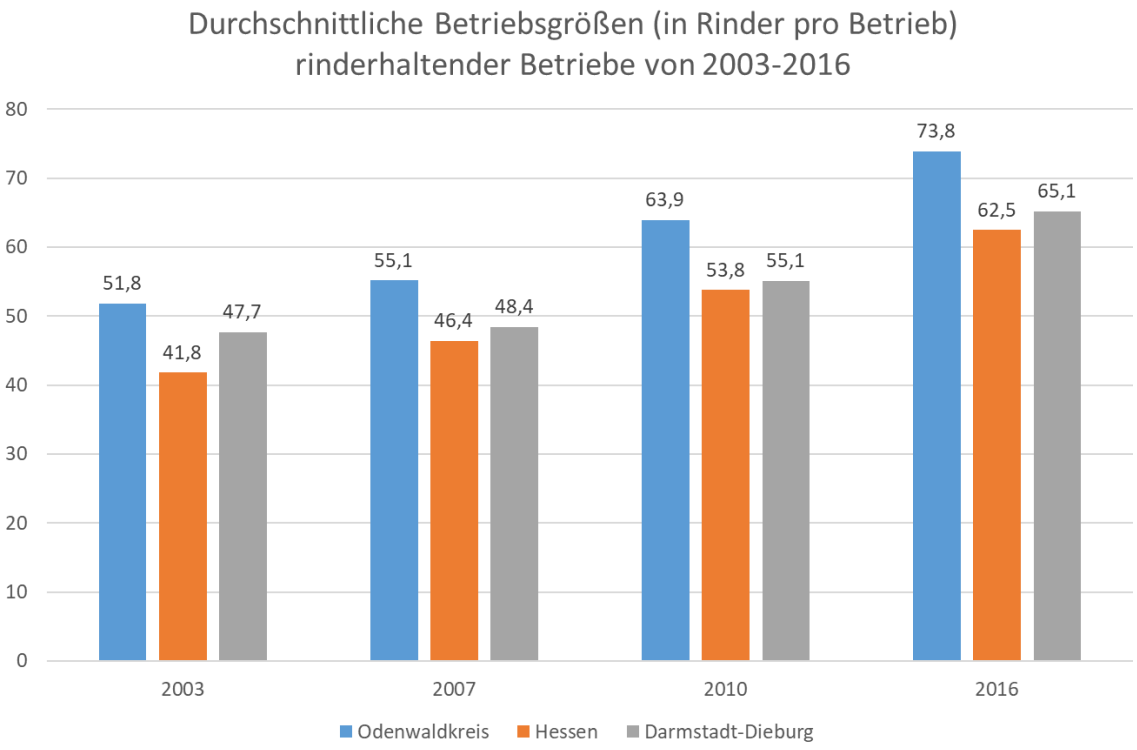


Abbildung 169: Rinder pro Rindviehhaltender Betrieb zwischen 2003 und 2016. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2021

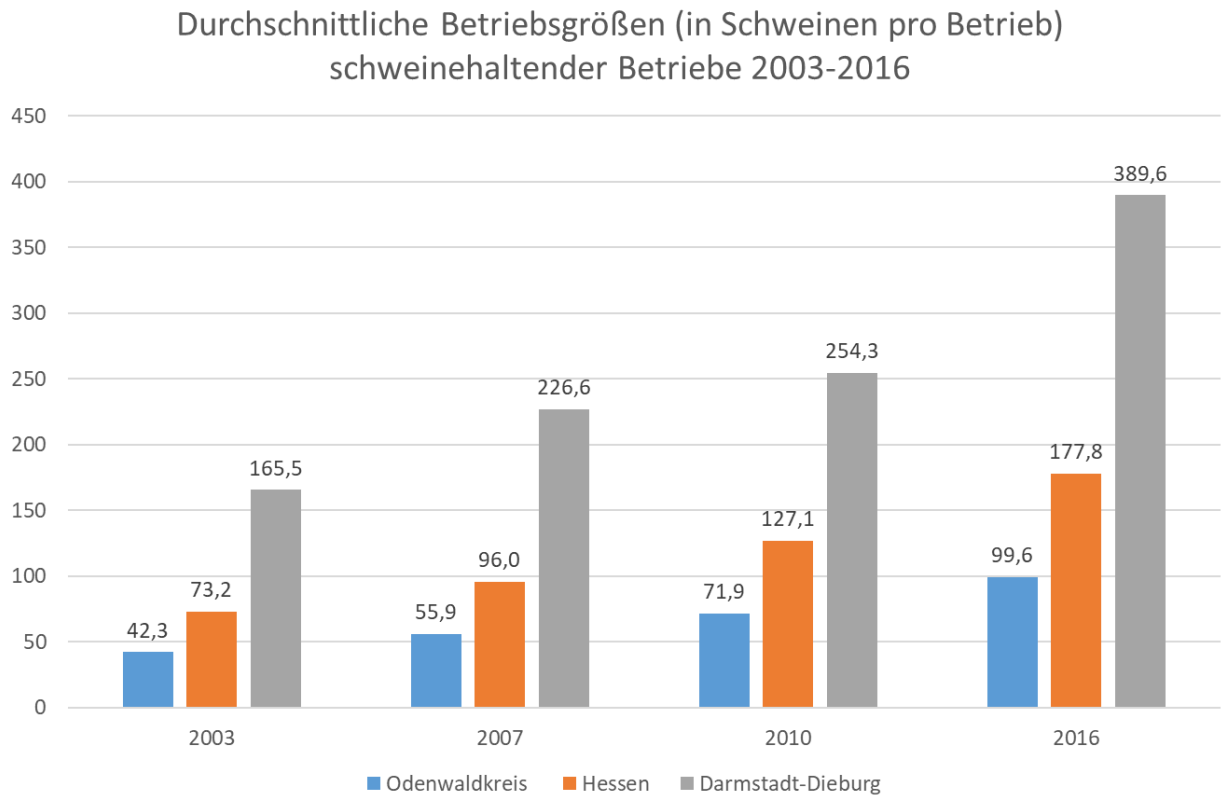


Abbildung 170: Schweine pro Schweinehaltender Betrieb zwischen 2003 und 2016. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2021

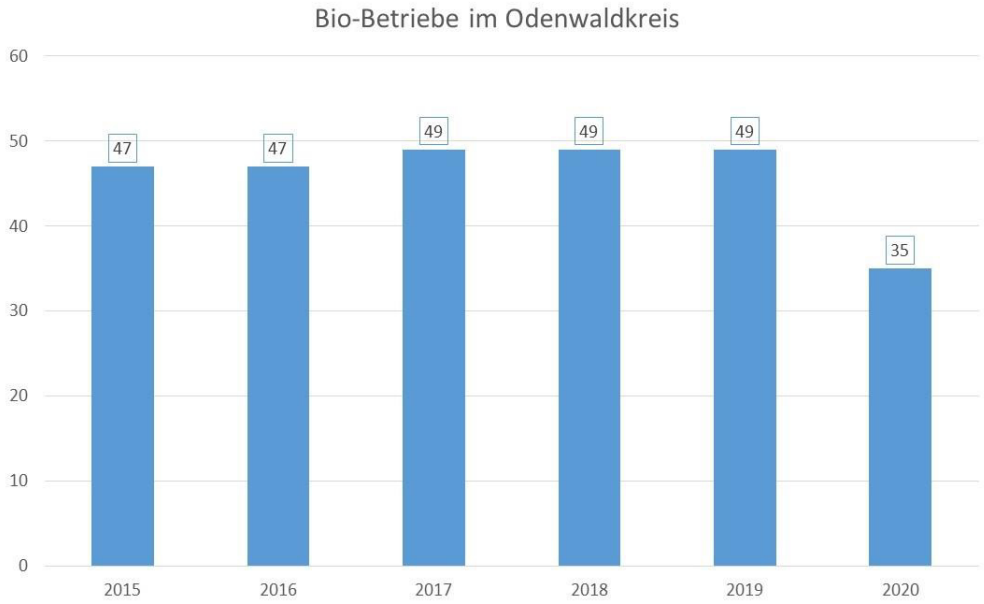


Abbildung 171: Anzahl der Bio-Betriebe im Odenwaldkreis von 2015-2020. Quelle: Landratsamt Odenwaldkreis

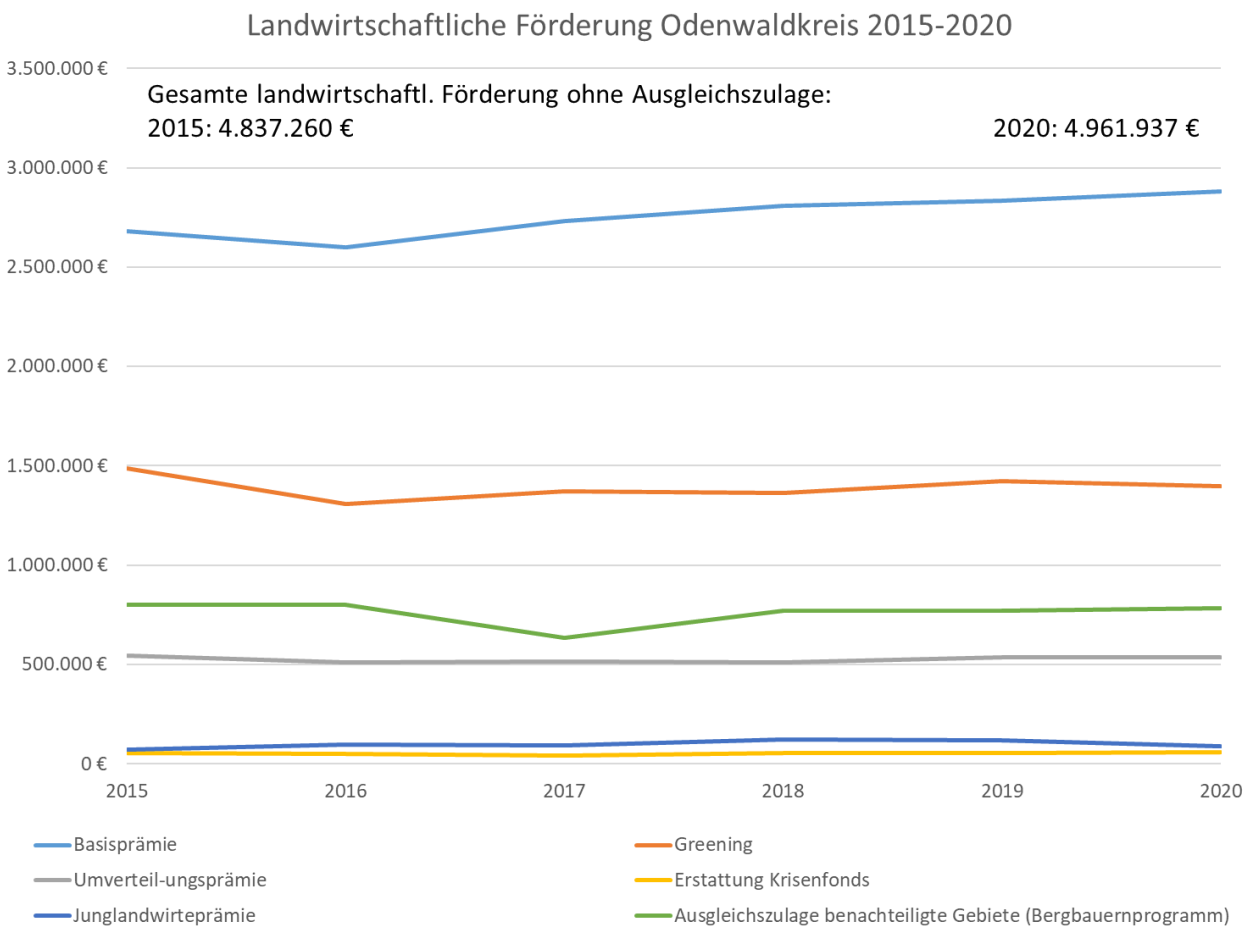


Abbildung 172: Landwirtschaftliche Förderung von 2015 bis 2020. Quelle: Landratsamt Odenwaldkreis

Fachkräftemangel in der Landwirtschaft

Den Daten von 2010 zufolge waren damals insgesamt 1.148 Menschen in der Landwirtschaft tätig (Siehe Tabelle 22). Die klare Mehrzahl davon war familiär mit dem Betriebsleiter verbunden und dabei nicht in Vollzeit tätig. Unter den ständigen Arbeitskräften ist die wöchentliche Arbeitszeit pro Arbeitnehmer deutlich höher. Aktuellere Daten von der Landwirtschaftszählung 2020 sind leider zum Zeitpunkt des Verfassens des Kreisentwicklungskonzepts noch nicht verfügbar.

Tabelle 22: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft im Odenwaldkreis. 2010. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020 (regionalstatistik.de). Anzahl der Arbeitskräfte und Arbeitsleistung in Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E; entspricht jeweils einer Vollzeit-Arbeitskraft)

Arbeitskräfte	Arbeitsleistung	Familienarbeitskräfte		Ständige Arbeitskräfte	
		Arbeitskräfte	Arbeitsleistung	Arbeitskräfte	Arbeitsleistung
Anzahl	AK-E	Anzahl	AK-E	Anzahl	AK-E
1148	639	978	526	137	106

Insgesamt ist die Erwerbstätigen-Zahl im Bereich Land- und Forstwirtschaft vergleichsweise als Sektor ein sehr kleiner Bereich (Vgl. Abbildung 47 – Branchenportfolio, S. 88). Trotz der ländlichen Prägung des Odenwaldkreises finden sich hier keine erhöhten Beschäftigten-Zahlen. Beispielsweise im Landkreis Darmstadt-Dieburg gibt es mehr Beschäftigte, mit dem Landkreis Bergstraße ist der Odenwaldkreis mit einem Anteil der Landwirtschaft an der Gesamt-Beschäftigung von 1,6 % gleichauf. Abbildung 173 zeigt mit den niedrigen durchschnittlichen Brutto-Gehältern im Bereich Landwirtschaft einen zweiten Hinweis auf die hohe Teilzeitquote im Sektor auf. Interessant wäre an dieser Stelle noch

der durchschnittliche Lohn der Vollzeit-Kräfte. Dazu fanden sich aber im Rahmen der Recherchen für das Kreisentwicklungskonzept leider keine detailscharfen Daten.

Bruttolöhne und -gehälter* je Arbeitnehmer 2017 nach Wirtschaftsabschnitten

Gebietseinheit, Kreisfreie Stadt (St.), Landkreis	Gesamt	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens-dienstleister	Öffentliche und private Dienstleister
Darmstadt (St.)	40.777	15.211	56.259	44.584	41.217	39.303	33.873
Bergstraße	32.721	16.646	44.589	33.042	30.801	33.160	27.561
Darmstadt-Dieburg	32.939	16.524	45.922	34.732	31.574	28.552	27.814
Groß-Gerau	39.362	12.541	56.090	33.958	36.180	34.344	31.194
Odenwaldkreis	31.268	21.738	40.211	29.854	24.682	31.723	27.538
Hessen	37.559	19.207	47.540	34.881	35.546	42.154	31.375

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt
* Angaben in Euro

Erwerbstätige 2017

Gebietseinheit, Kreisfreie Stadt (St.), Landkreis	Gesamt in 1.000	davon in Prozent		
		Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungen
Darmstadt (St.)	133,9	0,2	18,9	80,9
Bergstraße	108,9	1,6	25,6	72,8
Darmstadt-Dieburg	109,9	1,9	26,5	71,6
Groß-Gerau	126,4	0,9	28,6	70,5
Odenwaldkreis	39,7	1,6	33,5	65,0
IHK-Bezirk	518,8	1,1	25,4	73,5
Hessen	3.430,8	0,7	21,3	78,0

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Abbildung 173: Bruttolöhne und Erwerbstätigkeit im südhessischen Vergleich. Quelle: IHK Darmstadt Rhein Main Neckar 2020

Tabelle 23: IWAK Sonderauswertung zum prognostizierten Fachkräftemangel in der Land- und Forstwirtschaft bis 2024

Berufsgruppe (BKZ)	Beschäftigte (svB und ageb) am AO in 2017 *					Veränderte Nachfrage nach Arbeits-und Fachkräften			Verändertes Angebot an Arbeits- und Fachkräften	**Mismatch an Arbeits- und Fachkräften**	
	Gesamt	davon		Ein-pendler **	Aus-pendler ***	Gesamt	davon			**absolut**	**relativ zu 2017**
		Teilzeit-quote	ageB Quote				Änder-ungs-bedarf	Ersatz-bedarf			
11 Land-, Tier- und Forstwirtschaftsberufe	282	17%	19%	26%	31%	60	10	50	40	-20	-7%
29 Lebensmittelherstellung u. -verarbeitung	1.014	29%	24%	11%	24%	240	20	220	160	-80	-8%
291 Getränkeherstellung	keine Daten und Prognoseberechnungen vorhanden										
292 Lebensmittel-u.Genussmittelherstellung	342	keine Daten	12%	15%	27%	20	10	10	20	0	0%
293 Speisenzubereitung	641	39%	31%	9%	21%	160	10	150	80	-80	-12%

*ageB = ausschließlich geringfügig Beschäftigte(r); svB = sozialversicherungspflichtig Beschäftigte(r); AO = Arbeitsort; WO = Wohnort

**Einpendler = Einpendlerquote am AO(svB) ***Auspendler = Auspendlerquote am WO (svB)

In den Fachgesprächen wurde für die Kreisentwicklung weitere Punkte zum potentiellen Fachkräftemangel und dessen Folgen angesprochen. Die geringe Quote der Vollzeit-Landwirte wurde in den Gesprächen bestätigt. In den meisten Fällen ist dafür der Betrieb zu klein, sodass schlicht weitere Einkommensquellen benötigt werden. Das ist häufig ein zweiter Job, andere machen neben der eigentlichen landwirtschaftlichen Tätigkeit auch eine eigene Vermarktung, Schlachtung und ähnliches, oder es werden Übernachtungsmöglichkeiten für „Urlaub auf dem Bauernhof" angeboten. Die Altersstruktur unter den Landwirt*innen und der Mangel an Zuwachs lässt aus Sicht der Gesprächspartner*innen erwarten, dass es in 10 Jahren im Odenwald kaum noch Landwirte geben wird.

Die Analyse der IWAK (siehe Tabelle 23) baut auf den Daten der Bundesagentur für Arbeit (von 2017) auf. Die oben angeführten Zahlen zur Beschäftigung hingegen beruhen auf Angaben des Statistischen Landesamtes Hessen (von 2010). Die IWAK steht bei der Prognose des Fachkräftemangels in diesem Bereich vor dem Problem, dass die Ungenauigkeit der Prognose höher wird, je kleiner die analysierte Branche ist. Im Fall der Landwirtschaft ist die Prognose daher mit Vorsicht zu genießen. Die in den Strategiegesprächen aufgestellte These, dass die Landwirtschaft im Odenwaldkreis in den nächsten 10 Jahren aufgrund eines einschneidenden Fachkräftemangels massiv zurückgehen wird, bestätigt sich in dieser Prognose: bis zu jedem fünften Arbeitsplatz in der Landwirtschaft wird demzufolge bis 2024 nicht mit einer geeigneten Arbeitskraft besetzt werden können. Einer Aussage der Autoren hierzu zufolge wird vor allem im Qualifikationsniveau „Fachkraft" ein Mangel bestehen.

Junge Leute sind kaum für den Beruf zu begeistern, was unter anderem auf die Bürokratie und die negativen Empfehlungen ältere Landwirte zurückzuführen ist. Natur- und tiermäßig und/oder handwerklich interessierte Menschen drängt es zunehmend in andere Berufsfelder, bei denen das eigene Risiko geringer und die Arbeitsbedingungen attraktiver sind.

Ein geringes Bewusstsein der Bevölkerung für den Wert bäuerlicher Arbeit und über die Herkunft qualitativer Produkte, bzw. die Saisonalität von Obst- und Gemüsesorten wird als grundlegender Faktor angesprochen, warum das Interesse für den Beruf so gering ist. Diejenigen, die sich doch dafür interessieren, sehen eine konventionelle Betriebsführung oft kritisch. Hinzu kommen oftmals Konflikte mit der Nachbarschaft, die sich über Lärm- und Geruchs¬emmi¬ssionen oder Fahrbahnverschmutzungen entzünden. Seminare in Fulda, bei denen Landwirt*innen auf Suche nach potentiellen Betriebsnachfolger*innen und Absolventen des (dualen) Studiums Ökologische Agrarwissenschaften der Universität Kassel-Witzenhausen wurden zwar als Potential bewertet, führten aber wohl bislang nicht zu den gewünschten Erfolgen. Aufgrund der bei vielen Betrieben fehlenden langfristigen Perspektive für die Weiterführung des Betriebs stellt es sich problematisch dar, größere Investitionen zu tätigen, da die Rückzahlung von entsprechenden Krediten sich über viele Jahre hinstrecken würde. Investitionen werden aber z.B. mit veränderten Düngeverordnungen oder Anforderungen an Tierhaltung und Schlachtung immer wieder nötig.

Ökologische Landwirtschaft

Der Ökoaktionsplan Hessen 2020-2025 (HMUKLV, 2020c) weist als Zielmarke aus, dass bis 2025 25 % der Agrarfläche in ökologischer Landwirtschaft bewirtschaftet werden sollen.

> „*Der Ökoaktionsplan dient nicht nur den Ökolandbäuerinnen und -bauern, sondern er macht nachhaltigere Produktionsformen auch für die konventionelle Landwirtschaft interessanter.*" (HMUKLV, 2020c; S. 4)

Die Ökomodellregion Hessen Süd, die sich zunächst auf die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg und Odenwaldkreis ausdehnte und seit 2021 auch die Stadt Darmstadt und den Kreis Groß-Gerau umfasst, ist für die regionale Umsetzung dieser Strategie verantwortlich. Die Geschäftsstelle ist beim Landratsamt von Darmstadt-Dieburg angesiedelt, inzwischen gibt es aber auch eine Ansprechperson am Landratsamt des Odenwaldkreises in Reichelsheim. Der Auftrag der Landesregierung lautet, Landwirte zu vernetzen und Vermarktungsstrukturen aufzubauen, sodass eine Bio-Quote unter den Landwirtschaften von 25 % bis 2025 erreicht werden kann. Die Mehrheit der Bemühungen richtet sich dementsprechend auf die ökologische Landwirtschaft, wobei auch konventionell wirtschaftende Bauern in Projektgruppen mitwirken. Die Umstellung auf bio-zertifizierten Betrieb aber ist aber für manche Betriebe im Odenwaldkreis problematisch: aufgrund der wenig fruchtbaren Böden sind wohl manche Betriebe auf die Verwendung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln angewiesen, um einen wirtschaftlichen

Betrieb gewährleisten zu können. Weitere Hürden stellen die kleinen Betriebsgrößen und die nötigen Investitionsmittel dar. Beispielsweise können bei der Umstellung Stallumbauten oder neue Maschinen nötig werden und in der mehrjährigen Übergangszeit ist zu verkraften, dass zwar nach Bio-Standards produziert werden muss, aber ohne Zertifizierung teils noch nicht zu Bio-Preisen verkauft werden kann. Eine Vermarktung zu angemesseneren Preisen könnte hier womöglich über ein Label „regional und in Umstellung befindlich" erzielt werden. Laut Ökoaktionsplan soll in der laufenden Legislaturperiode auch eine „Strategie für eine nachhaltige Landwirtschaft" erarbeitet werden, „um einen fairen Ausgleich zwischen konventioneller und ökologischer Landwirtschaft zu ermöglichen" (HMUKLV 2020c: S. 8).

Ein ganzes Handlungsfeld des Ökoaktionsplans wird dem Thema „Regionale Wertschöpfungsketten erhalten und stärken" gewidmet. Demnach sollen bestehende Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen *für ökologische Lebensmittel* analysiert werden und anschließend Handlungsbedarfe identifiziert und priorisiert werden. Ausgewählte Projekte sollen darauf aufbauend initiiert und gefördert werden.

Dazu, wie die Ökomodellregionen auch konventionell regional produzierte Erzeuger fördern wird, gibt es bislang wenig Konkretes. Bei der Ökomodellregion Süd sind aktuell 7 Projektgruppen angesiedelt: „Erzeugung und Verbrauch", „Verarbeitung – Strukturen schaffen im Bio-Segment", „Partnerschaft Vermarktung", „Stammtisch Ökolandbau", „Umstellungspilot-Betriebe", „Grundwasser und Landwirtschaft – brauchen sich gegenseitig" sowie „Plattform Bio". Die Ökomodellregion äußerte im Rahmen des Expertengesprächs Interesse daran, konkurrierende Strukturen zwischen regionalen Erzeugern und regional-ökologischen Erzeugern zu verhindern und entsprechend eine harmonische Zusammenarbeit zu etablieren.

Eine Studie der Universität Kassel zeigte, dass Regionalität für Verbraucher wichtiger als Bio ist (GREMMER et al. 2016: S. 98 f.):

> *„Die Konsumentenbefragung ergab, dass die Herkunft der Lebensmittel für die Befragten beim Einkauf generell eine sehr bedeutende Rolle spielte; dies galt insbesondere für Obst, Gemüse und Fleisch. Von den Befragten sahen 53 % die regionale Produktherkunft und 33 % die ökologische Produktherkunft als sehr wichtig an. Einer relativ großen Schnittmenge von 26 % dieser Befragten waren beide Produktherkünfte sehr wichtig*"

Allerdings ist „regional" aufgrund der uneinheitlichen Verwendung des Begriffs weniger einfach zu erkennen als der weitgehend vereinheitlichte Bio-Standard. „Regional" kann im Sprachgebrauch von Firmen oft auch Produktion in (Süd-) Deutschland oder Mitteleuropa bedeuten. Bei wieder anderen Marken, wie z.B. der Nürnberger Bratwurst ist nur die Schlussfertigung in der „Region", also in diesem Fall in Nürnberg erfolgt. Die Schweineaufzucht erfolgt zum größten Teil andernorts. Verbraucher müssen also aufmerksam die Herkunft der Produkte hinterfragen, bzw. Marken müssen klar kommunizieren, was „regional" in diesem Fall bedeutet. Auch mit Blick auf diese Feststellung sollten die Bemühungen des Odenwaldkreises der Förderung aller nachhaltig wirtschaftenden Betriebe gelten, die zum Erhalt von Landschaft und Natur beitragen – unabhängig davon, ob eine Zertifizierung als Öko-Betrieb vorliegt oder nicht.

Absatz regionaler Produkte; Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen

Unter gegenwärtigen und absehbar auch künftigen Förder-, bzw. Marktbedingungen ist die Odenwälder Landwirtschaft auf einem mengenfokussierten Markt nur sehr begrenzt konkurrenzfähig. Kleine Gewinnmargen führen zu einer geringen Entlohnung der meist selbstständigen Landwirt*innen. Die bisherige Kleinteiligkeit und die bäuerliche Tradition können nur erhalten werden, wenn sie als solche hervorgehoben und als Vorzug vermarktet werden. Ansatzpunkte sind hierbei grundlegend regionale Erzeuger, regionale Verarbeiter (wo nötig und möglich), regionale Verkaufsstellen und Logistik sowie Kunden, die im Odenwaldkreis und darüber hinaus bereit sind, ausgezeichnete Odenwälder Nahrungsmittel für einen angemessenen Preis abzunehmen. Voraussetzung für solche Kunden ist auch Marketing.

Regionale Erzeuger

Biologisch zertifizierte Produktion kann dazu beitragen, Produkte zu einem höheren Preis zu verkaufen. Mit der Zertifizierung als Bio-Betrieb gehen aber auch umfangreiche bürokratische Pflichten und nötige Investitionen einher. Zum Beispiel ist es für Betriebe im Odenwaldkreis aufgrund der wenig fruchtbaren Böden und kleinen Betriebsgrößen oft nur schwer möglich, wirtschaftlich selbst genügend ökologisches

Futtermittel zu produzieren, weil dabei strengere Auflagen zu Düngung und Pflanzenschutz beachtet werden müssen und der Ertrag sinkt. Aus dieser Perspektive stellt sich „Bio“ also leider nicht als Allheilmittel für die Erhaltung der Odenwälder Landwirtschaft dar. Die Ökomodellregion Süd kümmert sich laut offiziellem Auftrag auch um regionale Absatzstrukturen konventionell wirtschaftender Landwirte. Diese werden auch in verschiedenen Arbeitskreisen eingebunden. Die klare Priorität liegt aber auf der Erhöhung der Öko-Quote unter den Landwirten der Region. Vor allem sollten konkurrierende Strukturen zwischen regionalen Erzeugern und regional-ökologischen Erzeugern verhindert werden.

Regionale Verarbeiter (wo nötig)

Die regionale Produktion mit den Odenwald-typischen Besonderheiten und naturräumlichen Herausforderungen kann nur dann eine angemessene finanzielle Würdigung erfahren, wenn es geschlossene Ketten vom Erzeuger bis zum Kunden gibt. Die meisten Regional-Marken setzen auch eine regionale Verarbeitung für eine Zertifizierung voraus. Schlachtung und Zerlegung müssen also mindestens in Hessen durchgeführt werden. Derzeit gibt es aber in ganz Hessen keinen Schlachthof mehr mit nennenswerten, mitbenutzbaren Kapazitäten.

Der Schlachthof in Brensbach, bei dem auch Kreis und Kommunen Miteigentümer sind, bietet grundsätzlich den Ansatz für eine Bewältigung dieses Problems. Im hessischen Vergleich gilt er tatsächlich als einer der Größeren. Die etwas höheren Kosten im Vergleich zu Großbetrieben können sich rechnen, wenn das Fleisch schließlich als regionales Produkt einen höheren Preis erzielen kann.

Ca. 70-75 % der Metzger im Odenwaldkreis lassen ihre Tiere am Odenwald-Schlachthof Brensbach schlachten. 2020 führte die öffentliche Diskussion um Arbeitsbedingungen (auch mit Hinblick auf die Corona-Verbreitung) und Hygiene in Großschlachtbetrieben zu einem starken Anstieg der Nachfrage im Odenwald Schlachthof in Brensbach. Leider gelang es nicht, die Schlachtkapazität dieser Nachfrage anzupassen. Grund dafür war, dass die Steigerung der von der Aufsichtsbehörde beim Regierungspräsidium Darmstadt genehmigten Schlachtkapazitäten vorausgesetzt hätte, dass ein bestehender Sanierungsstau behoben hätte werden müssen. Derzeit agiert der Schlachthof wieder mit einer eigenständigen Geschäftsführung, allerdings ist derzeit hierfür nur eine Halbtags-Stelle vorhanden. Der Schlachthof fungiert derzeit im Modell der Auftragsschlachtung und verfügt daher über keine formalisierten Lieferketten und Vermarktungsstrukturen. Um die Schlachtkapazität in Brensbach zu steigern, werden aktuell verschiedene Ansätze verfolgt, die aufgrund ihrer aktuellen Dynamik hier nicht weiter erläutert werden können.

Wie sich in Expertengesprächen zeigte, fehlt es im Bereich der Fleischwirtschaft außerdem an regionalen Zerlege-Kapazitäten. Dieser Arbeitsschritt zwischen Schlachtung und Verarbeitung bei den Metzgereien läuft in den meisten Fällen direkt am Schlachthof ab. Dort kann dies mit höherer Effizienz erledigt werden, denn dazu sind wiederum Anlagen mit entsprechenden Hygiene-Vorschriften vorzuhalten. Die meisten Metzgereien, auch im Odenwaldkreis, kaufen ihre Produkte daher bereits in dieser Form. Direkt angesiedelt am Odenwald-Schlachthof ist ein Betrieb der Zerlegung; außerdem gibt es noch ein Metzger-Unternehmen im Kreis, das die Zerlegung selbst für seine Filialen durchführt. Die Zerlege-Kapazitäten erweisen sich aber laut Expertengesprächen als oft zu gering. Daher gelangt das Fleisch auch in außer-regionale Wertschöpfungsketten. Teils enden Tiere, die im Odenwaldkreis – zu verhältnismäßig hohen Kosten – aufgezogen wurden, dann auch in Groß-Schlachtbetrieben Deutschlands und werden zu geringem Preis weiterverkauft. Ein möglicher Baustein für regionale Wertschöpfung und höherpreisiger Verkauf hiesiger Lebensmittel ist daher, Vertriebswege und Organisationsstruktur des Odenwald-Schlachthofs in Brensbach auszubauen und in eine Regionalmarke vom Erzeuger bis zum Kunden einzubetten.

Organisatorisch könnte man sich ein Vorbild an Winzergenossenschaften oder der Apfelbau-Genossenschaft Südtirols nehmen. Auch die „Schwäbisch-Hällisches Qualitätsschweinefleisch g.g.A.“ könnte als Vorbild taugen:

> *„2001 hat die Bäuerliche Erzeugergemeinschaft Schwäbisch Hall den ehemals kommunalen Schlachthof Schwäbisch Hall erworben, um eine drohende Schließung abzuwenden. Die Anlage wurde grundlegend saniert und modernisiert. Der Ausbau erfolgte in Abstimmung mit den Bedürfnissen der Qualitätsfleischgewinnung. Heute schlachten im Erzeugerschlachthof die Mitgliedsbetriebe der Bäuerliche Erzeugergemeinschaft selbst und einige Haller Metzger*.“ (Schwäbisch-Hällisches Qualitätsschweinefleisch g.g.A (o.J., o.A.)).

Innerhalb einer solchen Organisation könnten die Erzeuger als Genossenschaftsmitglieder eingebunden werden, in Schlachtung und Zerlegung könnte gemeinschaftlich investiert werden. Auch die Vermarktung könnte man mit einer derartig zusammengefassten Produktmenge unter dem Dach einer gemeinsamen Marke organisieren. Letztlich könnte somit ein regionales Qualitätsprodukt zu einem höheren Preis verkauft werden, sodass die Odenwälder Landwirtschaft auch in ihrer Kleingliedrigkeit überlebensfähig bleibt. Voraussetzung dafür sind unter anderem gemeinsame Qualitätsstandards für Produkt und Haltung. Einen anderen möglichen Ansatz bietet die Erzeugergemeinschaft Hohenlohe-Franken. Diese vereint 1.200 landwirtschaftliche Betriebe unter einem Dach von gemeinsamen Qualitätsstandards und einer gemeinsamen Vermarktung von Lebend-Tieren. Von besonderer Bedeutung ist das Thema regionale Schlachtung, Zerlegung und Vermarktung zu sehen, weil, wie oben beschrieben, zuletzt 84 % der landwirtschaftlichen Betriebe im Odenwaldkreis Viehwirtschaft betrieben.

Regionale Verkaufsstellen und Logistik

Der Direktvermarkter Odenwald e.V. hat derzeit 34 Mitglieder, wobei die Tendenz der letzten Jahre eher sinkend ist. Ältere Landwirt*innen möchten oft nichts Neues mehr anfangen, insbesondere angesichts der nötigen bürokratischen und investiven Anforderungen überlastet, wird von ihnen ein Einstieg in die Direktvermarktung abgelehnt. Auf der anderen Seite gibt es nur wenige neue, junge Landwirte, die sich für einen Einstieg interessieren könnten (*siehe weiter oben*).

Die Gemeinsame Marke der Direktvermarkter und die gemeinsame Webseite sorgen für digitale Auffindbarkeit. Der Vertrieb wird von jedem Mitgliedsbetrieb trotzdem weitgehend eigenständig organisiert, da die Mitglieder auch sehr unterschiedliche Produkte herstellen. Wichtigste Modelle sind der Verkauf im Hofladen und auf Bestellung sowie die Kooperation mit den REWE-Märkten im Rahmen der „Landmarkt"-Marke. Eine andere Option wäre die Marke „Hofglück" von Edeka Südwest (in dessen Region der Odenwald liegt) – womit eher nach Süden als nach Norden verkauft würde.

Auch der Verkauf mittels teils auch förderfähiger automatischer Verkaufsstellen (u.a. als „Regiomaten" bekannt) nimmt in letzter Zeit zu – stellt aber noch immer eher eine Randerscheinung hinsichtlich der Verkaufszahlen dar.

Darüber hinaus gibt es inzwischen auch rein internetbasierte Verkaufsplattformen, bei denen auch regionale Erzeuger Produkte anbieten können. Diese werden online bestellt und nach Hause gebracht.

Als Multiplikatoren der regionalen Lebensmittelversorgung sind Großmärkte zu sehen. Diese sind jedoch bislang nicht oder in relativ kleinem Maß auf den Vertrieb regional produzierter Erzeugnisse ausgerichtet. Problematisch für eine dahinge¬hende Kooperation sind die hierfür nötigen Zusagen von stabilen Liefermengen in einer gewissen Größenordnung, was in regionaler Produktion nicht immer garantiert werden kann.

Wochenmärkte sind Absatzstellen, an denen die Kundschaft besonders eng mit dem Verkaufspersonal kommuniziert und so auch vermehrt Wert auf Qualität, Bio und Regionalität gelegt wird. Für die Odenwälder Direktvermarkter spielen Märkte aber eine eher untergeordnete Rolle. Dort vertreten sind eher andere Landwirte, die keinen eigenen Hofladen haben. Vereinzelt wird jedoch sogar der Markt in Frankfurt beschickt. Im Odenwaldkreis selbst existieren ebenfalls Märkte, auf diesen lässt sich aber nur in sehr geringem Umfang Ware absetzen, weil diese meist nur wöchentlich stattfinden und keine über¬mäßigen Publikumsmagneten sind. Vorbilder könnten beispielsweise Wochenmärkte wie in Augsburg oder Fürth (Bay.) sein. Dort werden Ideen zukunftsfähiger Markt-Konzepte gefahren, die vor allem auf Gastronomie und Aufenthaltsqualität setzen und den Einkauf somit zum angenehmen Erlebnis machen. Auch ein Fokus auf regional produzierte Lebensmittel gilt dort als Erfolgsfaktor. Mit einer dauerhaften Präsenz auf einem Marktplatz und einer ansprechenden Gestaltung wird dort auch ein ganzjähriges touristisches Highlight geschaffen. Ebenfalls von Corona ausgebremst wurde 2020 die Initiative für einen neuen „Schloss-Markt" in Erbach. Innovativität in der einen Kommune könnte künftig auch zur Aufwertung von Märkten in anderen Kommunen beitragen.

Bereits sehr gut angewendet wird das Prinzip des Erlebnis-Einkaufs hingegen bereits beim (normalerweise) jährlich stattfindenden Bauernmarkt in Erbach. Mit einem klaren Fokus auf die regionale Erzeugung mit vielfältigen begleitenden Angeboten, wie Verkostungsmöglichkeiten, Live-Musik, Vorführungen von TrachtenGruppen und Nutztieren.

Ein weiterer Absatzkanal für regional erzeugte Lebensmittel sind Dorfläden und Warenverkaufsautomaten, die auch einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Nahversorgung in kleineren Ortschaften

darstellen können. Bereits verfügbare Verkaufsautomaten können im Internet unter https://odenwaldkreis.de/index.php?id=1185 abgerufen werden. Das Konzept einzelner Automaten kann ausgebaut werden, z.B. nach Art des „Elfriede – Dein 24h SB-Dorfladen“ in Buchen (Neckar-Odenwald-Kreis). Dabei handelt es sich schlicht um eine Ansammlung von Automaten mit Überdachung, die rund um die Uhr nicht nur regionale Lebensmittel, sondern auch andere Basis-Artikel für den täglichen Bedarf führen. „Tag-und-Nacht“- bzw. Selbstbedienungsläden, wie der „Emma’s Tag-und-Nacht-Markt“ in Altengottern (www.tagundnachtmarkt.de) erweitern dieses Konzept noch mehr in Richtung eines automatisierten Ladengeschäfts mit Vollsortiment. Der „Tag-und Nacht-Markt“ hat rund um die Uhr geöffnet. Zutritt und Bezahlung funktionieren über eine Kundenkarte. Der wenig personalintensive Supermarkt mit über 1.200 Artikeln verfügt außerdem über eine Packstation, eine Café-Bar, eine E-Auto-Ladesäule sowie über ein Car-Sharing Angebot und wurde mit 300.000 Euro aus EU-Mitteln gefördert.

Ein ähnliches Konzept rollt die die Supermarkt-Kette Tegut seit kurzem aus – mit sogenannten „Container Shops“. Nachdem zunächst in Fulda ein Test dieses Konzepts erfolgreich verlief, beginnt Tegut nun mit einer Ausweitung. 750 Artikel sind im Sortiment, die auf 50qm Verkaufsfläche angeboten werden. Zutritt und Bezahlung funktioniert über eine App. Weil es kein Verkaufspersonal gibt, ist auch dieser Laden rund um die Uhr geöffnet. Ein weiteres Best-Practice Projekt ist im Nachbarlandkreis zu finden: die Marktscheune Meckesheim (Rhein-Neckar-Kreis) entstand, als ein leerstehender Kuhstall im Ortskern saniert und umgebaut wurde, um Räumlichkeiten für Café und Bauernladen zu schaffen. Im Sortiment sind Produkte von über 30 regionalen Landwirten (Details unter: https://dvs-wettbewerb.de/die-projekte/marktscheune-meckesheim/?L=0%200). Nach hessischen „Aktionsplan für die ländlichen Räume“ (HMUKLV 2021) zufolge sollen Bauern- und Dorfläden sowie automatische, digitale Verkaufsstellen stärker gefördert werden.

In der Vergangenheit gab es einen Versuch einiger Odenwälder Landwirte, ein Geschäft in Darmstadt zum Verkauf von Erzeugnissen zu etablieren. Diese Initiative scheiterte scheinbar u.a. daran, dass im Verkauf keine Erzeuger präsent waren und Kunden die nötige Authentizität vermissten. Eine weitere Idee für einen Laden innerhalb des Odenwaldkreises konnte bisher noch nicht umgesetzt werden. Leider konnte diese Initiative im Corona-Jahr 2020 keine Fahrt aufnehmen; die Best-Practices zeigen aber, wie vielfältig die Chancen solcher Projekte sind. Eine weitere Idee mit dem Namen „RegionalMarkt“ oder „Marktschwärmerei“ sieht vor, dass mit kommunaler Unterstützung ein regionaler Supermarkt geöffnet wird, der vielleicht auch mit beschränkten Öffnungszeiten (bspw. nur samstags) ausschließlich regional erzeugte Lebensmittel anbietet, oder auch nach Vorbestellung nur Abholung und Bezahlung organisiert.

Mit dem Modellvorhaben „LandVersorgt – Neue Wege der Nahversorgung in ländlichen Räumen" unterstützt das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Rahmen des Aktionsbündnisses Leben auf dem Land beispielhafte, innovative Projekte, die geeignet sind, die Nahversorgung in den ländlichen Räumen zu verbessern und damit einen Beitrag zur Sicherung von Teilhabe und Daseinsvorsorge zu leisten. Bei einem ersten Durchlauf wurden 15 der 59 Bewerbungen ausgewählt und erhielten jeweils eine Förderung von knapp 50.000 Euro. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DGSB) gibt einen Überblick über die Gewinner-Projekte, die vielleicht auch als Anregung für Projekte im Odenwaldkreis verwendet werden können: https://www.dstgb.de/aktuelles/2021/dorflaeden-halten-ortskerne-lebendig/

Kunden und Marketing

Im Odenwaldkreis gibt es mehrere Initiativen, um die Region, deren Wirtschaft, touristisches Potential und deren landwirtschaftliche Erzeugnisse zu bewerben. Sowohl in den Bürgerschafts-Workshops als auch in den Strategiegesprächen, darunter auch von Seiten der Odenwälder Direktvermarkter, wurde Potential ausgemacht, die bestehenden Initiativen zu verknüpfen und besser abzustimmen. Gefragt ist statt Kooperation statt Konkurrenzdenken, um ein Umdenken bei den Verbrauchern zu erreichen, bzw. bestehende Trends gemeinsam zu nutzen. So geht es letztlich nicht darum, dass ein Kunde beim einen oder anderen Erzeuger kauft, sondern dass dieser bequem seinen Bedarf an Lebensmitteln abdecken kann und die hochwertigen, regional erzeugten Lebensmittel zu angemessenem Preis einen Käufer finden. Eine leider nicht erfolgreiche Initiative war in der Vergangenheit zur „Marke Odenwald“ gestartet. Grund für das Scheitern scheint u.a. gewesen zu sein, dass jeder Partner nur jeweils ein Produkt zum Markendach beitragen durfte und so erneut interne Konkurrenz befeuert wurde.

Funktioniert hat der Aufbau einer solchen Marke hingegen im Allgäu: in Verbindung mit einer umfassenden Regionalmarketingstrategie konnten dort auch regional produzierte Lebensmittel klar als solche erkennbar gemacht werden. Durch den umfassenden Ansatz der Markenstrategie (Tourismus, Lebensmittel, Industrie, und weitere) in Verbindung mit gemeinsamen Nachhaltigkeitskriterien über alle Bereiche hinweg konnte diese Marke einen hohen Wiedererkennungswert erreichen. Auch in den Strategiegesprächen der Kreisentwicklungsplanung wurde der Allgäuer Ansatz für die Vermarktung von Region und Produkten als vorbildlich angesehen (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing*).

Flurneuordnung und Flurbereinigung

Nach Aussagen von Landwirten, die im Rahmen der Expertengespräche befragt wurden, blieb der Odenwaldkreis zu Teilen von den radikalen Flurbereinigungen des 20. Jahrhunderts verschont. Das hat einerseits positive Auswirkungen auf Landschaftsstruktur und Artenvielfalt; andererseits besteht daher ein gewisser Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen Regionen aus landwirtschaftlicher Sicht. Die schmalen Zuwegungen und verstreuten Besitzverhältnisse – mit oft recht schmalen Acker-Streifen – bedeuten ein vergleichsweise ineffizientes Arbeiten. Außerdem stieß man auf das Problem, dass die alten Wege teils schlicht zu schmal sind, um von modernen Landwirtschaftsmaschinen befahren zu werden. Andererseits wird gleichzeitig sogar vorgeschrieben z.B. bei der Düngung solche modernen Maschinen zu nutzen.

Ansprechpartner für Flurbereinigung ist vor allem das Amt für Bodenmanagement in Heppenheim. Die Verfahren werden heutzutage aber mit einem deutlich geänderten Fokus durchgeführt, wobei die wirtschaftlichen Effizienz-Überlegungen nur noch einen Aspekt von vielen darstellen. Mit Rücksicht auf Besitzverhältnisse und Naturschutz sind die Verfahren heute deutlich komplizierter als zu Anfangszeiten. Trotzdem ist das Instrument der Flurneuordnung ein zentraler Baustein, um die landwirtschaftlichen Flächen bezüglich der Grundstücksgrößen und -formen an neuzeitliche Bewirtschaftungsverhältnisse anzupassen und somit die Odenwälder Landwirtschaft dauerhaft auch rentabel zu halten.

Im Vorfeld von Flurbereinigungsverfahren kann die Erarbeitung eines Konzepts gefördert werden (SILEK, auf einen räumlichen und thematischen **S**chwerpunkt beschränktes **I**ntegriertes **L**ändliches **E**ntwicklungs**K**onzept). Dabei werden Interessensträger und Bevölkerung beteiligt, um gemeinsam Chancen für den Untersuchungsraum zu analysieren, Entwicklungsziele zu definieren und Projekte zu initiieren. Abbildung 174 zeigt, dass im Odenwaldkreis derzeit einige Verfahren der Flurneuordnung im Gang sind. Eine interaktive Karte mit Verweisen zu detaillierten Darlegungen der einzelnen Verfahren sind unter https://hvbg.hessen.de/bodenmanagement/informationen-zu-den-einzelnen-flurbereinigungsverfahren zu finden.

Die Finanzierung der Flurbereinigung wird im Bereich der Verfahrenskosten vom Land Hessen in voller Höhe übernommen und bei den Ausführungskosten von Land, Bund und EU gefördert (bis zu 75 % der Ausführungskosten). Ein Blick in die Fallakten der Verfahren im Odenwaldkreis zeigt, dass diese Verfahren sich über einen erheblichen Zeitraum hinweg erstrecken können. So wurde beispielsweise das Verfahren „VF 1414“ in Oberzent – Kailbach und Schöllenbach bereits 2002 eingeleitet und konnte bislang nicht zum Abschluss geführt werden (siehe https://hvbg.hessen.de/VF1414). Zu beachten ist hierbei, dass bei einer Verfahrens-Fläche von ca. 2.170 ha etwa 300 Personen beteiligt und 1.350 Flurstücke betroffen sind. Ein anderes Projekt der „Vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens“ wurde 2010 von der Stadt Breuberg eingeleitet und steht ebenfalls noch in der Entwicklung.

Bereits die große Zahl der Beteiligten gibt einen ersten Hinweis darauf, warum sich solche Verfahren über einen derartigen Zeitraum hinziehen können. Neben dem Ausgleich zahlreicher Interessen von Grundstückseigentümern gilt es auch, Interessen des Wasser- und Naturschutz ausreichend zu beachten. Außerdem ist in vielen Fällen der/die Flächeneigentümer*in nicht dieselbe Person, die aktiv die land- oder forstwirtschaftliche Nutzung betreibt. Weiterhin zu beachten sind die aufwendigen Methoden für die Bewertung von Flächen und Naturraumpotentiale, die Voraussetzung für einen sinnvollen Ausgleich, bzw. Tausch von Flächen sind.

Neben der Flurbereinigung läuft auch die Vergabe von Fördermitteln für „dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen“ über das Amt für Bodenmanagement. Dabei wird den „multifunktionalen Wegen – Rad-, Wander- und Wirtschaftswegen“ – eine besondere Bedeutung zugesprochen. Insbesondere sollen die meist 40 bis 60 Jahre alten Wege den aktuellen Anforderungen der

Land- und Forstwirtschaft angepasst werden. Antragsberechtigt sind insbesondere Gemeinden, Wasser- und Bodenverbände und vergleichbare Körperschaften. Obwohl auch dieses Verfahren zeitaufwändig ist und sicher auch für die Beteiligten einiges an Arbeit bedeutet, bietet die Flurneuordnung und insbesondere die Flurbereinigung entscheidende Chancen, um wirtschaftliche Interessen, Landschaftspflege und Naturschutz-Interessen „unter einen Hut“ zu bekommen. Daher sollten die Städte und Gemeinden des Odenwaldkreises offen auf Anregungen zur Initiierung von solchen Verfahren umgehen und deren zugrundeliegende Bedürfnisse ernst nehmen.

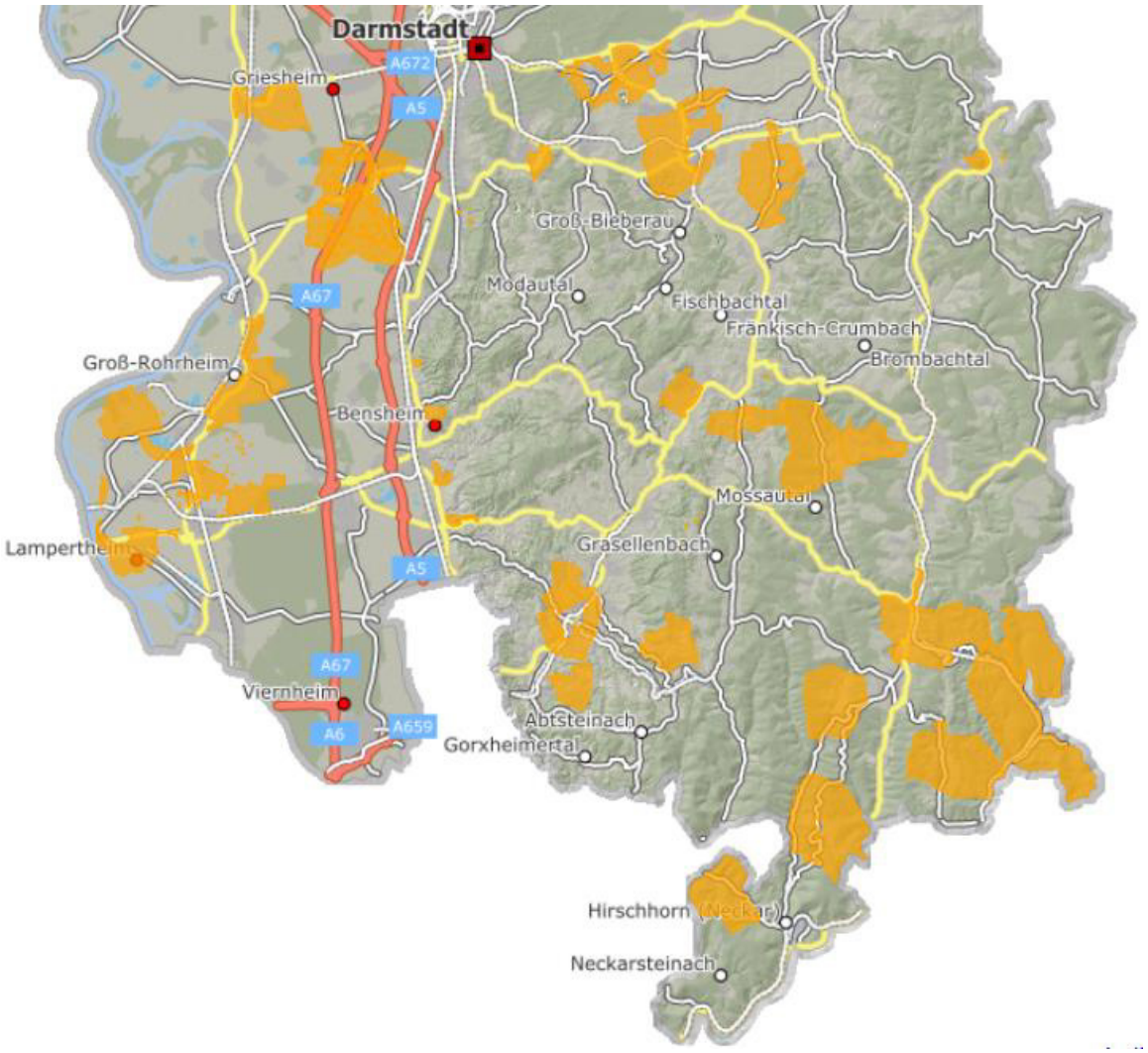


Abbildung 174: Verfahren der Flurneuordnung. Quelle: Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation, Geoportal hvbg 2021

Forstwirtschaft und Waldpflege

Für die Wälder des Odenwaldkreises sind – neben den privaten und kommunalen Waldeigentümern – von amtlicher Seite die beiden Forstämter Michelstadt und Beerfelden zuständig (vgl. Abbildung 175). Einen Überblick über den Zustand der hessischen Wälder gibt es in Form des jährlichen Waldzustandsberichts (HMUKLV 2020d): „*Die Ergebnisse der Waldzustandsaufnahme in 2020 belegen für den hessischen Wald den schlechtesten Vitalitätszustand seit Beginn der Erhebungen in 1984.*“ lautet dessen eindrückliches Urteil (ebd.: S. 4). So ist die Rede von weit verbreiteten starken Beschädigungen, hohen Absterberaten sowie dem Zwang, große Mengen an Holz vorzeitig zu verwerten, weil dies durch Käferbefall oder Sturmschäden nötig wurde. Da dieses Phänomen so weit verbreitet ist,

waren die Weltmarktpreise für bestimmte Holz-Sorten zwischenzeitlich derart gefallen, dass Wirtschaftlichkeit mancher Forst-Betriebe ernsthaft leiden musste. Im Frühjahr 2021 hat sich diese Entwicklung in ihr Gegenteil verkehrt: große Schadholzmengen in Kanada führten dort zu einem Exportstopp, sodass die Nachfrage nach europäischem Holz sprunghaft anstieg.

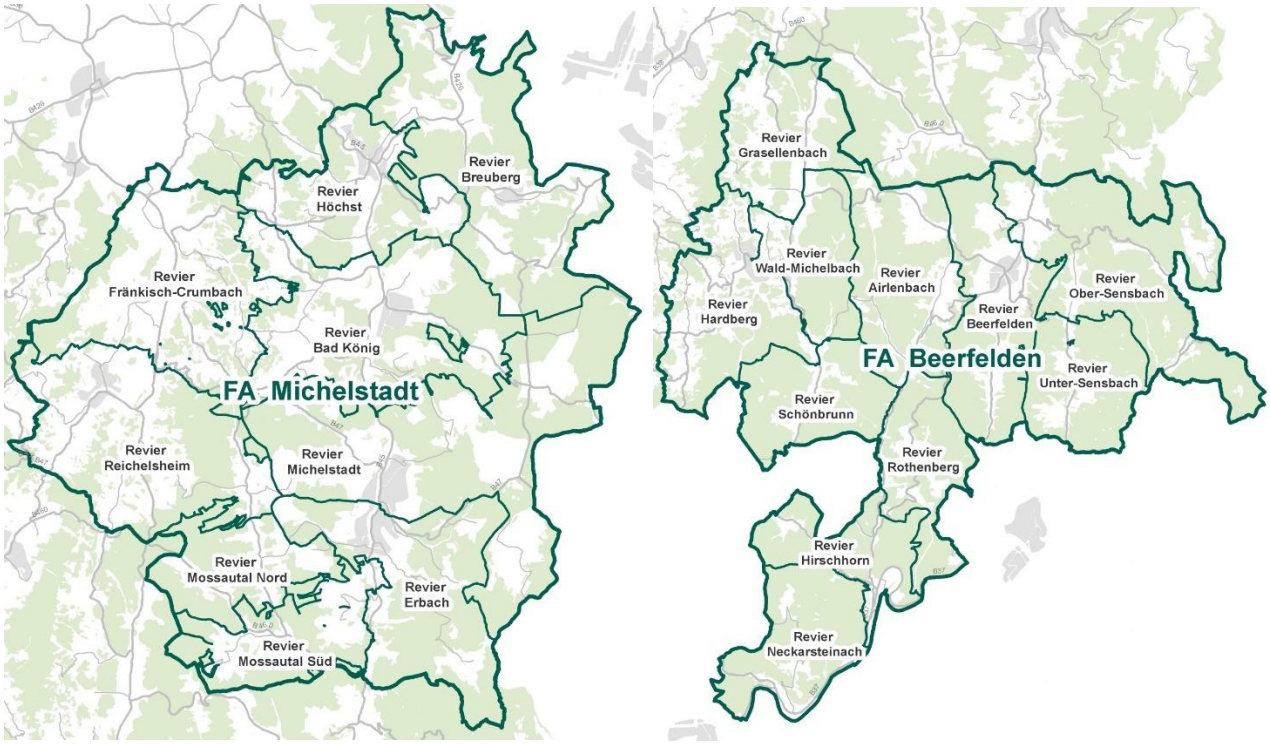


Abbildung 175: Forstamtsreviere im Odenwaldkreis. Quelle: Landesbetrieb HessenForst

Insbesondere in Oberzent war die Forstwirtschaft der kommunalen Wälder lange eine verlässliche Einnahmequelle für die kommunalen Kassen gewesen. Herausforderungen des Klimawandels und Probleme mit dem Borkenkäfer führten bis 2020 dazu, dass man mit einem verlustdeckenden Wirtschaftsergebnis zufrieden war. Auch viele andere Gemeinden und private Waldbesitzer hatten mit stark gesunkenen Einnahmen zu kämpfen. Von Seiten des Landes gibt es für verschiedene forstwirtschaftliche Maßnahmen Fördermittel. Finanziell eingebunden sind dabei auch der Bund (Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz) und die EU.

Die langfristige Sichtweise nachhaltiger Forstwirtschaft steht im Kontrast mit diesen zuletzt dynamischen Schwankungen des Weltmarktes. Grundlegendes Problem für den Wald ist derzeit der Klimawandel. Trockenheit v.a. im Sommer schwächt die Bäume und macht sie anfällig für Insekten, Windbruch und Krankheiten. Übermäßiger Niederschlag in den Wintermonaten kann hierfür keine Abhilfe geben. Insbesondere wenn der Kontakt der Bäume zum Grundwasser fehlt, werden die Bäume anfällig. Es spielt also eine entscheidende Rolle, wann der Niederschlag kommt, nicht nur die absolute Jahres-Niederschlagsmenge. Das veränderte Klima macht einen umfassenden Waldumbau notwendig, in dessen Zuge jeweils standortgerecht die richtigen Bäume verwendet werden müssen. Insbesondere die zuvor schnell wachsende, gewinnbringende Fichte ist hiervon betroffen: In nur sieben Forstamtsbezirken in Hessen könnte die Fichte eventuell überhaupt noch zu halten sein – u.a. auch in den Höhenlagen des Odenwaldes. In 30 Forstämtern wird die Fichte hingegen weitgehend verschwinden. Borkenkäfer haben vor allem bei durch Trockenheit vorgeschädigten Fichten leichtes Spiel, bei gesunden Bäumen wird er in Harz ertränkt.

Für keinen Standort kann mit Sicherheit gesagt werden, welcher Baum dort langfristig bestehen kann. Die Forstliche Versuchsanstalt in Göttingen hat kürzlich eine App herausgegeben, die Hilfe dabei bietet, welche Bäume an welchen Standortbedingungen sinnvollerweise angepflanzt werden können. Auch andere Software-Lösungen für forstliche Überlegungen wurden dort veröffentlicht. Außerdem wurde im

Rahmen des Integrierten Klimaschutzplans Hessen 2025 vom Umweltministerium eine Klimarisikokarte für den Wald in Hessen erstellt, die in Verbindung mit weiteren Ergebnissen ebenfalls bei der Baumauswahl helfen sollen. Wo man es sich zu früheren Zeiten mit relativ pauschalen Lösungen für verschiedene Standorttypen leicht getan hat, sind die Erfolgsaussichten heute deutlich schwieriger abzuschätzen, weil keiner weiß, wie der Klimawandel sich jeweils auswirken wird. Daher ist eine möglichst große Vielfalt zu empfehlen – bis zu 9 Sorten; auch Birke und andere, bislang selten verwendete Bäume können zu dieser Diversifizierung sinnvoll eingesetzt werden. Auch der Landesbetrieb Hessen richtet sich nach aktualisierten Richtlinien, wie mit den verschiedenen Kulturen umzugehen ist.

Die Strategie des Landes Hessen besteht aus mehreren strategischen Bausteinen, die den Wald zukunftssicher erhalten sollen. 2019 wurde der 12-Punkte-Plan zum Schutz der Wälder im Klimawandel vorgestellt. Im November 2020 wurde angekündigt, diese Ziele noch auszuweiten:

- Mehr Geld aufbringen: 250 Mio. Euro bis 2023
- Das Personal des Landesbetriebs Hessen Forst soll bis 2025 um 220 Stellen ausgeweitet werden
- Waldbesitzer werden bei der Wiederbewaldung und der Verkehrssicherung mit bis zu 95%iger Förderquote unterstützt. Voraussetzung ist, dass die für den Standort empfohlenen Baumsorten gepflanzt werden.
- Zur Stärkung der Biodiversität wird der Holzeinschlag in über hundertjährigen geschlossenen Buchenbeständen in Natura 2000-Gebieten zunächst für ein Jahr ausgesetzt.
- Weil der Klimawandel sich auch auf Tiere und Pflanzen auswirkt, wird die Naturschutzleitlinie für den Staatswald von 2010 überarbeitet.

Auch die Richtlinie für die Bewirtschaftung des Staatswaldes (RiBeS) wurde umgeschrieben. Nachdem im Waldgesetz bislang vorrangig galt, dass der Staatswald ertragsreich zu bewirtschaften ist, wird nun ein Umsteuern eingeleitet. Waldfunktion, Biodiversität und die bloße Erhaltung des Waldes im Angesicht der aktuellen Herausforderungen sollen in den Vordergrund rücken – es ist also eine deutliche Abkehr, weg von der betriebswirtschaftlichen Dominanz zu verzeichnen.

Auch im Odenwaldkreis wurden forstliche Versuchsflächen umgesetzt. In der Masse sind diese aber v.a. in Nordhessen zu finden. Ein neues Biodiversitätsforstamt soll neue wissenschaftliche Erkenntnisse im Burgwald liefern. Dort wird ein für 10 Jahre angesetztes Experiment durchgeführt. In diesem Zeitraum wird der Wald nicht bewirtschaftet, um Auswirkungen auf Biodiversität und Resilienz des Waldes zu untersuchen. Dadurch können Bäume älter werden, als das forstwirtschaftlich effizient ist, was zusammen mit dem Tot-Holz zu einer erhöhten CO_2-Speicherung führen soll. In diesem Zusammenhang werden auch Moore renaturiert – ehemals aufwändig entwässerte Gebiete werden also wieder gestaut.

Zu den Besonderheiten im Wald des Odenwaldkreises zählt, dass bislang noch relativ wenig Waldschäden zu beklagen sind. Höhenlagen und hoher Niederschlag sind regional mildernd wirkende Faktoren, die zu verminderten Problemen mit Niederschlag (dem Umfallen von Bäumen) führen. In Höchst ist jedoch bereits merklich häufiger mit Niederschlag zu rechnen als in Beerfelden. Im Zuge des Klimawandels ist ein allgemeines Ansteigen der sogenannten „waldtückischen Gefahr“ wahrzunehmen, die vermehrte Bemühungen zur Verkehrssicherung nötig macht. Insbesondere gefährlich werden können nicht als tot zu erkennende Äste werden. Mit den Corona-Lockdowns erhöhte sich der Besucherduck in den Wäldern merklich, womit auch die Verkehrssicherung eine erhöhte Brisanz bekam.

Im Bestand gibt es im Odenwaldkreis relativ wenig Buchen, etwa 90 % der Bäume sind Nadelhölzer, v.a. Fichte und Kiefer. Zu etwa 25 % ist der Wald bereits vorgeschädigt, was z.B. am Nadelverlust erkennbar ist. Die Laubhölzer hatten bislang fast keine Krankheiten, beginnen mittlerweile aber ebenfalls aufgrund der Trockenheit zu erkranken. Verschiedene Faktoren führen zu den sogenannten „Komplexkrankheiten“. In Groß-Gerau wurden mittlerweile selbst an den vergleichsweise robusten Eichen Probleme mit dem bislang sehr seltenen Eichenkernkäfer festgestellt. Mit den Rodungen aufgrund von Borkenkäfer-Befalls kommt man kaum hinterher. Das befallene Holz muss möglichst schnell beseitigt werden, um Nachbarbestände zu schützen.

Ein weiteres Problem für den Wald-Umbau zeigt sich mit einem steigenden Rehwild-Bestand. Sog. Einstände – jetzige Kahlflächen, die neu bepflanzt werden mit Schösslingen – bieten hervorragende Bedingungen für deren Vermehrung, denn Baum-Setzlinge bieten hervorragende Nahrung. Rehe sind Feinschmecker und suchen sich ausgerechnet die Setzlinge heraus, die für den aktuellen Wald-Umbau so wichtig sind, wie z.B. die Eiche. Ein intensiveres Bejagen ist hierzu ein Gegenmittel, hilft aber auch nur bedingt, weil auch wenige Tiere sich vor allem auf diese Leckerbissen stürzen. Gute Alternativen

sind nur mit kostenaufwändigem Flächenschutz möglich. Durch Bejagung die Bestände zu reduzieren, daher aktuell als eine zwingende Maßnahme. Dieser Schluss ist im Odenwaldkreis zwar nicht unkontrovers, führte jedoch im Kreistag dazu, dass im Januar 2021 ein „Pakt mit der Jagd" beschlossen wurde. Dieser sieht die Aussetzung der Jagdsteuer nach Vorbild des Neckar-Odenwald-Kreises zunächst bis 2024 vor. Als Gründe dafür wurde der vermehrte ehrenamtliche Einsatz der Jäger und dem wichtigen Nutzen für den Forst angeführt. Hierunter fallen die Einsätze der Jäger bei Wildunfällen sowie die nötige Mehrarbeit bei der Rehwild-Bejagung. „Im Rahmen der Möglichkeiten" verpflichtete sich der Kreisjagdverein im Gegenzug dazu:

- engagiert und konstruktiv, über das gesetzlich geforderte Maß hinausgehendend bei der Beprobung von Indikatortieren im Rahmen eines von der hessischen Veterinärverwaltung entwickelten Monitorings zur Afrikanischen Schweinepest mitzuwirken
- bei der Bergung von Schwarzwildkadavern im Seuchenfall mitzuwirken
- im Straßenverkehr verunfalltes Wild auf den Kreis- und Gemeindestraßen zeitnah zu beseitigen.
- Ein wirksames Schwarzwildmanagement unter Berücksichtigung der land- und forstwirtschaftlichen Interessen, auch durch die Förderung und die Teilnahme an revierübergreifenden Drückjagden
- weitere Punkte, die auf freiwilliger Basis hinzukommen können
- auch bei der Hege, der Jagdausbildung, bei kommunalen Biotopvernetzungskonzepten und beim Landschaftspflegeverband konstruktiv mitzuarbeiten

2023 soll geschaut werden, ob der Pakt funktioniert und evtl. die Jagdsteuer ganz ausgesetzt werden.

Das immer beliebtere Hobby des Mountainbikings stellt aus Fortwirtamtlicher Sicht einen weiteren potentiellen Konfliktherd dar, weil insbesondere bei fehlender Steuerung durch dezidierte Strecken vermehrter „Querfeldein-Verkehr" festzustellen ist, worunter u.a. der Waldboden leidet (*siehe auch weiter unten*).

Odenwälder Landschaft erleben

Der „Vision und Mission" von 2013 ist zu entnehmen:

> „*Wir entwickeln ein Nutzungskonzept für den Erholungsraum Odenwald unter Berücksichtigung von touristischen Aspekten, Naturschutz, Forstwirtschaft und Jagd. Für uns spielt dabei die zielgerichtete Besucherlenkung im Wald eine wichtige Rolle.*" (unter Vision, II. Tourismus)

Auch in der Vision 2030 wird der vielfache Wert von Natur und Landschaft betont: Erhalt und Förderung der Landschaft hinsichtlich Natur und Ästhetik. Dies schließt sowohl Naturschutz, als auch die Funktion von Land- und Forstwirtschaft in diesem Bereich ein. Die Odenwälder Landschaft ist Quell von Ästhetik, Erholungsmöglichkeiten und sportiver Angebote, gesunder Luft und nicht zuletzt auch qualitativ hochwertiger Lebensmittel. Wertschätzung für Natur und Landschaft gilt es einerseits durch Umweltpädagogik zu fördern. Zum Verstehen muss aber auch das Erleben hinzukommen. Vor allem eine gelungene Infrastruktur für das Wandern in Verbindung mit gelungenen Aussichtspunkte können dies vollbringen. Andererseits könnte man im Odenwaldkreis auch noch häufiger Bezug auf dieses größte Pfund der Region nehmen – z.B. bei Themen wie Marketing, Ortsgestaltung und Architektur.

Als dahingehend positive neue Maßnahme ist das Aufstellen sogenannter Panorama-Liegen zu sehen. Unter Mitwirkung des Odenwaldklubs e.V. wurden in den letzten Jahren zahlreiche solcher Sitz- und Liegebänke vor allem entlang der ausgezeichneten Wanderwege aufgestellt. Hierzu konnten EU-Fördermittel eingesetzt werden. **Wanderwege** gibt es im Odenwaldkreis und dem restlichen Odenwald zahlreiche. Für deren Pflege und Ausweisung ist ebenfalls eine Vielzahl an kooperierenden Akteuren engagiert.

Der Wanderklub Odenwaldklub e.V. (OWK) mit seinen insgesamt 10 Bezirken und 90 Ortsgruppen (davon 10 im Odenwaldkreis). Zu den Wegen des Klubs gehören 54 Hauptwanderwege mit einer Länge von oftmals über 100 km. Außerdem bestehen Kooperationen des Odenwaldklubs und seiner Ortsgruppen bezüglich des Erhalts von Wegen des Geo-Naturparks, den Wanderwegen der Gemeinden sowie den beiden „Qualitätswanderwegen" mit dem Gütesiegel „Qualitätsweg Wanderbares Deutschland". Insbesondere sind, neben den im Einzelnen hier nicht vollständig darstellbaren Aktivitäten zur Pflege und Verbesserungen von Wanderwegen zu nennen:

- Die Aus- und Weiterbildung von Wanderführern. Diese umfasst Inhalte zu „Wandern und Kommunikation“, „Wanderkarte und GPS“, „Natur / Natur-und Erlebnispädagogik“ regionalen Inhalten, sowie zum Thema „Marketing und Tourismus“
- Das Erarbeiten von Wandertipps und die Pflege von Internetangeboten
- Die Pflege der Beschilderungen eines vier Bundesländer überspannenden Wegenetzes mit einer Gesamtlänge von 5.000 km. Dazu wird auf eine Basis von insgesamt rund 140 ehrenamtlichen Wegewarten zurückgegriffen.
- Zusätzlich werden aktuelle Empfehlungen auch kleinerer Wanderungen bereitgestellt und Themenwanderungen, auch mit umweltpädagogischen Inhalten angeboten
- Auch bei der Erstellung und dem Vertrieb von Wanderkarten ist der OWK engagiert: in Zusammenarbeit mit dem Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald und dem Naturpark Neckartal-Odenwald wurden bislang 21 Karten im Maßstab 1:20.000 herausgegeben.

Ein weiterer wichtiger Akteur in diesem Bereich ist der Geo-Naturpark, der auch einige wichtige Infrastrukturelemente aufrechterhält (*siehe hierzu auch weiter oben unter „Umweltpädagogik“*). Hierzu zählen auch die 65 Wanderparkplätze in den Kommunen des Odenwaldkreises, die mit ihrer guten Ausschilderung, digitalen Auffindbarkeit und dem Anschluss an Wanderwege eine wichtige Basis für die Wander-Infrastruktur im Landkreis darstellen. Außerdem gibt der Geo-Naturpark auch Informationen zu und Jugendzeltplätzen in der Region. Der Geo-Naturpark gibt eigene Wanderkarten heraus (auch in Zusammenarbeit mit dem OWK, siehe oben) und auch eigene Wanderwege: die sogenannten Geopark-Pfade erschließen die typischen Landschaften der Region, die „Geopark-Erlebnisbereiche“. Jeweils im Geo-Naturpark-Layout angelegt, informieren die Pfade direkt vor Ort zu geologischen und kulturgeschichtlichen Besonderheiten der Region.

Zentraler für das Erleben der Region ist natürlich die Odenwald Tourismus GmbH. Sie sorgt vor allem durch das Bereitstellen von Informationen: zu diesem Zweck werden Touristik-Informationszentren betrieben, unter anderem in Erbach, Michelstadt, Mossautal und Reichelsheim. Die Plattform www.bergstrasse-odenwald.de bietet mit einem modernen System eine gute Auffindbarkeit und Übersicht von Angeboten, Attraktionen, Reisezielen und Unterkünften. Insbesondere die Veranstaltungsplattform bietet nicht nur einen touristischen Mehrwert. Mit den Hinweisen auf die zahlreichen, sehr unterschiedlichen auch geführten Touren, Angeboten im Grünen und interessanten Orten ist somit eine hervorragende Hilfestellung bei der Entdeckung der Region gegeben – ihrer Kultur und Landschaft – für Gäste und Einheimische. Mit EU-Mitteln (ELER) über die LEADER-Strategie gefördert werden konnten Ausschilderungsmaßnahmen mit Schilderbäumen. Dazu hatte die Tourismus GmbH koordinierend für alle Kommunen der Region einen Förderantrag gestellt. Auch die Umsetzung und Zertifizierung des Qualitätswanderweges „Alemannenweg“ wurde bezuschusst.

Im Angebot des Tourismus Bergstraße-Odenwald sind außerdem auch Radtouren verschiedener Schwierigkeitsgrade aufgeführt. Aufgrund des häufig steilen Geländes im Odenwaldkreis gelten hier allerdings acht der neun angegebenen Strecken als „schwer“ oder „sehr schwer“. Dank der immer häufiger Verwendung findenden Pedelecs und E-Bikes werden diese aber auch für eine breitere Bevölkerung nutzbar. Auch der Geo-Naturpark bietet auch Informationen für Radfahrer und Mountainbiker. Für den Bereich Mountainbiking wurde sogar eine eigene Plattform geschaffen. Unter www.mtb-geo-naturpark.de wird umfangreich zu den geeigneten Strecken der Region informiert.

Die wachsende Beliebtheit dieses Hobbys führt zu steigendem Konfliktpotential mit anderen Waldnutzern und dem Umweltschutz. Der Verein RTC Bergstraße-Odenwald wirbt auf seiner Webpräsenz unter https://fuchstrail.clubdesk.com/ offensiv für „Mehr Toleranz in den Wäldern“ und plädiert: „Lassen Sie uns gemeinsam den Dialog suchen und Signale für mehr Toleranz setzen. Wir möchten Sie einladen gemeinsam miteinander zu sprechen, anstatt übereinander.“ Der Presseberichterstattung zufolge (z.B. Echo 02.10.2020, S. 11) scheinen derlei Konflikte vor allem durch ausreichend ausgewiesene Mountain-Bike-Strecken zu befrieden sein. Auf diese Weise finden die Sportler ihr Areal, auf dem man sich auch sportlich austoben kann. Im Odenwaldkreis scheint dies gegeben zu sein. In der Jugendbefragung wurde das Sportangebot von 49 % als gut oder sehr gut bewertet. Von 65 % wurden „Räume / Plätze für Trendsportarten“ als besonders wichtige Treffpunkte angegeben. Die erste Bürgerumfrage zeigte, dass die meisten Befragten das Verkehrsmittel Rad v.a. für Erholung (206 Nennungen) und Sport (205 Nennungen) nutzten. Beim zu Fuß gehen hingegen stand die Erholung mit 439 Nennungen klar im Vordergrund, gefolgt von „Ausgehen“ (273) und Sport (266). Auch in den Bürgerworkshops wurde gefordert, mit einem Ausbau von „Action-Sport“ neue, junge Zielgruppen für die Region zu begeistern

und sowohl für Tourismus als auch wohnen für die Region zu gewinnen, bzw. sie hier zu binden. Im Angebot zeigen sich innerhalb der Region unterschiedlich geprägte Angebote. Während in Oberzent und Michelstadt professionalisierte Bike-Parks existieren, blieben die Bemühungen für einen solchen in Bad König bislang noch ohne durchbrechenden Erfolg. Insbesondere mit Blick auf die Jugendlichen ist ein lokales Angebot wichtig, damit dieses auch selbstständig ohne Pkw zu erreichen ist. Entscheidend für die Ausweisung von natur- und wanderverträglichen Strecken aktiv war der Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald, der dabei sehr umsichtig umgegangen ist. Dank der vorhandenen Angebote scheint sich dieser potentielle Konfliktherd im Odenwaldkreis in Grenzen zu halten, was auf eine gute Zusammenarbeit von Bikern, insbesondere denen, die in eingetragenen Vereinen organisiert sind, den Kommunen, dem Geo-Naturpark, dem Landkreis und dem OWK hinweist.

Ein weiterer Interessens-, bzw. Nutzungskonflikt besteht zwischen Freizeit-Nutzer*innen des Waldes und der forstwirtschaftlichen Aktivität. Insbesondere wurde im Kreis seit 2020 die Beschädigung von Waldwegen, Böden und Ökosystem durch den Einsatz von schwerem Waldarbeits-Gerät öffentlich kritisiert. Neben den angeführten Schäden an der Natur wurde auch auf die dadurch merklich reduzierte Nutzbarkeit der Wege zum Wandern und Radfahren hingewiesen. Die Wege gehören meist den Kommunen und werden in der Regel mit Einverständnis der Eigentümer derart genutzt. Als Alternative für die modernen Maschinen wären vor allem Rückepferde gefragt, die es aber vor Ort in dem Umfang nicht mehr so gibt, wie sie z.B. bei einer kurzfristigen Borkenkäfermaßnahme benötigt würden. Als gangbare Alternative kann aber durch den Einsatz von Reisigunterlagen auf den Rückegassen der Bodendruck vor allem bei trockener Witterung stark gesenkt werden. Das benötigte Material fällt beim Einsatz des „Harvester“ genannten Holzvollernters ohnehin an.

Zur Zielformulierung und den Maßnahmenvorschlägen siehe Zielbereich 33: Umweltpädagogik und Ehrenamt sowie Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus; Zielbereich 45: Tourismus.

Zwischenfazit

Beim Betrachten der Themen dieser Teilstrategie zeigt sich, dass Landwirtschaft Landschaftspflege ist, Landschaftspflege wiederum Artenschutz und alles zusammen immer auch eine Frage von Natur- und Umweltschutz ist. Zielgerichtetes Agieren und Planen ist jedoch bislang oft schwierig, weil viele Akteure aus Verwaltung, Verbänden, Tourismus, Land- und Forstwirtschaft, Geo-Naturpark usw. im Bereich Landschaft, Natur und Umwelt aktiv sind – oft auch auf unterschiedlichen oder gar gegensätzlichen Positionen. Abhilfe *könnte* der Landschaftspflegeverband schaffen, weil darin ein gemeinsames Forum geschaffen würde. Die Geschäftsstelle des Landschaftspflegeverbandes müsste dann als Moderator zwischen verschiedenen Interessensgruppen auftreten.

Gemeinsames Ziel der verschiedenen Akteure könnte eine Erhöhung der öffentlichen Wahrnehmung von Umwelt, Natur, Landschaft und regional produzierten Lebensmitteln sein sowie der Menschen und der Arbeit, die dahinterstecken. Außerdem könnte die gemeinsame Plattform dafür sorgen, dass ein besseres Verständnis von bürokratischen Anforderungen geschaffen wird, bzw. eine bessere Verständlichkeit für die, die sie bei ihren Projekten umsetzen müssen – seien es Landwirte oder Bauherren. Verständlich formulierte Arbeitshilfen oder proaktive Informationsveranstaltungen – z.B. für Mitarbeiter der Kommunen, Bauherren oder Landwirte – könnten wichtige Impulse setzen, um als zugänglicher Ansprechpartner wahrgenommen zu werden

Ähnlich dem Bereich Bildung kann der Bereich Landschaft, Natur und Landwirtschaft nicht vollumfassend behandelt werden. Insbesondere konnten zahlreiche Projekte und Initiativen vor Ort hier nicht beleuchtet werden, wie z.B. das Projekt „Wald.Handeln“ der Stadt Breuberg oder andere Projekte zum Naturschutz und Blühflächen. Nach Beispiel des Landkreises Lahn-Dill empfiehlt sich, dies in Form eines zusätzlichen Agrar-Umwelt-Konzepts oder eines Naturschutzberichts zu erstellen. Insbesondere die vielfältigen Netzwerke und Akteure, die z.B. im Bereich Streuobst zusammenwirken, sowie die vielfältigen Zusammenhänge und Wechselwirkungen von Landwirtschaft und Naturschutz könnten in einem solchen Papier ausführlicher beleuchtet werden. Dennoch ist in den vorangegangenen Ausführungen offensichtlich geworden, dass es einer gestärkten Vernetzung bedarf im Bereich Naturschutz und Landschaftspflege – über die Grenzen von Verwaltungsabteilungen und –grenzen hinaus und im gegenseitigem Interesse. Neben einer tiefergreifenderen Strategie zur Zukunft der Landwirtschaft bedarf vor allem unverzüglich einsetzender Maßnahmen, um diese in der jetzigen Rolle und in ihrer Rolle für die Gestaltung der Natur- und Kulturlandschaft erhalten zu können.

Auch innerhalb des Landratsamts sind die Kommunikationswege ausbaufähig – zwischen Bauamt (und dem dort angesiedelten externen GIS-Fachdienstleister), Naturschutzbehörde, Landschaftspflege, sowie Landwirtschaftsförderung (und Forstamt, obschon dies eine Landesbehörde ist) bestehen fachliche Zusammenhänge die einer systematischen Koordination bedürfen. Während die Abteilung für Landschaftspflege die GIS-Software des Landes benutzt, arbeitet das restliche Landratsamt mit der eigenen GIS-Software, die an Geschwindigkeit und Übersichtlichkeit Verbesserungspotentiale aufweist. Eine verbesserte Kompatibilität der GIS-Systeme könnte also zu einer systematischen Verbesserung führen. (*siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice, Analyse – Ausbau der strategischen Fähigkeiten*).

Horizont 2030

Wie sich in den einzelnen Bereichen der Analyse zeigte, ist die Stärke des Odenwaldkreises – seine reichhaltige Natur und Landschaft – bei Weitem keine dauerhafte Selbstverständlichkeit. Vielmehr ist sie das Ergebnis Jahrhunderte langer Prägung und Pflege durch den Menschen. Alle Kreisbürger und alle Gäste profitieren davon, diesen Reichtum hier vorzufinden. Auch überregional wird der Lebensraum für Tiere und Pflanzen im Ausgleich zum städtischen Raum gesehen.

Gefahren / „Murphy's Law"

- Verbuschung als Folge des Wegfalls landwirtschaftlicher (Weide-)Bewirtschaftung. Nur mit kostenintensiven aktiven Maßnahmen kann die Freihaltung von unwirtschaftlichen Steillagen dann erfolgen. Die Förderung einer landwirtschaftlichen Nutzung ist in der Regel zum einen billiger, zum anderen werden auf diese Weise auch gesunde, naturnah und tiergerecht regionale Nahrungsmittel erzeugt. Bei einem Rückgang der landwirtschaftlichen Nutzung würden insbesondere die weniger ertragsreichen Flächen womöglich verwildern, verbuschen und bewalden. Eine Veränderung dieser (deutschlandweiten) Entwicklung wäre wohl nur durch eine veränderte Verteilung der EU-Agrarsubventionen möglich. Auch in der nächsten EU-Förderperiode zeichnet sich trotz erster Änderungen keine konsequente Abkehr von der weiterhin zentralen flächenabhängigen Basisprämie ab.
- Im Bereich der Artenvielfalt hat besonders das Insektensterben potentiell verheerende Auswirkungen für die Region und die weltweite Ernährungssicherheit sowie die Artenvielfalt.
- Verlust an Streuobstwiesen. Da der Streuobst-Anbau v.a. mit dem Aufkommen europäischer Plantagen-Wirtschaftsformen und der zunehmenden Industrialisierung Deutschlands seine wirtschaftliche Bedeutung verloren hat, gilt es, den ehrenamtlichen Einsatz auf breitere Basis zu stellen. Gelingt es nicht, das Bewusstsein dafür in der Bevölkerung zu verankern, welchen ökologischen Wert Streuobst-Wiesen haben, sind auch behördliche Bemühungen vergebens. Die Obstbäume können von Seiten des Staates zwar gefördert werden. Eine Rund-Um-Pflege durch den Staat ist aber kostenmäßig unrealistisch und scheitert auch am Privatbesitz. Man ist also auf Multiplikatoren angewiesen.
- Weiter abnehmende Wertschätzung der regionalen Landwirtschaft. Es ist von zentraler Bedeutung, dass der Wert regionaler Landwirtschaft und deren Produkte geschärft wird und Kenntnis und Wertschätzung für Natur und Umwelt gefördert werden. Der Bereich Umweltpädagogik ist essentiell, um Umweltpolitik und ehrenamtlichen Einsatz langfristig in der Bevölkerung zu verankern. Nur so lässt sich ein nachhaltiger Erhalt sicherstellen. Hierzu beitragen kann auch die Verbindung mit ästhetisch-sportlichen Erlebnissen in Form von Wandern, Radfahren und anderen Freizeitaktivitäten im Grünen. Der Odenwaldkreis soll aber nicht nur als Landschaft dem ästhetischen und sportlichen Ausgleich von Menschen aus dem Ballungsraum dienen, ebenso wenig soll er ausschließlich zur Ausgleichsfläche naturräumlicher Beanspruchung andernorts genutzt werden. Im politischen Diskurs der hessischen Metropolen wird der Odenwaldkreis und andere ländliche Räume bereits heute oft als ästhetisch-natürliche, romantische Kulisse für „Ausgleichsfunktionen" der Großstädte dargestellt.
- Weniger landwirtschaftliche Betriebe. Bereits heute wird die klare Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebe im Odenwaldkreis im Nebenerwerb geführt. Eine oft hohe persönliche Arbeitsbelastung im Betrieb geht also einher mit einer weiteren beruflichen Tätigkeit. In den meisten Bereichen müssen solche Betriebe dieselben bürokratischen Auflagen erfüllen wie Betriebe der hundertfachen Größe. Mit immer weiter steigenden Anforderungen und Vorgaben, bei deren Umsetzung die Landwirte sich oft allein gelassen fühlen, steigt die Büro-Arbeitszeit der Landwirte, die zur praktischen Arbeit hinzukommt. Setzt sich ein solches Wachstum der Belastung und Benachteiligung kleiner Betriebe in Zukunft fort, wird die Zahl der Haupt- und Nebenerwerbs-Landwirte deutlich abnehmen. Insbesondere

mit Blick auf die Altersstruktur zeichnet sich eine dramatische Entwicklung ab. Tritt dies so ein, dann wird es immer weniger mittelgroße landwirtschaftliche Betriebe geben. Stattdessen wird ein Großteil der Fläche von wenigen Betrieben bewirtschaftet werden, neben den Flächen einiger verbliebener, nicht-monetär motivierter Nebenerwerbslandwirt*innen. Mittlere Betriebe werden sich u.a. als Direktvermarkter wirtschaftlich auf den Beinen halten können, vorausgesetzt, die derzeit gute Nachfrage nach solchen Lebensmitteln hält an und die Vermarktung regionaler Odenwälder Qualitätsprodukte kann weiter ausgebaut werden.

- Im Rahmen der Strategiegespräche für die Kreisentwicklungsplanung wurde von unterschiedlichen Seiten bemängelt, dass die Kommunikation zwischen den Landwirten, dem Landratsamt und der Verwaltungsleitung sowie der Kreispolitik verbessert werden könnte. Von Seiten landwirtschaftlicher Betriebe wurde der Wunsch nach einem höheren Interesse und Wertschätzung seitens der Bevölkerung und der Kreispolitik geäußert. In der breiten Bevölkerung fehlt demnach oft ein persönlicher Bezug zu landwirtschaftlichen Themen, weshalb auch die finanzielle Würdigung der so hergestellten Produkte vermissen lässt. Die gesamtwirtschaftlich geringe Bedeutung der Landwirtschaft steht dem bislang noch entgegen; nicht-monetäre Themen wie Ernährung, Natur und Landschaft müssen also stärker in die öffentliche Wahrnehmung gerückt werden. Ein stärkeres Interesse der Politik für diese Themen wird z.B. mit der Hoffnung verbunden, dann die Interessen der besonders kleinteilig strukturierten Landwirtschaft des Kreises mit ihren besonderen Bedürfnissen besser in die politischen Diskurse auf höheren Ebenen einbringen zu können. So wurde beispielsweise angeregt, bei Diskursen um neu auszurichtende Förderprogramme eine klare Position des Odenwaldkreises als Fürsprecher kleiner und mittlerer landwirtschaftlicher Betriebe zu platzieren.

Chancen

- Landschaftspflege, Bildung und Ehrenamt: Die Verbindung zwischen Ökologischer Bildung, Wertschätzung der Natur und Engagement für die Erhaltung von Natur und Landschaft liegt auf der Hand. Mit einem Ausbau der Bildungsangebote in diesem Bereich – nicht nur für Kinder, sondern auch für Erwachsene – in Verbindung mit einer angemessenen Förderung ehrenamtlicher Bemühungen – könnte ein wichtiger Beitrag zum Beispiel zur Erhaltung der Streuobst-Bestände erzielt werden. Der Odenwaldkreis hat mit den Abteilungen Landwirtschaft und Landwirtschaftliche Förderung, Umwelt und Landschaftspflege, Natur- und Umweltschutz sowie der VHS kompetente Stellen, um Potentiale dieses Bereichs auszuschöpfen. Außerdem gilt es, ehrenamtliche Vereine, wie den Naturschutz Bund (NaBu), den BUND, den Verein Obst- und Gartenbauverein Bad König, den Kreisverband Odenwald-Dieburg für Obstbau, Garten- und Landschaftspflege (OGL) sowie den Geo-Naturpark angemessen zu würdigen und einzubinden. Auch Landwirt*innen sind häufig engagiert und können sowohl mit ihrem Fachwissen und als auch ihren praktischen Fähigkeiten wichtige Beiträge in der Pädagogik und in der Umsetzung von Maßnahmen leisten.
- Bauernmarkt, Wiesenmarkt, Bienenmarkt, Kartoffel- oder Lammwochen zeigen, wie die regionalen Lebensmittel und die bäuerliche Tradition auch als Kulturgut in der Region verankert und prägend sind
- Landwirtschaft: Chancen für die Odenwälder Landwirtschaft richten sich zum einen an übergeordnete Ebenen, die nur schwer zu beeinflussen sind. Maßgeblich für bürokratische Belastung, betriebliche Auflagen und Förderpolitik sind Entscheidungen auf EU-, Bundes- und Landesebene. Die andere wichtige Stellschraube, um die Odenwälder Landwirtschaft in ihrer besonderen Struktur zukunftssicher zu machen ist das Sicherstellen eines angemessenen Verkaufspreises der Produkte. Derzeit sind vor allem Direktvermarkter erfolgreich dabei, ihr Produkt (auch ohne Bio-Zertifizierung) als regionales Qualitätsprodukt abzusetzen. Für die meisten der Betriebe, insbesondere die vielen, die im Nebenerwerb geführt werden, ist dies keine echte Option. Daher gilt es, kooperative Vermarktungs- und Verarbeitungs-Ketten weiter auszubauen. Daher ist es unabdingbar, Kooperationen aufzubauen. Auch künftige Betriebsübergänge an neue Generationen können neue Kooperationen begünstigen. In den Bereichen Bürokratie, Verarbeitung und Vermarktung sind womöglich deutliche Effizienz- und Erlös-Gewinne zu erzielen, wenn in verlässlichen rechtlichen Strukturen über Betriebe hinweg zusammengearbeitet wird. Im Beispiel der neuen Düngeverordnung konnten z.B. manche Landwirte in Zusammenarbeit mit der Energiegenossenschaft Odenwald neue Lösungen und wirtschaftliche Tätigkeitsfelder im Bereich Bio-Gas auftun. Eine weitere Chance für die Landwirtschaft bietet eine optimierte Flächenstruktur mit modernisierter Wegeinfrastruktur (*siehe Bereich Flurerneuerung in der Analyse*). Mit Blick auf die umfänglichen Verfahren mit langen Verfahrensdauern ist es umso wichtiger, weitere nötige Verfahren anzustoßen. Auch bei diesem Thema ist eine möglichst reibungslose Zusammenarbeit unter den Flächeneigentümern Voraussetzung für möglichst zeitnahe Erfolge.

Zielbereiche Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft und Landschaftsschutz

31. Strategische Ausrichtung und Erfolgssicherung für Naturschutz, Landwirtschaft und Landschaftspflege

- Umsetzungs-Planung für die hessische Biodiversitätsstrategie und gesteigertes Abrufen der damit verbundenen Fördermittel.
- Kommunikation und Vernetzung verbessern, Interessenskonflikte moderieren – viele verschiedene Akteure sind in diesem Bereich wichtig: Verwaltung, Landwirtschaft, Naturschutz-Verbände, der Geo-Naturpark, Bildungs- und Tourismuspartner sowie die Politik.
- Erstellung, Veröffentlichung Umsetzung und Fortschreibung eines Strategiepapiers für den Bereich Natur, Umwelt, Landschaft und Landwirtschaft. Transparenz von Strategie und Berichte zum Umsetzungsstand ermöglichen Erfolgskontrolle durch Politik und Öffentlichkeit. Formate könnten sein: Landwirtschaftsbericht (wie im Werra-Meißner-Kreis), Naturschutz-Bericht (wie im Lahn-Dill-Kreis) oder Biodiversitätsstrategie.
- Schaffung besserer Austauschmöglichkeiten über Abteilungs- und Amtsgrenzen hinweg durch erhöhte Kompatibilität und Austausch im Bereich Geoinformation und Datenmanagement.
- Erarbeitung einer Strategie für einen Ausbau erneuerbarer Energieträger in Abwägung mit Belangen von Landwirtschaft sowie des Natur- und Landschaftsschutzes.

32. Artenschutz, Biodiversitätsstrategie und Gewässerschutz

- Erhalt seltener Tiere und Pflanzen durch die Sicherung der Nahrungsgrundlagen und Lebensräume dieser Arten.
- Erkennbare Fortschritte hin zu klaren gesetzlichen Regelungen zum Thema Wolf.
- Mediation von Konflikten im Kontext des Naturschutzes und Herstellung einer positiven Konflikt-Kultur.
- Unterstützung der Landwirtschaft bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes und zur Reduktion des Pestizid-Einsatzes.
- Erhalt der landschaftsprägenden Streuobstwiesen im Odenwaldkreis.
- Langfristige Strategie zur naturnahen Gestaltung von Gewässern im Odenwaldkreis durch Kooperation mit Flächeneigentümern, Flächenankauf, Durchführung und Förderung von Maßnahmen sowie die Nutzung von geeigneten Förderprogrammen.
- *Siehe auch Zielbereiche „Umweltpädagogik und Ehrenamt“, „Landschaftspflege“, „Landwirtschaft“; sowie Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung; Ziel 4.2: Umwelt- und landschaftsfreundliche* Gew*erbegebiete und nachhaltige Wirtschaft.*

33. Umweltpädagogik und Ehrenamt

- Ausbau und Förderung der umweltpädagogischen Angebote mit den Zielgruppen Kinder, Jugendliche sowie Erwachsene und die Vernetzung bestehender Anbieter zu einem kreisweiten Netzwerk mit gemeinsamen Konzept unter Einbindung der Verwaltung und der verschiedenen umweltpädagogisch aktiven Akteure.
- Gezielte Weiterbildungsmaßnahmen, um ehrenamtlichen und nebenberuflichen Einsatz für Landschaftspflege und Umweltschutz zu fördern (insbesondere mit Blick auf das Thema Obstbaum-Fachwart-Ausbildung).
- Konzeptionelle, kommunikative und finanzielle Unterstützung für ehrenamtliche Akteure und Vereine, die im Bereich Landschaftspflege und Naturschutz aktiv sind.
- Steigerung des allgemeinen Bewusstseins für Themen des Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutzes im Odenwaldkreis und damit auch Steigerung der Kenntnisse und des Problembewusstseins.
- Bessere Wirtschaftlichkeit landschaftspflegerisch wertvoller Landwirtschaftsformen durch umweltpädagogisch-touristische Inwertsetzung von landschaftlichen Highlights (insbesondere Streuobstwiesen), z.B. mit Streuobstbaumpatenschaften oder Angeboten zum Selbst-Pflücken.

34. Landschaftspflege

- Verbesserung übergeordneter Förderpolitik hin zu einer landwirtschaftlichen und landschaftspflegerischen Förderungspolitik, die den Umwelt- und Landschaftsschutz in den Mittelpunkt stellt und dabei den landschaftlichen und strukturellen Besonderheiten von Regionen wie dem Odenwaldkreis gerecht wird. Insbesondere zu fördern sind Extensivierung und Streuobstwiesen.
- Systematische Sicherung der Nachhaltigkeit und Pflege von Flächenausgleichs-Maßnahmen, z.B. mit Hilfe eines Landschaftspflegeverbandes.
- Etablierung eines Landschaftspflegeverbandes, der die Aktivitäten und Anliegen der verschiedenen Akteure im Odenwaldkreis moderiert und koordiniert und mit einer fachlich kompetenten Geschäftsstelle Maßnahmen im gemeinsamen Interesse umsetzt.
- Erhalt der Weideviehhaltung im Odenwaldkreis als besonders wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Kulturlandschaft und der Artenvielfalt.
- Koordinierte Strategiebildung und gemeinsames Agieren, um den Bestand der Streuobstwiesen zu sichern sowie deren Erneuerung und Ausbau zu erreichen.

35. Landwirtschaft

- Sicherung des Fortbestands landschaftspflegerisch aktiver und regionalversorgender Landwirtschaftsbetriebe.
  - Einsatz des Odenwaldkreises für eine entbürokratisierte Landwirtschaft mit in der kleinbetrieblichen Praxis anwendbaren Berichtspflichten und sonstiger Auflagen.
  - Aufbau kooperativer Strukturen und Betriebsformen, um in den Bereichen Bürokratie, Fördermittel, Vermarktung und Investitionen Arbeitsteilung betreiben zu können und somit gemeinschaftlich zukunftssicher zu werden.
  - Ausdruck der Wertschätzung der Landwirte und ihrer Arbeit sowie Steigerung des Verständnisses und der Wahrnehmung von Entscheidern und der Bevölkerung diesbezüglich
  - Sicherung und Ausbau regionaler Wertschöpfungsketten im Bereich der Fleischwirtschaft
  - Förderung der Bio-zertifizierten Landwirtschaft, weitere Kooperation mit der Ökomodellregion Hessen Süd
  - Fachkräfte- und Nachfolgesicherung: Förderung der gemeinschaftlichen Betriebsübernahme mehrerer Personen, die jeweils als Nebenerwerb an landwirtschaftlicher Tätigkeit interessiert sind
  - Fachkräfte- und Nachfolgesicherung: Umweltpädagogik an und mit landwirtschaftlichen Betrieben nutzen, um Interesse für den Beruf als Landwirt bei Kindern und Jugendlichen zu wecken und mit eigener Ausbildung jenseits des Familienverbands künftige Betriebsnachfolger und Fachkräfte auszubilden
- Sicherstellung des nachhaltigen Erfolgs der Bemühungen in diesem Bereich z.B. durch die Erstellung und Fortschreibung eines Landwirtschaftsberichts nach Vorbild des Werra- Meißner-Kreises (ebd., 2019).
- Bestmögliche Vermeidung von neuer Flächenversiegelung und damit einhergehender Verringerung landwirtschaftlicher Nutzfläche (*vgl. Teilstrategie Stadt- und Siedlungsentwicklung sowie Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung*)
- Durchführung von Flurbereinigungs- bzw. Flurneuordnungsverfahren in besonders kleinteiligen Bereichen des Odenwaldkreises und bedarfsgerechte Anpassung des Netzes landwirtschaftlich genutzter Wege

36. Naturschutz, Bauen und effiziente Verwaltung

- Optimierung der Zusammenarbeit von Unterer Naturschutzbehörde, den kommunalen Bauämtern und den Bauherren
- Angleichung der Prozesse rund um auszuweisende Ausgleichsflächen an die gesetzlichen Anforderungen durch stringenteres Überwachen und mit Hilfe der Geschäftsstelle des zu gründenden Landschaftspflegeverbands als fachkompetentem Dienstleister
- Flächenverbrauch für Siedlung und Gewerbe auf ein Minimum reduzieren
- Siehe *auch: Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung; Ziel 4.2: Umwelt- und landschaftsfreundliche Gewerbegebiete und nachhaltige Wirtschaft*

31. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Strategische Ausrichtung und Erfolgssicherung für Naturschutz, Landwirtschaft und Landschaftspflege

SMART-Formulierung:

- Systematisierung der Umsetzung der hessischen Biodiversitätsstrategie im Odenwaldkreis und gesteigertes Abrufen von damit verbundenen Fördermitteln
- Optimierung von Vernetzung und Kommunikation der Verwaltungsakteure im Bereich Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft und Landschaftsschutz durch einen stärkeren abteilungsübergreifenden Informations- und Datenaustausch, auch zwischen Kreis und Kommunen.
- Erstellung, Veröffentlichung und Umsetzung aktueller, prüfbarer Strategien für den Bereich Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft und Landschaftsschutz auf Grundlage aller verfügbaren Erkenntnisse und (Geo-)Daten, sowie Einbindung interessierter Bürger und Akteure. Von zentraler Wichtigkeit ist dabei, Kennzahlen zu erheben und Zielwerte festzulegen.
- Erarbeitung einer Strategie für einen Ausbau erneuerbarer Energieträger im Abwägung mit Belangen von Landwirtschaft sowie des Natur- und Landschaftsschutzes

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten

- Erarbeitung einer kreisweiten Strategie für den Bereich der Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft und Landschaftspflege in Form eines oder mehrerer Papiere, wie z.B. einer Biodiversitätsstrategie, eines aktualisierten und öffentlichen regionalen Agrarumweltkonzepts, eines Landwirtschaftsberichts oder eines Naturschutzberichts.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 242; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Aufbau einer abteilungsübergreifenden Struktur zur Aufstellung und Umsetzung einer Planung für die Bereiche Naturschutz, Landschaftspflege und Landwirtschaft. Durch eine optimierte und systematisierte Zusammenarbeit dieser Verwaltungsbereiche im Landratsamt wird die Erreichung der in der Fachplanung definierten Ziele ermöglicht
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 243; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Aufbau eines abteilungsübergreifenden Datenmanagements für Statistik und Geodaten im Landratsamt als Grundlage für fortlaufenden Austausch und fortlaufende strategische Steuerbarkeit.
  Insbesondere für den Bereich Landschafts- und Naturschutz und Landwirtschaft bestehen vielversprechende Ansätze.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 244; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  Siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice
- Gründung eines Landschaftspflegeverbandes, Einbindung von Landwirtschaft, Naturschutzverbänden und Kommunen auf Augenhöhe und Einrichtung einer fachlich und persönlich kompetenten Geschäftsstelle. Dabei fortlaufende konzeptionelle und kommunikative Abstimmung mit dem Geo-Naturpark und dem Tourismusverband.
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 245; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  siehe auch Teilstrategie Klimaschutz - Zielbereich 52.3 Gemeinschaftliche Projekte mit Kommunen organisieren
- Erarbeitung einer Strategie für einen Ausbau erneuerbarer Energieträger im Abwägung mit Belangen von Landwirtschaft sowie des Natur- und Landschaftsschutzes
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 246; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

32. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Artenschutz, Biodiversität und Gewässerschutz

SMART-Formulierung:

- Erhalt seltener Tiere und Pflanzen durch die Sicherung der Nahrungsgrundlagen und Lebensräume dieser Arten im Rahmen einer regionalen Strategie (*siehe auch Zielbereich 31: Strategische Ausrichtung und Erfolgssicherung für Naturschutz, Landwirtschaft und Landschaftspflege*).
- Erkennbare Fortschritte hin zu klaren gesetzlicher Regelungen zum Thema Wolf. inklusive umfassende Förderung von Herden-Schutz-Maßnahmen und einer Regelung des Jagdrechts unter bestimmten Voraussetzungen.
- Herstellung einer positiven Konflikt-Kultur für das Austragen von Konflikten im Kontext des Naturschutzes.
- Bestmögliche Unterstützung der Landwirtschaft bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes und zur Reduktion des Pestizid-Einsatzes
- Erhalt der landschaftsprägenden Streuobstwiesen und Umkehrung der abnehmenden Entwicklung der Baumbestände – bis 2030 zurück auf den Bestand von vor 10 Jahren (ca. 65.000).
  Zu den Handlungsmöglichkeiten siehe auch bei jenen der Zielbereiche 33: Umweltpädagogik und Ehrenamt sowie 34: Landschaftspflege
- Langfristige Strategie zur naturnahen Gestaltung von Gewässern im Odenwaldkreis durch Kooperation mit Flächeneigentümern, Flächenankauf, Durchführung und Förderung von Maßnahmen sowie der Nutzung von geeigneten Förderprogrammen
- Steigerung der für die Region Odenwaldkreis eingeworbenen Fördermittel aus den Mitteln der Hessischen Biodiversitätsstrategie auf mindestens 100.000 Euro im Jahr (durchschnittlich, für den Zeitraum). Hierzu gesteigerte Kooperation mit ehrenamtlichen Initiativen sowie mit Land- und Forstwirten.
- *Siehe außerdem Zielbereiche „Umweltpädagogik und Ehrenamt“, „Landschaftspflege“, „Landwirtschaft“*

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Schaffung eines für alle relevanten Verwaltungsabteilungen gemeinsam verwendbaren Layers in einem gemeinsam verwendbaren Geoinformationssystem (GIS), das besonders landschaftlich oder landwirtschaftlich wertvolle Flächen darstellt und auch als Entscheidungsgrundlage bei der Ausweisung neuer Gewerbe- und Siedlungsflächen herangezogen werden kann.
  Siehe auch Zielbereich Strategische Ausrichtung und Erfolgssicherung für Naturschutz, Landwirtschaft und Landschaftspflege, Teilstrategie Stadt- und Siedlungsentwicklung und Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Zielbereich 4.5 leerstehende Gewerbeflächen umnutzen oder renaturieren
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 247; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Mediation von Konflikten und Herstellung einer produktiven und kooperativen Konfliktkultur im Bereich des Umwelt- und Landschaftsschutzes.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen
  Hauptverantwortlich: alle, Landschaftspflegeverband als Moderator
  ID: 248; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Fortgesetzter Einsatz (über Politik und Medien) für die Schaffung klarer Regelungen und besserer gesetzlicher Grundlagen zum Thema Wolf und eine umfassende Förderung von Herden-Schutz-Maßnahmen sowie einer Regelung des Jagdrechts für den Wolf – unter bestimmten Voraussetzungen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; politisch und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis-Verwaltung und Politik, Weidetierhalter
  ID: 249; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Ausstattung des Landschaftspflegeverbandes mit ausreichend Ressourcen und dem Auftrag, als Mediator in seinem Arbeitsbereich zwischen den verschiedenen Interessensgruppen zu agieren.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, andere Mitglieder des Landschaftspflegeverbands
  ID: 250; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Planung und Durchführung von Maßnahmen, um landwirtschaftliche Betriebe bei der Verringerung des Dünger- und Pestizideinsatzes zu unterstützen – *Im Rahmen der zu erarbeitenden Strategie Natur, Landschaft, LWS (ID 242).*
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Landschaftspflegeverband
  ID: 251; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Wiedereinführung der jährlichen vergünstigten Abgabe von Obstbäumen zur Pflanzung in der Region.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll (*Fördermittel des Landes vorausgesetzt*)
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 252; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Ausbildung von Mitarbeitern der kommunalen Bauhöfe zu Streuobst-Fachwarten
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 253; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Durchführung von aus der Hessischen Biodiversitätsstrategie geförderten Projekte, z.B. Pflanzungs-Aktionen von Obst-Hochstämmen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 254; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Durchführung einer systematischen Erfassung der Streuobst-Bestände.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 255; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Konsequente Abnahme von Odenwälder Obst durch kommunale Einrichtungen, wie dem Krankenhaus, den Schulen und den Kindergärten.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 256; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Aufbau einer Vermarktungsstruktur, mit der der Odenwälder Apfel als nachhaltiges Produkt vermarktet werden kann, das als Beitrag zum Artenschutz und gegen den Klimawandel auch einen angemessenen Preis wert ist – sodass die Wirtschaftlichkeit des Anbaus wiederhergestellt, bzw. wenigstens verbessert werden kann.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, personell, politisch, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Landschaftspflegeverband, Ökomodellregion
  ID: 257; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Umsetzung von alternativen Vermarktungskonzepten für Streuobst, z.B. mittels Baumpatenschaften oder in Verbindung mit touristischen Angeboten.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 258; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 4; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Maßnahmen zur Steigerung der Bekanntheit vorhandener Streuobstwiesen-Börsen, um Nutzung und Pflege der Streuobstwiesen zu verbessern.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Landschaftspflegeverband
  ID: 259; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Erarbeitung und Umsetzung einer langfristigen Strategie zur naturnahen Gestaltung von Gewässern im Odenwaldkreis durch Kooperation mit Flächeneigentümern, Flächenankauf, Durchführung und Förderung von Maßnahmen sowie die Nutzung von geeigneter Förderprogramme.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Landschaftspflegeverband, Kommunen
  ID: 260; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Schulung von Mitarbeitern der kommunalen Bauhöfe zur Optimierung der Mahdzeitpunkte
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Landschaftspflegeverband, Kommunen
  ID: 261; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- „Sternenpark Odenwald“ nach dem Vorbild des Biosphärenreservats Rhön mit dem Ziel einer Reduktion der Lichtverschmutzung als Beitrag zum Artenschutz – Teilschritte:
  - Kommunen modernisieren ihre Straßenbeleuchtung, um insbesondere Abstrahlung nach oben zu vermeiden und auf eine geeignete Lichtfarbe, Dimmung sowie auf Beleuchtungsintensität zu achten
  - In Kooperation mit Privaten Schaufenster- und Fassadenbeleuchtung in den Blick rücken und eine Anpassung, bzw. Entfernung erwirken.
  - Aufklären zur Außenbeleuchtung im häuslichen Bereich, z.B. Garten- oder Eingangsbeleuchtung
  - Bei regionaler gemeinschaftlicher Anstrengung kann ein solches Projekt bis hin zur Zertifizierung als Sternenpark funktionieren. Damit geht auch touristischer Mehrwert einher

  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Landschaftspflegeverband, Kommunen
  ID: 262; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

33. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Umweltpädagogik und Ehrenamt

SMART-Formulierung:

- Durchführung von Maßnahmen zur Steigerung des allgemeinen Bewusstseins, der Wertschätzung und der Kenntnisse bei den Themen des Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutz im Odenwaldkreis sowie der Rolle von Landwirtschaft und Ehrenamt.
- Durchführung von Maßnahmen zur Steigerung des ehrenamtlichen Engagements in Bereichen des Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutz im Odenwaldkreis.
- Durchführung von Maßnahmen zur Vernetzung von Umwelt-Akteuren, Bildungs-Akteuren, Verwaltungsstellen und anderen umweltpädagogisch aktiven Stellen in der Region zum koordinierten Ausbau der umweltpädagogischen Angebote für alle Altersklassen.
- Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen, um ehrenamtlich und nebenberuflich landschaftspflegerisch Tätigen Know-How zu vermitteln, deren Einsatz zu befördern und regionale Multiplikatoren für die Themen des Landschafts- und Umweltschutzes zu gewinnen.
- Umweltpädagogisch-touristische Inwertsetzung wichtiger Landschaftsschutz- und Umwelt-Projekte auf minimal-invasive Weise
- Unterstützung ehrenamtlicher Initiativen durch gemeinsames Erarbeiten von förderfähigen Projekten

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten

- Erweiterung der nächsten Kreisentwicklungs-Bürgerbefragung um Fragen danach, wie sich die Bürger zu den Themen Natur und Landschaft informiert und gebildet fühlen und ob weitere Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements gewünscht werden.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, umsetzbar
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 263; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 5; **Teilstrategie: 5**; gesamt:
- Vernetzung von Umwelt-Akteuren, Bildungs-Akteuren, Verwaltungsstellen, landwirtschaftlichen Betrieben und bereits umweltpädagogisch aktiven Stellen in der Region zum koordinierten Ausbau der umweltpädagogischen Angebote für alle Altersklassen – *durch strategische Steuerung und Übernahme der Hauptverantwortung durch eine Verwaltungseinheit oder einen Auftragnehmer (z.B. dem Landschaftspflegeverband oder dem Geo-Naturpark).*
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / Landschaftspflegeverband
  ID: 264; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Durchführung von Bildungsangeboten im Bereich Umweltschutz, Landschaftspflege und insbesondere Obstbaum-Pflege durch Kooperation von VHS, LRA-Abteilungen der HA V, sowie regionalen und außerregionalen Dozenten, z.B. aus den Bereichen Landwirtschaft, Verbänden und Hochschulen. Erster Ansatzpunkt: Streuobst-Baum-Pflege.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 265; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Kooperation von Verwaltung, ehrenamtlichen Initiativen und landwirtschaftlichen Betrieben, um vermehrt durch Zugriff auf Fördergelder handlungsfähig zu werden.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 266; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Schaffung einfach zugänglicher Mitmach-Möglichkeiten für jedermann, sodass auch ohne Vorkenntnisse, bestehendem Bezug oder Netzwerk ein unverbindlicher positiver Beitrag für die Natur des Odenwaldkreises geleistet werden kann – z.B. bei der Streuobst-Pflege oder –Ernte.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis, ehrenamtliche Verbände und Vereine
  ID: 267; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Nutzung von bestehenden Festlichkeiten wie dem Apfelblütenfest in Höchst, dem Bienenmarkt in Michelstadt, oder dem Wiesenmarkt in Erbach, um Lokalkolorit stärker mit Natur-Inhalten zu verknüpfen und umweltpädagogische Elemente zu platzieren.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 268; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Schaffung von Streuobst-Wiesen-Wanderwegen und / oder –Wanderungen, bei denen landschaftlich-ästhetisches Erleben mit kulinarischem Erleben (Gebäck, Rohkost, Apfelwein, Schnaps, Marmelade usw.) und umweltpädagogischen Inhalten kombiniert werden.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Tourismus Bergstraße-Odenwald, Landwirte, Gastronomen, Keltereien, Wandervereine, Geo-Naturpark
  ID: 269; Priorisierungsvorschlag Zielbereich:2 ; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Aufbau eines Apfel-Info- und Erlebnis-Zentrums, bei dem kulinarische, gesundheitliche, biologische, historische, praktische und pomologische Dimensionen des Streuobstanbaus beleuchtet und erfahren werden können.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, personell, politisch und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Fördergeber auf Landes-, Bundes- oder EU-Ebene
  ID: 270; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Formate der Online/Offline-Verknüpfung um insbesondere junge Menschen für Natur, Umwelt und Klimaschutz zu begeistern.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, diverse Akteure und Partner
  ID: 271; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Geocaching als Form moderner Freizeitaktivitäten mit der Möglichkeit auf größere und kleinere Sehenswürdigkeiten im Kreisgebiet hinzuweisen; Kooperationen mit Geo-Naturpark-Rangern zur Pflege der Caches
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, diverse Akteure und Partner
  ID: 272; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- In Zusammenarbeit mit Naturschutzverbänden und Geo-Naturpark Entwicklung einer „Odenwälder (Saatgut-)Mischung“ mit für den Odenwaldkreis besonders passendem Mischungsverhältnis. Abgabe/Verkauf von Saatgut an die Bevölkerung, Unternehmen und Kommunen
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, diverse Akteure und Partner
  ID: 273; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Kooperationen zum Ausbau von Wald-Erlebnis-Pfaden, Trimm-dich-Pfade und Kneippbecken
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, diverse Partner
  ID: 274; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

- Forum zum Interessenausgleich unterschiedlicher Wegenutzungen zwischen wirtschaftlichen, Freizeit- und Umweltinteressen. Beteiligung der ehrenamtlichen Vereine, Tourismus Bergstraße-Odenwald, Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald, Vertretern aus Forst- und Landwirtschaft, Kommunen und Naturschutzverbänden
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis (evtl. Landschaftspflegeverband)
  ID: 275; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  Siehe auch Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus

34. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Landschaftspflege

SMART-Formulierung:

- Einsatz des Odenwaldkreises für eine stärkere Förderung von Streuobstwiesen und extensiver Landwirtschaft
- Systematische Sicherung der dauerhaften Pflege von Flächenausgleichsmaßnahmen im Odenwaldkreis, insbesondere jener im Verantwortungsbereich der Kommunen
- Gründung eines Landschaftspflegeverbandes für den Odenwaldkreis, in dem Kommunen, der Kreis, die Landwirt*innen und Naturschutzverbände gemeinsam organisiert sind
- Erhalt der extensiven Landwirtschaft auf jetzigem Niveau und Durchführung von Projekten, um diese Wirtschaftsform zu fördern
- Erhalt der landschaftsprägenden Streuobstwiesen und Umkehrung der abnehmenden Entwicklung der Baumbestände – bis 2035 zurück auf den Bestand von vor 10 Jahren (ca. 65.000)
  Siehe hierzu auch in den Zielbereichen 33: Umweltpädagogik und Ehrenamt sowie 32: Artenschutz, Biodiversität und Gewässerschutz
- *Siehe außerdem Zielbereich 35: Landwirtschaft*

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Aus dem Bundesprogramm für biologische Vielfalt wurde in Nordhessen ein Projekt mit dem Namen SchafLAND17 ins Leben gerufen, bei dem die klassische Schaf-Weidehaltung als wichtiges Element zur Förderung der Biodiversität gewürdigt und gefördert wird. Kooperationspartner sind hierbei unter anderem der Werra-Meißner-Kreis, der Geo-Naturpark Frau-Holle-Land, Schäfereibetriebe, das Regierungspräsidium Kassel (Obere Naturschutzbehörde), der Landesbetrieb Landwirtschaft Hessen und der Kreisbauernverband. Ziel ist, nachhaltige Strukturen zu schaffen, die die wirtschaftliche Situation der Betriebe verbessern, die Arbeitsbelastung verringern und zu einer besseren Würdigung der Leistungen für den Naturschutz führen. Gefördert wird das Projekt aus dem Bundesprogramm zur Biologischen Vielfalt (BPBV). Unter Umständen wäre ein ähnliches Projekt – aus demselben oder einem anderen „Fördertopf“ – auch für den Odenwaldkreis umsetzbar.

Handlungsmöglichkeiten

- Politischer Einsatz für eine stärkere Förderung von extensiver Landwirtschaft – auf Grundlage stichhaltiger fachlicher Argumente von Seiten der Fachabteilungen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 276; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Langfristige Kalkulation und Pflege von Flächenausgleichsmaßnahmen
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 277; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Projektinitiative zur umfassenden Unterstützung der Weidetierhaltung nach Vorbild des Projekts SchafLAND17
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Landschaftspflegeverband
  ID: 278; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Einführung eigener Förderprogramme für den Odenwaldkreis, z.B. „Wiesenmeisterschaften“, „Odenwaldprogramm Mensch-Natur-Kulturlandschaft“ oder die jährliche Ausgabe von Obstbäumen, um als Kreis eigene Handlungsfähigkeit unabhängig von Förderung höherer Ebenen zu schaffen. Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 279; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 4; **Teilstrategie: 4**; gesamt:

35. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Landwirtschaft

SMART-Formulierung:

- Erhalt der landwirtschaftlich geprägten Kulturlandschaft des Odenwaldkreises und Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Fläche von 20.052 ha im Odenwaldkreis
- Erhalt der Landwirtschaft im Odenwaldkreis
  - Aufhalten des Rückgangs der Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit einem Zielwert von mindestens 500
  - Erhalt einer Anzahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft im Odenwaldkreis von mindestens 1.148

  Diese beiden Ziele könnten einander im Weg stehen – womöglich ist eine vermehrte Kooperation oder *Fusion von kleinen Betrieben oder deren Flächen förderlich für den Erhalt der Landwirtschaft und der Fachkräftesicherung.*
  - Förderung der gemeinschaftlichen Betriebsübernahme mehrerer Personen, die jeweils im Nebenerwerb an einer landwirtschaftlichen Tätigkeit interessiert sind.
  - Steigerung des Interesses an der Landwirtschaft als Branche durch umweltpädagogisch-praktische Bildungsangebote (*siehe Zielbereich Umweltpädagogik und Ehrenamt)*
- Kontinuierliches Eintreten des Odenwaldkreises für eine Entbürokratisierung der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Förderung, insbesondere mit Blick auf in der kleinbetrieblichen Praxis anwendbare Regelungen.
- Bürokratische Entlastung von Landwirten durch bestmögliche Unterstützung seitens der Verwaltung. Priorisierung kommunikativer Lösungen bei regulatorischen Problemen.
- Förderung kooperativer Strukturen von landwirtschaftlichen Betrieben z.B. unter dem Dach gemeinschaftlicher Betriebs-, Verarbeitungs- und/oder Vermarktungsstrukturen.
- Förderung und Ausbau von regionalen Verarbeitungs-, Vermarktungs- und Absatzstrukturen zur Sicherstellung der Wirtschaftlichkeit regional erzeugter Lebensmittel und der Grundversorgung in den Ortsteilen.
- Ausbau der regionalen Wertschöpfungskette im Bereich der Fleischwirtschaft, sodass im Odenwaldkreis produziertes Fleisch als regionales hoch-qualitatives Produkt verkauft werden kann.
  - Erhöhung des Anteils der Tiere, die in der Region gemästet und dann auch hier geschlachtet, zerlegt und kundenfertig verarbeitet werden auf 65 %
  - Aufbau einer Marke „Odenwälder Fleisch“ mit verlässlichen Qualitätskriterien und einer gemeinsamen Vermarktung innerhalb und außerhalb der Region.
- Steigerung der Kenntnisse und Wertschätzung landwirtschaftlicher Arbeit für die Kulturlandschaft des Kreises durch Wissensvermittlung (*siehe auch Zielbereich Umweltpädagogik und Ehrenamt*)
- Fortführung der Ökomodellregion Süd und der damit verbundenen Förderung ökologischer Landwirtschaft.
- Fortlaufendes Monitoring der regionalen Landwirtschaft und jeweils aktueller Förderbedarfe durch regelmäßige Veröffentlichung eines Landwirtschafts-Berichts (wie z.B. im Werra-Meißner-Kreis praktiziert).
- Anstoß von Flurbereinigungs- bzw. Flurneuordnungsverfahren in besonders kleinteilig strukturierten Flächen-Bereichen des Odenwaldkreises.
- Bedarfsgerechte Anpassung des Netzes landwirtschaftlich genutzter Wege.

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil;

Der überdurchschnittliche Anteil der tierhaltenden Betriebe im Odenwaldkreis, insbesondere bei der Rinderhaltung, rechtfertigt einen besonderen Fokus auf diesen Bereich der Verarbeitungs- und Vermarktungskette. Die überdurchschnittliche Häufigkeit von mittelgroßen Betrieben zeigt sowohl Potential für Kooperationen und Handlungsbedarf durch die kommunalen Körperschaften auf.

Handlungsmöglichkeiten

- *Bezüglich des Fachkräftemangels in der Landwirtschaft gilt es, Bürokratie abzubauen, die Zufriedenheit der bestehenden Landwirt*innen mit dem Beruf zu erhöhen und zusätzliche Menschen für diese Art von Arbeit zu begeistern. Diesbezügliche Maßnahmen finden sich unter dem Zielbereich 33: Umweltpädagogik und Ehrenamt sowie innerhalb dieses Zielbereichs.*
- Stärkere Kommunikation mit und Wertschätzung von Landwirten durch regelmäßigen, offiziellen, offenen Austausch mit Politik und Verwaltung zur gemeinsamen Abstimmung von Strategien.
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch und personell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 280; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 2**
- Durchführung von Informationsveranstaltungen oder anderen Formaten, um über kooperative landwirtschaftliche Betriebs- und Vermarktungsmodelle zu informieren und Best-Practices vorzustellen. Zielgruppe sind hierbei zunächst landwirtschaftliche Betriebe, im zweiten Schritt wird auch die breite Bürgerschaft angesprochen.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kreisbauernverband
  ID: 281; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; **gesamt: 2**
- Förderung von Initiativen für die gemeinschaftliche Vermarktung und Verarbeitung von regionalen landwirtschaftlichen Produkten, z.B. in Genossenschaften.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 282; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Ausbau der regionalen Wertschöpfungskette im Bereich der Fleischwirtschaft
  - Maximierung der Schlacht- und Zerlegungskapazitäten am Odenwald Schlachthof in Brensbach
    Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis, Odenwald-Schlachthof, private und kommunale Partner
    ID: 283; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: **1**; **gesamt: 1**
  - Aufbau einer Marke für qualitatives Fleisch aus der Region unter Einbezug von Landwirt*innen, Zerlege-Betrieben, dem Odenwald Schlachthof und Metzgereien in einem kooperativen Geschäftsmodell
    Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis, Odenwald-Schlachthof, privatwirtschaftliche Partner
    ID: 284; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Förderung von Verkaufsautomaten und 24h-Läden, in denen vor allem regionale Lebensmittel verkauft werden. Einbezug von Landwirt*innen Metzgereien, Bäckereien, Direktvermarktern und größeren Produzenten regionaler Lebensmittel
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, Direktvermarkter und andere Anbieter regionaler Lebensmittel
  ID: 79; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
  Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel – Ziel 5.5 Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung
- Ausbau, Verknüpfung und Verbesserung von regionalen Waren-Lieferdiensten, deren Bekanntheit und Erhöhung der Nutzerquoten.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, IHK, Gewerbetreibende
  ID: 286; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt
  Zur Erläuterung siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 14 Ortsmitten, Einzelhandel und Gastronomie
  Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Ziel 5.5 Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung; sowie Teilstrategie Mobilität – Ziel 16.4: Neuorganisation von Logistik- und Lieferdiensten durch CargOMobil
- Förderung, Ausbau und Attraktivitätssteigerung von **Wochenmärkten** als traditionsreichem Format der Direktvermarktung regional produzierter Lebensmittel, das auch zur Belebung von Ortskernen dienen kann.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell, personell voraussetzungsvoll

Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, regionale Erzeuger
ID: 287; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Aufbau von Bauern-Läden zum Vertrieb regionaler Lebensmittel („RegionalMarkt“).
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, regionale Erzeuger
  ID: 288; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Vernetzung mit ähnlich landwirtschaftlich strukturierten Regionen zur Erhöhung des politischen Gewichts beim Eintritt für die Interessen der Landwirtschaft in der für den Odenwaldkreis typischen Größe
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; politisch, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreisbauernverband; Kreis
  ID: 289; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4**; gesamt:
- Politischer Einsatz für eine stärker auf kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe ausgerichtete landwirtschaftliche Förderung – auf Grundlage stichhaltiger fachlicher Argumente von Seiten der Fachabteilungen und mit Blick auf die praktikable Umsetzbarkeit von Regelungen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 290; Priorisierungsvorschlag Zielbereich:1 ; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Fortgesetzter Beitrag des Odenwaldkreises für die Ökomodellregion Süd
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 291; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3;** gesamt:
- Erarbeitung, Veröffentlichung und dreijährige Aktualisierung eines Landwirtschaftsberichts nach Vorbild des Werra-Meißner-Kreises. (*Alternative zur umfassenderen Biodiversitätsstrategie; ID 242)*
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 292; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
- Anstoß von Flurbereinigungs- bzw. Flurneuordnungsverfahren in besonders kleinteilig strukturierten Flächen-Bereichen des Odenwaldkreises.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen; Amt für Bodenmanagement
  ID: 293; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Bedarfsgerechte Anpassung des Netzes landwirtschaftlich genutzter Wege unter Rückgriff auf das Förderprogramm „Dem ländlichen Charakter angepasste Infrastrukturmaßnahmen“ des Landes Hessen.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, landwirtschaftliche Betriebe
  ID: 294; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1**; Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Aufbau eines Labels „regional und in Umstellung befindlich“ zur Erleichterung der Umstellung auf Biologisch-zertifizierte Landwirtschaft.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, landwirtschaftliche Betriebe
  ID: 295; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

36. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Naturschutz, Bauen und effiziente Verwaltung

SMART-Formulierung:

- Optimierung der Zusammenarbeit zwischen kommunalen Bauämtern und der Unteren Naturschutzbehörde und der Unteren Wasserbehörde.
- Optimierung der Prozesse rund um auszuweisende Ausgleichsflächen, um deren langfristige Wirksamkeit zu sichern.
- Flächenverbrauch für Siedlung und Gewerbe auf ein Minimum reduzieren (*siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, und Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel, Zielbereich 4: Starke Zentren, Wirtschaftswachstum und Landschaftsschutz verbinden).*

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten

- Durchführung eines gemeinsamen Workshops der kommunalen Bauämter, der Unteren Naturschutzbehörde (UNB), der Unteren Wasserschutzbehörde (und evtl. auch mit dem Kreisbauamt), um bisherige Schwachstellen der Kommunikation festzustellen und gemeinsam Lösungen für systematisch konfliktärmere und effizientere Bearbeitung von Fällen zu finden.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 296; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Durchführung von gemeinsamen Besprechungen der kommunalen Bauämter, der UNB und der Bauträger, um anhand von Einzelfällen das Verständnis für den Gesamtprozess in der Verwaltung zu befördern und so zu konfliktärmeren und effizienteren Verfahren zu gelangen.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 297; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Überwachung der Einhaltung von Pflichten bei zu pflegenden Ausgleichsflächen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 298; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Inanspruchnahme eines kompetenten Dienstleisters zur Pflege von Ausgleichsflächen (idealerweise in Form eines Landschaftspflegeverbandes Odenwaldkreis).
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 299; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie:** 1; gesamt:

Verwaltung und Bürgerservice

Analyse

Leitbild der Verwaltung und Servicequalität

Qualität und Verlässlichkeit der Verwaltung ist Voraussetzung für den Erfolg jeder einzelnen Teilstrategie und der meisten Zielbereiche und Handlungsvorschläge des vorliegenden Kreisentwicklungskonzepts. Dabei geht es nicht nur darum, effiziente Abläufe zu pflegen. Die Motivation und Innovationsfreudigkeit der Verwaltungsmitarbeiter*innen, deren Umgang mit den Bürger*innen, Unternehmen und anderen Partner*innen ist entscheidend für die Entwicklung der Region.

Ein Kreisentwicklungskonzept kann nicht alles zentral steuern und Planen, es ist zu komplex, um effektiv und zeitnah auf Veränderungen einzugehen – es bleibt auf die mittel- bis langfristige Perspektive fokussiert. Der Erfolg hängt daher Engagement der Mitarbeiter*innen ab, auch im alltäglichen Geschäft mitzudenken, Leistungsbereitschaft und Innovationsfreudigkeit zu zeigen. Insbesondere an den Vorgesetzten liegt es, den Blick auch auf größere Zusammenhänge zu richten und die Rahmenbedingungen zu hinterfragen. Außerdem ist es deren Verantwortung, selbst innovativ zu bleiben und die Ideen und Expertisen ihrer Mitarbeiter*innen ernst zu nehmen.

Von der Qualität der Abläufe und der Service-Qualität im Kundenkontakt abhängig sind z.B. die Attraktivität der Region für Unternehmen, Familien, Fachkräfte und junge Menschen, der Erfolg bei der Bekämpfung von sozialen Problemen, der Gesundheitsversorgung, dem Erhalt und der Aufwertung unserer Landschaft und Natur, usw. usw.

Einerseits kann die „Unternehmenskultur“ in der Verwaltung durch „weiche Maßnahmen“ beeinflusst werden – z.B. das gemeinsame Erarbeiten eines Leitbilds oder der Durchführung von Schulungen zum Kundenumgang. Zentral für die erfolgreiche Umsetzung ist jedoch, dass die richtigen Rahmenbedingungen bestehen und die Umsetzung kontrolliert und garantiert wird. 2011 wurde für die Kreisverwaltung ein Leitbild erarbeitet. Darin ist formuliert:

> „*Wir verstehen uns als Impuls gebendes und Impuls aufgreifendes Innovations- und Dienstleistungszentrum. […] Wir beraten, unterstützen und bedienen die Bürger*innen freundlich, aufmerksam, kompetent, informativ, verständlich in Wort und Schrift*“.

Die Verwirklichung dieser Ansprüche ist eine permanente Aufgabe, die insbesondere durch Schulungen zum verständlichen und rechtssicheren Kommunizieren begleitet werden kann.

Der Gedanke der Zuständigkeit müsste in diesem Sinne erweitert werden. Zuständigkeiten sind zwar für das Funktionieren und die Effizienz der Verwaltung unverzichtbar. Darüber hinaus sollte aber jede/jeder Mitarbeiter*in sich für den Anspruch des Landratsamtes als kompetentes, transparentes Dienstleistungszentrum zuständig fühlen. Eine Auskunft über eine fachlich nicht gegebene Zuständigkeit sollte also stets in Verbindung mit einer bestmöglichen Erläuterung zum Funktionieren des Systems und den auf den unterschiedlichen Verwaltungsebenen und –stellen vorhandenen Zuständigkeiten verbunden werden.

Eine Umsetzung des Service-Gedankens und anderer im Leitbild formulierter Ansprüche lässt sich nur sicherstellen, wenn auch die Möglichkeit seitens der Bürger*innen besteht, zu melden, wenn dessen Anwendung mangelhaft ist und dazu auf ein professionelles Beschwerdemanagement zuzugreifen. Aktuell richten manche Bürger*innen sich – mangels einer dezidierten Stelle – dafür direkt an das Büro Landrat. Das Vorhandensein einer Beschwerdestelle, oder „Bürgerbeauftragten“ könnte einen niederschwelligeren Zugang schaffen. So könnte Konflikte noch frühzeitiger moderiert werden und eine größere Bürgernähe der Verwaltung geschaffen werden.

Zur weiteren systemischen Erhöhung der Servicequalität könnten verschiedene Werkzeuge zur Qualitätssicherung eingesetzt werden. So könnten beispielsweise Kundenbefragungen durchgeführt werden. Dabei wäre natürlich der Kontext des Vorgangs zu beachten – in manchen Positionen sind schließlich auch Konfrontationen mit Kunden manchmal unumgänglich, wenn z.B. eine Genehmigung nicht erteilt werden kann. Auch Umfragen unter Mitarbeiter*innen können vielfältige Erkenntnisse liefern – z.B. zu Anforderungen an (digitale) Systeme, Kommunikationsbedarfe und allgemeinen Verbesserungsmöglichkeiten. Wichtig ist beim Durchführen solcher Nachforschungen jedoch, dass die methodischen Grundsätze der Sozialforschung eingehalten werden. Durch das Einbinden von entsprechend qualifiziertem Personal ist sicherzustellen, dass dies gegeben ist.

Digitalisierung, OZG und ekom21-Plattform Civento

Bis zum 31.12.2022 müssen 572 Verwaltungsdienstleistungen der Kreisverwaltung digital über die Civento-Plattform abrufbar sein. Diese hessenweit eingesetzte Plattform – wenn sie voll betriebsfähig ist – hat den Vorteil, dass Bürger*innen sich nicht darüber informieren müssen, welche Behörde für die jeweils angefragte Verwaltungsleistung zuständig ist. Einige dieser Dienstleistungen werden in der Kreisverwaltung des Odenwaldkreises als Blaupause für andere Behörden entwickelt, in anderen Bereichen wird der Odenwaldkreis auf die Arbeit anderer Landratsämter in Hessen zugreifen können. Zu den vom Odenwaldkreis zu erarbeitenden Bereichen zählen drei Anträge im Bereich des Jugendamtes. Bei vielen anderen Themen wird man andernorts entwickelte Verfahren anpassen und übernehmen können.

Über Pflichtaufgaben hinausgehende Digitalisierungs-Projekte werden je nach Möglichkeit auch aus Motiven der verbesserten Effizienz angestoßen. Ein Voranbringen der Digitalisierung im Odenwaldkreis über die Verwaltung hinaus im Sinne einer Smart-Region gelingt jedoch nur bei einer merklichen Ausweitung der Ressourcen, einer konsequenten Einbindung und Motivation der Zivilgesellschaft sowie vernetzten Agieren mit Kommunen, Unternehmen, Verbänden und Vereinen. (*Siehe Teilstrategie Digitalisierung).*

Voraussetzung für erfolgreiche Digitalisierung ist, dass solche Neuerungen offen aufgenommen werden. Prozesse müssen so gestaltet sein, dass die Verwaltungsmitarbeiter*innen nicht davon „überfahren“ werden. Strategie ist daher, engagierte Mitarbeiter*innen aus den betroffenen Abteilungen bereits in den Planungs-, Erprobungs- und Umsetzungsphasen einzubinden. Somit ist sichergestellt, dass die Digitalisierungslösungen nicht an den Realitäten der Arbeitsabläufe vorbeigehen. Außerdem hat dies den Vorteil, dass so bereits bei Einführung der digitalen Abläufe Expert*innen in den Abteilungen vorhanden sind, die diese verstehen und mitentwickelt haben. Das jeweilige Digitalisierungsprojekt ist somit keines, das von oben auferlegt wird, sondern es ist auch „ihr“ Projekt.

Aktueller Umfragen zeigten deutschlandweite widersprüchliche Ergebnisse zur Zufriedenheit der Bürger*innen mit dem Stand der Digitalisierung der Verwaltung:

- BITKOM (2020): 56 % der Befragten sind mit den digitalen Angeboten der Verwaltung nicht zufrieden.
- Im eGovernment MONITOR 2020 der Initiative D21 (SCHEIBER et al. 2020) hingegen stellte es sich so dar, dass 62 % der Befragten mit den digitalen Behördendiensten zufrieden waren (Schweiz 79 %, Österreich 71 %). Demnach empfanden 2020 70 % die digitale Abwicklung von Verwaltungs-Dienstleistungen als Erleichterung gegenüber dem klassischen Behördengang. Des Weiteren wies der eGovernment MONITOR2020 (SCHEIBER et al. 2020) wies darauf hin, dass der Kenntnisstand der Nutzer stark variiert und diese alle entsprechend angesprochen werden müssen. Nur 24 % der im MONITOR Befragten haben die Online-Ausweisfunktion aktiviert, welche eine durchgängige digitale Abwicklung von Verwaltungsleistungen ermöglicht. Über die Hälfte der Smartphone-Besiter*Innen weiß nicht Bescheid über die Möglichkeiten, die sich damit eröffnen.
- Bei der Bürgerschafts-Befragung im Rahmen des Kreisentwicklungskonzepts wurde gefragt, was der Odenwaldkreis tun sollte, um die Digitalisierung voranzutreiben. Über die Hälfte der Befragten (811 Nennungen) nannten die Förderung von digitalen Verwaltungs- und Bürgerservices und 792 der Antworten bezogen sich auf den Ausbau der digitalen Services im öffentlichen Raum. Dementsprechend ist wohl in einem großen Teil der Bevölkerung inzwischen auch die Erwartungshaltung an die Verwaltung so, dass die Digitalisierung konsequent vorangetrieben wird.

Bitkom Geschäftsführer Bernhard Rohleder bemängelte im Oktober 2020 vor allem die Nutzerfreundlichkeit vorhandener digitaler Verwaltungsdienste. Ein zuvor prägendes Hindernis hingegen ist ihm zufolge fast verschwunden: ein großer Teil der Befragten kannte mindestens einen Online-Dienst der Verwaltung.

Die Digitalisierung der Verwaltung wird aktuell mit der schlussendlichen Zielvorstellung einer reindigitalen Verwaltung vorangetrieben – also einer papierlosen Verwaltung. Hierzu müssen Prozesse nachvollzogen, verschlankt und digital dargestellt werden. Vielfach stellt auch die Digitalisierung bestehender Daten und Prozesse eine Herausforderung dar, denn es handelt sich um eine Operation am lebenden Objekt – einen Umbau im laufenden Betrieb.

Folgende Projekte werden und wurden in diesem Bereich aktuell durchgeführt.

E-Akten und Dokumentenmanagementsystem

Im Großteil der Kreisverwaltung wird aktuell noch eine duale Aktenführung analog/digital geführt. Im Dokumentenmanagement System Dokuneo sind alle Akten elektronisch nach derselben Systematik wie in der klassischen Aktenführung abgebildet, also auch mit denselben Aktenzeichnen. Dieses Programm bildet die Grundlage für eine umfassende, digitale und papierlose Verwaltung und bietet zahlreiche Schnittstellen, beispielsweise zum automatisierten Scannen und Texterfassen, zum Sitzungsdienst und zum elektronischen Rechnungsfluss. Sehr hilfreich beim datenschutzkonformen gemeinsamen Arbeiten ist die Vergabe von Zugriffsmöglichkeiten. Da die Kreisverwaltung des Odenwaldkreises einer der ersten und wichtigsten Kunden der Dokuneo Software GmbH ist, ist sie eng eingebunden in die kontinuierliche Erweiterung und Verbesserung dieses Programms.

Elektronische Akte – Pilotbereich soziale Sicherung (Projekt SiSo)

Die vollelektronische Aktenführung wurde zunächst im Bereich soziale Sicherung eingeführt. In anderen Bereichen herrscht teils doppelte Aktenführung in elektronischer und analoger Form. Zwar werden die Vorzüge des Digitalen geschätzt, gleichzeitig stellen insbesondere Schnittstellen und festgelegte Abläufe oft zu Medienbrüchen.

Das Projekt SiSo soll (nach Zeitplan vor der Corona-Krise) bis Oktober oder November 2020 abgeschlossen sein. Sämtliche Verwaltungsvorgänge sollen dann digital vonstattengehen und auch ältere Akten sollen digital sein. Der Bereiche soziale Sicherung ist besonders geeignet, weil hier enorme Akten für jeden Fall angelegt werden und vielfach digitale Vorgänge, wie z.B. Emailverkehr, ausgedruckt hinzugefügt werden müssen, damit die Vollständigkeit der Akte gewährleistet ist. Alle Geschäftsprozesse werden analysiert und digital neu aufgestellt. Um dieses Ziel zu erreichen wird in verschiedenen Arbeitsgruppen gearbeitet; eine Gruppe beschäftigt sich z.B. mit dem Posteingang, andere mit anderen Arbeitsabläufen. Diese Arbeit wird schließlich zusammengefügt in einer kompatiblen, medienbruchsfreien Plattform.

Elektronische Rechnung („Erika“)

Seit dem April 2020 können im Landratsamt E-Rechnungen im Format X-Rechnung als .xml-Datei empfangen und verarbeitet werden. Auch in diesem Bereich wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen gearbeitet. Beteiligt waren neben dem Projektmanagement 12 Mitarbeiter*innen in der Finanzverwaltung,

sowie etwa 300 mit Rechnungslegungsberechtigung. Seit Februar 2021 wird die Rechnungsverarbeitung von der Annahme über die Prüfung, die Anordnung, Verarbeitung und Bezahlung bis hin zur Archivierung digital geregelt. Der Roll-Out geht dabei bei den Abteilungen nach und nach vonstatten.

Einführung der elektronischen Akte im Ausländeramt

Im Ausländeramt gibt es eine von Landesebene vorgegebene Fachanwendung namens „Ladiva“. Um diese vollständig zu nutzen, müssen zunächst 7.000 aktuelle (plus 13.000 archivierte) Akten (à ca. 100 Seiten) eingescannt werden. Die Umstellung in diesem Bereich wird durch die ekom21 organisiert. Diese Gelegenheit wird genutzt werden, um auch Akten anderer Abteilungen scannen zu lassen.

Neue Webseite odenwaldkreis.de als Grundlage für Verwaltung 2.0

Die jetzige Webseite ist leider technisch überholt und entspricht grundsätzlich eher einer informativen als einer interaktiven Plattform. Auch die Nutzbarkeit mit mobilen Endgeräten ist derzeit nicht optimiert. Als digitaler Anlaufpunkt der Verwaltung für Bürger*innen stellt die Homepage künftig die Basis für weitere Modernisierungen und digitale Verwaltungsleistungen dar.

Die Ausschreibung hierzu anlaufen, sobald (durch Corona-Krise verzögert) die Anforderungen als Katalog fertiggestellt sind. Mit einer Umsetzung wird 2022 gerechnet. Es geht um eine grundlegende Erneuerung und Modernisierung. Insbesondere soll es möglich sein, Anträge nicht nur als PDF herunterzuladen, sondern diese künftig (nach und nach) vollständig online ausfüllen zu können. Außerdem werden Überlegungen zur Anschlussfähigkeit der Websites von Odenwaldkreis-Kommunen angestellt. In diesem Bereich wurden bereits positive Erfahrungen mit dem derzeit verwendeten BIO (behörden-intranet-odenwaldkreis) gemacht. Dieses wird neben der Kreisverwaltung auch von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft OREG mbH, sowie einigen Kommunen verwendet. Über das BIO können Daten schnell und einfach – auch behördenübergreifend – ausgetauscht werden. Auch das BIO muss beizeiten modernisiert werden.

Online-Terminvergabe

Im Laufe des Jahres 2020 wurde (auch aufgrund der Corona-Pandemie) in der Zulassungsstelle und in der Ausländerbehörde eine digitale Terminvergabe eingeführt. In Pandemie-Zeiten haben solche Systeme offensichtliche Vorteile, wie dass sich dadurch weniger Personen im Warteraum aufhalten müssen und man auf der anderen Seite auch als Bürger*in mit weniger Wartezeit rechnen muss, weil man nicht vor Ort eine Nummer ziehen muss oder ähnliches. Ein weiterer Pluspunkt ist die Möglichkeit direkt bei der Terminvergabe über nötige Unterlagen, die für das jeweilige Anliegen mitzubringen sind, aufzuklären. Eine Webseite lässt sich auch auf viele verschiedene Sprachen übersetzen und dies als Option anbieten. Nachteile bestehen bei einer reinen Online-Terminvergabe natürlich unter dem Gesichtspunkt der digitalen Teilhabe (siehe auch Teilstrategie Digitalisierung). Aus diesem Grund müssen bei aller Digitalisierung auch weiterhin Telefonie und analoges Bearbeiten eine Option für die Kund*innen bleiben. Außerhalb von Pandemie-Zeiten ist auch der Bürgerservice mit seiner Empfangstheke ein rein analoger Anlaufpunkt.

Finanzen

Ausgaben

Von 2019 auf 2020 stiegen die Ausgaben im Personal-Bereich u.a. durch vom Land übertragene Aufgaben, (z.B. im Bereich des Jugendamtes allein um 600.000 Euro) sprunghaft an von 25,8 Mio. Euro auf 28,4 Mio. Euro. Dies setzt einen Trend des letzten Jahrzehnts fort, in dem der Kreis sich mit zusätzlichen Aufgaben und entsprechend auch einem steigenden Haushaltsvolumen konfrontiert sah. Hinzu kommen steigende Ausgaben aufgrund der Tariferhöhungen.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind die Mietaufwendungen und Nebenkosten für Verwaltungsgebäude, Schulen und Kreisstraßen mit 20,6 Mio. Euro ausschlaggebend.

Im Bereich „Fremdleistungen, Honorarkosten, Instandhaltung techn. Hilfsmittel und EDV, Leiharbeitskräfte“ stiegen die Kosten von 0,5 Mio. Euro im Jahr 2018 auf 1,1 Mio. Euro 2021 an. Ebenso gab es einen Anstieg von 1,2 Mio. Euro 2018 auf 1,5 Mio. Euro 2021 beim Posten „Büromaterial, Druckerzeugnisse, EDV-Material, Praxis- und Laborbedarf, Arbeitsschutzmittel, Bücher, Porto und Versandkosten, Telefon- und Internetkosten, Fuhrpark, Repräsentationskosten, sonst. Betriebliche Aufwendungen“.

Auch das Konto „Leasing für Büro- und Geschäftsausstattung, Gebühren für externe Datennutzungsverfahren, Wartung und Pflege von Software stieg in diesem Zeitraum an: von 0,8 Mio. Euro auf 1,4 Mio. Euro. Zum einen sind Anstiege in diesen Bereichen mit höheren Nebenkosten des gewachsenen Personalstands zu erklären. Andererseits sind auch die aktuell in vielfacher Weise anfallenden Neuerungen der Digitalisierung in der Umstellung kostenwirksam. Auch Kosten für die Digitalisierung der Schulen, für die Kreis Träger ist, werden in den einzelnen Produktgruppen miteinbezogen.

Ebenso treten im Bereich Abschreibungen seit 2018 steigende Kosten auf: für Anlagevermögen (geleistete Investitionszuschüsse, Lizenzen Soft- u. Hardware, BGA) wurden 2018 noch 1,4 Mio. Euro verausgabt; 2020 waren 2,2 Mio. Euro; 2021 2,0 Mio. Euro angesetzt. Grund für die aktuell höheren Ausgaben ist auch die Digitalisierung im Landratsamt, aber auch die Anschaffung technischer Ausstattung für Schüler und Lehrer.

Hinter der Position 15 (Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen) finden sich vor allem Ausgaben für den ÖPNV (9,9 Mio. Euro), Wirtschaftsförderung (1,2 Mio. Euro), Zuschüsse für Sozial- und Jugendarbeit, sowie Sport (1,7 Mio. Euro) sowie für die Förderung des Ganztags- und Betreuungsangebot an Schulen (1,5 Mio. Euro).

Die Zuschüsse an das Gesundheitszentrum Odenwaldkreis (GZO) machen ebenfalls einen relevanten Posten aus, wobei die Zuschüsse 2021 auf 1,2 Mio. Euro erhöht werden mussten: Für eventuell auftretende Finanzierungslücken wurden vorsorglich zusätzliche 950.000 Euro in den Haushalt 2021 eingestellt. 2020 hatte sich ein Forderungsverzicht gegenüber des GZO in Höhe von 2,5 Mio. Euro im Kreishaushalt bemerkbar gemacht, der das Eigenkapitel des GZO stärkte und den Standort absicherte. Die fortgesetzte finanzielle Unterstützung für das Krankenhaus geht mit Forderungen der Kreispolitik an Bund und Land einher, die grundsätzliche Finanzierung von Krankenhäusern wie dem GZO als zentraler Baustein der ländlichen Grunddaseinsvorsorge anzupassen und abzusichern. Zuletzt gab es auch in Bezug auf die pandemiebedingte Freihaltung von Betten und den entsprechenden Entschädigungen Diskussionsbedarf.

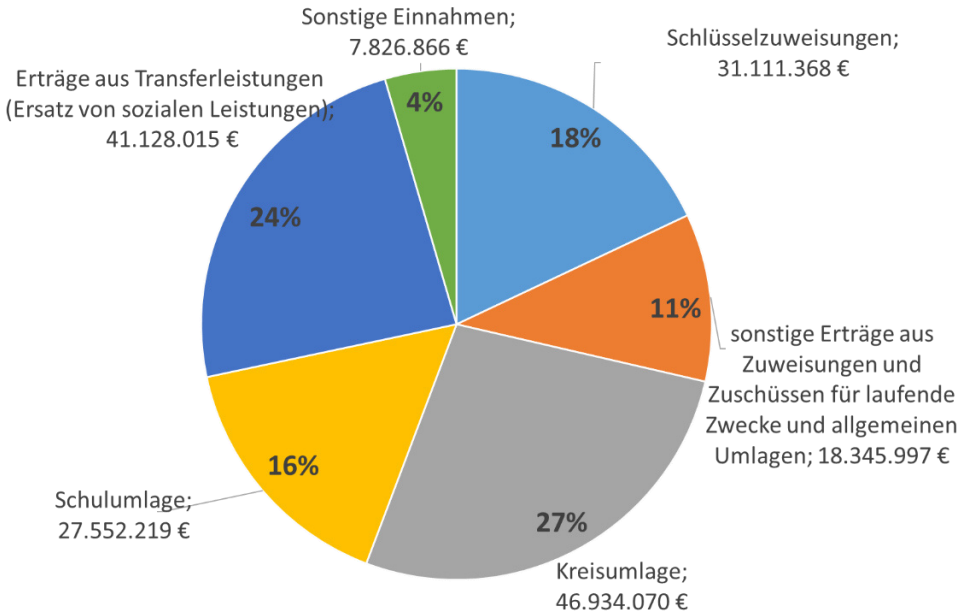


Abbildung 176: Einnahmen im Haushaltsplan 2021 des Odenwaldkreises

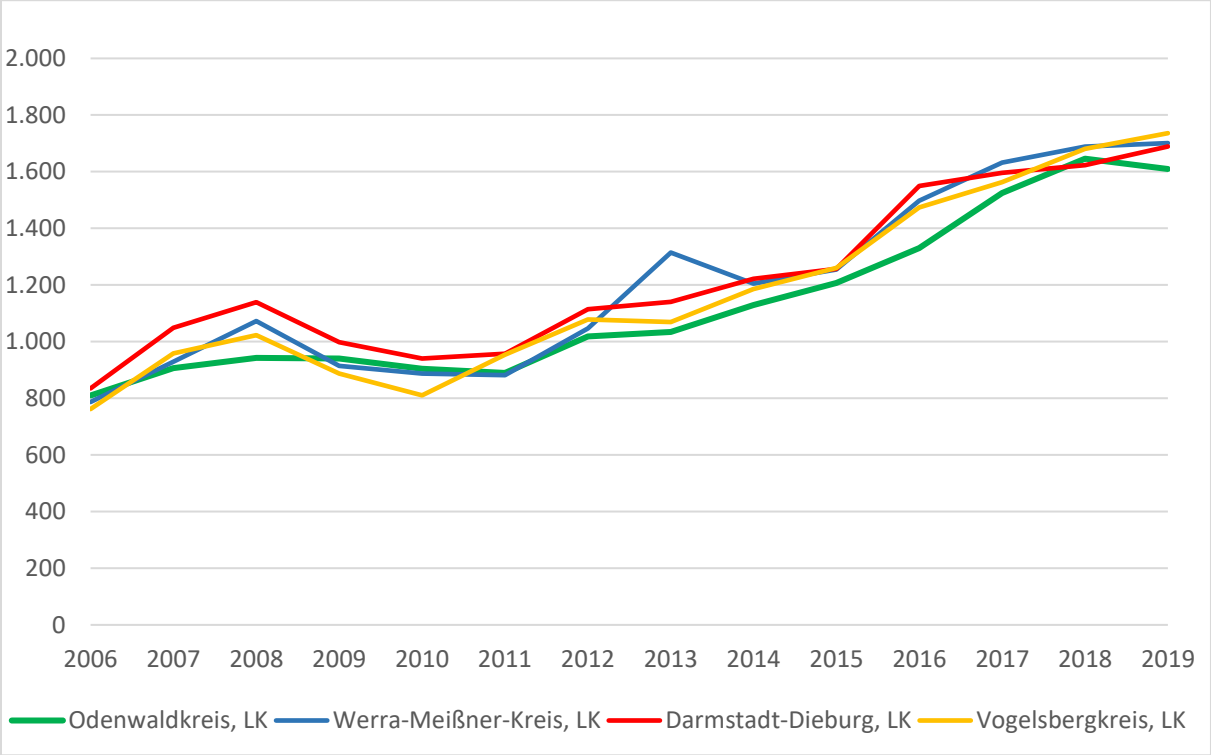


Abbildung 177: Verfügbare Deckungsmittel pro gemeldeter Person – zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben verfügbare Mittel pro gemeldeter Person (unbeachtet der Deckungsmittel für Sozialleistungen). Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (wegweiser-kommune.de)

	2020	2021	Abweichung zum Vorjahr		
Produktbereich	**Ansatz**	**Ansatz**		**Ansatz absolut**	**Ansatz in %**
00 - Uebergreifende Aufgaben, politische Steuerung,	-7.356.587	-8.375.897	↗	-1.019.310	113,86
01 - Zentrale Verwaltungsaufgaben	-11.783.624	-13.038.522	↗	-1.254.898	110,65
02 - Arbeit und Soziale Sicherung	-15.023.678	-11.665.127	↘	3.358.551	77,64
03 - Schule und Jugend	-16.509.330	-19.040.235	↗	-2.530.905	115,33
04 - Bauwesen	-3.800.018	-2.973.746	↘	826.272	78,26
05 - Landesaufgaben, Umwelt und Verkehr	-1.246.963	-2.349.735	↗	-1.102.772	188,44
06 - Gesundheitswesen	-1.200.175	-1.858.973	↗	-658.798	154,89
07 - Amt fuer Veterinaerwesen und Verbraucherschutz	-985.519	-825.679	↘	159.840	83,78
09 - Amt fuer den laendlichen Raum	-966.828	0	↘	966.828	
10 - Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	58.902.551	58.606.847	⇨	-295.704	99,50
Gesamtsumme Ergebnishaushalt	**29.829**	**-1.521.067**		**-1.550.895**	**5.099,35**

Tabelle 24: Fehlbedarfe im Haushaltsplan 2021

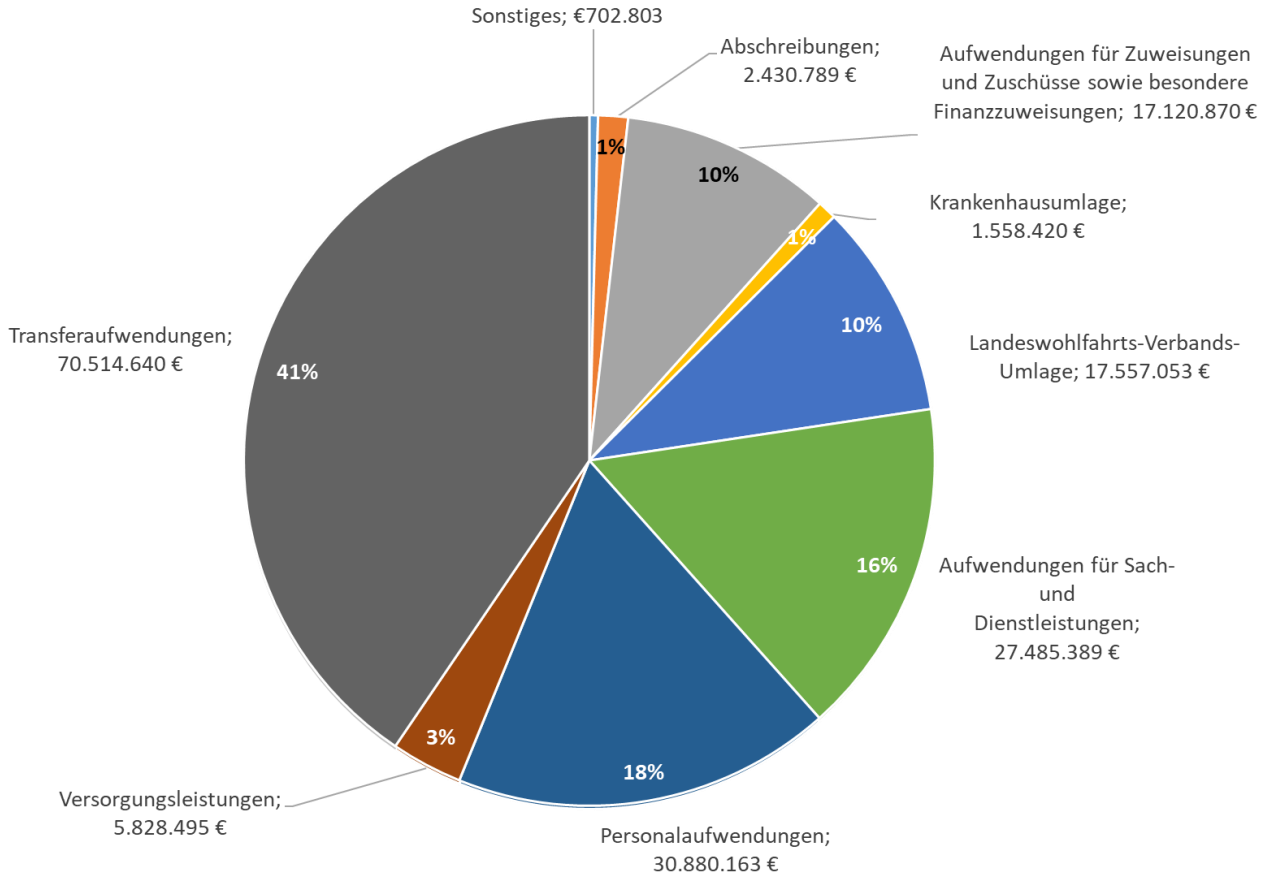


Abbildung 178: Aufwendungen des Kreishaushalts (Quelle: Haushaltsplan-Entwurf des Odenwaldkreises für das Jahr 2021); S. II 24

Hinter der Position 19 „Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlagepflichten“ stehen die Krankenhausumlage, 2021 in Höhe von 1,6 Mio. Euro, und die LWV-Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (LWV). Die Krankenhausumlage finanziert über den Umweg einer landesweiten Umverteilung auch das GZO in Erbach. Der LWV, der auch mit 17,5 Mio. Euro aus dem Haushalt des Odenwaldkreises finanziert wird, übernimmt Aufgaben als Sozialhilfeträger, als Integrationsamt, als Schulträger besonders mit Fokus auf behinderte und kranke Kinder sowie als Betreiber von psychiatrischen Kliniken (über die Vitos GmbH). Im Odenwaldkreis wird durch die Vitos GmbH eine kinderpsychiatrische Klinik in Höchst betrieben. Der LWV übernimmt zudem Fälle der Sozialhilfe, z.B. im Bereich „Hilfen für Gesundheit“, „Hilfe zur Pflege“ und „Hilfe zum Lebensunterhalt“.

Unter „Transferaufwendungen“ (ca. 70,5 Mio. Euro) werden Leistungen an Dritte zusammengefasst. Das geht v.a. auf Leistungen im Bereich des SGB II (Arbeitslosengeld II, 35,1 Mio. Euro) zurück, außerdem gewichtige Posten stellen hier Leistungen nach SGB XII (Sozialhilfe, Grundsicherung, Hilfe zur Pflege, 15,8 Mio. Euro) und Jugendhilfeleistungen (11,2 Mio. Euro) dar. Diese Ausgaben des Kreises sollten eigentlich durch die Zuweisungen von Bund und Land gedeckt sein. Tatsächlich verzeichnet der Odenwaldkreis 2021 aber eine Differenz von 29,4 Mio. Euro hinsichtlich einer solchen Deckung. Die aktuell größte Unterdeckung der Ausgaben findet sich im Bereich Jugendhilfe. Hier hat sich die Unterdeckung im Verlauf der letzten Jahre gesteigert durch die vorgeschriebene Übernahme von Aufgaben des Landeswohlfahrtsverbands im Rahmen der der Bundesteilhabegesetze. Die LWV-Umlage ist dementgegen aber nicht entsprechend gesenkt worden.

Sehr positiv stellt sich die Entwicklung der Ausgaben für Zinsen und ähnliche Aufwendungen dar: mussten 2018 dafür noch 1,4 Mio. Euro aufgewendet werden, konnte dieser Posten 2021 auf eine Summe von 671.153 € reduziert werden.

2020 stieg das Haushaltsdefizit wieder an – im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Mehrausgaben und Mindereinnahmen. Tabelle 24 zeigt die gestiegenen Fehlbedarfe.

Tabelle 25 zeigt, die Verwaltungskosten der Kreisverwaltung des Odenwaldkreises im Vergleich zu den anderen hessischen Landkreisen. In der nach den Ausgaben pro Kopf geordneten Liste erscheint der Odenwaldkreis im unteren Viertel.

Ein solcher Zusammenhang zwischen Einwohner*innen und Verwaltungskosten wurde in Debatten vergangener Jahre immer mal wieder hergestellt: es wurde argumentiert, dass größere Verwaltungen effizienter arbeiten können. Dementgegen steht, dass in Landkreisen mit höherer Bevölkerungszahl meist eine Mehrzahl von Verwaltungsstandorten mit etwaigen Doppeltstrukturen betrieben werden muss. Der Blick in Tabelle 25 zeigt, dass die Odenwaldkreis-Kreisverwaltung zwar eher höhere Ausgaben pro gemeldete Person für die Verwaltung aufweist. Im Vergleich mit den anderen Landkreisen Hessens und deren Bevölkerungszahlen ist aber kein eindeutiger Zusammenhang der Verwaltungskosten mit der Zahl gemeldeter Personen feststellbar.

Die Kosten sind neben strukturellen Faktoren maßgeblich von den freiwilligen Leistungen abhängig. In diesem Bereich hält sich der Odenwaldkreis gegenwärtig noch stark zurück – was unter den Auflagen der Hessenkasse auch gar nicht anders möglich war. Im Odenwaldkreis fallen vor allem die Zuschüsse zum ÖPNV ins Gewicht.

Tabelle 25: Verwaltungskosten pro gemeldeter Person - Kreisverwaltungen in Hessen (Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Gemeindestatistik 2020. „Verwaltungskosten“ sind hier „Ausgaben für laufende Verwaltungstätigkeit“)

	laufende Verwaltungs-tätigkeit (in 1.000 €)	Gemeldete Personen	Verwaltungskosten pro gemeldeter Person (in €)
Kreisverwaltung Wetteraukreis	366.647	308.339	1.189,10 €
Kreisverwaltung Schwalm-Eder-Kreis	214.197	179.673	1.192,15 €
Kreisverwaltung Landkreis Gießen	335.469	270.688	1.239,32 €
Kreisverwaltung Lahn-Dill-Kreis	314.382	253.319	1.241,05 €
Kreisverwaltung Landkreis Waldeck-Frankenberg	196.554	156.406	1.256,69 €
Kreisverwaltung Landkreis Groß-Gerau	348.108	275.726	1.262,52 €
Kreisverwaltung Landkreis Limburg-Weilburg	221.407	171.912	1.287,91 €
Kreisverwaltung Landkreis Fulda	298.672	223.145	1.338,47 €
Kreisverwaltung Landkreis Kassel	321.995	236.764	1.359,98 €
Kreisverwaltung Main-Kinzig-Kreis	603.971	420.552	1.436,14 €
Kreisverwaltung Werra-Meißner-Kreis	145.523	100.629	1.446,13 €
Kreisverwaltung Landkreis Marburg-Biedenkopf	359.478	247.084	1.454,88 €
Kreisverwaltung Landkreis Hersfeld-Rotenburg	178.151	120.719	1.475,75 €
Kreisverwaltung Rheingau-Taunus-Kreis	278.646	187.160	1.488,81 €
Kreisverwaltung Landkreis Bergstraße	406.634	270.340	1.504,16 €
Kreisverwaltung Landkreis Darmstadt-Dieburg	455.159	297.844	1.528,18 €
Kreisverwaltung Odenwaldkreis	153.589	96.703	1.588,25 €
Kreisverwaltung Vogelsbergkreis	168.056	105.643	1.590,80 €
Kreisverwaltung Hochtaunuskreis	377.397	236.914	1.592,97 €
Kreisverwaltung Landkreis Offenbach	570.910	355.813	1.604,52 €
Kreisverwaltung Main-Taunus-Kreis	392.161	238.558	1.643,88 €

Verwaltungskosten der Kommunen

Auch die Verwaltungskosten der Kommunen des Odenwaldkreises bewegen sich im Vergleich mit den anderen hessischen Kommunen im unauffälligen Bereich. Wie im nebenstehenden Textkasten beschrieben ist, lässt sich statistisch belegen, dass größere Kommunen tendenziell geringere Verwaltungskosten im Verhältnis zur Einwohnerschaft haben. Zu erwarten wäre insofern, dass auch im Odenwaldkreis die größeren Kommunen geringere Kosten haben. Dass dies nicht festzustellen ist (siehe Tabelle 26) könnte darauf zurückzuführen sein, dass Erbach und Michelstadt als Mittelzentren für den Landkreis Angebote für den Einzugsbereich und damit verbundene Mehrkosten zu tragen haben. Im Gegenzug finden diese Angebote eine Würdigung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

Statistischer Zusammenhang zwischen Größe (in Einwohner*innen) und Verwaltungskosten von Kommunen

Eine Berechnung des Korrelationskoeffizienten zeigt mit einem Wert von 0,42 einen schwachen bis mittleren Zusammenhang zwischen der Bevölkerungszahl und den Verwaltungskosten. Lässt man die kreisfreien Städte außen vor, die auch die Aufgaben einer Kreisverwaltung übernehmen müssen, ergibt sich ein Wert von 0,56, sodass man bereits von einer deutlichen Korrelation sprechen kann. In der Regel trifft es also zu, dass größere Kommunen geringere Verwaltungsausgaben in Bezug auf ihre Bevölkerungszahl haben.

Die tendenziell höheren Verwaltungskosten kleiner Gemeinden haben verschiedene Gründe. Viele Aufgaben müssen von jeder Gemeinde erfüllt werden. Je kleiner die Kommune, desto weniger Mitarbeiter*innen stehen dafür zur Verfügung. Das bedeutet, dass es weniger Spezialisten geben kann und mehr Generalisten, die dann viele unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen müssen. Spezialisierung hat im Allgemeinen den Vorteil, dass man damit systematisch effizienter und effektiver wird, weil Abläufe optimiert und Fachwissen angehäuft werden. Bei komplizierten Angelegenheiten muss ein Generalist ab einem gewissen Punkt externe Hilfe suchen, damit die Qualität des Ergebnisses stimmt – oftmals ein teures Fachbüro. Aus diesen Gründen empfiehlt es sich auch für die Kommunen und die Kreisverwaltung im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zu versuchen, diese Nachteile zu auszugleichen. Bestehende Beispiele sind bislang die Abwasser- und Müllverbände, die Vergabestelle, die Fördermittelberatungsstelle, das kommende gemeinsame Gewerbegebiet von Brensbach und Fränkisch-Crumbach sowie – im Extremfall – der Zusammenschluss von vier Kommunen zur Stadt Oberzent.

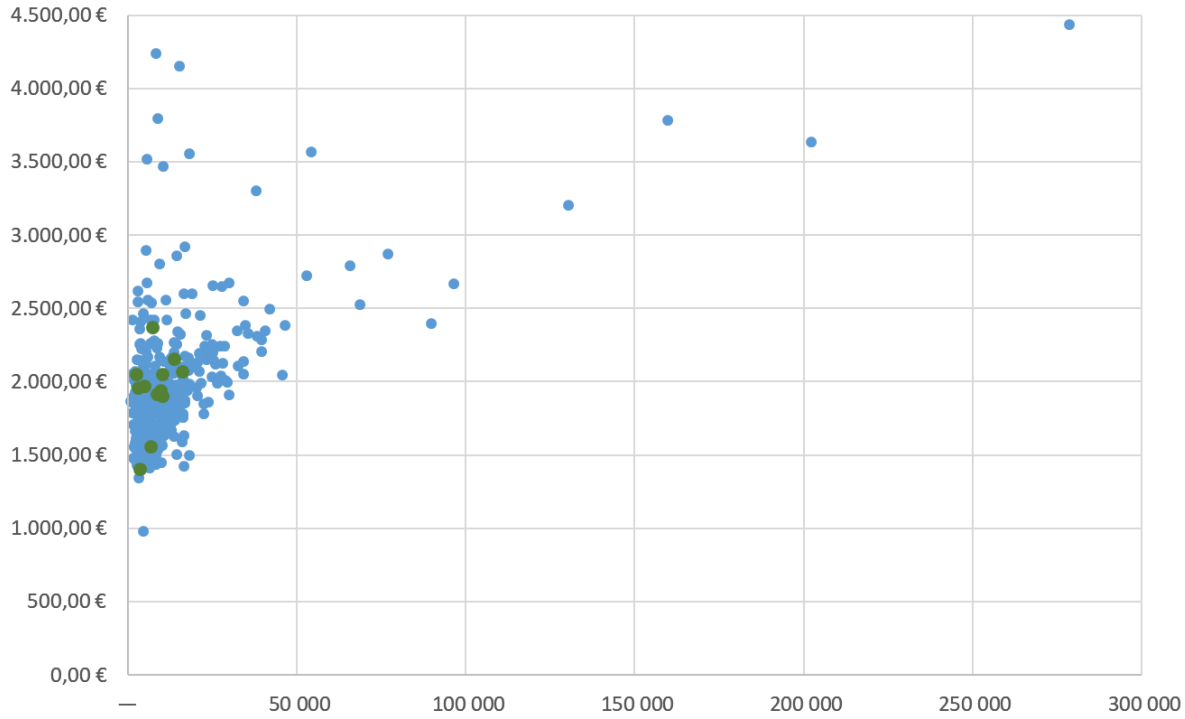


Abbildung 179: Verwaltungskosten der Kommunen in Hessen pro gemeldete Person (dargestellt ohne die Ausreißer-Werte Frankfurt und Eschborn; Odenwaldkreis-Kommunen grün marktiert; Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Gemeindestatistik 2020. „Verwaltungskosten“ sind hier „Ausgaben für laufende Verwaltungstätigkeit“)

Tabelle 26: Verwaltungskosten der Odenwaldkreis-Kommunen (Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Gemeindestatistik 2020. „Verwaltungskosten“ sind hier „Ausgaben für laufende Verwaltungstätigkeit“)

	Einwohner (2020)	Verwaltungskosten pro Einwohner (in €)
Michelstadt, Stadt	16 007	2.071,40 €
Erbach, Kreisstadt	13 697	2.156,88 €
Höchst im Odenwald	10 199	1.902,91 €
Oberzent	10 194	2.051,47 €
Bad König, Stadt	9 759	1.941,29 €
Reichelsheim (Odenwald)	8 543	1.914,84 €
Breuberg, Stadt	7 430	2.375,74 €
Lützelbach	6 891	1.558,79 €
Brensbach	4 969	1.972,15 €
Brombachtal	3 466	1.406,39 €
Fränkisch-Crumbach	3 121	1.958,23 €
Mossautal	2 427	2.052,25 €

Verschuldung kommunaler Kassen

Mithilfe des Landesprogramms „Hessenkasse“ ist es dem Odenwaldkreis gelungen, den Schuldenstand, der sich in den 90er- und 00er-Jahren angehäuft hatte stark zurückzufahren. Von den Kassenkrediten in Höhe von rund 140 Millionen Euro übernahm das Land Hessen die Hälfte. Um die andere Hälfte zurückzahlen zu können, verpflichtete sich der Odenwaldkreis ab 2019, jährlich 2,4 Millionen Euro im Haushalt einzustellen – 29 Jahre lang. Das entspricht einem Eigenbeitrag von 25 Euro je gemeldeter Person und Jahr. Dadurch kommt unter dem Strich nur etwa zusätzliche 1 Million Euro jährlich auf den Kreis zu. Das ist aktuell durchaus verkraftbar. Langfristig könnten wieder steigende Zinsen die Rückzahlung jedoch erschweren.

2018 konnte der Odenwaldkreis zum ersten Mal seit 2001 wieder einen Überschuss in den Haushalt einplanen – in Höhe von 3,464 Mio. Euro. Überschüsse aus 2019 mussten zunächst in die Liquiditätsreserven einfließen und konnten teils zum Aufbau von Gewinnrücklagen genutzt werden. Diverse Mindereinnahmen der Kommunen aufgrund der Corona-Krise (v.a. die wegbrechenden Gewerbesteuereinnahmen) werden erst 2022 zu einer sinkenden Kreis- und Schulumlage führen. Das ist darauf zurückzuführen, dass das Land Hessen 2020 noch die Gewerbesteuereinnahme-Ausfälle ersetzt hat. Ab 2022 werden die geringeren Einnahmen voraussichtlich zu Einsparungen im Kreishaushalt führen.

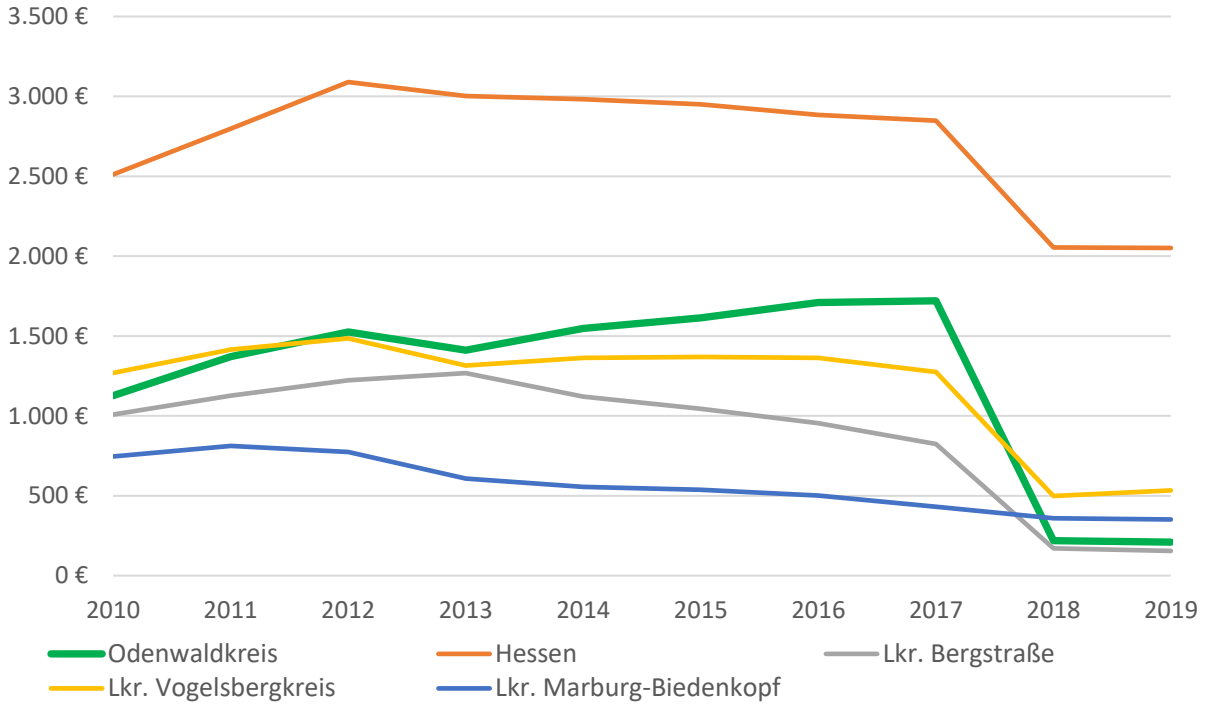


Abbildung 180: Schuldenstand pro gemeldete Person- Odenwaldkreis und Vergleichsregionen. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2021

Investitionszuweisungen

Der Blick auf die staatlichen Investitionszuweisungen zeigt, dass der Odenwaldkreis kontinuierlich weniger Fördermittel erhält als vergleichbare Landkreise in Hessen. Zum einen hat der Odenwaldkreis häufig Probleme, Eigenanteile für Förderprojekte zu finanzieren. Aufgrund der Auflagen zum Schuldenabbau durch die Hessenkasse war es auch nicht möglich, diese Eigenmittel durch Kredite zu finanzieren.

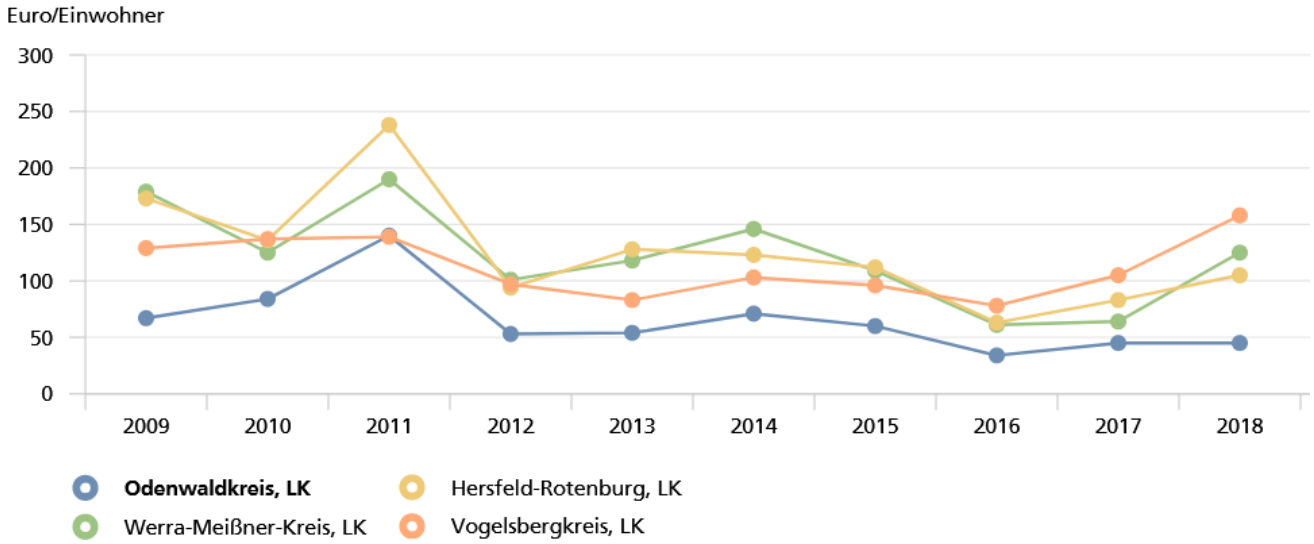


Abbildung 181: Staatliche Investitionszuweisungen in Euro pro gemeldeter Person. Quelle: Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, wegweiser-kommune.de

Im Unterschied zu den Landkreisen Hersfeld-Rotenburg, Werrra-Meißner und Vogelsberg war der Odenwaldkreis bislang nicht im Sinne der GRW-Förderung (Gemeinschaftsaufgabe Küsten- und Agrarschutz) als strukturschwach klassifiziert und hatte daher im Vergleich eine geringere Auswahl an Förderprogrammen, die sich an besonders strukturschwache Regionen richten. Mit der neuen Förderperiode

ab 2022 wird sich das dem aktuellen Stand (August 2021) nach ändern. Nach der Klassifizierung strukturschwacher Regionen richtet sich eine Vielzahl an Förderprogrammen der Bundesebene. Leider fanden sich im Rahmen der Recherchen zum Kreisentwicklungskonzept keine Daten dazu, wie viel die GRW-Mittel tatsächlich für den Gesamthaushalt ausmachen. Ein Vergleich mit anderen, ebenfalls nicht GRW-geförderten Kreisen legt dies aber nah (vgl. Abbildung 182).

Auch bei der EFRE-Förderung, die ländlichen Räumen in Europa zugutekommt, ist der Odenwaldkreis berücksichtigt. Unter Umständen bestehen noch Optimierungspotentiale beim Abrufen von Fördermitteln für den Odenwaldkreis und seine Kommunen.

Zuletzt war 2018 in den Vergleichsregionen ein erneuter Anstieg der zufließenden Fördergelder zu verzeichnen. Dies könnte mit dem Breitbandausbau im Zusammenhang stehen. Hierbei wird auch der Odenwaldkreis Fördermittel erhalten. Aufgrund des bereits bestehenden Glasfaser-Netzes wird das jedoch erst etwas später erfolgen.

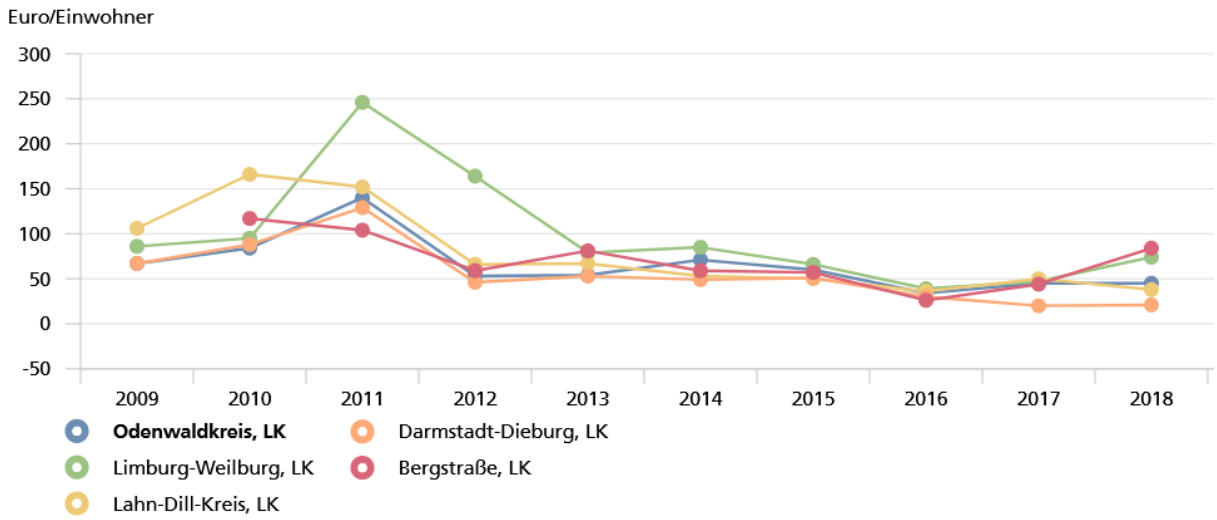


Abbildung 182: Staatliche Investitionszuweisungen in Euro pro gemeldeter Person. Nicht-GRW-geförderte Vergleichsregionen. Quelle: Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, wegweiser-kommune.de

Bürgerschaftsbeteiligung und Kommunikation

Mit Bürgerschaftsbeteiligung wurden in offizieller Form bereits Erfahrungen gemacht in den Bereichen Kulturentwicklung, Entwicklung des Regionalen Entwicklungskonzept Odenwald (als Grundlage der Arbeit einer Lokalen Arbeitsgemeinschaft LEADER) und in der Kreisentwicklungsplanung; bei letzterem auch mit Online-Umfragen. Doch auch in vielen anderen Bereichen, bei denen die breite Öffentlichkeit oder ausgewählte Akteur*innen betroffen sind, finden bereits Beteiligungsformate statt. Hierzu lassen sich beispielsweise Fahrgastbeiräte, Kreisschülerbeirat, das offene Ohr der Patientenfürsprecherinnen oder den Wirtschaftsbeirat der OREG anführen. Insbesondere bei den kleineren Gemeinden des Odenwaldkreises ist auch das direkte Gespräch mit dem/der Bürgermeister*in eine stets offenstehende Möglichkeit. Eine systematische Einbindung der Bevölkerung kann bei vielen Themen sinnvoll sein. Hierzu ist ein umfassendes Konzept mit entsprechenden Kapazitäten zur Umsetzung aufzubauen.

Beteiligung schafft Transparenz – die in vielen Bereichen immer wieder bemängelt wird und zu (womöglich vermeidbaren) Konflikten führt. Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit an Lösungen ist die Schaffung von Transparenz zur Ausgangssituation. Außerdem sollte verständlich dargelegt werden, inwiefern Ideen der Bürger*innen schließlich in die Entscheidungen und Konzepte einfließen. Echte Beteiligung, die nicht nur eine Anhörung ist, deren Ergebnisse also konstruktiv aufgenommen und kommuniziert werden, führt schließlich auch zu besseren Ergebnissen.

Es gilt also nicht nur, auf die „Schwarmintelligenz“ zu zählen und kreative Potentiale zu nutzen. Für gute Strategien ist es zwar wichtig, datenbasiert zu arbeiten und dies als Entscheidungsgrundlage zu nutzen. Die Sichtweisen der Bürger*innen sind jedoch unverzichtbar, um zu überprüfen, ob die aus den Daten

gezogenen Schlüsse auch plausibel und die Lösungen praxisnah sind. Bürger*innen sind lokale Expert*innen, die aufgrund ihrer konkreten Alltagserfahrungen sehr wertvolle, konstruktive Beiträge leisten können. Sie können also bei diesem Plausibilitäts-Check helfen und außerdem auf Herausforderungen und Lösungsmöglichkeiten verweisen, die bei der verwaltungs-internen Entscheidungsfindung unerkannt bleiben würden.

Im Bereich der Stadtentwicklung sind Beteiligungsformate bereits meist Standard; in Förderprogrammen wie der Dorferneuerung und der Städtebauförderung sind sie bereits vorgeschrieben. Auch für die LEADER-Förderung wird durch die Interessensgemeinschaft Odenwald e.V. etwa alle 7 Jahre eine umfassende Bürgerschaftsbeteiligung durchgeführt. Hierbei kommt es darauf an, nicht nur die Mindestanforderungen zu erfüllen, sondern sicherzustellen, dass diverse Altersgruppen und Milieus daran teilhaben. Beteiligung schafft Verbundenheit und fördert Konsens. Mit richtig gemachter Bürgerschaftsbeteiligung machen Menschen die Erfahrung, selbst mitgestalten zu können und werden dadurch selbst kreativ und aktiv in der Verbesserung von Stadt, Ortsteil und Region.

Beteiligung hilft also dabei

- Engagement der Menschen für die Region zu fördern.
- bessere Lösungen zu finden aufgrund lückenloserer Problemanalyse und großem Kreativ-Pool.

Eine dritte wichtige Funktion ist die Moderation von unterschiedlichen Interessen. Je nach Anlass kann eine Bürgerschaftsbeteiligung auch dabei helfen, Entscheidungsprobleme zu moderieren. Bei einer Beteiligung besteht die Möglichkeit, alle verschiedenen Sichtweisen auf ein Problem zu untersuchen und ernst zu nehmen. Jede der Sichtweisen und deren Annahmen kann dann einer datengestützten Überprüfung unterzogen werden. Somit wird verhindert, dass Konflikte auf eine emotional-persönliche Ebene abdriften. Das funktioniert aber nur, wenn die moderierende und untersuchende Stelle alle Akteur*innen ernst nimmt und eine glaubwürdige Neutralität bewahrt.

Bürgerhaushalt, Kommunikation und Vorschläge

Auf dem Weg zu einer systematischen Bürgerschaftsbeteiligung ist der Odenwaldkreis günstig in der Nähe der Wissenschaftsstadt und Smart City Darmstadt gelegen. Bereits seit 2013 wurden in Darmstadt Bürgerhaushalte aufgestellt. Mit bis zu 5.000 Euro konnten 2020 im Rahmen des „Bürgerhaushalts 2.0“ Projekte in den Stadtteilen unterstützt werden. In einem zweiten Strang ist es im Rahmen des „Bürgerhaushalts“ in Darmstadt auch möglich, als „**Vorschlag für die Politik**“ Ideen für die Stadtpolitik einzureichen. Würde man diese Ideen auf den Odenwaldkreis übertragen, zeigt sich zum einen, dass ähnliches bereits existiert. Zum anderen steht man vor dem Problem, dass im Landkreis die Kompetenzen für verschiedene „Vorschläge für die Politik“ auf verschiedene Ebenen verteilt sein können. Wofür letztlich Landrat und Kreistag, bzw. Bürgermeister, Gemeinde- oder Stadtrat, Magistrat oder Gemeindevorstand, oder aber auch der Ortsbeirat zuständig ist, ist in der Praxis wohl vielen Menschen nicht geläufig.

Ein anderes, speziell auf den ländlichen Raum zugeschnittenes digitales Projekt heißt „Smart Villagers. Digitale Daseinsvorsorge“, und wird aktuell vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) und dem neuland21 e. V. durchgeführt. Im Rahmen des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung im Januar 2021 zeigten die Verantwortlichen auf, dass die Werkzeuge die in diesem Projekt bereitgestellt wurden, schnell von der Bevölkerung angenommen wurden. Insbesondere gelang es auch Älteren, damit zu arbeiten und mit deren Hilfe eigene Projekte anzustoßen. Ziel des Projekts ist, Lücken in der Daseinsvorsorge zu schließen und Bürger*innen vom bloßen Konsumenten zum Akteur der Digitalisierung zu machen. Mit fünf ausgewählten Kommunen startete das vom Bundesinnenministerium geförderte Projekt. Zu den entwickelten Werkzeugen zählen:

- Die Smart-Village-App stellt eine kostenlose, anpassbare Grundlage für die digitale Kommunikation mit Bürger*innen für Gemeinden und Landkreise dar. Diese könnte auch für den Odenwaldkreis und seine Kommunen für verschiedene Zwecke angewendet werden.
- Projekte gingen beispielsweise in Richtung Mitfahr-Plattformen, Lieferservices oder auch hin zu „Dorf-Funk“-Plattformen, die einen direkten Draht zwischen Bürgerschaft und Verwaltung herstellen (siehe Teilstrategie Digitalisierung, Zielbereich 11: Kultur der Digitalität).
- Open Creative Labs – Gestaltung durch Bürger*innen in offenen Innovationswerkstätten; CoWorking und gemeinsames Experimentieren.

Als besonders schwierig stellte sich bei den Projekten häufig dar, schnell die nötige „kritische Masse“ zu erreichen, die nötig ist, damit Systeme funktionieren können. Ein Beispiel hierfür wäre z.B. im Bereich

Mitfahr-Plattform zu sehen (*siehe Teilstrategie Mobilität)*. Aus Sicht der Projektleitung zeigt sich vor allem, wie wichtig es ist, eine verständliche Sprache zu finden, die Bürger*innen nicht abschreckt. Begriffe wie „Open Government", „Smart-City" usw. stehen zwar für sehr bürgernahe Konzepte, sind aber als Begriffe nicht bürgernah verständlich. Derartige Konzepte der offenen und gemeinsamen Innovation sind vor allem vorteilhaft, um Ideen von Engagierten aufzunehmen und Bürger*innen konkrete, fachliche Mitgestaltungsmöglichkeit zu bieten. Insbesondere profitieren können Kommunen, wenn sich qualifizierte Ehrenamtliche einbringen (wie es aktuell im Odenwaldkreis beispielsweise zum Aufbau der Künstler-Plattform stattfindet).

Solchen Kommunikationsplattformen vorausgesetzt ist eine serviceorientierte, transparente Kommunikation der Verwaltung. Hierzu wurde bereits unter *Leitbildung der Verwaltung und Servicequalität* einiges aufgeführt. Darüber hinaus ist auch der Sprachstil von Bedeutung: dieser sollte möglichst allgemeinverständlich gehalten sein. Zuweilen kann das in Konflikt geraten, fachlich und rechtlich einwandfreie Aussagen zu treffen, weshalb dieser Anspruch bei Weitem keine einfache Aufgabe darstellt. Eine weitere Herausforderung kann die die Kommunikation mit Personen mit Beeinträchtigungen darstellen (*siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, Zielbereich 29. Barrierefreiheit, Senioren und Menschen mit Behinderung*).

Mängelmelder

Mit der Plattform www.mängelmelder.de besteht eine Art „Beteiligungsplattform", die von allen Kommunen in Deutschland eingesetzt werden kann. Mit ihrer Hilfe können Bürger*innen auf Probleme im öffentlichen Raum hinweisen, auf einer Karte verzeichnen und mit einem Foto noch besser darauf hindeuten, worin der Handlungsbedarf besteht. In Darmstadt und Münster (Hessen) ist sie bereits im Einsatz. Das Fraunhofer ITWM Kaiserslautern veröffentlichte 2019 eine Studie, in der die bestehende Mängelmelder-Plattform auf Verbesserungsmöglichkeiten untersucht wurde (Tamanini & Koch 2019). Dabei wurde festgestellt, dass sie ebenso wie direkte Kontaktmöglichkeiten über Messenger-Dienste wie Whatsapp bereits recht häufig in ländlichen Kommunen zu finden sind. Jedoch kritisierten die Autoren: „Die Mängelmelder bzw. Messenger-Meldungen stellen jedoch lediglich die „Vorderseite" der Dienstleistung dar. Insbesondere für die Bearbeitung von Meldungen auf Seiten der kommunalen Verwaltungen ist die (Software-) Unterstützung schwach ausgeprägt: Die Benutzungsschnittstelle ist wenig einladend gestaltet, und aufgrund fehlender interner Kommunikationsmöglichkeiten muss nach wie vor auf Telefonate, E-Mail-Verkehr oder andere Wege ausgewichen werden, um Fälle abzuarbeiten". Medienbrüche aufgrund nicht vollständig digitalisierter interner Abläufe vereiteln also die Möglichkeit, von Seiten der Verwaltung auf die Anliegen der Bürgerschaft schnell zu reagieren, sodass einer der wichtigsten Vorteile der Plattform verloren geht, so heißt es in der Studie. Zentral für eine Beteiligung an der Mängelmelder-Plattform ist also, dass sie durchdacht und umfangreich in die Verwaltungsabläufe integriert wird.

In diesem Sinne ergibt sich also ein potentieller Mehrwert dahingehend, dass man sich für Bürger*innen mit einem Mängelmelder ansprechbar zeigt für Handlungsbedarfe und dass Bürger*innen jeweils sehen können, wenn ein Mangel bereits bekannt ist. Die Verwaltung hat auf diese Weise die Möglichkeit, öffentlich Stellung zu nehmen und Interessierte auf dem Laufenden zu halten. Somit besteht eine bessere Möglichkeit für die Verwaltung offensiv mit Beschwerden umzugehen. Natürlich unterliegt man auch hier Beschränkungen, sich nur im Rahmen der datenschutzrechtlich zulässigen Informationsweitergabe äußern zu können. Die meisten Meldungen eines Mängelmelders werden naturgemäß eher in die Zuständigkeit der Kommunen als des Kreises fallen. Der Vorteil der bundesweiten Plattform ist, dass man als Nutzer nicht erst zu überlegen braucht, welche Kommune, Verwaltungsstelle oder –ebene zuständig ist. Nachteil der Mängelmelder-Plattform ist, dass vor allem negative Dinge im Fokus stehen und dass es vor allem um Reports von Schäden vorhandener Infrastruktur geht. Ein innovatives Mitdenken an umfassenden Aufwertungen der Quartiere oder Naturlandschaften ist auf diese Weise nicht vorgesehen. Aktuell eingesetzt wird der Mängelmelder bereits u.a. in Darmstadt, Heppenheim und Bensheim. In Darmstadt äußerten sich Verwaltungsmitarbeiter*innen 2020 positiv dazu. Insbesondere die konkrete Beschreibung des Problems vor Ort in Kombination mit dem Smartphone-Foto zeigt bereits auf den ersten Blick, was los ist und was repariert werden muss (Echo 16.09.2020). Auch die direkte Arbeit mit Geo-Daten kann bei vielen Anliegen hilfreich sein.

Zusammenfassend lässt sich zum Thema Mängelmelder also folgendes Fazit ziehen. Zunächst ist es wohl für die Kreisverwaltung sinnvoller, Ressourcen in die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe zu stecken. Dann ergibt auch die Mängelmelder-Plattform mehr Sinn. Wie sich die Sinnhaftigkeit in den Kommunen darstellt muss aus deren Perspektive beurteilt werden.

Jugendlichen-Beteiligung

Ein besonderes Anliegen der Bürgerschaftsbeteiligung sollte auch sein, insbesondere die Interessen der jüngeren Bürger*innen aufzunehmen. Die oben beschriebene Wirksamkeits-Erfahrung in der Heimatregion ist mitentscheidend dafür, wie lebenswert die Altersgruppe der Jugend und der jungen Erwachsenen die Region empfindet und inwiefern sich eine persönliche Beziehung, bzw. Identifikation mit der Region entwickeln kann. Das hat wiederum konkrete Auswirkungen auf mögliche Abwanderungs- und spätere Rückkehrentscheidungen. Demographisch ist die Jugendlichen-Beteiligung also von besonderer Bedeutung.
Siehe Teilstrategie Lebensqualität, Zielbereich Freizeitangebote und regionale Bindung Jugendlicher; Siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus.

In klassischen Bürgerschafts-Workshops werden junge Personen oft weniger wahrgenommen – weil sie von etablierten Redeführern verdrängt werden oder weil sie sich gar nicht angesprochen fühlen und eher seltener an solchen Formaten teilnehmen. Für die Kreisentwicklungsplanung verfolgte man 2020 zunächst das Konzept eines eigenen Jugendworkshops, bei der Vertreter*innen verschiedener Jugendgruppen eingeladen worden waren. Als dieser aufgrund des ersten Lockdowns nicht stattfinden konnte, wurde entschieden, stattdessen eine zusätzliche Umfrage durchzuführen.

Grenzen der Beteiligung

Unklar ist, ob es auch ein „zu viel“ an Beteiligungsmöglichkeiten gibt. Möglicherweise setzt ab einem gewissen Umfang der Angebote eine gewisse Sättigung ein, sodass dann mit sinkenden Teilnehmendenzahlen zu rechnen ist. Es kommt also darauf an, auf Qualität statt Quantität zu setzen, transparente Prozesse zu führen und die Öffentlichkeit auch auf dem Laufenden zu halten, um zu zeigen, dass das Engagement der Teilnehmer auch einen echten Effekt hat.

Wenn Qualität und Ergebnis den Wert des persönlichen Engagements zeigen, bleibt auch die Motivation erhalten. Vielfache, kontinuierliche Beteiligungsformate können Leute „am Ball halten“, insbesondere, wenn die Teilnahme an solchen Formaten mit Kreativität, Spaß und demokratischem, produktivem Miteinander verbunden wird. Beispiele wie „Dorf-Funk“ oder der Bürgerhaushalt Darmstadt zeigten im Verlauf steigende Nutzerzahlen. Der Charme solcher Formen der Beteiligung ist, dass relativ kurzfristig auch Ergebnisse erkennbar werden. Insofern ist z.B. die Beteiligung im Rahmen der Kreisentwicklungsplanung zwar richtig und wichtig, um eine funktionierende Teilnahme- und Beteiligungskultur zu etablieren braucht es aber konsequent v.a. auch kurzfristig effektive Beteiligungsformate. Hierbei sind in den meisten, praxisnahen Handlungsfeldern v.a. die Kommunen gefragt.

Zusammenfassend als besonders sinnvolle Beteiligungsformate können also angeführt werden

- Fortlaufende Mängelmelder und Plattformen wie „Dorf-Funk“
- Strategische Prozesse (wie z.B. Kreis, Stadt- und Dorfentwicklung) und Markenprozesse (Kultur, Regionalmarketing)
- Smart-City- oder Smart-Region-Prozesse und -Projekte
- Lokale Jugendbeteiligungsformate mit konkreten Budgets und kurzfristiger Umsetzungsmöglichkeit
- Beteiligungsformate zu konkreten Fragestellungen, wie z.B. Integration, nachhaltiger Mobilität, Stadtentwicklung oder Regionalmarketing

Fachkräftesicherung in der Verwaltung und interkommunale Zusammenarbeit

In mehreren Fachabteilungen kann aufgrund der Altersstruktur in den nächsten Jahren (teils bereits akut, teils innerhalb der nächsten acht bis zehn Jahre) ein akutes Fachkräfteproblem auftreten. Besonders in Bereichen, die durch Fachleute mit fachlichem Studium besetzt werden müssen stellt es sich für

die Verwaltung nicht einfach dar, qualifiziertes Personal zu finden. Wenn in kleineren Abteilungen nennenswerte Teile der Belegschaft innerhalb recht kurzer Zeit „wegbrechen“, bzw. in den Ruhestand eintreten, ist es selbst bei vorhandenem Fachkräftenachschub schwierig, diese angemessen anzulernen und ein nahtloses Weiterfunktionieren zu garantieren. Trotz dieser Herausforderung zeigt man sich insgesamt noch zufrieden mit dem Erfolg bei der Fachkräftesicherung in der Kreisverwaltung, auch bei Spezialisten. Zwar hat man bei solchen Besetzungen eine teils etwa begrenzte Auswahl an Bewerber*innen, doch bislang konnte stets qualifiziertes Personal gewonnen werden. Zur Sicherung des Führungskräfte-Bedarfs wurde 2019 ein Nachwuchsführungskräfteprogramm in der Kreisverwaltung eingeführt. Hierzu wurde ein externes Institut hinzugezogen und ein Weiterbildungsprogramm aufgelegt, u.a. mit Modulen zum strategischen und lösungsorientierten Handeln, zum Selbstmanagement, zum Konfliktmanagement usw.

Die Fachkräftesicherung funktioniert in der Verwaltung vor allem durch Aus- und Weiterbildung. Je nach Fachabteilung finden sich aber in den leitenden Positionen häufig Personen mit verwaltungsfremdem Studium. Auch die Weiterbildung und Karriereplanung bereits vorhandener Fachkräfte ist eine wichtige Strategie, um auch Fach- und Führungskräftenachwuchs zu sichern. Ansätze, die hierbei eventuell noch besser ausgereizt werden können sind:

- Förderung von Weiterbildung und berufsbegleitendem Studium
- Durchführung von Personal- und Teamgesprächen, bei denen die jeweils vorhandenen persönlichen und fachlichen Stärken und Schwächen aus der Fremd- und Eigenwahrnehmung heraus analysiert werden. Positiver Nebeneffekt hierbei kann auch sein, dass schwelende Konflikte innerhalb eines Teams in einem solchen Rahmen diskutiert, moderiert und womöglich gelöst werden können. Somit besteht die Chance, dass sich nicht nur die Stimmung, sondern auch die Effektivität von Teams dauerhaft verbessert.
- Ebenso können gezielte Karrieregespräche, wie auch Persönlichkeitstests oder Verhaltensprofil-Tests dabei helfen, eine langfristige Karriereplanung innerhalb der Verwaltung aufzustellen und engagierten Mitarbeiter*innen somit auch Aufstiegsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Im Rahmen der Bürgermeistergespräche zu Beginn des Prozesses zum Kreisentwicklungskonzept (ab Januar 2019) zeichnete sich auch in vielen Kommunen des Odenwaldkreises ein Fachkräftemangel ab – sowohl unter den klassischen Verwaltungsmitarbeitenden als auch bei den Spezialisten. Im Vergleich stellte es sich so dar, dass die größeren Kommunen und der Kreis sich noch einfacher tun, Ausbildungsplätze zu besetzen und attraktivere Gehälter für Spezialisten zu bezahlen. In diesem Kontext wurde die Idee der Verbundausbildungen in Zusammenarbeit mehrerer kommunaler Verwaltungen diskutiert. Letzter Standpunkt zu diesem Thema war jedoch zuletzt, dass eine allgemeine fachliche Zusammenarbeit sinnvoller ist – damit kann Arbeit effizienter organisiert werden, es wird insgesamt weniger Personal benötigt und man hat die Möglichkeit, für hochqualifiziertes Personal angemessene Gehälter aufzubringen.

Das Problem der Kleingliedrigkeit der Kommunen im Odenwaldkreis mündete in der Vergangenheit wiederholt in Debatten über mögliche Fusionen, z.B. um die Fusion der Städte Erbach und Michelstadt, der Fusion der Süd-Gemeinden zur Stadt Oberzent oder zum Thema „Odenwaldkreis-Stadt“ (KÖHLER 2011). Diese Debatten wurden meist sehr kontrovers und teils auch leidenschaftlich geführt; meist ohne nachhaltige Ergebnisse zu hinterlassen.

Deutlich konfliktärmer und zugleich effektiver sind hingegen Bestrebungen der interkommunalen Zusammenarbeit. Derartige Kooperationen mit fester rechtlicher Grundlage (nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit, KGG) bestehen unter anderem für das Vergabewesen, für die Fördermittelberatung, für die Ausweisung eines Gewerbegebietes im Gersprenztal, für die Jugendpflege in Lützelbach und Breuberg, für Müllentsorgung sowie für Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz. Zuletzt erwiesen sich die Themen Kanalsanierung in Oberzent durch den Abwasserverband Mümling und Klärschlammbeseitigung als gewinnbringende Bereiche der Zusammenarbeit.

In den meisten Fällen beschränken sich derartige Kooperationen vor allem auf Aufgaben, die nicht zu nah an der Kernverwaltung liegen und keine zu enge Verflechtung mit anderen Verwaltungsbereichen besteht. Eine Ausnahme stellen die gemeinsamen Ordnungsamtsbezirke dar, die es in der Unterzent und dem Südkreis gibt.

Mit zunehmender Digitalisierung, die schließlich per Gesetz allen Kommunen im gewissen Maß auch vorgeschrieben ist (OZG), ergeben sich neue Möglichkeiten, Aufgaben gemeinsam zu organisieren.

Beispielsweise der Bereich der Finanzverwaltung, wo in den letzten Jahren teils Fachpersonal zwischen Kreis und Kommunen gewechselt hat, bietet hierfür Potential. Dank der digitalen Rechnungsführung besteht die Arbeit der Finanzverwaltung immer weniger aus händischer Arbeit mit Papier und Stempeln und immer mehr mit Aufbau, Pflege und Verwaltung von IT-Systemen. Solche Systeme lassen sich deutlich besser skalieren, sodass womöglich mehrere Kommunen und / oder der Kreis künftig auch hier enger zusammenarbeiten könnten.

Als weitere sinnvolle Bereiche der interkommunalen Zusammenarbeit sind Smart-City, bzw. Smart-Region (*siehe Teilstrategie Digitalisierung)*, Stadtentwicklung und kommunaler Wohnungsbau oder auch Bauämter zu nennen (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung*).

Ein gutes Beispiel dafür, wie kreisweit die interkommunale Kooperation systematisch ausgebaut werden kann, ist das Projekt „LebensWert“ im Werra-Meißner-Kreis. Die Stadt Eschwege (ca. 19.000 EW) und seine Nachbargemeinden initiierten dieses Projekt in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Urbanistik und dem Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE). Dabei wurde ein Ansatz des gemeinsamen Managementmodells verfolgt. In einer Bestandsanalyse wurden zunächst Prognosen und Handlungsoptionen erarbeitet, um schließlich ein interkommunales Organisationskonzept zu entwickeln. Gemeinsam mit den Wissenschaftler*innen wurde herausgearbeitet, welche Funktionen künftig gemeinsam besser erfüllt werden können – und wie. „Nicht jede Kommune kann für jeden Bereich Expert*innen ausbilden, Infrastruktur vorhalten, Material und Spezialfahrzeuge beschaffen. In einem noch zu entwickelnden Modell gilt es zu erarbeiten, welche Kompetenzen geteilt, welche Ressourcen gebündelt und welche Infrastruktur gemeindeüber greifend angeboten werden können.“, so der Bürgermeister von Eschwege zum Projekt (DStGB 2020: S. 16).

Auch auf übergeordneten Ebenen wird die verstärkte interkommunale, regionale Zusammenarbeit als wichtige Chance verstanden. Sowohl die europäische Territorialen Agenda 2030 (BMI 2020b), als auch die Neue Leipzig Charta (BMI 2020a; S. 4) betonen den Wert der Zusammenarbeit über Verwaltungsgrenzen hinweg.

Ausbau der strategischen Handlungsfähigkeit des Landratsamtes – Kreisentwicklungsplanung, Fachplanungen, strategische Planungen der Kommunen

Stabstelle Gremien und Behördenleitung

Die Stabstelle des Landrats wurde im Frühjahr 2019 gegründet und umfasste zunächst Pressestelle, Kreisentwicklung sowie den persönlichen Referenten und dem Vorzimmer des Landrats. Im März 2019 folgte der Einstieg einer neu geschaffenen Stelle Klimaschutzmanagement. Diese ersetzte eine im Eigenbetrieb für Bau und Immobilien ansässige Stelle, die vor allem die Klimabilanz des Landratsamtes selbst im Blick hatte. Fortan soll durch Öffentlichkeitsarbeit und Projekte der Klimaschutz im gesamten Landkreis im Blick sein. Durch die Struktur als Stabstelle bestehen Synergieeffekte zur Projektumsetzung z.B. durch kombinierte Förderanträge und Hochschulkontakte, sowie umfassende Öffentlichkeitsarbeit. Der Klimaschutz kann in dieser Organisationsform seiner transdisziplinären Aufgabe gerecht werden.

Hinzu kam im Oktober 2020 die neue Stelle für Gesundheitsmanagement, die die Initiativen in diesem Bereich koordinieren und professionalisieren wird. Bislang erfolgte die Koordination der Gesundheitskooperation Odenwaldkreis durch eine Beratungsfirma. Durch die nun engere Anbindung an Verwaltung und Politik verbessert sich die Transparenz für die Kreisverwaltung und Synergieeffekte mit Bereichen wie der Kreisentwicklungsplanung, dem Internet-Ausbau, dem ÖPNV und dem Bildungsdezernat.

Weiterhin wird als Projekt der interkommunalen Zusammenarbeit eine Fördermittelberatungsstelle für Kommunen eingerichtet. In persönlichen Gesprächen zur Kreisentwicklung zwischen dem Landrat, den einzelnen Bürgermeistern sowie der Stelle für Kreisentwicklung wurde der enorme Aufwand für die Recherche und Bearbeitung von Förderprogrammen, sowie die oft ausgiebigen Berichtspflichten als insgesamt problematisch erkannt. Insbesondere besteht eine Lücke zwischen dem, was kommunal an Projekten notwendig oder sinnvoll wäre und dem was von unzähligen Förderprogrammen gefördert werden kann. Hinzu kommen stets unterschiedlichen und veränderlichen Regeln und Bewerbungsfristen. Durch die Besetzung einer zentralen Fördermittelstelle, die am Landratsamt angesiedelt ist, wird dieses Problem entschärft. Aufgabe der Fördermittelstelle wird sein, einen Überblick über Förderpro-

gramme verschiedenster Ebenen zu behalten, sich laufend mit den Kommunen bezüglich Handlungsbedarfen auszutauschen, sowie einen möglichst großen Anteil der Antragsbearbeitung und Berichtspflicht zu erledigen. Aufgrund der Art dieser Arbeit wird diese Stelle möglichst eng vertraut mit den aktuellen Herausforderungen der Kommunen sein und in engem Austausch mit ihnen stehen. Organisatorisch ist die Stelle in der Stabsstelle Gremien und Behördenleitung angesiedelt, wo sie dieses Wissen nützlich für laufende Bestrebungen der anderen Mitarbeiter*innen einbringen können wird. Darüber hinaus besteht auch Bedarf nach enger Abstimmung mit der Abteilung Regional- und Dorfentwicklung.

Mit der so aufgestellten Stabsstelle wird die Koordination wichtiger Sachthemen und die strategische Ausrichtung und Reaktionsfähigkeit der Kreisverwaltung verbessert – auch in Zusammenarbeit mit regionalen Akteur*innen und mit Beteiligung der Bürgerschaft. In dieser Aufstellung wird der Odenwaldkreis auch den Herausforderungen und Chancen von Digitalisierung und demographischem Wandel noch besser begegnen können.

Nachhaltige integrierte Planung und Steuerung

Die Optimierung der Zusammenarbeit und Koordination ist damit aber nicht abgeschlossen. Integrierte Regionalplanung betrachtet den „Kuchen“ der verschiedenen Fachplanungen als Ganzes. Auch Kreisentwicklungsplanung als Beispiel für Raumplanung führt einzelne Fachplanungen (bzw. Teilstrategien) zusammen. Sie schafft Überblick, Transparenz und Synergieeffekte. Bereichsübergreifende Themen können hierbei als solche erkannt werden. Somit können systemische Patt-Situationen und Probleme behoben werden. All dies ist aber nur schwer möglich ohne entsprechende Basis von qualifizierten Fachplanungen (auch strategischer Natur). Der Bedarf hierzu wird an vielen Stellen des vorliegenden Kreisentwicklungskonzepts erörtert. Eine Strategie könnte sein, Abteilungen und Arbeitsbereiche dahingehend zu schulen und dazu aufzufordern, Strategien für ihren Fachbereich zu entwickeln und zu formulieren. Auch regelmäßige, z.B. jährliche Strategie-Workshops könnten dazu dienen, ein paar Tage aus dem Alltagsgeschäft herauszukommen, um sich über strategische Herausforderungen und Handlungsoptionen bewusst zu werden. Bei Bedarf könnten dazu Moderatoren, externe Expert*innen, Vertreter anderer Abteilungen, Personen aus den Kommunalverwaltungen, Vertreter der Verwaltungsleitung oder der Stabsstelle Gremien- und Behördenleitung hinzugezogen werden. Vor allem sollten aber die Mitarbeiter*innen der jeweiligen Abteilungen mit einbezogen werden. Einerseits zählt es, deren oft einzigartigen Sichtweisen und Verständnisse einzubeziehen. Andererseits führt das gemeinsame Nachdenken über Prozesse, Herausforderungen und Verbesserungsmöglichkeiten womöglich auch dazu, Wissen über Gesamtprozesse aufzubauen und dazu, dass jede/r Mitarbeiter*in diese im Blick behält – und laufend Ideen zu Verbesserungsmöglichkeiten mitdenkt. Somit wird auch das Verständnis der Mitarbeiter*innen für die jeweilige Strategie gefördert, sodass alle motiviert am selben Strang ziehen. Ein konsequenter Einbezug der Mitarbeiter*innen ist nicht nur die logische Konsequenz der Idee von Bürgerschaftsbeteiligung. Sie ist auch in der Privatwirtschaft bereits seit langem weit verbreitet.

Die Umsetzung der umfangreichen Strategien in den Handlungsfeldern des Kreisentwicklungskonzepts kann unmöglich allein durch die Kreisentwicklungsplanung organisiert werden. Es ist also zwingend notwendig, dass in der gesamten Kreisverwaltung mehr abteilungsübergreifend, innovativer und strategischer über Probleme nachgedacht wird, ohne den ein oder anderen „großen Wurf“ zu scheuen und auch langfristige Entwicklungen in den Blick zu nehmen. Die Kreispolitik und die Verwaltungsleitung ist letztlich darauf angewiesen, auf diese Probleme und Handlungsmöglichkeiten – zeitnah – hingewiesen zu werden. Damit das sichergestellt werden kann, braucht es Mechanismen und Anreizsysteme.

Grundlegend wichtig ist, dass Handlungsbedarfe möglichst konkret und zahlenbasiert belegt werden und in die Entscheidungsgrundlage für die Haushaltspolitik einfließen können. Auch für die Reflexion der jeweiligen Handlungsstrategie der Abteilungen bietet eine statistische Grundlage Mehrwert in Form von Erkenntnisgewinn. Die Möglichkeit, zahlenbasierte, begründbare Entscheidungen zu treffen hat nicht nur den Vorteil, bessere Entscheidungen zu treffen, sondern auch den, Debatten zu versachlichen. Subjektive Sichtweisen und möglicherweise verzehrende Darstellungen können somit überprüft und richtig eingeordnet werden. Bei der Erstellung des Kreisentwicklungskonzepts fiel auf, dass in vielen Bereichen nur sehr spärlich Statistiken geführt werden. Vor allem in den gesetzlich vorgeschriebenen Bereichen Bildungsmonitoring und Jugendhilfeplanung sind seit 2019 jedoch zwischenzeitlich Fortschritte erzielt worden. Nicht zuletzt ist dies auch auf die vermehrte Beschäftigung von wissenschaftlich qualifiziertem Personal zurückzuführen.

Sind statistische Daten und Erfahrungsberichte aus Handlungsfeldern zusammengeführt, braucht es als weitere Elemente zu einer strategischen Steuerung noch die Entscheidungsfindung, das Monitoring, Controlling und die Nachsteuerung. Bei einer Verwaltung müssen diese Funktionen zwingend durch die Politik erfüllt werden. So muss auch das Monitoring bezüglich der Erreichung von Zielen des Kreisentwicklungskonzepts politisch mit der nötigen Aufmerksamkeit sichergestellt werden. Prinzipiell ausschlaggebend sind hierfür der Kreistag mit seinen Ausschüssen sowie der Kreisausschuss inklusive des Landrats und der hauptamtlichen Mitglieder. Es gilt also, die bestehenden Aufsichtspflichten in ihrer Umsetzung zu systematisieren. Gegenwärtig rücken Verwaltungsbereiche vor allem dann ins Zentrum der Aufmerksamkeit, wenn Missstände an die Öffentlichkeit dringen oder wenn Verwaltungsmitarbeiter*innen auf Handlungsbedarfe aufmerksam machen. Man ist also aktuell davon abhängig, dass Abteilungsleiter*innen sowohl das Tagesgeschäft als auch die strategische Perspektive im Blick haben und entsprechend handeln. Auch der als Vorgesetzte agierende Landrat hat schon rein zeitlich nicht die Möglichkeit, in jeden ihm unterstellten Fachbereich derartig tief einzusteigen, um Fehlentwicklungen und Handlungsbedarfe verlässlich frühzeitig erkennen zu können. Die Abteilungen müssen sich daher regelmäßig umfassend transparent machen, um eine strategische Steuerung durch die Politik möglich zu machen.

Vorteil einer integrierten Betrachtung ist, dass Themen, die mehrere Abteilungen und externe Akteure betreffen weniger Gefahr laufen „durch Raster zu fallen“. Voraussetzung ist aber, dass auf solche Probleme aufmerksam gemacht wird und die entsprechend notwendigen Partner*innen hinzugezogen werden. Im Rahmen der erläuterten Audits wird auch eine systematische Möglichkeit für die Verwaltung geschaffen, Bedarfe an die Politik zu kommunizieren. Wie es bereits an verschiedenen Stellen des Kreisentwicklungskonzepts praktiziert wird, besteht mit einer solchen Verstetigung also fortlaufend die Möglichkeit für die Verwaltung, systembedingte Grenzen der eigenen Handlungsfähigkeit aufzuzeigen. Damit wird z.B. eine politische Arbeit auf Landesebene in die entsprechend notwendigen Richtungen ermöglicht.

Integrierte Datenbank

Zunächst im Bereich des Bildungsmonitorings wurde eine eine „Bussines intelligence Datenbank“ eingesetzt. Sinn dieser Software ist, durch das Einpflegen aller relevanten Daten Managemententscheidungen durch zahlenbasierte Erkenntnisse unterstützen zu können. Ab dem Jahresende 2020 wurde die Idee einer abteilungsübergreifenden Nutzung dieser Datenbank vorangetrieben. Alle Daten der angeschlossenen Geschäftsbereiche, die in Excel abbildbar sind, können aufgenommen und verknüpft werden, sodass themenübergreifende Fragestellungen schnell und zielführend beantwortet werden können. Überdies können damit interaktive Karten, kleinräumige Darstellungen sowie empirisch-wissenschaftliche Berechnungen und Analysen durchgeführt werden. Zunächst sollen Daten der Bereiche Bildung, Jugendhilfeplanung und Kreisentwicklungsplanung zusammengeführt werden. Die Datenbank bietet nicht nur einen Mehrwert für die Gesamtplanbarkeit, sondern spart nach erfolgreichem Aufbau auch Arbeit: Daten müssen nur einmal eingepflegt werden und müssen nicht mehr wie bisher von verschiedenen Stellen des Landratsamtes bezogen und aufgearbeitet werden. Bspw. die Bevölkerungsstatistik wird bei den Themen Jugend, Kultur, Mobilität, Arbeit und Fachkräfte, Bildung, Integration, Gesundheit, usw. relevant.

Über die abteilungsübergreifende Plattform hinaus geht die Bildung eines Kreisentwicklungs-Strategieteams, in dem sich ebenfalls seit Ende 2020 strategisch tätige Mitarbeiter*innen verschiedener Abteilungen organisieren, um sich auszutauschen, die verschiedenen Fachplanungen laufend zu koordinieren und die gemeinsame Datenbank aufzubauen. Aktuell sind Bereiche Bildungsmonitoring, Jugendhilfeplanung und Kreisentwicklungsplanung im Strategieteam vertreten. Zusammen mit der Ausweitung der Datenbank und in der Umsetzungsphase des Kreisentwicklungskonzepts wird auch das Strategieteam erweitert werden. Wichtig bei der Organisation dieses Austauschs ist, inhaltliche Stichhaltigkeit, strategische Sichtweise und gemeinsame Interessen in den Mittelpunkt zu stellen (*siehe auch Hintergrund, Vorgeschichte und Anlass der Neuauflage des KEK).* Für eine verlässliche strategische Steuerung bedarf es Formaten, die konkreten Bezug zu einem Anlass oder Ziel aufweisen (z.B. Kontrolle, Reflexion und Nachsteuerung zur Erreichung verschiedener SMART-Ziele des KEK).

Wissenschaftliches Arbeiten setzt wissenschaftliche Quellen voraus – z.B. in Zusammenarbeit mit der TU Darmstadt müsste ein Zugang der strategisch arbeitenden Stellen zu wissenschaftlichen Quellen sichergestellt werden. Auch kostenmäßig wird dies vermutlich deutlich günstiger ausfallen, als fort-

während Einzelbeschaffungen zu tätigen und einzelne Zeitschriften zu abonnieren. Bedarfe diesbezüglich bestehen u.a. bei den Stellen Klimaschutzmanagement, Gesundheitsmanagement, Bildungsmonitoring, Jugendhilfeplanung, persönlicher Referent des Landrats, WIR-Koordination, sowie bei verschiedenen Fachabteilungen.

Geodatenmanagement

Wie bereits in der Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft *(Analyse, Zielbereich Strategische Ausrichtung und Erfolgssicherung für Naturschutz, Landwirtschaft und Landschaftspflege)* aufgezeigt wurde, bestehen Kompatibilitätsprobleme zwischen den Abteilungen des Landratsamtes und den verwendeten GIS-Systemen zur Verarbeitung von Geodaten und Karten. Mit Blick auf die abteilungsübergreifende Datenbank muss es auch das Ziel sein, im gesamten Landratsamt und möglichst auch in den Kommunen ein einheitliches System zu verwenden und zu ermöglichen, Inhalte der Datenbank kartographisch darzustellen. Funktionalitäten, Nutzerfreundlichkeit, Aufbau und Übersicht, sowie die langen Ladezeiten der aktuellen Browser-basierten Software sprechen außerdem vor allem für eine gesonderte Fachanwendung. Programme wie QGIS oder ArcGIS ermöglichen es, georeferenzierte Daten verschiedener Quellen zu verwenden und somit auch Daten der gemeinsamen Datenbank zu verarbeiten. Mit solchen Programmen lassen sich auch Darstellungsweise und Legende verschiedener Daten frei einstellen und verschiedene Themen lassen sich frei kombinieren. Somit ist die Möglichkeit gegeben, nicht nur intern Geodaten zu verwenden, sondern auch verständliche Karten zu produzieren, die bei Bedarf auch an Politik und Öffentlichkeit weitergegeben werden können. Auch mit dem aktuellen GIS-Dienstleister Geoventis könnten sicher Verbesserungen erzielt werden. Voraussetzung ist, dass die Anforderungen und aktuellen Probleme formuliert werden und eine Lösung gefunden wird, die den Anforderungen gerecht werden.

Geodaten können für viele Bereiche der regionalen Entwicklung eingesetzt werden. Aktuelle Geodaten verschiedener Wellenlängen, Radardaten, aber auch 3D-Daten zu Gebäuden werden mit neuen Satelliten über verschiedene Anbieter immer besser verfügbar. Insbesondere für den Bereich Landschafts- und Naturschutz und Landwirtschaft bestehen vielversprechende Ansätze.

Auch auf dem Weg hin zu einer Smart-City, bzw. einer Smart-Region ist die Zusammenführung und Verwendung von Daten mit Ortsbezug ein wichtiger Baustein (Best-Practice Landkreis Lippe und Digitalstadt Darmstadt). Insbesondere mit dreidimensionalen Modellen können vielfältige Erkenntnisse gewonnen werden (z.B. Hochwasserschutz, Wohnraumnutzung; *siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Analyse – Wohnungen).*

Fortlaufende Arbeit der Kreisentwicklungsplanung als Multiplikator

Vom vorliegenden Kreisentwicklungskonzept ausgehend führt die fortlaufende Kreisentwicklungsplanung diesen Wissenstand fort – mittels der bereits beschriebenen Datenbank, anhand qualitativer Daten und ständig weiterer hinzukommender Informationen. Hierzu werden die Kommunikationskanäle zu Fachabteilungen der Kreisverwaltung, den Kommunen und anderen Akteur*innen genutzt.

Diese Kommunikation ist auf verschiedene Kanäle angewiesen. Rückfragen der Politik an die Verwaltung könnten routiniert zur Kenntnis parallel über die Kreisentwicklung laufen – sodass hier auf mögliche Zusammenhänge zu anderen Themen erkannt werden können. So bleibt einerseits die Kreisentwicklungsplanung als Informations-Hub aktuell, andererseits können vorteilhafte Synergieeffekte mit anderen Abteilungen oder Akteur*innen genutzt werden.

In künftigen Strategiegesprächen oder Gesprächsrunden bzw. Arbeitskreisen kann das Vorankommen bezüglich verschiedener Ziele, der Maßnahmenumsetzung oder möglicherweise nötiger Strategieanpassungen diskutiert werden. Auch wenn Akteur*innen oder Abteilungen neue strategische Herausforderungen identifizieren, die am besten mit Einbezug weiterer Bereiche zu lösen sind fungiert die Kreisentwicklungsplanung als Anlaufpunkt und koordinierende Stelle.

Fazit für eine verstetigte strategische Steuerbarkeit des Odenwaldkreises

Primär wichtig für eine wachsende Steuerbarkeit der Entwicklung der Region ist die Ausarbeitung von qualitativen Fachplanungen in allen Bereichen der Verwaltung – inklusive langfristiger Perspektiven,

messbarer Ziele, Beschreibung der Fortschritte bei den Zielerreichungen und weiterer Handlungsoptionen. Parallel dazu muss auch die fortlaufende Steuerung in den jeweils zuständigen Fachausschüssen des Kreistags stattfinden.

Es gilt also, zu allen Handlungsfeldern zuständige Mitarbeiter*innen festzulegen, die für die Schaffung und Ergänzung der nötigen Informationsgrundlagen, sowie für deren Auswertung sorgen. Mittels entsprechender Personal-Kapazitäten und IT-Lösungen kann das fortlaufende Monitoring der Entwicklung in den verschiedenen Handlungsfeldern gewährleistet werden.

Das Kreisentwicklungskonzept sollte künftig vor allem in der Funktion der Zusammenführung und Koordinierung fungieren – dessen Fortschreibung ist also das Zusammenführen der Fachplanungen, die übergreifende Kontrolle, ob das Gesamtsystem effizient und effektiv funktioniert, und die Planung der Planung: sind alle relevanten Bereiche mit funktionierenden Fachplanungen abgedeckt? Gibt es stärker zu beachtende Querschnittsthemen, neue Themen oder sonstige zusätzliche Erkenntnisse?

Krisenmanagement und krisensichere Infrastruktur

Ein ausreichender Personal-Stand im strategischen Bereich macht sich nicht nur bei der Bewältigung von langfristigen Herausforderungen bezahlt, sondern wirkt auch in Krisensituationen als Multiplikator und wichtige Ressource für schnelles Management und den Aufbau von Strukturen in der Krise. Aktuelles Beispiel ist die Gesundheitsmanagerin, die ab Oktober 2020 wichtige Beiträge zum Management der Corona-Krise im Odenwaldkreis leisten konnte, z.B. bei den Themen Hygiene- und Testkonzepte von Pflegeheimen, dem Aufbau des Impfzentrums und der Organisation der mobilen Impfteams.

Ebenso zeigt sich in Krisen der Wert von digitaler Infrastruktur und allgemeiner Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Zu einer höheren Resilienz und Anpassungsfähigkeit können auch die bereits erwähnten regelmäßigen Strategie-Workshops der Abteilungen beitragen. Positive Nebeneffekte wären:

- Höhere Kreativität und Verständnis für das Funktionieren des Systems unter den Mitarbeitenden.
- Im Rahmen der Strategie-Workshops kann auch auf denkbare Krisen eingegangen werden und entsprechende Vorbereitungen getroffen werden.
- Beim Erkennen von Schwachpunkten im System hilft vor allem auch die Kontrolle von Zahlen. Bspw. kann ein Blick auf ein Diagramm häufig eine langfristig zu erwartende Entwicklung offenbaren, wie es sich im vorliegenden Kreisentwicklungskonzept mehrfach zeigt. Hierzu zentral sind daher die abteilungsübergreifende Datenbank und die Kontrolle der in den SMART-Zielen definierten Werte. Um örtlich kritische Entwicklungen zu erkennen, ist wiederum die Verwendung eines GIS essentiell – vor allem auch mit kleinräumigen Daten (*siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Analyse – Armut und soziale Herausforderungen*).

Katastrophenschutz

Zum engeren Begriff des Katastrophenschutzes zählen Bereiche wie Hochwasserschutz, Strom-, Wasser- und Wärme-Versorgung, das Gesundheitssystem und die Rettungsdienste, die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk, die Polizei und unter äußersten Notlagen auch die Bundeswehr. Dieses äußerst wichtige und komplexe Netz an regionalen und überregionalen Strukturen, Maßnahmenplänen, Infrastrukturen und Akteur*innen konnte leider im Rahmen des Kreisentwicklungskonzepts nicht in einem Umfang analysiert werden, der konkrete Aussagen zu Herausforderungen, Zielen und Handlungsbedarfen zulässt. Hierbei muss wiederum auf den Wert der jeweiligen Fachplanungen verwiesen werden, in denen die jeweiligen Expert*innen solche Überlegungen anstellen (*siehe oben*).

Aus Sicht mancher Bürgermeister wurde aber bemängelt, dass die Vorgaben des Landes Hessen für das Vorhalten von Brandlösch-Kapazitäten verbesserungsfähig sind. Durch die aktuell sehr engen Zeitfenster, in denen jeder Ort der Kommunen mit entsprechenden Einsatzwägen erreicht werden können müssen ergibt sich ein hoher Bedarf an durch die Kommunen zu finanzierenden Einsatzwägen und Garagen – auch in den Ortsteilen. Im Vergleich zu Baden-Württemberg beispielsweise werden diese Einsatzkapazitäten stärker zentralisiert, sodass zu einem geringeren Preis bessere Ausrüstung vorgehalten werden kann.

Im Bereich des Hochwasserschutzes arbeitet der Katastrophenschutz des Odenwaldkreises mit der Unteren Wasserschutzbehörde (Abteilung Umwelt und Naturschutz) und den Wasserverbänden

zusammen, die die Wasserwirtschaft und Maßnahmen des Hochwasserschutzes im Auftrag der Kommunen übernehmen.

Horizont 2030

Gefahren / „Murphy's Law"

- Die Verwaltung bleibt in punkto Service, Dienstleistungen und Digitalisierung hinter den steigenden Erwartungen der Bevölkerung zurück – auch insbesondere im Vergleich mit der Verwaltung anderer Regionen. Somit würde sich auch das Image des wenig innovativen, sogar rückständigen ländlichen Raumes festigen.
- Die Verwaltung geht nicht auf Neuerungen moderner Unternehmens- und Verwaltungskultur ein und verpasst es, das Kreativitäts- und Innovationspotential ihrer Mitarbeiter*innen zu nutzen.
- Die Digitalisierung der Verwaltung läuft zu einem zu einem zu großen Teil ins Leere, weil die Bürger*innen skeptisch bleiben oder nicht über die nötige Digital-Kompetenz verfügen.
- Im Bereich Finanzen bleibt zu hoffen, dass die Aufgaben für den Landkreis nicht weiter steigen, ohne eine entsprechende Würdigung in Form von Zuweisungen nach sich zu ziehen. Selbiges gilt auch für die Kommunen.
- Wie bereits in anderen Teilstrategien beschrieben wurde, ist man bei den Einnahmen in beträchtlichem Maß von Gewerbesteuereinnahmen abhängig, wobei man im Odenwaldkreis das Problem der negativen Pendel-Bilanz und der somit ins Umland abfließenden Steuern hat. Unter Zielbereich Förderpolitik (Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung) wurde bereits eine Optimierung dieses Steuersystems empfohlen.
- Darüber hinaus gilt es natürlich, die Ausgaben so klein wie möglich zu halten, effizient und effektiv mit Haushaltsmitteln umzugehen und insbesondere Zinsaufwendungen zu vermeiden, indem Neuschulden vermieden werden, soweit es irgendwie möglich ist.
- Da der Odenwaldkreis für insgesamt 29 Jahre die Kredite der Hessenkasse zurückzahlen muss, bleibt stark zu hoffen, dass die Zinsen langfristig niedrig bleiben. Andernfalls steigt der finanzielle Aufwand in diesem Bereich enorm. Außerdem ist ein erfolgreicher Schuldenabbau davon abhängig, dass nicht Krisensituationen neue hohe Ausgaben nötig machen.
- Sowohl zu wenig, als auch falsch gemachte Bürgerschaftsbeteiligung kann zu enormem Frust in der Bevölkerung führen. Somit wird das Kreativpotential und die Expertise der Menschen vor Ort nicht genutzt. Somit ergeben sich schlechtere Ergebnisse und eine geringere Verbundenheit der Bürger*innen mit ihrer Gemeinde, Stadt und Ortsteil. Somit wird auch ein Wegzug von jungen Erwachsenen wahrscheinlicher und entstehende Konflikte werden auf womöglich schädliche Weise ausgetragen – ohne die Möglichkeiten einer aufmerksamen Moderation. Bei schlechter Bürgerschaftsbeteiligung – also bei geringer Transparenz und fehlender Ernsthaftigkeit, bzw. Umsetzung – kann die Glaubwürdigkeit von Bürgerschaftsbeteiligungs-Prozessen in der Region nachhaltig beschädigt werden.
- Fehlende Attraktivität der Verwaltung als Arbeitgeberin für hochqualifizierte, kreative Menschen aufgrund zu geringer Bezahlung und als zu gering wahrgenommener Gestaltungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.
- Schlimmstes Szenario für die strategische Planung wäre, dass diese als alleinige Aufgabe einer zentralen Kreisentwicklungs-Personalie verstanden wird. Voraussetzung für eine erfolgreiche Gesamtplanung ist jedoch das Vorhandensein von guten Fachplanungen. In vielen Bereichen fehlt es an solchen Plänen – zumindest in schriftlich expliziter Form. Ein bewusstes Formulieren einer Strategie ermöglicht eine laufende Abstimmung mit anderen Bereichen und eine Vermittlung von Handlungsbedarfen seitens der Politik und Verwaltungsleitung. Wie das Kreisentwicklungskonzept zeigt, sind die Herausforderungen, mit denen sich der Odenwaldkreis konfrontiert sieht, zahlreich und umfangreich.
- Weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche strategische Steuerung der Kreisverwaltung ist, dass fortlaufend messbare Kenngrößen erhoben und im Kontext der Fach- und Kreisentwicklungsplanung betrachtet werden. Insbesondere müssen diese Daten auch vergleichbar, verwertbar, transparent und für Managemententscheidungen in aufbereiteter Form verfügbar sein. Dies erstreckt sich sowohl auf die Datenverarbeitung in Form von Diagrammen und Kartenmaterial aber vor allem auch auf die Darstellung zentraler Handlungsbedarfe und Trends in gut verständlicher textlicher Form.

- Im Bereich Krisensicherheit und Resilienz könnten sich im Ernstfall dramatische Entwicklungen ergeben, falls nicht entsprechend vorgesorgt ist. Mit entsprechend aufgestellten Notfallplänen und einer ausreichenden Infrastruktur lassen sich Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit bei Extremereignissen erhöhen. Auch die Resilienz, strategische Vorbereitung und Kreativität der Kreisverwaltung kann – je nach Art von Krisen – einen entscheidenden Beitrag zu deren Bewältigung leisten.

Chancen

- Eine gut funktionierende Verwaltung mit hervorragendem Bürgerservice und ausgeprägtem Dienstleistungsverständnis kann eine wichtige Grundlage für eine positive Entwicklung der Region darstellen. Voraussetzung ist, dass Abläufe verbessert und alle Mitarbeiter*innen mitgenommen werden. Ein Leitbild der Verwaltung kann wirksam werden, wenn es mit einer Strategie versehen wird, die dessen Umsetzung sicherstellt und die Verankerung im täglichen Geschäft aller Mitarbeiter*innen der Verwaltung fördert.
- Die Digitalisierung sorgt aktuell für umfangreiche Prozessinnovationen und bindet damit Zeit und Mittel. Auch wenn nicht zu erwarten ist, dass Digitalisierung 2030 ein abgeschlossener Prozess sein wird, ist doch eine besser funktionierende Verwaltung mit höherem Komfort für die Bürger*innen ein zu erwartendes Ergebnis. Wichtiges Element der Digitalisierung ist nicht nur der Wechsel des Mediums vom Papier zum Computer. Digitalisierung ist vor allem auch Prozessinnovation. Prozesse werden also, oft zum ersten Mal seit langem, analysiert, verschlackt und optimiert. Chance der Digitalisierung ist also für die Verwaltung dies konstant zu verankern und eine innovationsfreudige Kultur zu etablieren, die sich nicht mit einem „gut genug“ zufriedengibt. Dazu muss in der Verwaltung eine Innovations-Kultur etabliert werden, was wiederum entsprechende Anreize und Maßnahmen voraussetzt.
- Mit Blick auf die Finanzen könnte auch im Zuge der Digitalisierung langfristig eine Senkung der Verwaltungskosten möglich sein. Außerdem könnten vermehrte Erfolge beim Einwerben von Fördermitteln vermehrte Investitionen ermöglichen und teils den Kreishaushalt entlasten.
- Große Chancen bei der Verbesserung der Verwaltungsarbeit und teils auch bezüglich Kosteneinsparungen ergeben sich durch mehr interkommunale Zusammenarbeit in allen dafür geeigneten Bereichen. Sowohl für den Kreis als auch für die Kommunen bietet IKZ außerdem wichtige Chancen bei der Sicherung des Fachkräftebedarfs – im Angesicht oft komplexer und digitaler werdender Anforderungen. Insofern ist umfangreich zu prüfen, in welchen Bereichen mit interkommunaler Zusammenarbeit Mehrwert geschaffen werden kann.
- Konsequente Bürgerschaftsbeteiligung kann sowohl in den Ortsteilen und Dörfern als auch in den Städten, Quartieren und Stadtzentren zu mehr Einfluss der Bürgerschaft auf die Gestaltung und Infrastruktur führen. Die Organisation und Moderation solcher Prozesse ist zwar aufwendig, kann sich aber durchaus bezahlt machen. Insbesondere Migranten und junge Erwachsene sind Gruppen, die vermehrt eingebunden werden sollten. Bürgerschaftsbeteiligung kann dazu genutzt werden, die Region so zu gestalten, dass sie für alle lebenswert ist und dass den Bedürfnissen der verschiedenen Gruppen Rechnung getragen wird. Somit erhöht sich nicht nur der Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern auch die Anziehungskraft nach außen und für bereits hier Lebende wird verbessert. Beim Aufbau eines solchen umfassenden, konsequenten Systems der Bürgerschaftsbeteiligung können Vorbilder aus anderen Regionen verwendet werden. Dabei ist aber streng zu prüfen, welche Ideen für den Odenwaldkreis sinnvoll in Frage kommen.
- Für die Verbesserung der strategischen Steuerung und Steuerbarkeit der Verwaltung ergeben sich bis 2030 umfangreiche Chancen. Für die Erstellung eines fortgeschriebenen Kreisentwicklungskonzepts würde die Existenz verlässlicher, konzeptionell tiefgehender Fachplanungen, die jeweils kritisch mit den bisherigen und den zu erwartenden Entwicklungen umgehen eine deutliche Erleichterung bedeuten. Diese Fachplanungen könnten mit deutlich geringerem Aufwand zusammengeführt werden und mit den Ergebnissen von Bürgerschaftsbeteiligungen abgeglichen werden. Mit ständig vorliegenden aktuellen Daten zu den verschiedenen Fachbereichen wäre für die Bereichs- und Verwaltungsleitung jeweils die nötige strategische Flexibilität gegeben, auf veränderliche Umweltbedingungen zu reagieren und Handlungsstrategien beständig weiterzuentwickeln. Hierfür außerdem wichtig sind die jeweils nötigen Personalressourcen, um neben der laufenden Verwaltungstätigkeit auch strategisch, innovativ und projektmäßig arbeiten zu können.

Zielbereiche Verwaltung und Bürgerservice

37. Leitbild und Servicequalität

- Sicherstellung der Umsetzung des Leitbilds der Verwaltung
- Stetige Verbesserung der Strukturen und des Bürgerservices der Verwaltung, um einen positiven Beitrag zum Image der Region zu erreichen und auch im Vergleich mit anderen Regionen als mindestens ebenbürtig zu gelten und hierzu die vorhandenen Ressourcen möglichst effizient und einfallsreich einzusetzen.
- Etablierung einer Innovations-Kultur in der Verwaltung und Förderung systematisch mitdenkender Mitarbeiter*innen
- Sicherstellung der Umsetzung eines Leitbilds der Verwaltung

38. Digitalisierung

- Sicherstellung der Pflichtaufgaben im Bereich der Digitalisierung nach den Vorgaben des Online-Zugangsgesetzes
- Bildungsangebote und Aufklärungs-Maßnahmen, um die Nutzung digitaler Verwaltungsdienstleistungen zu befördern. (*siehe auch Teilstrategie Digitalisierung, Zielbereich digitale Teilhabe*)
- Fortlaufende Prozessinnovation sicherstellen durch entsprechend zuständige Personalstellen und Förderung innovativer Beiträge von Mitarbeiter*innen und Abteilungsleiter*innen
- Mitnahme aller Mitarbeiter*innen beim Prozess der Digitalisierung – auch solchen, die dies skeptisch betrachten oder befürchten, aufgrund fehlender digitaler Kompetenz abgehängt zu werden

39. Finanzen

- Sicherstellung eines adäquaten Mittelzuflusses bei Übernahme von zusätzlichen Aufgaben durch die Kreisverwaltung
- Verbesserung der Einnahmen aus den Gewerbesteuereinnahmen auch aus wirtschaftlicher Leistung, die außerhalb des Kreises stattfindet, für die Kreisbürger*innen aber verantwortlich sind (*siehe auch Zielbereich Förderpolitik, Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung*)
- Verantwortungsvolle Haushaltspolitik und konsequenter Schuldenabbau – in Abwägung mit dem Blick auf Krisen und Investitionsbedarfe
- Ausgaben so klein wie möglich halten, effizienter und effektiver Einsatz von Haushaltsmitteln

40. Bürgerschaftsbeteiligung und Kommunikation

- Durchführung von jeweils passenden Bürgerschaftsbeteiligungsformaten nach einem detaillierten, konsequent anzuwendenden Konzept, bei dem auch gezielt schwierig zu erreichende Zielgruppen angesprochen und einbezogen werden
- Transparenter Umgang mit den Ergebnissen von Bürgerschaftsbeteiligungen
- Mögliche Etablierung einer Beteiligungsplattform

41. Fachkräftesicherung und interkommunale Zusammenarbeit

- Umfassende Prüfung der Kreisverwaltung und der Kommunen, in welchen Bereichen weitere interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll sein könnte
- Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit in jeweils passenden Rechtsformen und Zuschnitten innerhalb und außerhalb des Odenwaldkreises
- Fortführung und weitere Modernisierung der bestehenden Bemühungen zur Fachkräftewerbung und Ausbildung in der Kreisverwaltung
- Verbesserung der Weiterbildungs- und Aufstiegsperspektiven in der Verwaltung
- Optimierung der konstruktiven Zusammenarbeit in den Abteilungen

42. Strategische Steuerbarkeit und Kreisentwicklungsplanung

- Erstellung von Fachplanungen nach den Empfehlungen des Kreisentwicklungskonzepts und wo nötig darüber hinaus

- Aufbau und Pflege einer abteilungsübergreifenden Datenbank und datenbasiertes Monitoring der Entwicklungen in den einzelnen Themengebieten – und in der Gesamtschau
- Beständiges Monitoring der Zielerreichung anhand überprüfbarer Kennzahlen und gegebenenfalls Anpassung der Handlungsstrategien.
- Hierfür außerdem wichtig sind die jeweils nötigen Personalressourcen, um neben der laufenden Verwaltungstätigkeit auch strategisch, innovativ und projektmäßig arbeiten zu können.
- Optimierung der Strukturen zum periodischen und ständigen fachlichen Austausch, zur Zusammenarbeit von Stellen des Landratsamts, die fachliche Berührungspunkte haben
- Bessere Anpassung der Bedarfe des internen Geoinformationssystems des Landratsamts an die Bedürfnisse der (Viel-)Nutzer und Verbesserung der Kompatibilität innerhalb des Landratsamtes

43. Krisensicherheit und Krisenmanagement

- Vorhalten von umfangreichen Notfallplänen und den entsprechend notwendigen Ressourcen
- Optimierung des Zentralisierungs-Grades der regionalen Feuerwehr-Standorte

37. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Leitbild und Servicequalität

SMART-Formulierung:

- Suche nach Methoden, um die Zufriedenheit der Bürger*innen mit der Kompetenz und der Servicequalität der Kreisverwaltung zu messen – und möglichst auch den Vergleich mit anderen Verwaltungsorganisationen zu ermöglichen.
- Fortlaufendes Monitoring der Qualität der Verwaltungsleistungen, der Servicequalität und der Umsetzung des Leitbilds des Landratsamtes im Rahmen eines professionellen Qualitätsmanagements.
- Schaffung von Anreizen für Mitarbeiter*innen und Führungspersonal, um Innovation und Verbesserung der Effizienz, der Effektivität und der Servicequalität zu fördern und Etablierung einer entsprechenden Innovations-Kultur innerhalb der Verwaltung.
- Kontinuierliche Stärkung der Innovations- und Service-Kultur in der Verwaltung und Förderung systematisch mitdenkender Mitarbeiter*innen

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten

- Recherche und Implementierung von Methoden, um die Servicequalität der Verwaltung zu messen und möglichst auch einen Vergleich mit anderen Verwaltungen zu ermöglichen – z.B. Umfragen, Feedbackangeboten, etc.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 300; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3;** gesamt:
- Fortlaufendes Monitoring der Qualität der Verwaltungsleistungen, der Servicequalität und der Umsetzung des Leitbilds des Landratsamtes im Rahmen eines professionellen Qualitätsmanagements
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 301; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Schaffung von Anreizen für Verwaltungs-Mitarbeitende und Führungspersonal, um Innovation und Verbesserung der Effizienz, der Effektivität und der Servicequalität zu fördern und Etablierung einer entsprechenden Innovations-Kultur innerhalb der Verwaltung.
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 302; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2;** gesamt:

- Innovative Weiterentwicklung der Maßnahmen, um Innovation und eine kreative, serviceorientierte Verwaltungskultur zu fördern
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 303; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4;** gesamt:
- Einrichtung eines Beschwerdemanagements (womöglich im Rahmen des Feedback-Systems) zur systematischen Aufnahme und internen Verarbeitung der Anliegen von unzufriedenen Bürger*innen
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 304; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3;** gesamt:
- Durchführung von Schulungen für Verwaltungsmitarbeitende und Beamt*innen, um in allen Bereichen der Kommunikation mit Bürger*innen die Verständlichkeit von Medien und Texten zu verbessern (*siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice; Zielbereich 37: Leitbild und Servicequalität*)
  Kategorie: dringend umzusetzen;
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 235; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

38. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Digitalisierung

SMART-Formulierung

- Sicherstellung der Pflichtaufgaben im Bereich der Digitalisierung nach den Vorgaben des Online-Zugangsgesetzes
- Konstante Erhöhung der Nutzung digitaler Dienstleistungen und wo möglich Ergreifung von Maßnahmen zur Steigerung der Nutzerzahlen
- Fortlaufende Prozessinnovation sicherstellen durch entsprechend zuständige Personalstellen und Förderung innovativer Beiträge von Mitarbeiter*innen und Abteilungsleiter*innen
- Mitnahme aller Mitarbeiter*innen beim Prozess der Digitalisierung – auch solchen, die dies skeptisch betrachten oder befürchten, aufgrund fehlender digitaler Kompetenz abgehängt zu werden

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Fortführung der laufenden und weiterhin geplanten Digitalisierungsprozesse im Rahmen des OZG
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 305; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1;** gesamt:
- Hilfsangebote möglichst überall im Kreis vor Ort, die Bürger*innen konkret vor Ort dabei helfen können, digitale Verwaltungsleistungen zu nutzen
  Kategorie: dringend umzusetzen; voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, möglicherweise öffentliche Bibliotheken und Schulen
  ID: 306; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 4;** gesamt:
- Bildungsangebote, die Bürger*innen an digitale Verwaltungsleistungen heranführen
  Kategorie: dringend umzusetzen; voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, möglicherweise öffentliche Bibliotheken und Schulen
  ID: 307; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3;** gesamt:
- Informations-Maßnahmen, wie Werbekampagnen, Internetseiten mit weiterführenden Informationen und Hilfestellungen, Flyer oder sonstigem, um über die umfangreichen digitalen Angebote der Verwaltung zu informieren, darüber aufzuklären und die Angst vor deren Nutzung abzubauen
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 308; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Kontinuierliche Sicherstellung der inklusiven Heranführung aller Mitarbeiter*innen bei Digitalisierungsprozessen und Hinterlegung von neuen Prozessen mit ausreichenden Schulungs- und Beratungsangeboten

Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 309; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2;** gesamt:

39. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Finanzen

SMART-Formulierung:

- Sicherstellung eines adäquaten Mittelzuflusses bei Übernahme von zusätzlichen Aufgaben durch die Kreisverwaltung
- Verbesserung der finanziellen Grundlage der Kommunen und des Kreises auf Grundlage von Steuereinnahmen, die durch die Kreisbürgerschaft mit erwirtschaftet werden, sowie auf Grundlage von Zuweisungen
- Kontinuierliche Fortsetzung von verantwortungsvoller Haushaltsführung und Schuldenabbau der Kreis-Kasse, ohne gleichzeitig wichtige Investitionsbedarfe zu vernachlässigen.
- Verbesserung der Zuflüsse an Investitionszuweisungen und Fördermitteln

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten

- Prüfung, ob zusätzlich vom Kreis zu erfüllende Aufgaben adäquat durch Mittelzuflüsse gewürdigt werden und entschiedenes Einschreiten falls dem nicht so ist und somit die Handlungsfähigkeit des Odenwaldkreises weiter beschnitten wird.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 311; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1; gesamt: 1**
- Eintreten für eine bessere Verteilung von Steuereinnahmen, sodass auch Landkreise mit einem negativen Pendel-Saldo adäquate Infrastruktur finanzieren können
  Kategorie: dringend und kontinuierlich umzusetzen; politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis- und Kommunalpolitik
  ID: 312; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1;** gesamt:
- Kontinuierliche Fortsetzung von verantwortungsvoller Haushaltsführung und Schuldenabbau der Kreis-Kasse, ohne gleichzeitig wichtige Investitionsbedarfe zu vernachlässigen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; politisch, konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 313; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1;** gesamt:
- Umfassende Nutzbarmachung der neuen Fördermöglichkeiten im Zuge der Einordnung des Odenwaldkreises als GRW-strukturschwacher Raum.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten, personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, OREG
  ID: 129; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt
  Siehe außerdem: Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 15: Handlungsfähige Kommunen und Förderpolitik; Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung: Ziel 2.2: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel

40. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Bürgerschaftsbeteiligung und Kommunikation

SMART-Formulierung:

- Durchführung von jeweils passenden Bürgerschaftsbeteiligungsformaten nach einem detaillierten, konsequent anzuwendenden Konzept, bei dem auch gezielt schwierig zu erreichende Zielgruppen angesprochen und einbezogen werden
- Transparenter Umgang mit den Ergebnissen von Bürgerschaftsbeteiligungen

- Etablierung einer Beteiligungsplattform

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten

- Erstellung von Konzepten zur Bürgerschaftsbeteiligung, die festlegen, bei welchen Fragen Beteiligungsformate durchgeführt werden müssen sowie in welchem Umfang und unter welchen Gesichtspunkten ein passendes Format zu wählen ist
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell, politisch und bei externer Beratung finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 315; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1;** gesamt:
- Anwendung des Konzepts zur konsequenten Bürgerschaftsbeteiligung und regelmäßige Evaluation diesbezüglich – auch hinsichtlich der Transparenten Verwertung der Ergebnisse.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 316; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Etablierung einer „Dorf-Funk"-Plattform oder ähnlichem zur digitalen, datenschutzrechtlich unbedenklichen Vernetzung in Bürgerhand – von Bürgern sowie kommunaler Verwaltung und Politik.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell, personell, politisch, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 102; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  siehe auch Teilstrategie Digitalisierung; Zielbereich 11: Kultur der Digitalität;
- Etablierung einer Beteiligungsplattform z.B. nach dem Vorbild der Digitalstadt Darmstadt, um über laufende Beteiligungsmöglichkeiten, Beiträge von Bürger*innen und Verwendung der Ideen zu informieren und sich fortlaufend als Region zu positionieren, in der sich Bürger*innen ernsthaft einbringen können in konkrete Entscheidungsprozesse
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 318; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 4; **Teilstrategie: 5;** gesamt:
- Beteiligung an der deutschlandweiten Mängelmelder-Plattform
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 319; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3;** gesamt:

41. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Fachkräftesicherung und interkommunale Zusammenarbeit

SMART-Formulierung:

- Umfassende gemeinsame Prüfung der Kreisverwaltung und der Kommunen, in welchen Bereichen weitere interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll sein könnte – auch mit Blick auf andere Kommunen und Kreise
- Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit in jeweils passenden Rechtsformen und Zuschnitten innerhalb und außerhalb des Odenwaldkreises
- Fortführung und weitere Modernisierung, bzw. Verbesserung der bestehenden Bemühungen zur Fachkräftewerbung und Ausbildung in der Kreisverwaltung
- Verbesserung der Weiterbildungs- und Aufstiegsperspektiven in der Verwaltung
- Optimierung der konstruktiven Zusammenarbeit in den Abteilungen

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Ziel 1.10: Abmilderung des Ersatzbedarfs durch späteres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben

Handlungsmöglichkeiten

- Recherche für mögliche Förderprogramme für einen konzeptmäßigen, umfassenden Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit im Odenwaldkreis – mit Blick auf das Projekt „LebensWert“ im Werra-Meißner-Kreis und anschließender Einstieg in einen solchen Prozess
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 320; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1; gesamt: 1**
- Umfassende gemeinsame Prüfung der Kreisverwaltung und der Kommunen, in welchen Bereichen weitere interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll sein könnte – womöglich auch mit Blick auf Kommunen außerhalb des Odenwaldkreises und andere Landkreise
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 321; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1;** gesamt:
- Kontinuierlicher Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit in jeweils passenden Rechtsformen und Zuschnitten innerhalb und außerhalb des Odenwaldkreises
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 322; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Anstoßen von Pilotprojekten der erweiterten interkommunalen Zusammenarbeit z.B. in den Bereichen digitale Rechnungsführung, Smart-City/Smart-Region, Stadtentwicklung, Wohnungsbau, sowie Gewerbegebieten
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 323; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Fortführung und weitere Modernisierung der bestehenden Bemühungen zur Fachkräftewerbung und Ausbildung in der Kreisverwaltung
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 324; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Verbesserung der Weiterbildungs- und Aufstiegsperspektiven in der Verwaltung
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 325; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Optimierung der konstruktiven Zusammenarbeit in den Abteilungen
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 326; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Ausarbeitung einer Fachkräftesicherungs-Strategie für die Kreisverwaltung mit Beachtung der einzelnen Kommunal-Verwaltungen
  Kategorie: dringend zu bearbeiten, voraussetzungsvoll hinsichtlich bereitzustellender Personalressourcen
  Hauptverantwortlich: Kreisverwaltung
  ID: 328; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 1; gesamt:

42. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Strategische Steuerbarkeit und Kreisentwicklungsplanung

SMART-Formulierung:

- Erstellung und Fortschreibung von Fachplanungen nach den Empfehlungen des Kreisentwicklungskonzepts und wo nötig darüber hinaus
- Aufbau und Pflege einer abteilungsübergreifenden Datenbank und darauf aufbauendes datenbasiertes Monitoring der Entwicklungen in den einzelnen Themengebieten – und in der Gesamtschau

- Beständiges Monitoring der Zielerreichung der SMART-Ziele des Kreisentwicklungskonzepts anhand überprüfbarer Kennzahlen und gegebenenfalls Anpassung der Handlungsstrategien.
- Aufbau der in den Fachabteilungen, bzw. abteilungsübergreifend jeweils nötigen Personalressourcen, um neben der laufenden Verwaltungstätigkeit auch strategisch, innovativ, abteilungsübergreifend und projektmäßig arbeiten zu können.
- Optimierung von Strukturen zum periodischen und ständigen fachlichen Austausch und zur Zusammenarbeit von Stellen des Landratsamts, die fachliche Berührungspunkte haben – auch mit Blick auf die Ziele des KEK
- Erarbeitung eines Konzepts zur kontinuierlichen oder periodischen Fortschreibung des KEK
- Räumliche Optimierung der Büros des Landratsamtes mit Blick auf fachliche Berührungspunkte und zur Förderung des ständigen fachlichen und persönlichen Austauschs
- Bessere Anpassung der Bedarfe des internen Geoinformationssystems des Landratsamts an die Bedürfnisse der (Viel-)Nutzer und Verbesserung der Kompatibilität innerhalb des Landratsamtes

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten

- Erstellung und Fortschreibung von Fachplanungen nach den Empfehlungen des Kreisentwicklungskonzepts und wo nötig darüber hinaus
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 329; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1; gesamt: 1**
- Aufbau und Pflege einer abteilungsübergreifenden Datenbank und datenbasiertes Monitoring der Entwicklungen in den einzelnen Themengebieten – und in der Gesamtschau; Koordinierung datenbasierter Planungen im Rahmen des Strategieteams Kreisentwicklung
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 330; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1; gesamt: 1**
- Beständiges Monitoring der Zielerreichung anhand überprüfbarer Kennzahlen und gegebenenfalls Anpassung der Handlungsstrategien.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 331; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1;** gesamt:
- Aufbau von Strukturen zur Koordination der Umsetzung der Maßnahmen des Kreisentwicklungskonzepts, sowie zur kooperativen Kontrolle, Reflexion und Nachsteuerung (z.B. Arbeitskreise zu Teilstrategien oder Zielbereichen, Projektgruppen zur Umsetzung von Maßnahmen); u.a. durch die Ausweitung des Strategieteams Kreisentwicklung
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 332; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1;** gesamt:
- Aufbau der in den Fachabteilungen, bzw. abteilungsübergreifend nötigen Personalressourcen, um neben der laufenden Verwaltungstätigkeit auch strategisch, innovativ, abteilungsübergreifend und projektmäßig arbeiten zu können.
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 333; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Optimierung der Strukturen zum periodischen und ständigen fachlichen Austausch, zur Zusammenarbeit von Stellen des Landratsamts, die fachliche Berührungspunkte haben
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 334; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Räumliche Optimierung der Büros des Landratsamtes mit Blick auf fachliche Berührungspunkte und zur Förderung des ständigen fachlichen und persönlichen Austauschs
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, finanziell, personell und politisch voraussetzungsvoll

Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 335; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3;** gesamt:

- Schaffung eines ständigen und einfachen Zugangs von strategisch und wissenschaftlich arbeitenden Verwaltungsmitarbeiter*innen zu wissenschaftlichen Quellen, z.B. im Rahmen einer Vereinbarung mit einer Universitätsbibliothek
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 336; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Bedarfsgerechte Anpassung des internen Geoinformationssystems des Landratsamt zur Optimierung der Nutzbarkeit und der Schnittstellen
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 337; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2;** gesamt:

43. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Krisensicherheit und Krisenmanagement

SMART-Formulierung:

- Vorhalten von umfangreichen Notfallplänen und den entsprechend notwendigen Ressourcen
- Optimierung des Zentralisierungs-Grades der regionalen Feuerwehr-Standorte

Erläuterung

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten

- Vorhalten von umfangreichen Notfallplänen und den entsprechend notwendigen Ressourcen und Infrastrukturen
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; finanziell, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 338; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2;** gesamt:
- Eintreten für die Optimierung des Zentralisierungs-Grades der regionalen Feuerwehr-Standorte über den Weg anzupassender Landesgesetzgebung
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; politisch und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, haupt- und ehrenamtliche Katastrophenschutz-Akteur*innen
  ID: 339; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3;** gesamt:

Regionalmarketing und Tourismus

Analyse

Der Odenwaldkreis in der Bürger-Umfrage: Viel Lob, aber auch ein Imageproblem

Zu Beginn des Kreisentwicklungskonzepts gab es im Jahr 2019 eine Online-Umfrage unter den Bürger-*innen des Odenwaldkreises. Hier ein aufschlussreiches Schaubild über zentrale Ergebnisse:

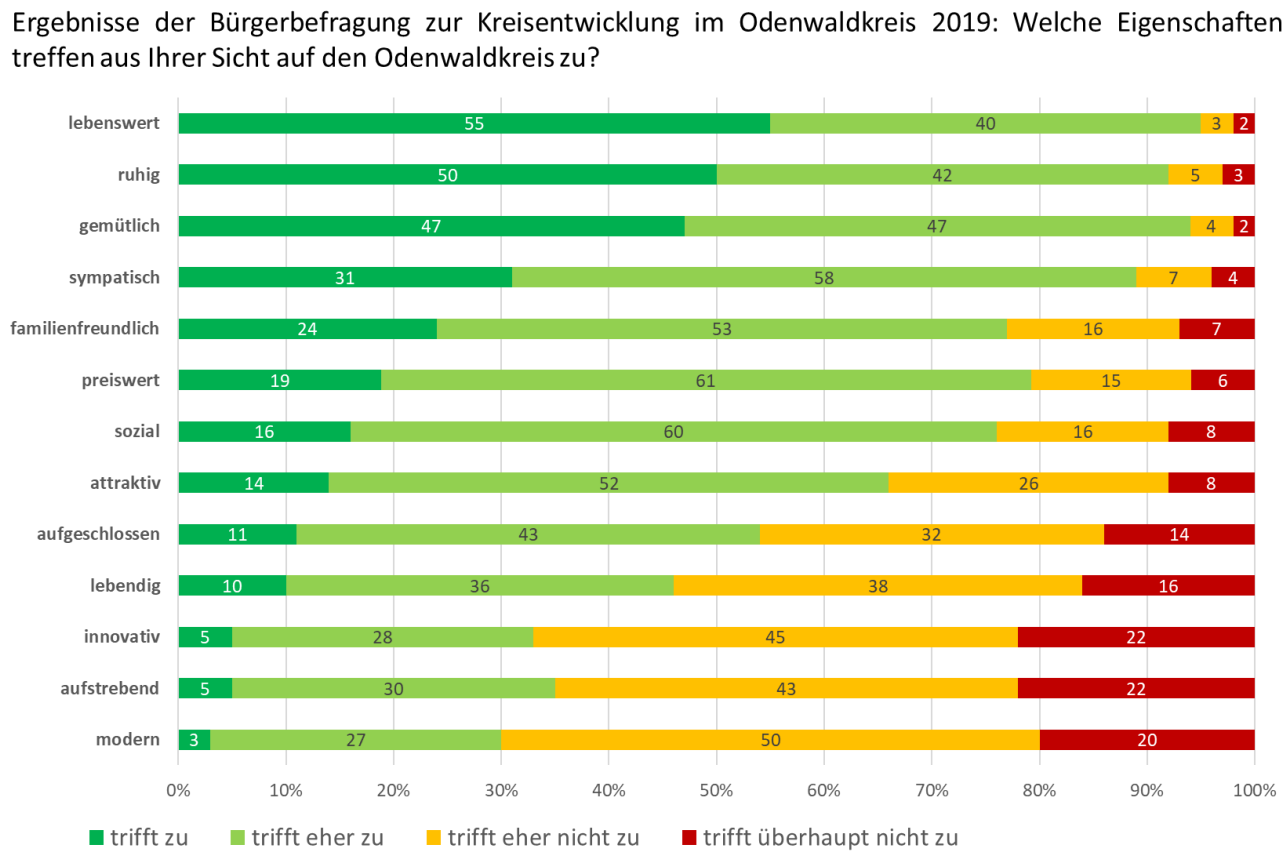


Abbildung 183: Ergebnisse der Bürgerschaftsbeteiligung zur Frage "welche Eigenschaften treffen aus Ihrer Sicht auf den Odenwaldkreis zu?". Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019 / CIMA

In der Bürgerbefragung zeigte sich, dass eine große Mehrheit die Region als attraktiven Ort zum Leben empfindet. Insbesondere im Bereich Landschaft und Natur, sowie in den Bereichen Soziales, Sicherheit, Familienfreundlichkeit, Preiswertigkeit, Gemütlichkeit und Ruhe wurden in der Bürgerbefragung 2019 sehr gute Werte erzielt.

Schaut man sich die Bewertung der Adjektive für den Odenwald an, zeigt sich aber, dass der Kreis ein Imageproblem hat. Schlagworte wie „modern“, „aufstrebend“, „innovativ“, „lebendig“ und „aufgeschlossen“ treffen der Beurteilung der Teilnehmer*innen somit eher weniger zu. Die CIMA empfahl im Abschlussbericht zur Umfrage, „aus den Stärken auch authentische Profilierungsfelder für das Standort- und Regionalmarketing [abzuleiten]. Zu nennen sind Naturraum und Landschaft als besonderer Wert. Aber auch das Wohnraumangebot und das von den Bürgerinnen und Bürgern gut befundene Wohnumfeld sind als Pluspunkte der Region – auch im Vergleich zu anderen Wohnregionen – einzuordnen.“ Weiter heißt es von der CIMA: „Einen weiteren besonderen Wert stellt das soziale Miteinander [dar]. Das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Identifikation mit dem Raum sowie das gesellschaftliche Miteinander sind hoch ausgeprägt und werden von den Bürgerinnen und Bürgern auch als besonderer Wert eingeordnet.“

In den Bürger-Workshops bestätigte sich dieser Eindruck und das Thema Image, bzw. Regionalmarketing war an jedem der vier Termine ein intensiv diskutiertes Thema. Insbesondere ging es darum, für Fachkräfte und Familien attraktiver zu werden – also aus der Außenwahrnehmung. Außerdem wurde aber festgestellt, dass die Wahrnehmung vieler junger Kreisbürger*innen eher so ist, dass man die

Region fast zwingend verlassen muss, um „etwas zu werden“. Auch die als gering wahrgenommene Modernität, Innovativität und Aufgeschlossenheit der Region sind Schwächen in der Selbstwahrnehmung der Kreisbürger*innen, die vermutlich auch vielfach ein Grund für das dauerhafte Verlassen des Odenwaldkreises sind.

Der Odenwaldkreis in der Jugend-Umfrage: Unzufriedenheit mit wichtigen Faktoren

Ergänzend zur Bürger*innen-Umfrage gab es später eine eigene Umfrage unter Jugendlichen zur Kreisentwicklung. Auch hier wurden als Stärken der Region Natur, Landschaft, Erholung und Ruhe genannt, aber auch die Bereiche Freizeit, Kultur, Veranstaltungen, Vereinsleben, Gemeinschaft und sozialer Zusammenhalt. Als wichtigste Herausforderung der Region wurde nach „ÖPNV und Verkehr“ der Bereich „Freizeit/Kultur“ bewertet.

Aus Sicht der Teilnehmer der Jugendbefragung ist die Region für junge Familien besonders attraktiv. Auch das Vereinsleben der Region ist ein wichtiger Faktor für hohe Lebensqualität. Schlechtere Bewertungen hingegen gab es bezüglich der Integration von Neubürgern. Besonders negativ bewertet wurden die Fragen, ob der Odenwaldkreis ein guter Standort für Unternehmen ist und ob die Region zukunftsorientiert und auf die Digitalisierung vorbereitet ist. Auch für Weltoffenheit und Toleranz bietet sich ein eher durchwachsenes Bild. Möglicherweise ergäbe sich ein differenzierteres Bild, wenn man sich anschauen könnte, wie die Teilnehmer mit Wohnort in den Städten, Kerngemeinden und Ortsteilen jeweils unterschiedlich bewerteten. Möglicherweise werden beispielsweise Zusammenhalt und Zukunftsorientiertheit in den Mittelzentren anders bewertet als in eher abgelegenen Ortsteilen. Weil bei der Befragung nur die Kommune der Teilnehmer abgefragt wurde, nicht aber der Ortsteil, ist eine solche Untersuchung nicht möglich.

Bei der 4. Frage der Umfrage wurden mehrere Elemente, die entscheidend für einen Verbleib in der Region sind, überwiegend negativ bewertet: insbesondere Studien- und Ausbildungsmöglichkeiten, aber auch Arbeitsplätze, Freizeitangebote, Treffpunkte, Einkaufsmöglichkeiten, das Wohnraumangebot und das kulturelle Angebot.

Um den Wegzug junger Erwachsener zu bremsen, gilt es einerseits, konkrete Verbesserungen in diesen Bereichen zu erzielen. Dazu soll auch das vorliegende Kreisentwicklungskonzept dienen (*siehe Teilstrategien Wirtschaft und Fachkräftesicherung, Digitalisierung, Bildung, Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander, Stadt- und Ortsentwicklung)*. Andererseits ist die Bewertung durch die Teilnehmer einer Umfrage nicht rein faktenbasiert, sondern hängt auch stark davon ab, wie die Wahrnehmung dieser Faktoren ist. Insbesondere junge Menschen, die tendenziell eher begrenzt eigene Erfahrungen in anderen Regionen gemacht haben, sind geprägt dadurch, wie ihr soziales Umfeld – insbesondere ihre Vertrauenspersonen – das Lebensumfeld und dessen Chancen für die individuelle Lebensplanung wahrnehmen und wie sie darüber sprechen. In den Workshops zur Kreisentwicklung im November 2019 wurde auch angesprochen, dass gerade solche Vertrauenspersonen wie Eltern oder Lehrer im Odenwaldkreis häufig gegenteilig wirken und eher das Bild vermitteln, dass ein Fortzug unabdingbar ist, um „etwas zu werden“ und die städtische Lebensqualität zu finden, die für viele junge Erwachsene so attraktiv erscheint.

Selbstwahrnehmung der Region Odenwaldkreis verbesserungswürdig

Wie die Bürgerschaftsbeteiligung zur Kreisentwicklung zeigte, besteht deutlicher Verbesserungsbedarf bei der Selbstwahrnehmung der Region. Ein negatives Bild der Region als defizitbehaftet, vergleichsweise starr und rückständig wirkt als „selbsterfüllende Prophezeiung“ und trägt dazu bei, dass ein solcher Zustand eintritt bzw. erhalten bleibt. Unabhängig von den realen Lebensqualitäten in der Region muss verhindert werden, dass sich Bewohner gegenseitig davon überzeugen, dass der Odenwaldkreis keine lebenswerte Region ist, oder dass man hier schlechte Zukunftschancen hat. Insbesondere für junge Menschen und (potentielle) Neubürger*innen können solche Botschaften ausschlaggebend für eine Standortentscheidung für oder gegen die Region sein.

Zunächst muss es also denkbar werden, dass der Odenwaldkreis modern, attraktiv und reizvoll auch für junge Menschen und Außenstehende ist bzw. sein kann.

Beim Thema Selbstwahrnehmung ist die Nähe des Odenwaldkreises zu den Ballungsräumen gleichzeitig Segen und Fluch. Die Odenwaldbahn und die Straßenanbindung ermöglichen eine Teilhabe an kulturellen Veranstaltungen, Bildungsangeboten und Arbeitsstellen, die sich dort befinden. In den

Bereichen Kultur und Bildung gibt es auch einen regen Austausch, wie z.B. Auftritte von urbanen Künstler*innen und Musikern (sowohl Pop, Kleinkunst als auch Klassik) im Odenwaldkreis. Andererseits führt diese Nähe oftmals dazu, dass die Region in ihrer Infrastrukturausstattung, ihrer Modernität und Wirtschaft mit diesen großstädtischen Räumen verglichen wird – und dann eben bei verschiedenen Standortfaktoren zwangsläufig schlechter dasteht.

Die Odenwald-Akademie, das MINT-Zentrum und die neu hinzukommenden Studienmöglichkeiten am Beruflichen Schulzentrum Odenwald liefern bereits Beiträge zu einem Image als moderne, wissensbasierte und innovative Region. Gerade ein solches Image ist nicht nur für die Attraktivität für potentielle Bewohner*innen, sondern auch für Unternehmen und den Strukturwandel in der Wirtschaft hin zu einer Wissensökonomie von Bedeutung. „Land neu denken" – so lautet das Motto von Veranstaltungen der Odenwald-Akademie als eine bereits in der Umsetzung befindliche Maßnahme, um eine solche positive Wahrnehmung mit Verweis auf die vielfältigen Chancen der Region zu erreichen. Zielgruppen sind hier sowohl Kreisbürger*innen, als auch Multiplikatoren innerhalb und außerhalb der Region und Bewohner*innen der umliegenden urbaneren Räume. (*siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Ziel 2.2. Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel*).

Künftig müssen kommunikationspolitisch konsequent die guten Faktoren der Odenwälder Lebensqualität, der Odenwälder Lebensart und der Chancen der Region in den Vordergrund gestellt werden. Es gilt, Leerstände als Freiräume, ländliche Gemeinden als aufgeschlossen gegenüber unorthodoxen, innovativen Ideen und Gestaltungsmöglichkeiten in den lokalen Gemeinschaften aufzuzeigen. Ein erfolgversprechender Ansatz, diese Eigenschaften glaubhaft zu vermitteln ist, gute Beispiele und Botschafter*innen aus der Region oder anderen ländlichen Regionen in die öffentliche Aufmerksamkeit zu rücken.

Der psychologische Mechanismus der „selbsterfüllenden Prophezeiung" funktioniert auch in dieser Richtung: eine Wahrnehmung der Region als offen, kreativ, innovativ und attraktiv trägt dazu bei, dass Menschen mit derartigen Vorhaben im Odenwaldkreis einen passenden Ort dafür sehen und dann wiederum einen Beitrag dazu leisten, dass dieses positive Image mit weiteren Tatsachen untermauert wird.

Gemeinsames Interesse: Kampf gegen Vorurteile

Interessant ist in diesem Zusammenhang, wie BÄTZING (2020) in seinem Buch „Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform" die historische Entwicklung von Stadt und Land analysiert. Insbesondere beschreibt er dabei, wie im Zuge der Industrialisierung die Verbindung dieser beiden Lebenswelten verloren ging und der ländliche Raum zunehmend als einerseits rückständig galt und andererseits als idyllisch verklärt wurde. Die Idee des Gegensatzes von „ländliche[r] Engstirnigkeit und Rückständigkeit versus städtische Weltoffenheit und Zukunftsorientierung" gilt es zu überwinden.

Für den Odenwaldkreis und alle ländlichen Regionen bietet sich also ein gemeinsames Interesse, die Wahrnehmung des ländlichen Raums positiv zu beeinflussen und bestehende Vorurteile zu bekämpfen. Die Idee des Regionalmarketings kann hierzu erweitert werden: In Konkurrenz um junge Menschen und Fachkräfte ist der ländliche Raum v.a. mit dem Städtischen, nicht mit anderen ländlichen Regionen. Es gilt also, die Kräfte zu bündeln und so eine größere Reichweite zu erzielen. Auf diese Weise könnte die „Renaissance des ländlichen Raums" stärker propagiert werden und ein landesweites Umdenken erreicht werden.

Die Säulen des Regionalmarketings und der Kommunikationspolitik

Ein fundiertes Regionalmarketing hat nach dem Verständnis von SEIDEL (2016, S. 7) sieben Säulen. Regionalmarketing ist im zufolge:

1. „eine **Teildisziplin des Marketings,** da die Aktivitäten in Regionalinitiativen zu einem sehr großen Teil aus der Entwicklung von Marketingstrategien und deren operativer Umsetzung bestehen;
2. ein **landesplanerisches Instrument,** das – häufig im Konnex mit verwandten Ansätzen wie Regionalmanagement und Standortmarketing – Teil einer innovativen, bottom-up-basierten Raumplanung ist;

3. eine **Arena mikropolitischer Prozesse:** Im Vergleich zum Wettbewerbsumfeld bei Firmen haben Regionalinitiativen eine ungleich komplexere Einbettung in ein regionales Macht- und Beziehungsgefüge, indem sie sich ohne hoheitliche Legitimation bewegen müssen;
4. ein **Projekt,** das seinerseits Teilprojekte entwickelt und umsetzt;
5. eine **Form des Social Entrepreneurship:** Dem Regionalmarketing liegt entgegen dem klassischen Verwaltungshandeln eine unternehmerische Philosophie zugrunde, obwohl es eine Non-Profit-Organisation ist;
6. eine im **Raum agierende Aktivität,** die in vielfältigster Weise auf Konzepte der Wirtschaftsgeografie zurückgreift;
7. ein notwendig auf Partizipation und Integration angewiesenes Instrument an der Schnittstelle zwischen öffentlichen und privaten Akteur*innen. Daher ist es im Sinne eines identitätsorientierten Verständnisses eine **Public-Private-Partnership (PPP).“**

All diese Aspekte sollten auch Grundlage für ein Regionalmarketing des Odenwaldkreises sein.

SEIDEL stellt weiterhin fest, das „die Marke“ in der Regional- und Kommunalpolitik oft eher als Problem statt als Lösung wahrgenommen wird. „Allzu gerne unterschätzt die Praxis, dass Maßnahmen der Kommunikationspolitik erst dann einen Sinn haben, wenn man sich über die strategischen Konturen der Marke im Klaren ist. […] Erst muss der Standort gute Arbeit leisten – dem Kunden einen Nutzen bieten – bevor die Kommunikationspolitik überhaupt eine valide Botschaft hat“ (ebd. S. 10).

Insofern ist das Thema Regionalmarketing nicht isoliert zu betrachten. Im Rahmen eines Kreisentwicklungskonzepts ist dies aber durchaus sinnvoll, da dieses sich schwerpunktmäßig mit vielen inhaltlichen Dingen und der „Verbesserung des Kundennutzens“, also der höheren und dauerhaften Lebensqualität für die Kreisbürger*innen beschäftigt. „**Menschen merken Marken durch Leistung**“ (SEIDEL 2016, S. 10) – insofern wird also durch die Umsetzung von Maßnahmen in den anderen Teilstrategien bereits auch Positives für das Marketing getan. Dieses Motto funktioniert vor allem in Verbindung mit einem Zweiten: „**Tue Gutes und rede darüber**“.

Gutes Regionalmarketing ist also nicht das Verkünden von leeren Botschaften oder Versprechungen, sondern die Gestaltung einer erfolgreichen, lebenswerten und nachhaltigen Region in Verbindung mit einer gekonnten Kommunikationsstrategie.

„Eine professionelle Kommunikationspolitik mit einer möglichst konsistenten und zielgruppenspezifischen Ansprache muss auf einer Marktsegmentierungsstrategie beruhen. Diese muss wiederum aufbauen auf den endogenen Potenzialen. Die Grundlage dafür bildet die in der Region vorhandene Substanz“ (SEIDEL 2016: S. 22). Im Falle des Odenwaldkreises gilt es also nach Fertigstellung des Kreisentwicklungskonzepts, eine Kommunikationsstrategie und dann eine Kommunikationspolitik aufzubauen. Mit dieser Grundlage ist eine systematische Profilierung möglich.

Regionalmarketing nimmt Bürger als „Produzenten“ ernst und richtet Fokus auf Stärken

Die fachlichen Grundlagen des Regionalmarketings beruhen zum Großteil auf denen des privatwirtschaftlichen Marketings. Regionalmarketing soll jedoch nicht auf das Image eines einzelnen Produktes einwirken. Es ist daher eher mit dem Bereich Corporate Marketing bzw. Corporate Identity zu vergleichen, dessen Methoden in der Wirtschaft genutzt werden, um bestimmte Eigenschaften eines Unternehmens in der öffentlichen Wahrnehmung hervorzuheben. Diese Unternehmens-Identität kann in vier Teilschritten aufgebaut werden:

- Zunächst kommt es darauf an, die kommunizierten **Werte und Leitlinien** im Umgang mit Interessensgruppen umzusetzen („Corporate Behaviour“). Das Leitbild der Verwaltung und die Ziele des Kreisentwicklungskonzepts müssen also umgesetzt werden.
- Zweitens ist eine gekonnte **Kommunikationspolitik** mit einem professionellen Public-Relations-Management erforderlich. Dieser Ansatz ist für die Verwaltung insofern interessant, als dass hier Beschwerdemanagement und Öffentlichkeitsarbeit zusammengefasst werden. („Corporate Communication“).
- Die **Unternehmenskultur** beschreibt die Summe aller sozialen Beziehungen, Umgangsformen und ungeschriebenen Regeln innerhalb des Unternehmens. In diesem Sinne gibt es auch eine

„Kreiskultur“, zur der auch im Rahmen der Bürgerschaftsbefragung der Kreisentwicklung und den Gesprächen mit Expert*innen Erkenntnisse gesammelt wurden.
- „Corporate Design“ – die „**visuelle Identität des Unternehmens**“ (SEIDEL 2016: S. 161) – also das Logo, der Briefkopf, Arbeitskleidung, Webdesign usw. Für den Odenwaldkreis wurde dieses Element zuletzt ab 2012 im Rahmen des „Standortmarketing“-Prozesses umfassend neu aufgestellt.

Wie man sieht, ist die Bild-Marke nur ein Teil eines größeren Konzepts, welches gebraucht wird, um das Image bzw. die öffentliche Wahrnehmung eines Unternehmens oder einer Region nachhaltig zu beeinflussen. Aufgrund der mit dem „Standortmarketing“-Projekt verbundenen Konflikte konnte dies leider nicht in ein funktionierendes, umfassendes Regional- oder Standortmarketing überführt werden.

Im letzten Jahrhundert stellten Unternehmen zunehmend fest, dass Marken auch so etwas wie eine Persönlichkeit entwickeln können und Nutzer sich zum Teil auch über die von ihnen präferierten Marken identifizieren. Dies ist für Regionalmarketing von besonderer Bedeutung, weil hier „Nutzer*innen“, also die „Bürger*innen“ nicht nur Konsumenten, sondern auch Produzenten sind – sie können das Image der Region Tag für Tag beeinflussen. Entscheidend für den Erfolg sowohl von Regionalmarketing ist, dass Ressourcen gebündelt werden, also alle an einem Strang ziehen. Zentral wichtig ist daher, eine Vielzahl an Akteur*innen und Gruppen an einen Tisch zu bekommen und deren jeweilige Interessen auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen (vgl. SEIDEL 2016: S. 161).

ANHOLT (2010, S. 6) empfiehlt, vor allem Engagement und Leistung für die Bürger*innen zu steigern, weil dies immer auch einen entscheidenden Effekt auf die Wahrnehmung einer Region hat. Daher rät er, dass man sich als Region zunächst intensiv über das eigene Image und die Reputation bewusst werden sollte, um sich anschließend gemeinsam mit verschiedenen Akteur*innen als Netzwerk zu organisieren und eine Zukunftsstrategie zu entwickeln. Diese Strategie sollte verschiedene Narrative über die Region und deren Zukunftsbild enthalten und dazu dienen, den Zukunftsplan anschaulich zu machen.

Es wird also schlaglichtartig aufgezeigt, wie die Region sein kann und wie sie sein möchte. Diese Ansprüche müssen dann mit Erfolgen unterlegt werden, die beweisen, dass man es nicht beim Versprechen und Träumen belässt. Somit wird die „Marke“ mit Fakten untermauert und kann sich so in den Köpfen der Menschen festsetzen – weil sie glaubhaft ist und der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit geringgehalten wird.

Konsens, aber auch Zuspitzung auf prägnante Bereiche mit Wiedererkennungswert

Neben klassischer Image-Werbung und direkten persönlichen Erfahrungen sind als weitere wichtige Quellen zu nennen: Produkte aus der Region und ihre Eigenschaften, Berichte von Bekannten und die Darstellungen unabhängiger Berichterstatter wie der Presse (SEIDEL 2016: S. 176).

Wie gesagt: Die Entstehung und Unterstützung der Regional-Marke ist zwingend im Netzwerk zu bewältigen, weil es im Unterschied zu einer Konsum-Marke keinen vergleichbaren Markenschutz geben kann. Das Image einer Region wird durch viele wichtige Akteur*innen und jede*n Bürger*in geformt, weitergetragen und gleichzeitig rezipiert. Die Vielfalt der Persönlichkeiten, die eine Region prägen, darf daher nicht in eine aufgezwängte Form gepresst werden. Dem kann man nur gerecht werden, wenn alle am gleichen Strang ziehen – mit einem gemeinsamen Ziel vor Augen. Die derartige Offenheit des Regionalmarketing-Prozesses muss fortgesetzt sein und darf sich daher nicht z.B. auf eine einmalige Bürgerschaftsbeteiligung zu Beginn beschränken. Gelingt dies, so stellt sich im Ergebnis eine Verankerung der Marke bei den Bürger*innen ein – die sich diese aneignen können, weil sie bei der Gestaltung beteiligt waren und sich im Ergebnis wiederfinden können.

Parallel zu dieser Bemühung nach Konsens ist auch eine gewisse Zuspitzung auf wenige, prägnante Bereiche erforderlich. Nur dadurch wird es möglich, eine verständliche Strategie und eine Marke mit Wiedererkennungswert herzustellen. Gerade in der Werbung als Standort für Außenstehende – Firmen oder Bürger*innen – ist es wichtig, einen Vorteil der Region aus Sicht der „Kunden“ prägnant kommunizieren zu können. Es braucht also auch einen klaren Markenkern und verschiedene Kommunikationsstrategien für ausgewählte relevante Zielgruppen.

Eine weitere Anforderung formuliert der Experte Anholt unter dem Punkt „Einfachheit und Flexibilität“: Es braucht eine zentrale, eingängige Botschaft, die auf diese verschiedenen Zielgruppen und Werbe-

Kontexte anwendbar ist. Zwischen konsistenter Botschaft und zielgruppenspezifischer Ansprache besteht also ein Spannungsfeld, in dem man bewusst eine Stellung finden muss.

Bei aller Arbeit zur Verbesserung der Fremd- und Eigenwahrnehmung ist zu beachten, dass ein solches Image sehr „robust“ ist und sich nur sehr schwerfällig ändert. Eine Wirkung kann also unter Umständen erst nach Jahren erkennbar sein. Einzelne dem Bild im Kopf widersprechende Fakten können lange ausgeblendet werden. Umso wichtiger ist es, konstant und konsistent zu netzwerken, zu kommunizieren – und solche Fakten zu schaffen, die einem negativen Eindruck zur Region widersprechen. Um den nachhaltigen, gewünschten Effekt zu erzielen ist es auch im Bereich des Regionalmarketings unerlässlich, Kontroll- und Strategiephasen zu absolvieren.

SEIDEL (2016, S. 173) schlägt folgenden, zeitlich nicht zwingend stringent anzuwendenden Management- und Kooperationsprozess vor:

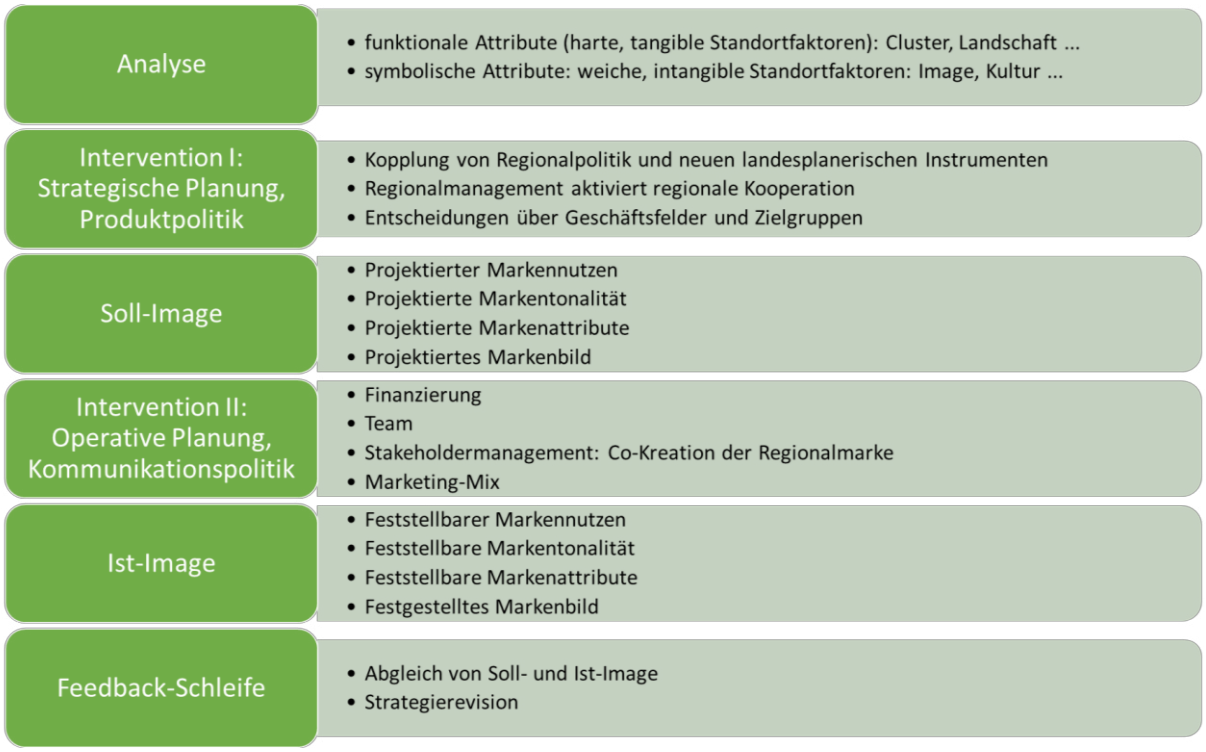


Abbildung 184: Regionalmarketing als Management- und Kooperationsprozess. Quelle: verändert nach SEIDEL 2016: S. 174;

Konkrete Projekte vermitteln Chancenreichtum auf dem Land

Zahlreiche Beispiele anderer Regionen zeigen, wie das Bild des ländlichen Raumes nicht in erster Linie durch Marketing-Kampagnen verändert wird. „Taten sprechen lauter als Worte“: Wirksam sind vor allem Projekte und Strategien, die den Bürger*innen in der Region und in den Städten zeigen, dass die Region lebenswert ist und konkrete Verbesserungen erreichen kann. Mit sichtbaren Maßnahmen, die sowohl Mut zum Experimentellen, als auch Maß und ländliche Bodenständigkeit beweisen, lässt sich vermitteln, dass die Region nicht nur über Veränderung und Aufbruch spricht, sondern tatsächlich offen für kreative Ideen und Menschen ist – gleichzeitig aber auch eine echte, selbstbewusste Alternative zum großstädtischen Lebensentwurf darstellt.

In diesem Hinblick sind auch viele der Maßnahmenvorschläge des vorliegenden Kreisentwicklungskonzepts zu verstehen. Einige davon mögen auf den ersten Blick noch etwas abstrakt wirken, andere hingegen vielleicht sehr konkret oder gar radikal. Für ein erfolgreiches Umdenken in der Selbst- und Fremdwahrnehmung hin zu einer zukunftsgewandten, chancenreichen Region ist es aber erforderlich, auch Prozesse zu starten, deren genaues Ergebnis sich nicht am Anfang absehen lässt, sondern noch kreative Energie und einen langen Atem verlangen. Ebenso ist es teils nötig, trotz der ländlichen Ruhe und Gemütlichkeit insgesamt agiler zu werden, Chancen zu ergreifen und stringent umzusetzen, was aufgrund von Daten empfohlen werden muss (*siehe auch Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice, Bereich Ausbau der strategischen Handlungsfähigkeit*).

Während z.B. Projekte im Bereich Städtebau, Innenstadtgestaltung und Tourismus gut ins Auge stechen, müssen andere erfolgreiche Maßnahmen stärker ins Licht der Öffentlichkeit gerückt werden, damit sie ihren angemessenen Beitrag zur Verbesserung das Image der Kommunen und der Region leisten können.

Eine wichtige Zielgruppe ist bei der Neubürgerwerbung vor allem auch die der ehemaligen Kreisbürger*innen. Emotionale und soziale Verbindungen mit dem Odenwaldkreis bieten einen zusätzlichen Anreiz für eine dauerhafte Rückkehr. Positive Kindheits- und Jugenderfahrungen sind in diesem Kontext eine wichtige Voraussetzung. Insofern sind Bemühungen, die dazu dienen, Kindern und Jugendlichen eine hohe Lebensqualität zu bieten in jedem Fall eine wichtige, langfristige Investition, auch wenn diese nach dem Schulabschluss womöglich zunächst andernorts Bildung und Lebenserfahrung sammeln.

Siehe auch Kapitel Megatrends und Gesamtanalysen / Wahrnehmung des Odenwaldkreises in der Bürgerschaftsbeteiligung

Best-Practice-Beispiele für Regionalmarketing und Willkommenskultur

Im Folgenden werden Best-Practice-Beispiele für die Entwicklung von Regionalmarken und einer Willkommenskultur für (Neu-)Bürger*innen beschrieben – als Möglichkeit, sich Anregungen für Maßnahmen im Odenwaldkreis zu holen.

1.) In der **Regionalmarke Uckermark** sind Partner aus verschiedenen Wirtschaftszweigen, der Landwirtschaft, aus Kultur, Freizeit und Sport, Tourismus, Naturschutz und die Kommunen gemeinsam organisiert (www.regionalmarke-uckermark.de). Mit der Geschäftsführung und Umsetzung, bzw. Koordination betraut ist die Investor Center Uckermark GmbH, als Wirtschaftsfördergesellschaft des Landkreises Uckermark Ihre Ziele formuliert die Marke folgendermaßen:

- **Wahrnehmung steigern.** Durch eine einheitliche Marke steigt die Wahrnehmung am Markt. Die Region ist in der Lage, sich in die Menge der relevanten Investitionsgebiete, Reiseziele und Wohngegenden einzubringen.
- **Zahl der Touristen, Investoren, Einwohner*innen erhöhen.** Ein einheitlicher Auftritt über alle Bereiche hinweg steigert die Aufmerksamkeit am Markt und erhöht die Qualitätsvermutung der Touristen, Investoren und potentiellen Einwohner*innen.
- **Cross-Selling nutzen.** Der gemeinsame Marktauftritt ermöglicht Querverweise und Informationen über den Produkte- und Dienstleistungsmix der Region und führt zu einer erhöhten Wahrnehmung am Markt und somit im Ergebnis auch zu einer Verkaufssteigerung.
- **Kunden binden.** Zufriedene Kunden und Investoren geben ihre Erfahrungen weiter. Daher dient eine einheitliche Markenstrategie vor allem dazu, die Zufriedenheit der Kunden mit den angebotenen Produkten und Dienstleistungen aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls noch zu verbessern. Auch ist es sinnvoll, den intensiven Kontakt zu den Kunden zu suchen und sich um ein ständiges Feedback zu bemühen, wobei das Beschwerdemanagement eine besondere Stellung hat.“

Zur Entstehung der Regionalmarke Uckermark: Nach einer anfänglichen Bestrebung, eine gemeinsame Tourismus-Destination aufzubauen, wurde festgestellt, dass der Bedarf noch deutlich weiter geht. Von Anfang an hatten auch Vertreter aus Städten, Ämtern und Gemeinden, von Industrie und Handwerk, Landwirtschaft, Gesundheits- und Tourismuswirtschaft großes Interesse bekundet. Zur weiteren Ausarbeitung wurde eine international renommierte Beratungsfirma beauftragt (LKR. UCKERMARK 2006). Der eigentliche Beginn des Prozesses war allerdings bereits 2003 mit dem Start einer Regionalkonferenz und einer Beteiligung der Kommunen im Kreis. In der Regionalkonferenz beteiligten sich ca. 180 Akteur*innen der Region in drei Arbeitskreisen zu den Bereichen „Wirtschaft“, „ländliche Entwicklung“ und „Kultur und Soziales“ – mit jeweils drei Sitzungen. In diesen Bereichen wurden jeweils ein Leitbild und Handlungsziele definiert.

In sechs Arbeitskreisen erarbeiteten rund 50 Teilnehmer zusammen mit einer Beratungsfirma eine „relevante und differenzierte Positionierung für die Uckermark“ (LKR. UCKERMARK 2007). Aus den Konzepten der Arbeitsgruppen wurde schließlich eine Dachkonzeption entwickelt, welche als Zielrichtung der Markenführung fungierte. Hieraus wurde zunächst ein Gestaltungsrahmen und dann eine Wort-Bild-Marke (Logo) erstellt. Für die Nutzung dieses Logos und der Marke wurde ein Gestaltungshandbuch entwickelt und erste Broschüren aufgelegt.

Organisatorisch wurde ab Oktober 2007 ein Regionalmarkenmanager engagiert, der im Technologie- und Gründerzentrum Uckermark angesiedelt war. Zu dessen Aufgaben zählten zunächst die „Gewinnung und Überzeugung von Markennutzern und Markenpartnern, die Beratung von Markennutzern, die Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Marke sowie die Durchführung von Projekten für die Marke“ (LKR. UCKERMARK 2007).

Mitglieder der Marken-Initiative können nicht nur Organisationen im Landkreis Uckermark werden, sondern auch solche aus dem Bereich der historischen Uckermark – also in Teilen der umliegenden Landkreise. Unter den Logo-Nutzern finden sich Partner aus allen Bereichen der Wirtschaft einschließlich Tourismus, aus Vereinen, Bildungsanbietern, Gesundheit, Verwaltung, sowie Privatpersonen und Politiker*innen.

Zur Nutzung der Marke werden Markenlizenz- und/oder Markenpartnerverträge geschlossen. Diese sind jährlich kündbar und sind mit variablen Kosten je nach Größe des Unternehmens, bzw. der Art der Organisation verbunden. So kostet eine Premium-Lizenz 10.000 Euro im Jahr, als einfache Lizenz für große Unternehmen 3.000 Euro und für kleinere Organisationen in Abstufungen 1.000 Euro, 600 Euro– bis hin zum Beitrag von 100 Euro für bloße Logo-Nutzer. Damit verbunden ist auch die Teilhabe an vielfältigen Marketing-Maßnahmen, die die Geschäftsstelle der Marke jedes Jahr durchführt – wie Image-Kampagnen, Messeauftritten und dem Vertrieb von Werbematerial.

2.) Für die **Marke Allgäu** unterzeichneten im Jahr 1995 Vertreter aus Politik und Wirtschaft die „Allgäuer Erklärung“ und gründeten somit die Allgäu Initiative GbR. Damit wurde der Grundstein für eine intensive Zusammenarbeit der vier Allgäuer Landkreise und drei kreisfreien Städte sowie des württembergischen Allgäus gelegt. Im Verlauf des Marken-Prozesses ging die Allgäu Initiativ GbR in der Allgäu GmbH auf. Diese vereinigte die Allgäu Initiative GbR und die Allgäu Marketing GmbH (die bis dahin für das Tourismus-Marketing zuständig gewesen war). Bei der Marken-Initiative stellte man fest, dass Touristen und Außenstehende Landkreisgrenzen für ihre Standortentscheidung kaum bis gar nicht wahrnehmen. Wahrgenommen werden hingegen Infrastrukturen (insb. Autobahn, Zug) und der Naturraum. Im Rahmen des Prozesses zur Erarbeitung der Markenstrategie wurden über 5000 Einwohner*innen, Gäste und Expert*innen beteiligt.

Die Marke Allgäu unternahm den Schritt „von der Herkunfts- zur Qualitätsmarke“ – eine Verwendung der Marke ist also stets auch mit der Erfüllung von Qualitätskriterien verbunden. Die Marke sollte nicht nur Logo oder Werbeinstrument sein, sondern war von Anfang an auch als strategisches Instrument gedacht.

> „*Das positive Image, das die Marke Allgäu im Tourismus erreicht hat, soll auf eine breite Basis der Unternehmen und Produkte im Allgäu übertragen werden. Seit der Gründung der Allgäu GmbH im Jahr 2011 und der damit einhergehenden Einführung der Marke Allgäu als Siegel für Nachhaltigkeit und Qualität konnten bis heute schon über 500 Markenpartner gewonnen werden. Die Marke Allgäu verfügt nicht nur über ein Logo, sondern hat auch eine authentische und zugleich zukunftsweisende Geschichte zu erzählen, einen branchen- und sektorenübergreifenden Kompetenz- und Qualitätsanspruch formuliert und eine gemeinsame, einheitliche Gestalt angenommen. Es ist gelungen, für die so unterschiedlichen Branchen des Wirtschafts- und Tourismusstandorts eine gemeinsame Wertebasis zu finden, die der Marke Allgäu einen starken und zukunftsgerichteten Charakter verleiht, ohne die Wurzeln der Bodenständigkeit zu verlassen*.“ (ALLGÄU GMBH 2021)

Zentrales Entscheidungs- und Steuerungsgremium ist der Aufsichtsrat der GmbH. In ihm sind die vier Landräte und die drei Oberbürgermeister der Region vertreten, sowie ein Bürgermeister jedes Landkreises, jeweils zwei Vertreter des Tourismusverbands Allgäu / Bayerisch Schwaben e.V. und der Handwerkskammer Schwaben, vier Vertreter der IHK sowie drei Vertreter aus den Reihen der privaten Gesellschafter der GmbH.

Unter extranet.allgaeu.de besteht eine Plattform für alle Markenpartner für Information und Vernetzung. Folgende Bereiche sind aktuell unter den Markenträgern vertreten: Bankwesen, Dienstleister & Berater, Bildung & Coaching, Handel & Lebensmittel, Produktion & Handel, Vereine & Organisationen, Energie & Umwelt, Gemeinden, Holzverarbeitung, Kliniken & Pflegedienste, Baugewerbe, Verkehr & Logistik, Allgäuer Bäcker, Allgäuer Bier, Allgäuer Fleisch- und Wurstwaren, Allgäuer Krämle, Allgäuer Molkereiprodukte, Allgäuer Mühlen & Futtermittel, Autohäuser, Freizeit & Events, Gastronomie, Hotellerie,

Immobilienberatung, Landschaftspflege, Medizintechnik, Outdooranbieter, Privatvermieter & Camping, Skischulen, Urlaub auf dem Bauernhof

Die erwähnten Qualitätskriterien zielen auf Nachhaltigkeit ab: von sechs Dimensionen der Nachhaltigkeit müssen mindestens zwei für jeden Markenpartner nachweisbar sein. Außerdem wird der Fortschritt zu noch mehr Nachhaltigkeit jährlich kontrolliert. Neben dem „Marken-Marketing" und dem Tourismus-Marketing ist bei der Allgäu GmbH auch das Standortmarketing mit den Zielgruppen Fachkräfte und Unternehmen unter einem Dach vereinigt.

Die Marke Allgäu konnte die Anfangskosten von 940.180 Euro in den 3 Phasen „Analyse & Planung", „Umsetzungsvorbereitung" (Markenkern, Marken-Markt-Check und Abstimmung mit regionalen Akteur*innen) (P1+P2: 270.279 Euro) und „Umsetzung" (669.901 Euro) decken, weil das Gebiet recht groß ist (4 LAGs) und insgesamt LEADER-Gelder von 471.105 Euro abgerufen werden konnten.

3.) Zur **Dachmarke Rhön** gehören drei Länder und fünf Landkreise. Hier befinden sich Tourismus, ARGE, Biosphärenreservat und Dachmarke im Verbund, dar die Marke Rhönwiesen für nachhaltige Landwirtschaftsprodukte der Region.

Im Mittelpunkt steht das Qualitätssiegel Rhön; dieses ist mit Kriterien verbunden und wird gegen Gebühr verliehen für Produkte aus der Region. Auch Gastronomen können ausgezeichnet werden. „On top" gibt es auch ein Bio-Siegel Rhön. Für die Gastronomie gibt es außerdem „Silberdisteln"; je nach Anteil der regionalen Waren, die verwendet werden (mind. 35 %, 45 % und ab 65 %) gibt es eine, zwei oder drei Silberdisteln.

Organisatorisch ist die Dachmarke in der Rhön GmbH – Gesellschaft für Tourismus und Markenmanagement angesiedelt. Die GmbH ist für eine „ganzheitliche länderübergreifende touristische Vermarktung inklusive der Förderung von regionalen Wertschöpfungsketten zuständig".

Alle Betriebe und Privatpersonen der Region können das Identitätszeichen Rhön verwenden, welches auch nicht mit Qualitätskriterien verbunden ist. Es kann also auf Briefpapier, Webseiten, Flyer usw. verwendet werden, nicht aber auf einzelnen Produkten. Auf der Webseite www.marktplatzrhoen.de werden die ausgezeichneten Produkte und Betriebe attraktiv präsentiert.

4.) Ein neueres Modell verfolgt einen pragmatischeren Ansatz, der konkret auf die **Anwerbung von Neubürgern** setzt. In sogenannten Willkommens- oder Rückkehrer-Agenturen werden Menschen, für die ein Umzug in die Region in Frage kommt, in einem persönlichen Kontakt abgeholt. Durch Kontaktpflege und Vernetzung mit anderen Menschen vor Ort oder mit solchen, die ebenfalls vom Leben auf dem Land träumen, kann eine Idee, dauerhaft in den Odenwald zu kommen über einen längeren Zeitraum genährt werden. Solche Agenturen können auch Services zu passenden Arbeitsmöglichkeiten, Kinderbetreuung und Immobilien-Findung bieten. Best-Practices sind:

- Willkommensagentur Landkreis Wunsiedel
- Willkommensagentur „Comeback Elbe-Elster"
- Rückkehr-Agentur Kreis Höxter
- Raumpionierstation Oberlausitz

Für den Odenwaldkreis würde sich bei der Auswahl der Ausrichtung die Frage nach der wichtigsten Zielgruppe stellen. Konzentriert man sich auf die ehemaligen Kreisbürger*innen? Oder setzt man darauf, für „echte" Neubürger*innen, z.B. aus dem Ballungsraum attraktiv zu werden? (Siehe hierzu auch *Teilstrategie Lebensqualität / Zielbereich Neubürgerintegration*: die direkte Vernetzung mit Bürger*innen vor Ort und mit Gleichgesinnten bietet die Chance, nicht nur Steuerzahler und Kunden für die Region zu gewinnen, sondern, diese Menschen von Anfang an auch in die sozialen und ehrenamtlichen Strukturen zu integrieren.)

Der Tourismus im Odenwaldkreis als elementarer Bestandteil des Regionalmarketings

Der Tourismus ist ein eminent wichtiger Hebel, um positive Beiträge für die Region in der Öffentlichkeit zu platzieren. Das zeigen auch die Best-Practice-Beispiele aus der Uckermark, dem Allgäu und der

Rhön. Wer zum Urlaub oder Tagesausflug unterwegs im Kreis ist, nimmt auch im gewissen Umfang die Attraktivität der Region als Ort zum Leben und Arbeiten wahr.

Der Odenwaldkreis ist Mitglied im Tourismus Service Bergstraße-Odenwald e.V. Der Verein fungiert als alleiniger Gesellschafter der Odenwald Tourismus GmbH (OTG). Sie ist die zentrale Tourismus-marketing-Organisation der Region Bergstraße-Odenwald zwischen Darmstadt und Heidelberg, an Bergstraße, Main und Neckar. Im Jahr 2008 gegründet, bildet sie die Kommunikations- und Marketing-schnittstelle für die touristischen Orte, Gemeinden, Kreise, Institutionen und Verbände. Das gemein-same Ziel ist es, mehr Gäste für einen Aufenthalt an der Bergstraße und im Odenwald zu gewinnen.

Das Informationsangebot der OTG wirkt letztlich nicht nur nach außen, sondern hat auch eine wichtige Funktion für die Region selbst – gerade auch in ihrem kreisgrenzen-überschreitenden Charakter. Die durch sie zur Verfügung gestellten Informationen werden schließlich auch von Einheimischen genutzt. Nicht nur Sehenswürdigkeiten können (neu-)entdeckt werden. Mit dem Veranstaltungskalender bietet sich auch eine wichtige Funktion für die Bereiche Kultur, Ehrenamt und Wirtschaft. In Verbindung mit den nötigen Mobilitätslösungen kann mit einer transparenten Darstellung aller Attraktionen in der Region dem Vorurteil entgegengewirkt werden, im ländlichen Raum sei „nichts los“.

Im Januar 2020 wurde die Homepage der Region Bergstraße-Odenwald neu aufgesetzt: www.bergstrasse-odenwald.de. Die aktuellen Inhalte basieren auf einer strukturierten Regionsdaten-bank (Datenhub) und werden von den Tourismus-Organisationen der Region eingepflegt und sowohl auf der Destinationswebseite als auch auf den Webseiten der Orte und Teilregionen genutzt. An die Regionsdatenbank sind ein interaktives Tourenportal sowie ein Online-Buchungssystem angeschlossen.

Der geplante Aufbau einer Veranstaltungsplattform ist ein wichtiges Element, um auch Touristen zu zeigen, dass der Odenwald ein vielfältiges kulturelles Angebot hat. So kann gezeigt werden, dass die Region kreativ, engagiert und lebendig ist. Somit empfiehlt sie sich noch stärker auch im Rahmen des Tourismus-Marketings als Region zum Leben und Arbeiten.

Bereits jetzt zeigt die Plattform www.bergstrasse-odenwald.de vielfältige Freizeitmöglichkeiten und Attraktionen auf. Besonders praktisch gestaltet sich dies aufgrund der thematischen Gliederung, die verschiedene Zielgruppen in den Fokus nimmt. Die Odenwald Tourismus GmbH sorgt für die Online-Buchbarkeit selbst kleinster Gastgeber – nicht nur auf der eigenen Webseite, sondern über einen Channel-Manager in ca. 30 geläufigen Buchungsportalen wie booking.com, traum-ferienwohnungen.de oder kurz-mal-weg.de. Gerade in Zeiten der Corona-Krise machte sich diese Aufstellung bezahlt.

Elemente, die sich noch in Entwicklung befinden, sind ein Chatbot sowie die Buchbarkeit von Aktivitäten wie Kochkursen, Führungen oder Thermenbesuchen. Dies wird zeitnah zur Umsetzung gebracht werden, da hiermit ein Tool geboten werden kann, um derzeitige, Corona-bedingte Einlassbeschränk-ungen (z.B. x Personen pro Quadratmeter) damit effektiv organisiert werden können und Menschen nicht vor Ort abgewiesen werden müssen.

Außerdem bietet die Plattform auch für Einzelhändler, Gastronomen und Freizeiteinrichtungen die Möglichkeit, sich zu präsentieren. Auch Mobilitätsangebote werden hier aufgezeigt. So wird auf das ÖPNV-Angebot hingewiesen, insbesondere auch auf die Fahrrad-Busse. Außerdem werden aktuell auch Car-Sharing- und Bike-Sharing-Stationen aufgeführt.

Als weitere Ergänzungen der Homepage wurden 2020 umgesetzt:

- eine Landingpage über Abhol- und Lieferservice der Gastronomiebetriebe während des Lockdowns
- eine Übersicht über Camping- und Wohnmobilstellplätze in Bergstraße-Odenwald sowie über
- Direktvermarkter in der Region,
- Lebensmittelautomaten,
- die Anreise mit Bus & Bahn, hier vor allem Zugverbindungen, Freizeitverkehre, Carsharing, Bikesharing sowie über
- Kunsthandwerker

Neben bestehenden Marketing-Aktivitäten im Offline-Bereich, etwa die Teilnahme an Messen oder die Verbreitung von Print-Informationsmaterial, ist die OTG auch auf Social Media sehr präsent. Mit der Kampagne #ichwillHIERraus treibt man das Online-Marketing weiter voran. Hierzu wurde im letzten Jahr

eine ganze Reihe an Videos gedreht, in denen markante Persönlichkeiten die Vorzüge der Region herausstellen. Mit mehreren Videos unter dem Motto „KaiwillHIERraus“ präsentierte der Moderator Kai Völker verschiedene Gastronomie- und Erzeugerbetriebe aus der Destination Bergstraße-Odenwald.

Der geplante Chatbot soll automatisiert Auskünfte zu Fragen von Interessierten geben. Vor allem wiederkehrende Anfragen können so schnell und ohne persönliches Zutun von Mitarbeiter*innen beantwortet werden. Der Chatbot ist außerdem mithilfe von künstlicher Intelligenz auch dazu fähig, anhand der Informationen in der Destinationsdatenbank Auskünfte zu geben und inspirierende Vorschläge zu liefern. Darüber hinaus hilft das System auch beim Planen der Reise – inklusive Buchungen, Mobilitätsplanung, Wettervorhersage und die Beachtung passender Veranstaltungstipps. Auch eine Nutzung des Systems bei der Mobilitätszentrale in Michelstadt ist vorgesehen.

Die Tourismus GmbH ist regional und überregional in verschiedenen Netzwerken aktiv:

- im Marketingbeirat der HA Hessen Agentur,
- im Förderausschuss der Interessengemeinschaft Odenwald e.V. (IGO),- im Vorstand des Odenwaldklub e.V.,
- im Arbeitskreis Tourismus Frankfurt-Rhein-Main,
- in der Arbeitsgruppe „Zusammenarbeit“ der IHK Darmstadt Rhein Main Neckar und
- in der Arbeitsgruppe „Strategie für den Tourismus im ländlichen Raum“ beim HMULKV.

Die strategische Ausrichtung wird in der Steuerungsgruppe beraten. 2020 wurde über die gemeinsame Destinationsdatenbank, über die Einführung einer Bergstraße-Odenwald-Card und weitere gemeinsame Marketingprojekte beraten. In 4 Workshops wurde unter Moderation eines Unternehmensberaters eine Markenstrategie Bergstraße-Odenwald erarbeitet und gemeinsam verabschiedet.

Die thematische Auswahl der Darstellungen der Odenwald Tourismus GmbH konzentriert sich auf die regionalen Vorzüge Familienfreundlichkeit, Natur, Landschaft, Nachhaltigkeit, regionale Lebensmittel, sozialer Zusammenhalt und Kultur.

Das Destinationsmanagement-Konzept umfasst derzeit die Vermarktung von fünf „Destinationen“ und Teilregionen der Tourismusregion: „Bergstraße“, „Munteres Mümlingtal“, „bayrischer Odenwald“, „Neckartal“, und „Vorderer Odenwald“. Aus Sicht des Odenwaldkreises ist bedauerlich, dass die Kommunen Oberzent, Erbach, Michelstadt, Mossautal sowie die Gersprenztal-Gemeinden aktuell noch in keiner dieser Teilregionen vertreten sind.

Bei der Messung der Übernachtungszahlen bieten sich im Allgemeinen die Zahlen des Hessischen Statistischen Landesamts an. Diese erfassen aber Übernachtungszahlen erst bei Betriebsgrößen von über 10 Betten – sodass es hierbei für den Odenwald aufgrund der oft eher kleinen Betriebe zu gewissen Ungenauigkeiten kommt. Trotzdem deuten die in den Abbildungen 185-189 aufgezeigten Entwicklungen einige interessante Erkenntnisse.

Wie Abbildung 189 zeigt, litten die Buchungszahlen 2020 zunächst enorm unter dem Corona-Lockdown, konnten aber einiges über den Sommer durch eine überdurchschnittlich hohe Nachfrage ausgleichen. 2020 verblieb trotzdem ein Rückgang der Umsätze um 300.000 Euro.

- *Siehe Zielbereiche „Landschaft erleben“ und „Umweltpädagogik“ in der Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft*
- *Siehe Teilstrategie Regionalmarketing*
- *Siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung*

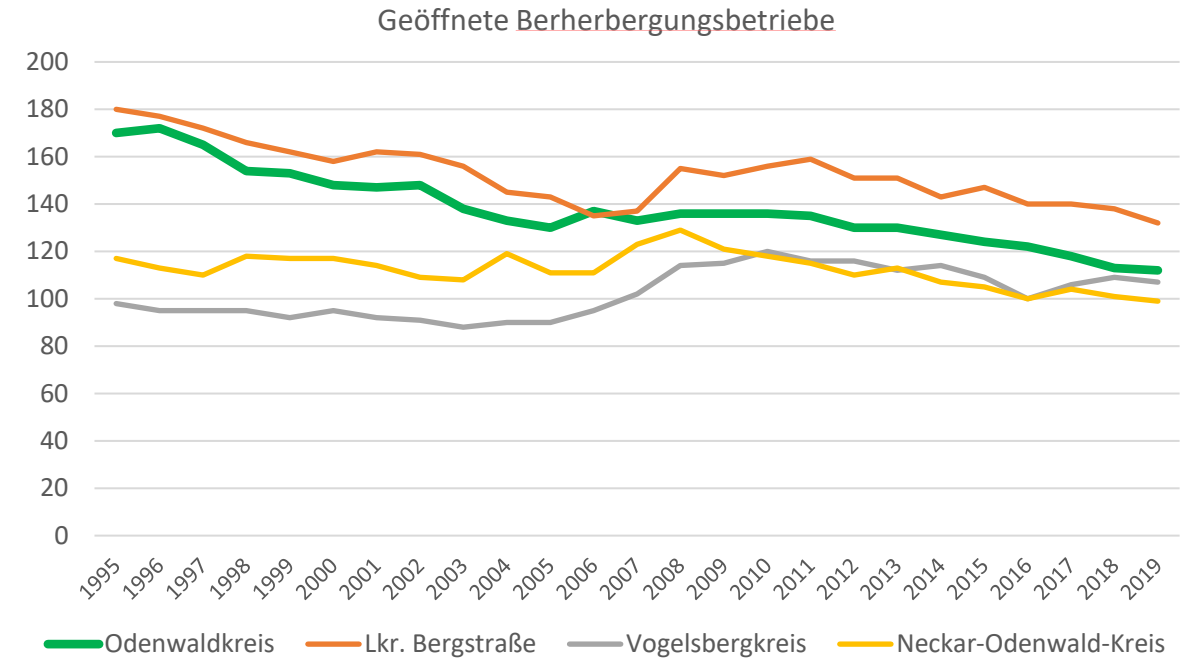


Abbildung 185: Geöffnete Beherbergungsbetriebe 1995-2019. Quelle: Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes, regionalstatistik.de

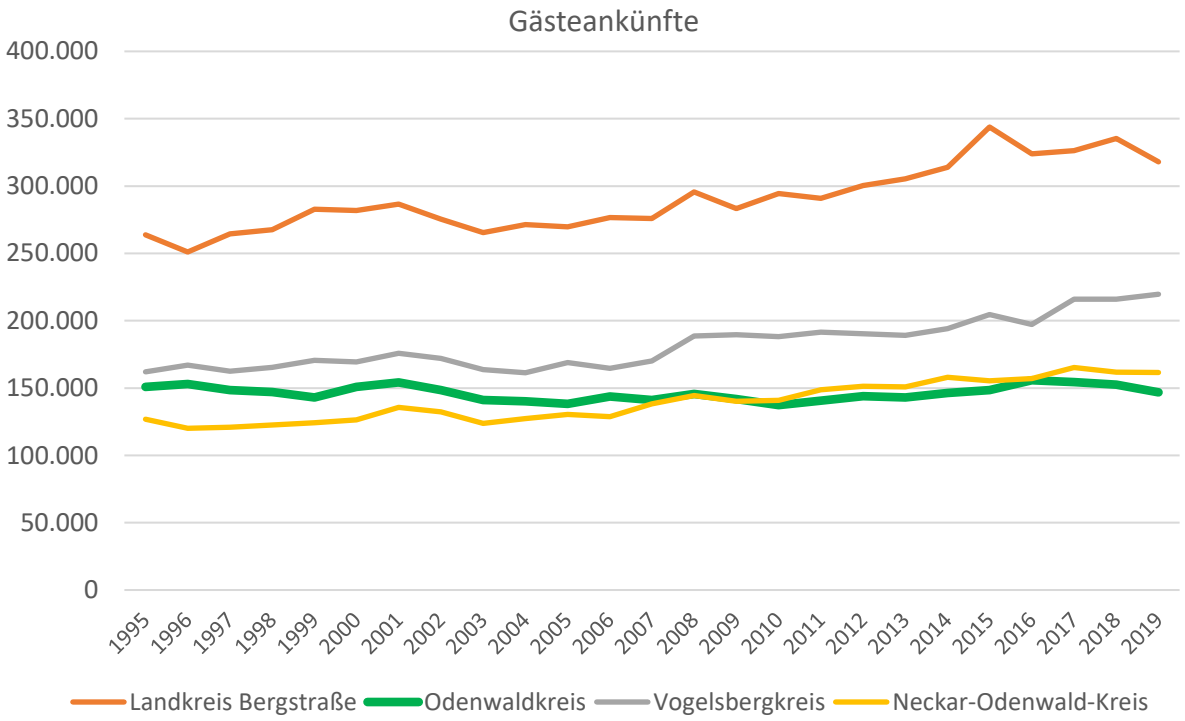


Abbildung 186: Gästeankünfte 1995-2019. Quelle: Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes, regionalstatistik.de

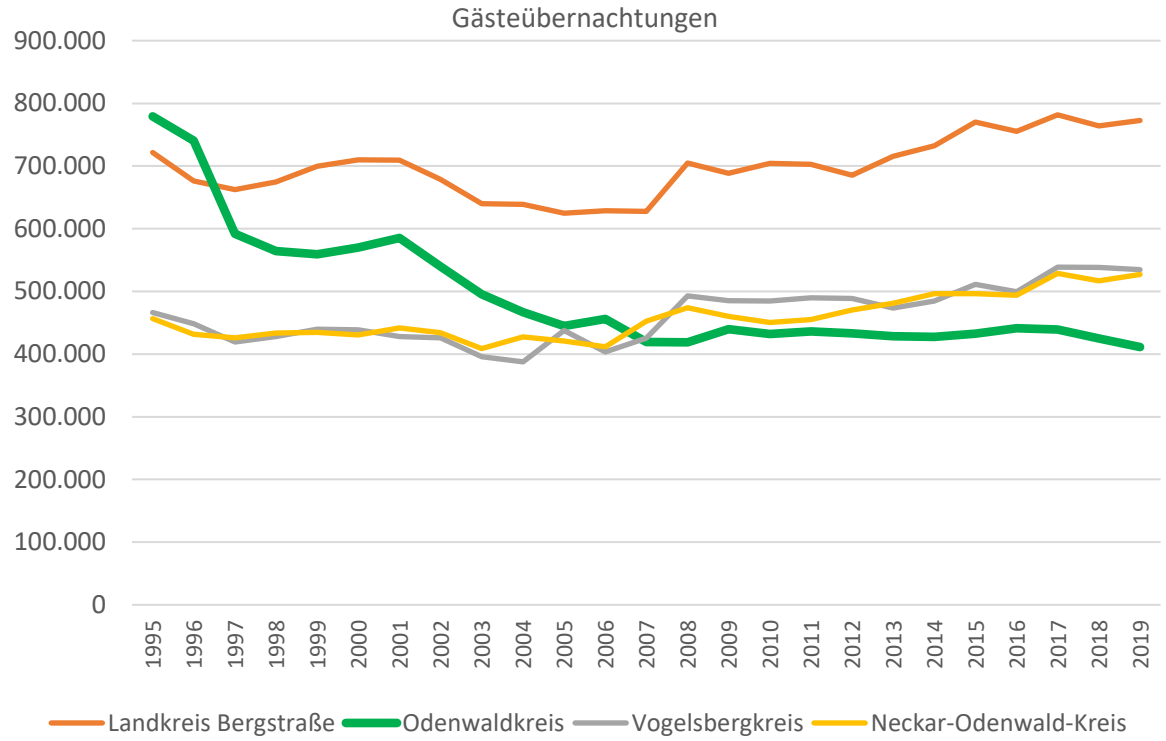


Abbildung 187: Gästeübernachtungen 1995-2019. Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes, regionalstatistik.de

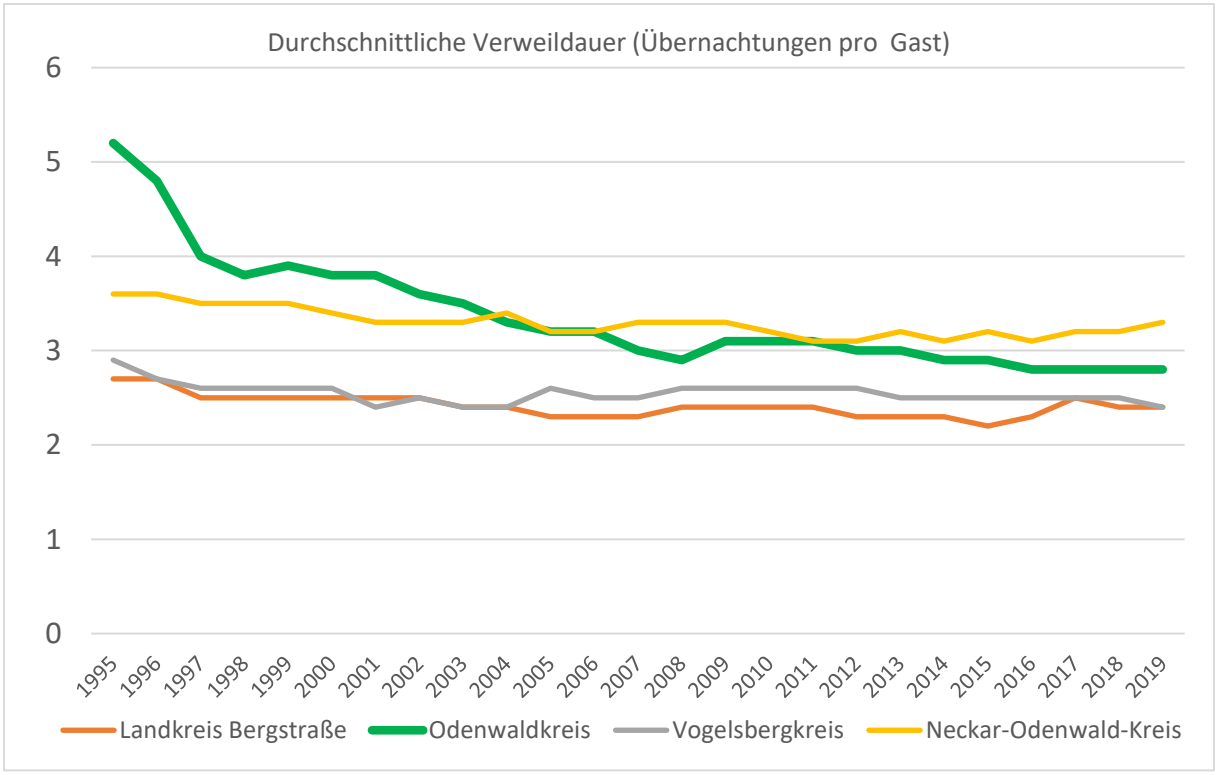


Abbildung 188: Durchschnittliche Verweildauer (Übernachtungen pro Gast). Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes, regionalstatistik.de

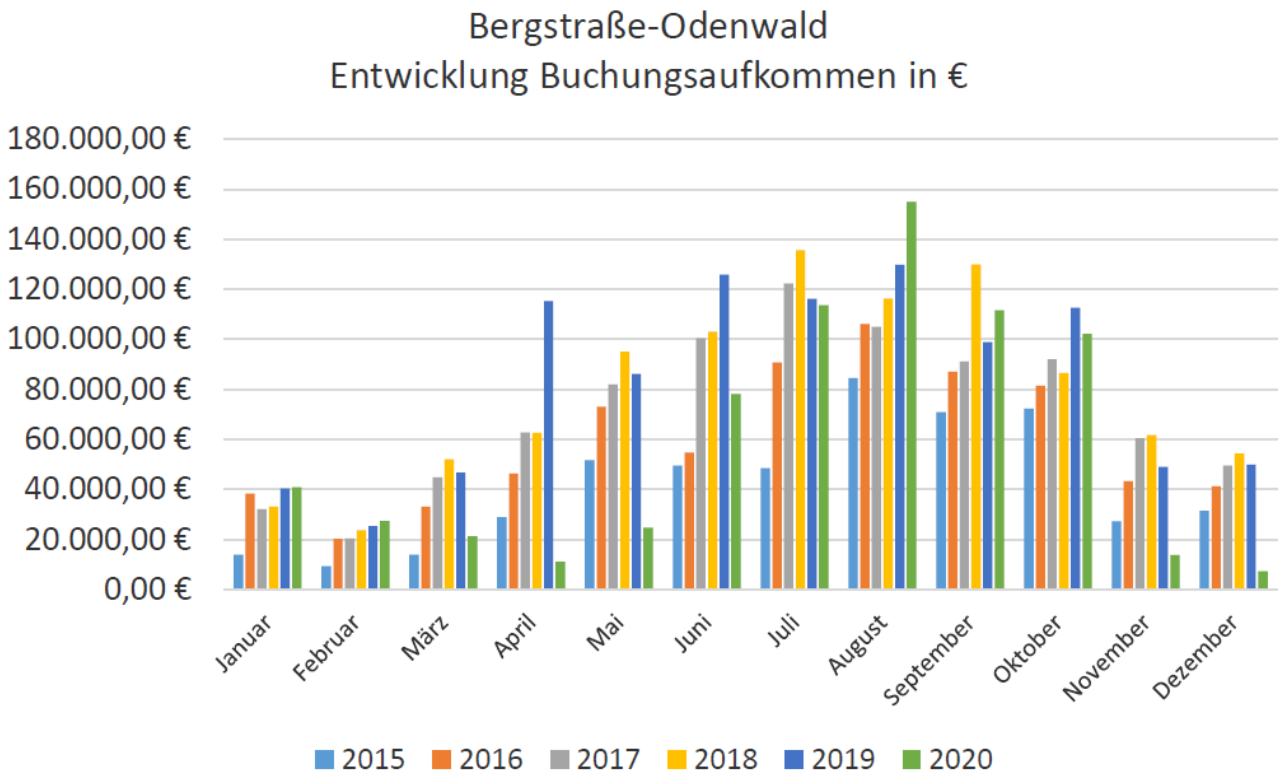


Abbildung 189: Entwicklung des Buchungsaufkommens der Tourismus-Region Bergstraße-Odenwald. Quelle: ODENWALD TOURISMUS GmbH - Geschäftsbericht zum 31.12.2020

Fazit:

Die Arbeit der OTG sorgt für ein modernes, positives Image der Region nach außen und innen und bringt auch für die „Einheimischen" Mehrwert für die Lebensqualität in der Region aufgrund der vielfältigen Bereitstellung von Informationen zu Kultur- und Freizeitangeboten.

Darauf kann gebaut werden bei weiteren Schritten in den Bereichen Kultur und Freizeit, Mobilität, Regionalmarketing und digitalem Veranstaltungskalender. Überdies beweist die OTG eigenständige Arbeit und strategische Flexibilität – als eigenständige GmbH mit dem notwendigen Handlungsspielraum und als Multiplikator im regionalen Netzwerk.

Während aus Sicht der Kreisentwicklungsplanung also kein Bedarf besteht, in die strategische Ausrichtung der OTG hineinzuwirken, ist doch festzuhalten, dass eine stärkere Abstimmung und Kooperation mit verschiedenen Akteur*innen in der Region gewinnbringend sein kann. Insbesondere in Verknüpfung mit Themen wie Fachkräftemangel, Gastronomie, regionalen Lebensmitteln und Ökopädagogik, Mobilität usw. bestehen Chancen für die Region, wenn die Koordination verstärkt wird und gemeinsam (Förder-)projekte in enger Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung, der OREG und unabhängigen Akteur*innen durchgeführt werden.

Historisch gesehen sind in allen Mittelgebirgs- und Inlands-Tourismus-Regionen die durchschnittlichen Aufenthaltsdauern merklich zurückgegangen. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf eine gewachsene Mobilität aufgrund günstiger Flugtickets – sodass Menschen ihren Urlaub häufiger im Ausland verbringen. Aus Sicht des Odenwaldes ist diese Entwicklung nicht beeinflussbar. Vielmehr gilt es, sich auf die veränderte Art des Urlaubmachens im Odenwald zu reagieren und auf die Bedürfnisse von Kurzurlaubern und Tagestouristen einzugehen.

Der Tagestourismus aus dem Umland und innerhalb der Region kann nur schwer statistisch erfasst werden. Mit passenden Mobilitäts-Angeboten, wie sie aktuell bereits mit den Fahrrad-Bussen vorhanden sind, könnte dieser Bereich noch weiter an Bedeutung gewinnen. Mit Blick auf den Ausbau der Infrastruktur und einen umfassenderen Profit der Region vom Tourismus gilt es, die Wertschöpfungskette auszubauen. Möglichkeiten dazu sind beispielsweise ein gegenseitiges Empfehlungswesen verschiedener touristisch interessanter Attraktionen oder eine bessere Verknüpfung mit gastronomischen Angeboten.

Ansatzpunkt hierfür wären Qualitätssiegel, wie es sie aktuell bereits für Ferienwohnungen und für besonders hundefreundliche Ferienwohnungen gibt. Mit Siegeln für besonders Wanderer- oder Fahrradfahrer-freundlichen Gastwirtschaften könnten diese Betriebe dabei unterstützt werden, ein zielgruppengerechtes Angebot mit entsprechenden Öffnungszeiten, Speisekarten und Services einzurichten. Über eine Online-Plattform oder Broschüren zum Qualitätssiegel können die entsprechend ausgezeichneten Betriebe auch besser auffindbar gemacht werden. Details zu einem guten Beispiel aus einer anderen Region gibt es unter www.radlerwirt.de.

Möglich wären außerdem Apfelwein-Heckenwirtschaften an wichtigsten Wanderwegen, oder eine stärkere Positionierung regionaler Lebensmittel (mit entsprechenden auffälligen Hinweisen auf den Erzeuger) anhand eines gemeinsamen Qualitätssiegels (wie es unter der Initiative der Odenwälder Gasthäuser (www.odenwald-gasthaus.de) bereits vorhanden ist), was angemessene Preise rechtfertigt, die erwartete ländliche Idylle vermittelt und zu mehr Wertschöpfung im Odenwaldkreis führt. Weitere Ideen, wie die touristische Wertschöpfung in der Region gesteigert werden könnte, könnten im Netzwerk der entsprechend beteiligten Betriebe und mit der OTG ausgearbeitet werden.

Auch der Bereich Co-Working, „Workation“ und Tagungshotels bietet Potentiale. Darunter versteht man, wenn man sich mit einem Projektteam für eine gewisse Zeit aus der gewohnten Arbeitsumgebung zurückzieht, auch die Abende mit den Kolleg*innen verbringt und so kreativ und von den Selbstverständlichkeiten des Arbeitsalltags befreit zu neuen Ideen und strategischen Entscheidungen kommt. Der Odenwaldkreis befindet sich in einer hierfür guten Distanz z.B. zu Frankfurt – nicht zu nah, aber auch nicht zu weit weg. (*Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemange)*

Fazit für ein Regionalmarketing und drei nötige Grund-Entscheidungen

Stereotypen in den Köpfen von Bürger*innen innerhalb und außerhalb der Region müssen durchbrochen werden durch konkret Erfahrbares und offensives Kommunizieren von bereits vorhandenen Vorzügen. Das heißt also einerseits, Maßnahmen des Kreisentwicklungskonzepts müssen umgesetzt werden. Andererseits gilt es, neue und bestehende Stärken der Region besser in der Wahrnehmung der Bürger*innen zu platzieren.

Unter dem Dach einer Regionalmarketing-Strategie können diese verschiedenen Kommunikationsstrategien koordiniert und mit konsistenter Botschaft durchgeführt werden. Zunächst aber muss entschieden werden, was ein Regionalmarketing im Odenwald oder Odenwaldkreis konkret leisten kann und soll.

Dabei sind drei grundlegende Entscheidungen zu treffen:

Das ist zuerst die Entscheidung, ob es eine **Marke „Odenwald“ oder eine Marke „Odenwaldkreis“** werden soll. Sinnvoll wäre durchaus, hier die Bürger*innen in den Mittelpunkt zu stellen, aus deren Sicht gerade Landkreis-Grenzen zumeist keine allzu große Rolle spielen.

„Hessischer Odenwald“ ist womöglich besser als Marke transportierbar, weil Landesgrenzen präsenter in der Bürger-Wahrnehmung sind als Landkreis-Grenzen. Allerdings wäre der Vorteil eines Landkreis-Marketings, dass es weniger Schnittstellen mit privaten, öffentlichen und politischen Akteur*innen zu managen gibt. Man hat also so auch die Chance, sich konkreter auf die Marke im „Herzen des Odenwaldes“ zu konzentrieren und die Vorzüge dieser Region stärker von den ohnehin demographisch und wirtschaftlich stärkeren Rändern des Odenwaldes (v.a. im Bereich des Landkreises Bergstraße) abzugrenzen.

Aber auch eine Orientierung am Zuschnitt der Tourismus-Region Bergstraße-Odenwald (auch über Landesgrenzen hinweg) hätte Vorteile und würde für weitere Synergieeffekte mit dem Tourismus-Marketing sorgen.

Ebenfalls präsent in der alltäglichen Wahrnehmung sind die einzelnen Städte und Gemeinden. Die für eine Standortentscheidung ausschlaggebenden Faktoren sind schließlich immer die, die konkret vor Ort zu finden sind. So wird eine Entscheidung kaum zunächst generell zwischen Odenwaldkreis und Landkreis Bergstraße getroffen werden, sondern meist direkt zwischen konkreten Standorten. Regionalmarketing heißt insofern also auch Stadt- und Dorfmarketing.

Wichtig ist zweitens eine Verständigung über die **Zielgruppenfokussierung**: Regionalmarketing-Maßnahmen im Sinn von Werbung sollte sich zunächst auf besonders relevante Bereiche konzentrieren. Über den Bereich des Tourismus hinausgehend sind daher aktuell:

- Junge Kreisbürger*innen von 0-25, die möglichst in der Region gehalten werden sollen. Für den Fall dass das zwischenzeitlich im Einzelfall nicht funktioniert sind möglichst starke Bindungen zur Region und positive Erfahrungen nützlich, um die Wahrscheinlichkeit einer mittelfristigen Rückkehr zu erhöhen.
- Multiplikatoren wie Lehrer*innen, Trainer*innen in den Vereinen, Eltern, etc.
- Ehemalige Kreisbürger*innen sind aufgrund bestehender Verbindungen persönlicher und emotionaler Art eine Zielgruppe mit erhöhter Chance, einen Umzug in den Odenwaldkreis in Erwägung zu ziehen. Oftmals konnten andernorts Bildungsabschlüsse, Berufserfahrung und Kapital erworben werden. Gerade in der Phase der Familiengründung ist mit einer erhöhten Empfänglichkeit für Botschaften des Regionalmarketings zu rechnen.
- Junge Familien der (umliegenden) Ballungsräume, insbesondere mit Hinweisen auf die Wohn- und Lebensqualität, das Mobilitäts- und Internetangebot und die ländlichen Vorzüge
- Alle Kreisbürger*innen sind letztlich Ziel der Nachricht, dass es sich lohnt, in der Region zu leben. Jede*r Kreisbürger*in wirkt auch als Multiplikator für das eigene Netzwerk an Bekannten, Verwandten und beruflichen Kontakten
- Die umliegenden Ballungsräume prägen die Selbstwahrnehmung vieler Odenwälder*innen. Events wie das Sound of the Forest drehen den Spieß um und plötzlich fahren junge Darmstädter*innen zu uns in den Odenwaldkreis. Die schlechte Selbstwahrnehmung im Odenwaldkreis könnte in vielen Fällen radikal in Frage gestellt werden, wenn es in der Großstadt heißt: „Schaut euch den nachhaltigen, innovativen Odenwaldkreis an, wo man sich Wohnen noch leisten kann und Gemeinschaft gelebt wird."
- Unternehmen, Start-Ups und Gründer im Rahmen des Aufgabenbereichs Standortmarketing
- Kohärenz mit den Zielen der Fachkräftewerbung der regionalen Wirtschaft (*siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Ziel 1.8.: Anwerbung von Fachkräften außerhalb der Region*)

Zu klären ist drittens die Frage: **Wer soll die Markenrechte schließlich halten?** Die vergangenen Versuche im Odenwaldkreis zielten auf eine finanzielle Beteiligung von Unternehmen und umfassende Marketing-Kampagnen ab. Bei künftigen Bestrebungen sollte man sich eher an anderen erfolgreichen Regionalmarketing-Strategien orientieren. In den meisten Fällen der Best-Practice-Vorbilder werden solche Marken zwar mit Beteiligung vieler Akteur*innen, aber doch in finanzieller Hand von Landkreisen durchgeführt. Die Lizenz der Marke liegt schließlich also auch in kommunaler Hand.

Die Beispiele Uckermark und Allgäu zeigen, dass nicht von Anfang an alle Unternehmen und mögliche Akteur*innen an Bord sein müssen, sondern dass dies mit einem langen Atem auf Dauer zu erreichen ist. Eine Geschäftsstelle einer möglichen Regionalmarketing-Organisation müsste zwischen Kreisentwicklungsplanung, OREG, Tourismus GmbH und IGO angesiedelt werden.

Die Konzeption einer Regionalmarke kann im Rahmen eines Kreisentwicklungskonzepts nicht ansatzweise abgeschlossen werden. Was jedoch gezeigt werden konnte, ist, dass es sich um einen wichtigen Bereich handelt, der bislang kaum strukturell angegangen wurde. Es wurde gezeigt, wie ein solcher Prozess aussehen kann, was berücksichtigt werden muss, welche Fehler zu vermeiden sind und was ein letztlicher Zweck einer solchen Initiative sein kann. Zur Umsetzung bedarf es jedoch einer weiteren intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema – von Seiten der Verwaltung, der Politik in Kreis und Kommunen, sowie in Zusammenarbeit mit zahlreichen Akteur*innen in der Region. Insbesondere sind Kooperationsmöglichkeiten mit den Nachbar-Landkreisen auszuloten. Für die Begleitung eines solchen Prozesses braucht es zwingend eine professionelle Begleitung durch einen kompetenten Partner, z.B. in Form eines Beratungsinstituts mit entsprechenden Referenzen.

Von einem solchen „großen Wurf" abgesehen, ist es aber auch kurzfristig möglich, positive Akzente zu setzen, die das Image der Region durch „Gutes tun und darüber reden" beeinflussen können.

Eine echte Regionalmarke hat hingegen die Vorzüge, regionale Produkte zu fördern und den Namen „Odenwald" mit den eher nach außen orientierten Unternehmen in die Welt zu tragen – in Verbindung mit Kriterien wie Nachhaltigkeit, Umwelt-, Landschafts- und Klimaschutz, sozialen Gesichtspunkten oder ähnlichem.

In der politischen Arbeit steht die Idee einer nicht-defizit-orientierten Kommunikationspolitik im Konflikt mit häufig dringend anzusprechenden Problemen und Benachteiligungen des ländlichen Raums oder des Odenwaldkreises. Daher gilt es, beides im Blick zu behalten und je nach Forum beides anzusprechen. Spricht man Probleme an gilt es, nicht nur auf diese hinzuweisen, sondern sich möglichst direkt auch mit den tieferliegenden Ursachen davon auseinanderzusetzen und so immer auch direkt Lösungen in den Fokus zu stellen.

Horizont 2030

Risiken / „Murphy's Law"

- Allgemeiner Bevölkerungsrückgang und Rückgang der Erwerbsbevölkerung im Besonderen würde regional zu sinkenden Steuereinnahmen und sinkender Kaufkraft führen. Somit wäre es zunehmend schwierig, die nötige Angebots- und Infrastruktur aufrechtzuerhalten. Das erstreckt sich auf die Bereiche Ehrenamt und Kultur, kommunale Aufgaben sowie privatwirtschaftlich Organisiertes.
- Abwanderung gut ausgebildeter, junger Menschen, bzw. Abwanderung zum Zweck des Erwerbs einer guten Ausbildung. Insbesondere mit dem in der Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel beschriebenen Mangel an Arbeitsplätzen für Hochqualifizierte besteht in solchen eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass diese Menschen ihren Weg nicht dauerhaft zurück in den Odenwaldkreis finden.
- Überalterung kann im Extremfall zum Wegbrechen ehrenamtlicher Strukturen, dem Wegbrechen der Wirtschaft aufgrund von Fachkräftemangel sowie einem Rückgang des kulturellen Angebots in der Region führen. Besonders empfindlich werden die kleineren Ortschaften von solchen Rückgängen der Infrastruktur getroffen, sodass diese schnell an Lebensqualität und Attraktivität verlieren können und dann in eine Negativ-Spirale geraten können.
- Trotz des allgemeinen vorhandenen und scheinbar auch wieder wachsenden Interesses am Leben im ländlichen Raum ist es nicht selbstverständlich, dass auch der Odenwaldkreis davon profitiert. Werden nicht die sozialen, verkehrlichen und digitalen Infrastrukturen vorgehalten, die benötigt werden, muss das potentiell anstehende Aufblühen der Region ernsthaft in Frage gestellt werden.
- Voraussetzung ist also auch, dass die Kreisbürger*innen an gute Zukunftschancen für die Region glauben und dementsprechend Sinn in Investitionen sehen, die wiederum zum positiven Ortsbild, zur Infrastruktur und zur Lebensqualität beitragen. Solche Investitionen können z.B. sein: das Sanieren von alten Gebäuden, die Eröffnung von Geschäften oder die Ansiedlung von Unternehmen, der Aufbau oder die Fortführung von Vereinsstrukturen oder andere Bemühungen zur Verbesserung des Zusammenlebens.
- In der Lebensqualität und im gesellschaftlichen Zusammenwirken hat der ländliche Raum gänzlich andere Qualitäten als der metropolitane Raum. Menschen, die sich für den ländlichen Raum entscheiden, haben konkrete Gründe und spezielle Vorzüge des Ländlichen, die zu dieser Entscheidung beitragen. Der Odenwaldkreis muss seinen eigenen Weg finden, seine ganz besonderen Standortfaktoren und seine besondere Lebensqualität herauszustellen und auszubauen.
- Gefahr bei neuen Initiativen für den Bereich des Regionalmarketings ist, dass man
    - eine Marketing-Agentur beauftragt, die im Bereich des Regionalmarketings keine Erfahrung hat und die Besonderheiten dieses Bereichs nicht ausreichend beachtet.
    - dass keine ausreichende Verbindung zwischen der Markenbotschaft von Werbe-Maßnahmen und der Lebenswirklichkeit in der Region besteht.
    - dass Multiplikator*innen und Akteur*innen in der Region beim Aufbau einer Regionalmarke nicht ausreichend mitgenommen werden und die Regionalmarketing-Aktivitäten somit als Projekt von „denen da oben" in der Kreisverwaltung keine entsprechende Wirkung bei der tatsächlichen Beeinflussung der Eigen- und Fremdwahrnehmung der Region entfalten kann.
    - dass mangelnde Zielgruppenorientierung zu einem ineffizienten Mitteleinsatz und einer falschen Ausrichtung der Angebote und Infrastrukturen führt. Der Fakt, dass es manche Personengruppen (zwischenzeitlich) in die Großstadt zieht, muss akzeptiert werden. Der Odenwaldkreis muss sich auf seine Stärken besinnen und die dafür empfänglichen Gruppen ansprechen – z.B. aktuelle Bewohner, ehemalige Bewohner, junge Familien mit mittleren Einkommen, Nachhaltigkeits-Orientierte
- Voraussetzung für ein Regionalmarketing mit Inhalt – also konkreten Standortvorteilen und Verbesserungen – ist, dass der Kreis und die Kommunen effizient und effektiv die richtigen Projekte umsetzen.
- Ein Risiko für den Bereich Tourismus ist, dass vor allem die Randregionen der Tourismusregion Odenwald von Besucherströmen profitieren, weil dort die Möglichkeiten zum Ausbau von Angeboten,

wie der Anlage einer Sommerrodelbahn oder eines Kletterwalds, besser sind als im Odenwaldkreis. Daher ist es auch an der Verwaltung – insbesondere den Genehmigungsbehörden – konstruktiv mit Projektierern zusammenzuarbeiten und trotz bürokratischer Hürden Lösungen für den Ausbau touristischer Infrastruktur im Kreis zu finden. Neben fortgesetzten Bemühungen zur besseren Bekanntheit Buchbarkeit von touristischen Angeboten ist auch die Erreichbarkeit ein stets zu beachtender Faktor.

Chancen

- Weil Senioren heutzutage immer länger körperlich und geistig gesund bleiben, stellen sie künftig einen wichtigen Faktor zur Aufrechterhaltung der ehrenamtlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur dar. Auch als aktivere Konsumenten tragen sie dazu bei, dass Kultur- und Freizeitangebote finanziell tragfähig bleiben.
- Wenn unter dem Motto „Gutes tun und darüber reden“ von Seiten des Landes, des Kreises und der Kommunen gute Projekte zur Verbesserung der Lebensqualität und der Infrastruktur der Region umgesetzt und in der Öffentlichkeit gekonnt platziert werden, kann auch die Bereitschaft der Bevölkerung und der Unternehmen gesteigert werden, Zeit und Geld in die Region zu investieren. Es gilt also, am selben Strang zu ziehen und ein positives Image – verbunden mit noch besseren Zukunftschancen für den Landkreis und seine Kommunen in den Köpfen zu verankern.
- Der übermäßige Zuwachs in den Großstädten Südhessens und Badens führt dort zu immer höheren Immobilienpreisen. Der Traum vom Einfamilienhaus, der gerade in der Lebensphase der Familiengründung für viele Menschen dort nicht mehr leistbar ist bietet Chancen für Zuzug für den Odenwaldkreis.
- Auf der anderen Seite gibt es neben den Faktoren, die zu „Stadtfrust“ führen auch wichtige Elemente die zur „Landlust“ beitragen und zusätzlich anziehend auf potentielle Kreisbürger*innen wirken. Diese „Pull-Faktoren“ des ländlichen Raums sind herauszustellen und in der Region mit Tatsachen zu belegen. Besonders effektiv kann das Bild des Odenwaldkreises dann positiv beeinflusst werden, wenn Kreis und Kommunen, Vereine, Unternehmen usw. an einem Strang ziehen und zueinander passende Inhalte vermitteln – sodass die Region aus vielerlei Perspektiven positiv dargestellt wird. Mit der kontinuierlichen Wiederholung optimistischer Darstellungen der Region werden diese Nachrichten glaubhaft, Vorteile der Region werden Bewohnern, Gästen und Interessenten bewusst und die Attraktivität des Odenwaldkreises somit insgesamt höher. Damit wiederum gerät eine „Positiv-Spirale“ in Gang, weil ein zukunftsfähiges Image dazu führt, dass wiederum mehr ehrenamtliche Arbeit und Investitionen in die Region fließen.

Zielbereiche Regionalmarketing und Tourismus

44. Regionalmarketing

- Aufbau einer Regionalmarketing-Struktur für den Odenwaldkreis und/oder über die Grenzen des Landkreises hinaus unter Einbezug vielfältiger Netzwerkpartner der Region und künftiger Markenpartner
- Konzeptmäßige Planung und Durchführung einer Kommunikationspolitik für die Region („Gutes tun und darüber reden“)
- Konzeptmäßige Planung und Durchführung von Werbemaßnahmen zur Verbesserung des Images der Region innerhalb und außerhalb mit zielgruppen-spezifischen Maßnahmen

45. Tourismus

- Fortlaufender Ausbau moderner touristischer Netzwerke, Infrastrukturen, Angebote, Marketing und Informations-Möglichkeiten
- Verstärkte Nutzung von Synergieeffekten des Bereichs Tourismus mit den Bereichen Mobilität, Kultur und Freizeit, Landschaft, Natur und Lebensmitteln, etc.
- Stärkung der touristischen Nachfrage und Wertschöpfung
- Optimierung der Wegeinfrastruktur und Interessensausgleich der verschiedenen Nutzer-Gruppen (Wandernde, Radfahrende, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz).

44. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Regionalmarketing

SMART-Formulierung:

- Steigerung der Umfrageergebnisse in der Bürgerbefragung auf:
  - Über 90 % Zustimmung zur Frage, ob der Odenwaldkreis „attraktiv“ ist
  - Über 70 % Zustimmung zu den Fragen, ob der Odenwaldkreis „lebendig“ und „aufgeschlossen“ ist
  - Über 55 % Zustimmung zu den Fragen, ob der Odenwaldkreis „modern“, „aufstrebend“ und „innovativ“ ist.
- Verbesserung bei den Umfragewerten bei der Jugendbefragung:
  - Über 70 % Zustimmung zur Aussage „Für junge Familien ist es attraktiv im Odenwaldkreis zu leben“
  - Über 65 % Zustimmung zur Aussage „Der Odenwaldkreis ist weltoffen und tolerant“
  - Über 50 % Zustimmung zur Aussage „Der Odenwaldkreis ist zukunftsorientiert und gut auf die Digitalisierung vorbereitet“
  - Über 75 % gute oder sehr gute Bewertung der Lebensqualität insgesamt
- Steigerung der Wertschätzung und der Wahrnehmung des Odenwaldkreises aus Sicht der Bewohner*innen der angrenzenden Regionen und Metropolen

Erläuterung:

Mit Blick auf die Frage nach der Attraktivität mögen 90 % etwas ambitioniert erscheinen, andererseits ist dies ein so zentrales Kriterium, dass man kaum zu viel davon erreichen kann und man sich besser ambitionierte Ziele setzen sollte.

Handlungsmöglichkeiten

- Kommunikationspolitische Strategie und konsequente Umsetzung zur Verbesserung des Images des Odenwaldkreises. Das heißt: Positive Dinge und Erfolge bekannt machen; konsequent über Lösungen und Herausforderungen statt über Defizite sprechen. Voraussetzung für ein erfolgreiches Umsetzen ist der Einsatz von Multiplikatoren: je mehr Akteur*innen diese Botschaften kommunizieren, desto stärker kommen sie in der Gesellschaft an.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; politisch, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, OREG, Odenwald Tourismus GmbH, Schulen
  ID: 340; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Durchführung von Maßnahmen für zielgruppenspezifisches Regionalmarketing, z.B. mit Fokus auf ehemalige Kreisbürger*innen, Fachkräfte, Familien, Umweltbewusste, Senioren, (Dienstleistungs-) Unternehmen, „Stadtgefrustete“ oder sonstige Großstadtbewohner aus dem Umland usw. Bspw.: Aktionen zum Rückkehrer-Marketing im Rahmen von Weihnachtsmärkten oder Volksfesten: ehemalige Kreisbürger*innen die zu solchen Anlässen zurück in die Region kommen ansprechen, auf Lebensqualität, Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten hinweisen
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG, Odenwald Tourismus GmbH
  ID: 341; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Einrichtung einer Willkommens- oder Rückkehrer-Agentur für die fortgesetzte Durchführung von Aktionen zum zielgruppenspezifischen Regionalmarketing, die kontinuierliche Kommunikation mit Interessenten, die Vermittlung von Wohnraum und Arbeitsplätzen und die soziale Vernetzung der Neubürger bzw. Rückkehrer
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG, Odenwald Tourismus GmbH
  ID: 342; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- **Für ein funktionierendes systematisches Regionalmarketing kann eines der drei folgenden Modelle verwendet werden:**
  1. Entwicklung einer Marke „Odenwald“, die länderübergreifend Kommunen und Landkreise, privatwirtschaftliche Markenpartner aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, das Tourismusmarketing und das Standortmarketing unter einem organisatorischen Dach zusammenführt und die Marke anhand strategischer Konzepte und Maßnahmen weiterentwickelt und voranbringt
     Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten; finanziell, personell, politisch und konzeptionell

voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, OREG, Odenwald Tourismus GmbH
ID: 343; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

2. Entwicklung einer Marke „hessischer Odenwald“ oder „Odenwald-Bergstraße“, die Kommunen, die Landkreise Bergstraße und Odenwaldkreis, privatwirtschaftliche Markenpartner aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, das Tourismusmarketing und das Standortmarketing unter einem organisatorischen Dach zusammenführt und die Marke anhand strategischer Konzepte und Maßnahmen weiterentwickelt und voranbringt
   Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten; finanziell, personell, politisch und konzeptionell voraussetzungsvoll
   Hauptverantwortlich: Kreis, OREG, Odenwald Tourismus GmbH
   ID: 344; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
3. Entwicklung einer Marke „Odenwaldkreis“, die kommunale und privatwirtschaftliche Markenpartnern aus verschiedenen Wirtschaftsbereichen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, das Tourismusmarketing und das Standortmarketing unter einem organisatorischen Dach zusammenführt und die Marke anhand strategischer Konzepte und Maßnahmen weiterentwickelt und voranbringt
   Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten; finanziell, personell, politisch und konzeptionell voraussetzungsvoll
   Hauptverantwortlich: Kreis, OREG, Odenwald Tourismus GmbH
   ID: 345; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 4; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

- Kooperation mit anderen ländlichen Landkreisen, um die „Renaissance des ländlichen Raums“ stärker zu propagieren, Werbekampagnen zu starten und das Umdenken für eine neue Attraktivität des ländlichen Raums zu stärken. Der ländliche Raum wird also in seiner Allgemeinheit als freiheitbietender Raum mit Vorzügen gegenüber dem Städtischen in der Öffentlichkeit platziert, dessen strukturelle Nachteile dank Breitband-Internet, innovativer Ideen und neuer Mobilitätsformen schwinden.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; finanziell, personell, politisch und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG, Odenwald Tourismus GmbH
  ID: 346; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Veranstaltungen, Aktionen und Attraktionen im Odenwaldkreis durchführen und fördern, die Strahlkraft bis in die Großstädte hinein entwickeln und somit dort wie hier zu einer gesteigerten Wertschätzung des Odenwaldkreises als Ort für Erholung, zum Leben und zum Arbeiten beitragen.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; in unterschiedlichem Umfang voraussetzungsvoll, je nach Hauptverantwortung
  Hauptverantwortlich: Kreis, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteur*innen
  ID: 347; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
  Handlungsmöglichkeit ist auch in Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftemangel, Ziel 3.3 Vernetzung mit den Metropolregionen aufgeführt.
- Weiterführung des Themenschwerpunkts „Land-Neu-Denken“ in der Odenwald-Akademie als Multiplikator für Denkanstöße hin zu einer „Renaissance des ländlichen Raums“, Weiterführung der Förderung wissenschaftlicher Exzellenz aus dem Odenwaldkreis sowie Beiträge zur Erhöhung des MINT-Interesses in der Region als Beiträge für ein Image als moderne, zukunftsfähige Region.
  Kategorie: bereits in Umsetzung; personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 348; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  Zur Begründung siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung - Ziel 2.2.: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel
- *Veranstaltungen zum Regional- oder Rückkehrermarketing, die auch den Aspekt des Arbeitens in der Region berücksichtigen, lassen sich gut mit Maßnahmen des Ziels „1.7: Potential pendelnder Arbeitskräfte für den Odenwälder Arbeitsmarkt gewinnen“ kombinieren*

45. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Tourismus

SMART-Formulierung:

- Fortlaufender Ausbau moderner touristischer Netzwerke, Infrastrukturen, Angebote sowie von Marketingaktivitäten und Informations-Angeboten
- Erhalt der strategischen Kompetenz und Fortführung der Innovationstätigkeit im Bereich des Tourismus-Marketings

- Verstärkte Nutzung von Synergieeffekten des Bereichs Tourismus mit den Bereichen Mobilität, Kultur und Freizeit, Landschaft, Natur und Lebensmittel, etc.
- Stärkung der touristischen Nachfrage und Wertschöpfung
- Ausbau und Förderung hochwertiger Angebote für Tagungshotels, Workation, Work-Retreat und Co-Working
- Erreichen der Zielgröße von 500.000 Übernachtungen pro Jahr
- Optimierung der Wegeinfrastruktur und Interessensausgleich der verschiedenen Nutzer-Gruppen (Wandernde, Radfahrende, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz).

Erläuterung:

Siehe Analyseteil

Bezüglich des Themas „Wege“ siehe auch *Analyseteil der Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz – „Odenwälder Landschaften erleben“*

Hinsichtlich des wirtschaftlichen Erfolgs der Branche wären verschiedene weitere Kriterien erwägenswert. Die Zahl der geöffneten Betriebe hat als Indikator das Problem, dass dabei viele kleine Privatunterkünfte nicht erfasst werden. Andererseits können größere Betriebe mehr Übernachtungen abdecken. Eine Beurteilung, ob kleinere Betriebe oder größere Hotels besser für die Gesamtentwicklung sind, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Die Statistik zu den Betriebszahlen zeigt einen negativen Trend, bei gleichzeitigem Stagnieren der Gästeankünfte seit 2006.

Der wirtschaftlich aussagekräftigste Indikator sind die Zahlen zu den Übernachtungen pro Jahr und dem Umsatz in der Branche. Nicht nur 2020, sondern bereits in den Jahren davor konnte gerade in den Sommermonaten ein gewachsenes Interesse am Urlaub im Odenwald, bzw. im ländlichen Raum festgestellt werden. Man ist also auch von solchen übergreifenden Trends abhängig.

Handlungsmöglichkeiten

- Fortführung der Tourismusförderung und des Tourismusmarketings in jetziger Form mit der Kompetenz und Innovations-Kapazität der Odenwald Tourismus GmbH und der Landkreis-übergreifenden Zusammenarbeit
  Kategorie: kontinuierlich zu bearbeiten; bereits in Umsetzung befindlich
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis, Odenwald Tourismus GmbH
  ID: 349; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Nutzung von überregional verfügbaren Qualitätssiegeln zur zielgruppen-fokussierten Verbesserung der Angebote von Betrieben in der Gastronomie und der Tourismuswirtschaft
  Kategorie: kontinuierlich zu bearbeiten; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwald Tourismus GmbH
  ID: 350; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
- Initiative mit der Gastronomie- und Tourismuswirtschaft zur Steigerung der Wertschöpfung, der besseren Verknüpfung und Sichtbarkeit von Angeboten
  Kategorie: perspektivisch zu bearbeiten; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwald Tourismus GmbH
  ID: 351; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; gesamt:
  Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Ziel 2.2.: Wirtschaftsstruktur und Strukturwandel.
- Verstärkte Verknüpfung der Bereiche Mobilität, Veranstaltungen und Tourismus zur besseren Nutzung möglicher Synergieeffekte – durch regelmäßige Arbeits- und Austausch-Runden oder andere geeignete Formate
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis, Odenwald Tourismus GmbH, OREG
  ID: 352; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Aufbau von hochwertigen, nachfrageorientierten und gut vermarkteten Angeboten im Bereich Tagungshotels, Workation, Work-Retreat und Co-Working
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Unternehmen, Odenwald Tourismus GmbH, OREG, Kreis und Kommunen
  ID: 353; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- Forum zum Interessenausgleich unterschiedlicher Wegenutzungen zwischen wirtschaftlichen, Freizeit- und Umweltinteressen. Beteiligung der ehrenamtlichen Vereine, Tourismus Bergstraße-Odenwald, Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald, Vertretern aus Forst- und Landwirtschaft, Kommunen und Naturschutzverbänden
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis (evtl. Landschaftspflegeverband)
  ID: 275; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Bildung

Analyse

Um den Bildungs- und Lernprozess der Bevölkerung des Odenwaldkreises zu analysieren, ist es notwendig, alle Bildungsinstitutionen und deren Teilnehmende in ihrer Gesamtheit zu erfassen. Dabei spielt insbesondere das Konzept des Lebenslangen Lernens eine wichtige Rolle. Dieses beinhaltet alles Lernen, welches während des gesamten Lebens zur Verbesserung von Wissen, Qualifikationen und Kompetenzen dient. Daher wird in der vorliegenden Teilstrategie auf alle Teilstationen dieses Prozesses von den Institutionen der frühkindlichen Bildung über allgemeinbildende und berufliche Schule bis hin zur Volkshochschule Bezug genommen. Weiterführende und inhaltlich tiefgreifendere Analysen und Erläuterungen sind dem Bildungsbericht 2021 zu entnehmen.

Als Bildungsinfrastruktur wird die Gesamtheit der in einem Areal vorhandenen Bildungseinrichtungen verstanden. Dabei wird zwischen schulischer und außerschulischer Bildungsinfrastruktur unterschieden. Wenn hierbei die Anzahl der regional vorhandenen Bildungseinrichtungen und deren Bildungsteilnehmer betrachtet wird, können Rückschlüsse über die ausreichende flächendeckende Bereitstellung von Bildungsangeboten gezogen werden. Ausgenommen des Bereichs Erwachsenenbildung gab es im Schuljahr 2018/2019 13.343 Bildungsteilnehmer*innen. Das macht einen Anteil von fast 15 % der Gesamtbevölkerung des Odenwaldkreises aus. Hiervon entfallen 1 % auf die beruflichen Schulen (die verschiedenen Schulformen am Beruflichen Schulzentrum Odenwaldkreis (BSO) werden hierbei einzeln gewertet). Insgesamt werden die Bildungsteilnehmer*innen von (öffentliche und freie Träger zusammenfassend) 130 Bildungseinrichtungen versorgt. Es ergibt sich daraus eine Dichte von etwa 5 Kindertageseinrichtungen pro Gemeinde und etwa 5 allgemeinbildenden Schulen pro Gemeinde. Dementsprechend ist flächendeckend ein Zugang zu Bildung im Alter von 0 bis 20 Jahren gewährleistet.

Horizont 2030

Gefahren / „Murphy's Law"

Die Bildungsinfrastruktur im Odenwaldkreis ist nicht zuletzt die Basis für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Region. Wie auch in der *Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung* beschrieben wird, ist diese Zukunft von einem deutlichen Strukturwandel geprägt – hin zu einer immer stärkeren „Wissensökonomie". Daher wächst der Bedarf nach Personen mit Fachkräfte-Qualifikation und Hochqualifizierten. Hingegen gibt es aufgrund steigender Automatisierung und aufgrund der weltweiten Arbeitsteilung in Deutschland immer weniger Arbeit für Geringqualifizierte. Geringqualifizierte machen bereits heute 92 % der arbeitslosen SGB-II Empfänger aus. Bildung wird also immer wichtiger für die Wirtschaft des Landes und der Region.

Wie dem Bildungsbericht zu entnehmen ist, streben bereits 60% der SuS im Odenwaldkreis eine Hochschulreife an, was diesem Strukturwandel bereits entgegenkommt. Besonders kritisch zu betrachten sind aber die hohen Schulabbrecher-Quoten und der drohende Abbau von Bildungsinfrastruktur, vor allem im Bereich der beruflichen Bildung.

Ein Abbau beruflicher Bildungsmöglichkeiten im Odenwaldkreis – in Verbindung mit der Schließung möglicher weiterer Berufsschulklassen oder sonstiger Einschränkungen des Betriebs des BSO – hätte negative Auswirkungen sowohl auf den Odenwaldkreis als auch den großstädtischen Raum. Zum einen ist hierbei der bereits spürbare Fachkräftemangel der Unternehmen im Odenwaldkreis. Mit einem weiteren Abbau von Berufsschulklassen werden noch mehr junge Leistungsträger ein Studium oder eine Ausbildung außerhalb der Region anstreben. Abgewanderte bleiben der Region u.U. auf Dauer verloren und fehlen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in Zivilgesellschaft. Wie in der *Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander* erläutert wird, ist es schwieriger, (junge) Menschen für den ländlichen Raum zu gewinnen, als sie in der Region zu halten. Zum anderen tragen diese Personen auch zu einer weiteren Überlastung Wohnungsmarktes und der Verkehrsinfrastruktur in den Metropolen bei. Auch ein vermehrtes Pendeln zu Schulen und Arbeitsstätten im Ballungsraum bringt negative Folgen für Infrastruktur und Klimawandel.

Langfristig ist es im Kontext dieses wirtschaftlichen Strukturwandels wohl von zentraler Wichtigkeit, dass auch im Odenwaldkreis ein stärkeres Hochschulangebot geschaffen wird. Im Idealfall sollten derartige Bildungsgänge im fachlichen Zusammenhang mit dem Bedarf von regionalen Unternehmen geschaffen

werden. Auf diese Weise können Personen in der Region gehalten und parallel auch von außerhalb gewonnen werden. Mit der Verbindung mit der regionalen Wirtschaft kann eine dauerhafte regionale Bindung geschaffen werden. Auch dies wäre ein kleiner Beitrag zu einer Entzerrung der grassierenden Metropolisierung in Hessen.

Ebenfalls von großer Relevanz für die Fachkräftesicherung und die demographische Entwicklung des Odenwaldkreises ist ein Ausbau der Betreuungsinfrastruktur im U3-, Ü3- und Grundschulbereich. Ein wohnortnahes, zeitlich umfangreiches Angebot ist als zentrale Stellschraube zur Erhöhung der wirtschaftlichen Teilhabe und Gleichberechtigung von Frauen zu betrachten (*siehe Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander*).

Besorgniserregend ist der hohe Ausländeranteil unter den Schulabbrechern. Eine solche Ungleichheit bei den Bildungsabschnitten mündet u.U. in eine erhöhte ökonomische Ungleichheit und verhindert eine sozioökonomische Kohärenz der örtlichen Gesellschaft. Sowohl bei Personen ohne Schulabschluss als auch im Bereich der beruflichen Weiterbildung wird lebenslanges Lernen und Weiterbildung eine immer wichtigere Aufgabe. Der Einwanderungssaldo des Odenwaldkreises über die letzten 10 Jahre zeigt eine klare Zunahme der ausländischen Bevölkerung bei gleichzeitiger Abnahme der Bevölkerung mit deutschem Pass. Parallel dazu gilt es also, die Zielgruppenverschiebung in den Bildungsangeboten zu vollziehen und dieses passgenau auf die teils unterschiedlichen Bedürfnisse auszurichten und eine erfolgreiche Integration somit zu begünstigen.

Chancen

Die Auslastung der Bildungseinrichtungen betrachtend lässt sich festhalten, dass insgesamt der Anteil von 2012/2013 bis 2018/2019 an Bildungsteilnehmenden um 5 % gesunken ist. Dieser Trend ist insbesondere auf die sinkende Teilnehmendenzahl an den beruflichen Schulen um 9 % und den allgemeinbildenden Schulen um ebenfalls 9 % im vorgenannten Zeitraum zurückzuführen. Lediglich die Anzahl der Kinder in Kindertageseinrichtungen ist um 10 % gestiegen und läuft dementsprechend dem Trend entgegen. Ein Zusammenhang zwischen der Anzahl der Bildungsteilnehmenden und der Anzahl der Bildungseinrichtungen kann nicht hergestellt werden. Entgegen der Entwicklung der Teilnehmendenzahlen hat sich die Anzahl der Bildungseinrichtungen sogar um 26 % erhöht. Das spricht wiederum für eine Erhöhung von Bildungsqualität und -standards im Odenwaldkreis. Mit einer höheren Dichte an Bildungseinrichtungen ist es möglich, die Teilnehmer intensiver und qualitativer zu betreuen und beschulen. Allerdings ist auffällig, dass im Zeitverlauf der Anteil der Kindertageseinrichtungen leicht gesunken ist, wobei es der einzige Bildungszweig ist, bei welchen die Anzahl der Teilnehmenden gestiegen ist, während bei den beruflichen und allgemeinbildenden Schulen genau ein umgekehrter Effekt zu beobachten ist. Die Erhöhung der Anzahl an Bildungsteilnehmenden in den Kindertageseinrichtungen scheint auf die Kostenübernahme für den Zeitraum von bis zu 6 Stunden pro Tag ab dem Kindergartenjahr 2018/2019 für Kinder ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt zurückzuführen zu sein.

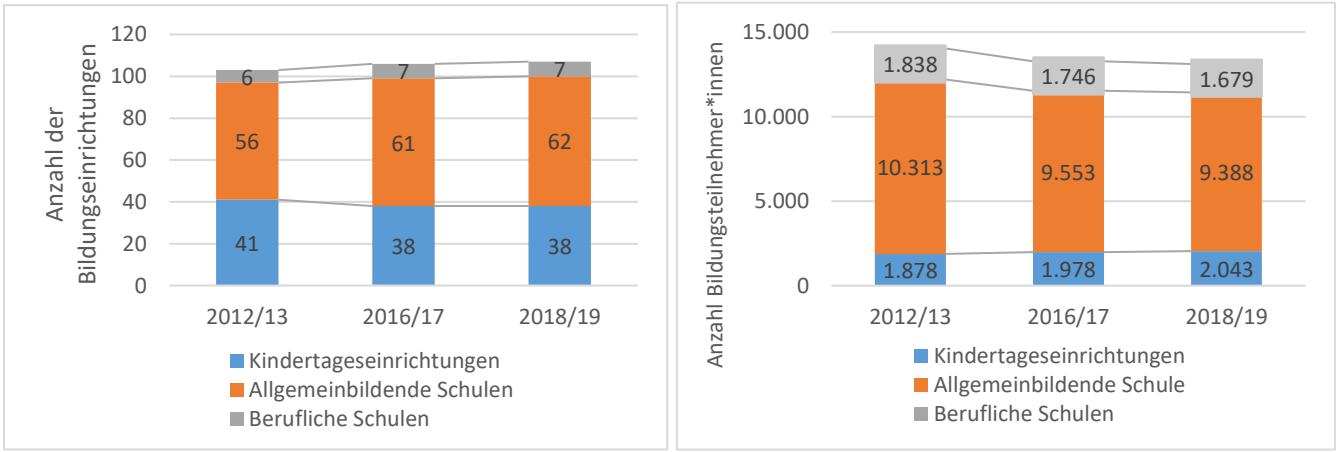
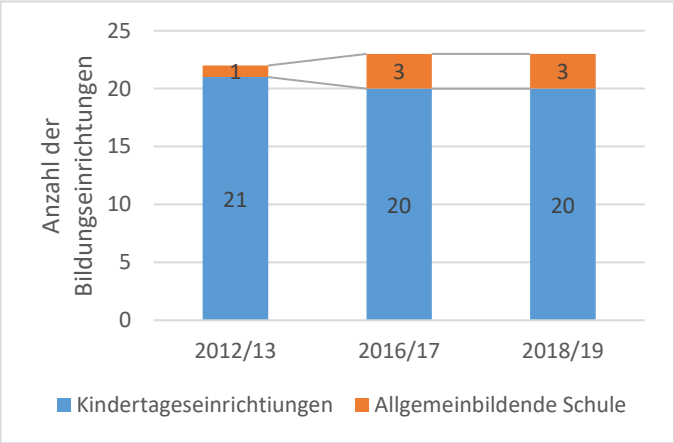


Abbildung 190: Anzahl der Bildungseinrichtungen und Bildungsteilnehmenden der öffentlichen Träger im zeitlichen Verlauf. Verschiedene Schulformen am (BSO) sind einzeln gezählt. Quelle: statistische Ämter des Landes Hessen und des Bundes (www.bildungsmonitoring.de), eigene Berechnung und Darstellung



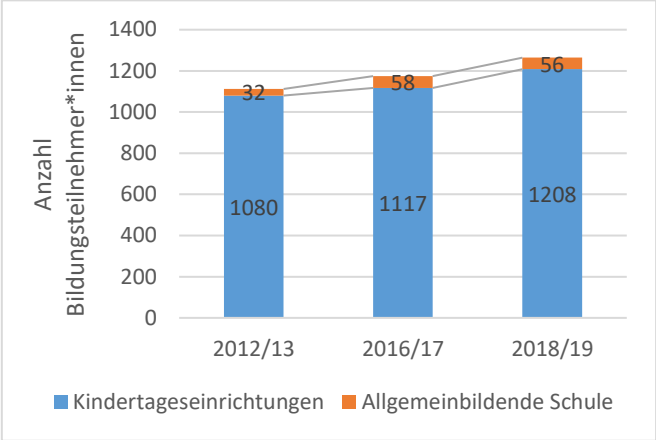


Abbildung 191: Anzahl der Bildungseinrichtungen und Bildungsteilnehmenden der freien Träger im zeitlichen Verlauf Quelle: statistische Ämter des Landes Hessen und des Bundes (www.bildungsmonitoring.de), eigene Berechnung und Darstellung

Zielbereiche für die Teilstrategie Bildung

Aus den im Bildungsbericht 2021 analysierten Daten für die Bildungsstationen im Einzelnen gehen folgende festzuhaltende strategische Zielbereiche hervor:

46. Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung
- Erhöhung der Chancengleichheit für alle Kinder zum Zeitpunkt des Schuleintritts
- Bedarfsgerechte und zukunftsgerechte Versorgung in der frühkindlichen Bildung

47. Allgemeinbildende Schulen
- Umbau der Schulentwicklungsplanung hin zu einem effektiv wirksamen, strategischen Werkzeug
- Grundschulen
- Weiterführende Schulen

48. Berufliche Bildung
- Strategische Neuausrichtung des BSO zur dauerhaften Sicherung des Bestands und für steigende Schülerzahlen auf ein nachhaltig tragfähiges Niveau
- Verbesserung der infrastrukturellen Anbindung des BSO durch Angebote des Wohnens und des Verkehrs

49. Erwachsenenbildung
- Bindende offizielle Kooperationen
- Programmplanung der VHS
- Einrichtung einer Marketingstrategie mit klarer Zielgruppe

50. Datenbasiertes kommunales Bildungsmonitoring
- Verstetigung des datenbasierten Bildungsmanagements
- Einrichtung der Bildungslandschaft Odenwaldkreis

46. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung

Ziel 46.1 Erhöhung der Chancengleichheit für alle Kinder zum Zeitpunkt des Schuleintritts

SMART-Formulierung:

- Flächendeckende jährliche Durchführung von KISS (Kinder-Sprach-Screening) an den Kindertagesstätten

- Maßnahmen zur stetigen Verbesserung der frühkindlichen Bildung für kontinuierlich bessere durchschnittliche Ergebnisse bei den Schuleingangsuntersuchungen mit besonderer Rücksicht auf sozioökonomisch benachteiligte Kinder

Erläuterung:

Der Schlüssel zur Integration ist immer die Sprache, da diese auch den Zugang zur Kultur bedeutet. Dementsprechend wichtig ist es, die standardisierten Untersuchungsverfahren zur Ermittlung des Sprachstandes der Kinder zu nutzen und diese auch zu einem festen Stichtag auszuwerten. Bereits bei der Schuleingangsuntersuchung für das Schuljahr 2018/2019 waren 44 % der untersuchten Kinder ausländischer Herkunft. Von 83 % dieser Kinder ist die Erstsprache nicht Deutsch. Damit sprechen insgesamt fast 40 % der Kinder, welche für das Schuljahr 2018/2019 untersucht wurden, nicht als Erstsprache Deutsch. Vergleichsweise waren es in Gesamtdeutschland im Jahr 2018 bei den 3 bis unter 6-Jährigen 22 % und in Hessen 31 %. Von den 282 Kindern mit nichtdeutscher Familiensprache haben mit 152 Kindern mehr als die Hälfte erhebliche Probleme mit der deutschen Sprache – ausgehend von keinem Deutschverständnis, über rudimentäres Deutschverständnis hin zu „flüssig mit erheblichen Fehlern“. Lediglich 18 % der übrigen Kinder sprechen fehlerfreies Deutsch.

Prinzipiell wird in Hessen unabhängig von der Sprachstandserhebung im Rahmen der Schulanmeldung eine Sprachstandserhebung mit dem Kinder-Sprach-Screening (KiSS) nach EULER et al. (2007) durchgeführt. Hierbei handelt es sich um eine freiwillige Untersuchung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, die bereits zwei Jahre vor Beginn der Schulpflicht und damit ein Jahr vor der Schulanmeldung, stattfindet. Kinder, die im Rahmen dieser Untersuchung als förderbedürftig eingeschätzt werden, können dann freiwillig an einem 12-monatigen Sprachförderprogramm teilnehmen. Aufgrund personeller Engpässe wurde KiSS in den letzten Jahren an lediglich einer Kindertageseinrichtung im Odenwaldkreis durchgeführt. Im Hinblick auf die ansteigende Migration und der höher werdenden Migrationsanteile in den Grundschulen ist dieser Umstand als bedenklich einzustufen. Lediglich die Hälfte der Kinder, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, besucht einen Vorlaufkurs in deutscher Sprache, welcher unabhängig zu den Sprachförderprogrammen auf Grundlage von KiSS angeboten wird.

Handlungsmöglichkeiten:

- Prüfung der Möglichkeit der flächendeckenden Einführung von KiSS durch das Gesundheitsamt und das Bildungsmanagement
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Gesundheitsamt, Bildungsmanagement
  ID: 355; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 1; **gesamt: 1**
- Dauerhafte Übertragung der Aufgabe *Auswertung von Schuleingangsuntersuchung* (und perspektivisch KISS) vom Gesundheitsamt an das Bildungsmonitoring
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Gesundheitsamt, Bildungsmonitoring
  ID: 356; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: 3; gesamt:
- Prüfung der Einführung einer flächendeckenden Eingangsstufe durch das Bildungsmanagement und die Schulverwaltung
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsmanagement, Schulverwaltung
  ID: 357; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie**: 3; gesamt:
- Jährliche Auswertung der Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung und von KiSS durch das Bildungsmonitoring, mit festem Stichtag zur Kommunikation der Ergebnisse an den Ersten Kreisbeigeordneten sowie an den Schul- und Kulturausschuss
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsmanagement, Schulverwaltung
  ID: 358; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 2; gesamt:
- Prüfung niedrigschwelliger Sprachkurs-Formate an Kindertageseinrichtungen durch das Bildungsmanagement und die VHS, in bedarfsgerechtem Umfang
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsmanagement
  ID: 359; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: 3; gesamt:

- Einführung niedrigschwelliger Sprachkurse an Kindertageseinrichtungen in bedarfsgerechtem Umfang
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; konzeptionell, finanziell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsmanagement
  ID: 360; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie**: 3; gesamt:

Ziel 46.2 Bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Versorgung in der frühkindlichen Bildung

SMART-Formulierung

- Aufstellung eines neuen Jugendhilfeplans mit Festlegung von Ziel-Betreuungsquoten in allen Ortsteilen sowie der Prüfung der Erreichbarkeit von Betreuungsangeboten

Erläuterung

Ein aktueller Jugendhilfeplan als Gesamtheit existiert derzeit für den Odenwaldkreis nicht. Ende der 80er hat sich der Odenwaldkreis mit großem Ressourceneinsatz dem Thema Jugendhilfeplanung angenommen. Es sollten zum allgemeinen Teil zehn Teilpläne erstellt werden. Diese sind in den 1990ern teilweise fortgeschrieben, bzw. überarbeitet worden. Es hat um 1990 und um 2005/2007 jeweils eine Kooperation/Beauftragung der TU Darmstadt (Fachbereich Soziologie) gegeben. Ersteres war eine großangelegte Befragungserhebung, letzteres eine Zusammenstellung sozialstruktureller Kennzahlen. Beides ist jedoch nicht als ein Jugendhilfeplan zu verstehen, sondern hätte als wissenschaftliche Fundierung eines solchen genutzt werden können. Zudem ist der stark überwiegende Teil des Datenmaterials – insbesondere jüngeren Datums – auch in der Summe dem gesetzlichen Auftrag der Jugendhilfeplanung (§80 SGB VIII) nicht gerecht, da zum einen wenige Elemente der Bedarfsermittlung unter Beteiligung der jungen Menschen vorliegen, zum anderen auch kaum Planungsschritte im Sinne einer tatsächlichen Vorausplanung definiert sind.

Da aktuell eine umfassende Gesetzesreform in der Kinder- und Jugendhilfe verabschiedet wurde, die die Planungsgebote und Aufgaben im Jugendamt erweitert und eine sozialräumliche Orientierung der Jugendhilfeplanung nahelegt, erscheint es sinnvoll, die Jugendhilfe auch anhand der aktuellen sozialen Megatrends (demografischer Wandel/ländlicher Raum, Bevölkerungsentwicklung, Migration, Bedeutungszuwachs der Bildungs- und Erziehungsinstitutionen zuungunsten familialer Strukturen, Digitalisierung usw.) auszurichten. Es braucht hier Antworten im Sinne von Handlungsstrategien. Zudem haben die Covid-19-Pandemie, stärker noch die Folgen der Lockdowns, unmittelbare Auswirkungen negativer Art verstärkt bei Kindern aus sozial belasteten Familien. Die Gefahr sich vergrößernder Dunkelfelder, in denen sich das Wohl der jungen Menschen verschlechtert, ist gegeben. Es braucht hier eine belastbare Informations- und Datenlage.

Handlungsmöglichkeiten:

- Erarbeitung eines neuen Jugendhilfeplans mit Berücksichtigung von a) einer zielgerichteten Planung für den Bereich der frühkindlichen Bildung mit der Beteiligung von jungen Menschen und freien Trägern sowie von b) Formulierung einer normativen (wertebezogenen) und eine fachwissenschaftlichen (pädagogischen etc.) Fundierung des Planungshandelns
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Jugendhilfeplanung
  ID: 361; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 1; **gesamt: 1**
  Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander; Zielbereich 18: Freizeitangebote und regionale Bindung Jugendlicher (ID 184)
- Systematisierte Koordinierung der Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfeplanung und Kreisentwicklungsplanung im Rahmen des Strategieteams zur Kreisentwicklung
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreisentwicklungsplanung, Jugendhilfeplanung
  ID: 362; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 1; gesamt:

47. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Allgemeinbildende Schulen

Ziel 47.1 Umbau der Schulentwicklungsplanung hin zu einem effektiv wirksamen, strategischen Werkzeug

SMART- Formulierung:

- Definition von effektiven Prozessen und eines Controllings zur Schulentwicklungsplanung und jährliche Prüfung der festgelegten Ziele innerhalb des Planungszeitraums

Erläuterung:

Der Odenwaldkreis muss aufgrund des hessischen Schulgesetzes § 145 einen Schulentwicklungsplan aufstellen, der gegenwärtige und zukünftige Schulbedarfe aufzeigt und Schulstandorte aufweist. Eine optimale Schulentwicklungsplanung im Odenwaldkreis muss damit zum einen mit benachbarten Schulträgern der Landkreise Darmstadt-Dieburg und Bergstraße sowie zum anderen mit den Fachplanungen des Odenwaldkreises, insbesondere der Jugendhilfeplanung, abgestimmt sein.

Aktuell werden hierzu regelmäßig Zahlen erhoben sowie Herausforderungen und Ziele festgehalten. Jedoch schließt sich kein systematisches Controlling der Ziele und Bedarfe für die Planungsperiode an. Daher ist davon auszugehen, dass gewisse Abweichungen von Zielen und Handlungsspielräumen maximal bei der Erstellung des nächsten Schulentwicklungsplanes auffallen würde, sofern ein Ziel der neuen Planungsperiode wäre, den Erfolg der vorherigen abzubilden. Veränderungen beispielsweise des aktuellen Sanierungsstandes einzelner Schulen ist sicher dokumentiert und abfragbar, aber nicht Teil eines ganzheitlichen Controllings. Daher sollte Schulentwicklungsplanung vielmehr als Prozess verstanden werden, der einer Begleitung durch einen wissenschaftlichen Mitarbeiter bedarf und deren Ergebnisse zur Kreisentwicklungsplanung beitragen sollten. Es ist nötig, innerhalb der Planungsperiode zu einem jeweiligen Jahresstichtag die Schülerzahlenprognosen für alle Schulen zur Diskussion mit dem Bildungsdezernenten zu stellen, sodass auf Entwicklungen bildungspolitisch reagiert werden kann. Aktuell erfolgen Prognosen lediglich auf spezielle Anfragen von Schulen oder aber spätestens alle 5 Jahre zur Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes.

Die Auswertungen über die räumlichen und technischen Ausstattungen an den einzelnen Schulen wird bislang nicht periodisch geführt. Zwar können diese über das Schülerzahlenprognoseprogramm in der Schulverwaltung erfasst werden. Diese werden aber aufgrund der verschiedenen abteilungsübergreifenden Zuständigkeiten nicht gepflegt. Gewisse Projekte, wie der Digitalisierungspakt, könnten jedoch massiv davon profitieren. Dementsprechend sollte eine interne kooperative Zusammenarbeit zwischen Schulverwaltung, BIMO sowie der IuK angedacht werden, die es ebenfalls zu einem jährlichen Stichtag ermöglicht, eben diese Ausstattung im aktuellen Stand an allen Schulen zu erfassen und zur Verfügung zu stellen. Von dieser ausführlichen und aktuellen Aufstellung über Räumlichkeiten und Ausstattung könnte auch die VHS profitieren.

Handlungsmöglichkeiten

- Integration von benachbarten Schulträgern in den Planungsprozess
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsmonitoring, Jugendhilfeplanung, Schulverwaltung
  ID: 363; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: 3; gesamt:
- Integration der Jugendhilfeplanung in den Planungsprozess zur Schulentwicklungsplanung
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsmonitoring, Jugendhilfeplanung, Schulverwaltung
  ID: 364; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: **1**; gesamt:
- Jährliche Zusammenkunft von Jugendhilfeplanung, Bildungsmonitoring und Schulverwaltung zur strategischen Besprechung der Schülerzahlenprognosen inklusive der Aktualisierung der zur Prognose nötigen Programme durch das Bildungsmonitoring mit anschließender Kommunikation des Protokolls an den Ersten Kreisbeigeordneten sowie Kommunikation der wichtigsten Ergebnisse an die betreffenden Schulen und an den Schul- und Kulturausschuss
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsmonitoring, Jugendhilfplanung, Schulverwaltung
  ID: 365; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: **1**; gesamt

Ziel 47.2 Grundschulen

SMART-Ziele:

- Erhalt des wohnortnahen Bildungsangebots in der Primarstufe
- Verbesserung der Bildungschancen aller SuS und Beitrag zu einer besseren beruflichen Teilhabe der Kreisbürger*innen durch Ausweitung der Ganztags-Angebote auch an Grundschulen
- Flächendeckende Nachmittagsbetreuung in allen Grundschulen über 14.30 Uhr hinaus

Erläuterung

Der Odenwaldkreis verfügt über 27 Grundschulen. Mit 3.343 Bildungsteilnehmenden werden fast ein Drittel der Schülerinnen und Schüler an den Grundschulen des Kreises beschult. Der Odenwaldkreis verfolgt den Anspruch ein wohnortnahes Bildungsangebot, insbesondere für die jüngsten Bildungsteilnehmenden, zu gewährleisten. Dies geht vor allem mit der Erhaltung von Grundschulstandorten einher.

Für die ganztägigen Betreuungsangebote gibt es aktuell drei unterschiedliche Modelle. Die zwei Modelle, welche aktuell von den Grundschulen im Odenwaldkreis angeboten werden, ist das *Ganztagsangebot* (GTA) sowie die *Betreute Grundschule* (BGS).

Unter einem Ganztagsangebot versteht man eine ganztägig arbeitende Schule (Grundschule und weiterführende Schule). Das Angebot ist bis auf das Mittagessen kostenlos. Dabei unterscheiden sich drei Profile, welche in nachfolgender Tabelle gegenübergestellt werden.

Profil	Betreuungszeiten	Tage pro Woche	Angebot
1	7:30 Uhr bis 14:30 Uhr	mindestens 3 Schultage pro Woche	• freiwillig • gemeinsamen Mittagessen • Hausaufgabenbetreuung • Fördermaßnahmen • erweiterte Angebote im Wahl- und Freizeitbereich
2	7:30 Uhr bis 16:00 oder 17:00 Uhr	alle 5 Schultage	• freiwillig • gemeinsamen Mittagessen • Hausaufgabenbetreuung • Fördermaßnahmen • erweiterte Angebote im Wahl- und Freizeitbereich • sowie den Unterricht ergänzende und erweiternde Arbeitsgemeinschaften • Sport- und Spielgruppen
3 (Ganztagsschule)	7:30 Uhr bis 16:00 oder 17:00 Uhr	alle 5 Schultage	• verpflichtend • gemeinsamen Mittagessen • Betreuung • Unterricht • verpflichtende Angebote im Wahlbereich

Tabelle 27: Erläuterungen der Profile 1, 2 und 3 des Ganztagsangebots

Anders als bei den Angeboten der GTA ist die Teilnahme an der BGS kostenpflichtig. Bei letzterer werden die Schülerinnen und Schüler vor Schulbeginn (Frühbetreuung von ca. 7.00 Uhr bis Schulbeginn) und nach Schulschluss (von ca. 12.00 – 17.00 Uhr) betreut. Ein gemeinsames warmes Mittagessen und altersgerechte Gemeinschafts- und Aufenthaltsräume, sowie Spiel und Ruhemöglichkeiten werden gewährleistet. Ergänzt wird dieses Angebot durch die Ferienbetreuungszeiten und die Betreuungszeiten an beweglichen Ferientagen.

Im Odenwaldkreis bieten alle Grundschulen mindestens das Profil 1 der GTA und/oder die BGS an. Jedoch deckt lediglich eine Grundschule auch Profil 2 und 3 der GTA ab. Dabei betreuen vier Grundschulen mit Profil 1 des GTA ausschließlich bis 14.30 Uhr.

Über die genannten Betreuungsformen hinaus gibt es den *Pakt für den Nachmittag*, an welchem die Grundschulen des Odenwaldkreises aktuell aber noch nicht teilnehmen. Im aktuellen Schulentwicklungsplan ist allerdings festgehalten, dass der Odenwaldkreis dies anstrebt, die Teilnahme zu beantragen, vorausgesetzt dies wird von den Schulen ausdrücklich gewünscht, ist inhaltlich und finanziell sinnvoll und es sich um eine Verzahnung und nicht um eine Aufreihung von unverbundenen Angeboten

handelt. Im *Pakt für den Nachmittag* übernehmen Land und Schulträger erstmals gemeinsam Verantwortung für ein integriertes und passgenaues Bildungs- und Betreuungsangebot. Das Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern sowie den Eltern die Möglichkeit zu bieten Beruf und Familie zu vereinbaren. Die Teilnahme an diesem Angebot ist freiwillig, jedoch nach Anmeldung des Kindes verpflichtend. Teilnehmende Grundschulen und Grundstufen von Förderschulen bieten an 5 Tagen die Woche von 7:30 Uhr bis 17:00 Uhr sowie in den Schulferien ein Bildungs-und Betreuungsangebot mit einem gemeinsamen warmen Mittagessen an. Eltern können zwischen zwei Modulen wählen, einem kürzeren bis 14:30 oder 15:00 Uhr und einem längeren bis 17:00 Uhr. Je nach Bedarf und orientiert an den vor Ort vorhandenen Strukturen und dem gemeinsam entwickelten Konzept wird im *Pakt für den Nachmittag* ein für die jeweilige Kommune passendes Angebot etabliert, das Ganztag und Betreuung stärker verzahnt.

Siehe außerdem: Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung, Zielbereich 5: Work-Life-Balance, Ziel 5.1: Kinderbetreuung

Handlungsmöglichkeiten

- Die Zukunftsfähigkeit und damit die Dynamik der einzelnen Bildungsstandorte wird durch ein ganzheitliches Konzept im Rahmen eines Bildungs- und Erziehungsplans für Kinder von 0 bis 10 gesichert.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Schulverwaltung
  ID: 366; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie:** 2; gesamt
- Turnusmäßige Prüfung der Betreuungsquoten an den Grundschulen
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Schulverwaltung
  ID: 367; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: **1**; gesamt:
- Proaktive Ansprache der Grundschulen über die Teilnahme der Grundschulen am Pakt für den Nachmittag durch die Schulverwaltung
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Schulverwaltung
  ID: 368; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: **1**; gesamt:
- *Siehe außerdem: Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung, Zielbereich 5: Work-Life-Balance, Ziel 5.1: Kinderbetreuung*

Ziel 47.3 Weiterführende Schulen

SMART-Formulierung

- Reduktion des Anteils der Schüler*innen ohne Schulabschluss auf den hessischen Durchschnittswert und verbesserte Chancengleichheit zur Erlangung eines allgemeinbildenden Abschlusses

Erläuterung

Im Odenwaldkreis besitzt der überwiegende Teil der Bevölkerung einen Hauptschul- oder mittleren Abschluss. Dieser Status Quo setzt sich auch mit den Abschlusszahlen des Schuljahres 2018/2019 weiter fort. Unabhängig von der Herkunft schließt ein Großteil mit 55 % der Schulabgänger mit einem Hauptschul- oder mittleren Abschluss ab. Dabei bildet der Hauptschulabschluss mit mehr als einem Drittel der Schulabgänger den am häufigsten absolvierten Abschluss.

Allerdings gibt es auch herkunftsbedingte Unterschiede im Abschlussverhalten. Insbesondere ist auffällig, dass im Vergleich (vgl. Abbildung 192) nahezu doppelt so viele nichtdeutsche Schüler*innen das Schuljahr abgebrochen haben wie deutsche Schüler*innen. Ein sehr geringer Anteil deutscher Schüler*innen hat mit 2,2 % das Schuljahr ohne Hauptschul- oder sonstigen Abschluss beendet. Dieser Umstand fällt bei den Schüler*innen nichtdeutscher Herkunft mit 9,2 % vergleichsweise viermal so hoch aus. Insofern sollte an dieser Stelle die Frage nach der Chancengleichheit im Bildungssystem des Odenwaldkreises gestellt werden und inwieweit dieser Diskrepanz hinsichtlich der Herkunft entgegenzuwirken ist.

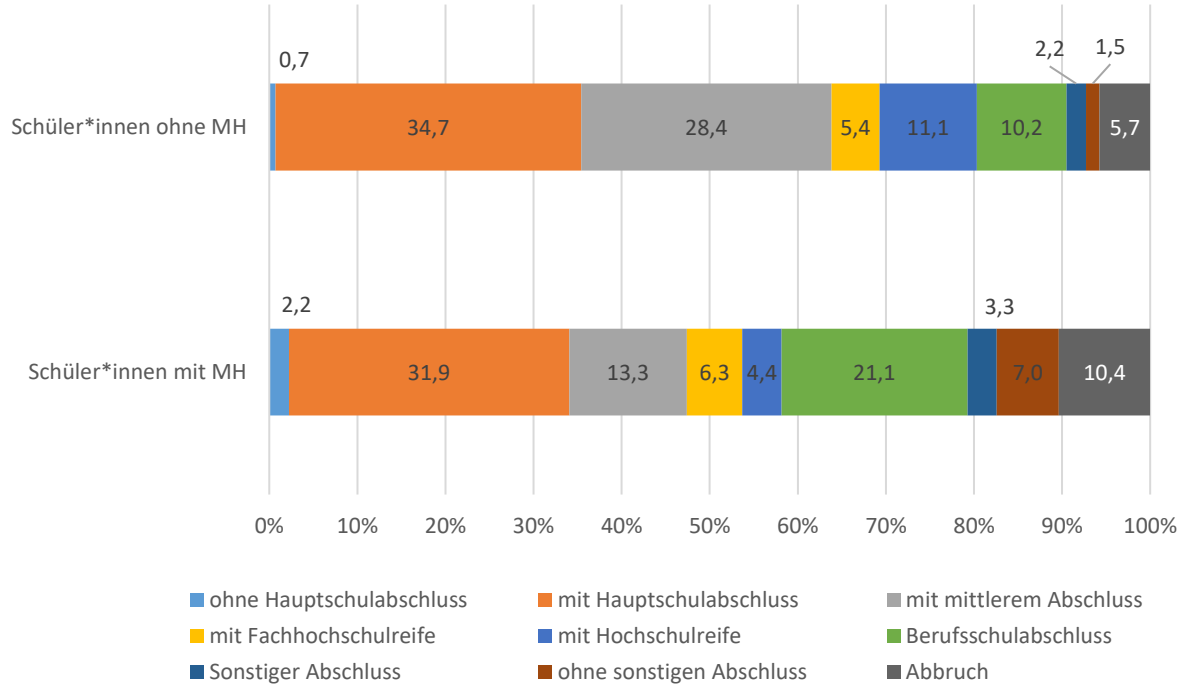


*Abbildung 192: Schulabgänger*innen nach Migrationshintergrund und Schulform Schuljahr 2018/2019. Quelle: Landesschulstatistik, eigene Berechnung und Darstellung*

Eine weitere Perspektive bildet die Aufschlüsselung der Anteile von Schüler*innen mit und ohne Migrationshintergrund an den einzelnen Abschlüssen (vgl. Abbildung XXX58). Bei den drei Abschlüssen Hauptschulabschluss, mittlerer Abschluss sowie Hochschulreife liegt der Anteil an Schüler*innen mit Migrationshintergrund unter 10 %. Bei beiden letztgenannten sogar bei lediglich um die 5 %. Die höchsten Anteile liegen jedoch unter anderem in den Bereichen „ohne sonstigen Abschluss“ mit 35,2 %, ohne Hauptschulabschluss mit 27 % sowie Abbruch mit 17 %, was eine bedenkliche Situation darstellt, denn ein Abschluss ist die Grundvoraussetzung für den Übergang ins Berufsleben und damit für eine erfolgreiche Integration.

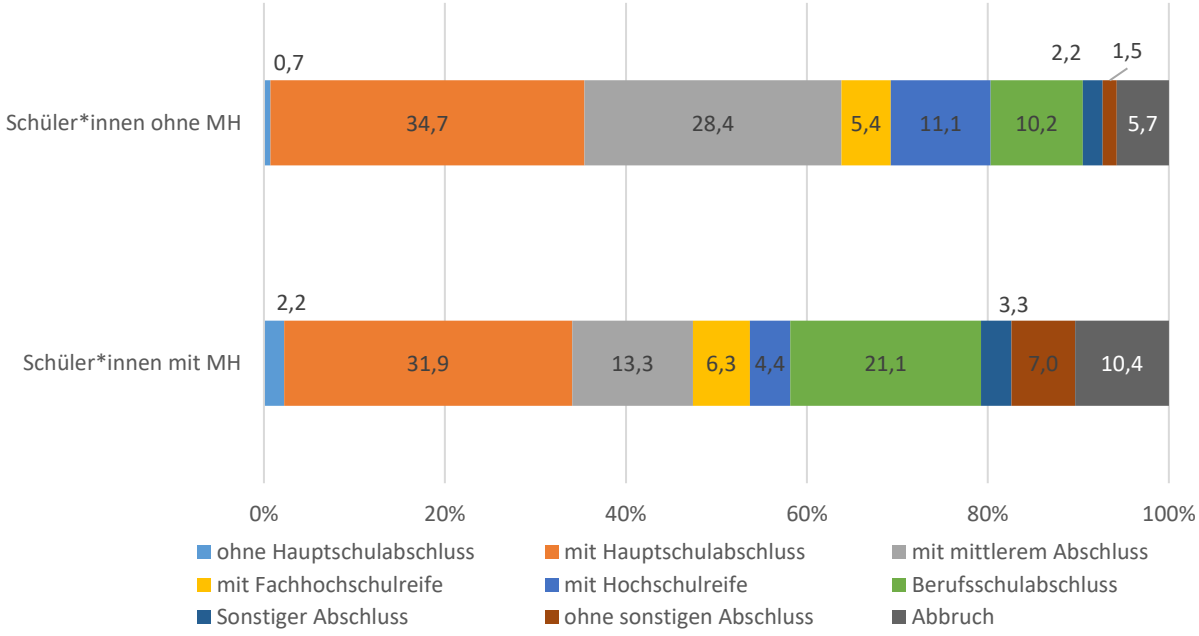


*Abbildung 193: Schüler*innen nach Migrationshintergrund und Schulform im Schuljahr 2018/2019. Quelle: Landesschulstatistik, eigene Berechnung und Darstellung*

Die meisten Schulabgänger ohne Abschluss kommen aus der Sekundarstufe I. Hier hat sich jedoch in den letzten 3 Schuljahren ein starker Wandel vollzogen. Während im Schuljahr 2017/2018 noch der Großteil Schüler*innen ohne Abschluss mit 9,8 % von den Hauptschulen und 0 % von den Mittelstufenschulen kam, sind im Schuljahr 2019/2020 keine Schulabgänger ohne Abschluss von den Hauptschulen hervorgegangen, jedoch 6,9 % von der Mittelstufenschule. Auf einen Anstieg bzw. Abfall der Grundgesamtheit an Schüler*innen an diesen Schulen kann dieser Effekt nicht zurückgeführt werden. Da es im Bundesdurchschnitt jedoch so ist, dass die meisten Schulabgänger ohne Schulabschluss aus den Hauptschulen hervorgehen, was bis zum Schuljahr 2017/2018 auch im Odenwaldkreis so war, sollte herausgefunden werden, aus welchen Gründen innerhalb der Kürze der Zeit die Hauptschüler im Kreis so erfolgreich geworden sind.

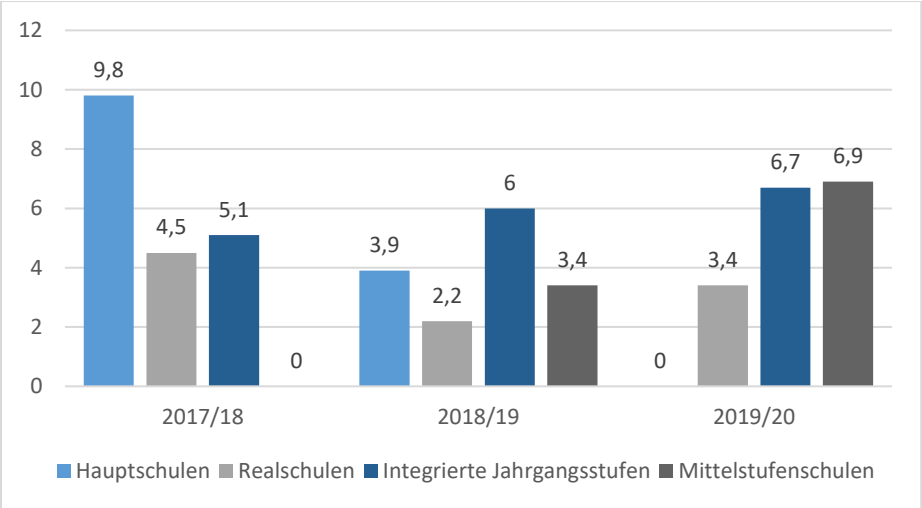


Abbildung 194: Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss der Sekundarstufe I in %; Quelle: statistische Ämter des Landes Hessen und des Bundes (www.bildungsmonitoring.de), eigene Darstellung

Handlungsmöglichkeiten

- Analyse der Ursachen der hohen Abschlusserfolgsquote an den Hauptschulen als mögliches Best-Practice-Beispiel für die anderen Schulformen
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsmonitoring
  ID: 369; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; Teilstrategie: 3; gesamt:
- Prüfung unterrichtsbegleitender Formate zur Erhöhung der Abschlussquote durch das Bildungsmanagement und die VHS
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsmonitoring, VHS
  ID: 370; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; Teilstrategie: 3; gesamt:
- Kooperation zwischen VHS und BSO bei den Haupt- und Realschulkursen zur Gewährleistung der Bereitstellung unterschiedlicher aufeinander abgestimmter oder aufbauender Konzepte zur Erlangung des jeweiligen Schulabschlusses
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro, VHS, BSO
  ID: 371; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; Teilstrategie: 3; gesamt:
- Umsetzung der Maßnahmen der **Strategie im Übergang Schule-Beruf** und Fortschreibung der Strategie.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell, finanziell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Mitglieder der Steuerungsgruppe des Netzwerks Übergang Schule – Beruf im Odenwaldkreis
  ID: 8; Priorisierungsvorschlag: Ziel (1.4): 1; Zielbereich: 1; **Teilstrategie:** 1; **gesamt: 1**

48. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Berufliche Bildung

Ziel 48.1 Strategische Neuausrichtung des BSO zur dauerhaften Sicherung des Bestands und für steigende Schülerzahlen auf ein nachhaltig tragfähiges Niveau

SMART-Formulierung

- Dauerhafte Sicherung des Berufsschulstandorts Michelstadt und des BSO als zentraler Baustein der Bildungslandschaft des Odenwaldkreises
- Definition eines Alleinstellungsmerkmals des BSO
- Optimierung des Ausbildungsportfolios durch Spezialisierung mit Blick auf die überregionale Bildungslandschaft
- Erhöhung der Erfolgsquote des BSO (Anteil der SuS an der Bevölkerungsgruppe 15-U18)

Erläuterung

Ausgehend von einem gleichbleibenden Marktanteil innerhalb der Bevölkerungsgruppe von 15- bis U18-Jahren werden sich die SuS-Zahlen weiterhin analog zum Rückgang der genannten Bevölkerungsgruppe entwickeln. Prognostisch ist bis 2028 ein jährlicher Rückgang beider Größen von im Mittel 1,5 % zu erwarten, sodass im benannten Jahr im Vergleich zu 2021 ein Gesamtrückgang von 10 % zu verzeichnen sein wird. Bei einem gleichbleibenden Marktanteil mit einer Schwankungsbreite von 5 % ist in einem Best-Case-Szenario mit 60 % Marktanteil davon auszugehen, dass das BSO von 1.416 Schüler*innen besucht werden wird, während in einem Worst-Case-Szenario mit einem Marktanteil von 55 % nur noch 1.274 Schüler*innen das BSO aufsuchen würden.

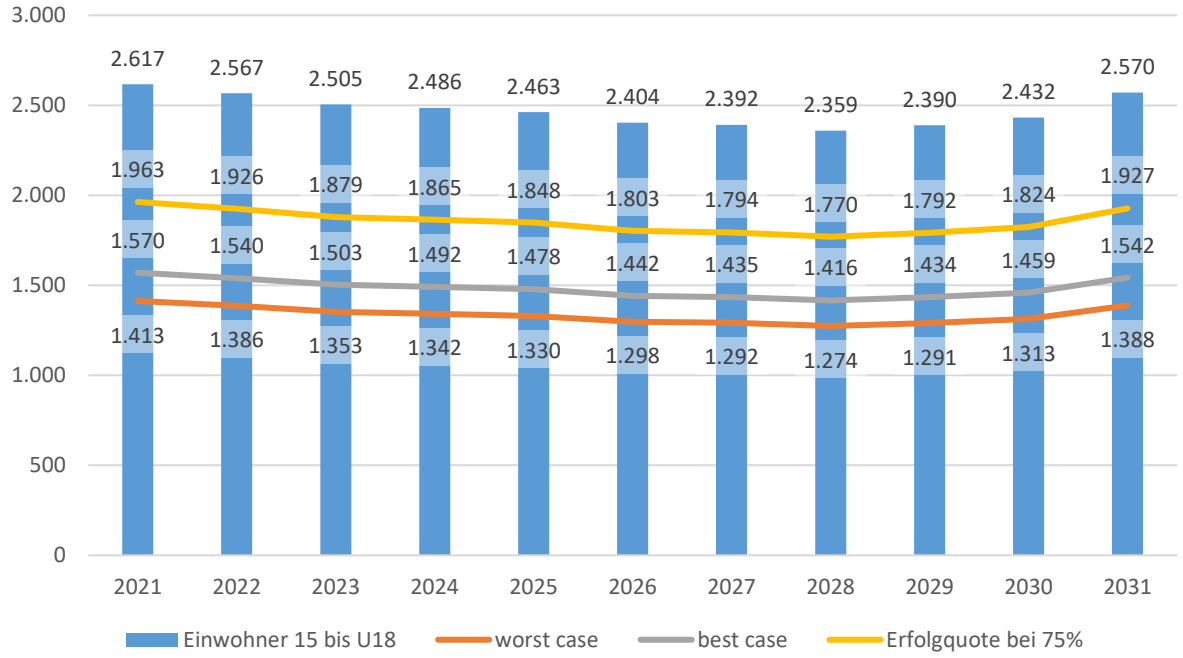


*Abbildung 195: Schüler*innenzahlprognosen am BSO von 2021 bis 2031; Quelle: eigene Berechnung und Darstellung des Bildungsberichts*

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken ist es daher notwendig, den Marktanteil zu steigern, was lediglich durch eine strategische Neuausrichtung des BSO geschehen kann. Auffällig ist, dass sich der Marktanteil des BSO mindestens seit dem Schuljahr 2007/2008 auf gleichbleibendem Niveau bewegt. Demgemäß muss in einem ersten Schritt ergründet werden, warum Maßnahmen und Neuerungen das BSO betreffend in der Vergangenheit nicht zu steigenden Schüler*innenzahlen führten und zum anderen darauf aufbauend, welche Strategien für die Zukunft zu einer Änderung dessen führen könnten.

Für eine zukunftsfähige Entwicklung des BSO ist es wichtig zu analysieren, welche Angebote ihres Portfolios eine starke Marge und einen Differenzierungseffekt haben. Das gilt vor allem für solche Ausbildungsgänge, die in den umliegenden Regionen aktuell bislang weniger stark geboten sind. Aktuell haben viele Klassen am BSO schon jetzt unterdurchschnittliche Klassenstärken und werden schon allein aufgrund dessen nicht zu halten sein. Ohne diese Einsicht und ohne klare Segmentierung des Portfolios werden kostenintensive Lehrleistungen im Gießkannenprinzip verteilt, statt dort eingesetzt zu werden, wo sie auch einen honorierten Kundennutzen oder optimalen Wertbeitrag erzielen. Ein Alleinstellungsmerkmal kann erarbeitet werden, indem sich das BSO an die Veränderungen der Marktsituation anpasst und es sein altes Portfolio aktiv in Frage stellt. Der Fokus sollte darauf liegen, Nischen zu besetzen, die nicht von der Konkurrenz belegt sind. Ein Ausbildungsberuf, der von der Auslastung für die großen Berufsschulen in den Metropolregionen unattraktiv sind, kann für das BSO in Michelstadt genau die Klassengrößen hervorbringen, die die Erfolgsquote anhebt. Das Ziel ist, etwas für die Branche komplett Unübliches zu planen, um im direkten Vergleich mit den regionalen Mitbewerbern konkurrenzfähig zu bleiben

Gerade der infrastrukturell eher schwache ländliche Raum steht an dieser Stelle vor besonderen Herausforderungen. Aufgrund von Digitalisierungsprozessen, die wegen der Pandemie gerade im Bildungssektor nochmal dynamischer vorangeschritten sind, kommt es überdies zu einer wachsenden geografischen Unabhängigkeit der Teilnehmenden in der beruflichen Bildung. Voraussetzung dafür, von diesem Trend profitieren zu können ist natürlich, dass man digital (infrastrukturell und pädagogisch) entsprechend aufgestellt ist. In diesem Kontext wäre es also denkbar, vermehrt auch Schüler*innen aus anderen Regionen Hessens digital und analog am BSO zu unterrichten.

Handlungsempfehlungen

- Entwicklung von Maßnahmen und Strategien zur Erhöhung des Marktanteils auf Grundlage wissenschaftlicher Arbeiten in Kooperation mit der TU Darmstadt und dem Bildungsmonitoring
  Kategorie: Bereits in Umsetzung befindlich; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: BSO, Bildungsmonitoring
  ID: 372; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1**; Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Analyse des Ausbildungsmarktes zur Schärfung des Ausbildungsportfolios des BSO
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: BSO, Bildungsmonitoring
  ID: 373; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**
- Kommunikation mit den umliegenden Berufsschulen in anderen Landkreisen über den Tausch von Ausbildungsbranchen/-berufen
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: BSO, Schulverwaltung
  ID: 374; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

Ziel 48.2 Erhaltung und Weiterentwicklung der BSO durch umfängliche Unterstützung seitens der Verwaltung

SMART-Formulierung

- Ausbildungspartnerschaft der Kreis- und Kommunalverwaltung mit dem BSO für eine feste jährliche Anzahl an Auszubildenden in Form von Verbundausbildungen, bei Langzeit-Praktika sowie in Berufen, die über die Verwaltungsfachanstellung hinausgehen

Erläuterung:

Zur Stärkung der BSO und der Stabilisierung der Schülerzahlen bietet es sich an, Auszubildende der Verwaltung für den theoretischen Teil Ausbildung ausschließlich am BSO ausbilden zu lassen und hierzu möglichst keine dritten Bildungsanbieter zu wählen. Zu prüfen wäre in diesem Zusammenhang auch, inwieweit eine Ausbildung im Verbund zwischen Kreis- und Kommunalverwaltungen zu einer kontinuierlich gewährleisteten Anzahl an Auszubildenden führen könnte.

Eine weitere Möglichkeit wäre über Verwaltungsfachangestellte hinaus weitere nicht verwaltungsspezifische Berufe, beispielsweise im Sekretariat oder im Facility Management, auszubilden, die ebenfalls

ihre Theorieunterrichtseinheiten am BSO erfahren. Hiermit könnte eine Verpflichtung eine gewisse Anzahl an Auszubildenden für das BSO im Schuljahr zu gewährleisten einhergehen.

Handlungsempfehlungen

- Ausarbeitung des Vorhabens Ausbildungspartnerschaft (BSO / Verwaltung) in Verbindung mit einer Konzeptentwicklung durch Bildungsmanagement und –monitoring
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 375; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie:** 1; **gesamt: 2**
- Implementierung der Ausbildungsallianz in Form einer Vereinbarung zur Verankerung der theoretischen Ausbildung der Auszubildenden der Kreisverwaltung am BSO
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 376; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3;** gesamt:

Ziel 48.3 Verbesserung der infrastrukturellen Anbindung des BSO durch Angebote des Wohnens und des Verkehrs

SMART-Formulierung

- Einrichtung eines Auszubildendencampus
- *Siehe auch Teilstrategie Mobilität*

Erläuterung:

Die Erhöhung der Standortattraktivität muss mit dem Abbau von Barrieren einhergehen, die der Wahl des BSO als Institution für die Berufsausbildung entgegenstehen. Es gibt Regionen im Odenwaldkreis, von welchen aus ein*e Bildungsteilnehmener*in schneller in einer kreisfremden Berufsschule ist als am BSO. Gleichzeitig scheint gerade kreisfremden Auszubildenden, eine täglich An- und Abreise unzumutbar. Überlegenswert wäre gegebenenfalls die Einrichtung eines Wohnheims für Auszubildende, um derartige Bedenken abzubauen und das Argument der Unmöglichkeit eines Pendelns zu entkräften. Ein Pionier bei diesem Gedanken ist die Stadt Fulda, wo 2019 der deutschlandweit erste Azubi-Campus eröffnet wurde und damit den ländlichen Raum als Ausbildungsstandort wesentlich attraktiver macht.

Handlungsempfehlungen:

- Prüfung der Einrichtung eines Auszubildenden-Campus im Verbund mit dem BSO und vertiefte Konzeptentwicklung zu diesem Zweck (insbesondere wenn das BSO im Rahmen der *zukunftsfähigen Berufsschule* ein Cluster zugewiesen bekommen sollte)
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: BSO, Bildungsbüro
  ID: 377; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt

49. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Erwachsenenbildung und non-formale Bildung

Ziel 49.1 Bindende offizielle Kooperationen

SMART-Formulierung

- Optimierung der Zusammenarbeit der regionalen Akteure im Bereich der Erwachsenenbildung im Rahmen einer offiziellen Kooperation:
  - Interne Kooperationen mit den Fachabteilungen der Kreisverwaltung
  - Externe Kooperationen mit den öffentlichen Bildungsinstitutionen des Kreises
  - Externe Kooperationen mit weiteren Bildungsanbietern des Kreises

Erläuterung

Grundlegend für die Volkshochschule als ein zentrales Bildungsorgan müssen Kooperationen sein, in welchen sich die Institutionen und die Volkshochschule verpflichten, zu einem gewissen Zweck zusammen zu arbeiten.

a) Interne Kooperationen mit Fachabteilungen in der Kreisverwaltung

Für interne Kooperationen muss eine grundlegende Basis und Willenserklärung seitens der Verwaltungsspitze erfolgen, die die Fachabteilungen dazu verpflichtet, ihre Bildungsaktivitäten in Abstimmung mit der VHS durchzuführen und diese in jedem Fall mit ihr abzustimmen. Zwar geschieht dies bereits teilweise, jedoch nicht standardisiert. Innerhalb einer Kooperation wären die Ressourcen des Kooperationspartners entlastet, während auf die Räumlichkeiten und Marketingkanäle der VHS zurückgegriffen werden kann. Die VHS dagegen profitiert von den Unterrichtseinheiten. Das dritte Themenfeld ist die Prüfung von Kooperationen, bei welcher die VHS von Aktivitäten der Fachabteilung profitiert. Ein geeignetes Beispiel hierfür wäre das Programm der Kinder- und Jugendförderung.

b) Externe Kooperationen mit den öffentlichen Bildungsinstitutionen des Kreises

Die Bildungsinstitutionen im Odenwaldkreis stehen über ihre Pflichtaufgaben hinaus vor Herausforderungen, bei welchen diese über ihr Tagesgeschäft hinaus an die Belastungsgrenzen stoßen. Ein immer wieder im Bildungsbericht diskutierter Bereich ist dabei Deutsch als Zweitsprache/ Deutsch als Fremdsprache (DaZ/DaF). Hier wäre eine Kooperation über die Gemeinde Höchst hinaus mit weiteren Gemeinden denkbar, um Prozesse der Kurse für Kinder in Kindertageseinrichtungen zu optimieren und das Angebot zu zentralisieren. Dies gewährt auch eine bessere Planbarkeit für Lehrkräfte. Überlegenswert wäre an dieser die DaZ/DaF-Kurse über alle Altersgruppen hinweg an die Bedürfnisse der Kommunen vor Ort anzupassen. Beispielsweise wäre denkbar, dass Eltern von Kindern, denen die Sprachkurse in den Kindertageseinrichtungen zu Gute kommen, ein ähnliches Angebot erhalten. So könnten neben den Kinderkursen auch Elternkurse angeboten werden, die in der Zeit stattfinden, in welchen das Kind in Betreuung ist. Niedrigschwellige Deutschkurse für Flüchtlinge, Asylbewerber und Geduldete werden auch im Rahmen der Förderrichtlinie *MitSprache – Deutsch4U* gefördert und würden einen erheblichen Integrationsvorsprung für den Odenwaldkreis bedeuten.

Aber auch im Bereich der allgemeinbildenden Schulen stehen Themen auf der Agenda, die im Rahmen des Regelunterrichts nicht vermittelt werden können. Wichtige Punkte zur außerschulischen politischen Jugendbildung wurden bei einem vom Deutschen Volkshochschul-Verband initiierten Webtalk zum Safer Internet Day am 09.02.2021 diskutiert. Dabei wurde die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen der VHS und den allgemeinbildenden Schulen hervorgehoben. Die Themenfelder siedeln sich innerhalb des großen allgemeinen Themenbereichs der digitalen Bildung an. Konkret wären beispielsweise Veranstaltungen oder auch Vortragsreihen zu Themen wie Fake News oder Hate Speech denkbar aber auch Schulungen im Bereich Medienbildung. Hier sollten insbesondere zunächst die Hauptschulen als Berücksichtigung finden.

c) Externe Kooperationen mit weiteren Bildungsanbietern des Kreises

Eine weitere wichtige Größe sind jene Bildungsanbieter, die sich im Bereich Freizeit bewegen, aber auch Unternehmen, welche sich im Bildungsbereich aktiv engagieren. Wichtig ist für diese einen Zugang zur VHS zu schaffen, sodass Bildungsaktivitäten aufeinander abgestimmt werden können.

Erwähnenswert wäre dabei die Sparkasse Odenwaldkreis, welche sich insbesondere mit Projekten für Schüler*innen und Lehrkräfte im Kreis aktiv engagiert. Gerade bei Überlegungen des Aufbaus einer sogenannten Jungen Volkshochschule könnte eine Kooperation profitabel sein, da sich die Sparkasse Odenwaldkreis schon seit vielen Jahren für diese Zielgruppe engagiert.

Das BSO kann sich eine Kooperation im Bereich Sprachkurse, Software-/EDV-Kurse sowie Schulabschlüsse vorstellen, was zu einer Win-Win-Win-Situation für die Volkshochschule, das BSO und nicht zuletzt den Landkreis selbst führen würde. In einem derartigen Kooperationsverbund wäre es möglich, dass das BSO die Räumlichkeiten, einen Teil der Lehrkräfte und Schüler stellt, während die Volkshochschule die Kurse für eine breitere Masse bewirbt. Die Schüler*innen der VHS wirken an dieser Stelle auf das BSO, das mit rückläufigen Schülerzahlen kämpft, klassenfüllend, während die VHS Unterrichtseinheiten mit niedrigen Kosten generiert.

Darüber hinaus gibt es in anderen Landkreisen Beispiele, bei welchen Musikschulen, Büchereien, Museen und Vereine mit der ansässigen VHS kooperieren. Hier gibt es beispielsweise Modelle, bei welchen Einsteigerkurse für Instrumente oder Sportarten in Kooperativen mit der VHS laufen. Aber auch Vortragsveranstaltungen sind denkbar. Wichtig ist dabei zu beachten, dass sich der organisatorische Aufwand für die VHS und die daraus resultierenden Unterrichtseinheiten in einem ausgeglichenen Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen.

Handlungsempfehlungen

- Planung von Gesprächen zwischen der VHS und potentiellen Kooperationspartnern durch das Bildungsmanagement
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 378; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt
- Vorbereitung von Kooperationsvereinbarungen durch das Bildungsmanagement
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 379; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt

Ziel 49.2 Programmplanung der VHS

SMART-Formulierung:

- Verbesserung von Teilnehmerzahlen und Wirtschaftlichkeit der VHS
- Anhebung der VHS-Programmplanung auf höhere, überregional anerkannte Standards

Erläuterung:

Um eine derartige Vielfalt an Kooperationen mit den Pflichtaufgaben der VHS zu vereinen, ist ein definierter Programmplanungsprozess, welcher turnusmäßig standardisiert abläuft, unabdingbar. Die Programmplanung ist der Dreh- und Angelpunkt der Bildungsaktivitäten einer VHS. Sie dient der zahlenmäßigen Erfassung des Marktes und seiner Teilnehmer sowie der systematischen Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Trends. Ebenfalls muss an dieser Stelle eine standardmäßige Auswertung von im Vorsemester abgesagten Kursen geschehen. Der Programmplanungsprozess sollte daher dringend systematisiert werden. An dieser Stelle sind drei Handlungsebenen zu unterscheiden.



Abbildung 196: Programmplanungsbereiche in Volkshochschulen. Quelle: KÄPPLINGER et al. (2020); Eigene Darstellung

Dabei sollte das Bildungsmanagement die zwei Teilbereiche der strategischen sowie funktionalen Programmplanung abdecken, während die VHS selbst die operative Programmplanung übernimmt.

Handlungsempfehlung

- Konzeption neuer Programmplanungsprozesse durch das Bildungsmanagement und –monitoring
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 380; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt
- Auslagerung der strategischen und funktionalen Programmplanung an das Bildungsbüro
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 381; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 2; gesamt
- Jährliche Programmplanungskonferenz (unter Beteiligung der Kooperationspartner)
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 382; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: 3; gesamt

Ziel 49.3 Einrichtung einer Marketingstrategie mit klarer Zielgruppe

SMART- Formulierung:

- Geschärfte der Zielgruppenfokussierung der VHS-Angebote mit Berücksichtigung der einzelnen Programmbereiche
- Einführung einer jungen Volkshochschule

Erläuterung:

Das Programm der VHS entspricht aktuell nicht den Bedarfen der Zielgruppen. Bislang wird das Programm auf der VHS Homepage, in gedruckten Programmheften sowie in den Schaukästen einzelner Gemeinden beworben. Die gewählten Medien wirken sich auf die Reichweite der VHS aus. Inwieweit die Schaukästen der Bewerbung der VHS nutzen und sich der Zeitaufwand zur Befüllung dieser rentiert, sollte dringend geprüft werden.

Gelegentlich erscheint ein Post im Feed der Facebook-Seite des Odenwaldkreises. Die VHS ist zwar eine Abteilung der Kreisverwaltung, jedoch ist es fraglich, ob Kurs-Interessenten ihre Informationen über das VHS-Angebot im News-Feed der Facebook-Seite des Odenwaldkreises vermuten; sowie in umgekehrter Schlussfolgerung, ob sich der News-Feed-Abonnent wirklich für VHS-Kursbewerbung interessiert. Vielmehr wäre es, nicht zuletzt zur Markenstärkung, sinnvoll, eigene Social-Media-Accounts für die Vermarktung der VHS anzulegen. Nach Angaben der statista GmbH nutzen gerade diejenigen Altersgruppen vermehrt die Social-Media-Kanäle, bei welchen die VHS in den letzten Jahren massive Rückgänge verzeichnen musste.

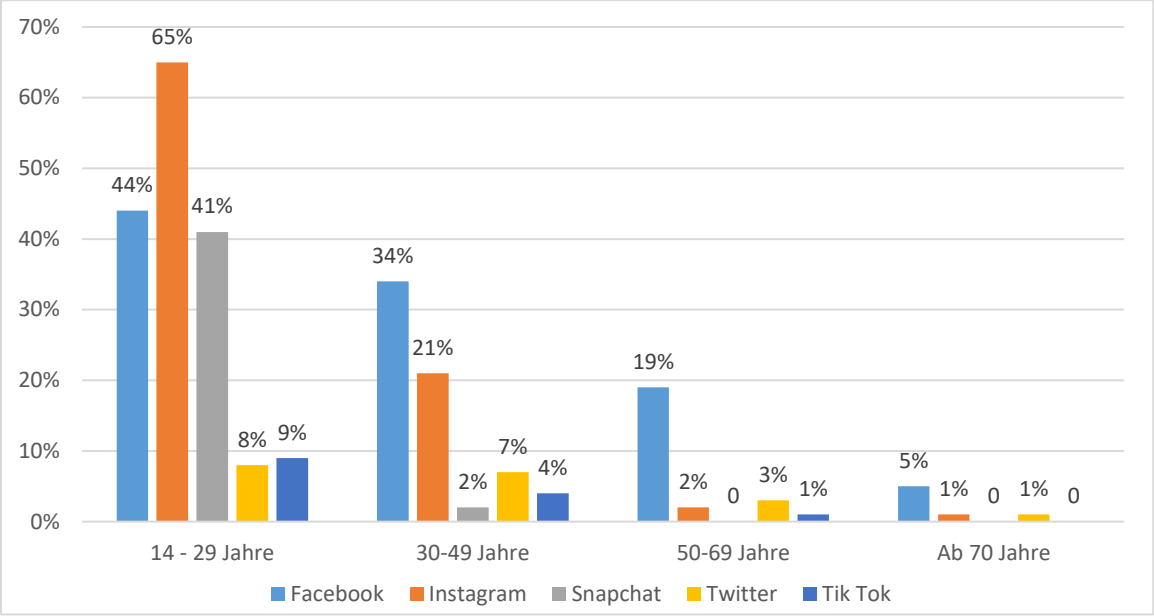


Abbildung 197: Nutzung von Social Media nach Altersgruppen Quelle: statista GmbH, eigene Darstellung des Bildungsberichts

Die fehlende Präsenz der VHS auf den Social-Media-Kanälen bestätigte auch der Vorsitzende des Kreisschülerrates im August 2020. Überdies sei seinen Aussagen zufolge das Programmheft im jetzigen Format zum einfachen Mitnehmen in der Pause zu groß. Überlegenswert wäre, ein Programmheft mit relevanten Kursen für diese Zielgruppe in einem Flyerformat aufzubereiten.

Handlungsempfehlungen

- Erstellung eines Marketing- und Kommunikationskonzeptes in Zusammenarbeit zwischen VHS, Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro, VHS
  ID: 383; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt
- Durchführung einer Zielgruppenanalyse durch das Bildungsmonitoring
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 384; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt

50. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement

Ziel 50.1 Verstetigung des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements

SMART- Formulierung

- Aufbau eines fortlaufenden, datenbasierten, strategischen Bildungsmanagements für alle Bildungsbereiche im Odenwaldkreis einschließlich der Erstellung einer Bildungsstrategie sowie deren Fortschreibung und Controlling

Erläuterung

Siehe Bildungsbericht

Siehe Teilstrategie Verwaltung und Bürgerservice – Ausbau der strategischen Handlungsfähigkeit des Landratsamtes – Kreisentwicklungsplanung, Fachplanungen, strategische Planungen der Kommunen

Handlungsmöglichkeiten:

- Übergang des Projektes *Bildung Integriert* in die nachhaltige Etablierung eines datenbasierten, strategischen Bildungsmanagements für alle Bildungsbereiche im Odenwaldkreis, das die Erstellung einer Bildungsstrategie betreut, diese regelmäßig fortschreibt und die Umsetzung strategischer Aufgaben begleitet, managet und controlled
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch, personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Erster Kreisbeigeordneter, Kreisausschuss
  ID: 385; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**
- Einführung einer verbindlichen Bildungsstrategie unter Beteiligung aller Bildungsakteure des Odenwaldkreises
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 386; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

Ziel 50.2 Einrichtung der Bildungslandschaft Odenwaldkreis

SMART- Formulierung:

- Gemeinsame Zielplanung aller verantwortlichen Akteure und Institutionen im Sozialraum im Rahmen einer Bildungslandschaft Odenwaldkreis (unter dem gemeinsamen Label „Bildungslandschaft Odenwaldkreis“)

Erläuterung

Die Schaffung kommunaler Bildungslandschaften kann ein Schritt zur Verzahnung bisher getrennter Systeme sein. Diese Bildungslandschaften müssen sozialräumlich verstanden werden. Die Vernetzung aller Institutionen ist eine Voraussetzung für ihre erfolgreiche Ausgestaltung. Für das Gelingen umfassender Bildungsprozesse ist eine gemeinsame Zielplanung aller verantwortlichen Akteure und Institutionen im Sozialraum unabdingbar. Beispielsweise müssen Schulentwicklungsplanung und Jugendhilfeplanung aufeinander abgestimmt sein, integrativ und ganzheitlich wirken und eine sinnstiftende Sozialraumplanung entscheidend beeinflussen. Dies ist auch im Sinne des Hessischen Schulgesetzes §145. Hierzu sei zu erwähnen, dass eigentlich nur eine homogene Bildungslandschaft mit integrierter Bildungsplanung eine bestmögliche Schulentwicklungsplanung gewährleisten kann.

Ein wichtiges Instrument für die Schaffung und Aufrechterhaltung einer Bildungslandschaft Odenwaldkreis wäre eine Bildungskonferenz. Die Bildungskonferenz fördert Austausch und Zusammenarbeit der Bildungsakteure einer Kommune. Die Akteure tauschen sich jedoch nicht nur über ihre Ziele und Erwartungen aus, sondern stimmen ihre Ziele für die künftige Bildungsarbeit miteinander ab. Im Ergebnis einer Bildungskonferenz steht im besten Falle ein von allen getragener Entwurf einer lokalen Bildungslandschaft. Über eine Bildungskonferenz kann sich ein gemeinsames Bildungsverständnis entwickeln. Sie ermöglicht überdies den Austausch mit überregionalen Netzen sowie der politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Öffentlichkeit. Eine jährliche Bildungskonferenz mit allen im Kreis aktiven Bildungsanbietern sollte daher angedacht werden. Die regelmäßig stattfindenden Konferenzen fragen nach spezifischen Bedarfen, setzen thematische Schwerpunkte entlang bildungspolitischer Herausforderungen und stoßen den Austausch zwischen verschiedenen Interessengruppen an. Da Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, welche nur gelingen kann, wenn die Bildungsinstitutionen und öffentlichen Entscheidungsträger auch auf kommunaler Ebene eng zusammenwirken, ist der jährliche Austausch mit fester Zielsetzung und abzuleitenden Maßnahmen auch als Folge des Bildungsberichtes unabdingbar.

Handlungsempfehlungen

- Einrichtung der „Bildungslandschaft Odenwaldkreis“
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro, Stakeholder der Bildungslandschaft Odenwaldkreis
  ID: 387; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 2; gesamt
- Bildungskonferenz alle zwei Jahre
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro, Stakeholder der Bildungslandschaft Odenwaldkreis
  ID: 388; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 2; gesamt

- Alle 5 Jahre großer Bildungsbericht, dazwischen kleiner Bildungsbericht zu Schwerpunktthemen und Eckdaten
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 389; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 2; gesamt
- Transparenter Zugang für die Kreisbürger*innen zur Bildungslandschaft durch Internetpräsenz inklusive Veröffentlichung der „Odenwälder Lupe“
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 390; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: 3; gesamt

Klimaschutz

Analyse

Kurzdarstellung Klimawandel

Die globalen Jahresdurchschnittstemperaturen sind in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Beispielsweise werden in Deutschland seit 1881 Wetterdaten aufgezeichnet. So ist das Jahr 2015 mit einer Durchschnittstemperatur von 10,5 Grad Celsius das seitdem wärmste Jahr. Nachfolgend reihen sich die Jahre 2014 (10,3°C), 2019 (10,3°C), 2000 (9,9°C), 2007 (9,9°C) und 2015 (9,9°C) auf. Insgesamt kann man sagen, dass neun der zehn wärmsten Jahre seit 1881 nach dem Jahrtausendwechsel auftraten. Zeitgleich steigt die globale CO_2-Konzentration in der Atmosphäre kontinuierlich. Die CO_2-Konzentration soll an dieser Stelle exemplarisch für die Gesamtmenge an emittierten, klimarelevanten Treibhausgasen stehen, zu denen u.a. auch Methan, Lachgas oder verschiedenste Stickoxide gehören.

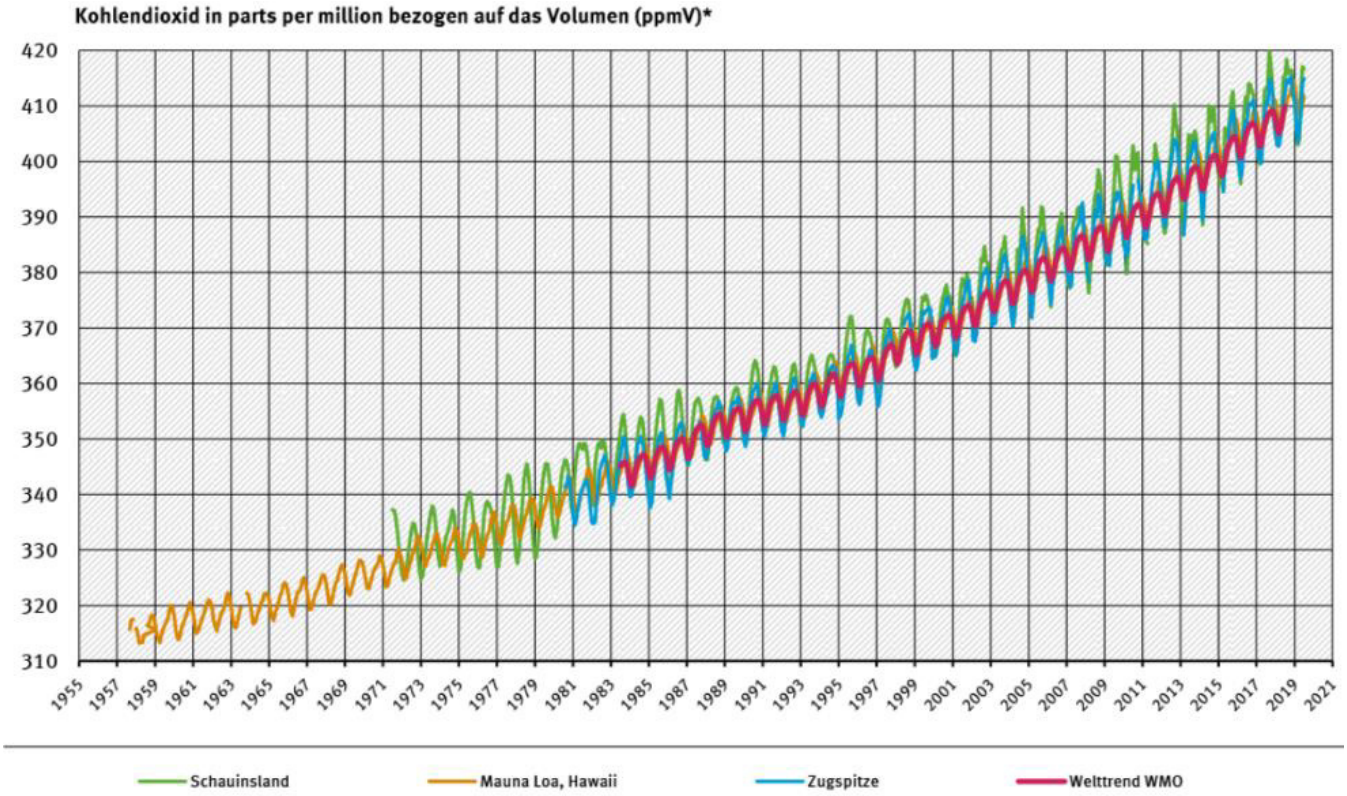


Abbildung 198: Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre (Monatsmittel). Quelle: Umweltbundesamt (2020)

Deutschlandmittel seit 1881			
Kälteste Jahre		Wärmste Jahre	
1940	6,6	2018	10,5
1956	6,8	2014	10,3
1888	6,9	2019	10,3
1887	7	2000	9,9
1962	7,1	2007	9,9
1963	7,1	2015	9,9
1902	7,2	1994	9,7
1922	7,2	2002	9,6
1941	7,2	2011	9,6
1996	7,2	2017	9,6
1881	7,3	1934	9,5
1890	7,3	1989	9,5
1895	7,3	1990	9,5
1919	7,3	1999	9,5
1942	7,3	2006	9,5
1889	7,4	2008	9,5
1891	7,4	2016	9,5
1909	7,4	1992	9,4
1929	7,4	2003	9,4
1985	7,4	2009	9,2
1987	7,4	1949	9,1
		1988	9,1
		1998	9,1
		2012	9,1
Orange = Jahre ab 2000			

Abbildung 199: Kälteste und wärmste Jahre in Deutschland seit 1881 mit Durchschnittstemperaturen in °C. Quelle: RUHNAU (2020); Deutscher Wetterdienst.

Anstrengungen auf Bundesebene

In Deutschland konnten die Emissionen in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich reduziert werden. Abbildung 200 zeigt, dass seit 1990 bis 2019 die Emissionen um rund 450 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalente (-35%) sanken. Bis 2030 soll der Wert gemäß des 2019 verabschiedeten Klimaschutzgesetzes um weitere 250 Mt auf ein Niveau von rund 45% der Emissionen von 1990 abgesenkt werden. Reduzierungen sind in fast allen Sektoren zu beobachten, lediglich der Verkehr stagniert. Hier konnte zwar der Standard mit höherer Effizienz verbessert werden, jedoch wird dieser Erfolg von immer mehr zugelassenen Fahrzeugen und steigenden zurückgelegten Kilometern überlagert.

Ein Grund für rückläufige Emissionen in Deutschland ist unter anderem der kontinuierliche Ausbau der erneuerbaren Energien und die reduzierte Nutzung fossiler Energieträger. Seit dem Jahr 2000 stieg die jährliche Bruttostromerzeugung erneuerbarer Energieträger in Deutschland von 36 auf 243 Milliarden kWh im Jahr 2019.

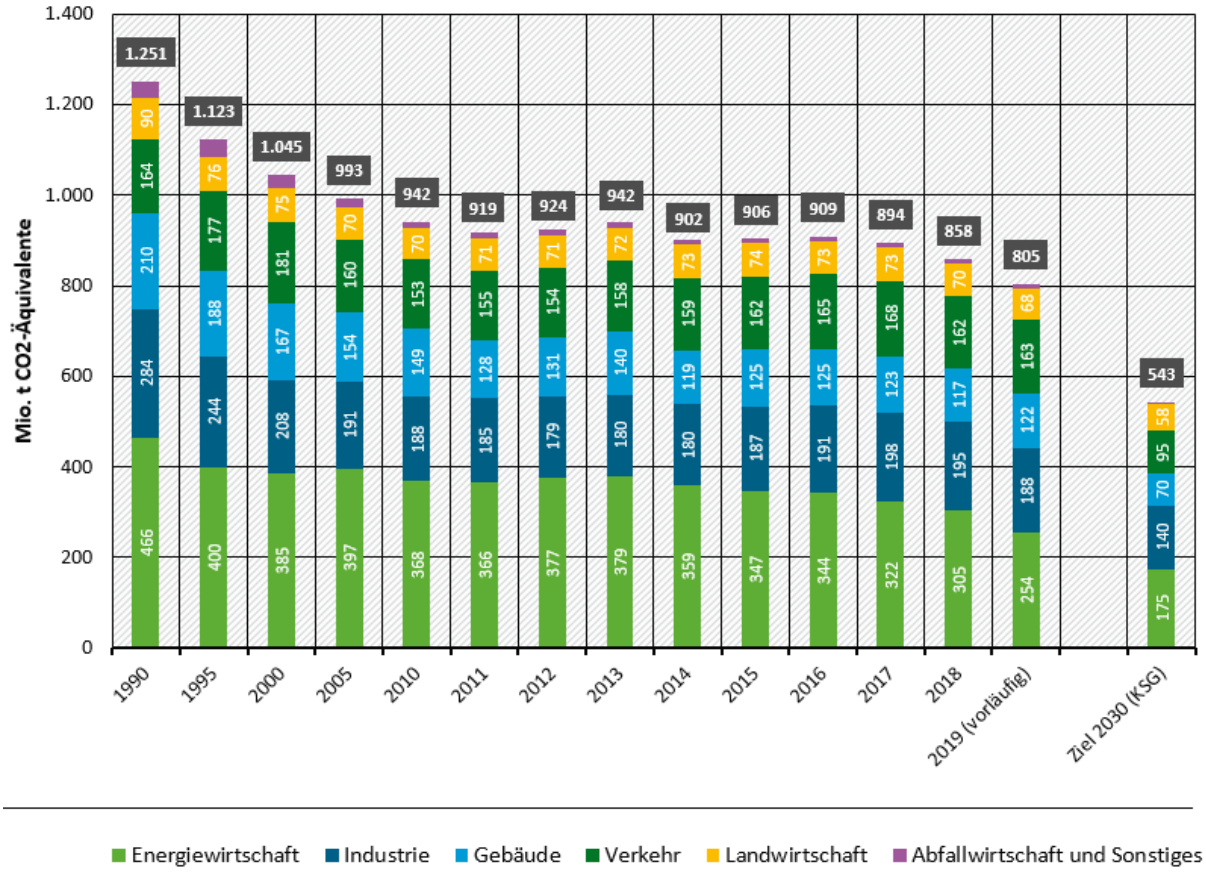


Abbildung 200: Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland in der Abgrenzung der Sektoren des Klimaschutzgesetzes (KSG). Quelle: Umweltbundesamt (2020).

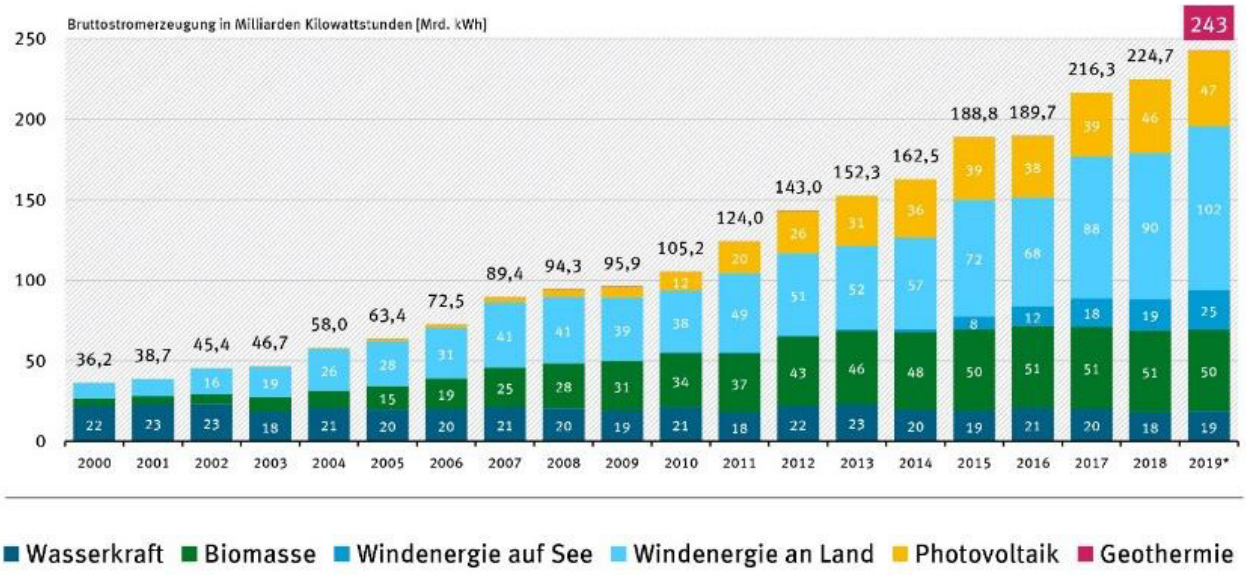


Abbildung 201: Entwicklung der Bruttostromerzeugung erneuerbarer Energieträger seit dem Jahr 2000. Umweltbundesamt (2019); Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien Statistik (AGEE-Stat)

Aktivitäten im Odenwaldkreis

Der Odenwaldkreis ist seit vielen Jahren im Klimaschutz aktiv. Bereits im Jahr 2002 wurde die Gesellschaft für Breitband und regenerative Energien mbH (Brenergo) gegründet. Ziel war die strategische Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe auf dem Markt der regenerativen Energien. Hierzu zählte in erster Instanz der Betrieb von Photovoltaikanlagen auf den Dächern kommunaler Liegenschaften, die Umwandlung der militärischen Konversionsfläche „Hainhaus“ in einen „Park für grüne Technologien“ und die Betreuung verschiedener Bundes- und Landesauszeichnungen im Themenfeld Energie. Heute ist die Brenergo Teil der Odenwald Regional-Gesellschaft mbH (OREG).

Im Jahr 2007 wurde das Bau- und Immobilienmanagement Odenwaldkreis (BIMO) gegründet. Ziel war die kosten- und energieeffiziente Bewirtschaftung kommunaler Liegenschaften. Dies beinhaltet unter anderen ein kontinuierliches Energiecontrolling sowie Maßnahmen zur energetischen Sanierung von Liegenschaften. BIMO betreut auch die Fahrzeugflotte der Kreisverwaltung, die im Laufe der vergangenen Jahre sukzessive mittlerweile vollständig auf E- und E-Hybrid-Autos umgestellt wurde. Auch die Ladeinfrastruktur musste hierfür geschaffen werden. Die maximale Reichweite der vollelektrischen Fahrzeuge liegt derzeit bei 385 km (Nissan).

Im Jahr 2009 wurde auf Bestreben der Bürger des Odenwaldkreises die Energiegenossenschaft Odenwald eG (EGO) gegründet. Mit dem Ziel „Odenwälder investieren in den Odenwald“ hatten Bürger*innen nun, wie auch Städte, Gemeinden und Unternehmen die Möglichkeit, sich an der Genossenschaft zu beteiligen und somit den Ausbau der erneuerbaren Energien im Odenwaldkreis zu unterstützen. Im Jahr 2011 erwarb die EGO das ehemalige Erbacher Brauhaus im Industriegebiet zwischen Erbach und Michelstadt und betreibt dort seitdem im „Haus der Energie“ einen Netzwerkknoten für regionale Unternehmen der zukunftsorientierten Energiewirtschaft.

Im Jahr 2013 veröffentlichte der Odenwaldkreis ein integriertes Klimaschutzkonzept. Zusammen mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement der Hochschule Trier (IfaS) wurde ein Leitfaden entwickelt, wie der Odenwaldkreis einen Beitrag zur Erreichung der aufgestellten Klimaschutzziele der Landes- und der Bundesregierung beisteuern kann. Der Kreistag beschloss in einer Grundsatzentscheidung den Vorsatz einer „100 % erneuerbare Wärme- und Stromversorgung“. Hierzu sollten künftig verstärkt Maßnahmen zugunsten des Klimaschutzes umgesetzt werden. Im Klimaschutzkonzept wurde die Zielsetzung gefasst, dass das Ziel „100 % Wärme und Strom aus erneuerbaren Energien“ zum Jahr 2030 erreicht werden sollte. Bilanziell soll bei einer vollständigen Erschließung regionaler Potentiale zum Jahr 2040 der Gesamtenergiebedarf des Odenwaldkreises (inkl. Verkehr) durch erneuerbare Energien abgedeckt werden. Zum Zeitpunkt der Konzepterstellung erzeugte der Odenwaldkreis bilanziell gesehen im Sektor Strom 11 % des Bedarfs über erneuerbare Energieträger. Damit lag der

Landkreis unter dem damaligen Bundesdurchschnitt (22,9 % im Jahr 2012). Als Ursache hierfür wurde insbesondere der nur in geringem Maße erfolgte Ausbau des Windkraftpotenziale identifiziert.

Zur Umsetzung des Klimaschutzmanagements wurden im Jahr 2015 zwei Klimaschutzmanager eingestellt, wobei eine Stelle gemeinsam von den damals 15 Kreiskommunen finanziert wurde, die kommunale Projekte anstoßen und umsetzen sollte. Die zweite Stelle beschäftigte sich mit Kreisthemen. Im Jahr 2018 lief die Förderung der beiden Klimaschutzmanager aus. Während sich die Kreiskommunen gegen eine Fortsetzung der Aktivitäten entschieden, beschloss der Odenwaldkreis eine Verlängerung der eigenen Stelle bis ins Jahr 2020. Nach dem endgültigen Auslaufen der Förderung wurde der bislang vom Kreis beschäftigte Klimaschutzmanager in den Eigenbetrieb BIMO eingegliedert. Zeitgleich wurde eine neue Klimaschutzmanager-Stelle für den Odenwaldkreis geschaffen.

Die Schwerpunkte des Klimaschutzmanagements seit 2015 waren:

- Aufbau und Pflege eines **interdisziplinären Klimaschutznetzwerks** unter Einbindung relevanter Akteure im Odenwaldkreis: Projektbezogener Austausch mit der EGO, der Interessengemeinschaft Odenwald (IGO), der OREG, der IHK Darmstadt und in regelmäßigen Abständen auch mit anderen Städten und Gemeinden oder Landkreisen in Hessen
- Die Intensivierung der **Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit** über Klimaschutzaktivitäten vor Ort ist mit der Neuaufstellung des Klimaschutzmanagements ab 2020 in den Mittelpunkt gerückt. Seitdem ist der Klimaschutzmanager des Kreises in der Stabsstelle Gremien und Behördenleitung verortet, sodass der Austausch zur Pressestelle der Kreisverwaltung systematisch gegeben ist. Ursprünglich sollte die Kommunikation mit der Bürgerschaft vor allem in Zusammenarbeit mit den Kreiskommunen erfolgen, weil davon ausgegangen wurde, dass Bürger*innen wie Unternehmen ihre Heimatkommune als erste Anlaufstelle wahrnehmen. Bereits im Konzept von 2013 vorgesehen war hingegen, dass die Kommunikation mit den Schulen in der Hand des Kreises als Schulträger liegt. Gemeinsam mit unterschiedlichsten Partnern wurden Bildungsprogramme angeboten. Zahlreiche externe Anbieter für Unterrichtseinheiten mit Energie- und Klimabezug treten meist von sich aus mit dem Odenwaldkreis als Schulträger in Kontakt. Energetische Sanierungsmaßnahmen an kreiseigenen Gebäuden, so auch an Schulgebäuden, werden vom Eigenbetrieb BIMO gesteuert und nach Möglichkeit schulintern pädagogisch aufbereitet.
- Initiierung und Durchführung von **Maßnahmen auf Kreisebene:** Die Energiewende soll hiermit greifbar gemacht werden. Fachfremden Akteuren sind dabei die Potentiale oft nicht bewusst. Kampagnen haben das Ziel, diesen Personenkreis darüber aufzuklären, dass man mit oft nur geringinvestiven Maßnahmen nicht nur positive Effekte für Klima und Umwelt, sondern auch die eigenen Energiekosten senken kann. Vieles ist auch ohne den Einsatz finanzieller Mittel, sondern bereits durch ein angepasstes Nutzungsverhalten zu erreichen. In den vergangenen Jahren wurden im Odenwaldkreis bereits mehrere solcher Kampagnen durchgeführt. Neben LED-Leuchtentausch, Flyer zum Energieverbrauch oder Schulaktionen wurden für die Bürger zum Beispiel u.a. auch kostenlose Testangebote zum Erleben von Elektromobilität gestartet.
- **Klimaschutz an Schulen:** Mit Schulen wurden bereits verschiedene Bildungsangebote entwickelt. So fanden u.a. Veranstaltungen der Deutschen Umwelt-Aktion e.V. oder auch die Theateraktion „Energie Theater“ statt. Zur Vermittlung von kindgerecht aufbereiteten Inhalten kommen externe, pädagogisch geschulte Dienstleister in die jeweiligen Einrichtungen. Die Finanzierung konnte bislang weitestgehend über Stiftungsgelder organisiert werden. Engagement für und mit Kindern sollte weiter ein zentrales Element der Klimaschutzaktivitäten im Kreis bleiben. Kinder dienen als Multiplikatoren, tragen das in der Schule Erlernte in ihre Familien und setzen dies dort um. So erreichen die Inhalte auch die Eltern und Großeltern und damit schlussendlich große Teile der Gesellschaft. Wichtig ist die Bereitschaft der Schulen, sich Projekten zu öffnen. Viele Inhalte können in den Lehrplan integriert werden, manche Aktionen erfordern jedoch zusätzlichen Zeiteinsatz und verursachen zusätzlich Arbeit. Die Vernetzung der Schulen untereinander, das Herausstellen von Positivbespielen und kontinuierliche Motivation steht weiterhin im Fokus. Aktivitäten an den Schulen reichen über praktisches Energiesparen im Alltag über Energieeffizienz bis zu Themen wie umweltfreundlicher Mobilität, regionaler Ernährung oder einem klimaschonenden Konsumverhalten.
- **Interkommunaler Erfahrungsaustausch:** Der Odenwaldkreis ist Mitglied der hessischen Klima-Kommunen und im dazugehörigen Netzwerk aktiv. Die hessischen Klima-Kommunen bieten nicht nur attraktive Fördermöglichkeiten, sondern fördern gleichzeitig den interkommunalen Austausch. Auch die hessische Landesenergieagentur (LEA) fördert die Vernetzung von Kommunen. Der Odenwaldkreis nimmt an den von den jeweiligen Organisationen organisierten Vernetzungstreffen teil. Hessische Klimaschutzmanager*innen betreiben darüber hinaus ein breites Netzwerk und halten sich

gegenseitig auf dem Laufenden oder helfen bei projektspezifischen Fragestellungen durch einen direkten Erfahrungsaustausch. Zu Klimaschutzmanager*innen aus der unmittelbaren Nachbarschaft Südhessens besteht ein separates Netzwerk mit dem Ziel gemeinschaftlicher Projekte. Aktuell sind hier die Landkreise Bergstraße, Darmstadt-Dieburg, Groß-Gerau, die Stadt Darmstadt und der Odenwaldkreis gemeinsam mit der IHK Darmstadt organisiert.

- **Gebäudemanagement, Energiecontrolling und Sanierung:** BIMO übernimmt diese Aufgaben federführend, pflegt die Energieverbrauchsdaten kreiseigener Liegenschaften in einer Energiemanagementsoftware und sorgt dadurch für Transparenz im Energieverbrauch der kreiseigenen Liegenschaften. BIMO hat zuletzt im Jahr 2019 einen ausführlichen Energiebericht für alle kreiseigenen Liegenschaften erstellt und diesen dem *Ausschuss* für Verbraucherschutz, Landwirtschaft, *Umwelt* und Naturschutz vorgestellt. Aus dem Bericht geht hervor, dass der Sanierungsprozess einerseits kontinuierlich vorangetrieben wird, zahlreiche Gebäude aber noch merkliche Verbesserungsbedarfe aufweisen. BIMO saniert die kreiseigenen Liegenschaften im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel und unter Nutzung von staatlichen Förderprogrammen fortlaufend.
- **Umrüstung des kreiseigenen Fuhrparks auf Elektrofahrzeuge:** Zug um Zug wurde der komplette Fuhrpark auf Hybrid- / auf E-Fahrzeuge umgerüstet. Im Rahmen der „ausgewählten Maßnahme“ des Klimaschutzkonzepts wurden auch den Kreiskommunen E-Fahrzeuge zur Verfügung gestellt. Zur Ladung der Dienstfahrzeuge wurden rund um die Dienststellen bislang 31 Ladepunkte eingerichtet. Weiter trägt der Kreis durch die Installation einer öffentlichen Ladesäule mit 2x 22 kW vor dem Haupthaus zur Förderung der E-Mobilität im Kreis bei.
- **Ausbau Erneuerbarer Energien:** Über die EGO konnten großflächige Photovoltaikanlagen mit Bürgerbeteiligung umgesetzt werden. Durch den Erwerb des Areals „Hainhaus“ konnten solche Anlagen bereits errichtet werden und mit dem durch die OREG verwalteten Areal besteht weiterhin Potential, einen Park für erneuerbare Energien zu entwickeln
- **Energieeffiziente Straßenbeleuchtung:** Gemeinsam mit E-Netz Südhessen wird die kommunale Straßenbeleuchtung nach und nach durch energiesparende Alternativen ersetzt. Hier arbeiten die Kommunen vertrauensvoll mit den Netzbetreibern zusammen, attraktive Finanzierungsmodelle sorgen für eine Umsetzung ohne große Belastung für die kommunalen Haushalte. Im Zuge der Umrüstung wurde auf eine energiesparende LED-Beleuchtung mit gerichtetem Licht und Dimmfunktion geachtet. Nachdem der besonders unwirtschaftliche Teil der Beleuchtung ersetzt wurde, wird an weiteren Sanierungsmodellen gearbeitet.

Ein Thema, das mit immer spürbareren Klimawandel auch im Odenwaldkreis eine Rolle spielen wird ist die **Klimaanpassung**. Dabei geht es darum, die Auswirkungen des Klimawandels, insbesondere von höheren Temperaturen und Extremwettereignissen, auf die Menschen abzumildern. Vorteil der Region ist hierbei, dass sie ländlich und kleinstädtisch geprägt ist, da große Siedlungskörper ein stärkeres eigenes Mikroklima entwickeln, das aufgrund der dichten Bebauung, des Energieverbrauchs und der Abgase in der Regel deutlich über dem des Umlands liegt. Maßnahmen der Klimaanpassung können einzelne Gebäude, Viertel oder Städte in den Blick nehmen. *Siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung.*

Horizont 2030

Regionale Klimamodelle zeigen, dass sich der Klimawandel ohne aktives Gegensteuern fortsetzen wird. Wie REMO-Projektionen zeigen, steigen die Durchschnittstemperaturen bis Ende des Jahrhunderts gegenüber dem Ausgangsjahr 1990 deutlich um 2-4 Grad. Die Auswirkungen sind durchaus gravierend. Exemplarisch soll an dieser Stelle der prognostizierte Rückgang der Meereisfläche in der nördlichen Hemisphäre dienen. Das Max-Plank-Institut geht von einer Halbierung der Eisfläche bis Ende des Jahrhunderts aus, was weltweite Auswirkungen auf die jeweiligen Ökosysteme mit sich führen würde.

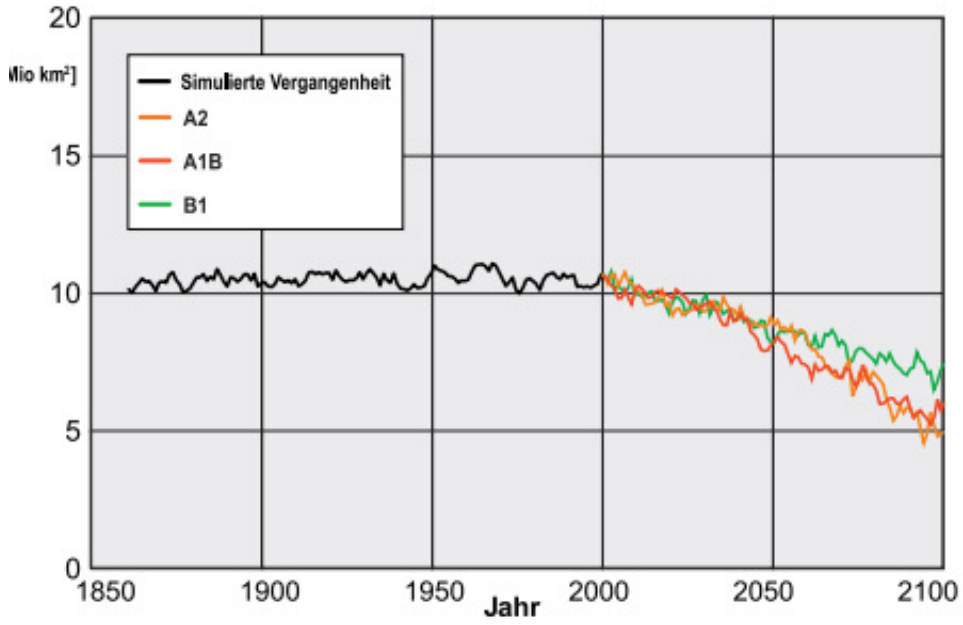


Abbildung 202: Zeitliche Entwicklung der nordhemisphärischen Meereisfläche im Jahresmittel in drei unterschiedlichen Szenarien (A2, A1B, B1). Quelle: ROECKNER et al. (2006)

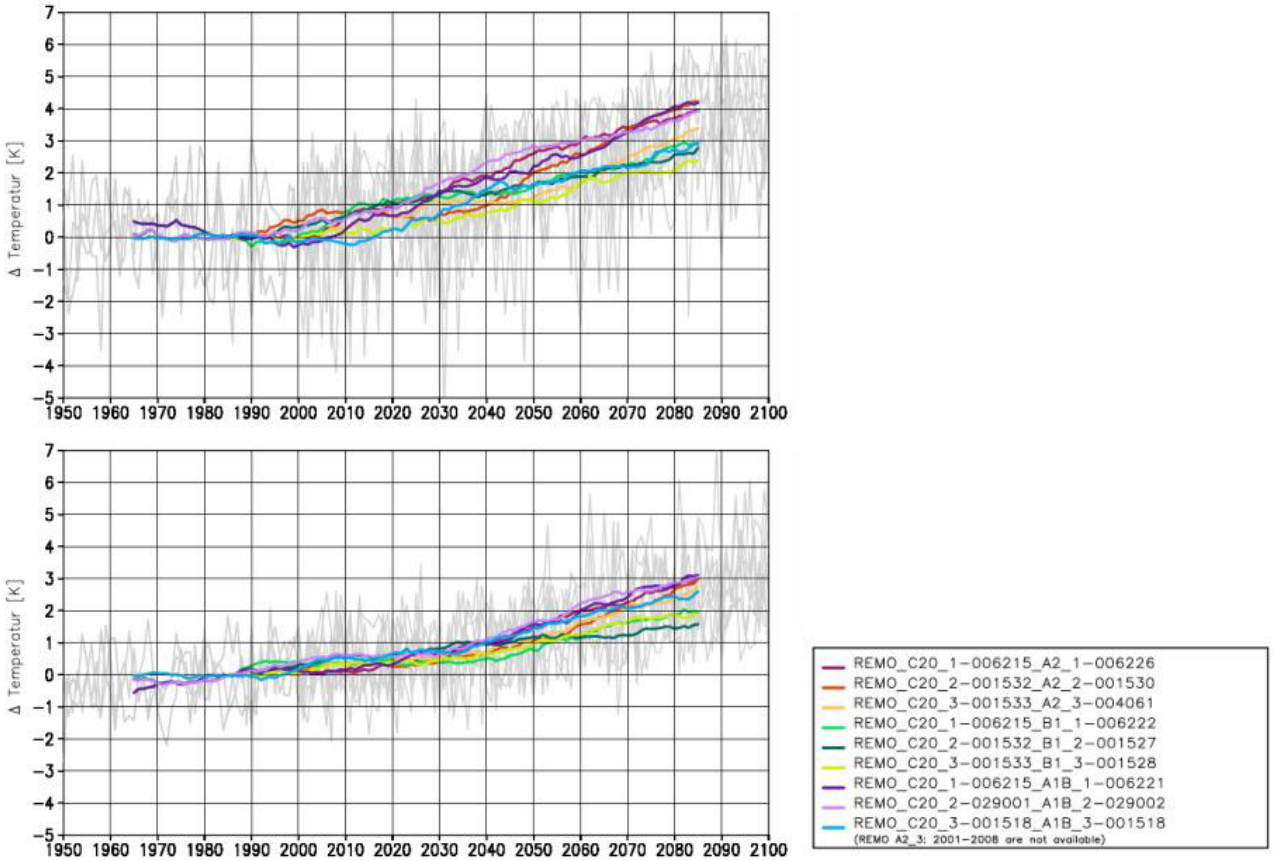


Abbildung 203: Projizierte Änderung der 2 m-Temperatur [K] simuliert mit 9 REMO Projektionen in Winter (oben) und Sommer (unten) für Deutschland relativ zu 1971-2000 (gleitendes 31-Jahresmittel); in Grau die Jahreswerte aller Simulationen. Quelle. JACOB et al (2012)

Gefahren / „Murphy's Law"

Bereits heute lassen sich die Auswirkungen des Klimawandels auch in Deutschland beobachten. Insbesondere der Südwesten des Landes ist zunehmend von Trockenheit gezeichnet. Die Zahl der Tage mit einer Temperatur von über 30 °C steigt – das Umweltbundesamt rechnet mit einer Zunahme von fünf bis 40 Tagen pro Jahr. Parallel muss mit einem Rückgang der Tage ohne Niederschlage um 60 % gerechnet werden. Diese Hitze wiederum zieht weitere Probleme für Mensch und Umwelt nach sich:

Erhöhte Wassertemperaturen begünstigen die Bildung von Blaualgenteppichen, wie zuletzt 2020 im Marbachstausee geschehen, was wiederum den Sauerstoffgehalt im Wasser verringert, bis z.B. Fische sterben. Hohe Temperaturen bedeuten, dass die Luft mehr Feuchtigkeit speichern kann – die Folge sind daher häufigere und stärkere Starkregenereignisse. Solche Stürme können v.a. in Mittelgebirgslagen wie im Odenwald lokal begrenzte und konzentrierte Auswirkungen nach sich ziehen. Hochwasser und Schäden für die Landwirtschaft drohen. Andererseits verschlammt der Boden bei solchem Starkregen nach kurzer Zeit, sodass nur wenig Feuchtigkeit in die tieferen Schichten dringt.

Die Landwirtschaft steht auch vor dem Problem sich verschiebender Vegetationsperioden, was eine gezielte Anpassung erfordert. Künstliche Bewässerung wird auch in Deutschland inzwischen vermehrt erforderlich.

Besonders betroffen ist der Wald: der mehrjährige Hitzestress schwächt die Bäume in mehrfacher Hinsicht, sodass z.B. die sogenannte Komplexkrankheit droht und nicht genug Harz gebildet werden kann, um gegen Schädlinge wie den Borkenkäfer anzukommen. Eine angepasste Bewirtschaftung der Forstflächen (auch mit veränderten Wirtschaftlichkeitsmaßstäben) kostet allerdings Zeit, ein „Waldumbau" dauert Jahrzehnte.

Auch die restliche Pflanzenwelt kämpft mit dem Trockenstress im Sommer. Weil sich die Klimazonen dauerhaft nach Norden verschieben hat sie außerdem mit vermehrtem Auftreten von invasiven Arten aus dem Mittelmeerraum, aus Asien und Amerika zu kämpfen, die gut an dieses warme Klima angepasst sind und oft keine Fressfeinde haben. Der Klimawandel bedroht insbesondere die verbleibenden sensiblen Ökosysteme, insbesondere Moore. Auch andere Feuchthabitate und deren Tierwelt sind betroffen. Besonders gefährdet sind darüber hinaus kaltwasserliebende Fisch- und Krebsarten. Winterschlafhaltende Säugetiere werden durch ungewöhnlich milde Winter gestört, wachen daher auf, verbrauchen mehr Energie, zehren stärker an ihren angefressenen Reserven und laufen schließlich Gefahr, zu verhungern.

Auch im Gesundheitssystem zeigen sich vermehrt Auswirkungen des Klimawandels. Vor geschwächte Menschen im Kindesalter, hohen Alter oder mit Vorerkrankungen sind gesundheitlich besonders bei Hitze gefährdet. Darüber hinaus bewirken die höheren Temperaturen auch eine stärkere Ausbreitung von bestimmten Infektionskrankheiten, über invasive Arten wie die Tigermücke auch Krankheiten wie das Denguefieber und Malaria. Auch die verlängerte Pollensaison beeinträchtigt viele Menschen gesundheitlich.

Die Wissenschaft ist sich einig, dass der menschgemachte Klimawandel zu schnell abläuft, als dass die Tier- und Pflanzenwelt eigenständig Anpassungsprozesse einleiten könnte. So kann aus dem fünften Sachstandsbericht des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) zitiert werden:

> *„Es ist sehr sicher, dass der im 21. Jahrhundert und darüber hinaus zu erwartende Klimawandel dazu führt, dass ein großer Teil der Arten an Land und im Süßwasser mit einem erhöhten Aussterberisiko konfrontiert ist – vor allem, wegen des Zusammenspiels von Klimawandel und anderen Gefahren für die Artenvielfalt, beispielsweise Veränderungen natürlicher Lebensräume, Übernutzung, Verschmutzung und das Eindringen fremder Arten. In allen Szenarien, sowohl bei starken Minderungen der Emissionen als auch bei ungebremstem Treibhausgasausstoß, steigt das Risiko von Artensterben. Je größer das Ausmaß und das Tempo des Klimawandels, desto größer das Risiko."*
> (SETTELE et al. 2014: S. 275)

Chancen

Jede Krise geht mit Veränderungen einher – und Veränderungen sind gleichzeitig Chancen. Wer frühzeitig tätig wird und Anpassungen vornimmt, kann gestärkt aus einer Krise hervorgehen. Darunter sind als Möglichkeiten zu nennen:

- Zivile Übernahme von Verantwortung und Engagement in der Bevölkerung für eine nachhaltig gestärkte Zivilgesellschaft. Aktuelle Beispiele für diese Entwicklung sind Fridays-for-future und Beteiligungsmodelle z.B. in Energiegenossenschaften, die eine „Energiewende von unten" ermöglichen.
- Höhere Temperaturen reduzieren den Wärmebedarf im Winter (weniger CO2), dafür entsteht aber zunehmender Kältebedarf im Sommer. Gefragt sind also architektonisch-technische Lösungen.
- Wirtschaftliche Impulse durch neue Technologien (erneuerbare Energie, E-Autos, PV-Branche und Zulieferer, Wasserstoffwirtschaft, neue Mobilitätsformen sowie Energie- und Speichertechniken) bieten Chancen für die deutsche und Odenwälder Wirtschaft.
- Längere Vegetationszyklen können Vieh- und Landwirtschaft begünstigen, sofern künstliche Bewässerung in Trockenzeiten gewährleistet werden können.
- Der Klimawandel trägt nach Ansicht mancher Experten dazu bei, dass Europa mit vermehrten Migrationsbewegungen zu rechnen hat. Zuwanderer können bei erfolgreicher Integrationsarbeit und entsprechender Ausbildung zur Verminderung des Fachkräftemangels beitragen
- Forschung an neuen Technologien (Deutschland als „Land der Denker", rechtzeitig agieren, sich nicht von anderen Nationen abhängen lassen)

Zielbereiche für die Teilstrategie Klimaschutz

51. CO_2-neutrale Kreisverwaltung

52. CO_2-neutrale Verwaltungen der Kreiskommunen

53. Senkung der Treibhausgas-Emissionen im gewerblichen Sektor

54. Senkung der Treibhausgas-Emissionen in privaten Haushalten

51. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich CO_2-neutrale Kreisverwaltung

SMART-Formulierung:

Der Odenwaldkreis erreicht die Zertifizierung mit dem European Energy Award bis spätestens 2030 und verbessert seine Wertung gegenüber der Ausgangswertung um mindestens 10 Prozentpunkte.

Alternativ: Erreichung einer bilanziellen CO_2-Neutralität innerhalb der Kreisverwaltung bis 2030.

Erläuterung:

Der Kreis kann unmittelbar Einfluss nehmen und entscheidet alleine über die praktische Umsetzung von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Instandhaltung der kreiseigenen Gebäude und deren Energieeffizienz, dazu kann auf den aktuellsten Energiebericht von BIMO aus dem Jahr 2019 verwiesen werden. Beachtet werden sollten auch die Bereiche Mobilität, Ernährung und Beschaffung.

Der Weg zur CO_2-Neutralität ist auf unterschiedlichen Wegen zu erreichen. Die Verwendung von Ökostrom aus 100% erneuerbaren Energien verursacht im Sektor Strom bilanziell keine Emissionen – unabhängig von der benötigten Strommenge. Ebenso können im Bereich Wärme durch die Wahl einer regenerativen Brennstoffquelle die Emissionen erheblich gesenkt werden.

Einen Fokus allein auf die emittierten CO_2-Mengen ist somit (auch finanziell) wenig sinnvoll. Viel effektiver ist es, parallel zu versuchen den Energieverbrauch zu senken. Hierzu müssen die Liegenschaften schnellstmöglich modernisiert werden; auch ein verändertes Nutzungsverhalten und ein Fokus auf Energieeffizienz am Arbeitsplatz (energieeffiziente Technik) können Beiträge darstellen.

Somit trägt der Kreis zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit (erneuerbaren) Energien bei und hilft der Umwelt in gleich mehrfacher Hinsicht.

Zum Erreichen einer bilanziellen CO_2-Neutralität werden zuletzt die nicht vermiedenen Emissionen durch Kompensationszahlungen finanziell ausgeglichen. Der Kreis unterstützt damit Klimaschutzprojekte beispielsweise in der dritten Welt und trägt zur Einhaltung der globalen Klimaziele bei.

Mit Blick auf die beschränkten für den Klimaschutz vorhandenen Ressourcen ist die kritisch zu hinterfragen, ob die aufwendige Erstellung einer CO_2 Bilanz Priorität haben sollte. Aus dieser Überlegung heraus begründet sich die präferierte Formulierung des SMART-Ziels. Die Teilnahme am European Energy Award ermöglicht eine kostengünstige Erfolgskontrolle im Vergleich zu anderen Regionen, sodass vergleichsweise mehr Mittel für weitere konkrete Maßnahmen frei sind.

Handlungsmöglichkeiten:

Ziel 51.1 Klimaschutz in den kreiseigenen Liegenschaften

- **Maßnahmenpaket zur Einflussnahme auf das Nutzerverhalten der Kreisbediensteten**
  - Kommunikation über die Hauszeitung oder über Hausmittelungen. Abstufung nach „Wichtigkeit“: offizieller Charakter als Hausmittelung vs. Handlungsempfehlung z.B. des Klimaschutzmanagers in der Hauszeitung
  - Tagesordnungspunkt im Rahmen von Personalversammlungen
  - Offene Online-Konferenzen zur Klärung von Fragen oder Problemen bzw. zur Kommunikation von Anregungen / Ideen aus der Verwaltung
  - Mitmachangebote, die das Bewusstsein für das Thema Umwelt und Natur schärfen, z.B.
    - gemeinsamer Feierabend-Spaziergang in der Natur (Natur erleben, Natur wertschätzen)
    - Förderung einer umweltnahen und gesunden Arbeitsatmosphäre in Form von Grünpflanzen im Arbeitsalltag (Kostenübernahme / Kostenbeteiligung des Kreises für die Anschaffung von Grünpflanzen in Büroräumen / Foyer- und Seminarräumen; für Pflanzen in den Gemeinschaftsbereichen Gießpaten in der Belegschaft suchen)
    - Jährlich bis zu drei Tage Sonderurlaub mit Lohnfortzahlung für Kreismitarbeiterinnen und -mitarbeiter zur Mitwirkung an Umwelt- und Naturschutzaktivitäten im Kreisgebiet (bei Bedarf Extratage für Aktivitäten, an deren Umsetzung der Kreis besonderes Interesse hat, z.B. Erhalt von Streuobstwiesen...)
  - Regelmäßige Hausmeisterschulungen
    - Erarbeitung / Überprüfung und Herausgabe von Unterlagen / Checklisten für eine kontrollierte Bewirtschaftung nach Vorstellung des Kreises / von BIMO
  - Vorbild Behördenleitung und weitere Führungskräfte
    - Konsequente Nutzung von E-Fahrzeugen, auf kurzen Strecken auch Nutzung des Dienstrades oder Anreise zu Fuß
    - Bei Dienstgesprächen / auswärtigen Terminen darauf achten, dass das Klimaschutzprofil und die Aktivitäten des Landkreises hervorgehoben werden
  - Sollte zwingend mit energetischen Sanierungsmaßnahmen / baulichen Verbesserungen kombiniert werden (es ist beispielsweise schwierig auf energieeffizientes Heizen hinzuweisen, wenn im Büro gleichzeitig baulich bedingt Energieverluste entstehen und durch Zugluft ein unangenehmes Raumklima vorherrscht. Jedoch können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die Pflicht genommen werden, sollte ein klares Bemühen des Arbeitgebers erkennbar sein)

Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, konzeptionell, personell, teilweise finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 391; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:

Einführung einer Kommunikationsplattform im Behördenintranet mit dem Ziel, ein niederschwelliges Tool für Mitarbeiter*innen zu schaffen, um Probleme und Anregungen zum Klima- und Ressourcenschutz kommunizieren zu können. So kann direkter Kontakt zur zuständigen Fachabteilung hergestellt werden. Zusätzlich Workshops, bei denen gemeinsam kreativ Ideen erarbeitet werden können.
Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 392; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; Gesamt:

Ausbildung einer/s Junior-Klimaschutzmanager*in. Ansprache der Auszubildenden, denen bei persönlichem Interesse Schwerpunkte zu Klimaschutzthemen vermittelt werden können; Miteinbeziehen bei Klimaschutzaktivitäten im Haupthaus und bei BIMO
Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 393; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Ambitionierter Sanierungsplan zur Erhaltung und Verbesserung der Gebäude** und Unterlegung mit entsprechenden Haushaltsmitteln, damit kreiseigene Liegenschaften zeitnah saniert werden können
  - Aktuell hohe Förderquoten und eingesparte Energiekosten unterstützen bei der Refinanzierung
  - Dienstgebäude in einem energetisch hochwertigen Zustand sorgen für angenehmes Raumklima während der Arbeit und für zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
  - Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können dann besser für weitere Maßnahmen mobilisiert werden (siehe oben)
  - Einsparpotentiale nutzen, eingesetzte Haushaltsmittel amortisieren sich in der Regel binnen weniger Jahre

  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, konzeptionell, personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 394; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- **Förderung einer bestmöglichen Energieeffizienz im Neubau.** Inkaufnahme höherer Kosten für energieeffiziente Komponenten und Bauweisen. Höhere Investitionskosten refinanzieren sich zum einen finanziell, andererseits können damit dauerhaft geringere CO_2-Emissionen erreicht werden.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 395; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- **Konsequente Verwirklichungen von Potentialen geringinvestiver Teilsanierungsmaßnahmen** z.B. der Beleuchtung oder von Heizungsanlagen.
  - Stromsparen durch einen Einsatz von LED-Leuchtmitteln (auch ohne Förderung); eingesetzte LED-Leuchtmittel amortisieren sich über den reduzierten Strombedarf von selbst
  - Einsatz von intelligenten Heizkörperthermostaten, (wie z.B. in einem Projekt in der Theodor-Litt-Schule 2019 geschehen, was mit dem Hessischen Energiepreis ausgezeichnet wurde)
  - Verschattungsanlagen zum Abdunkeln von Büroräumen an heißen Sommertagen bzw. Schaffung von naturnahen, beschatteten oder überdachten Arealen mit Sitzgelegenheiten im Außenbereich zur Förderung einer Mittagspause „an der frischen Luft".
  - Hohe Förderquoten über Programme des BAFA zur Heizungssanierung und der Förderrichtlinie des Hessischen Klima-Kommunen nutzen

  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, personell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 396; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- **Entsiegelung von Außenanlagen (Flächenentwässerung, Artenvielfalt)**
  - Konsequente Entsiegelung von kreiseigenen Flächen (weniger Asphalt, mehr Grünflächen). Das bringt Vorteile bei der Flächenentwässerung, beugt Überschwemmung bei Starkregenereignissen vor und sorgt für ein angenehmeres Mikroklima durch die temperatur-regulierende Wirkung von Grünpflanzen an heißen Tagen.
  - Flächen zur Förderung von Artenschutzmaßnahmen (z.B. „Blühwiesen")
- Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 397; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

Ziel 51.2 Mobilitätswende der Verwaltung

- **Fahrten vermeiden durch eine Verstetigung und Ausweitung der Möglichkeiten zur Heimarbeit**
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 398; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Organisation von emissionsarmen Fahrten auf dem Weg zur Dienststelle und Fahrgemeinschaften**

- Analyse von Dienststelle, Wohnort und Arbeitszeiten mit dem Ziel Mitarbeiter*innen besser zu vernetzen und Verkehrsbelastung und CO2-Ausstoß zu reduzieren.
- Bei Bediensteten mit einer Anfahrt < 5km aktiv auf die Nutzung des Fahrrads hinweisen. Meist ist vorab die Schaffung von ausreichenden wettergeschützten Abstellanlagen an der Dienststelle erforderlich
- Bei Bediensteten mit einer Anreise < 2km aktiv auf die fußläufige Entfernung hinweisen
- Konsequente, systematische Einbindung der PKW-Fahrten in das Angebot der Mitnahmefahrten von garantiert mobil!
- Einführung eines Umwelt-Tickets für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur kostenreduzierten Nutzung des ÖPNV zur dienstlichen und privaten Nutzung

Kategorie: perspektivisch umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 399; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- **Fahrgemeinschaften während der Dienstzeiten:** Aktiv darauf hinweisen, dass zu gemeinsamen Terminen nicht grundlos separat gefahren werden sollte.
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 400; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Nutzung des privaten PKW für Dienstfahrten nur in Ausnahmefällen:** Vorschlag, dass diese Fahrten von der Abteilungsleitung bzw. von der / dem Vorgesetzten grundsätzlich separat genehmigt werden müssen (der Odenwaldkreis verfügt mit den Elektrofahrzeugen über eine CO_2-neutral zu betreibende Fahrzeugflotte, die den in der Regel mit fossilen Treibstoffen betriebenen Privat-PKW vorzuziehen ist)
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 401; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Alternativen zum PKW bei Dienstgängen**
  - Konsequente Nutzung der Dienstfahrräder für Termine im Umkreis von bis zu 5 km. Ausnahmen müssten gegenüber der Abteilung glaubhaft begründet werden
  - bei kurzen Strecken < 1,5 – 2 km zu Fuß gehen. Eine dadurch verlängerte Anreise während der Dienstzeit müsste von der Abteilungs- bzw. von der Behördenleitung in Kauf genommen werden.

  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 402; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Öffnung des kreiseigenen Fuhrparks zum E-Carsharing mit dem Ziel, möglichst viele (private) Fahrten zu verlagern**
  - Öffnen für Kreismitarbeiterinnen und -mitarbeiter außerhalb der Dienstzeiten (am Abend / am Wochenende)
    - Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen
    - Bereitstellung eines Buchungsportals / einer Abrechnungsstruktur
    - Prüfung des Personalbedarfs und wohlwollende Bewertung
  - Öffnen für die Privatbevölkerung außerhalb der Dienstzeiten der entsprechenden Dienststelle
    - Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen
    - Bereitstellung eines Buchungsportals / einer Abrechnungsstruktur
    - Prüfung des Personalbedarfs und wohlwollende Bewertung

  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 403; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

- **Angebot des Dienstrad-Leasings für Kreisbedienstete**
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 404; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Aktionswochen „Mit dem Rad zur Arbeit“**
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 405; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

- **„Eco-Drive-Training“ für Kreisbedienstete**
  - Schulungsangebot in Zusammenarbeit mit geeigneten Organisationen (z.B. ADAC) mit dem Ziel energieeffizienter (spritsparender) mit den Fahrzeugen des Fuhrparks zu fahren
  - Praktische Trainingseinheiten

  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 406; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; gesamt:

Ziel 51.3 Klimafreundliche Ernährung

- **Bei Gremiensitzungen oder Besprechungen werden ausschließlich regional-saisonal, ökologisch produzierte Lebensmittel angeboten;** über bedruckte Servietten können Gäste auch darauf aufmerksam machen
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 407; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1;** gesamt:

- **Mindestens tageweise regional-saisonal, ökologisch produziertes Essen in der Kantine des GZO / den Schulküchen anbieten. Regionale** und saisonale Lebensmittel haben eine erheblich bessere Klimabilanz als Ware vom Großhändler und stärken darüber hinaus die lokale Wirtschaft. Zunächst muss zu den Betreibern der Kantinen und Schulküchen Kontakt aufgenommen werden mit dem Ziel der Prüfung von Machbarkeit und möglichen Mehrkosten
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 408; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Lieferdienste effektiv und CO_2-sparend nutzen**
  - Hausintern Lieferdienste bewerben, die für die Mittagspause regional-saisonale und ökologisch produzierte Gerichte anbieten. Alternativ könnten „Foodtrucks“ organisiert werden, die mit wechselndem Angebot während der Mittagszeit das Landratsamt oder andere Dienststellen anfahren
  - Kooperation mit Kantine am GZO ausbauen und einen Bestell- / Lieferservice organisieren
  - Abteilungsinterne / hausinterne Sammelbestellungen organisieren und etablieren, damit nach Möglichkeit nicht mehrere Lieferdienste anfahren müssen und Fahrstrecken eingespart werden
  - Wert auf ökologische, plastikfreie Verpackungen legen
  - Lieferdienste nach Möglichkeit vermeiden und stattdessen (zu Fuß oder mit dem Rad) Essen selbst abholen oder vor Ort verzehren (= aktive Mittagspause)

  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 409; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

Ziel 51.4 Beschaffung / Entsorgung

- **Umweltkriterien beachten**
  - Sämtliche Verbrauchsgüter auf Ökobilanz überprüfen und nach umweltfreundlichen Alternativen recherchieren; mögliche Mehrkosten in Kauf nehmen
  - Bei Anschaffungen auf Umweltsiegel (z.B. Blauer Engel) achten, die eine Umweltverträglichkeit bescheinigen; mögliche Mehrkosten in Kauf nehmen
  - bei der Anschaffung von Elektronik Energieeffizienz über den Einkaufspreis stellen.
    - Vorgabe, dass neu angeschaffte technische Geräte die höchste Energieeffizienzklasse vorweisen müssen
    - Energielabel nutzen (z.B. „Energy Star“ oder vergleichbar)
  - Verbrauchsgüter oder Elektronik nicht automatisch turnusmäßig ersetzen, sondern im Einzelfall prüfen, ob der geringere Stromverbrauch eine höhere Energieeffizienzklasse die Neuanschaffung rechtfertigt

  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, politisch und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 410; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- **Konsequente Mülltrennung nach Gelber Sack, Bio- und Restmüll.**
  Alternativ: Entfernen der Restmüll-Eimer in Büroräumen, damit die Mülltrennung in den Gemeinschaftsräumen (Küchen) gewährleistet werden kann.
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 411; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Ziel 51.5 CO_2-Bilanzierung der Kreisverwaltung

- Nutzung des **European Energy Awards** als alternativer Weg zu einer CO_2-Bilanzierung.
  Diese kostengünstige Möglichkeit der regelmäßigen Evaluierung ermöglicht, den Ressourceneinsatz auf den übrigen Maßnahmenkatalog zu fokussieren.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, politisch, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 412; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**

- **Erstellung einer CO_2-Bilanz der Kreisverwaltung** in geeigneter Form
  - Beauftragung eines externen Anbieters mit einer CO_2-Bilanzung
    - Kostenintensive Variante
    - Größtmögliche Erfahrung für Bilanzierung
  - Erstellung einer CO_2-Bilanzierung durch die Kreisverwaltung
    - Kostengünstigere Variante
    - Sollte kein geeignetes Tool gefunden werden, ist diese Variante als „nicht umsetzbar“ auszuschließen
    - Unsichere Aussagekraft der Ergebnisse, die aufgrund von Ungenauigkeiten im Rahmen der Datenerfassung nicht zu verhindern wäre

  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, politisch, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 413; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 5; **Teilstrategie: 5**; gesamt:

- **Jährlicher Bericht zum Fortschritt auf dem Weg zur CO_2-neutralen Verwaltung**
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 414; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

52. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich CO_2-neutrale Verwaltungen der Kreiskommunen

SMART-Formulierung:

Der Odenwaldkreis tritt in Kontakt mit den Kreiskommunen und fördert durch gemeinschaftliche Projekte bis 2030 das Erreichen einer rechnerischen CO_2-Neutralität innerhalb der Verwaltung der Kreiskommunen

Erläuterung:

Die Kommunen sind die Haupt-Ansprechpartner der Bevölkerung im Kreis. Damit tragen auch diese wesentlich zur Vorbildfunktion bei. Die jeweiligen Behördenleitungen (Landrat / Bürgermeister) stehen in engem Austausch und kommen in regelmäßigen Meetings zusammen. Es besteht demnach die Gelegenheit auch auf das Handeln innerhalb der Kreiskommunen Einfluss zu nehmen. Dies reicht von Informationen über Fördermöglichkeiten und Handlungsempfehlungen bis zu gemeinschaftlichen Projekten, für deren Gesamtorganisation gegebenenfalls der Kreis Verantwortung übernehmen kann.

Handlungsmöglichkeiten:

Ziel 52.1 Erfahrungsaustausch zwischen Kreis und Kreiskommunen

- **Multiplikation der Anstrengungen zur CO_2-neutrale Kreisverwaltung**
  - Im Grunde können sämtliche Inhalte von Kreisebene auf die Kommunalverwaltungen übertragen werden. So gilt es, die Inhalte aktiv zu kommunizieren.
  - Beratung der Kommunalverwaltungen auf Anfrage

- Hinweis auf aktuelle Handlungsmöglichkeiten, z.B. Förderprogramme, neue technische Lösungen oder Projekte, die gemeinschaftlich oder interkommunal durchgeführt werden können

- Regelmäßiger (z.B. *jährlicher*) Erfahrungsaustausch der Ansprechpartner der Kommunen (Verwaltungsebene) und des Klimaschutzmanagers der Kreisverwaltung
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 415; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

Ziel 52.2 Fördermittelberatung des Kreises für die Kommunen

- Hinweis auf aktuelle Handlungsmöglichkeiten, z.B. Förderprogramme, neue technische Lösungen **oder** Projekte, die gemeinschaftlich interkommunal durchgeführt werden können. U.U. Verstetigung in Form eines Newsletters und Abstimmung mit der neuen Stelle der Fördermittelberatung.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 416; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

Ziel 52.3. Gemeinschaftliche Projekte mit Kommunen organisieren

- **Energieberatung für die Kommunen** – Klimaschutzmanager gibt Auskünfte über **Einsparpotentiale** oder vermittelt an externe Dienstleister
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 417; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Radverkehrskonzept** des Odenwaldkreises für die Erarbeitung gemeindeverbindender Radwege bzw. für Wege, die Ortsteile mit dem Ortszentrum bzw. mit dem nächst gelegenen Zentrum verbinden
  - Kreis stellt die Mittel für die Konzepterarbeitung zur Verfügung
  - Von Kommunen wird aktives Mitwirken erwartet (Austausch Planungsbüro / Kommunen, damit geeignete und finanzierbare Wege gefunden und definiert werden)
  - Nachfolgendes Aufstellen eines Finanzierungskonzepts (Zielsetzung: Realisierung der gemeinsam erarbeiteten Radwegverbindungen binnen drei bis fünf Jahren)
  - (Finanzielle) Unterstützung des Kreises bei Verwirklichung der Radwege (z.B. Bereitstellung eines Förderprogrammes des Kreises für die jeweiligen Baulastträger)
  - Gemeinschaftsprojekte (12 Kommunen + Kreis) zur einheitlichen Umsetzung von Radabstellanlagen inkl. Beschilderung
  - Koordination + Organisation durch Kreis, Kostenübernahme entsprechend der Zuständigkeiten

  Kategorie: dringend umzusetzen / teils bereits in Umsetzung befindlich, personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis informiert, Kommunen arbeiten aktiv mit und setzen um
  ID: 418; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:

- Dauerhafte Einbindung der Kommunen in **Rad-Aktionen** mit zunehmendem Engagement von kommunaler Seite
  - Stadtradeln
  - Verleihaktionen (E-Bike-Probefahren...)
  - Weitere Aktionen: z.B. Radtouren der Gemeinden für die Bevölkerung
- Kategorie: dringend umzusetzen / teils bereits in Umsetzung befindlich, personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis informiert, Kommunen arbeiten aktiv mit und setzen um
  ID: 419; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Fußverkehr**
  - Besonders kurze Wegen <2km können i.d.R. problemlos zu Fuß zurückgelegt werden
  - Anpassung der Infrastruktur: sichere Gehwege, sichere Überquerung von stärker befahrenen Straßen (Fußgängerampel, Zebrastreifen)
  - Netz von Wegweisern für Fußgängerinnen und Fußgänger mit Angaben von Zieladressen (Einbindung der lokalen Wirtschaft, z.B. auch Lebensmitteleinzelhandel)
  - *Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 13: Integrative Siedlungsplanung und Treffpunkte*

- *Siehe auch Teilstrategie Mobilität – Ziel 17.1: Lärmschutz, Anwohnerschutz, Nahmobilität und Antriebswende im Straßenverkehr*

Kategorie: dringend umzusetzen / teils bereits in Umsetzung befindlich, personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis informiert, Kommunen arbeiten aktiv mit und setzen um
ID: 420; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- Erarbeitung lokalen Konzepten zur Nutzung von **Nahwärmenetzen** in geeigneten Arealen mit Beachtung der Wirtschaftlichkeit (Fokus auf Einhaltung einer hohen Wärmedichte [kWh/m] und einem akzeptablen Wärmepreis für den Endverbraucher), einem durchdachten Brennstoffmanagement und unter Einbindung eines Planungsbüros. Hierzu bestehen zwei Alternativen:
  a) mit vorhandener Wärmequelle (z.B. Industriebetrieb mit ungenutzter Abwärme)
    - Kommune ist federführend und erster Ansprechpartner für die Bevölkerung
    - Gemeinsame Erarbeitung von Potentialen (Bürgerinformation / Bürgerveranstaltungen),
    - Gemeinsames Eruieren einer geeigneten Betreiberstruktur

  b) ohne vorhandene Wärmequelle (Bau eines Heizkraftwerks mit Wärmeverteilungsnetz)
- Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis mit koordinierender Funktion
  ID: 421; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Freiflächen-Photovoltaik:** Nutzung oder Bereitstellung von geeigneten öffentlichen Flächen zur Stromerzeugung, bei Bedarf enge Zusammenarbeit mit Energiegenossenschaft Odenwald
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis mit koordinierender Funktion
  ID: 422; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:
- Gemeinschaftlicher Naturschutz und **Landschaftspflegeverband**
  - Mehr *Effizienz durch unabhängige Fachkräfte*
  - *Outsour*cen von kommunalen Aufgaben (gegen Gebühr) an externe Fachkräfte

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis und Kommunen
  ID: 245; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  siehe auch Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft – Zielbereich 31: Strategische Ausrichtung und Erfolgssicherung für Naturschutz, Landwirtschaft und Landschaftspflege.

53. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Senkung der Treibhausgas-Emissionen im gewerblichen Sektor

SMART-Formulierung

Der Odenwaldkreis erreicht durch die Beiträge privatwirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure, sowie durch informierende und unterstützende Beiträge der Verwaltung bis 2030 eine deutliche Reduzierung der Treibhausgasemissionen im gewerblichen Sektor.

Erläuterung:

Der gewerbliche Sektor schließt Unternehmen verschiedenster Fachbereiche ein. Diese reichen unter anderem von der Gastronomie, über Beherbergungsbetriebe, den Groß- und Einzelhandel bis zu Dienstleistern. Jedoch auch (industriell) produzierende Unternehmen wie die Landwirtschaft, Fabriken oder Logistikzentren sind enthalten. Für all diese kann zusammengefasst werden, dass der Kreis nur begrenzt Einfluss auf umzusetzende Klimaschutzmaßnahmen nehmen kann. Er regt an, vernetzt und initiiert gegebenenfalls Projekte. Die schlussendliche Entscheidung liegt jedoch beim Unternehmen selbst und unterliegt vor allem auch betriebswirtschaftlichen Kriterien.

Herausfordernd ist auch die Messbarkeit der Maßnahmen. Unternehmen sind nicht zur Herausgabe von Energiedaten verpflichtet. Ob und wie stark Einsparerfolge erzielt werden konnten, ist vom Mitwirken der Beteiligten abhängig und kann anschließend bestenfalls auf den kompletten Sektor hochgerechnet werden. Aufgrund der starken Diversifizierung und grundlegend voneinander abweichenden Profilen ist

die Entwicklung von allgemeingültigen Maßnahmen schwierig. So steht ein landwirtschaftlicher Betrieb vor völlig anderen Herausforderungen wie beispielsweise eine physiotherapeutische Praxis oder ein Industrieunternehmen. Das Kreisentwicklungskonzept kann keine Antworten auf alle diese Fragen liefern und soll sich auf Schwerpunkte konzentrieren. Konkrete Formen der Unterstützung sowie Kooperationen können entwickelt werden, sobald im Rahmen von Einzelgesprächen Interesse erkennbar wird.

Handlungsmöglichkeiten:

- **Prozessoptimierung im gewerblichen Sektor**
  - Aufzeigen von Best-Practice-Modellen und wissenschaftlichen Studien / Erkenntnissen und Kommunikation
  - Initiierung eines Energienetzwerkes, nach Möglichkeit über die Kreisgrenzen hinaus
  - Einbindung von externen Fachleuten und Planungsbüros zur Erarbeitung von innerbetrieblichen Effizienzsteigerungsprozessen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Erarbeitung von Einsparpotentialen, Öffentlichkeitsarbeit zur gestärkten Wahrnehmung von beispielhaften Projekten bei Unternehmen im Odenwaldkreis
  - Unterstützung der Unternehmen bei der Umsetzung von Maßnahmen, Übernahme oder Weitergabe der Funktion zur Projektsteuerung

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG
  ID: 424; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Ausbau der Erneuerbaren Energien kommunizieren**
  - Informationskampagnen zur Belegung der Dachflächen mit Photovoltaik-Anlagen und zur Erhöhung der Eigenstromversorgung
  - Anregung zur Prüfung des Potentials einer Nutzung von Abwärme aus Betriebsprozessen und aus Abwasser
  - Biogasnutzung v.a. bei landwirtschaftlichen Betrieben – betriebsübergreifende Konzepte zur energetischen Nutzung von Gülle, Mist oder Grüngut entwickeln

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 425; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Potentiale von Energienetzen kommunizieren**
  - Strom und Wärme für umliegende Gebäude nutzbar machen und somit die Wirtschaftlichkeit steigern
  - Einbindung eines spezialisierten Planungsbüros um Potentiale prüfen und zur Errechnung einer Wirtschaftlichkeit
  - Unterstützung durch den Kreis in Form der Projektsteuerung

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG und Betriebe
  ID: 426; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; gesamt:

- **Mobilität der Belegschaften**
  - *Übertrag der Maßnahmen zur Mobilität des Ziels 51.2 Mobilitätswende der Verwaltung*
  - Kreis informiert über Potentiale eines Vorschlagswesens zur Bildung von Fahrgemeinschaften (Kreisverwaltung als Vorbild)
    - Mitarbeiter*innen zur gemeinsamen Organisation der Arbeitswege befähigen;
    - Organisation über Plattform garantiert mobil!
  - Bereitstellung von Wallboxen auf dem Firmengelände zur Ladung von Elektrofahrzeugen der Bediensteten während der Arbeitszeit
  - Investition in ein elektrisch betriebenes Dienstfahrzeug
  - Nutzung von Pedelecs für kurze Dienstfahrten
  - Dienstrad-Leasing für Bedienstete anbieten

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG und Betriebe
  ID: 427; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:

- **Ernährung** / **Kantine:** Übertrag der Handlungsmöglichkeiten aus dem *Ziel 51.3 Klimafreundliche Ernährung* durch Vorbildfunktion der Verwaltung und Öffentlichkeitsarbeit
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG und Betriebe
  ID: 428; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:

- **Vernetzung fachähnlicher Unternehmen** – Bildung von kreisweiten / kreisübergreifenden Netzwerken
  - Alle Unternehmen (jährliches Zusammentreffen zum allgemeiner Austausch, aktuelle Fördermöglichkeiten, neue Angebote, umgesetzte Projekte, gegenseitige Inspiration)
  - Brancheninterne Netzwerke (bei Bedarf) für fachbezogenen Austausch (Strategien zu mehr Effizienz)

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis / OREG und Betriebe
  ID: 429; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:

54. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Senkung der Treibhausgas-Emissionen in Privathaushalten

SMART-Formulierung:

- Deutliche Fortschritte im Klimaschutz, die in einer Bürgerschaftsbefragung zum Klimaschutz belegt werden können
- Der Odenwaldkreis erreicht in Privathaushalten bis 2030 eine nennenswerte Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

Erläuterung:

Der private Sektor umfasst die Bevölkerung des Odenwaldkreises.

Emissionen ergeben sich in nahezu allen Lebenslagen. Es ergibt sich eine ähnliche Problematik bei der Erfassung von konkreten Emissionswerten, wie bereits im Zielbereich „Gewerbe“ beschrieben wurde. Die private Bevölkerung kann nicht dazu verpflichtet werden, ihre Verbrauchsdaten offenzulegen. Sicher ist auch, dass ein nennenswerter Teil der Bevölkerung keinen Handlungsbedarf sieht und Bemühungen ins Leere laufen werden. Dies kann ideologisch begründet sein. Es treten jedoch auch Fälle auf, in denen finanzielle Mehrkosten in Form höherer Energiekosten in Kauf genommen werden. Gleichzeitig werden Investitionen als „nicht notwendig“ angesehen.

Dem gegenüber steht jedoch eine stets anwachsende Bevölkerungsgruppe, der Klimaschutz wichtig ist, die sich engagiert und offen für Veränderung ist. Hier kann durch kluge Mitmachaktionen und umfangreiche Informationskampagnen vieles bewirkt werden. Engagement spricht sich herum; positive Bewegungen werden in der Bevölkerung weitergetragen. Auch bislang weniger Überzeugte können von der Sinnhaftigkeit diverser Maßnahmen überzeugt werden, wenn der Informationsfluss umfassend und stetig ist und der gesellschaftliche Konsens zum Aktivwerden (in der Region) noch stärker entwickelt wird.

Eine zentrale Funktion kann den Schulen zugeordnet werden; Kinder stellen hervorragende Multiplikatoren dar. Inhalte inner- und außerhalb der Unterrichtseinheiten werden von vielen Schüler*innen meist interessiert aufgenommen und dankbar als Abwechslung zum Schulalltag eingeordnet. Andere Altersgruppen sind unterschiedlich gut zu erreichen, abhängig in welche sozialen Netzwerke und „Kanäle“ die Personen jeweils eingebunden sind. Ansatzpunkte bieten hier wiederum die Arbeitsstellen, Vereine, öffentliche Veranstaltungen und Foren. Verbündete zu finden und gemeinsam mit dem richtigen Thema präsent zu sein, ist daher ein zentraler Baustein zu mehr flächendeckendem Klimaschutz im Odenwaldkreis.

Ein für den CO_2-Ausstoß stark ins gewichtfallenden Bereich des Heizens ist das Thema der energetischen Sanierung in den Blick zu nehmen – wobei ein Blick in den Gebäudebestand enorme Verbesserungspotentiale vermuten lässt (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich 12: Nachhaltige Siedlungsentwicklung*).

Handlungsmöglichkeiten:

- Periodische Durchführung einer **Bürgerschaftsbefragung** zum Klimaschutz
  Damit wird ein Stimmungsbild zu den vorgeschlagenen Maßnahmen der Teilstrategie Klimaschutz erfasst. Die Umfrage wird im Sommer 2021 durchgeführt und mit identischer Fragestellung vor Ende des Betrachtungszeitraums 2030 wiederholt. Veränderungen im Stimmungsbild lassen darauf schließen, ob die Tätigkeiten im Bereich Klimaschutz eher positiv oder eher negativ aufgenommen wurden. Die Ergebnisse der Umfrage von 2021 werden erst nach der Veröffentlichung des Kreisentwicklungskonzepts vorliegen, weshalb diese zwar nicht im Konzept, aber in der Debatte des zuständigen Ausschusses des Kreistags präsentiert werden können.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 430; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Gesamt:

- **Anstoßen privater Klimaschutz-Maßnahmen durch Öffentlichkeitsarbeit, Bewusstseinsbildung** und Aufzeigen von privaten Handlungsmöglichkeiten: Fördermittel- und Energieberatung, Schaffung öffentlicher Aufmerksamkeit für regionale gute Beispiele
  - Klimaschutzmanager als Ansprechpartner für Energiefragen etablieren. Nach Möglichkeit stets wiederkehrender Eintrag in den Gemeindezeitungen um die Bekanntheit zu festigen
  - Fördermittelberatung für Privatpersonen
    - Fortschreibung des Förderratgebers auf der Kreishomepage
    - Einbindung der Fördermittelberatungsstelle für die Kommunen
    - Unabhängige Energieberatung in Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Hessen mit dem Ziel der Schaffung einer stationären Beratungsstelle im Stadthaus Michelstadt (Vermittlung von Beratungssuchenden für Vor-Ort-Termine)
    - Regelmäßige Bekanntmachung des Beratungsangebots über die Gemeindezeitungen
    - Information über weitere Beratungsangebote, z.B. im Internet, über die Kreishomepage oder die sozialen Medien
    - Jährlicher Aktionsstand zur Energieberatung an wechselnden Standorten, nach Möglichkeit gemeinsam mit der Verbraucherzentrale und gemeinsam mit den Kommunen
    - Kostenlose Stromspar-Checks für einkommensschwache Haushalte, mit entsprechenden Einkommensnachweisen und z.B. in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Hessen (Übernahme des Eigenanteils durch Kreis und Kommunen)
  - Webinare
    - Was ändert sich mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) gegenüber der EnEV?
    - Regelungen bei Alt-/Neubauten?
    - Information über Förderprogramme
    - Information über lokale Energieberatungen
  - Marktakteure vernetzen – z.B. Architektennetzwerk aufbauen als Fortbildungsinstrument und Austauschgremium mit dem Ziel der Förderung flächensparendem Bauens oder energiesparender Planungs-/Baukonzepte

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 431; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Gesamt:

- **Gestaltungsoption Bauleitplanung nutzen** – In Zusammenarbeit mit den Kommunen Leitlinien erarbeiten, die ein naturverträgliches Bauen und Leben begünstigen
  - Fokus „Minimierung des Wärmebedarfs von Gebäuden“ z.B. durch Vorschrift einer kompakten Bauweise, Vorgaben eines Mindest-Energieeffizienz-Standards, Vorgaben zur Ausrichtung der Dachflächen oder einer Minimierung der Verschattung
  - Fokus „CO_2-freie Deckung des verbleibenden Wärmeenergiebedarfs“ z.B. die Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen, CO_2-minimierte Heizsysteme oder die Nutzung von Wärmenetzen (Nahwärme aus KWK-Anlagen oder anderen bestenfalls regenerativen Wärmequellen)

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis und Kommunen
  ID: 432; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:

- **Ausbau von Erneuerbaren Energien, Informationskampagnen**
  - Photovoltaik

- Informationskampagne für private Aufdachanlagen; Infoflyer, weiterführende Informationen auf der Kreishomepage, Verweis und Information durch Webinare oder Infoveranstaltungen der Verbraucherzentrale Hessen
- Anlage kaufen vs. Anlage mieten; Informationen über Mietmodelle diverser Anbieter
- Fokus „Stromspeicherung“; Informationskampagne über die Wirtschaftlichkeit von Stromspeichern; mit der richtigen Ladestation Elektroautos als Stromspeicher nutzen
- Möglichkeit der Beteiligung an größeren Anlagen auf gewerblichen Dächern bzw. auf Freiflächen durch eine Mitwirkung bei der EGO; Beteiligung an Informationsveranstaltungen der EGO zur Bewerbung des Angebots

o *Perspektivisch, bzw. optional*: Windkraft
- Windkraft hat im Odenwaldkreis ein erhebliches Akzeptanzproblem und wird daher nicht prioritär vorangetrieben.
- Information bezüglich der Fördermöglichkeiten von Windkraft im Odenwaldkreis
- Finanzielle Bürgerschaftsbeteiligung an größeren Anlagen oder Förderung von Kleinwindkraftanlagen auf privatem Grund (Zuschussprogramm Kreis / Kommunen)

o Wasserkraft: Erhalt kleiner Wasserkraftwerke und Mühlräder entlang der Fließgewässer im Odenwaldkreis; Auflage eines Förderprogramms des Odenwaldkreises und der Kommunen zur Sanierung bestehender Anlagen

o Solarthermie
- Auf attraktive Förderbedingungen des BAFA hinweisen
- Möglichkeiten der Integration in ein ökologisches Heizsystem kommunizieren
- Solarthermie als attraktive, zusätzliche Wärmequelle eines Wärmenetzes

o Biomassenutzung
- In Privathaushalten am besten möglich durch eine Biomasseheizung, z.B. Pelletheizung, Scheitholzheizung und Blockheizkraftwerke (KWK) mit regenerativem Brennstoff
- Auf Fördermöglichkeiten durch das BAFA hinweisen
- Anbau von Energiepflanzen auf privatem Grund, sollte dies auf umweltverträgliche Weise möglich sein

o Restriktives Vorgehen in Landschaftsschutzgebieten: Landschaftsschutz steht über Ausbau erneuerbarer Energien

Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis und Kommunen
ID: 433; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**

- **klimaverträgliche Mobilität** (*siehe Teilstrategie Mobilität*)

- **klimaverträgliche Ernährung**

Siehe Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft – Analyse
Siehe Teilstrategie Landwirtschaft (Absatz regionaler Produkte und Zielbereiche 38 Landwirtschaft und 36 Umweltpädagogik)

o Informationen zu einer regional-saisonal und ökologischen Ernährung

o Anbau von Lebensmitteln auf Privatgrund
- Informationskampagne, was wann und unter welchen Bedingungen ausgesät werden muss; Pflanzennachbarschaften im Beet; Modell Permakultur…
- Mitmachkampagne „gemeinsam gärtnern“, Stecklinge gemeinsam heranziehen, gemeinsam in den Garten ausbringen, gemeinsam ernten; Rezeptideen
- In Kooperation mit den Kommunen „Aktion Naturgarten“, Best-Practice im Odenwaldkreis finden und der interessierten Bevölkerung vorstellen

o In Kooperation mit den Kommunen Anbau von Lebensmitteln auf öffentlichem Grund (Essbare Gemeinde / Essbarer Landkreis) – gemeinschaftliche Bewirtschaftung unter Beteiligung der Bevölkerung

o Lebensmittelverschwendung vermeiden
- Zusammenarbeit u.a. mit Ökomodellregion Süd
- Kooperationen mit dem Lebensmitteleinzelhandel und der Tafel
- In Kooperation mit den Kommunen an zentralen Orten Sammelstationen einrichten, an denen überschüssige Lebensmittel hinterlegt werden können

o Für Lebensmittel, die aus klimatischen Gründen nicht regional angebaut werden können Fair Trade fördern. Odenwaldkreis als Fair-Trade-Landkreis zertifizieren lassen und Zertifizierung langfristig erhalten (Zertifizierungsprozess zum Zeitpunkt der Konzepterstellung bereits kurz vor dem Abschluss)

Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, Einzelhandel
ID: 434; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:

- **Abfall richtig entsorgen, Wertstoffkreisläufe**
  - Klimaschutz durch konsequente und richtige Mülltrennung
    - Gemeinsam mit der Duales System Deutschland GmbH weiterhin aufklären, welche Abfälle in welcher Tonne zu entsorgen sind und was beispielsweise nicht in den Biomüll oder den Gelben Sack gehört
    - In Kooperation mit den Kommunen Aktionen für eine saubere Umwelt durchführen („Sauberes X“ o.ä.)

Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, RESO, DSD
ID: 435; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 3**; Gesamt:

- **Klimaschutz an Schulen**
  - Die bereits genannten Aspekte zur Ernährung und zur Mobilität als separate Bausteine in den Unterricht einbringen; eigenständige Module nach Möglichkeit mit externem Personal, damit die Relevanz hervorgehoben wird
  - Aktivitäten fördern, die außerhalb der Schule stattfinden (z.B. Besuche in landwirtschaftlichen Betrieben oder im Einzelhandel...)
  - Energiesparen in der Schule
    - Schüler*innen und Lehrer*innen als Nutzende der Schulgebäude
    - Möglichkeiten aufzeigen, inwiefern ein verantwortungsvoller, bewusster Umgang mit Energie Einfluss auf die CO_2-Bilanz der Schule haben kann
    - Schule am Einspareffekt, der auf ein verbessertes Nutzungsverhalten zurückzuführen ist, beteiligen
  - Schulung der Lehrkräfte durch externes Personen
    - Lehrkräfte als Vorbilder für die Kinder
    - Verhaltensweise der Lehrkräfte im Schulalltag lenken, damit Energieeffizienzkriterien eingehalten werden
  - Papierbedarf reduzieren
    - Digitale Lösungen bevorzugen
    - Recyclingpapier statt Frischfaser
  - Bei Baumaßnahmen Schulgemeinschaft miteinbeziehen und Inhalte erklären
  - Naturnahes Profil entwickeln und öffentlichkeitswirksam aufbereiten. Hierzu sollten auch die Eltern bzw. der Elternbeirat miteinbezogen werden und versucht werden aktive Schulgemeinschaften mit Klimafokus zu etablieren

Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, Schulen
ID: 436; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Gesamt:

- **Engagement der Vereine nutzen**

Die Vereinswelt deckt ein breites Spektrum der Gesellschaft und viele Interessensgebiete ab, in denen Klimaschutz bereits eine wichtige Rolle spielt. In Vereinen treffen sich Personen, die sich engagieren und die für die Verbreitung des Klimaschutzgedankens empfänglich sein könnten**.** Bei Gelegenheit Gründung, bzw. Unterstützung dezidierter Vereine mit Schwerunkt Klimaschutz, sollten sich Bürger zu einem konkreten Projekt zusammenschließen
Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, Schulen
ID: 437; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:

- **Natur erleben, Natur wertschätzen**

Siehe Teilstrategie Natur- und Kulturraum, Analyseteil - Odenwälder Landschaft erleben; sowie Zielbereiche 32: Artenschutz, Biodiversität und Gewässerschutz und 33: Umweltpädagogik und Ehrenamt

- **Mitmachaktionen für die Bevölkerung**
  - Grüne Hausnummer für umweltbewusstes Bauen und Sanieren – langfristige Etablierung und fortgesetzte Bewerbung

- Heizungspumpentauschaktion – in Kooperationen mit Kommunen und Heizungsbau-Betrieben; Einbezug von Fördertöpfen, Stiftungsgelder und Sponsoren (für die Aktionen).
- LED-Tauschaktion in Kooperation mit Kommunen „Glühlampe gegen LED-Lampe mit vergleichbarer Lux-Zahl". Prüfung möglichen Sponsorings durch Lampenhersteller, ggf. Zuschuss durch Kommunen und Einbezug weiteren Sponsorings sowie Stiftungs- und Fördergelder
- Aktion „hydraulischer Abgleich"
  - Aufklären Kosten/Nutzen
  - Heizungsbauer oder HLS-Planer für Infoveranstaltung gewinnen, bei Gelegenheit Aktionspaket schnüren
- Thermographie-Aktion – Experten für eine Infoveranstaltung gewinnen; mehrere Gebäude verknüpfen und somit attraktivere Preise ermöglichen
- „Älteste/r X gesucht" (z.B. Kühlschrank, Waschmaschine, Fernseher...) – das älteste Gerät gewinnt und wird vom Kreis oder der Kommune durch ein Gerät der höchsten Energieeffizienzklasse ersetzt
- Strommessgerät-Verleih als Voraussetzung für Bürger*innen, Einsparpotentiale im Haushalt zu entdecken. Aufbau eines Grundstocks an Messgeräten, die kostenfrei verliehen werden können

Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 438; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Priorisierungsvorschlag Teilstrategie: 2**; Gesamt:

Gesundheitsversorgung

Analyse

Ärztliche Versorgung und Krankenhäuser

Die Entwicklung des Gesundheitssektors hängt eng mit der **Bevölkerungsentwicklung** zusammen. Der demographische Wandel in Deutschland und im Odenwaldkreis zeigt eine deutliche Alterung der Gesellschaft (*vgl. Megatrends und Gesamtanalysen – Demographie*). Insbesondere die geburtenstarken Jahrgänge der „Babyboomer“ sind hierbei von entscheidender Bedeutung. Darüber hinaus verzeichnet der Odenwaldkreis bereits jetzt deutliche Zuwanderung in den Alterssegmenten über 65 (*vgl. Megatrends und Gesamtanalysen – Wanderungsbewegungen*). Als Grund hierfür sind lassen sich die günstigeren Wohnungen und Pflegeplätze im Kontrast zu z.B. Darmstadt oder Frankfurt ausmachen. Durch diese Veränderung der Bevölkerungsstruktur werden sich auch die Anforderungen an die medizinische Versorgung deutlich verändern. Eine besondere Herausforderung stellen multimorbide Patienten dar. Multimorbidität bedeutet, dass ein Mensch gleichzeitig an mehreren chronischen Erkrankungen, z.B. einer Kombination von Herzkreislauferkrankungen, Diabetes mellitus, Osteoporose, COPD und neurologischen Störungen leidet. Dies geht zumeist damit einher, dass dauerhaft mehrere Medikamente eingenommen werden müssen (Polypharmazie). Um eine adäquate Behandlung zu gewährleisten stehen vor allem die hausärztlichen Praxen in einer großen Verantwortung und gegenüber einer großen Herausforderung. Während Fachärzte ihren Fokus zumeist auf die Behandlung eines spezifischen gesundheitlichen Aspektes legen, müssen die Hausärzte ihre Patienten mit all ihren Erkrankungen und auch den sozialen Aspekten im Blick haben.

Bislang zeigt ein Blick auf die hausärztliche Versorgung im Vergleich zu anderen ländlichen oder suburban geprägten Regionen kein auffällig negatives Bild (Abbildung 204). Abbildung 205 hingegen zeigt, dass im Odenwaldkreis bereits merkliche Ungleichheit bezüglich der Erreichbarkeit von hausärztlichen Praxen gibt und es insbesondere in den etwas von den Hauptverkehrsachsen abgelegeneren Orten auffällige Lücken gibt. Noch eindrucksvoller stellt sich die schlechte Erreichbarkeit eines Krankenhauses in großen Teilen des Odenwaldkreises und des vorderen Odenwaldes dar. In diesem Kontext erklärt sich die große Bedeutung des Gesundheitszentrum Odenwald (GZO) in Erbach für die Region. Das GZO ist unverzichtbar für die Gewährleistung der Grunddaseinsfürsorge. Die wohnortnahe stationäre Versorgung ist ein wichtiger Standortfaktor und ermöglicht den Patient*innen regelmäßige Besuche durch Angehörige. Mit seinen Ausbildungskapazitäten für junge Ärztinnen und Ärzte, Arzthelfer*innen sowie für Pflegekräfte, aber auch Verwaltungs- und IT-Personal ist das GZO außerdem ein wichtiger Arbeitgeber und Ausbildungsbetrieb für die im Bereich Medizin und Pflege im Odenwaldkreis. Das GZO hat eine Kooperation mit der Goethe-Universität Frankfurt am Main, aufgrund derer junge Ärzt*innen ihre Zeit als Assistenzarzt, bzw. Assistenzärztin im Odenwald absolvieren können. In der Folge profitieren häufig nicht nur das GZO, sondern auch die ärztlichen Praxen im Kreis vom Zuzug dieser Nachwuchskräfte.

In den letzten Jahren gab es immer wieder **Probleme mit der Nachbesetzung von ärztlichen Praxen**, wenn deren Leitung in den Ruhestand getreten ist oder aus anderen Gründen wegfällt. Die Analysen der Kassenärztlichen Vereinigung zum Nachfolgebedarf (Abbildung 207 und 208) zeigen eindrucksvoll, wie gravierend sich dieses Problem in naher Zukunft noch potenzieren wird. Neben diesem rein strukturellen Problem kommen noch weitere Faktoren dazu, warum sich die Nachbesetzung so schwierig gestaltet. Dazu gehören unter jungen Ärzt*innen veränderten Anforderungen an das Berufsbild und dessen Work-Life-Balance. Während bislang vielfach eine Arbeitsbelastung von weit über einer „Vollzeitstelle“ hinaus als normal galt und dabei auch Nacht- und Wochenend-Dienste sowie Hausbesuche gemacht wurden steht heute den meisten Nachwuchsmediziner*innen der Sinn nach familienverträglicheren Modellen. Auch eine heute höhere Frauenquote in der Ärzteschaft wird häufig damit in Verbindung gebracht. Statt 60 Stunden in der Woche oder mehr geht die Tendenz der Wunsch-Arbeitszeit also heute häufig eher in Richtung der 30 Stundenwoche. Dadurch verschärft sich der Personalbedarf natürlich zusätzlich. Auch das Betreiben einer Praxis, also der Unternehmensführung, ist eine Aufgabe, nach der vielen von ihnen nicht der Sinn steht und für die es im Studium auch keine ausführliche Vorbereitung gab. Angestelltenverhältnisse, die diese **Work-Life-Balance** bieten können, finden sich zumeist eher in den Kliniken im Städtischen, womit das Berufsbild des klassischen „Landarztes“ zunehmend unter Druck gerät. Verschiedene Modelle existieren, die so beschriebenen

Anforderungen erfüllen können und somit als besonders zukunftsfähige Modelle für die Organisation ärztlicher Versorgung im ländlichen Raum gelten.

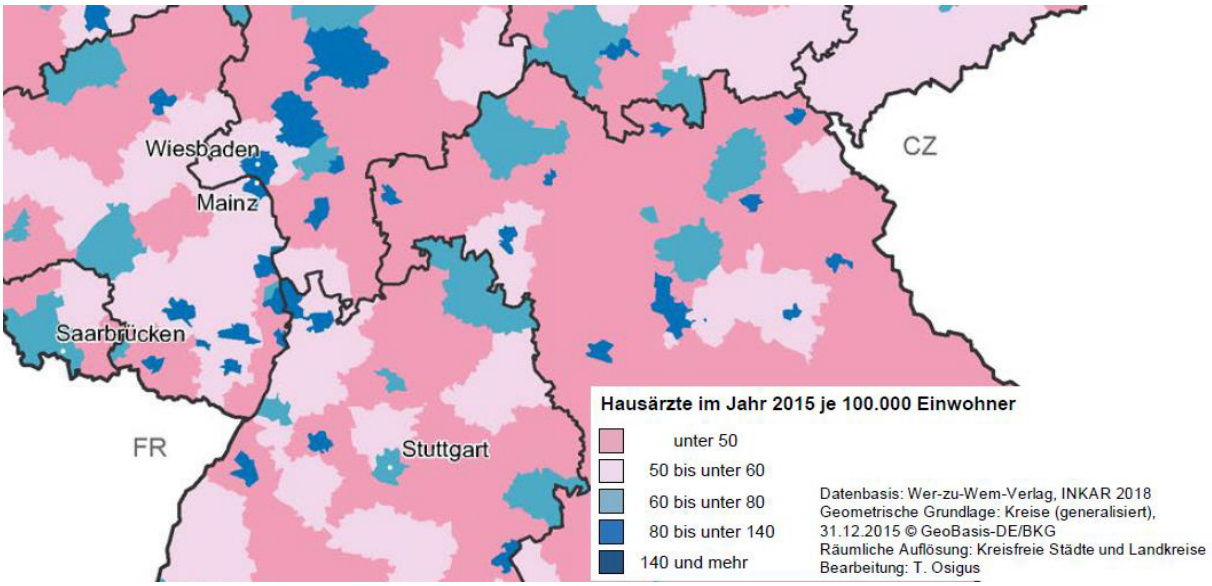


Abbildung 204: Hausärzte je 100.000 Einwohner, im Jahr 2015. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019

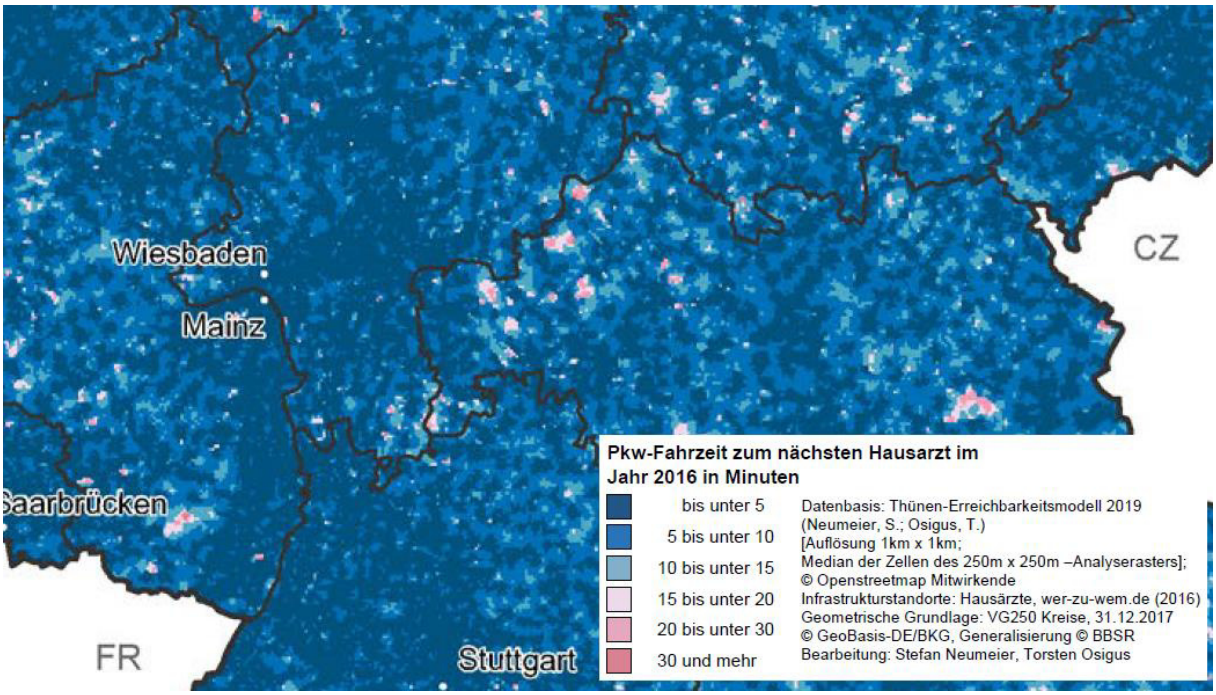


Abbildung 205: PKW-Fahrzeit zum nächsten Hausarzt im Jahr 2016 in Minuten. Quelle: BBSR Deutschlandatlas 2019

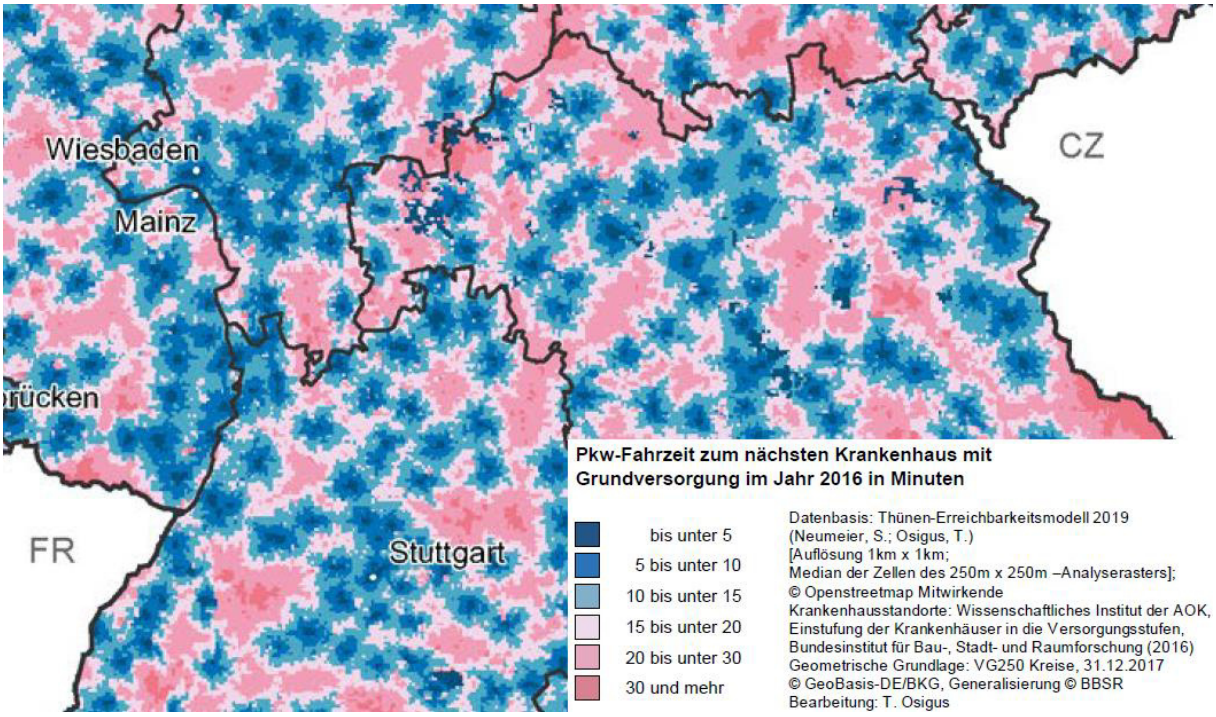


Abbildung 206: Erreichbarkeit von Krankenhäusern der Grundversorgung. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019, Daten von 2016

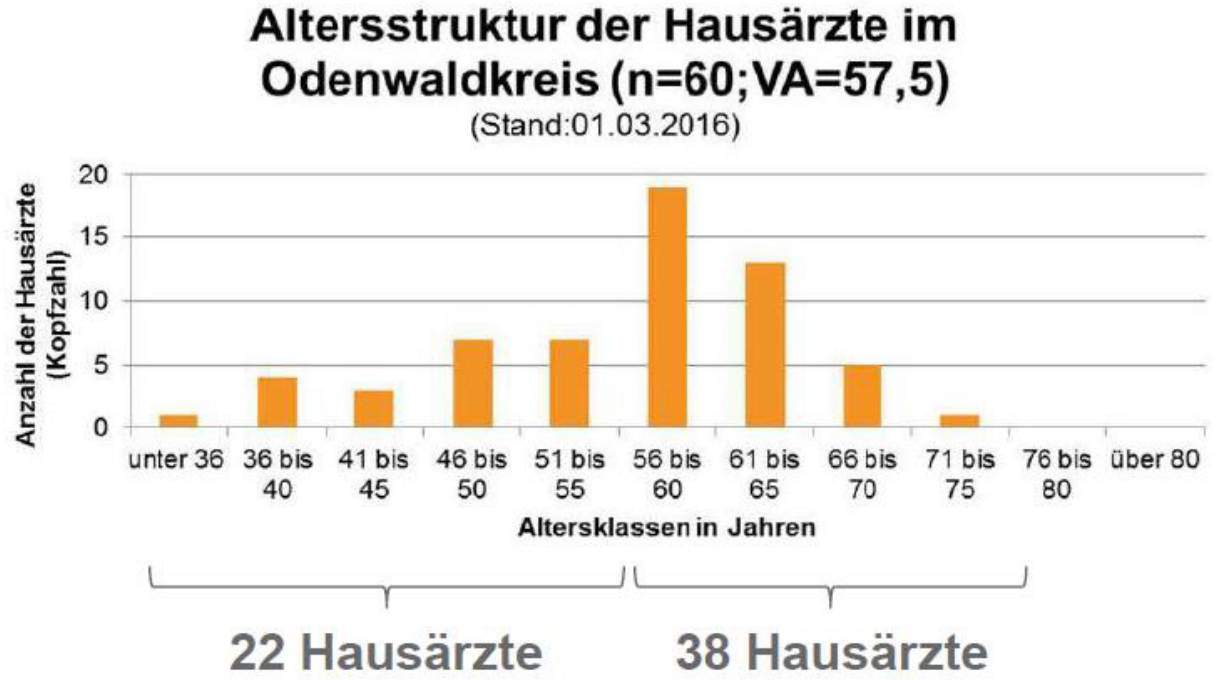


Abbildung 207: Altersstruktur der Hausärzte im Odenwaldkreis. Quelle: Prognos AG 2019; Kassenärztliche Vereinigung Hessen

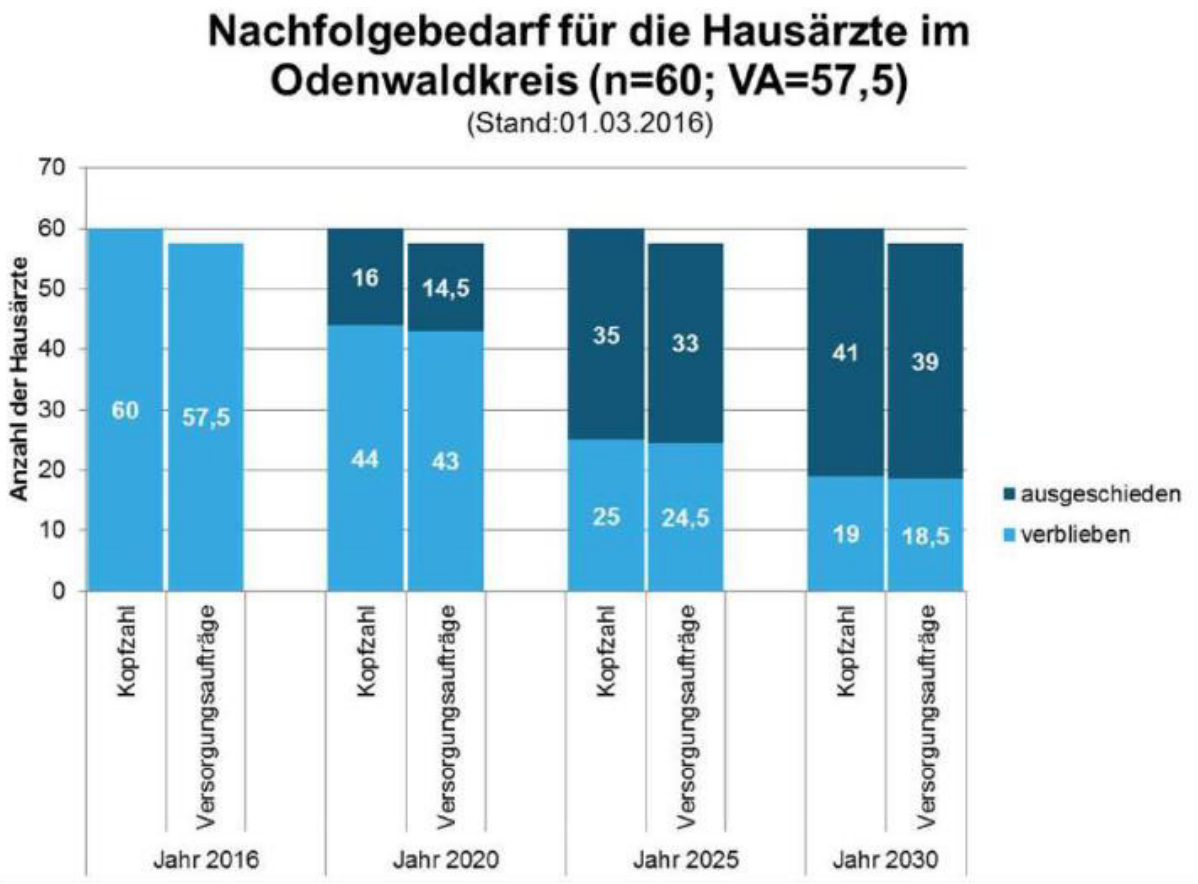


Abbildung 208: Nachfolgebedarf für die Hausärzte im Odenwaldkreis. Quelle: Prognos AG 2019; Kassenärztliche Vereinigung Hessen

Eine Möglichkeit, die sich immer größerer Beliebtheit erfreut, ist die Gründung von **Medizinischen Versorgungszentren (MVZ's**). Hier arbeiten Ärzt*innen unterschiedlicher Fachrichtungen zusammen und bieten dadurch ihren Patienten vielfältige Leistungen unter einem Dach an. Der fachliche Austausch ist damit geboten, Synergieeffekte können genutzt werden. Als Rechtsform bieten sich vor allem GbR, GmbH und Genossenschaft (eG) an. Kehrseite der geringeren unternehmerischen Verantwortung dieses Angestelltenverhältnisses ist natürlich, dass man auch nicht oder nur zum Teil an dem unternehmerischen Erfolg beteiligt wird und nur bedingtes Mitspracherecht hat, vor allem wenn der Träger eine Kapitalgesellschaft ist.
Eine andere Option sind **Gemeinschaftspraxen**. Hier werden die Risiken und die Vorteile geteilt, ohne das die Eigenständigkeit verloren geht. Meist besteht auch eine gemeinsame Haftung.

Im Odenwaldkreis wurde man bereits früh auf den künftigen Ärztemangel aufmerksam. In der Reaktion darauf wurde zunächst eine **Gesundheitsversorgungskonferenz (GVK)** durchgeführt, um davon ausgehend nach und nach eine Kooperations- und Netzwerkstruktur aufzubauen. Erklärtes Ziel dieser, auch durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration geförderten Initiative war es, eine wohnortnahe, koordinierte Versorgung durch Haus- und Fachärztinnen/Haus- und Fachärzte mit nicht ärztlichen Gesundheitsanbieter/-innen, sozialen Diensten und der Pflege in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Kommunen anzubieten. Es ging also um Netzwerkbildung, eine Erhebung der konkreten Bedürfnisse in der Gesundheitsversorgung und den Aufbau von organisatorischen und unternehmerischen Überbauten, die die Versorgung sichern und es Ärzt*innen ermöglichen sollte, im Angestelltenverhältnis oder als Miteigentümer arbeiten zu können.

Dabei orientierte man sich ab 2014 an einem kreisweiten Strategiekonzept. Dieses verfolgte die Ziele:

- Vernetzung der regionalen Gesundheitsversorgung mit der sozialen Daseinsvorsorge und Verbesserung von Effektivität und Qualität der Leistungen
- Aufbau von Gesundheitsversorgungszentren in den Mittelregionen und deren Vernetzung in die Region.

- Unterstützung der Leistungsanbieter, z.B. bei Nachfolgeregelungen, Suche nach Personal, bei Fördermittel etc., Definition neuer Handlungsfelder und Rollen für medizinische Assistenzberufe
- Schaffung elektronischer Struktur und Koordinationselementen (E-Health)
- Aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Patientinnen und Patienten
- Stärkung der Gesundheitswirtschaft und damit Erhöhung der Attraktivität durch Ausbau des Odenwaldkreises zu einem Zentrum für Prävention und Rehabilitation

Bei der Umsetzung der Strategie bediente man sich auch der Unterstützung eines spezialisierten Beratungsbüros. Als Erfolg konnte zunächst die Gründung des Gesundheitsversorgungszentrum Oberzent verbucht werden. Als Dachorganisation hierfür wurde ein Versorgungsverbund der Leistungserbringer*innen in Zusammenarbeit mit der Kommune und einer Managementgesellschaft als administrativer Geschäftsstelle (GesundheitsVersorgungs-Kooperation / GVK Oberzent e. V.). Unter dem Dach des so entstandenen Gesundheitsversorgungszentrums (GVZ) Oberzent sind organisiert: eine Hausärztliche Gemeinschaftspraxis, eine chirurgische Praxis, eine neurologische Praxis, eine psychotherapeutische Praxis sowie ein Pflegezentrum finden sich heute unter diesem Dach – organisatorisch und räumlich. Das GVZ Oberzent verfügt außerdem über eine Ausbildungspartnerschaft mit der Universität Heidelberg.

Während versucht wurde, derartige Kooperationsstrukturen überall im Kreis zu etablieren, entstanden verschiedene weitere Alternativen zu der Organisationsform der klassischen Praxis, die auch entscheidend dazu beitrugen, die ärztliche Versorgung aufrechtzuerhalten. So übernahm eine **Gemeinschaftspraxis** in Bad König die Funktion eines GVZ für die Region Unterzent und erhält außerdem eine Praxis in Fränkisch-Crumbach als Zweigstelle aufrecht. Dieses Ärztezentrum Bad König ist akademische Lehrpraxis der Goethe-Universität Frankfurt und ist somit ebenfalls in der Fachkräftesicherung dieses Bereichs aktiv. Ein weiteres **Medizinisches Versorgungszentrum** (MVZ) gibt es mittlerweile direkter räumlicher Verbundenheit mit dem GZO. Dieses MVZ ist als GmbH aufgestellt und vereint unter diesem Dach eine chirurgische, eine gastroenterologische und eine gynäkoligische Praxis mit Standort am GZO sowie eine chirurgische Zweigpraxis in Höchst i. Odw. Auch die Hausärztliche Praxis Anneken in Bad König ist als akademische Weiterbildungspraxis der Universität Frankfurt aktiv.

Als weitere Netzwerke existieren außerdem die Odenwälder Ärzte eG (eingetragen Genossenschaft) sowie der Hausärzteverband. Die Genossenschaft ist im Odenwaldkreis ein bereits seit langem etabliertes Forum, das erstmals eine gemeinsame Vernetzung und Vertretung z.B. gegenüber der Kommunalpolitik ermöglichte. Der Hausärzteverband ist ein bundesweiter Berufsverband mit rund 30.000 Mitgliedern, wobei in letzter Zeit auch im Odenwaldkreis immer mehr Ärzte und Ärztinnen Mitglied wurden. Ein Vorteil dieses Umstands für die Region ist, dass es für die Praxen damit möglich wird, deren Weiterbildungsangebot wahrzunehmen und beispielsweise medizinische Fachangestellte zur Nichtärztlichen Praxisassistentin (NäPa) weiterzubilden.

Weitere gegenwärtige Maßnahmen zur Bekämpfung des Landarztmangels zielen auf die **Unterstützung der Betriebsgründung von ärztlichen Praxen** ab. Zu nennen sind bestehende Förderprogramme des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration und der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen. Maßgeblich ist die Richtlinie zur Förderung der gesundheitlichen Versorgung insbesondere in ländlichen Räumen. Im Odenwaldkreis wird außerdem derzeit ein Angebot der Existenzgründungsberatung durch den Wirtschaftsservice der OREG geschaffen. Somit können Ärztinnen und Ärzte sich mit der nötigen Wirtschaftskompetenz bezüglich einer Gründung oder Übernahme einer Praxis beraten lassen – auch bezüglich des Geschäftsplans und möglicher Rechtsformen. Mit der Sparkasse Odenwaldkreis und der Volksbank Odenwald, beide auch ein Gesellschafter der OREG, sorgen dafür, dass auch starke und verlässliche Finanzierungspartner für die Übernahme und Neugründung von ärztlichen Praxen vor Ort zur Verfügung stehen. Das genaue Vorgehen und die öffentliche Bewerbung werden zeitnah ausgearbeitet werden.

Aufgrund des seit langem immer weiter zuspitzenden Ärztemangels fordern die entsprechenden Verbände bereits seit Jahren eine Ausweitung der Studienplätze für Medizin und eine Herabsenkung des Numerus Clausus. Beides ist bislang nicht erfolgt. In den Krankenhäusern ist es deswegen schon seit langem geübte Praxis, **ärztliches Personal aus dem Ausland zu akquirieren**. Größere Krankenhausträger haben mittlerweile eigene Mitarbeiter, die sich nur mit diesem Thema beschäftigen. Die Anwerbung aus dem Ausland nimmt neben dem ärztlichen Personal teils auch das Pflegepersonal in den

Blick und gelingt vor allem mit einem Rund-Um-Paket, wobei auch Belange wie Visa, Einreise, Unterkunft und Sprachkurse mit abgedeckt werden. Ein solcher Aufwand ist natürlich für kleinere Organisationen nicht zu stemmen.

Das Land Hessen reagierte auf das Problem der medizinischen Unterversorgung ländlicher Räume mit der Einführung einer sogenannten „**Landarztquote**“. Diese greift ab 2022 und bedeutet, dass teilnehmende Medizinstudierende unter der Bedingung zum Studium zugelassen werden, dass sie sich dazu verpflichten, nach dem Studium für 10 Jahre in einer Praxis im ländlichen Raum zu arbeiten. Neben der allgemeinärztlichen ist im hessischen Modell der Landarztquote auch eine Spezialisierung als Kinderarzt möglich. Zu den 6,5 % der Medizinstudienplätze, die so vergeben werden sollen, gehen weitere 1,3 % der Plätze mit einer Verpflichtung für den späteren amtsärztlichen Dienst einher.

Bereits seit 2016 bietet der dem Odenwaldkreis ähnliche Vogelsbergkreis ein **Stipendium** für Medizinstudierende an. Studierende können ab dem 5. Semester monatlich 400 Euro erhalten, wenn Sie von einem Gremium unter den Bewerbenden ausgewählt werden und sich dazu verpflichten, die Facharztausbildung in einem Gebiet der unmittelbaren Patientenversorgung im Vogelsbergkreis zu absolvieren und im Anschluss drei Jahre an der vertragsärztlichen Versorgung im Kreisgebiet teilzunehmen. Alternativ kann die Weiterbildung auch zum Facharzt im öffentlichen Gesundheitswesen mit dreijähriger Berufstätigkeit im Gesundheitsamt des Kreises erfolgen. Ein ähnliches Programm existiert im Landkreis Waldeck-Frankenberg. Mit der „Fachstelle Gesundheitliche Versorgung“ organisiert der Weiterbildungsverbund des Vogelsbergkreises verschiedene Beratungsangebote, auch bezüglich möglicher Krankenpflegepraktika, der Famulatur, Blockpraktika, dem praktischen Jahr aber auch der fachärztlichen Weiterbildung und der Praxisgründung. Das Informationsangebot erstreckt sich sogar bis auf die Kinderbetreuung in der Region. Die erwähnten Blockpraktika werden gemeinsam mit der Universität Marburg organisiert. Mit dem Programm „Landpartie“ pflegt diese Universität derartige Partnerschaften mit sechs Nord- und Mittelhessischen Landkreisen.

Da der Odenwaldkreis über keine direkte Anbindung an einen Uni-Standort hat, wäre es sinnvoll Praktika in Verbindung mit Übernachtungsmöglichkeiten und Freizeitangebot anzubieten. So können Studierende die Region kennen und schätzen lernen. Unter dem Motto der „**Workation**“ (Verbindung aus Arbeit und Erholung im ländlichen Raum; *siehe auch Teilstrategie Regionalmarketing*) könnte man so ein attraktives Lockangebot schaffen. Voraussetzung wäre die Schaffung einer entsprechenden Kooperation mit einer Universität.

Um die Tätigkeit im ländlichen Raum attraktiv zu gestalten, ist es unabdingbar, **Weiterbildungsmöglichkeiten für die Facharztausbildung** vorzuhalten. Auch Erfahrungen andernorts zeigten, dass es in Bereichen, in denen Weiterbildungsermächtigungen vorliegen, gute Chancen gibt, die weitergebildeten Ärzte als Nachfolger*innen für die Praxen zu gewinnen. Einen zusätzlichen Anreiz geben Modelle der ambulant-stationären Verbundausbildung, bei denen die Facharztausbildung im Verbund zwischen ärztlichen Praxen und einem Krankenhaus stattfindet. Im Odenwaldkreis ist dies mit dem Weiterbildungsverbund Allgemeinmedizin Odenwald bereits möglich. Kooperationspartner sind das GZO, auch in der Funktion als Lehrkrankenhaus der Universität Heidelberg, sowie verschiedene ärztliche Praxen im Kreis. Die Verbundausbildung setzt sich zusammen aus 36 Monaten im Bereich Innere Medizin im GZO, wobei wiederum verschiedene Stationen durchlaufen werden, sowie 24 Monate in hausärztlichen Praxen. Hierzu stehen zwei Gemeinschaftspraxen zur Auswahl; wahlweise können außerdem sechs Monate in einer kinderärztlichen oder chirurgischen Praxis verbracht werden. Der Zusammenschluss im Weiterbildungsverbund ermöglicht ein gemeinsames Auftreten insbesondere für die Außendarstellung und damit für die Gewinnung neuer Ärztinnen und Ärzte.

Die **Digitalisierung** bietet verschiedene Möglichkeiten, die vorhandenen ärztlichen Personalressourcen besser nutzbar für die gesamte Versorgung zu machen. Besonders deutlich wird dies bei der Telemedizin und der **mobilen Medizin**. So kooperiert das GZO bereits über die sogenannte „Stroke Unit“ mit der dem Uniklinikum Heidelberg, um bei Herzkrankheiten die dortige Expertise abrufen zu können. Für die allgemeinärztliche Versorgung ergeben sich vor allem Potentiale in Kombination mit den bereits erwähnten NäPas und den Versorgungsassistent*innen in der Hausarztpraxis (Verah): die derart weitergebildeten Assistenzkräfte sind dafür geschult und ausgerüstet, um Hausbesuche durchzuführen und verschiedene Behandlungen durchzuführen – in enger Abstimmung und im Auftrag des Arztes / der Ärztin. Somit ergeben sich gleich mehrere Vorteile für die Gesundheitsversorgung, besonders im ländlichen Raum. Das Problem der Mobilität wird gelöst: insbesondere für körperlich eingeschränkte

Personen ist die Erreichbarkeit der ärztlichen Praxis zu Fuß, mit dem Auto oder dem ÖPNV eine beträchtliche Herausforderung. Außerdem kann eine Verah oder NäPa häufiger und mit mehr Zeit für die Patienten als ein Arzt / eine Ärztin Kontakt zu den Patient*innen pflegen. Durch diese beiden Faktoren wird es wahrscheinlicher, dass eine negative gesundheitliche Entwicklung rechtzeitig erkannt wird und eine entsprechende Behandlung eingeführt werden kann. Die Möglichkeiten der Telemedizin, bzw. der Telekommunikation sind entscheidend für das Funktionieren solcher Systeme. Elektronische Patientenakten können den Einsatz erleichtern und effizienter machen.

Während in der Vergangenheit als weitere besondere Belastung für „Landärzte“ die Verantwortung war, eine Rund-um-die-Uhr-Notfallversorgung für ihr Einzugsgebiet aufrechtzuerhalten gibt es inzwischen den Ärztlichen Bereitschaftsdienst (ÄBD), der deutschlandweit rund um die Uhr unter der 116117 erreichbar ist. Im Odenwaldkreis ist der ÄBD am GZO angesiedelt. Niedergelassene Vertragsärzte sind verpflichtet, hier Dienste zu machen. Auch andere Honorarärzte arbeiten mit. Er ist abends und an Wochenenden sowie an Feiertagen besetzt.

Pflege

Seit Jahren zeichnet sich ein **akuter Pflegenotstand** ab. Die Verschärfung des Personalmangels wurde zunächst vor allem in den Ballungsräumen deutlich, mittlerweile ist das Problem aber auch in den ländlichen Regionen zu spüren. Regional gibt es zwar Unterschiede, aber der demographische Wandel wird auch innerhalb des Pflegepersonals in den kommenden Jahren zu einer Renteneintrittswelle führen, womit sich erhebliche Lücken abzeichnen.

Aufgrund von wirtschaftlichen Zwangslagen wurde in der gesamten Branche – in den Krankenhäusern als auch in den Pflegeheimen – Personal eingespart und ein minimaler Personalstand akzeptiert. Folge waren verschlechtere Arbeitsbedingungen. Das Arbeitspensum jeder einzelnen Fachkraft wuchs deutlich an – für einzelne Patienten blieb weniger Zeit. An freien Tagen werden Pflegekräfte regelhaft angerufen, um kurzfristig für ausgefallene Kollegen einzuspringen. Die dramatischen Folgen dieser Entwicklung rückten erst in der Krise der Corona-Pandemie stärker in die öffentliche Aufmerksamkeit.

Im Bereich der Altenpflege hat sich die Situation in den letzten Jahren noch verschärft, weshalb hier versucht wurde, die Situation durch zusätzliches, unqualifiziertes Personal zu entspannen, indem diese mit nichtpflegerischen Aufgaben beauftragt wurden. Hierbei brachten sich auch die Agentur für Arbeit und das Kommunale Jobcenter des Odenwaldkreises aktiv ein. Es zeigte sich, dass das nur bedingt funktioniert, u.a. weil häufig fehlende Deutschkenntnisse und eine geringe Motivation Probleme darstellten, sodass Aufgaben häufig dennoch durch examiniertes Personal erledigt werden mussten.

Ein erkennbares Hindernis für den Fachkräftenachwuchs in der Pflege ist der **schlechte Ruf dieses Berufsbilds.** Wochenendarbeit, **vermeintlich schlechte Bezahlung**, harte Arbeit, niedriger gesellschaftlicher Stand machen den Beruf unattraktiv. Hinzu kommt, dass viele Menschen sich schlicht nicht dafür bereit fühlen, fremden Menschen körperlich derart nah zu kommen, wie es dieser Beruf häufig erfordert. Beklagt werden außerdem die hohen physischen und psychischen Belastungen sowie die Fragmentiertheit der Arbeit mit wenig Zeit für die individuellen Belange der betreuenden Menschen. Aufgrund der hohen Belastungen arbeiten viele Pflegekräfte nur noch in Teilzeit, trotzdem wird häufig ein erhöhter Krankenstand verzeichnet. Erste Schritte hin zu einer besseren Bezahlung in der Branche wurden bereits unternommen. So wurde 2020 die Krankenhausvergütung auf eine Kombination von Fallpauschalen und einer Pflegepersonalkostenvergütung umgestellt. Des Weiteren sind nach den ersten Wellen der Pandemie Sondervergütungen ausgeschüttet worden und auch eine allgemeine Anhebung der Bezahlung ist erfolgt. Inwieweit dies zu konkreten Verbesserungen führen wird, kann aktuell von dieser Stelle nicht beurteilt werden. Ein weiterer Ansatzpunkt für den Fachkräftenachwuchs liegt aber auch in dem Unterschied der in der öffentlichen Wahrnehmung als extrem schlecht dargestellten Bezahlung und der tatsächlichen Entlohnung. Anregungen zur Steigerung der Attraktivität des Pflegeberufes kann man sich aus den skandinavischen Ländern holen. Die Pflege ist dort anders in der Gesellschaft verortet, man ist sich bewusst, wie wichtig dieser Berufszweig ist und zollt ihm die entsprechende Anerkennung und Unterstützung. Durch eine positivere Berichterstattung, die vor allem die positiven Seiten des Berufes in den Vordergrund stellt, kann man das Bild verändern. Auch das Handwerk im Odenwaldkreis betätigt sich bereits einer vergleichbaren Imagewerbung mit der Zielgruppe des Fachkräftenachwuchses. Das Netzwerk Übergang Schule-Beruf im Odenwaldkreis bietet sich ebenfalls als Multiplikator an; neben den Schulabsolventen muss ein solcher Imagewandel aber vor allem auch die Eltern und darüber hinaus die Breite der Gesellschaft erreichen.

Ein Imagewandel ist zwingend mit konkreten Inhalten zu unterlegen, um glaubwürdig werden zu können. Daher gilt es auch, neben dem Ziel einer angemessenen Bezahlung, insgesamt **attraktivere Arbeitsbedingungen** zu erreichen. Tatsächlich wurde bei verschiedenen Umfragen deutlich, dass diese sogar wichtiger als die Bezahlung sind. Zu nennen sind als Zielvorstellung v.a. angepasste Schicht- und Arbeitspläne, was wiederum einen ausreichenden Personalstand voraussetzt. Ständiges Einspringen-Müssen bringt eine mangelnde Planbarkeit für die Mitarbeitenden mit sich und ist schädlich für die nötigen Erholungszeiten sowie für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Für letzteres kann die Vorhaltung entsprechender Kinderbetreuungsplätze, möglichst vor Ort, Abhilfe verschaffen. Des Weiteren sind das betriebliche Gesundheitsmanagement und eine leistungsgerechte betriebliche Personalpolitik wichtig. Angebote an Supervision und ein unabhängiges Konfliktmanagement sollten gefördert werden. Nur wenn der kulturelle Hintergrund und die verschiedenen Anspruchsniveaus offen kommuniziert werden, kann eine gute Arbeitsatmosphäre geschaffen werden. Sind Neid, Missgunst und Missverständnisse an der Tagesordnung, wird sich hingegen kaum eine konstruktive Arbeitsatmosphäre entwickeln.

Ein weiteres Problem betrifft die Ausbildung zur Pflegefachfrau/-mann. Aufgrund der Umstellung in der Pflegeausbildung hin zur Generalistik haben sich die Ausbildungsmöglichkeiten im Odenwaldkreis verkompliziert, dies betrifft vor allem die Einsatzmöglichkeiten von Auszubildenden in Altenheimen. Des Weiteren besteht die Befürchtung, dass v.a. die Absolvent*innen der Ausbildung mit guten Noten sich v.a. auf die besser oft bezahlten Arbeitsplätze in der Krankenpflege bewerben werden, sodass sich wiederum die Situation in der Altenpflege verschärft. Im Odenwaldkreis ist besonders der Einsatz in einem Akutkrankenhaus und der pädiatrische Einsatz schwierig. Da das GZO nur sehr begrenzt zusätzliche Auszubildende (zu den nötigen Krankenhaus-Praxis-Teilen und der Pflegeschule) aufnehmen kann, ist eine Unterbringung schwierig. Dadurch werden die Auszubildenden gezwungen, ihre Außeneinsätze und die Beschulung in anderen Landkreisen zu absolvieren, was wiederum mit einem hohen Pendelweg einhergeht. Dies macht dann wiederum die Ausbildung im Odenwaldkreis unattraktiver. Neben der häufigen Landflucht junger Menschen aus privaten Gründen, kommen also noch die Erschwernisse bei der Ausbildung hinzu.

Zu einer höheren Attraktivität des Berufsbilds Pflege könnte auch die Schaffung von weiteren **Weiterbildungs- und Karrierechancen** beitragen. Bspw. im Rahmen eines mobilen Wundmanagements mit telemetrischer Zuschaltmöglichkeit eines Arztes können Pflegefachkräfte eigenständigere, verantwortungsvolle Aufgaben übernehmen. Im Rahmen eines Manifests mit dem Titel „Mit Eliten pflegen“ (STIFTUNG, RBS–ROBERT BOSCH 2018) stellte eine 40-köpfige Expertengruppe einen Katalog an Perspektiven zusammen, wie die Pflege sich hinsichtlich Karriere- und Aufstiegschancen weiterentwickeln könnte. Das Weiterbildungsangebot sollte bedarfsgerecht und auch nach den die Interessen der Pflegenden gerichtet aufgebaut sein. Eine gezielte Karriereplanung mit der Aufzeigung von Weiterentwicklungsmöglichkeiten kann ein hoher Motivator sein. Von besonderer Relevanz ist das Thema Weiterbildung bei Mitarbeitenden mit Migrationsgeschichte.

Durch den steigenden Bedarf an pflegerischen Leistungen wird es notwendig sein, diesem auch auf hochschulischem Niveau zu begegnen. Das Spektrum der Ausbildung muss auch auf wissenschaftliche Aspekte erweitert werden, diese müssen zum einen pflegewissenschaftliche Inhalte, Managementinhalte, aber auch Inhalte umfassen, welche die akademisch ausgebildeten Pflegekräfte befähigt, ihr Wissen in die Praxis zu transferieren. Pflege soll die Menschen darin unterstützen, die Selbstpflegefähigkeit und damit die Eigenständigkeit im Alltag möglichst zu erhalten bzw. wiederherzustellen sowie Lebensqualität sicherzustellen. Ziel ist vor allem, dass die Menschen so lange wie irgend möglich selbstständig bleiben, damit eine pflegerische Versorgung bei knapper werdenden pflegerischen Ressourcen, langfristig allen bedürftigen Menschen zur Verfügung stehen kann. Neben diesem Aspekt müssen auch Maßnahmen der Prävention, der Gesundheitsförderung und medizinisch-therapeutische Anforderungen beachtet werden, wenn möglich immer in Zusammenarbeit mit den Angehörigen. Der Einbezug pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse ist in allen Settings (ambulant, stationär, teilstationär, Akutbereich) von großer Bedeutung, um die bestmögliche Versorgung zu erreichen.

Zum Fachkräftemangel siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Zielbereich 1 – Fachkräftesicherung

Abbildung 209 zeigt, wie stark die Zahl der Pflegebedürftigen in den letzten Jahren angestiegen ist und veranschaulicht, wie schwierig es ist, diesem Bedarf mit einem parallelen Anstieg an Pflegeplätzen nachzukommen und den dafür nötigen Personalstamm zu schaffen.

Zusätzlich ist die hohe Fluktuation und geringe Verweildauer der Beschäftigten im Betrieb ein großes Problem. Mit jeder erfahrenen Pflegekraft die die Einrichtung verlässt, geht auch viel Fachwissen verloren, welches insbesondere von unerfahrenen Pflegekräften nicht kompensiert werden kann.

Tabelle 28: Bis 2024 prognostizierter Fachkräftemangel im Bereich Medizin und Pflege. Quelle: IWAK 2019. Ersatzbedarf geht v.a. auf steigende Nachfrage zurück, Ersatzbedarf meint v.a. den Ersatz von in die Rente eintretenden Fachkräften.

Berufsgruppe	Beschäftigte (SVB und ageb) am AO in 2017				
	Gesamt	Teilzeit-quote	ageB Quote	Einpend-lerquote am AO (svB)	Auspend-lerquote am WO (svB)
Medizinische Gesundheitsberufe	2.467	39%	8%	21%	35%
Arzt- und Praxishilfe	606	41%	11%	12%	37%
Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst, Geburtshilfe	1.177	38%	7%	15%	34%
Nichtmedizinische Gesundheits- und Körperpflege, Medizintechnik	1.265	37%	13%	16%	27%
Altenpflege	938	40%	10%	16%	24%

	Veränderte Nachfrage nach Arbeits- und Fachkräften			Veränder-tes Ange-bot an Ar-beits- und Fachkräf-ten	Mismatch an Arbeits- und Fachkräften	
	Gesamt	Veränder-ungsbe-darf	Ersatzbe-darf		absolut	relativ zu 2017
Medizinische Gesundheitsberufe	580	170	410	160	-420	-17%
Arzt- und Praxishilfe	130	40	90	20	-110	-18%
Gesundheits- und Krankenpflege, Rettungsdienst, Geburtshilfe	270	80	190	40	-230	-20%
Nichtmedizinische Gesundheits- und Körperpflege, Medizintechnik	300	80	220	90	-210	-17%
Altenpflege	240	70	170	80	-160	-17%

Ähnlich wie bei den Ärztinnen und Ärzten wird auch das Pflegepersonal bereits aus dem Ausland angeworben, wobei hiervon fast nur große Unternehmen profitieren, denn für kleine Altenheime ist dies nur schwer leisten. Abhilfe könnte eine Bündelung der Ressourcen von Einrichtungen im Odenwaldkreis schaffen. Dies wäre in einem privatwirtschaftlichen Modell mit einem Dienstleister denkbar; alternativ könnte ein Unternehmen gegründet werden, an dem die interessierten Einrichtungen Teilhaber werden. Eine so geschaffene Stelle könnte die Anwerbung für die Region übernehmen. Davon ausgehend

könnte der Fokus auch auf Krankenpflege und ärztliches Personal ausgeweitet werden. Unabhängig von einer gezielten Anwerbestrategie hat auch das Pflegepersonal im Odenwaldkreis bereits heute schon einen hohen Anteil von Personen mit Migrationsgeschichte. Um diese noch stärker an die Betriebe der Region zu binden, bzw. ein Anwerben aus dem Ausland zu vereinfachen, wäre das Bereithalten von passenden Unterkünften ein wichtiger Schritt. Mögliche Synergieeffekte für dieses Vorhaben sind zu erkennen mit der Idee eines Auszubildenden-Campus (*siehe Teilstrategie Bildung: Ziel 48.3 Verbesserung der infrastrukturellen Anbindung des BSO durch Angebote des Wohnens und des Verkehrs*) und dem Aufbau einer regionalen Wohnungsbau-Organisation (Gesellschaft, Genossenschaft o.ä., *siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung: Zielbereich 12 Nachhaltige Siedlungsentwicklung*).

Die Corona-Pandemie hatte durchschlagenden Einfluss auf diese Entwicklung. Einerseits wurden durch die virusbedingte Übersterblichkeit vermehrt Plätze frei. Zum anderen ging dies mit einem Vertrauensverlust den Heimen gegenüber, weshalb viele Menschen die Pflege lieber noch länger – so lange wie möglich – innerhalb der Familie organisierten. Damit droht zum einen eine Überlastung der Zuhause-Pflegenden, andererseits gerieten manche Heime durch die geringere Auslastung wirtschaftlich in Bedrängnis. 2021 konnte die Abteilung Soziale Sicherung, die für die Bearbeitung von Anträgen auf Hilfe zur Pflege verantwortlich ist, aber wieder steigende Antragszahlen verzeichnen.

Um die tatsächlichen Bedarfe zu ermitteln, die Pflegesituation zu erfassen und gemeinsam Handlungsoptionen zu erarbeiten wird derzeit unter Einbezug eines externen Büros, sowie der Stakeholder und der Bürgerschaft eine **integrative und kooperative Alten- und Pflegeplanung** erstellt. Hierfür erhielt der Odenwaldkreis auch eine Unterstützung des Landes Hessen in Höhe von 10 000 Euro. Bis zum Jahresende soll die Bestandserhebung der pflegerischen Versorgung abgeschlossen werden, es folgen eine wissenschaftliche Auswertung sowie die weitere Arbeit am Plan, auch im Rahmen der für den Herbst 2021 angesetzten Pflegekonferenzen. Hierbei werden auch die möglichen langfristigen Folgen der jüngsten Gesetzesänderungen (Angehörigen-Entlastungsgesetz und anderen Reformen Im Bereich der Pflege) berücksichtigt werden. Nicht nur in diesem Rahmen wird auch die Vernetzung der Pflegeeinrichtungen im Kreis untereinander befördert werden. Einer stärkeren Zusammenarbeit wird enormes Potential zugeschrieben.

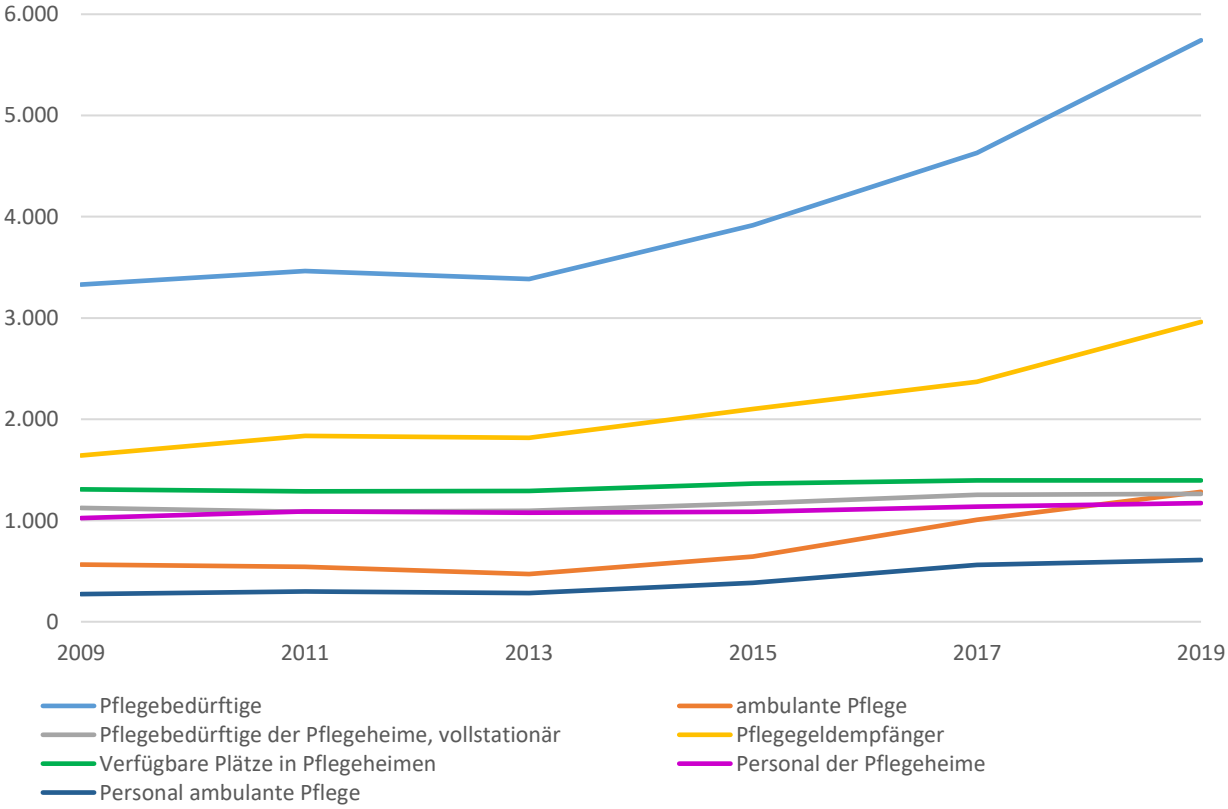


Abbildung 209: Pflegestatistik. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de)

Apotheken

Apotheken stehen zu einem gewissen Anteil in direkter wirtschaftlicher Abhängigkeit von nahegelegenen Haus- und Fachärzten. Grund dafür sind praktischen Zusammenhänge: Patienten, die aus einer ärztlichen Praxis kommen, kehren oft direkt im Anschluss in die ortsansässige Apotheke ein, um ihr Rezept einzulösen. Je geringer der räumliche Abstand ist, desto besser funktioniert dieser Effekt.

Auch in den Apotheken ist ein Fachkräftemangel festzustellen – sowohl was die Pharmazeuten mit Staatsexamen betrifft als auch die Pharmazeutisch-Technischen-Assistent*innen. 2020 wies die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände darauf hin, dass hierzulande nur noch 23 Apotheken auf 100.000 Einwohner kommen, während der EU-Durchschnitt bei 32 liegt. Wie auch in vielen anderen Branchen ist in dieser Branche mit einer Renteneintrittswelle bis 2030 zu rechnen. Damit einher könnte die Schließung zahlreicher Apotheken auch im Odenwaldkreis gehen und somit zu dem Wegfall eines wichtigen Bausteins der Grunddaseinsvorsorge. Anders als in anderen Bereichen der Nahversorgung ist es aber bei den Apotheken so, dass es bereits heute nicht in jeder Kommune noch eine Versorgung vor Ort gibt, v.a. nicht in den kleineren Gemeinden, wie Mossautal oder Brombachtal.

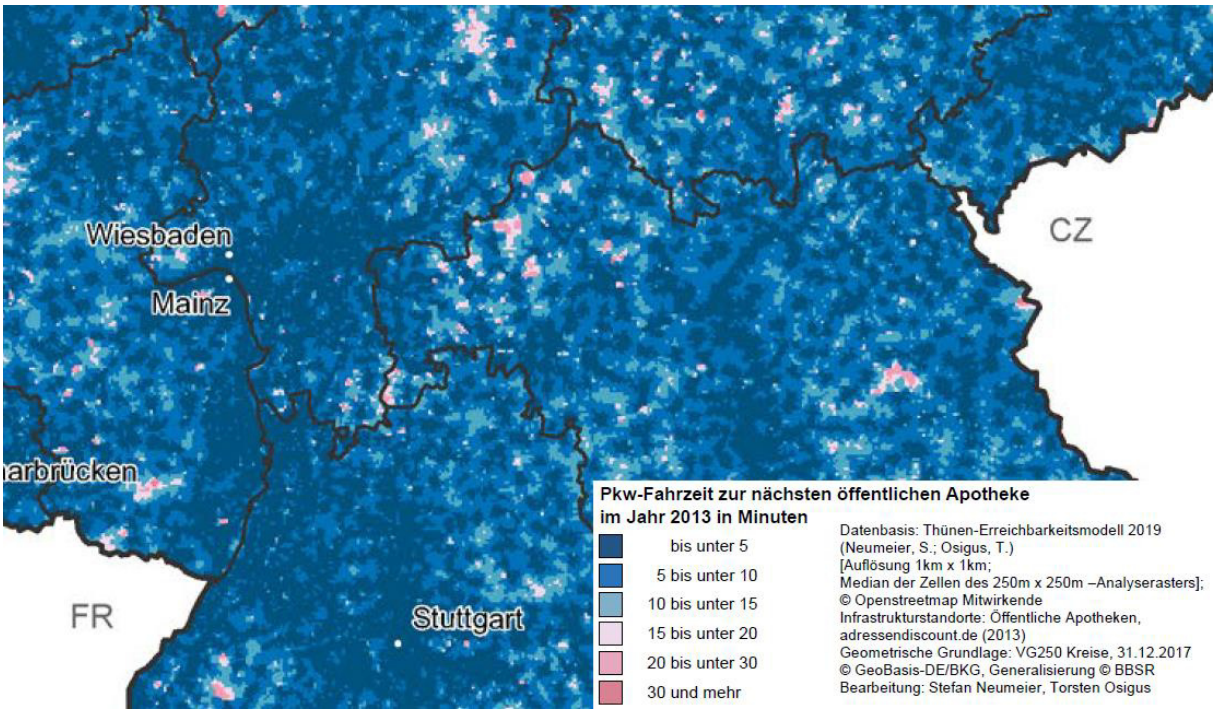


Abbildung 210: Erreichbarkeit von Apotheken mit dem PKW. Quelle: BBSR Deutschlandatlas (2019; Daten von 2013)

Das Betreiben einer Apotheke geht mit einigem an Bürokratie und Maßgaben, sowie mit der Pflicht zur Übernahme von Bereitschaftsdiensten einher. Des Weiteren ist die wirtschaftliche Situation der Apotheken wegen des ungleichen Wettbewerbs mit dem ausländischen Versandhandel angespannt. Vor allem die frei verkäuflichen Arzneimittel werden mittlerweile häufig über das Internet bei ausländischen Apotheken bezogen. Im Vergleich zu städtischen Standorten haben Landapotheken zudem den Nachteil, dass Öffnungszeiten von 8 bis 20 Uhr hier in der Regel nicht wirtschaftlich sind.

Als Gegenmaßnahme haben bereits heute viele Apotheken eigene Lieferdienste für Medikamente aufgebaut, was sich mit Hinblick auf die wichtige Zielgruppe der älteren Menschen mit geringerer Mobilität und digitalem Zugang ein scheinbar lohnenswertes, sinnvolles Modell darstellt. Die Einführung, bzw. Durchsetzung des eRezepts wird dem noch weitere Bedeutung zukommen lassen.

Der Trend zur Filialisierung, also der Expansion einzelner Unternehmen, die andere Standorte übernehmen, ist in dieser Branche leider nur unter erschwerten Bedingungen eine Option, weil ein Apotheker selbst nur bis zu drei Apotheken leiten darf. Diese gesetzliche Vorgabe fungiert als Mittel der Qualitätssicherung pharmazeutischer Beratungskompetenz vor Ort.

Eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen Apotheken und der Ärzteschaft ist im Odenwaldkreis nicht gegeben, was keinem bestimmten Grund geschuldet ist, sondern eher die gewachsene Struktur widerspiegelt, in der eine solch systematische Kooperation bislang nicht vorkam. Vereinzelt gibt es hingegen durchaus, abhängig von den Einzelpersonen, z.B. zwischen Apotheken, Krankenhaus, Altenhilfeeinrichtungen oder ärztlichen Praxen. Verschiedene Dienstleistungen, die von den Krankenhäusern und den Altenhilfeeinrichtungen gerne von den Apotheken eingekauft würden, sind aufgrund des finanziellen engen Rahmens der Einrichtungen so nicht zu leisten.

Zuwanderung

Bedeutung und Ausmaß der Migration für den Odenwaldkreis wurden bereits an anderen Stellen in verschiedenen Fassetten dargelegt:

- *Megatrends und Gesamtanalysen – Demographischer Wandel*; sowie *Wanderungsbewegungen*
- *Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung - Ziel 1.8: Anwerbung von Fachkräften* von *außerhalb der Region*
- *Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung*

Eine gute Integration der Menschen mit Migrationsgeschichte in sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht ist nicht nur für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unabdingbar, sie hat direkte Auswirkungen auf gesundheitliche Aspekte. Wie wichtig es ist, dass die Menschen in der Gesellschaft, und damit auch das Gesundheitssystem integriert sind, zeigt sich sehr deutlich in der Corona-Pandemie. Es gibt zwar keine eindeutigen Zahlen in Deutschland, Konses der Untersuchungen diesbezüglich war aber, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufiger an Corona erkrankten, häufiger schwer erkrankten und häufiger daran verstarben.

Zum einen sind Menschen mit Migrationshintergrund häufiger in Berufen beschäftigt, die in der Pandemie besonders betroffen waren, wie z.B. der Gastronomie. Z.B. bei Fließbandarbeit ist die Nähe zu anderen Menschen teils nicht zu vermeiden – prominent war der Covid-19-Ausbruch bei einer Großfleischerei in Ost-Westfalen, bei der ebenfalls v.a. Ausländer betroffen waren. Des Weiteren sind viele Menschen im Gesundheitswesen beschäftigt und waren daher während der Pandemie besonders involviert und damit gefährdet. Ein weiterer Faktor ist, dass sie häufiger aufgrund eines nicht vorhandenen Autos auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind und sich somit von größeren Menschenansammlungen nicht distanzieren konnten. Hinzu kommen oftmals noch beengte Wohnverhältnisse von großen Familien, die eine Absonderung von Infizierten unmöglich machen. Dass ökonomisch schwächere Bezirke tendenziell auch höhere Inzidenzwerte aufwiesen, fiel in ganz Deutschland auf. Auch sprachliche Barrieren sind als Grund hierfür auszumachen, da sie dazu führen können, dass Vorschriften und Informationsangebote nicht verstanden werden und lokale Medien nicht rezipiert werden können. 2021 konnte auch eine geringere Impfbereitschaft gegen das Covid-19 Virus festgestellt werden. Auch dies hat wieder vielfältige Gründe. Es wurden auch hier die Aufklärungsmaterialien nicht hinreichend verstanden, zudem kursierten Mythen unter verschiedenen Migranten-Gruppen. So glaubten viele Asylbewerber, dass Geimpfte leichter abgeschoben würden. Junge Frauen fürchteten, dass bestimmte Impfstoffe die Fruchtbarkeit beeinflussen. Unter einigen Russlanddeutschen wurden hingegen Manipulationen in Impfstoffen befürchtet, der deutschen Politik wird nicht geglaubt und spätere Impfschäden befürchtet. Auch die Impfanmeldung war für viele Menschen ein unüberwindbares Hindernis, da sie mit dem Anmeldeportal nicht zurechtkamen. Bundesweit besteht (*zum Zeitpunkt des Verfassens*) die Befürchtung, dass eine Herdenimmunität nur schwer erreichbar sein wird, wenn dieser Teil der Bevölkerung nicht geimpft wird. Aufklärungsarbeit auf den verschiedensten Ebenen stellt daher hier einen wichtigen Baustein dar.

Im Bereich der stationären Altenpflege wurde eine deutlich geringere Ausländerquote als in der Gesamtbevölkerung festgestellt. Dies wird unter anderem auf kulturelle Faktoren zurückgeführt. Insbesondere die körperliche Nähe von Pflegekräften anderen Geschlechts gilt als abschreckend. Parallel verändert sich aber auch in vielen migrantischen Familien die Familienstruktur – Kinder wohnen in größerer Entfernung zu den Eltern und haben beruflich bedingt oft nicht die Möglichkeit, die Pflege familiär zu stemmen. Ein weiterer Grund für die geringere Pflegequote ist wohl ökonomischer Natur: die Pflegekassen bezahlen nur 50 % der Kosten für einen Heimplatz, die andere Hälfte muss zunächst aus eigenem Geld

finanziert werden. Erst wenn die Ersparnisse weitgehend aufgebraucht sind, kommt die Möglichkeit der Sozialleistung Hilfe zur Pflege hinzu.

Auch bei der ärztlichen Versorgung kann die Überwindung von Sprachbarrieren eine Herausforderung darstellen, insbesondere, wenn die Dolmetscher-Funktion nicht durch ein Familienmitglied erfüllt werden kann.

Bislang ergaben die Analysen zwar noch keine klaren Handlungsoptionen, lassen aber bereits klar weiteren Nachforschungs- und Handlungsbedarf erkennen. Hierzu gilt es, Akteure der Integrationsarbeit und der Netzwerke mit Akteuren und Inhalten der Gesundheitsversorgung in Kontakt zu bringen und so verständliche Informations- und Aufklärungskampagnen einzuleiten. Darüber hinaus ist in Erfahrung zu bringen, wie genau die Einrichtungen der Gesundheitsversorgung besser auf die Bedürfnisse dieser Bevölkerungsgruppe einzugehen.

Alterung und Einsamkeit

Eine Untersuchung des DIW (KEMPTNER & MARCUS 2020) zeigte, dass in Deutschland die Zahl der Einpersonenhaushalte mit steigendem Alter zunimmt (Abbildung 211). Abbildung 79 (S. 165) zeigt, dass auch im Odenwaldkreis die Zahl der Einpersonenhaushalte weiter zunehmen wird. Selbstverständlich muss das Alleine-Leben nicht zwangsläufig mit einer persönlich als problematisch empfundenen Einsamkeit einhergehen; es ist aber ein eindeutig begünstigender Faktor. Hinzu kommt eine allgemeine Alterung der Bevölkerung des Odenwaldkreises (*siehe Gesamtanalysen und Megatrends – Demographie*). Neben der Risikogruppe der Älteren sind auch alleinerziehende Erwerbstätige, chronisch Kranke, Behinderte, Arbeitslose sowie Menschen mit Migrationsgeschichte zu berücksichtigen. Manche Personen können auch in mehr als eine der genannten Gruppen fallen, was besonders brisant sein kann.

Der ländliche Raum und die Strukturen im Odenwaldkreis bieten besondere Voraussetzungen. So kann bspw. davon ausgegangen werden, dass funktionierende Dorfgemeinschaften und Nachbarschaftsnetzwerke über Generationen und direkte Verwandtschaft hinweg Vereinsamung vermindern kann. Freundschaftliche Beziehungen bestehen hier häufig bereits seit Jahrzehnten. Ehrenamtliche Strukturen, wie Sportvereine, Feuerwehr, Generationenhilfevereine und die Kirchen bilden ein Netz, das viele Menschen aufzufangen vermag. Auch dabei ist aber darauf zu schauen, welche Personen hierbei „durch das Raster fallen“ – z.B. alleinstehende Zugezogene.

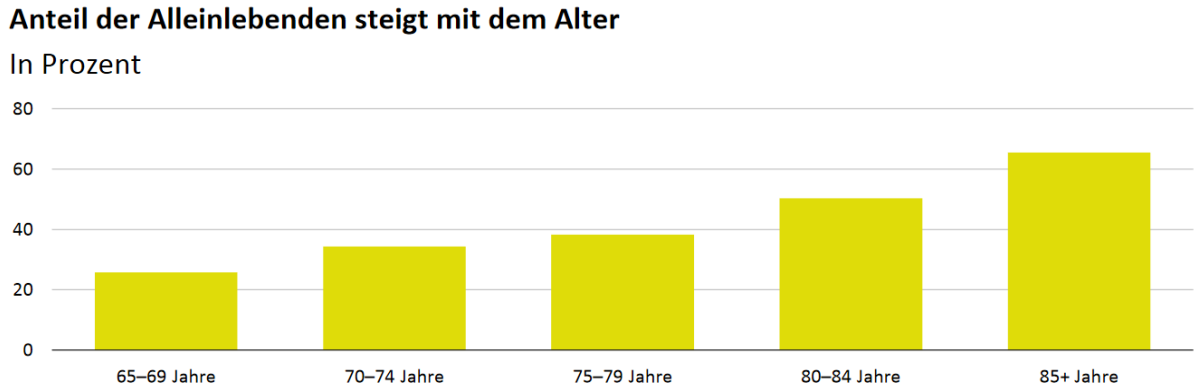


Abbildung 211: Anteil der Alleinlebenden im Alter in Deutschland. Quelle: Kemptner & Marcus 2020; SOEPv35 2018)

Einsamkeit ist nicht nur ein psychisch belastender Faktor, sondern kann auch weitere gesundheitliche Probleme verschärfen. Verschiedene Studien stellten einen Zusammenhang zwischen Einsamkeit, bzw. sozialer Isolation und einem höheren Risiko für Herzkrankheiten fest. Eine Metastudie (VALTORTA ET AL. 2015) stellte fest, dass hierbei, je nach Methodologie und Definitionen der Forschenden, eine Korrelation zwischen 2,8 % und 77,2 % errechnet wurde. Im 7. Altersbericht der Bundesregierung wird nach der Betrachtung verschiedener Studien davon ausgegangen, „**dass sich Armut, soziale Isolation und Gesundheitseinschränkungen gegenseitig verstärken**“ (BMFSFJ 2016: S. 76). Außerdem werden Zusammenhänge mit körperlicher Aktivität, BMI, Rauchen oder Alkoholkonsum, Bildung, chronischen

Erkrankungen und depressiven Symptome können belegt werden. Soziale Isolation kann also krankmachen, aber auch Erkrankungen können zu einer Isolation führen.

In der Corona-Krise machten die meisten Menschen im Odenwaldkreis Erfahrungen mit sozialer Isolation. Für die bereits betroffenen Bevölkerungsgruppen verschärfte sich die Situation hingegen, da der Kontakt zu anderen Haushalten für lange Zeit nicht oder kaum möglich war. Innerhalb der Pflegeheime wurden soziale Kontakte sogar unter den Bewohnern vermieden. KEMPTNER & MARCUS (2020) stellten fest, dass das Internet gerade für ältere Menschen nur sehr beschränkt diese wegfallenden persönlichen Kontakte ausgleichen konnte. Stichwort ist wiederum die digitale Teilhabe (*siehe Teilstrategie Digitalisierung – Zielbereich 10: digitale Teilhabe*). Mit steigendem Alter sinkt der Anteil derer, die über einen Internetanschluss verfügen. Bei einem Anteil von 20 % der über 85-Jährigen mit Internetanschluss ist ferner nicht dazu auszugehen, dass von diesem Fünftel auch alle über das Know-How verfügen, um beispielsweise Videotelefonie zu bedienen. Auch hier finden sich selbstverstärkende Mechanismen: mental agilere Personen können mit den modernen Medien den Kontakt zu anderen aufrechterhalten, sich in vielerlei Hinsicht vernetzen, informieren und unterhalten, während Personen ohne diese Möglichkeit stärker Gefahr laufen, mental und körperlich abbauen.

Um spezifische altersgerechte Angebote wahrnehmen zu können, bedarf es passender Mobilitäts- und Nahversorgungsangebote. Insbesondere im Zusammenhang mit Demenz ist das Thema Mobilität besonders anspruchsvoll. Auch an dieser Stelle sind daher die Alternativen der mobilen Gesundheitsversorgung mit nicht-ärztlichen Assistent*innen (NäPa und Verah) und deren Potentiale – gerade für den ländlichen Raum – zu betonen. Diese können – in Kombination mit mobiler Pflegehilfe – häufig noch die oft gewünschte Pflege im eigenen Zuhause ermöglichen können. Das Land führt unter www.demenzatlas-hessen.de bereits übersichtlich auf, welche Unterstützungsangebote es für Demenzkranke und deren Angehörige bereits in den Kommunen gibt.

Wie bereits oben angeschnitten wurde, sind Gruppen, die in mehrfacher Hinsicht zu den Risikogruppen der Vereinsamung gezählt werden. Aus diesem Grund sind insbesondere alleinlebende, (ältere) Frauen mit Migrationsgeschichte in den Blick zu nehmen. Besonders schwer wird die soziale Teilhabe, wenn sprachliche Kenntnisse fehlen und man bspw. nach einer Scheidung auch nur noch begrenzt Zugang zu familiären Netzwerken hat; Kinder haben zwischenzeitlich womöglich die Region verlassen und eine eigene berufliche Ausbildung ist nicht vorhanden. Somit spielt also auch der erwähnte Risiko-Faktor Armut eine Rolle. Ein Effekt ist, neben den aufgeführten gesundheitlichen Risiken, auch ein gehäuftes Aufsuchen von ärztlicher Aufmerksamkeit aus der Motivation des sozialen Kontaktes heraus. Dieses Phänomen ist jedoch sicher nicht auf Migrant*innen beschränkt. Die Gefahr von Fehldiagnosen und Überbehandlungen kann in solchen Fällen steigen. Gegenmaßnahmen gegen dieses Phänomen könnten die Fähigkeiten dieser Personen in den Mittelpunkt stellen und so neben den sozialen Kontakten auch positiv zum Selbstwertgefühl beitragen.

Mit Blick auf den Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen und anderen Altersgruppen kann hier auch verwiesen werden auf die *Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich 28 Prävention und Abmilderung von psychischen Belastungen und Berufsunfähigkeit.*

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist für die Bevölkerungsmedizin tätig. In diesem Ansatz steht also, anders als in den Krankenhäusern und ärztlichen Praxen, nicht die Individualmedizin im Fokus. Vielmehr richten sich die Aufgaben auf der Beratung, Begutachtung, der Durchführung von Kontrollen sowie der Gesundheit besonders vulnerabler Bevölkerungsgruppen. So zeigt die Statistik beispielsweise, dass die Lebenserwartung klar vom Einkommen abhängig ist (Siehe Abbildung 212). Darüber hinaus spielen auch verschiedene soziale Faktoren eine Rolle für Gesundheit und Lebenserwartung.

Seit der Corona-Pandemie ist der öffentliche Gesundheitsdienst (bzw. das Gesundheitsamt) stark in den Fokus der Allgemeinheit gerückt. Welche Aufgaben neben dem Infektionsschutz dort erfüllt werden ist in der Öffentlichkeit weit weniger bekannt.

Das Tätigkeitsfeld des ÖGD fokussiert sich vor allem auf die Bereiche Prävention und Gesundheitsförderung. Unterscheiden lässt sich hierbei zwischen Primär- und Sekundärprävention.

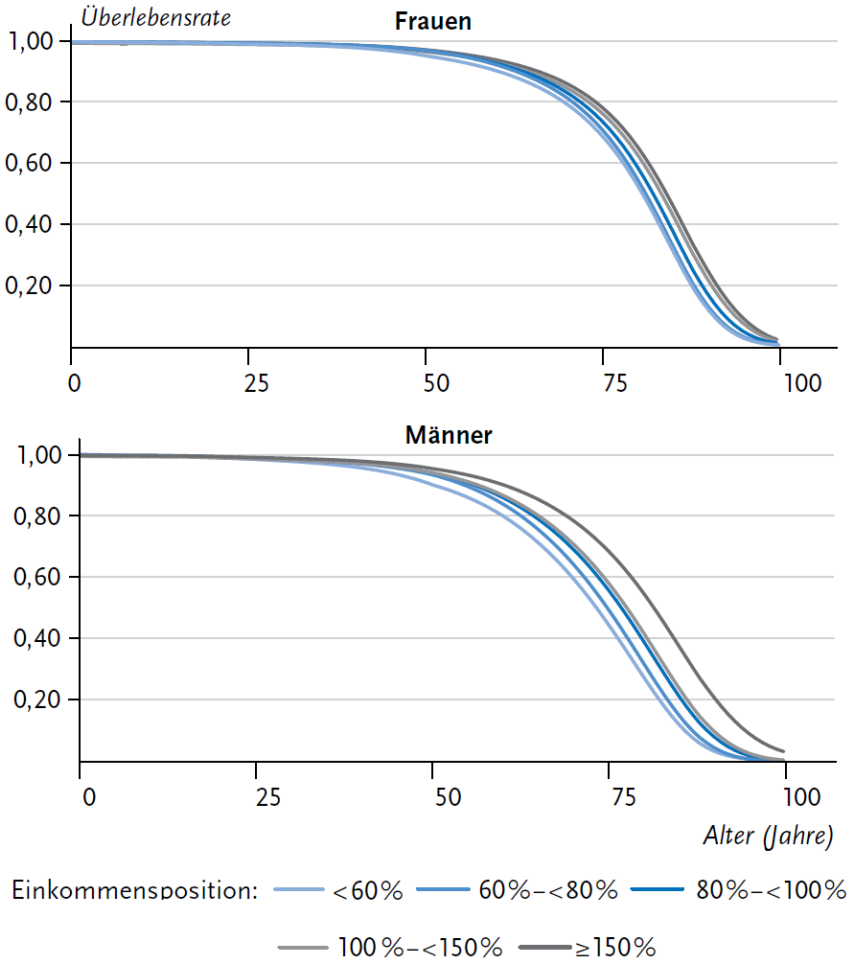


Abbildung 212: Überlebensraten nach Geschlecht und Einkommen (in Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens). Quelle: LAMPERT et al. 2019; SOEP, Periodensterbetafeln 1992 – 2016

Prävention

Zur **Primärprävention** lassen sich folgende Aufgaben zählen:

- Der ÖGD ist vertreten in den lokalen Gesundheitskonferenzen und arbeitet mit in der Gesundheitsversorgung. Die Gesundheitsberichterstattung der Gesundheitsämter ist häufig eine Planungsgrundlage hierzu.
- Primärprävention im Rahmen des Infektionsschutzes sind z.B. Impfberatungen bei Schülern, Eltern, Reisenden, Elternabende zum Thema Infektionserkrankungen in Kita und Schule, Hygiene-Beratung in Pflegeeinrichtungen.
- Einschulungsuntersuchungen und Untersuchungen im schulzahnärztlichen Dienst des Gesundheitsamtes sind ebenso präventiv wie die Beratungen und Übungen mit Schülern in der Gruppenprophylaxe durch den schulzahnärztlichen Dienst.
- Das Gesundheitsamt wirkt mit in verschiedenen Netzwerken, primär präventiv ist dabei z.B. das Netzwerk Frühe Hilfen.
- Zu umweltmedizinischen Fragen nimmt das Gesundheitsamt Stellung, z.T. gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz.
- Betrieb verschiedener Beratungsstellen:
  - Sozialpsychiatrischer Dienst
  - Im Bereich Suchtprävention gibt es Zusammenarbeiten mit anderen Beratungsstellen und dem örtlichen Krankenhaus (Rauchprävention).
  - Das Gesundheitsamt hat eine Schwangeren- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle und Vermittlung von sogenannten „vertraulichen Geburten“.

- Des Weiteren berät es Frauen und Männer im Rahmen des Prostituiertenschutzgesetzes.
- Außerdem gibt es eine kostenlose, in der Regel anonym arbeitende HIV-Beratungsstelle im Gesundheitsamt.
- Behindertenbeauftragte
- Sprachheilbeauftragte
- Beratung im Bereich des Betreuungsrechts
- Mitwirkung bei der Gesundheitsversorgung im stationären und ambulanten medizinischen Bereich (Kreiskrankenhaus, Praxen der Hausärzte und Fachärzte)

Der Bereich der **Sekundärprävention** umfasst alle Maßnahmen, die das Ziel haben, bestimmte Krankheiten und deren Symptome frühzeitig zu erkennen. Zu den Maßnahmen zählen beispielsweise Gesundheits-Check-Ups und Früherkennungsuntersuchungen oder Screenings bei ausgewählten Bevölkerungsgruppen wie die Mammographie zur Brustkrebsvorsorge oder die Darmspiegelung in der Individualmedizin. Aufgaben des Gesundheitsamtes in der Sekundärprävention sind:

Fachkräftesicherung im ÖGD

Diese Vielfalt der Aufgaben macht deutlich, wie anspruchsvoll die Tätigkeit im ÖGD ist. Insbesondere in der Corona-Krise war der Odenwaldkreis auf die dortige Kompetenz angewiesen. Im Gegensatz dazu ist die personelle Ausstattung oft knapp bemessen, die Fachkräftesicherung in der nahen Zukunft ist auch hier eine Herausforderung. Der ÖGD wurde bei den bisherigen Diskussionen um Ärztemangel bislang nur unzureichend bedacht. Die Quote von 1,3 % der Studienplätze, die nun an Studierende gehen sollen, die sich zu einer späteren Tätigkeit im öffentlichen Gesundheitswesen verpflichten sollen, (eingeführt zusammen mit der „Landarztquote“) können als guter erster Schritt gegen dieses Problem betrachtet werden. Allerdings ist in Hessen bislang das Fach Öffentlicher Gesundheitsdienst an den hessischen Universitäten kein Teil des Medizstudiums. Neben der Nachwuchssicherung gilt es aber außerdem, die ärztlichen Kapazitäten im ÖGD mit einer erhöhten Stellenzahl aufzubessern. Personelle Aufstockung, Modernisierung und bessere Vernetzung Das sind die Ziele des „Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“, auf den sich die Gesundheitsministerinnen und -minister von Bund und Länder geeinigt haben und der am 29. September 2020 von der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsident*innen der Länder beschlossen wurde. Demnach werden von Seiten des Bundes vier Milliarden Euro bereitgestellt, um neben des Personalsaufbaus auch Digitalisierung und Modernisierung zu finanzieren. Zur Umsetzung des Paktes wurde ein „Beirat Pakt ÖGD“ installiert. An dessen Empfehlungen soll sich die Umsetzung des Paktes bis 2023 orientieren. Erste Empfehlungen des Beirats werden für Oktober 2021 erwartet (BMG; o.J.).

Digitalisierung im ÖGD

Eine umfassende Digitalisierung der Abläufe und Kommunikationsströme im ÖGD ist bislang durch das Problem zahlreicher Fachprogramme und fehlender Schnittmengen (z.B. Trinkwasseruntersuchungen, Infektionsschutz, schulärztliche Untersuchungen, schulzahnärztliche Untersuchungen, amtsärztliche Untersuchungen, Betreuungsstelle, usw.) bei gleichzeitig fehlenden finanziellen Mitteln gehemmt. Neben den internen Abläufen sind Schnittstellen innerhalb des Gesundheitsamtes, zu übergeordneten Behörden, zu den Kommunen oder auch innerhalb des Landratsamtes medienbruchsfrei zu lösen. Insbesondere die von Landes- und Bundesbehörden vorgeschriebenen Software-Lösungen, die zur Datenübermittlung zwingend genutzt werden müssen, sind ursächlich dafür, dass verschiedene, nicht kompatible Programme genutzt werden müssen.

Auch mit dem bereits erwähnten Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst sollten Mittel bereitgestellt werden. Die damit verbundenen Mittel können aber nur einen Bruchteil des Bedarfs decken.

Zuletzt startete die Stadt Frankfurt eine Initiative für eine umfassende Software-Lösung, die alle Arbeitsbereiche der hessischen Gesundheitsämter abdeckt und in allen Kreisen zum Einsatz kommen könnte. Nachdem das Land einen Beitrag zur Finanzierung dieses Projekts zugesagt hat zeigt es einen vielversprechenden Ansatz.

Die Digitalisierung im Gesundheitswesen beschränkt sich natürlich nicht auf die Gesundheitsämter. Bei einer umfassenden Digitalisierung mit datenschutzsicheren Lösungen und funktionierenden Schnittstellen kann bspw. auch der Austausch zwischen Ärzt*innen, mobilen nichtärztlichen Assistent*innen, Pflegeheimen, Patienten und Angehörigen organisiert werden. Dadurch können Behandlungen besser abgestimmt und überwacht werden. Die Probleme von Mehrfach- und Fehlbehandlungen können gemildert werden.

Innerhalb von ärztlichen Praxen und Heimen können gute IT-Lösungen den Verwaltungsaufwand reduzieren, sodass dem vorhandene (meist knappe) Personal mehr Zeit für Aufgaben am Patienten bleibt.

Psychische Erkrankungen

Wie auch in der *Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander (Zielbereich 28: Prävention und Abmilderung der Folgen von psychischen Belastungen und Berufsunfähigkeit*) erläutert wurde, ist der Themenkomplex aus sozialen Herausforderungen, psychischen Erkrankungen, Suchtproblemen, Einsamkeit und Berufsunfähigkeit auch im Odenwaldkreis ein Feld von wachsender Bedeutung. Aufgrund dieser Komplexität gilt es auch im Odenwaldkreis, künftig verstärkt zu kooperieren und integriert denkend an diese Probleme heranzugehen.

So stellte man bspw. im Kommunalen Jobcenter im Verlauf der letzten Jahre eine Zunahme von Kund*innen mit Vermittlungshemmnissen aufgrund psychischer Erkrankungen fest. Insgesamt eines der wichtigsten Bestreben im kommunalen Jobcenter Odenwaldkreis ist daher die Gesundheitsförderung von Arbeitslosen (auch in anderen gesundheitlichen Bereichen).

2017 waren 1.168 Kreisbürger*innen stationär in Behandlung aufgrund von psychischen Verhaltensstörungen. Abbildung 213 weist darauf hin, dass wohl die meisten der Betroffenen (in Behandlung) im erwerbsfähigen Alter sind. Setzt man dies ins Verhältnis zur Stärke der jeweiligen Altersgruppen kommt man bei den 50-55-Jährigen auf eine psychisch bedingte Hospitalisierungsrate von 1,52 %, während diese bei den 75-80-Jährigen 1,05 % beträgt.

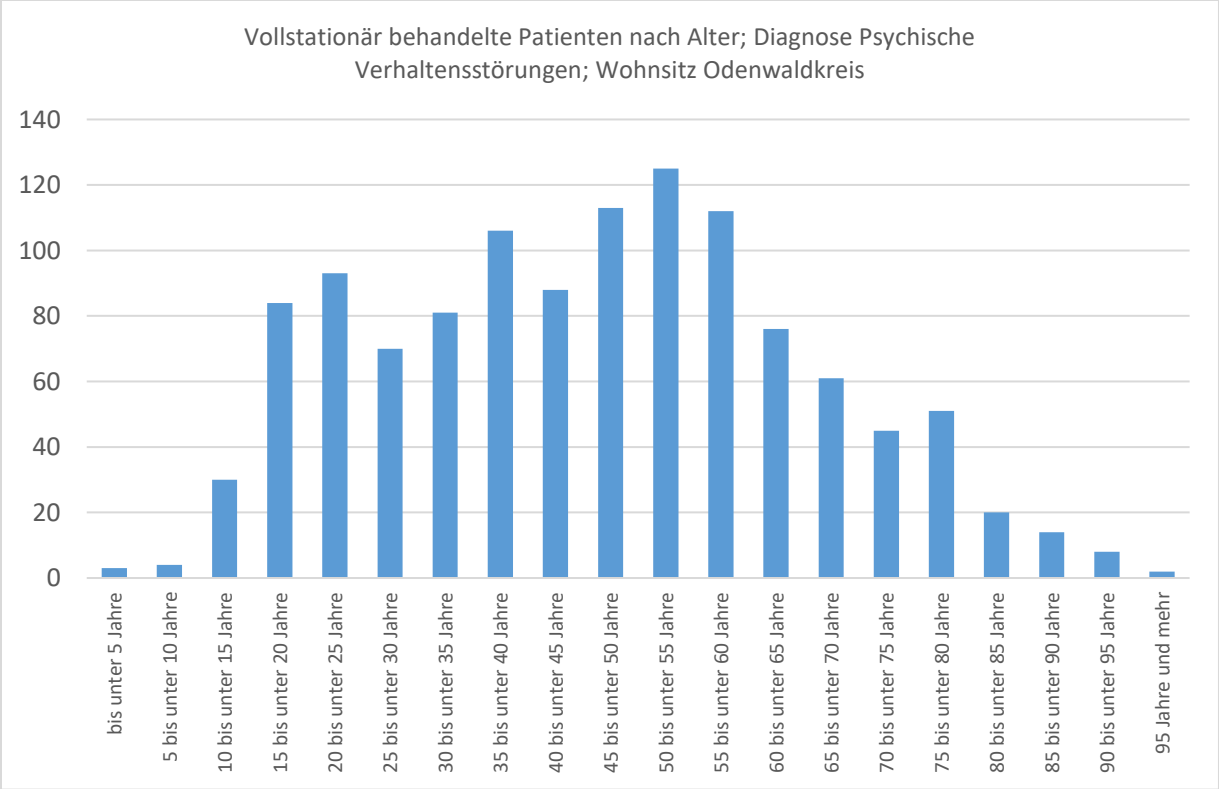


Abbildung 213: Vollstationär behandelte Patienten nach Alter, 2017, Diagnose Psychische Verhaltensstörungen, Wohnsitz Odenwaldkreis; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de)

Auch im Gesundheitsamt werden bereits Konzepte entwickelt, wie man auf diese wachsende Bedeutung seelischer Krankheiten reagieren kann. Der Sozialpsychiatrische Dienst (SPDI) ist die Beratungsstelle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zu diesen Themen. Der SPDI könnte in Kürze eine personelle Aufstockung erfahren, teilfinanziert aus Landesmitteln. Die Aktivitäten könnten dann ausgebaut werden, insbesondere könnten Kooperationen mit Kommunen und Wohlfahrtsverbänden intensiviert werden. Insbesondere wird angestrebt, eine Begegnungsstätte für psychisch Kranke und Menschen mit

Suchterkrankungen zu schaffen. Vorbild könnte hierbei das „Café Fix“ in Frankfurt sein – mit angeschlossenen Angeboten der medizinischen und psychologischen Beratung, sanitären Anlagen und Notunterkünften. Ein solches Angebot könnte auch den Vorteil haben, dass damit ein Raum für gewisse Klientel geschaffen würde, deren starke Präsenz im öffentlichen Raum zuweilen als störend empfunden wird und mit einem reduzierten Sicherheitsempfinden assoziiert wird.

Generell könnte in den sozialen Brennpunkten des Kreises künftig in Zusammenarbeit mit den Kommunen verstärkt mit Streetworker*innen an den Problemkomplex psychologische und physische Gesundheit (insbesondere Suchterkrankungen), Einsamkeit (im Alter), Integration und Wohnungslosigkeit herangegangen werden.

Am Zentrum für seelische Gesundheit (am GZO in Erbach) ist man mit der eigens errichteten Abteilung Psychiatrie (auch als Gebäude) zukunftssicher aufgestellt und bietet auch attraktive Ausbildungsbedingungen für junge Mediziner*innen. Einen wichtigen Beitrag zur psychiatrischen Versorgung spielen auch die wenigen psychiatrischen Fachpraxen und Psychotherapeuten, die es im Odenwaldkreis gibt. Diese stehen jedoch, wie viele andere Bereiche der ärztlichen Versorgung in der Region vor der großen Herausforderung, Nachfolger*innen zu finden, wobei der Renteneintritt teils schon bald zu erwarten ist (*vgl. Teilstrategie Gesundheitsversorgung*; KV Hessen 2018: S. 24 & 29). Zu diesem Thema ist auch die Median-Klinik Odenwald in Sandbach (Stadt Breuberg) zu erwähnen, die mit den Arbeitsbereichen Psychosomatik, Jugendpsychosomatik, Abhängigkeitserkrankungen, Suchthotline, Psychosomatik und Sucht ebenfalls eine wichtige Einrichtung in der Region ist.

Neben der fachärztlichen Hilfe ist auch das Thema Selbsthilfe(gruppen) eines, dass therapeutisch wirken kann und dazu beitragen kann, dass sich psychische Belastungen nicht zu psychischen Krankheit entwickeln. Das Selbsthilfezentrum in Michelstadt des Paritätischen Wohlfahrtsverbands ist hierbei eine zentrale Einrichtung. Sie ist seit Februar 2020 im Büro in der Innenstadt Michelstadts zu finden und hat somit einen passenderen Standort gegenüber dem vorherigen in der Kreisverwaltung gefunden. Die eigens sanierten, ebenerdig zugänglichen Räumlichkeiten können nun auch kostenfrei von interessierten Gruppen genutzt werden. Bestehende Themenkreise sind: „Allgemeine Lebensbewältigung“, „Erkrankungen und Behinderungen“, „Krebserkrankungen“, „Sucht und Abhängigkeit“, sowie „psychische Probleme und Erkrankungen“. Auch offene Treffen für Menschen die sich noch nicht in einer bestehenden Gruppe sehen aber Redebedarf haben gibt es.

Darüber hinaus organisiert auch der DRK-Kreisverband Odenwaldkreis Selbsthilfegruppen an, u.a. zu den Themen „Angehörige von Menschen mit Suchtproblemen“, „Alkohol- und Medikamentensucht“, „Schwersuchtkranke (CMA)“, „Menschen mit Krebserkrankungen“, „Angst und Depression“, „Essstörungen“, „Gesprächskreis Trauer“, „Gruppe für Männer in Trauerphasen und Krisen“, „Trauernde Kinder“, „Trauernde Eltern“, „Kaufsucht“, „Junge Selbsthilfe“, „Frauen.Sucht.Hilfe“, „Glücksspielsucht“, „Angehörige von Messies“, „Informations-Treffen für Patienten mit Suchtproblemen und deren Angehörige“.

Horizont 2030

Gefahren / „Murphy’s Law“

- Hausarzt- und Facharztmangel im gesamten Odenwaldkreis, mit der Folge der Unterversorgung, bzw. der langen Wege in der Notfall- und Normalversorgung. Besonders Personen, die aufgrund ihres Alters oder Erkrankungen in Ihrer Mobilität eingeschränkt sind, aus demselben Grund aber auch häufig ärztliche Aufmerksamkeit benötigen, leiden besonders darunter. Das Vorhandensein einer funktionalen Gesundheitsversorgung mit ärztlichen Praxen und einem Krankenhaus sind auch wichtige Standortfaktoren für die Region, die in die Überlegungen von potentiellen Neubürger*innen einfließen. Weil der Odenwaldkreis vor allem für junge Familien, aber auch für Ältere Menschen als Zuzug-Region attraktiv ist, stellt sich die Relevanz der hausärztlichen und der kinderärztlichen Versorgung als besonders relevant dar.
- Das Anwerben von ausländischen Ärzten könnte sich künftig noch schwerer darstellen, da auch in den Herkunftsländern Ärztenotstand besteht. In Schwellenländern besteht die Möglichkeit steigender Gehälter, sodass ein Auswandern weniger attraktiv wird. In anderen Ländern stellt sich aufgrund einer mangelnden Ausbildungsstruktur und politischer Instabilität der Ärztemangel hingegen so dramatisch dar, dass ein „Abwerben“ aus ethischer Hinsicht fragwürdig wird.

- Demographisch bedingt wird die Nachfrage nach ambulanter und stationärer Pflege künftig noch dramatisch steigen. Für den Odenwaldkreis ist dies aufgrund seiner spezifischen Bevölkerungsstruktur umso mehr von Bedeutung, zumal bereits heute Zuwanderung aus den Ballungsräumen der über 65-Jährigen verzeichnet wird. Mit immer weiter steigenden Immobilienpreisen ist mit diesem Trend künftig verstärkt zu rechnen. Umso drängender stellt sich das Problem des Fachkräftemangels in der Pflege dar. Dem ist nur mit einer gekonnten Ausbildungs- und Anwerbungsstrategie beizukommen. Wird nicht rechtzeitig wirksam eingegriffen kann es dazu kommen, dass physische und psychische Überlastung zu gehäuftem Aus- und Wegfall vorhandener Fachkräfte kommt und man sich so in eine Sackgasse manövriert, aus der es umso schwerer ist, wieder herauszukommen.
- Weitere pandemische Notlagen, Digitalisierung, sozialer und wirtschaftlicher Abstieg, Suchtprobleme, demographischer und infrastruktureller Abbau in der Region könnten zu wachsender Vereinzelung, psychischen Problemen und physischen Folgeerkrankungen führen. Dies ist nicht allein durch die Einrichtungen der Gesundheitsversorgung zu bewältigen, sondern ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – Kommunen, Ehrenamt, Schulen aber auch Unternehmen können zur gesellschaftlichen Integration aller beitragen. Mit einem sensiblen Umgang untereinander kann die Entwicklung von persönlichen Belastungen zu psychischen Problemen zu verhindert werden. Ein wichtiger Faktor ist hierbei, dass das Aufsuchen von professioneller Hilfe weiter enttabuisiert wird.

Chancen

- Die Digitalisierung birgt für das medizinische System zahlreiche Chancen, bringt in der Umsetzung aber auch einiges an Arbeit und Kosten mit sich, auch wenn zu erwarten ist, dass sich dieser Aufwand mittelfristig auszahlt. Im Verbund von Akteuren, wie verschiedenen Praxen, MVZs, dem Krankenhaus, aber auch unter den Pflegeheimen könnten Synergieeffekte genutzt werden. So könnte zum einen ein günstigerer Gesamtpreis für das Einrichten der Systeme und deren Wartung erzielt werden. Zum anderen brächte dies auch eine Kompatibilität und die Möglichkeit zum (datenschutzgerechten!) Datenaustausch. Die Möglichkeiten der Telemedizin sind für den ländlichen Raum von besonderer Bedeutung, wobei hierbei natürlich eine gekonnte Kombination von Personal vor Ort und dem Digitalen entscheidend ist. Voraussetzung ist, auch für den medizinischen Bereich, dass die digitale Infrastruktur (Mobilfunk, Breitband) bereitsteht und die digitale Teilhabe gewährleistet wird (*siehe Teilstrategie Digitalisierung*).
- Der Odenwaldkreis hat mit seiner vielfältigen Gesundheitswirtschaft bereits eine starke Branche (2019 mit 2.174 Arbeitsplätzen). Er kann insbesondere auch aufgrund seiner hohen Lebensqualität und im Verbund mit seinem Natur- und Freizeitangebot ein Profil entwickeln als Gesundheitsregion. So bietet nicht nur der Zuzug von Personen jenseits des Renteneintrittsalters eine Zukunftschance für den Odenwaldkreis. Auch für andere Altersgruppen mit Fokus auf Gesundheit, Entschleunigung, Entspannung in der Natur und Lebensqualität kann ein solches Profil attraktiv sein.
- Steigende Zahlen der Patienten in psychiatrischer Behandlung könnten zu einem gewissen Teil auch zurückzuführen sein auf gewachsene Sensibilität und Bereitschaft, Hilfe aufzusuchen. Wenn es gelingt, Aufklärungs-, Präventions- und Beratungsangebote im Verbund mit verschiedenen Partner-Organisationen (SPDI, Wohlfahrtsverbände, Praxen, Kommunen, Schulen, Arbeitgeber, usw.) aufzubauen, könnten positive Effekte auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung die Folge sein. Geringere Arbeitslosigkeit, harmonischeres multikulturelles Zusammenleben, höhere Bildungserfolge, ein höheres Sicherheitsempfinden und höhere Aufenthaltsqualität in vormaligen Brennpunkten könnten einige der positiven Folgeerscheinungen sein.

Zielbereiche für die Teilstrategie Gesundheitsversorgung

55. Ärztliche Versorgung und Krankenhäuser

- Niederlassungsförderung, Nachbesetzungsmanagement und Praxen-Organisation
- Sektorenübergreifende Zusammenarbeit
- Fachkräfteanwerbung und Fachärztliche Weiterbildung
- Förderung bei Praxisneugründungen
- Mobile Medizin und nichtärztliche Praxisassistenzen

56. Pflege

- Ausreichende Pflegeplätze (stationär und ambulant) und Deckung des Fachkräftebedarfs in der Pflege

- Optimierte Pflege-Ausbildung und Möglichkeit der vollständigen Ausbildung innerhalb des Odenwaldkreises.
- Personal-Fluktuation stabilisieren
- Krankheitsquote im Personal der Pflegeheime und Pflegedienste reduzieren
- Zügige Nachbesetzung von Vakanzen in der Pflege
- Flexible Arbeitszeitmodelle

57. Apotheken

- Sicherstellung der pharmazeutischen Versorgung und Beratung in allen Ortschaften des Odenwaldkreises

58. Soziales und Gesundheitswesen

- Gesundheit und Gesundheitsversorgungsqualität sind unabhängig von der persönlichen Migrationsgeschichte
- Es stehen Pflegeplätze und ambulante Betreuungsangebote zur Verfügung, die auf die besonderen Bedürfnisse und Gepflogenheiten von Menschen mit Migrationsgeschichte eingehen.
- Gesellschaftliche Teilhabe für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen.
  (*siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander*).

59. Öffentlicher Gesundheitsdienst

- Sicherstellung der Aufgaben des ÖGD im Bereich der Bevölkerungsmedizin, der Primär- und der Sekundärprävention
- Auf- und Ausbau von integrierten Präventionsketten für ein gesundes und chancengerechtes Leben von Menschen jeden Alters
- Fortführung und Weiterentwicklung der Angebote im Kreis in den Bereichen Psychotherapie, der Beratungs- und Unterstützungsangebote
- Gesellschaftliche Sensibilisierung und Aufklärung bezüglich psychischer Erkrankungen, um frühzeitige Inanspruchnahme von Hilfe zu befördern
- Modernisierung und Fachkräftesicherung im Öffentlichen Gesundheitsdienst
- Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung für den Odenwaldkreis, die Planungen im Bereich der Gesundheitsförderung und der Prävention erleichtert und ermöglicht.

55. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Ärztliche Versorgung

SMART-Formulierung

- Besetzung aller Hausarzt- und Facharztsitze und Sicherung der ärztlichen Versorgung im gesamten Kreisgebiet
- Aufrechterhaltung der 24/7 ärztliche Notfall-Abdeckung über den Ärztlichen Bereitschaftsdienst
- Sektorenübergreifende Strukturen sind nachvollziehbar etabliert.
- Erhöhte Erreichbarkeit bzw. verbesserte ärztliche Versorgung in der Fläche des Kreises durch Mobilitätsangebote und mobile medizinische Versorgung
  (*Siehe auch Teilstrategie Mobilität*)

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Niederlassungsförderung, Nachbesetzungsmanagement und Praxen-Organisation

- Einsatz für die Nachbesetzung von freien und freiwerdenden Praxen in Abstimmung mit der kassenärztlichen Vereinigung und in Kooperation mit bestehenden (Gemeinschafts-)Praxen und MVZs.
- Schaffung zusätzlicher MVZs, um die Abdeckung des gesamten Kreisgebiets abzusichern.
- Praxisgründungen und –Übernahmen durch Nachfolger*innen werden unterstützt und gefördert.

Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, ärztliche Praxen
ID: 439; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Gesamt:

- Sektorenübergreifende Zusammenarbeit
  - Erhöhung der Effizienz der Zusammenarbeit von Gesundheits-Akteuren im Odenwaldkreis.
  - Schaffung einer gemeinsamen Plattform, die den unkomplizierten, effizienten Austausch ermöglicht, spezifische Informationen zur Verfügung stellt und direkte Kommunikationskanäle schafft.
  - Abstimmungswege werden optimiert, Patient*innen profitieren durch den gemeinsamen Wissensstand der behandelnden Ärzte und Ärztinnen

Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 440; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Gesamt:

- Fachkräfteanwerbung und Fachärztliche Weiterbildung
  - Vernetzung mit ärztlich ausbildenden Universitäten, um Studierende für die berufliche Tätigkeit im Odenwaldkreis zu gewinnen – z.B. mittels Praktika und der Schaffung von fachärztlichen Weiterbildungsprogrammen.
  - Schaffung von Angeboten der fachärztlichen Verbundausbildung mit durchgeplanten stationären und ambulanten Ausbildungsstätten.
  - Förderprogramme von KV und dem Land Hessen nutzen.
  - Stipendien nach Vorbild des Vogelsbergkreises oder des Landkreises Waldeck-Frankenberg.
  - Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft aus Vertretern der Verwaltung und der Ärzteschaft, um das Themenfeld strategisch zu bearbeiten.
  - Erhebung der Ist-Situation im Odenwaldkreis in Zusammenarbeit mit der Ärztegenossenschaft und dem Hausärzteverband

Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 441; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **gesamt: 1**

- Förderung bei Praxisneugründungen
  - OREG Beratung
  - Aufbereitung der KV-Förderangebote und umfangreiches Beratungsangebot zur Ausbildung, Ansiedlung und Entwicklungsmöglichkeiten im Kreis (auch mit Blick auf bestehende Netzwerke und Unternehmen).

Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, OREG
ID: 442; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Gesamt:

- Mobile Medizin und nichtärztliche Praxisassistenzen
  - Schaffung der nötigen technischen Infrastruktur für mobile Medizin (Mobilfunk, Breitband) *Siehe Teilstrategie Digitalisierung*
  - Organisatorische und technische Unterstützung bei der Einführung von Angeboten mobiler

Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis, OREG
ID: 443; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:

56. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Pflege

SMART-Formulierung:

- Fluktuationsquote in den Einrichtungen senken oder auf einem stabilen Niveau halten
- Krankheitsquote in den Einrichtungen senken oder auf einem stabilen Niveau halten
- In jedem Betrieb werden Arbeitszeitmodelle für eine angemessene work-live balance angeboten
- Offene Stellen werden innerhalb von 4-6 Wochen wiederbesetzt

- Jeder Mitarbeiter erhält jährlich ein Mitarbeitergespräch, um die Zufriedenheit feststellen zu können und dem Mitarbeiter eine Rückmeldung über seine Leistung geben zu können.
- Ein betriebliches Gesundheitsmanagement ist vorhanden, oder es besteht die Möglichkeit, an externen gesundheitsförderlichen Maßnahmen teilzunehmen
- Rahmenbedingungen für die Ausbildung optimieren, Außeneinsätze im Odenwaldkreis ermöglichen, oder durch Aufwandsentschädigungen das Pendeln erleichtern
- Vorhandene Plätze der stationären und ambulanten Pflege decken den Bedarf; ebenso in der Tagespflege.

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Organisation von ausreichenden Pflege-Ausbildungs-Plätzen für die schulischen und klinischen Teile; auch im Verbund mit Nachbarlandkreisen und mit Blick auf passende Mobilitätslösungen. Grundlage ist zunächst Netzwerkarbeit.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 444; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **Gesamt: 1**
- Kooperation mit dem Ziel der Anwerbung ausländischer Fachkräfte
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Pflegeeinrichtungen
  ID: 445; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; Gesamt:
- Versorgung von ausländischen Fachkräften mit passenden Wohnmöglichkeiten
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Pflegeeinrichtungen
  ID: 446; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:
- Erstellung einer integrierten und kooperativen Pflegebedarfsplanung.
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich
  Hauptverantwortlich: Kreis,
  ID: 447; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Gesamt:
- Öffentlichkeitsarbeit für eine angemessene Bezahlung in der Pflege bei paralleler Öffentlichkeitsarbeit für einen Imagewandel bezüglich einer teils unterschätzten Bezahlung in der Pflegebranche. Herbeiführen eines positiven Imagewandels für den Pflegeberuf.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Pflegeeinrichtungen, Berufsverbände
  ID: 448; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:
- Gründung einer Arbeitsgemeinschaft mit Vertretern der Pflegeeinrichtungen, der Pflegedienste, der Berufsverbände, der Politik und der Verwaltung, um einen Imagewandel für den Pflegeberuf, insbesondere dessen Attraktivität im Odenwaldkreis, herbeizuführen. Selbige AG ist auch zentral für die Schaffung attraktiver Arbeitsbedingungen und die Schaffung neuer Karrierechancen in der Pflege.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Pflegeeinrichtungen, Berufsverbände, Politik
  ID: 449; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Gesamt:
- Verbesserung des Berufsbilds Pflege durch Förderung von Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten (vgl. STIFTUNG, RBS–ROBERT BOSCH 2018)
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 450; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt:
- Verstärkte Integration der Pflegewissenschaft in die Pflegebranche der Region und Zusammenarbeit mit Hochschulen
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Pflegeeinrichtungen.
  ID: 451; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3**; Gesamt:

57. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Apotheken

SMART-Formulierung

- Sicherstellung der pharmazeutischen Nahversorgung mit Möglichkeit zur persönlichen Beratung in allen Ortschaften.

Erläuterung:

Siehe Analyse-Teil

Handlungsmöglichkeiten:

- Gründung einer AG mit interessierte Apothekern, mit einem Vertreter der Politik, der Haus/ Fachärzte, der Gesundheitsmanagerin, um Möglichkeiten für den Landkreis herausarbeiten. Die AG dient u.a. als Forum zur Systematisierung der Zusammenarbeit zwischen Ärzteschaft und Apotheken und zur Maßnahmenplanung zur Fachkräfte- und Nachfolgersicherung.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis.
  ID: 452; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie**: 3; Gesamt:

58. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Soziales und Gesundheitswesen

SMART-Formulierung:

- Es stehen Pflegeplätze, ambulante Betreuungsangebote, Tagespflegeplätze und Präventionsangebote zur Verfügung, die im Umfangreich ausreichend sind und auch auf die besonderen Bedürfnisse und Gepflogenheiten von Menschen mit Migrationsgeschichte eingehen.
- Gesundheit und Gesundheitsversorgungsqualität sind unabhängig von der persönlichen Migrationsgeschichte
- Alle Angebote der gesundheitlichen Aufklärung, Information und Versorgung sind unabhängig von Deutschkenntnissen wahrnehmbar.
- Umfassende gesellschaftliche Einbindung aller Altersgruppen in das gesellschaftliche Leben mit entsprechenden Angeboten auch für ältere und gesundheitlich eingeschränkte Menschen.

Erläuterung:

Gesundheit und Gesundheitsversorgungsqualität einzelner Bevölkerungsgruppen lässt sich leider nicht ohne Weiteres statistisch messbar belegen. Weitere Details zu diesem Thema – auch zu Möglichkeiten einer Messbarkeit könnten im Rahmen der gezielten Integrations-Befragung in Erfahrung gebracht werden (*Maßnahme „Durchführung einer Umfrage unter Mitbürger*innen mit Migrationsgeschichte“ in der Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich 25 – Integration von Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung*.)

Prof. Dr. MAIKE LUHMANN (2021) wies in Ihrer Stellungnahme zur Anhörung im Bundestag zum Thema Einsamkeit darauf hin, dass deutschlandweit Erkenntnis- und Forschungsbedarf besteht. Messen kann man Einsamkeit demnach vor allem mittels Umfragen – entweder direkt oder indirekt. Bei letzterer Variante wird das Wort „einsam“ vermieden, es wird stattdessen über andere Begriffe ermittelt.

Ob die vorhandenen Angebote dem Bedarf entsprechen, bzw. ob deren Umfang ausreichend ist, ist künftig zu ermitteln und laufend zu beobachten.

Handlungsmöglichkeiten:

- Netzwerkbildung im Gesundheitssektor und gemeinsame Analyse der bisherigen Strukturen und den daraus erwachsenden Anforderungen und Handlungsoptionen.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis (Gesundheitsmanagement, Gesundheitsamt, Stabstelle Gleichstellung und Integration), Kommunen
  ID: 453; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **Gesamt: 2**
- Aktionen für die gesellschaftliche Teilhabe von Frauen mit Migrationsgeschichte, z.B. gemeinschaftliche Gartenpflege und Verkauf von Nutzpflanzen und Erzeugnissen, Weitergabe von

Haushaltswissen, Einbindung in ehrenamtliche Strukturen.
Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis (Gesundheitsmanagement, Gesundheitsamt, Stabstelle Gleichstellung und Integration), Kommunen
ID: 454; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie**: 3; Gesamt

- Erarbeitung einer Übersicht der im Kreis vorhandenen Angebotsstruktur hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilhabe von älteren Menschen, Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen sowie deren Angehöriger.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis (Gesundheitsmanagement, Pflegestützpunkt, Gesundheitsamt), Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Vereine
  ID: 455; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie**: 3; Gesamt
- Schaffung von zusätzlichen Angeboten gegen Vereinsamung (im Alter), z.B.:
  - Demenzsensibler Landkreis mit spezifischen Begegnungsstätten,
  - Liefersysteme von und mit regionalen Erzeugern und Händlern (Bäcker, Bauernhöfe, Metzgerei, Einzelhändler) zur Sicherung der Nahversorgung von gering-mobilen Personen (*siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Ziel 5.5 Erreichbarkeit von Alltagsorten und Nahversorgung; sowie Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft – Zielbereich 28: Landwirtschaft; Teilstrategie Mobilität – Ziel 16.4: Neuorganisation von Logistik- und Lieferdiensten durch CargOMobil).*
  - Ehrenamtlicher Begleitdienst für Nahversorgung, Freizeitmobilität und Arztbesuchen unterstützungsbedürftiger Personen
  - Förderung ehrenamtlicher Gruppen, wie Generationenhilfevereinen, Seniorensport-Gruppen, o.ä.
  - Ehrenamtliche und berufliche Möglichkeiten zur Einbringung ausbauen (siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräfte, Zielbereich 1, sowie Teilstrategie Lebensqualität – Zielbereich 23 Vereinsförderung und Ehrenamt
  - ausreichendes Pflegerisches Angebot im ambulanten und im stationären pflegerischen Bereich
  - Anzahl an Tagespflegeplätzen deutlich erhöhen. Dies auch für Menschen mit einer fortgeschrittenen Demenzerkrankung
  - Weiterbildungsangebote für ältere Menschen und ihre Angehörigen, auch zu Gesundheitsthemen wie gesunde Ernährung, Suchtprävention, Demenz, psychische Erkrankungen usw.

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis (Gesundheitsmanagement, Pflegestützpunkt, Gesundheitsamt), Kommunen, Wohlfahrtsverbände und Vereine
  ID: 456; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 3; **Teilstrategie: 3;** Gesamt
- Aufnahme von Frage-Items zum Thema Einsamkeit in die künftige Bürgerschaftsbefragung zur Kreisentwicklung – auch als Indikator für gesellschaftliche Integration und Zusammenhalt. Zu berücksichtigen auch bei einer eventuellen Integrations-Befragung.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 457; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 2; Gesamt

59. Ziele und Handlungsmöglichkeiten für den Zielbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst

SMART-Formulierung

- Sicherstellung der Aufgaben des ÖGD im Bereich der Bevölkerungsmedizin, der Primär- und der Sekundärprävention – im Rahmen der gesetzlichen Pflichten und mit Blick auf regional besonders relevante Handlungsbedarfe.
- Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung für den Odenwaldkreis, die Planungen im Bereich der Gesundheitsförderung und der Prävention erleichtert und ermöglicht.
- Fortführung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebote im Kreis in den Bereichen Psychotherapie, der Beratungs- und Unterstützungsangebote
- Papierlose, digitale, effiziente Verwaltung im ÖGD
- Fachkräftesicherung im Öffentlichen Gesundheitsdienst zur Wahrnehmung laufender und strategischer Aufgaben

- Auf- und Ausbau von integrierten Präventionsketten für ein gesundes und chancengerechtes Leben von Menschen jeden Alters
- Verstärkte Sensibilisierungs- und Aufklärungsarbeit bezüglich psychischer Erkrankungen, um frühzeitige Inanspruchnahme von Hilfe zu befördern
- Verstärkte Sensibilisierung von Arbeitgeber*innen und der Allgemeinbevölkerung hinsichtlich der Gefahren unbehandelter psychischer Krankheiten und deren (frühzeitiger) Behandlungsmöglichkeiten in Verbindung mit Maßnahmen, damit einhergehende gesellschaftlich Vorurteile abzubauen.
- Verstärkte Sensibilisierung von Arbeitgeber*innen und der Allgemeinbevölkerung hinsichtlich der Gefahren unbehandelter Wirbelsäulen-Erkrankungen und deren (frühzeitiger) Behandlungsmöglichkeiten und Vorbeugemaßnahmen.
- Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung im Bereich Wirbelsäulengesundheit, sowie des Arbeitsschutzes in Unternehmen, Verwaltungs- und sonstigen Betrieben

Erläuterung

Weil die Corona-Krise die größten Ressourcen des Gesundheitsamts Ressourcen band war bislang noch keine genauere Ausarbeitung dazu möglich, wie eine Gesundheitsberichterstattung, dessen auszuwertende Indikatoren und Zielwerte aussehen könnten. Der Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit unterstützt Landkreise beim Aufbau solcher Strategien im Rahmen des kommunalen Partnerprozesses „Gesundheit für alle“, über den eine bundes- und landesweite Lernplattform für Fachkräfte bereitgestellt wird.

Handlungsmöglichkeiten:

- Gesundheitsförderung im schulärztlichen Dienst ausbauen mit der Einbeziehung der Untersuchung und Beratung älterer Schüler und besonderer Rücksicht auf Schüler mit Migrationshintergrund
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 458; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie: 2**; Gesamt
- Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung und Strategiebildung nach dem Modell des kommunalen Partnerprozesses „Gesundheit für alle“ (vgl. gesundheitliche-chancengleichheit.de)
  - Entwicklung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung im ÖGD
  - Festlegung, Erhebung und Auswertung von Indikatoren, die Qualität und Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgungs- und Präventionsangebote für alle Bevölkerungsgruppen wiedergeben.
  - Auf- und Ausbau von integrierten Präventionsketten für ein gesundes und chancengerechtes Leben von Menschen jeden Alters. Start mit der Altersgruppe von null bis drei Jahren mit dem Netzwerk Frühe Hilfen (mit dem Jugendamt in federführender Funktion)
  - Maßnahmen zur Sensibilisierung von verschiedenen Zielgruppen, z.B. Schüler*innen, Arbeitgeber*innen, Arbeitnehmer*innen, usw. zur Prävention von psychischen Krankheiten und Wirbelsäulenkrankheiten, (frühzeitigen) Behandlungsmöglichkeiten und Abbau von gesellschaftlichen Vorurteilen. Als Format bieten sich „Gesundheitstage“ mit entsprechenden Mitmach- und Informationsangeboten an.

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 459; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **Gesamt: 2**
- Digitalisierung im Gesundheitsamt
  - Parallel zur Digitalisierung anderer Verwaltungsbereiche (*siehe Teilstrategie Verwaltung Bürgerservice – Zielbereich 19 Digitalisierung*)
  - Analyse der Prozesse und Datenströme
  - Entwicklung von optimierten Schnittstellen und Abläufen hin zur papierfreien Verwaltung

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 460; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; Gesamt
- Ausbau der Aktivitäten des Sozialpsychiatrischen Dienstes

- Aufbau von Begegnungsstätten für Psychisch Kranke und Suchtkranke
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis und Kommunen
  ID: 461; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie**: 1; Gesamt
- Streetwork in sozialen Brennpunkten und mit Wohnungslosen – u.a. um die medizinische Grundversorgung zu sichern, gesellschaftliche Teilhabe und Erwerbsfähigkeit zu erleichtern
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 462; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; **Teilstrategie**: **2**; Gesamt
  Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander Zielbereich 27: Sicherheit; 28: Prävention und Abmilderung der Folgen von psychischen Belastungen und Berufsunfähigkeit und 18: Freizeitangebote und regionale Bindung Jugendlicher
- Ausbau des Beratungsangebotes des Sozialpsychiatrischen Dienstes, Wiederaufnahme der Arbeit von Angehörigengruppen, Koordinierung von Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit
  Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander-Zielbereich 28: Prävention und Abmilderung der Folgen von psychischen Belastungen und Berufsunfähigkeit
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 463; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; **Teilstrategie: 1**; **Gesamt: 2**

- Sicherstellung einer wohnortnah gewährleisteten Grunddaseinsfürsorge, auch in den Bereichen Psychiatrie, Psychotherapie sowie Wirbelsäulengesundheit, durch die Sicherung des Krankenhausstandorts Erbach sowie dem Ausbau der Kooperationen mit den regionalen ärztlichen Praxen und Versorgungszentren.
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis;
  ID: 231; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Priorisierungsvorschlag **Teilstrategie: 1**; gesamt:
  Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich 28: Prävention und Abmilderung der Folgen von psychischen Belastungen und Berufsunfähigkeit

Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen

Nicht jeder Handlungsvorschlag in den elf Teilstrategien ist gleich wichtig. Deswegen wurden sie zunächst auf einzelne Ziele bzw. Zielbereiche hin bewertet und darauf aufbauend innerhalb der jeweiligen Teilstrategien. Die so als am wichtigsten identifizierten Maßnahmenvorschläge wurden dann in einem dritten Schritt erneut gewichtet. 50 der Maßnahmen wurden mit einer „Gesamt-Priorisierung“ versehen.

Das heißt: Die Umsetzung dieser 50 Maßnahmen gilt als besonders dringlich, denn sie sind besonders vielversprechend hinsichtlich der Probleme, die sie lösen können, zentrale Bausteine für weitere Schritte und/oder besonders schlagkräftig, um komplexe Probleme der Kreisentwicklung anzugehen. So hilft beispielsweise ein Jugendhilfeteilplan Kinderbetreuung bei:

- der frühkindlichen Bildung, insbesondere auch der sprachlichen Fähigkeiten
- der Einbindung von Kindern und Eltern in die Gemeinschaft
- einer Verbesserung der Möglichkeit zur Berufstätigkeit der Eltern, dadurch ergeben sich Effekte für die Fachkräftesicherung und die Gleichstellung

Der Übersicht halber sind diese 50 Maßnahmen sind hier gesammelt aufgeführt. Weil manche davon mehrere Teilstrategien betreffen werden sie auch in dieser Aufzählung mehr als einmal aufgeführt.

Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung

- Durchführung einer genaueren **Untersuchung bezüglich des Lohnniveaus und der lokalen Lebenshaltungskosten** im Vergleich zu anderen Regionen und mit Berücksichtigung verschiedener Tätigkeiten und Branchen. Verwendung der Ergebnisse: Grundlegende Information für die Fachkräftesicherungsstrategie. Entweder Unternehmen, Fachkräftewerbung, Regionalmarketing und Standortmarketing erhalten ein gutes Argument – oder ein zu niedriges Lohnniveau wird als grundlegende Herausforderung identifiziert. In letzterem Fall ist die Effizienz vieler anderer Handlungsmöglichkeiten stark beschränkt, solange die Arbeitgeber*innen dieses Problem nicht angehen. Insofern sind die Ergebnisse auch relevant für die Standortwerbung und das Regionalmarketing (*siehe Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus*)
  Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG, Forschungspartner
  ID: 7; Priorisierungsvorschlag Ziel (1.2): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: ;1; **gesamt: 1**

- Umsetzung der Maßnahmen der **Strategie im Übergang Schule-Beruf** und Fortschreibung der Strategie. *Siehe auch Teilstrategie Bildung-Ziel 47.3 Weiterführende Schulen*
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell, finanziell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Mitglieder der Steuerungsgruppe des Netzwerks Übergang Schule – Beruf im Odenwaldkreis
  ID: 8; Priorisierungsvorschlag: Ziel (1.4): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Verbesserung der **Ganztages-Kinderbetreuungsmöglichkeiten als Grundvoraussetzung für gleichberechtigte Chancen** auf Teilhabe am Arbeitsleben. *Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander-Zielbereich 23: Bedarfsgerechte Kinderbetreuung auch zu Randzeiten.*
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell, politisch und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis / Gleichstellungsbeauftragte
  ID: 23; Priorisierungsvorschlag Ziel (1.9): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Weiterführung und Weiterentwicklung bestehender Maßnahmen der OREG zur Unterstützung des Wachstums und der **Standortsicherung von Bestandsunternehmen**; Bei identifizierten Handlungsbedarfen Initiierung neuer Projekte (z.B. im Dialog mit Unternehmern, durch die interne Evaluation und Trendanalyse, aber auch im Rahmen der Kreisentwicklungsplanung)
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; kontinuierlich umzusetzen; konzeptionell, finanziell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: OREG, Wirtschaftsbeirat
  ID: 29; Priorisierungsvorschlag Ziel (2.2): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- **Fortführung der Förderung unternehmerischen Denkens** und besserer Wahrnehmung solcher Möglichkeiten bei regionalen KMU, um Ausbildungs- und Aufstiegschancen in Bereichen wie

Handwerk, Einzelhandel und Gastronomie attraktiver zu machen und so auch vermehrt als Führungskraft geeignete Nachwuchskräfte zu gewinnen. Aktuell umgesetzt werden diese Themen bereits im Rahmen der Gründungsoffensive, dem Gründerpreis und dem Business-Plan-Wettbewerb am BSO.
Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich
Hauptverantwortlich: Kreis / OREG, Verbände, Schulen
ID: 40; Priorisierungsvorschlag Ziel (2.4): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- **Gewerbeflächenstrategie** u.a. mit Nachnutzungen, Umnutzungen und Ausweisung von (interkommunalen) Gewerbegebieten, um Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen zu ermöglichen
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 43; Priorisierungsvorschlag Ziel (2.4): 2; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- **Koordinierung der Siedlungs- und Gewerbeflächenplanung** auf Kreisebene bereits im Stadium der Vorüberlegungen - regelmäßige Abfrage zu Plänen und Vorüberlegungen bezüglich der Vorhaben; mindestens jährlich. Herstellung von Transparenz und Koordination unter den Vorhaben der Kommunen. (*siehe Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung – Zielbereich Nachhaltige Siedlungsentwicklung)*
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 51; Priorisierungsvorschlag Ziel (4.1): 2; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- **Stärkung der Gewerbevereine** durch Professionalisierung (Citymanagement) evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit, mit dem Ziel einer Belebung der Ortskerne, der Einkaufsstandorte und des gesamten Odenwaldkreises. Organisation evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit
  - Dialog mit Eigentümern, um für Zwischennutzung und qualitative, passende Nachnutzung von Ladenleerständen zu sorgen
  - Beratung von inhabergeführten Geschäften hinsichtlich moderner Kundenansprache
  - Tätigkeiten für die Fachkräftesicherung
  - Aufwertung von Einzelhandelsstandorten durch Aufwertung des öffentlichen Raums im Dialog mit Politik, Verwaltung, Gewerbevereinen, Bürger*innen sowie durch Tätigkeiten des Stadtmarketings und Veranstaltungen

  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortung: Kommunen, Kreis
  ID: 67; Priorisierungsvorschlag Ziel (4.6): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Durchführung einer qualifizierten **Bedarfsermittlung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten** für Kinder im U3-, Ü3- und Grundschulbereich bis hin zu den weiterführenden Schulen.
  Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung-Ziel 5.1: Kinderbetreuung
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch, personell oder finanziell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 68; Priorisierungsvorschlag Ziel 5.1: 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

Teilstrategie Digitalisierung

- **Durchführung der Gigabit-Strategie** des Odenwaldkreises unter angemessener Einbindung der kommunalen Gremien; im Rahmen einer zielführenden Organisationsstruktur
  Kategorie: dringend umzusetzen/bereits in Umsetzung befindlich; politisch, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Brenergo GmbH, Kommunen
  ID: 87; Priorisierungsvorschlag Zielbereich (7): 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Schaffung einer **CDO-Position am Landratsamt**, die die Digitalisierung im Landratsamt und die in der Region und den Kommunen koordiniert
  Kategorie: dringend umzusetzen, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 89; Priorisierungsvorschlag Zielbereich (): 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 2**

Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung

- **Koordinierung der Siedlungs- und Gewerbeflächenplanung** auf Kreisebene bereits im Stadium der Vorüberlegungen - regelmäßige Abfrage zu Plänen und Vorüberlegungen bezüglich der Vorhaben; mindestens jährlich. Herstellung von Transparenz und Koordination unter den Vorhaben der Kommunen. (*siehe Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Ziel 4.1: Strategische Gewerbeflächenentwicklung)*

Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kreis
ID: 51; Priorisierungsvorschlag Ziel (4.1): 2; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- **Gewerbeflächenstrategie** u.a. mit Nachnutzungen, Umnutzungen und Ausweisung von (interkommunalen) Gewerbegebieten, um Wachstum kleiner und mittlerer Unternehmen zu ermöglichen. (*siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung – Ziel 4.1: Strategische Gewerbeflächenentwicklung)*
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 43; Priorisierungsvorschlag Ziel (2.4): 2; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Schaffung einer handlungsfähigen, dezidiert kompetenten **Organisation, die Wohnungsbau im Sinne der Kommunen und nach den Leitlinien bedarfsgerechter, nachhaltiger Siedlungsentwicklung betreibt**; unter Umständen unter Beteiligung von nicht-öffentlichen Akteur*innen. Erster Fokus sollte auf der Schließung von Baulücken und der Schaffung von mittelgroßen und kleineren Wohnungen liegen.
  Kategorie: dringend umzusetzen, konzeptionell, personell, politisch, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 106; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- **Kompetenznetzwerk Innenentwicklung** aufbauen – Dorfakademie; Gremien, Ortsbeiräte einbinden; Information zu möglichen Leitlinien und Best-Practices der Innenentwicklung – im Rahmen von Vorträgen, Diskussionsforen, Workshops und Seminaren. Womöglich in Verbindung mit einer Zertifizierung oder der Ausbildung von Leerstandslotsen, die wiederum auch kommunikativ in die Ortschaften hinein wirken, z.B. um Baulücken dem Markt zuzuführen.
  Kategorie: dringend umzusetzen / in Umsetzung befindlich; personell, konzeptionell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, IGO
  ID: 112; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1 **gesamt: 1**

- **Stärkung der Gewerbevereine** durch Professionalisierung (Citymanagement) evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit, mit dem Ziel einer Belebung der Ortskerne, der Einkaufsstandorte und des gesamten Odenwaldkreises. Organisation evtl. in interkommunaler Zusammenarbeit
  - Dialog mit Eigentümern, um für Zwischennutzung und qualitative, passende Nachnutzung von Ladenleerständen zu sorgen
  - Beratung von inhabergeführten Geschäften hinsichtlich moderner Kundenansprache
  - Tätigkeiten für die Fachkräftesicherung
  - Aufwertung von Einzelhandelsstandorten durch Aufwertung des öffentlichen Raums im Dialog mit Politik, Verwaltung, Gewerbevereinen, Bürger*innen sowie durch Tätigkeiten des Stadtmarketings und Veranstaltungen

  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortung: Kommunen, Kreis
  ID: 67; Priorisierungsvorschlag Ziel (4.6): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**
  Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung: Ziel 4.6: Lebendige, attraktive, urbane Zentren mit aktiver Kultur, Einkaufsmöglichkeiten, gastronomischen Angeboten und hoher Aufenthaltsqualität

- Schaffung von **ausreichend Wohnraum für Personen mit geringem Einkommen** auf Grundlage einer Bedarfsanalyse (als Teil einer umfassenden Sozialraumanalyse; ID 465)
  Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander-Zielbereich 24: Sozialplanung des Odenwaldkreises
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 216; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander

- Durchführung einer qualifizierten **Bedarfsermittlung von Betreuungs- und Ganztagsangeboten** für Kinder im U3-, Ü3- und Grundschulbereich bis hin zu den weiterführenden Schulen.
  Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung-Ziel 5.1: Kinderbetreuung
  Kategorie: dringend umzusetzen, politisch, personell oder finanziell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 68; Priorisierungsvorschlag; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- **Bedarfsgerechte Treffpunkte für Jugendliche**
  - Auch in kleineren Ortschaften und Ortsteilen
  - Beteiligung der Nutzer bei der Gestaltung und Kommunikation für eine konfliktarme Existenz mit den Bedürfnissen anderer Bevölkerungsgruppen
  - Balancierende Lösungen zwischen den Bedürfnissen Jugendlicher, sich ohne, bzw. mit geringer Aufsicht durch Erwachsene in entsprechenden Freiräumen aufhalten zu können – und Anforderungen an Sicherheit, Belästigungsfreiheit (bzw. –armut), Sicherheitsempfinden und öffentlicher Ordnung auf der anderen Seite

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 119; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**
  Siehe auch Teilstrategie Lebensqualität und gesellschaftliches Miteinander – Zielbereich 18: Freizeitangebote und regionale Bindung Jugendlicher

- Einrichtung und konsequente Beteiligung eines **Jugendparlaments** für den Odenwaldkreis, soweit ausreichend ehrenamtliches Engagement seitens jugendlicher Kreisbürger*innen erkennbar ist; Mitbestimmungsmöglichkeiten müssen rechtssicher und mit verlässlicher Satzung festgelegt und umgesetzt werden.
  Verankerung eines Mechanismus in der Kreisverwaltung, der sicherstellt dass im Falle eines „Einschlafens“ eines solchen Jugendparlaments jeweils drei Jahre später eine Neuauflage durch die Verwaltung angeregt wird und dazu Schüler*innen und Jugendliche in Ausbildung kontaktiert werden
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Jugendliche
  ID: 180; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Grundlegende **Erneuerung des Jugendhilfeplans**
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis
  ID: 184; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**
  Siehe auch Teilstrategie Bildung; Ziel 46.2: Bedarfsgerechte und zukunftsorientierte Versorgung in der frühkindlichen Bildung (ID 361)

- Koordination von Veranstaltungsterminen im Kreis, indem ein **zentraler Veranstaltungskalender** von allen Veranstalter*innen konsequent genutzt wird. Derzeit ist ein solches Tool beim Tourismus Bergstraße-Odenwald zu finden. Voraussetzung für diesen Erfolg sind auch umfangreiche Bemühungen in der Öffentlichkeitsarbeit, um dieses Werkzeug auch bei den potentiellen Besucher*innen zu etablieren.
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; konzeptionell und personell weiterhin voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis, Kommunen, Kultur-Akteur*innen
  ID: 187; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Weiterentwicklung des **Jugendhilfeplans Teilplan Kindertagesbetreuung**, um konkretere Ziele und Maßnahmen benennen zu können.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Odenwaldkreis / Jugendhilfeplanung
  ID: 204; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Erstellung einer **kleinräumigen Sozialraumanalyse** auf Ortsteil und Quartiersebene
  Kategorie: dringend umzusetzen; finanziell & personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 465; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Schaffung von **ausreichend Wohnraum für Personen mit geringem Einkommen** auf Grundlage einer Bedarfsanalyse (als Teil einer umfassenden Sozialraumanalyse)
  Siehe auch Teilstrategie Stadt- und Ortsentwicklung, Zielbereich 12: nachhaltige Siedlungsentwicklung
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, finanziell, konzeptionell, personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 216; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Konsequente Einrichtung von **Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche und junge Erwachsene**, um konkrete Projekte in Bereichen wie Ortsgestaltung, Soziales, Bildung oder Freizeit umzusetzen.

Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; finanziell, personell, konzeptionell, politisch voraussetzungsvoll
Hauptverantwortlich: Kommunen
ID: 179; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 4; Teilstrategie: 2; **gesamt: 2**

- Umsetzung einer Kommunikationsstrategie, um in Kooperation mit Immobilienbesitzern **Pop-Up-Kultur, Zwischennutzungen und Kultur im Quartier** gewohnheitsmäßig zu etablieren. Somit auch Schaffung von Angeboten für bewusst gewählte Zielgruppen vor Ort, z.B. Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Frauen, Senior*innen, oder andere
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell, evtl. finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kulturakteur*innen
  ID: 189; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 2**

- Statistische **Erfassung der Fälle von Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit** der Kommunen als Grundlage einer verbesserten strategischen Herangehensweise.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kommunen, Kreis
  ID: 217; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; Teilstrategie: 1; **gesamt: 2**

- Ausbau der Aktivitäten **des Sozialpsychiatrischen Dienstes**
  - Ausbau des Beratungsangebotes des Sozialpsychiatrischen Dienstes, Wiederaufnahme der Arbeit von Angehörigengruppen, Koordinierung von Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit
    Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis
    ID: 463; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **Gesamt: 2**

Teilstrategie Mobilität

- Kritische Beobachtung und Einforderung der **Fortschritte der in der Erbacher Erklärung** formulierten Maßnahmen.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik;
  ID: 131; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; Priorität **gesamt: 1**

- Aktive **Mitarbeit des Odenwaldkreises** hinsichtlich der Entscheidung bezüglich der künftigen **Antriebstechnik der Odenwaldbahn**
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik
  ID: 130; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; Teilstrategie: 1; Priorität **gesamt: 2**

- Beauftragung einer **Machbarkeitsstudie** zur zukünftigen Beschaffung sowie dem Betrieb **emissionsfreier Fahrzeuge im Überlandbusverkehr**
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch, personell voraussetzungsvoll;
  Hauptverantwortlich: Politik; OREG Abt. Nahverkehr
  ID: 132; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; Teilstrategie: 1; Priorität **gesamt: 2**

Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft, Natur- und Landschaftsschutz

- Erarbeitung einer kreisweiten **Strategie für den Bereich der Teilstrategie Natur- und Kulturlandschaft, Landwirtschaft und Landschaftspflege** in Form eines oder mehrerer Papiere, wie z.B. einer Biodiversitätsstrategie, eines aktualisierten und öffentlichen regionalen Agrarumwelt-konzepts, eines Landwirtschaftsberichts oder eines Naturschutzberichts.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, finanziell, politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 242; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Ausbau der **regionalen Wertschöpfungskette im Bereich der Fleischwirtschaft**
  - Maximierung der Schlacht- und Zerlegungskapazitäten am Odenwald Schlachthof in Brensbach
    Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis, Odenwald-Schlachthof, private und kommunale Partner
    ID: 283; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- **Stärkere Kommunikation mit und Wertschätzung von Landwirten** durch regelmäßigen, offiziellen, offenen Austausch mit Politik und Verwaltung zur gemeinsamen Abstimmung von Strategien.
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch und personell voraussetzungsvoll.
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen
  ID: 280; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 2**

- Durchführung von Informationsveranstaltungen oder anderen Formaten, um über **kooperative landwirtschaftliche Betriebs- und Vermarktungsmodelle** zu informieren und Best-Practices vorzustellen. Zielgruppe sind hierbei zunächst landwirtschaftliche Betriebe, im zweiten Schritt wird auch die breite Bürgerschaft angesprochen.
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, konzeptionell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kreisbauernverband
  ID: 281; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 2; **gesamt: 2**

Teilstrategie Verwaltung

- **Prüfung**, ob zusätzlich vom Kreis zu erfüllende **Aufgaben** adäquat durch **Mittelzuflüsse** gewürdigt werden und entschiedenes Einschreiten falls dem nicht so ist und somit die Handlungsfähigkeit des Odenwaldkreises weiter beschnitten wird.
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 311; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1**; gesamt: 1**

- Recherche für mögliche Förderprogramme für einen konzeptmäßigen, umfassenden Ausbau der **interkommunalen Zusammenarbeit** im Odenwaldkreis – mit Blick auf das Projekt „LebensWert“ im Werra-Meißner-Kreis und anschließender Einstieg in einen solchen Prozess
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell, finanziell, konzeptionell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 320; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1**; gesamt: 1**

- Erstellung und Fortschreibung von **Fachplanungen** nach den Empfehlungen des Kreisentwicklungskonzepts und wo nötig darüber hinaus
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 329; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1**; gesamt: 1**

- Aufbau und Pflege einer **abteilungsübergreifenden Datenbank** und datenbasiertes Monitoring der Entwicklungen in den einzelnen Themengebieten – und in der Gesamtschau; Koordinierung datenbasierter Planungen im Rahmen des Strategieteams Kreisentwicklung
  Kategorie: bereits in Umsetzung befindlich; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 330; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1**; gesamt: 1**

Teilstrategie Regionalmarketing und Tourismus

- **Kommunikationspolitische Strategie** und konsequente Umsetzung zur **Verbesserung des Images des Odenwaldkreises**. Das heißt: Positive Dinge und Erfolge bekannt machen; konsequent über Lösungen und Herausforderungen statt über Defizite sprechen. Voraussetzung für ein erfolgreiches Umsetzen ist der Einsatz von Multiplikatoren: je mehr Akteur*innen diese Botschaften kommunizieren, desto stärker kommen sie in der Gesellschaft an.
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; politisch, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, Kommunen, OREG, Odenwald Tourismus GmbH, Schulen
  ID: 340; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Durchführung von **Maßnahmen für zielgruppenspezifisches Regionalmarketing**, z.B. mit Fokus auf ehemalige Kreisbürger*innen, Fachkräfte, Familien, Umweltbewusste, Senioren, (Dienstleistungs-)Unternehmer, „Stadtgefrustete“ oder sonstige Großstadtbewohner aus dem Umland usw. Beispielsweise: Aktionen zum Rückkehrer-Marketing im Rahmen von Weihnachtsmärkten oder Volksfesten: ehemalige Kreisbürger*innen die zu solchen Anlässen zurück in die Region kommen ansprechen, auf Lebensqualität, Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten hinweisen
  Kategorie: dringend zu bearbeiten; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis, OREG, Odenwald Tourismus GmbH
  ID: 341; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

Teilstrategie Bildung

- Prüfung der Möglichkeit der **flächendeckenden Einführung von KiSS** durch das Gesundheitsamt und das Bildungsmanagement
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Gesundheitsamt, Bildungsmanagement
  ID: 355; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Erarbeitung eines **neuen Jugendhilfeplans** mit Berücksichtigung von a) einer zielgerichteten Planung für den Bereich der frühkindlichen Bildung mit der Beteiligung von jungen Menschen und freien Trägern sowie von b) Formulierung einer normativen (wertebezogenen) und eine fachwissenschaftlichen (pädagogischen etc.) Fundierung des Planungshandelns
  Kategorie: dringend umzusetzen; konzeptionell, finanziell und personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Jugendhilfeplanung
  ID: 361; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Analyse des Ausbildungsmarktes zur **Schärfung des Ausbildungsportfolios des BSO**
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: BSO, Bildungsmonitoring
  ID: 373; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Übergang des Projektes *Bildung Integriert* in die **nachhaltige Etablierung eines datenbasierten, strategischen Bildungsmanagements** für alle Bildungsbereiche im Odenwaldkreis, das die Erstellung einer Bildungsstrategie betreut, diese regelmäßig fortschreibt und die Umsetzung strategischer Aufgaben begleitet, managet und controlled
  Kategorie: dringend umzusetzen; politisch, personell, finanziell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Erster Kreisbeigeordneter, Kreisausschuss
  ID: 385; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- **Einführung einer verbindlichen Bildungsstrategie** unter Beteiligung aller Bildungsakteure des Odenwaldkreises
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 386; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Ausarbeitung des Vorhabens **Ausbildungspartnerschaft (BSO / Verwaltung**) in Verbindung mit einer Konzeptentwicklung durch Bildungsmanagement und -monitoring
  Kategorie: dringend umzusetzen; personell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Bildungsbüro
  ID: 375; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 2**

- Umsetzung der Maßnahmen der **Strategie im Übergang Schule-Beruf** und Fortschreibung der Strategie. *Siehe auch Teilstrategie Wirtschaft und Fachkräftesicherung-Ziel 1.4 Regionale Strategie im Übergang Schule - Beruf für den Odenwaldkreis*
  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen; personell, finanziell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Mitglieder der Steuerungsgruppe des Netzwerks Übergang Schule – Beruf im Odenwaldkreis
  ID: 8; Priorisierungsvorschlag: Ziel (1.4): 1; Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

Teilstrategie Klimaschutz

- Nutzung des **European Energy Awards** als alternativer Weg zu einer CO_2-Bilanzierung. Diese kostengünstige Möglichkeit der regelmäßigen Evaluierung ermöglicht, den Ressourceneinsatz auf den übrigen Maßnahmenkatalog zu fokussieren.
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, politisch, personell und finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 412; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: **1**; **gesamt: 1**

- Ausbau **von Erneuerbaren Energien, Informationskampagnen**
  - Photovoltaik
    - Informationskampagne für private Aufdachanlagen; Infoflyer, weiterführende Informationen auf der Kreishomepage, Verweis und Information durch Webinare oder Infoveranstaltungen der Verbraucherzentrale Hessen
    - Anlage kaufen vs. Anlage mieten; Informationen über Mietmodelle diverser Anbieter
    - Fokus „Stromspeicherung“; Informationskampagne über die Wirtschaftlichkeit von Stromspeichern; mit der richtigen Ladestation Elektroautos als Stromspeicher nutzen
    - Möglichkeit der Beteiligung an größeren Anlagen auf gewerblichen Dächern bzw. auf Freiflächen durch eine Mitwirkung bei der EGO; Beteiligung an Informationsveranstaltungen der EGO zur Bewerbung des Angebots
  - Perspektivisch*, bzw. optional*: Windkraft
    - Windkraft hat im Odenwaldkreis ein erhebliches Akzeptanzproblem und wird daher nicht prioritär vorangetrieben.

    - Information bezüglich der Fördermöglichkeiten von Windkraft im Odenwaldkreis
    - Finanzielle Bürgerschaftsbeteiligung an größeren Anlagen oder Förderung von Kleinwindkraftanlagen auf privatem Grund (Zuschussprogramm Kreis / Kommunen)
  - Wasserkraft: Erhalt kleiner Wasserkraftwerke und Mühlräder entlang der Fließgewässer im Odenwaldkreis; Auflage eines Förderprogramms des Odenwaldkreises und der Kommunen zur Sanierung bestehender Anlagen
  - Solarthermie
    - Auf attraktive Förderbedingungen des BAFA hinweisen
    - Möglichkeiten der Integration in ein ökologisches Heizsystem kommunizieren
    - Solarthermie als attraktive, zusätzliche Wärmequelle eines Wärmenetzes
  - Biomassenutzung
    - In Privathaushalten am besten möglich durch eine Biomasseheizung, z.B. Pelletheizung, Scheitholzheizung und Blockheizkraftwerke (KWK) mit regenerativem Brennstoff
    - Auf Fördermöglichkeiten durch das BAFA hinweisen
    - Anbau von Energiepflanzen auf privatem Grund, sollte dies auf umweltverträgliche Weise möglich sein
  - Restriktives Vorgehen in Landschaftsschutzgebieten: Landschaftsschutz steht über Ausbau erneuerbarer Energien

  Kategorie: kontinuierlich umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis und Kommunen
  ID: 433; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

Teilstrategie Gesundheitsversorgung

- **Fachkräfteanwerbung und Fachärztliche Weiterbildung**
  - Vernetzung mit ärztlich ausbildenden Universitäten, um Studierende für die berufliche Tätigkeit im Odenwaldkreis zu gewinnen – z.B. mittels Praktika und der Schaffung von fachärztlichen Weiterbildungsprogrammen.
  - Schaffung von Angeboten der fachärztlichen Verbundausbildung mit durchgeplanten stationären und ambulanten Ausbildungsstätten.
  - Förderprogramme von KV und dem Land Hessen nutzen.
  - Stipendien nach Vorbild des Vogelsbergkreises oder des Landkreises Waldeck-Frankenberg.
  - Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft aus Vertretern der Verwaltung und der Ärzteschaft, um das Themenfeld strategisch zu bearbeiten.
  - Erhebung der Ist-Situation im Odenwaldkreis in Zusammenarbeit mit der Ärztegenossenschaft und dem Hausärzteverband

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell, finanziell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 441; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **gesamt: 1**

- Organisation von **ausreichenden Pflege-Ausbildungs-Plätzen** für die schulischen und klinischen Teile; auch im Verbund mit Nachbarlandkreisen und mit Blick auf passende Mobilitätslösungen. Grundlage ist zunächst Netzwerkarbeit.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 444; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **Gesamt: 1**

- Schaffung von gut ausgewiesenen, direkten und angenehmen **Fußwegen zwischen zentralen Parkplätzen und zentralen Ortslagen**, zu Bahnhöfen und zu ÖPNV-Haltepunkten. Nutzung einer Beschilderung mit Wiedererkennungswert
  Kategorie: perspektivisch umzusetzen, konzeptionell, finanziell, personell und politisch voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kommunen
  ID: 166; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 2; Teilstrategie: 2; **gesamt: 2**

- **Netzwerkbildung im Gesundheitssektor** und gemeinsame Analyse der bisherigen Strukturen und den daraus erwachsenden Anforderungen und Handlungsoptionen.
  Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis (Gesundheitsmanagement, Gesundheitsamt, Stabstelle Gleichstellung und Integration), Kommunen
  ID: 453; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **Gesamt: 2**

- Aufbau einer **Gesundheitsberichterstattung** und Strategiebildung nach dem Modell des kommunalen Partnerprozesses „Gesundheit für alle“ (vgl. gesundheitliche-chancengleichheit.de)
  - Entwicklung von Maßnahmen zur Fachkräftesicherung im ÖGD
  - Festlegung, Erhebung und Auswertung von Indikatoren, die Qualität und Zugänglichkeit der Gesundheitsversorgungs- und Präventionsangebote für alle Bevölkerungsgruppen wiedergeben.
  - Auf- und Ausbau von integrierten Präventionsketten für ein gesundes und chancengerechtes Leben von Menschen jeden Alters. Start mit der Altersgruppe von null bis drei Jahren mit dem Netzwerk Frühe Hilfen (mit dem Jugendamt in federführender Funktion)
  - Maßnahmen zur Sensibilisierung von verschiedenen Zielgruppen, z.B. Schüler*innen, Arbeitgeber*innen, Arbeitnehmer*innen, usw. zur Prävention von psychischen Krankheiten und Wirbelsäulenkrankheiten, (frühzeitigen) Behandlungsmöglichkeiten und Abbau von gesellschaftlichen Vorurteilen. Als Format bieten sich „Gesundheitstage“ mit entsprechenden Mitmach- und Informationsangeboten an.

  Kategorie: dringend umzusetzen, personell, finanziell voraussetzungsvoll
  Hauptverantwortlich: Kreis
  ID: 459; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **Gesamt: 2**

- Ausbau der Aktivitäten **des Sozialpsychiatrischen Dienstes**
  - Ausbau des Beratungsangebotes des Sozialpsychiatrischen Dienstes, Wiederaufnahme der Arbeit von Angehörigengruppen, Koordinierung von Veranstaltungen, Öffentlichkeitsarbeit
    Kategorie: dringend umzusetzen, personell und konzeptionell voraussetzungsvoll
    Hauptverantwortlich: Kreis
    ID: 463; Priorisierungsvorschlag Zielbereich: 1; Teilstrategie: 1; **Gesamt: 2**

Ausblick, fortlaufende Kreisentwicklungsplanung und Fortschreibung

Um eine Nachsteuerung zu ermöglich, ist 2025 eine Fortschreibung des vorliegenden Kreisentwicklungskonzepts aufzulegen. Hierzu werden Analysen um neue Erkenntnisse ergänzt und die zwischenzeitlichen Entwicklungen anhand aktueller Zahlen untersucht. Im Mittelpunkt der Fortschreibung steht die Untersuchung, welche Fortschritte hin zur Erreichung der SMART-Ziele erreicht wurden und welche Maßnahmen zu diesem Zweck ergriffen werden (konnten). Anhand dieser Gegenüberstellung ist zu ermitteln, ob die zwischenzeitliche Strategie jeweils effektiv und effizient ist.

Von besonderer Wichtigkeit ist darüber hinaus, dass es für alle Teilstrategien funktionierende Strukturen zur Fachplanung gibt. Auf einer solchen Grundlage könnte auch die Gesamtplanung (Kreisentwicklung) noch deutlich effizienter- und effektiver werden. Darüber hinaus gilt es, einen systematischen Austausch zwischen Abteilungen, Fachplanungsstellen, Verwaltungsspitze und Kreisentwicklungsplanung herzustellen.

Nur so lässt sich die notwendige strategische Flexibilität erreichen, mit der auch kurz- und mittelfristig beständig nachgesteuert werden kann. Das Kreisentwicklungskonzept ist aufgrund seines Formats und seines Umfangs kein ausreichendes Werkzeug, um dies zu gewährleisten. Stattdessen müssen die Akteur*innen der verschiedenen Teilstrategie-Bereiche ständig selbst strategisch aktiv sein, miteinander kommunizieren, Faktengrundlagen untersuchen und begründete Handlungsstrategien zum Beschluss an die Politik übermitteln. Strukturell sind solche Planungsaufgaben in vielen Arbeits- und Fachbereichen nicht regelhaft vorgesehen. Es kommt daher auch auf die politische Kontrolle an, regelmäßig auf Kennzahlen zu achten, Erfolge zu kontrollieren und Handlungsoptionen zu steuern. Die Verwaltung wiederum braucht die richtigen Strukturen und personellen Kapazitäten, um solche strategische Aspekte bearbeiten zu können.

Mit den richtigen Strukturen und Abstimmungswegen kann man Projekte schneller aufstellen, weil man von einer besseren Wissensbasis startet und so schneller entscheiden kann, was das sinnvollste Vorgehen ist.

In diesem Hinblick ist der Aufbau einer abteilungsübergreifenden Datenbank (ID 330) ein zentrales Werkzeug, mit dessen Hilfe in kurzer Zeit verschiedenste Entscheidungsgrundlagen geschaffen werden können.

Anhang

Gesprächspartner

- Verwaltung Odenwaldkreis / Kreisausschuss des Odenwaldkreises
  - Klimaschutzmanagement: Hr. Slawik, Hr. Linkenheil
  - Ehrenamt und Kultur: Fr. Geyer, Hr. Fabian, Fr. Jarillo, Fr. Naas
  - Finanz- und Rechnungswesen: Hr. Schäfer, Hr. Eberhardt
  - Verkehrswesen: Hr. Weyrauch
  - Arbeit und Soziale Sicherung: Hr. Lust, Fr. Schnellbacher, Hr. Kaffenberger
  - Jugendamt: Hr. Bär, Hr. Dr. Schmitz, Fr. Veigl, Hr. Merkel, Fr. Wamsser,
  - Bauwesen: Fr. Stegmüller, Fr. Reimund, Hr. Müller
  - Gesundheitswesen: Hr. Dr. Falk, Fr. Dr. Siebel, Fr. Schilder, Fr. Walther
  - Natur- und Umweltschutz: Hr. Bischoff, Hr. Krause, Hr. Allmann
  - Landwirtschaft und Landwirtschaftliche Förderung: Fr. Sliwa, Fr. Hölschke, Hr Dr. Reuter
  - Landschaftspflege und Naturschutz: Hr. Stachowiak
  - Integration und Gleichstellung: Fr. Karg, Fr. Hauer
  - Bildung: Hr. Grobeis, Fr. Sarwari, Hr. Pfau, Fr. Dr. Agoston, Fr. Krämer, Fr. Vierhaus, Hr. Speckhardt
  - Beirat für Menschen mit Behinderung: Fr. Hoffmann, Fr. Nennstiel (Drachenschule), Fr. Walther (DRK), Fr. Hund (Generationennetz Reichelsheim), Dormbusch (Diakonie), Fr. Nürnberger (Kinderheim Finkennest), Fr. Klein (Aktion behinderte Kinder Odenwald), Helga Jäger, Teilhabeberatung
  - Dorf- und Regionalentwicklung: Fr. Hofmann, Fr. Lachnit
  - Organisation und IT: Hr. Beysel, Hr. Giebenhain
  - Zentrale Verwaltungsaufgaben: Hr. Kumpf
- OREG
  - Hr. Schwabe, Hr. Kuhn, Fr. Quanz, Hr. Wiesmann, Hr. Strebel, Fr. Ulrich, Hr. van Lier
  - Hr. Krämer, Hr. Reinhardt, Hr. Menzer
- Interessengemeinschaft Odenwald (IGO): Hr. Disser, Fr. Krings
- InA gGmbH: Fr. Schnellbacher, Hr. Eberle
- Sparkasse Odenwaldkreis: Hr. Ihrig, Hr. Hallstein
- Vereinigte Volksbank Raiffeisenbank Odenwald Miltenberg: Hr. Magerkurth
- Polizeidirektion Odenwald: Hr. Levita, Hr. Metz
- Forstamt Michelstadt: Hr. Mecke
- DeHoGa Kreisverband (Hr. Treusch),
- Tourismus Bergstraße-Odenwald (Fr. Horn)
- Geo-Naturpark Bergstraße-Odenwald (Fr. Dr. Weber)
- Ökomodellregion Hessen Süd: Fr. Hilzinger
- Odenwald Direktvermarkter e.V.: Fr. Heist
- Industrievereinigung Odenwald (IVO): Hr. Walther, Hr. Burjanko
- Jugendwerkstätten Odenwaldkreis: Fr. Niebsch, Hr. da Silva
- Arbeiterwohlfahrtsverband Odenwaldkreis AWO: Hr. Hülsermann
- Kreishandwerkerschaft und Innungen im Odenwaldkreis: Hr. Jung, Hr. Buschmann
- Industrie und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar: Hr. Dr. Theobald, Fr. Roncka
- Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen, KdöR: Fr. Peters, Hr. Dr. Kraushaar
- Amt für Bodenmanagement: Fr. Eck, Fr. Egert
- Kommunale Verwaltungen: Fr. Schmied; Hr. Weigel, Fr. Dalheimer, Hr. Dalheimer, Hr. Meder, Hr. LaMeir, Hr. Maurer; Hr. Klemm, Hr. Enders, Hr. Speckhardt, Hr. Schäfer, Hr. Müller, Hr. Bauer, Fr. Hänsel
- Hochschulen:
  - Technische Universität Kaiserslautern: Prof. Dr. Troeger-Weiß
  - Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK), Goethe Universität Frankfurt am Main: Fr. Dr. Larsen
  - University of Applied Sciences: Fr. Prof. Dr. Köhler
  - Technische Universität Darmstadt: Hr. Prof. Dr. Linke
  - Hochschule Darmstadt: Fr. Prof. Schulze
- Politik:

- Bürgermeister: Hr. Kelbert, Hr. Dr. Traub, Hr. Springer, Hr. Muhn, Hr. Bitsch, Hr. Engels, Hr. Kredel, Hr. Kehrer, Hr. Lopinsky, Hr. Bareis, Hr. Olt, Hr. Müller
- Fraktionsvorsitzende: Hr. Kuhnstein (AfD), Fr. Bühler-Kowarsch (Bündnis 90 / Die Grünen), Hr. Raab & Hr. Bardohl (ÜWG), Hr. Giebenhain (SPD), Hr. Krieger & Hr. Krichbaum, Hr. Promny & Hr. Dr. Weber (FDP)

Literatur- und Quellenverweise

Mehr dazu: z.B. https://www.heise.de/tipps-tricks/Word-Literaturverzeichnis-erstellen-so-geht-s-4314460.html; zunächst in separatem Dokument ausprobieren, bis es klappt; testen, ob es nicht das Dokument zerschießt wie bereits bei Bild- und Querverweisen geschehen]

- ADAC e.V. (2021): Autonomes Fahren: Digital entspannt in die Zukunft. Abrufbar unter https://www.adac.de/rund-ums-fahrzeug/ausstattung-technik-zubehoer/autonomes-fahren/technik-vernetzung/aktuelle-technik/; abgerufen am 26.05.2021
- ADAC e.V. (2018): ADAC Monitor „Mobil auf dem Land“. Abrufbar unter https://www.adac.de/-/media/pdf/motorwelt/adac-umfrage-mobil-auf-dem-land.pdf; abgerufen am 19.05.2021
- D’Albis, Hippolyte; Boubtane, Ekrame; Coulibaly, Dramane, 2019, Immigration and public finances in OECD countries, in: Journal of Economic Dynamics and Control, 99. Jg., S. 116–151
- Allgäu GmbH - Gesellschaft für Standort und Tourismus (2021): Vom Tourismuslogo zur Qualitätsmarke für Standort und Tourismus. Webseite; abrufbar unter https://extranet.allgaeu.de/marke; abgerufen am 26.08.2021
- Alipour, Jean-Victor; Falck, Oliver; Peichl, Andreas; Sauer, Stefan (2021): Homeoffice-Potenzial weiterhin nicht ausgeschöpft. In. ifo Schnelldienst digital. 6/2021. ifo Institut, München.
- Altenburg, Sven; Kienzler, Hans-Paul; Auf der Maur, Alex (2018) Einführung von Automatisierungsfunktionen in der Pkw-Flotte. Auswirkungen auf Bestand und Sicherheit. Herausgeber: ADAC e.V. Abrufbar unter https://www.adac.de/-/media/pdf/motorwelt/prognos_automatisierungsfunktionen.pdf?la=de-de&hash=4FE03D2842A22A8F900AE176AFCA6887; abgerufen am 28.05.2021
- Anger, Silke; Trahms, Silke; Westermeier, Christian (2018): Erwerbstätigkeit nach dem Übergang in Altersrente. Soziale Motive überwiegen, aber auch Geld ist wichtig. IAB Kurzbericht. Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 24/2018. Abrufbar unter http://doku.iab.de/kurzber/2018/kb2418.pdf; abgerufen am 20.07.2021
- Anholt, Simon (2008): Place branding: Is it marketing, or isn’t it? Place Branding and Public Diplomacy, 4, S. 1–6.
- Anholt, Simon (2010): Definitions of place branding – Working towards a resolution. Place Branding and Public Diplomacy, 6, S. 1–10.
- Bähr, Ulrich; Biemann, Juli; Lietzau, Jule; Hentschel, Philip (2019): Coworking im ländlichen Raum Menschen, Modelle, Trends. Hrsg.: Bertelsmann Stiftung. Abrufbar unter https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/coworking-im-laendlichen-raum-all; abgerufen am 22.07.2021
- Bardt, Hubertus; Dullien, Sebastian; Hüther, Michael; Rietzler, Katja, 2019, Für eine solide Finanzpolitik: Investitionen ermöglichen!, IMK-Report, Nr. 152, November, Düsseldorf
- Bätzing, Werner. Das Landleben: Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform. CH Beck, 2020.
- Becker, Stefan; Hundt, Christian, Küpper, Patrick (2020): Kommunale Strategien zur Entwicklung ländlicher Räume; in: Informationen zur politischen Bildung 343 / 2/2020; Seiten 50 bis 65. Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb; Bonn.
- Beckmann, Janna; Lohse, Katharina (2021): Dr. Janna Beckmann/Katharina Lohse*SGB VIII-Reform: Überblick über das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz. Herausgeber: DIJuF Forum für Fachfragen. Abrufbar unter https://www.dijuf.de/files/downloads/2020/SGB%20VIII-Reform/Beckmann_Lohse_Ueberblick_SGB%20VIII-Reform_KJSG_Aktualisierung%20von%20JAmt%202021_178.pdf, abgerufen am 20.05.2021
- Beher, K., Liebig, R., & Rauschenbach, T. (1998). Das Ehrenamt in empirischen Studien-ein sekundäranalytischer Vergleich. Kohlhammer.
- Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019): Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann.
- Beierle, Sarah; Tillmann, Frank; Reißig, Birgit (2016): Abschlussbericht der Studie. Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Herausgeber: Deutsches Jugendinstitut.

- Beierle, Sarah (o.J.): Typen von Jugendlichen – Wer ist eigentlich diese Jugend? Abrufbar unter https://www.starkimland.de/was-brauchen-jugendliche-auf-dem-land-und-wie-sieht-jugendgerechte-politik-aus-die-studie-jugend-im-blick-kurz-und-knapp/; abgerufen am 20.11.2020
- Bitkom Research; Pressemitteilung 20.10.2020: Digitale Behördengänge fallen bei der Mehrheit durch. Abrufbar unter https://www.bitkom-research.de/de/pressemitteilung/digitale-behoerdengaenge-fallen-bei-der-mehrheit-durch; abgerufen am 17.02.2021
- Bund Deutscher Steuerzahler Hessen e.V. (BdSt, 2020): Rechnungshof bestätigt: Öffentliche Hand muss in guten Zeiten für Krisen vorsorgen. Pressemitteilung. Abrufbar unter https://www.steuerzahler-hessen.de/neuigkeiten/artikel/rechnungshof-bestaetigt-oeffentliche-hand-muss-in-guten-zeiten-fuer-krisen-vorsorgen/; abgerufen am 19.08.2021
- Bundesagentur für Arbeit - Statistik/Arbeitsmarktberichterstattung (2021): Glossar der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA). Grundlagen: Definitionen | Mai 2021. Abrufbar unter https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Grundlagen/Definitionen/Glossare/Generische-Publikationen/Gesamtglossar.pdf?__blob=publicationFile; abgerufen am 29.07.2021
- Bundesagentur für Arbeit (2020): Methodische Erläuterungen und Hinweise für die Daten zur Eingliederungsbilanz 2019 nach § 54 SGB II. Abrufbar unter https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Eingliederungsbilanzen/Generische-Publikationen/Methodische-Hinweise-Eingliederungsbilanz-SGBII.pdf?__blob=publicationFile&v=7; abgerufen am 29.07.2021
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2021): Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder auf den Weg gebracht (Pressemeldung, 05.05.2021). Abrufbar unter https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/aktuelles/alle-meldungen/rechtsanspruch-auf-ganztagsbetreuung-fuer-grundschulkinder-auf-den-weg-gebracht-178826, abgerufen am 23.06.2021
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016): Siebter Altenbericht Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften und Stellungnahme der Bundesregierung. Abrufbar unter: www.bmfsfj.de/resource/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7-altenbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf; abgerufen am 16.08.2021
- Bundesministerium für Gesundheit (BMG; o.J., o.A.): Glossar. Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst. Abrufbar unter https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/o/oeffentlicher-gesundheitsheitsdienst-pakt.html; abgerufen am 17.08.2021.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI; 2020a): Neue Leipzig Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklaerungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf;jsessionid=2EA2D2DEB681D54D50D503B93AE8E0F3.2_cid295?__blob=publicationFile&v=6; abgerufen am 26.02.2021
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020b): Territoriale Agenda 2030. Eine Zukunft für alle Orte. Abrufbar unter https://territorialagenda.eu/wp-content/uploads/TA2030_jul2021_de.pdf; abgerufen am 26.02.2021
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF, 2021): Innovation & Strukturwandel. Die Programmfamilie. Abrufbar unter https://www.innovation-strukturwandel.de/de/die-programmfamilie-1975.html, abgerufen am 26.07.2021
- Bundesministerium für Umwelt (BMU, 2020): Treibhausgasemissionen sinken 2020 um 8,7 Prozent. Positiver Trend der Vorjahre setzt sich fort / 40,8 Prozent Rückgang seit 1990. Pressemitteilung, 16.03.2020. Abrufbar unter www.bmu.de/pressemitteilung/treibhausgasemissionen-sinken-2020-um-87-prozent/; abgerufen am 01.06.2021
- Bundesministerium für Umwelt (BMU, 2019): Klimaschutzprogramm 2030 der Bundesregierung zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050. Abrufbar unter https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/1679914/e01d6bd855f09bf05cf7498e06d0a3ff/2019-10-09-klima-massnahmen-data.pdf?download=1; abgerufen am 26.05.2021
- Bundesministerium für Umwelt; Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU, 2016): Klimaschutzplan 2050 – Klimaschutzpolitische Grundsätze und Ziele der Bundesregierung. Abrufbar unter www.bmu.de/publikation/klimaschutzplan-2050/; abgerufen am 26.05.2021
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2018): Mobilität in Deutschland (MiD). Abrufbar unter: https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/mid-ergebnisbericht.pdf?__blob=publicationFile und weitere Zahlen unter https://www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Anlage/G/mid-zeitreihenbericht-2002-2008-2017.pdf?__blob=publicationFile; abgerufen am 19.05.2021
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI); Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) (2017): Evaluierung des Nationalen Innovations-programms Wasserstoff- und

Brennstoffzellentechnologie Phase 1 (2006 bis 2016). Zusammenfassung der Evaluationsergebnisse. Abrufbar unter https://www.now-gmbh.de/wp-content/uploads/2020/08/20170927-nip-evaluation-zusammenfassung.pdf; Abgerufen am 31.05.2021
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi); Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (2021): Gemeinsame Pressemitteilung – Energiewende: „Wir wollen bei Wasserstofftechnologien Nummer 1 in der Welt werden“ BMWi und BMVI bringen 62 Wasserstoff-Großprojekte auf den Weg; 28.05.2021. Abrufbar unter https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2021/05/20210528-bmwi-und-bmvi-bringen-wasserstoff-grossprojekte-auf-den-weg.html;
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: „Evaluation der Gemeinschaftsaufgabe ‚Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur‘ (GRW)“ durch einzelbetriebliche Erfolgskontrolle- Endbericht. Halle (Saale), 2020
- Bundesagentur für Arbeit (2020): Pendleratlas (Datenstand Juni 2019) statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Angebote/Pendleratlas/Pendleratlas-Nav.html
- Bundesregierung (2018): Ein neuer Aufbruch für Europa Eine neue Dynamik für Deutschland Ein neuer Zusammenhalt für unser Land Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 19. Legislaturperiode. Abrufbar unter: https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1; abgerufen am 31.05.2021
- Bundesstiftung Baukultur (Hrsg., 2016): Baukultur Bericht Stadt und Land 2016/17. Potsdam
- Busch, Claudia (2006): Jugendliche als unverzichtbare Ressource für ländliche Entwicklung. In: Joachim Faulde (Hrsg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. Weinheim/München: Juventa, S. 53-62
- Brenke, Karl (2016): Home Office: Möglichkeiten werden bei weitem nicht ausgeschöpft. In: DIW Wochenbericht Nr. 5.2016. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Berlin.
- Berlin Institut & Körber-Stiftung (Hrsg.; 2018). Die Babyboomer gehen in Rente: Was das für die Kommunen bedeutet: Thesenpapier des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung für die Körber-Stiftung
- Cacilo, Andrej; Schmidt, Sarah; Wittlinger, Philipp; Herrmann, Florian; Bauer, Wilhelm; Sawade, Oliver; Doderer, Hannes; Hartwig Matthias; Scholz, Volker (2015): Hochautomatisiertes Fahren auf Autobahnen – Industriepolitische Schlussfolgerungen. Herausgeber: Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO. Dienstleistungsprojekt 15/14Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi). Abrufbar unter https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/H/hochautomatisiertes-fahren-auf-autobahnen.pdf%3F__blob%3DpublicationFile%26v%3D1; abgerufen am 28.05.2021
- Chilla, Tobias; Kühne, Olaf; Neufeld, Markus (2016): Regionalentwicklung. Eugen Ulmer KG, Stuttgart.
- CIMA Beratungs- und Management GmbH (Hrsg., 2019a): Ergebnisse einer Bürgerbefragung im Rahmen der Fortschreibung des Kreisentwicklungskonzepts Odenwaldkreis. Abschlussbericht. Abrufbar unter https://www.odenwaldkreis.de/fileadmin/odenwaldkreis/pdf/Kreisentwicklung/Abschlussbericht_Buergerbefragung_Odenwaldkreis.pdf [Odenwaldkreis ist Herausgeber]
- CIMA Beratungs- und Management GmbH (Hrsg., 2019b): Dokumentation von Dialogveranstaltungen im Rahmen der Fortschreibung Kreisentwicklungskonzept Odenwaldkreis. Arbeitsbericht für das Kreisentwicklungskonzept. Abrufbar unter https://odenwaldkreis.de/fileadmin/odenwaldkreis/pdf/Kreisentwicklung/Arbeitsbericht_Dialogveranstaltungen.pdf. Herausgeber: Kreisausschuss des Odenwaldkreises
- CIMA Beratungs- und Management GmbH (Hrsg. 2020): Ergebnisse der Jugendbeteiligung im Rahmen der Fortschreibung des Kreisentwicklungskonzepts. - Vorläufiger Abschlussbericht – Abrufbar unter https://odenwaldkreis.de/fileadmin/odenwaldkreis/pdf/Kreisentwicklung/Abschlussbericht_Jugendbeteiligung_Vorlaeufiger_Abs.pdf. Herausgeber: Kreisausschuss des Odenwaldkreises
- Dähner, Susanne (2021): Digital aufs Land. Keynote auf der virtuellen Konferenz „Neue Arbeitsformen - Chancen für ländliche Räume" am 27. Mai 2021.
- Dangschat, Jens 2020: XI.6.3.Der automatisierte und vernetzte Verkehr: Versprechen für den ländlichen Raum? In: Mobilität – Erreichbarkeit – Ländliche Räume … und die Frage nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wissenschaftliche Konferenz. 17. – 18. März 2020. Tagungsband MobilEr 2020. Thünen-Institut für Ländliche Räume. Melanie Herget, Stefan Neumeier, Torsten Osigus (Hrsg.). Braunschweig
- DB Engineering & Consulting GmbH; Inovaplan GmbH (2020): Machbarkeitsstudie Odenwaldbahn Vision 2030. Abschlussbericht. Abrufbar unter https://www.dadina.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/2020/Verschiedenes/Machbarkeitsstudie_Odenwaldbahn_S._13.pdf; Abgerufen am 31.05.2021

- Dengler, Katharina (2019): IAB-Stellungnahme 2|2019. Substituierbarkeitspotenziale von Berufen und Veränderbarkeit von Berufsbildern. Herausgeber: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Abrufbar unter: http://doku.iab.de/stellungnahme/2019/sn0219.pdf; abgerufen am 20.07.2021
- Dengler, Katharina; Kropp, Per (2019): Die Digitalisierung wirkt sich regional unterschiedlich aus. IAB-Forum – Das Magazin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Abrufbar unter https://www.iab-forum.de/die-digitalisierung-wirkt-sich-regional-unterschiedlich-aus/?pdf=12937 ; abgerufen am 20.07.2020
- DER NAHVERKEHR (2021, o.A): 39. Jahrgang, März 2021. Elektrobus Spezial. DVV Media Group, Hamburg
- Destatis – Statistisches Bundesamt (2018): Arbeitsmarkt auf einen Blick – Deutschland und Europa, Broschüre, Ausgabe 2018, Wiesbaden. Abrufbar unter https://www.destatis.de/Europa/DE/Publikationen/Bevoelkerung-Arbeit-Soziales/Arbeitsmarkt/broeschuere-arbeitsmarktblick-0010022189004.pdf?__blob=publicationFile; abgerufen am 22.07.2021
- Deutscher Bundestag (Hrsg., 2018): Ausarbeitung Autonomes und automatisiertes Fahren auf der Straße –rechtlicher Rahmen. Abrufbar unter https://www.bundestag.de/resource/blob/562790/c12af1873384bcd1f8604334f97ee4b9/wd-7-111-18-pdf-data.pdf; Abgerufen am 19.03.2021
- Deutscher Landkreistag (DLT; 2019): Die ländlichen Räume stärken. 12 Eckpunkte zur Beförderung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Abrufbar unter https://www.landkreistag.de/images/stories/publikationen/190313_DLT_Eckpunkte_Lndliche_Rume_strken.pdf; abgerufen am 19.05.2021
- Deutscher Landkreistag (DLT; 2011): Kreisentwicklungskonzepte als politisches Instrument zur Gestaltung des demografischen Wandels. Handreichung mit konzeptionellem Muster. Schriften des Deutschen Landkreistages. Band 98 der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte der Deutschen Landkreise e.V. Abrufbar unter https://www.landkreistag.de/images/stories/publikationen/bd-98.pdf; abgerufen am 19.05.2021
- Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB; 2020): Kommunen innovativ. Ansätze für eine zukunftsorientierte Entwicklung von Städten und Gemeinden. DStGB Dokumentation N°157. Abrufbar unter https://kommunen-innovativ.de/sites/default/files/doku157_kommunen_innovativ.pdf; abgerufen am 23.08.2021
- Deutsches Institut für Urbanistik gGmbH (Hrsg., 2020): Memorandum „Kommunen innovativ erhalten“ Erklärung der 30 Verbundvorhaben der BMBF-Fördermaßnahme „Kommunen innovativ“. Abrufbar unter https://kommunen-innovativ.de/sites/default/files/memorandum.pdf; abgerufen am 19.08.2021
- Dienel C., Schnieders G. (2005) Erfolgsrezept kommunale Familienpolitik? Das Beispiel Emsland. In: Dienel C. (eds) Abwanderung, Geburtenrückgang und regionale Entwicklung. VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Dolls, Mathias; Mehles, Jan-Carl (2021): Wie beeinflusst die Corona-Pandemie die Wohnortpräferenzen? Evidenz aus einer großangelegten Umfrage in Deutschland. ifo Institut, München; ifo Schnelldienst, 2021, 74, Nr. 08, 03-07. Abrufbar unter https://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/wie-beeinflusst-die-corona-pandemie-die-wohnortpraeferenzen; abgerufen am 21.07.2021
- Dohse, M. (2007): Schnittstellen des landesplanerischen Instruments Regionalmanagement mit fachpolitischen und kommunalpolitischen Instrumenten und Handlungsansätzen. Dissertation an der Fakultät für Angewandte Informatik, Universität Augsburg.
- Dünckmann & Kühl 2020: Gemeinsames Fahren als Beitrag zur Verkehrswende in ländlichen läumen Schleswig-Holsteins. Empirische Explorationen am Beispiel von Nortorf und Schafflund. Geographisches Institut der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel.
- Emmler, Helge; Kohlrausch, Bettina (2021): Homeoffice: Potenziale und Nutzung. Aktuelle Zahlen aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung, Welle 1 bis 4. In: Policy Brief WSI Nr. 52, 3/2021. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.
- Egert, Susanne (2019): Möglichkeit des Einsatzes von 3D-Daten: geringfügig genutzter Wohnraum. GeoForum 2019. Amt für Bodenmanagement Heppenheim.
- Euler, Harald, Neumann, Katrin; Holler-Zittlau, I.; Sick, U. (2007). Das Kinder-Sprach-Screening (KiSS) - das hessische Verfahren zur Feststellung des Sprachstandes vierjähriger Kinder.
- EU LIFE BooGI-BOP: www.biodiversity-premises.eu/de; abgerufen am 15.09.2020
- Eurostat (2016a, o.A.): Glossar: Extensive Landwirtschaft. Abrufbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Extensive_farming/de; abgerufen am 29.06.2021

- Eurostat (2016b, o.A.): Glossary: Intensification. Abrufbar unter https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:Intensification; abgerufen am 29.06.2021
- Fischer, Arthur; Fritzsche, Yvonne; Fuchs-Heinritz, Werner (2000): Jugend 2000. Opladen: Leske + Budrich (Deutsche Shell-Aktiengesellschaft hamburg / Jugendwerk: Shell-Jugendstudie, 13,2).
- Flüter-Hoffmann, Christiane; Hammermann, Andrea; Stettes, Oliver (2019): Erfolg mit flexiblen Arbeitszeitmodellen. Leitfaden für Personalverantwortliche und Geschäftsleitungen. Hrsg.: Initiative Neue Qualität der Arbeit. Abrufbar unter https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/Gutachten/PDF/2019/Zeitreich_Leitfaden_2019.pdf; abgerufen am 22.07.2021
- Ford, Jasmine; Lilia Gomez-Lanier (2017): "Are tiny homes here to stay? A review of literature on the tiny house movement." Family and Consumer Sciences Research Journal 45.4 (2017): 394-405. Abrufbar unter https://www.fcs.uga.edu/docs/Ford_et_al-2017-Family_and_Consumer_Sciences_Research_Journal.pdf; abgerufen am 18.08.2021
- Fuchs M., Nadler R., Roth D., Theuer S., Weyh A. (2017): Rückwanderung von Erwerbspersonen – aktuelle Deutschlandzahlen im regionalen Vergleich. Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), Nationalatlas aktuell 11 (05.2017). Leipzig
- Fuchs, Johann; Kubis, Alexander; Schneider, Lutz (2019): Zuwanderung und Digitalisierung. Wie viel Migration aus Drittstaaten benötigt der deutsche Arbeitsmarkt künftig? Bertelsmann Stiftung.
- Gärtner, Christian/Heinrich, Christian/Lopper, Elisa 2017: Chief Digital Officer: Relevanz, Rolle und Roadmap, Berlin.
- Gerber, Michael (2018) "Citymanagement." Praxishandbuch City-und Stadtmarketing. Springer Gabler, Wiesbaden, 2018. 191-204.
- Gremmer, Pia; Hempel, Corinna; Hamm, Ulrich; Busch, Claudia (2016): Zielkonflikt beim Lebensmitteleinkauf: Konventionell regional, ökologisch regional oder ökologisch aus entfernteren Regionen? Universität Kassel.
- Hagebölling, Lothar; Josipovic, Neven (Hrsg., 2018): Herausforderung Mobilitätswende. Ansätze in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. BWV Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH. 1. Auflage. Berlin: BWV Berliner Wissenschafts-Verlag (Mobilitätsrecht-Schriften).
- Henger, Ralph; Oberst, Christian (2019): Immer mehr Menschen verlassen die Großstädte wegen Wohnungsknappheit. IW-Kurzbericht 20/2019. Institut der deutschen Wirtschaft
- Herget, Melanie; Neumeier, Stefan; Osigus, Torsten (Hrsg., 2020). Mobilität – Erreichbarkeit – Ländliche Räume … und die Frage nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wissenschaftliche Konferenz. 17. – 18. März 2020. Tagungsband MobilEr 2020. Thünen-Institut für Ländliche Räume. Braunschweig
- Hess, Anne; Magin, Dominic Pascal; Koch, Matthias; Dörr, Jörg (2018): Kein Bock auf Workshops? – Es geht auch „undercover“. In: S. Hess, H. Fischer (Hrsg.): Mensch und Computer 2018 – Usability Professionals, 02.–05. September 2018. Gesellschaft für Informatik e. V. und die German UPA e. V; Dresden.
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV, 2021): Starkes Land – Gutes Leben. Aktionsplan für den ländlichen Raum. Abrufbar unter https://www.land-hat-zukunft.de/files/content/downloads/00_Aktionsplan/Hessen_Aktionsplan_LR_KF_2101.pdf; abgerufen am 09.08.2021
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV, 2020a): Agrarumweltprogramm. Abrufbar unter umwelt.hessen.de/agrarumweltprogramm, abgerufen am 10.01.2020.
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV, 2020b): HALM. Das Wichtigste im Überblick. Abrufbar unter https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/das_wichtigste_im_ueberblick_12.05.2020.pdf; abgerufen am 04.08.2021
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV, 2020c): Ökoaktionsplan Hessen 2020-2025. Baustein für eine nachhaltige Landwirtschaft in Hessen. Abrufbar unter https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/oekoaktionsplan_bf_zweispaltig-web.pdf; abgerufen am 09.08.2021
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV, 2020d): Waldzustandsbericht 2020. Abrufbar unter https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/wzbhessen2020_internet.pdf; abgerufen am 09.08.2021
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV, 2019): Leitfaden zur Dorfentwicklung in Hessen. Abrufbar unter:

https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/2018_08_30_leitfaden_dorfentwicklung_final-bf.pdf; abgerufen am 01.07.2021
- Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (HMUKLV, 2016): Hessische Biodiversitätsstrategie. Aktualisierte Fassung 2016. Abrufbar unter https://biologischevielfalt.hessen.de/files/content/downloads/biodiversitaetsstrategie/Hessische_Biodiversitaetsstrategie_aktualisiert_2016_barrierefrei.pdf; abgerufen am 06.08.2021
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW; 2020a): Landesentwicklungsplan Hessen 2020 – Raumstruktur, Zentrale Orte und Großflächiger Einzelhandel. 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000. Entwurf für die Beteiligung nach §9 ROG in Verbindung mit §4 HLPG.
  Abrufbar unter:
  https://landesplanung.hessen.de/sites/landesplanung.hessen.de/files/191213_A_LEP_4_Aenderung_Plantext_barr.pdf, abgerufen am 26.04.2021
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW; 2020b): Landesentwicklungsplan Hessen 2020 – Raumstruktur, Zentrale Orte und Großflächiger Einzelhandel. 4. Änderung des Landesentwicklungsplans Hessen 2000. Entwurf für die 2. Beteiligung nach §9 ROG in Verbindung mit §4 HLPG.
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW; 2020c): Hessischer Mittelstandsbericht 2020. Abrufbar unter https://wirtschaft.hessen.de/sites/default/files/media/hmwvl/hessischermittelstandsbericht2020_komplett.pdf; abgerufen am 12.04.2021
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen (HMWEVW; 2019): Nahmobilitätsstrategie für Hessen. 2., unveränderte Auflage (Erstauflage 2017).
- Hessische Staatskanzlei (2020): Demographie in Hessen auf einen Blick. Karten und Diagramme.
- Hochfeld, Christian; Jung, Alexander; Klein-Hitpaß, Anne; Maier, Urs; Meyer, Kerstin; Vorholz, Fritz (2017): Mit der Verkehrswende die Mobilität von morgen sichern12 Thesen zur Verkehrswende. Eine Diskussion zu den wichtigsten Herausforderungen der Verkehrswende (Kurzfassung). Herausgeber: Agora Verkehrswende, Berlin. Abrufbar unter https://www.agora-verkehrswende.de/fileadmin/Projekte/2017/12_Thesen/Agora-Verkehrswende-12-Thesen-Kurzfassung_WEB.pdf; abgerufen am 26.05.2021
- Hörmann, Stefan Rohkemper, Meike; Schaefer, Thomas; Schulz, Sven; Böhm, Franziska; Genth, Matthias; Heimann, David; Marks, Johanna; Sieber, Sandra; Smolka; Susanne; Valentin; Anke (2019): Mehr Natur im Gewerbegebiet. Leitfaden für Kommunen zur Beratung von Unternehmen. 2 Auflage erweitert um „Pioniere des Wandels“. Abrufbar unter http://gewerbegebiete-im-wandel.de/images/Themenheft_Biologische_Vielfalt_WEB.pdf; abgerufen am 04.06.2021
- Horx, Mattias (2017): Progressive Provinz. In: Zukunftsreport 2018 (S. 101-115) Zukunftsinstitut. Frankfurt am Main.
- HUK Coburg (2021): HUK-COBURG Mobilitätsstudie 2021. Mobilität heute und in der Zukunft: Das zählt für die Deutschen.
- IHK Darmstadt Rhein Main Neckar (2020): Bezirk in Zahlen 2020. Abrufbar unter https://www.darmstadt.ihk.de/blueprint/servlet/resource/blob/4452360/34f08d9b67386a5885815d7068fa19ac/ihk-bezirk-in-zahlen-data.pdf; abgerufen am 15.06.2021
- Institut für Mittelstandsforschung (2020): NUI Regionenranking 2019. Abrufbar unter https://www.ifm-bonn.org/statistiken/gruendungen-und-unternehmensschliessungen/interaktive-deutschlandkarte; abgerufen am 14.07.2021
- Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur (IWAK), Goethe Universität Frankfurt am Main.
  - 2019 (Demireva, Lora; Larsen, Christa): Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Hessen und seinen Regionen bis 2024 Regionaldossier Odenwaldkreis Ausgangslage – Prognoseergebnisse – Handlungsempfehlungen.
  - 2020a (Larsen, Christa; Demirova, Lora): Monitor zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft in den Regionen Hessens, Befunde der dritten Befragungswelle Stand 28.08. bis 18.09.2020. Abrufbar unter http://www.iwak-frankfurt.de/wp-content/uploads/2020/09/Monitor-der-Auswirkungen-der-Pandemie-auf-die-Wirtschaft-in-den-Regionen-Hessens-Stand-September-2020.pdf; abgerufen am 05.01.2021
  - 2020b (o.A.) Indikatoren zur Einschätzung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die regionalen Arbeitsmärkte in Hessen. Hessischer Regionaldatenreport (Stand Ende November 2020). abrufbar unter unter http://www.iwak-frankfurt.de/wp-content/uploads/2020/08/Hessischer_Regionaldatenreport_4.pdf; abgerufen am 05.01.2021
  - 2020c (o.A.) Indikatoren zur Einschätzung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die regionalen Arbeitsmärkte in Hessen. Hessischer Regionaldatenreport (Stand Ende November

2020); abrufbar unter http://www.iwak-frankfurt.de/wp-content/uploads/2020/09/Hessischer-Regionaldatenreport_5.pdf; abgerufen am 06.01.2021
  - 2020d (o.A.) Indikatoren zur Einschätzung der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die regionalen Arbeitsmärkte in Hessen. Hessischer Regionaldatenreport (Stand Ende November 2020); Abrufbar http://www.iwak-frankfurt.de/wp-content/uploads/2020/12/Regionaldatenreport_8.pdf; abgerufen am 05.01.2021
  - 2020e (Larsen, Christa): Der weiterentwickelte und aktualisierte Hessische Lohnatlas (Präsentation zum Treffen der Beauftragten für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt (SGB II) aller kommunaler Jobcenter in Hessen (UAG BCA) am 1.12.2020.
  - 2020f (Larsen, Christa; Börner-Krekel, Julia; Funke, Philipp): Hessischer Lohnatlas. Aktualisierung 2020. IWAK Frankfurt, Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur, Zentrum der Goethe-Universität. Herausgeber: Hessisches Ministerium für Soziales und Integration.
- Informationsdienst des Instituts der deutschen Wirtschaft (iwd; 2020): Umland lohnt sich mehr als Metropolen. Abrufbar unter: https://www.iwd.de/artikel/umland-lohnt-sich-mehr-als-metropolen-493209/; abgerufen am 18.03.2021
- IW Consult GmbH: 2020 Regionalranking. Ergebnisse des IW-Regionalrankings 2020 und Sonderauswertung für Odenwaldkreis.
- Jacob, D., Bulow, K., Kotova, L., Moseley, C., Perterson, J., & Rechid, D. (2012). CSC—Report 6: Regionale Klimaprojektionen für Europa und Deutschland: Ensembles-Simulationen für die Klimafolgenforschung. Tech. Rep., Climate Service Center (CSC). Abrufbar unter https://www.climate-service-center.de/imperia/md/content/csc/csc_report6.pdf; abgerufen am 02.08.2021
- Käpplinger, Bernd; Denninger, Anika, Nistal, Lydia; Lichte, Nina (2020): Bedarf in der Programmplanung von Volkshochschulen in ländlichen Räumen. Herausgeber: Sächsischer Volkshochschulverband e.V., Chemnitz. Abrufbar unter https://www.vhs-sachsen.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Handreichung_Programmplanung.pdf; abgerufen am 01.09.2021
- Kemptner, Daniel; Marcus, Jan (2020): Alleinlebenden älteren Menschen droht in Corona-Zeiten Vereinsamung. DIW aktuell, Nr. 45 – 29. Mail 2020. Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.; Berlin. Abrufbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.791858.de/diw_aktuell_45.pdf; abgerufen am 16.08.2021.
- Kleiner, Tuuli-Marja; Klärner, Andreas. Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen: Politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf. Thünen Working Paper 129, 2019. Abrufbar unter https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn061365.pdf; abgerufen am 10.06.2021
- Köhler, Tine (2011): Verwaltungsreform im ländlichen Raum. Ein Diskussionsbeitrag. Erschienen in: Schriftenreihe der Fachrichtung Geodäsie, Heft 34, Fachbereich Bauingenieurwesen und Geodäsie der Technischen Universität Darmstadt.
- Kokorsch, Matthias; Küpper, Patrick (2019): Trends der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Thünen Working Paper No. 126; Braunschweig. Abrufbar unter https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn061173.pdf; abgerufen am 27.05.2021
- Koller, Guido 2018: Rezension zu: F. Stalder: Kultur der Digitalität. Abrufbar unter https://www.researchgate.net/publication/328389189_Felix_Stalder_Kultur_der_Digitalitat, abgerufen am 16.10.2020
- Kotler, Philip; Keller, Lane, Kevin; Bliemel, Friedhelm (2007). Marketing-Management. Strategien für wertschaffendes Handeln. München: Pearson Studium.
- Kraftfahrtbundesamt (KBA; o.A.; o.J.): Bestand nach Zulassungsbezirken und Gemeinden. Abrufbar unter www.kba.de/DE/Statistik/Fahrzeuge/Bestand/ZulassungsbezirkeGemeinden/zulassungsbezirke_node.html; abgerufen am 07.06.2021
- Landeshauptstadt Hannover (2020): Informationsdrucksache Nr. 1584/2020. Umsetzung des Ratsantrags (DS 2882/2019) zur Prüfung des Einsatzes von sogenannten „Lärmblitzern“. Abrufbar unter https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebdd.nsf/6E13BC3960B9DB8CC125859A00197B2F/$FILE/Druckversion.pdf; abgerufen am 14.07.2021
- Landkreis Nienburg (2017): 1. Diskussionsforum zum Forschungsprojekt „Kommunaler Innen-entwicklungsfonds. Ortsentwicklung: Effiziente Flächennutzung statt Neubau. Abrufbar unter https://www.lk-nienburg.de/portal/meldungen/1-diskussionsforum-zum-forschungsprojekt-kommunaler-innenentwicklungsfonds--901003752-21500.html?rubrik=1000001; abgerufen am 18.08.2021
- Landkreis Nienburg (2021): 600 000 Euro für die Stärkung von Ortskernen. Abrufbar unter https://www.lk-nienburg.de/portal/meldungen/600-000-euro-fuer-die-staerkung-von-ortskernen-901006889-21500.html?rubrik=1000001; abgerufen am 18.08.2021.
- Landkreis Uckermark - Der Landrat (Hrsg.), Schmitz, Klemens (2006): Antwort auf die Anfrage der SPD-Fraktion, DS 130/2006 „Neue Dachmarke für den Landkreis Uckermark“. Abrufbar unter

https://www.uckermark.de/PDF/Antwort_Dachmarke.PDF?ObjSvrID=553&ObjID=2534&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1163139716, abgerufen am 12.03.2021
- Landkreis Uckermark - Der Landrat (Hrsg., 2007): Die neue Regionalmarke UCKERMARK startet in die Umsetzungsphase. Abrufbar unter https://www.uckermark.de/index.phtml?La=1&mNavID=1897.1&ffsm=1&object=tx,553.2298.1, abgerufen am 15.03.2021
- Der Landrat des Odenwaldkreises - Amt für den ländlichen Raum - Abteilung Landschaftspflege und Naturschutz (2009): Regionales Agrarumweltkonzept Odenwaldkreis.
- Lampert, T., Hoebel, J., & Kroll, L. E. (2019). Soziale Unterschiede in der Mortalität und Lebenserwartung in Deutschland. Aktuelle Situation und Trends. In: Journal of Health Monitoring 2019 4(1). Abrufbar unter https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsJ/JoHM_01_2019_Soz_Unterschiede_Mortalitaet.pdf?__blob=publicationFile; abgerufen am 17.08.2021.
- Linke, Hans Joachim; Vogt, Joachim; Klien, Eva; Rix; Joachim; Franke, Wiebke; Iovine; Ivan; Wenzel, Anne (2019): Teil 2 des Schlussberichts des Forschungsprojektes: „AktVis – Aktivierung von Flächenpotenzialen für eine Siedlungsentwicklung nach innen – Beteiligung und Mobilisierung durch Visualisierung“. Abrufbar unter https://kommunen-innovativ.de/sites/default/files/schlussbericht_aktvis_homepage-1.pdf; abgerufen am 24.08.2021
- Luhmann, Maike (2021): Einsamkeit - Erkennen, evaluieren und entschlossen entgegentreten. Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung am 19.04.2021. Deutscher Bundestag | Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Deutscher Bundestag; Ausschussdrucksache 19(13)135b. Abrufbar unter https://www.bundestag.de/resource/blob/833358/0924ddceb95ab55db40277813ac84d12/19-13-135b-data.pdf; abgerufen am 16.08.2021.
- Meister, Moritz; Stiller, Johannes; Niebuhr, Annekatrin; Peters, Jan Cornelius; Hinrichsen, Peer Lasse; Reutter, Philipp (2020): Zur Rückwanderung von Arbeitskräften in die ländlichen Regionen Deutschlands: deskriptive Befunde. Abrufbar unter https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn062265.pdf; abgerufen am 03.09.2021
- Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (2020): Mobilitätspass erleichtert Zugang zum ÖPNV. Pressemitteilung 20.11.2020. Abrufbar unter https://vm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/mobilitaetspass-erleichtert-zugang-zum-oepnv/?cHash=0a0c77; abgerufen am 13.07.2021
- Mitteregger, Mathias; Berger, Martin; Soteropoulos, Aggelos (2020): Algorithmen von morgen, die in einer Welt von gestern lernen: Das Inselwissen automatisierter Fahrsysteme. In: Mobilität – Erreichbarkeit – Ländliche Räume … und die Frage nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wissenschaftliche Konferenz. 17. – 18. März 2020. Tagungsband MobilEr 2020. Thünen-Institut für Ländliche Räume. Melanie Herget, Stefan Neumeier, Torsten Osigus (Hrsg.). Braunschweig
- Münder, Johannes; Meysen, Thomas und Thomas Trenczek (Hrsg.), 2019: Frankfurter Kommentar zum SGB VIII. Kinder und Jugendhilfe. 8. Auflage. Baden-Baden: Nomos.
- Nahverkehrs-praxis (2021, o.A.): 69. Jahrgang, Ausgabe März 21. Fachverlag Dr. H Arnold GmbH, Dortmund
- ODENWALD TOURISMUS GmbH (2020, Hrsg.): Geschäftsbericht zum 31.12.2020
- Odenwald Regionalgesellschaft mbH (OREG; 2019a): ÖPNV-Entwicklungsstrategie. Mittelfristige Finanzplanung. 2020-2024.
- Odenwald Regionalgesellschaft mbH (OREG; 2019b): Jahres- und Geschäftsbericht 2019. Abrufbar unter https://www.odenwaldmobil.de/fileadmin/Broschueren/pdf/Geschaeftsbericht_2019.pdf; abgerufen am 30.06.2021.
- Odenwald Regionalgesellschaft mbH (OREG; 2015): Abschlussbericht Projektgruppe OREG 2.0.
- Ott, Verena; Leibert, Tim; Rudek, Erik (2019): Potentiale gesteuerter Zuwanderung für eine nachhaltige Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt: Abwanderung vermeiden, Rückwanderung stärken, Integration fördern. Abschlussbericht zum Projekt „Zuwanderungspotenziale für eine nachhaltige Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt“. Leibniz-Institut für Länderkunde; Auftraggeber: Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt.
- Oschmiansky, Frank (2020): Dossier Arbeitszeitpolitik. Bundeszentrale für politische Bildung (BPB). Abrufbar unter: https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/306055/arbeitszeitpolitik; abgerufen am 22.07.2021
- Ostertag, Gabriele (2013): Nahversorgung im Odenwaldkreis – zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Handbuch für lokale Akteure. GMA Gesellschaft für Markt- und Absatzforschung mbH, Ludwigsburg; Herausgeber: Industrie- und Handelskammer Darmstadt Rhein Main Neckar.
- Pantera AG / YouGov 2020: pantera-Studie Neues Wohnen 2020 – Silver Society

- Peters, Jan Cornelius; Meister, Moritz; Rossen, Anja (2020): Abwanderung von jungen Berufstätigen aus ländlichen Räumen und ihre Rückkehr – Verlaufsdatenanalysen. In: Tagungsband MobilEr 2020. Thünen-Institut für Ländliche Räume. Braunschweig. (S. 87-89)
- Pitzen, Constantin: Automatischer Nahverkehr in Kleinstädten – Helfen automatisiert fahrende Kleinbusse bei der Verkehrswende in ländlichen Regionen? In: Mobilität – Erreichbarkeit – Ländliche Räume … und die Frage nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wissenschaftliche Konferenz. 17. – 18. März 2020. Tagungsband MobilEr 2020. Thünen-Institut für Ländliche Räume. Melanie Herget, Stefan Neumeier, Torsten Osigus (Hrsg.). Braunschweig
- PWC (2015) – PricewaterhouseCoopers (Hrsg.): Deutschlands Städte werden digital, Berlin. Abrufbar unter https://www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/pwc-studie_deutschlands-staedte-werden-digital.html; abgerufen am 02.08.2021.
- Regierungspräsidium Darmstadt (2021): Übersichtskarte zur „Verordnung über die Natura 2000 – Gebiete im Regierungsbezirk Darmstadt“. Abrufbar unter http://www.rpda.de/01%20Natura%202000-Verordnung/Natura2000-VO-RPDA/Anlage2_Uebersichtskarte/Natura_2000_VO_Karte_Uebersichtskarte.pdf; abgerufen am 05.08.2021
- Regierungspräsidium Darmstadt (2020): Lärmaktionsplan Hessen (3. Runde) Teilplan Regierungsbezirk Darmstadt Landkreise. Abrufbar unter: https://rp-darmstadt.hessen.de/sites/rp-darmstadt.hessen.de/files/L%C3%A4rmaktionsplan%20Hessen%20%283.%20Runde%29%20Teilplan%20Regierungsbezirk%20Darmstadt%20Landkreise%20_0.pdf; abgerufen am 14.07.2021
- Regierungspräsidium Darmstadt (2019): Gutachten REK Regionales Entwicklungskonzept Südhessen.
- Regierungspräsidium Darmstadt (2017): Biber in Hessen. Kartierung der Biber in Hessen im Jahr 2017. Jahresbericht 2017. Abrufbar unter: https://rp-darmstadt.hessen.de/sites/rp-darmstadt.hessen.de/files/Biber-Jahresbericht%202017.pdf; abgerufen am 30.06.2021
- Regierungspräsidium Darmstadt (2011): Regionalplan Südhessen/Regionaler Flächennutzungsplan 2010.
- Regionalentwicklung Oberallgäu e.V. (2016): Erfolgreiche LEADER-Projekte im Oberallgäu. Immenstadt im Allgäu.
- Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) (2021): Branchenübergreifende Initiative gestartet: Sieben hessische Unternehmen bieten Landesregierung Unterstützung beim Aufbau einer Wasserstoff-wirtschaft an. Pressemitteilung. Abrufbar unter: https://www.rmv.de/c/de/informationen-fuer-journalisten/presse/aktuelle-pressemitteilungen/22032021-branchenuebergreifende-initiative-gestartet-sieben-hessische-unternehmen-bieten-landesregierung-unterstuetzung-beim-aufbau-einer-wasserstoffwirtschaft-an; abgerufen am 31.05.2021
- Roeckner, E., Brasseur, G. P., Giorgetta, M., Jacob, D., Jungclaus, J., Reick, C., & Sillmann, J. (2006). Klimaprojektionen für das 21. Jahrhundert. Max-Planck-Institut für Meteorologie, Hamburg. Abrufbar unter https://mpimet.mpg.de/fileadmin/grafik/presse/Klimaprojektionen2006.pdf; abgerufen am 02.08.2021
- Röhl, Klaus-Heiner; Schröder, Christoph (2017): Regionale Armut in Deutschland Risikogruppen erkennen, Politik neu ausrichten. IW-Analysen Nr. 113. Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH.
- Ruhnau, Fabian (2020): Temperaturentwicklung in Deutschland seit 1881. Blogbeitrag, wetterkanal.kachelmannwetter.com. Abrufbar unter https://wetterkanal.kachelmannwetter.com/temperaturentwicklung-in-deutschland-seit-1881/; abgerufen am 02.08.2021
- Sailer, Michael;Bleher, Daniel; Krohn, Judith; Brohmann, Bettina; Sinemus, Kristina; Liebetanz, Denis; Frischmuth, Sascha; Gege, Maximilian; Köpnick, Herbert (2018): Smart Region Darmstadt Rhein Main Neckar. Abschlussbericht. Darmstadt, Berlin, Hamburg, den 15.01.2018
- Schametat, Jan; Schenk, Sascha; Engel, Alexandra (2017): Was sie hält – Regionale Bindung von Jugendlichen im ländlichen Raum. Beltz Juventa, Weinheim und Basel
- Scheiber, Patricia; Müller, Lena-Sophie; Stein, Fabian; Krcmar, Helmut; Hein, Andreas; Daßler, Lukas; Paul, Linda; Exel, Stefanie; Pleger, Sarah (2020): eGovernment MONITOR 2020. Hrsg.: Initiative D21 e. V. und Technische Universität München.
- Schmid, Alfons; Neisen, Vera; Sattarova, Liliya; Wagner, Birgit; Entorf, Horst 2019: Regionales Well-being in Hessen. Ein inter- und intraregionaler Vergleich der objektiven Lebensbedingungen für die Metropolregionen FrankfurtRheinMain und Stuttgart. GEWAK / IWAK Gesellschaft / Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur, Goethe-Universität Frankfurt am Main.
- Schwäbisch-Hällisches Qualitätsschweinefleisch g.g.A (o.J., o.A.): Erzeugerschlachthof Schwäbisch Hall. Abrufbar unter https://www.besh.de/handel/erzeugerschlachthof/; abgerufen am 09.08.2021
- Seidel, Michael Alexander (2016): Regionalmarketing als räumliches Steuerungs- und Entwicklungsinstrument. Grundlagen – Konzepte – Fallbeispiele. Springer Fachmedien, Wiesbaden.

- Settele, J., R. Scholes, R. Betts, S. Bunn, P. Leadley, D. Nepstad, J.T. Overpeck, and M.A. Taboada, 2014: Terrestrial and inland water systems. In: Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Field, C.B., V.R. Barros, D.J. Dokken, K.J. Mach, M.D. Mastrandrea, T.E. Bilir, M. Chatterjee, K.L. Ebi, Y.O. Estrada, R.C. Genova, B. Girma, E.S. Kissel, A.N. Levy, S. MacCracken, P.R. Mastrandrea, and L.L. White (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA, pp. 271-359. Abrufbar unter https://archive.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/wg2/WGIIAR5-Chap4_FINAL.pdf; abgerufen am 03.08.2021
- Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Karnick, Nora; Arriagada, Céline; Hagen, Christine; Hameister, Nicole; Huxhold, Oliver; Tesch-Römer, Clemens (2019): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zentrale Ergebnisse des Fünften Deutschen Freiwilligensurveys (FWS 2019). Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.). Abrufbar unter https://www.hlt.de/uploads/media/HLT_RS_0363_2021_2.pdf; abgerufen am 27.04.2021
    - Stalder, Felix 2016: Kultur der Digitalität, Berlin.
- Stein, Axel; Frölicher, Jonas (2020): Verkehrswende im ländlichen Raum – Implikationen für die Erreichbarkeit. In: Mobilität – Erreichbarkeit – Ländliche Räume … und die Frage nach der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wissenschaftliche Konferenz. 17. – 18. März 2020. Tagungsband MobilEr 2020. Thünen-Institut für Ländliche Räume. Melanie Herget, Stefan Neumeier, Torsten Osigus (Hrsg.). Braunschweig
- Stiftung, RBS–Robert Bosch (2018): "Mit Eliten pflegen." Für eine exzellente, zukunftsfähige Gesundheitsversorgung in Deutschland. Abrufbar unter: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2018-02/RBS_Broschuere_360Grad_Pflege_Manifest_WEB_ES.pdf; abgerufen am 13.08.2021.
- Stiller, Johannes; Peters, Jan Cornelius (2020): Absolventenwanderungen und die (Un-)Attraktivität ländlicher Regionen in Deutschland. In: Tagungsband MobilEr 2020. Thünen-Institut für Ländliche Räume. Braunschweig. (S. 121-123)
- Tamanini, J.-V. & Koch, M., (2019). Vom Mängelmelder zur LösBar - Erfahrungen aus einem kreativen Design-Sprint. In: Fischer, H. & Hess, S. (Hrsg.), Mensch und Computer 2019 - Usability Professionals. Bonn: Gesellschaft für Informatik e.V. Und German UPA e.V.. DOI: 10.18420/muc2019-up-0360
- Teichert C., Niebuhr A., Otto A., Rossen A. (2018): Graduate migration in Germany: New evidence from an event history analysis. IAB-Discussion Paper, 3/2018
- Teubner, Kai (2020): Biodiversität in der Landwirtschaft. Hrsg.: BUND Kreisverband Odenwald, NABU Odenwaldkreis. Abrufbar unter https://odenwald.bund.net/fileadmin/odenwald/Umweltaspekte/Abschlussbericht_Biodiversitaet_in_der_Landwirtschaft_21_11_2020.pdf; abgerufen am 11.06.2021
- Townsend, A. 2014: Smart cities: big data, civic hackers, and the quest for a new utopia, New York.
- Umweltbundesamt (UBA; 2021a): Treibhausgas-Emissionen in Deutschland . Abrufbar unter https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#emissionsentwicklung; abgerufen am 26.05.2021
- Umweltbundesamt (UBA; 2021b): Emissionsdaten. Abrufbar unter https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr-laerm/emissionsdaten#HBEFA; abgerufen am 27.05.2021
- Umweltbundesamt (UBA; o.J.): Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland 2019. Abrufbar unter https://www.umweltbundesamt.de/galerie/entwicklung-der-treibhausgasemissionen-in-2019; abgerufen am 26.05.2021
- Valorta, Nicole K.; Kanaan, Mona; Gilbody, Simon; Ronzi, Sara; Hanratty, Barbara (2015): Loneliness and social isolation as risk factors for coronary heart disease and stroke: systematic review and meta-analysis of longitudinal observational studies. Heart, 102(13), 1009-1016. Abrufbar unter https://heart.bmj.com/content/heartjnl/102/13/1009.full.pdf; abgerufen am 16.08.2021
- Verkehrsministerkonferenz (2020): Sammlung der im Umfrageverfahren der Verkehrsministerkonferenz gefassten Beschlüsse am 26. März 2020. Abrufbar unter www.verkehrsministerkonferenz.de/VMK/DE/termine/sitzungen/20-03-26-27-vmk/20-03-26-27-beschluss.pdf?__blob=publicationFile&v=2; abgerufen am 31.05.2021
- Vogelsang, Waldemar (2006): Individualisierte Lebensläufe und plurale Lebenswelten Jugendlicher in ländlichen Regionen. In: Joachim Faulde (Hrsg.): Jugendarbeit in ländlichen Regionen. Entwicklungen, Konzepte und Perspektiven. Weinheim und München: Juventa, S. 85-97
- Voigtländer, Michael; Henger, Ralph (2019): Wohnungsleerstand in Deutschland und seinen Kreisen. IW-Report 23/2019
- Wagner, Madeleine; Growe, Anna (2021): Research on Small and Medium-Sized Towns: Framing a New Field of Inquiry. World 2021, 2, 105-126. Abrufbar unter https://doi.org/10.3390/world2010008.

- Weisband, Marina (2019): Wie wird aus digitaler Bildung digitale Haltung? Vortrag im Rahmen des 14. Internationales For..Net Symposium „Digitale Bildung. Digitale Haltung“ am 25. und 26. April 2019. Als Video abrufbar unter https://univideo.uni-passau.de/2019/06/14-internationales-for-net-symposium-vortrag-marina-weisband/; abgerufen am 02.08.2021
- Weiss, Clemens (2020): Stand der Mobilitätswende in ländlichen Regionen. Abrufbar unter: https://www.zukunft-mobilitaet.net/171427/analyse/laendliche-regionen-mobilitaetswende-zukunft-der-mobilitaet-auf-dem-land/?highlight=verkehrsleistung%20l%C3%A4ndlicher%20ruam; abgerufen am 25.05.2021
- Weißler, Marco (2018): Digitalisierung der Arbeitswelt in Hessen. Höheres Substituierbarkeitspotenzial nach Neubewertung bei ähnlicher Struktur. IAB Regional - Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz - 5/2018. Abrufbar unter http://doku.iab.de/regional/H/2018/regional_h_0518.pdf; abgerufen am 20.07.2021
- Werra-Meißner-Kreis. Landwirtschaft, Landschaftspflege, Natur- und Landschaftsschutz (2019): Vierter Bericht zur Lage der Landwirtschaft im Werra-Meißner-Kreis 2019. Abrufbar unter:https://www.werra-meissner-kreis.de/fileadmin/user_upload/FB_8_Bericht_LW_2019.pdf; abgerufen am 30.06.2021.
- Wiegandt, Claus-Christian (2015): Vorwort. In: PWC (2015) – PricewaterhouseCoopers (Hrsg.): Deutschlands Städte werden digital, Berlin. S. 4. Abrufbar unter https://www.pwc.de/de/branchen-und-markte/oeffentlicher-sektor/pwc-studie_deutschlands-staedte-werden-digital.html; abgerufen am 02.08.2021.
- Zeitler, Maria (2019): Regionale Strategie im Übergang Schule-Beruf für den Odenwaldkreis 2020-2023. Herausgeber: Kreisausschuss des Odenwaldkreises in Kooperation mit der Steuerungsgruppe des OloV Netzwerks Übergang Schule – Beruf im Odenwaldkreis. Abrufbar unter https://www.olov-hessen.de/fileadmin/user_upload/03-Regionen/Publikationen/Odenwaldkreis/2020_Regionale_Strategie_UESB_Odenwaldkreis_mit_Unterschrift_13-01-2020.pdf; abgerufen am 19.07.2021
- Zukunftsinstitut (2017; Hrsg.: ADAC e.V.): Die Evolution der Mobilität. Abrufbar unter: https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/die-evolution-der-mobilitaet/; abgerufen am 26.05.2021
- Zukunftsinstitut (o.J., o.A.): Womanomics: Frauen erobern die Arbeitswelt. Abrufbar unter https://www.zukunftsinstitut.de/artikel/womanomics-frauen-erobern-die-arbeitswelt/, abgerufen am 14.04.2021

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bevölkerungsentwicklung Odenwaldkreis 1995-2019; Jugendliche, Senioren, Ausländer*innen (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de) 13
Abbildung 2: Bevölkerung im Odenwaldkreis 2018. Alterspyramide. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. 14
Abbildung 3: Bevölkerungsprognose für Kreise in Hessen 2050. Quelle: Hessische Staatskanzlei 2020 15
Abbildung 4: Bevölkerungsprognose 2018 bis 2040. Hessisches Statistisches Landesamt 2019. Odenwaldkreis: Abnahme von 11,8 % 16
Abbildung 5: Bevorzugte Wohngegend laut Bevölkerungsbefragung zur Baukultur 2015. Quelle: Bundesstiftung Baukultur 2017 17
Abbildung 6: Zuwanderung in Hessen nach Kreisen und Alterskohorten. Relative Änderung von 2008-2013. Quelle: Hessische Staatskanzlei 2020: S. 15 17
Abbildung 7: Binnenwanderungssaldo deutscher Staatsbürger*innen in den deutschen Großstädten. Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft; HENGER & OBERST 2019 (S. 2) 18
Abbildung 8: Mietpreise in Deutschland. Quelle: BBSR-Deutschland-Atlas 2019. 19
Abbildung 9: Baulandpreise für Eigenheime. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019. 20
Abbildung 10: Einfluss der Corona-Pandemie auf die Umzugspläne der Gruppe "Urban" (entspricht Großstädte <500.000 EW; Quelle: DOLLS & MEHLES 2021: S. 6) 22
Abbildung 11: Zu- und Fortzüge (über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebiets) nach Altersgruppen. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de) 26
Abbildung 12: Anteil der Rückwanderung an der Zuwanderung 2014-2017. Quelle: MEISTER et al. 2020 27

Abbildung 13: Zu- und Fortzüge des Odenwaldkreises (über Gemeindegrenzen und Grenzen des Bundesgebiets), nach Nationalität; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de) 27
Abbildung 14: Ergebnisse der Bürgerschaftsbeteiligung zur Frage "welche Eigenschaften treffen aus Ihrer Sicht auf den Odenwaldkreis zu?". Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019 CIMA GmbH28
Abbildung 15: Aussagen zum Odenwaldkreis in der Jugendbefragung zur Kreisentwicklung 2020. Quelle: CIMA 2020 30
Abbildung 16: Zukunftsranking der IW-Consult GmbH. 31
Abbildung 17: Bewertung der Nachhaltigkeit in der Bürgerschaftsbefragung 2019 zur Kreisentwicklung 40
Abbildung 18: „Ist der Odenwaldkreis innovativ?“ in der Bürgerschaftsbefragung 2019 zur Kreisentwicklung 40
Abbildung 19: "Weltoffenheit und Toleranz" in der Bürgerschaftsbefragung 2019 zur Kreisentwicklung 41
Abbildung 20:Sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte im Odenwaldkreis. Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Beschäftigte nach dem Arbeitsort - Deutschland, Länder und Jobcenter (Zeitreihe Quartalszahlen) 46
Abbildung 21: Qualifikationsstruktur und Anforderungsniveaus 2013 (IWAK 2015) 46
Abbildung 22: Qualifikationsstruktur und Anforderungsniveaus 2017 (IWAK 2019) 47
Abbildung 23: Gründungsaktivität - NUI-Rangplätze des Instituts für Mittelstandsforschung, 2019..... 48
Abbildung 24: Arbeitsdichte in den Kommunen. PROGNOS AG 2018 49
Abbildung 25: Pendleratlas der Agentur für Arbeit; Datengrundlage Juni 2019 49
Abbildung 26: Pendelsaldo auf Gemeindeebene. PROGNOS 2018 50
Abbildung 27: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort (Quelle: Bundesagentur für Arbeit) 51
Abbildung 28: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort im Odenwaldkreis und den Kommunen. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021 (regionalstatistik.de, Stichtag: 30.06.2020) 51
Abbildung 29: Entwicklung der Pendelströme seit 2013 (Quelle: Bundesagentur für Arbeit) 52
Abbildung 30: Arbeitslosigkeit im Odenwaldkreis - Rechtskreise SGB II & SGB III; Unterbeschäftigung. Quelle: Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Eckwerte Arbeitsmarkt - Stand Juni 2021. Eigene Darstellung 54
Abbildung 31: Arbeitslosigkeit im Odenwaldkreis; alle Rechtskreise; Nationalität und Qualifikationsniveaus. Quelle: Agentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021; eigene Darstellung 54
Abbildung 32: Zugang von Arbeitslosen aus abhängiger Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt nach Wirtschaftsabschnitten. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021; eigene Darstellung 55
Abbildung 33: Kurzarbeit im Odenwaldkreis. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021; eigene Darstellung 56
Abbildung 34: Gemeldete Arbeitsstellen im Odenwaldkreis. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021. Eigene Darstellung56
Abbildung 35: Ausbildungsmarkt: Bewerber/-innen und Berufsausbildungsstellen im Überblick. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Interaktive Angebote / Ausbildungsmarkt / Juni 2021. Eigene Darstellung 57
Abbildung 36: Gewerbeanzeigen vierteljährlich – Neuerrichtungen, Unternehmensaufgaben. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt - Statistische Berichte des Bereiches Gewerbeanzeigen; eigene Darstellung 58
Abbildung 37: Gründe für die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bis zum Jahr 2024 im Odenwaldkreis. Quelle: Regionaldossier IWAK (2019) 59
Abbildung 38: Relatives Mismatch (in Prozent) nach Anforderungsniveaus für den Odenwaldkreis und ausgewählte Vergleichsregionen bis 2024. Quelle: Regionaldossier IWAK (2019) 59
Abbildung 39: Verfügbares Einkommen. BBSR; Deutschlandatlas 2019 67
Abbildung 40: Kaufkraftindex. GfK, 2018 68
Abbildung 41: Steuerungsgruppe des Netzwerks Übergang Schule – Beruf im Odenwaldkreis 69
Abbildung 42: Entwicklung der Frauenbeschäftigungsquote im Odenwaldkreis (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der BA) 79

Abbildung 43: Anteil der geringfügig Beschäftigten im Odenwaldkreis (Quelle: www.inkar.de, Statistische Ämter des Bundes und der Länder) 82
Abbildung 44: Geringfügig Beschäftigte im Vergleich (Quelle: www.inkar.de, Statistische Ämter des Bundes und der Länder) 82
Abbildung 45: Anteil der 55-64 Jährigen an den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Prozent (Quelle: Bundesagentur für Arbeit) 83
Abbildung 46: Beschäftigtenquote der 55-64-Jährigen im Odenwaldkreis (in Prozent; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistik der Bundesagentur für Arbeit 84
Abbildung 47: Branchenportfolio des Odenwaldkreises (OREG mbH 2020 auf Basis d. Bundesagentur für Arbeit für Dezember 2019) 88
Abbildung 48: Erläuterung zur Darstellung des Branchenportfolios für den Odenwaldkreis (Prognos AG 2018 auf Basis d. Bundesagentur für Arbeit) 88
Abbildung 49: Gefahr des Ersatzes von Arbeitsplätzen durch Digitalisierung („Substituierbarkeit“) nach Berufssegmenten 2019 – Anteile in Prozent. Quelle Agentur für Arbeit 2020 90
Abbildung 50: Bewertung des Arbeitsplatzangebot im Odenwaldkreis im Rahmen der Bürgerschaftsbefragung im Sept. 2019 91
Abbildung 51: Ergebnis zum gewünschten Arbeits- und Ausbildungsplatzangebot im Odenwaldkreis aus der Bürgerschaftsbefragung im Sept. 2019 91
Abbildung 52: Anforderungsniveaus im Odenwaldkreis und Vergleichsregionen 2017 (Quelle: Regionaldossier 2024 des IWAK (2019)) 92
Abbildung 53: Qualifikationsstruktur aller Beschäftigten am Arbeitsort 2017 (Quelle: Regionaldossier 2024 des IWAK (2019)) 92
Abbildung 54: Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort mit einem akademischen Abschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2018 in % (Quelle: Deutschlandatlas 2019 des BBSR) 92
Abbildung 55: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berufen mit hohem Substituierbarkeitspotenzial, 2016, in Prozent. (Quelle: DENGLER 2019) 93
Abbildung 56: Wünsche nach zusätzlichen Arbeits-/Ausbildungsplätzen in verschiedenen Bereichen. Ergebnisse Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020, CIMA GmbH 94
Abbildung 57: Beurteilung des vorhandenen Angebots an Arbeits- und Ausbildungsplätzen. Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020, CIMA GmbH 94
Abbildung 58: Größte Herausforderungen im Odenwaldkreis laut Meinung der Teilnehmenden an der Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020, CIMA GmbH 94
Abbildung 59: Existenzgründungen Neuerrichtungen je 1.000 Einwohner*innen. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (wegweiser-kommune.de): 99
Abbildung 60: Entwicklung der Anzahl der Unternehmen im Odenwaldkreis nach Mitarbeitendenzahl – absolut. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de, 2021) 103
Abbildung 61: Entwicklung der Anzahl der Unternehmen im Odenwaldkreis nach Mitarbeitendenzahl – relativ jeweils zum Ausgangsjahr 2014. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de, 2021) 104
Abbildung 62: Umsatzanteile des Mittelstands am Gesamtumsatz in den Regionen Hessens 2018 (mittelständische Unternehmen sind hier solche mit einem Jahresumsatz von unter 50 Mio. €; Quelle: Hessischer Mittelstandsbericht 2020; (HMWEVW; 2020c)) 105
Abbildung 63: 2018 verbliebene Potentiale Vorranggebiete Industrie und Gewerbe (Quelle: RP Darmstadt 2019, S. 25) 111
Abbildung 64: Maximale Öffnungs- und minimale Schließzeiten der Kitas der Kommunen im Odenwaldkreis. Quelle: Jugendamt Odenwaldkreis, eigene Darstellung. 122
Abbildung 65: Teilzeitquoten in der EU 2017. 20- bis 64-jährige Erwerbstätige, in Prozent. Quelle: Destatis – Statistisches Bundesamt (2018; S. 53) 125
Abbildung 66: Potenzial und Nutzung von Homeoffice im Januar 2020, nach Betriebsgrößenklassen. Quelle: eigene Darstellung nach EMMLER & KOHLRAUSCH 2021 127
Abbildung 67: Verteilung der Arbeit im Homeoffice nach Haushaltseinkommen. Quelle: EMMLER & KOHLRAUSCH 2021 128
Abbildung 68: Einstellungen zum Homeoffice. Anteil der Beschäftigten, die im November 2020 und Januar 2021 im Homeoffice waren und den genannten Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zugestimmt haben, in Prozent. Quelle: EMMLER & KOHLRAUSCH 2021. 128

Abbildung 69: Jobs mit Home-Office-Eignung in den deutschen Kreisen. Quelle: DÄHNER (2021; Verweis auf Berlin-Insitut, Wüstenrot Stiftung) 129
Abbildung 70: Angestellte die Bereits Home-Office nutzen, in den deutschen Kreisen. Quelle: DÄHNER (2021; Verweis auf Berlin-Insitut, Wüstenrot Stiftung) 130
Abbildung 71: Breitbandversorgung. Deutschlandatlas 2019. Thünen-Institut. 138
Abbildung 72: LTE Verfügbarkeit. Deutschlandatlas 2019. Thünen-Institut. 142
Abbildung 73: Ausbau digitaler Infrastruktur. Quellen: OREG, Quelle: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung, 2018 143
Abbildung 74: Digitalisierung in der Bürgerschaftsbefragung 2019 144
Abbildung 75: Digitalisierung in der Jugendbefragung 2020 144
Abbildung 76: Themenbereiche und Handlungsfelder für Smart Region & Smart Cities. Eigene Darstellung nach SAILER et al. 2018: S. 20) 145
Abbildung 77: Internetanschluss im Haushalt nach Alter und Haushaltstyp. Quelle: KEMPTNER & MARCUS 2020 151
Abbildung 78: Bevölkerungsentwicklung Odenwaldkreis 1995-2019; Jugendliche, Senioren, Ausländer*innen (Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; regionalstatistik.de) 160
Abbildung 79: Prognose der Zahl der Wirtschaftshaushalte. Quellen: IWU (2016), Hes. Landesamt f. Statistik (2014). Aktuellere Datenbasis zu erwarten mit dem Zensus 2021 161
Abbildung 80: Wohnungsgrößen und Haushaltsgrößen im Odenwaldkreis. Quelle: Hessisches Landesamt für Statistik 161
Abbildung 81: Wohnungen in Ein-/Zweifamilienhäusern in Prozent am Gesamtgebäudebestand (2018; Quelle: kommunen-wegweiser.de 2020) 162
Abbildung 82: Wohnfläche pro Person in Quadratmeter. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 162
Abbildung 83: Baulandpreise 2019 nach Deutschlandatlas (BBSR 2019) 163
Abbildung 84: Durchschnittliche Kaltmieten 2019 nach Deutschlandatlas (BBSR 2019) 164
Abbildung 85: Impulszentren im peripheren Raum; Quelle: RP Darmstadt 2019 (REK Südhessen) . 172
Abbildung 86: 2019 noch vorhandene Siedlungspotenziale aus dem Flächennutzungsplan 2010. Quelle: RP Darmstadt 2019 (REK Südhessen) 172
Abbildung 87: Wohnungsbedarf 2015 bis 2030 gemäß IWU Wohnungsprognose. Quelle: RP Darmstadt 2019 (REK Südhessen) 173
Abbildung 88: Bewertung von Bereichen der Lebens qualität mit Schulnoten. Quelle: Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020 176
Abbildung 89: Antworten auf die Frage "folgende Treffpunkte sind wichtig für mich..." bei der Jugendbefragung 2020. Quelle: CIMA 2020 176
Abbildung 90: Ablauf und Inhalt eines IKEK, Themen und Prozess. Quelle: HMUKLV 2019: S. 17 .. 178
Abbildung 91: Jährliche Gesamtbewilligungen in der Dorfentwicklung im Odenwaldkreis. 179
Abbildung 92: Dorfentwicklung im Odenwaldkreis, Stand 12.2020 180
Abbildung 93:Übersicht der aktiven und abgeschlossenen Städtebauförderungen im Odenwaldkreis und Umgebung. Quelle: HMWEVW / nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de 182
Abbildung 94: Modal Split (Nutzung verschiedener Verkehrsmittel) für den Odenwaldkreis laut MiD (Mobilität in Deutschland); BMVI 2018). 195
Abbildung 95: Am häufigsten genutzte Verkehrsmittel im Odenwaldkreis. Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019 195
Abbildung 96: Treibhausgasemmissionen im Sektor Verkehr in Deutschland. (UBA o.J.) 196
Abbildung 97: Nötige Veränderungen im Mobilitätsverhalten im städtischen und ländlichen Raum in Deutschland zur Erreichung der Pariser Klimaziele. Quelle: STEIN & FRÖLICH 2020 (S. 118); Datengrundlage: KCW GmbH 197
Abbildung 98: Tagesstrecken in Kilometern nach Raumtyp im Cluster „kleinstädtischer, dörflicher Raum“ (BMVI 2019) 198
Abbildung 99: Anzahl der Lebensmittelgeschäfte nach Betriebsformen von 1990 bis 2017. Quelle: KOKORSCH & KÜPPER 2019. Erläuterung der Quelle: Verkaufsstellen im Lebensmitteleinzelhandel ohne Spezialgeschäfte und nicht organisierten Lebensmittelhandel. Zwischen 2005 und 2010 hat das EHI Retail Institute die Definitionen der Betriebsformen verändert, sodass hier ein Bruch in der Zeitreihe entstanden ist und die Werte zwischen 2005 und 2010 nur eingeschränkt vergleichbar sind. Dies

betrifft vor allem die Verbrauchermärkte, die durch große Supermärkte ersetzt wurden. Diese Betriebsform beginnt aber erst ab einer Verkaufsfläche von 2.500 m² statt vorher ab 1.500 m². 199
Abbildung 100: Pkw-Bestand pro 1000 Einwohner (Quelle: statistische Ämter des Bundes und der Länder - regionalstatistik.de) 200
Abbildung 101: Verkehrsleistungen pro Jahr der VDV-Busunternehmen in ländlichen Räumen (Quelle: WEISS 2020 nach VDV Statistikberichten, eigene Darstellung) 201
Abbildung 102 Verkehrsunfälle im Odenwaldkreis Quelle: Hessische Gemeindestatistik..... 216
Abbildung 103 Verkehrsunfälle mit Personenschaden Quelle: Hessische Gemeindestatistik 217
Abbildung 104: Bevorzugte Wohngegend laut Bevölkerungsbefragung zur Baukultur 2015. Quelle: Bundesstiftung Baukultur 2017..... 232
Abbildung 105: Binnenwanderungssaldo deutscher Staatsbürger*innen in den deutschen Großstädten. Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft; HENGER & OBERST 2019 (S. 2)..... 232
Abbildung 106: Zuwanderung in Hessen nach Kreisen und Alterskohorten. Quelle: Hessische Staatskanzlei 2020: S. 15..... 232
Abbildung 107: Bewertung von Bereichen der Lebensqualität. Quelle: Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020..... 237
Abbildung 108: Wichtigste Treffpunkte. Quelle: Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020 237
Abbildung 109: Ideen und Vorschläge zur Verbesserung des Kultur- und Freizeitangebots für Jugendliche im Odenwaldkreis. Quelle: Jugendbefragung Odenwaldkreis 2020 238
Abbildung 110: Kindeswohlgefährdung – Summe der Gefährdungseinschätzungen nach §8a SGB VII;I 2019 und 2020..... 241
Abbildung 111: Wohnort der im Odenwaldkreis ehrenamtlich Aktiven. Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements. 249
Abbildung 112: Bevorzugte Tätigkeitsbereiche im neuen Ehrenamt im Odenwaldkreis – „Für welche Bereiche interessieren Sie sich?“ Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements. 249
Abbildung 113: Interessensbereiche der Interessierten im Bereich "neues Ehrenamt"; Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements 249
Abbildung 114: Alter der Ehrenamtlichen ("neues Ehrenamt"); Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements 249
Abbildung 115: Engagementbereitschaft "neues Ehrenamt" - Wie viel Zeit möchten Sie einbringen und wie oft? Quelle: Ehrenamtsagentur Odenwaldkreis, Auswertung des Bildungsmanagements, eigene Darstellung..... 251
Abbildung 116: Betreuungsquoten im Vergleich. Quelle: Jugendamt Odenwaldkreis..... 255
Abbildung 117: Durchschnittliche Öffnungs- und Schließzeiten der Kitas. Quelle: Jugendamt Odenwaldkreis..... 256
Abbildung 118: Maximale Öffnungs- und minimale Schließzeiten der Kitas der Kommunen im Odenwaldkreis. Quelle: Jugendamt Odenwaldkreis, eigene Darstellung. 256
Abbildung 119: Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung im Odenwaldkreis und Aufklärungsquoten. Quelle: Polizei Hessen 260
Abbildung 120: Lohnlücken im Vergleich der Kommunen 2018, in Prozent. Quelle: IWAK 2020f 261
Abbildung 121: Verringerung der Lohnlücken von 2012 bis 2018, in Prozent. Quelle: IWAK 2020f .. 262
Abbildung 122: Lohnlücke bei sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die über keinen Berufsabschluss verfügen, 2018. Quelle: IWAK 2020f 262
Abbildung 123: Lohnlücken bei sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die über einen qualifizierten Berufsabschluss verfügen, 2018. Quelle: IWAK 2020f..... 262
Abbildung 124: Lohnlücken bei sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten, die über einen akademischen Abschluss verfügen. Quelle: IWAK 2020f..... 263
Abbildung 125: Regionale Kaufkraft (jährliches Nettoeinkommen in Euro je Haushalt). Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; www.kommunen-wegweise.de; eigene Bearbeitung 264
Abbildung 126: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. Quelle: BBSR Deutschlandatlas 2019 264
Abbildung 127: Haushalte mit niedrigem Einkommen in Prozent - Haushalte mit verfügbarem Jahreseinkommen (Kaufkraft) von unter 25.000 Euro. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Nexiga GmbH, ZEFIR; wegweiser-kommune.de; eigene Darstellung..... 265

Abbildung 128: Haushalte mit mittlerem Einkommen in Prozent - Haushalte mit verfügbarem Jahreseinkommen (Kaufkraft) zwischen 25.000 bis 50.000 Euro. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Nexiga GmbH, ZEFIR; wegweiser-kommune.de; eigene Darstellung 265
Abbildung 129: Haushalte mit hohem Einkommen in Prozent - Haushalte mit verfügbarem Jahreseinkommen (Kaufkraft) von über 50.000 Euro. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Nexiga GmbH, ZEFIR; wegweiser-kommune.de; eigene Darstellung 266
Abbildung 130: Haushalte mit niedrigem Einkommen im regionalen Vergleich, 2018 (in %; heißt: Jahreseinkommen < 25.000€). Quelle. Statistische Ämter des und der Länder wegweiser-kommune.de) 266
Abbildung 131: Einkommensarmut im regionalen Vergleich (2014). Als einkommensarm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des bedarfsgewichteten Medianeinkommens verfügt. Quelle: Röhl & Schröder 2017, iw-koeln.de, eigene Bearbeitung. 267
Abbildung 132: Überschuldung von Privatpersonen 2018. Quelle: BBSR Deutschlandatlas 2019 268
Abbildung 133: Ist der Odenwaldkreis sozial? Quelle: Bürgerschaftsbefragung Odenwaldkreis 2019 (CIMA Beratung + Management GmbH) 269
Abbildung 134: Kinder in Bedarfsgemeinschaften. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019 270
Abbildung 135: Kinderarmut im Zeitverlauf (Anteil der <15-Jährigen, die in Bedarfsgemeinschaften leben in Relation zur Gesamtzahl der regionalen Altersgruppe). Statistische Ämter des Bundes und der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung (www.wegweiser-kommune.de) 270
Abbildung 136: Altersarmut im Zeitverlauf (Anteil der über 65-Jährigen, die Grundsicherung nach SGB XII beziehen). Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, ZEFIR, Bertelsmann Stiftung (www.wegweiser-kommune.de) 271
Abbildung 137: Altersarmut unter Ausländer*innen (Bezug von Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII, 2018, in Prozent; Quelle: wegweiser-kommunen.de) 272
Abbildung 138: Grundsicherung im Alter von >65 Jahren, in Prozent. Quelle: BBSR Deutschlandatlas 2019 272
Abbildung 139: Arbeitslosenquoten im regionalen Vergleich. Quelle: Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Eckwerte Arbeitsmarkt - Stand Juli 2021. Eigene Darstellung 275
Abbildung 140: Arbeitslosigkeit im Odenwaldkreis - Rechtskreise SGB II & SGB III; Unterbeschäftigung. Quelle: Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Eckwerte Arbeitsmarkt - Stand Juni 2021; sowie Langzeitarbeitslosigkeit - Deutschland, Länder, Regionaldirektionen, Agenturen für Arbeit, Kreise und Jobcenter (Monats-/Jahreszahlen); Einzelausgabe Juli 2021. Eigene Darstellung 276
Abbildung 141: Arbeitslosenquoten in Vergleichsregionen, Juli 2021. Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Eckwerte Arbeitsmarkt - Stand Juli 2021; Langzeitarbeitslosigkeit - Deutschland, Länder, Regionaldirektionen, Agenturen für Arbeit, Kreise und Jobcenter (Monats-/Jahreszahlen); Einzelausgabe Juli 2021 276
Abbildung 142: Arbeitslosigkeit nach Demographie und Nationalität. Alle Rechtskreise. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021. Eigene Darstellung. 277
Abbildung 143: SBGIII-Arbeitslose nach Qualifikationsniveau und Nationalität. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021. Eigene Darstellung 277
Abbildung 144: SGBII-Arbeitslose nach Qualifikationsniveau und Nationalität. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Auswirkungen der Coronakrise auf den Arbeitsmarkt (Monatszahlen); Juni 2021; eigene Darstellung 278
Abbildung 145: Anteil der Arbeitslosen mit Qualifizierungsdefizit im Odenwaldkreis. Quelle: Arbeitsmarktanalyse der Bundesagentur für Arbeit, 2020 278
Abbildung 146: Anteil Arbeitslose mit Qualifizierungsdefizit (SGB III) im regionalen Vergleich, 2018; Quelle: Arbeitsmarktanalyse-Visualisierung der Bundesagentur für Arbeit; 2020 279
Abbildung 147: Anteil Arbeitslose mit Qualifizierungsdefizit (SGB II) im regionalen Vergleich, 2018; Quelle: Arbeitsmarktanalyse-Visualisierung der Bundesagentur für Arbeit; 2020 279
Abbildung 148: Regional-Vergleich Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote 2018 (ohne Kurzarbeit) in Prozent. Quelle: Arbeitsmarktanalyse – Visualisierung der Bundesagentur für Arbeit, 2020 279

Abbildung 149: Ausländer*innenanteil an den Beschäftigten am Wohnort im Regionalvergleich (2020). Quelle: Bundesagentur für Arbeit - Interaktive Angebote - Der Arbeitsmarkt im Kontext des demografischen Wandels - Stand Juli 2021. Eigene Darstellung 280
Abbildung 150: Ausländeranteil der SGB-II-Empfänger und Ausländeranteil im regionalen Vergleich - 2017. Quelle: IWAK 2019. 280
Abbildung 151: Schüler*innen nach Migrationshintergrund und Schulform Schuljahr 2018/19. Quelle: Landesschulstatistik, Berechnung und Darstellung des Bildungsbüros Odenwaldkreis 282
Abbildung 152: Straftaten pro 100.000 gemeldete Personen im regionalen Vergleich. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019 285
Abbildung 153: Straftaten im Odenwaldkreis zwischen 2010 und 2020. Quelle: Kriminalitätsstatistik Polizei Hessen 285
Abbildung 154: Straftaten und Aufklärungsquote im Odenwaldkreis. Quelle: Polizei Hessen. 286
Abbildung 155: Entwicklung und Prognose der Jobcenter-Kunden mit diagnostizierten psychischen Erkrankungen. Quelle: Kommunales Jobcenter Odenwaldkreis 287
Abbildung 156: Vollstationär behandelte Patienten nach Alter, 2017, Diagnose Psychische Verhaltensstörungen, Wohnsitz Odenwaldkreis; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de) 288
Abbildung 157: "Weltoffenheit und Toleranz" in der Bürgerschaftsbefragung 2019 zur Kreisentwicklung 303
Abbildung 158: Umfrage-Ergebnisse zu „Ist der Odenwaldkreis umwelt-/ klimafreundlich? Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019 310
Abbildung 159 Stärken des Odenwaldkreises Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019 310
Abbildung 160 Ergebnisse der Bürgerbefragung zu Schluss-Thesen. Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019 311
Abbildung 161 ,,Am Odenwaldkreis finde ich gut…“, Quelle: Jugendbeteiligung Odenwaldkreis 2020 312
Abbildung 162 Ideen und Vorschläge zum Kultur- und Freizeitangebot im Odenwaldkreis. Quelle: Jugendbeteiligung Odenwaldkreis, 2020 312
Abbildung 163: Bodennutzung im Odenwaldkreis. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2020, Gemeindestatistik, eigene Darstellung 313
Abbildung 164: Natura2000-Gebiete im Odenwaldkreis. Quelle: RP DARMSTADT 2021 317
Abbildung 165: Anzahl der Landw. Betriebe im Odenwaldkreis, 1976-2020. Prozentangaben mit 2015 als Index-Jahr. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de) 329
Abbildung 166: Landwirtschaftliche Betriebsgrößen im Vergleich (Anzahl der Betriebe mit einer Betriebsgröße von ... bis in Relation zur Gesamtzahl der regionalen Betriebe). Angaben in ha, Daten von Mai 2016). Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Gemeindestatistik 2020) 330
Abbildung 167: Entwicklung der landwirtschaftlich genutzten Flächen im regionalen Vergleich. Quelle: statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de), 2021) 330
Abbildung 168: Durchschnittliche Anzahl der Tiere pro tierhaltendem Betrieb in Großvieheinheiten. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de), 2021 331
Abbildung 169: Rinder pro Rindviehhaltender Betrieb zwischen 2003 und 2016. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2021 331
Abbildung 170: Schweine pro Schweinehaltender Betrieb zwischen 2003 und 2016. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2021 332
Abbildung 171: Anzahl der Bio-Betriebe im Odenwaldkreis von 2015-2020. Quelle: Landratsamt Odenwaldkreis 332
Abbildung 172: Landwirtschaftliche Förderung von 2015 bis 2020. Quelle: Landratsamt Odenwaldkreis 333
Abbildung 173: Bruttolöhne und Erwerbstätigkeit im südhessischen Vergleich. Quelle: IHK Darmstadt Rhein Main Neckar 2020 334
Abbildung 174: Verfahren der Flurneuordnung. Quelle: Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation, Geoportal hvbg 2021 341
Abbildung 175: Forstamtsreviere im Odenwaldkreis. Quelle: Landesbetrieb HessenForst 342
Abbildung 176: Einnahmen im Haushaltsplan 2021 des Odenwaldkreises 364
Abbildung 177: Verfügbare Deckungsmittel pro gemeldeter Person – zur Wahrnehmung kommunaler Aufgaben verfügbare Mittel pro gemeldeter Person (unbeachtet der Deckungsmittel für

Sozialleistungen). Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (wegweiser-kommune.de) 365
Abbildung 178: Aufwendungen des Kreishaushalts (Quelle: Haushaltsplan-Entwurf des Odenwaldkreises für das Jahr 2021); S. II 24 366
Abbildung 179: Verwaltungskosten der Kommunen in Hessen pro gemeldete Person (dargestellt ohne die Ausreißer-Werte Frankfurt und Eschborn; Odenwaldkreis-Kommunen grün marktiert; Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Gemeindestatistik 2020. „Verwaltungskosten“ sind hier „Ausgaben für laufende Verwaltungstätigkeit“) 368
Abbildung 180: Schuldenstand pro gemeldete Person- Odenwaldkreis und Vergleichsregionen. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt 2021 370
Abbildung 181: Staatliche Investitionszuweisungen in Euro pro gemeldeter Person. Quelle: Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, wegweiser-kommune.de 370
Abbildung 182: Staatliche Investitionszuweisungen in Euro pro gemeldeter Person. Nicht-GRW-geförderte Vergleichsregionen. Quelle: Statistische Ämter der Länder, FORA mbH, wegweiser-kommune.de 371
Abbildung 183: Ergebnisse der Bürgerschaftsbeteiligung zur Frage "welche Eigenschaften treffen aus Ihrer Sicht auf den Odenwaldkreis zu?". Quelle: Bürgerbefragung Odenwaldkreis 2019 / CIMA 391
Abbildung 184: Regionalmarketing als Management- und Kooperationsprozess. Quelle: verändert nach SEIDEL 2016: S. 174; 396
Abbildung 185: Geöffnete Beherbergungsbetriebe 1995-2019. Quelle: Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes, regionalstatistik.de 402
Abbildung 186: Gästeankünfte 1995-2019. Quelle: Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes, regionalstatistik.de 402
Abbildung 187: Gästeübernachtungen 1995-2019. Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes, regionalstatistik.de 403
Abbildung 188: Durchschnittliche Verweildauer (Übernachtungen pro Gast). Quelle: Statistische Ämter der Länder und des Bundes, regionalstatistik.de 403
Abbildung 189: Entwicklung des Buchungsaufkommens der Tourismus-Region Bergstraße-Odenwald. Quelle: ODENWALD TOURISMUS GmbH - Geschäftsbericht zum 31.12.2020 404
Abbildung 190: Anzahl der Bildungseinrichtungen und Bildungsteilnehmenden der öffentlichen Träger im zeitlichen Verlauf. Verschiedene Schulformen am (BSO) sind einzeln gezählt. Quelle: statistische Ämter des Landes Hessen und des Bundes (www.bildungsmonitoring.de), eigene Berechnung und Darstellung 414
Abbildung 191: Anzahl der Bildungseinrichtungen und Bildungsteilnehmenden der freien Träger im zeitlichen Verlauf Quelle: statistische Ämter des Landes Hessen und des Bundes (www.bildungsmonitoring.de), eigene Berechnung und Darstellung 415
Abbildung 192: Schulabgänger*innen nach Migrationshintergrund und Schulform Schuljahr 2018/2019. Quelle: Landesschulstatistik, eigene Berechnung und Darstellung 421
Abbildung 193: Schüler*innen nach Migrationshintergrund und Schulform im Schuljahr 2018/2019. Quelle: Landesschulstatistik, eigene Berechnung und Darstellung 421
Abbildung 194: Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss der Sekundarstufe I in %; Quelle: statistische Ämter des Landes Hessen und des Bundes (www.bildungsmonitoring.de), eigene Darstellung 422
Abbildung 195: Schüler*innenzahlprognosen am BSO von 2021 bis 2031; Quelle: eigene Berechnung und Darstellung des Bildungsberichts 423
Abbildung 196: Programmplanungsbereiche in Volkshochschulen. Quelle: KÄPPLINGER et al. (2020); Eigene Darstellung 428
Abbildung 197: Nutzung von Social Media nach Altersgruppen Quelle: statista GmbH, eigene Darstellung des Bildungsberichts 429
Abbildung 198: Kohlendioxid-Konzentration in der Atmosphäre (Monatsmittel). Quelle: Umweltbundesamt (2020) 432
Abbildung 199: Kälteste und wärmste Jahre in Deutschland seit 1881 mit Durchschnittstemperaturen in °C. Quelle: RUHNAU (2020); Deutscher Wetterdienst. 432
Abbildung 200: Entwicklung der Treibhausgasemissionen in Deutschland in der Abgrenzung der Sektoren des Klimaschutzgesetzes (KSG). Quelle: Umweltbundesamt (2020). 433

Abbildung 201: Entwicklung der Bruttostromerzeugung erneuerbarer Energieträger seit dem Jahr 2000. Umweltbundesamt (2019); Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien Statistik (AGEE-Stat) 434
Abbildung 202: Zeitliche Entwicklung der nordhemisphärischen Meereisfläche im Jahresmittel in drei unterschiedlichen Szenarien (A2, A1B, B1). Quelle: ROECKNER et al. (2006) 437
Abbildung 203: Projizierte Änderung der 2 m-Temperatur [K] simuliert mit 9 REMO Projektionen in Winter (oben) und Sommer (unten) für Deutschland relativ zu 1971-2000 (gleitendes 31-Jahresmittel); in Grau die Jahreswerte aller Simulationen. Quelle. JACOB et al (2012) 437
Abbildung 204: Hausärzte je 100.000 Einwohner, im Jahr 2015. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019 454
Abbildung 205: PKW-Fahrzeit zum nächsten Hausarzt im Jahr 2016 in Minuten. Quelle: BBSR Deutschlandatlas 2019 454
Abbildung 206: Erreichbarkeit von Krankenhäusern der Grundversorgung. Quelle: BBSR-Deutschlandatlas 2019, Daten von 2016 455
Abbildung 207: Altersstruktur der Hausärzte im Odenwaldkreis. Quelle: Prognos AG 2019; Kassenärztliche Vereinigung Hessen 455
Abbildung 208: Nachfolgebedarf für die Hausärzte im Odenwaldkreis. Quelle: Prognos AG 2019; Kassenärztliche Vereinigung Hessen 456
Abbildung 209: Pflegestatistik. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de) 462
Abbildung 210: Erreichbarkeit von Apotheken mit dem PKW. Quelle: BBSR Deutschlandatlas (2019; Daten von 2013) 463
Abbildung 211: Anteil der Alleinlebenden im Alter in Deutschland. Quelle: Kemptner & Marcus 2020; SOEPv35 2018) 465
Abbildung 212: Überlebensraten nach Geschlecht und Einkommen (in Prozent des Median-Äquivalenzeinkommens). Quelle: LAMPERT et al. 2019; SOEP, Periodensterbetafeln 1992 – 2016 . 467
Abbildung 213: Vollstationär behandelte Patienten nach Alter, 2017, Diagnose Psychische Verhaltensstörungen, Wohnsitz Odenwaldkreis; Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de) 469

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Interesse der Großstadtbewohner*innen an einem Umzug in den ländlichen Raum (Quelle: Dolls & Mehles 2021: S. 5) 21
Tabelle 2: Beschäftigte am Wohn- und Arbeitsort 2017. (Hessisches Landesamt für Statistik 2020) .. 51
Tabelle 3: Beschäftigte und Mismatch im Odenwaldkreis, nach Qualifikationsniveaus. Quelle: IWAK 2019 65
Tabelle 4:Geringfügig Beschäftigte ab 65 Jahren im Odenwaldkreis (Wohnort, je 1.000 Ew.) Quelle: wegweiser-kommune.de 81
Tabelle 5: Projizierter Anstieg der Erwerbstätigkeit der über 65-Jährigen im Odenwaldkreis 83
Tabelle 6: Substituierbarkeit Odenwälder SVB im hessischen Vergleich (absolute Angaben in Tausend). Quelle: WEIßLER 2018. 93
Tabelle 7: Kautschuk und Kunststoff-Branche im Odenwaldkreis und seinen Nachbar-Regionen (März 2020; Quelle: Bundesagentur für Arbeit; sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort 96
Tabelle 8: Handwerksunternehmen, tätige Personen, Umsatz – Odenwaldkreis und hessische Vergleichsregionen. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (regionalstatistik.de, 2021) 106
Tabelle 9: Realsteuerhebesätze der Odenwald-Gemeinden am Ende des 2. Quartals 2020 und Vergleich mit Hessischen Extrem-Werten 136
Tabelle 10: Breitbandversorgung in den Odenwaldkreis-Gemeinden 2017 139
Tabelle 11: Maximale Werte der IWU Wohnungsprognose (Quelle: RP Darmstadt 2019 (REK Südhessen), Hessisches Statistisches Landesamt, 2017) 173
Tabelle 12: Städtebauförderung in Hessen 2008 bis 2017. Gelb markiert: Lkr., die nach Typologie des Thünen-Instituts wie der Odenwaldkreis in die Kategorie 1 ländlicher Räume fallen. Quelle: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR; www.inkar.de). 181
Tabelle 13: Kosten des motorisierten Individualverkehrs und des ÖPNV im Odenwaldkreis. Berechnungsgrundlage: MiD (BMVI 2018), Quelle: OREG 202

Tabelle 14: Kindeswohlgefährdungseinschätzungen und Inobhutnahmen 240
Tabelle 15: Ganztagsschulen im Odenwaldkreis (Stand 2020/21) 257
Tabelle 16: Öffnungszeiten der Kinderkrippen und Kindergärten im Odenwaldkreis; Stand Sept. 2020 257
Tabelle 17: Psychischen Erkrankung unter SGB II-Berechtigten im Jahresdurchschnitt. Quelle: Kommunales Jobcenter Odenwaldkreis. 287
Tabelle 18: Ausschüttung von Fördermitteln aus dem HALM-Programm für den Odenwaldkreis im Jahr 2019 315
Tabelle 19: HALM-Verpflichtungen 2014-2021; Förderung in Hektar und Anzahl der Bäume; 316
Tabelle 20: Odenwaldprogramm Mensch-Natur-Kulturlandschaft (2007) 323
Tabelle 21: Milchproduktion im Odenwaldkreis 328
Tabelle 22: Arbeitskräfte in der Landwirtschaft im Odenwaldkreis. 2010. Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2020 (regionalstatistik.de). Anzahl der Arbeitskräfte und Arbeitsleistung in Arbeitskräfte-Einheiten (AK-E; entspricht jeweils einer Vollzeit-Arbeitskraft) 333
Tabelle 23: IWAK Sonderauswertung zum prognostizierten Fachkräftemangel in der Land- und Forstwirtschaft bis 2024 334
Tabelle 24: Fehlbedarfe im Haushaltsplan 2021 365
Tabelle 25: Verwaltungskosten pro gemeldeter Person - Kreisverwaltungen in Hessen (Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Gemeindestatistik 2020. „Verwaltungskosten“ sind hier „Ausgaben für laufende Verwaltungstätigkeit“) 367
Tabelle 26: Verwaltungskosten der Odenwaldkreis-Kommunen (Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, Gemeindestatistik 2020. „Verwaltungskosten“ sind hier „Ausgaben für laufende Verwaltungstätigkeit“) 369
Tabelle 27: Erläuterungen der Profile 1, 2 und 3 des Ganztagsangebots 419
Tabelle 28: Bis 2024 prognostizierter Fachkräftemangel im Bereich Medizin und Pflege. Quelle: IWAK 2019. Ersatzbedarf geht v.a. auf steigende Nachfrage zurück, Ersatzbedarf meint v.a. den Ersatz von in die Rente eintretenden Fachkräften. 461

Herausgeber:
Kreisausschuss des Odenwaldkreises
Stabstelle Gremien und Behördenleitung
Michelstädter Straße 12
64711 Erbach

Redaktion:
Valentin Kuffer
Telefon: 06062 70 213
E-Mail: v.kuffer@odenwaldkreis.de
Internet: www.odenwaldkreis.de

Weitere Autoren:
Britta Sarwari, Markus Linkenheil, Anika Schilder, Stefan Toepfer, Dr. Sebastian Schmitz

Urheber gem. §13 UrhG des Logos und Designs:
Johannes Kessel / Lebensform GmbH